This is a digital copy of a book that was preserved for generations on library shelves before it was carefully scanned by Google as part of a project to make the world's books discoverable online.

It has survived long enough for the copyright to expire and the book to enter the public domain. A public domain book is one that was never subject to copyright or whose legal copyright term has expired. Whether a book is in the public domain may vary country to country. Public domain books are our gateways to the past, representing a wealth of history, culture and knowledge that's often difficult to discover.

Marks, notations and other marginalia present in the original volume will appear in this file - a reminder of this book's long journey from the publisher to a library and finally to you.

Usage guidelines

Google is proud to partner with libraries to digitize public domain materials and make them widely accessible. Public domain books belong to the public and we are merely their custodians. Nevertheless, this work is expensive, so in order to keep providing this resource, we have taken steps to prevent abuse by commercial parties, including placing technical restrictions on automated querying.

We also ask that you:

+ *Make non-commercial use of the files* We designed Google Book Search for use by individuals, and we request that you use these files for personal, non-commercial purposes.

+ *Refrain from automated querying* Do not send automated queries of any sort to Google's system: If you are conducting research on machine translation, optical character recognition or other areas where access to a large amount of text is helpful, please contact us. We encourage the use of public domain materials for these purposes and may be able to help.

+ *Maintain attribution* The Google "watermark" you see on each file is essential for informing people about this project and helping them find additional materials through Google Book Search. Please do not remove it.

+ *Keep it legal* Whatever your use, remember that you are responsible for ensuring that what you are doing is legal. Do not assume that just because we believe a book is in the public domain for users in the United States, that the work is also in the public domain for users in other countries. Whether a book is still in copyright varies from country to country, and we can't offer guidance on whether any specific use of any specific book is allowed. Please do not assume that a book's appearance in Google Book Search means it can be used in any manner anywhere in the world. Copyright infringement liability can be quite severe.

About Google Book Search

Google's mission is to organize the world's information and to make it universally accessible and useful. Google Book Search helps readers discover the world's books while helping authors and publishers reach new audiences. You can search through the full text of this book on the web at `http://books.google.com/`

Über dieses Buch

Dies ist ein digitales Exemplar eines Buches, das seit Generationen in den Regalen der Bibliotheken aufbewahrt wurde, bevor es von Google im Rahmen eines Projekts, mit dem die Bücher dieser Welt online verfügbar gemacht werden sollen, sorgfältig gescannt wurde.

Das Buch hat das Urheberrecht überdauert und kann nun öffentlich zugänglich gemacht werden. Ein öffentlich zugängliches Buch ist ein Buch, das niemals Urheberrechten unterlag oder bei dem die Schutzfrist des Urheberrechts abgelaufen ist. Ob ein Buch öffentlich zugänglich ist, kann von Land zu Land unterschiedlich sein. Öffentlich zugängliche Bücher sind unser Tor zur Vergangenheit und stellen ein geschichtliches, kulturelles und wissenschaftliches Vermögen dar, das häufig nur schwierig zu entdecken ist.

Gebrauchsspuren, Anmerkungen und andere Randbemerkungen, die im Originalband enthalten sind, finden sich auch in dieser Datei – eine Erinnerung an die lange Reise, die das Buch vom Verleger zu einer Bibliothek und weiter zu Ihnen hinter sich gebracht hat.

Nutzungsrichtlinien

Google ist stolz, mit Bibliotheken in partnerschaftlicher Zusammenarbeit öffentlich zugängliches Material zu digitalisieren und einer breiten Masse zugänglich zu machen. Öffentlich zugängliche Bücher gehören der Öffentlichkeit, und wir sind nur ihre Hüter. Nichtsdestotrotz ist diese Arbeit kostspielig. Um diese Ressource weiterhin zur Verfügung stellen zu können, haben wir Schritte unternommen, um den Missbrauch durch kommerzielle Parteien zu verhindern. Dazu gehören technische Einschränkungen für automatisierte Abfragen.

Wir bitten Sie um Einhaltung folgender Richtlinien:

+ *Nutzung der Dateien zu nichtkommerziellen Zwecken* Wir haben Google Buchsuche für Endanwender konzipiert und möchten, dass Sie diese Dateien nur für persönliche, nichtkommerzielle Zwecke verwenden.

+ *Keine automatisierten Abfragen* Senden Sie keine automatisierten Abfragen irgendwelcher Art an das Google-System. Wenn Sie Recherchen über maschinelle Übersetzung, optische Zeichenerkennung oder andere Bereiche durchführen, in denen der Zugang zu Text in großen Mengen nützlich ist, wenden Sie sich bitte an uns. Wir fördern die Nutzung des öffentlich zugänglichen Materials für diese Zwecke und können Ihnen unter Umständen helfen.

+ *Beibehaltung von Google-Markenelementen* Das "Wasserzeichen" von Google, das Sie in jeder Datei finden, ist wichtig zur Information über dieses Projekt und hilft den Anwendern weiteres Material über Google Buchsuche zu finden. Bitte entfernen Sie das Wasserzeichen nicht.

+ *Bewegen Sie sich innerhalb der Legalität* Unabhängig von Ihrem Verwendungszweck müssen Sie sich Ihrer Verantwortung bewusst sein, sicherzustellen, dass Ihre Nutzung legal ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass ein Buch, das nach unserem Dafürhalten für Nutzer in den USA öffentlich zugänglich ist, auch für Nutzer in anderen Ländern öffentlich zugänglich ist. Ob ein Buch noch dem Urheberrecht unterliegt, ist von Land zu Land verschieden. Wir können keine Beratung leisten, ob eine bestimmte Nutzung eines bestimmten Buches gesetzlich zulässig ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass das Erscheinen eines Buchs in Google Buchsuche bedeutet, dass es in jeder Form und überall auf der Welt verwendet werden kann. Eine Urheberrechtsverletzung kann schwerwiegende Folgen haben.

Über Google Buchsuche

Das Ziel von Google besteht darin, die weltweiten Informationen zu organisieren und allgemein nutzbar und zugänglich zu machen. Google Buchsuche hilft Lesern dabei, die Bücher dieser Welt zu entdecken, und unterstützt Autoren und Verleger dabei, neue Zielgruppen zu erreichen. Den gesamten Buchtext können Sie im Internet unter `http://books.google.com` durchsuchen.

BV 1885 .27

Harvard College Library

FROM THE FUND OF

CHARLES MINOT

(Class of 1828).

5 Jan., 1888.

Der

Fall des Hauses Stuart

und die

Succession des Hauses Hannover

in Groß-Britannien und Irland

Im Zusammenhange der europäischen Angelegenheiten von 1660—1714.

Von

Onno Klopp.

Vierzehnter (Schluß-) Band.

Die Jahre 1711 bis 1714.

Wien, 1888.

Wilhelm Braumüller

k. k. Hof- und Universitätsbuchhändler.

44446.3
Bv 1885.27
HARVARD COLLEGE
JAN 5 1888
LIBRARY.
Minot Fund.
XIV.

Mit Vorbehalt aller Rechte.

Inhalt.

Siebenunddreißigſtes Buch.

Das Kriegsjahr 1711.

Seſſion des großbritanniſchen Parlamentes, im Winter 1710/11.

Das neue Miniſterium bis zur Verſammlung des Parlamentes.

Seite

Das neue Miniſterium beſteht aus Tories 1
Ausfall der Wahlen zu Gunſten desſelben 2
Es will die Fortſetzung des Krieges 3
Eine Sieges-Dankfeier nicht in St. Paul 4
Bereitwilligkeit des Miniſteriums für Carl III. . . . . —
Harleys Bericht über die Stellung Englands nach außen 5
Rocheſter zum Treaſurer ernannt, 10./21. November 6
Harley, Raby, Peterborough, St. John 7
Harley und St. John bedienen ſich der Preſſe . . . . . —

Die Seſſion des Parlamentes.

Wahl des Sprechers, Bromley, und die Thronrede 8
Urtheile über den Inhalt der Thronrede 9
Die Betonung der Thronfolge des Hauſes Hannover 10
Betheuerungen der Miniſter nach Hannover . . . . . —
St. John und Robethon 11
Adreſſe des Oberhauſes der Thronrede entſprechend 13
Die Adreſſe des Unterhauſes nimmt auch die Angelegenheit der Thronfolge auf 14
Gerücht über eine abermalige Sendung von Rivers nach Hannover . . . . —
Inſtallation des Kurprinzen als Ritters des Hoſenband-Ordens 15
Geſinnung des Staats-Secretärs St. John gegenüber Oeſterreich . . . . . —
Seine Aeußerungen über die Aufträge Peterboroughs 16
Verdacht des Grafen Gallas gegen das neue Miniſterium 17
Die Adreſſe des Unterhauſes entſpricht dem Programme Harleys . . . . . —
Sie zielt auf die Whig-Partei, ohne ſie zu nennen 18
Harley ſucht den Eifer zu beſchwichtigen 19
Der October-Club, jacobitiſch . . . . . —

Die Stellung Marlboroughs.

Er will das Commando behalten 20
Verſuche, ihn durch den Herzog von Argyle zu kränken . . . . . —

Seite

Ein Lob für Marlborough im Oberhause dringt nicht durch 21
St. John über Marlborough 22
Entlassung der Generale Meredith, Macartney, Honeywood . . . . . —
Marlborough an den Kurfürsten Georg Ludwig 23
Sein Empfang in London . . . . . —
Bedingung für ihn der Verzicht seiner Frau auf ihre Aemter 24
Verdacht gegen Marlborough 25
Seine Lage beurtheilt vom Grafen Gallas . . . . . —
Seine Aeußerungen zu Robethon über seine Stellung 26
Versuche Marlboroughs die Königin zu mildern 27
Ablieferung des goldenen Schlüssels 28
Harleys Bericht an den Kurfürsten Georg Ludwig 29
Weitere Kränkungen für Marlborough . . . . . —
Die Königin declarirt sein Verbleiben im Amte 30
Marlborough nach dem Haag . . . . . —

Einwirkung der unglücklichen Nachrichten aus Spanien.

Eintreffen der Nachrichten von Brihuega und Villaviciosa 31
Muthige Aeußerungen der Königin und der Minister 32
Dennoch die Besorgnis vor einem Umschlage nicht grundlos . . . . . —
Nach der Darlegung St. Johns der Umschlag im königlichen Rathe beschlossen 33
Fiction St. Johns, daß Oesterreich den Krieg in Spanien gewollt 34
Neue Beschlüsse im Gegensatze zu der bisherigen Politik . . . . . —
Adresse des Unterhauses auf die Mittheilung über Spanien 35
Das Oberhaus untersucht den früheren Verlauf in Spanien 36
Erörterung des Planes gegen Toulon, von 1707 37
Tadels-Votum gegen das frühere Ministerium 38
Lob für Peterborough 39

Beginn der englischen Friedenswerbung in Versailles.

St. John sucht die Holländer zu täuschen 39
Sendung des Priesters Gautier nach Versailles 40
Plan der französischen Politik 41
Ein Urtheil von Comines über Engländer und Franzosen 42
Antwort Torcys an Gautier . . . . . —
Abweisung des Herzogs Victor Amadeus 43
Schwanken der englischen Minister in Betreff Hollands . . . . . —
Ablehnendes Verhalten in Versailles gegen Holland 44
Der Friedensversuch Lothringens . . . . . —

Die Sache des Prätendenten.

In dem neuen Ministerium damals kein Jacobit 46
In Folge des Prozesses Sacheverell die jacobitische Strömung stärker . . . —
Marlborough über den October-Club und Harley . . . . . —
Harley knüpft, durch Gautier, mit Berwick an 47
Bericht Berwicks über diese Anknüpfung . . . . . —
Demnach der October-Club dienstbar für Harley 48

Seite
Erſtes Schreiben des Prätendenten an die Königin Anna, Mai 1711 . . . 49
Frage einer ſchriftlichen Antwort der Königin 52
Jenes Schreiben, der Sachlage gemäß, ihr ſehr willkommen 53
Erörterung Marlboroughs über die Königin . . . . . —
Nur Frau Maſham Mitwiſſerin ihres Geheimniſſes 54
Die Königin will nicht einen Vertrag mit ihrem Bruder 55
Harley nicht Mitwiſſer ihres Geheimniſſes . . . . . —
St. John damals nicht in Correſpondenz mit St. Germain 56
Harleys Anknüpfung dort ohne Vorwiſſen der Königin . . . . . —
Er ſucht die Jacobiten für ſich auszunutzen 57

Aufſteigen Harleys und die weiteren Parlaments-Verhandlungen.

Rocheſter oder Harley 58
Guiscard und ſein Attentat auf Harley 59
Adreſſe des Parlamentes zu Gunſten Harleys 60
Adreſſe und Antwort erregen Verwunderung . . . . . —
Harley, im Unterhauſe begrüßt, legt ſeinen Südſee-Plan vor 62
Er wird zum Grafen von Oxford und Mortimer ernannt . . . . . —
Er wird Lord Treaſurer 63
Geſammt-Vorſtellung des Unterhauſes 64
Bewilligung desſelben für fünfzig neue Kirchen . . . . . —

Die Wirren im Oſten Europas in der erſten Hälfte des Jahres.

Das Verhalten der weſtlichen Mächte zu den öſtlichen.

Manifeſt Carls XII. gegen Auguſt II. 65
Franzöſiſche Hoffnungen von Carl XII. . . . . —
Die Ereigniſſe im Oſten befördern die engliſche Friedensneigung 66
Die Angelegenheit der Neutralitäts-Armee . . . . . —
Beſorgnis in Wien vor den Türken 67

Der Friede von Szathmar.

Graf Karoly knüpft in Wien an 68
Graf Palffy erhält den Auftrag des Friedens . . . . . —
Aufträge an den engliſchen Geſandten Palmes in Wien 69
Antwort des Prinzen Eugen an dieſen 70
Zuſammenkunft zu Vaja, 30. Januar . . . . . —
Bericht Rakoczys darüber 71
Sein Verhalten zu der Ausſicht auf den Frieden . . . . . —
Seine Verhandlung in Berlin 72
Preußiſche Protections-Urkunde für Rakoczy 73
Seine Verhandlung mit Auguſt II. . . . . —
Das Schreiben Rakoczys im Rathe des Kaiſers 74
Inſtruction für Locher von Lindenheim . . . . . —
Urtheil des engliſchen Geſandten Palmes 75
Lord Peterborough und ſeine Inſtruction 76
Rakoczys ſpäterer Bericht über die Beſchlüſſe ſeines Senates 77

Seite

Ferner über seinen Austritt nach Polen 78
Versuche Peterboroughs und Urbichs für Rakoczy in Wien vergeblich . . 79
Rakoczy und Karoly in Stry . . . . . —
Bericht des Ersteren über das weitere Verfahren Karolys 80
Urtheil des Bates über Rakoczys Austritt nach Polen . . . . . —
Palffy fordert die Ueberlieferung von Kaschau 81
Einwirkung des Todes des Kaisers Joseph I. . . . . —
Uebergabe Kaschaus, 26. April 82
Szathmarer Friede, 29. April 83
Ende des Aufstandes auf ungarischem Boden, und Rückblick . . . . . —
Mahnung des Bates an Rakoczy 84
Hoffnungen Rakoczys 85

Der Tod des Kaisers Joseph I. und die nächsten Folgen.

Erkrankung des Kaisers Joseph I, und Tod 85
Bitte der Minister in Wien an Carl III. um die Heimkehr 87
Die Reden Peterboroughs . . . . . —
Antwort Carls III. an Wratislaw 88
Generalstaaten wünschen die baldige Kaiserwahl Carls III. 89
Fast alle Kurfürsten sofort willig . . . . . —
Bemühungen Ludwigs XIV. dagegen 90
Die großbritannischen Minister . . . . . —
Französisches Angebot an Carl III. 91
Die englischen Minister reden nicht gegen die Vereinigung des Kaiserthumes mit der spanischen Krone 92
Adresse beider Häuser den Schritten der Königin zustimmend 93
Heinsius über die vorerwähnte Vereinigung der Kronen . . . . . —
Aehnlich der britische Botschafter Raby 94
Die Aeußerungen des Grafen Sinzendorf 97
Charakteristik dieser Reden der Vertreter der Großmächte . . . . . —
Spätere Trübung der Erkenntnis des Sachverhaltes, namentlich durch St. John 98

Die geheime Friedenshandlung zwischen England und Frankreich.

Die Verhandlungen in den Monaten April bis Juli.

Vorschläge Torcys vom 22. April 99
Selbsttäuschung des englischen Ministeriums 100
Mittheilung der Vorschläge nach dem Haag 101
Zugleich verlangt Gautier in Versailles bestimmtere Auskunft 102
Antwort der Republik auf jene Vorschläge . . . . . —
Zugleich sucht die Republik in Versailles anzuknüpfen 103
Auf die Bitte von England abgewiesen 104
Die englischen Minister fürchten eine Unterhandlung Carls III. . . . . —
Torcy drängt sie vorwärts durch diese Furcht 105

Seite
Carl III. fern von einer Unterhandlung mit Frankreich 106
Er hat andererseits keinen Verdacht gegen die englischen Minister 107
Neuer Versuch der französischen Politik in Wien 108
Berufung des Botschafters Raby nach London 109
Englische Expedition nach Nordamerika . . . . . —
Matthew Prior nach Versailles, im Juni 110

Vermuthungen und Urtheile über die geheime Friedenshandlung.

Vermuthungen im Haag 110
Der schärfste Beobachter Graf Gallas in London 111
Sein Verdacht erregt durch das Geschwader nach Amerika 112
Der Verdacht gesteigert durch die Ankunft Rabys . . . . . —
Die Forderung der 8000 Mann aus Ungarn nach Savoyen 113
Erörterungen des Grafen Gallas über die Verdachtsgründe 114
Aeußerungen St. Johns 115
Gallas charakterisirt die Persönlichkeiten des Ministeriums . . . . . —
Er legt die dem englischen Volke vorgespiegelten Gedanken dar 117
Er warnt dringend nach Barcelona und nach Wien 118
Sein Plan einer nachdrücklichen Denkschrift 119
Sinzendorf und der Prinz Eugen nicht für diesen Plan . . . . . —
Gallas vertheidigt den Plan 120
Auch Heinsius nicht dafür 121
Ausführlicher Bericht von Gallas, vom 31. Juli, ausgeliefert . . . . . —

Die Frage der Heimkehr Carls III.

Carl III. nicht geneigt zur Heimkehr bis Ende Juni 122
Wratislaw und der Prinz Eugen dringen auf Entschluß . . . . . —
Die Flotte hat nicht den Befehl, König und Königin zu führen 123
Denkschrift des Grafen Gallas vom 9./20. August 124
Schriftliche Antwort St. Johns, vom 11./22. August 126
Abermaliger Schriftwechsel 129

Fortsetzung der geheimen Friedenshandlung.

Die Vollmacht und Instruction Priors 130
Ludwig XIV. entschließt sich Mesnager nach London zu senden 131
Gallas dringt mit seinen Fragen schärfer in die Minister . . . . . —
Unkunde der Sachlage bei der Whig-Partei und bei Godolphin 132
Mittel Oxfords zum Zwecke der Täuschung . . . . . —

Die Verwickelung im Osten und deren einstweilige Lösung.

Peter I., August II., Rakoczy in Jaroslaw 133
Peter I. und August II. machen Erbietungen nach Frankreich 134
Bedenken in Versailles gegen Peter I. und noch mehr gegen August II. . 135
August II. fordert seine Truppen aus Belgien zurück, vergeblich 136
August II. und Peter I. wollen Crassau angreifen 137
Prinz Eugen über diese Fürsten . . . . . —

Seite
August II. mit Frankreich im Handel gegen die Wahl Carls III. . . . 137
Der französische Plan für Friedrich I. 138
Von Friedrich I. selber an Sinzendorf kund gemacht . . . . . —
Die Machtstellung Augusts II. bedingt durch diejenige Peters I. . . . 139
Der russisch-türkische Krieg . . . . . —
Peter I., am Pruth, kauft sich beim Großwesir frei 140
Carls XII. Versuch dagegen vergeblich 141
Der Friedensschluß am Pruth eine Segnung für Oesterreich . . . . . —
Einmarsch der Sachsen und Dänen in Pommern . . . . . —
Franz Rakoczy will seine Sache nicht aufgeben 142
Er unterhält nach wie vor seine Agenten 143

Der Herzog Victor Amadeus.

Victor Amadeus beharrt im Kriege 144
Montferrat ihm überwiesen . . . . . —
Die Königin Anna stellt ihm Vortheile in Aussicht 145
Sie will Heirath des Prinzen von Piemont mit einer Erzherzogin . . . —
Die Frage der Verstärkung mit 8000 Mann 146
Der Feldzug thatlos . . . . . —

Der Feldzug in den Niederlanden.

Die Frage des Verbleibens der preußischen Truppen.

Friedrich I. droht seine Truppen abzuberufen 147
Die Differenz über die oranische Erbschaft . . . . . —
Heinsius über diese Angelegenheit 148
Ungünstiges Verhältnis in der Republik für den Prinzen von Nassau . . 149
Friedrich I. nach Holland . . . . . —
Mehrheit in den Generalstaaten für Friedrich I. . . . . —
Die Sache zieht sich hin 150
Der Prinz, auf der Reise nach dem Haag, ertrinkt 151
Die Drohungen Friedrichs I. erreichen ihren Zweck 152

Der Feldzug.

Ludwig XIV. will die Defensive 153
Der Prinz Eugen zieht ab nach dem Rheine . . . . . —
Die Armeen thatlos einander gegenüber 154
Marlborough von Goslinga angefeuert . . . . . —
Zustimmung im Haag 155
Hoffnung durch ein Treffen die geheime Verhandlung zu zerreißen . . . —
Marlborough sucht mit dem neuen Ministerium anzuknüpfen 156
Oxford hält den Abgesandten, Grafen Stair, hin 157
Aussicht auf ein Treffen, 6. August 158
Villars bietet die Gelegenheit, Marlborough nimmt nicht an . . . . . —
Der Kriegesrath 159
Votum Goslingas . . . . . —

Seite
Beschluß des Abzuges über die Schelde 160
Verschiedene Urtheile darüber . . . . . —
Marlborough sucht sich zu verantworten 161
Oxford weist seine Erbietungen zurück 162
Marlborough und Goslinga . . . . . —
Belagerung und Einnahme von Bouchain 163

Die Kaiserwahl.

Die französische Armee am Rheine unthätig 164
Die Kurfürsten in Frankfurt 165
Ruinen der einstigen Bedeutung des Kaiserthums . . . . . —
Aufbruch des Königs Carl aus Barcelona ohne die Königin 166
Landung in Vado, 12. October . . . . . —

Die Friedenssache.

Die geheime Verhandlung in London.

St. John meldet nach dem Haag die Anwesenheit des Mesnager 167
Bedenken Shrewsburys 168
Der geheime Vertrag des britischen Ministeriums mit Frankreich . . . . —
Gutachten des Comites des Unterhauses von 1715 169
Durch den geheimen Vertrag wird England für Frankreich dienstbar . . 170
Die besonderen Vortheile des geheimen Vertrages für Groß-Britannien . . 171
Die Frage des Besitzes von Spanien 172
Assiento-Vertrag . . . . . —
Das Comité von 1715 über die formellen Mängel . . . . . —
Das andere Schriftstück der französischen Präliminarien 173
Strafford damit nach dem Haag, Rivers nach Hannover 175

Das Verfahren der britischen Regierung gegen den Grafen Gallas.

Täuschespiel des Grafen Oxford in Betreff Spaniens 175
Erbitterung der britischen Minister gegen Gallas 176
Uebergabe der Präliminarien an die Gesandten 177
Gallas schreibt darüber an Dartmouth . . . . . —
Drohung St. Johns in Betreff des Gesandten 178
Die Vorschläge des Mesnager veröffentlicht . . . . . —
Unterredung von Gallas und Dartmouth 179
Schreiben von St. John-Dartmouth an Gallas . . . . . —
Bericht von Chetwynd über eine Audienz bei Carl VI. 180
Die Bitte von Gallas um eine Abschieds-Audienz abgeschlagen 181
Die Königin läßt ihm den Hof verbieten . . . . . —
Gallas vermuthet St. John als Urheber der Beleidigung 182
Officiöse Auslassung des britischen Ministeriums . . . . . —
Handschreiben der Königin an Kaiser Carl VI. 183
Versuch der Begründung der Anklagen 184

Seite

Auftrag der Ueberbringung an Watkins 184
Ergebnis des Sachverhaltes 185

Die Sache des Prätendenten.

Gerüchte über eine Unternehmung unbegründet 186
Marlborough schreibt, durch Villars, an den Prätendenten 187
Meinungen über die Gesinnung der Königin 188
Mesnager im Auftrage Ludwigs XIV. nach St. Germain 189
Auftrag Ludwigs XIV. für Mesnager . . . . . —
Die britischen Minister weichen den Andeutungen aus 190
Mesnager abermals nach London . . . . . —
Verhalten der wichtigsten Personen in Betreff des Prätendenten 191
Mesnager mit Erlaubnis der Königin zu Frau Masham . . . . . —
Frau Masham über die Gesinnung der Königin 193
Uebereinkunft der zwei Persönlichkeiten 194
Die Nicht-Betheiligung Oxfords 195

Die Friedensfrage im Haag.

Strafford und Buys in Helvoetsluis 196
Instruction des Grafen Strafford . . . . . —
Generalstaaten senden Buys nach England 197
Bescheid St. Johns auf die Frage nach einem geheimen Vertrage 198
Dienstbarkeit des britischen Ministeriums vor Frankreich 199
Ludwig XIV. sendet nach London den Entwurf seiner Zugeständnisse . . —
Das Gutachten des Staatsrathes der Republik 200
Protest des Kaisers gegen die französischen Präliminarien . . . . . —
Drohungen des Grafen Strafford an Heinsius . . . . . —
Die Generalstaaten geben nach 201
Anreden St. Johns und Straffords an die Gesandten . . . . . —
Ein kaiserliches Handschreiben in London nicht übergeben 202

Die Friedensfrage in Hannover.

Das Verhältnis der britischen Regierung zu dem Kurfürsten anscheinend gut 203
Jacobitische Medaille in Edinburgh 204
Die Königin bewilligt dem Kurfürsten Truppen zurückzuziehen 205
Britische Minister versichern ihre Ergebenheit . . . . . —
Die Kurfürstin Sophie in Correspondenz mit Strafford 206
Ueber die Präliminarien 207
Erwartung St. Johns in Betreff des Kurfürsten . . . . . —
Handschreiben des Kurfürsten an die Königin . . . . . —
Denkschrift für den Grafen Rivers 208
Verhalten des Grafen Rivers 209
Instruction für den Gesandten Bothmar . . . . . —
Seine Denkschrift, vom 28. November/9. December, auf Grund dieser Instruction 215
Zusatz Bothmars zu der Denkschrift über die Instruction hinaus . . . . —
Die Denkschrift ein schwerer Streich für das Ministerium 216

Seite
Das Miniſterium ſchiebt den Urſprung der Denkſchrift auf die Whig-Partei 217
Das Verfahren berechnet auf die Neigung der Engländer 218

Die Sendung des Prinzen Eugen.

Carl VI. und ſeine Räthe in Innsbruck 220
Beſchluß den Prinzen Eugen nach England zu ſenden . . . . . —
Urtheile über dieſen Beſchluß im Haag 221
Marlborough erſehnt dieſe Sendung . . . . . —
Seine Stellung gefährdet 222

Achtunddreißigſtes Buch.

Das Kriegesjahr 1712 und der Friede zu Utrecht 1713.

Seſſion des großbritanniſchen Parlamentes 1711/12.

Bis zur Vertagung im Januar 1712.

Thronrede der Königin, 7./18. December 1711 224
Im Oberhauſe der Antrag Nottinghams in Betreff Spaniens 226
Derſelbe Antrag im Unterhauſe 227
Erregung der Miniſter 228
Inſtructionen St. Johns an Strafford . . . . . —
Die Adreſſen und die Antworten der Königin 230
St. John über den Entſchluß derſelben . . . . . —
Unmuth der Miniſter gegen Buys und Bothmar 232
Die Kurfürſtin Sophie für Bothmar gegen Strafford 233
Der Prinz Eugen im Haag 234
Bemühungen der britiſchen Miniſter gegen ſeine Ueberkunft 235
Er geht dennoch zu Schiffe 237
Nottinghams Antrag zu Gunſten der Hochkirche 238
Beſchlüſſe des Oberhauſes zu Gunſten der Thronfolge und der Allianz . . 239
Bericht im Unterhauſe über die Bezüge Marlboroughs . . . . . —
Entlaſſung Marlboroughs aus allen Aemtern 240
Ernennung von zwölf neuen Pairs 241

Der Prinz Eugen in England.

Ankunft des Prinzen Eugen in London 242
Seine Audienz bei der Königin 243
St. John über den Prinzen an Torcy 244
Verhalten der Engländer gegenüber dem Prinzen 245
Denkſchrift des Prinzen Eugen, 14./25. Januar 246
Antwort St. Johns . . . . . —
Verdacht des Prinzen Eugen gegen die Miniſter 248
Irrthum des Kaiſers Carl VI. . . . . —

Seite

Weitere Verhandlungen des Parlamentes.

Rede Walpoles im Unterhause 249
Botschaft der Königin an das Parlament 17./28. Januar . . . . . —
Dankadressen beider Häuser 251
Beschluß des Unterhauses gegen Walpole 252
Gegen Marlborough 253
Verschiedene Entlassungen 254
Gerüchte über Pläne des Prinzen Eugen, Marlboroughs, Bothmars . . . 255
Der Spion Plunket 256
Verhalten Oxfords 257

Stellung des Ministeriums zum Hause Hannover.

Oxfords Bill für den Rang des kurfürstlichen Hauses 258
Der Name Haus Hannover 259
Instruction für Thomas Harley als Gesandten nach Hannover 260
Aeußerung der Kurfürstin Sophie über die Sendung 261
Der Gesandte Bothmar und der Minister St. John . . . . . —
Handschreiben des Kurfürsten an die Königin 263
Bothmar bezieht sich auf seine Denkschrift 264
Unmuth St. Johns 265
Die Sendung Harleys verschoben 266

Weitere Verhandlungen des Parlamentes.

Eine Reihe von Resolutionen des Unterhauses 266
Tadel über den Barriere-Vertrag . . . . . —

Beginn des Friedenscongresses in Utrecht.

Instruction der britischen Botschafter 268
Auftreten der französischen Botschafter 269
Kein Friedensvermittler 270
Erste Conferenz am 29. Januar 271
Auch die Kaiserlichen nach Utrecht . . . . . —
Friedensvorschläge der Franzosen, 11. Februar 272
Mit Staunen und Unwillen in der Republik vernommen 273
Das Oberhaus votirt eine Adresse gegen die Vorschläge 275
Das Unterhaus völlig schweigend . . . . . —
Antworten der Verbündeten auf die französischen Vorschläge 276
Spanien und Westindien von Vielen nicht erwähnt . . . . . —
Auf das Andringen der Holländer geben Bristol und Strafford eine Erklärung 277

Die Angelegenheit des Prätendenten.

Das britische Ministerium gilt für jacobitisch 278
Ein Schreiben des Herzogs von Hamilton . . . . . —
Die Bemühungen der Jacobiten nicht einheitlich geleitet 279
Oxfords Verbindung mit Berwick durch Gautier . . . . . —

Seite
Ein Rath Gautiers für Ludwig XIV. und den Prätendenten 280
Mesnagers Correspondenz mit Lady Masham 281
Lady Masham über St. Germain und Oxford 283
Bemerkungen über ihre Ansichten 284
Die britische Forderung der Anerkennung der Thronfolge 285
Mesnager darüber an Lady Masham 286
Der Prätendent an die Königin 287
Die Frage des Vertrauens der Jacobiten in Oxford 288
Spaltung des October-Clubs . . . . . —
Befehl aus St. Germain zu Gunsten Oxfords 289
Oxford und St. John . . . . . —
Misstimmung St. Johns gegen Hannover 290
St. John über das Trachten Oxfords 292

Das Ende der Mission des Prinzen Eugen in London.

Das britisch-französische Abkommen über Spanien bleibt geheim 292
Denkschrift des Prinzen Eugen vom 7./18. Februar 293
Antwort St. Johns vom 29. Februar/10. März ausweichend 294
Adresse des Unterhauses vom 4./15. März 295
Rückblick auf den geschichtlichen Verlauf der spanischen Sache . . . . . —
Unkunde desselben in der Adresse des Unterhauses 298
Desgleichen bei der Königin . . . . . —
Antwort St. Johns an den Prinzen Eugen, 11./22. März . . . . . —
Lob Ludwigs XIV. für das britische Ministerium 300
Oxford knüpft mit dem Prinzen Eugen an . . . . . —
Der Prinz Eugen verläßt England 301

Todesfälle in Frankreich und deren Consequenz für den britisch-französischen Friedenshandel.

Stand der Friedenssache im Beginne März 301
Tod der Dauphine Marie Adelaide 303
Tod des Dauphins, früheren Herzogs von Bourgogne . . . . . —
Verleumdung gegen den Herzog von Orleans 304
Tod des neuen Dauphins . . . . . —
Erhaltung des Herzogs von Anjou . . . . . —
Einstiger Plan Ludwigs XIV. für Philipp V. 305
Torcy an St. John, 10. März 306
St. John verlangt Verzicht Philipps V. auf Frankreich 307
Torcy bezeichnet einen solchen Verzicht als ungiltig . . . . . —
Sein Vorschlag eines Expediens 308
Schärferes Auftreten St. Johns, 23. März/3. April 309
Stocken der Friedenshandlung in Utrecht . . . . . —
Besorgnis St. Johns 310
Torcy sucht auszuweichen 311

Seite
St. John stellt die Forderung des sofortigen Verzichtes 311
Ludwig XIV. schiebt seinem Enkel die Entscheidung zu 312
St. John drängend an Torcy, 29. April/10. Mai 313
Neuer Vorschlag eines Tausches mit Vorwissen Ludwigs XIV. . . . . —
Ludwig XIV. darüber an Philipp V. 315
Ludwig XIV. und Königin Anna hoffen auf Annahme in Madrid 317
Ludwig XIV. gibt der Königin dies Versprechen 318
Die Königin acceptirt es, 10./21. Mai . . . . . —

Der Feldzug in den Niederlanden.

Bis zum 10./21. Mai.

Vorbereitung des Feldzuges 318
Das Commando des Prinzen Eugen 319
Instruction des Herzogs von Ormond . . . . . —
Seine Vollmacht dieselbe wie des Prinzen Eugen 320
Ludwig XIV. und Villars über den Feldzug 321
St. John an Ormond, zurückhaltend, 25. April/6. Mai . . . . . —
Ormond beruft sich auf seine Instruction 322

Schreiben St. Johns vom 10./21. Mai und die Consequenzen.

Das Schreiben St. Johns vom 10./21. Mai 322
Doppelte Antwort Ormonds, 25. Mai 324
Correspondenz zwischen Villars und Ormond 325
Verhalten Ormonds in den ersten Tagen 326
Der Kriegesrath am 29. Mai 327
Ormond zu einer Erklärung gezwungen 328
Der Prinz Eugen über die Vereitelung . . . . . —
Vorstellung der Generalstaaten an Ormond 329
Beunruhigende Aeußerung des Bischofs von Bristol . . . . . —
Berathung darüber im Haag 330
Denkschrift der Generalstaaten an die Königin 331

Das britische Parlament über die Friedenssache.

Misstimmung in der Armee 332
Feindselige Erwägungen gegen das britische Ministerium . . . . . —
Der Prinz Eugen geht ohne Ormond vor 333
Das britische Oberhaus über die Schenkungen Wilhelms III. . . . . —
Beschwerde Van Borselens über das Verhalten Ormonds 334
St. John meldet Ormond das Lob der Königin . . . . . —
Antrag des Lords Halifax im Oberhause, 27. Mai/7. Juni 335
Reden Oxfords, Nottinghams, Marlboroughs . . . . . —
Die Rede Argyles eine Kritik der Kriegführung Marlboroughs 336
Der Antrag Halifax fällt 337
Das Unterhaus beschließt eine Vertrauens-Adresse 338

Seite
Stimmung in beiden Häusern für das Ministerium 338
Erklärung Philipps V. auf Frankreich zu verzichten 339
Thronrede der Königin mit dem Friedens-Entwurf, 6./17. Juni . . . . —
Debatten darüber im Oberhause und Dank-Adresse 340
Nachdrücklicher Protest der Minderheit . . . . . —
Dank-Adresse des Unterhauses 342
Das Unterhaus gegen die Predigten des Bischofs von St. Asaph 343
Desgleichen gegen die Vorstellung der Generalstaaten vom 5. Juni . . . 344
Entsprechende Antwort der Königin an die Generalstaaten . . . . . —
Besorgnisse um die Thronfolge des Hauses Hannover 345
Antrag Hampdens im Unterhause zu Gunsten derselben 346
Antrag verworfen, und statt dessen eine Vertrauens-Adresse 347
Antwort der Königin . . . . . —
Entlassung des Parlamentes bis nach dem Friedensschlusse 348

Der britisch-französische Waffenstillstand.

Einigung darüber zwischen London und Versailles.

Stellung des britischen Ministeriums zu Frankreich und zu den Verbündeten 348
Misstimmung in Holland und bei den anderen Verbündeten 349
Die britischen Bedingungen für einen Waffenstillstand 350
Antwort Ludwigs XIV. 351
Er will das Patent für Philipp V. in den Parlamenten streichen 352

Die Frage der Truppen unter Ormond.

Bestand der Armee Ormonds 353
Unterhandlungen der Generalstaaten mit den reichsfürstlichen Gesandten . 354
Zurückbehalten der Rückstände von britischer Seite . . . . . —
Anfrage Ormonds bei den Generalen der Reichsfürsten 355
Ormond erklärt sich dem Prinzen Eugen und den Feld-Deputirten . . . —
Meinungen von einer bösen Absicht des britischen Ministeriums 356
Die Generale wollen die Befehle ihrer Kriegsherren abwarten . . . . . —
St. John darüber zu den Gesandten in London 357

Verlauf der Angelegenheit des Waffenstillstandes.

St. John bietet für Dünkirchen den Sonderfrieden 357
Prinz Eugen nimmt Le Quesnoi 358
Er schaut mit besonderer Erwartung nach Hannover 359
Stimmung im englischen Feldlager . . . . . —
Die Vorschläge sind gegen das Princip des Kurfürsten 360
Das britische Ministerium sucht Friedrich I. . . . . —
Verhandlungen Straffords und Bristols im Haag, 6. Juli 361
Beschluß der Stände von Holland 362
Antworten der Generale der Reichsfürsten an den Prinzen Eugen . . . 363
Lord Strafford im britischen Hauptquartier . . . . . —
Der Prinz Eugen beschließt Aufbruch gegen Landrecy 364
Villars und Ormond . . . . . —

Seite
Strafford und Bülow 365
Trennung der Armeen, 16. Juli . . . . . —
Ormond verkündet Waffenstillstand 366
Aeußerungen des Unmuthes St. Johns nach Berlin und Hannover . . . —
Anklage der Commission des Unterhauses von 1715 368
Verhalten der Truppen bei der Trennung 369
Ormonds Erzählung der Besetzung von Gent und Brügge 370
Der eigentliche Hergang . . . . . —
Lob der Königin und der Minister für Ormond 372

Kaiser Carl VI. zu der britischen Politik.

Die geheime Anknüpfung mit Oxford 372
Carl VI. nicht geneigt Spanien aufzugeben . . . . . —
Oxford sucht den Kaiser irre zu führen 373
Der Prinz Eugen durchschaut das Spiel . . . . . —
Carl VI. und Lord Peterborough 374
Kaiser will festhalten an Spanien 375
Rede des Grafen Wratislaw dagegen, 15. Juli . . . . . —

Fortsetzung des Feldzuges und der britisch-französischen Friedenshandlung.

Der Unfall von Denain, 24. Juli.

Vorbereitung des Ueberfalles 377
Die Niederlage und deren nächste Consequenzen 378
Entmuthigung der Feld-Deputirten . . . . . —

Verhandlungen zwischen London und Versailles bis zum Waffenstillstande.

Torcy dringt auf einen Sonderfrieden, 19. Juli 379
St. John stellt Forderungen zu Gunsten von Victor Amadeus . . . . . —
Motive dafür 380
Abermaliger Vorschlag des Sonderfriedens in anderer Form 381
St. John erneuert die Forderungen für Victor Amadeus . . . . . —
Jener französische Vorschlag abgelehnt 382
St. John meldet die Sache dem Lord Peterborough 383
Wie Anna für Victor Amadeus, so Ludwig XIV. für Max Emanuel . . 384
Die Königin beharrt bei ihren Forderungen, 20./31. Juli . . . . . —
Ludwig XIV. lenkt ein, fordert aber Sonderfrieden 385
St. John erhält den Auftrag sich nach Versailles zu begeben 386
Er wird vorher zum Lord Viscount Bolingbroke ernannt . . . . . —
Seine Meinung von dieser Ernennung . . . . . —
Die Frage des Sonderfriedens im Cabinetsrath abgewiesen 388
Bolingbrokes Reise nach Paris 390
Frage, ob er die Forderung von Straßburg habe fallen lassen . . . . . —

Seite
Abmachungen Bolingbrokes mit Torcy 391
Die Frage des Königreiches Sicilien für den Herzog Victor Amadeus . . 392
Das Verhalten des Herzogs zu dieser Forderung 393
Audienz Bolingbrokes bei Ludwig XIV. 394

Verhalten der Republik der Niederlande.

Villars nimmt Douay, Le Quesnoy, Bouchain 394
Ansicht des Prinzen Eugen über die Stimmung 395
Holländer nähern sich den britischen Bevollmächtigten 396
Differenz über Lille und Tournay . . . . . —
Bolingbroke und Torcy wünschen Sonderfrieden 397
Differenz zwischen Rechteren und Mesnager . . . . . —
Ludwig XIV. fordert Satisfaction . . . . . —
Der französische Zweck ist der Sonderfriede 398
Bericht eines Versuches zu diesem Zwecke 399
Die Generalstaaten trauen der Willigkeit der Reichsfürsten nicht 400
Ludwig XIV. steigert die Forderung an die Republik . . . . . —
Vorstellung der Republik bei der Königin 401
Stimmung in England der Republik günstig 402

Die Frage der Thronfolge.

Der Ritter von St. Georg.

Das britische Ministerium gilt für jacobitisch 403
Die öffentlichen Acte nicht günstig für den Prätendenten . . . . . —
Schwierigkeit für die Königin etwas für ihn zu thun 404
Unterredung Buckinghams mit der Königin . . . . . —
Rückblick auf die Umwälzung von 1688 405
Antwort des Prätendenten auf die Zumuthung des Uebertrittes 406
Die französische Politik in Betreff des Prätendenten 407
Frage des künftigen Aufenthaltes für ihn . . . . . —
Die Königin hat wahrscheinlich Lothringen bestimmt 408

Wichtige Personal-Veränderungen in England.

Meinungen über Marlboroughs Entfernung 409
Das Exil ihm durch Oxford aufgezwungen 410
Ernennung Hamiltons zum Botschafter nach Paris . . . . . —
Besorgnisse und Hoffnungen 411
Duell Hamiltons und Mohuns 412
Der Tod Hamiltons ein Verlust für die Jacobiten . . . . . —
Der Prätendent weist seine Anhänger an Oxford 413
Persönlichkeit des Herzogs von Argyle . . . . . —
Allmählich eintretende Aenderung 414
Lockharts Versuch in St. Germain vergeblich 415
Argyle entschieden gegen St. Germain 416

Seite

Stellung der Königin und ihrer Minister zum Hause Hannover.

Harley mit Handschreiben der Königin nach Hannover 417
Betheuerungen Oxfords dahin . . . . . —
Diejenigen Straffords bei der Kurfürstin Sophie 418
Bolingbroke über den Hof in Hannover 419
Er knüpft durch Gautier mit St. Germain an 420
Das britische Ministerium will den Kurfürsten für Schweden verwickeln . —
Harley mit einer Reihe von Schreiben zurück 422
Dasjenige des Kurfürsten an Shrewsbury . . . . . —
Der Kurfürst sendet den Freiherrn von Grote nach London . . . . . —
Er soll ein Jahrgeld für die Kurfürstin verlangen 423
Verschiedenheit der Urtheile in Hannover über Oxford 424
Weisung für Grote in Betreff Bolingbrokes 425
In Betreff der Parteien in England . . . . . —
Namen zuverlässiger Persönlichkeiten 426
Auftrag zur Forderung der Rückstände 427

Stand der europäischen Angelegenheiten in den letzten Monaten des Jahres.

Der Krieg um schwedische Besitzungen 427
Franz Rakoczy vor Ludwig XIV. über seine Leistungen 428
Lord Lexington nach Spanien 430
Seine Instruction und sein Verhalten in Betreff der Catalonier . . . . —
Carl VI. für die Catalonier . . . . . —
Seine Forderungen an England für den Beitritt zum Frieden 431
Ablehnung derselben 433
Königin bietet Heimkehr der Kaiserlichen aus Spanien an 434
Sie fordert dafür die Neutralität in Italien . . . . . —
Frankreich steht von Tournay ab 435
Das britische Ministerium verlangt Aenderung des Barriere-Vertrages . . —
Rede Straffords im Haag, im December . . . . . —
Besorgnisse der Holländer 436
Der neue Barriere-Vertrag 437
Einwand gegen die Fassung in Betreff der Erben der Königin . . . . . —
Einwand in London abgelehnt 438
Die Forderung der vier oberen Reichskreise nicht berücksichtigt . . . . . —
Genugthuung von holländischer Seite für Mesnager 439
Die Republik dennoch auf Fortsetzung des Krieges gefaßt . . . . . —

Der Utrechter Friede.

Zwischen Groß-Britannien und Frankreich nicht erledigte Punkte 440
Frankreich steigert die Ansprüche . . . . . —
Bolingbroke über diese Lage der Dinge 441
Bericht der Commission von 1715 darüber 442

Seite
Frankreich geht ein, hadert jedoch mit der Republik 443
Groß-Britannien stellt ein Ultimatum, 28. Februar . . . . . —
Frankreich nimmt an und dringt auf Abschluß 444
Strafford und Bristol verlangen neue Vollmacht . . . . . —
Friedenssehnsucht in England . . . . . —
Der Kaiser geht ein in Verträge über die Räumung Cataloniens und Neutralität Italiens 445
Philipp V. nicht willig für die Catalonier 446
Frage des Beitrittes des Kaisers zum Frieden . . . . . —
Unterzeichnung des Friedens zu Utrecht, 31. März/11. April 447
Verzögerung der Verkündigung 448

Verhalten des Hauses Hannover zu der britischen Regierung in den ersten drei Monaten des Jahres 1713.

Steigendes Mistrauen gegen Oxford 448
Auch bei der Kurfürstin Sophie und dem Kurprinzen . . . . . —
Grote findet für keinen seiner Aufträge Willfährigkeit 449
Eifer von Mitgliedern der Whig-Partei 450
Der Kurfürst will nicht sich in englische Angelegenheiten mischen 451
Werthschätzung der Brüder Argyle und Islay . . . . . —
Offenheit der Kurfürstin Sophie . . . . . —
Eine Reihe von Anfragen nach England 452
Kurfürstin und Kurfürst setzen volles Vertrauen in Marlborough . . . . —
Englische Antworten auf jene Anfragen 453
Das Verlangen der Sendung des Kurprinzen 454
Es verstößt gegen das Princip des Kurfürsten . . . . . —
Der Kurfürst tritt dem Frieden von Utrecht nicht bei 455

Der Prätendent zu dem Utrechter Frieden.

Sein Protest vom 25. April 1712 455
Rückblick auf die völkerrechtliche Stellung des Prätendenten 456
Daher sein Protest nicht an die richtige Adresse 457
Forderung seiner Entfernung aus Frankreich . . . . . —
Sir Thomas Hanmer in Paris . . . . . —
Desgleichen der Herzog von Argyle 458
Gautier im Auftrage Oxfords an Torcy über den Prätendenten . . . . —
Auffallendes Verhalten dabei einerseits Oxfords, andererseits Torcys . . . 459
Der Prätendent an Ludwig XIV., 20. Februar 460
Zweifel in seiner Umgebung gegen Oxford . . . . . —
Der Prätendent und Middleton weisen die Zweifel zurück 461
Der vierte Artikel des Friedensschlusses 462

Neunundreißigstes Buch.

Vom Frieden von Utrecht, 11. April 1713, bis zur Krönung Georgs I., 20./31. October 1714.

Das britische Parlament vom 9./20. April bis zur Auflösung, im August.

Verhalten der Jacobiten. Seite

Besorgnisse vor der jacobitischen Partei 463
Die Jacobiten zu Oxford und Bolingbroke 464
Sacheverell 465

Beginn des Parlamentes.

Die Thronrede und die Adressen für die Thronfolge von Hannover . . . 466
Die Whig-Partei dringt in Hannover auf die Sendung des Kurprinzen . 467
Eben so Marlborough und Bothmar 470
Das Unterhaus verwirft den Handelsvertrag mit Frankreich 471
Schottland gegen die Malztaxe . . . . . —
Lockharts Plan für die Aufhebung der Union . . . . . —

Stand der Frage der Thronfolge.

Ansicht des Residenten Kreyenberg darüber 473
Seine Bitte um Unterstützungen für arme Lords 476
Antwort des Kurfürsten an Kreyenberg und L'Hermitage, im Juli . . . 477
Erneutes Andringen nach Hannover 479

Fortsetzung der Parlaments-Verhandlungen.

Die Königin verlangt für ihre Schulden eine halbe Million 479
Die officielle Friedensfeier, 7./18. Juli 480
Oberhaus für die Entfernung des Prätendenten aus Lothringen . . . . . —
Unterhaus beschließt eine ähnliche Adresse 481
Thronrede der Königin zur Vertagung, 16./27. Juli 482
Auflösung und Neuwahlen 483
Contrast des Wahlergebnisses mit der Stimmung der Nation . . . . . —

Die Sache des Prätendenten.

Berwick und Oxford 484
Oxford und Bolingbroke gehen nicht zusammen . . . . . —
Berwicks eigener Vorschlag 485
Oxford gibt darauf keine Antwort 486
Verhalten Oxfords bei der Königin in dieser Sache 487
Das Werk über das Erbrecht an der Krone . . . . . —
Irrthümer der Königin Anna 489
Besorgnis der Whigs vor dem Zwecke jenes Werkes 490
Duplicität Oxfords . . . . . —

Verhalten des Kurfürsten Georg Ludwig.

Seite
Der Kurfürst ernennt den Gesandten Schütz, im August 491
Seine Instruction ist gegen die Sendung des Kurprinzen . . . . . —
Hannover will nicht wissen, was Whig, was Tory 493
Weitere Gründe gegen die Sendung . . . . . —
Verschiedenheit der Lage von derjenigen im Jahre 1688 494
Die Instruction verpflichtet zur scharfen Vorsicht 495
Schütz, in London, sieht die Lage als ungünstig an . . . . . —
Urtheile über ihn 496
Das Verhalten Marlboroughs kennzeichnet die Ungewisheit der Dinge . . —

Die europäische Lage der Dinge gegen Ende des Jahres 1713.

Steenbocks Sieg bei Gadebusch und Capitulation in Tönningen 498
Sinken der schwedischen Macht . . . . . —
Congreß in Braunschweig 499
Fortsetzung des Reichskrieges gegen Frankreich . . . . . —
Prinz Eugen über die Leistungen der Reichsfürsten 500
Die beiderseitige Macht 501
Englische Ansichten über die Fortdauer des Krieges 502
Kaiserliche Truppen in Spanien zurück gehalten . . . . . —
Belagerung von Landau 503
Abermals der Verräther Elein . . . . . —
Belagerung von Freiburg 504
Prinz Eugen und Marschall Villars in Rastadt 505
Sie dringen nach Versailles und nach Wien auf Frieden 506
Ultimatum des Prinzen Eugen 507
Villars mahnt zur Annahme wegen Englands . . . . . —
Ludwig XIV. beabsichtigt nicht, für den Prätendenten einzutreten 508

Krankheitsanfall der Königin Anna, im Januar 1714, und die nächsten Consequenzen.

Der Gesandte Schütz über die Meinungen der Whig-Partei 509
Krankheitsanfall der Königin, im Januar 511
Ein Schreiben Bolingbrokes . . . . . —
Berichte Hoffmanns über diese Lage der Dinge 512
Eindruck der Nachricht im Haag 513
Verhalten der Kurfürstin Sophie 514
Der Kurprinz Georg August 515
Der Kurfürst Georg Ludwig, beurtheilt von Schulenburg 516
Grundsätzliches Verhalten des Kurfürsten 517

Weitere Entwickelung der Dinge in England.

Besorgnisse der Whig-Partei nicht begründet 519
Oxford den Jacobiten verdächtig . . . . . —

Seite
Seine Bemühungen nach Hannover hin 520
Neuer Krankheitsanfall der Königin, im Februar 521
Die Bank von England 522
Geburtstag der Königin 6./17. Februar 523
Versuche Oxfords zu täuschen 524
Seine Stellung bei der Königin . . . . . —

Frage des Religionswechsels des Prätendenten.
Oxford verlangt den Religionswechsel des Prätendenten 524
Misstimmung Berwicks darüber . . . . . —
Antwort des Prätendenten 525
Sie berührt nicht sein Verhältnis zu Frankreich 527

Die Session des Parlamentes.

Stellung der Parteien.
Wahl des Sprechers Hanmer 528
Die Jacobiten, nach Lockharts Darstellung 529
Unterredung zweier Häupter derselben mit Bolingbroke . . . . . —
Die Parteien im Unterhause 531
Der Resident Kreyenberg über Oxford . . . . . —
Nottingham über die Frage der Sendung des Kurprinzen 532
Cowpers Versuch das Writ für den Kurprinzen zu erlangen 533
Whig-Partei über das einzuschlagende Verhalten . . . . . —
Besorgnisse des Gesandten Schütz und der Whig-Partei 534
Entgegengesetzte Besorgnis der Königin 535

Das Parlament, im März.
Die Thronrede, 2./13. März 535
Die Adressen, namentlich die des Unterhauses 536
Frage der Aufrichtigkeit 537
Beiderseitige Besorgnisse übertrieben 538
Der Kurfürst erneuert den Abschlag der Sendung des Kurprinzen . . . 539
Er verlangt weitere Entfernung des Prätendenten . . . . . —
Reden im Oberhause für diese Entfernung 540
Oxford gegen die Einbringung fremder Truppen . . . . . —
Das Unterhaus über die Flugschriften Steeles 541
Bolingbroke über den Gang der Dinge im Parlamente 542
Seine Unzufriedenheit mit der Führung Oxfords . . . . . —

Die Sendung des Thomas Harley nach Hannover.
Absicht Oxfords bei der Sendung Harleys 543
Sein Schreiben an die Kurfürstin Sophie . . . . . —
Handschreiben der Königin, vom 8./19. Januar 544
Bolingbroke über die Instruction für Harley 545
Gegensatz der Absichten Oxfords und Bolingbrokes 546

Seite
Gerüchte über die Sendung Harleys 546
Besonderer Antrag an die Kurfürstin Sophie 547

Oxford und Bolingbroke.

Berwicks Bericht über das Verhalten Oxfords 547
Bemerkungen zu diesem Berichte 549
Ausnutzung des Vertrauens von Berwick in Oxford durch Torcy . . . . —
Ludwig XIV. nicht Willens für den Prätendenten etwas zu thun . . . 550
Berwick dringt durch Ormond auf die Entlassung Oxfords . . . . . —
Oxford weiß sich noch zu halten, Anfang April 551
Die hauptsächliche Differenz kommt nicht zur Sprache 552
Oxford bleibt bei den Betheuerungen nach St. Germain . . . . . —
Der eigentliche Gegensatz zwischen Oxford und Bolingbroke 553
Oxford knüpft durch Steingens mit Schulenburg an . . . . . —
Er betheuert auch über Holland nach Hannover seine Gesinnung 554
Unkenntnis des Verhältnisses bei Schütz 555

Fortsetzung der Parlaments-Session, im April.

Veränderungen in der Armee 555
Einigung der hannöverschen Tories mit den Whigs 556
Im Oberhause Angriff auf die Minister . . . . . —
Ob die Succession in Gefahr unter der Regierung der Königin 557
Adresse gegen den Prätendenten . . . . . —
Antwort der Königin 558

Die Forderung des Writ und ihre Consequenzen.

Das Writ liegt ausgefertigt vor 559
Erwägungen des Gesandten Schütz darüber 560
Schreiben der Kurfürstin Sophie in Betreff des Writ . . . . . —
Schütz verlangt das Writ bei dem Lord-Canzler 561
Er erhält dafür das Lob von Anglesea und Hanmer 562
Antwort des Lord-Canzlers . . . . . —
Urtheile der Whig-Partei 563
Oxford erforscht bei Schütz den Sachverhalt . . . . . —
Mahnungen der Whig-Partei nach Hannover 564
Erwartungen davon in London 565
Unterhaus über die Frage, ob die Succession in Gefahr . . . . . —
Schütz empfängt das Writ 566
Ihm wird der Hof verboten . . . . . —
Allmähliche Wandlung der Ansichten 567
Schütz, auf den Rath der Whigs, nach Hannover . . . . . —
Verhalten des Lords Oxford 568
Kundgebungen für das Kommen des Kurprinzen . . . . . —
Handschreiben des Kurfürsten an die Königin, 7. Mai 570
Denkschrift des Kurfürsten und der Kurfürstin Sophie, 7. Mai . . . . —
Antwort des Kurfürsten in Betreff des Writ an Harley 573
Cadogans Aufforderung den Kurprinzen zu senden . . . . . —

Seite

Meinungen von jacobitischer Seite 574
Eindruck der Antwort des Kurfürsten auf die Whigs 575
Schreiben der Kurfürstin Sophie an Strafford 576
Unmuth der Whigs . . . . . —

Die drei Briefe der Königin und der Tod der Kurfürstin.

Verschärfung der Differenz zwischen Oxford und Bolingbroke 579
Die Königin und die kurfürstliche Denkschrift vom 7. Mai 581
Bolingbroke bewegt die Königin zum Angriffe 582
Seine gleichzeitigen Aeußerungen zu Strafford . . . . . —
Schreiben der Königin an den Kurprinzen, 19./30. Mai 583
Desgleichen an den Kurfürsten 584
Desgleichen an die Kurfürstin Sophie 585
Schreiben des Grafen Oxford . . . . . —
Die Kurprinzessin über die Lage der Dinge 586
Tod der Kurfürstin Sophie, 8. Juni 587
Ihre Beliebtheit 588

Verhalten des Kurfürsten.

Aussöhnung des Kurfürsten und des Kurprinzen 589
Die Wirkung der drei Briefe entspricht nicht der Absicht des Verfassers . 590
Die zwei Antworten des Kurfürsten an die Königin . . . . . —
Antwort des Kurprinzen 592
Neue Documente der Ernennung der Regenten . . . . . —

Weiterer Verlauf der Dinge in London, im Juni.

Die Schisma-Bill im Unterhause 593
Absicht Bolingbrokes dabei . . . . . —
Das Unterhaus nimmt an 594
Ernennung Clarendons zum Gesandten nach Hannover . . . . . —
Bolingbrokes Uebergewicht wird bekannt 595
Die Schisma-Bill im Oberhause . . . . . —
Oxfords Verhalten dabei 596
Annahme der Bill und weiteres Geschick derselben . . . . . —
Die Königin setzt den Namen des Kurfürsten ins Kirchengebet 597
Unterhaus bewilligt nicht die Rückstände von 1712 für Hannover 598
Hoffnungen der Jacobiten von Bolingbroke noch vertagt . . . . . —
Misstimmung der Whigs im Nachlassen 600
Oxford sucht die Ueberkunft Bothmars abzuwehren . . . . . —
Der Kurfürst beharrt bei der Sendung Bothmars 601
Handschreiben der Königin an den Kurfürsten, 19./30. Juni 602
Antwort der Königin auf die kurfürstliche Denkschrift . . . . . —

Die Proclamation gegen den Prätendenten.

Aufforderung des Kurfürsten an die Generalstaaten 605
Oxford bewirkt eine Proclamation der Königin gegen den Prätendenten . 606
Bolingbroke setzt eine geringere Summe durch 607

Seite
Die Königin ſpricht nach Hannover gemäßigter durch Bromley 607
Ihr Mistrauen unüberwindlich 608
Antwort des Kurfürſten an Clarendon . . . . . —
Durch die Proclamation gibt die Regierung die frühere Stellung auf . . 609
Dank-Adreſſe des Oberhauſes . . . . . —
Das Unterhaus ſtellt den Preis von 100.000 Pfund Sterling her . . . 610
Bolingbroke beantragt eine Bill gegen Werbungen 611
Abermals das Verhalten der franzöſiſchen Politik . . . . . —
Audienz Bothmars bei der Königin, 29. Juni/10. Juli 613
Bolingbroke und Oxford ſchlagen die Proclamation nicht hoch an 614

Stand der Dinge bis zur Vertagung des Parlamentes.

Oxford und Bolingbroke, 29. Juni/10. Juli 614
Die Jacobiten mit Bolingbroke unzufrieden 615
Seine Unterredung mit Lockhart . . . . . —
Jacobiten wieder mit dem Miniſterium 616
Oberhaus über den Handelsvertrag mit Spanien 617
Die Königin nennt nicht die verlangten Namen . . . . . —
Das Verhalten Oxfords . . . . . —
Das Oberhaus ſetzt die Berathung und Nachforſchung fort 618
Es iſt mit der Antwort der Königin nicht befriedigt 619
Thronrede der Königin endet ſcharf 620
Meinungen über das zu erwartende Vorgehen Bolingbrokes . . . . . —
Lockhart und Stanhope 621

Entlaſſung des Treaſurers Oxford und Tod der Königin Anna.

Entlaſſung Oxfords.

Zwei der Briefe der Königin vom 19./30. Mai veröffentlicht 621
Beſchwerde der Königin nach Hannover 622
Sachverhalt dieſer Publication . . . . . —
Erörterung des Verhaltens von Marlborough 623
Oxford und Marlborough 624
Bolingbroke und Marlborough 625
Oxford meint noch ſich halten zu können . . . . . —
Bolingbroke bereitet Strafford auf den Umſchwung vor 626
Oxford und Lady Maſham 627
Swift und Erasmus Lewis über den Streit . . . . . —
Oxford hält bis zuletzt an der Hoffnung 628
Das Misfallen der Königin gegen ihn im Steigen . . . . . —
Entlaſſung Oxfords 629

Tod der Königin.

Frage, ob die Königin zu einem Entſchluſſe gelangt iſt 630
Bolingbrokes Plan eines neuen Miniſteriums . . . . . —
Lady Maſham an Swift 631

Seite
Schlaganfall der Königin 632
Shrewsbury zum Lord Treasurer ernannt . . . . . —
General Stanhope über die Lage an Kaiser Carl VI. . . . . —
Maßregeln des geheimen Rathes 635
Tod der Königin, 1./12. August 636

König Georg I.

Die ersten fünf Tage der Regentschaft.

Constituirung der Regentschaft 636
Proclamirung des Königs Georg I. 638
Versammlung des Parlamentes . . . . . —
Die geheimen Papiere der Königin verbrannt 639
Bolingbrokes spätere Behauptungen . . . . . —
Sein eigenes damaliges Zeugnis 640
Die Maßregeln der Regentschaft gerichtet gegen Frankreich 641
Ludwig XIV. hat nicht feindselige Absichten . . . . . —
Günstige Stimmung der Regentschaft für den Kaiser 642
Unterhaus beschließt einstimmig eine Adresse 643
Die Worte: Kaiserliche Krone . . . . . —
Eindruck der Adresse . . . . . —
Ankunft Marlboroughs 644

König Georg I. in Hannover.

Clarendons Bericht über den Kurfürsten und die Räthe 645
Urtheil Schulenburgs über den Kurfürsten . . . . . —
Eintreffen der Berichte aus England 646
Ueberblick des bisherigen Verhaltens des Hauses Hannover zu der Succession —
Die Annahme eine Ehrenpflicht gegenüber Europa 648
Haltung der Republik der Niederlande 649

Der Prätendent.

Er bricht auf von Bar, wird in Frankreich zurückgewiesen 650
Bericht Bolingbrokes darüber . . . . . —
Protestation von Plombieres, 29. August 651
Bemerkungen zu derselben . . . . . —
Betheuerung beharren zu wollen 652

Fortgang der Dinge in England.

Bewilligungen des Unterhauses 652
Antworten des Königs an den geheimen Rath und die Regentschaft . . . 653
Frage des Einzuges in London . . . . . —
Ernennungen für Marlborough und Orford 654
Die Regentschaft sanctionirt die Geld-Bills 655
Antworten des Königs auf die Adressen . . . . . —
Peterborough 656
Verhalten Bolingbrokes . . . . . —

Seite

Die Regentschaft erlangt den Bescheid ihn zu entlassen 657
Ausführung desselben und Verhalten Bolingbrokes . . . . . —
Seine Unterredung mit Bothmar 658
Bericht Bothmars über Oxford 659
Thätigkeit Oxfords für die Sache der Succession 660
Friedlicher Verlauf der Dinge 661
Nottinghams Rathschläge nach Hannover . . . . . —

Reise und Einzug des Königs.

Aufbruch und das Gefolge 662
Die Fahrt bis zum Haag 663
Aufenthalt im Haag . . . . . —
Die Seefahrt und die Ankunft in Greenwich 664
Graf Oxford 665
Einzug in London, 20. September/1. October . . . . . —
Belohnungen und Ernennungen 666

Die Krönung.

Ankunft der Prinzessin von Wales 667
Der Krönungszug, 20./31. October . . . . . —
Predigt des Bischofs von Oxford . . . . . —
Haltung der Jacobiten 668
Krönung und Huldigung . . . . . —
Bolingbroke 669
Rückkehr nach Westminster-Hall und Festmahl . . . . . —
Existenz einer zahlreichen jacobitischen Partei 670

Siebenunddreißigſtes Buch.

Das Kriegsjahr 1711.

— — —

Seſſion des großbritanniſchen Parlamentes im Winter 1710/11.

Das neue Miniſterium bis zur Verſammlung des Parlamentes.

Die Juntilla hatte durch den Sturz des Miniſteriums Godolphin den Sieg davon getragen, nicht jedoch in der Weiſe, in welcher das Haupt derſelben, Harley, es gewünſcht und gewollt. Der Plan eine Regierung zu bilden, die nicht ſich ſtützte auf die eine der Parteien, ſondern auf befähigte Mitglieder beider Parteien, war geſcheitert. Das poſitive Ergebnis war vielmehr, daß die Tories an die Stelle der Whigs getreten waren. Die andere Hoffnung Harleys, die ſich nicht erfüllt hatte, war diejenige auf die Zuſtimmung des Succeſſors, des Kurfürſten Georg Ludwig in Hannover. Als Mitglied der großen Allianz hatte dieſer offen zu erkennen gegeben, daß er um der Sache derſelben willen Marlborough im Commando der Armee erhalten zu ſehen wünſchte. In Betreff der inneren Angelegenheiten von Groß-Britannien hatte der Kurfürſt jegliche Betheiligung oder Einmiſchung in klar ausgeſprochener Weiſe abgelehnt.

Eben dadurch daß die Königin, um die Sache durchzuführen, ſich an ihren Oheim Rocheſter hatte wenden müſſen, war in dem Siege ſelbſt die Juntilla zerſprengt. Der Herzog von Somerſet, dem es hauptſächlich um den Sturz Godolphins zu thun geweſen war, zog ſich dann, als der Sturm darüber hinaus ging, grollend zurück und näherte ſich wieder den Whigs. Shrewsbury ward ſogar um den gehofften Lohn gebracht. Er erſtrebte für ſich die Statthalterſchaft

von Irland; aber Rochester wendete dieselbe seinem Verwandten zu, dem Herzog von Ormond. „Wenn Harley und Shrewsbury, bemerkt ein Beobachter, sich nicht in allen Dingen den Häuptern der Tory-Partei fügen, so werden sie sich eben so wenig halten können wie die erklärten Whigs.“ [1])

Marlborough jedoch war in Betreff Harleys nicht dieser Ansicht. „So lange Frau Masham in Gunst verbleibt, antwortet er seiner Frau auf eine ähnliche Aeußerung, wird es den Tories sehr schwer werden, das Ansehen und den Credit Harleys bei der Königin zu schmälern.“ [2]) In ähnlicher Weise sprach er sich einige Monate später in vertraulicher Unterredung zu Robethon aus, der als Gesandter des Kurfürsten Georg Ludwig sich im Haag befand. „Die Regierung kann so wie sie jetzt ist, nicht lange bestehen, sondern entweder Rochester oder Harley muß das Uebergewicht gewinnen. Jener hat in beiden Häusern die Mehrheit, dieser hat für sich das völlige Vertrauen der Königin.“ [3])

Wie diese später gesprochenen Worte Marlboroughs ergeben, ward das Gewicht der Tory-Partei verstärkt durch den Ausfall der Wahlen zum Unterhause, die in heftiger Erregung vor sich gingen. In der Stadt Westminster, welche zwei Mitglieder zu wählen hatte, wurde von Seiten der Whigs als der eine Candidat der General Stanhope aufgestellt. Da er in Spanien abwesend, so ward er durch einen anderen höheren Officier, Devonport, repräsentirt. Der übliche Aufzug unter Trompetenschall fand statt, jedoch unter Insulten allerlei Art gegen Devonport. Es kam dahin daß, was unerhört war, die Wähler für Stanhope durch Mishandlungen zurück geschreckt wurden. [4]) Westminster wählte zwei Tories. Die Stadt London, welche vier Deputirte zu stellen hatte, ebenfalls Tories. Die Whigs unterlagen an Wahlorten, die sie seit vierzig Jahren inne gehabt. Durchweg wurden drei Tories gegen einen Whig erwählt. Dies Ergebnis war, wie man allgemein glaubte, die Nachwirkung des Processes Sacheverell, und das Moment, das den Ausschlag gab, war die Besorgnis,

[1]) Hoffmanns Bericht vom 4. November.

[2]) Coxe's Marlborough t. III, p. 143.

[3]) Robethon-Papiere im Archive der Stadt Hannover. Bericht vom 23. März 1711.

[4]) Hoffmanns Berichte vom 17. und 24. October.

daß unter einem Whig-Parlamente und einem Whig-Ministerium die anglicanische Religion in Gefahr sein würde. Der öffentliche Credit dagegen war im Sinken. Die Actien der Bank, die vor der Aenderung zu 126 und selbst 128 gestanden, sanken bis zu 99. Damals hielt einer der Bank-Directoren, die nach der Entlassung des Lords Sunderland bei der Königin eine Bitte gegen weitere Aenderungen eingelegt, als erwählter Lord-Mayor seinen Umzug. Man mußte, gegen den bisherigen Brauch, Vorsichtsmaßregeln treffen, um ihn gegen etwaige Insolenzen des Volkes zu schützen.[1])

Demnach ward das neue Ministerium daheim durch eine starke Popularität getragen.

In Betreff des Verhaltens nach auswärts verkündete der neue Staats-Secretär St. John nach Holland: „Unsere Freunde und Feinde werden an uns dieselbe Erfahrung machen, daß, so verschieden wir auch in Betreff der lediglich einheimischen Dinge denken, wir Eines Sinnes sind in den großen Angelegenheiten, welche das jetzige und künftige Wohl Europas betreffen. Sie dürfen Jedermann dort versichern, daß wir den Credit aufrecht halten, den Krieg fortführen, die Allianz stärken wollen."[2]) Aehnliche Versicherungen gab Lord Rivers in Hannover.

Dies entsprach unzweifelhaft damals den Meinungen der Königin Anna. Wir haben oft Gelegenheit gehabt zu beobachten, daß Marlborough und Godolphin ihr gegenüber von dem Axiom ausgehen, daß lediglich die nachdrückliche Fortführung des Krieges ihr die Krone sichere. Demgemäß hatte auch die Königin nicht bezwecken können, durch den Wechsel der Minister vom Kriege frei zu kommen, sondern durch andere Persönlichkeiten ihn fortzuführen.

Auch war von außen her nichts zu ihrer Kunde gekommen, was sie darin hätte wankend machen können. Vielmehr vollzogen sich die hauptsächlichen Aenderungen, der Beschluß zur Auflösung des Parlamentes, sowie die Besetzung der Ministerposten mit Mitgliedern der Tory-Partei, unter dem Eindrucke der Siegesnachrichten aus Spanien.

---

[1]) Hoffmanns Berichte vom 4. und 11. November.

[2]) Letters and Correspondence of St. John Viscount Bolingbroke t. I, p. 5.

Das Dankfest für diejenige von Saragossa fand statt am 7./18. November, nicht jedoch in der Kathedrale St. Paul.

Einige Tage vorher erschien in der Londoner Zeitung eine Kundmachung, durch welche der Staats-Secretär St. John im Namen der Königin Verzeihung und Belohnung für diejenigen verhieß, welche die Thäter eines in der Paulskirche verübten Verbrechens anzeigen würden. Nach der Anzeige bestand das Verbrechen darin, daß starke eiserne Klammern, die einen Balken im westlichen Gewölbe trugen, losgelöst und weggenommen waren.[1])

Diese an sich schon aufregende Kundmachung wurde durch das Gerücht weiter dahin ausgelegt, daß am Tage des Dankfestes der Balken auf die Königin und ihr Gefolge gestürzt sein würde. Eine Broschüre klagte die Whig-Partei dieses Attentates an. Andere dagegen behaupteten, daß sowohl die Thatsache wie das daran haftende Gerücht aus dem neuen Ministerium seinen Ursprung habe.[2])

Da die von einem Minister gezeichnete Kundmachung auch den Namen der Königin nannte, so liegt der Schluß nahe, daß das Gerücht dieses vermeintlichen Attentates der Grund war, daß das Dankfest nicht in der Paulskirche abgehalten wurde, sondern in der Hof-Capelle von St. James. Dort, wo man zum ersten Male die neu ernannten Minister und Würdenträger beisammen sah, ward es augenfällig, welche große Veränderung sich vollzogen hatte. Der Hof bestand nur aus Großen der Tory-Partei: ein Whig war nicht wahrnehmbar.[3])

Aber man feierte ein Siegesfest, und die Gedanken auch dieses neuen Ministeriums waren wie diejenigen der Königin gerichtet auf die Fortsetzung des Krieges. Sie konnten es sein, weil ja doch bis gegen das Ende des Jahres von Spanien her nur erst noch günstige Nachrichten vorlagen. Da Carl III. sich in Madrid befand, und daher in England wie durchweg außerhalb Spaniens angenommen wurde, daß die Unterwerfung Castiliens gelingen müsse, so fanden auch die Wünsche Carls III. zum Nachschube von Truppen bereitwilliges Gehör, mehr als zuvor. Der Graf Gallas, als Gesandter zugleich des Kaisers und Carls III.,

— — —

[1]) Lamberty t. VI, p. 371.

[2]) A. a. O.

[3]) Hoffmanns Bericht vom 18. November.

wiederholt in die Conferenz der Minister geladen, legte dort den Gang der Dinge seit dem Treffen von Almanza dar, und verlangte für die 2000 Küraſſiere, die der Kaiser nach Spanien senden wollte, die Ueberführung und Verpflegung. Die Forderung wurde bewilligt.[1]) Einige Tage später kündete St. John dem Grafen Gallas an, daß die Königin die in der Insel Wight stehenden Bataillone und einige aus Irland nach Spanien absenden werde. Dies waren zusammen über 5000 Mann.[2]) Die Absendung indessen verzog sich.

Es ist von Wichtigkeit diese Thatsachen hervorzuheben, weil in späterer Zeit die Meinung aufgekommen ist: das Tory-Ministerium sei sofort auf den Frieden ausgegangen. Dies ist nicht richtig. Vielmehr wird sich uns später der Anlaß zu dieser Wendung in ganz bestimmter Weise ergeben.

Der Wechsel der Minister daheim legte auch die Veränderung der Gesandten auswärts nahe. Ueber die Maßregeln, welche zur Sicherung des erlangten Sieges zu dienen hatten, nach außen wie daheim, erstattete Harley am 30. October 10. November[3]) in Windsor einen ausführlichen Bericht. „Das kraftvolle Auftreten der Königin, sagt er darin, hat den ihr gebührenden Respect zurück gewonnen. Die Holländer, die anderswohin ihre Augen gerichtet hatten, beginnen nunmehr sie der Königin zuzuwenden. Es ist nothwendig, sie dabei zu erhalten und zu stärken, und zu diesem Zwecke einen befähigten Minister hinzusenden.“ Zugleich stellte Harley den allgemeinen Grundsatz für die Behandlung aller verbündeten Mächte auf. „Das Verfahren, welches dem englischen Volke am meisten zusagen wird, ist alle Verbündeten anzuhalten, genau zu erfüllen, was sie in ihren Verträgen versprochen haben. Die ihnen bewiesene Nachgiebigkeit von unserer Seite ist oft beklagt worden und das Dringen in sie zur stricten Erfüllung ist der wahrscheinlichste Weg zum Frieden.“

Unzweifelhaft stand in der Erfüllung der allianzmäßigen Pflichten England allen anderen Mächten voran, und daher ward auf diesen von Harley ausgesprochenen Gedanken in der Folgezeit der stärkste Nachdruck gelegt.

---

[1]) Berichte vom 14. und 31. October.

[2]) Bericht des Grafen Gallas vom 21. November.

[3]) Abgedruckt in Hardwicke's Collection t. II, p. 485.

In Betreff der einzelnen Hauptorte der anderen Mächte sieht Harley den Haag als den wichtigsten an. „Dort, sagt er, ist der Mittelpunkt der Geschäfte und der Kenntnis, und darum muß dafür zuerst Bedacht genommen werden. Dann kommen Wien und Turin in Betracht, und zwar um so mehr, weil zwischen beiden ein Geheimnis obzuwalten scheint, das uns Allen hier undurchdringlich ist." Dies Geheimnis hastete doch wohl zum größeren Theile an der Persönlichkeit des Herzogs Victor Amadeus, der eben damals bereits mit dem Marschall Berwick angeknüpft hatte. (Vgl. Band XIII, S. 531 u. f.)

Zuletzt nennt Harley die Länder Portugal und Spanien, mit denen die Beziehungen abhängig sein würden von den Unterhandlungen an den vorgenannten Orten.

„Es gibt Einen schwachen Punkt, sagt endlich Harley, den sich der Feind zum Angriffe ausersehen könnte: das ist die Angelegenheit des Hauses Hannover. Es muß der großen Weisheit der Königin überlassen werden zu erwägen, wie dem zuvorzukommen wäre."

Unter dem Feinde wird hier die Whig-Partei gemeint. Harley befürchtet, daß diese Partei ihren Stützpunkt an dem Kurfürsten suchen werde. Daß der Versuch bereits gemacht und fehl geschlagen war, mochte Harley nicht wissen. Oder, wenn er es wußte, so war damit in seinen Augen die Gefahr noch nicht beseitigt. Wir haben hier nur die Thatsache zu constatiren, daß diese Besorgnis vorhanden, und daß also Harley und seine Partei an die Durchführung des Principes des Kurfürsten, sich in englische Angelegenheiten und englische Parteiungen nicht zu mischen, nicht unbedingt glaubten.

Einige Tage später erfolgte die Rückkehr der Königin von Windsor in die Stadt, um, wie es hieß, vor dem Zusammentritte des Parlamentes die Regierung definitiv zu regeln. Am 10. 21. November erhielt der Graf Rochester den weißen Stab des Treasurers. Somit war er das Haupt der Regierung, wie früher Godolphin. Harley verblieb unter ihm damals als Kanzler der Schatzkammer. Aber Rochester war nun alt geworden und nur noch wenige Monate waren ihm vergönnt.

Es traf sich, daß am selben Tage in London Ezechiel von Spanheim starb, 81 Jahre alt, den Friedrich I., um des Glanzes seiner Krone willen, als Botschafter dort gehalten hatte. Um zu entsprechen, hatte auch die Königin einen Botschafter nach Berlin geschickt,

den Lord Raby. Der Tod Spanheims in London machte auch den englischen Botschafter in Berlin verfügbar, und es verlautete bald das Gerücht, daß Lord Raby für den wichtigsten Posten, im Haag, bestimmt sei, so wie Lord Peterborough für Wien und Turin.[1])

Die hervorragendsten Persönlichkeiten der neuen Regierung waren Harley und St. John, und neben ihnen der spätere Botschafter im Haag, Lord Raby. Im Laufe des nächsten Jahres erscheinen sie unter den anderen Namen: Oxford, Bolingbroke, Strafford.

Die Charaktere dieser drei Persönlichkeiten, wie sie in einzelnen Zügen bisher schon vorliegen, werden schärfer hervortreten aus ihren nachfolgenden Handlungen und den Urtheilen der Kundigen.

Harley und St. John wandten zur Bekämpfung ihrer Gegner in weiterem Umfange als jemals bisher geschehen, die Druckerpresse an. Sie besaßen beide ungewöhnliche literarische Kenntnisse und, namentlich der Letztere, wie seine zahlreichen Schriften darthun, eine ungemeine Gewandtheit. Sie verwertheten dieselbe nicht bloß in Staatsschriften, sondern auch persönlich in der damaligen periodischen Presse, und hielten dazu auch eine Reihe anderer Federn in ihrem Solde. Das von ihnen, im August 1710, gegründete Wochenblatt, the Examiner, brachte Aufsätze auch von ihrer eigenen Hand. Sie gewannen dann für dasselbe den Dr. Jonathan Swift, welcher bald fast allein dafür schrieb. In ähnlicher Weise wie Swift war Matthew Prior thätig, eine Persönlichkeit niederer Herkunft, deren Talente ihm die Gunst von Wohlthätern für ihre Ausbildung erworben hatten. Prior wurde Diplomat und blieb dabei Poet. Auf seinem ferneren Lebenswege fand er, nach der Versicherung der Lady Marlborough, einen hauptsächlichen Gönner an Marlborough.[2]) Als die Dinge im Jahre 1710 sich wendeten, stellte Prior seine scharfe Feder für Harley und St. John zur Verfügung.

Neben dem Examiner erhob sich bald der Post Boy, der zweimal wöchentlich erschien. Den zwei Blättern gegenüber stand der Daily Courant.

---

[1]) Hoffmanns Berichte vom 21. November und 9. December.

[2]) Correspondence of the Duchess of Marlborough t. II, p. 139.

Man hat den Scharfsinn und den Witz der genannten Schriftsteller, namentlich im Vergleiche zu den ihnen darin nicht gewachsenen Gegnern, oft sehr gelobt. Indessen sind ihre Angriffe gegen die frühere Regierung, namentlich gegen Marlborough, allzu sehr persönlicher Natur, als daß in einer späteren Zeit, wo die Motive jener damaligen Leidenschaftlichkeit längst begraben sind, an den Ausbrüchen derselben der Leser ein Gefallen finden könnte. Erwähnenswerth ist der literarische Kampf, weil er das erste bedeutende Beispiel ist, daß eine regelmäßig-periodische Presse in solcher Art verwendet wurde, und weil, wenn er keinen anderen Erfolg hatte, so doch sicherlich den, die Gemüther zu verhetzen und zu verbittern und dadurch den Kampf leidenschaftlicher zu machen.

Die Session des Parlamentes.

Jener Vortrag Harleys in Windsor zeichnete für die nächste Zeit, wo man die unglückliche Wendung der Dinge in Spanien noch nicht kannte, die Grundzüge des Verhaltens der neuen Regierung vor. Denselben entsprach zunächst die Thronrede.

Am 25. November/6. December trat das neue Parlament zusammen. Die Mehrheit der Tories im Unterhause war so überwältigend, daß die Whigs den Kampf um die Wahl eines Sprechers nicht versuchten. Gegen das vorgeschlagene Mitglied der Tory-Partei, Bromley, erhob sich kein Widerspruch.[1]) Die Königin hieß die Wahl gut.

Ihre Thronrede sagte in Betreff des Krieges: „Die Fortführung des Krieges auf allen Schauplätzen desselben, und besonders in Spanien mit dem äußersten Nachdrucke, ist das wahrscheinlichste Mittel, mit Gottes Segen, einen sicheren und ehrenhaften Frieden zu erlangen, sowohl für uns wie für alle unsere Verbündete, deren Unterstützung und Interesse mir wahrlich am Herzen liegt.“ Demgemäß verlangt die Königin vom Unterhause die entsprechenden Mittel.

[1]) Hoffmanns Bericht vom 9. December: Bromley gewählt, nemine contradicente. — Commons Debates t. IV, p. 169 sagen, daß Hanmer und Smith mit in Vorschlag gebracht seien. Bei Differenzen dieses Werkes mit den Berichten Hoffmanns habe ich jedes Mal die letzteren als zuverlässiger gefunden.

Die Thronrede gedenkt dann, wie sie sagt, mit Bekümmernis der Schuldenlast des Flottenamtes, und verlangt Mittel und Wege, den Forderungen an dasselbe zu entsprechen, und für die Zukunft zuvorzukommen.

Im Gegensatze mit jener ersten Aufforderung den Krieg nachdrücklich fortzuführen, folgte dann der Ausdruck des sehnlichen Wunsches nach dem Frieden.

Weiter erklärte die Königin die Kirche von England hochhalten und schützen, dabei aber auch die Indulgenz, welche das Gesetz gestatte, für bedenkliche Gewissen gewähren zu wollen.

„Und damit alles dies auch den Nachkommen zu Theil werde, schloß die Königin, werde ich Niemanden anstellen als diejenigen, welche von Herzen der protestantischen Succession im Hause Hannover zugethan sind; denn bei dem Interesse dieser Familie kann Niemand so wahrhaft betheiligt sein als ich selbst."

Die Kritik der Thronrede als des Programmes der neuen Regierung fiel bei den Nicht-Tories nicht günstig aus. „Zuerst, sagte man, ist in der Thronrede der Waffenerfolge des letzten Feldzuges nicht gedacht. Dies ist nur darum unterblieben, weil sie noch unter der Whig-Verwaltung geschehen sind." [1])

„Ferner, sagte man, stellt die Thronrede für diejenigen, welche von der Hochkirche abweichen, nur eine Indulgenz in Aussicht. Die Presbyterianer verlangen aber Toleranz." Es konnte keinem Zweifel unterliegen, daß das Wort Indulgenz absichtlich in die Thronrede gesetzt war, weil in dem Prozesse Sacheverell der Unterschied der Worte Toleranz und Indulgenz die lebhaftesten Erörterungen beider Theile hervorgerufen hatte. Indem nun die Thronrede das Wort enthielt, welches die Whig-Partei damals mit Entschiedenheit zurückgewiesen, sah diese das Wort an als den Vorboten einer Verfolgung.

Ferner hatte die Thronrede der Schulden gedacht, die auf der Marine-Verwaltung lagen. Diese Schulden beliefen sich auf fünf Millionen Pfund Sterling, die zum Theile noch von der Regierung des Königs Wilhelm III. herstammten. Unter der Verwaltung Godolphins hatte das Unterhaus das für den Krieg überhaupt Geforderte jedes

[1]) Hoffmanns Bericht vom 9 December.

Mal auch bewilligt. Allein in den Eingängen war immer ein Rückstand geblieben. Diesen Abgang hatte Godolphin auf das Marine-Amt geschoben, als welches die Bezahlung am besten abwarten konnte, um sich des Geldes dort zu bedienen, wo die Nothdurft es erforderte. Er hatte gemeint, dies thun zu dürfen, weil das Unterhaus nicht, wie früher zur Zeit des Königs Wilhelm III., die Gelder zu diesem oder jenem Zwecke ausdrücklich und genau bestimmte, sondern ein völliges Vertrauen in die Verwaltung der Königin aussprach. Indem nun die Thronrede, wider die Gewohnheit, die Verschuldung des Flottenamtes in dieser Weise zur Sprache brachte, sah man darin die Aufforderung, die frühere Verwaltung zu untersuchen, folglich Godolphin anzugreifen.

Die Wirkung der Thronrede war daher, außer bei den Tories, nicht eine günstige. Die Actien der Bank, die seit vierzehn Tagen etwas gestiegen waren, fielen, auf das Bekanntwerden der Thronrede, an Einem Tage um 4 Percent. [1])

Noch niemals zuvor hatte eine Thronrede die Succession des Hauses Hannover so ausdrücklich betont. Da Harley in jenem Programme von Windsor diesen Punkt der Weisheit der Königin anheim gestellt hatte, so muß die Entscheidung dahin gefallen sein, daß man durch das nachdrückliche Betonen dieser Thronfolge der Whig-Partei diesen Angriffspunkt entreißen wollte. In wie weit die Königin Anna darin aufrichtig redete, dürfen wir dahin gestellt sein lassen. Andere hervorragende Persönlichkeiten des neuen Ministeriums wie Shrewsbury, Rochester, Buckingham hatten schon die Sendung des Grafen Rivers nach Hannover benutzt, um dort ihre Ergebenheit zu betheuern. Am 1./12. November, also mehrere Tage nach jenem Programme von Windsor, geschah dies auch von Harley. [2]) Er habe es bisher unterlassen, sagte er, weil er es vorgezogen haben würde, seine Ergebenheit durch Thaten als durch Worte zu beweisen; aber er benutze nun eine günstige Gelegenheit. — Es ist zu bemerken, daß eine Anknüpfung Harleys zugleich mit St. Germain damals noch nicht statt gefunden hatte, sondern erst einige Wochen später erfolgte, im Beginne des Jahres 1711.

---

[1]) Hoffmanns Bericht vom 9. December.

[2]) Macpherson's Original papers t. II, p. 197.

In denselben Tagen wie Harley, setzte sich auch St. John mit Hannover in Verbindung. Es wurde ihm leichter als jenem, weil er nur zu antworten hatte auf ein Schreiben des Unter-Staatssecretärs Robethon an ihn, welches Rivers überbracht hatte. Robethon bot darin seine Correspondenz an. Aber St. John ging gleich einen bedeutenden Schritt weiter. Da Robethon als einstiger Privat-Secretär Wilhelms III. jahrelang in London geweilt hatte, so war er dort nicht unbekannt, unterhielt vielmehr noch verschiedene persönliche Beziehungen, z. B. mit Hervart, der zur Zeit Wilhelms III. dessen Gesandter in der Schweiz gewesen war, ferner mit einem Franzosen De la Motte. Bevor St. John selber an Robethon schrieb, ließ er ihm durch Hervart die Andeutung machen, daß er, St. John, sich glücklich fühlen würde, wenn er gelegentlich Robethon einen Gefallen erweisen könne.[1]) Um dies klarer zu erläutern, begab sich Hervart zu De la Motte, dem Freunde Robethons in London, und eröffnete, daß Robethon von dem neuen Ministerium dieselben Privat-Vortheile zu hoffen habe, die er zuvor von den Whigs empfangen. „Ich antwortete, meldete De la Motte an Robethon, daß ich an solche Privat-Vortheile von Seiten der Whigs für Sie nicht glaubte. Wenn dem so gewesen wäre, so würde es mir nicht unbekannt haben bleiben können. Dazu auch dienten Sie einem Herrn, dem allein es zustehe, Ihre Dienste zu belohnen." De la Motte verlangte dann, daß Hervart sich bestimmter ausspreche. Dieser erwiderte: „Man erwartet von Herrn von Robethon, daß er in Uebereinstimmung mit der neuen Partei hier für die Thronfolge des Hauses Hannover arbeiten wird." „Es ward mir klar, fügt De la Motte seinem Berichte hinzu, daß Hervart im Auftrage von St. John redete."[2])

Nachdem diese Andeutungen voran gegangen, schrieb auch St. John, am 10. 21. November, an Robethon, daß er mit allem erdenklichen Vergnügen das Angebot der Correspondenz annehme. Er meldete, daß die Königin bald einen Gesandten nach Hannover ernennen werde, und ersuchte Robethon, denselben in seine Protection zu nehmen.[3])

---

[1]) Macpherson's Original papers p. 199.

[2]) A. a. O., p. 200.

[3]) A. a. O., p. 202. — Im französischen Original in Bolingbroke's letters t. I, p. 12.

Robethon legte die Schriftstücke dem Kurfürsten vor. Demgemäß antwortete er an St. John, daß das Angebot der Correspondenz sich nur auf die Zeit bezogen habe, wo, wie bisher nach dem Tode des Herrn von Schütz, ein hannöverscher Gesandter in London nicht anwesend. Da nun aber der neu ernannte Herr von Bothmar, der das volle Vertrauen des Kurfürsten besitze, sich auf dem Wege befinde, so würde jede Correspondenz ohne ihn zwecklos sein.

„Im Uebrigen, schreibt dann Robethon, bin ich sehr erstaunt, daß Sie meine Protection für einen Gesandten Ihrer Majestät verlangen. Ich stehe hier am Hofe nicht auf einem solchen Fuße, Jemandem eine Protection gewähren zu können, und die Gesandten einer so großen Königin bedürfen hier keiner anderen Protection als ihres Charakters."

„Ich habe auch, schließt dann Robethon, mit Respect und Dankbarkeit, die Höflichkeiten empfangen, welche Herr von Hervart in Ihrem Namen mir geschrieben. Ich bat ihn, dies Ihnen kund zu geben, und zweifele nicht, daß er Ihnen meine Antwort mitgetheilt hat. Ich bitte Sie zu glauben, daß in Allem was ich thun kann, ich kein anderes Motiv fühlen werde, als dasjenige, die Ehre Ihrer Achtung zu verdienen und von Ihnen als ein rechtschaffener Mann angesehen zu werden." [1]) St. John antwortete darauf mit den stärksten Betheuerungen seiner Ergebenheit für das kurfürstliche Haus. „Wenn ich fähig wäre diese Gefühle zu ändern, schreibt er, so würde ich mich für unwürdig halten, den Namen eines guten Protestanten, eines guten Engländers, eines treuen Dieners der Königin zu führen." [2])

Diese Betheuerungen indessen veränderten nicht die Thatsache, daß St. John von Robethon eine Abweisung erfahren hatte. Und diese Abweisung ist nicht bloß für die Charakteristik der Persönlichkeiten wichtig. Sie betrifft zugleich das Verhältnis der beiden Höfe. St. John in London, Robethon in Hannover, blieben bis über die Katastrophe des Todes der Königin Anna hinaus in ihren Aemtern, jener als der Staats-Secretär, dieser als der vortragende Rath für die Angelegenheiten der englischen Thronfolge. Die beiderseitigen

---

[1]) Macpherson's Original papers t. II, p. 205.

[2]) A. a. O., p. 242.

Schriftstücke wurden also durch zwei Männer verfaßt, die, nachdem sie von Beginn an in dieser Art auf einander getroffen, nur noch höfliche Worte für einander haben konnten. Und dadurch ward, über den officiellen Verkehr der zwei Höfe hinaus, jeder andere mehr vertrauliche von Anfang an unmöglich gemacht.

Es fragt sich um die Adressen der beiden Häuser des Parlamentes zur Antwort auf die Thronrede.

Diejenige des Oberhauses erfolgte bereits am nächsten Tage. Seit einer Reihe von Jahren war die Mehrheit der Whig-Partei im Oberhause eine feste Burg. An derselben war im Beginne der Regierung der Königin der wichtige Plan der Tories gegen die gelegentliche Conformität gescheitert. Diese Whig-Mehrheit war dann mit Nachdruck eingetreten für die Union mit Schottland. Dieselbe Union jedoch wurde dann ein zweischneidiges Schwert. Die sechzehn Pairs, welche gemäß der Union Schottland in das Oberhaus von Groß-Britannien entsandte, gingen, bis auf zwei oder drei, nicht mit den Whigs als solchen, sondern mit der jeweiligen Regierung, welche Aemter und Jahrgelder zu vergeben hatte, und brachten dadurch die Partei der neuen Regierung dies Mal zur Mehrheit.[1]) Demgemäß fiel die Adresse aus. Sie war der Widerhall der Thronrede mit etwas anderen Worten. Sie sprach den Dank des Hauses aus für die große Fürsorge der Königin, die Segnungen ihrer Regierung auch den Nachkommen dadurch zu bewahren, daß sie die protestantische Thronfolge im Hause Hannover sichere.

Bei der Berathung der Adresse des Unterhauses auf die Thronrede ward in dem ersten Entwurfe die hannöversche Thronfolge nicht erwähnt. Ein Mitglied der Tory-Partei, Sir Thomas Hanmer, beantragte den Zusatz, daß alle Maßregeln vermieden werden möchten, deren Consequenz dahin zielen könnte, den Rechtstitel der Königin zu schwächen. Ein Anderer, Lechmere, erweiterte dies dahin, daß man auf gleiche Weise Sorge tragen möge, die Königin zu sichern gegen solche Maßregeln und Grundsätze, welche dienen könnten, die Feststellung der Thronfolge im Hause Hannover zu erschüttern und die Hoffnungen des Prätendenten zu begünstigen. Aber Lechmere war ein

[1]) Hoffmanns Bericht vom 23. Januar 1711.

Whig. Das Unterhaus schwieg zu dem Vorschlage. Als Alles still blieb, erhob sich Harley, der Kanzler der Schatzkammer, und sagte: „Die protestantische Thronfolge ist durch verschiedene Parlaments-Acten bereits hinreichend festgestellt und gesichert, so daß es nicht erforderlich erscheint, denselben noch etwas hinzuzufügen. Allein nachdem vorhin ein Zusatz zu Gunsten des durchlauchtigen Hauses Hannover angeregt ist, würde es auffallend erscheinen, sowohl daheim als auswärts, wenn mit Stillschweigen darüber hinweg gegangen würde." Darauf beschloß das Haus, auf den Vorschlag Lechmeres einzugehen.[1])

Der Vorgang ist lehrreich in doppelter Beziehung. Er legt nicht Zeugnis ab von einem Eifer der Mehrheit dieses Unterhauses für die Thronfolge des Hauses Hannover, beweist dagegen die Willigkeit sich der Führung Harleys unterzuordnen.

Wenige Tage später gelang es die Wahl jenes Lechmere mit Erfolg anzufechten. Er mußte das Unterhaus verlassen.[2])

Bald nachher erging das Gerücht, daß der soeben von Hannover zurückgekehrte Graf Rivers abermals dahin gesendet werden solle. Die tiefer Blickenden vernahmen das Gerücht mit Zweifel. „Schon die erste Mission, sagten sie, hat allem Ansehen nach nur den Zweck gehabt, der englischen Nation weis zu machen, daß der Hof, obwohl er die Whig-Partei zurück gedrängt, dennoch die hannöversche Thronfolge aufrecht halten will. Daß der Hof von Hannover selber die Sache so aufgefaßt hat, ergibt sich daraus, daß er den Grafen Rivers ohne ein Geschenk hat zurückkehren lassen." — Daß nun das Gerücht einer abermaligen solchen Mission verbreitet werde, hatte, nach der Ansicht solcher Beobachter, den Zweck, der englischen Nation einen Beweis zu geben von der engen Freundschaft mit Hannover. Das Gerücht bestätigte sich nicht. Es war, wie Hoffmann nachher erfuhr, von Anfang an ohne Grund, mit Absicht ausgestreut.[3]) Diese Absicht deutet auf Harley.

In derselben Richtung scheint ein anderer thatsächlicher Vorgang gedient zu haben. Die Königin hatte schon früher den Kurprinzen

---

[1]) Commons Debates t. IV, p. 170.

[2]) Bolingbroke's letters t. I, p. 58.

[3]) Hoffmanns Berichte vom 14. November, 16. und 23. December.

Georg Auguſt von Braunſchweig-Lüneburg zum Herzog von Cambridge ernannt; aber die feierliche Inſtallation war unterblieben, weil der engliſche Geſandte Howe in Hannover für dieſen Act Anſprüche erhob, die der Kurfürſt nicht gewähren wollte. (Band XII, S. 251.) Es ward nun der Ausweg gefunden, daß die Inſtallation in Windſor erfolgte, nicht jedoch des Kurprinzen in Perſon, ſondern eines Bevollmächtigten in der Perſon des Lords Halifax. In dem Dankſchreiben für dieſen ſagte der Kurprinz: er wiſſe die Schwierigkeiten zu würdigen, die Halifax zu bekämpfen gehabt habe.[1])

Es iſt wahrſcheinlich, daß Harley gemeint hat, durch dieſen Act das freundſchaftliche Verhältnis der Königin zu dem Hauſe Hannover vor Augen zu ſtellen. Eben ſo nahe aber auch lag die Antwort, daß ein mehr überzeugender Beweis die Inſtallation des Herzogs in Perſon geweſen wäre.

Inzwiſchen redete der Staats-Secretär St. John auch zu den fremden Geſandten im Sinne des Programmes von Harley und der Thronrede. Namentlich dem Grafen Gallas machte er Mittheilungen über die Aufträge des Grafen Peterborough nach Wien und Turin. Bevor wir darauf eingehen, iſt es jedoch erforderlich, kurz die Geſinnungen St. Johns gegenüber dem Hauſe Oeſterreich im Allgemeinen zu charakteriſiren.

Wenige Tage nach der Ernennung St. Johns nennt ihn der Graf Gallas einen ſehr hochmüthigen und eigenſinnigen Mann.[2]) Die Bezeichnung dürfte vielleicht weniger dem Verhalten von Perſon zu Perſon gelten, als zu derjenigen Macht, welche der Graf Gallas vertrat, dem Hauſe Oeſterreich. Eine Reihe von Jahren ſpäter traf Bolingbroke mit einem Jugendfreunde, dem damaligen Botſchafter Stanhope, in Paris zuſammen. Bei der Erörterung der damaligen politiſchen Lage erging ſich Bolingbroke in ſolcher Weiſe, daß Stanhope kurzweg antwortete: Harry, you was always an enemy to the House of Austria. — Bolingbroke ſelber erzählte dies ſpäter dem Grafen Marchmont, nicht um es zu verneinen.[3])

---

[1]) Macpherson's Original papers t. II, p. 244.

[2]) Bericht vom 24. October.

[3]) Marchmont papers vol. I, p. 14.

In der That legt die ganze politische Correspondenz St. Johns während der vier Jahre seines Ministeriums Zeugnis ab für die Wahrheit jener Worte Stanhopes. Gleich die erste officielle Depesche St. Johns an Marlborough enthält die Worte: „Wie ich Sr. Excellenz dem Lord Townshend bereits früher geschrieben, so habe ich den Befehl auch Ew. Gnaden zu wiederholen, daß die Königin mit der Haltung des Kaiserhofes äußerst misvergnügt ist, in beinahe jedem Punkte, der die gemeinsame Sache betrifft. Auf Befehl Ihrer Majestät wollen daher Ew. Gnaden den Generalstaaten den Wunsch kund thun, daß sie gemeinsam mit der Königin dem Kaiser die Erwartung aussprechen, daß nach allem was Groß-Britannien und Holland für sein Haus gethan, er auch etwas für sich selber thue, und bei dem jetzigen Stande der Dinge auf eigene Rechnung ein Truppen-Corps nach Spanien sende." [1]) Von derartigen eines Staatsmannes minder würdigen Ausfällen gegen Oesterreich ist die politische Correspondenz St. Johns durchtränkt. Einige Tage später äußert er über dasselbe: „Jenes Haus Oesterreich ist der böse Genius Englands gewesen." [2]) Nun ist es aber moralisch unmöglich, daß ein Mann, der von einem solchen Vorurtheil eingenommen, die Führung der auswärtigen Politik einer Großmacht übernimmt, nicht auch in seinen Handlungen dieses Vorurtheil ausprägen sollte.

Ueber die Aufträge Peterboroughs äußerte sich St. John zu dem Grafen Gallas: jener solle im Haag und in Wien erklären, daß die Königin für den nächsten Feldzug stärkere Anstrengungen machen werde als jemals zuvor. Wie aber die Königin in aller Aufrichtigkeit diese Erklärung gebe: so wolle sie zugleich auch ihren Verbündeten nicht verhehlen, daß diese Anstrengung vielleicht die letzte sein würde. Sie verlange daher, daß ihre Verbündeten gleich wie sie Außerordentliches leisteten, damit dadurch der Krieg bald und wohl beendet werden könne. Sie vertröste sich endlich, daß der Kaiser und die Generalstaaten mehr als bisher für den Krieg in Spanien thun würden. [3])

[1]) Coxe's Marlborough t. III, p. 151.

[2]) Bolingbroke's letters t. I, pag. 59: That House of Austria has been the evil genius of Britain.

[3]) Bericht des Grafen Gallas vom 9. December.

Weiter meldete St. John, daß Peterborough den Auftrag habe, die Differenzen zwiſchen dem Kaiſer und Victor Amadeus zu ſchlichten. Gelinge ihm dies nicht, ſo werde die Königin die Sache dem Parlamente vorlegen und deſſen Rath erbitten. — Gallas ſprach ſein Befremden aus, daß man dieſe piemonteſiſche Differenz wie eine allgemeine Sache der Allianz behandeln wolle. Aber er wußte zugleich auch allzu wohl, daß, ungeachtet aller Erfahrungen, daß der Herzog Victor Amadeus die für ihn aufgewendeten Subſidien nicht mehr durch Leiſtungen vergalt, dennoch die Vorliebe der Engländer ihm verbleiben würde.

In ſeinem Urtheile nach Wien hin über die Reden St. Johns faßte der Graf Gallas die Sache noch etwas ſchärfer auf. „Dieſer Eifer für den Herzog Victor Amadeus, ſagte er, hat eine verborgene Abſicht, nämlich heute oder morgen damit die unzeitigen Friedensgedanken zu bemänteln und die Schuld auf Andere abzuſchieben.“ [1])

Der Verdacht des Grafen Gallas gründete ſich damals nur erſt noch auf die allgemeine Erwägung, daß der Mangel an Credit das neue Miniſterium nöthigen werde, den Frieden zu ſuchen.

Die im Unterhauſe herrſchende Tory-Partei ſchien jedoch weit entfernt, dergleichen Meinungen aufkommen laſſen zu wollen. „Ihre Reden, meldet Hoffmann, am 1./12. December, gehen ſehr hoch von den großen Dingen, die ſie thun wollen, um zu beweiſen, daß es ihnen weder am guten Willen, noch an den Mitteln fehlt, den Krieg mit Nachdruck fortzuſetzen. Die Whigs, ſagen ſie, wollen die Welt glauben machen, daß durch ihre Hintanſetzung alles verloren ſei, aber wir werden ſie übertreffen. — Sie, die Tories, behaupten nämlich, daß ſie nicht bloß die Koſten des nächſten Feldzuges, ſondern auch die Mittel zur Deckung eines großen Theils der von den Whigs her erwachſenen Schuld aufbringen wollen. Sie ſagen, daß ſie in dieſer Seſſion acht bis neun Millionen bewilligen wollen, und zwar durch ſolche Auflagen, die ſämmtlich im nächſten Jahre einkommen werden, ſo daß nicht mehr, wie unter der vorigen Verwaltung geſchehen, die Nation bis auf die Kindeskinder hin mit Schulden beſchwert werden ſolle.“ [2])

---

[1]) Bericht des Grafen Gallas vom 9. December.

[2]) Hoffmanns Bericht vom 12. December.

Derartigen Reden entsprach allerdings die Adresse des Unterhauses. Sie wiederholte die Gedanken der Thronrede für die nachdrückliche Fortführung des Krieges, besonders in Spanien. Sie enthielt freilich nicht die frühere Clausel, daß kein Friede geschlossen werden dürfe ohne die Rückgabe der gesammten spanischen Monarchie an das Haus Habsburg. Aber auch das vorige Unterhaus, dessen Mehrheit aus Whigs bestand, hatte diese Bedingung nicht mehr erhoben. Das Tory-Unterhaus von 1710, 11 ging jedoch in so weit über das frühere hinaus, daß es seine Leistungen fortzusetzen versprach, bis ein solcher Friede erlangt werden könne, welchen die Königin in ihrer Weisheit als sicher und ehrenhaft erachten würde, für sie wie für ihre Verbündeten. Demnach stellte das Unterhaus den Frieden dem Willen der Königin anheim.

Dem Programme Harleys, vom 30. October 10. November, gemäß enthielt ferner wie die Reden St. Johns nach auswärts, so auch die Adresse des Unterhauses den Satz: die Königin möge ihren mächtigen Einfluß bei allen ihren Verbündeten geltend machen, daß diese für die allgemeine Sache mit gleichen Entschlüssen und Leistungen, entsprechend den englischen, sich bethätigten.

Nach dem Antrage Lechmeres, den Harley unterstützt hatte, war in die Adresse auch der Passus zu Gunsten der Thronfolge des Hauses Hannover und zur Dämpfung der Hoffnungen des Prätendenten aufgenommen. Daran schloß sich jedoch noch ein anderer Gedanke, nämlich der Bekämpfung auch aller anderen Grundsätze und Maßregeln, welche in letzter Zeit die Krone und das Königthum bedroht hätten, und welche, wenn jemals sie die Oberhand erhielten, sich als verderblich erweisen würden für die gesammte Verfassung, in Kirche und Staat.

Ein unparteiischer Beobachter bemerkt dazu: „Die letzten Worte der Adresse zielen auf die Whig-Partei, als hätte diese die Absicht die Königin vom Throne zu stoßen. Eine solche Anklage erscheint maßlos. Aber man hat eben die Absicht, dem großen Haufen weis zu machen, daß die Whigs sehr gefährlich, die Tories dagegen die treuesten Unterthanen sind.“ [1])

---

[1]) Hoffmanns Bericht vom 5. 16. December.

Viele Mitglieder der Tory-Partei verlangten aber auch, daß diesen Worten die volle Consequenz gegeben, daß die Whigs nicht bloß aus den höheren Staatsämtern, sondern überhaupt aus allen Aemtern getrieben würden. Man dürfe die Dinge nicht halb thun: eine feste, sichere Verwaltung sei nothwendig, und zwar ohne Zeitverlust. Diesen Eiferern trat Harley entgegen. Die Whigs, sagte er ihnen, seien waghalsige, verzweifelte Menschen, die man nicht alle zugleich auf das äußerste erbittern dürfe. Für die Beständigkeit der Regierung bedürfe man zuerst des Friedens. Wenn dagegen, so lange noch der Krieg währe, die Whigs zur Verzweiflung gebracht würden, so sei die höchste Gefahr vorhanden. Darum bat er, daß man Geduld haben möge. Da er hoffe, daß man seine Zuneigung für das Tory-Interesse nicht in Zweifel ziehen werde, so stelle er zur geeigneten Zeit die volle Befriedigung ihrer Wünsche und Hoffnungen in Aussicht. [1])

Die Eiferer ließen diese Einwände nicht als vollwichtig gelten, aber sie erkannten, daß Harley davon nicht wich. Darum hielten sie es für klüger ihrerseits abzustehen. Denn sie mußten anerkennen, daß er als das hauptsächlichste Werkzeug der Umwälzung das völlige Vertrauen der Königin besaß und über alle Angelegenheiten unter ihr völlig verfügte. Ein Bruch daher mit ihm würde ihre eigenen Aussichten in Frage gestellt haben. Darum beschlossen sie, ohne ihm völlig zu trauen, dennoch mit ihm zu gehen. „Demnach, schrieb später ein Mitglied dieser Partei, obwohl Harley die Tories zu führen und diese ihn zu stützen schienen, so achteten und schätzten doch weder sie ihn, noch er sie." [2]) Wenn dies sich von Anfang an so verhielt, so handelte es sich dabei um die Frage, welcher von beiden am letzten Ende den Andern für seine Zwecke benutzte, ob Harley diese Tories, oder diese Tories ihn.

Dieser Partei, dem rechten Flügel der Tories, gehörte auch der schottische Jacobit Lockhart an, und schon dies deutet darauf hin, daß die jacobitische Gesinnung unter ihnen vorherrschte. Sie traten bald nach der Eröffnung des Parlamentes zu einem besonderen Club zusammen, in welchem sie die Verpflichtung auf sich nahmen, fest zu

[1]) Lockhart's Papers t. I, p. 323.

[2]) A. a. O.

einander zu stehen, wöchentlich zusammen zu treten, um gemeinsame Maßregeln zu verabreden, mit der Bedingung, daß die Minderheit sich der Mehrheit unterordne. Der Name, den sie sich gaben, war unscheinbar. Die Mehrzahl von ihnen bestand aus Edelleuten vom Lande, die daheim gewohnt waren, stark eingebrautes Octoberbier zu trinken. Von daher fanden sie für ihre Vereinigung den Namen des October-Clubs. In diesem Club, der fortan der Regel nach fest zusammen hielt, bestand die eigentliche Stärke der Tory-Partei.[1])

Die Stellung Marlboroughs.

Bei den zahlreichen Entlassungen nach derjenigen Godolphins ward nur Eine hochstehende Persönlichkeit der früheren Regierung nicht mit betroffen, der Feldherr Marlborough. Er seinerseits war nicht geneigt, freiwillig sein Amt niederzulegen, und stützte sich, den Vertrauten gegenüber, dafür auf die von daheim, bei Godolphins Entlassung, ihm kund gegebene Meinung der Whig-Partei, so wie auf die von auswärts ihm ausgesprochenen Wünsche des Kaisers, der Generalstaaten, des Kurfürsten Georg Ludwig.[2]) Die Weigerung des Letzteren sich in irgend einer Weise an den englischen Vorgängen zu betheiligen, war für die siegende Partei dort vielleicht der unangenehmste Querstrich. Sie versuchte gegen Marlborough eine Reihe kleiner Mittel. Die Königin ließ an den Herzog von Argyle, der sich bei der Armee in den Niederlanden befand, schreiben, daß seine Freunde für ihn um Urlaub gebeten, und daß sie denselben bewillige. Argyle, obwohl politischer Widersacher Marlboroughs, begab sich als dessen Untergebener zu ihm, um zu versichern, daß er selber nicht um Urlaub gebeten habe, und daß, im Falle er nach England zu gehen wünsche, er bei seinem Chef um die Erlaubnis dazu einkommen werde. — Dem Berichte darüber an Godolphin fügt Marlborough hinzu: „Die Thorheit und Undankbarkeit der Königin macht mich krank und matt.“[3])

---

[1]) Lockhart's Papers t. I, p. 324.

[2]) Coxe's Marlborough vol. III, p. 142.

[3]) A. a. O., p. 146. Vom 4. October.

Die Königin ließ den Weiterbau des Palastes Blenheim, der als ein National-Dank für Marlborough begonnen war, einstellen.[1])

Ungeachtet Argyle sich an jenem Versuche der Kränkung nicht nach dem Wunsche der Königin betheiligt, sondern correct gehandelt hatte, ernannte ihn die Königin einige Wochen später zum General der Infanterie. „Nach allem, setzt ein Berichterstatter hinzu, was zwischen ihm und Marlborough die zwei letzten Feldzüge hindurch vorgegangen, wird diese Ernennung bei Marlborough großen Verdruß erregen. Dies ist jedoch die Absicht. Man will ihn so lange kränken, bis er freiwillig verzichtet. Die Urheber der Umwälzung hier wollen ihn nicht in seiner hohen Stellung belassen, aus Furcht vor seiner Rache. Die eigentlichen Tories dürften ihn gedulden wollen, aber nur so, daß er völlig von ihnen abhangt. Dies kann er aber wieder nicht wegen der Whig-Partei. Seine Stellung ist daher eine sehr verzwickte."[2]) Marlborough verweilte so lange wie ihm möglich in Holland.

Es geschah sogar, daß eigene Freunde Marlboroughs ihm Schaden zufügten. Eines Tages erhob sich im Oberhause Graf Scarborough, der bald Whig, bald Tory, immer aber malcontent war, und schlug vor, daß der Lord Kanzler beauftragt werde, im Namen des Hauses an Marlborough ein Dankschreiben für die großen Erfolge des Jahres zu erlassen. Der Herzog von Argyle, bereits zurückgekehrt, legte Einspruch ein. Er sehe nicht ab, sagte er, worauf eine solche Danksagung sich gründen könne, außer man wolle die Gewohnheit dafür anführen. Man habe zwar vier Plätze eingenommen, aber nur einen derselben, Douay, von Bedeutung. Die anderen drei hätten das beste Blut der Armee gekostet. Der General Lord North und Grey, ebenfalls Gegner Marlboroughs, sprach sich ähnlich aus. Die Sache fiel damit.[3])

Namentlich der neue Staats-Secretär St. John, den einst Marlborough empor gehoben, und bei dessen Anblick, noch kurz vor der Umwälzung, Lady Marlborough in ihrer oft nicht höflichen Weise in

---

[1]) Ausführlich darüber Coxe's Marlborough vol. III, p. 138.

[2]) Hoffmanns Bericht vom 4. November.

[3]) Desgleichen vom 12. December.

die Worte ausgebrochen war: There goes an ungrateful rogue — erging sich nun nach Holland hin in scharfen Ausdrücken über den, wie er in seinen Briefen ihn bezeichnete, großen Mann. Er ließ durch einen Vertrauten der neuen Regierung, den dort ansässigen Engländer Drummond, ausforschen, wie Marlborough sich nach seiner Rückkehr in England zu stellen gedenke, mit der Drohung daß er, im Falle eines ferneren Zusammengehens mit den Whigs, sich Gefahren aussetze, deren Ende nicht abzusehen sei.[1]) Der Bericht Drummonds lautete für St. John nicht befriedigend. „Marlborough will also, antwortet St. John, sich zu keiner Partei verpflichten, will seine Stimme geben nach dem Maße des Rechtes, will so aufrichtig wie irgend Einer eintreten für die Ehre der Königin und die Wohlfahrt der Nation. Das sind allgemeine Redensarten, die ihn zu nichts verbinden. Wenn er heimkehrt, sich trennt von den Whigs, der Raserei seiner Frau Einhalt thut — Lady Marlborough drohte nämlich damals, die Briefe der Königin aus besseren Zeiten an sie durch den Druck zu veröffentlichen — kurz wenn er sich lossagt von allen seinen Freunden der letzten Jahre, und wieder sich vereinigt mit denen der früheren Zeiten: so kann er durch die Gnade der Königin und durch die ihm bei Einigen noch gebliebene Rücksicht nicht bloß sich behaupten, sondern auch eine so hohe Stellung einnehmen, wie ein Unterthan sie beanspruchen darf. Aber verlassen Sie sich darauf, daß, wenn er uns mit allgemeinen Redensarten hinhalten und sich weigern will, eine Bürgschaft zu geben, er sich täuschen wird.“ [2])

Wenige Tage später führte das neue Ministerium einen gewichtigen Streich auf Marlborough. Es war die Anzeige eingekommen, daß drei General-Officiere, Meredith, Macartney, Honeywood, beim Weine dem neuen Ministerium, nach dem englischen Ausdrucke, Confusion zugetrunken. Auf die Anzeige hin, ohne weitere Untersuchung, erging an sie der Befehl der Königin, um ihren Abschied einzukommen. Der Befehl, hieß es, solle der Welt darthun, daß die Königin selbst regiere, daß Marlborough nur das Commando der Armee habe. Der Befehl indessen mußte durch seine Hände gehen. Die drei Schreiben

[1]) Bolingbroke's letters vol. I, p. 15. Vom 10./21. November.

[2]) A. a. O., p. 26. Vom 28. November/8. December.

wurden ihm versiegelt zugeschickt, mit dem Auftrage, sie uneröffnet zuzustellen, so daß er selber dann erst von den Betheiligten die Kunde vernahm.[1])

Der Vorfall erregte um so mehr Aufsehen, weil ein derartiges Zutrinken damals in beiden Parteien allgemein üblich war. „Alle Officiere, meldet der kaiserliche Resident Hoffmann, reden zu Gunsten jener drei. Wenn man lediglich auf die Angabe eines Delators hin Generale cassire, sagen sie, so sei der Unschuldigste nicht mehr sicher." Indessen Macartney gestand offen ein, auf die Confusion der Gegner Marlboroughs getrunken zu haben. „Wenn man aber dies strafen wolle, hieß es unter den Officieren, so müsse man fast die ganze Armee abstrafen."[2])

Marlborough verweilte im Haag bis in den Beginn des Jahres 1711. Bevor er aufbrach, richtete er an den Kurfürsten Georg Ludwig in Hannover ein abermaliges Dankschreiben für die ihm bewiesene Rücksicht. Er deutete seinen Wunsch an im Commando zu verbleiben, verhehlte aber nicht seine Besorgnis, daß, wenn man ihm auch dasselbe belasse, man ihm viele Hindernisse in den Weg legen werde. Der Kurfürst in seiner Antwort sprach den Wunsch aus, daß man ihm alle schuldige Gerechtigkeit erweisen möge.[3])

Die erste Audienz Marlboroughs bei der Königin war kurz. Sie verwies ihn auf den nächsten Tag, fügte jedoch hinzu: sie erwarte nicht von ihm eine Meinung über die statt gehabte Aenderung zu hören; denn mit derselben sei sie so sehr zufrieden, daß, wenn dieselbe noch nicht erfolgt wäre, sie sofort sie vorzunehmen nicht ermangeln würde. — Am nächsten Tage sprach Marlborough der Königin seine Bereitwilligkeit aus fortzudienen, wenn es mit seiner Ehre verträglich. Die Antwort der Königin lautete ausweichend.[4])

Die Minister statteten Marlborough ihre Besuche ab, bis auf Harley. Eben dies aber ward für ein ungünstiges Zeichen angenommen, weil nur Harley das völlige Vertrauen der Königin besitze.

---

[1]) Die Berichte von Gallas und Hoffmann vom 23. und 30. December.

[2]) Hoffmanns Bericht vom 30. December.

[3]) Die Briefe in Macpherson's Original papers vol. II, p. 240.

[4]) Hoffmanns Bericht vom 13. Januar.

Zwar die Häupter der Tory-Partei waren einer Verſtändigung mit Marlborough nicht abgeneigt, zumal nach den damals eingelaufenen ſchlimmen Nachrichten aus Spanien; aber ſie waren durch den Wandel der Dinge allzu ſehr der Königin verpflichtet, als daß ſie, ohne ihren Willen zu kennen, ſich mit ihm einlaſſen wollten. Daß dieſer Wille nicht günſtig ſei, ſchien durch eine neue Thatſache beſtätigt zu werden. Gleich nach der Ankunft Marlboroughs in London erhielt Walpole, Schatzmeiſter der Marine, ſeine Entlaſſung. „Da er ein großer Freund Marlboroughs, meldet der kaiſerliche Reſident, ſo wird die Entlaſſung angeſehen als eine neue abſichtliche Kränkung.“ [1])

Daß überhaupt dies die Richtſchnur des Handelns für die neuen Miniſter war, ſprach St. John gelegentlich offen aus. „Ich habe ihm, ſchreibt er, mit allem erdenklichen Freimuthe meine Meinung ausgeſprochen, und konnte nicht unterlaſſen, ihm den Unterſchied klar zu machen zwiſchen den Freunden, die er einſt beſaß (nämlich den Tories), und denen, für welche er ſie verlaſſen. Er ſcheint mehr und mehr niedergedrückt, und, nach meiner Meinung, findet er zwei Dinge, auf die er nicht gefaßt war: das eine iſt der völlige Verluſt ſeines Intereſſes bei der Königin, das andere die Wahrnehmung, in die Partei der Hochkirche nicht einbrechen zu können, weil auch nicht ein einziges Individuum ihm trauen würde.“ [2])

Endlich erſchien auch Harley bei Marlborough mit der Eröffnung, daß die Königin einwilligen könne, ihn im Commando zu belaſſen, wenn er die Lady Marlborough dahin bringe, auf ihre Hofämter zu verzichten. Bis dahin hatte Marlborough an der Hoffnung feſtgehalten, dies Letzte wenigſtens noch abwenden zu können. Ganz verſtört entgegnete er, daß er nicht abſehe, wie er mit Ehre und Reputation fortdienen könne, wenn man nach allen ſeinen Freunden und Verwandten nun auch noch ſeine Frau hinausſtoße. [3])

Unparteiiſche Beobachter ſahen ſeine Lage als ſehr ſchwierig an. „Geht er ab, ſagten ſie, ſo iſt er ein Trotzkopf, dem man beizukommen

---

[1]) Hoffmanns Bericht vom 13. Januar.

[2]) Bolingbroke's letters vol. I, p. 61. Vom 5./16. Januar.

[3]) Hoffmanns Bericht vom 23. Januar.

wissen wird. Bleibt er und widerfährt ihm dann im Felde ein Unglück, so ist das für ihn nicht minder unerfreulich."[1])

Die neuen Minister waren indessen der Meinung, daß Marlborough sich in alles fügen würde. Am selben Tage schrieb St. John an Drummond in Holland: „Marlborough ist nunmehr zu der Einsicht gekommen, daß er weder die Königin noch sonst Jemanden so leiten kann, wie er zu thun pflegte. Wir werden ihn als einen Unterthan hinüber senden: geben Sie Acht, daß Sie ihm dort nicht wieder Königthum in den Kopf setzen." [2])

Der Verdacht, dem St. John in diesen Worten Ausdruck gibt, ob begründet, ob nicht, erklärt mehr als irgend eine vorgegangene Thatsache den grimmigen Haß der Königin gegen das Ehepaar Marlborough und ihre Begier dasselbe zu demüthigen, so wie andererseits ihre Dankbarkeit für Harley und Frau Masham.

Nach der Meinung der des Hofes Kundigen hätte Marlborough den Ausgleich mit der Königin beginnen müssen mit dem Verzichte der Lady auf ihre Hofämter; denn nichts habe die Königin so sehr erbittert als das Widerstreben Marlboroughs in dieser Angelegenheit.[3]) Aber Marlborough war auch noch nach jener Unterredung mit Harley dazu nicht willig. Zwei Tage später eröffnete er sich darüber dem Grafen Gallas. „Man macht Complimente, sagte Marlborough, aber man gibt keine Erklärung ab, die mich überzeugen könnte, daß man aufrichtig die Fortsetzung meiner Dienste verlangt. Vielmehr scheint alles nur darauf angelegt zu sein, mich dahin zu bringen, daß ich selber kündige, um dann über mich her zu fallen und alle erfolgenden Nachtheile meiner Kündigung zur Last zu legen. Cassirt man mich dagegen, so haben die jetzigen Rathgeber der Königin vor der Nation die Verantwortlichkeit zu tragen." [4])

So Marlborough. Gallas fügt seinem Berichte darüber die Bemerkung hinzu: „Von Tage zu Tage wird mehr offenkundig, daß der Reflex der Animosität der Königin gegen die Lady Marlborough so stark auf den Gemahl zurück fällt, daß, wenn man ihm das

[1]) Hoffmanns Bericht vom 23. Januar.

[2]) Bolingbroke's letters vol. I, p. 70. Vom 12./23. Januar.

[3]) A. a. O., p. 76.

[4]) Bericht des Grafen Gallas vom 27. Januar.

Commando beläßt, dies lediglich aus Furcht vor der allgemeinen Meinung geschieht, die sein Verbleiben verlangt. Sollte daher im Falle der Entlassung hernach ein Unglück erfolgen, so würde die jetzt unterliegende Partei der Whigs sich dies vor der Nation zu nutze machen und vielleicht dadurch wieder den Sieg davon tragen. — Demnach wird man, nach meiner Ansicht, Marlborough zwar im Commando belassen, aber so daß ihm kaum etwas mehr bleibt als der bloße Name. Man wird ihn umgeben mit erklärten Feinden, und hat damit bereits den Anfang gemacht, indem man an die Stelle seines Freundes und Anhängers Cadogan den Lord Orrery geschickt hat. Man wird auf alle Weise ihn zu drücken, zu mishandeln suchen, bis man ihn endlich dahin bringt, auf irgend eine Weise zu verzichten, oder vor Aerger und Verdruß zu sterben. Auf dem Wege zu diesem letzteren Ziele ist man bereits ziemlich weit fortgeschritten; denn Marlborough hat so sehr abgenommen, daß er sich selber nicht mehr ähnlich sieht." [1])

Es ist später die Meinung aufgekommen, daß Marlborough, aus sich selber Willens das Commando niederzulegen, sich damals durch Godolphin und die Whig-Partei, so wie durch auswärtige Einflüsse habe umstimmen lassen.[2]) Diese Meinung wird durch kein sicheres Zeugnis unterstützt. Zwei Monate später äußerte sich Marlborough über die ganze Sache im Haag zu dem Hannoveraner Robethon wie folgt.[3])

„Gott ist mein Zeuge für meine Liebe zur Königin und zu meinem Vaterlande, und aus diesem Beweggrunde hauptsächlich habe ich mir so viele Mühe gegeben, um meinen Posten zu behalten. Nichts wäre mir leichter gewesen als alles in England in Verwirrung zu bringen. Denn die Whigs meinten, daß ich aus Verdruß meine Aemter aufgeben und mit ihnen gemeinsame Sache gegen den Hof machen würde, und die Tories erwarteten, daß ich, um mich zu behaupten, mich völlig mit ihnen vereinigen und gegen die Whigs erklären würde. Aber ich habe keins von beiden gethan. Es gab noch einen dritten Weg, der meiner Neigung mehr entsprach als irgend ein anderer,

---

[1]) Bericht des Grafen Gallas vom 27. Januar.

[2]) Coxe's Marlborough vol. III, p. 178.

[3]) Robethons Bericht vom 21. März. Ich gebe den ganzen merkwürdigen Bericht im Originale als Anlage I.

nämlich mich auf das Land zurückzuziehen und mich in nichts mehr zu mischen. Vielleicht hätten dann, wenn das Commando in anderen Händen war, die Dinge eine solche Wendung genommen, daß alles zu meiner Ehre ausgeschlagen wäre und man mich vermißt hätte. Ohne Zweifel war dies das sicherste Mittel mich an meinen Feinden zu rächen. Aber das Gemeinwohl und mein Vaterland hätten darunter gelitten, und diesen habe ich geglaubt, lieber das Opfer bringen zu müssen, unter ungünstigen Verhältnissen fortzudienen und mich etwaigen Unglücksfällen auszusetzen, obwohl ich weiß, wie bereitwillig das neue Ministerium sein wird sie mir zur Last zu legen. Ein anderer sehr starker Grund, der mich zu diesem Entschlusse bewogen hat, ist das Interesse der Succession des Hauses Hannover. Durch das Verbleiben in meinem Posten, durch das Verhindern also, daß derselbe nicht in schlechte Hände kam, habe ich geglaubt nützlich sein zu können."

Die Absicht dieser Worte als an einen Vertreter des Kurfürsten gerichtet, ist nicht zu verkennen. Aber jedenfalls ergibt sich daraus, daß Marlborough, nach seiner Ueberzeugung, nicht auf fremden Rath, sondern kraft eigenen Entschlusses das Commando der Armee hat festhalten wollen.

Die Frage des Bleibens oder Gehens von Marlborough erfüllte, im Januar, alle Gemüther. Die fremden Gesandten in London hatten für den Fall der Entscheidung die Couriere bereit stehen.

Marlborough ließ bei der Königin einen neuen Versuch machen. Die Antwort lautete wie zuvor: zuerst Verzicht der Lady Marlborough auf ihre Hofämter. Dann werde die Königin Jedermann dahin anhalten, für Marlborough die schuldige Consideration zu haben. „Das sind ihre Worte, fügt der Graf Gallas seinem Berichte hinzu; aber Worte und Werke der Königin sind zur Zeit sehr verschieden." Marlborough bemühete sich seine Frau zum Verzichte zu bereden. [1])

Shrewsbury und Andere bewogen Marlborough, nochmals persönlich einen Versuch zu machen. Man schilderte ihm die Königin als milder gesinnt. Auf sein Ansuchen gewährte sie ihm eine Audienz, am 17./28. Januar.

---

[1]) Postscript zum Berichte des Grafen Gallas vom 27. Januar.

Marlborough erschien mit einem Schreiben seiner Frau an die Königin. Diese nahm es zögernd, und öffnete es erst auf die dringenden Bitten Marlboroughs. Das Schreiben enthielt Betheuerungen, unter der Voraussetzung des Verbleibens im Amte, nichts von einem Verzichte. Die Königin erwiderte kurz: „Ich kann meinen Entschluß nicht ändern.“ Dann erging sich Marlborough in flehentlichen Bitten. Diese machten auf die Königin keinen Eindruck. Sie erwiderte kurz, daß ihre Ehre die Entfernung der Herzogin fordere. Marlborough versetzte: „Was dieser Ausdruck bedeutet, vermag ich nicht zu fassen, und eben so wenig, was sie denn eigentlich verbrochen hat.“ Die Königin, ohne weiter sich darauf einzulassen, stellte kurz die Frist zur Ablieferung des goldenen Schlüssels auf drei Tage. Marlborough bat, kniend, um die Verlängerung der Frist auf zehn Tage. Die Antwort der Königin verkürzte die Frist auf zwei Tage.

Dann begann Marlborough von seinen Angelegenheiten zu reden, von den Kränkungen, die ihm widerfahren. Er berührte die Entlassung der drei Generale, die auf sein Wohl getrunken. Es scheint also, daß Marlborough selber nicht genau wußte, welcher Verdacht der schwerste Anklagepunkt gegen ihn war. Die Königin brach ab mit den Worten: „Ich will von nichts Anderem reden: zuvor den Schlüssel.“ [1])

Marlborough kehrte heim. Sein Bericht übte auf die Herzogin die Wirkung, daß nun sie völlig umschlug. Bis dahin hatte sie sich geklammert an eine Hoffnung, die sich auf keinen festen Grund stützte. Nun, in der Erkenntnis dessen, verzichtete sie auf jegliche Frist, und verlangte, daß Marlborough noch am selben Tage den Schlüssel abliefere.

Zum zweiten Male also an diesem Tage begab sich Marlborough zu der Königin. Indem er den Schlüssel überreichte, erneuerte er die Frage nach dem eigentlichen Vergehen der Herzogin. Die Königin, überrascht und erstaunt, brachte nur eine unverständliche Antwort hervor. [2])

---

[1]) Coxe's Marlborough vol. III, p. 176. Er versichert, daß ihm ein handschriftlicher Aufsatz der Lady Marlborough vorgelegen.

[2]) A. a. O., p. 178.

Im Auftrage der Königin berichtete Harley am nächsten Tage dem Kurfürsten Georg Ludwig in Hannover die Thatsache. Der Auftrag sollte gelten als ein neuer Beweis des Wunsches der Königin, die Correspondenz rege zu erhalten. Die eigentliche Meldung war kurz. „Gestern Abend, sagt Harley, brachte der Herzog von Marlborough den goldenen Schlüssel, das Abzeichen eines der Hofämter seiner Frau, nachdem die Königin es in seine Wahl gestellt den Schlüssel zu bringen oder einem Beauftragten der Königin zu übergeben. Dies ist so weit entfernt den Herzog an dem Verbleiben in seinen Aemtern zu hindern, daß er vielmehr entschlossen scheint, sich dem Willen der Königin zu fügen und in ihrem Dienste zu beharren. Die Ursachen der Ungnade seiner Frau sind so öffentlich und erstrecken sich auf so viele Jahre, daß es überflüssig sein würde, Ew. kurfürstliche Hoheit damit zu behelligen. Ueber die erledigten Stellen wird schleunig verfügt werden und die hauptsächlichste derselben der Herzogin von Somerset zufallen.“ [1])

Diese Verleihung war der Balsam, den man anwandte, um den Herzog von Somerset dafür zu begütigen, daß der Umschlag, an welchem er mitgearbeitet, so weit über seine Wünsche hinaus gegangen war.

Ein anderes Amt, dessen Harley nicht gedenkt, die Verwaltung der königlichen Schatull-Casse (the privy purse), war der Frau Masham vorbehalten.

Marlborough vermeinte durch den Verzicht seiner Frau auf ihre Hofämter alle Erwartungen in Betreff seiner Unterwerfung erfüllt zu haben. Sowohl aus den Berichten unparteiischer Beobachter, als namentlich aus Aeußerungen seiner Gegner ersehen wir, daß seine Meinung nicht richtig war. „So viel ich vernehme, meldet am nächsten Tage der kaiserliche Resident Hoffmann, so wird er noch viel mehr Verdrießlichkeiten zu erleben haben. Seine Gegner hier nehmen alle seine Submission hin, als sei sie geschehen auf Antrieb der Whig-Partei, so wie andererseits gemäß seiner in Holland getroffenen Abrede, sich um jeden Preis, man behandele ihn auch wie man wolle, im Commando zu erhalten. Diese Meinung über ihn zieht die üble Folge

[1]) Macpherson's Original papers vol. II, p. 243.

nach sich, daß die Gegner sich nicht besänftigen, sondern vorhaben ihn, weil er doch auf alle Fälle fortdienen will, allerdings dienen zu lassen, ihm hingegen die Autorität in der Armee sehr zu beengen. Man nimmt eine Veränderung der General-Officiere vor, wie alljährlich in Frankreich geschieht. Man vergibt die Regimenter ohne sein Vorwissen. Man hat hier einen Kriegsrath unter dem Vorsitze des Herzogs von Ormond errichtet, bei welchem alle Generale und Obersten ihre Patente einreichen müssen, damit man ersehe, ob jeder in der ihm gebührenden Stellung. Die Einrichtung zielt auf Marlborough, der den Einen und den Anderen vorgezogen haben soll." [1])

Ungleich stärker lauten aus denselben Tagen die Drohungen St. Johns gegen Marlborough. „Nach allem was ich urtheilen kann, sagt er, ist es äußerlich mit ihm ein wenig besser geworden; aber im Innern bleiben dieselben Gesinnungen, und zwar diese noch gesteigert und angefeuert durch das was er Provocationen nennt. Wir werden thun was wir vermögen, um ihn in dem Commando der Armee zu stützen, ohne der Königin zu nahe zu treten. Und wenn er nicht bethört ist, so wird auch er nach demselben Plane handeln. Denn Sie müssen wissen, daß in dem Augenblicke, wo er den Dienst verläßt und den Schutz der Regierung verliert, sich Dinge offenbaren werden, welche kein Siegesglanz überdecken kann." [2])

Diese Worte zeigen an, was Marlborough zu erwarten hatte, wenn erst das neue Ministerium sich mehr befestigt fühlen würde.

Für damals mochte es ihm wie seinen Gegnern gelegen kommen, daß die Generalstaaten, bei der Lage der Dinge im Osten und Nordosten Europas, die Königin um die baldige Uebersendung Marlboroughs ersuchten. Die Königin erklärte, am 30. Januar/10. Februar, vor ihrem Cabinetsrathe, daß sie Marlborough wieder mit dem Commando beauftrage, und antwortete am nächsten Tage, in einem Schreiben voll Lobes für Marlborough, den Generalstaaten, daß sie ihren Wünschen willfahre.

Im Anfange März traf Marlborough im Haag ein. Aber seine Stellung dort war von der früheren sehr verschieden. Von 1702 an

---

[1]) Hoffmanns Bericht vom 30. Januar.

[2]) Bolingbroke's letters vol. I, p. 81. Vom 23. Januar 3. Februar.

war er Botschafter und Feldherr gewesen, und hatte in der ersteren Eigenschaft nur auf seine eigene Bitte einen Gehilfen an Lord Townshend erhalten. Dieser war seiner Abberufung durch die Bitte um dieselbe zuvorgekommen. An seine Stelle sollte Lord Raby aus Berlin treten, nicht als zweiter unter Marlborough, sondern als eigentlicher Botschafter der neuen Regierung, und darum Marlborough überwachend. Früher lag in den Händen des letzteren nicht bloß die Führung der Armee, sondern die gesammte auswärtige Politik. Die neuen Minister zogen ihn nicht bloß nicht zu Rathe, sondern verhehlten ihm auch was sie verhehlen konnten. Und freilich hatten sie bald sehr viel zu verhehlen.

Einwirkung der unglücklichen Nachrichten aus Spanien.

Die Thronrede der Königin wie die antwortenden Adressen des Parlamentes hatten betont, daß der Krieg mit dem stärksten Nachdrucke fortgeführt werden solle, besonders in Spanien. Man dachte sich damals den Stand der Dinge in Spanien als günstig, und den Lords im Oberhause lag jegliche Ahnung fern, daß an demselben Tage, an welchem sie der Königin ihre Adresse einreichten, am 28. November/9. December, in Brihuega die Engländer unter Stanhope vor der Uebermacht Vendomes die Waffen streckten. Im Laufe des Monates December jedoch tauchten unbestimmte Gerüchte auf, daß es in Spanien nicht gut stehe, daß die Armee den Rückzug angetreten, und daß Carl III., auf die Bitte der Generale, nach Saragossa vorangeeilt sei. Die Gerüchte wurden trüber von Tage zu Tage.

Am 19. December gelangte die Nachricht von Brihuega nach Versailles. Ludwig XIV. sagte: er zweifele nicht, daß sie sehr glückliche Folgen haben werde. Am nächsten Tage traf diejenige von Villaviciosa ein. Sie schilderte den Ausgang des Treffens als die völlige Niederlage Starhembergs, der mit geringer Mannschaft sich gerettet habe. Ludwig XIV. ließ den Bericht vor seiner Umgebung verlesen.[1])

[1]) Journal de Dangeau t. XIII, p. 303.

Erst in den letzten Tagen des Monates December gelangte die Nachricht nach London. Man durfte noch zweifeln, weil sie nicht in officieller Form vorlag, aber Tag auf Tag kamen neue Bestätigungen ein. Am 23. December/3. Januar zweifelte man nicht mehr an der völligen Niederlage. Die neuen Minister bewiesen dennoch, dem Aeußeren nach, guten Muth, eben so die Königin. Aus der Kirche kommend, hielt sie, im Vorbeifahren, den Grafen Gallas an mit den Worten: „Die aus Spanien eingelaufenen Nachrichten sind wohl recht unglückseliger Art; aber wir dürfen deswegen den Muth nicht sinken lassen. Ich werde was in meiner Macht steht beitragen, um das Unheil wieder gut zu machen.“ [1])

Gallas begab sich zu dem Minister St. John. Er erhielt die Antwort, daß die Königin an alle verbündete Mächte Handschreiben zur Ermuthigung erlassen werde, ähnlich wie sie zu ihm geredet. Der portugiesische Gesandte, der das Handschreiben an seinen König eingesehen, fand dasselbe zu allgemein gehalten, und sprach die Besorgnis aus, daß es darum seinen Hof nicht abhalten würde, andere Beschlüsse zu fassen.

Größer noch war die Besorgnis bei den des englischen Hofes Kundigen vor einem Umschlage dort. „Man kann nicht vergessen, meldet der Resident Hoffmann, schon am 3. Januar, was bei Anfang der Aenderung hier diejenigen, welche dieselbe betrieben, über die Nothwendigkeit des Friedens gesagt, und daß das Gemeinwohl von Europa nicht darunter leiden würde, wenn Spanien und beide Indien dem Herzoge von Anjou verblieben.“ (Vgl. Band XIII, S. 461.)

In denselben Tagen kam hinzu die Nachricht der türkischen Kriegserklärung an den Czaren zu Gunsten des Schwedenkönigs. St. John fürchtete von daher eine Umwälzung Europas. „Es gibt einen bestimmten Punkt, rief er aus, bis zu welchem, und nicht weiter, die menschlichen Dinge geführt werden können. Ein kluger Mann fühlt das, und hält bei Zeiten inne. Wir haben uns bereits zu weit vorgewagt.“ [2])

---

[1]) Bericht des Grafen Gallas vom 4. Januar.

[2]) Bolingbroke's letters vol. I, p. 56. Vom 26. December/6. Januar

Die dunkelen Worte erhalten mehr Licht durch andere Stellen des nicht wohl geordneten, in Erregung geschriebenen Briefes. „Unser Unglück in Spanien ist groß, sagt er an einer anderen Stelle, und wir fühlen das Gewicht desselben um so mehr, weil wir, nach den früheren Nachrichten, annehmen durften, daß die Armee sich in Castilien halten könne, und daß wir demnach den Winter hindurch Zeit hätten, sie zu stützen. Ich spreche Ihnen gegenüber mich immer mit vollem Freimuthe aus, und ich sage Ihnen offen, daß, da Spanien nicht auf dem Wege der Erhebung der Unterthanen (gegen Philipp V.) gewonnen werden kann, kein vernünftiger, nüchterner Mann an dem Gedanken festhalten wird, dieses weite Land mit den Waffen zu erobern und zu behaupten." „Jedoch, fügt er dann hinzu, muß eine gute Miene aufgesetzt, und der Krieg dort im Gange erhalten werden."[1])

In einer späteren Vertheidigung der Politik, die zum Utrechter Frieden führte, hat St. John sich berufen auf die Aussage von Craggs, der, vom General Stanhope aus Spanien heim gesendet, im December in London eingetroffen sei. Craggs habe gesagt: in Spanien sei alles aus. Armeen von 20.000 oder 30.000 Mann könnten bis zum jüngsten Tage Spanien durchkreuzen. Wohin sie gelangten, da würde aus Furcht das Volk sich Carl III. unterwerfen, und, sofort nach ihrem Abzuge, aus Zuneigung wieder Philipp V. ausrufen. Spanien zu erobern, erfordere eine starke Armee, und, es zu bewahren, eine stärkere.[2])

Zunächst jedoch handelt es sich nur um die Angaben, die St. John damals selbst als Motive geltend macht. An einer späteren Stelle jenes Briefes an Drummond kommt er wieder auf den Gedanken des Aufgebens von Spanien zurück. Er ermächtigt Drummond, dem Rathspensionär Heinsius im tiefsten Vertrauen die Mittheilung zu machen, und ihm anzudeuten, daß eben dies auch die Meinung der Königin sei.

Die letzten Worte werfen ein helles Licht auf die Sache. Demnach war die Frage, ob bei einem Friedensschlusse Spanien aufzugeben

---

[1]) Bolingbroke's letters vol. I, p. 55. Vom 26. December/6. Januar: However, a good mien is to be put on, and the war there must be kept alive.

[2]) Bolingbroke's works vol. II, p. 461.

sei, im königlichen Rathe bereits zur Sprache gekommen und bejaht worden, oder mit anderen Worten: die Königin und ihre Minister waren bereits geneigt, durch die Hingabe von Spanien den Frieden zu erkaufen.

Demnach hat nicht, wie später oft gesagt worden ist, der Tod des Kaisers Joseph I. dem englischen Ministerium diesen Ausweg aus dem Kriege eröffnet. Der Kaiser Joseph I. starb im Monate April, und St. John schrieb den Brief, in welchem er das Geheimnis dieses Beschlusses errathen läßt, am 6. Januar.

Zu ihrer Entschuldigung unter einander suchten die englischen Minister den Irrthum, wie St. John sich ausdrückt, des Krieges in Spanien auf die Kaiserlichen abzuwälzen. „Der Irrthum, sagt St. John, daß Spanien durch eine Erhebung der Unterthanen (gegen Philipp V.) gewonnen werden könne, wurde uns auferlegt durch die Kaiserlichen und durch den Lauf der Erfolge, die wir einmal in Catalonien und Valencia hatten; aber wir sind nun endlich unheilvoll genug davon enttäuscht." [1])

Die Thatsachen des Jahres 1703 haben dagegen gezeigt, daß nicht von den Kaiserlichen, sondern gerade von den Tories in England der Gedanke des Krieges in Spanien ausgegangen war, und daß der Kaiser Leopold I. nur zögernd und widerstrebend nachgegeben, bis er endlich, wie er sich ausdrückte, der Königin seinen zweiten Sohn Carl anvertraute wie einer anderen Mutter (Band X, S. 249 u. f., S. 395) und die Königin auch ihrerseits diese Worte sich aneignete (S. 396).

Der im königlichen Rathe gefaßte Beschluß, den jene Worte St. Johns andeuten, ist von einer folgenreichen Tragweite, im geraden Gegensatze zu der bisher befolgten Politik.

Der Gedanke, welchen das Ministerium Marlborough-Godolphin für seine Politik bei der Königin voran stellte, und welchen die letztere vollaus sich aneignete, war der, daß die nachdrückliche Führung des Krieges gegen Frankreich das Mittel sei, ihr die Krone zu sichern. Durch die Entlassung Godolphins gab die Königin diesen Gedanken nicht auf, vermeinte vielmehr, berathen von Harley, denselben Weg auch ferner verfolgen zu können. Ob Harley darin nur die Königin

[1]) Bolingbroke's letters vol. I, p. 55.

oder auch sich selber mit täuschte, mag dahin gestellt bleiben. Die Ankündigung in der Thronrede, vom 26. November 7. December, den Krieg mit dem stärksten Nachdrucke fortzuführen, besonders in Spanien, deutet an, daß damals die rechte Erkenntnis noch nicht aufgegangen war. Die zwei Nachrichten zugleich, diejenige aus dem Süden über die Tage von Brihuega und Villaviciosa, diejenige aus dem Südosten über die Kriegserklärung der Türken zu Gunsten Carls XII., beide so vortheilhaft für Frankreich, wie Unheil weissagend für die Allianz, brachten dem neuen Ministerium zur völligen Klarheit, daß es nicht sich halten könne durch nachdrückliche Fortführung des Krieges wider Frankreich, sondern durch die Anbahnung des Friedens mit Frankreich. Es kam also nur darauf an, die Königin zu überzeugen, daß auch in diesem Falle sie der Krone sicher sein werde. Es scheint Harley nicht schwer geworden zu sein, denn die Worte der Königin an Marlborough in der ersten Audienz, daß sie über die Veränderung ihrer Minister volle Zufriedenheit empfinde, wurden gesprochen, nachdem der von St. John angedeutete geheime Beschluß der Friedenswerbung bei Frankreich bereits mehrere Tage zuvor gefaßt war.

Aber, wie St. John sagt, es mußte zugleich eine gute Miene aufgesetzt und der Krieg in Spanien im Gange erhalten werden.

Am 2./13. Januar brachte St. John, im Namen der Königin, an das Unterhaus die Mittheilung, daß in Spanien eine Action zum Nachtheile Carls III. statt gefunden, mit besonderem Verluste der englischen Truppen. Zum Ersatze habe die Königin sofort Befehle gegeben, neue Truppen hinzusenden. Die Königin hege keinen Zweifel, daß das Parlament zustimmen, und seine Hülfe anbieten werde, das große Unglück wieder gut zu machen.[1])

Das Unterhaus war einstimmig derselben Ansicht. Am nächsten Tage begaben sich die gesammten Mitglieder, unter der Führung des Sprechers, nach dem Palaste St. James, um eine Antworts-Adresse zu überreichen. Nach dem Ausdrucke des Dankes für die getroffenen Maßregeln fuhr die Adresse fort: „Wir bitten Ew. Majestät versichern zu dürfen, daß dieser Nachtheil uns nicht entmuthigen wird die äußersten Anstrengungen aufzubieten, damit Ew. Majestät den gerechten und

[1]) Commons Debates vol. IV, p. 177.

nothwendigen Krieg, in welchem Sie die Freiheit Europas zu schützen auf sich genommen, fortzuführen vermögen."

Die Adresse des Oberhauses brachte zwei andere Gedanken mit ein: zuerst denjenigen, daß dies Unglück in Spanien verursacht sein könne durch eine frühere ungeschickte Führung, und daß daher das Oberhaus mit der äußersten Sorgfalt diese Angelegenheit prüfen wolle, so wie ferner, daß in Betreff der Herstellung eines ehrenvollen und dauernden Friedens, das Oberhaus sich völlig auf die Königin verlasse.[1])

Zur Ausführung jenes Planes der Prüfung ersuchte das Oberhaus die Königin, daß der Lord Peterborough, der bereits fertig stand, als Gesandter die Reise nach Wien anzutreten, noch auf einige Tage zurückbehalten werde. Die Königin bewilligte nicht bloß, sondern begab sich am nächsten Tage selber in ihre Loge am Oberhause, um den Verhandlungen zuzuhören. Dies galt wie eine öffentliche Autorisirung der vorzunehmenden Untersuchung.[2])

Es handelte sich namentlich um die Schlacht von Almanza, vom 25. April 1707, und es traten in erster Linie gegen einander auf die Lords Peterborough und Galway. Der eigentliche Plan indessen lag tiefer. „Es ist der Partei des neuen Ministeriums daran gelegen, meldet Hoffmann, von Galway das Eingeständnis heraus zu bringen, daß er von dem vorigen Ministerium den Befehl gehabt habe, auf jeden Fall die Schlacht zu wagen. Wenn das wäre, so würde man darauf die Anklage bauen, daß das vorige Ministerium dies nur gethan, um sich in der Macht zu erhalten, daß also die Cassirung nothwendig gewesen sei. Das jetzige Ministerium bedarf einer Rechtfertigung für die Entlassung der früheren Minister, weil der Credit nach wie vor im Sinken begriffen ist."

Dieser Plan drückt den Verhandlungen, die eine Reihe von Tagen hindurch im Oberhause statt fanden, das Gepräge auf. Vor der Mehrheit desselben gelang es dem Grafen Peterborough nicht bloß, allen Tadel von sich abzuwenden, sondern Lob und Ruhm davon zu tragen. Galway legte die Denkschrift des Grafen Gallas, vom 20. 31. August 1706 (vgl. Band XI, S. 543), welche so schwere

[1]) Lords Debates vol. II, p. 281. Vom 4./15. Januar.

[2]) Hoffmanns Bericht vom 5./16. Januar.

Anklagen gegen Peterborough enthielt, auf den Tisch des Hauses nieder.[1]) Die Schrift wurde nicht beachtet, und daher wurde es Peterborough nicht schwer, sich um sein Verhalten im Jahre 1706 herum zu reden. Schwieriger stand die Frage für das Jahr 1707.

Der Vorwurf, wie er erhoben wurde, ging darauf hinaus, daß, nachdem schon der Plan gegen Toulon mit Victor Amadeus verabredet war, die Regierung Befehl gegeben habe zur Offensive in Spanien. Zur Stütze dieser Anklage wagte Lord Peterborough die Behauptung, daß er, im Einverständnisse mit dem Herzoge Victor Amadeus, für den Plan gegen Toulon, im September 1706, 5000 Mann von der Armee in Spanien verlangt habe, jedoch vergeblich.[2]) In der Wirklichkeit war, wie wir gesehen haben (Band XII, S. 304 u. f.), der Plan gegen Toulon noch bis tief in das Jahr 1707 hinein das Geheimnis sehr weniger Personen, unter denen sich Lord Peterborough nicht befand. Die Geschichte dieses Planes auf Toulon ward von Marlborough, der damals noch in London und im Oberhause anwesend war, in kurzen Zügen dargelegt. „Die Absicht eines Versuches auf Toulon, sagte er, wurde zuerst, bereits 1703, durch den Gesandten Hill dem Herzoge Victor Amadeus kund gethan. Später wurde der Plan verhandelt zwischen mir und den savoyischen Gesandten Briançon und Maffei. Ich bot zuerst 50.000 Pfund Sterling für den Herzog, und wir kamen zuletzt überein über 100.000 Pfund Sterling. Im Jahre vor der Ausführung wünschte der Herzog sehr dringend das Geheimnis der Sache, und es ist daher sehr unwahrscheinlich, daß der Herzog selber zu irgend Jemandem von der Sache gesprochen und 5000 Mann dafür verlangt haben sollte. Auch ist die Unternehmung nicht fehl geschlagen aus Mangel an Mannschaft — denn es blieben 17.000 Mann in Italien stehen — sondern aus Mangel an Zeit und anderen Umständen." Ungeachtet dieser Rede Marlboroughs, die der Wahrheit entsprach, erneuerte Peterborough die Behauptung, die seiner Partei zum Stützpunkte des Angriffes diente, daß die Kriegführung in Spanien auf die Unternehmung gegen Toulon nachtheilig eingewirkt habe.

---

[1]) Lords Debates vol. II, p. 334.

[2]) A. a. O., p. 314.

Die Reden der theils unkundigen theils parteieifrigen Lords wogten daher in wildem Gewirre. Noch einmal nahm Marlborough das Wort. „Mylords, ſagte er, ich habe die Ehre gehabt, die Unterhandlung über das Unternehmen gegen Toulon zu führen, welches die Königin vom Beginne dieſes Krieges an als eins der wirkſamſten Mittel anſah, ihn bald zu beenden. Und ich kann Ihnen die Verſicherung geben, daß in der ganzen Verhandlung, die ich mit den ſavoyiſchen Geſandten Briançon und Maffei führte — von denen jener todt iſt, dieſer lebend bei uns weilt — auch nicht Ein Wort von Spanien geſprochen iſt. Der Krieg dort ward, eben ſo wie derjenige in Italien, ſelbſtändig geführt, beide unabhängig von einander. Auch kann nicht geſagt werden, daß das unglückliche Treffen von Almanza nachher eine Einwirkung übte. Es legte uns in Spanien die Defenſive auf; aber die von dort abberufenen franzöſiſchen Truppen gelangten nicht vor Toulon.“

Das Alles verfing nicht. Es verblieb die Thatſache, daß die Mehrheit des Kriegsrathes von Valencia, im Januar 1707, den Offenſivkrieg in Spanien beſchloſſen, und daß der Staats-Secretär Sunderland, auf die Kunde dieſes Beſchluſſes, ihn gebilligt hatte. Und darauf hin wurde ein Antrag conſtruirt wie folgt: „Da aus dem Schreiben des Grafen Sunderland (an Stanhope) hervorgeht, daß der Beſchluß des Kriegsrathes (von Valencia) zur Offenſive in Spanien von dem Miniſterium gutgeheißen iſt, ungeachtet des Planes der Unternehmung gegen Toulon, welcher, wie die Miniſter wußten, damals mit dem Herzoge von Savoyen bereits verabredet war: ſo ſind ſie, weil ſie dadurch beigetragen haben zu allen unſeren Unfällen in Spanien und zu dem Fehlſchlagen der Unternehmung gegen Toulon, mit Recht zu tadeln.“

Der Antrag ward angenommen mit 68 gegen 48 Stimmen. Die Minderheit reichte einen Proteſt ein, der in ſich ungleich bündiger war als jener Beſchluß.

Weder von der einen noch von der anderen Seite findet ſich in dieſem mehrtägigen Wortkampfe die Andeutung irgend welcher Kenntnis, welche Rolle der verzogene Liebling der engliſchen Nation, der Herzog Victor Amadeus, bei der Unternehmung gegen Toulon geſpielt habe. (Man vergleiche Band XII, S. 335, ſo wie S. 342 u. f.)

Die Partei des neuen Ministeriums hatte im Oberhause den Sieg davon getragen, und doch nicht den Sieg in der erstrebten Art. Das Ministerium hatte den Beschluß des Kriegsrathes von Valencia nachträglich gut geheißen, nicht jedoch ihn hervor gerufen, oder gar befohlen. Jene Thatsache genügte nicht zum Aufbau einer Anklage. Diese fiel zu Boden.

Der Einzige, der aus diesen langen Verhandlungen einen Gewinn davon trug, war der Lord Peterborough. Er empfing den Dank des Oberhauses für seine ausgezeichneten Leistungen, ausgedrückt durch eine Rede des Lord-Siegelbewahrers, die für den Angeredeten in dieser Richtung nichts zu wünschen übrig ließ. — Ob Andere, welche die Dinge genauer kannten als die Lords des Oberhauses, darin mit ihnen einstimmig sein würden, durfte auch für Peterborough fraglich sein. Im Kriegsrathe zu Valencia, im Januar 1707, war Carl III., so wie auch Noyelle und die Spanier, mit Peterborough derselben Ansicht gewesen, gegen Galway, Das Minas, Stanhope, Tyrawley. Insofern das ein Verdienst, war es gemeinsam. Ueber das Jahr 1706 dagegen lag die vom Oberhause nicht beachtete Denkschrift des Grafen Gallas vor, nicht zur Ehre des Waltens von Lord Peterborough in Spanien.

Beginn der englischen Friedenswerbung in Versailles.

Unterdessen hatten sich die Fäden zwischen St. James und Versailles bereits angesponnen.

Am 20./31. December hatte St. John an Drummond in Holland geschrieben: „So groß die Segnung des Friedens, so leben wir doch hier der Ueberzeugung, daß er nicht zu wünschen ist, wenn nicht unser Feind darum bittet, und wenn nicht unsere guten Freunde, die Generalstaaten, Hand in Hand mit uns gehen von dem ersten Schritte bis zum letzten.“[1]) Er wiederholt denselben Gedanken noch am 16. 27. März mit den Worten: „Ich bin völlig Ihrer Ansicht, daß die ersten Schritte zum Frieden nicht von unserer Seite ausgehen dürfen.“[2])

---

[1]) Bolingbroke's letters vol. I, p. 43.

[2]) A. a. O., p. 108.

Diese ersten Schritte waren damals bereits zwei Monate vorher geschehen. Die Aeußerungen St. Johns beweisen also nur, daß auch die Vertrauten wie Drummond verwendet wurden, um die guten Freunde, die Generalstaaten, irre zu führen.

Die Frage des Ob? war entschieden in Folge der Nachrichten zugleich von Spanien und von Constantinopel her. Es handelte sich also um die schwierige Frage des Wie?

Daß es in London an französischen Correspondenten, auch an genau unterrichteten, nicht fehlte, haben schon die Reden der Bevollmächtigten in Geertruidenberg, Uxelles und Polignac, zu dem Residenten Petkum uns dargethan. Unter diesen Franzosen in London war ein Geistlicher, Gautier, gebürtig aus St. Germain bei Paris, von niederer Herkunft. Als Caplan dort hatte er durch ehrgeiziges Streben Andere verletzt, und dann vorgezogen, anderswo sein Fortkommen zu suchen. Im Gefolge des Botschafters Tallard kam er 1698 nach London. Nach dem Ausbruche des Krieges blieb er da, mit Zustimmung Tallards, und diente als Berichterstatter für den französischen Staats-Secretär Torcy. In Unkenntnis dessen engagirte ihn der kaiserliche Gesandte Gallas für seine Capelle. Dort lernte ihn Lady Jersey kennen, welche in dieser Capelle die Messe zu hören pflegte, und durch sie der Gemahl. Lord Jersey war nicht bloß Jacobit, sondern auch französisch gesinnt, und erging sich darüber offen zu Gautier, der es an Torcy berichtete. Jersey war ein Vertrauter des neuen Ministeriums, in welchem freilich er und Gautier die jacobitische Richtung überschätzten, indem sie Shrewsbury und Harley als ihre Gesinnungsgenossen ansahen.[1])

In Anlaß der Frage der Sendung einer geeigneten Persönlichkeit zur Anknüpfung in Versailles schlug Jersey den Ministern diesen französischen Geistlichen vor. Es ist merkwürdig, daß es keinem dieser englischen Minister klar wurde, daß Gautier als geborener Franzose und bisher schon Berichterstatter des Staats-Secretärs Torcy, einen Auftrag nach Versailles eher im französischen Sinne ausführen würde als im englischen. Gautier ward als geeignet befunden. Man vertraute ihm noch nichts Schriftliches an; aber Lord Jersey stattete ihn aus mit einer münd-

[1]) Stanhope, Reign of Queen Anne p. 470.

lichen Instruction. Er solle sagen, daß die englischen Minister den Frieden wünschten und zum Wohle des Königreiches für nothwendig hielten, daß sie jedoch um ihrer Sicherheit willen sich nicht auf eine geheime Unterhandlung mit Frankreich einlassen könnten, sondern den König ersuchten, die Conferenzen mit der Republik wieder anzuknüpfen. In diesem Falle würden die englischen Bevollmächtigten solche Instructionen erhalten, daß es nicht wieder in der Macht der Holländer stehen würde, den Abschluß zu vereiteln. [1])

Gautier landete in Nieuport, bereits am 15. Januar. Nachdem er von da aus die Meldung seiner Ankunft an Torcy vorausgeschickt, traf er einige Tage später in Paris ein. Er richtete seinen Auftrag aus, nicht mehr als ein Agent des englischen Ministeriums, sondern, nach dem Berichte Torcys, als Franzose. „Wollen Sie, sagte er, den Frieden? Ich bringe Ihnen das Mittel ihn zu verhandeln und abzuschließen, unabhängig von den Holländern, die unwürdig sind der Güte des Königs und der so oft ihnen erwiesenen Ehre, mit ihnen über den Frieden Europas zu verhandeln." [2])

Diese spätere Darstellung Torcys lautet, als sei ihm die Botschaft unerwartet gekommen. In der Wirklichkeit hatte Ludwig XIV. im Sommer des Jahres zuvor, wie das Schreiben Petkums an Buys (Band XIII, S. 446 u. f.) uns dargethan, die Friedensberedungen von Geertruidenberg doch nur darum abgebrochen, weil er voraus sah, daß der Wandel der Dinge in England für die neue Regierung dort das Trachten nach dem Frieden nothwendig machen werde. Der lang ersehnte Augenblick der Bitte dieser Partei um den Frieden war nun gekommen. Aber noch haftete an der Bitte die Bedingung, mit den Holländern, wenigstens in der formellen Behandlung der Angelegenheit, zusammen gehen zu wollen. Die Bedingung entsprach nicht der Politik Ludwigs XIV. Sein Ziel war, wie immer, die Sprengung der Kette der Allianz. Dies Ziel war weniger leicht zu erreichen, wenn er mit zwei Gliedern zu thun hatte als nur mit Einem. Bisher hatte er zu diesem Zwecke immer nur die Republik ins Auge gefaßt. Es war ihm völlig gelungen im Jahre 1678, in der Hauptsache auch im Jahre 1697,

---

[1]) Mémoires de Berwick t. II, p. 80. — Mémoires de Torcy t. III, p. 19.
[2]) A. a. O., p. 21.

dagegen wiederholt mislungen in diesem letzten Kriege. Nun eröffnete sich die Aussicht auf England, und zwar so ungleich viel günstiger, daß der erste Schritt, den der Republik gegenüber immer Ludwig XIV. gethan, nun von den englischen Ministern ausging. Dieser erste Schritt schloß das Wesen der Sache in sich, den Verrath des englischen Ministeriums an der Sache der Allianz, und von diesem ersten Schritte aus konnte das englische Ministerium, weil es um seiner Selbsterhaltung willen des Friedens bedurfte, auch zu dem zweiten gedrängt werden, zu verhandeln und abzuschließen auch ohne die Republik. Und damit war dann die Allianz zersprengt, und jedes einzelne Glied derselben dem Willen des Starken preis gegeben.

Der Verlauf der Dinge wird darthun, daß die französische Politik gemäß diesem Principe handelte; aber wir haben nicht minder das Recht anzunehmen, wie die Andeutung dessen schon in der Rede Gautiers vor Augen liegt, daß von Beginn an in Versailles die Consequenzen gezogen wurden. Kurz, es bewährte sich in dem ganzen Gange dieser geheimen Unterhandlungen von Anfang bis zu Ende dieselbe Erfahrung, welche dreihundert Jahre zuvor der kundige Philipp von Comines in die folgenden Worte gekleidet hatte: Jamais ne se mena traité entre les François et Anglois, que le sens des François et leur habileté ne se monstrast par dessus celle des Anglois: et ont les dits Anglois un mot commun, qu'autrefois m'ont dit, traitant avec eux, c'est qu'aux batailles qu'ils ont eues avec les François, tousjours ou le plus souvent, ils ont eu le gain: mais en tous traitez qu'ils ont eu à conduire avec eux, ils y ont eu perte et dommage.[1])

Die Forderung, welche Gautier in Versailles zu stellen hatte, war möglichst gering. Er verlangte einige Zeilen von der Hand des Staats-Secretärs Torcy an Lord Jersey, Complimente enthaltend. Mündlich gab man ihm den Auftrag den großbritannischen Ministern zu erklären, daß der König, in gerechtem Zorne über das Verhalten der Generalstaaten, nichts mehr hören wolle von einem Frieden vermittelst der Republik, dagegen mit Vergnügen darüber sich mit England in Verbindung setzen werde.[2])

[1]) Mémoires de Philippe de Comines livre III, chap. 8.

[2]) Mémoires de Torcy t. III, p. 24.

Ein ähnlicher Beſcheid erging nach einer anderen Seite. Wir haben vernommen, daß bereits im Auguſt des Jahres zuvor der Herzog Victor Amadeus, gemäß dem eigenen Charakter ſo wie der Tradition der Politik ſeines Hauſes, bei dem Marſchall Berwick gegen entſprechende Vortheile ſeinen Verrath an der Allianz angeboten, und daß, auf Befehl Ludwigs XIV., Berwick ſich darüber mit ihm in Unterhandlungen eingelaſſen hatte. Auf die Ankunft Gautiers erhielt Berwick den Auftrag, an Victor Amadeus zu melden, daß, wenn er etwas vorzuſchlagen habe, er ſich damit an die Königin von England wenden möge, ohne welche Frankreich fortan mit keiner anderen Macht unterhandeln werde.[1])

So weit jedoch, wie man in Verſailles glauben mochte, waren die engliſchen Miniſter noch nicht. In ihrem Namen antwortete Gautier von London aus, daß ſie für einen allgemeinen Frieden den König um Vorſchläge erſuchten, welche ſie nach Holland einſenden würden. Ihr Plan ſei eine Unterhandlung in Gemeinſchaft mit ihren Bundesgenoſſen. Aber ſie hofften, daß die Vorſchläge, die der König von Frankreich an ſie gelangen ließe, nicht minder vortheilhaft ſein würden, als die letzten von ihm in Geertruidenberg gemachten.[2]) Das hieß mit anderen Worten: eine Theilung der ſpaniſchen Monarchie in ſolcher Weiſe, daß Spanien und Weſtindien für Carl III. verblieben.

Dieſes Verlangen, das zu dem durch Gautier gemachten Erbieten faſt wie im Gegenſatze ſteht, bekundet noch ein auffallendes Schwanken der engliſchen Miniſter. Ludwig XIV. ging auf die Forderung nicht ein. Aber er war auch weit entfernt, den einmal geknüpften Faden zu zerreißen. Er ließ erwidern, daß er, widerwillig ſich mit den Holländern einzulaſſen, der Königin vorſchlage, mit ihm über einen Congreß von Geſandten aller betheiligten Mächte zum Zwecke eines allgemeinen Friedens überein zu kommen.[3])

Von franzöſiſcher Seite ward die damalige politiſche Abneigung gegen die Republik in gefliſſentlicher Weiſe an den Tag gelegt. Marl-

[1]) Mémoires de Berwick t. II, p. 79.

[2]) Mémoires de Torcy t. III, p. 25. Von engliſcher Seite finden ſich über dieſe Verhandlungen keine Schriftſtücke. Der Bericht des vom Parlamente im Jahre 1715 zur Unterſuchung niedergeſetzten geheimen Comités nennt, mit Klage über große Lücken in den Acten, als das erſte Schriftſtück von Bedeutung die Premières propositions de la France, vom 22. April 1711.

[3]) A. a. O.

nach sich, daß die Gegner sich nicht besänftigen, sondern vorhaben ihn, weil er doch auf alle Fälle fortdienen will, allerdings dienen zu lassen, ihm hingegen die Autorität in der Armee sehr zu beengen. Man nimmt eine Veränderung der General-Officiere vor, wie alljährlich in Frankreich geschieht. Man vergibt die Regimenter ohne sein Vorwissen. Man hat hier einen Kriegsrath unter dem Vorsitze des Herzogs von Ormond errichtet, bei welchem alle Generale und Obersten ihre Patente einreichen müssen, damit man ersehe, ob jeder in der ihm gebührenden Stellung. Die Einrichtung zielt auf Marlborough, der den Einen und den Anderen vorgezogen haben soll." [1])

Ungleich stärker lauten aus denselben Tagen die Drohungen St. Johns gegen Marlborough. „Nach allem was ich urtheilen kann, sagt er, ist es äußerlich mit ihm ein wenig besser geworden; aber im Innern bleiben dieselben Gesinnungen, und zwar diese noch gesteigert und angefeuert durch das was er Provocationen nennt. Wir werden thun was wir vermögen, um ihn in dem Commando der Armee zu stützen, ohne der Königin zu nahe zu treten. Und wenn er nicht bethört ist, so wird auch er nach demselben Plane handeln. Denn Sie müssen wissen, daß in dem Augenblicke, wo er den Dienst verläßt und den Schutz der Regierung verliert, sich Dinge offenbaren werden, welche kein Siegesglanz überdecken kann." [2])

Diese Worte zeigen an, was Marlborough zu erwarten hatte, wenn erst das neue Ministerium sich mehr befestigt fühlen würde.

Für damals mochte es ihm wie seinen Gegnern gelegen kommen, daß die Generalstaaten, bei der Lage der Dinge im Osten und Nordosten Europas, die Königin um die baldige Uebersendung Marlboroughs ersuchten. Die Königin erklärte, am 30. Januar/10. Februar, vor ihrem Cabinetsrathe, daß sie Marlborough wieder mit dem Commando beauftrage, und antwortete am nächsten Tage, in einem Schreiben voll Lobes für Marlborough, den Generalstaaten, daß sie ihren Wünschen willfahre.

Im Anfange März traf Marlborough im Haag ein. Aber seine Stellung dort war von der früheren sehr verschieden. Von 1702 an

---

[1]) Hoffmanns Bericht vom 30. Januar.

[2]) Bolingbroke's letters vol. I, p. 81. Vom 23. Januar 3. Februar.

war er Botschafter und Feldherr gewesen, und hatte in der ersteren Eigenschaft nur auf seine eigene Bitte einen Gehilfen an Lord Townshend erhalten. Dieser war seiner Abberufung durch die Bitte um dieselbe zuvorgekommen. An seine Stelle sollte Lord Raby aus Berlin treten, nicht als zweiter unter Marlborough, sondern als eigentlicher Botschafter der neuen Regierung, und darum Marlborough überwachend. Früher lag in den Händen des letzteren nicht bloß die Führung der Armee, sondern die gesammte auswärtige Politik. Die neuen Minister zogen ihn nicht bloß nicht zu Rathe, sondern verhehlten ihm auch was sie verhehlen konnten. Und freilich hatten sie bald sehr viel zu verhehlen.

Einwirkung der unglücklichen Nachrichten aus Spanien.

Die Thronrede der Königin wie die antwortenden Adressen des Parlamentes hatten betont, daß der Krieg mit dem stärksten Nachdrucke fortgeführt werden solle, besonders in Spanien. Man dachte sich damals den Stand der Dinge in Spanien als günstig, und den Lords im Oberhause lag jegliche Ahnung fern, daß an demselben Tage, an welchem sie der Königin ihre Adresse einreichten, am 28. November/9. December, in Brihuega die Engländer unter Stanhope vor der Uebermacht Vendomes die Waffen streckten. Im Laufe des Monates December jedoch tauchten unbestimmte Gerüchte auf, daß es in Spanien nicht gut stehe, daß die Armee den Rückzug angetreten, und daß Carl III., auf die Bitte der Generale, nach Saragossa vorangeeilt sei. Die Gerüchte wurden trüber von Tage zu Tage.

Am 19. December gelangte die Nachricht von Brihuega nach Versailles. Ludwig XIV. sagte: er zweifele nicht, daß sie sehr glückliche Folgen haben werde. Am nächsten Tage traf diejenige von Villaviciosa ein. Sie schilderte den Ausgang des Treffens als die völlige Niederlage Starhembergs, der mit geringer Mannschaft sich gerettet habe. Ludwig XIV. ließ den Bericht vor seiner Umgebung verlesen.[1])

---

[1]) Journal de Dangeau t. XIII, p. 303.

Erſt in den letzten Tagen des Monates December gelangte die Nachricht nach London. Man durfte noch zweifeln, weil ſie nicht in officieller Form vorlag, aber Tag auf Tag kamen neue Beſtätigungen ein. Am 23. December/3. Januar zweifelte man nicht mehr an der völligen Niederlage. Die neuen Miniſter bewieſen dennoch, dem Aeußeren nach, guten Muth, eben ſo die Königin. Aus der Kirche kommend, hielt ſie, im Vorbeifahren, den Grafen Gallas an mit den Worten: „Die aus Spanien eingelaufenen Nachrichten ſind wohl recht unglückſeliger Art; aber wir dürfen deswegen den Muth nicht ſinken laſſen. Ich werde was in meiner Macht ſteht beitragen, um das Unheil wieder gut zu machen.“ [1])

Gallas begab ſich zu dem Miniſter St. John. Er erhielt die Antwort, daß die Königin an alle verbündete Mächte Handſchreiben zur Ermuthigung erlaſſen werde, ähnlich wie ſie zu ihm geredet. Der portugieſiſche Geſandte, der das Handſchreiben an ſeinen König eingeſehen, fand dasſelbe zu allgemein gehalten, und ſprach die Beſorgnis aus, daß es darum ſeinen Hof nicht abhalten würde, andere Beſchlüſſe zu faſſen.

Größer noch war die Beſorgnis bei den des engliſchen Hofes Kundigen vor einem Umſchlage dort. „Man kann nicht vergeſſen, meldet der Reſident Hoffmann, ſchon am 3. Januar, was bei Anfang der Aenderung hier diejenigen, welche dieſelbe betrieben, über die Nothwendigkeit des Friedens geſagt, und daß das Gemeinwohl von Europa nicht darunter leiden würde, wenn Spanien und beide Indien dem Herzoge von Anjou verblieben.“ (Vgl. Band XIII, S. 461.)

In denſelben Tagen kam hinzu die Nachricht der türkiſchen Kriegserklärung an den Czaren zu Gunſten des Schwedenkönigs. St. John fürchtete von daher eine Umwälzung Europas. „Es gibt einen beſtimmten Punkt, rief er aus, bis zu welchem, und nicht weiter, die menſchlichen Dinge geführt werden können. Ein kluger Mann fühlt das, und hält bei Zeiten inne. Wir haben uns bereits zu weit vorgewagt.“ [2])

---

[1]) Bericht des Grafen Gallas vom 4. Januar.

[2]) Bolingbroke's letters vol. I, p. 56. Vom 26. December/6. Januar.

Die dunkelen Worte erhalten mehr Licht durch andere Stellen des nicht wohl geordneten, in Erregung geschriebenen Briefes. „Unser Unglück in Spanien ist groß, sagt er an einer anderen Stelle, und wir fühlen das Gewicht desselben um so mehr, weil wir, nach den früheren Nachrichten, annehmen durften, daß die Armee sich in Castilien halten könne, und daß wir demnach den Winter hindurch Zeit hätten, sie zu stützen. Ich spreche Ihnen gegenüber mich immer mit vollem Freimuthe aus, und ich sage Ihnen offen, daß, da Spanien nicht auf dem Wege der Erhebung der Unterthanen (gegen Philipp V.) gewonnen werden kann, kein vernünftiger, nüchterner Mann an dem Gedanken festhalten wird, dieses weite Land mit den Waffen zu erobern und zu behaupten." „Jedoch, fügt er dann hinzu, muß eine gute Miene aufgesetzt, und der Krieg dort im Gange erhalten werden." [1])

In einer späteren Vertheidigung der Politik, die zum Utrechter Frieden führte, hat St. John sich berufen auf die Aussage von Craggs, der, vom General Stanhope aus Spanien heim gesendet, im December in London eingetroffen sei. Craggs habe gesagt: in Spanien sei alles aus. Armeen von 20.000 oder 30.000 Mann könnten bis zum jüngsten Tage Spanien durchkreuzen. Wohin sie gelangten, da würde aus Furcht das Volk sich Carl III. unterwerfen, und, sofort nach ihrem Abzuge, aus Zuneigung wieder Philipp V. ausrufen. Spanien zu erobern, erfordere eine starke Armee, und, es zu bewahren, eine stärkere. [2])

Zunächst jedoch handelt es sich nur um die Angaben, die St. John damals selbst als Motive geltend macht. An einer späteren Stelle jenes Briefes an Drummond kommt er wieder auf den Gedanken des Aufgebens von Spanien zurück. Er ermächtigt Drummond, dem Rathspensionär Heinsius im tiefsten Vertrauen die Mittheilung zu machen, und ihm anzudeuten, daß eben dies auch die Meinung der Königin sei.

Die letzten Worte werfen ein helles Licht auf die Sache. Demnach war die Frage, ob bei einem Friedensschlusse Spanien aufzugeben

---

[1]) Bolingbroke's letters vol. I, p. 55. Vom 26. December/6. Januar: However, a good mien is to be put on, and the war there must be kept alive.

[2]) Bolingbroke's works vol. II, p. 461.

sei, im königlichen Rathe bereits zur Sprache gekommen und bejaht worden, oder mit anderen Worten: die Königin und ihre Minister waren bereits geneigt, durch die Hingabe von Spanien den Frieden zu erkaufen.

Demnach hat nicht, wie später oft gesagt worden ist, der Tod des Kaisers Joseph I. dem englischen Ministerium diesen Ausweg aus dem Kriege eröffnet. Der Kaiser Joseph I. starb im Monate April, und St. John schrieb den Brief, in welchem er das Geheimnis dieses Beschlusses errathen läßt, am 6. Januar.

Zu ihrer Entschuldigung unter einander suchten die englischen Minister den Irrthum, wie St. John sich ausdrückt, des Krieges in Spanien auf die Kaiserlichen abzuwälzen. „Der Irrthum, sagt St. John, daß Spanien durch eine Erhebung der Unterthanen (gegen Philipp V.) gewonnen werden könne, wurde uns auferlegt durch die Kaiserlichen und durch den Lauf der Erfolge, die wir einmal in Catalonien und Valencia hatten; aber wir sind nun endlich unheilvoll genug davon enttäuscht.“ [1])

Die Thatsachen des Jahres 1703 haben dagegen gezeigt, daß nicht von den Kaiserlichen, sondern gerade von den Tories in England der Gedanke des Krieges in Spanien ausgegangen war, und daß der Kaiser Leopold I. nur zögernd und widerstrebend nachgegeben, bis er endlich, wie er sich ausdrückte, der Königin seinen zweiten Sohn Carl anvertraute wie einer anderen Mutter (Band X, S. 249 u. f., S. 395) und die Königin auch ihrerseits diese Worte sich aneignete (S. 396).

Der im königlichen Rathe gefaßte Beschluß, den jene Worte St. Johns andeuten, ist von einer folgenreichen Tragweite, im geraden Gegensatze zu der bisher befolgten Politik.

Der Gedanke, welchen das Ministerium Marlborough-Godolphin für seine Politik bei der Königin voran stellte, und welchen die letztere vollaus sich aneignete, war der, daß die nachdrückliche Führung des Krieges gegen Frankreich das Mittel sei, ihr die Krone zu sichern. Durch die Entlassung Godolphins gab die Königin diesen Gedanken nicht auf, vermeinte vielmehr, berathen von Harley, denselben Weg auch ferner verfolgen zu können. Ob Harley darin nur die Königin

[1]) Bolingbroke's letters vol. I, p. 55.

oder auch sich selber mit täuschte, mag dahin gestellt bleiben. Die Ankündigung in der Thronrede, vom 26. November 7. December, den Krieg mit dem stärksten Nachdrucke fortzuführen, besonders in Spanien, deutet an, daß damals die rechte Erkenntnis noch nicht aufgegangen war. Die zwei Nachrichten zugleich, diejenige aus dem Süden über die Tage von Brihuega und Villaviciosa, diejenige aus dem Südosten über die Kriegserklärung der Türken zu Gunsten Carls XII., beide so vortheilhaft für Frankreich, wie Unheil weissagend für die Allianz, brachten dem neuen Ministerium zur völligen Klarheit, daß es nicht sich halten könne durch nachdrückliche Fortführung des Krieges wider Frankreich, sondern durch die Anbahnung des Friedens mit Frankreich. Es kam also nur darauf an, die Königin zu überzeugen, daß auch in diesem Falle sie der Krone sicher sein werde. Es scheint Harley nicht schwer geworden zu sein, denn die Worte der Königin an Marlborough in der ersten Audienz, daß sie über die Veränderung ihrer Minister volle Zufriedenheit empfinde, wurden gesprochen, nachdem der von St. John angedeutete geheime Beschluß der Friedenswerbung bei Frankreich bereits mehrere Tage zuvor gefaßt war.

Aber, wie St. John sagt, es mußte zugleich eine gute Miene aufgesetzt und der Krieg in Spanien im Gange erhalten werden.

Am 2. 13. Januar brachte St. John, im Namen der Königin, an das Unterhaus die Mittheilung, daß in Spanien eine Action zum Nachtheile Carls III. statt gefunden, mit besonderem Verluste der englischen Truppen. Zum Ersatze habe die Königin sofort Befehle gegeben, neue Truppen hinzusenden. Die Königin hege keinen Zweifel, daß das Parlament zustimmen, und seine Hülfe anbieten werde, das große Unglück wieder gut zu machen.[1])

Das Unterhaus war einstimmig derselben Ansicht. Am nächsten Tage begaben sich die gesammten Mitglieder, unter der Führung des Sprechers, nach dem Palaste St. James, um eine Antworts-Adresse zu überreichen. Nach dem Ausdrucke des Dankes für die getroffenen Maßregeln fuhr die Adresse fort: „Wir bitten Ew. Majestät versichern zu dürfen, daß dieser Nachtheil uns nicht entmuthigen wird die äußersten Anstrengungen aufzubieten, damit Ew. Majestät den gerechten und

[1]) Commons Debates vol. IV, p. 177.

nothwendigen Krieg, in welchem Sie die Freiheit Europas zu schützen auf sich genommen, fortzuführen vermögen."

Die Adresse des Oberhauses brachte zwei andere Gedanken mit ein: zuerst denjenigen, daß dies Unglück in Spanien verursacht sein könne durch eine frühere ungeschickte Führung, und daß daher das Oberhaus mit der äußersten Sorgfalt diese Angelegenheit prüfen wolle, so wie ferner, daß in Betreff der Herstellung eines ehrenvollen und dauernden Friedens, das Oberhaus sich völlig auf die Königin verlasse.[1])

Zur Ausführung jenes Planes der Prüfung ersuchte das Oberhaus die Königin, daß der Lord Peterborough, der bereits fertig stand, als Gesandter die Reise nach Wien anzutreten, noch auf einige Tage zurückbehalten werde. Die Königin bewilligte nicht bloß, sondern begab sich am nächsten Tage selber in ihre Loge am Oberhause, um den Verhandlungen zuzuhören. Dies galt wie eine öffentliche Autorisirung der vorzunehmenden Untersuchung.[2])

Es handelte sich namentlich um die Schlacht von Almanza, vom 25. April 1707, und es traten in erster Linie gegen einander auf die Lords Peterborough und Galway. Der eigentliche Plan indessen lag tiefer. „Es ist der Partei des neuen Ministeriums daran gelegen, meldet Hoffmann, von Galway das Eingeständnis heraus zu bringen, daß er von dem vorigen Ministerium den Befehl gehabt habe, auf jeden Fall die Schlacht zu wagen. Wenn das wäre, so würde man darauf die Anklage bauen, daß das vorige Ministerium dies nur gethan, um sich in der Macht zu erhalten, daß also die Cassirung nothwendig gewesen sei. Das jetzige Ministerium bedarf einer Rechtfertigung für die Entlassung der früheren Minister, weil der Credit nach wie vor im Sinken begriffen ist."

Dieser Plan drückt den Verhandlungen, die eine Reihe von Tagen hindurch im Oberhause statt fanden, das Gepräge auf. Vor der Mehrheit desselben gelang es dem Grafen Peterborough nicht bloß, allen Tadel von sich abzuwenden, sondern Lob und Ruhm davon zu tragen. Galway legte die Denkschrift des Grafen Gallas, vom 20./31. August 1706 (vgl. Band XI, S. 543), welche so schwere

[1]) Lords Debates vol. II, p. 281. Vom 4./15. Januar.

[2]) Hoffmanns Bericht vom 5./16. Januar.

Anklagen gegen Peterborough enthielt, auf den Tisch des Hauses nieder.[1]) Die Schrift wurde nicht beachtet, und daher wurde es Peterborough nicht schwer, sich um sein Verhalten im Jahre 1706 herum zu reden. Schwieriger stand die Frage für das Jahr 1707.

Der Vorwurf, wie er erhoben wurde, ging darauf hinaus, daß, nachdem schon der Plan gegen Toulon mit Victor Amadeus verabredet war, die Regierung Befehl gegeben habe zur Offensive in Spanien. Zur Stütze dieser Anklage wagte Lord Peterborough die Behauptung, daß er, im Einverständnisse mit dem Herzoge Victor Amadeus, für den Plan gegen Toulon, im September 1706, 5000 Mann von der Armee in Spanien verlangt habe, jedoch vergeblich.[2]) In der Wirklichkeit war, wie wir gesehen haben (Band XII, S. 304 u. f.), der Plan gegen Toulon noch bis tief in das Jahr 1707 hinein das Geheimnis sehr weniger Personen, unter denen sich Lord Peterborough nicht befand. Die Geschichte dieses Planes auf Toulon ward von Marlborough, der damals noch in London und im Oberhause anwesend war, in kurzen Zügen dargelegt. „Die Absicht eines Versuches auf Toulon, sagte er, wurde zuerst, bereits 1703, durch den Gesandten Hill dem Herzoge Victor Amadeus kund gethan. Später wurde der Plan verhandelt zwischen mir und den savoyischen Gesandten Briançon und Maffei. Ich bot zuerst 50.000 Pfund Sterling für den Herzog, und wir kamen zuletzt überein über 100.000 Pfund Sterling. Im Jahre vor der Ausführung wünschte der Herzog sehr dringend das Geheimnis der Sache, und es ist daher sehr unwahrscheinlich, daß der Herzog selber zu irgend Jemandem von der Sache gesprochen und 5000 Mann dafür verlangt haben sollte. Auch ist die Unternehmung nicht fehl geschlagen aus Mangel an Mannschaft — denn es blieben 17.000 Mann in Italien stehen — sondern aus Mangel an Zeit und anderen Umständen.“ Ungeachtet dieser Rede Marlboroughs, die der Wahrheit entsprach, erneuerte Peterborough die Behauptung, die seiner Partei zum Stützpunkte des Angriffes diente, daß die Kriegführung in Spanien auf die Unternehmung gegen Toulon nachtheilig eingewirkt habe.

---

[1]) Lords Debates vol. II, p. 334.

[2]) A. a. O., p. 314.

Die Reden der theils unkundigen theils parteieifrigen Lords wogten daher in wildem Gewirre. Noch einmal nahm Marlborough das Wort. „Mylords, sagte er, ich habe die Ehre gehabt, die Unterhandlung über das Unternehmen gegen Toulon zu führen, welches die Königin vom Beginne dieses Krieges an als eins der wirksamsten Mittel ansah, ihn bald zu beenden. Und ich kann Ihnen die Versicherung geben, daß in der ganzen Verhandlung, die ich mit den savoyischen Gesandten Briançon und Maffei führte — von denen jener todt ist, dieser lebend bei uns weilt — auch nicht Ein Wort von Spanien gesprochen ist. Der Krieg dort ward, eben so wie derjenige in Italien, selbständig geführt, beide unabhängig von einander. Auch kann nicht gesagt werden, daß das unglückliche Treffen von Almanza nachher eine Einwirkung übte. Es legte uns in Spanien die Defensive auf; aber die von dort abberufenen französischen Truppen gelangten nicht vor Toulon."

Das Alles verfing nicht. Es verblieb die Thatsache, daß die Mehrheit des Kriegsrathes von Valencia, im Januar 1707, den Offensivkrieg in Spanien beschlossen, und daß der Staats-Secretär Sunderland, auf die Kunde dieses Beschlusses, ihn gebilligt hatte. Und darauf hin wurde ein Antrag construirt wie folgt: „Da aus dem Schreiben des Grafen Sunderland (an Stanhope) hervorgeht, daß der Beschluß des Kriegsrathes (von Valencia) zur Offensive in Spanien von dem Ministerium gutgeheißen ist, ungeachtet des Planes der Unternehmung gegen Toulon, welcher, wie die Minister wußten, damals mit dem Herzoge von Savoyen bereits verabredet war: so sind sie, weil sie dadurch beigetragen haben zu allen unseren Unfällen in Spanien und zu dem Fehlschlagen der Unternehmung gegen Toulon, mit Recht zu tadeln."

Der Antrag ward angenommen mit 68 gegen 48 Stimmen. Die Minderheit reichte einen Protest ein, der in sich ungleich bündiger war als jener Beschluß.

Weder von der einen noch von der anderen Seite findet sich in diesem mehrtägigen Wortkampfe die Andeutung irgend welcher Kenntnis, welche Rolle der verzogene Liebling der englischen Nation, der Herzog Victor Amadeus, bei der Unternehmung gegen Toulon gespielt habe. (Man vergleiche Band XII, S. 335, so wie S. 342 u. f.)

Die Partei des neuen Miniſteriums hatte im Oberhauſe den Sieg davon getragen, und doch nicht den Sieg in der erſtrebten Art. Das Miniſterium hatte den Beſchluß des Kriegsrathes von Valencia nachträglich gut geheißen, nicht jedoch ihn hervor gerufen, oder gar befohlen. Jene Thatſache genügte nicht zum Aufbau einer Anklage. Dieſe fiel zu Boden.

Der Einzige, der aus dieſen langen Verhandlungen einen Gewinn davon trug, war der Lord Peterborough. Er empfing den Dank des Oberhauſes für ſeine ausgezeichneten Leiſtungen, ausgedrückt durch eine Rede des Lord-Siegelbewahrers, die für den Angeredeten in dieſer Richtung nichts zu wünſchen übrig ließ. — Ob Andere, welche die Dinge genauer kannten als die Lords des Oberhauſes, darin mit ihnen einſtimmig ſein würden, durfte auch für Peterborough fraglich ſein. Im Kriegsrathe zu Valencia, im Januar 1707, war Carl III., ſo wie auch Noyelle und die Spanier, mit Peterborough derſelben Anſicht geweſen, gegen Galway, Das Minas, Stanhope, Tyrawley. Inſofern das ein Verdienſt, war es gemeinſam. Ueber das Jahr 1706 dagegen lag die vom Oberhauſe nicht beachtete Denkſchrift des Grafen Gallas vor, nicht zur Ehre des Waltens von Lord Peterborough in Spanien.

Beginn der engliſchen Friedenswerbung in Verſailles.

Unterdeſſen hatten ſich die Fäden zwiſchen St. James und Verſailles bereits angeſponnen.

Am 20./31. December hatte St. John an Drummond in Holland geſchrieben: „So groß die Segnung des Friedens, ſo leben wir doch hier der Ueberzeugung, daß er nicht zu wünſchen iſt, wenn nicht unſer Feind darum bittet, und wenn nicht unſere guten Freunde, die Generalſtaaten, Hand in Hand mit uns gehen von dem erſten Schritte bis zum letzten.“[1]) Er wiederholt denſelben Gedanken noch am 16. 27. März mit den Worten: „Ich bin völlig Ihrer Anſicht, daß die erſten Schritte zum Frieden nicht von unſerer Seite ausgehen dürfen.“[2])

---

[1]) Bolingbroke's letters vol. I, p. 43.

[2]) A. a. O., p. 108.

Diese ersten Schritte waren damals bereits zwei Monate vorher geschehen. Die Aeußerungen St. Johns beweisen also nur, daß auch die Vertrauten wie Drummond verwendet wurden, um die guten Freunde, die Generalstaaten, irre zu führen.

Die Frage des Ob? war entschieden in Folge der Nachrichten zugleich von Spanien und von Constantinopel her. Es handelte sich also um die schwierige Frage des Wie?

Daß es in London an französischen Correspondenten, auch an genau unterrichteten, nicht fehlte, haben schon die Reden der Bevollmächtigten in Geertruidenberg, Uxelles und Polignac, zu dem Residenten Petkum uns dargethan. Unter diesen Franzosen in London war ein Geistlicher, Gautier, gebürtig aus St. Germain bei Paris, von niederer Herkunft. Als Caplan dort hatte er durch ehrgeiziges Streben Andere verletzt, und dann vorgezogen, anderswo sein Fortkommen zu suchen. Im Gefolge des Botschafters Tallard kam er 1698 nach London. Nach dem Ausbruche des Krieges blieb er da, mit Zustimmung Tallards, und diente als Berichterstatter für den französischen Staats-Secretär Torcy. In Unkenntnis dessen engagirte ihn der kaiserliche Gesandte Gallas für seine Capelle. Dort lernte ihn Lady Jersey kennen, welche in dieser Capelle die Messe zu hören pflegte, und durch sie der Gemahl. Lord Jersey war nicht bloß Jacobit, sondern auch französisch gesinnt, und erging sich darüber offen zu Gautier, der es an Torcy berichtete. Jersey war ein Vertrauter des neuen Ministeriums, in welchem freilich er und Gautier die jacobitische Richtung überschätzten, indem sie Shrewsbury und Harley als ihre Gesinnungsgenossen ansahen.[1])

In Anlaß der Frage der Sendung einer geeigneten Persönlichkeit zur Anknüpfung in Versailles schlug Jersey den Ministern diesen französischen Geistlichen vor. Es ist merkwürdig, daß es keinem dieser englischen Minister klar wurde, daß Gautier als geborener Franzose und bisher schon Berichterstatter des Staats-Secretärs Torcy, einen Auftrag nach Versailles eher im französischen Sinne ausführen würde als im englischen. Gautier ward als geeignet befunden. Man vertraute ihm noch nichts Schriftliches an; aber Lord Jersey stattete ihn aus mit einer münd-

[1]) Stanhope, Reign of Queen Anne p. 470.

lichen Instruction. Er solle sagen, daß die englischen Minister den Frieden wünschten und zum Wohle des Königreiches für nothwendig hielten, daß sie jedoch um ihrer Sicherheit willen sich nicht auf eine geheime Unterhandlung mit Frankreich einlassen könnten, sondern den König ersuchten, die Conferenzen mit der Republik wieder anzuknüpfen. In diesem Falle würden die englischen Bevollmächtigten solche Instructionen erhalten, daß es nicht wieder in der Macht der Holländer stehen würde, den Abschluß zu vereiteln.[1])

Gautier landete in Nieuport, bereits am 15. Januar. Nachdem er von da aus die Meldung seiner Ankunft an Torcy vorausgeschickt, traf er einige Tage später in Paris ein. Er richtete seinen Auftrag aus, nicht mehr als ein Agent des englischen Ministeriums, sondern, nach dem Berichte Torcys, als Franzose. „Wollen Sie, sagte er, den Frieden? Ich bringe Ihnen das Mittel ihn zu verhandeln und abzuschließen, unabhängig von den Holländern, die unwürdig sind der Güte des Königs und der so oft ihnen erwiesenen Ehre, mit ihnen über den Frieden Europas zu verhandeln.“[2])

Diese spätere Darstellung Torcys lautet, als sei ihm die Botschaft unerwartet gekommen. In der Wirklichkeit hatte Ludwig XIV. im Sommer des Jahres zuvor, wie das Schreiben Petkums an Buys (Band XIII, S. 446 u. f.) uns dargethan, die Friedensberedungen von Geertruidenberg doch nur darum abgebrochen, weil er voraus sah, daß der Wandel der Dinge in England für die neue Regierung dort das Trachten nach dem Frieden nothwendig machen werde. Der lang ersehnte Augenblick der Bitte dieser Partei um den Frieden war nun gekommen. Aber noch haftete an der Bitte die Bedingung, mit den Holländern, wenigstens in der formellen Behandlung der Angelegenheit, zusammen gehen zu wollen. Die Bedingung entsprach nicht der Politik Ludwigs XIV. Sein Ziel war, wie immer, die Sprengung der Kette der Allianz. Dies Ziel war weniger leicht zu erreichen, wenn er mit zwei Gliedern zu thun hatte als nur mit Einem. Bisher hatte er zu diesem Zwecke immer nur die Republik ins Auge gefaßt. Es war ihm völlig gelungen im Jahre 1678, in der Hauptsache auch im Jahre 1697,

---

[1]) Mémoires de Berwick t. II, p. 80. — Mémoires de Torcy t. III, p. 19.
[2]) A. a. O., p. 21.

dagegen wiederholt mislungen in diesem letzten Kriege. Nun eröffnete sich die Aussicht auf England, und zwar so ungleich viel günstiger, daß der erste Schritt, den der Republik gegenüber immer Ludwig XIV. gethan, nun von den englischen Ministern ausging. Dieser erste Schritt schloß das Wesen der Sache in sich, den Verrath des englischen Ministeriums an der Sache der Allianz, und von diesem ersten Schritte aus konnte das englische Ministerium, weil es um seiner Selbsterhaltung willen des Friedens bedurfte, auch zu dem zweiten gedrängt werden, zu verhandeln und abzuschließen auch ohne die Republik. Und damit war dann die Allianz zersprengt, und jedes einzelne Glied derselben dem Willen des Starken preis gegeben.

Der Verlauf der Dinge wird darthun, daß die französische Politik gemäß diesem Principe handelte; aber wir haben nicht minder das Recht anzunehmen, wie die Andeutung dessen schon in der Rede Gautiers vor Augen liegt, daß von Beginn an in Versailles die Consequenzen gezogen wurden. Kurz, es bewährte sich in dem ganzen Gange dieser geheimen Unterhandlungen von Anfang bis zu Ende dieselbe Erfahrung, welche dreihundert Jahre zuvor der kundige Philipp von Comines in die folgenden Worte gekleidet hatte: Jamais ne se mena traité entre les François et Anglois, que le sens des François et leur habileté ne se monstrast par dessus celle des Anglois: et ont les dits Anglois un mot commun, qu'autrefois m'ont dit, traitant avec eux, c'est qu'aux batailles qu'ils ont eues avec les François, tousjours ou le plus souvent, ils ont eu le gain: mais en tous traitez qu'ils ont eu à conduire avec eux, ils y ont eu perte et dommage.[1])

Die Forderung, welche Gautier in Versailles zu stellen hatte, war möglichst gering. Er verlangte einige Zeilen von der Hand des Staats-Secretärs Torcy an Lord Jersey, Complimente enthaltend. Mündlich gab man ihm den Auftrag den großbritannischen Ministern zu erklären, daß der König, in gerechtem Zorne über das Verhalten der Generalstaaten, nichts mehr hören wolle von einem Frieden vermittelst der Republik, dagegen mit Vergnügen darüber sich mit England in Verbindung setzen werde.[2])

[1]) Mémoires de Philippe de Comines livre III, chap. 8.

[2]) Mémoires de Torcy t. III, p. 24.

Ein ähnlicher Beſcheid erging nach einer anderen Seite. Wir haben vernommen, daß bereits im Auguſt des Jahres zuvor der Herzog Victor Amadeus, gemäß dem eigenen Charakter ſo wie der Tradition der Politik ſeines Hauſes, bei dem Marſchall Berwick gegen entſprechende Vortheile ſeinen Verrath an der Allianz angeboten, und daß, auf Befehl Ludwigs XIV., Berwick ſich darüber mit ihm in Unterhandlungen eingelaſſen hatte. Auf die Ankunft Gautiers erhielt Berwick den Auftrag, an Victor Amadeus zu melden, daß, wenn er etwas vorzuſchlagen habe, er ſich damit an die Königin von England wenden möge, ohne welche Frankreich fortan mit keiner anderen Macht unterhandeln werde.[1])

So weit jedoch, wie man in Verſailles glauben mochte, waren die engliſchen Miniſter noch nicht. In ihrem Namen antwortete Gautier von London aus, daß ſie für einen allgemeinen Frieden den König um Vorſchläge erſuchten, welche ſie nach Holland einſenden würden. Ihr Plan ſei eine Unterhandlung in Gemeinſchaft mit ihren Bundesgenoſſen. Aber ſie hofften, daß die Vorſchläge, die der König von Frankreich an ſie gelangen ließe, nicht minder vortheilhaft ſein würden, als die letzten von ihm in Geertruidenberg gemachten.[2]) Das hieß mit anderen Worten: eine Theilung der ſpaniſchen Monarchie in ſolcher Weiſe, daß Spanien und Weſtindien für Carl III. verblieben.

Dieſes Verlangen, das zu dem durch Gautier gemachten Erbieten faſt wie im Gegenſatze ſteht, bekundet noch ein auffallendes Schwanken der engliſchen Miniſter. Ludwig XIV. ging auf die Forderung nicht ein. Aber er war auch weit entfernt, den einmal geknüpften Faden zu zerreißen. Er ließ erwidern, daß er, widerwillig ſich mit den Holländern einzulaſſen, der Königin vorſchlage, mit ihm über einen Congreß von Geſandten aller betheiligten Mächte zum Zwecke eines allgemeinen Friedens überein zu kommen.[3])

Von franzöſiſcher Seite ward die damalige politiſche Abneigung gegen die Republik in gefliſſentlicher Weiſe an den Tag gelegt. Marl-

[1]) Mémoires de Berwick t. II, p. 79.

[2]) Mémoires de Torcy t. III, p. 25. Von engliſcher Seite finden ſich über dieſe Verhandlungen keine Schriftſtücke. Der Bericht des vom Parlamente im Jahre 1715 zur Unterſuchung niedergeſetzten geheimen Comités nennt, mit Klage über große Lücken in den Acten, als das erſte Schriftſtück von Bedeutung die Premières propositions de la France, vom 22. April 1711.

[3]) A. a. O.

borough im Haag, in völliger Unkunde der Anknüpfung der englischen Minister in Versailles, sprach sich vertraulich über die Haltung der Republik in folgender Weise aus: „Man denkt hier zur Zeit nicht an den Frieden, und thut dafür keinen Schritt. Aber ich erkenne leicht, daß nur die Gelegenheit fehlt und nicht die Neigung. Denn die Art und Weise, wie Frankreich zur Zeit die Republik behandelt, benimmt ihr jegliches Mittel sich mit jener Macht einzulassen. Ich halte es für ein großes Glück, daß Frankreich wie mit Absicht darauf ausgeht, die Holländer zu erbittern. Man versagt ihnen nicht bloß alle Pässe, sondern spricht auch von der Republik im Allgemeinen wie von dem Rathspensionär im Besonderen, bei jeder Gelegenheit nicht anders als mit Hohn und Verachtung. Das Verfahren von Seiten Frankreichs setzt die Republik in die Nothwendigkeit, für die Fortsetzung des Krieges die äußersten Anstrengungen aufzubieten, und zwar dies zu einer Zeit, wo sie durch den Ministerwechsel in England sich sehr unangenehm berührt fühlt, so sehr daß, wenn Frankreich sie hätschelte und streichelte, der Friede in kurzer Zeit da sein würde. Da andererseits das englische Ministerium, bei aller Sehnsucht nach dem Frieden, dennoch, um jeglichen Vorwurf von sich fern zu halten, lieber sieht, daß die Republik den ersten Schritt thäte — so dürfen wir von einer solchen Lage der Dinge die nachdrückliche Fortführung des Krieges hoffen.“ [1])

Wir sehen, daß Marlborough nicht die Frage aufwirft, welchen Beweggrund Ludwig XIV. zu diesem ablehnenden Verhalten gegen die Republik haben konnte, wo doch der vorgebliche, daß ihre Vertreter in Geertruidenberg herrisch aufgetreten seien, allzu fadenscheinig war.

Dennoch ward, im März, ein Friedensversuch gemacht, von etwas auffälliger Art.

Der französische Gesandte bei dem Herzoge von Lothringen, Audiffret, machte bei diesem geltend: er wisse, daß die Holländer sich sehr nach dem Frieden sehnten, und daß auch die Engländer geneigt seien. Wenn der Herzog sich diesen Mächten erbieten würde, der Träger ihrer Vorschläge bei Ludwig XIV. zu sein, so sei nicht daran zu zweifeln, daß der König zu einer so heilsamen Sache bereitwillig die Hand bieten werde. Er sage das nicht im Auftrage, fügte Audiffret

[1]) Robethon an Bernstorf in Hannover, 21. März.

hinzu, beſorge aber auch nicht desavouirt zu werden. Dazu werde dem Herzog das Erbieten dieſer Vermittelung förderlich ſein, um bei dem Könige den Vorwurf der Parteilichkeit für die Feinde desſelben von ſich abzulehnen.[1])

Der Herzog Leopold ging ein. Sein Geſandter La Begue im Haag brachte die Sache an den Rathspenſionär, Marlborough, Sinzendorf. Heinſius, im Einverſtändniſſe mit den Anderen, richtete an La Begue ein Schreiben des Inhalts, daß ſie bereit ſein würden Vorſchläge entgegen zu nehmen. Auf den Bericht Audiffrets nach Verſailles ließ Ludwig XIV. antworten: Que l'intention de S. M. T. C. n'était pas de faire la moindre avance aux alliés, qu'ils ne le pouvaient pas prétendre d'Elle, après avoir rejeté avec tant de mépris celles qu'Elle leur avait faites par le passé, et que c'était à eux à s'expliquer et à faire les premiers pas.

Torcy vergleicht die Rede des Gautier bei deſſen Ankunft im Januar mit der Anfrage an einen kranken Mann, ob er vom langen Siechthume geneſen wolle. Und dennoch führte nun derſelbe kranke Mann auf eine ähnliche Anfrage eine hochfahrende Rede, als ſtrotze er von Geſundheit. Entweder alſo war Ludwig XIV. ſchon ſicher, daß ihm das Spiel mit den engliſchen Miniſtern gelingen würde, oder, wenn nicht, ſo war jene Rede nach Lothringen hin der abermalige Fingerzeig an die engliſchen Miniſter, daß er nur mit ihnen und durch ſie zum Frieden kommen wolle.

Dennoch blieb für mehrere Monate dies der Differenzpunkt: die engliſchen Miniſter hofften, daß Ludwig XIV. ihnen Vorſchläge machen werde, welche ſie auch an die Republik bringen könnten; Ludwig XIV. wollte zunächſt eine Verſtändigung ſeinerſeits mit der engliſchen Regierung allein.

Die Sache des Prätendenten.

Die Friedenswerbung des engliſchen Miniſteriums durch Gautier in Verſailles bot zugleich die Gelegenheit zu einer Anknüpfung mit dem Prätendenten in St. Germain.

---

[1]) Ausführliche Mittheilung Marlboroughs an Robethon, im Berichte des Letzteren vom 21. April.

Für den Ministerwechsel des Jahres 1710 hatten, so weit ersichtlich, im Beginne keine jacobitischen Einflüsse mitgewirkt. Daß indessen die Königin und ihre Vertraute, Frau Masham, im Stillen die Frage erwogen haben, ob es möglich sei, die Thronfolge nach der Königin wieder auf ihren Bruder zu bringen, läßt sich mit Wahrscheinlichkeit schon aus dem Wohlgefallen entnehmen, welches die Königin dem Schotten Lockhart über seine jacobitische Adresse zu erkennen gab. (Vgl. Band XIII, S. 497.)

Das neue Ministerium, den Grafen Rochester vielleicht ausgenommen, zählte unter sich damals keinen Jacobiten. Es hatte mit lebhaftem Eifer die Gunst des Kurfürsten Georg Ludwig gesucht, und die Königin bewogen, in ihrer Thronrede den Eifer für die Thronfolge des Hauses Hannover zu verkünden.

Lassen wir die Frage der Aufrichtigkeit dieses Eifers dahin gestellt, so ergibt sich aus der Thatsache des Verkündens, daß das neue Ministerium der etwaigen Anklage, als sei dieser Eifer nicht vorhanden, den Boden vorweg nehmen wollte. Demnach war die große Mehrheit der englischen Nation für die Thronfolge des Hauses Hannover, wenn auch die Behauptung des Dr. Jonathan Swift, daß diese Mehrheit sich zu der Zahl der Jacobiten verhalte wie 500 zu 1,[1]) für sehr übertrieben gehalten werden muß.

Denn die Reden im Processe Sacheverell waren nicht bloß der hochkirchlichen, sondern auch der jacobitischen Richtung zu gute gekommen. Das Trugbild der Lüge von 1688, daß der Prätendent nicht das Kind seiner Eltern, sondern untergeschoben sei, war in diesem Processe von den Whigs selber mit Absicht zertrümmert. Die Consequenz der Strömung, welche durch die Ereignisse des Jahres 1710 in den Gemüthern der Engländer erregt war, konnte nicht anders sein, als daß unter der großen Zahl der Hochkirchlichen, welche die Neuwahlen in das Unterhaus brachten, sich auch viele Jacobiten befanden. „Geben Sie sich, sagte Marlborough im Haag zu Robethon, keiner Täuschung darüber hin, daß die Zahl der Jacobiten sehr stark ist. Niemand wagt offen für den Prätendenten zu reden; denn dadurch würde man sich der Anklage des Hochverrathes aussetzen. Aber wir,

[1]) In der Schrift: The conduct of the allies etc., p. 47.

die wir den heimatlichen Boden kennen, wissen auch um die Absichten der Menschen dort und um die Beweggründe, welche das Verhalten bedingen. Die Mehrheit des October-Clubs, der im Unterhause die Entscheidung in der Hand hat, besteht aus Jacobiten. Harley ist nicht Jacobit, sondern für die Thronfolge des Hauses Hannover. Wenn er in Verbindung mit den Whigs eine stärkere Partei bilden könnte, als die Tories sind, so thäte er es morgen. Aber der October-Club ist so mächtig, daß zu befürchten steht, Harley, der seinem Ehrgeize und seinem Interesse alles zum Opfer bringt, werde genöthigt sein, um sich zu behaupten, sich ganz ihnen zu widmen und in alle ihre Entwürfe einzugehen. Dann könnten die Dinge so schnell sich entwickeln, daß es gegen die Rückkehr des Prinzen von Wales kein Heilmittel mehr gäbe." [1])

Dies Urtheil Marlboroughs über das Verhalten Harleys zu dem October-Club ist nicht sehr verschieden von demjenigen des Jacobiten Lockhart (S. 19).

Es war aber durchaus nicht die Absicht Harleys, sich den Jacobiten zu widmen, ihnen sich dienstbar zu machen, sondern sie zu gebrauchen für sich. Wir kommen hier an ein bisher nicht immer genügend beachtetes Meisterstück, nicht freilich der Ehrlichkeit, sondern der Arglist.

Harley benutzte die Sendung des Gautier nach Paris, um mit St. Germain anzuknüpfen. Es ist dabei nicht unwichtig zu bemerken, daß Gautier selbst den Minister Harley für einen Jacobiten hielt, und dies früher schon an Torcy geschrieben hatte, [2]) so daß also sowohl er wie Torcy darin in gutem Glauben handelten. Ueber die Anknüpfung liegt der Bericht des Marschalls Berwick vor, des Sohnes von Jacob II. und der Arabella Churchill, also natürlichen Bruders des Prätendenten. Der Bericht lautet wie folgt. [3])

„Im Winter des Jahres 1710/11 suchte der Abbé Gautier, dessen sich der französische Hof zur geheimen Friedensverhandlung mit England bediente, mich in St. Germain auf. Er kam im Namen des englischen

---

[1]) Robethons Bericht vom 21. März. Man sehe Anlage I.

[2]) Stanhope, Reign of Queen Anne p. 470.

[3]) Mémoires de Berwick t. II, p. 126. Die Chronologie jedoch dort ist ungenau. Berwick sagt: A la fin de 1710, und nennt zugleich Harley als Grafen Oxford. Da Berwick lange Jahre später aus der Erinnerung niederschrieb, so thun solche Irrthümer der Substanz des Berichtes keinen Eintrag.

Ministers Harley und ward mir empfohlen vom Staats-Secretär Torcy, mit dem Bemerken, daß ich Vertrauen in ihn setzen dürfe. In der That eröffnete Gautier mir dann, daß er den Auftrag habe, mit mir über die Angelegenheiten des Königs Jacob zu reden, und mit mir ein Mittel für dessen Herstellung zu vereinbaren. Bevor er jedoch auf die Sache sich weiter einließe, habe er den Befehl von mir das Versprechen zu verlangen, erstlich daß Niemand in St. Germain um die Sache wissen dürfe, auch nicht die Königin (Maria), ferner daß die Königin Anna für ihre Lebenszeit die Krone behalten solle, wogegen sie den Besitz derselben nach ihrem Tode ihrem Bruder zusichern würde; endlich daß wir die genügenden Bürgschaften gäben für die Erhaltung der anglicanischen Religion und der Freiheiten von England. — In alles dies willigte ich, wie leicht zu denken, gern ein, und ließ es ihm dann auch durch den König Jacob bestätigen, zu welchem ich ihn zu diesem Zwecke führte. Nach diesen Präliminarien traten wir in die Erörterung der Mittel zum Zwecke ein; aber der Abbé konnte, für dies erste Mal, sich nicht tiefer einlassen, weil der Minister Harley ihm selber noch nicht genügend seine Absichten dargelegt hatte, und weil vor allen Dingen zuerst der Friede abgeschlossen sein müsse, ohne welchen das dermalige Ministerium nicht wagen würde, sich mit einer so delicaten Sache zu befassen. Obwohl ich der Ansicht war, daß das Eine das Andere nicht ausschloß, so fügte ich mich dennoch, und, um zu zeigen, daß wir nichts unterlassen wollten, und um unsere Aufrichtigkeit zu beweisen, schrieben wir an alle Jacobiten, daß sie mit dem Hofe gehen möchten. Dies trug nicht wenig dazu bei, die Partei desselben im Unterhause so überlegen zu machen, daß alles dort nach ihren Wünschen ging."

Diese Worte sind für die Geschichte der nächsten Jahre von besonderer Wichtigkeit. Nicht also, wie Marlborough in derselben Zeit zu Robethon sagte, übte der October-Club im Unterhause auf Harley einen Druck zu Gunsten des Prätendenten, sondern Harley machte sich, durch seine Anknüpfung in St. Germain, oder — damit wir es gleich beim rechten Namen nennen — sein unaufrichtiges Vorgeben dort, so wie vermöge der Weisungen, die in Folge dessen der Prätendent und sein Halbbruder Berwick den Jacobiten in England gaben, den October-Club im Unterhause dienstbar.

Nach der hier gegebenen Darstellung Berwicks scheint es, als hätten er und der Prätendent sich begnügt mit dem Vertrauen in Harley, für dessen Aufrichtigkeit sie doch keine andere Bürgschaft hatten als das mündliche Wort des Gautier. In der That aber begnügten sie sich damit nicht. Die Worte, die Gautier überbracht hatte, enthielten nicht eine Bevollmächtigung von Seiten der Königin. Dem Prätendenten aber mußte es darum zu thun sein, zuerst und vor allen Dingen direct mit seiner Schwester, der Königin Anna, in Beziehung zu treten, und nicht bloß aus zweiter Hand das Wort eines Ministers zu vernehmen, der sich gar nicht einmal ausdrücklich auf die Königin berief. Zu diesem Zwecke der Anbahnung eines directen Verkehres verfaßte der Prätendent, einige Wochen später, ein Schreiben an die Königin, in welchem er die von Harley durch Gautier ihm gestellten Bedingungen wie aus eigener Initiative erörterte. Das Schreiben lautet wie folgt.[1])

„Madame. Die Gewaltthätigkeit und die Herrschsucht der Feinde unserer Familie und der Monarchie haben allzu lange schon diejenigen einander fern gehalten, welche durch die Bande des Blutes und der Pflicht fest geeinigt sein sollten, und haben uns gehindert, nach den geeigneten Mitteln eines besseren Verständnisses zwischen uns zu trachten, wo doch ein solches nicht verfehlen würde, die glücklichsten Folgen nach sich zu ziehen, sowohl für uns selbst und für unsere Familie, als für unser blutendes Vaterland."

„Allein, was auch immer der Erfolg sein mag, ich habe mich nun entschlossen, alle Zurückhaltung aufzugeben und den ersten Schritt für den so gerechten und nothwendigen Versuch einer Verständigung zu thun. Die natürliche Zuneigung, die ich zu Ihnen trage, und die der König, unser Vater, bis zum letzten Athemzuge für Sie hegte, die Erwägung ferner unseres gegenseitigen Interesses, unserer Ehre und Sicherheit, so wie endlich die Pflicht, die ich Gott und meinem Vaterlande

---

[1]) Der Brief in Macpherson's Original papers vol. II, p. 223, hat als Zeitangabe: Mai 1711. Die Note Macphersons, in welcher er verweist auf das Schreiben Middletons, vom 19. März, p. 209, dürfte nicht richtig sein. Es ist nach jener Bedingung, die Harley durch Gautier hatte stellen lassen, kaum anzunehmen, daß Middleton oder die Königin in St. Germain um den Brief wußten. Dem Herausgeber Macpherson war das eigentliche Verhältnis, das nur aus Berwicks Memoiren klar wird, nicht bekannt. Die Sammlung Macphersons erschien 1755, die Memoiren Berwicks 1778.

schuldig bin — dies sind die wahren Beweggründe, welche mich antreiben dies Schreiben an Sie zu richten, und alles zu thun was mir möglich, um zu einer völligen Einigung mit Ihnen zu gelangen."

„Und Sie dürfen versichert sein, Madame, daß, obwohl ich niemals anders als mit meinem Leben das Recht aufgeben kann, welches, wie Sie wissen, durch die Grundgesetze des Landes unerschütterlich fest gestellt ist, es doch mein lebhaftester Wunsch ist, den Wiedergewinn desselben lieber Ihnen zu verdanken als irgend einem anderen Menschen. Ihnen ist dies so gerechte und ruhmvolle Werk vorbehalten. Die Stimme Gottes und der natürlichen Bande beruft Sie dazu. Das Versprechen, welches Sie dem Könige unserem Vater gegeben,[1]) macht es Ihnen zur Pflicht. Die Erhaltung unserer Familie, die Nothwendigkeit der Abwehr eines inneren Krieges erfordert es. Die Wohlfahrt unseres Vaterlandes verlangt von Ihnen, daß Sie es zu bewahren suchen vor gegenwärtigen und vor künftigen Uebeln, welche, hinab zur spätesten Nachwelt, die Nation in Blutvergießen und Wirrwarr stürzen müßten, bis endlich die Thronfolge in der rechten Linie hergestellt sein würde."

„Mich befriedigt die Ueberzeugung, Madame, daß, wenn Sie sich durch Ihre eigene Neigung leiten lassen, Sie bereitwillig auf den so gerechten und klaren Vorschlag eingehen werden, Ihrem eigenen Bruder, dem letzten männlichen Sprossen unseres Namens, den Vorzug zu geben vor der Kurfürstin von Hannover, der entferntesten Verwandten, die wir haben. Sie haben keinen Grund auf die Freundschaft derselben zu bauen, oder sie zu begehren. Jene Fürstin würde den Thron vererben auf Fremde, deren Sprache, deren Interesse andere sind als die unseren, und welche, vermöge einer allgemeinen Naturalisation, Schaaren von Fremdlingen herüber bringen würden, um dadurch den Mangel ihres Rechtes zu ersetzen und die Nation zu unterjochen."

„Zugleich versichere ich Ihnen, Madame, und bin bereit, alle gewünschte Sicherheit dafür zu geben, daß es mein unabänderlicher Entschluß ist, das Gesetz des Landes zur Richtschnur meiner Regierung zu machen, eines jeden Mannes Recht, Freiheit und Eigenthum in

---

[1]) The life of James vol. II, p. 559. — Man vergleiche Band X dieses Werkes, S. 1 u. f.

gleicher Weise zu schützen wie die Rechte der Krone, so wie die Anhänger der Kirche von England zu sichern und aufrecht zu halten bei allen ihren Rechten und Privilegien, wie das Gesetz sie feststellt, endlich den Dissenters eine solche Toleranz zu gewähren, wie das Parlament für geeignet erachten wird."

„Ihre eigene gute Gesinnung, Madame, und Ihre natürliche Zuneigung zu einem Bruder, der Sie niemals gekränkt hat, kann Ihr Herz nur dahin bewegen, ihm Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, und, wie es in Ihrer Macht steht, so zweifele ich nicht an Ihrem guten Willen. Und ich versichere Ihnen auch, daß, in diesem Falle eines Ausgleiches, keine vernünftige Bedingung, welche Sie für Sich selber fordern, von mir verweigert werden wird. Aber, da Angelegenheiten von solcher Wichtigkeit nicht wohl schriftlich abgemacht werden können, so muß ich Sie beschwören, Jemanden mit voller Instruction und Vollmacht herüber zu senden, oder Sicherheit zu gewähren für einen solchen Gesandten von mir. Denn nur auf diesem Wege, der unsererseits im tiefsten Geheim gehalten werden soll, können die Dinge zu unserer gegenseitigen Zufriedenheit behandelt werden."

„Ich habe diesen ersten Schritt zu unserem gegenseitigen Glücke gethan, mit wahrer brüderlicher Zuneigung, mit der Offenheit und der Aufrichtigkeit, welche unserem Range und unserer Verwandtschaft gebührt, und in der besonnensten Weise, die ich zur Zeit erdenken konnte. Ich werde mich in der Fortführung der Sache durch Sie leiten lassen, mit völligem Vertrauen in Ihre Kenntnis und Ihre Erfahrung in Betreff der geeigneten Mittel."

„Und nun, Madame, wie Sie Ihre eigene Ehre und Ihr Glück schätzen, desgleichen die Erhaltung und Herstellung unseres alten königlichen Hauses, die Sicherheit und die Wohlfahrt einer braven Nation, welche beinahe zusammen sinkt unter der gegenwärtigen Last, und Grund hat eine noch schwerere zu fürchten, welche dagegen keine Ursache hat sich über mich zu beklagen, und welcher ich immer zugethan sein muß und bin als meiner eigenen — so beschwöre ich Sie, auf diesem freundlichen Wege der Schlichtung unserer Differenz mir entgegen zu kommen. Denn dadurch allein dürfen wir hoffen die guten Wirkungen zu erlangen, die uns beide beglücken, Ihnen selber mehr Ruhm als alle

bisherigen Acte Ihres Lebens erwerben und Ihr Gedächtnis theuer machen werden für alle kommenden Zeiten."

Es hat engliſche Hiſtoriker gegeben, welche über die Frage einer Zuneigung der Königin Anna zu ihrem Bruder in St. Germain leicht hinweg gegangen ſind. Einer derſelben meint, daß die Anhänglichkeit der Königin an die Hochkirche und ihre Beſorgnis vor einem abermaligen Jacob II. auf dem Throne mehr als ausgereicht haben würden, ihr Gefühl für einen Bruder zu dämpfen, den ſie ſeit der Zeit ſeiner Wiege nicht geſehen.[1]) — Ein anderer Hiſtoriker hat die Anſicht ausgeſprochen, daß es unter allen den obwaltenden Umſtänden geradezu abſurd ſei, von einer natürlichen Zuneigung — nämlich der Königin Anna zu ihrem Bruder in St. Germain — zu reden.[2])

Die Frage, ob menſchliche Gefühle und ob vor allen Dingen die unter einander ſich anklagenden und entſchuldigenden Gedanken des Gewiſſens ſich in den Rahmen der conſtitutionellen Theorie einſpannen laſſen, dürfte doch wohl nicht durch Meinungen zu erledigen ſein. Es fragt ſich um Thatſachen. Wir haben alſo zunächſt klar zu ſtellen, ob oder in welcher Weiſe die Königin Anna auf jenes Schreiben ihres Bruders, vom Mai 1711, geantwortet hat.

Ob die Königin Anna auf jenen Brief eine ſchriftliche Antwort gegeben, läßt ſich mit Sicherheit nicht ſagen. Wenn es geſchehen, ſo iſt es doch nicht wahrſcheinlich, daß dieſe Antwort noch exiſtirt. Denn die Stuart-Papiere von St. Germain ſind in den Stürmen der franzöſiſchen Revolution zu Grunde gegangen.[3]) Die Privatpapiere der Königin Anna ſind, ihrem ausdrücklichen Willen gemäß, ſofort nach ihrem Tode, im Beiſein der Regentſchaft verbrannt worden.[4])

Dennoch iſt ein indirectes, aber ſehr ſtarkes Zeugnis für eine ſchriftliche Antwort der Königin Anna auf jenen Brief vorhanden. In dem zweiten Schreiben, welches von dem Prätendenten an die

---

[1]) Stanhope, Queen Anne p. 513.

[2]) Hallam, Constitutional History chapter XVI.

[3]) The life of James II, published by Clarke vol. I, Preface p. XVII.

[4]) Bolingbroke hat ſpäter wiederholt das Gegentheil behauptet, z. B. in ſeinem letter to Sir William Wyndham, in den Works vol. I, p. 32, ſo wie in der Schrift: On the state of parties etc. vol. III, p. 130. — Ich werde die beweiſenden Zeugniſſe für die Verbrennung zum Auguſt 1714 bringen.

Königin vorliegt, um ein Jahr ſpäter, findet ſich die Anrede: dear sister, und die Unterſchrift: your most entirely affectionate brother.[1])

Dieſe Veränderung der Anrede gegenüber derjenigen im erſten Briefe beweiſt, daß inzwiſchen etwas vorgegangen iſt, was den Bruder und die Schweſter einander näher rückte, macht mithin eine ſchriftliche Antwort der Königin Anna höchſt wahrſcheinlich.

Und in der That konnte ihr bei der damaligen Lage der Dinge nicht leicht etwas ſo willkommen ſein, wie jenes erſte Schreiben ihres Bruders. Unter der Führung Marlboroughs und Godolphins hatte alle die Jahre zuvor bei ihr der Gedanke überwogen, daß die Krone nur durch den nachdrücklichen Krieg ihr geſichert bleibe. Der Krieg gegen Frankreich war zugleich derjenige gegen den Prätendenten, der die Krone beanſpruchte, welche ſie ſelber trug. Die Gemeinſamkeit dieſer Intereſſen, des franzöſiſchen und desjenigen des Prätendenten, hatte noch zuletzt ſich dargethan durch den Verſuch auf Schottland, im März 1708.

Und nun, wo die Königin Anna von anderen Berathern, die es dem eigenen Intereſſe der Selbſterhaltung entſprechend fanden den Frieden zu ſuchen, eben ſo willig oder williger noch ſich leiten ließ, als von den früheren, trat ihr Bruder, der Prätendent, ihr entgegen mit dem Erbieten der gütlichen Vereinbarung und mit dem Verſprechen ſie im Beſitze nicht zu ſtören. Damit fiel für ſie perſönlich das eigentliche Motiv, für welches ſie in den Krieg eingetreten war, und um ſo eifriger erſtrebte ſie demnach perſönlich fortan den Frieden.

Ob jedoch dabei die Königin Anna auf jene Vorſchläge ihres Bruders auch praktiſch eingehen konnte oder wollte, iſt eine andere Frage. Es kommt dabei ſowohl auf ihre Stellung als Königin an, wie auf ihren perſönlichen Charakter. Es iſt von Intereſſe zu vernehmen, wie in denſelben Tagen Marlborough im Haag ſich zu dem hannöverſchen Geſandten Robethon nach dieſer Richtung hin vertraulich ausſprach.[2])

„Ich bin nicht der Anſicht, ſagte Marlborough, daß die Königin für den Prätendenten iſt. Ihr Intereſſe iſt friedlich zu regieren und die proteſtantiſche Thronfolge nach ihr zu befeſtigen, und nach meiner

---

[1]) Macpherson's Original papers vol. II, p. 295. Vom 29. März 1712.

[2]) Robethons Bericht vom 21. März, in Anlage I.

Ueberzeugung ist das auch ihre Absicht. Denn einen Vertrag mit dem Prinzen von Wales zu schließen, um ihm dadurch die Thronfolge nach ihr zu verschaffen, würde heißen die eigene Freiheit und selbst das Leben aufs Spiel setzen; denn sie würde sich dadurch der Ungeduld derjenigen Partei bloß stellen, welche dem Prinzen den Thron verschaffen will. — Aber die Königin ist eine Frau: man kann sie täuschen. Man kann sie führen bis dahin, wohin sie selber nicht zu gehen meint. Es fehlen mir die Ausdrücke, um zu sagen, bis zu welchem Grade Frau Masham und Harley sie beherrschen. Diese zwei vermögen es, nach ihrem Gefallen die Königin hoch zu bringen oder niedrig. Die arme Königin hatte noch in diesem letzten Winter Momente der Offenheit für mich, die mir gezeigt haben, bis zu welchem Punkte jene zwei sich ihres seelischen Lebens bemächtigt haben."

Bei diesen Worten Marlboroughs ist immerhin seine persönliche Stellung in Anschlag zu bringen. Aber die sehr große Geltung jener zwei Persönlichkeiten bei der Königin wird durch die Thatsachen wie durch die Urtheile der kundigen Zeitgenossen bestätigt. Nach der eigenen Meinung der Königin verdankte sie ihnen beiden die Befreiung aus der bisherigen Abhängigkeit von der Familie Marlborough und der Whig-Partei. In so weit gingen die Wege zusammen, aber in Einem Punkte war lediglich die Frau Masham die Vertraute der Königin. Nach jener Rede Marlboroughs hatte er entweder keine Kunde von dem Versprechen der Prinzessin Anna an ihren Vater kurz vor dessen Tode (Band X, S. 1), oder er ging mit Absicht darüber hinweg. Das Erstere ist deshalb glaublicher, weil auch in den zahlreichen uns erhaltenen Aeußerungen der Lady Marlborough über die Königin keine Andeutung vorkommt, daß die Erstere um das Geheimnis jenes Versprechens nach St. Germain hin gewußt habe. Wir haben gesehen, daß die Königin von dem Drucke jenes Versprechens frei zu kommen hoffte durch einen eigenen Leibeserben, daß sie die Bitte um einen solchen sogar ins Kirchengebet aufnehmen ließ. Als ein Jahr nach dem anderen verging ohne die Erfüllung dieser Hoffnung, als dann auch der Prinz-Gemahl starb und jene Bitte aus dem Kirchengebete gestrichen wurde, mußte zugleich mit dem Gefühle der Vereinsamung auch der Druck ihrer Verschuldung von 1688 gegen den Vater und den Bruder, so wie insbesondere jenes Versprechens von 1701 auf der

Seele der Königin Anna schwerer und schwerer lasten. In solchen Fällen sehnt sich auch ein starker Charakter nach einem Vertrauten der eigenen inneren Zerrissenheit: wie viel mehr denn die von jedem Windeshauche bewegte Seele der Königin Anna! Sie hatte nun seit Jahren ihre Vertraute gefunden an der Frau Masham, und in der Mitwissenschaft dieses Geheimnisses bestand, aller Wahrscheinlichkeit nach, das eigentliche Band, welches die zwei Frauen bis zum Tode der Königin untrennbar zusammen hielt.

Denn auch für die Königin selber war ein Bekanntwerden ihres Geheimnisses nicht ohne Gefahr. Ihr Bruder konnte von seinem Standpunkte aus das Erbieten zur Schlichtung ihrer Differenz durch einen Vertrag stellen: ein Eingehen darauf von Seiten der Königin war gefährlich für sie selber. Ließ die Königin sich herbei zu einem Vertrage mit ihrem Bruder, und wäre es auch nur über die Nachfolge nach ihr, erkannte sie überhaupt nur im mindesten ein Anrecht des Prätendenten auf die Krone ausdrücklich an, so schwoll im selben Momente dies anerkannte Anrecht hoch empor über das ihrige. Denn es gab nur die Alternative: entweder hatte der Prätendent gar kein Recht, oder er hatte das erste Recht. Ein Mittel dazwischen gab es nicht. Wenn also die Königin, dem Wunsche ihres Bruders gemäß, sich auf einen Vertrag mit ihm einließ, so trat ein, was Marlborough in jener Unterredung mit Robethon in Aussicht gestellt: die Königin setzte sich der Gefahr aus, als Usurpatorin behandelt zu werden.

Wie freundlich also auch immer die Antwort der Königin auf jenes erste Schreiben des Prätendenten gelautet haben mag, so sehr daß dieser in dem zweiten Schreiben sie als Schwester anredete: die Erklärung der Bereitwilligkeit zu dem gewünschten Vertrage kann sie nicht enthalten haben. Dies zweite Schreiben des Bruders enthält, ohne Berufung auf eine Zusage, in eindringlichen Worten die Erneuerung seiner Bitte.

So stand die Sache für die Königin persönlich. Es fragt sich dann, ob sie, wie die Frau Masham, so auch den Minister Harley zum Vertrauten ihres Geheimnisses gemacht haben kann. Die Mittheilung eines Geheimnisses solcher Art an den Minister hätte eine andere Tragweite gehabt als diejenige an die Vertraute, die stille Gefährtin des Kummers der Königin: sie wäre gleich bedeutend gewesen

mit der Aufforderung zu thun, was er vermöge, um das Versprechen zur Erfüllung zu bringen. Nach den Gesetzen von England aber brachte jeder Schritt zu Gunsten der Rückführung des Prätendenten denjenigen, der ihn wagte, in die Gefahr der Strafe des Hochverrathes, also des Todes durch Erhängen und Viertheilen. Wie sorgfältig man sich auch nur vor dem Verdachte einer Correspondenz mit St. Germain hütete, zeigt uns das damalige Verhalten St. Johns. Als der Abbé Gautier, nach einer seiner Friedensreisen nach Versailles, diesem Staats-Secretär in den Diensträumen desselben in Whitehall Bericht erstattet hatte, bemerkte St. John, nach dem Weggehen Gautiers, auf seinem Tische einen Brief. Die Adresse war an ihn gerichtet, das Siegel trug das königliche Wappen. Sofort gab St. John Befehl, den Abbé Gautier zurückzurufen. Nachdem dieser anerkannt, daß er das Schreiben im Auftrage des Prätendenten hergebracht und niedergelegt, verlangte St. John, daß er es wieder an sich nehme. „Ich gebe Ihnen dabei die Versicherung, fügte er hinzu, daß, wenn Sie noch einmal einen Versuch dieser Art machen, Sie nicht mehr vierundzwanzig Stunden in England bleiben werden.“ [1])

Dieser Vorfall beweist zugleich, daß Harley bei dem vorerwähnten Versuche durch Gautier in St. Germain keinen Mitwisser im englischen Ministerium hatte.

Andererseits aber könnte vermuthet werden, daß um so weniger noch Harley, wenn er keinen seiner Collegen zum Mitwisser hatte, den Schritt in St. Germain gewagt haben würde ohne Vorwissen der Königin. Aber es ist zu wiederholen, daß Gautier dort als seinen Auftraggeber nur Harley nannte, nicht die Königin. Ist schon das ein Fingerzeig, so ist entscheidend der Verlauf der Dinge, welcher zur Evidenz bringen wird, daß Harley für den Prätendenten niemals einen aufrichtigen Schritt gethan hat.

Eben darum auch muß zurück geschlossen werden, daß die Königin ihm das letzte Geheimnis ihrer Seele, das dem Vater im Exile gegebene Versprechen, niemals anvertraut haben kann. Auch sie für sich hatte zu fürchten, daß der Minister, dem sie darüber sich eröffnete,

---

[1]) Marchmont Papers vol. II, p. 241. Eigene Erzählung Bolingbrokes an den Grafen Marchmont, aus späterer Zeit.

wenn er das Wagnis nicht auf sich nehmen wollte, es vorziehen werde abzugehen. Den Minister Harley aber glaubte sie für sich selber nicht entbehren zu können.

Es ist daher auch weiter der Schluß berechtigt, daß die Königin um den Schritt Harleys in St. Germain nicht einmal wußte. Auch das von Gautier, bei Gelegenheit dieser Reisen, von St. Germain her mitgebrachte Schreiben des Prätendenten, von diesem abgefaßt wie aus eigener Initiative stammend, gab ihr über den voran gegangenen Schritt Harleys keine Kunde.

Dieser handelte also darin für sich ganz allein, nicht um etwas für die Herstellung des Prätendenten zu thun, sondern um durch sein Vorgeben für dieselbe sich die Gefolgeschaft der Jacobiten im Unterhause zu sichern. Aus den Worten Berwicks haben wir ersehen, daß ihm dies gelang.

Aber dies Gelingen hatte noch eine ganz andere Tragweite. Indem die Brüder, der Prätendent und Berwick, auf das Erbieten Harleys eingegangen waren, hatten sie sich dadurch auch an ihn gebunden. Indem sie ihm trauten, konnten sie nicht mehr handeln ohne ihn. Eben damals wurde in St. Germain der Vorschlag einer neuen Landung eingereicht, mit dem Nachweise, daß die Aussichten noch ungleich günstiger lägen als im Jahre 1708.[1]) Aber der Prätendent und Berwick hatten eben noch versprochen, die Königin für ihre Lebenszeit im ruhigen Besitze der Krone zu belassen. Eine andere Denkschrift wies darauf hin, daß die Herüberkunft des Prätendenten dem Lande den Bürgerkrieg ersparen werde, welcher unvermeidlich erscheine, wenn der Tod der Königin erfolge, bevor die Parlaments-Acten aufgehoben seien, welche in diesem Falle die Proclamirung des betreffenden Mitgliedes der kurfürstlichen Familie zur Pflicht machten.[2]) Dies war gewis richtig, und wurde eben so auch von dem Prätendenten und Berwick anerkannt. Aber sie erwarteten, nachdem sie sich zu Allem bereit erklärt, die weiteren Schritte von Harley.

Wie es damit für das Jahr 1711 erging, erfahren wir in kurzer Uebersicht von Berwick selbst. Er berichtet wie folgt.[3])

---

[1]) Macpherson's Original papers vol. II, p. 210.

[2]) A. a. O., p. 219.

[3]) Mémoires de Berwick t. II, p. 127.

„Bevor Gautier nach London zurückkehrte, sagte er mir, daß er von Harley Befehl habe, mir zu versichern, daß man im Laufe des Sommers den Entwurf senden, und daß, wenn ich mich nicht bei Hofe befände, man mir ihn zur Armee nachschicken werde; denn Harley wolle sich Niemandem anvertrauen als mir. Damit wir unsererseits ohne Zeitverlust auf den Entwurf antworten könnten, kamen wir überein, daß der König Jacob, unter dem Vorwande einer Rundreise durch Frankreich, sich im Beginne des Monats August im Dauphiné, wo ich das Commando hatte, befinden und möglichst lange bei mir verweilen solle. In der That kam er zu mir; aber ich erhielt die fraglichen Papiere nicht, und bis zum nächsten Winter hörte ich nichts weiter. Nur schrieb mir Gautier, daß er bald mit ausreichenden Instructionen eintreffen werde."

Der Erfolg Harleys durch seine Anknüpfung in St. Germain, die lediglich persönlich war und dort irrthümlicher Weise als diejenige der Königin und ihrer Regierung angesehen wurde, war also ein doppelter: er gewann sich die Jacobiten im englischen Parlamente zu Dienste, und hielt den Prätendenten und Berwick von anderen Schritten zurück.

Aufsteigen Harleys und die weiteren Parlaments-Verhandlungen.

Nachdem die Königin und Harley im Herbste 1710 sich genöthigt gesehen, um eine neue Regierung zu bilden, der Tory-Partei näher zu treten, galt es Vielen für zweifellos, daß die zwei Häupter Rochester und Harley, von denen jener in beiden Häusern des Parlamentes die Mehrheit, dieser die Neigung der Königin für sich hatte, sich nicht lange neben einander vertragen würden. Noch am 21. März hob Marlborough im Haag hervor, daß in diesem Dualismus, dem Zusammengehen des Tory und des Trimmer, die Schwäche der neuen Regierung bestehe, an welcher sie bald zu Grunde gehen werde.

In denselben Tagen jedoch hoben die Consequenzen eines Unfalles Harley empor.

In London befand sich ein entlaufener Priester De la Bourlie, der als Bruder des Marquis Guiscard sich dessen Namen beigelegt hatte. Nach einem ungezügelten Leben in Frankreich war er zuerst

nach dem Haag gekommen, und hatte dort sich für den Urheber des Aufstandes der Sevennolen ausgegeben. Die Holländer achteten seiner nicht viel. Mehr Glauben fand er in England, wo man ihm sogar für einige Zeit das Commando eines Regimentes Dragoner anvertraute. Man entließ ihn dann mit einer Pension, die ihm jedoch nicht genügte. Seine Reden zogen die Aufmerksamkeit auf ihn, und die Folge war die Verringerung seiner Pension. In seinem Verdrusse darüber suchte Guiscard Aussöhnung in Frankreich. Ungeachtet des Umweges seiner Briefe über Lissabon nach Versailles wurden diese dort entdeckt, und nach London eingeschickt. Der dringende Verdacht gegen ihn ward gesteigert durch seine Rede, daß bald etwas geschehen solle, was eine völlige Umgestaltung nach sich ziehen werde.[1])

Am 8./19. März ward Guiscard im Parke von St. James verhaftet. Man brachte ihn in die Geschäftslocale des Staats-Secretärs St. John. Dort traten mehrere der Minister zusammen, um ihn über seine Correspondenz zu befragen. Beim Vorführen gelang es Guiscard unbemerkt ein Federmesser zu ergreifen. Als Harley das Wort nahm, ihm seine Undankbarkeit gegen die Königin vorzuhalten, bemächtigte sich des Angeklagten ein solcher Zorn, daß er das Federmesser dem Harley zweimal in die Brust stieß, so heftig jedoch, daß schon beim ersten Stoße die Klinge abbrach. Die Anderen zogen gegen den rasenden Mann ihre Degen und verwundeten ihn mehrmals; doch gelang es erst den herzueilenden Dienern, ihn nach einer schweren Verletzung völlig zu bändigen.

Das Verhalten Harleys brachte ihm große Anerkennung ein. St. John schrieb an Drummond: „Es fehlen mir die Worte Ihnen die Festigkeit und Hochherzigkeit zu beschreiben, mit welcher Herr Harley sich bei der Ueberraschung dieses Anfalles benahm. Ich habe ihn immer bewundert, aber nie in solchem Maße. Die Plötzlichkeit des Stoßes, die Schärfe der Wunde, die Verwirrung, welche dann folgte, veränderten weder seine Haltung noch seine Stimme.“[2])

Es war vielleicht das letzte Mal, daß St. John eine Bewunderung für Harley aussprach. Nicht lange so theilten sich ihre Wege.

---

[1]) Lamberty t. VI, p. 533.

[2]) Bolingbroke's letters vol. I, p. 102.

Die Kunde des Attentates erregte am nächsten Tage in beiden Häusern des Parlamentes einen Sturm der Entrüstung. Sie einigten sich zu einer gemeinsamen Adresse an die Königin. In derselben wird der Verbrecher, der abtrünnige Priester De la Bourlie, als ein französischer Papist bezeichnet. Dann wird Harley gefeiert. „Wir haben Grund zu glauben, sagt weiter die Adresse, daß seine Treue für Ew. Majestät und sein Eifer für Ihren Dienst ihm den Haß aller Gönner des Papismus und der Faction zugezogen haben."

Die Adresse bittet weiter die Königin Sorge zu tragen für ihre geheiligte Person, an deren Leben die Wohlfahrt der Nation, wie die Freiheit Europas hange. — Demnach ist anzunehmen, daß der Verdacht einer bösen Absicht des Guiscard gegen das Leben der Königin allgemein getheilt wurde.

Endlich bittet die Adresse die Königin, die erforderlichen Maßregeln zu treffen, die Papisten aus London und Westminster zu entfernen.

Die Adresse erregte im Haag viele Verwunderung. Man wußte, daß im Unterhause beantragt war, der ersten Erwähnung der Papisten beizufügen diejenige der notorischen Jacobiten und Eidweigerer, wie es bisher immer in solchen Fällen gehalten war. Die Mehrheit hatte abgelehnt, demnach zum ersten Male die Jacobiten indirect in Schutz genommen. [1])

Größeres Staunen indessen noch erregte die Antwort der Königin, die sich nicht wie gewöhnlich auf einen Dank beschränkte. Sie wiederholte die Gedanken der Adresse und bestätigte auch ihrerseits, daß der einzige Grund zu dem Attentate gegen Harley bestehe in seinem bekannten Gegensatze zum Papstthum und zur Faction. Sie versprach die Papisten aus London zu entfernen, und verlangte ein neues Gesetz mit Todesstrafe für den Angriff auf das Leben der Beamten im Dienste.

„Das Wort Papismus in der Adresse und der Antwort — sagte darüber der Rathspensionär Heinsius im Haag — bezieht sich auf Guiscard, der doch allein stand und keine Partei hatte. Das

[1]) Robethons Bericht vom 4. April. — Die Commons Debates vol. IV, p. 194 sagen nichts von diesem Antrage.

Wort Faction dagegen bedeutet die Whigs. Demnach ſtellt man einen Mörder und die Whigs auf gleiche Stufe. Wenn die Königin die Tragweite ſolcher Ausdrücke kennt, ſo erſcheint es ſehr auffallend, daß ſie das vorige Miniſterium, von welchem ſie ſo ausgezeichnete Dienſte erhalten, wie eine Faction behandelt. Wenn ſie aber nur nachſpricht, was man ihr vorſagt, ohne die Bedeutung und die Tragweite der Worte zu erfaſſen, ſo gibt das eine geringe Meinung von ihrem Verſtande. Ich neige mich dahin das Letztere anzunehmen. Aber wie immer dem ſei: die Folgen, daß ein Souverän ſich ſo leiten läßt, ſind unheilvoll in dem einen Falle wie in dem anderen." — Robethon fügt ſeinem Berichte an den Grafen Bernſtorf hinzu, daß der Rathspenſionär vertraulich ſo zu ihm geſprochen, nicht zum Zwecke der Meldung.[1])

Guiscard erlag im Gefängniſſe den erhaltenen Verletzungen. Im Haag war man der Anſicht, daß ſein Tod verſchiedenen Perſönlichkeiten in London nicht unerwünſcht ſein werde. Von dem Inhalte ſeiner Berichte nach Frankreich verlautete keine weitere Kunde.[2])

Ueber das Hineinziehen der Katholiken in das Attentat des Guiscard bemerkt ein engliſcher Hiſtoriker am Schluſſe des achtzehnten Jahrhunderts: „Es war das ſcandalöſe Verfahren jeder engliſchen Regierung, wie ſie ſeit dem Beginne der Königin Eliſabeth auf einander folgten, jedes Unheil den Römiſch-Katholiken beizumeſſen."[3]) — Dieſes Urtheil dürfte ſich jedoch nicht auf die jeweiligen Regierungen in England beſchränken. Vielmehr ſind von dieſem ungerechten Verfahren her eine Reihe von Vorurtheilen in der engliſchen Geſchichts-Tradition haften geblieben, vor allen Dingen dasjenige, daß Jacob II. die Krone, die er ſelber durch ſeine freiwillige Flucht unbeſonnener Weiſe verſcherzte, um ſeiner Religion willen eingebüßt habe.

Die Verwundung Harleys, obwohl kaum gefährlich, zog weitere Folgen nach ſich. Das Unterhaus widmete der Königin neuen Dank für ihre Forderung eines Geſetzes zum Schutze ihrer Miniſter, und ſetzte zu dieſem Zwecke ſogleich eine Commiſſion nieder. Der Entwurf

---

[1]) Robethons Bericht vom 4. April.

[2]) Desgleichen.

[3]) Somerville, Queen Anne p. 429, n. 45.

desselben, welcher einen Angriff solcher Art der Felonie gleich erachtete, ward angenommen. Unterdessen genas Harley langsam von seiner Wunde. Als er, am 26. April/7. Mai, wieder im Unterhause erschien, ward er von dem Sprecher Bromley, im Namen des Hauses, mit einer Anrede begrüßt, welche, wie sie die Ausdrücke des Parteieifers gegen die Papisten und die Faction wiederholte, so auch andererseits jeglichen Wunsch der Eitelkeit bei Harley zum Vollen befriedigen konnte. Seine Antwort hielt sich in den Schranken des Maßes.[1])

Wenige Tage später, am 1./12. Mai, entwickelte Harley in ausführlicher Rede vor dem Unterhause seinen Plan, die gesammte Nationalschuld abzutragen. Die Inhaber dieser Schuldtitel sollten mit sechs Percent jährlich betheiligt sein an dem Ertrage des Handels einer Südsee-Compagnie. Wenn dies Unternehmen einmal fest begründet, hieß es, so wird es alljährlich die Schätze von Peru und Mexiko nach Groß-Britannien bringen. — Zur festen Begründung mangelte es allerdings diesem Unternehmen an der soliden Basis; aber erst die spätere Erfahrung stellte dies klar, und damals erhielt Harley für seinen Plan die allgemeine Zustimmung des Unterhauses.[2])

Welch ein Unterschied war, so mochte Mancher denken, zwischen der Verwaltung des vorigen Ministeriums, welche die Nation mit Schulden überhäuft, und diesem jetzigen Kanzler der Schatzkammer, der durch einen genialen Plan sie abzuwälzen unternahm! — Ein solcher Mann, wie Harley damals erschien, hatte Anspruch auf Belohnung von der Königin und der Nation. In denselben Tagen kam für Harley das Ziel seines Strebens, der weiße Stab des Treasurers, nicht bloß in den Wünschen seiner Freunde und Anhänger, sondern auch in Wirklichkeit in Sicht. Den Grafen Rochester, den Inhaber desselben und den Einzigen, der an Ansehen bei der im Parlamente herrschenden Partei Harley überragte, nahm ein Schlaganfall hinweg. Die Bahn für Harley war frei.

Vorher jedoch hatte ihm die Königin noch eine andere Ehre zugedacht. Am 24. Mai/4. Juni erschien ein Patent, durch welches sie ihn zum Grafen von Oxford und Mortimer ernannte. Der Name,

[1]) Beide Reden bei Lamberty t. VI, p. 535.

[2]) Commons Debates vol. IV, p. 208.

kurz zuvor erloschen, hatte dem alten Hause der De Vere angehört, welches sich zurück erstreckte bis in die Zeiten Wilhelms des Eroberers. Harley stand mit diesem Hause in entfernter Verwandtschaft. Nicht darauf jedoch nahm das Patent Bezug, sondern auf die Stadt, in der die Wissenschaften blühen, weil der neue Graf selber eine Zier der Wissenschaft und ein Protector der Gelehrten sei. — Im Uebrigen ist das Patent, wie alle öffentlichen Kundgebungen jener Tage, vom Parteigeiste durchtränkt. Es zählt die Verdienste des neuen Grafen auf, darunter dasjenige, daß er den Lauf des Peculates gehemmt, der wie eine ansteckende Krankheit um sich gegriffen, mit anderen ähnlichen Anspielungen auf die Verwaltung Godolphins. Darum habe die Königin der allgemeinen Stimme der Nation, dem ausdrücklichen Wunsche der beiden Häuser des Parlamentes in dieser Verleihung willfahrt.

Am 29. Mai/9. Juni erhielt der Graf Oxford den weißen Stab des Treasurers von Groß-Britannien. Der Tag war mit Absicht gewählt als der einundfünfzigste Jahrestag des Einzuges von Carl II., also der Herstellung des Hauses Stuart auf den Thron der Väter. Die Bedeutung der Wahl gerade dieses Tages ward noch klarer durch die Beförderung des Dr. Atterbury, der im Processe Sacheverell Bürge desselben gewesen war, zum Dechanten der Kirche des Christ-Collegiums in Oxford.

Beide Beförderungen mußten, wie damals die Dinge lagen oder zu liegen schienen, in St. Germain volle Befriedigung erregen. In Betreff Atterburys war sie berechtigt; denn er bewies sich sein Leben lang als Jacobit aus voller Ueberzeugung. In Betreff des Grafen Oxford dagegen keimte damals, außer in ihm selber, in vielleicht keinem anderen Menschen eine Ahnung, daß die Sache des Prätendenten, die er zu fördern schien, ihm nur diente als ein Mittel für seine Zwecke.

Als der neue Treasurer einige Tage später in der Schatzkammer beeidigt wurde, hielt der Lord Siegelbewahrer Harcourt an ihn eine Anrede, in welcher er das neue Amt bezeichnete als die gerechte Belohnung von Harleys eminenten Verdiensten. „Sie sind, sagte er, das große Werkzeug gewesen, den öffentlichen Credit herzustellen und die Nation zu befreien von dem schweren Drucke und der Schande einer unermeßlichen Schuld, unter welcher sie ermattete.“ [1])

[1]) Lords Debates vol. II, p. 349.

Einige Tage vorher hatte das Unterhaus in einer Gesammt-Vorstellung der Königin vorgeführt, was es in dieser Session geleistet. Danach hatte es nicht bloß die für den Dienst des laufenden Kriegsjahres erforderlichen Summen bewilligt, sondern auch mit der Untersuchung der schweren Schulden der Nation sich beschäftigt, so wie mit den Mitteln davon frei zu werden. Die Vorstellung erging sich dabei in schweren Anklagen gegen die vorige Verwaltung, welche die bewilligten Mittel zu anderen Zwecken verwendet als für die sie bewilligt waren. „Das ist, sagt die Vorstellung, ein Verfahren sehr wenig verschieden von einer Gelderhebung ohne Bewilligung des Parlamentes.“ Es häufen sich dann eine Menge anderer Anklagen, bis der Schluß auslauft auf das Lob der Königin, deren Weisheit die Absichten solcher Maßregeln erkannt und die Verwaltung den Händen derjenigen entnommen habe, die so schlecht ihrem Vertrauen entsprochen.

Außer allen den für den Krieg und die Abtragung der Schulden bewilligten Mitteln hatte das Unterhaus noch einem besonderen Wunsche der Königin willfahrt. Die Convocation der Erzdiöcese Canterbury hatte der Königin den Bau neuer Kirchen, besonders in London und Westminster, ans Herz gelegt, und die Königin, dem entsprechend, diesen Wunsch an das Unterhaus gebracht. „Weder der lange kostbare Krieg, antwortete die Adresse des Unterhauses, noch der Druck der schweren Schulden der Nation soll uns hindern, zu bewilligen, was erforderlich ist, einen so vortrefflichen Gedanken auszuführen.“ Die Bewilligung erfolgte für fünfzig neue Kirchen in London und Westminster.

Wegen dieser vielen Angelegenheiten blieb das Parlament bis über die gewöhnliche Zeit versammelt. Bevor noch eine Vertagung eintreten konnte, durcheilte eine unerwartete Schreckenskunde die Länder der großen Allianz: diejenige des Todes des Kaisers Joseph I.

Die Wirren im Osten Europas in der ersten Hälfte des Jahres.

Das Verhalten der westlichen Mächte zu den östlichen.

Auf die Kriegserklärung des Sultans zu Gunsten Carls XII. an den Czaren Peter I., die zu Ende 1710 und im Anfange 1711

Europa durcheilte, folgte bald diejenige Carls XII. von Bender aus gegen August II.[1]) Die Thatsachen, die Carl XII. darin seinem Vetter vorhielt, waren unzweifelhaft begründet: sowohl die Rückkehr Augusts II. nach Polen, als die Wiederannahme der Krone dieses Landes, war ein Bruch des Friedensschlusses von Alt-Ranstadt. Aber der in diesem Friedensschlusse dem Könige August II. auferlegte Zwang zum Verzichte konnte nur ihn persönlich binden, nicht die Polen. Indem sie ihn als König zurückriefen und wieder anerkannten, hoben sie dadurch seinen erzwungenen Verzicht auf. In seinem Kriegsmanifeste erklärte nun aber Carl XII. abermals Stanislaus für den rechtmäßigen König, und versprach keine Mühe, noch Kosten zu sparen, bis er ihm Polen wieder übergeben. „Zu diesem Zwecke, sagt er, haben wir uns vereinigt mit dem ottomanischen Kaiser und dem großen Chan der Tartaren, die beide von gleicher Zuneigung wie wir für die polnische Republik beseelt, in dem gleichen Wunsche die Freiheit der Polen herzustellen, zu diesem Zwecke ihre Waffen mit den unserigen vereinigt haben."

Da die Türken zu nicht geringem Theile auf den Antrieb Ludwigs XIV. durch Desalleurs zu den Waffen gegriffen, so mußte ihr Krieg jenem Könige zum Vortheile, der Allianz zum Nachtheile gereichen. In der That wurden ähnliche Reden wie diejenigen des Desalleurs in Constantinopel, auch am Hofe von Versailles geführt. Carl XII., hieß es dort, werde vor dem Ende des Monates März an der Weichsel stehen und könne noch im Monate Mai in Sachsen sein, wo der General Crassau mit 20.000 Mann von Pommern her zu ihm stoßen werde.[2])

Diese Meinung litt jedoch an zwei Irrthümern. Es war zuerst nicht der Brauch der Türken, so früh im Jahre im Felde zu sein. Dann aber wußte man in London und im Haag bereits im März, aus den Berichten der Gesandten in Constantinopel, daß der Sultan nicht, wie Carl XII. begehre, die Armee theilen wolle, und daß daher Carl XII., wenn er den Feldzug mitmachen werde, den Großwesir nur zu begleiten habe. Diese Nachricht wurde als sehr wichtig

[1]) Abgedruckt bei Lamberty t. VI, p. 435.

[2]) Dangeau t. XIII, p. 373. Vom 3. April.

angesehen.[1]) — Und in der Wirklichkeit ward nachher dieses Verhältnis entscheidend für den ganzen türkisch-russischen Krieg.

Diese Worte St. Johns (S. 32) haben uns gezeigt, daß neben den Unglücksnachrichten aus Spanien der Ausbruch dieses Krieges im fernen Südosten, dessen Tragweite nicht abzusehen war, ein Motiv abgab für die geheime Sendung Gautiers nach Versailles. Einen Druck in Constantinopel gegen den Krieg auszuüben, war namentlich für England schwer. Jede Drohung dort konnte gefährlich zurückwirken auf den englischen Tuchhandel dahin, und bei diesem Handel waren wegen der Wolle gerade die Landedelleute betheiligt, an denen das neue Ministerium seine feste Stütze hatte.[2]) Dagegen boten die Seemächte dem Czaren ihre Vermittelung an.

Aber auch auf Carl XII. hatte man Rücksicht zu nehmen. Wir haben gesehen (Band XIII, S. 504), daß gleichzeitig mit der türkischen Kriegserklärung, zu Ende des Jahres 1710, die Drohung Carls XII. durch Europa erging, daß er sich an das ohne sein Vorwissen und ohne seine Zustimmung beschlossene Haager Concert, vom 31. März, für die Neutralität des Reiches im schwedisch-russischen Kriege, nicht für gebunden erachte, sondern, im Vertrauen auf Gottes Hülfe und die Gerechtigkeit seiner Sache, sich vorbehalte, sich aller Mittel, die ihm Gott verliehen, wider seine Feinde zu bedienen. Auf dem Boden des Reiches aber stand ihm zur Verfügung das Corps unter dem General Crassau in Pommern, und demnach gründete sich hauptsächlich auf dieses Corps die Hoffnung Carls XII. Um ein Vorbrechen dieses Corps aus Pommern so wie einen Angriff auf dasselbe zu verhindern, hatten die Mächte der Allianz, am 4. August 1710, den Beschluß gefaßt, zwischen der Oder und der Elbe eine Neutralitäts-Armee aufzustellen. Der Beschluß war bisher nur zum geringen Theile zur Ausführung gelangt. Jene Drohung Carls XII. schien nun, im Beginne des Jahres 1711, diese Ausführung dringend nahe zu legen.

Der Eifer dafür ward jedoch gelähmt durch die besonderen Rücksichten, die eine jede der großen Mächte auf Carl XII. zu nehmen

---

[1]) Robethons Bericht vom 17. März, aus dem Haag, an den Kurfürsten Georg Ludwig.

[2]) Desgleichen vom 13. und 17. März.

hatte. In Wien hegte man, ungeachtet daß die Kriegserklärung des Sultans an den Czaren bereits erfolgt war, ein tiefes Mistrauen wider die Türken. Es ist nicht das erste Mal, hieß es, daß sie sich äußerlich zuerst anstellten, ihren Krieg wider das eine Land zu richten, und in der Wirklichkeit dann doch ihre Waffen wider ein anderes wendeten. Darum müsse alles vermieden werden, was sie oder ihren Schützling, den Schwedenkönig, wider den Kaiser reizen könne. Der Graf Sinzendorf im Haag erhielt daher den Auftrag, für den Fall, daß gegen das schwedische Corps unter Crassau ein Angriff beschlossen werde, nichts dagegen einzuwenden, jedoch sich sorgfältig zu hüten, daß von Seiten der Schweden oder Türken nicht dem Kaiser beigemessen werden könne, als habe er Anlaß dazu gegeben.[1])

Aber auch die Seemächte hatten durchaus nicht die Absicht, wider das schwedische Corps unter Crassau angriffsweise vorzugehen. Die englische Regierung wollte eben so wenig Carl XII. wider sich aufbringen wie die Türken, und überließ die Führung der Sache der Republik. Das Bestreben des Rathspensionärs ging aber lediglich dahin den Frieden im Reiche zu erhalten. Diesen zu stören war doch das schwedische Corps in Pommern, so lange nicht die Türken und Carl XII. näher kamen, aus sich nicht stark genug. Ungeachtet des Andringens des Czaren Peter und des Königs August II. von Sachsen-Polen ging daher auch die Bildung der Neutralitäts-Armee nur langsam von statten.

Jene Besorgnis in Wien, daß die wirkliche Absicht der Türken dennoch auf Ungarn gerichtet sein könne, erhielt sich noch die ersten Monate des Jahres 1711 hindurch. Darum entsprach der Prinz Eugen nicht der Bitte der Generalstaaten, sich frühzeitig zur Armee in den Niederlanden zu begeben, sondern erwiderte, daß er zuvor die Ankunft des türkischen Aga abwarten wolle, den der Sultan als Boten seiner Freundschaft für den Kaiser, am 11. Februar, von Constantinopel aus entsendet. Am 7. April traf der Aga in Wien ein. Dem Herkommen gemäß gehörten die Beziehungen zur Türkei vor den Präsidenten des Hofkriegsrathes. Als solcher empfing der Prinz Eugen in seinem Palaste an der Himmelpfortgasse, mit dem Aufgebote aller

[1]) Kaiserliches Rescript vom 24. December 1710.

Feierlichkeit, die dem Orientalen imponiren sollte, den Aga in Audienz. Dieser versicherte, daß die Kriegsrüstungen der Pforte den Frieden von Carlowitz nicht im geringsten stören würden, und bat, daß man die Commandanten an den Grenzen völlig beruhigen möge. Die Antworten des Aga auf die Fragen des Prinzen ergaben, daß die asiatischen Truppen, auf welche hauptsächlich die Pforte baue, nicht vor dem 15. Juni an der Donau stehen könnten. Das Heer werde so stark sein wie dasjenige von 1683.[1])

Noch bevor die Türken heranzogen, gelang es der kaiserlichen Regierung, die Wirren zu beenden, um deren willen hauptsächlich sie die Türken hatte fürchten müssen, nämlich die Unruhen in Ungarn.

Der Friede von Szathmar.

Die Nachricht der Kriegserklärung des Sultans an den Czaren verdoppelte zu Ende des Jahres 1710 die Bemühungen des Kaisers, mit den noch übrigen Aufständischen in Ungarn zum Frieden zu gelangen. Wir haben den Bericht des Engländers Palmes aus Wien vom 17. December vernommen (Band XIII, S. 525), daß man beabsichtige, einen General-Pardon ergehen zu lassen, der nur die drei Häupter ausschließen würde: Rakoczy, Bercseny, Karoly.[2]) Aber bereits am 2. Januar wußte man im Haag, daß der letztere in Wien angeklopft und williges Gehör gefunden hatte.[3]) Für ihn sprach dort der Umstand, daß er im Beginne der Rebellion, im Jahre 1703, wo dieselbe noch leicht zu ersticken schien, mit seiner Meldung dieser Sachlage in Wien abgewiesen und dann aus Verdruß darüber, wie man sagte, selber zu den Rebellen übergegangen war.

Der eigentliche Mann des Friedens für Ungarn auch von kaiserlicher Seite war selber ein Ungar, der Feldmarschall Graf Johann Palffy, der in seiner Treue für den Kaiser niemals wankend geworden war, und der nun, nachdem er die letzten nachdrücklichen Schläge auf

---

[1]) Robethons Bericht vom 9. Mai über die Aeußerungen des Prinzen Eugen im Haag.

[2]) Bericht von Palmes, vom 17. December, im Archivum Rakoczianum, II Osztály, III Kötet, p. 466 und 471.

[3]) A. a. O., p. 471.

die ermatteten Rebellen geführt, im Namen des Kaisers seinen Landsleuten die Hand zum Frieden bot.[1])

Dies war um so wichtiger, weil die Einwirkungen von außen her wieder stärker in Aussicht standen. Rakoczy, der noch nicht wußte, welche ungünstige Aufnahme sein Agent Vetes in Moskau erfahren (Band XIII, S. 509), hoffte auf das Kommen des Czaren Peter nach Polen, und hatte, im December, ihm Bercseny dahin nach Lemberg entgegen geschickt. — Eine andere Aussicht kam ihm von London her. Bereits war Lord Peterborough auf dem Wege nach Wien, um dort die Beilegung der Differenzen mit Victor Amadeus und der ungarischen Wirren nicht bloß zu erbitten oder anzurathen, sondern zu fordern. Bis er eintraf, entlud St. John den Unmuth, der bei ihm jegliche Erwähnung Oesterreichs zu begleiten pflegte, in den Aufträgen an Palmes in Wien.[2])

Diesem war inzwischen ein eigenthümlicher Friedensentwurf zugestellt worden. Auf das Andringen des Botschafters Lord Raby in Berlin hatte der dortige Agent Rakoczys, Clement, auf der Grundlage seiner Instructionen einen Entwurf dieser Art ausgearbeitet, wie er selbst sagt, in sehr allgemeinen Ausdrücken. Raby schickte diesen Entwurf nach London, wo derselbe genehmigt wurde. Raby selber, in der Zusendung an Palmes, erklärte den Entwurf für so vernünftig, daß er nicht zurückgewiesen werden könne. Bei diesem Urtheile des Botschafters fragt es sich jedoch auch um seine persönliche Stellung zu der Sache der ungarischen Rebellion. Als er eben damals sich anschickte, sich von Berlin auf seinen neuen Posten im Haag zu begeben, erinnerte Clement den Rakoczy daran, daß der Berliner Hofprediger Jablonski jenem Lord eine bestimmte Summe Geldes versprochen, wenn der Friede zu Stande komme. Es sei daher höchst nothwendig, daß entweder Rakoczy eigenhändig dies Versprechen bestätige, oder ihm, dem Clement, bestimmten Auftrag dazu gebe.[3]) Das damalige Angebot für diesen englischen Botschafter betrug 20.000 Thaler. Später

[1]) Wagner p. 414 hat eine eindringliche Rede Palffys, aber ohne Ort und Datum, auf die ich mich daher nicht zu verlassen wage.

[2]) Man sehe im Archivum Rakoczianum, II Osztály, III Kötet, p. 473, 474, 476.

[3]) Fiedler, Bd. II, S. 169. Vom März.

war Rakoczy bereit auch bis zu 50.000 Thalern zu gehen.[1]) Die von diesem Botschafter als vernünftig befundenen Vorschläge sollte nun der Gesandte Palmes im Namen der Königin bei der kaiserlichen Regierung unterstützen.

Er hatte damit geringen Erfolg. Er zeigte sie dem Prinzen Eugen, welcher, wie er meldet, milder gesinnt war als die anderen Minister. Der Prinz erwiderte, daß die Aufständischen sich keine Hoffnung machen dürften, etwas durch die Vermittelung einer fremden Macht zu erreichen. Der alleinige Weg, der zum Ziele führe, sei sich unmittelbar an den Kaiser zu wenden, der, wenn es zeitig geschähe, nach der Ansicht des Prinzen geneigt sein werde, die Persönlichkeiten zu berücksichtigen, besonders den Prinzen Rakoczy. „Aber es scheint mir doch sehr auffallend, fügte dann der Prinz Eugen hinzu, daß, von Seiten der Aufständischen, man in derselben Zeit, wo man bei dem Kaiser um Indemnität anhält, in Briefen und unterzeichneten gedruckten Papieren sich über den Kaiser lustig zu machen trachtet." Der Prinz versprach indessen die Vorschläge an den Kaiser zu bringen, der für die Empfehlung der Königin alle mögliche Rücksicht haben werde.[2])

Ungeachtet der wiederholten Berichte des Gesandten Palmes, daß der kaiserliche Hof jegliche Vermittelung ablehne, wurden die Mahnungen von St. James aus an ihn, wie dann an seinen Nachfolger Peterborough, immer dringender.

Unterdessen nahmen die Dinge in Ungarn selbst eine günstigere Wendung. Karoly setzte sich in briefliche Verbindung mit Palffy, und zwar, wie Rakoczy behauptet,[3]) auf seine Veranlassung. Er bat um einen kurzen Stillstand und eine Besprechung. Palffy bewilligte. Karoly antwortete, daß Rakoczy mitkommen werde. Palffy, obwohl ohne Vollmacht, schlug nicht ab.[4]) Die Zusammenkunft fand statt zu Vaja, am 30. Januar.

---

[1]) Fiedler, Bd. II, S. 273. Vergleiche dort S. 285.

[2]) Palmes Bericht vom 31. Januar, S. 480.

[3]) Mémoires du prince Fr. Rakoczy p. 146.

[4]) Nach den Mémoires p. 147 hat Palffy gewünscht, daß Rakoczy mitkommen möge. Dies steht im Widerspruche mit dem von Arneth, Prinz Eugen Bd. II, S. 480 N. 34 mitgetheilten Berichte Palffys an den Prinzen Eugen: „Ich habe Rakoczy nicht verlangt, sondern er hat selbst angehalten, mit mir reden zu dürfen." Die Irrthümer in den Mémoires sind zahlreich, namentlich auch in der Chronologie.

Rakoczy erzählt in seinen Denkwürdigkeiten, daß er vorher bei Kichwarda eine Heerschau über 12.000 Mann abgehalten, daß er dort die Absicht seiner Fahrt nach Vaja eröffnet und erklärt habe, daß er sein Möglichstes thun werde, der Nation den Frieden zu verschaffen. Wenn ihm aber dies mislinge, so sei die Zeit gekommen, lieber die Rettung in einem opferfreudigen Tode zu suchen als sich dem Joche der Deutschen zu unterwerfen.

In Vaja, nach dem Berichte Rakoczys, versicherte ihn Palffy des kaiserlichen Wohlwollens und mahnte ihn, einen Brief der Unterwerfung an den Kaiser zu schreiben. Dann werde der Kaiser für die Ungarn wie für die Siebenbürger, die noch in Waffen, allgemeine Amnestie, und der gesammten Nation alle ihre gesetzlichen Freiheiten bewilligen. Für ihn selber, Rakoczy, gebe es keine Ehre, keine Würde, keine Gunst, keine Güter, auf die er vom Kaiser nicht zu hoffen habe, außer dem Fürstenthume Siebenbürgen. Palffy bat dies alles wohl zu überlegen; denn wenn nicht in dieser Weise den Ungarn ihre Gesetze und Freiheiten gesichert würden, so könne es dahin kommen, daß, bei der voraussichtlichen Unterwerfung durch die Gewalt der Waffen, die kaiserlichen Räthe dies zum Vorwande nähmen, um nach derselben Ungarn zu behandeln, wie Böhmen nach der Schlacht am Weißen Berg.

Rakoczy erwiderte, wie er meldet, daß er kein Bedenken trage, den Brief zu schreiben, daß er jedoch nichts vorschlagen würde, ohne vorher den Senat und die conföderirten Stände befragt zu haben, und daß er als ihr Chef alles annehmen und unterzeichnen würde, was sie für gut befänden, daß er aber für sich keinen Antheil nehmen könne in der Voraussicht, daß die kaiserlichen Minister dennoch die Nation die Früchte des Vertrages nicht genießen lassen würden.

Nach dieser seiner eigenen Darstellung erhob hier Rakoczy vor Palffy im voraus gegen die kaiserlichen Minister eine Anklage, die, wenn begründet, jeden Frieden überhaupt unmöglich machte. Es kommt daher auf die Frage an, wie er selber sich zu der Aussicht auf den Frieden verhielt.

Wir haben seine wiederholten Kundgebungen an Ludwig XIV. vernommen, daß er ohne den Besitz des Fürstenthumes Siebenbürgen für ihn niemals sich auf einen Frieden einlassen werde. Aber er wußte auch, daß der Kaiser ihm dies nicht gewähren werde. Wie

Wratislaw im Jahre 1706, so hatte eben noch Palffy ihm alles Andere angeboten, nur nicht dies. Rakoczy hatte die Berufung auf seinen Senat und die conföderirten Stände entgegen gestellt. Aber es fragt sich, ob Rakoczy sich nach allen Seiten in derselben Weise äußerte.

Einige Monate zuvor, nach dem Falle von Neuhäusel, hatte Rakoczy aufs neue seinen Agenten Clement nach Berlin und an die Seemächte entsendet. Die Instruction besagte, daß, nachdem Rakoczy um ihretwillen sich des Bündnisses mit der Pforte enthalten und seine Gesandten von Constantinopel abberufen, er nun auch erwarte, daß die verbündeten Mächte die Mittel gefunden haben würden, die ihm gegebenen Verheißungen zur Wahrheit zu machen. Dem Berliner Hof hatte Clement eine besondere Vorstellung zu machen. Die betreffende Stelle der Instruction lautete: „In Bezug darauf, daß der Berliner Hof schon längst kund gegeben, daß die Fortdauer dieses Krieges ihm nicht unangenehm sei, muß ihm ausführlich dargelegt werden, daß diese Fortdauer nicht so sehr abhangt von dem Fortbestande der Waffen im Königreiche, als von der Erhaltung unserer Person und der hauptsächlichen Mitglieder der Conföderation, so daß, wenn der König für die Sicherheit derselben Sorge trägt, die österreichische Tyrannei die Nation nie so unterdrücken kann, daß sie nicht in künftigen Zeiten eine gegebene Gelegenheit zu benutzen vermöchte.“ [1])

Irgendwelche Friedenswilligkeit blickt aus diesen Worten Rakoczys augenscheinlich nicht hervor. Vielmehr sucht er sich eine Rückzugslinie zu sichern, von welcher aus er, je nach den Umständen, den Krieg neu beginnen könne.

In denselben Tagen, wo Rakoczy mit Palffy in Vaja zusammen trat, trug Clement in Berlin diese Frage dem Minister Ilgen vor. Er fand bei diesem so wie dann auch bei dem Könige Friedrich I. williges Gehör, so sehr, daß Ilgen den Clement aufforderte, selber die Protektionsurkunde abzufassen.[2]) Es geschah. Die Urkunde datirt vom 21. Februar, bezeichnet Franz Rakoczy als cognatus et amicus noster carissimus. Sie sichert ihm und den sämmtlichen Ungarn,

[1]) Fiedler, Bd. II, S. 133. Aus Ungvar, vom 23. October.
[2]) A. a. O., S. 169. Bericht vom März.

welche bei dem unglücklichen Ausgange des Krieges dort ihre Zuflucht im Königreiche Preußen nehmen wollen, den vollen königlichen Schutz, freie Religionsübung und alle Rechte der Unterthanen zu.[1]) — Das Original dieser Urkunde ward zur Verwahrung dem Hofprediger Jablonsky übergeben, der kein Bedenken trug, Abschriften davon nehmen zu lassen, die bald in alle Welt ausgingen. Erst nachdem dies geschehen, erfuhr es der Minister Ilgen und ersuchte den Hofprediger das einzustellen.[2])

In der Protections-Urkunde kommt der Grund, den Rakoczy für die Erlangung derselben geltend gemacht, nämlich daß der Krieg in Ungarn sich binde an seine Person, und daher, wenn nur diese gesichert werde, wieder angefacht werden könne, aus leicht begreiflichen Gründen nicht vor. Die Folgerung jedoch, daß der König von Preußen durch diese Protection sich dem Kaiser gegenüber bedrohlicher machen wolle, ward an vielen Orten gezogen.[3])

In ähnlicher Weise hatte Rakoczy, noch vor dem Ende des Jahres 1710, sich an August II. gewendet. Die Instruction seines Gesandten besagte, daß viele Ungarn mit ihm bereit seien, lieber als das österreichische Joch auf sich zu nehmen, das Vaterland zu verlassen. Dann aber sei es vorzuziehen, daß sie unter den Fahnen eines befreundeten Fürsten dienten, als daß sie sich zu den Schweden oder den Türken schlügen. Auf die etwaige Frage: warum denn die Ungarn den von dem Kaiser so oft angebotenen Frieden verschmäheten, soll der Gesandte erwidern: dies sei darum geschehen, weil die Sicherheit für die Abmachungen immer verweigert sei, und weil der Kaiser die Beschwerden des Königreiches an einen Landtag verweise, der, unter dem Vorsitze seiner Anhänger abgehalten, nicht frei sein würde, und weil auch zur Zeit noch die nach den Gütern der Ungarn gierigen kaiserlichen Räthe lieber die Waffen gegen sie anwendeten als Friedenshandlungen. „Was aber, ließ Rakoczy durch den Gesandten sagen, unsere Absichten betreffe, so bezweifele er, der Gesandte, nicht, daß, da wir das polnische Indigenat besitzen und die Jaroslaw'schen Güter

---

[1]) Fiedler, Bd. II, S. 145.
[2]) A. a. O., S. 171. Vom 11. April.
[3]) A. a. O., S. 168.

gekauft haben, wir zu geeigneter Zeit uns in den Schutz des Königs begeben würden." [1])

Welchen Zweck also immer auch Rakoczy mit der von ihm angestrebten Beredung in Vaja verfolgt haben mag, jene Bemühungen bei Friedrich I. und August II. thun dar, daß er lange vorher darauf ausging, für den Fall des Unterliegens seiner Waffen sich einen Zufluchtsort außerhalb Ungarns zu sichern.

Ueber den Ort und die Zeit des Briefes, welchen Rakoczy nach der Beredung mit Palffy geschrieben, lauten die Angaben verschieden. Nach derjenigen Bercsenys hat Rakoczy selber den Brief an Palffy übergeben. [2]) Rakoczy dagegen sagt in seinen Denkwürdigkeiten, daß er den Brief in Munkacs geschrieben, nach seiner Rückkehr von Vaja. [3]) Wie immer dem sei, der Brief entsprach in Inhalt und Form nicht dem Wunsche Palffys. Rakoczy redete zu dem Kaiser darin wie ein kriegführender Fürst zu dem anderen, bekannte nicht eine Schuld ein, und verlangte Amnestie für die gesammte Conföderation. Man wußte zu erzählen von heftigen Erörterungen, die über den Inhalt des Briefes zwischen Rakoczy und Karoly statt gefunden haben sollten. [4]) Indessen der Brief ging ab, und bis zum Eintreffen der Antwort sollte der Waffenstillstand dauern.

Im Rathe des Kaisers in Wien war namentlich der Prinz Eugen mit dem Verfahren Palffys durchaus nicht einverstanden. Es sei nicht gut, sagte er, daß man den Rebellen so große Hoffnungen gebe und sie mit so vieler Güte behandele. Insbesondere zürnte er darüber, daß Palffy das ungehörige Schreiben Rakoczys angenommen und eingeschickt habe. Er beantragte die nachdrückliche Androhung an die Rebellen, binnen vierzehn Tagen die Waffen niederzulegen. [5])

Die Mehrheit jedoch war für mildere Maßregeln, und der Kaiser stimmte zu. Er entsendete, am 18. Februar, den Hof-Kriegsrath Locher von Lindenheim, mit der Instruction nicht mit Rakoczy für ihn und seine Anhänger zu verhandeln, sondern mit jeder der

---

[1]) Fiedlers Ergänzungsheft S. 109. Vom 7. December 1710.
[2]) Fiedler, Bd. II, S. 158.
[3]) Mémoires du prince Fr. Rakoczy p. 149.
[4]) Wagner p. 417.
[5]) Arneth, Prinz Eugen Bd. II, S. 157.

höheren Persönlichkeiten einzeln, und einem Jeden ohne Unterschied, ob Rakoczy, ob ein Anderer, auf sein Ersuchen des Kaisers völlige Verzeihung zu gewähren. Nur Einer war ausgenommen, der Graf Bercseny, der sich damals in Lemberg befand. Mit ihm sollte nicht verhandelt werden als auf weiteren Befehl des Kaisers.[1])

Der Engländer Palmes fügt seinem Berichte hinzu: „Nach meiner Ueberzeugung bringen alle Bemühungen des Berliner Hofes den ungarischen Herren keinen Vortheil, sondern Schaden. Indem sich diese mit Hoffnungen auf Berlin, auf den Czaren, und auf Andere vertrösteten, haben sie darüber die wichtige Zeit verstreichen lassen, in der sie für sich und ihre Anhänger einen wahren Frieden hätten erlangen können."

Das Schreiben ist nicht officiell; denn die hier hervorgehobenen Worte: und auf Andere, lassen nur die Hindeutung von Palmes auf die Regierung seines eigenen Vaterlandes zu, die britische, deren Einmischung in Ungarn von Anfang an für die ungarische Nation nur unheilbringend und vortheilhaft nur für die französische Politik gewesen war.

Und nun nahte gar der Lord Peterborough heran, den Rakoczy und seine Anhänger geradezu als den ihrigen betrachteten. Früher hatten sie Marlborough gelobt; aber diese günstige Meinung hatte sich gewandelt. „Er gab gute Worte, meldet Clement an Rakoczy, damit die Königin aus Furcht mit dem Kaiser zu brechen, nur nicht zum Handeln komme. Einerseits wollte er dabei nicht die Gnade des Kaisers verlieren, andererseits bezweckte er dadurch, daß diese Diversion in Ungarn dazu diente, auch den großen Krieg in die Länge zu ziehen, für sich immer reicher zu werden. Das hat sich nun geändert. Das jetzige Ministerium, in der Erkenntnis, wie eigennützig Marlborough gehandelt, erstrebt auf alle Weise unsere Pacification als das Mittel zum allgemeinen Frieden. Darum sendet es den Lord Peterborough, den das Wiener Ministerium am meisten fürchtet. Und es ist gewiß, daß, wenn nicht Lord Peterborough etwas für das Königreich Ungarn ausrichtet, so wird es Keiner." [2])

---

[1]) Bericht des Palmes vom 18. Februar, S. 485. — Vergleiche Arneth, Bd. II, S. 157.

[2]) Fiedler, Bd. II, S. 168. Vom März.

Lord Peterborough traf in Wien ein am 23. Februar. Dort erreichte ihn eine neue dringende Instruction der Königin, aus der Feder St. Johns geflossen, und darum in dem Tone, den dieser Minister anzuschlagen pflegte, sobald von Oesterreich die Rede war. Peterborough soll dem Kaiser die unglückliche Politik seiner Minister vorhalten, welche wegen der Privatangelegenheiten des Kaisers überall die glücklichen Fortschritte der Verbündeten hemme. Die Königin freue sich, daß der Friede in Ungarn bevorstehe; aber sie verlange dafür auch, daß der Kaiser durch die verfügbar werdenden Truppen die Armeen am Rheine, in Italien, in Spanien ergänze, und daß er bedenke, wie nothwendig es sei, daß auch er einmal die von England und Holland bisher getragene Kriegeslast mit auf sich nehme. Im anderen Falle, wenn er dies nicht thue, habe er zu erwarten, daß die Verbündeten dies als einen Verzicht auf die spanische Monarchie betrachten würden, zumal da der ungarische Friede und der savoyische Ausgleich die zwei einzigen Mittel seien, die wankende Sache der Verbündeten herzustellen.[1])

Die Worte gingen hoch daher, und sowohl ihnen gemäß wie nach eigener Neigung hätte Lord Peterborough gar gern in die ungarische Friedenshandlung mit eingeredet. Aber er fand keinen Eingang, der ihm eine Einmischung eröffnete. „Mein Vorgänger, schreibt er an Raby, hat die Dinge vernachlässigt, und mein holländischer College ist allzu österreichisch gesinnt. Ich fürchte nur für den Fürsten Rakoczy, daß er in der jetzigen Vertragshandlung geprellt wird; denn Karoly geht nur auf seinen Eigennutz aus. Es ist also durchaus nöthig, daß Rakoczy gewarnt werde. Und obwohl der kaiserliche Hof weder Briefe noch Couriere an Rakoczy zu senden gestattet, so will ich doch alles daran wagen einen Expressen durchzubringen."[2])

Diese eigenen Worte Peterboroughs zeigen, daß seine Absicht nicht den Frieden vermittelst der Unterwerfung der Ungarn bezweckte. Allein wie immer das ausschlug, bereits hatte Franz Rakoczy selber Schritte gethan, die mehr als sein Brief an den Kaiser dem Frieden auf Grund der Unterwerfung zu statten kamen.

---

[1]) Fiedler, Bd. II, S. 146.

[2]) Mémoires du prince Fr. Rakoczy p. 149.

In seinen später niedergeschriebenen Denkwürdigkeiten erzählt Franz Rakoczy den Verlauf der Dinge wie folgt.[1])

„Der Waffenstillstand dauerte fort, aber ich war fast verlegen mit meiner Person. Ich wollte nicht in Munkacs bleiben, um nicht die Lebensmittel dort zu verzehren. Wollte ich mich in den Dörfern einlagern, die von Flüchtlingen erfüllt waren, so hätte ich diesen den Raum zu enge gemacht. Daher berief ich die Senatoren, die mir erreichbar waren, so wie meine Räthe aus Siebenbürgen nach Schalanka, drei Meilen von Munkacs, um sie zu befragen." Er berichtete vor ihnen über seine Unterredung mit Palffy, und stellte die Frage, was zu thun, wenn auf Grund seines Briefes der Kaiser sich in Unterhandlung einließe. „Da wir uns in der äußersten Nothlage befinden, sagte er, so handelt es sich darum, ob wir in irgend einem Punkte nachlassen können von den Artikeln, die wir zu Neuhäusel (1706) in voller Versammlung des Senates beschlossen haben. (Vgl. Band XII, S. 170.) Wir haben damals uns vereinigt die Waffen nicht nieder zu legen als mit dem Wiedergewinne unserer Freiheiten: es fragt sich also, von welchen Artikeln wir abstehen können, ohne unserem Eide zuwider zu handeln."

„Die Furcht, sagt Rakoczy weiter, konnte auf die Versammelten nicht einwirken; denn außer daß ich keine Truppen bei mir hatte, sahen sie wohl, daß ich aufrichtig mit ihnen verfuhr. Aber es fand sich unter ihnen auch nicht Einer, der dafür gestimmt hätte, daß wir einen von jenen Artikeln aufgeben sollten. Wenn es die Frage sei zu unterhandeln, so müsse der Senat und die conföderirten Stände berufen werden."

Der Beschluß, wie Rakoczy ihn hier berichtet, steht demnach in geradem Gegensatze zu den kaiserlichen Instructionen für Palffy und Locher.

„Mein zweiter Vortrag, fährt Rakoczy fort, betraf die Hülfe, die wir vom Czaren von Moskovien zu hoffen hätten. Dieser Fürst wurde in Polen erwartet. Ich wünschte daher ihre Meinung zu wissen,

---

[1]) Mémoires du prince Fr. Rakoczy p. 149. Hier findet sich die Zeitangabe: vers la fin de Janvier 1710, die unmöglich ist. Es müßte heißen: de Février 1711.

ob es dem Interesse des Vaterlandes mehr entspreche, mich, für das Aufhören des Stillstandes, in Munkacs einzuschließen, oder nach Polen zu gehen, um mich mit dem genannten Fürsten zu besprechen. Sie waren sämmtlich der Ansicht, daß ich unendlich viel besser thun würde mich nach Polen zu begeben." Rakoczy richtete dann das Wort an seine Räthe aus Siebenbürgen besonders. Sie erklärten, ihn seines geleisteten Eides nicht zu entlassen, und versprachen ihrerseits, treu zu ihm zu halten.

In dieser Weise stellten sich eine Reihe von Jahren später die Dinge der Erinnerung Rakoczys dar. Während des Verlaufes derselben, am 5. April, also bevor man zu einem Abschlusse gekommen war, sprach er sich über die Motive seines Handelns in etwas anderer Weise aus, und zwar zu seinem Agenten Brenner, in welchen er besonderes Vertrauen setzte. „Nachdem der Waffenstillstand, sagt er, bis auf das Eintreffen der Antwort des Kaisers verlängert war, bemerkte ich deutlich, daß Palffy durch die angefangene Unterhandlung nichts Anderes bezwecke als nach dem Eintreffen der Antwort aus Wien die schwankenden Gemüther zu bestürmen, und auch meine Person entweder zu umstricken oder in Gefahr zu bringen. Daher berief ich so schnell wie möglich einige Senatoren und meine siebenbürgischen Räthe, legte ihnen die Sachlage dar, und begab mich dann, um jeglichem Versuche gegen mich zuvor zu kommen, nach Polen." Brenner selbst führt diese Furcht Rakoczys einem anderen Agenten desselben gegenüber weiter dahin aus, daß die Kaiserlichen getrachtet haben, Rakoczy den Weg nach Polen zu verlegen, damit er der Gefangenschaft nicht entgehen könne.[2])

Demnach band Rakoczy die, wie er sagt, schwankenden Gemüther seines Senates in jener Versammlung aufs neue an sich und brachte dann, mit ihrer Zustimmung, seine Person in Sicherheit. Es ist auffallend, daß er meinen konnte, die Gemüther, welche er während seiner Anwesenheit als schwankend bezeichnet, würden standhaft bleiben in seiner Abwesenheit.

Für die Zeit derselben übergab Rakoczy dem General Karoly den Oberbefehl, nur nicht über Munkacs. Er erzählte später, daß er

---

[1]) Archivum Rakoczyanum, II Osztály, III Kötet, p. 612.

[2]) Fiedler, Bd. II, S. 172, 181.

damals gegen Karoly kein Mistrauen gehabt habe.[1]) — Freilich hatte Karoly theil genommen an dem Senatsbeschlusse von Schalanka.

So unerwartet die Nachricht des eilfertigen Abzuges von Rakoczy den Ministern in Wien kommen mochte, so wiesen sie doch den abermaligen Versuch Peterboroughs an Rakoczy zu schreiben, zurück mit der Antwort, daß, wenn die fremden Mächte sich während der letzten sechs Monate nicht eingemischt, die Sache geendet hätte mit der Herstellung der Malcontenten in den völligen Besitz ihrer Güter, Ehren und der Gewissensfreiheit.[2]) So correct die Abweisung an sich, so dürfte die Meinung, die hier für sie geltend gemacht wurde, nicht richtig sein. Die kaiserlichen Minister wie Andere glaubten, daß für Rakoczy um der Erhaltung seines Lebens und seiner Güter willen zuletzt nichts Anderes übrig bleibe als die Unterwerfung.[3]) Sie wußten also nichts von der Schenkung der Jaroslaw'schen Güter in Polen, durch welche Ludwig XIV. den Franz Rakoczy gegen eine solche Wendung der Dinge sicher gestellt hatte.

In Lemberg fand Rakoczy nicht den Czaren Peter, sondern dessen Bevollmächtigten Dolgorucki. Mit diesem erneuerte er die Uebereinkunft, die czarische Vermittelung anzunehmen. Da dieselbe früher in Wien abgelehnt war, so scheint der Gesandte Urbich in Wien den abermaligen Antrag in Wien nicht einmal gemacht zu haben. Der kaiserliche Hof, antwortete Urbich nach Lemberg, beharre bei dem durch den Prinzen Eugen ihm kund gegebenen Entschlusse, nichts hören zu wollen von einem gemeinsamen Vertrage, oder auch nur dem Namen einer Conföderation, sondern nur die Unterwerfung der Einzelnen anzunehmen und ihnen Gnade widerfahren zu lassen. Diese Instruction sei an Palffy und Locher ergangen, und darauf hin hätten sie Karoly nach Debreczin geladen.[4])

Bei diesem Stande der Dinge kehrte Rakoczy von Lemberg um, nicht nach Ungarn hinein, sondern bis Stry. Dort erschien vor ihm Karoly, und erstattete Bericht über die Vorschläge Palffys. Nach der Erzählung Rakoczys waren Bercseny, Esterhazy, Forgacs zugegen.

---

[1]) Mémoires du prince Fr. Rakoczy p. 150.

[2]) Bericht des Palmes vom 18. März, S. 488.

[3]) Bericht des englischen Secretärs St. Clement, vom 9. Mai, S. 491.

[4]) Bericht Bercsenys, vom 18. März, aus Lemberg, an Clement.

„Wir verlangten, sagte weiter Rakoczy, von Palffy Erläuterungen seiner Vorschläge, und endlich entschloß ich mich, den Conföderirten eine Berufung nach Hüßt im Comitate Marmaros anzusagen. Ich versprach mich in Person dorthin zu begeben, und alles auszuführen, was sie angemessen finden würden. Jene Generale, geheime Gegner Karolys, riethen mir, ihn zu verhaften. Aber einerseits hatte ich dafür keinen vernünftigen Grund, andererseits erblickte ich kein Mittel mehr den Krieg fortzusetzen.“ [1])

„Vor dem Ausgange des Termines, fährt Rakoczy fort, den ich für die Versammlung in Hüßt angesetzt hatte, verlegte Karoly sie aus eigener Macht nach Karol. Von dort aus wurden im Namen der Versammlung Deputirte an mich entsendet, mit der Bitte an ihre Spitze zu treten, um den Vertrag zu unterzeichnen, den im Originale sie mir vorlegten. Denn sie erachteten die Annahme dem Gemeinwohle der conföderirten Stände für zuträglich. Diese letztere Qualität nahmen sie für sich in Anspruch, obwohl unter ihnen weder ein Senator war, außer Karoly selbst, noch bevollmächtigte Deputirte der Comitate.“

Franz Rakoczy erfüllte jenes von ihm selber berichtete Versprechen nicht, sondern blieb in Polen. Seine Abwesenheit war nicht ein Hemmnis für die Friedenshandlung. Vielmehr zeichnete ihm sein Landsmann und Diener Vetes, auf die Kunde von Rakoczys Austritt nach Polen, von Danzig aus am 10. April den Gang der Dinge im voraus. „Wenn Ew. Durchlaucht, schreibt er, sich nach Polen zurückgezogen haben, mit oder ohne Truppen, so thut es mir leid, vorherzusagen, daß Sie darauf gefaßt sein müssen, die Kunde des Abschlusses und der Publication der Amnestie, die der Graf Palffy angeboten hat, unverzüglich zu vernehmen. Denn was vermag denn am Ende auch noch die Handvoll Edelleute, die noch für die Conföderation sind, wenn sie sich von ihrem Haupte verlassen sehen? — Nach meiner Meinung können sie nichts Besseres thun, als sich der Nothwendigkeit zu fügen, welche harte Gesetze diese auch auferlege. Gerechter Gott, wenn das eintritt, welchen Schaden werden Ew. Durchlaucht sich zufügen! Sie werden Ihren Credit unwiederbringlich verlieren, und eben so groß wie früher die Liebe der Nation, wird dann ihr Haß gegen Sie sein,

[1]) Mémoires du prince Fr. Rakoczy p. 151.

weil man nicht ermangeln wird, Ihnen die Leiden beizumeſſen, die dann über ſie kommen. Diejenigen ſelbſt, welche bisher Ihnen am meiſten zugethan, werden dann Anſchuldigungen gegen Sie ſuchen, um ſich dadurch beliebt zu machen."[1])

Karoly betrieb die Friedenshandlung in der von Rakoczy nach Hüßt berufenen, von jenem nach Karol im Comitate Szathmar verlegten Verſammlung. Die Schwierigkeit war die Uebergabe der feſten Plätze, welche Palffy forderte, namentlich der Stadt Kaſchau. Karoly bewog die Verſammlung zu dem Beſchluſſe, daß, wenn nicht Rakoczy am Tage des Ablaufes des Stillſtandes eintreffe, ſie ihres Eides frei ſein und Kaſchau übergeben würden. Palffy entſendete zwei Hauptleute mit dieſem Beſchluſſe nach Kaſchau. Der Commandant, ein Eſterhazy, berief ſich jedoch auf die Befehle Rakoczys.

Dann aber ſchienen zwei andere Hinderniſſe zu erwachſen. Am 17. April ſtarb der Kaiſer Joſeph I. Mit der Todesnachricht zugleich gelangte an Palffy, von Seiten der Regentin, der Kaiſerin-Witwe Eleonora, die Abberufung. Der General Cuſani ſolle das Werk zu Ende führen.[2])

Nach der Anſicht Palffys und Lochers war der Befehl geeignet, die ganze Sache in die Länge zu ziehen. Locher ſchrieb dies Bedenken nach Wien. Karoly, ſagte er, werde in Cuſani nicht das Vertrauen ſetzen wie in ſeinen Jugendgenoſſen Palffy. Von dem Tode des Kaiſers habe man nichts zu befürchten; denn der Preßburger Schluß von 1687 ſtelle die Erbfolge im Mannesſtamme feſt, und keinem Ungarn komme ein Zweifel an der Succeſſion des Königs Carl in den Sinn.[3])

Die Worte ſind wichtig zur Beantwortung der Frage, ob der Tod des Kaiſers Joſeph verheimlicht werden mußte.

Entſprechend lautet der Bericht eines Mitgliedes der engliſchen Geſandtſchaft in Wien. „Nach der Meldung Lochers, ſagt er, ſind die Deputirten der Malcontenten eben ſo geneigt, die ihnen gebotenen Bedingungen anzunehmen, wie ihrerſeits bereit Kaſchau zu überliefern,

---

[1]) Fiedler, Bd. I, S. 218.
[2]) Wagner, p. 418.
[3]) A. a. O., p. 419.

und haben nur noch zwei Tage Frist gewünscht, um zum Abschlusse zu kommen. Demnach erwarten wir täglich zu hören, daß die Wirren dort zu einem befriedigenden Abschlusse gekommen sind. Die Meldung vom Tode des Kaisers hatten sie dort empfangen." [1])

In der That ward auf den Bericht Lochers die Vollmacht für Palffy, am 26. April, in Wien erneuert.[2]) Inzwischen hatte er um so eifriger die Sache betrieben, und die entsprechende Willigkeit bei Karoly gefunden. Palffy entsendete den FML. Ebergenyi, Karoly zwei Obersten nach Kaschau. Ihren vereinten Bemühungen und ihrem Hinweise auf die friedensbegierige Stimmung der Bevölkerung gelang es endlich, den Commandanten zur Uebergabe zu bewegen, am 26. April.[3])

In der Erwartung dessen hatte sich Palffy noch am Tage zuvor, in Begleitung von tausend Mann Cavallerie, nach Karol begeben. Nach Erledigung der noch erhobenen Zweifel und Bedenken kam dort am 29. April der Vertrag, oder richtiger die Urkunde der Amnestie, zu Stande. Sie enthält nicht den Namen des Kaisers Joseph I., sondern statt dessen jedes Mal Ihre kaiserliche und königliche Majestät. Eben so der neu zu leistende Huldigungseid. Dem ganzen Sachverhalte nach ist anzunehmen, daß zwischen den pactirenden Theilen oder, genauer, zwischen Palffy und Karoly, das stille Einverständnis statt fand, den Tod des Kaisers nicht zur Sprache zu bringen. Die Behauptung, daß auch sogar Karoly am 29. April den am 17. April erfolgten Tod des Kaisers Joseph nicht gewußt haben solle, erklärt gleich damals Vetes in einem Schreiben an Rakoczy für unglaublich.[4]) Wenn etwa ein Zweifel aufsteigen mochte, so verstummte er vor dem dringenden Wunsche auf beiden Seiten nach dem Frieden. Auf Seiten Karolys und derer die mit ihm waren, mochte noch die Erwägung hinzutreten, daß, wenn nicht dieser Friede zu Stande kam, bei der Ueberlegenheit der kaiserlichen Waffen, ein gleich günstiger nicht wieder zu hoffen war.

---

[1]) Bericht des St. Clement, vom 29. April, S. 489.
[2]) Desgleichen, vom 6. Mai, S. 490.
[3]) Wagner, p. 420.
[4]) Fiedler, Bd. I, S. 222. Schreiben von Hamburg aus, 22. Mai.

Ueberhaupt dürfte es fraglich sein, ob jemals nach einer solchen Rebellion eine so völlige und so umfassende Amnestie erlassen worden ist. Der erste Artikel befaßt sich mit Franz Rakoczy, sichert ihm Gnade und gänzliche Vergessenheit alles dessen zu was er gethan, also mitinbegriffen den blutigen Landtag von Onod, dessen keine Erwähnung geschieht. — Der Artikel beließ ihm drei Wochen Frist.

Am nächsten Tage, dem 30., stellte Karoly die gesammte kurruzische Cavallerie von reichlich 10.000 Pferden, auf dem Felde von Maitin, in einer langen Paradelinie auf. Nach der Ankunft des Feldmarschalls Palffy rückten die 149 Standarten dieser Mannschaft vor, und schlossen um ihn einen Kreis. Innerhalb desselben legten, unter dem Vorgange Karolys, die anwesenden Officiere den Eid der Treue ab. Nach den in solchen Fällen üblichen Reden ließ Palffy die in die Erde gesteckten Fahnen durch die Seinigen übernehmen. „Mit was guter Ordnung, schließt Palffy, Disciplin, auch großer Freud und Frohlocken von den herüber getretenen Ungarn die Submissions-Acten vollzogen und bewirkt worden, kann (ich) mit der Feder nicht beschreiben.“ Vor Allem lobt er den Grafen Karoly, der durch seine bewiesene Aufrichtigkeit und Pünktlichkeit die ernstliche Reue über das Geschehene dargethan habe.[1])

Die noch übrigen festen Plätze, Ungvar und kleinere, folgten dem Beispiele Kaschaus. Nur bei der Felsenfeste Munkacs bedurfte es der Anfänge einer Belagerung, bis auch diese capitulirte, im Juni.

Das war auf ungarischem Boden der Abschluß einer Rebellion, die acht Jahre lang nicht bloß Ungarn selbst, sondern vielfach auch die Nachbarländer mit Asche und Leichen bedeckt hatte. Unternommen im Vertrauen auf die französische Politik, welcher jedes Mittel recht war, wenn es nur dem Kaiser schadete, von einem einzelnen Manne, der vom Beginne an nur sein eigenes Interesse vor Augen hatte, nämlich den Besitz des Fürstenthumes Siebenbürgen, und der mit erstaunlicher Geschicklichkeit die Leidenschaften seiner Landsleute, erregt durch berechtigte und unberechtigte Klagen, in den Dienst seines Interesses, seiner Herrschsucht zu ziehen wußte — war sie genährt und lebendig

[1]) Das Schreiben Palffys an den Prinzen Eugen, vom 2. Mai, bei Arneth Bd. II, S. 483.

erhalten, außer durch jene Leidenschaften, hauptsächlich durch die regelmäßige Zahlung des französischen Goldes, mittelbar durch die Thorheit und Unkenntnis der Seemächte, welche, wie Rakoczys Landsleute, den Schwall seiner Worte für Realitäten nahmen, endlich durch den Mangel an Kraft und Willen im kaiserlichen Rathe, der mehr als einmal, namentlich im Beginne, es vermocht hätte, durch raschen und energischen Entschluß der Sache ein Ende zu machen.

Rakoczy benutzte nicht die durch den Frieden von Szathmar ihm gebotene Frist der drei Wochen, durch seine Unterwerfung die völlige Herstellung in seine Güter in Ungarn zu erlangen, sondern blieb in Polen. Dort empfing er noch verschiedentliche Mahnungen seines Landsmannes und Dieners Vetes, der sich auf der Reise von Rußland zurück auf seinen früheren Posten in Paris befand. Vetes hielt ihm vor, welche günstige Gelegenheit sich durch den Tod des Kaisers geboten habe, und wie nun alles verscherzt sei. „Das, ruft er aus, gnädigster Herr, ist die Frucht Ihres Austrittes nach Polen. Möge Gott geben, daß Sie sich davon wieder erheben können; aber ich sehe dazu keinen Anschein. Wenn ich früher schon Grund hatte, an einem guten Ausgange Ihrer Kriegführung zu zweifeln, so bin ich heute dessen sicher, daß es mit derselben ein Ende genommen hat, und zwar ein unglückliches. Möge es Gott gefallen, daß ich ein falscher Prophet sei; aber ich kann Ihnen vorher sagen, daß es für Sie keine andere Rückkehr nach Ungarn gibt als durch die Gnade von Wien. Hoffen Sie nichts von dem französischen Hofe; denn er hat sich ja Ihrer immer nur zu seinem eigenen Interesse bedient.“ [1])

Vetes drängt dann in kurzer Uebersicht das gesammte Verhalten der französischen Politik gegenüber Ungarn seit 1704 zusammen. Niemand kannte dasselbe besser als Vetes selbst, der namentlich allein genau wußte, in welcher Weise die französische Politik Franz Rakoczy zu dem blutigen Landtage von Onod gedrängt hatte. Aber Vetes nennt in dieser Uebersicht nicht die Schenkung der Jaroslaw'schen Güter, durch welche Rakoczy in den Stand gesetzt war, noch auszudauern. Vetes warnt ihn ferner auf das eindringlichste, sich in die Gewalt des Czaren Peter I. zu begeben, dessen Zorn über die von

[1]) Fiedler, Bd. I, S. 223. Aus Hamburg, vom 23. Mai.

Frankreich befürwortete türkische Kriegserklärung er in Moskau erfahren. Rakoczy hatte indessen den Czaren Peter I. bereits wieder umgestimmt, und konnte also in dieser Beziehung mit Recht dem Vetes antworten, daß dessen Vorhersagung nicht begründet sei.[1])

Der offene Freimuth dieses Landsmannes, der je zuweilen den Diener in sich vergaß, hatte jedoch Rakoczy allzu empfindlich berührt. Er schickte Vetes einstweilen weiter nach Paris, mit der Absicht jedoch ihn dort bald zu ersetzen durch den Propst Brenner, bei dessen Gesinnung er sicher war, niemals wie von Vetes her eine Mahnung an die Gnade des Hauses Oesterreich zu vernehmen.

Rakoczy wollte beharren. Er hatte für sich, wie er damals meinen durfte, den Czaren Peter I., den König August II. von Sachsen-Polen. Er hoffte auf das Geld Frankreichs, die Gunst Friedrichs I. von Preußen, das Fürwort der Mächte England und Holland. Zunächst kam es darauf an, was die beiden ersteren für ihn thun konnten.

Der Tod des Kaisers Joseph I. und die nächsten Folgen.

Wie zur Zeit des Kaisers Leopold I. bis zum achtunddreißigsten Jahre seines Lebens der Gedanke, daß er keinen Sohn hatte, in nicht wenigen Fällen auf das Verhalten Anderer ihm gegenüber einen wichtigen Einfluß geübt: so traten ähnliche Erwägungen, hier der Furcht, dort der Hoffnung, auch im Hinblicke auf das Leben des Kaisers Joseph I. heran. Geboren 1678, stand er im Jahre 1711 in voller Kraft des jugendlichen Mannesalters. Er hatte zwei Töchter; aber die Hoffnung auf eine weitere Descendenz schwand von Jahr zu Jahr. Für ihn selber galt es als eine besondere Gefahr, daß er noch nicht geblattert hatte.[2])

Im Winter 1710/11 wurden in Wien verschiedene Blatternfälle beobachtet, so daß am kaiserlichen Hofe besondere Vorsichtsmaßregeln getroffen wurden.[3]) Am 7. April fühlte der Kaiser sich unwohl. Er hoffte des Uebels Herr zu werden durch Bewegung auf der Jagd;

---

[1]) Fiedler, Bd. I, S. 356. Vom 18. Juni.

[2]) Wratislaw an König Carl III., 15. Januar 1708.

[3]) Theatrum Europaeum, Theil XIXb, S. 526.

aber er mußte umkehren. Das Unwohlsein stieg rasch. Am 10. April brachen die Blattern hervor. Joseph I. fühlte was dies zu bedeuten habe, und gab es kund durch die Worte: Vale imperator! Er ließ seinen Beichtvater kommen, den Pater Engelbert von der Gesellschaft Jesu.[1]) — Er ließ den Frauen, zu denen er in Beziehungen gestanden, ihre Briefe zurückgeben, bat die Kaiserin um Verzeihung, und beichtete dann und communicirte.[2])

Zu gleicher Zeit durcheilten zwei solche Nachrichten Europa: der Dauphin von Frankreich war am selben Tage an demselben Uebel erkrankt. Aber der Tod des Dauphin, bereits am 15. April, übte auf die politische Lage Europas keinen Einfluß. Anders mußte es sein mit demjenigen des Kaisers Joseph. Die Krankheit indessen schien einen gutartigen Verlauf zu nehmen. Man hielt den Prinzen Eugen, dessen Aufbruch nach den Niederlanden wegen der Krankheit des Kaisers hinausgeschoben war, am 15. April nicht mehr zurück.[3]) Am folgenden Tage jedoch wandte es sich zum Schlimmen. Am Morgen des 17. April erlag der Kaiser Joseph I., 33 Jahre alt.

„Ich habe einem Herrn gedient, schreibt der Graf Wratislaw an Carl III., dessen Tod ich Zeit meines Lebens beweinen werde; denn ich habe ihn inniglich geliebt. Mein Gemüth war ihm bekannt, und er hat sich auf mein Thun und Lassen in Allem verlassen, und ist, um frei zu reden, eher als ein Freund denn als ein Herr mit mir umgegangen. Er hat in allen seinen persönlichen und anderen Angelegenheiten sein Herz vor mir ausgeschüttet, und, obwohl er nicht immer meinem Rathe gefolgt, so hat er doch jederzeit anerkannt, daß meine Rathschläge zu seinem Besten gemeint waren. Gott der Allmächtige hat ihn vor mir zu sich berufen, und mir an Ew. Majestät einen anderen Erbherrn geben wollen. Ich werde thun was ich kann; aber es ist mir leid Ew. Majestät zu sagen, daß der Zustand Europas mehr als je verwirrt, folglich die Regierung Ew. Majestät nicht anders als sehr schwer sein wird.“[4])

---

[1]) Wagner, p. 408.

[2]) Robethons Bericht vom 28. April, aus den Mittheilungen des Grafen Sinzendorf.

[3]) Wratislaws Bericht an Carl III., vom 14. April, S. 143 der Herausgabe von Arneth.

[4]) Wratislaws Bericht vom 22. April.

Noch am Todestage des Kaisers erkannten die Räthe die Kaiserin-Mutter Eleonora als Regentin für den König Carl an. Wratislaw schrieb zugleich an diesen die dringende Bitte, so bald wie möglich herüber zu kommen, weil im anderen Falle nicht bloß die römische Kaiserkrone ihm verloren gehen, sondern auch die Erblande in die größte Gefahr gerathen würden. Aus keiner Ursache wie auch immer, möge sich der König von dieser Reise abwendig machen lassen.[1])

Auf diesen Wunsch Wratislaws wirkte mit ein das Erbieten des englischen Gesandten Lord Peterborough, über Turin nach Barcelona zu gehen, und die englische Flotte dort dem Könige Carl zur Verfügung zu stellen. Am nächsten Tage kam Peterborough mit noch anderen Vorstellungen hervor, zu denen er, wie es in der Natur der Sache lag, nicht beauftragt sein konnte. Er trat, wie Wratislaw sich ausdrückt, mit seiner gewöhnlichen Hitze, zu diesem und sagte: weder die Seemächte, noch Andere würden gestatten, daß der König Carl als der einzige Erbe des Erzhauses die römische Kaiserkrone, die Erblande und die gesammte spanische Monarchie zugleich besitze. Weil man aber doch Spanien und Indien dem Hause Bourbon nicht belassen könne, werde es das beste Mittel sein, eine der Erzherzoginnen mit dem Prinzen von Piemont zu verheirathen — da ja doch ohnehin schon das Haus Savoyen durch das Testament Philipps IV. von Spanien dem Erzhause substituirt werde — und dann Spanien und Westindien dem Herzoge von Savoyen zu geben, dagegen die italienischen Länder der einstigen Monarchie sämmtlich an Carl III. zu überweisen. — Wratislaw erwiderte, daß zur Entscheidung über eine so wichtige Frage nur der König selbst berufen sei, benutzte jedoch dann die Mittheilung an Carl III., um diesen abermals zur Heimkehr zu mahnen. In Wien hielt Wratislaw den Vorschlag des Peterborough geheim.[2]) Dieser jedoch redete in gleicher Weise zu dem holländischen Gesandten Bruining, und zwar so, als habe Wratislaw ihm zugestimmt. Bruining seinerseits berichtete dies nach dem Haag.[3]) — Der König Carl werde sehen, äußerte Peterborough wiederholt, was ein englischer Lord vermöge.

---

[1]) Wratislaws Bericht vom 17. April.

[2]) Desgleichen vom 22. April, S. 148.

[3]) Die Berichte Robethons aus dem Haag, im Mai.

Er eilte dann weiter nach Turin, um zunächst den Herzog Victor Amadeus für seinen Plan zu gewinnen, und dann nach Barcelona zu gehen. Das Erstere gelang ihm, das Letztere stand noch aus.

Die Antwort Carls III. auf die Todesnachricht an Wratislaw beweist ein uneingeschränktes Vertrauen in diesen Mann. Mit ihm als Kanzler für Böhmen sollten den engeren Ministerrath um die Kaiserin Eleonora bilden der Prinz Eugen, der Fürst Trautson, der Reichs-Vicekanzler Graf Schönborn, der Graf Seilern als Kanzler für Oesterreich. Aber Carl III. schreibt dann an Wratislaw: „Wie vorhin allezeit, so setze ich auch ferner mein besonderes Vertrauen in Euere Treue und Eueren Eifer, daß Ihr mit Euerer Ehrlichkeit meinen Dienst befördern werdet, und verpflichte Euch bei Euerer Schuldigkeit für das Beste des Vaterlandes, daß Ihr mir klar und ohne Scheu und ohne jede Nebenabsicht berichten sollt, wie die Kaiserin und die Minister sich verhalten, damit ich das Gute belohnen und das Böse bestrafen oder hindern könne, und damit gleich im Beginne eine glückliche, gerechte, gute Grundlage meiner Regierung gelegt werde." [1])

Auf die Mahnung Wratislaws zur sofortigen Ueberkunft ging Carl III. nicht ein. Er müsse erst beobachten, schrieb er, wie die Veränderung bei den anderen Mächten aufgenommen werde. Dazu auch könne er nicht handeln ohne die Zustimmung der Verbündeten, und sei namentlich in Betreff der Ueberfahrt völlig in ihre Hand gegeben. Endlich sprach er, in der Erinnerung an das Verhalten des Lords Peterborough gegen ihn in den Jahren 1705 und 1706, gegen diesen Mann ein entschiedenes Mistrauen aus. [2])

Es handelte sich also zunächst um die Aufnahme der Todesnachricht an den wichtigsten Orten, im Haag und in London.

Die Nachricht von der Erkrankung des Kaisers beunruhigte die Gemüther im Haag aufs höchste. Sein Tod, hieß es, wäre ein schwerer Streich auf die große Allianz. [3]) Am 26. April traf die Todesnachricht ein. Die Regierung faßte sofort ihre Entschlüsse, über die sich Heinsius aussprach in folgender Weise: „Die Generalstaaten

[1]) Carl III. an Wratislaw, 4. Mai. S. 153.

[2]) Desgleichen, 9. Mai. S. 154.

[3]) Das Folgende nach den Berichten Robethons vom 26., 27., 28. April.

sind der Ueberzeugung, daß unter diesen Umständen nur der König Carl von Spanien auf den Kaiserthron berufen werden kann. Sie hoffen, daß man im Reiche eben so denkt, und sich keine Scrupel darüber macht, daß dann die Kaiserwürde und die spanische Monarchie auf Eine Person kommen würden. Denn die Weltlage macht dies zur Nothwendigkeit und beläßt uns darin keine Wahl. Der großbritannische Botschafter Raby ist derselben Ansicht, und hat, nach einer Besprechung mit dem kaiserlichen Gesandten Sinzendorf, einen Courier an die Königin geschickt." — Raby bestätigte dies. Es sei durchaus nothwendig, sagte er, daß die Kurfürsten schleunigst und einstimmig sich erklärten.

Im selben Sinne redete sofort im Congresse der Gesandten der Präsident der Woche, Herr van Welderen. Er hob hervor, daß viel darauf ankomme, nicht die mindeste Unsicherheit und Zweifelhaftigkeit an den Tag zu legen. Die Generalstaaten hätten bereits ein Schreiben an die Königin in diesem Sinne abgeschickt: sie würden desgleichen schreiben an alle Mitglieder der großen Allianz, namentlich an die Kurfürsten. Sie hielten auch die sofortige Heimkehr Carls III. für dringend geboten, und bereits sei an ihren Admiral im Mittelmeere der Befehl ergangen, dem Könige in Allem zu Willen zu sein.

Ein wichtiger Beweggrund für die Generalstaaten, sofort in dieser nachdrücklichen Weise für die Wahl des Königs Carl einzutreten, war der Wunsch, den Katholiken im Reiche die Besorgnis zu benehmen, daß ein protestantischer Reichsfürst die Forderung der Alternative der Kaiserwürde erheben könne.[1]) In der That sprach der Mainzer Kurfürst Lothar Franz dem Prinzen Eugen, bei dessen Ankunft am Rheine, mündlich die Besorgnis aus, daß der König Friedrich I. darauf ausgehen werde, die Kaiserwahl zu verzögern.[2])

Dem Eifer der Generalstaaten entsprach derjenige fast aller Kurfürsten. Direct oder indirect liefen schon bis zum 28. April die Erklärungen von Mainz, Trier, Düsseldorf, Dresden, Hannover ein, sämmtlich übereinstimmend mit dem Beschlusse der Generalstaaten. Die brandenburgischen Gesandten Hymmen und Meinershagen entblieben,

---

[1]) Lamberty t. VI, p. 623.

[2]) Arneth, Bd. II, S. 170 und 482.

wider ihre Gewohnheit, vom Congresse der Gesandten. Aber man konnte schon mit Gewisheit sagen, daß, wenn der König Friedrich I. anderer Ansicht sei, er ganz allein stehen werde.[1])

In der That ließ Ludwig XIV. Versuche in dieser Richtung machen, ob unter dem Vorwande, daß die Kaiserwürde zwischen den verschiedenen Confessionen zu alterniren habe, der König-Kurfürst von Preußen-Brandenburg als Gegenbewerber aufgestellt werden könne. Man wußte, daß bei der Anwesenheit Carls XII. in Sachsen im Jahre 1707 Friedrich I. bei ihm diese Frage angeregt hatte. Im Auftrage Ludwigs XIV. erschienen als seine Agenten für diese Sache der Abbé Clermont in Hannover, Groffey in Berlin. Diese Werbung erschien im Anfang ohne Aussicht, nicht bloß gegenüber der Stimmung der Kurfürsten, sondern auch derjenigen der Seemächte.[2]) Und doch werden wir sehen, daß Ludwig XIV. für mehrere Monate daran festhielt, und Aussichten des Gelingens zu haben meinte.

Wir haben mit besonderer Aufmerksamkeit dem Verlaufe der Dinge in England zu folgen, weil sowohl die bald erfolgende Wendung, als vielfach auch irrthümliche Meinungen späterer Zeiten die Erinnerung dieses Verlaufes verdunkelt haben.

Heinsius, noch unkundig der geheimen, seit dem Beginne dieses Jahres bestehenden Anknüpfung des englischen Ministeriums durch Gautier in Versailles, sprach, am 28. April, dem Gesandten des Kurfürsten Georg Ludwig im Haag seine Besorgnis aus, daß die englischen Minister, denen ihre Stellung den Frieden wünschenswerth mache, sich dieses Anlasses bedienen würden. Er ersuchte daher, daß der kurfürstliche Gesandte in London, Baron Bothmar, den Auftrag erhalte, bei den Ministern der Königin für die nachdrückliche Fortführung des Krieges einzutreten.[3])

Das Ereignis in Wien scheint die englischen Minister völlig überrascht zu haben. Auf die Nachricht der Erkrankung des Kaisers fragten sie bei Bothmar an, ob der König Carl das Vorzugsrecht vor den Töchtern Josephs haben werde. Bothmar erwiderte, daß im

---

[1]) Robethons Bericht vom 28. April: Si le roi de Prusse n'est pas d'avis d'élire le roi d'Espagne, il sera seul de sa bande.

[2]) Desgleichen vom 26. Mai.

[3]) Desgleichen vom 28. April.

Reiche der Mannsstamm vorgehe. Beim Eintreffen der Todesnachricht bemerkte Bothmar bei St. John die Aeußerung des Wunsches, daß Carl III. in Spanien verbleiben und die Regierung in den Erblanden einstweilen durch Andere führen möge. St. John theilte zugleich vertraulich mit, daß bei der Capitulation von Girona, im Januar, der Herzog von Noailles dem Grafen Lecheraine eröffnet habe: er besitze Vollmacht sowohl von Ludwig XIV. als Philipp V., mit dem Könige Carl III. über den Frieden zu unterhandeln. Sie böten ihm für den Verzicht auf Spanien und Westindien die sämmtlichen Länder, die Carl II. in Italien besessen, ferner die Niederlande, so wie ihre eventuelle Mitwirkung zur Kaiserwahl. Carl III. habe abgelehnt. — Auf die Anfrage Bothmars bei Gallas bestätigte dieser die Thatsache, mit dem Hinzufügen, daß Carl III. davon nichts habe hören wollen.[1])

Es war also das zweite Mal, daß dieser Antrag von französischer Seite kam. Das erste Mal war er dem Prinzen Eugen nahe gelegt worden nach dem für Frankreich so sehr unglücklichen Kriegesjahre 1706 (Band XII, S. 295), und von diesem zurückgewiesen mit dem Bemerken, daß der Kaiser nicht verhandele ohne Mitwissen seiner Verbündeten.

Aber von Anfang an hatte das Kaiserhaus von dem spanischen Erbe zunächst und wesentlich ins Auge gefaßt die Länder in Italien. Der Gedanke auch das spanische Festland und Westindien zu gewinnen, hatte seinen Ursprung nicht in Wien gehabt, sondern in London. Daß der Kaiser Leopold I., im Jahre 1703, seinen zweiten Sohn, Carl, nach Spanien entsendete, war eine Concession an die Wünsche der Seemächte, an das Interesse derselben, welches nicht gestatten zu können schien, daß Spanien und Westindien an das Haus Bourbon käme. Der König Carl, getreu dem Bunde mit den Seemächten, hatte eben noch die französischen Anträge, die ihm anboten was von Anfang an sein Haus erstrebt, zurückgewiesen. Aber der söhneloſe Tod des Kaisers Joseph schien die Sachlage für ihn zu verändern. Die englischen Minister erörterten bei sich die Frage, ob nicht Carl III. es für klüger halten würde, die im Januar abgewiesenen Anträge des Hauses Bourbon, nunmehr, nach dem Tode des Kaisers Joseph, bereitwillig anzunehmen

[1]) Bothmars Berichte vom 28. und 30. April, in den Robethon-Papieren.

und seinen Sonderfrieden mit dem Hause Bourbon abzuschließen. Die Folge würde dann sein die Abwälzung des Krieges mit dem Hause Bourbon auf die Seemächte allein.

Daß die englischen Minister Erwägungen dieser Art machten, liegt sowohl in der Natur der Dinge, als auch blickt es aus ihren Aeußerungen hervor. Die Consequenz war, daß sie zunächst Carl III. in Spanien festzuhalten suchten.

So dachten es sich die englischen Minister. Carl III. selber machte nicht solche Erwägungen.

In London begab sich der Graf Gallas sofort auf die erhaltene Todesnachricht zu dem Minister St. John. Er beobachtete genau, ob dieser ein Bedenken kund gäbe gegen die Aussicht, daß der Besitz der österreichischen Erblande, der spanischen Monarchie und der Kaiserkrone sich auf Ein Haupt vereinigen würde. Er nahm ein solches Bedenken nicht wahr. In der erbetenen Audienz bei der Königin legte Gallas den Zweck seines Kommens dar. Die Königin entgegnete: St. John habe ihr bereits alles mitgetheilt. Der König Carl III. könne sich völlig darauf verlassen, daß sie sein Interesse stützen werde mit demselben Eifer und derselben Beständigkeit wie bisher. — Die Minister Shrewsbury, Buckingham, Rochester, St. John, die sich bei Hofe befanden, wiederholten das und führten weiter aus, daß es darauf ankomme, die Hoffnungen der Feinde niederzuschlagen. „Ich verweilte noch ein wenig bei ihnen im Vorzimmer, fügt Gallas seinem Berichte hinzu, und im Laufe meiner ganzen Unterredung mit ihnen konnte ich auch nicht in der geringsten Weise etwas wahrnehmen, was ich dahin hätte deuten können, daß sie die Abreise Ew. Majestät aus Spanien oder die Vereinigung der Kaiserwürde mit dem Besitze der spanischen Monarchie nicht gern sehen würden.“ [1])

Entsprechend verfuhr die Regierung der Königin Anna gegenüber dem Parlamente, das damals noch beisammen war. Am 24. April

[1]) Bericht des Grafen Gallas an König Carl III., vom 8. Mai: E nel corso di tutt' il mio trattenimento con loro non potei in veruna qualsisia minima forma accorgermi di cosa, che potesse farmi sospettare che non si vedesse volontieri la partenza di Vostra Maestà dalla Spagna, o che l'Imperio e la Spagna non potessero restare sotto un medesimo capo. — Gräflich Clam-Gallas'sches Archiv.

5. Mai brachten die Staats-Secretäre, Queensberry an das Oberhaus, St. John an das Unterhaus, die Botschaft, daß sofort auf die erste Nachricht von der Krankheit des Kaisers Joseph, die Königin den Entschluß gefaßt habe, das Interesse des Hauses Oesterreich zu stützen und alle Bemühungen aufzuwenden, damit der König von Spanien zum Kaiser gewählt werde. Die Generalstaaten, ließ weiter die Königin sagen, haben sich darin mit ihr geeinigt, und demgemäß seien die geeignetsten Maßregeln getroffen, auf alle bei der Wahl Betheiligten in diesem Sinne einzuwirken. Die Königin sprach zugleich ein völliges Vertrauen in die Zuneigung und die Pflichttreue ihres Parlamentes aus, daß mit der Hülfe desselben, unter Gottes Schutz und Segen, sie in den Stand gesetzt werden möge, durch einen sicheren und ehrenvollen Frieden den Krieg glücklich zu beschließen. [1])

Auf diese Botschaft einigten sich beide Häuser des Parlamentes zu einer gemeinsamen Adresse. Nachdem diese die Anerkennung für die Bemühungen der Königin um die Kaiserwahl ausgesprochen, fuhr sie fort: „Ew. Majestät mögen völliges Vertrauen in unsere Anhänglichkeit und Pflichttreue setzen, und sich überzeugt halten, daß weder dies Unglück, noch irgend ein anderes, uns entmuthigen wird, Ew. Majestät in allen denjenigen Maßregeln zu unterstützen, welche Sie in Ihrer großen Weisheit für geeignet erachten werden, durch einen sicheren und ehrenhaften Frieden diesen Krieg zu einem glücklichen Abschlusse zu bringen."

Durch diese Adresse gab demnach das Parlament den Räthen der Königin für die Verhandlung eines Friedens unbedingte Vollmacht.

Die Anschauungen der drei hauptsächlichsten Regierungen treten uns klarer und bestimmter noch aus den Reden der Vertreter derselben im Haag in den nächsten Tagen entgegen. Der Plan des Lords Peterborough mit dem unrichtigen Zusatze, daß Graf Wratislaw ihm beigestimmt, wie es in den Berichten des Holländers Bruininx vorlag, ward dabei entweder mit Schweigen übergangen oder auch ausdrücklich zurückgewiesen.

„Ich halte es für sehr gefährlich, sagte der Rathspensionär Heinsius, zur Zeit die Frage zu erörtern, ob es zweckmäßig sei, die

[1]) Commons Debates vol IV, p. 294.

Kaiserwürde und die spanische Monarchie auf Eine Person zu vereinigen. Eine solche Erörterung wäre das sichere Mittel, alles in Wirrwarr zu bringen. Zur Zeit ist vor allen Dingen erforderlich, die Kaiserwahl zu beschleunigen, ohne daß dem Könige Carl auch nur der Gedanke kommen darf, es habe Jemand die Absicht, die spanische Monarchie auf einen Anderen zu bringen. Auch läßt bisher der Gesandte des Herzogs von Savoyen nicht verspüren, daß dieser die Absicht habe, einen Anspruch zu erheben. Der König Carl von Spanien ist bisher kinderlos: um so weniger darf man ihm eine ungerechte und maßlose Herrschsucht zutrauen. Erhält er noch Kinder, so können sie theilen und wieder zwei Linien des Hauses Habsburg begründen, wie es zuvor gewesen ist." [1])

Aehnlich redete — und es ist von besonderer Wichtigkeit dies hier fest zu stellen — in denselben Tagen der großbritannische Botschafter Lord Raby zu den anderen Gesandten im Haag. „Die Königin, sagte er, hat in aller Beziehung den Beschlüssen der Generalstaaten zugestimmt und mir Briefe an alle Kurfürsten zugestellt, zu dem Zwecke, daß sie schleunigst und einstimmig den König von Spanien zum Kaiser erwählen mögen. Ich selber bin mit den Kaiserlichen und den Holländern in Allem einig bis auf die Frage der eiligen Rückkehr des Königs aus Spanien. Dagegen habe ich geltend gemacht, daß der König durch einen schleunigen Aufbruch aus Spanien dort völlig seinen Credit einbüßen würde, sogar bei den Cataloniern, welche einen solchen Aufbruch für eine Flucht ansehen könnten, ähnlich wie einst die Polen die Abreise Heinrichs von Valois. Daher möge der König Carl noch zwei Monate verweilen, um sich dadurch die Gemüther der Spanier zu sichern und alle Welt zu überzeugen, daß er, weit entfernt Spanien aufzugeben, die äußersten Anstrengungen aufbieten werde, sich in den Besitz der gesammten Monarchie zu setzen." [2]) „Der Rathspensionär, fügte Raby hinzu, ist derselben Ansicht: aber ein großer Theil der holländischen Geheim-Deputirten hat mit Heftigkeit die Abreise verlangt. Es ist daher beschlossen worden, alles der eigenen Einsicht

---

[1]) Robethons Bericht vom 2. Mai.

[2]) Desgleichen vom 5. Mai. Ich füge diesen merkwürdigen Bericht im Originale bei, in Anlage II.

des Königs Carl heimzustellen, und unverzüglich den Admiralen die Weisung zuzusenden, seinen Befehlen zu gehorchen. Auch darin ist die Königin dem Beschlusse der Generalstaaten beigetreten, damit in dieser Angelegenheit die völlige Uebereinstimmung hervortrete."

„Die Minister in Wien, sagte weiter Lord Raby, sind über den Tod des Kaisers so bestürzt gewesen, daß sie sogleich einen Courier nach Barcelona abgefertigt haben, mit der Bitte schleunig zurückzukehren, und, im Falle eine Flotte nicht anwesend, lieber sich mit einer Fregatte zu begnügen als zu zaudern. Ich betrachte diesen Rath als sehr nachtheilig für die Interessen der Seemächte. Denn da dieses einzig darin besteht abzuwenden, daß der Herzog von Anjou Spanien und Westindien behält, würde diesem Interesse nichts so sehr nachtheilig sein wie die Kundgebung, gegenüber den Spaniern und Frankreich, daß der Fürst, zu dessen Gunsten die Seemächte bisher so große Anstrengungen gemacht, und dem sie die gesammte Monarchie bestimmt haben, Gleichgültigkeit gegen dieselbe bewiese und eine gewisse Hast seine Anhänger in Spanien zu verlassen, und alle seine Gedanken auf die Kaiserwürde und die Erblande zu richten."

„Es wäre daher zu wünschen, fuhr Lord Raby fort, daß für die noch übrige Zeit des Krieges weder das Object desselben, noch die Methode sich änderten, so daß der katholische König nachdrücklicher als je zuvor den Plan verfolgte, sich in den Besitz der gesammten Monarchie zu setzen, ohne jedweden Theilungsgedanken, und zu erkennen gebe, daß, nachdem er Herr des Ganzen geworden und für sich selber handelt, er in Zukunft seine Angelegenheiten in Spanien mit ganz anderem Nachdrucke aufrecht halten wird als bisher der Kaiser gethan."

„Besonders bin ich, sagte weiter Lord Raby, eben so wie der Rathspensionär, der Ueberzeugung, daß nichts so verderblich sein würde als zur Zeit die Frage aufzuwerfen, ob die Kaiserwürde und das spanische Königthum auf Eine Person zu vereinigen seien. Denn wozu dient es, die Inconvenienzen hervorzuheben, welche die Folge einer solchen Vereinignng sein könnten, zu einer Zeit, wo die spanische Monarchie sich thatsächlich in den Händen des Herzogs von Anjou befindet? Sollte man nicht lieber alle Sorgfalt dahin richten sie ihm zu entreißen? Und ist es nicht noch Zeit genug, erst dann wenn die Verbündeten Meister von Spanien sind, darüber zu berathen, zu wessen

Gunsten darüber verfügt werden soll? Für jetzt reicht es hin, auf dem einmal eingeschlagenen Wege zu verbleiben, den König von Portugal nach Kräften beizubehalten, und dem Herzoge von Savoyen schöne Hoffnungen zu machen, ohne sich über einen Fall auszusprechen, der noch gar nicht existirt und vielleicht niemals eintreten wird."

„Uebrigens, fuhr Lord Raby fort, wäre es auch nicht gerecht, den König von Spanien, der noch mehrere Kinder haben kann, verpflichten zu wollen zum Verzichte auf eine Monarchie, die nach natürlichem Rechte einem derselben zufallen kann. In diesem Falle wäre die spanische Monarchie von der Kaiserwürde getrennt wie zuvor. Und will man diesem Fürsten wider seinen Willen sein Recht auf jene Monarchie nehmen, so hieße das doch ihn bis auf den äußersten Grad misvergnügt machen, und darum für die noch übrige Zeit dieses Krieges seine Hülfe den Bundesgenossen entziehen. Wenn selbst er freiwillig dazu käme auf Spanien zu verzichten, wie er es doch nur thun würde unter der Bedingung, die italienischen Länder und die Niederlande zu behalten: welchen anderen Erfolg würde dieser Schritt haben, als daß die ganze Last des Krieges in Spanien, nachdem die Gemüther dieser Nation durch jene Theilung uns entfremdet wären, auf die Seemächte fiele?"

„Es ist daher sehr zu beklagen, schloß Raby, daß Peterborough von Wien sich nach Turin begeben hat, in der Absicht bei dem Herzoge von Savoyen Absichten auf Spanien anzuregen. Er ist für das Interesse dieses Herzogs allzu eifrig, und aus seinen Briefen ersehe ich, daß er nicht bloß bei dem Herzoge diesen Plan anregen will, sondern auch von der Königin die Zustimmung zu erlangen hofft. Er hat auch an die Minister in England darüber geschrieben. Unter diesen sind einige dem Herzoge sehr wohl geneigt; aber hoffentlich wird doch die Königin fortfahren, meinen Briefen mehr Gewicht beizulegen als denen jenes Grafen Peterborough." — Mit dem Plane dagegen der Verheirathung einer Erzherzogin mit dem Prinzen von Piemont, für den Fall daß König Carl III. kinderlos bliebe, erklärte sich Lord Raby einverstanden.

Diese Rede des Lords Raby will also zunächst Spanien für Carl III. Aber seit Monaten schon waren damals von England aus in Versailles die geheimen Unterhandlungen angeknüpft, in welchen

voraussichtlich die französische Politik als erste Bedingung fordern würde: Spanien für Philipp V.

Es kommt endlich, dem Holländer und dem Engländer gegenüber, auf die Kundgebung des Vertreters Carls III. an, des Grafen Sinzendorf.

Dieser äußerte sich zu dem hannöverschen Gesandten Robethon mit den von England her eingelaufenen Erklärungen sehr befriedigt. Dann fuhr er fort: „Der König Carl wird vermöge der Dankbarkeit, die er den Seemächten schuldet, fortfahren, den Krieg in Spanien zu betreiben, obwohl dies Königreich ihm mehr zur Last als zum Nutzen gereicht." Er wiederholte das stärker mit den Worten: „Lediglich im Interesse der Seemächte und ihres Handels bemüht sich der König Carl auch noch ferner, den Herzog von Anjou außer Besitz zu setzen. Bleibt der König kinderlos, so könnte er mit der Zeit sich entschließen, über Spanien zu Gunsten einer Erzherzogin zu verfügen; aber dies würde sich immer nur von Spanien und Westindien verstehen; denn niemals wird der König auf die italienischen Länder oder auf die Niederlande verzichten." Sinzendorf betonte nachdrücklich, daß der König Carl auch niemals zugeben könne, daß der Herzog Victor Amadeus, dem man niemals trauen dürfe, König von Spanien werde. Auch liege bereits die Kundgebung des Königs von Portugal vor, der lieber den Herzog von Anjou in Madrid sehe als Victor Amadeus.[1])

Charakterisiren wir also die Reden dieser drei Vertreter je ihrer Mächte: Heinsius, Raby, Sinzendorf.

Heinsius steht auf dem Standpunkte, den bisher die Seemächte eingenommen: Spanien für Carl III. Er sieht in der Vereinigung der Kaiserwürde und des spanischen Königthumes keine Gefahr.

Raby steht scheinbar ganz auf demselben Standpunkte, und betont ihn mit noch stärkeren Ausdrücken. Darum tadelt er scharf die Eigenmächtigkeit des Lords Peterborough. Und doch läßt er einen Gedanken nebenher einfließen, der eine weite Aussicht eröffnet mit den Worten: „Wenn selbst der König Carl freiwillig dazu käme, auf Spanien zu verzichten, wie er es doch nur thun würde unter der Bedingung, die italienischen Länder und die Niederlande zu behalten: welchen anderen

[1]) Robethons Bericht vom 5. Mai.

Erfolg würde dieser Schritt haben, als daß die ganze Last des Krieges in Spanien, nachdem die Gemüther dieser Nation durch jene Theilung uns entfremdet wären, auf die Seemächte fiele?" — Das heißt positiv gefaßt: es steht in der Hand des Königs Carl, durch einen Separatfrieden mit dem Hause Bourbon sich namentlich die italienischen Länder zu sichern, welchen Theil der spanischen Monarchie das Haus Habsburg schon zu den Zeiten Leopolds I. als allein erreichbar und erstrebenswerth angesehen hat, und durch einen solchen Separatfrieden die Last des Krieges in Spanien den Seemächten allein zu überlassen, ohne Aussicht eines Vortheils für sie. Ein solcher Separatfriede Carls III. muß im Interesse Englands verhütet werden.

Sinzendorfs Rede klingt wie eine Antwort darauf. „Das Königreich Spanien, sagt er, ist für Carl III. mehr eine Last als ein Vortheil, um so mehr also der Krieg um dasselbe. Aber Carl III. wird ihn fortführen aus Dankbarkeit für die Seemächte."

Als in der späteren Zeit die Erinnerung an den Umschwung der Dinge im Jahre 1711 sich zu trüben begann, half namentlich St. John, der in erster Linie an dem Umschlage der britischen Politik mitgearbeitet, durch seine Darstellungen dieser Trübung nach. Er richtete lange Jahre nachher an einen Freund ein Schreiben, in welchem er als demselben bekannt voraussetzt, daß sie beide noch nach dem Tode des Kaisers Joseph für die Ansprüche Carls III. auf Spanien eingetreten seien. „Sie und ich, schreibt er, und viele Andere fuhren fort, die Ansprüche des Königs Carl zu unterstützen, und stellten uns mit aller Kraft den Friedenshandlungen entgegen, die auf einer anderen Grundlage begonnen hatten. Glücklicher Weise hatten wir keinen Erfolg. Die Vielen, welche uns entgegen hielten, daß wir darauf ausgingen eine furchtbare Macht zu schaffen, an der wir zuletzt den gefährlichen Feind haben würden, den wir bis dahin in einem Anderen erblickten, behielten gegen uns die Oberhand." [1])

Daß dieser Popanz einer Uebermacht des nachherigen Kaisers Carl VI. im Jahre 1711 noch nicht existirte, haben die Reden Rabys dargethan und wird der Verlauf der Dinge ferner darthun. Das englische Ministerium, in welchem neben Harley der Staats-Secretär

[1]) Bolingbroke's works vol. I, p. 165. The occasional writer II.

St. John voran trat, hatte seine geheime Friedenshandlung begonnen im Januar, wo der Kaiser Joseph I. in jugendlicher Manneskraft da stand. Der Tod des Kaisers wurde dem englischen Ministerium zum Sporne, diese geheime Friedenshandlung, bei welcher auf englischer Seite St. John die hauptsächlichste Arbeitslast trug, eifriger zu betreiben, nicht jedoch aus Furcht vor einer übergroßen Macht des Königs Carl, sondern aus Furcht, daß der König Carl, auf ein ähnliches französisches Erbieten, wie das im Januar geschehene, eher als sie selber, Spanien aufgeben könne. Wir haben der Friedenshandlung zu folgen.

Die geheime Friedenshandlung zwischen England und Frankreich.

Die Verhandlungen in den Monaten April bis Juli.

Bei der Anknüpfung des englischen Ministeriums in Versailles, durch den französischen Geistlichen Gautier, war es der Differenzpunkt, daß das englische Ministerium von Versailles her Vorschläge erwartete, die es auch der Republik mittheilen könne, daß dagegen König Ludwig XIV. lieber nur mit England allein verhandeln wollte. In diesem Stande blieben die Dinge bis in den April.

Am 8. April erkrankte der Kaiser Joseph I., am 17. April starb er. Am 22. April zeichnete Torcy in Marly sechs Friedensvorschläge, zunächst an England gerichtet.[1]) Der Eingang lautet: „Da man nicht in Zweifel ziehen darf, daß der König im Stande ist, den Krieg ruhmvoll auszuhalten, so kann man es auch nicht als einen Beweis der Schwäche betrachten, daß Se. Majestät das Schweigen bricht, welches er seit der Auflösung der Conferenzen von Geertruidenberg beobachtet hat, und daß er, vor der Eröffnung des Feldzuges, neue Beweise seines Wunsches gibt, den Frieden Europas herzustellen. Aber nach den Erfahrungen, die er in Betreff der Gesinnungen der jetzigen Leiter der Republik Holland gemacht hat, so wie ihrer Bemühungen, die Unterhandlungen fruchtlos zu machen, will er, zum Zwecke des

[1]) Dies ist das erste Schriftstück in dem Berichte des geheimen Comités des Unterhauses von 1715, zur Erforschung der Unterhandlung des Utrechter Friedens.

Gemeinwohles, die Vorschläge, die er für geeignet hält, den Krieg zu beenden und die allgemeine Ruhe der Christenheit zu sichern, an die englische Nation bringen." Dann folgen die Vorschläge. Der wesentliche Unterschied derselben von den Präliminarien, die den Unterredungen von Geertruidenberg zu Grunde gelegen, ist der, daß jene Präliminarien die Rückgabe Spaniens feststellten und die Beredungen nur den Modus derselben behandeln sollten, daß dagegen die Vorschläge vom 22. April 1711 das Königreich Spanien als das Eigenthum Philipps V. voraussetzen, der als anerkannter König den Engländern volle Sicherheit für ihren Handel verspricht, überhaupt in allgemeinen Ausdrücken England, die Republik und ihre Bundesgenossen zu befriedigen in Aussicht stellt. Des Königs Carl geschieht in diesen Vorschlägen Torcys keine Erwähnung.

Auf den Eingang dieser Vorschläge in London schrieb der Staats-Secretär St. John an Lord Raby im Haag: „Im Allgemeinen kann ich Ihnen nunmehr sagen, daß wir uns bemühen müssen, den Frieden zu erlangen, ohne uns zu begierig darnach zu zeigen." [1])

Die letzten Worte zeigen uns die Selbsttäuschung dieses britischen Ministeriums. Der Gang der Dinge, die Urtheile der kundigen Zeitgenossen haben dargethan, daß Ludwig XIV. im Jahre zuvor die Verhandlungen in Geertruidenberg erst hingehalten, dann abgebrochen, in der Hoffnung, daß die bevorstehende Wandlung der Dinge in England ihm bessere Aussichten bringen werde. Diese Wandlung war eingetreten, weitgreifend vielleicht über sein Erwarten. Daß das neue Ministerium friedensbedürftig war und um seiner Selbsterhaltung willen friedensbegierig sein mußte, war eine Thatsache, über die unter den Kundigen kein Zweifel obwaltete. Diese Thatsache brachte das Ministerium dahin, im Januar endlich den seit langer Zeit von Ludwig XIV. ersehnten, aber auch erwarteten Schritt zu thun und den ersten Anwurf zu machen. Es geschah jedoch noch nicht in der von Ludwig XIV. gewünschten Weise; denn England wollte noch mit Holland zusammen gehen. Für die französische Politik aber kam es darauf an, diese zwei Mächte völlig aus einander zu reißen, dadurch

[1]) Bolingbroke's letters vol. I, p. 157. Vom 20. April S. V., also 1. Mai S. N., wo das von Torcy am 22. April gezeichnete Schriftstück in London sein mußte.

die große Allianz ganz zu zersprengen, und nur noch mit England zu verhandeln. Dann erst war der Umschwung vollbracht. Dann war Ludwig XIV. nicht mehr wie zwei Jahre zuvor im Haag in der Person seines Staats-Secretärs Torcy der um Frieden Bittende, sondern wieder wie vordem der Meister und Herr, der die Bedingungen des Friedens dictirte nach seinem Willen. Und zwar wurde er dies, nicht weil es dem englischen Ministerium gelang, seine Friedensgierigkeit nicht zu zeigen, sondern weil vielmehr diese Friedensgierigkeit das für die Augen in Versailles offen liegende Fundament war, auf welches Ludwig XIV. den Plan der Herstellung seiner Ueberlegenheit bauete.

Die Vorschläge vom 22. April waren daher ein Keil, den die französische Politik zwischen England und die Republik einzutreiben suchte, um sie zu spalten und zu trennen.

Die Vorschläge wurden im Rathe der Königin zu St. James als ein annehmbares Erbieten zur Unterhandlung anerkannt. Im Namen der Königin übersandte St. John, am 27. April/8. Mai, sie an Lord Raby zur Mittheilung an den Rathspensionär. Denn die Königin, schrieb er, wolle nur in vollem Einverständnisse mit den Generalstaaten handeln.

Aber der Eingang der Vorschläge enthielt beleidigende Anklagen gegen das Verhalten der Holländer in Geertruidenberg, für welches Verhalten damals selbst die Königin ihre volle Anerkennung hatte aussprechen lassen (Band XIII, S. 451). In seinem officiellen Schreiben berührt St. John das nicht. In seinem Privatbriefe an Lord Raby erwähnt er die Thatsache, daß seit Geertruidenberg immer die französische Politik sich bemüht habe, ein Mistrauen gegen die Friedenswilligkeit der Holländer an den Tag zu legen.[1]) Den Grund, warum die französische Politik so handele, und namentlich in diesem Falle, erörtert St. John nicht.

Dagegen sieht er voraus, daß die Vortheile, die in den Vorschlägen Frankreich für England in Aussicht stellt, natürlicher Weise die Holländer antreiben werde, unter der Hand auch für sich bei Frankreich Vortheile auszubedingen. „Die Holländer, schreibt er, werden sich bemühen, uns durch den Frieden zu prellen, wie sie uns durch

[1]) Bolingbroke's letters vol. I, p. 175.

den Krieg geprellt haben."[1]) Lord Raby soll daher wachsam sein solchen Versuchen nachzuspüren. — St. John erkannte also an, daß die Vorschläge des Feindes von England nicht bloß das Mistrauen des Bundesgenossen von England gegen England wach rufen würden, sondern wahrscheinlich auch die Bethätigung dieses Mistrauens durch eigene Sonderunterhandlungen mit Frankreich. Aber er wußte auch, daß England in der Gunst des bis dahin noch gemeinsamen Feindes einen Vorsprung hatte.

Und zwar dies in mehr als einer Beziehung. Denn das englische Ministerium, welches dem Rathspensionär sagen ließ, daß die Königin nur gemeinsam mit den Generalstaaten unterhandeln wollte, wartete eine Antwort von dort her nicht ab. Vielmehr enthielt jene selbe Depesche St. Johns, welche die französischen Vorschläge an Raby im Haag übermittelte, auch ein Schreiben des Gautier aus London an Torcy, welches Raby nach Paris zu befördern hatte.[2]) In diesem Schreiben verlangt Gautier bestimmtere Auskunft über die Worte des ersten Artikels der Vorschläge: „Die Engländer werden reelle Sicherheiten erhalten, fortan ihren Handel in Spanien, in Westindien und in den Häfen des Mittelmeeres auszuüben." — Auf diese Anfrage ließ Torcy mehrere Wochen mit der Antwort warten.

Inzwischen lief die Antwort der Republik auf die durch Raby gemachte Eröffnung ein. Sie lautete wie folgt.[3])

„Holland wünscht in gleicher Weise wie Groß-Britannien einen allgemeinen, definitiven und dauerhaften Frieden, und ist bereit sich in aller Weise an den Mitteln zu betheiligen, welche geeignet erscheinen ihn herbeizuführen. Es bemerkt, daß die Vorschläge noch zu allgemein sind, und wünscht, ebenso wie Groß-Britannien, daß Frankreich sich über die darin enthaltenen Punkte mehr eingehend erkläre, und denjenigen Plan mittheile, den es für geeignet erachtet, den verschiedenen Mächten der Allianz ihre Interessen zu verbürgen, und die Ruhe Europas herzustellen. Dann wird man in eine engere Unterhandlung eintreten können."

---

[1]) Bolingbroke's letters vol. I, p. 176.
[2]) A. a. O., p. 178.
[3]) A. a. O., p. 198.

Die mündliche Antwort des Rathspensionärs an Lord Raby war ausführlicher. Sie sprach den Dank der Republik aus für das Vertrauen der Königin in sie, sowie die Versicherung demselben zu entsprechen. Wie die Königin der Republik verheißen, nur gemeinsam mit ihr an dem Frieden arbeiten zu wollen, so verspreche auch die Republik, keinen Schritt zu thun ohne die Königin, noch sich in irgend welche Sonderunterhandlung einzulassen. [1])

Das Versprechen war von der einen Seite so aufrichtig gemeint wie von der anderen. Von Seiten des englischen Ministeriums findet sich nicht wieder eine Antwort. Es war ja bereits mit der Fortsetzung seiner Sonderunterhandlung ohne die Republik in vollem Zuge. Aber auch diese handelte nun ihrerseits so wie St. John von ihr vorausgesetzt hatte. Nachdem das britische Ministerium durch seine einseitige Anknüpfung mit Frankreich, durch das principielle Eingehen auf die Vorschläge von Versailles, die Allianz moralisch bereits gebrochen, so daß die Republik auf weitere Schritte in dieser Richtung gefaßt sein mußte, gab diese nicht dem anderen Bundesgenossen, dem Könige Carl, eine Kunde von dieser für die Allianz gemeinsamen Gefahr, sondern trachtete auch ihrerseits für sich bei Frankreich gut abzukommen. Heinsius und Buys machten Versuche nicht bloß, wie Torcy erzählt, durch Petkum, sondern auch auf anderem Wege, durch einen Kaufmann aus Rotterdam. [2]) Sie eben so wie das britische Ministerium bereiteten dadurch nur dem Hofe von Versailles eine besondere Genugthuung. „So sah man, erzählt Torcy, die zwei Mächte, die bis dahin der Herstellung der Ruhe Europas am nachdrücklichsten entgegen gestanden, nun im Wettlaufe mit einander um die Ehre, zur Vollendung dieses Werkes beizutragen." [3])

In diesem Wettlaufe jedoch, der von einem Anderen als Torcy kaum als derjenige um eine Ehre bezeichnet werden dürfte, hatte das englische Ministerium mehr als nur Einen Schritt voraus. Den König Carl in Spanien hülflos zu machen, stand ungleich mehr in der Macht Englands als der Republik, und dieser Punkt war der wesentlichste

[1]) Rapport du Comité secret p. 3. Schreiben des Lord Raby an St. John, vom 25. Mai.

[2]) Robethons Bericht vom 23. Mai.

[3]) Mémoires de Torcy t. III, p. 29.

in der ganzen Sache. Mit diesem Vortheile jedoch, daß England als die stärkere Macht bessere Dienste für Frankreich leisten könne, begnügte das englische Ministerium sich nicht. Torcy erzählt: Ils supplièrent le roi, supposé que les Hollandais eussent véritablement fait quelques avances, de répondre nettement qu'il ne voulait rien écouter de leur part.[1]) — Die Bitte des britischen Ministeriums ward gewährt. Der König ließ die Antwort an Petkum so abfassen, wie Gautier sie vorgeschlagen.[2])

Gefährlicher jedoch als ein holländischer Sonderfriede mit Frankreich, hätte für das britische Ministerium ein solcher des Königs Carl sein können. Darum wurde ihnen, bei aller ihrer Geneigtheit für den verzogenen Liebling Victor Amadeus, der eigenwillige Eifer Peterboroughs für einen Anspruch des Herzogs auf Spanien mehr und mehr ungelegen. „Eine Erklärung unsererseits für einen solchen Anspruch, schrieb St. John, am 27. April/8. Mai, würde nur die eine Wirkung haben, die österreichischen Minister zu einem Abkommen mit Frankreich zu treiben.“[3]) Im Falle eines solchen Abkommens blieb dann freilich für die britischen Minister keine Aussicht auf die Sondervortheile in Spanien, mit welchen sie hofften den Mangel an Ehre, den dies geheime Friedenswerk auf sie bringen mußte, in den Augen der Nation zu überdecken.

Diese Vortheile waren zunächst der Besitz wichtiger Hafenplätze in Spanien. Darauf bezog sich die Anfrage Gautiers vom 8. Mai. Mündlich waren genannt Gibraltar, Port Mahon, Corunna. Philipp V. bewilligte die zwei ersteren. Ludwig XIV. erachtete es dem Interesse seines Enkels mehr entsprechend, das zweite einstweilen noch in Reserve zu behalten. Demgemäß antwortete Torcy, am 31. Mai, indem er weitere Fragen hinausschob, mit dem festen Angebote von Gibraltar.[4]) Zugleich beruhigte er das britische Ministerium darüber, daß Frankreich weitere geheime Unterhandlungen nicht habe, weder mit Holland, noch anderswo durch Lothringen, oder durch Noailles, sondern lediglich mit dem britischen Ministerium. „Aber, schließt er dann, benutzen Sie

[1]) Mémoires de Torcy, t. III, p. 30.
[2]) A. a. O., p. 31.
[3]) Bolingbroke's letters vol. I, p. 170.
[4]) Mémoires de Torcy, t. III, p. 27.

auch Ihrerseits das Vertrauen, welches man in Sie setzt; denn es wäre nicht recht für uns, dadurch die Zeit und die günstigen Dispositionen, die man von einer anderen Seite uns zu zeigen beginnt, verloren gehen zu lassen. Betrachten Sie das was ich hier schreibe, nicht als eine Drohung, sondern bedenken Sie, daß es für uns nicht klug wäre, die Mittel zu einem Frieden nicht zu benutzen, so lange wir nicht sicher sind, was Sie Ihrerseits thun wollen." [1])

Die Drohung blieb ungeachtet der Motivirung eine Drohung, und es kann sich daher nur fragen, ob diese Motivirung einen festen Grund hatte. Die Versuche der Holländer hatte man in Versailles, gemäß der Bitte des britischen Ministeriums, zurückgewiesen. Als die andere Seite, auf die Torcy hindeuten will, blieb daher nur die dritte betheiligte Großmacht, der König Carl als der Erbherr der österreichischen Länder.

Daß die französische Politik gewünscht hatte, mit ihm allein abzukommen, liegt vor in dem Versuche, den sie nach dem Falle Gironas durch Noailles hatte machen lassen. Daß ein directes Abkommen mit Carl III. auch den Wünschen Philipps V. und der zu ihm haltenden Spanier mehr entsprochen hätte als dasjenige mit England, liegt schon darin, daß dann die Abtretung von Gibraltar und Port Mahon hätte erspart bleiben können. Auch regte sich auf französischer Seite sofort nach dem Tode des Kaisers Joseph wieder dieser Gedanke einer Unterhandlung mit Carl III., und fand einen lebhaften Ausdruck durch den Marschall Villars. [2]) Er hatte eine gewisse Berechtigung diesen Gedanken vor dem Könige von Frankreich geltend zu machen, weil er als dessen Gesandter in Wien zur Zeit der Theilungsverträge Augen- und Ohrenzeuge der Misstimmung gewesen war, die der Kaiser Leopold und seine Räthe über jene im vermeintlichen Interesse der Seemächte gemachten Verträge empfanden, so wie der Kundgebungen ihrer Bereitwilligkeit, um den Tausch der Portionen sich mit Ludwig XIV. zu einigen. Der Marschall Villars machte, vom Feldlager von Oisy aus, am 29. April, alle diese seine Erinnerungen von Wien her vor Ludwig XIV. geltend.

---

[1]) Bolingbroke's letters vol. I, p. 170.

[2]) Pelet t. X, p. 594 et suiv. Vom 29. April.

In dieser Weise also wurde auf französischer Seite die Sache wieder angeregt, zu Ende April.

Jene Worte Torcys aber, vom 31. Mai, daß man von einer anderen Seite günstige Dispositionen zu zeigen beginne, weisen hin auf Carl III., und es fragt sich also um die Wahrheit derselben.

Der König Carl hatte von Anfang an den Willen kund gegeben an Spanien festzuhalten. Darum ging er auf die dringenden Bitten seiner Mutter, der Kaiserin Eleonora, wie des Grafen Wratislaw, zur sofortigen Heimkehr nicht ein. In denselben Tagen, wo Torcy nach London hin jene Andeutung machte, am 27. Mai, antwortete der König Carl von Barcelona aus dem Grafen Wratislaw auf die Frage, ob er, vorausgesetzt daß Spanien dem Hause Bourbon entrissen würde, sich mit den italienischen Ländern begnügen könne. Carl erwidert: „Es ist nicht gut auch nur zu denken, daß Spanien von meinem Hause könne getrennt werden. Ich bin fest entschlossen, Spanien so lange wie möglich zu behaupten, und werde dasjenige, was meinem Hause und mir gebührt, und so lange demselben gehört hat, niemals anders fahren lassen als gezwungen. Also hat man die dortigen und die hiesigen Angelegenheiten in gleicher Weise in Betracht zu ziehen. Nachdem ich Euch diesen meinen Willen und meinen Entschluß kund gethan, werdet Ihr danach Eure Rathschläge einrichten. Sollte es Gott später so fügen, daß wir Spanien nicht behalten können, so wird dann auf weitere Maßregeln zu denken sein.“ [1])

Fassen wir hier das Verhalten Carls III. noch mit einigen weiteren Zügen ins Auge.

Der König Carl ging dabei von dem Gedanken aus, den er einige Wochen früher in einem Schreiben an Wratislaw in die Worte gekleidet hatte: „Ich glaube nie, daß die Seemächte Spanien und Indien in des Feindes Händen lassen werden wegen ihres eigenen Interesses.“ [2]) Bei der Abfassung jenes Schreibens vom 27. Mai steigt ihm einmal ein Verdacht gegen Holland auf, ohne bestimmten Anhaltspunkt, nur so daß er empfiehlt, bei den laufenden Conjuncturen

[1]) Arneth, Eigenhändige Correspondenz u. s. w., S. 162.
[2]) A. a. O., S. 152. Vom 25. April.

auf Holland wohl Acht zu haben.[1]) Irgend welcher Verdacht gegen das neue britische Ministerium kommt bei ihm nicht zum Ausdrucke. Die Furcht der britischen Minister, daß Carl III. die eigenmächtigen Reden des Lords Peterborough für den Anspruch des Herzogs Victor Amadeus auf Spanien als officiell berechtigt ansehen und demgemäß ihnen bei Frankreich zuvorkommen könne, war so wenig begründet, daß Carl III. von seinem Standpunkte aus in gleicher Weise jene Reden des Peterborough beklagte, und zwar wegen der schädlichen Wirkungen für ihn in Italien. Eine Ueberfahrt des Lords Peterborough nach Barcelona, wie er sie in Aussicht gestellt, würde ihm dort nicht einen freundlichen Empfang in Aussicht gestellt haben. Aber er kam nicht so weit, sondern kehrte von Turin aus wieder um nach Wien. An die britischen Minister dachte Carl III. bei den Gerüchten über die Reden Peterboroughs nicht. Auf die erneuerten Bitten um seine Ueberkunft nach Wien antwortete er, daß dort, wo die Regierung wohl geordnet und erfahrene Minister anwesend, seine Gegenwart weniger nothwendig sei, als in Spanien, wo er den Plan der Regierung für seine Abwesenheit erst noch zu bilden habe. Endlich wies er darauf hin, daß, wie die Admirale der Flotte bereits kund gegeben, sie ihn nicht hinweg führen würden ohne Auftrag ihrer Principale. Eine Kundgebung solcher Art konnte bei Carl III. keinen Verdacht erregen, weil es, bei seiner Auffassung der Dinge, nahe lag zu schließen, daß für England sein einstweiliges Verbleiben in Spanien erwünscht sein werde. Darum blieb auch der Ausdruck der Vermuthung Wratislaws, daß in den Befehlen an die Admirale geheime Clauseln stecken könnten, bei Carl III. ohne Wirkung.[2])

Ein Verdacht hätte bei Carl III. dadurch aufsteigen können, daß jede Geldsendung von London her unterblieb. Selbst der neue britische Botschafter bei ihm und General der britischen Truppen in Spanien, Herzog von Argyle, war mit leeren Händen gekommen. Dies war um so auffallender, nachdem bei der Eröffnung des Parlamentes die Thronrede der Königin und die antwortenden Adressen des Parlamentes der Welt verkündet hatten: besonders in Spanien solle der

[1]) Arneth, Eigenhändige Correspondenz u. s. w., S. 158.
[2]) A. a. O., S. 155. Vom 17. Mai.

Krieg mit Nachdruck geführt werden. Statt dessen ergab sich nun in der That die völlige Vernachlässigung. Sie mochte von Carl III. weniger empfunden werden, weil ihm der Graf Mollart von Wien aus noch im Mai einen Wechsel von einer halben Million Gulden überbrachte.[1]) Jedenfalls keimte noch für längere Zeit in der Seele Carls III. in Barcelona gegen das britische Ministerium kein Verdacht, der zum Ausdrucke gelangte.

Das gesammte Verhalten Carls III. beweist, daß jene von Torcy, am 30. Mai, nach England gerichtete Drohung mit dem Hinweise auf eine andere Unterhandlung in Bezug auf Carl III. jedes Grundes entbehrte. Anders lagen die Dinge; denn gerade die französische Politik machte wieder einen Versuch in dieser Richtung. Es ist möglich, daß jener Hinweis des Marschalls Villars mit dazu beitrug.

Die Sache wurde dies Mal so eingerichtet, daß man von französischer Seite sich an den Neffen des Papstes wandte, Albani. Dieser schrieb dem Nuntius in Wien: er möge dem Grafen Wratislaw und dem Fürsten Trautson sagen, daß Frankreich bereit sei, mit Carl III. einen Frieden zu verhandeln und gute Bedingungen zu gewähren. Denn man wolle lieber mit Carl III. abschließen als mit England. Die Bedingung sei die Nichtmittheilung an die Verbündeten. — Die beiden österreichischen Minister erwiderten: sie seien nicht ermächtigt, in der Abwesenheit des Königs auf derartige Vorschläge zu antworten. Wratislaw fügte hinzu: wenn Frankreich den König Carl III. befragen werde, ob er mit Ausschluß seiner Verbündeten unterhandeln wolle, so werde es jederzeit ein Nein zur Antwort erhalten.[2])

Demnach sind nicht bloß Einmal, sondern wiederholt von französischer Seite Vorschläge an Oesterreich gemacht und jedes Mal zurückgewiesen. St. John hatte gewis nicht Unrecht zu sagen, daß England in dem schweren Kriege ungleich mehr geleistet, als das von dem ungarischen Aufstande gelähmte Oesterreich. Dennoch hatte das letztere etwas entgegen zu stellen, was ungleich schwerer wog: seine Ehrlichkeit und seine Bundestreue.

[1]) Arneth, Eigenhändige Correspondenz u. s. w., S. 156.
[2]) A. a. O., S. 214. Vom 31. August.

Aber indem die Miniſter Oxford und St. John den Maßſtab zur Beurtheilung Oeſterreichs aus ſich ſelber nahmen, übte jene Drohung Torcys mit dem Hinweiſe auf Oeſterreich, ob begründet, ob nicht, dieſelbe Wirkung.

Indem das britiſche Miniſterium entſchloſſen war, auf dem betretenen Wege weiter zu gehen, erwuchs die Nothwendigkeit, den Botſchafter im Haag in das volle Vertrauen zu ziehen. Denn, nach dem Ausdrucke St. Johns, war der Botſchafter der Königin im Haag beinahe ihr Univerſal-Miniſter.[1]) Im Laufe des Monates Mai hatte St. John wiederholt ſchon dem Lord Raby angekündigt, daß ſeine Ueberkunft nach England wünſchenswerth ſei. Am 29. Mai/9. Juni meldete er ihm den directen Befehl der Königin, damit die Inſtructionen, nach denen er fortan im Haag zu handeln habe, mit ſeiner eigenen Aſſiſtenz ausgefertigt werden könnten.[2]) Als Vorwand zur Verhüllung des eigentlichen Zweckes der Reiſe dienten die Privatangelegenheiten des Lord Raby. Es verlautete, daß die Königin ſein wiederholtes Erſuchen erfüllen und den Familientitel der Grafen Strafford in ihm herſtellen wolle.

Ein beſonderer Act ergibt ſich zugleich, wie feſt entſchloſſen das britiſche Miniſterium bereits war. Erſt einige Wochen ſpäter ward zwiſchen ihm und Verſailles ſchriftlich feſtgeſtellt, daß der Beſitz in Nordamerika verbleiben ſolle, wie er beim Abſchluſſe des Friedens ſein werde.[3]) Im Mai entſendete das neue Miniſterium ein Geſchwader unter dem Commando des Brigadiers Hill, des Bruders der Frau Maſham, nicht mehr nach Spanien, ſondern nach Nordamerika, zuerſt nach Boſton, dann nach Canada. „Obwohl, ſchreibt St. John an Hill, das wahre Geheimnis der Expedition fortdauernd öffentlich beſprochen wird, ſo iſt doch in den Gerüchten keine Stätigkeit, und ich glaube Ihnen die Verſicherung geben zu dürfen, daß der Feind im Dunkeln tappt.“[4]) — Dieſes Wort Feind konnte ſich, nach Maßgabe des Geheimniſſes, auch auf Andere beziehen als auf Frankreich.

---

[1]) Bolingbroke's letters vol. I, p. 185.

[2]) A. a. O., p. 229.

[3]) Rapport du Comité secret p. 212.

[4]) Bolingbroke's letters vol. I, p. 233. Vom 29. Mai/10. Juni.

Im Juni entſendete das britiſche Miniſterium in der Stille den als Poeten wie Diplomaten gleich gewandten Matthew Prior nach Frankreich. Seine Inſtruction enthielt voran die Forderung der Sicherheit, daß die Kronen von Frankreich und Spanien nie auf Einem Haupte vereinigt ſein dürften, und diejenige der Satisfaction für alle Alliirten, ſo wie der Herſtellung des Handels. Es folgten die einzelnen Forderungen. Prior verſicherte dem Staats-Secretär Torcy, daß der König im Laufe der Unterhandlung mit der Königin zufrieden ſein werde, verlangte aber auch, daß für den Dienſt, den die Königin dadurch leiſte, daß ſie dem Könige Philipp V. den Thron von Spanien ſichere, vortheilhafte Bedingungen für die Königin und Groß-Britannien gewährt werden müßten. Ueber dieſe Bedingungen verhandelte Prior in Paris bis in den Monat Auguſt.[1])

Vermuthungen und Urtheile über die geheime Friedenshandlung.

Daß eine geheime Unterhandlung im Werke ſei, ward im Haag, im Laufe des Monates Juni, von Vielen vermuthet, zu nicht geringem Theile aus den Reden ſelbſt, die Lord Raby dort geführt hatte. Entgegen den früheren Worten, die er auf die Todesnachricht des Kaiſers Joſeph geäußert, hatte er, im Juni, offen geſagt, daß man Spanien und Weſtindien dem Herzoge von Anjou belaſſen müſſe. Er hatte darin Zuſtimmung gefunden bei der friedenseifrigen Partei, namentlich bei dem Penſionaris Buys. Beſonders der Prinz Eugen äußerte ſich ſcharf gegen Lord Raby, der offen erklärt hatte, daß Franz Rakoczy gute Gründe habe, ſich dem Frieden von Szathmar nicht zu fügen, und der dann doch zugleich im Auftrage des neuen Miniſteriums für die Forderung eintrete, daß man 8000 Mann aus Ungarn nach Savoyen ſchicken ſolle.[2]) — Der Prinz Eugen mochte nicht wiſſen, daß die Sympathie dieſes britiſchen Botſchafters für Rakoczy einigermaßen bedingt ſein könne durch den Goldesglanz des ihm von Rakoczy in Ausſicht geſtellten Geſchenkes.

---

[1]) Mémoires de Torcy t. III, p. 35.

[2]) Robethons Bericht vom 23. Juni.

Aber es fehlte auch nicht an positiven Anzeichen. Petkum zeigte dem Rathspensionär einen Brief Torcys vor. Darin hieß es: das britische Ministerium zeige sich so sehr geneigt zum Frieden, daß, wenn Frankreich einen solchen zu verhandeln gedenke, es nur dahin sich wenden würde.[1]) — Die letzten Worte hießen eben so viel wie die Meldung der Thatsache, daß unterhandelt werde. Man wußte nur freilich nicht wo? und wie?

Demgemäß wurden auch andere Umstände in dieser Richtung aufgefaßt. Am 4. Juli hieß es bereits im Haag, daß diese geheime Unterhandlung der Grund sei, aus welchem der Graf Oxford jede Geldsendung nach Spanien unterlasse, und aus welchem Philipp V. in Spanien jegliche Unternehmung gegen Catalonien auf den Herbst verschoben habe, in der Hoffnung, auch ohne ein Wagnis durch einen Friedensvertrag den Besitz dieses Landes zu erlangen.[2])

Unter den Gesandten in London entwickelte in dem Bestreben, den Schleier der Anknüpfung des britischen Ministeriums mit Frankreich zu lüften, den regsten Eifer der Vertreter des Königs Carl, Graf Gallas. Wir haben daher seinen Schritten zu folgen. Indem diese uns den Sachverhalt klarer stellen, als es bei der Unkenntnis derselben bisher hat geschehen können, ergibt sich zugleich daraus die Rechtfertigung des Gedächtnisses dieses Mannes gegenüber der Unbill, die er von der Regierung der Königin Anna zu erfahren hatte, und die dann der französische Staats-Secretär Torcy auch literarisch, in seinen Memoiren, mit mehr Eifer als Kenntnis fortgesetzt hat.

Bis tief in den Monat Mai hinein hatte der Graf Gallas gegen das britische Ministerium keinen Verdacht. Am 8. überreichte er der Königin ein Dankschreiben Carls III., vom 28. März, für ihre Erbietungen mit allem Nothwendigen auszuhelfen. Gallas benutzte die Gelegenheit zu bemerken, daß es an Vielem fehle. Die Königin antwortete: sie werde die erforderlichen Maßregeln treffen lassen. „Da die Königin, fügt Gallas hinzu, keine andere Information hat, noch haben will als von ihren eigenen Dienern, so ist jede Enttäuschung unmöglich und der Versuch dazu würde übel aufgenommen werden.

---

[1]) Robethons Bericht vom 23. Juni.

[2]) Desgleichen vom 4. Juli.

So wird durch Schweigen wenigſtens die Eintracht erhalten, und im Einzelnen läßt ſich dann doch immer noch etwas erreichen.“ [1])

Den erſten dringenden Verdacht erregte bei dem Grafen Gallas die Abfahrt des Geſchwaders von neunzehn Schiffen, unter Hill, von Plymouth, am 10. Mai. Er wußte, daß die Holländer daran keinen Antheil, noch auch nur eine Kenntnis davon hatten. „Faſſe ich alles zuſammen, ſchreibt er, was ich davon weiß, ſo kann weder Frankreich das Ziel ſein noch Spanien, noch überhaupt das Mittelmeer, ſondern Amerika. Man ſagt mir auch, daß die Expedition beſondere Vortheile für Harley und St. John bezwecke.“ [2]) Er wußte damals noch nicht, daß die Koſten für dieſe Expedition entnommen waren von der Summe einer und einer halben Million Pfund Sterling, welche das Unterhaus für den Krieg in Spanien bewilligt hatte.

Mit der Ankunft des Lords Raby wuchſen in London die Friedensgerüchte hervor, namentlich in der kaufmänniſchen Welt, mit dem beſtimmten Inhalte, daß Spanien und Weſtindien dem Herzoge von Anjou, Philipp V., verbleiben würden. St. John wiederholte den fremden Geſandten unabläſſig, daß Lord Raby wegen ſeiner Privatangelegenheiten gekommen ſei. Dennoch entſchlüpfte ihm einmal ein Wort von einem Befehle der Königin, und die Berichte vom Haag her, wo Raby, wenn nicht ausdrücklich, ſo durch ſeinen Eifer für ſeine Abreiſe deutlich zu erkennen gab, daß er berufen worden ſei, ließen darüber keinen Zweifel.[3]) Um ſo ſtärker regte ſich das Mistrauen. Gallas befragte, am 12. 23. Juni, den Staats-Secretär Dartmouth, was er in Betreff der umlaufenden Friedensgerüchte nach Wien und Barcelona berichten könne. Dartmouth erwiderte: „Sie dürfen der Kaiſerin und dem Könige Carl verſichern, daß die Königin in der Friedensſache ſich nie anders engagiren wird als gemeinſam mit ihren Verbündeten.“ In ähnlicher Weiſe antworteten Oxford und St. John.[4])

---

[1]) Bericht vom 8. Mai. Im Gräflich Clam-Gallas'ſchen Archive. Dasſelbe iſt in dieſer Angelegenheit ungleich reicher als das k. k. Archiv.

[2]) Bericht vom 29. Mai.

[3]) Robethons Bericht vom 23. Juni: La reine l'a mandé avec le dernier empressement.

[4]) Bericht des Grafen Gallas vom 12. 23. Juni.

Der Letztere suchte auch direct nach Wien hin zu wirken. Der Graf Wratislaw hatte ihm einige Zeit zuvor einen Entwurf über die Kriegführung in Spanien zugeschickt. St. John erwiderte, am 15./26. Juni, daß der Entwurf zu weit ausgreife. „Suchen wir zuerst, fügt er hinzu, unsere zerfallenen Angelegenheiten in Catalonien herzustellen, und auf den anderen Schauplätzen, wo der Feldzug bereits im Gange, den Krieg mit Nachdruck zu führen: alsdann wird es Zeit sein, neue Plane zu entwerfen.“ [1])

Zugleich empfahl St. John dem Grafen Wratislaw die Sendung von Whitworth nach Wien. Der Auftrag desselben war zu verlangen, daß von den Truppen, die nunmehr in Ungarn verfügbar seien, 8000 Mann dem Herzoge Victor Amadeus zugesendet würden, damit er westwärts der Alpen festen Fuß fassen könne.

Diese Forderung der 8000 Mann ist von besonderer Wichtigkeit. Zunächst ist kaum anzunehmen, daß das britische Ministerium, wo es heimlich sich bemühete, mit Frankreich zum Frieden zu gelangen, noch mit Ernst darauf gesonnen haben sollte, demselben in Savoyen einen schweren Streich zu versetzen. Dagegen konnte sich das britische Ministerium nicht unklar darüber sein, daß die Forderung, die es durch Whitworth in Wien stellen ließ, dort sehr geringe Aussicht auf Erfolg haben würde. Zwar war in Ungarn der Friede hergestellt, doch erst zu Ende April; aber es war bekannt genug, daß, wie immer der russisch-türkische Krieg ausschlug, ob zu Gunsten des Czaren Peter I. oder des Schwedenkönigs, Oesterreich den Einen zu fürchten hatte wie den Anderen. Demnach konnte und mußte man in London voraussehen, daß die Minister in Wien eine Schwächung der Armee in Ungarn um 8000 Mann nicht gewähren würden. Wie man aber dann in London diesen Abschlag ansehen wollte, zeigte St. John im voraus in einem Schreiben an den Herzog von Argyle in Spanien an, nämlich als eine absolute Desertion der gemeinsamen Sache. [2])

In der Wirklichkeit gestaltet sich also die Sache so, daß diese Forderung arglistig ausgedacht war, damit der voraussichtliche Abschlag derselben zu einer Anklage gegen Oesterreich dienen könne.

[1]) Bolingbroke's letters vol. I, pag. 252.

[2]) A. a. O., p. 241. Vom 12. Juni: We must look upon a refusal of them as an absolute desertion of the common cause.

Die Meinungen des Grafen Gallas bei dieser Lage der Dinge, im Juni, schwankten auf und ab. Das Gerücht meldete, daß sich das englische Ministerium des gefangenen Marschalls Tallard als Unterhändler bediene. Gallas verwarf dies Gerücht, denn, wenn es dem Ministerium Ernst sei, so könne es leicht bei Nacht seine Agenten von Dover nach Calais überbringen lassen. Daß der erste Agent, dessen sich das britische Ministerium bedient, der französische Geistliche Gautier, in seinem eigenen Hause ein- und ausging, erfuhr Gallas erst später. Noch am 7. Juli spricht er seinen Zweifel aus, ob die Gerüchte begründet seien. Es hange alles von dem Grafen Oxford ab, meint er, von der Frage, was diesem Manne persönlich als zweckmäßig erscheine.[1])

Aber die Gerüchte erneuerten sich täglich. Gallas erörtert die Gründe, die für dieselben sprechen. „Diejenigen von der jetzt herrschenden Partei der Tories, schreibt er, mögen sagen was sie wollen, so ist es doch eine ausgemachte und weltbekannte Sache, daß der größere und vornehmere Theil von ihnen niemals im Herzen willig für diesen Krieg gewesen ist. Was das Parlament in der letzten Session gethan, daß es alles hergegeben, was der Hof verlangt hat, um den wankenden Credit wieder empor zu bringen und die Subsidien zu bezahlen — das ist mehr der eigenen Reputation wegen und unter dem Drucke der Zweckmäßigkeit sich dadurch zu erhalten, als aus Neigung für die Sache geschehen. In der Wirklichkeit hassen die Tories, unter denen viele Jacobiten sind, aus natürlicher Neigung und aus ihrem Gegensatze gegen die Whigs und das vorige Ministerium, mehr die Holländer und das Haus Oesterreich als Frankreich. Sie haben schon damals gleich, nach dem Tode Carls II. von Spanien, oft und laut ausgesprochen, daß die Vereinigung der zwei Kronen in dem Hause Bourbon nicht eine Gefahr für England mit sich bringe. Marlborough und Godolphin dagegen haben den Grundsatz verkündet, daß der Wiedergewinn von Spanien an sich selber schon für England zum Heile gereiche."

„Es kommt dazu die Last der Steuern, die nach der Veranlagung von den Tories schwerer empfunden wird als von den Whigs, weil das Vermögen der ersteren hauptsächlich im Grundeigenthume besteht."

---

[1]) Bericht des Grafen Gallas vom 7. Juli.

Die Anwesenheit des Lords Raby in London hatte dann, nach der Ansicht von Gallas, den Zweck ihn völlig einzuweihen und durch ihn die friedensbegierige Partei in Holland zu gewinnen. Wir sehen also, wie der Graf Gallas durchweg das Richtige vermuthet, ohne jedoch dafür positive Anhaltspunkte beibringen zu können.

St. John verneinte dem Grafen Gallas gegenüber jegliche Sonderunterhandlung mit Frankreich. Und doch waren dann seine Reden zu anderen Personen derartig, daß sie Bedenken hervor riefen. Der aus Wien zurückgekehrte General Palmes machte ihn aufmerksam, daß die Gelegenheit günstig sei, Sicilien zu nehmen. St. John bestritt. Dann fuhr er heraus mit der Frage: „Was wissen Sie, ob nicht zur Stunde schon der Wiener Hof mit Frankreich heimlich tractirt?" — Dem savoyischen Gesandten Maffei warf er hin: „Sind Sie sicher, daß man in Holland nicht unterhandelt?" — Zu dem hannöverschen Gesandten Bothmar äußerte er sich: „Ich sage nicht, daß wir etwas vorhaben. Wenn wir es aber hätten, so thäten wir nichts Anderes als was Andere längst gethan haben." [1])

Derartige Aussprudelungen waren nicht geeignet einen Verdacht zu beschwichtigen. Aber Gallas legte den Aeußerungen St. Johns nicht ein volles Gewicht bei. Er bespricht in einem längeren Berichte die Persönlichkeiten des neuen Ministeriums. Darin führt er zunächst schwere Klage über den Grafen Oxford, der, in den heimischen Angelegenheiten bis zur Perfection bewandert, von auswärtigen sehr wenig wisse, und dennoch bei der Königin alles entscheide. Bei der Zurückhaltung desselben sei man gezwungen, sich an die zwei Staats-Secretäre zu wenden, Dartmouth und St. John. Der dritte, Queensberry, war kurz zuvor gestorben. „Der Erstere, sagt Gallas, nimmt alles zum Berichte. Mit ihm zu reden ist eben so viel wie gegen eine Mauer zu sprechen. St. John ist das völlige Widerspiel. Er geht auf alles ein, begreift gar wohl, und man kann eines formellen Bescheides von ihm her sicher sein. Aber er hat weder den Rang, noch den Credit, noch die Capacität oder Solidität, daß man auf seine Meinungen bauen oder sie sich zur Richtschnur nehmen könnte. Zudem wächst sein Hochmuth und übermäßiges Feuer von Tag zu Tag, so sehr, daß

[1]) Bericht des Grafen Gallas vom 10. Juli.

es sehr schwer ist, sich über seine eigentlichen Ideen ein sicheres Urtheil zu bilden. Dazu ist er der Ausschweifung und dem Trunke grausam ergeben, in solcher Weise, daß er sich gleichsam eine Tugend daraus macht, öffentlich zu affectiren, als seien ihm die Geschäfte eine Bagatelle, und seine Capacität und Geschicklichkeit auf einer solchen Stufe, daß er nicht nöthig habe, um jener willen sich das geringste von seinen Vergnügungen abzubrechen. Er ist ein schlechter Freund des Erzhauses, und noch mehr der Holländer. Nach seinen Reden sollte man oft meinen, daß diese Mächte von England her eher einen Krieg zu fürchten als Freundschaft zu erwarten hätten." — St. John, geboren 1678, war damals dreiunddreißig Jahre alt.

„Unter den anderen Ministern der Königin ist nicht Einer, außer dem Herzoge von Buckingham, der den Namen eines Ministers verdiente. Er hat vielen Verstand, ist jedoch spitzfindig und eigensinnig. Dazu ist er nicht derjenige, mit dem die Gesandten zu verkehren haben."

„Die hauptsächlichste Person bleibt immer der Graf Oxford. Dieser Mann steckt so voll von Künsten und Arglist, daß man tausend Histörchen von ihm erzählt, wie er Andere hintergangen hat und täglich hintergeht. Seine eigenen Freunde sagen, daß er keine größere Freude hat, als wenn er einen Streich thun kann, ohne daß man sich dessen versieht." [1]) — „Oxford hat neulich eine Stunde lang zu mir geredet, meldet der kaiserliche Resident Hoffmann, ohne daß ich dahin hätte gelangen können, in seinen Worten etwas Greifbares und Festes zu fassen." [2])

„Das ist das Ministerium der Königin von Groß-Britannien. Ueber die Principien desselben kann Niemand sich ein solides Urtheil bilden." — Ein anderes Mal bezeichnet sie Gallas ausdrücklich als der Allianz eher feindlich als freundlich gesinnt. [3])

„Der Gedankengang aber, wie er von diesen Ministern und ihrem Anhange täglich dem Volke eingeredet wird, ist wie folgt."

---

[1]) Bericht des Grafen Gallas vom 17. Juli. — Man vergleiche dazu die Charakteristik Oxfords in Lockhart's Memoirs vol. I, p. 369, wo Einzelnheiten solcher Streiche.

[2]) Bericht vom 14. August.

[3]) Im Berichte vom 31. Juli: gli ministri ed il partito dominante sono piuttosto nemici ch' amici dell' alleanza.

„Die Königin sei wie im Gefängnisse gewesen, die Kirche in höchster Gefahr, die königliche Würde usurpirt und misbraucht, das Aerar defraudirt, der Krieg nur aus Particular-Convenienz fortgeführt, und daher der Friede entfernt, den man sonst schon längst hätte haben können. — Um weiter die Bundesgenossen anzuschwärzen, so insinuirt man, daß es eine baare Unmöglichkeit sei, Spanien und Indien wieder zu gewinnen, wenn die Verbündeten sich nicht besser anstrengten. Denn das vorige Ministerium habe durch seine übele Wirthschaft und weil es an das Erzhaus und die Holländer verkauft war, England in einen solchen Zustand versetzt, daß es mit den jährlich aufzubringenden Mitteln unmöglich mehr aufkommen könne. Man habe Ungarns wegen das Erzhaus geschont. Aber dieses sei nun jenes Unheils ledig, besitze und genieße Bayern, Mailand, Mantua, Neapel und Sardinien, und doch sehe man nicht, daß ein Mehr von demselben zu hoffen. Die Holländer zögen allen Vortheil von den Eroberungen in den Niederlanden, wollten aber von einer Steigerung, noch auch selbst nur einer Erfüllung ihrer Verpflichtungen etwas wissen. Vertragsmäßig sollten sie eine gewisse Anzahl Schiffe im Mittelmeer und im Canale halten, hätten aber kaum den dritten Theil. Ihr Contingent in Spanien sei gering. Die Verbündeten gehen nur darauf aus, England auszusaugen. Das vorige Ministerium habe England theils auf 32 Jahre, theils auf 99 in Schulden gestürzt, und damit in die Unmöglichkeit gesetzt, einen abermaligen Krieg auszuhalten. Deshalb sei es erforderlich, noch zur rechten Zeit in sich zu gehen und den kleinen Rest zu sparen. Denn die Alliirten und namentlich Holland seien mehr als Frankreich zu fürchten. Wenn man sich des Handels in Amerika wegen auf einige Weise verstehen könne, so habe man nicht so viel darnach zu fragen, ob ein Habsburger oder ein Bourbon Spanien besitze. Um die geheime Friedenssache zu rechtfertigen, sagt man, daß in Wien und namentlich in Holland die geheime Correspondenz immer offen gehalten werde."

„Man wird mir dort erwidern: dies alles sei unvernünftig."

„Ich habe aber bei dem letzten Ministerwechsel selber erfahren, daß, wer der englischen Nation zutraut, daß dies oder jenes nicht geschehen werde, weil es wider die Vernunft, wider die Ehre, wider alle Billigkeit laufe, in beständiger Gefahr schwebt, sich getäuscht zu sehen. Als man damals die Veränderung des Ministeriums befürchtete, waren

Viele der Meinung, es sei unmöglich, daß Jemand wagen werde, so etwas der Königin einzurathen und zu unternehmen. Und bei alledem hat der jetzige Graf Oxford es nicht bloß der Königin eingerathen und unternommen, sondern auch vollbracht. Wenn man zur Zeit einen der Whigs, und zwar einen der Führer derselben fragt, was von dem Gerüchte einer geheimen Friedenshandlung zu halten sei, so heißt es eben so wie vor einem Jahre: es sei unmöglich, daß es Jemand wagen werde, der Königin einen Frieden mit Belassung von Spanien und Indien für den Herzog von Anjou einzurathen. Ich halte es aber für meine Schuldigkeit Ew. Majestät offen zu erklären, daß man sich auf solche Reden nicht im geringsten verlassen darf. Bei der Zusammensetzung des jetzigen Parlamentes verfügt der Hof über dasselbe. Wenn aber dies der Fall, was hat dann ein Minister zu fürchten? — Ja das jetzige Parlament ist sogar so beschaffen, daß, wenn der Hof demselben die Zügel schießen ließe, ich nicht weiß, wohinaus es noch rennen würde, und ob man nicht alles in der Welt davon zu fürchten hätte."

Dennoch gibt Graf Gallas die Hoffnung nicht auf. „Oxford, sagt er, kann sich eines Besseren besinnen. Denn, daß er ein Mann von großem Geiste und Verstande ist, das kann ihm Niemand verneinen. Und obwohl er die auswärtigen Angelegenheiten nicht genügend kennt, so ließe sich alles machen, wenn nur der gute Wille da wäre; denn dann würde es ihm auch an Wegen und Mitteln nicht fehlen. Bereits lassen die Whigs ab von dem früheren Principe, mit diesem Ministerio nichts zu schaffen zu haben, nehmen Stellen an und suchen sie."

Gallas empfiehlt daher nach Wien hin zweierlei: man möge an dies Ministerium gar keine Anforderung stellen, dagegen mit einer Thatsache aufkommen, welche die Gegner zum Schweigen bringe, indem sie den Beweis liefere, daß der König Carl unter den veränderten Umständen mehr leiste als zuvor. Für sich bat er bei dem Könige ihn abzuberufen und statt seiner eine Persönlichkeit höheren Ranges zu senden, die namentlich über die englische Hülfe für die Sache in Spanien einen bestimmten Vertrag abschließen würde. Denn der Mangel eines solchen Vertrages sei die Klippe, an welcher jede Verwendung für die Sache in Spanien scheitere.

Dazu hatte Gallas noch ein drittes Mittel zur Hand, nämlich bei der Königin eine Denkschrift einzureichen, welche, ausgehend von den früheren Parlamentsbeschlüssen, daß kein Friede ehrenvoll noch sicher sei anders als mit der Zurückstellung der gesammten spanischen Monarchie, das Aufgebot aller Kräfte zu diesem Zwecke einerseits antragen, andererseits verlangen solle. Dieses letzte Mittel wagte er jedoch nicht für sich allein anzuwenden, sondern schickte den Entwurf dazu dem Grafen Sinzendorf im Haag zur Begutachtung ein, am 17. Juli.[1])

Im Haag hatte man hier und da bereits eine bestimmtere Kunde. Weil es dem englischen Ministerium daran lag, die Friedenspartei dort für sich zu gewinnen, auch bevor der Botschafter Raby seine volle Thätigkeit in dieser Richtung entwickelte: so sandte St. John vorher einen seiner Vertrauten, Namens Herwart. Dieser machte im Haag vor denen, mit welchen er in Berührung trat, kein Hehl daraus, daß St. John und Shrewsbury einen schleunigen Frieden erstrebten, daß sie willig seien dafür dem Herzoge von Anjou Spanien und Westindien zu belassen, gegen große Vortheile für den englischen Handel.[2])

Wenn der Graf Sinzendorf im Haag solche Reden kannte, so scheint er denselben noch mistraut zu haben. Er und der Prinz Eugen beriethen den Plan des Grafen Gallas. Sie kamen überein, daß der König Carl, um zu beweisen, daß er für die gemeinsame Sache aufbiete, was in seinem Vermögen, einen nachdrücklichen Schritt thun müsse. Aber dieser Schritt könne erst geschehen nach der Ankunft Carls III. auf deutschem Boden und im nächsten Winter. Der Plan des Grafen Gallas erschien ihnen bedenklich. Er möge sich den Anschein geben, erwiderten sie, als glaube er an die Versicherung der britischen Minister, daß eine geheime Correspondenz mit Frankreich nicht bestehe.

---

[1]) Von hier an ein sehr ausführlicher Bericht des Grafen Gallas, vom 31. Juli, an Carl III., im Gräflich Clam-Gallas'schen Archive. Ich gebe denselben im Originale in Anlage III.

[2]) Robethons Bericht vom 25. Juli: Mr. d'Herwart, grand confident de Mr. de St. Jean et du duc de Shrewsbury, ne dissimule pas que ces Messieurs sont pour une prompte paix, et pour laisser au duc d'Anjou l'Espagne et les Indes, en stipulant de luy de grands avantages pour le commerce de l'Angleterre. — Stärker noch 1. August.

Gallas erwiderte, am 24. Juli: es sei ihm nicht möglich so zu verfahren, denn keiner der Minister habe ihm gesagt, daß mit Frankreich keine Correspondenz bestehe, sondern lediglich, daß die Königin nichts thun werde, ohne es ihren Bundesgenossen mitzutheilen. Eine solche Antwort schließe eine geheime Correspondenz mit Frankreich nicht aus. Ueberhaupt aber dürfe man sich auf die Antworten dieser Minister nicht verlassen. Zum Beweise dessen verwies Gallas abermals auf die Vorgänge des Jahres zuvor, wo die Königin, ungeachtet aller bei der Entlassung Sunderlands gegebenen Verheißungen, das Ministerium völlig entlassen, den Credit fast unwiederbringlich ruinirt, und dann für die Sache in Spanien nach der pomphaften Verkündigung der Thronrede und der Adressen, seit nunmehr einem Jahre kein Geld abgesendet habe. Erst damals erfuhren die Gesandten Carls III., daß von der Summe der einen und einer halben Million Pfund Sterling, welche das Unterhaus für die spanischen Angelegenheiten bewilligt, neben anderen Beträgen auch die Kosten für die geheimnisvolle Expedition nach Amerika entnommen waren. [1])

Auch mit dem Abwarten der Ankunft Carls III. auf deutschem Boden war der Graf Gallas nicht einverstanden. „Denn ich sehe, antwortete er, diese Leute hier in beständiger Bewegung, und weiß von sicherer Hand, daß sie vor der nächsten Session des Parlamentes ihren Entschluß gefaßt haben müssen, ob für den Frieden, ob für den Krieg. Verhält man sich von Seiten der Verbündeten unthätig, so steht den Ministern hier kein Hindernis entgegen, ihren Plan auszuführen, zum schweren Nachtheile für uns Andere, und zwar, wenn einmal ausgeführt, unabänderlich, wie es die Erfahrung bisher zeigt. Zugleich wird man dann Sorge tragen, in der Nation die nachtheiligsten Vorstellungen von den Verbündeten zu erregen.

„Der einzige Aufschub meiner Denkschrift, auf den ich mich einlassen kann, ist derjenige bis zum Eintreffen einer Antwort des Königs Carl, die sich bereits unterwegs befindet."

Unterdessen fanden im Haag, wo Sinzendorf auch dem Rathspensionär die Absicht des Grafen Gallas mitgetheilt, verschiedene Berathungen darüber statt. Der Rathspensionär und andere Holländer

[1]) Hoffmanns Bericht vom 14. August.

waren der Ansicht, daß, wenn geheime Verhandlungen zwischen St. James und Versailles bestünden, wie man das allerdings vermuthen müsse, dann eine solche Denkschrift, wie der Graf Gallas sie beabsichtige, dieselben nicht zerreißen, sondern eher beschleunigen würde. Dies stimmte also zu der Ansicht Sinzendorfs. „Je mehr ich die Dinge erwäge, fügte Sinzendorf hinzu, desto mehr rathe ich ab."

Bei dieser Ungewisheit legte der Graf Gallas in einem ausführlichen Berichte, vom 31. Juli, dem Könige Carl III. den ganzen Sachverhalt dar. Der Regel nach ließ er, allmonatlich, seine Depeschen durch Couriere befördern. Diesmal vertraute er sie der Post an, nicht ohne Bedenken. Das Bedenken war gerechtfertigt. Einige Wochen später kam der Graf Gallas zur Kenntnis, daß das englische Ministerium seine Depesche, vom 31. Juli, der Post entnommen, und weiter, daß einer seiner Secretäre den Chiffreschlüssel ausgeliefert hatte.[1]) Aus dieser Depesche konnten die britischen Minister ersehen, in wie weit Gallas von ihren Beziehungen mit Frankreich Kunde hatte, welche Mittel er dagegen anrieth, und endlich, daß er bei seinem Plane von Holland her nicht unterstützt wurde, sondern allein stand.

Die Einwendungen vom Haag aus bewogen den Grafen Gallas nicht, seinen Plan aufzugeben. Es sei nicht seine Absicht, erwiderte er, zu drohen. Aber es komme viel darauf an, den Reden der Minister, daß aus dem geringen Eifer und der geringen Sorgfalt des Erzhauses die Nothwendigkeit erwachse, der Fortdauer des Krieges einen schlechten Frieden vorzuziehen, rechtzeitig und nachdrücklich entgegen zu treten.[2])

Die Frage der Heimkehr Carls III.

Ungeachtet alles Dringens von Wien aus auf die Heimkehr schob unterdessen Carl III. sie fortdauernd hinaus. Am 12. Juni erklärte

---

[1]) Bericht des Grafen Gallas vom 13. October, mit dem Bemerken: „Dies ist die einzige Relation, für welche ich Besorgnis gehabt, weil sie durch die gewöhnliche Post gegangen." — Dem gegenüber sind die Bemerkungen bei Arneth, Prinz Eugen Bd. II, S. 188, die davon ausgehen, als hätten die englischen Minister sich noch anderer Depeschen bemächtigt, nicht haltbar.

[2]) Schreiben vom 4. August.

er, daß er aufbrechen werde, sobald die Nachricht seiner Wahl zum römischen Kaiser eingetroffen sei. Völlig unkundig dessen, daß zwischen St. James und Versailles verhandelt wurde, war er der Meinung: es werde gut sein, daß das Reich seine Heimkehr verlange, damit nicht die Verbündeten einen Einspruch einlegen könnten. „Denn, sagt er, sie sind noch stark der Ansicht, daß ich nicht hinaus soll.“ [1]) Von Wien aus hatte man von Anfang an verlangt, daß er die Königin mitbringe, zumal da das Ehepaar noch kinderlos war. Aber Carl III. war der Ansicht, daß, wenn auch er reise, doch die Königin noch bleiben müsse, um dadurch Catalonien zu sichern. Denn den Feldmarschall Starhemberg als Vicekönig wolle man nicht. Unverkennbar mischt sich in die Aeußerungen des jungen Königs über Starhemberg eine gewisse Gereiztheit. Es sei mit ihm nicht auszukommen, meint er, weil Starhemberg in Allem und Jedem Herr sein wolle. — Vierzehn Tage später, am 25. Juni, tritt Carl III. dem Gedanken des Aufbruches näher. „Ich eröffne Euch also, schreibt er an Wratislaw, im Vertrauen meine Meinung, nämlich die Königin für jetzt hier zu lassen, damit ich desto geschwinder die Reise zu Wasser und zu Lande ausführen kann. Es wird sich dann nachher die Gelegenheit finden, die Königin nachkommen zu lassen, wenn man nur dadurch nicht den Verbündeten noch mehr Motive an die Hand gibt, Spanien preis zu geben, unter dem Vorwande, daß ich es selber zuerst verlassen habe. Dies muß auf alle Weise verhütet werden, wie Ihr darüber ja meine Meinung wißt.“

Wratislaw dagegen erneuerte unablässig sein Andringen auf die Ueberkunft Beider, des Königs und der Königin. Er wies hin auf den zerrütteten Zustand der Erblande in Folge des langen Krieges, auf die Schwierigkeiten der Kaiserwahl. Zwar sei der endliche Ausgang derselben nicht zweifelhaft; aber die Bedingungen derselben von Seiten der Kurfürsten seien im Steigen. Die Königin müsse mitkommen. Ueber die Stimmung in Catalonien enthalte er, Graf Wratislaw, sich des Urtheils: auf die Meinung der Seemächte jedoch habe der König keine Rücksicht zu nehmen. In derselben Unkunde wie Carl III. über

[1]) Von hier an die eigenhändige Correspondenz des Königs und Wratislaws, herausgegeben von Arneth, S. 181 u. f.

die Anknüpfungen zwischen St. James und Versailles, kommt doch Wratislaw zu einem ganz verschiedenen Ergebnisse. Je indifferenter, meint er, Carl III. sich in Betreff Spaniens erzeige, desto eher werden die Seemächte es ihm geben wollen, wo sie zur Zeit, während er Eifer für Spanien beweise, ihm die ganze Last des Krieges dort aufzuwälzen suchen.

Die Wünsche in Wien und namentlich auch des Prinzen Eugen für die Rückkehr des Königs Carl wurden dringender von Tag zu Tag. Gegen das Ende des Monates Juli entsendete der Prinz Eugen den General Althann nach Barcelona, mit der inständigen Bitte, die Reise nicht länger aufzuschieben. Schon vor der Ankunft Althanns, am 31. Juli, überwogen bei Carl III. die Gründe für die Reise. Er erkannte sie nunmehr als höchst nöthig an, so wie die Gründe Wratislaws dafür als durchschlagend. Dann jedoch rechtfertigt er sich. Erstlich, sagt er, wäre ein sofortiger Aufbruch wie ein Preisgeben Spaniens erschienen. Es folgt der zweite Grund, mit seinen Worten: „Wenn ich auch wollte, kann ich nicht gehen, wenn mich die Flotte nicht hinüber führt. Diese hat, wie Argyle selbst gesagt hat und wie ich auch von anderer Seite her erfahre, positive geheime Befehle, gegen meine Ueberfahrt nach eingelaufener Nachricht der Wahl keine Schwierigkeit zu erheben, jedoch, wenn ich die Königin mitnehmen wolle, weder sie noch mich hinüber zu führen. Deshalb und aus den anderen Gründen, die ich früher gemeldet, kann ich nicht anders als die Königin zur Zeit hier lassen.“ [1]) Carl III. hebt dann namentlich wieder die Stimmung der Catalonier hervor, welche die Abfahrt ihrer beider nicht gestatten, sich vielmehr dagegen erheben würden.

Indem dieser Grund, die Stimmung der Catalonier gegen eine Abreise des königlichen Paares, offen vor Augen lag, keimte bei Carl III. nicht der Verdacht, daß die Befehle für den britischen Admiral Jennings aus einem anderen Boden erwachsen sein könnten als auf dem des aufrichtigen Festhaltens an der Allianz. Er dachte sich vielmehr, wie jene Worte zeigen, in Betreff des Verbleibens der Königin wie in einen freiwilligen Entschluß hinein.

---

[1]) Arneth, Eigenhändige Correspondenz u. s. w., S. 195.

Um so weniger konnten seine Gesandten vor dieser Nachricht über die dem englischen Admiral Jennings zugegangenen Befehle wissen, wie eigentlich die Sache stand. Der Graf Gallas in London führte seinen Entschluß, eine Denkschrift einzureichen, aus am 9./20. August, auf Grund des Auftrages von Barcelona vom 11. Juni, aus einer Zeit also, wo Carl III. meinte, es hange frei von seinem Entschlusse ab die Königin mitzunehmen oder in Barcelona zu belassen. Dies ist für die Denkschrift des Grafen Gallas gewichtig. Sie lautet wie folgt.[1])

„Indem Se. katholische Majestät sich in der Nothwendigkeit befindet, sich nach Deutschland zu begeben, wo Ihre Gegenwart unerläßlich, glaubt der König keinen stärkeren Beweis seiner Verpflichtungen gegen Ew. Majestät und seines Eifers für die gemeinsame Sache erbringen zu können, als erstlich durch das Erbieten die Königin in Catalonien zu belassen, und zweitens durch die Versicherung für Ew. Majestät, daß er bei seiner Ankunft in seinen Erblanden alle Sorgfalt aufbieten wird, um gegen den gemeinsamen Feind mit mehr Nachdruck als bisher handeln zu können. Se. katholische Majestät wünscht sogar, daß, wenn ein noch kostbareres Pfand in seiner Macht ist als dasjenige, welches er zum Beweise seiner ehrlichen Absichten darbietet, Ew. Majestät es ihm anzeigen mögen, weil es nichts gibt, wozu seine katholische Majestät sich nicht bereit erklären würde, wenn es darauf ankommt zu zeigen, daß der König niemals Spanien aufgeben, und daß er seine äußersten Anstrengungen aufbieten wird, damit man sobald wie möglich zu einem ehrenhaften und guten Frieden gelange auf Grund der Gedanken, welche Ew. Majestät so oft ausgesprochen, und welche den Präliminarien (von 1709) einverleibt sind. Denn dieser Präliminar-Vertrag, welcher die spanische Monarchie Sr. katholischen Majestät als dem rechtmäßigen Souverain zuspricht, und feierlich erklärt, daß, wenn nicht, die Freiheit Europas gegen die übergreifende Macht des Hauses Bourbon niemals gesichert sein kann, muß ja das Fundament des allgemeinen Friedens sein."

„Da jedoch Se. katholische Majestät von der gütigen Gesinnung Ew. Majestät für ihn überzeugt ist, so wie von Ihrer bekannten

[1]) Ich gebe die zwei Actenstücke in wörtlicher Uebersetzung.

Einsicht und Gerechtigkeit, welche gerechten Tadel gegen ihn erheben würde, wenn er, bei der Trennung von der Königin, nicht alle erforderlichen Maßregeln träfe, um sie gegen jegliche Gefahr sicher zu stellen, und namentlich vor derjenigen in Barcelona belagert zu werden, wie es im nächsten Herbste oder Winter unfehlbar geschehen wird, wenn nicht die Angelegenheiten dort auf einen besseren Fuß gestellt werden, als sie es bisher in diesem Jahre gewesen sind — : so hat der unterzeichnete außerordentliche Gesandte Sr. katholischen Majestät den Befehl Ew. Majestät unterthänigst zu bitten, wie es mit dem tiefsten Respecte durch die gegenwärtige Denkschrift geschieht, daß Ew. Majestät geruhen wollen ihm kund zu thun, ob Ew. Majestät es angemessen finden, daß der katholische König seine Gemahlin in Barcelona belasse, und welche Verfügungen getroffen sind, dem Unglücke zu begegnen, welches, wenn nicht Gegenmittel bereitet werden, die Angelegenheiten in Spanien bedroht."

„Ferner hat er den Befehl Ew. Majestät vorzustellen, daß, da der übele Zustand, in welchem sich die Angelegenheiten in Spanien zur Zeit befinden, dem Dienste Ew. Majestät sowohl als demjenigen der gemeinsamen Sache zum Nachtheile gereicht, das geeignetste und sicherste Mittel, um das Ganze wieder auf einen guten Fuß zu bringen, sein würde der Befehl Ew. Majestät einen Plan zu entwerfen, der Ihre Intentionen kund gäbe, und der die Grundlage böte für eine Uebereinkunft, die allen Betheiligten als Richtschnur zu dienen hätte, so daß fortan alles in besserer Ordnung vor sich gehen würde. Die Zahl der Truppen dort ist nie sehr beträchtlich gewesen, und, wenn auch die feindliche Armee ein wenig zahlreicher ist, so ist dagegen diejenige der Verbündeten ihnen an Qualität so sehr überlegen, daß, wenn die Dispositionen getroffen wären, oder auch noch rechtzeitig getroffen würden, die Gelegenheit niemals so günstig wie jetzt gewesen ist, sehr beträchtliche Erfolge in Spanien zu erringen. Wenn man sich über dieselben wohl verständigte und sie ausnutzte mit aller erforderlichen Vorsicht und doch dem rechten Nachdrucke, so würden sie nicht wieder dem unglücklichen Umschlagen wie in den Jahren zuvor ausgesetzt sein."

„Die Befehle, kraft deren der unterzeichnete Minister das Vorstehende Ew. Majestät vorzutragen die Ehre hat, sind bereits vom 11. Juni datirt und erst so spät deshalb eingetroffen, weil sie nur die

Duplicate von Depeschen sind, die der Courier am 16. Juni hat ins Meer werfen müssen. Ew. Majestät können daher leicht beurtheilen, mit welcher Ungeduld Se. katholische Majestät eine Antwort erwartet. Der unterzeichnete Minister, der den Befehl hat einen Courier damit zu entsenden, hofft, daß Ew. Majestät ihn baldigst damit beehren werden, und zwar mit einer solchen, wie Se. katholische Majestät sie bei dieser wichtigen Conjunctur erhofft."

Gallas überreichte seine Denkschrift dem Staats-Secretär St. John, und empfahl sie sowohl diesem als dem Grafen Oxford. Sie erwiderten: die Königin stimme zu, und auch die Minister alle seien der Meinung, daß die Sache in Catalonien auf einen anderen Fuß gesetzt werden müsse. Es sei besser, daß alles dort dem Commando eines Generals des Königs unterstehe, und daß die Königin, sich selber nur als Hülfsmacht betrachtend, Carl III. die Direction überlasse. Eben so gab dann Buckingham sich kund. Er behauptete, daß auch Argyle sich so geäußert habe. „Ich muß ihm die Gerechtigkeit widerfahren lassen, fügte Buckingham hinzu, dies anzuerkennen. Vielleicht wünscht er dabei, daß die Wahl auf ihn selber falle; aber wir kennen allzu sehr das Verdienst Starhembergs, als daß an Argyle zu denken wäre." [1])

Die Reden dieser Minister, die seit Monaten sich mit der Frage beschäftigten, wie sie durch das Preisgeben der Sache Carls III. in Spanien die möglichsten Vortheile für England erringen könnten, hatten eben darum nur den Zweck, den Vertreter Carls III. irre zu führen.

Auch die Antwort auf die Denkschrift ließ nicht auf sich warten. Sie erfolgte, abgefaßt von St. John in der ihm eigenen Ausdrucksweise, bereits am 11./22. August. Sie lautet wie folgt.

„Die Königin hat seit dem Beginne dieses Krieges alles was von ihr abhing, gethan, um ihn mit Nachdruck zu führen. Sie ist großmüthig genug gewesen, niemals ihr besonderes Interesse ins Auge zu fassen, nicht ihre Ausgaben zu beschränken auf die Forderungen der Verträge, nicht zu verlangen, daß, bei einer Anzahl von Gelegenheiten, die Leistungen ihrer Verbündeten in ein richtiges Verhältnis gebracht würden mit den ihrigen, oder mit dem Maße, wie es die

[1]) Bericht des Grafen Gallas vom 20. August.

Vernunft forderte, und wie jene vielleicht im Stande waren sie auf sich zu nehmen."

„Spanien ist seit sieben Jahren der Schauplatz eines sehr lebhaften Krieges gewesen, dessen Wechselfälle oft wandelbar, dessen Ausgaben oft maßlos, und dessen Last fast völlig von der Königin getragen wurde."

„Ihre Majestät hat jedoch sich nicht zurückschrecken lassen. Im Gegentheile hat sie in dem laufenden Jahre, außer den vier Bataillonen, die der verstorbene Kaiser hergegeben, auf eigene Rechnung so viele Truppen nach Catalonien führen lassen, daß die Armee Sr. katholischen Majestät, ungeachtet der Verluste des vorigen Feldzuges, sich an Zahl derjenigen des Feindes fast gleich befindet, an Qualität überlegen. Der größere Theil der Summen, welche das Parlament für das gesammte Jahr bewilligt hat, ist bereits geliefert worden, der geringe Rest soll zu seiner Zeit übermacht werden."

„So groß diese Leistungen, hat die Königin sich damit nicht begnügt. Gemäß der Antwort, welche, nach Befehl Ihrer Majestät, auf die Denkschrift des Grafen Gallas vom 28. Januar 8. Februar gegeben worden ist, sah die Königin voraus, daß bei dem Stande der Angelegenheiten des katholischen Königs, alles was sie thun konnte, fruchtlos sein würde, so lange es dem Allerchristlichsten Könige frei stand, seinem Enkel Hülfe zu schicken, und daß das einzige Mittel, welches sofort und unfehlbar dem Könige von Spanien Erleichterung verschaffen müsse, bestehe in einem nachdrücklichen Angriffe auf Frankreich von der Seite Italiens her. Darum befliß sich die Königin frühzeitig alle Hindernisse hinweg zu räumen, die bis dahin den Herzog von Savoyen gehindert hatten, sich an die Spitze seiner Armee zu stellen, ferner ihm die ordentlichen und außerordentlichen Subsidien zu reichen, und alle erforderlichen und von ihr abhangenden Maßregeln zu treffen, um ihm vor dem Ende des Feldzuges eine Verstärkung von Truppen zu senden, in der gewissen Ueberzeugung, daß dann Se. königliche Hoheit die Winterquartiere westwärts der Alpen nehmen würde. Die Ereignisse in Savoyen ergeben augenscheinlich, daß das Project nicht unzweckmäßig war. Und aus diesem Grunde sieht Ihre Majestät mit um so mehr schmerzlichem Bedauern, daß die 8000 Mann, welche allein fehlten, um den Plan zur Ausführung zu bringen, nicht kommen

werden, obwohl diese Absendung ein Zuwachs von Ausgaben für Ihre Majestät gewesen wäre, gemäß den Erbietungen, die ihr Minister, Herr Whitworth, nicht ermangelt haben würde, in Wien zu machen, wenn er wahrgenommen hätte, daß es nur von einem Mehr oder Weniger abhinge, das Corps in Marsch zu bringen."

„Die angeführten Einzelnheiten sind eben so viele Beweise des Wunsches, den die Königin immer gehegt hat, die spanische Monarchie aus den Händen des Hauses Bourbon zu nehmen, um sie dem Hause Oesterreich zu übergeben. Und wie immer der Krieg ausschlage, die Königin hat in keiner Weise zu fürchten, daß die jetzige Mitwelt oder die Nachwelt ihr einen Mangel darin beimessen wird."

„In Betreff des Erbietens, welches Se. katholische Majestät machte, die Königin, seine Gemahlin, in Catalonien zu belassen, während er sich nach seinen Erblanden begibt, und über welches Erbieten man das Gutachten der Königin verlangt, antwortet Ihre Majestät, daß sie diese Frage als zu wichtig und zu delicat betrachtet, als daß irgend Jemand sonst sie entscheiden könne als der katholische König selbst."

„Um es kurz zu sagen, die Königin wünscht nichts so sehnlich als die Angelegenheiten in Spanien gelingen und die Maßregeln so getroffen zu sehen, daß man nicht mehr solchen unheilvollen Wechselfällen wie in den Vorjahren ausgesetzt ist. Mit außerordentlicher Freude hat die Königin vernommen, daß Se. katholische Majestät entschlossen ist, nach der Rückkehr in seine Erblande, alle Sorgfalt aufzuwenden, um mit mehr Nachdruck als bisher gegen den gemeinsamen Feind zu handeln. Aber bei der dringenden Nothwendigkeit, daß für die künftigen Operationen des Krieges in Spanien ein Plan entworfen werde, hofft die Königin, daß Se. katholische Majestät diese Mühe auf sich nehme. Denn der König als an Ort und Stelle, und in voller Kenntnis seiner Interessen, so wie seiner stark angewachsenen Kräfte, und der gegenwärtigen Lage des Königreiches, vermag dies besser als irgend ein Anderer. Die Königin wird mit Ungeduld diesen Plan erwarten, um zur rechten Zeit mit ihren guten Verbündeten die Ausführung zu vereinbaren."

Die Antwort zeigt, daß der Vorwand, mit welchem St. John in späterer Zeit den nachherigen Frieden von Utrecht zu entschuldigen

ſuchte, das Schreckbild einer überwachſenden Macht des Habsburgers Carl, damals noch nicht gefunden war oder noch nicht zur Anwendung kam. Das britiſche Miniſterium gab ſich noch den Schein, als ſei es für die Behauptung der Sache des Königs Carl in Spanien, wo es über die Ceſſion Spaniens an Philipp V. mit Frankreich nur noch nicht zum Abſchluſſe gekommen war. Auch die andere Unwahrheit, daß die Königin Anna dem Könige Carl allein die Entſcheidung anheim ſtelle, ob er die Königin Eliſabeth mit ſich nehmen wolle, wo doch der engliſche Admiral Jennings den ſtricten Befehl hatte, die Königin Eliſabeth nicht hinüber zu führen, lag dem Grafen Gallas nicht offen vor Augen. Und doch fällte er auch ſo ſein Urtheil, daß die Antwort, unbedeutend und nichts ſagend,[1]) keine Gewähr des Schutzes für die Königin, dagegen nur Kunſtgriffe des Ausweichens vor jeder poſitiven Verpflichtung enthalte. Er ſchrieb aufs neue an St. John, daß jene Antwort oder gar keine gleichbedeutend, und verlangte ein poſitives Verſprechen für die Sicherheit der Königin in Catalonien. Die Erwiederung St. Johns prägte abermals das Beſtreben aus, alle Schuld in Spanien auf vorgebliche Unterlaſſungen des Erzhauſes zu ſchieben, ſo wie dem Könige Carl allein den Krieg dort zuzuwälzen. Das Verlangen für die Sicherheit der Königin Eliſabeth in Barcelona, ſagte er, komme der Königin von Groß-Britannien ganz unerwartet. Sie habe Truppen in Spanien, eine Flotte im Mittelmeere, welche der feindlichen überlegen, und die Commandanten derſelben ſeien ausgeſtattet mit Inſtructionen, entſprechend den früher kund gegebenen Wünſchen Carls III. Die Königin ſehe mit Ungeduld dem Plane des künftigen Feldzuges entgegen. Das Schreiben ſchließt mit den Worten: „Si cependant la sûreté de la personne de la Reine d'Espagne demanderait un renfort immédiat des troupes, S. M. souhaiterait fort d'en avoir à portée pour y envoyer. Mais Elle croit que ce qui Lui serait en ce cas impracticable, ne peut pas manquer d'être facile au roi d'Espagne, dont les états sont depuis peu fort augmentés, et qui a en Italie un corps de troupes très-considérable.“[2])

---

[1]) Insipida ed insignificante.

[2]) Bericht des Grafen Gallas vom 11. September.

Fortsetzung der geheimen Friedenshandlung.

Unterdessen rückten die geheimen Unterhandlungen zwischen dem britischen Ministerium und Frankreich näher, und nahmen zugleich einen anderen Charakter an.

Wir haben vernommen, daß seit dem Monate Juni der Diplomat Prior sich in Paris befand, um über die Vortheile zu unterhandeln, welche das britische Ministerium für die Preisgebung der Sache Carls III. in Spanien zu erlangen hoffte. Er zeigte dort seine Vollmacht vor, die, lediglich mit der Unterschrift der Königin, nicht derjenigen eines Ministers versehen, nur die Worte enthielt: „Herr Prior ist vollaus unterrichtet und autorisirt an Frankreich unsere Präliminar-Bedingungen kund zu geben und uns die Antworten von dort her zu überbringen.“[1])

Die Fassung dieser Instruction zeigt, wie dem Prior die Hände gebunden waren. Das britische Ministerium verlangte auf bestimmte Vorschläge bestimmte Antworten. Ein solches Verfahren hätte der Machtstellung Englands gegenüber Frankreich entsprechen können, so lange jenes sich mit seinen Bundesgenossen einig wußte. Aber diese Zeit war vorüber. Nachdem das britische Ministerium die Sonderunterhandlung mit Frankreich gewünscht und erbeten hatte, lag es in der Natur der Verhältnisse, daß es zwar zunächst für seinen Verrath an der allgemeinen Sache besondere Vortheile für England ausbedingen durfte, zugleich jedoch auch, daß die Gewährung, sowie überhaupt die Entscheidung auch in allen anderen Fragen bei dem in Folge des Verrathes wieder übermächtig gewordenen Frankreich stand. Damit war die Form der Verhandlung, an welche Prior durch seine Instruction sich binden mußte, wenig vereinbar. Nachdem die Sache sich einige Wochen hingezogen, faßte Ludwig XIV. einen Plan, der seinen Absichten wie der wirklichen Sachlage besser entsprach. Er verlangte einen Mann seines Vertrauens nach London zu senden, der direct mit den britischen Ministern unterhandeln würde. Der Forderung war bei

---

[1]) Mémoires de Torcy t. III, p. 39. Es ist daran zu erinnern, daß das im Jahre 1715 zur Untersuchung niedergesetzte Comité des Unterhauses über diese erste Zeit der Unterhandlung fast gar keine Schriftstücke vorgefunden hat.

dem Stande der Sache nicht auszuweichen. Ludwig XIV. wählte den früheren Kaufmann Mesnager, dessen scharfe Beobachtungsgabe und Gewandtheit er oft erprobt. In der zweiten Hälfte des Monats August traf Mesnager mit zwei Begleitern, Prior und Gautier, in London ein.[1])

Beiderseits wollte man das tiefste Geheimnis beobachten. Aber das Gerücht von einer längeren Abwesenheit Priors in Frankreich hatte auch das andere zur Folge, daß er für die geheime Friedenshandlung verwendet werde. Eines Tages trat Gallas an Oxford mit der directen Frage heran: „Was ist es mit der Reise des Prior?“ — Oxford antwortete trocken: „Die Königin wird in der Friedenssache nicht anders handeln, als in Gemeinschaft mit ihren Verbündeten.“ — Dann fügt Gallas seinem Berichte hinzu: „Aber so groß auch seine Unbefangenheit und Falschheit ist, so zeigte doch seine Haltung dabei einige Verwirrung und Kränkung, und um jedem neuen Angriffe auszuweichen, nahm er sogleich eine Gelegenheit wahr, sich zu wenden und mit Anderen zu reden.“[2])

In ähnlicher Weise stellte Gallas den Staats-Secretär St. John. Dieser erwiederte: „Derartige Gerüchte stammen von unseren Stock-Jobbers, zum Zwecke des Steigens oder Sinkens der Papiere. Sie dürfen sicher sein, daß die Königin nichts gegen ihre Verpflichtungen thun wird, sei es in Betreff des Krieges oder des Friedens.“ — Die Redewendungen St. Johns waren dem Grafen Gallas nicht mehr neu: er hatte sie zuvor in der officiösen Zeitung St. Johns, dem Post Boy, gelesen, in einem Briefe aus dem Haag, vom 28. August. In demselben Briefe fanden sich dann die Worte: „Wir vernehmen auch, daß Frankreich, um Groß-Britannien zum Frieden zu bewegen, zur Sicherung des Südsee-Handels vier Hafenplätze an der Küste von Chili und Peru angeboten hat. Aber alles vergeblich: Groß-Britannien hat gegen die klangreichen Töne jener verlockenden Sirene nur taube Ohren.“[3])

---

[1]) Mémoires de Torcy t. III, p. 40 et suiv. Er nennt 18. August.

[2]) Bericht vom 11. September: Ma per grande che sia la sua disinvoltura e doppiezza, il di lui comportamento monstrò qualche cosa di confuso e di mortificato, e per schivarsi d'ogn'altro mio attacco, prese subito l'occasione di voltarsi a parlar con altri.

[3]) Bericht des Grafen Gallas vom 11. September.

Unterdessen saß Mesnager in London und verhandelte mit St. John und Shrewsbury und anderen britischen Ministern die Concessionen, die Ludwig XIV. für den Frieden gewähren wollte.

Der Graf Gallas hatte davon wenigstens äußerliche Kunde, obwohl er anstatt des Mesnager den Abbé Polignac vermuthete. Auch wußte er, daß die Abtretung von Gibraltar und Port Mahon der hauptsächliche Preis sei, den Philipp V. zahlen würde. Aber es drängte sich ihm dann die Frage auf, ob überhaupt der Plan des Ministeriums gelingen könne.

„Diese Minister hier, meldet Gallas am 11. September, spielen ein seltsames und großes Spiel. Dagegen muß ich jedoch bemerken, daß bisher noch Niemand von den Häuptern der Whigs, sei es aus eigener Neugier, oder um mir unter der Hand einiges Licht zu geben, zu mir gekommen ist.“ — Statt dessen stieß Gallas wiederholt bei Whigs und anderen auf eine erstaunliche Unkenntnis. Er redete mit L'Hermitage, der, obwohl nicht eigentlich Gesandter der Generalstaaten, wie ein solcher angesehen wurde. L'Hermitage hielt die geheime Friedenshandlung für undurchführbar, für bereits gefallen. Godolphin war ähnlicher Ansicht. Diesem theilte daher Gallas alle seine Wahrnehmungen mit und berichtete, daß er im Haag auf die Nothwendigkeit eines Gesandten hingewiesen, in Wien auf die Sendung einer Persönlichkeit von erstem Range. Godolphin billigte das sehr. Die Frage jedoch, ob anzunehmen sei, daß der Hof das Parlament zur Verfügung haben werde, den Frieden so zu bewilligen, wie die Minister zur Zeit vereinbarten, verneinte Godolphin. „Sie werden sehen, sagte er, welche Stellung Marlborough in der nächsten Session einnehmen wird. Viele Tories warten nur darauf, daß Oxford einen falschen Schritt thue.“ — „Dies sind, fügt Gallas kritisirend hinzu, Einwände ähnlicher Art, wie sie auch im vorigen Jahre bei der Veränderung des Ministerii erhoben worden sind. Oxford und die Anderen sind, unbekümmert darum, ihres Weges gegangen, und so, fürchte ich, werden sie es auch dies Mal thun.“ [1])

Daß viele Engländer in Unkenntnis blieben, war zu einem nicht geringen Theile die Folge der Künste Oxfords, der mit einer erstaunlichen Fertigkeit bald dieses, bald jenes Gerücht empor wachsen ließ.

[1]) Bericht des Grafen Gallas vom 11. September.

Eines Tages trat er zu dem Residenten Hoffmann und redete von einer neuen Liga, die sich zu bilden habe zwischen dem Kaiser, England, der Republik und den vier vorderen Reichskreisen, nicht bloß zur Fortsetzung des Krieges, sondern auch zum Zwecke des Friedens. Man müsse sich dann mit dem neuen Kaiser, dessen Entwurf über den Krieg in Spanien er mit Verlangen erwarte, darüber verständigen. Der Resident fragte, wie sich zu einem solchen Plane die Sendung Priors nach Paris verhalte. Oxford antwortete: es sei allerdings richtig, daß Frankreich sich in London wegen des Friedens angemeldet. Auch habe man angehört, um eine directe Kunde zu bekommen, und nicht immer von fremder Discretion abzuhangen. Seitdem aber sei die Sache völlig gefallen. Wenn es jemals zu etwas Rechtem kommen solle, so werde man die Sache nach dem Festlande hinüber geben. „Ihr werdet zu seiner Zeit, sagte Oxford wörtlich, den Frieden jenseit des Meeres zu tractiren haben, und wir werden uns begnügen, einigermaßen der Canal des Friedens zu sein, während man uns früher völlig auszuschließen gesucht hat.“ [1])

Obwohl das Unwahre in dieser Rede Oxfords überwiegt, so ist doch auch, wenn auch verzerrt, die eigentliche Absicht ausgesprochen: im Geheimen werden in London zwischen England und Frankreich die Grundzüge des Friedens festgestellt, die dann in einem Congresse auf dem Festlande zur weiteren Ausführung gelangen werden.

Es fragt sich zunächst, welche Einwirkung im Laufe dieses Jahres die verschiedenen Feldzüge gehabt hatten.

Die Verwickelung im Osten und deren einstweilige Lösung.

Der Zorn des Czaren Peter I. gegen Ludwig XIV., der durch Desalleurs in Constantinopel für die türkische Kriegserklärung wider ihn hatte arbeiten lassen, während er dem Czaren selber die Vermittelung des Friedens mit Carl XII. in Aussicht stellte, war bei der Ankunft in Polen noch in voller Kraft. Demgemäß war Peter I. auch sehr wenig geneigt für Franz Rakoczy, der für das Angebot jener Vermittelung gedient hatte. Dennoch gelang es der Beredsamkeit des

[1]) Bericht des Grafen Gallas vom 18. September.

Rakoczy, den Czaren völlig wieder zu gewinnen, so sehr, daß Peter I. und August II. Wohnung nahmen auf den Jaroslaw'schen Gütern, die Ludwig XIV. für Franz Rakoczy gekauft hatte. Dort wurden viele Plane erwogen, die für Westeuropa nicht den Frieden bezweckten.

Zunächst hoffte man, den Czaren von dem bevorstehenden Türkenkriege dennoch frei machen zu können. Rakoczy erzählt, daß er den Vorschlag gemacht, eine Persönlichkeit seines Vertrauens nach Constantinopel zu entsenden, die dort mit schweren Geldsummen die Kriegslust dämpfen würde. Der Czar ging ein und bewilligte die Wechsel zur Deckung jener Summen.[1])

Ferner erklärte sich Peter I. bereit die Vermittelung Ludwigs XIV. für seinen Frieden mit Carl XII. anzunehmen. Er versprach dagegen die seinige für den Frieden Frankreichs mit dem Kaiser und den anderen Verbündeten. Er war bereit ein Schutz- und Trutzbündnis mit Frankreich einzugehen, und kraft desselben die Ungarn mit aller Macht zu unterstützen. Um alle diese Erbietungen zu bekräftigen, wollte der Czar seinen Secretär Wolgow nach Paris entsenden.[2])

Auch August II. von Sachsen-Polen kargte nicht mit Erbietungen, die er durch Rakoczy an Ludwig XIV. gelangen ließ. Er sei bereit mit diesem Könige in eine enge Verbindung zu treten, wenn nur dieser auch sich in bestimmter Weise über seine Wünsche ausspreche. August II. selber ließ es an dieser Bestimmtheit nicht fehlen. Er wolle, sagte er, seine Truppen aus der Armee der Verbündeten in den Niederlanden zurückziehen, wenn der König von Frankreich für ihren Unterhalt beitragen werde, ob in Sachsen, in Polen oder anderswo. Er verspreche mit dem Czaren und dem Könige von Dänemark sich zu vereinigen, um mit bewaffneter Hand die Vermittelung eines allgemeinen Friedens durchzusetzen. Wie der Czar zu diesem Zwecke in Ungarn, so werde er in die Reichsländer eindringen. Wenn der König von Frankreich stärkere Beweise der Aufrichtigkeit verlange, mit welcher August II. für das Interesse Frankreichs eintreten solle, so wolle er, August II., von Stund an mit Ludwig XIV. eine Art geheimer Neutralität zwischen seinen Truppen in der Armee der Verbündeten und den französischen

---

[1]) Mémoires du prince Fr. Rakoczy p. 153.

[2]) Fiedler, Bd. I, S. 32.

eingehen, nämlich so, daß der König von Polen dem General seiner Truppen dort untersagen würde, sich bei einer Unternehmung von Bedeutung gegen die französische Macht mit einzulassen, also Antheil zu nehmen an Schlachten, Belagerungen und dergleichen. Auch sei er sogar bereit, im Falle einer Wahl der ungarischen Stände die Krone dieses Landes anzunehmen. [1])

Nach einem anderen Berichte schlug Rakoczy dem Könige August vor, den sächsischen Kurprinzen zum römischen Könige erwählen zu lassen. Zu diesem Zwecke müsse Ungarn dem Hause Oesterreich genommen, dagegen als Kurfürstenthum dem Reiche einverleibt und immer dem erwählten römischen Könige, wenn er nicht ausreichende Erbländer zur Aufrechthaltung seiner Würde besitze, zu diesem Zwecke überwiesen werden. [2])

Um alle diese Entwürfe und Einzelnheiten geheim zu halten, kamen die drei Häupter, der Czar Peter, August II. und Franz Rakoczy, überein, daß der letztere unabläßig seinen Wunsch kund zu geben habe, bei dem Kaiserhause wieder in Gnaden zu kommen, jeden wirklichen Schritt dazu jedoch unterlassen solle.

So weit der Plan. Die Ausführung hing jedoch von verschiedenen Bedingungen ab. Die erste war die Geneigtheit Ludwigs XIV. sich darauf einzulassen. Der russische Secretär Wolgow, ausgestattet mit den Briefen jener zwei Souveräne, begab sich nach Paris, und bestätigte dort durch Wort und Schrift alles was in ihrem Namen Rakoczy hatte vorbringen lassen. [3])

Die Anträge, die zugleich auch auf anderen Wegen nach Versailles gelangten, eröffneten der französischen Politik noch eine neue Aussicht, neben derjenigen der geheimen Unterhandlung mit dem britischen Ministerium, die Allianz der Gegner zu zersprengen. Andererseits war man nicht ohne Bedenken in Betreff der Zuverläßigkeit oder der Leistungsfähigkeit dieser neuen Freunde. Der Czar Peter I. genoß, auch noch nach Pultawa, nicht das Ansehen, in welchem, nach dem Ablaufe von fast zwei Jahrhunderten, die Nachwelt allzu leicht geneigt ist, ihn an-

---

[1]) Fiedler, Bd. I, S. 33.

[2]) A. a. O., Bd. II, S. 11.

[3]) A. a. O., Bd. I, S. 242. Bericht des Vetes vom 6. August.

zuschauen. Während er das höchste Gewicht darauf legte, von Ludwig XIV. als gleicher gewürdigt zu werden, hielt dieser ihm gegenüber fest an Kundgebungen der eigenen Superiorität. Als der Agent Rakoczys in einem Schriftstücke den Ausdruck gebrauchte: „Le roi se fait l'honneur de s'allier avec le czar" — erhielt er das Schriftstück zurück mit der Veränderung: „Le roi se fait le plaisir de s'allier avec le czar."[1])

Stärker waren die Bedenken gegen eine Bundesgenossenschaft mit August II. von Sachsen-Polen. Nach der üblichen Weise deutscher Reichsfürsten bei ihren Anträgen in Versailles forderte er zunächst Geld. Man hielt die Erschöpfung des königlichen Schatzes entgegen, die nicht gestatte sich zu neuen Zahlungen zu verpflichten. Ein anderes Bedenken erwuchs aus der Erinnerung an das Jahr 1701, wo August II. mit Ludwig XIV. darüber verhandelt hatte, für französisches Geld in die kaiserlichen Erblande einzubrechen. (Man vergleiche Band IX, S. 8, 40, 177.) Nach der Darstellung der Franzosen hatte August II. damals zugleich mit dem Kaiser verhandelt, und wäre nahe daran gewesen, von Frankreich eine bereits angewiesene hohe Summe zu erhalten, wenn Ludwig XIV. nicht noch in der letzten Stunde Kenntnis der Doppelzüngigkeit erlangt hätte. Dieser Versuch des Prellens hatte August II. in Versailles etwas discreditirt.[2])

Darum jedoch wurden die Anträge nicht zurückgewiesen. In der Voraussicht dessen hatte August II. bereits gehandelt. Sein Befehl an seinen General Kanitz in den Niederlanden mit den sächsischen Truppen den Rückmarsch anzutreten, war datirt zu Leipzig am 3. Mai und traf im Hauptquartiere ein am 11. Mai.[3]) Hier jedoch fand der Befehl, der ohne Vorwissen der zahlenden Mächte England und Holland erlassen war, den entschiedenen Widerstand Marlboroughs. Vielmehr forderte er die Ergänzung des ausbedungenen Corps durch Nachschub von Rekruten.

August II. mußte den Befehl fallen lassen, aber es blieb die Ungewisheit, wie lange man der Truppen sicher sein könne. Und eben dasselbe galt dann von den Truppen des Bundesgenossen jener zwei Häupter, des Königs von Dänemark.

---

[1]) Fiedler, Bd. I, S. 242.

[2]) A. a. O., S. 243. Petes' Bericht vom 6. August.

[3]) Murray vol. V, p. 342. Marlborough an St. John, 14. Mai.

Auguſt II. und der Czar Peter drängten im Haag ferner auf die Errichtung der Neutralitäts-Armee, deren Zweck, nach dem Plane des Rathspenſionärs Heinſius, ſein ſollte, ſowohl das Vorbrechen des ſchwediſchen Generals Craſſau aus Pommern, als einen Angriff auf denſelben zu hindern. Aber Carl XII. hatte gegen das Haager Concert und die Aufſtellung einer ſolchen Armee proteſtirt. Im Juni trat der Zweck, den jene Häupter mit dem Drängen auf die endliche Errichtung jener Armee verfolgten, deutlicher hervor. Ihr Plan war nicht bloß das ſchwediſche Corps unter Craſſau in Pommern anzugreifen, ſondern auch zu dieſem Zwecke die Neutralitäts-Armee mit zu verwenden.

Der Prinz Eugen, ohne die Ziele der Verabredungen von Jaroslaw zu kennen, ſprach ſich im Haag über die Häupter im öſtlichen Europa in folgender Weiſe aus. „Der König von Schweden iſt ehrlicher als alle die Anderen; denn man kann ſich wenigſtens auf ſein Wort verlaſſen. Der Czar, der bisher für ehrlich galt, zeigt ſich nunmehr von einer anderen Seite. Nach den Beredungen in Polen mit Auguſt II. iſt er den Kaiſerlichen mit einem Hochmuthe entgegen getreten, der alles überſteigt, was man jemals von dem Könige von Schweden erfahren. Es wäre zu wünſchen, daß der Czar und die Türken ſich in einen langen Krieg verwickelten; denn wir haben das Glück des Einen eben ſo ſehr zu fürchten, wie dasjenige des Anderen, zumal ſeitdem der Czar den Franz Rakoczy offen in ſeinen Schutz genommen. Auf den Antrieb des Czaren hat ſich Rakoczy dem Frieden von Szathmar nicht gefügt.“[1])

Dabei war der Prinz Eugen der Anſicht, daß dieſe, nach ſeiner Meinung, Veränderung der Haltung des Czaren eingetreten ſei in Folge der unheilvollen Rathſchläge des Königs Auguſt II. Er warf dieſem vor, ein heimliches Verſtändnis mit Frankreich zu haben gegen die Wahl Carls III. zum Kaiſer.

Den nächſten Anlaß zu dieſer Anklage bot der Proteſt Auguſt II. gegen die Verfrühung des Wahl-Termines. Der Kurfürſt Lothar Franz von Mainz, dem Wunſche folgend, in welchem aus ſehr verſchiedenen Gründen alle Mächte der Allianz übereinſtimmten, daß die Wahlſache bald erledigt werden möge, hatte den Termin vom 20. Auguſt

[1]) Robethons Bericht vom 11. Juli.

auf den 20. Juli zurückverlegt. Dagegen proteſtirte Auguſt II., von Krakau aus, am 17. Juni, weil, wie er behauptete, die Zeit nicht ausreiche, die erforderlichen Inſtructionen vorzubereiten. Zum Schluſſe verſicherte er, dabei kein Privat-Intereſſe zu verfolgen.[1])

Die Anſicht des Prinzen Eugen war, daß dieſer Proteſt Auguſts II. ein Kunſtgriff ſei, der bezwecke, der franzöſiſchen Politik die Zeit zu geben, die Mittel ihrer Politik an verſchiedenen Höfen des Reiches ſpielen zu laſſen. Er ging ſo weit zu ſagen, daß er nur ſolche Intriguen als den Grund anſehen könne, der die franzöſiſche Politik bewöge, die verſchiedenen Truppenſendungen aus den Niederlanden nach dem Rheine vorzunehmen, die ſonſt ganz unbegreiflich ſein würden.[2])

Im Laufe des Monates Juli erhielt man über den franzöſiſchen Plan mehr Klarheit. Ein Agent des Königs Friedrich I. ſandte dieſem, der ſich im Haag befand, den franzöſiſchen Antrag des Kaiſerthums für Friedrich I. ein. Frankreich, hieß es darin, habe zwei Kurſtimmen zu vergeben, diejenigen von Köln und von Bayern. Es ſtehe in Unterhandlung mit dem Könige Auguſt II. über die ſeinige. Dazu habe es noch eine vierte Stimme zur Verfügung, die es jedoch nicht nannte. Wenn der König-Kurfürſt Friedrich I. dann noch ſich ſelber ſeine Stimme geben würde als die fünfte, ſo ſei die Mehrheit ſicher. Dazu bot Frankreich 100.000 Thaler monatlich und 70.000 Mann Truppen zur Behauptung der kaiſerlichen Würde.[3])

Friedrich I. ſelber, zum Beweiſe, daß er darauf nicht eingehen wolle, brachte dieſe franzöſiſchen Vorſchläge zur Kunde des Grafen Sinzendorf. Dies ſchien zuerſt die Sache verdächtig zu machen als eine beſtellte Arbeit, damit Friedrich I. dann um ſo eher ſeine anderen nicht geringen Forderungen durchſetzen könne. Indeſſen andere Nachrichten aus Frankreich beſtätigten. Am wenigſten konnten im Haag diejenigen Perſonen zweifeln, die ſchon zwei Monate zuvor Kunde erhalten hatten von der Sendung der Agenten, Clermont nach Hannover,

[1]) Der Proteſt in Fabers Staatskanzlei, Bd. XVII, S. 668.

[2]) Robethons Bericht vom 11. Juli: Le prince Eugen alla même jusqu'à me dire que ce n'étoit que sur de telles intrigues qu'il pouvoit fonder les divers détachements que les François faisoient vers le Rhin, auxquels sans cela il avouoit ne pouvoir rien comprendre.

[3]) Lamberty t. VI, p. 646. — Wagner, p. 496.

Groffey nach Berlin (S. 90). Man wußte ferner, daß Auguſt II. entſchloſſen war, für das Wahlrecht der geächteten Wittelsbachiſchen Brüder, Max Emanuel und Joſeph Clemens, bei dem Wahltage einzutreten, unter dem Vorwande, daß nur ſo die Wahl rechtmäßig und gegen jeden ſpäteren Einſpruch geſichert ſein könne.[1])

Es war alſo für das geſammte Weſteuropa eine wichtige Frage, welche Machtſtellung Auguſt II. zur Zeit der Kaiſerwahl einnehmen würde. Dieſe Stellung war weſentlich bedingt durch diejenige ſeines Freundes und Bundesgenoſſen, des Czaren Peter I. In jedem Falle aber lagen die Dinge verwickelt. Siegte Peter I. über die Türken, ſo wurden die in Jaroslaw verabredeten Plane für Weſteuropa gefährlich. Siegten dagegen die Türken zu Gunſten Carls XII., ſo konnte dieſer wiederum zu einer Stellung emporwachſen wie im Jahre 1707, und dann, wie er ſelber gedroht hatte, mit ſeinem Schwerte für Weſteuropa den Frieden dictiren wollen. Auch der Rathspenſionär Heinſius ſtimmte daher ſehnlichſt in den Wunſch des Prinzen Eugen mit ein, daß jene Mächte im Oſten ſich tief und lange in einander verbeißen möchten.[2])

Und doch fügte ſich dann in einer ſehr merkwürdigen Weiſe Alles anders als es Jemand hätte vorher vermuthen können.

Jener Plan, den der Czar und Franz Rakoczy in Jaroslaw, im Mai, verabredet, durch reiche Geſchenke in Conſtantinopel den Kriegeseifer der Türken zu lähmen, war dadurch zergangen, daß der Fürſt der Moldau dem Agenten Rakoczys die Durchreiſe verweigerte.[3]) Der Krieg war unvermeidlich.

Die Meinungen der Generale im Kriegsrathe Peters I. waren getheilt: die Minderheit rieth beide Ufer des Dnieſter beſetzt zu halten und dort den Feind zu erwarten; die Mehrheit war für das Vordringen auf die Donau. Ungeachtet des Hinweiſes der Minderheit, daß man ſich dadurch in dieſelbe Gefahr des Mangels bringe, wie Carl XII. zwei Jahre zuvor in der Ukraine, trat der Czar der Mehrheit bei. Die Ruſſen überſchritten den Dnieſter, am 16./27. Juni.

Dann ging die Vorherſagung raſch in Erfüllung. Die Ruſſen kamen zu ſpät, den Türken den Uebergang über die Donau zu wehren,

[1]) Lamberty t. VI, p. 647.

[2]) Robethons Bericht vom 7. Juli.

[3]) Mémoires du prince Fr. Rakoczy p. 153.

wurden vielmehr mit verluſtvollen Kämpfen über den Pruth zurückgedrängt, und dann, am 9./20. Juli, am rechten Ufer des Stromes völlig umringt. Die abgematteten hungernden Ruſſen waren in der Hand des Großweſirs.[1]) Der Czar Peter I. ſprach ſich über ſeine Lage offen aus in einem Briefe an ſeinen Senat, ſchließend mit den Worten: „Sollte ich umkommen, ſo wählet unter Euch ſelbſt den Würdigſten zum Nachfolger.“[2]) Man hat dieſen Brief heroiſch genannt. Minder eignet ſich dieſe Bezeichnung für ein anderes Schreiben Peters I., vom ſelben Tage, an den Großweſir, enthaltend die Bitte um Verſchonung, mit der Heimſtellung der Bedingungen in die Gnade des Großweſirs. Mit dieſem Schreiben und zugleich mit allem im ruſſiſchen Lager verfügbaren Golde und Juwelen begaben ſich der Kanzler Schafiroff und einige Andere ins türkiſche Lager. Sie erlangten die Zuſage eines Friedens, deſſen Hauptbedingung die Rückgabe von Aſow war. Für den König Carl XII. forderte der Großweſir die Zuſicherung der freien Rückkehr.

Dieſer König, dem die Türken das Commando der Armee nicht hatten anbieten wollen, harrte unterdeſſen in dem nicht fernen Bender des Ausganges. Dort erhielt er, am Abende des 22., durch einen Courier des Polen Poniatowski, der ihn bei dem Großweſir vertrat, die Nachricht der Umzingelung der Ruſſen. Carl XII. ritt die Nacht durch und traf am Nachmittage ein. Als der Großweſir ſich ihm ſtellte, begann Carl XII.: die Armee ſei ſchön, nur Schade, daß ſie nicht beſſer angewendet werde. Der Großweſir antwortete: es bedürfe deſſen nicht mehr, nachdem der Friede bereits vereinbart. Der König fragte, ob der Großweſir ſich getraue, einen ſolchen Frieden vor dem Sultan zu verantworten. Der Großweſir entgegnete: als Stellvertreter des Sultans habe er die Macht über Krieg und Frieden. Noch einmal begann der König: die Vortheile ſeien ſo groß, daß man einen weit beſſeren Frieden erlangen könne. „Geben Sie mir, fuhr er heraus, zwanzig Kanonen, und ich liefere Ihnen, ohne Verluſt eines einzigen Türken, binnen ſieben Stunden die ganze ruſſiſche Armee kriegsgefangen.“

---

[1]) Die Darſtellung im Theatrum Europaeum XIX a., p. 785 u. f. mit dem beigegebenen Plane iſt anſchaulich.

[2]) Herrmann, Geſchichte des ruſſiſchen Staates Bd. IV, S. 270.

Der Großwesir wiederholte, daß der Friede bereits vereinbart sei, und lehnte ab. Carl XII. erhob sich, wandte dem Großwesir den Rücken und ging.[1])

Nach der Auswechslung der Friedensdocumente zog die russische Armee ab. Sie war in einem solchen Zustande, daß der Czar, zum Schutze gegen die Tartaren, eine türkische Escorte erbat. Peter I. war mit 38.000 Mann angezogen und brachte nicht die Hälfte zurück. Und doch hatte der eigentliche Krieg, Feind gegen Feind, nur vier Tage gedauert.

Der Czar und der Großwesir hatten für Rußland und die Türkei Frieden geschlossen. Aber die Consequenz dieses Krieges und dieses Friedens erstreckte sich zugleich auf den Westen. Carl XII., anstatt seine hochfahrenden Drohungen auszuführen, kehrte wieder in seine machtlose Einsamkeit in Bender zurück. Die Offensiv-Plane des Czaren Peter und Augusts II. schwemmte der Pruth hinab in das Meer.

Demnach war jener Friedensschluß am Pruth eine Segnung für Oesterreich, oder, wie jene Zeit sich auszudrücken pflegte, eins der Mirakel, welche der Himmel hernieder sandte, wenn das Haus Oesterreich sich in der augenscheinlichsten Gefahr befand. Mittelbar sicherte der Friedensschluß am Pruth die Kaiserwahl des einzigen noch übrigen Sprossen vom Mannsstamme der Habsburger, und drückte andererseits mittelbar auf den Friedensschluß von Szathmar das Siegel der Befestigung.

Indem jedoch der Friedensschluß am Pruth, so demüthigend er für den Czaren war, zugleich auch dem Schwedenkönige die Aussicht auf die Rückkehr mit bewaffneter Macht in weite Ferne rückte, benahm er den anderen Gegnern, August II. von Sachsen-Polen und Friedrich IV. von Dänemark, die Furcht vor ihm. Am 20. August erließ jener, am 21. dieser ein Manifest für das Einrücken in Pommern.[2]) In den Manifesten beriefen sie sich darauf, daß Carl XII. wider die von den Mächten der Allianz beschlossene Acte der Neutralität für das Reich Protest erhoben, und dadurch in gewisser Weise selber den Krieg erklärt habe. So ungern man im Haag das neue Kriegsfeuer auflodern sah, so war

[1]) Ich berichte nach dem Theatrum Europaeum Theil XIXa, S. 789.

[2]) Bei Lamberty t. VI, p. 477 et suiv.

man doch, weil die oft und vielfach berathene Neutralitäts-Armee in den Anfängen der Bildung stecken geblieben war, nicht im Stande dagegen einzuschreiten. Man mußte den Schweden überlassen, ob sie sich behaupten könnten. Diese zogen sich nach Stralsund, und vertheidigten die Stadt mit Ausdauer und mit Erfolg.

Dagegen hatte der für den Czaren unglückliche Ausgang des Türkenkrieges die Hoffnungen und Entwürfe des Franz Rakoczy völlig zertrümmert. Er selbst freilich glaubte es nicht. Noch zu Ende Juli trug er sich mit der Hoffnung, daß er mit französischem Gelde seinen Krieg erneuern könne, jedoch fügte er dem Auftrage der Werbung darum auch den anderen hinzu: „Wenn man keine Neigung zeigt, die Ausgabe zu machen, so suchen Sie zu erforschen, welche Aufnahme meiner dort am Hofe harrt.“ [1]) Die Meinung des Staats-Secretärs Torcy dort war ihm wenig günstig. Rakoczy selber, sagte er, trage die Schuld des unglücklichen Ausganges: sein Austritt nach Polen habe Karoly zum Frieden von Szathmar gezwungen.[2]) Rakoczy sei nunmehr, nach einem französischen Sprichworte, aus einem Bischofe ein Tischler geworden. Auch an anderen Orten sank die Gunst für Rakoczy. Friedrich I. nahm es übel, daß Rakoczy von der für ihn ausgestellten Protections-Urkunde keinen Gebrauch gemacht und wiederholt Behauptungen erhoben habe, die sich nachher nicht als richtig erwiesen. Rakoczy habe wiederholt gesagt, daß er die dargebotene Hülfe der Türken nicht angenommen: statt dessen habe man die Beweise in Händen, daß er beständig diese Hülfe gesucht.[3]) — In London und im Haag gaben die Agenten Rakoczys auch ferner Denkschriften ein. Nach und nach jedoch blieben die Antworten aus.[4]) Seine Zeit war um. Er selber freilich war auch dann noch nicht willens seine Sache aufzugeben. Er zog sich nach Danzig zurück. Von dort aus meldet er seinem Agenten Clement in London, am 28. November: „Ich habe mich entschlossen, alle meine Aussichten und Ansprüche der Unterhandlung des allgemeinen Friedens heimzustellen. Diejenigen, welche meinen, daß meine Weigerung gegen einen Ausgleich mit dem Wiener Hofe

[1]) Fiedler, Bd. I, S. 359.
[2]) A. a. O., S. 236.
[3]) A. a. O., Bd. II, S. 212. Vom 18. September.
[4]) A. a. O., S. 238.

meinem Vaterlande zum Nachtheile gereiche, sind im Irrthum. Sie würden ihre Ansicht ändern, wenn sie erwägen wollten, daß ich durch meine Rückkehr nach Ungarn und meine Unterwerfung mich für die Zukunft unfähig machen würde, als Vertheidiger der Gesetze und Freiheiten aufzutreten. Ich bin nicht im Besitze meines Fürstenthumes oder eines Aequivalentes, und da ich weder das Eine noch das Andere ohne die Hülfe einer fremden Macht erlangen kann, so rechne ich dafür auf die Versprechungen von Frankreich. Ungeachtet der geringen Hoffnung, die Sie mir von England her in Aussicht stellen, ziehe ich doch aus der Lage der Dinge den Schluß, daß, sobald erst die Höfe von St. James und Versailles fester geeinigt sind, das britische Ministerium auf alles eingehen wird, was Frankreich zu meinen Gunsten ihm vorschlägt.“[1])

Dazu kam für Franz Rakoczy, daß er nicht mittellos aus Ungarn geschieden war. Er konnte nicht bloß sich selber in Danzig erhalten, sondern von dort aus auch seine Agenten bezahlen, Clement in London oder im Haag, den Propst Brenner in Paris. Mit seinem Landsmanne Vetes dort, der so oft den Illusionen Rakoczys den Spiegel der Wahrheit entgegen gehalten, hatte er endlich völlig gebrochen, nicht jedoch in solcher Weise, daß Rakoczy dafür die Zustimmung oder gar die Mitwirkung des französischen Staats-Secretärs Torcy fand. Dieser ließ den Vetes nicht, wie Rakoczy verlangt, in die Bastille setzen, sondern legte ihm die Beweise der Duplicität von Franz Rakoczy wider ihn vor, und setzte dadurch Vetes in den Stand, noch einmal vor Rakoczy den Contrast seiner Worte und seiner Handlungen zu beleuchten.[2])

Rakoczy besaß nicht bloß die Mittel, diese Agenten zu unterhalten, sondern auch sie zu ermächtigen, namentlich den Propst Brenner, daß sie da, wo die Gründe für ihn nicht den gewünschten Eindruck machten, durch Geldversprechungen nachhelfen sollten.[3])

---

[1]) Fiedler, Bd. II, S. 244.

[2]) Die Correspondenz a. a. O. Bd. I, S. 272 u. f.

[3]) A. a. O., Bd. II, S. 268.

Der Herzog Victor Amadeus.

Die Sonderunterhandlung, die der Herzog Victor Amadeus im Laufe des Jahres 1710 mit dem Marschall Berwick anknüpfte, wurde im Beginne des Jahres 1711, nach der Ankunft des Geistlichen Gautier in Paris, von französischer Seite abgebrochen mit der Weisung: wenn Victor Amadeus ferner etwas vorzuschlagen habe, so müsse es geschehen vermittelst der Königin von England, ohne welche der König von Frankreich mit keiner anderen Macht verhandeln wolle.[1]) — Dies also war der eigentliche Grund, weshalb Victor Amadeus im Kriege beharrte.

Aber er hatte persönlich schon seit mehreren Jahren sich nicht betheiligt, aus Verdruß, wie er sagte, daß der Kaiser ihm die Zusagen des Vertrages von 1703 nicht erfülle. Die Seemächte traten darin für Victor Amadeus ein, und ein Hauptzweck der Sendung des Lords Peterborough nach Wien, im Beginne des Jahres 1711, war, den Kaiser zum Nachgeben zu bewegen. Joseph I. willfahrte den Forderungen des Herzogs in Betreff der Lehen von Montferrat, am 28. März.[2]) Victor Amadeus sah dies nur wie eine Abschlagszahlung an, weil seine Forderungen auf Vigevanasco und auf die Langhes unerledigt blieben; dennoch gab er Hoffnung, dies Mal den Feldzug selber mitzumachen, der, nach Maßgabe der Gangbarkeit der Alpenpässe, der Regel nach erst im Juni beginnen konnte.

Inzwischen trat der Tod des Kaisers Joseph I. ein, und Lord Peterborough eilte von Wien nach Turin, um in dem Herzoge Victor Ansprüche auf Spanien zu erwecken oder zu ermuthigen. In Folge dessen schickte Victor Amadeus seinen Gesandten im Haag, Del Borgo, hinüber nach London, wo er bereits den Grafen Maffei als ständigen Gesandten hatte, damit sie mit doppelter Kraft dort arbeiteten.[3]) Dem englischen Ministerium, welches für die Belassung von Spanien bei Philipp V. die Sondervortheile für England zu kaufen trachtete, kam der neue Wunsch des Herzogs Victor Amadeus sehr wenig gelegen.

---

[1]) Mémoires de Berwick t. II, p. 79.

[2]) Die Urkunde bei Lamberty t. VI, p. 557.

[3]) Hoffmanns Berichte vom 15. und 28. Mai.

St. John bezeichnete die Schwierigkeit, den Herzog in Betreff seiner Ansprüche auf Spanien zufrieden zu stellen, als den Knoten der ganzen Angelegenheit.[1]) Eben darum blieb die Reise Del Borgos nicht ohne Frucht. Die Königin ließ ihm mündlich und schriftlich versichern, daß sie nicht bloß geneigt sei, aus Achtung und Zuneigung für die Person des Herzogs alles was von ihr abhange, zur Förderung seiner Interessen beizutragen, sondern auch die Steigerung der Macht des Hauses Savoyen wie eins der sichersten Mittel betrachte, das für die Ruhe und den Frieden Europas so wesentliche Gleichgewicht der Mächte zu erhalten.[2])

Nach solchen Worten darf angenommen werden, daß ein Einblick in die Fuchs-Natur dieses Herzogs, für welche die Mächte der Allianz, und voran unter ihnen England, im Jahre 1707 vor Toulon so schwere Opfer dargebracht hatten, der Königin Anna und ihren Ministern völlig fern lag.

„Die Königin ist entschlossen, sagt St. John weiter, eben so wie bisher auch in Zukunft das Vertrauen zu verdienen, welches der Herzog in sie setzt, und geht in seine Gedanken ein, sowohl für den Fall der Unvereinbarkeit, als für den Fall der Union, der Kaiserkrone mit der spanischen Monarchie. In beiden Fällen betrachtet die Königin die Heirath des Prinzen von Piemont mit der Erzherzogin (der älteren Tochter des Kaisers Joseph I.) als das sicherste Mittel die Gefahren abzuwenden, denen der Herzog sich ausgesetzt glaubt. Die Königin ist bereit diese Heirath, jedoch unter Verzicht der Erzherzogin auf die Erblande, vorzuschlagen je nach der Zeit und Gelegenheit, wie der Herzog es für geeignet erachtet, und wird von Stund an den Verbündeten denselben Gedanken nahe bringen." In der That ließ St. John sich dies sehr angelegen sein.[3])

Die europäische Geschichte ist reich an Heirathen von Prinzessinnen im politischen Interesse des eigenen Hauses. Ein Fall wie dieser, daß die Mächte, die einen Frieden beabsichtigen mit Hintergehung und auf Kosten des Erzhauses, dann die neue Ordnung der Dinge in ihrem

---

[1]) Bolingbroke's letters vol. I, p. 161.

[2]) A. a. O., p. 236.

[3]) A. a. O., p. 351.

Rakoczy, den Czaren völlig wieder zu gewinnen, so sehr, daß Peter I. und August II. Wohnung nahmen auf den Jaroslaw'schen Gütern, die Ludwig XIV. für Franz Rakoczy gekauft hatte. Dort wurden viele Plane erwogen, die für Westeuropa nicht den Frieden bezweckten.

Zunächst hoffte man, den Czaren von dem bevorstehenden Türkenkriege dennoch frei machen zu können. Rakoczy erzählt, daß er den Vorschlag gemacht, eine Persönlichkeit seines Vertrauens nach Constantinopel zu entsenden, die dort mit schweren Geldsummen die Kriegslust dämpfen würde. Der Czar ging ein und bewilligte die Wechsel zur Deckung jener Summen. [1])

Ferner erklärte sich Peter I. bereit die Vermittelung Ludwigs XIV. für seinen Frieden mit Carl XII. anzunehmen. Er versprach dagegen die seinige für den Frieden Frankreichs mit dem Kaiser und den anderen Verbündeten. Er war bereit ein Schutz- und Trutzbündnis mit Frankreich einzugehen, und kraft desselben die Ungarn mit aller Macht zu unterstützen. Um alle diese Erbietungen zu bekräftigen, wollte der Czar seinen Secretär Wolgow nach Paris entsenden. [2])

Auch August II. von Sachsen-Polen kargte nicht mit Erbietungen, die er durch Rakoczy an Ludwig XIV. gelangen ließ. Er sei bereit mit diesem Könige in eine enge Verbindung zu treten, wenn nur dieser auch sich in bestimmter Weise über seine Wünsche ausspreche. August II. selber ließ es an dieser Bestimmtheit nicht fehlen. Er wolle, sagte er, seine Truppen aus der Armee der Verbündeten in den Niederlanden zurückziehen, wenn der König von Frankreich für ihren Unterhalt beitragen werde, ob in Sachsen, in Polen oder anderswo. Er verspreche mit dem Czaren und dem Könige von Dänemark sich zu vereinigen, um mit bewaffneter Hand die Vermittelung eines allgemeinen Friedens durchzusetzen. Wie der Czar zu diesem Zwecke in Ungarn, so werde er in die Reichsländer eindringen. Wenn der König von Frankreich stärkere Beweise der Aufrichtigkeit verlange, mit welcher August II. für das Interesse Frankreichs eintreten solle, so wolle er, August II., von Stund an mit Ludwig XIV. eine Art geheimer Neutralität zwischen seinen Truppen in der Armee der Verbündeten und den französischen

[1]) Mémoires du prince Fr. Rakoczy p. 153.

[2]) Fiedler, Bd. I, S. 32.

eingehen, nämlich so, daß der König von Polen dem General seiner Truppen dort untersagen würde, sich bei einer Unternehmung von Bedeutung gegen die französische Macht mit einzulassen, also Antheil zu nehmen an Schlachten, Belagerungen und dergleichen. Auch sei er sogar bereit, im Falle einer Wahl der ungarischen Stände die Krone dieses Landes anzunehmen.[1])

Nach einem anderen Berichte schlug Rakoczy dem Könige August vor, den sächsischen Kurprinzen zum römischen Könige erwählen zu lassen. Zu diesem Zwecke müsse Ungarn dem Hause Oesterreich genommen, dagegen als Kurfürstenthum dem Reiche einverleibt und immer dem erwählten römischen Könige, wenn er nicht ausreichende Erbländer zur Aufrechthaltung seiner Würde besitze, zu diesem Zwecke überwiesen werden.[2])

Um alle diese Entwürfe und Einzelnheiten geheim zu halten, kamen die drei Häupter, der Czar Peter, August II. und Franz Rakoczy, überein, daß der letztere unabläßig seinen Wunsch kund zu geben habe, bei dem Kaiserhause wieder in Gnaden zu kommen, jeden wirklichen Schritt dazu jedoch unterlassen solle.

So weit der Plan. Die Ausführung hing jedoch von verschiedenen Bedingungen ab. Die erste war die Geneigtheit Ludwigs XIV. sich darauf einzulassen. Der russische Secretär Wolgow, ausgestattet mit den Briefen jener zwei Souveräne, begab sich nach Paris, und bestätigte dort durch Wort und Schrift alles was in ihrem Namen Rakoczy hatte vorbringen lassen.[3])

Die Anträge, die zugleich auch auf anderen Wegen nach Versailles gelangten, eröffneten der französischen Politik noch eine neue Aussicht, neben derjenigen der geheimen Unterhandlung mit dem britischen Ministerium, die Allianz der Gegner zu zersprengen. Andererseits war man nicht ohne Bedenken in Betreff der Zuverlässigkeit oder der Leistungsfähigkeit dieser neuen Freunde. Der Czar Peter I. genoß, auch noch nach Pultawa, nicht das Ansehen, in welchem, nach dem Ablaufe von fast zwei Jahrhunderten, die Nachwelt allzu leicht geneigt ist, ihn an-

---

[1]) Fiedler, Bd. I, S. 33.
[2]) A. a. O., Bd. II, S. 11.
[3]) A. a. O., Bd. I, S. 242. Bericht des Vetes vom 6. August.

zuſchauen. Während er das höchſte Gewicht darauf legte, von Ludwig XIV. als gleicher gewürdigt zu werden, hielt dieſer ihm gegenüber feſt an Kundgebungen der eigenen Superiorität. Als der Agent Rakoczys in einem Schriftſtücke den Ausdruck gebrauchte: „Le roi se fait l'honneur de s'allier avec le czar“ — erhielt er das Schriftſtück zurück mit der Veränderung: „Le roi se fait le plaisir de s'allier avec le czar.“[1])

Stärker waren die Bedenken gegen eine Bundesgenoſſenſchaft mit Auguſt II. von Sachſen-Polen. Nach der üblichen Weiſe deutſcher Reichsfürſten bei ihren Anträgen in Verſailles forderte er zunächſt Geld. Man hielt die Erſchöpfung des königlichen Schatzes entgegen, die nicht geſtatte ſich zu neuen Zahlungen zu verpflichten. Ein anderes Bedenken erwuchs aus der Erinnerung an das Jahr 1701, wo Auguſt II. mit Ludwig XIV. darüber verhandelt hatte, für franzöſiſches Geld in die kaiſerlichen Erblande einzubrechen. (Man vergleiche Band IX, S. 8, 40, 177.) Nach der Darſtellung der Franzoſen hatte Auguſt II. damals zugleich mit dem Kaiſer verhandelt, und wäre nahe daran geweſen, von Frankreich eine bereits angewieſene hohe Summe zu erhalten, wenn Ludwig XIV. nicht noch in der letzten Stunde Kenntnis der Doppelzüngigkeit erlangt hätte. Dieſer Verſuch des Prellens hatte Auguſt II. in Verſailles etwas discreditirt.[2])

Darum jedoch wurden die Anträge nicht zurückgewieſen. In der Vorausſicht deſſen hatte Auguſt II. bereits gehandelt. Sein Befehl an ſeinen General Kanitz in den Niederlanden mit den ſächſiſchen Truppen den Rückmarſch anzutreten, war datirt zu Leipzig am 3. Mai und traf im Hauptquartiere ein am 11. Mai.[3]) Hier jedoch fand der Befehl, der ohne Vorwiſſen der zahlenden Mächte England und Holland erlaſſen war, den entſchiedenen Widerſtand Marlboroughs. Vielmehr forderte er die Ergänzung des ausbedungenen Corps durch Nachſchub von Rekruten.

Auguſt II. mußte den Befehl fallen laſſen, aber es blieb die Ungewisheit, wie lange man der Truppen ſicher ſein könne. Und eben dasſelbe galt dann von den Truppen des Bundesgenoſſen jener zwei Häupter, des Königs von Dänemark.

---

[1]) Fiedler, Bd. I, S. 242.

[2]) A. a. O., S. 243. Betes' Bericht vom 6. Auguſt.

[3]) Murray vol. V, p. 342. Marlborough an St. John, 14. Mai.

August II. und der Czar Peter drängten im Haag ferner auf die Errichtung der Neutralitäts-Armee, deren Zweck, nach dem Plane des Rathspensionärs Heinsius, sein sollte, sowohl das Vorbrechen des schwedischen Generals Crassau aus Pommern, als einen Angriff auf denselben zu hindern. Aber Carl XII. hatte gegen das Haager Concert und die Aufstellung einer solchen Armee protestirt. Im Juni trat der Zweck, den jene Häupter mit dem Drängen auf die endliche Errichtung jener Armee verfolgten, deutlicher hervor. Ihr Plan war nicht bloß das schwedische Corps unter Crassau in Pommern anzugreifen, sondern auch zu diesem Zwecke die Neutralitäts-Armee mit zu verwenden.

Der Prinz Eugen, ohne die Ziele der Verabredungen von Jaroslaw zu kennen, sprach sich im Haag über die Häupter im östlichen Europa in folgender Weise aus. „Der König von Schweden ist ehrlicher als alle die Anderen; denn man kann sich wenigstens auf sein Wort verlassen. Der Czar, der bisher für ehrlich galt, zeigt sich nunmehr von einer anderen Seite. Nach den Beredungen in Polen mit August II. ist er den Kaiserlichen mit einem Hochmuthe entgegen getreten, der alles übersteigt, was man jemals von dem Könige von Schweden erfahren. Es wäre zu wünschen, daß der Czar und die Türken sich in einen langen Krieg verwickelten; denn wir haben das Glück des Einen eben so sehr zu fürchten, wie dasjenige des Anderen, zumal seitdem der Czar den Franz Rakoczy offen in seinen Schutz genommen. Auf den Antrieb des Czaren hat sich Rakoczy dem Frieden von Szathmar nicht gefügt."[1])

Dabei war der Prinz Eugen der Ansicht, daß diese, nach seiner Meinung, Veränderung der Haltung des Czaren eingetreten sei in Folge der unheilvollen Rathschläge des Königs August II. Er warf diesem vor, ein heimliches Verständnis mit Frankreich zu haben gegen die Wahl Carls III. zum Kaiser.

Den nächsten Anlaß zu dieser Anklage bot der Protest August II. gegen die Verfrühung des Wahl-Termines. Der Kurfürst Lothar Franz von Mainz, dem Wunsche folgend, in welchem aus sehr verschiedenen Gründen alle Mächte der Allianz übereinstimmten, daß die Wahlsache bald erledigt werden möge, hatte den Termin vom 20. August

[1]) Robethons Bericht vom 11. Juli.

auf den 20. Juli zurückverlegt. Dagegen proteſtirte Auguſt II., von Krakau aus, am 17. Juni, weil, wie er behauptete, die Zeit nicht ausreiche, die erforderlichen Inſtructionen vorzubereiten. Zum Schluſſe verſicherte er, dabei kein Privat-Intereſſe zu verfolgen.[1])

Die Anſicht des Prinzen Eugen war, daß dieſer Proteſt Auguſts II. ein Kunſtgriff ſei, der bezwecke, der franzöſiſchen Politik die Zeit zu geben, die Mittel ihrer Politik an verſchiedenen Höfen des Reiches ſpielen zu laſſen. Er ging ſo weit zu ſagen, daß er nur ſolche Intriguen als den Grund anſehen könne, der die franzöſiſche Politik bewöge, die verſchiedenen Truppenſendungen aus den Niederlanden nach dem Rheine vorzunehmen, die ſonſt ganz unbegreiflich ſein würden.[2])

Im Laufe des Monates Juli erhielt man über den franzöſiſchen Plan mehr Klarheit. Ein Agent des Königs Friedrich I. ſandte dieſem, der ſich im Haag befand, den franzöſiſchen Antrag des Kaiſerthums für Friedrich I. ein. Frankreich, hieß es darin, habe zwei Kurſtimmen zu vergeben, diejenigen von Köln und von Bayern. Es ſtehe in Unterhandlung mit dem Könige Auguſt II. über die ſeinige. Dazu habe es noch eine vierte Stimme zur Verfügung, die es jedoch nicht nannte. Wenn der König-Kurfürſt Friedrich I. dann noch ſich ſelber ſeine Stimme geben würde als die fünfte, ſo ſei die Mehrheit ſicher. Dazu bot Frankreich 100.000 Thaler monatlich und 70.000 Mann Truppen zur Behauptung der kaiſerlichen Würde.[3])

Friedrich I. ſelber, zum Beweiſe, daß er darauf nicht eingehen wolle, brachte dieſe franzöſiſchen Vorſchläge zur Kunde des Grafen Sinzendorf. Dies ſchien zuerſt die Sache verdächtig zu machen als eine beſtellte Arbeit, damit Friedrich I. dann um ſo eher ſeine anderen nicht geringen Forderungen durchſetzen könne. Indeſſen andere Nachrichten aus Frankreich beſtätigten. Am wenigſten konnten im Haag diejenigen Perſonen zweifeln, die ſchon zwei Monate zuvor Kunde erhalten hatten von der Sendung der Agenten, Clermont nach Hannover,

---

[1]) Der Proteſt in Fabers Staatskanzlei, Bd. XVII, S. 668.

[2]) Robethons Bericht vom 11. Juli: Le prince Eugen alla même jusqu'à me dire que ce n'étoit que sur de telles intrigues qu'il pouvoit fonder les divers détachements que les François faisoient vers le Rhin, auxquels sans cela il avouoit ne pouvoir rien comprendre.

[3]) Lamberty t. VI, p. 646. — Wagner, p. 496.

Groffey nach Berlin (S. 90). Man wußte ferner, daß Auguſt II. entſchloſſen war, für das Wahlrecht der geächteten Wittelsbachiſchen Brüder, Max Emanuel und Joſeph Clemens, bei dem Wahltage einzutreten, unter dem Vorwande, daß nur ſo die Wahl rechtmäßig und gegen jeden ſpäteren Einſpruch geſichert ſein könne.[1])

Es war alſo für das geſammte Weſteuropa eine wichtige Frage, welche Machtſtellung Auguſt II. zur Zeit der Kaiſerwahl einnehmen würde. Dieſe Stellung war weſentlich bedingt durch diejenige ſeines Freundes und Bundesgenoſſen, des Czaren Peter I. In jedem Falle aber lagen die Dinge verwickelt. Siegte Peter I. über die Türken, ſo wurden die in Jaroslaw verabredeten Plane für Weſteuropa gefährlich. Siegten dagegen die Türken zu Gunſten Carls XII., ſo konnte dieſer wiederum zu einer Stellung emporwachſen wie im Jahre 1707, und dann, wie er ſelber gedroht hatte, mit ſeinem Schwerte für Weſteuropa den Frieden dictiren wollen. Auch der Rathspenſionär Heinſius ſtimmte daher ſehnlichſt in den Wunſch des Prinzen Eugen mit ein, daß jene Mächte im Oſten ſich tief und lange in einander verbeißen möchten.[2])

Und doch fügte ſich dann in einer ſehr merkwürdigen Weiſe Alles anders als es Jemand hätte vorher vermuthen können.

Jener Plan, den der Czar und Franz Rakoczy in Jaroslaw, im Mai, verabredet, durch reiche Geſchenke in Conſtantinopel den Kriegseifer der Türken zu lähmen, war dadurch zergangen, daß der Fürſt der Moldau dem Agenten Rakoczys die Durchreiſe verweigerte.[3]) Der Krieg war unvermeidlich.

Die Meinungen der Generale im Kriegsrathe Peters I. waren getheilt: die Minderheit rieth beide Ufer des Dnieſter beſetzt zu halten und dort den Feind zu erwarten; die Mehrheit war für das Vordringen auf die Donau. Ungeachtet des Hinweiſes der Minderheit, daß man ſich dadurch in dieſelbe Gefahr des Mangels bringe, wie Carl XII. zwei Jahre zuvor in der Ukraine, trat der Czar der Mehrheit bei. Die Ruſſen überſchritten den Dnieſter, am 16./27. Juni.

Dann ging die Vorherſagung raſch in Erfüllung. Die Ruſſen kamen zu ſpät, den Türken den Uebergang über die Donau zu wehren,

[1]) Lamberty t. VI, p. 647.

[2]) Robethons Bericht vom 7. Juli.

[3]) Mémoires du prince Fr. Rakoczy p. 153.

wurden vielmehr mit verluſtvollen Kämpfen über den Pruth zurückgedrängt, und dann, am 9./20. Juli, am rechten Ufer des Stromes völlig umringt. Die abgematteten hungernden Ruſſen waren in der Hand des Großweſirs.[1]) Der Czar Peter I. ſprach ſich über ſeine Lage offen aus in einem Briefe an ſeinen Senat, ſchließend mit den Worten: „Sollte ich umkommen, ſo wählet unter Euch ſelbſt den Würdigſten zum Nachfolger.“[2]) Man hat dieſen Brief heroiſch genannt. Minder eignet ſich dieſe Bezeichnung für ein anderes Schreiben Peters I., vom ſelben Tage, an den Großweſir, enthaltend die Bitte um Verſchonung, mit der Heimſtellung der Bedingungen in die Gnade des Großweſirs. Mit dieſem Schreiben und zugleich mit allem im ruſſiſchen Lager verfügbaren Golde und Juwelen begaben ſich der Kanzler Schafiroff und einige Andere ins türkiſche Lager. Sie erlangten die Zuſage eines Friedens, deſſen Hauptbedingung die Rückgabe von Aſow war. Für den König Carl XII. forderte der Großweſir die Zuſicherung der freien Rückkehr.

Dieſer König, dem die Türken das Commando der Armee nicht hatten anbieten wollen, harrte unterdeſſen in dem nicht fernen Bender des Ausganges. Dort erhielt er, am Abende des 22., durch einen Courier des Polen Poniatowski, der ihn bei dem Großweſir vertrat, die Nachricht der Umzingelung der Ruſſen. Carl XII. ritt die Nacht durch und traf am Nachmittage ein. Als der Großweſir ſich ihm ſtellte, begann Carl XII.: die Armee ſei ſchön, nur Schade, daß ſie nicht beſſer angewendet werde. Der Großweſir antwortete: es bedürfe deſſen nicht mehr, nachdem der Friede bereits vereinbart. Der König fragte, ob der Großweſir ſich getraue, einen ſolchen Frieden vor dem Sultan zu verantworten. Der Großweſir entgegnete: als Stellvertreter des Sultans habe er die Macht über Krieg und Frieden. Noch einmal begann der König: die Vortheile ſeien ſo groß, daß man einen weit beſſeren Frieden erlangen könne. „Geben Sie mir, fuhr er heraus, zwanzig Kanonen, und ich liefere Ihnen, ohne Verluſt eines einzigen Türken, binnen ſieben Stunden die ganze ruſſiſche Armee kriegsgefangen.“

---

[1]) Die Darſtellung im Theatrum Europaeum XIX a., p. 785 u. f. mit dem beigegebenen Plane iſt anſchaulich.

[2]) Herrmann, Geſchichte des ruſſiſchen Staates Bd. IV, S. 270.

Der Großwesir wiederholte, daß der Friede bereits vereinbart sei, und lehnte ab. Carl XII. erhob sich, wandte dem Großwesir den Rücken und ging.[1])

Nach der Auswechslung der Friedensdocumente zog die russische Armee ab. Sie war in einem solchen Zustande, daß der Czar, zum Schutze gegen die Tartaren, eine türkische Escorte erbat. Peter I. war mit 38.000 Mann angezogen und brachte nicht die Hälfte zurück. Und doch hatte der eigentliche Krieg, Feind gegen Feind, nur vier Tage gedauert.

Der Czar und der Großwesir hatten für Rußland und die Türkei Frieden geschlossen. Aber die Consequenz dieses Krieges und dieses Friedens erstreckte sich zugleich auf den Westen. Carl XII., anstatt seine hochfahrenden Drohungen auszuführen, kehrte wieder in seine machtlose Einsamkeit in Bender zurück. Die Offensiv-Plane des Czaren Peter und Augusts II. schwemmte der Pruth hinab in das Meer.

Demnach war jener Friedensschluß am Pruth eine Segnung für Oesterreich, oder, wie jene Zeit sich auszudrücken pflegte, eins der Mirakel, welche der Himmel hernieder sandte, wenn das Haus Oesterreich sich in der augenscheinlichsten Gefahr befand. Mittelbar sicherte der Friedensschluß am Pruth die Kaiserwahl des einzigen noch übrigen Sprossen vom Mannsstamme der Habsburger, und drückte andererseits mittelbar auf den Friedensschluß von Szathmar das Siegel der Befestigung.

Indem jedoch der Friedensschluß am Pruth, so demüthigend er für den Czaren war, zugleich auch dem Schwedenkönige die Aussicht auf die Rückkehr mit bewaffneter Macht in weite Ferne rückte, benahm er den anderen Gegnern, August II. von Sachsen-Polen und Friedrich IV. von Dänemark, die Furcht vor ihm. Am 20. August erließ jener, am 21. dieser ein Manifest für das Einrücken in Pommern.[2]) In den Manifesten beriefen sie sich darauf, daß Carl XII. wider die von den Mächten der Allianz beschlossene Acte der Neutralität für das Reich Protest erhoben, und dadurch in gewisser Weise selber den Krieg erklärt habe. So ungern man im Haag das neue Kriegsfeuer auflodern sah, so war

---

[1]) Ich berichte nach dem Theatrum Europaeum Theil XIX a, S. 789.

[2]) Bei Lamberty t. VI, p. 477 et suiv.

man doch, weil die oft und vielfach berathene Neutralitäts-Armee in den Anfängen der Bildung stecken geblieben war, nicht im Stande dagegen einzuschreiten. Man mußte den Schweden überlassen, ob sie sich behaupten könnten. Diese zogen sich nach Stralsund, und vertheidigten die Stadt mit Ausdauer und mit Erfolg.

Dagegen hatte der für den Czaren unglückliche Ausgang des Türkenkrieges die Hoffnungen und Entwürfe des Franz Rakoczy völlig zertrümmert. Er selbst freilich glaubte es nicht. Noch zu Ende Juli trug er sich mit der Hoffnung, daß er mit französischem Gelde seinen Krieg erneuern könne, jedoch fügte er dem Auftrage der Werbung darum auch den anderen hinzu: „Wenn man keine Neigung zeigt, die Ausgabe zu machen, so suchen Sie zu erforschen, welche Aufnahme meiner dort am Hofe harrt.“ [1]) Die Meinung des Staats-Secretärs Torcy dort war ihm wenig günstig. Rakoczy selber, sagte er, trage die Schuld des unglücklichen Ausganges: sein Austritt nach Polen habe Karoly zum Frieden von Szathmar gezwungen.[2]) Rakoczy sei nunmehr, nach einem französischen Sprichworte, aus einem Bischofe ein Tischler geworden. Auch an anderen Orten sank die Gunst für Rakoczy. Friedrich I. nahm es übel, daß Rakoczy von der für ihn ausgestellten Protections-Urkunde keinen Gebrauch gemacht und wiederholt Behauptungen erhoben habe, die sich nachher nicht als richtig erwiesen. Rakoczy habe wiederholt gesagt, daß er die dargebotene Hülfe der Türken nicht angenommen: statt dessen habe man die Beweise in Händen, daß er beständig diese Hülfe gesucht.[3]) — In London und im Haag gaben die Agenten Rakoczys auch ferner Denkschriften ein. Nach und nach jedoch blieben die Antworten aus.[4]) Seine Zeit war um. Er selber freilich war auch dann noch nicht willens seine Sache aufzugeben. Er zog sich nach Danzig zurück. Von dort aus meldet er seinem Agenten Clement in London, am 28. November: „Ich habe mich entschlossen, alle meine Aussichten und Ansprüche der Unterhandlung des allgemeinen Friedens heimzustellen. Diejenigen, welche meinen, daß meine Weigerung gegen einen Ausgleich mit dem Wiener Hofe

[1]) Fiedler, Bd. I, S. 359.
[2]) A. a. O., S. 236.
[3]) A. a. O., Bd. II, S. 212. Vom 18. September.
[4]) A. a. O., S. 238.

meinem Vaterlande zum Nachtheile gereiche, sind im Irrthum. Sie würden ihre Ansicht ändern, wenn sie erwägen wollten, daß ich durch meine Rückkehr nach Ungarn und meine Unterwerfung mich für die Zukunft unfähig machen würde, als Vertheidiger der Gesetze und Freiheiten aufzutreten. Ich bin nicht im Besitze meines Fürstenthumes oder eines Aequivalentes, und da ich weder das Eine noch das Andere ohne die Hülfe einer fremden Macht erlangen kann, so rechne ich dafür auf die Versprechungen von Frankreich. Ungeachtet der geringen Hoffnung, die Sie mir von England her in Aussicht stellen, ziehe ich doch aus der Lage der Dinge den Schluß, daß, sobald erst die Höfe von St. James und Versailles fester geeinigt sind, das britische Ministerium auf alles eingehen wird, was Frankreich zu meinen Gunsten ihm vorschlägt."[1])

Dazu kam für Franz Rakoczy, daß er nicht mittellos aus Ungarn geschieden war. Er konnte nicht bloß sich selber in Danzig erhalten, sondern von dort aus auch seine Agenten bezahlen, Clement in London oder im Haag, den Propst Brenner in Paris. Mit seinem Landsmanne Vetes dort, der so oft den Illusionen Rakoczys den Spiegel der Wahrheit entgegen gehalten, hatte er endlich völlig gebrochen, nicht jedoch in solcher Weise, daß Rakoczy dafür die Zustimmung oder gar die Mitwirkung des französischen Staats-Secretärs Torcy fand. Dieser ließ den Vetes nicht, wie Rakoczy verlangt, in die Bastille setzen, sondern legte ihm die Beweise der Duplicität von Franz Rakoczy wider ihn vor, und setzte dadurch Vetes in den Stand, noch einmal vor Rakoczy den Contrast seiner Worte und seiner Handlungen zu beleuchten.[2])

Rakoczy besaß nicht bloß die Mittel, diese Agenten zu unterhalten, sondern auch sie zu ermächtigen, namentlich den Propst Brenner, daß sie da, wo die Gründe für ihn nicht den gewünschten Eindruck machten, durch Geldversprechungen nachhelfen sollten.[3])

---

[1]) Fiedler, Bd. II, S. 244.

[2]) Die Correspondenz a. a. O. Bd. I, S. 272 u. f.

[3]) A. a. O., Bd. II, S. 268.

Der Herzog Victor Amadeus.

Die Sonderunterhandlung, die der Herzog Victor Amadeus im Laufe des Jahres 1710 mit dem Marschall Berwick anknüpfte, wurde im Beginne des Jahres 1711, nach der Ankunft des Geistlichen Gautier in Paris, von französischer Seite abgebrochen mit der Weisung: wenn Victor Amadeus ferner etwas vorzuschlagen habe, so müsse es geschehen vermittelst der Königin von England, ohne welche der König von Frankreich mit keiner anderen Macht verhandeln wolle.[1]) — Dies also war der eigentliche Grund, weshalb Victor Amadeus im Kriege beharrte.

Aber er hatte persönlich schon seit mehreren Jahren sich nicht betheiligt, aus Verdruß, wie er sagte, daß der Kaiser ihm die Zusagen des Vertrages von 1703 nicht erfülle. Die Seemächte traten darin für Victor Amadeus ein, und ein Hauptzweck der Sendung des Lords Peterborough nach Wien, im Beginne des Jahres 1711, war, den Kaiser zum Nachgeben zu bewegen. Joseph I. willfahrte den Forderungen des Herzogs in Betreff der Lehen von Montferrat, am 28. März.[2]) Victor Amadeus sah dies nur wie eine Abschlagszahlung an, weil seine Forderungen auf Vigevanasco und auf die Langhes unerledigt blieben; dennoch gab er Hoffnung, dies Mal den Feldzug selber mitzumachen, der, nach Maßgabe der Gangbarkeit der Alpenpässe, der Regel nach erst im Juni beginnen konnte.

Inzwischen trat der Tod des Kaisers Joseph I. ein, und Lord Peterborough eilte von Wien nach Turin, um in dem Herzoge Victor Ansprüche auf Spanien zu erwecken oder zu ermuthigen. In Folge dessen schickte Victor Amadeus seinen Gesandten im Haag, Del Borgo, hinüber nach London, wo er bereits den Grafen Maffei als ständigen Gesandten hatte, damit sie mit doppelter Kraft dort arbeiteten.[3]) Dem englischen Ministerium, welches für die Belassung von Spanien bei Philipp V. die Sondervortheile für England zu kaufen trachtete, kam der neue Wunsch des Herzogs Victor Amadeus sehr wenig gelegen.

---

[1]) Mémoires de Berwick t. II, p. 79.

[2]) Die Urkunde bei Lamberty t. VI, p. 557.

[3]) Hoffmanns Berichte vom 15. und 28. Mai.

St. John bezeichnete die Schwierigkeit, den Herzog in Betreff seiner Ansprüche auf Spanien zufrieden zu stellen, als den Knoten der ganzen Angelegenheit.[1]) Eben darum blieb die Reise Del Borgos nicht ohne Frucht. Die Königin ließ ihm mündlich und schriftlich versichern, daß sie nicht bloß geneigt sei, aus Achtung und Zuneigung für die Person des Herzogs alles was von ihr abhange, zur Förderung seiner Interessen beizutragen, sondern auch die Steigerung der Macht des Hauses Savoyen wie eins der sichersten Mittel betrachte, das für die Ruhe und den Frieden Europas so wesentliche Gleichgewicht der Mächte zu erhalten.[2])

Nach solchen Worten darf angenommen werden, daß ein Einblick in die Fuchs-Natur dieses Herzogs, für welche die Mächte der Allianz, und voran unter ihnen England, im Jahre 1707 vor Toulon so schwere Opfer dargebracht hatten, der Königin Anna und ihren Ministern völlig fern lag.

„Die Königin ist entschlossen, sagt St. John weiter, eben so wie bisher auch in Zukunft das Vertrauen zu verdienen, welches der Herzog in sie setzt, und geht in seine Gedanken ein, sowohl für den Fall der Unvereinbarkeit, als für den Fall der Union, der Kaiserkrone mit der spanischen Monarchie. In beiden Fällen betrachtet die Königin die Heirath des Prinzen von Piemont mit der Erzherzogin (der älteren Tochter des Kaisers Joseph I.) als das sicherste Mittel die Gefahren abzuwenden, denen der Herzog sich ausgesetzt glaubt. Die Königin ist bereit diese Heirath, jedoch unter Verzicht der Erzherzogin auf die Erblande, vorzuschlagen je nach der Zeit und Gelegenheit, wie der Herzog es für geeignet erachtet, und wird von Stund an den Verbündeten denselben Gedanken nahe bringen.“ In der That ließ St. John sich dies sehr angelegen sein.[3])

Die europäische Geschichte ist reich an Heirathen von Prinzessinnen im politischen Interesse des eigenen Hauses. Ein Fall wie dieser, daß die Mächte, die einen Frieden beabsichtigen mit Hintergehung und auf Kosten des Erzhauses, dann die neue Ordnung der Dinge in ihrem

---

[1]) Bolingbroke's letters vol. I, p. 161.

[2]) A. a. O., p. 236.

[3]) A. a. O., p. 351.

Intereſſe zu befeſtigen trachten durch die Forderung der Heirath einer Tochter des ungerecht behandelten Hauſes — ein ſolcher Fall dürfte ſelten vorgekommen ſein.

Ferner machte das britiſche Miniſterium dem Herzoge Victor Amadeus Ausſicht auf eine Verſtärkung mit 8000 Mann kaiſerlicher Truppen, die ihn in den Stand ſetzen würden, die Winterquartiere weſtwärts der Alpen zu nehmen, demnach anſtatt wie bisher im Juni oder Juli, den folgenden Feldzug mit dem Frühlinge eröffnen zu können. Wir haben bereits erfahren, daß die kaiſerlichen Miniſter, im Hinblicke auf die Verwickelungen im Oſten, und namentlich auf die Gefahr vor dem Czaren Peter, dieſe Forderung abſchlugen, und daß dann das britiſche Miniſterium von dieſem Abſchlage her den Vorwand nahm, die Regierung in Wien eines Mangels an gutem Willen anzuklagen.[1]) St. John ging ſogar noch weiter. Indem er dem Engländer Drummond in Amſterdam berichtet, daß die Miniſter in Wien völlig abgelehnt, fügt er die von ihnen angegebenen Motive hinzu, nicht um ſie anzuerkennen, ſondern um ſie in ſcharfer Weiſe zu verneinen, nämlich mit der Frage: „Wollen die Oeſterreicher das Maß der Provocation gegen uns voll machen?“[2])

Seinem Verſprechen an die Seemächte gemäß begab ſich Victor Amadeus zur Armee, im Juli. Seine Armee war derjenigen des Marſchalls Berwick erheblich überlegen. Der Letztere ward zum Abzuge von Montmelian gezwungen, und ſein Angriff auf Exilles vereitelt. Im Anfange September begab man ſich beiderſeitig in die Winterquartiere. Für den Gang der Dinge im Großen war der Feldzug bedeutungslos.

Der Feldzug in den Niederlanden.

Die Frage des Verbleibens der preußiſchen Truppen.

Das Schwergewicht des Krieges ſchien auch dies Mal wieder in den ſtarken Armeen in den Niederlanden liegen zu müſſen. Diejenige

[1]) Bolingbroke's letters vol. I, p. 241.

[2]) A. a. O., vol. II, p. 296.

der Verbündeten jedoch ward von verschiedenen Seiten her mit Schwächungen bedroht.

August II. von Sachsen-Polen nahm zwar seinen bereits gegebenen Befehl zum Abmarsche seiner Truppen zurück; aber es haftete doch die Besorgnis, daß man derselben nicht ganz sicher sei. Aehnlich stand es dann mit den dänischen Truppen; denn, da Friedrich IV. mit August II. und dem Czaren Peter I. im Bündnisse war, so durfte man voraussehen, daß der Eine dem Andern folgen würde. Bedenklicher jedoch als von Seiten jener zwei Häupter waren Drohungen solcher Art von Seiten des Königs-Kurfürsten Friedrich I. von Preußen-Brandenburg, dessen Contingent in der Armee der Verbündeten reichlich 20.000 Mann betrug. Friedrich I. hatte keinen Antheil an dem Bündnisse jener drei Potentaten wider Carl XII. Er wollte also nicht seine Truppen direct im eigenen Interesse verwenden, sondern, gemäß dem oft angewandten Verfahren, durch die Drohung, sie abzuberufen, besondere Vortheile bei den Seemächten für sich herausdrücken.

Während Marlborough die Armee sammelte, erhielt er, am 27. März, ein Schreiben Friedrichs I., des Inhalts, daß, da die Königin und die Generalstaaten ihm auf die gemachten Vorstellungen nicht die geringste Satisfaction gäben, er nicht bloß den Marsch seiner Truppen sistirt habe, sondern auch, wenn man ihn in Betreff seiner Forderungen nicht schleunigst zufrieden stelle, fest entschlossen sei, sie völlig zurückzuziehen.[1]) Marlborough antwortete, daß in diesem Falle nicht bloß der Feldzug verloren gehe, sondern die ganze Sache der Verbündeten. Mit dem Versprechen seinen ganzen Einfluß bei den Generalstaaten aufzubieten, bat er um Rücknahme des Befehles.[2]) Von Lord Raby und General Grumbkow, auf die der König in Betreff seiner Forderungen verwiesen, erfuhr dann Marlborough, daß sie die oranische Erbschaft beträfen, und Grumbkow versicherte, daß ohne eine befriedigende Antwort der Generalstaaten an die Rücknahme des Befehles nicht zu denken sein werde.[3])

Der Kern der Differenz, wie wir gesehen (Band X, S. 84 u. f.), bestand darin, daß der König Wilhelm III. durch ein Testament den

[1]) Murray t. V, p. 283.
[2]) A. a. O., p. 284.
[3]) A. a. O., p. 291.

jugendlichen Prinzen Wilhelm Friso von Nassau zum Erben seines gesammten Vermögens eingesetzt hatte, daß dagegen Friedrich I. dies Testament nicht als berechtigt anerkannte, sondern als allein noch übriger Enkel des Prinzen Friedrich Heinrich von Oranien den gesammten Nachlaß desselben für sich beanspruchte. Viele Stücke hatte der König sofort ergriffen, wie z. B. die Grafschaften Lingen und Mörs. Die erstere war, nach seiner Behauptung, eine Dependenz von Tecklenburg, während der Prinz erwiderte, daß es seit 150 Jahren davon getrennt gewesen sei, und für diese Ansicht die Stände von Overyssel auf seiner Seite hatte, welche die Grafschaft Lingen als ihr Lehen in Anspruch nahmen. In Bezug auf Mörs behauptete Friedrich I., daß es ein Lehen von Kleve sei, wogegen der Prinz es als Allod bezeichnete. — Der König verlangte nun von den Generalstaaten die Anerkennung dieser seiner Ansprüche, und noch vieler anderer dazu.

Marlborough fand Anfangs bei den Generalstaaten geringe Geneigtheit.[1]) Allmählich jedoch gelang es ihm und dem General Grumbkow, die Folgen eines Abzuges der preußischen Truppen so eindringlich darzustellen, daß die Holländer wichen. Die Generalstaaten gaben eine so befriedigende Erklärung ab, daß Grumbkow, am 2. April, an den Fürsten von Anhalt einen Courier mit dem Marschbefehle entsenden konnte.[2])

Ueber diese Vorgänge äußerte sich der Rathspensionär vertraulich zu dem hannöverschen Gesandten Robethon. „Er sagte mir, berichtet dieser, mit wahrhaftem Schmerze, daß man genöthigt sein würde, dem Könige von Preußen sehr harte und sehr ungerechte Forderungen zu bewilligen; aber die Lage der Dinge in England, und die bekannte Neigung der Minister dort zu einem baldigen Frieden, mit dem Wunsche zugleich, den etwaigen Vorwurf auf die Republik abzuwälzen, mache es dieser zur Pflicht, die preußische Mannschaft beizubehalten, um nicht den englischen Ministern irgend welchen Vorwand zu geben.“[3])

Es würde indessen nicht richtig sein, auch das britische Ministerium, außer Raby und Marlborough, für den directen Druck auf

---

[1]) Murray t. V, p. 291.

[2]) A. a. O., p. 295.

[3]) Robethons Bericht vom 4. April.

die Generalstaaten zu Gunsten des Unrechtes mit verantwortlich zu machen. Auch St. John nennt im Fortgange der Dinge das Verfahren des Königs Friedrich I. unverantwortlich.[1])

In der Republik der Niederlande dagegen waltete ein für das Recht des Prinzen ungünstiges Verhältnis ob. Nicht die sämmtlichen sieben souveränen Provinzen traten für ihn ein. Er war General im Dienste der Republik, Erbstatthalter jedoch nur von Groningen und Friesland. Diese zwei Provinzen standen immer für ihn ein, in der Regel auch Geldern und Overyssel, nicht jedoch die drei anderen, und namentlich nicht immer die wichtigste von allen, Holland. Die republikanische oder richtiger oligarchische Partei wollte nicht wieder einen Erbstatthalter, sondern sah lieber die Macht des Prinzen verringert. In der Streitsache mit dem Könige von Preußen verlangte daher die Provinz Holland, daß der Prinz im Interesse der Gesammtheit Opfer bringe.

Im Mai machte Friedrich I. sich selber auf den Weg nach der Republik. Er verlangte durch seine Commissäre, daß ihm das Schloß Dieren in Geldern, Eigenthum des Prinzen, zur Wohnung eingeräumt werde. Die Commissäre des Prinzen schlugen ab, mit dem Hinweise auf den Alten Hof im Haag, den Friedrich I. in ähnlicher Weise allmählich sich zum Eigenthume gemacht. Die Generalstaaten ersuchten den Prinzen, dem Könige zu willfahren. Anders die Stände von Geldern. Sie drangen in den Prinzen es nicht zu gestatten, damit nicht das Ansehen ihres höchsten Gerichtshofes, welcher Dieren dem Prinzen zugesprochen, darunter litte.[2])

Die Mehrheit in den Generalstaaten war, gemäß der Erklärung vom 2. April, geneigt für einen Ausgleich der Differenzen über die oranische Erbschaft zum Vortheile des Königs von Preußen. Auf die Verwendung des Landgrafen von Hessen-Cassel und des Kurfürsten von Braunschweig-Lüneburg zu Gunsten des Prinzen erwiderte der Rathspensionär: „Es erscheint mir auffallend, daß man den Generalstaaten allen Tadel zuwälzt in einer Angelegenheit, bei welcher sie nicht im mindesten ihr eigenes Interesse verfolgen. Denn es liegt doch

[1]) Bolingbroke's letters vol. II, p. 259.

[2]) Robethons Berichte vom 30. Mai und 2. Juni.

wohl klar vor Augen, daß es ihrem Intereſſe ungleich mehr entſpräche, das geſammte Erbe dem Prinzen zu überweiſen als den König von Preußen zur Theilung zuzulaſſen. Es handelt ſich vielmehr in dieſer Sache um das Gemeinwohl der Verbündeten. Denn wenn nach dem Abzuge der preußiſchen Truppen der Republik ein Unglück widerführe, ſo würden nicht wir allein darunter leiden, ſondern auch das Reich würde die Folgen empfinden. Nachdem aber der König von Preußen bereits zweimal ſeinen Truppen unterſagt zu marſchiren, müſſen wir auch darauf gefaßt ſein, daß er ſeine Drohungen ausführt."[1])

Es hieß, daß der König Friedrich I., der ſich in Honslardyk befand, geſchworen habe: er werde ſeine Truppen heimkehren laſſen, wenn man in der oraniſchen Erbſchafts-Sache ihm nicht Genüge leiſte. In der Verſammlung der Generalſtaaten entſchieden vier Stimmen gegen drei, daß der Prinz zum Zwecke des Ausgleiches von der Armee her heim berufen werden ſolle. Es waren Holland, Seeland, Utrecht, Overyſſel, gegen Groningen, Friesland, Geldern.[2])

Die Generalſtaaten ſetzten zum Zwecke eines Ausgleiches eine Deputation nieder, je ein Mitglied für jede Provinz. Die Commiſſäre von beiden Seiten reichten die Anſprüche ein. Diejenigen des Königs von Preußen betrafen nicht bloß die Grafſchaften Lingen und Mörs, ſondern auch das Fürſtenthum Oranien, die Güter in Burgund und Anderes, ſo daß für den Prinzen ſehr wenig übrig blieb. Dieſer dagegen forderte auf Grund des Teſtamentes von Wilhelm III. das Ganze.

Als der Monat Juni darüber zu Ende ging, erhob die Umgebung Friedrichs I. laute Klagen gegen die Säumigkeit der Generalſtaaten. Der Prinz Eugen wandte ſich darüber zu dem General Grumbkow mit den Worten: „Sagen Sie doch lieber Ihrem Könige, daß er dem Prinzen gegenüber Großmuth beweiſen und nachlaſſen möge." — „Ich werde mich hüten, antwortete jener, ſolche Rathſchläge zu geben, die mich nach Spandau bringen würden."[3])

Der Fürſt von Anhalt erhielt den Befehl, am 12. Juli mit den preußiſchen Truppen heimzumarſchiren, wenn nicht bis dahin Gegenbefehl erfolge.

---

[1]) Robethons Bericht vom 6. Juni.

[2]) Desgleichen vom 9. Juni.

[3]) Desgleichen vom 30. Juni.

Die Besorgnisse im Haag stiegen dadurch, daß zugleich die Absicht des Czaren Peter zum Angriffe auf die Schweden in Pommern immer mehr kund wurde, und Friedrich I. dem russischen Botschafter im Haag, Matueof, eine auffallende Freundlichkeit bewies. Heinsius war der Ansicht, daß Friedrich I., anstatt, nach dem Beschlusse der Allianz, für die Neutralität im Norden des Reiches einzutreten, nach seiner gewöhnlichen Politik, sich lieber durch Gefälligkeiten mit dem Czaren Peter I. und August II. auf einen guten Fuß setzen werde, um dann einen Antheil an der Beute zu erlangen.[1])

Dennoch scheint die Freundlichkeit des Königs Friedrich I. für die Russen mehr ein Druckmittel auf die Generalstaaten gewesen zu sein. Denn am 6. Juli ließ er sich bewegen, seinen Befehl an Anhalt zum Abmarsche bis auf weiteres zurückzunehmen. Dagegen stiegen seine Ansprüche an das oranische Erbe. Er verlangte nun auch das Haus Dieren. Die Stände der Provinz Friesland dagegen legten bei Heinsius nachdrückliche Fürsprache für den Prinzen ein. Sie würden nicht dulden, sagten sie, daß man wider alle Vernunft und Gerechtigkeit den Prinzen dem Könige von Preußen zum Opfer bringe. — Die Partei des Prinzen hoffte auf ähnliche Beschlüsse von Geldern und Overyssel.[2])

Es kam dem Könige Friedrich I. zu statten, daß zur selben Zeit, im Beginne des Monates Juli, auch wieder August II. und Friedrich IV. mit der Abberufung ihrer Truppen droheten. Was wurde aus der verbündeten Armee, wenn zugleich die Preußen, die Dänen, die Sachsen abzogen? — Die Forderungen vom Haag aus an den Prinzen von Nassau wurden lauter und dringender. Er entschloß sich der Ladung nach dem Haag Folge zu leisten. Er machte sich auf den Weg. Beim Uebersetzen des Stromes bei Moerdyk erfaßte eine Böe das Fahrzeug und brachte es zum Kentern. Fast sämmtliche Begleiter des Prinzen retteten sich: er selber und sein Ad-

[1]) Robethons Bericht vom 27. Juni: Le Pensionnaire croit aussi que, si le danger augmente pour la Poméranie, la cour de Prusse, selon sa politique ordinaire, cherchera par toutes sortes de bassesses à prendre des liaisons avec le czar et avec le roi Auguste II, et les aidera même dans la dite expédition etc.

[2]) Desgleichen vom 7. Juli.

jutant ertranken. Er hinterließ eine Tochter in zartem Alter und seine Frau in Hoffnung.

Die Commissäre des Prinzen zeigten den Generalstaaten an, daß damit ihre Vollmacht erlosche, und baten um Schutz für die Hinterbliebenen. Die Commissäre Friedrichs I. dagegen drängten mehr als je auf die Einweisung in die Verlassenschaft des Prinzen Friedrich Heinrich. Der Rathspensionär ließ darauf dem Könige sagen, daß die Regierung gegen Pupillen nicht vorgehen könne. Die Erklärung that nicht die gewünschte Wirkung, sondern brachte den König so sehr in Zorn, daß er dem Fürsten von Anhalt den Befehl der Bereitschaft zum Abmarsche zusandte, für sich selber die Anordnungen traf zum Aufbruche in den nächsten Tagen, und sich vierundzwanzig Stunden so verhielt, daß Niemand ihn anzureden wagte.[1])

Die Drohungen des Königs erreichten ihren Zweck. Die Mehrheit in den Generalstaaten, unter Protest der Minderheit, beschloß, provisorisch, ohne die Rechtsfrage zu entscheiden, den König in den Besitz der Güter seines Großvaters Friedrich Heinrich einzuweisen. Friedrich I. erklärte, daß er, obwohl er einen mehr positiven Beschluß erwartet habe, dennoch annehme, in der Hoffnung, daß mit der Zeit das noch Fehlende ergänzt werde.[2])

Die preußischen Truppen blieben. Friedrich I. hatte mit ihnen eine Eroberung vollbracht, ohne daß sie vielleicht selber wußten, wozu sie hatten dienen müssen.

Der Feldzug.

Im April zogen sich die Armeen zusammen, die französische unter dem Marschall Villars, diejenige der Verbündeten unter Marlborough, während der Prinz Eugen, der als Feldmarschall des Reiches die

[1]) Robethons Bericht vom 28. Juli: Le roi de Prusse a été samedi (25. juillet) au soir dans une colère extrême, a voulu partir demain, a fait commander les relais, a envoyé ordre au prince d'Anhalt de se tenir prêt à marcher avec les trouppes au premier ordre qu'il recevroit, et a été vingt-quatre heures si irrité que personne n'osoit lui parler — tout cela parce que le Pensionnaire lui avoit fait voir que l'état ne pouvoit rien faire contre des mineurs. — Cf. Lamberty t. VI, p. 519.

[2]) Lamberty t. VI, p. 524.

Stellungen der Reichsarmee zu besichtigen hatte, nur langsam näher kommen konnte. Bereits am 26. April lag die Möglichkeit eines Treffens in den Ebenen von Denain nahe. Villars vermied es, und erhielt dafür das Lob des Königs. „Bei der gegenwärtigen Lage der Dinge, schrieb Ludwig XIV., dürfen wir nicht ohne Noth so wichtige Ereignisse wagen. Es genügt den Uebergang über die Schelde und die Sensette zu wahren, und so die etwaigen Plane der Feinde zu vereiteln.“ [1]) Beiderseitig betrachtete man es als eine hauptsächliche Aufgabe der Kriegführung dort, die zahlreichen Wasserläufe zu eigenem Vortheile, und zum Schaden des Feindes zu leiten.

Das Eintreffen des Prinzen Eugen bei der Armee am 13. Mai ward namentlich von Marlborough freudig begrüßt; denn bei seiner schwierigen Stellung gegenüber dem britischen Ministerium lag es ihm vor allen Dingen daran, einen Gefährten seiner Verantwortlichkeit zu haben. [2]) Diese Freude währte nicht lange. Am 3. Juni gab Ludwig XIV. an Villars den Befehl, 15 Bataillone und 15 Schwadronen gegen den Rhein zu entsenden. Er und der Kurfürst Max Emanuel bauten darauf irgend welche Hoffnungen, die nach Frankfurt hin ausgeschriebene Kaiserwahl stören zu können, für den Fall daß auch August II. seinerseits zur That zu schreiten vermöge.

Dieser Act von französischer Seite zwang die Verbündeten dasselbe zu thun, und legte zugleich dem Prinzen Eugen die Nothwendigkeit auf, selber sich an den Rhein zu begeben. „Die Aussicht, meldet der Feldbeputirte Goslinga, auf die Abreise des Prinzen Eugen, der an Befähigung für den Krieg den Herzog von Marlborough weit übertrifft, erregte Unbehagen. Soldaten wie Officiere werden in gewisser Weise dadurch entmuthigt.“ [3]) — Diese Stimmung in der Armee der Verbündeten blieb auf französischer Seite nicht unbekannt. [4]) Am 25. Juni erfolgte der Befehl der Absendung eines zweiten Corps, welches namentlich die Truppen des Kurfürsten Max Emanuel enthielt. Es ward verkündet, daß diese Truppen offensiv agiren sollten. [5]) Die

[1]) Pelet t. X, p. 592.
[2]) Schulenburgs Denkwürdigkeiten, Bd. I, S. 512.
[3]) Mémoires de Goslinga p. 115.
[4]) Pelet t. X, p. 617.
[5]) A. a. O., p. 618.

Consequenz war, daß nunmehr alle kaiserlichen und pfälzischen Truppen sich nach dem Rheine in Bewegung setzten. In Folge dieses Abzuges erging sich Marlborough bei den Holländern in lebhaften Klagen über die Entmuthigung der Armee und beschwor sie mit dringenden Bitten, den Prinzen Eugen zur Aenderung seines Entschlusses zu bewegen.[1]) Die Nachrichten des Prinzen Eugen nach Wien darüber machten den Eindruck, daß Wratislaw an den König Carl schrieb: „Marlborough ist so verzagt, daß er nicht weiß, was zu thun oder zu lassen."[2])

Es geht daraus hervor, wie richtig vom französischen Standpunkte aus diese Maßregeln getroffen waren. Die Bitte des Marschalls Villars jedoch um die Erlaubnis zu einem Treffen in der Ebene von Lens gewährte Ludwig XIV. abermals nicht. „Es liegt dafür, antwortete er, gar keine Nothwendigkeit vor. Bei unseren Feinden dagegen können verschiedene Anlässe der Spaltung eintreten, sei es wegen der Kaiserwahl, sei es wegen des Krieges im Norden, der lebhaft zu werden beginnt. Unter diesen Umständen ist es besser abzuwarten und die etwa sich darbietende Gelegenheit zu benutzen. Vielleicht geht der Feldzug nicht zu Ende, ohne daß sich eine für mich glückliche Lösung der Dinge ergibt."[3]) Daß eine geheime Unterhandlung mit England im Gange war, sprach der König auch seinem Heerführer nicht offen aus.

Für mehrere Wochen geschah nichts von Bedeutung. Marlborough hatte, in Anlaß des Abzuges des Prinzen Eugen, und auch später wiederholt dem holländischen Felddeputirten Goslinga sein besonderes Vertrauen entgegen getragen, „in so weit, fügt Goslinga hinzu, als seine Reserve und seine tiefe Politik ihm das verstatteten."[4]) Aber Goslinga benutzte dies Verhältniß, um ermuthigend auf ihn einzuwirken. Als sie sich eines Tages allein befanden, sprach Goslinga offen die Ansicht aus, daß es in Marlboroughs eigenem Interesse läge, nunmehr wo er die Ehre eines Erfolges mit keinem Anderen zu theilen habe, etwas Nachdrückliches zu unternehmen. Wie ein solcher Erfolg gerade zu dieser Zeit im allgemeinen Interesse der Allianz liege, und

---

[1]) Mémoires de Goslinga p. 116.

[2]) Wratislaw an Carl III., 29. Juni, S. 188.

[3]) Pelet t. X, p. 402. Vom 17. Juni.

[4]) Mémoires de Goslinga p. 118.

entscheidend für die Wahl in Frankfurt wirken werde, so bedürfe Marlborough eines solchen gegenüber dem britischen Ministerium. Marlborough ging ein. Sie traten an die Landkarte, und verabredeten einen Plan, zunächst nur in allgemeinen Zügen.[1])

Um sich zu decken, berichtete Goslinga den Plan nach dem Haag an den Rathspensionär und an Slingeland. Diese zogen den Prinzen Eugen, der sich gerade dort befand, zu Rathe. Der Plan erhielt die Zustimmung mit dem Auftrage an Goslinga, ferner dafür thätig zu sein. Marlborough nahm die Kunde mit Freude entgegen.[2])

Es vergingen abermals vierzehn Tage und der Monat Juli war fast zu Ende. Verschiedene Versuche Goslingas bei Marlborough blieben fruchtlos. Erst als Villars, auf Befehl von Versailles, den General d'Estaing mit 10.000 Mann in der Richtung von Mons entsendete, zeigte Marlborough, auf ein dringendes Schreiben Goslingas, sich willfähriger. In den ersten Tagen des Monats August ward der Plan des Angriffs festgestellt, und, auf Goslingas Verlangen, nunmehr auch die anderen Häupter ins Vertrauen gezogen.[3])

Wie bei den Holländern im Haag für den Entschluß zum Angriffe unzweifelhaft der Gedanke mit in die Wage fiel, daß ein Sieg vielleicht die Fäden der geheimen Unterhandlung zwischen St. James und Versailles zerreißen würde: so hatte Goslinga von Anfang an bei Marlborough hervorgehoben, daß ein Sieg seine Stellung gegenüber dem britischen Ministerium verbessern würde. Marlborough aber wollte, wie so oft, auch dies Mal, nach dem englischen Sprichworte, zwei Eisen zugleich im Feuer haben. Während er auf die holländischen Vorschläge einging oder einzugehen schien, machte er zugleich den Versuch, sich mit dem neuen Ministerium in England gut zu stellen.

Im Laufe des Feldzuges hatte er mehrere Briefe mit dem Grafen Oxford gewechselt, nicht bloß officiellen Inhalts. Am 4. Juli kündigte er diesem geradezu an, daß er wünsche fortan mit ihm in Vertrauen und Freundschaft zu leben, und daß er ihm zu diesem Zwecke und

---

[1]) Mémoires de Goslinga p. 120.
[2]) A. a. O., p. 121.
[3]) A. a. O., p. 127.

zur Besprechung des ferneren Kriegsplanes den Grafen Stair zu-senden wolle. Die Antwort Oxfords, vom 6./17. Juli, lautete zu-stimmend.[1])

Demnach trat Marlborough, am 26. Juli, in das Quartier des Grafen Stair. In langer Unterredung beklagte er das unglückliche Geschick der großen Allianz. Er besorgte, daß nach allem vergossenen Blute und aufgewendeten Gelde die Frucht dessen verloren gehen könne, namentlich wenn er, nach der Einbuße der Gunst der Königin und ohne das Vertrauen der Minister, an der Spitze der Armee verbliebe. Er denke daher daran, dem Grafen Oxford eine Alternative vorzu-schlagen: entweder seine Niederlegung des Commandos, und die Er-nennung eines Anderen an seiner Statt, in welchen die Königin das volle Vertrauen setze, daß er den Zwecken der großen Allianz nach-streben werde, bis der Krieg durch einen ruhmvollen Frieden geendet werden könne. In diesem Falle werde er gern das Commando ab-geben, sich in die Stille zurückziehen, und für den Erfolg der königlichen Waffen unter anderer Führung herzlich beten. Dagegen, wenn man seine Gegenwart bei der Armee und seine Führung für nützlicher erachte als diejenige eines Anderen, so sei er willig zu beharren, und werde, wenn die Königin ihr Vertrauen in ihn herstelle, mit Oxford leben wie zuvor mit Godolphin.[2])

Aus dieser Rede Marlboroughs ergibt sich, daß er von der ge-heimen Friedenshandlung des britischen Ministeriums mit Frankreich keine Kenntnis hatte. Auch hatte St. John von Anfang an Sorge getragen, daß weder von England, noch vom Haag aus eine Mit-theilung darüber an Marlborough gelange.[3]) Er hatte ferner dem Lord Raby im Haag kund gethan, daß man zwar, aus vielen Gründen, für diesen Feldzug Marlborough das Commando habe belassen müssen, daß jedoch jeder Versuch von seiner Seite die frühere Stellung wieder zu erlangen, auf den schärfsten Widerstand treffen werde.[4])

[1]) Dies Schreiben bei Coxe's Marlborough vol. III, p. 219

[2]) Marchmont papers vol. II, p. 77. Erzählung des Grafen Stair an Al. Marchmont im Jahre 1736. — Die Daten werden bestätigt durch die Briefe Marlboroughs bei Murray t. V, p. 420.

[3]) Bolingbroke's letters vol. I, p. 175

[4]) A. a. O., p. 188. Vom 6./17. Mai.

Für uns Spätere ergibt sich aus diesen Worten St. Johns, daß der Versuch, den Marlborough durch den Grafen Stair machen wollte, von einer irrigen Basis ausging, und daher keine Aussicht auf Erfolg haben konnte.

Aber Graf Stair, der eben so wenig wie Marlborough das eigentliche Verhältnis durchschaute, stimmte jener Rede bei. Marlborough schrieb daher einen entsprechenden Brief an Oxford. Er beauftragte Stair diesen Brief nach London zu bringen, und dabei dem Grafen Oxford in derselben Weise mündlich zuzureden. Desgleichen überbrachte der Graf Stair ein Schreiben an die Königin. Es gelang ihm erst, nach längerem Verweilen in London, von dem Grafen Oxford eine Unterredung zu erlangen. In derselben sprach sich der Letztere dann ganz offen und frei aus, und zwar so, daß Stair hoffte, die Unterredung werde enden mit der Erklärung der Bereitwilligkeit Oxfords, auf den zweiten Vorschlag einzugehen. Dies war jedoch nicht der Fall. Oxford endete damit zu sagen: er müsse seinen definitiven Entschluß vertagen bis auf die nächste Unterredung, die in kurzer Zeit stattfinden sollte. Von diesem Stande der Dinge setzte Oxford selber Marlborough in Kenntnis durch ein Schreiben vom 4./15. August, welches in Betreff der Hauptsache nichts Positives enthielt.[1])

Inzwischen nahmen die Dinge im Felde einen merkwürdigen Verlauf.

Gegen das Ende des Monats Juli fand das Drängen des Marschalls Villars auf die Erlaubnis zu einer Action in Versailles mehr Eingang. Die Abtrennung des Corps unter Estaing erschien dort in dieser Richtung als ein Vortheil, weil dann doch nicht die ganze Armee aufs Spiel gesetzt würde. Die Meldung vom 2. August an Villars lautete: „Der König gibt Ihnen durchaus nicht den Befehl mit Eifer alle Gelegenheiten zu einem Treffen zu suchen; aber er beläßt Ihnen die Freiheit diejenigen, welche die Feinde Ihnen zum Angriffe auf sie gewähren, zu benutzen, sobald Sie glauben es mit Vortheil oder wenigstens mit Gleichheit, wie Sie es ermessen werden, thun zu können.“[2])

---

[1]) Das Schreiben in Coxe's Marlborough vol. III, p. 220.

[2]) Pelet t. X, p. 635.

Die Bewegungen der Armeen in den ersten Tagen des Monats August waren derartig, daß man beiderseits auf ein nahes Treffen gefaßt war. Der Marsch der Armee der Verbündeten, am 4. und 5. August, der die französischen Linien durchbrach, erregte Bewunderung. Am 6. August war Paris von dem Gerüchte erfüllt, daß eine Schlacht geliefert werde.[1])

In der That stand am Morgen dieses Tages die französische Armee in Schlachtordnung da, so jedoch daß Villars, gemäß der erhaltenen Weisung, nicht zum Angriffe vorging, sondern ihn erwartete.[2])

Bevor noch Marlborough wußte, daß der Feind bereits so nahe, rief er beim Recognosciren am frühen Morgen des 6. August Goslinga zu: „Bevor ich die Belagerung von Bouchain unternehme, werde ich in diesen Tagen den Feind zum Schlagen bringen." Goslinga stimmte mit Eifer zu. Dann kamen die Nachrichten ein über die Nähe des Feindes, seine Stellung. Die Generale konnten vom Kirchthurme von Framegies aus die Farben der feindlichen Fahnen unterscheiden.[3]) Es lag vor Augen, daß Villars ein Treffen anbot.

Auf das Andringen Goslingas die Gelegenheit sich zu nutze zu machen, wich jedoch nunmehr Marlborough aus, und in gleicher Weise sein Vertrauter, der General Cadogan. Man vernahm einige Bauern über die Beschaffenheit des Bodens. Nach der Behauptung Marlboroughs lauteten die Aussagen ungünstig für einen Angriff: der linke Flügel und das Centrum der Feinde seien gedeckt durch Moräste, der rechte Flügel durch eine große Schlucht. Goslinga führte zwei Bauern vor, welche aussagten: der linke Flügel und das Centrum hätten keine vorliegende Deckung, der rechte Flügel allerdings eine Schlucht. — Villars selber sagt: „Je me plaçai de manière que je pouvais marcher mille pas en avant, sans perdre l'avantage de mon poste, qui était uniquement d'avoir mes flancs appuyés." — Er wußte, daß an Zahl seine Gegner ihm bedeutend überlegen waren, und nach seiner Ansicht war in beiden Armeen kein Zweifel, daß es zum Treffen kommen würde.

---

[1]) Dangeau t. XIII, p. 455.

[2]) Mémoires de Villars t. II, p. 185.

[3]) Mémoires de Goslinga p. 132. Seine Erzählung ist sehr ausführlich und interessant.

Marlborough erkärte den Kriegsrath befragen zu wollen. Ueber dies Verfahren erzählt Goslinga, daß Marlborough einige Jahre zuvor bei einem ähnlichen Anlasse in vertraulicher Unterredung gesagt: „Ich muß Ihnen einen allgemeinen Grundsatz aussprechen: nämlich wenn Sie Sich jemals in einer zweifelhaften Lage befinden, wo Sie Sich zu entscheiden haben für oder gegen eine Schlacht oder eine andere gewagte Unternehmung — so befragen Sie, wenn Sie für die Sache sind, nur Ihren General, und im anderen Falle berufen Sie einen großen Rath. Dann sind Sie sicher, daß Sie, ohne sich selber zu exponiren, die Sache zu Falle bringen.“ [1])

Der Kriegsrath trat zusammen. Er war einstimmig der Ansicht, daß bei der Ueberlegenheit der Streitkräfte, die man besäße, bei dem Siegesgefühl, welches das Bewußtsein derselben der Mannschaft einflöße, man auf den Feind gehen müsse, wenn die Bodenbeschaffenheit es gestatte. — Ueber diese Bedingung trennten sich dann die Meinungen. Die drei englischen Generale Ras, Orkney, Lumley, der Fürst von Anhalt und der General Fagel erklärten, daß nach dem Berichte der Bauern die Bodenbeschaffenheit dem Feinde allzu vortheilhaft sei. Albemarle war zweifelhaft. Die Prinzen von Hessen und Württemberg stimmten für den Angriff. Der alte General Tilly war gegen den Angriff. Dann trat auch Marlborough der Mehrheit bei. Es sei sein Wunsch, erklärte er, mit dem Feinde zu einer Entscheidung zu kommen. Da er aber dies nicht für möglich halte, so bleibe nur übrig, die Schelde zu überschreiten und die Belagerung von Bouchain zu unternehmen. — Die Reihe kam nun an die drei Felddeputirten. Zwei von ihnen, Capelle und Hooft, fielen der Mehrheit bei. Goslinga dagegen wies auf die Verschiedenheit in den Aussagen der Bauern hin. Er verlangte, daß, bevor man auf den Angriff verzichte, erst noch genauer recognoscirt würde. Er hob hervor, daß ein entscheidender Sieg die verbündeten Mächte in den Stand setzen würde, die Bedingungen des Friedens vorzuschreiben. Er widerrieth den Uebergang über die Schelde, der fast im Angesichte des Feindes geschehen müsse und darum die Nachhut schweren Gefahren aussetzen werde. — Allein Marlborough hielt fest

[1]) Mémoires de Goslinga p. 138.

an dem Beschlusse der Mehrheit. Demnach wurden sofort die Vorbereitungen zum Uebergange über die Schelde getroffen.

Die Urtheile über diese Lage der Dinge vom 6. und 7. August waren damals und später so verschieden, daß es sich der Mühe verlohnt, noch etwas weiter die Sache zu verfolgen. Der französische General Pelet, der zu Anfang dieses Jahrhunderts die Geschichte jener Feldzüge schrieb, kennt nicht die Vorgänge auf Seiten der Verbündeten, sondern gibt nur die Thatsache an, daß die Bewegungen derselben widersprechend gewesen seien, kühn in dem Anzuge vom 5. August, furchtsam in dem Links-Abmarsche über die Schelde, am Abende des 6.[1])

Wichtiger jedoch sind die Ansichten der Nächstbetheiligten. In den Denkwürdigkeiten, die der Feldbeputirte Goslinga im folgenden Winter niederschrieb, bezeichnete er die herausfordernde Aufstellung des Marschalls Villars, am 6. August, als eine Unbesonnenheit und Verwegenheit. Dagegen nannte Villars, dem es nicht unbekannt blieb, daß Goslinga den Angriff verlangt hatte, das Nichteingehen Marlboroughs eine Weisheit. Nicht alle französischen Generale jedoch waren dieser Ansicht; denn Goslinga versichert, einige Jahre später als Gesandter in Paris von französischen Generalen das Urtheil vernommen zu haben, daß Villars an jenem Tage geradezu die Krone Frankreichs aufs Spiel gesetzt habe.

Aber die Dinge hatten dann durch den Links-Abmarsch der Verbündeten über die Schelde sich völlig gewendet. Nach dem Berichte Goslingas entstand bei diesem Uebergange und den Versuchen des Weitermarsches am Abende und in der Nacht und bei strömendem Regen eine unendliche Verwirrung, in welcher man sehnsüchtig des ersten Sonnenstrahles harrte. Bei diesem Stande der Dinge am Morgen des 7. hätte, nach der Ansicht Goslingas, ein Anmarsch und Angriff von 10.000 Franzosen ausgereicht, die ganze Nachhut und vielleicht noch viel mehr zu vernichten. Ein solcher Angriff erfolgte nicht. Aus Unterredungen späterer Jahre mit Villars erkannte Goslinga, daß jener die ihm so günstige Lage der Dinge vom 6./7. August niemals erfahren habe, und vermied es nun auch selber, sie ihm zu enthüllen.[2])

---

[1]) Pelet t. X, p. 421.

[2]) Mémoires de Goslinga p. 143.

Die Thatsache dieses Nichtwissens wird durch die Worte des Marschalls Villars in seinen Denkwürdigkeiten zum Vollen bestätigt. „In der Nacht, sagt er, gingen die Feinde über die Schelde, ohne daß man davon die geringste Nachricht hatte.“ [1])

Drängen wir kurz diesen Umschwung der Dinge binnen vierundzwanzig Stunden zusammen. Am Morgen des 6. August stehen die feindlichen Armeen einander so gegenüber, daß Villars die Schlacht anbietet, und daß auf beiden Seiten die Urtheile der Kundigen über den muthmaßlichen Erfolg eines Eingehens der Verbündeten auf jenes Anbieten im Widerspruche mit einander stehen. Marlborough — ob lediglich aus sachlichen, oder auch aus persönlichen Gründen, bleibe dahin gestellt — wagt den Angriff nicht.

Der Tag geht so vorüber. Vierundzwanzig Stunden später hat sich die Sachlage geändert. Die verbündete Armee ist, theils durch Mangel an Voraussicht in der Führung, theils durch die Mächte der Natur, in einen Zustand der Verwirrung gerathen, in welchem ein etwaiger Angriff von Seiten der Franzosen sie mit schwerem Verluste bedroht. Aber Villars, nur um wenige Wegstunden entfernt, kennt diese Sachlage nicht. Und darum bleibt die Armee der Verbündeten erhalten.

Es ist leicht zu erachten, daß Goslinga über seine Auffassung der Vorgänge vom 6. August nach dem Haag hin nicht schwieg. Auch dort hatte man, nach dem kühnen Marsche vom 4. und 5. August, etwas Anderes erwartet. Der Rathspensionär, Slingeland, Sinzendorf, antworteten auf die Berichte Marlboroughs, daß sie auf ein Treffen gefaßt gewesen seien. Die Erwiderungen Marlboroughs, der sonst jederzeit seine Erregungen unter glatte Worte, ob schriftlich, ob mündlich, zu verdecken wußte, lauteten dies Mal sehr unmuthig. „Ich kann Ihnen nicht verhehlen, schreibt er an Sinzendorf, daß Ihre Andeutung, man sei auf ein Treffen gefaßt gewesen, für mich äußerst kränkend ist, als wenn ich eine Gelegenheit versäumt hätte, während doch nicht ein einziger General oder Officier bei der Armee ist, der nicht zustimmte, daß es unmöglich war, mit der geringsten Aussicht auf Erfolg sich

[1]) Mémoires de Villars t. II, p. 185: Leur armée passa l'Escaut, sans qu'on en eût le moindre avis.

mit dem Feinde einzulaſſen. Ich muß geſtehen, daß eine ſolche Behandlung ſehr kränkend iſt, und mich ſehr entmuthigt." [1]) Entſprechend ſchrieb Marlborough an Slingeland, und ſpäter und ausführlicher noch an Heinſius.

Aber auch franzöſiſche Zeitungen redeten über den 6. Auguſt in ähnlicher Weiſe. Gegen dieſe wandte ſich Marlborough in einem officiellen Schreiben an St. John, mit der Bitte um Vorlage vor die Königin und die Miniſter. [2]) Danach waren die Schwierigkeiten gegen einen Angriff auf Villars am 6. Auguſt noch viel größer. „Seine rechte Flanke, ſagt Marlborough, war geſichert durch die Stadt Cambrai, das Centrum durch zwei vorliegende Dörfer und durch Hohlwege, die linke Flanke durch den Moraſt von Inchi. Es war daher nicht thunlich, den Feind in dieſer Stellung anzugreifen."

Zu dieſem Tadel, der von verſchiedenen Seiten auf Marlborough eindrang, trat für ihn noch die Erfahrung, daß ſein Verſuch bei dem neuen Miniſterium fehl geſchlagen war. Oxford hatte den Grafen Stair in London zurückbehalten von einem Tage zum anderen. Inzwiſchen trafen Prior und Mesmager mit den Zuſicherungen der Sondervortheile für England bei dem Frieden ein. Das britiſche Miniſterium bedurfte Marlboroughs nicht mehr. Stair erhielt von Oxford einen nichts ſagenden Brief an ihn, mit der Weiſung, ſich wieder zur Armee zu begeben. [3])

Marlborough mußte fühlen, wie der Boden ihm unter den Füßen ſchwand. Er ließ Goslinga zu ſich bitten. Er erinnerte an ihr früheres gutes Verhältnis langer Jahre, und ſprach dann die Beſorgnis aus, daß bei ſeiner Stellung zu dem britiſchen Miniſterium, welches nur die Gelegenheit ſuche, ihn zu verderben, das Misverſtändnis mit Goslinga ihm zum Nachtheile gereichen könne. Er erſuchte Goslinga, die Freundſchaft und Vertraulichkeit mit ihm herzuſtellen. [4])

Nach Goslingas Anſicht war das Verhalten Marlboroughs am 6. Auguſt nicht die Folge ſeiner Ueberzeugung von den ſachlichen

---

[1]) Alle drei Schreiben bei Murray t. V, p. 442. Vom 13. Auguſt.

[2]) Abgedruckt bei Somerville p. 646. Vom 20. Auguſt.

[3]) Marchmont Papers vol. II, p. 77: a bamboozling letter.

[4]) Mémoires de Goslinga p. 146.

Schwierigkeiten, sondern persönlicher Motive. Er wollte, meinte Goslinga, nicht durch eine Entscheidungsschlacht den Krieg beenden, sondern ihn weiter hinschleppen. Dadurch erstrebte, nach der Ansicht Goslingas, Marlborough einen doppelten Vortheil für sich, nämlich den der Fortführung des Commandos und den Sturz des Ministeriums, welches bei längerer Dauer des Krieges sich nicht halten konnte. Goslinga zweifelte auch dies Mal an der Aufrichtigkeit in dem Freundschaftserbieten Marlboroughs; „aber, setzt er dann hinzu, der Zauber, den das Wesen dieses großen Mannes ausübt, ist derartig, daß es schwer, ja fast unmöglich ist, ihm zu widerstehen.“ [1]) Sie unterhielten sich dann vertraulich weiter, und Goslinga sprach Marlborough offen seine Ansicht über die ganze Sachlage aus. „Ein Sieg, sagte er, dessen Folge das Gesetz des Friedens für Frankreich gewesen wäre, würde Ihnen das Uebergewicht über alle Ihre Feinde gegeben haben. Weder das Ministerium, noch auch selbst die Königin würde dann gewagt haben, die Hand wider Sie zu erheben, oder das Commando Ihnen zu nehmen. Wenn Sie aber meinen, daß das Ministerium Willens sei, den Krieg fortzuführen, so ist das, nach meiner Ansicht, ein Irrthum. Diese Leute sind schon zu weit gegangen, als daß sie auch nur stehen bleiben könnten. Ich halte es für sicher, daß sie im nächsten Jahre den Frieden machen, oder doch, wenn es nothwendig noch einen Feldzug auszuhalten, Ihnen das Commando nehmen werden. Ich bitte eines Tages dieser meiner Worte zu gedenken.“ Marlborough kam darauf zurück, daß er in der Ablehnung des Treffens am 6. August der Mehrheit des Kriegsrathes gefolgt sei; allein Goslinga bat ihn sich seiner eigenen Worte von 1707 über die Zweckmäßigkeit eines Kriegsrathes zu erinnern. (Vgl. S. 159) „Die günstige Gelegenheit, schloß er, mit einem wuchtigen Streiche den Krieg ruhmvoll zu beenden, ist vorüber und wird nicht wiederkehren.“ [2])

Das Ergebnis des vielbewunderten Marsches der Verbündeten vom 5. August war die Belagerung von Bouchain. In den ersten Tagen besaß der Marschall Villars noch eine Verbindung mit der Stadt über einen Moraſt. Es gelang den Verbündeten ihm dieselbe

[1]) Mémoires de Goslinga p. 147.
[2]) A. a. O., p. 148.

zu nehmen, zur großen Unzufriedenheit in Versailles, die wiederholt ihren Ausdruck fand.[1]) Am 13. September capitulirte Bouchain.

Marlborough ließ durch den General Albemarle im Haag noch die Belagerung von Le Quesnoi vorschlagen. Er fand dafür keine Willigkeit. Denn so wenig Sicheres und Bestimmtes auch die Mittheilungen enthielten, die St. John über die Anwesenheit des Mesnager in London durch Drummond an Heinsius gelangen ließ,[2]) so ward dadurch doch die Thatsache der geheimen Unterhandlung zwischen England und Frankreich bestätigt. Die Generalstaaten fanden andere Gründe, weitere Unternehmungen im Felde abzulehnen: der durchschlagende war die Besorgnis vor jenen Unterhandlungen.[3])

Die Kaiserwahl.

Die Entsendung der französischen Truppen nach dem Rheine hatte nicht, wie man von Paris aus verkünden ließ, den Zweck eines Angriffes, sondern geschah einerseits in der Absicht, die Armee der Verbündeten in Flandern zur Nachahmung zu zwingen und dadurch zu schwächen,[4]) andererseits für den Fall daß es August II. gelinge nachdrücklicher aufzutreten, eine Macht in der Nähe zu haben. Wir haben gesehen, daß der Ausgang der Dinge am Pruth auf die Entwürfe des Czaren Peter I. und des Königs August II. nach Westen hin ein starker Dämpfer war.

Zu einer Offensive am Rheine fehlten der französischen Armee die Mittel. Der Marschall Harcourt dort führte schwere Klage, daß der König mit den Truppen nicht auch das Nothwendige zum Unterhalte sende. Das Land könne die Truppen nicht ernähren.[5]) In Deutschland ging längere Zeit hindurch das Gerücht, daß der Kurfürst Max Emanuel sich an die Spitze der französischen Truppen stellen werde, um einen Einbruch zu versuchen. Auf die wiederholten Mel-

---

[1]) Pelet t. X, p. 639 et suiv., 643.

[2]) Bolingbroke's letters vol. I, p. 316. Vom 17./28. August.

[3]) Lamberty t. VI, p. 551.

[4]) Pelet t. X, p. 534.

[5]) A. a. O., p. 540.

dungen Harcourts, daß es ihm nicht möglich sei etwas zu unternehmen, blieb auch Max Emanuel zurück.[1])

Auch der Prinz Eugen unternahm seinerseits keinen Angriff. Er hatte nur die Aufgabe, jeder Absicht der Störung der Kaiserwahl entgegen zu treten. Ein solcher Versuch ward nicht gemacht.

Im August sammelten sich in Frankfurt am Main die Kurfürsten oder deren Stellvertreter mit Ausnahme der durch die Reichsacht ausgeschlossenen zwei wittelsbachischen Brüder von Köln und Bayern. Zunächst galt es die Wahlcapitulation festzustellen. So wenig wirkliche Macht das Kaiserthum oder richtiger das römische Königthum bot, welches aus sich selber über keinen Mann und keinen Gulden verfügte, so tritt uns nicht bloß aus den unendlichen Formalitäten, sondern auch aus dem Wortlaute der Capitulation selbst noch die Erinnerung an die einstige Bedeutung des Kaiserthums für die gesammte Christenheit entgegen. Denn der erste Artikel der Wahlcapitulation beginnt mit den Worten: „Zum Ersten, daß wir in Zeit solcher unserer königlichen Würde Amt und Regierung die Christenheit, den Stuhl zu Rom, Päpstliche Heiligkeit und christliche Kirche, als derselben Advocat, in gutem, treulichem Schutze und Schirme halten sollen und wollen."

Dieselben Gedanken prägen sich aus in dem Eide der Kurfürsten vor der Wahl: „Ich (Titel) und Kurfürst, schwöre zu den heiligen Evangelien, hier gegenwärtig vor mich gelegt, daß ich durch den Glauben oder die Treue, damit ich Gott und dem heiligen römischen Reiche verstrickt und verbunden bin, nach aller meiner Vernunft und Verständnis, mit Gottes Hülfe erwählen will ein weltliches Haupt dem christlichen Volke, das ist einen römischen König, zum künftigen Kaiser zu erheben." Der Eid entspricht dem Thatbestande, daß erst die Krönung von der Hand des Papstes den Kaisertitel verlieh, nur daß seit Maximilian I. durch die Concession des Papstes auch ohne die Krönung der Titel: Erwählter römischer Kaiser, geführt wurde.

Es waren ehrwürdige Ruinen einer besseren Zeit, die das Verhältnis der zwei Schwerter auf Erden in der dem Wohle des christlichen Volkes entsprechenden Weise zu regeln verstanden hatte. Aber aus den Ruinen keimte nicht mehr eine schaffende Kraft. Jede neue

[1]) Pelet t. X, p. 559.

Wahlcapitulation drängte die noch gebliebenen Rechte des Kaisers in engere Grenzen ein, niemals zum Frommen der Gesammtheit, immer im Interesse der Unabhängigkeit und Selbstherrlichkeit der Reichsfürsten.

Am 12. October ward der König Carl III. von Spanien einstimmig zum römischen Könige mit dem Anspruche auf das Kaiserthum erwählt als der sechste seines Namens.

Wir haben gesehen, daß im Laufe des Monates Juli bei Carl III. die Gründe Wratislaws für seine Heimkehr überwogen. Dazu trat dann die Ankunft des Grafen Althann, den der Prinz Eugen nach Barcelona entsendet hatte, um dem Könige Carl III. die Nothwendigkeit der Ueberkunft vorzustellen. Der Graf Wratislaw fügte noch die Mahnung nach: „Wenn Ew. Majestät, wider Verhoffen, nach Althanns Ankunft nicht abreisen, so weiß ich meines Leides und unseres Elends kein Ende. Ew. Majestät können nicht glauben, in welche Armuth die Hofkammer und alle diese Länder durch den langwierigen Krieg gerathen sind.“ [1])

Am 5. September schrieb Carl III. an Wratislaw seinen Entschluß, am 20. aufzubrechen. Die Frage, ob die Königin Elisabeth in Barcelona zu belassen oder mitzunehmen, ward viel hin und her erwogen; aber die ausdrückliche Weigerung des englischen Admirals, die Königin mit an Bord zu nehmen, war entscheidend. [2]) Der König gab ihr als seiner Statthalterin die Räthe bei: den Italiener Moles, den Spanier Cardona, den Oesterreicher Starhemberg, den Spanier Palma. Der Verdacht des Grafen Gallas gegen die britischen Minister in Betreff einer geheimen Friedenshandlung war dem Könige Carl bei dem Scheiden aus Barcelona nicht mehr unbekannt. Die Gefahr schien ihm noch nicht unmittelbar dringend. [3])

Am 27. September bestieg Carl III. in Barcelona das englische Linienschiff Blenheim, das ihn nach Italien tragen sollte. Am 8. October befand er sich vor der Bucht von Vado, und stieg am 12. October dort ans Land. Es war der Tag der Wahl in Frankfurt am Main.

[1]) Vom 31. August. S. 211.
[2]) Vom 5. September. S. 217.
[3]) A. a. O., S. 220.

Am selben Tage noch enteilten von dort die Couriere mit der Nachricht, in denselben Tagen aber auch diejenigen des Grafen Gallas aus London, daß dort zwischen Frankreich und England ein geheimes Abkommen getroffen sei.

Die Friedenssache.

Die geheime Verhandlung in London.

Die geheimen Unterhandlungen St. Johns und Anderer, mit dem Franzosen Mesnager, im August und September, fanden statt im Hause des Prior. Die Reisen nach Versailles und zurück zur Einholung von Resolutionen machte der Geistliche Gautier. Diese äußeren Umstände erfuhr der Graf Gallas, namentlich durch die Thätigkeit seines Secretärs Primoli. Den Inhalt der Berathungen konnte man nur vermuthen; doch kamen diese Vermuthungen der Wahrheit, wie sie sich später enthüllte, ziemlich nahe.

Dem Rathspensionär Heinsius dagegen ließ St. John durch Drummond sagen, 17./28. August, daß auf die Eröffnungen, die Frankreich im April gemacht, die Königin einen mehr eingehenden schriftlichen Entwurf verlangt, den sie den Generalstaaten vorlegen könne, daß aber der König statt dessen eine Persönlichkeit zur mündlichen Verhandlung geschickt habe. Diesem Herrn gegenüber hätten die Staats-Secretäre im Namen der Königin erklärt, daß sie unter keiner Bedingung in einen Sondervertrag willigen werde. Er möge daher einen Friedensvorschlag ausarbeiten, den dann der britische Botschafter, der nunmehr zum Grafen Strafford ernannte Lord Raby, nach dem Haag überbringen werde.[1])

Diese Meldung war zur kleineren Hälfte wahr, zur größeren unwahr, und darum auf Irreführung berechnet. Mesnager arbeitete nicht bloß Einen Entwurf aus, sondern zwei, den einen, vag und unbestimmt, zur Vorlage an die Mitglieder der Allianz, den anderen, der die Sondervortheile für England enthielt, nur für die britischen Minister.

---

[1]) Bolingbroke's letters vol. I, p. 316. Vom 17./28. August.

Unter diesen erhob jedoch Einer einige Bedenken. Es war Shrewsbury. Er erkannte die Vortheile der Vorschläge für England an. Aber, meinte er dann, in dem einen Entwurfe wie in dem anderen, sei der Verbündeten doch gar zu wenig gedacht. Daher könne, wenn einmal diese Papiere öffentlich würden, der Verdacht entstehen, die Regierung der Königin habe nur für das britische Interesse Sorge getragen, und, nachdem einmal dies mit Frankreich festgestellt, den Bundesgenossen überlassen, bei einem allgemeinen Vertrage für sich selber zu sorgen. „Da dies der Absicht der Königin nicht entspricht, fügte Shrewsbury hinzu, so sollte auf die Feststellung für die Verbündeten mehr Bedacht genommen werden. Ich erinnere mich ein Schriftstück von Mesnager gesehen zu haben, welches für das Reich sehr Unvortheilhaftes enthielt. Ein Schweigen von unserer Seite in solchen Dingen könnte einen Verdacht gegen uns erregen.“ [1])

Diese Worte Shrewsburys, die Zeugnis ablegen von einer Regung der Ehrlichkeit, hatten zur Folge, daß man in dem einen Entwurfe, der zur Mittheilung an die Verbündeten bestimmt war, noch einige Veränderungen anbrachte, um ihn, wie St. John der Königin meldet, nach außen hin schmackhafter zu machen. [2])

Das ungleich wichtigere Schriftstück war das geheime, welches die Sondervortheile für England enthielt. Indem St. John der Königin die Meldung abstattet, am 25. September/6. October, daß das Schriftstück vereinbart sei, fügt er hinzu: „Es möge mir gestattet sein hinzuzufügen, daß diese Uebereinkunft für die Königreiche Ew. Majestät größere Vortheile enthält als vielleicht jemals für irgend eine Nation in einem Zuge bewilligt worden sind.“ [3])

Es ist von Wichtigkeit, die Entstehung dieses Schriftstückes näher ins Auge zu fassen.

Die britischen Minister hatten unter dem Titel: Präliminar-Forderungen für Groß-Britannien besonders, dem Mesnager eine Denkschrift mit acht Forderungen eingereicht. Der Eingang der Denkschrift enthielt, daß erst mit der Unterzeichnung des allgemeinen Friedens

[1]) Bolingbroke's letters vol. I, p. 336. Vom 27. August/7. September.
[2]) A. a. O., p. 368.
[3]) A. a. O., p. 373.

dieſe Artikel in Kraft treten würden, und hob hervor, daß eben darum ja Ludwig XIV. durch die Bewilligung derſelben nichts riskire.

Ludwig XIV. bewilligte die acht Forderungen, freilich in etwas anderer Form, aber vor allen Dingen ſo, daß in der Bewilligung jene Eingangsworte des britiſchen Miniſteriums ausdrücklich wiederholt wurden. „Nachdem, ſagt ſein Bevollmächtigter Mesnager, Se. Majeſtät in der That erkannt haben, wie es in der engliſchen Denkſchrift heißt, daß Sie durch ein Eingehen in der dort verlangten Weiſe nichts riskiren, weil ja die Präliminar-Artikel vor der Unterzeichnung des allgemeinen Friedens nicht in Kraft treten werden u. ſ. w.: ſo haben Se. Majeſtät den Herrn Mesnager zu der bewilligenden Antwort ermächtigt.“ [1])

St. John als der Wortführer des Miniſteriums in dieſer Angelegenheit legte vor denjenigen Engländern, die ganz oder zum Theile in das Geheimnis eingeweiht waren, wie z. B. vor dem Lord Peterborough, dies Verfahren zurecht in folgender Weiſe: „Die Königin verlangte von Frankreich eine Zuſage für gewiſſe Punkte im Intereſſe von Groß-Britannien. Dieſe Zuſage tritt aber in Kraft nur im Falle des allgemeinen Friedens. Und weiter hat die Königin vor Freund und Feind erklärt, daß dieſer allgemeine Friede nur dann eintreten ſoll, wenn ihre Verbündeten für die betreffenden Forderungen alle vernünftige Satisfaction erlangen. Ich frage Sie alſo, ob das eine Ungerechtigkeit iſt, ob übele Conſequenzen folgen können.“ [2])

Dieſe Beweisführung St. Johns hat einige Lücken. Es iſt zunächſt erforderlich ihr die Anſicht entgegen zu ſtellen, welche vier Jahre ſpäter das vom Unterhauſe zur Unterſuchung niedergeſetzte Comité über dies Verfahren des Miniſteriums von 1711 ausſprach.

„Es iſt hervorzuheben, ſagt dies Gutachten, welcher unheilvollen Nothwendigkeit dies Verfahren der Miniſter die Königin ausſetzte. Sie ward dadurch gezwungen, aufs Gerathewohl in alle Maßregeln Frankreichs einzugehen. Denn es ſtand in der Macht dieſer Krone, durch die Enthüllung jenes Geheimniſſes, durch die Kundmachung einer ſo

---

[1]) Das Schriftſtück in Bolingbroke's letters vol. I, p. 374. — In den Beilagen zum Rapport du Comité secret iſt es Nr. IV.

[2]) Bolingbroke letters vol. II, p. 141.

offenbaren Verletzung der internationalen Treue, bei den verbündeten Mächten sich jeden möglichen Vortheil zu verschaffen. Denn diese konnten in solchem Falle kein Bedenken tragen, sich jeder Verpflichtung für die Königin entbunden zu achten, wenn sie auf eine andere Weise besser abkommen konnten. Unter dem Vorwande also des Friedens, und mit Ausnutzung der Autorität der Königin, setzten die englischen Minister Frankreich in den Stand, die Königin aller ihrer Bundesgenossen zu berauben, und verschafften ihm Vortheile, auf welche es sonst nicht hätte hoffen dürfen." [1])

Die erstere Gefahr, diejenige für die Ehre und die Vortheile Englands durch die Publication der geheimen Artikel, ging nicht in Erfüllung. Die französische Politik stand sich besser bei dem Verschweigen. Richtig dagegen war, daß eben dadurch sie sich Vortheile verschaffte, auf die sie sonst nicht hätte hoffen dürfen. Denn dies war die Consequenz der gegenseitigen Beziehungen, in welche das britische Ministerium durch die geheime Uebereinkunft zu der französischen Politik getreten war. Wir haben aus dem Berichte St. Johns an die Königin entnommen, wie er sich die Vortheile ausmalte, welche diese Uebereinkunft für Groß-Britannien in Aussicht stellte. Eben darum aber auch wollte das Ministerium diese Vortheile sichern. Die Vorbedingung für die Sicherung war der Abschluß des allgemeinen Friedens. Daher war es die Consequenz, daß das britische Ministerium die Bundesgenossen zu dem allgemeinen Frieden nicht bloß einladen und auffordern, sondern je nach den Umständen auch drängen und zwingen werde. Dies von dem britischen Ministerium der Politik von Versailles entgegen getragene Erbieten, daß die Sondervortheile für Groß-Britannien nur dann gelten sollten, wenn der allgemeine Friede erfolge, wurde zur Fessel, welche Frankreich dem britischen Ministerium anlegte, um durch dieselbe es zu verwenden zum Dienste für die französische Politik gegen die eigenen Bundesgenossen. Und wenn auch St. John je zuweilen versicherte, daß eine vernünftige Satisfaction für alle Bundesgenossen die Vorbedingung für die Sondervortheile Englands sein solle: so sprach er sich zu anderen Zeiten über die Sache offener aus, namentlich zu dem Grafen Strafford mit den Worten: „Wir

[1]) Rapport du Comité secret p. 19.

werden alles Vernünftige für die Generalstaaten, für den Herzog von Savoyen, und für alle Verbündeten erlangen, ausgenommen den Kaiser, auf dessen Kosten dieser Friede gemacht wird, wie der Krieg auf die unseren geführt worden ist." [1])

Zur stärkeren Hervorhebung der von englischer Seite entgegen getragenen Bedingung für die besonderen Vortheile Groß-Britanniens ging die französische Zusage nicht bloß von derselben aus, sondern wiederholte auch am Schlusse, daß dies alles bewilligt werde für den Fall der Unterzeichnung des allgemeinen Friedens.

Diese besonderen Vortheile für Groß-Britannien umfaßten acht Punkte. Ludwig XIV. bewilligte sie, so jedoch, daß er die Bewilligung in seine Fassung kleidete. Der Unterschied tritt je nach den Artikeln mehr oder minder auffallend hervor. Zum Beispiel lautet der dritte Artikel der englischen Forderung kurzweg: Dünkirchen soll zerstört werden. — Die französische Antwort darauf kommt nach einer längeren Einleitung allerdings zur Einwilligung, aber mit der Bedingung eines Aequivalentes, mit welchem der König zufrieden sein könne. Da England ein solches nicht geben könne, so sei die Erörterung darüber auf die Conferenzen des allgemeinen Friedens zu vertagen.

Besonders wichtig ist die Verschiedenheit der Fassung des vierten Artikels, und darum ist der Wortlaut hierher zu setzen.

Demande préliminaire de la Grande Bretagne.	Réponse du roi de France.
Gibraltar et le port Mahon resteront entre les mains de ceux qui les possèdent présentement.	Le roi promet au nom du roi d'Espagne, son petit-fils, et suivant le pouvoir que Sa Majesté en a reçu de ce prince, que Gibraltar et le port Mahon demeureront entre les mains des Anglais, qui possèdent présentement l'un et l'autre.

Die Fassung von englischer Seite hat augenscheinlich den Nebenzweck, indem sie nicht Philipp V. als Herrn von Spanien benennt, in

[1]) Bolingbroke's letters vol. I, p. 479.

Worten die Frage offen zu halten. Die französische Antwort, bestimmt und klar, macht diesen Kunstgriff zu nichte. Dennoch kommen die zwei englischen Staats-Secretäre Dartmouth und St. John in der Nachfuge, durch welche sie die geheime Uebereinkunft über die acht Forderungen annehmen, auf den Kunstgriff zurück mit den Worten: Lesquels articles, nous soussignés déclarons, en vertu d'un ordre exprés de Sa Majesté qu'Elle accepte comme articles préliminaires, qui ne contiennent que des sûretés et des avantages que Sa Majesté se croit en droit d'attendre, quiconque soit le prince qui aura en partage la monarchie d'Espagne.

Auf Grund dieses Kunstgriffes meinten dann die britischen Minister sagen zu dürfen, daß sie nicht die spanische Monarchie dem Hause Bourbon vorweg überlassen hätten.

Mit besonderer Ausführlichkeit tritt unter den Forderungen von englischer Seite im fünften und siebenten Artikel diejenige des Assiento-Vertrages für England hervor, das heißt des Sclavenhandels von Guinea nach Westindien — in derselben Weise, wie zur Zeit ihn Frankreich besitze. Das Comité des Unterhauses von 1715 macht dazu die Bemerkung: „Es ist leicht zu begreifen, aus welchem Grunde die Minister für die Fassung dieser Artikel besondere Sorgfalt aufgewendet und großen Eifer an den Tag gelegt haben, sobald man weiß, daß dieser Assiento-Vertrag ihr Privat-Interesse betraf.“ [1])

Dieser Bericht des Untersuchungs-Comités vom Jahre 1715 hebt ferner hervor, daß in der ganzen Verhandlung vom Anfang bis zu Ende auch nicht Eine Vollmacht oder Eine Instruction sich gefunden habe, gegengezeichnet von einem Minister, daß vielmehr die Unterschrift der Königin allein sie alle habe decken sollen.[2]) — Dies Verfahren der Minister, welches in mehr als einer Beziehung der constitutionellen Regel zuwider lief, zeugt allerdings mehr von Vorsicht als von Muth. Aber ob daraus gefolgert werden dürfe, daß die Königin Anna, wie sie in Betreff der formellen Behandlung der Sache hintergangen wurde, sich auch über die Principien derselben einer Täuschung hingegeben habe, darf dahin gestellt bleiben.

[1]) Rapport du Comité secret p. 15.
[2]) A. a. O., p. 14.

Jene Uebereinkunft, die eigentliche Grundlage des zu schließenden Friedens, ward unterzeichnet von Mesnager im Namen Ludwigs XIV., und acceptirt von Dartmouth und St. John im Namen der Königin, am 27. September/8. October. Sie sollte strenges Geheimnis bleiben.

Zugleich übergab Mesnager ein anderes Schriftstück, von ihm allein unterzeichnet, unter dem Titel: Articles préliminaires de la part de la France pour parvenir à la paix générale. Das Schriftstück stand in scharfem Gegensatze zu den Präliminarien von 1709. Hatten diese dem unterliegenden Könige von Frankreich das Gesetz des Friedens dictiren sollen, so trat nun in diesen vorläufigen Artikeln von 1711 dieser selbe König als der Meister auf, der den Frieden gab. Damit nicht im mindesten der Charakter derselben sich verwische, folgen sie hier im Wortlaute.

Le roi voulant contribuer de tout son pouvoir au rétablissement de la paix générale, Sa Majesté déclare:

Premièrement. Qu'elle reconnaîtra la reine de la Grande Bretagne en cette qualité, aussi bien que la succession à cette couronne suivant l'établissement présent.

Secondement. Qu'elle consentira volontairement et de bonne foi à prendre toutes les mesures justes et raisonnables, pour empêcher que les couronnes de France et d'Espagne soient jamais réunies sur la tête d'un même Prince; Sa Majesté étant persuadée que cet excès de puissance serait contraire au bien et au repos de l'Europe.

Troisièmement. L'intention du roi est, que toutes les parties engagées dans la guerre présente, sans en excepter aucune, trouvent leur satisfaction raisonnable dans le traité de paix à faire. Que le commerce soit rétabli et maintenu désormais à l'avantage de la Grande Bretagne, de la Hollande et des autres nations, qui ont accoutumé de l'exercer.

Quatrièmement. Comme le roi veut aussi maintenir exactement l'observation de la paix, lorsqu'elle aura été conclue, et que l'objet que Sa Majesté se propose est d'assurer les frontières de son royaume, sans troubler, en quelque manière que ce soit, les états voisins, elle promet de convenir par le traité de paix futur, que les Hollandais auront entre leurs mains les places

fortes, qui seront spécifiées dans les Pays-Bas, pour servir désormais de barrière, qui assure le repos de la République de Hollande contre toute entreprise de la part de la France.

Cinquièmement. Le roi consent aussi, qu'il soit formé à l'Empire et à la maison d'Autriche une barrière sûre et convenable.

Sixièmement. Quoique Dunquerque ait coûté au roi des sommes très-grandes, tant pour l'acquérir que pour le fortifier, et qu'il soit nécessaire de faire encore une dépense très-considérable pour en raser les ouvrages, Sa Majesté veut bien toutefois s'engager à les faire démolir immédiatement aprés la conclusion de la paix, à condition qu'il lui sera donné, pour les fortifications de cette place, un équivalent convenable, et dont elle soit contente; et comme l'Angleterre ne peut fournir le dit équivalent, la discussion en sera remise aux conférences qui se tiendront pour la négociation de la paix.

Septièmement. Lorsque les conférences pour la négociation de la paix seront formées, on y discutera, de bonne foi et à l'amiable, toutes les prétensions des princes et états engagés dans la présente guerre, et rien ne sera omis pour les régler et pour les terminer à la satisfaction de tous les partis.

> En vertu du plein pouvoir du roi, nous soussigné, chevalier de son ordre de St. Michel, député au conseil de commerce, avons arrêté au nom de Sa Majesté les présents articles préliminaires, en foi de quoi nous avons signé. Fait à Londres, le 27 septembre V. S., et du nouveau le 8 octobre 1711.
>
> (L. S.) Mesnager.

Die Worte: avons arrêté ſind im Drucke hervorgehoben wegen des Verlaufes der Angelegenheit.

Zwei Artikel der geheimen Uebereinkunft ſind in dieſe für die Mittheilung an die Verbündeten der Königin beſtimmten Präliminarien wörtlich hinüber genommen, der erſte die Anerkennung der Königin betreffend, und derjenige über Dünkirchen.

Nachdem dies geſchehen, führte St. John den Franzoſen Mesnager zur Audienz nach Windſor. Die Königin ſprach ihm nachdrück-

lich ihre Befriedigung aus. Die Worte St. Johns in einem Schreiben an Torcy, welches Mesnager nach Frankreich mitnahm, versichern seine Aufrichtigkeit und seine Willigkeit, sowie sein Vertrauen auf den guten Ausgang.[1])

Es galt zunächst und vor allen Dingen, die Republik Holland zum Eingehen auf die Präliminarien zu bewegen. Zu diesem Zwecke kehrte nunmehr der Botschafter Graf Strafford dahin zurück. Nach Hannover ward, wie im Jahre zuvor, der Graf Rivers entsendet. An die anderen verbündeten Mächte sollte die Mittheilung durch ihre Gesandten gelangen.

Das Verfahren der britischen Regierung gegen den Grafen Gallas.

Unterdessen setzten die britischen Minister ihr Täuschespiel fort. Am selben Tage, an welchem Strafford und Rivers sich einschifften, dem 5./16. October, zog der Treasurer Oxford den kaiserlichen Residenten Hoffmann bei Seite, mit den Worten: „Ich bitte, daß doch keine Zeit verloren werde, den schon wiederholt angeregten Plan des Feldzuges in Spanien einzusenden. Ich befürchte, es könnte zu spät werden." — Hoffmann entgegnete: die Abreise des Königs sei dazwischen gekommen. „Darauf aber, fährt der Bericht Hoffmanns fort, sah ich ihn lächelnd an, und fragte, ob es wirklich noch um den Plan eines Feldzuges in Spanien zu thun sei, wo Jedermann hier den Frieden wie abgeschlossen, zum wenigsten für gewiß ansehe, und zwar, dem Gerüchte nach, auf eine solche Art, daß ich wenigstens der Bote der Nachricht an den König Carl nicht sein wolle." — „Wohl aber ich," versetzte Oxford. — „Wie? fragte Hoffmann, nachdem Spanien und Indien dem Hause Bourbon abgetreten werden sollen?" — „Es ist keine Rede davon," entgegnete Oxford. Er wiederholte das. — „Wenn es so damit steht, erwiderte Hoffmann, so habe ich nichts dazu zu sagen." — Oxford drängte noch einmal auf die Eingabe des Feldzugsplanes für Spanien; denn man müsse sowohl auf den Krieg wie auf den Frieden bedacht sein.[2])

---

[1]) Bolingbroke's letters vol. I, p. 386. Vom 2./13. October.

[2]) Hoffmanns Bericht vom 16. October.

Nicht in dieser Weise irre zu führen war jedoch der Gesandte des Königs Carl, der Graf Gallas. Dem Gedächtnisse dieses scharf blickenden und energischen Mannes ist in englischen, französischen, deutschen Geschichtsbüchern vielfach Unrecht geschehen, und es erwächst daher dem Historiker die lohnende Pflicht die Wahrheit herzustellen.

Nachdem der Bericht des Grafen Gallas vom 31. Juli, in welchem er die damalige britische Regierung der Wahrheit gemäß gezeichnet hatte, durch die Treulosigkeit des Secretärs Clemente dem Ministerium ausgeliefert war, haßten und fürchteten sie ihn. Denn Gallas hatte darin als das nach seiner Ansicht zweckmäßige Mittel gegen die heimliche Unterhandlung der britischen Minister mit Versailles empfohlen eine nachdrückliche Vorstellung dagegen, vertreten durch eine Persönlichkeit ersten Ranges. Der Vorschlag hatte damals weder im Haag, noch in Wien Anklang gefunden. Im Haag hatte man sogar unterlassen, an der Stelle des im Juli verstorbenen Brybergen einen anderen Gesandten zu ernennen, so daß Gallas als Vertreter einer Großmacht allein stand. Indem er die Nicht-Ausführung jenes Vorschlages beklagte, hielt er fest an der Zweckmäßigkeit desselben.[1]) Dagegen verging noch eine Reihe von Wochen, bis der Graf Gallas durchschauete, daß die britischen Minister jenen seinen Bericht kannten und daß er im eigenen Hause einen Verräther hielt.

Im Laufe des Sommers umgab Oxford den Gesandten nicht bloß mit Spionen, die Gallas als solche erkannte und in seinen Berichten benannte, Plumket, Netterville, Azzurini, sondern suchte ihn auch durch die Zustellung von anonymen Briefen irre zu führen. Gallas dagegen hielt sich dadurch berechtigt, in der ersteren Beziehung ein Aehnliches zu thun. Als der Lord Peterborough, im August, als englischer Krönungsbotschafter nach Frankfurt gesandt wurde, erhielt jener Secretär Clemente, den Gallas damals noch nicht durchschauete, von ihm den Auftrag zu folgen und den Peterborough als Gegner Oesterreichs dort zu beobachten und zu überwachen. Clemente ließ abermals sich von dem britischen Ministerium gewinnen und offenbarte seinen Auftrag. Erst dann, nachdem er abgereist, kam der Graf Gallas

[1]) Ich ziehe hier wie für das Folgende die Berichte des Grafen Gallas im August und September zusammen.

zur vollen Kunde des Verhaltens von Clemente und namentlich der Auslieferung seines Berichtes vom 31. Juli.[1])

Am 9./20. October erhielt der Graf Gallas von dem Staats-Secretär Dartmouth eine Abschrift der französischen Präliminarien zugestellt, ohne nähere Angabe des Zweckes. Am Donnerstage, dem 11./22. October, hatte, nach der damals üblichen Weise, der Staats-Secretär St. John Empfangstag, zu welchem die anderen Gesandten erschienen, nicht der Graf Gallas.[2]) St. John legte den Gesandten dar: die Artikel seien keine Präliminarien, sondern nur eine Einleitung zu einem allgemeinen Congresse. — Er bemerkte: „Die kaiserlichen Vertreter lassen sich nicht sehen, sondern halten sich an andere Leute."[2])

Da dem Grafen Gallas das Actenstück von Dartmouth zugestellt war, so richtete er am nächsten Tage schriftlich an diesen die Frage, zu welchem Zwecke das geschehen sei. Er würde, sagte er weiter, diesen Artikeln, welche im Widerspruche stünden mit den von den Mächten vereinbarten und festgestellten Präliminarien von 1709, keine Beachtung geschenkt haben, wenn sie ihm nicht im Namen der Königin zugestellt wären. Aber er halte es für seine Pflicht nach dem Zwecke der Zusendung zu fragen, und ob dies neue Präliminar-Artikel seien, festgestellt zwischen der Königin besonders und Frankreich; denn dahin deute der Ausdruck: nous avons arrêté. Die Sache sei ihm ein Räthsel, in welchem jedoch die Gefahr liege, daß, wenn die Königin dem Hause Oesterreich ihre Freundschaft entziehe, dieses und demgemäß die Freiheit Europas der Herrschsucht Frankreichs zur Beute werde.[3])

Es scheint fast, daß Mesnager den für einen Vorschlag ungeeigneten Ausdruck arrêter mit Absicht gewählt habe. Jedenfalls war es von britischer Seite nicht eine Vorsicht denselben zuzulassen.

Dartmouth theilte dies Schreiben seinem Collegen St. John mit, und dieser äußerte sich darüber noch am selben Tage in einem Schreiben an Strafford im Haag: „Der Graf Gallas, der sich außerhalb seines Hauses nicht sehen läßt, wenigstens nicht, um die Diener der Königin zu besuchen, hat an Lord Dartmouth einen Brief gerichtet, in welchem

[1]) So im Berichte vom 13. October.

[2]) Bericht des Grafen Gallas vom 27. October.

[3]) Das Schreiben so wie die Antwort bei Lamberty t. VI, p. 709. Auch in den Actes et Mémoires touchant la paix d'Utrecht t. I, p. 209.

er über die Propoſitionen ſehr leicht hinweggeht, und ſich nur darum herabläßt davon Notiz zu nehmen, weil ſie ihm auf Befehl der Königin zugeſtellt ſind. Er nennt das ganze Verfahren ein Räthſel, und führt, kurz geſagt, diejenige Redeweiſe, welche man von der Impertinenz eines öſterreichiſchen Miniſters, geſteigert durch die Ermuthigung und den Verkehr mit einer unverſchämten Faction, erwarten darf. Es ſoll an mir nicht liegen, wenn er nicht eine ſolche Antwort erhält, die durch ihren Tact ihm Grund geben wird ſich zu ſchämen, und zugleich durch ihre Entſchiedenheit ihn niederſchlagen wird.“ [1])

Am nächſten Tage, dem 13./24. October, brachte ein Zeitungsblatt der Whig-Partei, Daily Courant, die franzöſiſchen Vorſchläge zur öffentlichen Kunde. „Whigs wie Tories in den Kaffeehäuſern, meldet Hoffmann, waren darüber ſo erſtaunt, daß ſie ſtumm einander anſahen. Die Papiere an der Börſe fielen um einige Percent. Deshalb ließ das Miniſterium einige Stunden ſpäter durch einen anderen Zeitungsſchreiber mittheilen: das Haus Oeſterreich werde das ganze ſpaniſche Erbe erhalten, außer Spanien ſelbſt und beiden Indien. Dünkirchen werde geſchleift werden.“ [2])

Die engliſchen Miniſter ſtreuten aus, daß dieſe Publication von Gallas ausgegangen ſei. Aber nicht ihm ſelber ſprachen ſie dieſen Verdacht aus. Die Art und Weiſe, in welcher Gallas und Hoffmann, unabhängig von einander, die geſchehene Thatſache erwähnen, macht es moraliſch unmöglich zu glauben, daß Einer von ihnen dazu mitgewirkt habe.[3])

In Folge jener Aeußerung St. Johns, daß der Graf Gallas ſich nicht ſehen laſſe, begab ſich dieſer am Sonntag, dem 14./25., nach Windſor, um ſich der Königin vorzuſtellen. Ungeachtet daß ſie am Podagra litt, ließ ſie, wie gewöhnlich, die Geſandten ſämmtlich vor, und richtete an Gallas die bei ihr üblichen Fragen über das Wetter. — Dann ſuchte Gallas, da er auf ſeine Anfrage keine Antwort erhalten hatte, nicht Oxford oder St. John auf, ſondern Dartmouth, weil von

---

[1]) Bolingbroke's letters vol. I, p. 404.

[2]) Hoffmanns Bericht vom 27. October.

[3]) Gallas im Berichte vom 27. October: „Es hat ſich zugetragen, daß der Daily Courant am vergangenen Samſtag die neuen ſcandaloſen Präliminarien publicirt hat, worüber ſowohl Tories wie Whigs erſchrocken und verſtummt ſind.“

diesem aus das französische Schriftstück ihm zugegangen war. Dartmouth antwortete: er habe die Anfrage darauf empfangen. Nach seiner Ansicht werde es die Königin empfindlich berühren, wenn man über eine Sache, die doch in der That nichts sei, sich so sehr beunruhige und Mistrauen in die Königin setze. „Aber, fragte Gallas, wenn die Sache nichts auf sich hat, warum dann die Mittheilung?“ — Als ihm aus der verlegenen Haltung Dartmouths klar wurde, daß dieser um das Ganze wisse, fuhr der Graf Gallas nachdrücklich fort: „Die Königin hat die Präliminarien von 1709 ratificirt. Mit denselben stehen aber die jetzigen französischen Propositionen im Widerspruche. Diese überweisen uns an Frankreich, geben uns der Discretion dieser Macht preis. Denken Sie sich: der König Carl hätte so gehandelt, wie es jetzt von England geschieht: was würden Sie sagen?“ — Dartmouth suchte zu entkommen durch einen Hinweis auf Marlborough. Alle Eifersucht und Befürchtung, sagte er, rühre nur von Einer Persönlichkeit her, die in der Fortsetzung des Krieges ihre Größe suche. — Die Worte zeigen abermals die englische Neigung, die in der Angelegenheit dieser Friedenshandlung sich noch stärker kund geben wird, bei allen Ereignissen auf Erden englische Factoren in erster Linie wirksam zu sehen. Gallas ließ sich darauf nicht ein. „Die Aushändigung dieser französischen Präliminarien, sagte er, ist das Betreten eines neuen Weges, über den sich mein König mit Recht zu beunruhigen hat. Daher bedarf ich einer schriftlichen Antwort, um ihm die Besorgnis zu nehmen, daß die Königin ihm ihre Freundschaft entziehe und dadurch ganz Europa an Frankreich preis gebe.“ Dartmouth versprach, es der Königin vorzutragen.[1])

Die verlangte Antwort erfolgte, noch während Gallas seinen Bericht abfaßte. Sie war nicht ausweichend und verlegen, wie Dartmouth geredet, sondern hochfahrend und herausfordernd, wie es der Weise St. Johns entsprach. Die Artikel, hieß es darin, seien dem Grafen Gallas zugestellt als dem Gesandten des Königs von Spanien. Wenn indessen der Graf ein Bedenken trage sie zu übermitteln, so werde es durch den Botschafter Peterborough geschehen. Der Zweck der Artikel sei, Friedens-Conferenzen anzubahnen, und da die Königin

[1]) Bericht des Grafen Gallas vom 27. October.

sie dem Sinne der großen Allianz entsprechend befunden,[1]) so habe sie für zweckmäßig erachtet, sie den am Kriege betheiligten Mächten kund zu geben. „Ich vermag nicht, schloß das Schreiben, dasjenige was Ihnen ein Räthsel zu nennen beliebt, klarer darzulegen."

Einige Tage später traf in St. James ein Bericht des Residenten Chetwynd aus Genua ein, über eine Audienz bei dem Könige Carl, vom 2. 13. October. Der Bericht lautet wie folgt.[2])

„Nachdem ich mich an Bord des Schiffes begeben, das unweit von hier vor Anker lag, geruhte der König auf meine Anmeldung mich vorzulassen. Er befragte mich, ob ich Nachrichten hätte in Betreff der Sonderunterhandlung, die in England über den Frieden stattfinde. Meine Antwort lautete, daß diese Frage das erste sei, was ich von einer solchen Sache vernähme. Wenn irgend so etwas im Gange, so zweifelte ich nicht, Se. Majestät würde darüber vom Grafen Gallas Nachricht erhalten; denn ich könne mir nicht vorstellen, daß die Königin irgend einen Vorschlag von Frankreich anhören würde, ohne denselben sofort auch dem Minister Sr. Majestät und anderen Verbündeten mitzutheilen."

„Der König versetzte: er sei derselben Ansicht und nicht Willens anders darüber zu denken. Dennoch könne er nicht umhin auszusprechen, daß er zugleich Grund habe, die ihm in dieser Beziehung gemachten Mittheilungen zu erwägen, allein schon darum, weil die Subsidien für ihn in diesem Jahre mehr als je zuvor ausgeblieben, und wegen der geringen Sorgfalt überhaupt von England für den Krieg in Spanien. Nachdem der König längere Zeit diese Angelegenheit erörtert, sagte er mir endlich, daß, wenn man in England nicht anders verfahre und mehr Eifer zeige, die Sache in Spanien aufrecht zu halten, man dadurch ihn nöthigen werde zuerst für sich selber Sorge zu tragen, wie er denn nicht zweifele, daß dann jedes Mitglied der Allianz dasselbe thun werde. Er wünschte, daß ich dies der Königin überschriebe, jedoch mit der Versicherung, daß er fest bleiben werde, so lange sie zu ihm stehen und ihn unterstützen wolle."

---

[1]) Et que la reine les ait trouvés conformes au sens de la grande Alliance.

[2]) Abgedruckt in Bolingbroke's letters vol. II, p. 4.

„Dies sind, so gut ich mich zu erinnern vermag, die Ausdrücke, deren der König sich bediente. Ich halte es für meine Pflicht, Ew. Lordschaft bei der ersten Gelegenheit davon in Kenntnis zu setzen, so wie auch, daß diese Unterredung das Ergebnis einiger Briefe war, die der König am selben Morgen von dem Grafen Gallas erhalten hatte."

Die Rede des Königs oder nunmehrigen Kaisers Carl ging also von der Ansicht aus, die er auch wiederholt im Laufe des Jahres in Barcelona ausgesprochen, daß England um des eigenen Interesses willen Spanien nicht dem Hause Bourbon belassen werde. Da aber der eigentliche Kitt der neuen Freundschaft zwischen dem Ministerium der Königin Anna und der französischen Politik gerade in der Belassung von Spanien bei dem Hause Bourbon bestand, unter der Bedingung von Sondervortheilen für England, so war, wie jene Ansicht irrthümlich, so die von derselben ausgehende Drohung für die Sache wirkungslos.

Dagegen liegt es in der Natur der Dinge, daß der Bericht Chetwynds den Zorn des Ministeriums Oxford-St. John gegen den Grafen Gallas, wenn es möglich war, noch steigerte.

Nach dem Eintreffen des Kaisers in Mailand erhielt von dort aus, in den ersten Tagen des November, der Graf Gallas die erbetene Abberufung, so wie zu diesem Zwecke ein Handschreiben an die Königin. Gallas richtete an den Staats-Secretär Dartmouth die Bitte um einen Paß für einen zu entsendenden Courier, sowie um eine Audienz bei der Königin zum Zwecke der Ueberreichung des Handschreibens und der Verabschiedung. Dartmouth erwiederte: es thue ihm leid antworten zu müssen, daß die Bitte zu spät bei ihm eingegangen, nachdem er schon vorher den Befehl der Königin erhalten, mit dem Grafen Gallas nicht mehr zu verkehren. Das Weitere werde er vernehmen.

Zwei Stunden später, am 26. October/6. November, erschien bei dem Grafen Gallas der Ceremonienmeister Cotterel. Von Seiten des Staats-Secretärs St. John und auf Befehl der Königin, meldete Cotterel, habe er dem Grafen Gallas zu entbieten, daß die Königin, aus Misfallen über sein Verhalten, ihm den Hof untersagen lasse und dem Kaiser die Gründe kund thun werde. Meldungen von Seiten des Kaisers durch einen anderen Diener desselben würden der Königin

angenehm sein. Das Letztere that St. John dem Residenten Hoffmann auch schriftlich kund.

In seinen Berichten ergeht sich Gallas in Vermuthungen über den Urheber der ihm widerfahrenen Beleidigung. Diese Vermuthungen hafteten an St. John. Auf die gelegentliche Frage eines Gesandten bei dem letzteren, weshalb mit solchem Eclat, wo man ja doch den Grafen Gallas in der Stille hätte abreisen lassen können, mit Protest gegen seine Wiederkehr, antwortete St. John: die Königin habe es vielleicht mit Fleiß zu einer öffentlichen Demonstration kommen lassen wollen.[1])

Dagegen erfuhr Gallas, der noch einige Wochen in London verblieb, von sicherer Seite, daß die Königin in dies Verfahren wider ihn nicht leicht eingewilligt, vielmehr eingewendet habe, daß sie ja niemals eine Ursache gehabt, sich über den Grafen Gallas zu beschweren, daß jedoch St. John nicht nachgelassen habe, bis er seine Absicht erreicht.[2]) Diese Nachricht steht mit der früher von St. John zu Strafford ausgesprochenen Drohung wider Gallas (S. 178) nicht im Widerspruche.

Aber es fragte sich um die Gründe eines Verfahrens, welches überall das größte Aufsehen erregte. Einer der Agenten Rakoczys, also dem Grafen Gallas nicht freundlich gesinnt, meldet, daß die dem Grafen Gallas widerfahrene Behandlung in Holland Erstaunen und Indignation hervorgerufen habe.[3]) Wir finden dort die Ansicht ausgesprochen, daß der eigentliche Beweggrund des britischen Ministeriums zu dem Vorgehen wider den Grafen Gallas bestanden habe in der Besorgnis, daß, wenn dem Grafen Gallas noch eine Unterredung mit der Königin verstattet werde, bei seiner Gewandtheit und Entschiedenheit es ihm gelingen könne, die Königin zu überzeugen, wie sehr man ihren Namen misbrauche.[4])

Jedenfalls war die Stimmung über den Vorfall derartig, daß das Ministerium meinte, auch öffentlich etwas darüber sagen zu müssen. Das Zeitungsblatt Post Boy, dessen sich die Regierung in Fällen solcher Art zu bedienen pflegte, gab an: der Graf Gallas habe seit

[1]) Hoffmanns Bericht vom 24. November.

[2]) Bericht des Grafen Gallas vom 3. December.

[3]) Fiedler, Bd. II, S. 244.

[4]) Lamberty t. VI, p. 739.

einiger Zeit sich bestrebt, zwischen dem Kaiser und der Königin Mißverständnisse zu stiften. Darum habe man sich nicht zu verwundern, daß die Königin ihm den Hof verboten, da der spanische Botschafter Canales im Jahre 1701 wegen seines groben Verhaltens vom Könige Wilhelm III. sogar den Befehl erhalten, binnen drei Tagen das Königreich zu verlassen. — Die letzte Thatsache war richtig. Aber Canales wußte auch den Grund. Nämlich er hatte in einer eingereichten Denkschrift dem Könige wegen des zweiten Theilungs-Vertrages mit der Berufung an das Parlament gedroht. Dem Grafen Gallas dagegen war eine Thatsache nicht ausgesprochen.[1])

Es fragte sich also, was die Königin, oder richtiger St. John als die Feder derselben, zur Rechtfertigung des auffallenden Verfahrens dem Kaiser gegenüber vorbringen werde. Das Schreiben, zwölf Tage nach dem Vorfalle datirt, lautet im Originale wie folgt.[2])

Hampton Court, ce 7 de novembre 1711.

Monsieur mon frère. Je suis fachée d'avoir occasion de vous écrire sur un sujet désagréable, mais l'amitié qui subsiste entre nous paraît exiger que je vous rends compte du ressentiment que j'ai été obligée de montrer au comte de Gallas, votre envoyé extraordinaire auprès de moi. Il y a quelque temps que j'ai eu occasion d'être mal-satisfaite de sa conduite. J'avais espéré que ma patience contribuerait à le faire revenir à lui-même et l'obligerait à agir d'une manière plus conforme au caractère dont vous l'avez honoré; mais quand il s'est émancipé à manquer du respect qu'il devait à ma personne, j'ai cru ne devoir plus longtemps souffrir une personne si mal-intentionnée. Je suis persuadée que Votre Majesté Impériale trouvera que j'ai agi dans cette affaire pour le plus grand bien de nos intérêts communs. J'espère que cet accident n'empêchera pas que je reçoive toutes les communications que vous avez à me donner, puisque tout autre ministre que vous trouverez à propos de m'envoyer me sera fort agréable, et de mon côté je n'omettrai rien qui peut contribuer

[1]) Hoffmanns Bericht vom 24. November.

[2]) In den Anglicis 1711 des k. k. Archives.

à vous faire voir effectivement avec combien d'estime et vérité je suis, Monsieur mon frère, de Votre Majesté Imperiale

la trés-affectionnée sœur

Anne R.

Auch dieſes Schreiben enthält, wie man ſieht, nur allgemein gehaltene Anklagen. Es liegt jedoch demſelben ein beſonderes Schriftſtück bei, enthaltend die Artikel, welche dem Grafen Gallas zur Laſt fallen.[1])

Der erſte dieſer Punkte ſagt, daß der Graf Gallas dem Lord Peterborough einen Spion beigegeben.

Der zweite Punkt betrifft den Vorſchlag eine nachdrückliche Vorſtellung an das großbritanniſche Cabinet zu richten, welchen der Graf Gallas im Juli dem Grafen Sinzendorf gemacht und dieſer nicht gutgeheißen hatte.

Der dritte Punkt betrifft den Vorwurf, den der Graf Gallas in dem Berichte vom 31. Juli über die Königin ausgeſprochen, daß ſie das bei der Entlaſſung Sunderlands im Juni 1710 gegebene Wort nicht gehalten, ſondern das ganze Miniſterium entlaſſen habe.

Der vierte Punkt ſagt: „Er ſchildert, die derzeitigen Miniſter als unwiſſend und übelwollend, als Feinde eher denn als Freunde der gemeinſamen Sache, der Perſon des Königs, ſo wie des Krieges, der doch hauptſächlich zu ſeinen Gunſten unternommen ſei.“

St. John übermittelte das Handſchreiben der Königin mit den Beilagen dem Botſchafts-Secretär Watkins im Haag, mit dem Auftrage ſich nach Frankfurt zu begeben, um dort dem Kaiſer das Handſchreiben zu überreichen. Er ſetzte zugleich den Botſchafter Strafford davon in Kenntnis, mit den Worten: „Die Königin hält es unter ihrer Würde ſich auf eine formelle Rechtfertigung ihres Verfahrens einzulaſſen, und ich glaube, Ew. Excellenz werden Ihr Verhalten am richtigſten ſo bemeſſen, daß Sie von dieſer Angelegenheit in allgemeinen Ausdrücken reden, ohne eine nähere Kenntnis an den Tag zu legen.“[2])

Entſprechend lautete der Auftrag für Watkins. „Sie werden, bei der Ueberreichung des Briefes, dem Kaiſer zu verſtehen geben, daß

---

[1]) Anlage IV.

[2]) Bolingbroke's letters vol. I, p. 473. Vom 9./20. October.

Sie in Betreff der einzelnen Umstände, welche die Königin zu dem Entschlusse bewogen haben, dem Grafen Gallas den Hof zu verbieten, hinreichend unterrichtet sind. Und wenn die Minister Sie in dieser Beziehung drängen, so dürfen Sie zu ihnen reden, gemäß der Information, welche Sie aus den beifolgenden Papieren entnehmen. Nennen Sie den Namen Clemente, so bezeichnen Sie ihn als einen von uns entdeckten und ergriffenen Spion, und belassen Sie jene Minister lieber in dem Glauben, daß Clemente sein Geständnis gemacht, nachdem er von uns festgesetzt war, als daß Sie den Gedanken aufkommen lassen, er sei von uns gewonnen worden, während er in ihren Diensten war. Ein Tag oder zwei wird ausreichen, das Geschäft auszurichten."[1])

Die eigenen Worte des St. John legen also das Sachverhältnis dar.

Der Secretär Clemente hatte sich von dem Ministerium gewinnen lassen, die Depesche des Grafen Gallas vom 31. Juli auszuliefern. Der Gesandte, dessen unkundig, hatte dann Clemente beauftragt, den Lord Peterborough nach Frankfurt zu begleiten und zu überwachen. Auch diesen Auftrag hatte Clemente der britischen Regierung kund gegeben.

Diesen Auftrag benutzte St. John als ersten der vier Anklagepunkte gegen den Grafen Gallas. Die drei anderen stützten sich sämmtlich auf jenen Bericht vom 31. Juli, welchen der Graf Gallas im Dienste seines Königs nach seiner Ueberzeugung für denselben niedergeschrieben, und welchen das britische Ministerium durch rechtswidrige Mittel sich angeeignet hatte.

Von kränkenden Reden des Grafen Gallas über die Persönlichkeit der Königin, wie man später sie ihm zur Last gelegt hat, meldet der Ankläger St. John weiter kein Wort. In einem Privatbriefe an Strafford faßt er die oben gegebenen Anklagen schärfer dahin: „Der ganze Zug der Correspondenz dieses Gesandten ging dahin, das Wort der Königin hinzustellen als unzuverlässig, ihre Minister im Ganzen genommen als Narren und Schurken, und, ausdrücklich, als Feinde der gemeinsamen Sache."[2])

---

[1]) Bolingbroke's letters vol. I, p. 476.

[2]) A. a. O., p. 438: The whole drift of this Minister's correspondence was to represent the Queen's word as not to be relied on, to represent her

Gallas dagegen sagt in seinen Erörterungen der Sache: „Gesetzt man habe hier eine Abschrift meines Berichtes vom 31. Juli in Händen, so wird man darin nichts Anderes finden als die Bewahrheitung des Sprichwortes: Ein Horcher an der Wand hört seine eigene Schand.“ [1])

Es fragte sich dann, wie der Kaiser die in seinem Gesandten auch ihm widerfahrene Beleidigung aufnehmen würde. Jedenfalls aber hatte das britische Ministerium zunächst den Erfolg erreicht, einen scharfblickenden, muthigen, und durch seine Stellung als Vertreter des Kaisers gewichtigen Gegner zum Schweigen gebracht zu haben.

Unterdessen spielten sich, in tiefster Stille, in London noch andere Verhandlungen ab, ohne Kenntnis sogar der Minister. Sie betrafen die Thronfolge in Groß-Britannien für den Prätendenten.

Die Sache des Prätendenten.

Wir haben das Meisterstück der Arglist des Grafen Oxford kennen gelernt, durch welches er den Prätendenten und Berwick gewann, daß sie ihm vertrauten und die Jacobiten in Groß-Britannien anwiesen, ihn zu stützen, während von seiner Seite für den Prätendenten nichts geschah. Es liegt keine Andeutung vor, daß Oxford damals in England auch nur Einen Mitwisser dieses seines Spieles gehabt habe.

Je dann und wann tauchten im Laufe des Jahres Gerüchte auf, daß der Prätendent eine Unternehmung beabsichtige.[2]) Da einer der wesentlichen Punkte der einstweiligen Uebereinkunft zwischen Berwick und Oxford besagte, daß die Königin im Besitze nicht gestört werden dürfe; da ferner auch der Prätendent in diesem Sinne an die Königin geschrieben: so fehlte allen solchen Gerüchten der Kern, und sie verstummten, wie sie aufgetaucht waren. Es lohnt nicht ihnen nachzuforschen.

Dagegen erhielt sich die Meinung, daß die jacobitische Partei, wenn sie auch nicht offen als solche auftrat und nicht auftreten konnte,

---

Ministers, in the gross, as fools, knaves and, in express terms, as enemies to the common cause.

[1]) Bericht vom 10. November.

[2]) Mehrmals in den Berichten der kaiserlichen Gesandten, und bei Robethon.

dennoch sehr stark sei. Wir haben darüber die Worte Marlboroughs zu Robethon, desgleichen die Meinung des Jacobiten Lockhart vernommen, der seine Partei im Unterhause als die Mehrheit ansah.[1]) Marlborough gab der Ansicht, die er zu Robethon im Haag, im März, ausgesprochen, dann auch nach seinem Eintreffen bei der Armee praktisch die Folge, daß er für alle Fälle ähnliche Betheuerungen wie nach Hannover, auch an den Prätendenten sandte, der sich damals bei der Armee des Marschalls Villars befand. Eine Zeitlang lagerten dort die Armeen nur durch den Stromlauf der Sensette getrennt. Die Wachposten wurden es bald müde auf einander zu schießen, und an beiden Ufern ging und ritt man ungefährdet auf und ab. Eines Tages nahm der Marschall Villars den, wie er ihn nannte, König von England mit zu einem solchen Ritte, und hatte sein Vergnügen daran, daß am jenseitigen Ufer die Engländer sich ansammelten und mit lebhafter Aufmerksamkeit herüber schaueten. Der Eindruck der Persönlichkeit, meinte er, war vortheilhaft; denn der Prinz war groß, wohl gestaltet, und saß trefflich zu Pferde. Am folgenden Tage jedoch gelangte von Marlborough an Villars die Bitte, derartige Spazierritte lieber nicht wieder zu unternehmen.[2])

Die Briefe Marlboroughs an den Prätendenten gingen durch den Marschall Villars. Die Meinung des letzteren war, daß Marlborough durch seine Betheuerungen der Anhänglichkeit bei dem Prätendenten der Königin einen Gefallen zu erzeigen suchte. „Denn, fügt er hinzu, man wußte ja, daß sie für ihren Bruder im Herzen günstige Neigungen bewahrte, welche sie öffentlich kund zu geben nicht die Kraft besaß." — In Betreff Marlboroughs scheint Villars bei jener Vermuthung die englischen Gesetze gegen den Verkehr mit dem Prätendenten außer Acht gelassen zu haben. Wir haben aus den früheren Jahren wiederholt die Worte Marlboroughs zu der Königin vernommen, daß die energische Fortsetzung des Krieges das alleinige Mittel sei, ihr den Thron gegen die Ansprüche des Prätendenten zu sichern. Dagegen liegt keine Andeutung vor, daß andere Gedanken zu Gunsten des Prätendenten, wie sie eine jede dieser zwei Persönlichkeiten, die Königin und Marl-

[1]) Lockhart's memoirs vol. I, p. 345.
[2]) Mémoires de Villars t. II, p. 164.

borough, je dann und wann hegen mochten, zwischen ihnen selber jemals zum Ausdrucke gekommen wären.

Die Königin gab, wie Villars bemerkt, günstige Neigungen für ihren Bruder nicht öffentlich kund. Sie hatte vielmehr in der letzten Thronrede die Succession des Hauses Hannover sehr stark betont. Dennoch stiegen, ungeachtet aller Thronreden und Adressen, auch den nicht betheiligten Beobachtern Zweifel auf, ob die Gesinnung und die Worte vollaus zusammen stimmten. Den Anlaß dazu gaben im Sommer nachtheilige Gerüchte über den Gesundheitszustand der Königin. Man fürchtete damals, daß ihr Tod bald und unerwartet eintreten könne.[1])

„Wie es aber beim Todesfalle der Königin, fährt Graf Gallas fort, mit der hiesigen Succession ablaufen wird, das weiß der Himmel. Denn es ist recht seltsam anzusehen, wie der hannöverische Minister hier behandelt wird. Die Whigs sind stets um ihn; die Tories dagegen sehen ihn kaum an. Auch die Königin selber hat nicht bloß den jetzigen (Herrn von Bothmar), sondern auch den vorigen Gesandten (Herrn von Schütz), allezeit sehr schnöde tractirt.“[2])

An anderen Orten wurden für diesen Fall noch ganz andere Gedanken ausgesprochen. Als nach dem Tode des Kaisers Joseph I. Ludwig XIV. erwog, welchen Kurfürsten er dem Könige Carl als Gegen-Candidaten für die Kaiserwahl entgegenstellen könne, und nirgends eine rechte Willigkeit fand, stellte Frau von Maintenon Betrachtungen an über das, wie sie sagte, allgemeine Bedürfnis nach Ruhe. „Der Herzog in Hannover, sagt sie bei diesem Anlasse, will weder das Kaiserthum, noch, wie es scheint, die Krone von England. Man sieht nur noch Philosophen und sehr wenige Helden.“[3])

Diese Meinung der Frau von Maintenon und also, aller Wahrscheinlichkeit nach, auch Ludwigs XIV., von dem geringen Eifer des Hauses Hannover für die Thronfolge in England, mochte beitragen, daß er mit der geheimen Friedenshandlung in England auch eine andere für den Prätendenten anzubahnen suchte.

[1]) Es liegen mir darüber zwei eingehende Berichte vor, von Gallas in London, vom 10. Juli, und von Robethon im Haag, vom 25. Juli. Ich gebe sie in den Anlagen V und VI.

[2]) Bericht vom 10. Juli.

[3]) Lettres de M. de Maintenon t. V, p. 240. Vom 16. Mai.

Bevor er Mesnager nach England gehen ließ, gebot er ihm in St. Germain über die dortigen Wünsche anzufragen. Die Königin-Witwe Marie dort sagte ihm, daß sie über seinen Auftrag unterrichtet sei, und wies ihn dann in Betreff ihrer Angelegenheiten und derjenigen ihres Sohnes an Lord Middleton.[1])

Es ist demnach hier von Anfang an scharf zu unterscheiden. Oxford hatte seine Anknüpfung bei Berwick gemacht unter der Bedingung des Ausschlusses der Königin in St. Germain. Sie wußte also davon nichts. Dagegen verwies sie nunmehr Mesnager an Lord Middleton, ohne ihren Sohn oder Berwick zu benennen. Beide waren im Feldzuge abwesend. Demnach wurden zwei Fäden angeknüpft, oder gar, wenn wir den directen Versuch des Prätendenten bei der Königin Anna hinzuzählen, drei Fäden, unabhängig von einander.

Wir haben den Lord Middleton, mit welchem Mesnager in Verbindung trat, zur Zeit des Königs Jacob II. nicht als einen Mann von scharfer Urtheilskraft kennen gelernt (Band VII, S. 189). In ähnlicher Weise bethätigte er sich gegenüber dem Franzosen Mesnager. Diesem legte er verschiedene Entwürfe für einen Angriff auf England vor, bei Lebzeiten der Königin Anna oder nach ihrem Tode. Mesnager wies ihn hin auf die völlige Wandlung der Dinge. Sein Auftrag nach England bezwecke den Frieden, nicht einen Angriffsplan. Wenn die Königin-Witwe ihm den Auftrag gebe, bei der Königin von Groß-Britannien den Versuch zu machen, die Dinge dahin zu regeln, daß nach ihrem Tode die Thronfolge auf ihren Bruder komme, so werde er ihr zu Diensten sein, und habe dafür einige Aussicht auf Erfolg. Eine andere Thätigkeit müsse er ablehnen. Da Middleton bei seinem Verlangen beharrte, brach Mesnager ab.

Ludwig XIV. billigte sein Verhalten. Beim Abschiede sagte er: „Es wird mir angenehm sein, wenn Sie dem jungen Könige einige Dienste erweisen, und besonders wenn Sie die neuen Minister und die Königin dahin bringen können, daß er nach der Königin den Thron erhält. Aber halten Sie fest, daß, wenn die Hauptsache es erfordert und die Königin darauf besteht, Sie ihn seinem Geschicke überlassen

[1]) Das Folgende nach der in Anlage VII besprochenen Schrift.

müssen. Wir dürfen uns nicht um seinetwillen ruiniren. Verstehen Sie?" — Der König wiederholte diese letzten Worte.

Auf dies bescheidene Maß also hatte sich die, wie es neun Jahre zuvor geschienen, so großmüthige Anerkennung Jacobs III. von Seiten Ludwigs XIV. reducirt. Jedenfalls aber war damit ausgesprochen, daß Ludwig XIV. für den Ritter von St. Georg dann eintreten wollte, wenn es ihm ohne eigenen Schaden möglich war. Dies schien das Verbleiben des Prätendenten in Frankreich voraussetzen zu müssen.

Der Papst Clemens XI. dagegen, eingedenk dessen daß auch er den Prinzen als König Jacob III. anerkannt hatte, und in der Voraussicht, daß im Falle des Friedensschlusses, England den ferneren Aufenthalt desselben in Frankreich nicht verstatten werde, bot in Versailles ein Asyl für den Prinzen in Rom an, oder wo immer im Kirchenstaate es ihm gefallen würde. Ludwig XIV. antwortete: der Aufenthalt, den er selber dem Prinzen gewähre, werde nicht ein Hindernis des Friedens sein. Wenn die Verbündeten den Frieden ernstlich wollten: so werde er alle vernünftigen Bedingungen annehmen, und man werde dann in den Vertrag einen Artikel zu Gunsten des Prinzen einsetzen.[1])

Es bedarf nicht der Ausführung, daß der Papst durch die Einladung für den Prinzen auch die Sorge für seinen Unterhalt auf sich nehmen wollte. Diese verblieb also Ludwig XIV. Es fragte sich nun, was er oder in seinem Namen Mesnager für den Prinzen ausrichten würde.

Es darf wie ein Erfolg des Mesnager angesehen werden, daß die britischen Minister gegen die vage Fassung des ersten Artikels des geheimen Vertrages, welcher Artikel dann wörtlich in die von Mesnager allein unterzeichneten Vorschläge hinüber genommen wurde, keinen Einwand erhoben. Jeglicher weiteren Hindeutung jedoch wichen die britischen Minister aus. Nach der Mittheilung seiner sogenannten Präliminarien kehrte Mesnager nach Frankreich zurück, reiste aber wenige Tage später wieder in der Stille nach London, um dort in der anderen Angelegenheit einen Versuch zu machen.

Er knüpfte dort wieder wie früher mit einem Lord an, den er nicht nennt, aber als im Herzen jacobitisch gesinnt bezeichnet. Damit kann

[1]) Rapport du Comité secret p. 170.

nicht, wie Einige angenommen haben, St. John gemeint sein. Denn die Beschreibung paßt nicht auf eine Persönlichkeit in erster Linie, wie St. John stand, und dazu war dieser damals nicht Jacobit. (Man vergleiche S. 56.) Eher dürfte Buckingham gemeint sein. Wie immer dem sei, der fragliche Lord warnte Mesnager. „Wenn Sie, sagte er, vor den Ministern auch nur den Namen des Prätendenten nennen: so jagen Sie sie Alle in Schrecken." — „Wie so? — versetzte Mesnager: ich zweifele doch nicht, daß sie nach dem Tode der Königin ihm sein Recht erweisen werden." — „Ich kann nicht sagen, erwiderte jener, ob sie es thun würden, wenn es in ihrer Macht stünde; aber sie sind in dieser einen Beziehung so argwöhnisch der Eine gegen den Anderen, daß Keiner von ihnen seinen Namen auszusprechen wagt." [1])

Nach dem Berichte dieses Lords waltete aber ein ähnliches Verhalten der Minister auch gegenüber der Königin ob. Diese habe sich zu ihm geäußert: „Ich kann niemals einen der Minister dahin bringen, auch nur von ihm (dem Prätendenten) zu reden, oder mir auf eine Frage nach ihm zu antworten. Auch dränge ich sie nicht; aber ich hoffe, sie werden handeln nach Gebühr." Frau Masham ihrerseits sagte: „Alle Dinge sind bei dem Lord Treasurer wie verschlossen, so daß wir nichts erfahren. Er ist unmittheilsam. Alles was die Königin selber von ihm vernimmt, gibt wenig mehr aus als daß im Allgemeinen die Dinge wohl gehen, und dann die beständige Mahnung: Nur gutes Muthes, Majestät."

Auf diese Reden theilte der Lord der Königin und Frau Masham mit, daß Mesnager sich in London befinde und in Betreff des Prätendenten etwas vorzubringen wünsche. Er fragte, ob Frau Masham ihn hören wolle. Auf die gegebene Erlaubnis der Königin erklärte sie sich bereit. In seinen Aufzeichnungen nennt Mesnager auch den Namen der Frau Masham nicht; aber es ist undenkbar, daß eine andere das Vertrauen der Königin in diesem Maße besessen haben könne.

Es war für beide Theile schwer, einen Vorschlag zu finden. Mesnager ging von dem Gedanken aus: da die Friedens-Artikel in Betreff der Succession im eigentlichen Sinne einen Vertrag mit der Königin persönlich enthielten: so stehe es auch ihr zu, die Tragweite

[1]) Minutes of M. Mesnager p. 247.

der Verpflichtung zu beschränken, und zu erklären, in wie weit nach ihrem Tode dieselbe für Frankreich bindend sein solle oder nicht. Frau Masham wehrte diese Zumuthung ab. Die Königin, sagte sie, würde durch kein Mittel dahin zu bringen sein, eine Erklärung solcher Art zu unterzeichnen.

Dennoch kamen sie einander näher. In einer zweiten Zusammenkunft stellten sie die Frage dahin fest: der Friedensvertrag erfordere, daß, zur Satisfaction des englischen Volkes und der Verbündeten, der König von Frankreich im Namen der Königin von Groß-Britannien aufgefordert werde, auf Grund der Anerkennung der gesetzlich festgestellten Succession, den Bruder der Königin und sein Interesse zu verlassen. Dessen ungeachtet könne dies Verlassen so verstanden werden, daß der König von Frankreich nicht verpflichtet sein solle, im Falle des Todes der Königin, nicht sich zu bemühen, den genannten Prinzen auf den Thron seines Vaters zu setzen, auf welchen er ein unzweifelhaftes Recht habe. [1])

Es blieb indessen die Schwierigkeit, für den inneren Widerspruch dieser Sätze eine lösende Form zu finden. Mesnager betonte, daß dies nur bei der Friedensunterhandlung geschehen könne, und daß die Bevollmächtigten, unter denen von französischer Seite er selber sein werde, demgemäß instruirt sein müßten.

Da voraussichtlich die Mächte der Allianz die Entfernung des Prätendenten aus Frankreich verlangen würden, so brachte dann Frau Masham den Ort seines künftigen Aufenthaltes zur Frage. Sie wünschte sehr, daß der Ort nicht zu weit abgelegen sein möge; denn sicherlich werde, früher oder später, in England eine günstige Gelegenheit eintreten. Mesnager war der Ansicht: der Ritter von St. Georg werde schon aus sich selber den Entschluß fassen, seinen Aufenthalt so nahe wie möglich an Frankreich zu nehmen, ob in Lothringen, in Zweibrücken oder anderswo.

Im Fortgange der Unterredung sagte Frau Masham, daß sie alles was Mesnager vorbringe, ansehe wie kommend aus dem eigenen Munde des Königs von Frankreich. Wenn Mesnager ihr das gleiche Vertrauen schenke, so werde die Vereinbarung um so gewichtiger sein.

[1]) Minutes of M. Mesnager p. 276.

Mesnager erwiderte, daß er selber sich betrachte wie in Audienz bei der Königin, welche bei der Ungunst der gegenwärtigen Umstände und der englischen Regierungsform zu Niemandem sich offen aussprechen dürfe. Frau Masham möge glauben, daß der König von Frankreich das Recht in dieser Angelegenheit erkenne, und daß er handeln werde gemäß der Möglichkeit der Umstände. Ihm selber, Mesnager, liege es ob, jedem Worte, das Frau Masham zu ihm spreche, zu glauben und dieselbe Ehre zu erweisen, als käme es von der Königin.

Darauf erklärte Frau Masham, ihre Auffassung der Dinge zusammen drängen zu wollen. Es sei, sagte sie, zur Zeit das Unglück der Königin, den Thron ihres Bruders zu besitzen, auf welchen sie keinen anderen Anspruch habe, als welchen die politische Lage der Dinge legal und in gewisser Weise nothwendig gemacht habe. Dennoch, fuhr Frau Masham fort, bereite, nach ihrer Ansicht, dies der Königin oft geheimen Kummer. Aber damit sei ihr Unglück noch nicht erschöpft, sondern durch dieselbe politische Nothwendigkeit sei sie verpflichtet, nicht bloß wider ihre Neigung, sondern auch wider ihre Grundsätze, die Fortdauer der Usurpation zu befördern und zu befestigen, nicht bloß über ihr eigenes Leben hinaus, sondern für immer. Mesnager möge daher versichert sein, daß unter solchen Umständen es für die Königin eine unaussprechliche Genugthuung sein würde, sich befreit zu sehen von der unheilvollen Nothlage so viel Unrecht zu thun, und dagegen, wenn es mit der Sicherheit für die Religion und die Freiheiten ihrer Unterthanen vereinbar, das Recht ihres Bruders hergestellt zu wissen, wenigstens nach ihrem Tode, wenn es nicht früher geschehen könne.[1])

Man wolle mit diesen Worten der Frau Masham vergleichen die Kundgebung der Prinzessin Anna an ihren Vater Jacob II. in St. Germain, in den letzten Jahren seines Lebens. (Band X, S. 1 u. f.)

Frau Masham fuhr indessen noch weiter fort. Es sei wahr, sagte sie, daß die Königin keinen Ausweg erblicke, und daß, bei dem Zorne und der unversöhnlichen Abneigung der großen Mehrheit des Volkes gegen ihren Bruder, ein solcher Ausweg ihr wie unauffindbar erscheine. Ja die Königin finde es unmöglich, zu einem Friedensvertrage zu gelangen, oder auch nur der Nation das Ende des Krieges

[1]) Minutes of M. Mesnager p. 282.

in Ausſicht zu ſtellen, ohne die ſtärkſten Verpflichtungen für die Beſtätigung der Thronfolge im Hauſe Hannover auf ſich zu nehmen. „Und das iſt ja doch, fuhr Frau Maſham fort, der Inbegriff aller unſerer Abneigung. Aber wir haben dagegen keine Zuflucht als zu Sr. Allerchriſtlichſten Majeſtät, in der Hoffnung, er werde bei dem Friedensvertrage die Dinge ſo einrichten, daß er ſich die Freiheit vorbehalte, in die Sache einzutreten und zu helfen, wenn immer ſich eine Gelegenheit darbieten möge. Zu dieſem Ende müſſen die Friedensbevollmächtigten von hier, obwohl man ihnen nichts im Wege des Vertrauens mittheilen darf, ſo inſtruirt werden, daß ſie nicht mehr verlangen als die Nothwendigkeit erheiſcht, und ſicherlich können auch Reſerven beigefügt werden, welche bei geeigneter Zeit für die Herſtellung des Rechtes Raum gewähren.“

Mesnager ſprach der Frau Maſham ſeinen Dank aus für die Klarheit, mit welcher ſie geredet, wo dagegen alle britiſchen Staatsmänner, die er in eine Erörterung zu ziehen geſucht, ſich mit doppeldeutigen Worten losgemacht hätten. Zur Sache erwiderte er, daß gerade dies es ſei, was der König wünſche: die britiſchen Bevollmächtigten für die Friedenshandlung dürften nicht auf ſtärkere Ausdrücke inſtruirt werden als die Nothwendigkeit fordere, und von ihm nichts verlangen, was er nicht gewähren könne. In dieſem Falle, meinte Mesnager, dürfte ſich für den König die Möglichkeit ergeben, ſich von der anſcheinenden Verpflichtung dieſes Theiles des Friedensvertrages ſpäter loszumachen und in Freiheit zu ſein, je nach der ſich darbietenden Gelegenheit zu handeln.

Sie kamen noch einmal zuſammen, um die Mittel der Correſpondenz fortan feſtzuſtellen. Zum Schluſſe überreichte Frau Maſham dem Franzoſen in einer rothen Sammtbörſe das mit Diamanten eingefaßte Bildnis der Königin. Mesnager trat einen Schritt zurück, um es knieend zu empfangen. Frau Maſham, die Abſicht erkennend, hinderte ihn daran. „Denn, fuhr ſie fort, ich ſage Ihnen nicht, daß die Königin Ihnen dies darbietet; aber es mag Ihnen die Gewisheit gewähren, wie ſehr Ihre Beſuche hier befriedigt haben, und wie ſehr ich es mir zur Ehre rechne, dies Geſchenk Ihnen einzuhändigen.“ [1])

[1]) Minutes of M. Mesnager p. 289.

Desgleichen empfing Mesnager nach seiner Rückkehr in Versailles die lobende Anerkennung Ludwigs XIV.

Der Bericht Mesnagers ergibt, daß bei der ganzen Verhandlung die Eine Persönlichkeit, durch welche die Machtfülle der Krone in Wirksamkeit trat, der Treasurer Oxford, nicht betheiligt war. Mesnager und Frau Masham hatten in der Verhandlung beiderseitig starken Nachdruck gelegt auf den Inhalt der demnächstigen Instructionen für die Friedensbevollmächtigten. Aber diese Instructionen waren nicht abzufassen von der Königin oder der Frau Masham, sondern von dem Treasurer Oxford und dem Staats-Secretär St. John. Demnach muß sich Frau Masham gedacht haben, daß sie und die Königin im Sinne jener Uebereinkunft auf Oxford einwirken würden.

Aber sie selber hatte ihn charakterisirt als nicht mittheilsam, als verschlossen. Oxford regte nicht bloß die Sache des Prätendenten vor der Königin nicht an, sondern verstand es auch ihrer Anregung derselben auszuweichen, sich ihrer Fragen durch sein begütigendes: Be easy, Madame — zu entwinden. Die Frauen mochten dies Verhalten sich auslegen als die Folge des Eifers für die Friedenssache, die für andere Angelegenheiten nicht Raum verstatte. In der Wirklichkeit waren die drei Persönlichkeiten, deren Wege so lange zusammen gegangen, in der Sache des Prätendenten an den Punkt gekommen, an welchem sie sich innerlich trennten, so jedoch, daß es Oxford verstand über diese Trennung noch lange keine Klarheit aufkommen zu lassen. Er erhielt die Königin in dem Glauben, daß er ihre Politik mache, während er in der Wahrheit zuerst die seinige im Auge hatte.

Die Thronreden der Königin, die er abfaßte, betonten stärker als diejenigen, welche Godolphin gemacht hatte, die Thronfolge des Hauses Hannover. Dies entsprach nicht dem Wunsche und der Gesinnung der Königin; aber wie sich aus den Reden der Frau Masham zu Mesnager ergibt, glaubte sie der Versicherung Oxfords, daß die Abneigung der Nation gegen ihren Bruder es so erfordere. Ueberhaupt vertrauete sie Oxford, dem sie so Vieles zu verdanken meinte.

Und dennoch blieb fortan die gewichtige Frage, wie lange es Oxford gelingen werde, die Königin in dem guten Glauben zu erhalten, und demnach die Consequenz zu vermeiden, die aus dem Schwinden desselben für ihn erfolgen mußte.

Einstweilen wurden alle Gedanken in Anspruch genommen durch die Angelegenheit des Friedens.

Die Friedensfrage im Haag.

Wir haben vernommen, daß nach der Ueberreichung der Friedens-Präliminarien des Mesnager, im Anfange October, die Grafen Rivers und Strafford sich einschifften, jener, wie im Jahre zuvor, nach Hannover, dieser nach dem Haag. Verfolgen wir, der Zeit nach, zuerst die Sendung Straffords.

Bei der Ankunft desselben in Helvoetsluis fand er dort den Pensionaris Buys vor, der, zum Gesandten nach England ernannt, auf günstigen Wind zur Einschiffung wartete. Strafford legte ihm die Artikel des Mesnager vor. Sie geriethen darüber heftig an einander. Buys erklärte nach dem Haag zurückzukehren, um neue Instructionen zu verlangen. [1])

Diejenigen für Strafford sind ein merkwürdiges Actenstück. Er soll in seiner Mittheilung an die Holländer davon ausgehen, als habe die Thatsache der geheimen Unterhandlung mit Vorwissen der holländischen Regierung statt gefunden. Mesnager habe dann Vorschläge eingereicht, welche, obwohl nicht so genau bestimmt, wie Frankreich es sicherlich noch thun werde, dennoch als eine genügende Grundlage zu betrachten seien. Auf die etwaige Frage, ob England für sich besondere Vortheile ausbedungen, soll Strafford ausweichen mit der Antwort, daß die Königin abgelehnt habe, die Unterhandlung in England weiter führen zu lassen. Er soll ferner sagen, daß er es auf sich nehme zu versichern, daß England nichts für sich ausbedungen, was dem Interesse der Republik zuwider. Wenn aber England für sich Vortheile verlange, so entspreche dies seinen weitaus hervorragenden Leistungen in diesem Kriege. Es handele darin den Verträgen nicht zuwider, weil es keinen Frieden wolle ohne Satisfaction für die Republik. Aber der Barriere-Vertrag von 1709, dem weder der Kaiser noch die britische Nation zustimme, könne nicht fest gehalten werden, sondern es liege

[1]) Lamberty t. VI, p. 695. — Bolingbroke's letters vol. I, p. 411.

im eigenen Interesse der Republik, davon nachzulassen. Die Eintracht von England und Holland sei durchaus nothwendig.

Frankreich schlage die Städte Utrecht, Nymegen, Aachen oder Lüttich zur Unterhandlung vor. Die Republik möge eine derselben benennen, und baldmöglichst die Pässe für die Bevollmächtigten senden.

Wenn dagegen die Holländer und die Kaiserlichen sagen, daß diese Vorschläge nicht ausreichen, sondern verlangen, daß man Präliminarien errichte, wie im Jahre 1709, so soll Strafford darauf erwidern, daß die Franzosen vielleicht sich weiter erklärt hätten, wenn sie nicht, während der Verhandlung mit England, den Geist der Unruhe, der Ungeduld, der Eifersucht unter den Verbündeten bemerkt hätten. Fordern dagegen die Holländer die Fortführung des Krieges und wollen sie auf keine geringeren Bedingungen Frieden schließen als diejenigen von 1709, so soll Strafford erklären, daß die Königin dazu bereit, daß jedoch dann das Misverhältnis in dem Tragen der Kriegslast ein Ende nehmen, die Verbündeten ihre Leistungen steigern müssen, während England die seinigen verringern werde. Machen dagegen die kaiserlichen und die holländischen Minister das Unvermögen geltend, so soll endlich Strafford verkünden: die Königin bestehe darauf zu verlangen, daß ihre Verbündeten, sei es für den Krieg, sei es für den Frieden, mit ihr zusammen gehen.

Die Reden Straffords im Haag in diesem Sinne schlugen jedoch noch nicht durch. Die Generalstaaten faßten, am 24. October, den Beschluß: die vorgelegten Artikel des Mesnager seien so unbestimmt und dunkel, daß sie sich nicht eigneten als Basis für eine formelle Unterhandlung. Mit diesem Beschlusse ward der Pensionär Buys als Gesandter nach England geschickt. [1])

Dort bot Buys die nicht geringe Macht seiner Beredtsamkeit auf, die britischen Minister zu überzeugen, daß ein Weg der Verhandlung mit Frankreich auf so unbestimmte Artikel hin nicht zum Ziele führen könne. Die Mühe war vergeblich, weil die britischen Minister ihm verschwiegen, daß sie ihr Sonderziel bei Frankreich bereits erreicht hatten. Nach vielen Conferenzen entsprach die endliche Antwort, die St. John im Namen der Königin gab, den Reden, welche Strafford,

[1]) Lamberty t. VI, p. 695.

auf Grund seiner Instruction, im Haag führte.[1] Mit der Mittheilung dessen erging zugleich an Strafford die Weisung stärker zu drücken, so wie ein bestimmterer Bescheid als früher, den er auf die Frage nach einem geheimen Vertrage zu geben habe. Der Bescheid ist merkwürdig.

„Was die Frage eines geheimen Vertrages mit Frankreich betrifft, schreibt nämlich St. John an Strafford, so existirt ein solcher nicht. Die Königin würde es niemals über sich gewinnen, einen so unehrenhaften Schritt zu thun. In der That haben wir Frankreich kund gemacht, daß wir unsere Verbündeten in allen ihren Ansprüchen stützen würden; aber daß wir da, wo diese sich als exorbitant erwiesen, einschreiten würden zu vermitteln."

Demnach dachte sich St. John, daß die offene Lossagung Englands von der Allianz unehrenhafter sein würde als diese geheime, nach welcher England seine Sondervortheile erst dann bekommen sollte, nachdem es seine Bundesgenossen in einen Frieden nach dem Willen Frankreichs hinein genöthigt hatte.

In der That prägt die Correspondenz zwischen Torcy und St. John mehr und mehr die Dienstbarkeit des britischen Ministeriums aus. Auf die Mittheilung der bisher geschehenen Schritte antwortet Torcy, am 21. October: „Es ist leicht für diejenigen, welche in der Verwirrung ihre Rechnung finden, Mistrauen auszusäen und zu nähren; aber es ist auch leicht dasselbe zu zerstreuen, wenn man beiderseits aufrichtig den Frieden und die Einigkeit wünscht."[2] Bevor St. John darauf antwortete, erfolgte ein neues Schreiben Torcys. Als den Anlaß desselben gibt er an, daß die Holländer in London das Gerücht verbreitet: es spinne sich eine neue geheime Unterhandlung zwischen dem Haag und Versailles an, und daß die britischen Minister sich darüber beunruhigt gefühlt hätten. Demnach schrieb Torcy, am 2. November, an St. John, daß, da die gegenwärtige Lage der Dinge das einträchtige Zusammenwirken für die Vollendung des begonnenen Werkes erfordere, er durch Gautier anfragen lasse, welche Maßregeln auf die Weigerung der Holländer die Königin zu treffen gedenke.[3] Das Schreiben des Torcy an

[1] Bolingbroke's letters vol. I, p. 437. Vom 26. October 6. November.
[2] A. a. O., p. 451.
[3] A. a. O., p. 452. Zu vergleichen mit den Mémoires de Torcy t. III, p. 98.

Gautier enthielt den Auftrag, im Namen des Königs den Miniſtern Oxford und St. John die Verſicherung zu geben: que tant d'artifices mis en usage de la part des ennemis communs, étaient incapables d'ébranler sa fermeté.

Dieſe Worte gelangten an St. John, am 22. October/3. November, alſo noch bevor er die Königin zu der beleidigenden Behandlung gegen den Grafen Gallas bewogen hatte, mit der vor dem Kaiſer zu erhebenden Anklage, daß der Graf Gallas die Miniſter der Königin eher als Feinde, denn als Freunde der gemeinſamen Sache darſtelle.

St. John und Oxford nahmen das von Ludwig XIV. durch Gautier an ſie gerichtete Wort, welches die Verbündeten der Königin als les ennemis communs benannte, nicht bloß hin, ſondern St. John eignete ſich die von Torcy in dem Briefe zuvor, vom 21. October, an ihn gerichteten Worte ausdrücklich an. „Dieſes Mistrauen zu erwecken, ſagt er dann, iſt das Trachten der Böswilligen, ſowohl bei uns wie überall anderswo. Ich bin jedoch darum nicht bekümmert, weil es nur von dem allerchriſtlichſten Könige abhangt, alle ihre Bemühungen vergeblich zu machen." — „Die Erklärungen, welche Sie mir in Ausſicht ſtellen, werden alle dieſe Wolken zerſtreuen. Wir werden uns derſelben nur mit großer Zurückhaltung bedienen, und dies werden Sie mir glauben, wenn ich Ihnen verſichere, daß, wenn der König, wie er früher in ſolchen Fällen gethan, uns einen eingehenden Entwurf ſeiner Zugeſtändniſſe zuſtellt, die Königin denſelben ihren Verbündeten niemals mittheilen wird." [1])

St. John gab davon zugleich dem Botſchafter Strafford im Haag beſtimmtere Kunde mit den Worten: „Die Friedens-Conferenzen müſſen auf Grund der allgemeinen Friedens-Vorſchläge eröffnet, und die Königin ermächtigt werden, Jedem der Alliirten beſonders dasjenige anzubieten, was annehmbar und vernünftig erſcheint. Nachdem das eigene Intereſſe der Königin geordnet iſt, muß ſie Vermittlerin ſein für die Intereſſen der Anderen." [2])

Gemäß der Aufforderung der Königin überſandte Ludwig XIV., mit vollem Lobe für die Feſtigkeit der Königin, einen Entwurf ſeiner

---

[1]) Bolingbroke's letters vol. I, p. 454.

[2]) A. a. O., p. 455.

Zugeständnisse für alle betheiligten Mächte.[1]) Der Entwurf liegt dem nachherigen Frieden von Utrecht durchweg zu Grunde.

Aber in der Republik stimmten die Berichte des Gesandten Buys aus London die Gemüther noch keinesfalls willfährig. Der Ueberblick der Kriegeslage, mit welchem der Staatsrath, nach hergebrachter Weise, am 13. November, den Generalstaaten seine Forderung für den nächsten Feldzug einreichte, betont in der nachdrücklichsten Weise die Gefahren, denen man von einem bald wieder erstarkenden Frankreich her ausgesetzt sein werde. Darum, schließt er, fordere es die Nothwendigkeit, den Krieg in der bisherigen Weise fortzusetzen, mit Eifer, mit Einigkeit, mit Beständigkeit, in der Hoffnung, daß man dann binnen kurzer Zeit im Stande sein werde, einen Frieden mit der erforderlichen Sicherheit gegen einen so mächtigen und furchtbaren Feind zu schließen.[2]) Unterdessen traf im Haag auch der Protest des Kaisers ein. Von Mailand aus, wo die französischen Präliminarien ihm zur Kunde gekommen waren, richtete Carl VI., am 8. November, also am selben Tage, an welchem in London die Königin seinem Gesandten Gallas Schweigen auferlegte, an die Generalstaaten ein eindringliches Schreiben. Er erklärte darin, daß er festhalte an den Präliminarien von 1709, und daß er einen Congreß auf Grund der verfänglichen und inhaltlosen französischen Vorschläge nicht beschicken werde. Er ersuchte die Generalstaaten sich mit ihm zu einigen in dem Bestreben, auch die Königin von Groß-Britannien zur Verwerfung solcher Vorschläge zu bewegen.[3]) Zugleich reichte der Graf Goes im Haag, im Namen des Kaisers, bei den Generalstaaten eine entsprechende Denkschrift ein.

Dagegen ward die Rede Straffords täglich lauter, hochfahrender, drohender. Einen solchen Ton, sagte man, habe bisher auch noch selbst kein Feind angeschlagen.[4]) Als dennoch auch diese Reden nicht den gewünschten Erfolg brachten, richtete Strafford, am 19. November, ein Schreiben an den Rathspensionär Heinsius. Jede Weigerung, erklärte er darin, oder auch nur ein Aufschub, den Ort des Congresses zu benennen, und die Päße für die Friedensgesandten zu bewilligen, sei

[1]) Bolingbroke's letters vol. I, p. 474. — Lamberty t. VI, p. 698 et suiv.
[2]) Lamberty t. VI, p. 711 et suiv.
[3]) Actes de la paix d'Utrecht t. I, p. 165.
[4]) Lamberty t. VI, p. 724.

gleich einem Mistrauen in die Aufrichtigkeit der Königin. Er verlange, daß Heinsius die verderblichen Folgen darstelle, die aus einer Trennung oder auch nur aus dem Scheine einer Trennung der Republik von der Königin erwachsen würden. Er wies Heinsius persönlich hin auf die Verantwortlichkeit, die er vor dem Vaterlande, vor der Nachwelt zu tragen haben werde.[1])

Am 21. November traten die Generalstaaten über diese Angelegenheit zusammen. Noch am Morgen dieses Tages erhielt Heinsius abermals ein Schreiben Straffords, enthaltend die Drohung, daß die Königin jeden Aufschub einer Weigerung gleich achte, und daß daraus ein Riß entstehen könne, unheilvoll für diese Republik und für das gesammte Europa.[2])

Dieser Drohung wichen die Generalstaaten. Sie bestimmten Utrecht als den Ort der Friedens-Conferenzen, übersandten die Pässe für die Bevollmächtigten nach London, und benannten als den Termin des Beginnes den kommenden 12. Januar.

Demgemäß lud St. John einige Tage später die fremden Gesandten in sein Amtslocal. Dort händigte er ihnen die Circular-Schreiben ein, durch welche die Königin die betheiligten Mächte aufforderte, ihre Bevollmächtigten nach Utrecht zu senden, mit der Hervorhebung, daß sie nichts Anderes im Auge habe als einen dauerhaften Frieden, durch welchen einem Jeden eine vernünftige Satisfaction widerfahren solle.[3])

Im Haag hielt zu demselben Zwecke, am 1. December, Lord Strafford eine Anrede an die versammelten Gesandten. Beim Beginne derselben ersuchte ihn der kaiserliche Gesandte, Freiherr von Heems, langsam zu reden, damit man aufschreiben könne, was er sage. Es geschah. Heems wiederholte dann kurz die Gedanken des Gesagten und fügte bei, daß er es dem Kaiser berichten und dessen Beschluß abwarten werde. Dann aber wendete er sich wieder zu dem Grafen Strafford, mit den Worten: „Es besteht bereits ein unterzeichneter Sondervertrag zwischen Frankreich und Groß-Britannien. Ich kann Ihnen Tag und

---

[1]) Lamberty t. VI, p. 725.
[2]) A. a. O., p. 726.
[3]) A. a. O., p. 728.

Stunde nennen, auch den Ort, wo er unterzeichnet ist. Ich weiß die Unterschriften, die Siegel, auch die Farbe des Wachses." — Der Graf Strafford, völlig überrascht, wußte nicht zu antworten, und gestand somit durch sein Schweigen die Thatsache ein. Aber Heems, der hier die Kundschaften des Grafen Gallas oder seines Secretärs Primoli so geschickt benutzt hatte, kannte darum doch noch nicht den Inhalt des von Mesnager einerseits, von St. John und Dartmouth andererseits unterzeichneten Sondervertrages.[1])

Eben darum weil der Inhalt des geheimen Vertrages zwischen Groß-Britannien und Frankreich nicht vorlag, war der bei den Verbündeten zur Wahrscheinlichkeit, ja zur Gewißheit gesteigerte Verdacht eines solchen Vertrages für die britischen Minister nicht ein Hindernis weiter vorzugehen. Strafford erhielt für sein festes Auftreten, welches das Nachgeben der Generalstaaten zu Wege gebracht, durch St. John das volle Lob der Königin. Auch das Verhalten des Gesandten Buys, meinte St. John, sei untadelhaft. Der Herzog Victor Amadeus hatte auf die erste Kunde der Vorschläge des Mesnager etwas gemurrt, dann aber, nachdem man zu seinen Gunsten eine Nachfuge gemacht, sich willig erklärt. In dieser Nachfuge versprach Ludwig XIV. dem Herzoge die Gebiete zurückzugeben, welche dieser zu Anfang des Krieges besessen, so wie in die Vergrößerung seiner Gebiete in Italien einzuwilligen.[2]) Victor Amadeus war also, wenn er gegen den Kaiser ging, der Gunst beider Mächte sicher. Carl VI. selber war, wie es sich nunmehr ergab, rechtzeitig und mit wohl erwogenem Vorbedacht in der Person seines Vertreters Gallas mundtodt gemacht. Er sandte dann zwar, von Mailand aus, wie jenen Protest nach dem Haag, so ein Handschreiben an die Königin und eine Denkschrift ein. Aber nur das erstere traf ein, die letztere fand sich nicht vor. Unter diesen Umständen erwogen Gallas, der noch nicht abgereist war, und Hoffmann die Frage, ob jenes allein zu übergeben sei. Sie kamen zu der Ansicht, daß, nach dem Nachgeben der Generalstaaten, die scharfe Rede des Handschreibens eine nutzlose Erbitterung gegen den Kaiser hervorrufen würde. Dazu erfuhr der Graf Gallas von sicherer Hand, daß das Ministerium eine

[1]) Lamberty t. VI, p. 731.

[2]) Bolingbroke's letters vol. II, p. 5.

Gelegenheit wünsche sich mit dem Kaiser völlig zu überwerfen. Daher faßten sie den Beschluß das Handschreiben nicht zu übergeben.[1])

Ganz besonders war St. John erfreut über die Willigkeit, mit welcher Friedrich I. von Preußen einging, und beauftragte Strafford, nach Berlin hin dafür kund zu thun, daß die Königin das Interesse des Königs im Laufe der Unterhandlung, so wie auch später vertreten werde.[2])

Von außen her schien also das britische Ministerium kaum noch einen Widerspruch zu erwarten zu haben. St. John konnte bereits, am 25. November/6. December, nach Versailles hin den Wunsch aussprechen: man möge beiderseitig dahin trachten, daß der Friede nicht mehr den Wechselfällen noch eines Feldzuges ausgesetzt werde.[3]) Im Haag faßten die zu Gunsten des großbritannischen Ministeriums Gesinnten schon einen bestimmten Termin in Aussicht. Bis zum 15. März, sagten sie, werde der Friede unterzeichnet sein.[4])

Und doch erfolgte dann ein Widerspruch von einer Seite her, von welcher das britische Ministerium kaum, oder wenigstens nicht in so entschiedener Weise, wie es geschah, ihn erwartet hatte. Der Widerspruch kam von dem Kurfürsten von Braunschweig-Lüneburg.

Die Friedensfrage in Hannover.

Wie es die Aufgabe des Grafen Strafford im Haag war, die Zustimmung der Generalstaaten zu der Friedenspolitik des britischen Ministeriums durchzusetzen, so lag es dem Grafen Rivers ob, diejenige des Kurfürsten Georg Ludwig als des muthmaßlichen Thronfolgers zu gewinnen.

Die erste Sendung des Grafen Rivers nach Hannover, zu Ende des Jahres 1710, war nicht nach dem Wunsche des neuen Ministeriums ausgefallen. Dennoch schien das Verhältnis äußerlich ein gutes. Wenn auch, wie wir vernommen, das Benehmen der Königin gegenüber dem Repräsentanten des Kurfürsten in London bei anderen Gesandten den

[1]) Hoffmanns Bericht vom 1. December.
[2]) Bolingbroke's letters vol. II, p. 18.
[3]) A. a. O., p. 11.
[4]) Lamberty t. VI, p. 731.

Zweifel wach rief, ob die Königin aufrichtig für die Thronfolge des Hauses Hannover gesinnt sei: so fand doch der officielle Schriftenwechsel beiderseitig in den verbindlichsten Formen statt. Wie immer auch man in Hannover über die Aussicht auf die Thronfolge in England denken mochte: man war dort nicht Willens, die durch die Annahme der Successions-Acte erworbenen Rechte einer Misachtung preis zu geben. Einen Anlaß zur Bethätigung dieser Gesinnung bot eine jacobitische Kundgebung in Edinburgh.

Wie schon wiederholt in den Jahren zuvor geschehen, so hatte damals auch die Herzogin von Gordon in Edinburgh eine Medaille prägen lassen, die auf der einen Seite das Brustbild des Prätendenten zeigte, mit der Unterschrift: Cujus est? — auf der andern Seite Groß-Britannien und Irland, mit einer herannahenden Flotte, und der Unterschrift: Reddite. Diese Medaille machte die Herzogin der Genossenschaft der Advokaten in Edinburgh zum Geschenke. Die Frage der Annahme kam zur Berathung, und unter 75 Anwesenden erklärten sich nur 12 dagegen, am 30. Juni 11. Juli. Eine Deputation der Genossenschaft überbrachte der Herzogin den Dank derselben, und der Sprecher schloß mit den Worten: „Ich hoffe und halte mich dessen gewiß, eben so wie meine Committenten, daß Ew. Gnaden bald die Gelegenheit haben werden, unserer Genossenschaft noch eine andere Medaille zu schenken, geschlagen auf die Herstellung des Königs und der königlichen Familie, und auf die Austilgung der Rebellion, der Usurpation, der Tyrannei und des Whiggismus."[1])

Die Sache kam zur Kunde des hannöverschen Residenten Kreyenberg in London, und er sandte einen Bericht darüber nach Hannover ein. Auf Grund dessen gab ihm die Kurfürstin Sophie den Auftrag, bei der Regierung Beschwerde zu führen und die Bestrafung der Thäter zu verlangen. St. John versprach nachdrückliche Untersuchung und Bestrafung. Seine Erörterungen auch zu Anderen über diese Angelegenheit thun abermals dar, daß er keine jacobitische Neigung kund gab.[2])

---

[1]) Robethon-Papiere im Archiv des historischen Vereines für Niedersachsen zu Hannover.

[2]) Bolingbroke's letters vol. I, p. 343. An Drummond, 4. September. — Macpherson's Original papers vol. II, p. 257.

Zur selben Zeit hatte das britische Ministerium Gelegenheit, in einer anderen Sache sich dem Kurfürsten gefällig zu erweisen. In Pommern stellte es sich sehr bald heraus, daß die sächsischen und dänischen Truppen nicht vermögen würden, sich der schwedischen Festungen zu bemächtigen. Es war daher ihr Rückzug zu erwarten, und zwar so daß die Dänen die Winterquartiere im schwedischen Herzogthume Bremen nehmen würden. Um gegen das Herüberschlagen dieser Kriegesflamme in das eigene Gebiet sicher zu sein, ersuchte der Kurfürst sowohl bei Marlborough als bei Oxford, für ihn bei der Königin die Rücksendung einiger seiner Regimenter Cavallerie zu erwirken, die im englischen Solde in den Niederlanden standen.[1]) Oxford antwortete am 11./22. September: „Ich hatte gestern, in Windsor, die Ehre, der Königin das Schreiben Ew. Kurfürstlichen Durchlaucht vorzutragen, und ich möchte wünschen fähig zu sein, die verbindliche Weise wieder zu geben, mit welcher Ihre Majestät von Ew. Kurfürstlichen Durchlaucht sprach, so wie die Bereitwilligkeit auszudrücken, mit welcher sie auf Ihr Verlangen einging. Ew. Kurfürstliche Durchlaucht sehen daraus, mit welcher Sorgfalt die Königin für das Interesse Ihres Hauses bedacht und andererseits überzeugt ist, daß Sie nichts zum Nachtheile der allgemeinen Sache verlangen werden." — Die Feststellung der abzuberufenden Truppen überließ die Königin der Vereinbarung zwischen dem Kurfürsten und Marlborough.

Im Laufe des Monates October traf der Graf Rivers mit den Friedens-Präliminarien, und mit den Betheuerungen der Anhänglichkeit von Shrewsbury und Oxford, in Hannover ein. Der Letztere hob in seinem Schreiben an die Kurfürstin Sophie und an den Kurfürsten hervor, mit welcher besonderen Sorgfalt die Königin in den Präliminarien das Interesse des kurfürstlichen Hauses bei der Thronfolge in Groß-Britannien vorangestellt, ohne dafür ihrerseits eine Verpflichtung gegen Frankreich auf sich zu nehmen. Der Wortlaut des ersten Punktes der Vorschläge von Mesnager legt, wie wir gesehen (S. 173 u. f.), nicht Zeugnis ab von einer besonderen Sorgfalt, es wäre denn diejenige des Mesnager, die Fassung so unbestimmt wie möglich zu halten. — Aber Oxford fuhr fort, daß ungeachtet des großen Bedürfnisses in England nach dem Frieden, die Königin nicht habe handeln wollen

[1]) Macpherson's Original papers vol. II, p. 249. Auch für das Folgende.

ohne die Mitwirkung ihrer Verbündeten, und darum seien alle Schritte nur vorläufig, zum Zwecke der Anbahnung eines allgemeinen Friedens-Congresses, welchen die Königin sofort eröffnet zu sehen wünsche.[1])

Andere Minister der Königin sandten die Betheuerungen ihrer Ergebenheit nach. Unter ihnen überbot der Herzog von Buckingham, der in Wirklichkeit Jacobit war, durch seine Betheuerungen zu Gunsten der Thronfolge des Hauses Hannover noch den Grafen Oxford. Er versicherte, daß, wo doch früher, in der Session des Parlamentes von 1705/6, in Betreff der Frage der Einladung der Kurfürstin nach England, sein Eifer vor Anderen bemerkbar gewesen, er dies Mal an getreuen Diensten keinen der mit der Angelegenheit betrauten Lords habe übertreffen können.[2])

Es folgte mit seinen Versicherungen der Bischof Robinson von Bristol, kurz zuvor zum Lord Geheimsiegel-Bewahrer ernannt, so wie dann in einem langen Schreiben an die Kurfürstin Sophie der Botschafter im Haag, Graf Strafford. Er war ihr bekannt von seinem früheren Posten in Berlin her, und darum ließ sich die Kurfürstin mit ihm in eine fortgesetzte Correspondenz ein.

Kurz zuvor war der Kurfürstin Sophie eine Urenkelin geboren, für welche die Eltern, der Kurprinz Georg August und Caroline, die Königin Anna um die Annahme der Pathenschaft ersuchten. Diese erfolgte mit einem reichen Geschenke, welches mit seinen anderen Aufträgen der Graf Rivers überbrachte. Lord Strafford, in seinem Schreiben an die Kurfürstin, berührte dies.

„Ew. Königliche Hoheit, schreibt er, haben mir früher gesagt, daß alles was Sie durch die englische Thronfolge gewonnen, in Pergament bestehe. Ich hoffe, daß dasjenige was der Graf Rivers mitbringt, beweist, daß die Königin beginnt Ihrem Hofe bessere Sachen als Pergament zu schenken, und ich glaube, dieser kleine Anfang ist nur ein Vorbote von stärkeren Beweisen der Werthschätzung der Königin für Sie als sie bisher gegeben hat.“[3]) Die Kurfürstin antwortete: „Unter anderen hat der Graf Rivers für das Pathenkind der Königin ein Geschenk mitgebracht, welches unendlich geschätzt wird. Dennoch

[1]) Macpherson's Original papers t. II, p. 256.

[2]) A. a. O., p. 258. Vom 9./20. October.

[3]) A. a. O., p. 260.

möchte ich nicht mein Pergament dafür hingeben. Denn dies Pergament wird als ein immerwährendes Gedächtnis im Archive zu Hannover verbleiben: dagegen wird das Geschenk für die kleine Prinzessin, wenn sie einmal erwachsen, mit ihr in eine andere Familie übergehen." [1])

Lord Strafford hatte ferner der Kurfürstin in sehr ausführlicher Weise die Gründe für die Friedenspolitik der britischen Regierung entwickelt. „Alle diese Thatsachen, antwortet sie, welche Sie mir anführen, waren aber vor einem Jahre auch vorhanden. Und doch athmete damals die Rede des Grafen Rivers hier nichts als Krieg. Woher denn nun dieser plötzliche Umschwung? Wenn Sie auf solche Präliminarien hin, wie sie jetzt verkündet werden, Frieden schließen wollen: so hätte doch wahrlich viel Blut und Geld gespart werden können."

Daß dennoch das Ministerium von dem Kurfürsten her eine zustimmende Antwort für seine Friedenspolitik erwartete, ergibt sich aus den Aeußerungen St. Johns nach Frankreich hin. In einer Denkschrift vom 29. October, die Gautier nach Frankreich überbrachte, sagt St. John, daß, wenn man von dort her für Friedrich I. die Anerkennung des Königthumes, für Georg Ludwig diejenige der Kurwürde in Aussicht stelle, so würde dies den guten Erfolg haben, daß die zwei Fürsten, ohne zu zaudern, in alle Maßregeln der Königin eingehen würden.[2]) Aber St. John erwog dabei nicht, daß es sich in Betreff dieser zwei Fürsten doch um zwei sehr verschiedene Charaktere handele. Friedrich I. allerdings entsprach der von ihm gehegten Erwartung: von Seiten Georg Ludwigs standen für St. John und seine Gefährten noch manche nicht erwartete Erfahrungen bevor.

Der Graf Rivers begleitete den Kurfürsten Georg Ludwig auf den Jagden in der Göhrde. Bei seinem Abschiede von dort, am 7. November, erhielt er eine Reihe von Schriftstücken mit. Das Handschreiben des Kurfürsten an die Königin kündigte an, daß er, um ihr seine Ansicht über die französischen Friedenspunkte auszusprechen, eine Persönlichkeit seines Vertrauens senden werde, den Freiherrn von Bothmar. Der Brief an den Grafen Oxford redete bestimmter. Der Kurfürst spricht darin seine Freude aus über den Entschluß der Königin,

---

[1]) Macpherson's Original papers t. II, p. 266.

[2]) Rapport du Comité secret p. 244. — Lamberty t. VI, p. 698.

in der Friedenssache nicht anders handeln zu wollen als gemeinsam mit ihren Bundesgenossen. Er setzt dieses Lob fort mit den Worten: „Das ist ein Verhalten wahrlich einer so großen Königin würdig, und durchaus allem dem entsprechend, was sie, während des Laufes eines so ruhmvollen Krieges, für das gemeinsame Interesse ihrer Verbündeten gethan hat.“ Auf dies etwas ironische Lob folgt dann die Kehrseite: „Und Sie, Mylord, sind zu einsichtig, als daß Sie nicht erkennen sollten, daß alle Früchte dieses Krieges verloren gehen, wenn Spanien und Indien dem Herzoge von Anjou verbleiben, da ja dies Frankreich sehr bald in den Stand setzen würde, Europa das Gesetz vorzuschreiben, und alle diejenigen weisen Maßregeln zu nichte zu machen, welche die Königin getroffen, um ihrem Volke ein dauerndes Glück zu sichern.“

In derselben Weise, nur noch eingehender, war die Antwort an den Herzog von Buckingham gehalten.[1])

Dazu erhielt der Graf Rivers eine besondere Denkschrift, welche alle einzelnen Punkte seines Vortrages bei dem Kurfürsten beantwortete. Auch darin wird mit lobender Anerkennung die Kundgebung der Königin hervorgehoben, daß sie in Betreff des Friedens nur gemeinsam mit ihren Verbündeten, namentlich den Generalstaaten, handeln wolle. Dann fährt die Denkschrift fort wie folgt.[2])

„Denn von der guten Eintracht der zwei Nationen hangt ja zum großen Theile ihre gegenseitige Sicherheit und das Gleichgewicht Europas ab, und der gegenwärtige Krieg hat bewiesen, was sie, fest vereinigt, auszurichten vermögen. Aber die Leistungen von Groß-Britannien sind so bedeutend gewesen, die Stellung, welche diese Nation eingenommen, ist eine so schöne und edle, kurz so würdig der Nation und der großen Königin, welche über sie regiert, daß kein Grund ist zu zweifeln, daß bei einer künftigen Friedenshandlung alle Verbündeten einstimmig dafür eintreten werden, daß Groß-Britannien diejenigen Vortheile und Bedingungen erhalte, die es von Frankreich beanspruchen kann. Und es scheint, daß dieser Weg zu einem solchen Ziele zu gelangen, zuverlässiger und sicherer ist, als wenn man dasselbe erstreben wollte vermittelst einer Sonder-Unterhandlung, die den anderen Bundes-

[1]) Macpherson's Original papers vol. II, p. 263.

[2]) Robethon-Papiere im Archive des historischen Vereines für Niedersachsen.

genoſſen Anlaß zu Mistrauen geben könnte. Denn ſicherlich fordert das gemeinſame Intereſſe der Verbündeten von ihnen, eben ſo einig bei der künftigen Friedenshandlung zuſammen zu ſtehen, wie ſie es während des Krieges gethan haben. Denn dies iſt das einzige Mittel ſich zu ſchützen gegen die Kunſtgriffe, deren ſich die franzöſiſche Politik bei allen ſolchen Verſammlungen ſo geſchickt zu bedienen weiß, um die Verbündeten unter einander zu ſpalten, und alle Sicherheit für die Zukunft hangt ab von der gegenſeitigen Bürgſchaft für die Beſtimmungen des Friedens."

Das Verhalten des Grafen Rivers bei der Empfangnahme dieſer Denkſchrift erſchien auffallend. Er ſchloß ſie ſofort ungeleſen ein. Als der überreichende Miniſter ihn fragte, ob er nicht zuvor ſeine Anſicht darüber ausſprechen wolle, erklärte er dies für unnöthig.[1]) Es mochte ihm ja allerdings aus den Reden, die er vernommen, hinreichend klar geworden ſein, daß ähnlich wie das Jahr zuvor, die Antwort den Wünſchen ſeiner Auftraggeber nicht entſprechen werde. Der alten Kurfürſtin Sophie, die ſich ihm gegenüber ähnlich geäußert, wie brieflich zu Strafford, hatte er einmal geantwortet: er ſehe, daß ſie von Marlboroughs Partei ſei. Die Kurfürſtin hatte lebhaft entgegnet, daß, wenn die Königin einen Affen zu ihrem General gemacht, und dieſer Affe ſo viele Siege erfochten hätte, ſie auch für den Affen ſein würde.[2]) — So ſcharf die Entgegnung, ſo traf ſie nicht den richtigen Punkt. Rivers hatte geredet als einer derjenigen Engländer, bei welchen alles was auf Erden lebte, gemeſſen wurde nach dem Maße engliſcher Parteiung. In den Augen der Partei des britiſchen Miniſteriums erſchien Marlborough als das Haupt der Kriegespartei: darum gehörte Jeder, welcher nicht der Friedenspolitik des damaligen Miniſteriums beiſtimmte, ob in England, ob außerhalb desſelben, zur Partei Marlborough.

Der Kurfürſt Georg Ludwig begnügte ſich nicht mit der kurzen dem Grafen Rivers eingehändigten Denkſchrift. Wie er der Königin in Ausſicht geſtellt, daß ſein Geſandter Bothmar ſeine Anſichten genauer darlegen werde: ſo ward zur Richtſchnur für den Geſandten

[1]) Die Kurfürſtin Sophie an Strafford, in Macpherson's Original papers vol. II, p. 349.

[2]) A. a. O., p. 347.

eine ausführliche Instruction angefertigt, die ebenfalls das Datum des 7. November trägt. In England ward nachher die irrthümliche Ansicht ausgesprochen, daß erst das ausweichende Verhalten des Grafen Rivers beim Empfange seiner Denkschrift die Instruction für Bothmar hervorgerufen habe.[1])

Auf der Reise traf Bothmar im Haag mit Marlborough zusammen und fuhr mit diesem hinüber. Es ist daher sehr wahrscheinlich, daß sie in ihren Unterredungen vielfach dieselben Ansichten aussprachen.

In denselben Tagen, am 28. November/9. December, also noch vor dem Zusammentritte des Parlamentes, reichte Bothmar den britischen Ministern eine Denkschrift ein, die er auf Grund seiner Instruction ausgearbeitet hatte. Die Denkschrift ist damals oft gedruckt:[2]) es kommt für die Klarstellung des Sachverhaltes auf die Instruction an. Diese lautet wie folgt.[3])

„Obgleich die Antwort, welche Se. kurfürstliche Durchlaucht dem Grafen Rivers schriftlich gegeben, und von welcher eine Abschrift beiliegt, ausreichen dürfte, dem Freiherrn von Bothmar die Intentionen des Kurfürsten kund zu thun, so wie die Richtung anzugeben, in welcher er in England zu reden hat, so wünscht doch Se. kurfürstliche Durchlaucht, daß der Gesandte sich über einige Punkte stärker ausspricht als es in jener Antwort zu thun zweckmäßig erschienen ist, und darum ist es für geeignet befunden, diese Punkte anzugeben."

„Erstlich nämlich wird es gut sein, den Ministern der Königin mit Nachdruck vorzustellen, daß Ihre Majestät mit ihren Verbündeten sich einige über den Ort, wo die Friedenshandlung statt finden soll, insbesondere mit Sr. kaiserlichen Majestät und den Generalstaaten. Denn es wäre doch von verderblicher Consequenz gestatten zu wollen, daß Frankreich in dieser Beziehung das Gesetz vorschriebe, wie es dies thun zu wollen scheint, und wenn ihm das bei diesem ersten Schritte gelänge, so würde es während des ganzen Laufes der Unterhandlung den Ton des Hochmuthes und der Ueberlegenheit annehmen."

---

[1]) Burnet, History of his own time p. 874.

[2]) Zum Beispiel bei Lamberty t. VI, p, 731. — Actes de la paix d'Utrecht t. I, p. 224 et suiv.

[3]) Anlage VIII.

„Ferner bedürfen die Verbündeten nicht bloß positiver Erklärungen, sondern auch reeller Sicherheiten, weil sie mit einem Feinde zu thun haben, dessen Chikanen und Unzuverlässigkeit zur Genüge bekannt sind. In dieser Beziehung hatten die früheren Präliminarien vorgesorgt, weil sie Frankreich die Verpflichtung auferlegten, vorher Sicherheitsplätze einzuräumen. In diesen jetzigen Vorschlägen ist weder von einer reellen Sicherheit die Rede, noch gibt es darin solide und bestimmte Erklärungen. Es sind vage Allgemeinheiten, die nichts Greifbares enthalten und über die man zehn Jahre fort unterhandeln könnte. Es fragt sich doch darum, welches das bessere Mittel sei, um dem Kriege ein schnelles Ende zu machen: ob man zuvor von Frankreich solche Bedingungen fordern soll, daß man in den allgemeinen Friedens-Conferenzen nur noch die Aufgabe hat, sie in die Form eines Vertrages zu bringen — oder ob man eine solche Versammlung einberufen soll auf Grund von sechs oder sieben verfänglichen und dunkelen Artikeln, welche den Verhandlungen freies Feld belassen und für Frankreich einen weiten Spielraum eröffnen, seine üblichen Chicanen und Intriguen wirken zu lassen."

„Drittens. Nur eine vollständige Einigkeit unter den Verbündeten während der allgemeinen Friedenshandlung, und ihre gegenseitige Bürgschaft für das Beschlossene, kann sie für die Zukunft in Sicherheit setzen. Wenn nicht, so fällt Europa der Verwirrung und früher oder später der Sclaverei anheim, namentlich wenn man Spanien und Indien einem Prinzen des Hauses Bourbon überläßt. Es wäre ein großer Irrthum meinen zu wollen, daß nach geschlossenem Frieden, und namentlich nach einem solchen Frieden, Groß-Britannien in Sicherheit sein, sich im friedlichen und blühenden Stande erhalten könne, wenn es nicht mit der Republik der Niederlande und den anderen Verbündeten in einer Einigung verbleibt, welche sie sämmtlich gegen die Uebergriffe Frankreichs sicher stellt. Ihre vereinigten Kräfte insgesammt reichen kaum aus sich derselben zu erwehren. Daraus ist zu schließen, was erfolgen würde, wenn es dieser Krone gelänge, Spaltung unter sie zu bringen, und was sie auszurichten vermöchte, wenn sie einige Jahre hindurch würde Athem schöpfen können. Daher ist nicht zu zweifeln, daß Ihre großbritannische Majestät sich vornehmen wird, in dieser ganzen Angelegenheit im Vereine und in Uebereinstimmung mit

ihren Bundesgenossen zu handeln, gemäß den von ihr gegebenen Versicherungen. Allein um jegliche Art Mistrauen zu verbannen, wäre es gut, daß nicht eine geheime Unterhandlung statt fände, welche Anlaß geben könnte zu dem Verdachte, daß Groß-Britannien auf einen Sonder-Vertrag für sich ausginge."

„Viertens. Es wäre überflüssig sich über die verderblichen Folgen zu ergehen, die von einer Belassung Spaniens und Indiens bei dem Herzoge von Anjou zu befürchten sind. Der Minister Sr. kurfürstlichen Durchlaucht kennt sie vollaus, und wird nicht ermangeln, denjenigen der Königin sie vorzuhalten. Ihre Majestät selber hat sich darüber offen ausgesprochen in der Thronrede zum Beginne der vorigen Session, indem sie den Krieg in Spanien als denjenigen empfahl, an welchem der britischen Nation besonders liegen müsse. Kurz ein Preisgeben von Spanien und Indien hieße mit leichtem Sinne alles verlieren und für Europa Ketten schmieden, und insbesondere würde man dadurch das hauptsächliche Interesse von Groß-Britannien opfern, welches durch den Südseehandel, mit dem man ihm schmeichelt, durchaus nicht dafür entschädigt würde. Denn, wenn derselbe nicht völlig auf Einbildung beruht, so ist er wenigstens zweifelhaft, und wird nur so lange dauern, wie Frankreich und Spanien ihn gestatten wollen."

„Fünftens. Es wäre gut diejenigen zu enttäuschen, welche meinen, daß die Barriere in den Niederlanden nur die Sicherheit der Republik betreffe, und ihnen klar zu machen, daß sie eben so sehr diejenige von Groß-Britannien angeht. Dieses würde sich, wenn Frankreich die Niederlande in seine Gewalt brächte, nicht weniger in Gefahr befinden als die Republik. Diese Wahrheit ist von patriotischen Engländern jederzeit anerkannt, so sehr daß der König Carl II., ungeachtet seiner Verbindungen mit jener Krone, die Wegnahme der Niederlande nicht gestatten wollte. Darum liegt die Barriere, welche jenem gefährlichen Feinde das Betreten der Niederlande verwehren soll, im gemeinsamen Interesse der Seemächte."

„Sechstens. Alle Verbündete werden gern zum Abschlusse des Friedens beitragen, wenn nur dieser ihnen Sicherheit gewährt. Denn unter ihnen ist Keiner, der nicht der Ausgaben und der Nachtheile des Krieges müde wäre, oder der ihn fortsetzen wollte, nachdem er aufgehört hat nothwendig zu sein. Ferner auch ist unter ihnen Keiner,

der nicht nach allem Vermögen gern dazu beitragen würde, für Groß-Britannien die Bedingungen und die Vortheile zu verschaffen, die es von Frankreich beanspruchen kann. Der Kurfürst insbesondere wird sich eine Pflicht daraus machen, alle seine Sorgfalt dafür aufzuwenden. Denn nach den großen Leistungen, welche Ihre britische Majestät vom Beginne ihrer ruhmvollen Regierung an für die gemeinsame Sache aufgewendet hat, ist nichts gerechter als dies. Und dieser Weg führt sicherer zum Ziele, als wenn Groß-Britannien, ohne die Mitwirkung seiner Bundesgenossen, durch eine Sonder-Unterhandlung dasselbe erreichen wollte."

„Siebentens. Se. kurfürstliche Durchlaucht bürgt dafür, daß der Kaiserhof niemals den Plan gehegt hat, den man ihm beimißt, zum Nachtheile der Interessen von Groß-Britannien mit Frankreich eine Sonder-Unterhandlung anzuspinnen. Um jedoch in dieser Beziehung jede Möglichkeit eines Verdachtes zu beseitigen, sei es in Betreff des Kaisers, sei es in Betreff der Republik, empfiehlt es sich, mit diesen zwei Mächten neue Vereinbarungen zu treffen. Man darf sicher sein, daß sie keine Schwierigkeit erheben werden, der Königin das feste und feierliche Versprechen zu geben, daß sie niemals mit dem Feinde in eine Sonder-Unterhandlung eintreten, und niemals eine Eröffnung oder einen Vorschlag von seiner Seite her annehmen werden, ohne Ihrer britischen Majestät Mittheilung zu machen, und gemeinsam mit ihr Beschlüsse und Maßregeln zu fassen. Man macht geltend, daß der Kaiserhof auf Spanien und Indien bereitwillig verzichten werde, wenn man ihm nur die Länder in Italien und die Niederlande belasse. Aber darüber wäre doch zuerst der neue Kaiser zu hören, von dem man weiß, daß ihm die spanischen Angelegenheiten sehr am Herzen liegen, und welcher doch Grund hat überrascht zu sein, daß, bei seiner Ankunft im Reiche, ohne die geringste vorgängige Mittheilung an ihn, man von Seiten der Königin die Eröffnung eines Friedens-Congresses betreibt, und daß Ihre britische Majestät von den Generalstaaten die Pässe für die französischen Bevollmächtigten verlangt, indem man als Grundlage der Verhandlung sechs oder sieben inhaltslose und verfängliche Artikel annimmt, in welchen die Interessen des Kaisers völlig übergangen werden."

„Achtens. Wie auch immer die Dinge sich gestalten, sei es daß man zur Zeit den Friedens-Congreß eröffne, sei es daß man — wie

zu hoffen — ihn auf eine spätere Zeit vertage, nämlich bis dahin daß Frankreich besser genügende Erklärungen abgegeben hat: in jedem Falle hat der Minister des Kurfürsten denen der Königin vorzustellen, daß es durchaus nothwendig ist, in den Vorbereitungen für den nächsten Feldzug nicht nachzulassen. Denn es ist gar keine Hoffnung vorhanden, gute Friedensbedingungen zu erlangen, als indem man sich in den Stand setzt, den Krieg nachdrücklich fortzusetzen und mit beträchtlicher Macht den Feldzug frühzeitig zu beginnen. Es ist nicht zu zweifeln, daß der Kaiser stärkere Anstrengungen machen werde als zuvor, und daß die Republik dasjenige leiste, wozu die Verträge sie verpflichten. Besonders aber ist es wesentlich, sich vor den Fallstricken eines Waffenstillstandes zu hüten, den, wie es sehr wahrscheinlich, Frankreich sogleich nach der Eröffnung eines Friedens-Congresses vorschlagen wird. Ein solcher Stillstand würde die Seemächte in der Nothwendigkeit belassen, dieselben Anstrengungen, dieselben Ausgaben für den Krieg zu machen, dieselben Flotten und dieselben Armeen zu unterhalten, und doch dabei ihnen die Möglichkeit benehmen, sich derselben zu bedienen, und nur ihre siegreichen Fortschritte hemmen. Es ist Grund zu hoffen, daß man durch Beharren in Einigkeit, mit Gottes Hülfe, bald Frankreich dahin zwingen wird, vernünftige Friedensbedingungen zu bewilligen. Denn es ist gewis, daß diese Macht äußerst erschöpft, und das dringende Bedürfnis derselben nach dem Frieden wird von allen Seiten bestätigt."

„Neuntens. Der Minister Sr. kurfürstlichen Durchlaucht wird nicht unterlassen, der Königin für die Sendung des Grafen Rivers zu danken, so wie für die Eröffnungen, die in Betreff des Friedens sie ihm durch den genannten Grafen gemacht, und für die Sorgfalt, welche sie im ersten Artikel der Präliminarien für die Interessen des kurfürstlichen Hauses getragen hat."

„So geschehen in der Göhrde, am 7. November 1711."

(Ort des Siegels.)

„Nachschrift. Der Minister Sr. kurfürstlichen Durchlaucht wird nicht ermangeln darauf hinzuweisen, daß die Barriere Frankreichs so gut wie durchbrochen ist, daß, nach der Wegnahme nur noch Eines festen Platzes, man sich im Herzen Frankreichs befindet, und die Bedingungen vorschreiben kann nach Belieben. Er wird auch hinzufügen

können, daß für Frankreich, nachdem es mit dem Anerbieten eines Sonder-Vertrages bei den Generalstaaten abgewiesen ist, wenn es nunmehr auch von England abgewiesen würde, nur die Nothwendigkeit bleibt, sich an die Verbündeten insgesammt zu wenden, und ihnen offen auszusprechen, was es für den Frieden thun will. Es würde sich um so leichter zu guten Bedingungen herbeilassen, da es ihm zur Zeit klar wird, daß die nordischen Wirren die von dort her gehoffte Diversion ihm nicht verschaffen."

Die Denkschrift, welche Bothmar auf Grund dieser Instruction dem britischen Ministerium eingab, ist derselben fast durchweg wörtlich entnommen. Ein besonderer Punkt jedoch ist darin weiter ausgeführt. Man wird bemerken, daß die Instruction die Aussicht des Hauses Hannover auf die englische Thronfolge nur am Schlusse leichthin streift, einer Gefahr für dieselbe oder auch des Prätendenten nicht gedenkt. In der Denkschrift dagegen, die Bothmar auf Grund seiner Instruction dann auf dem Boden von England ausarbeitete, wird dieser in der Instruction selbst nicht betonte Punkt weiter ausgeführt. Sie hebt zuerst hervor die Gefahr der Vereinigung der zwei Kronen von Frankreich und Spanien auf Ein Haupt.

„Dieser Fall, sagt sie, wird eintreten, sobald die eine der zwei Linien erlischt, sei es diejenige des Dauphins in Frankreich, sei es die Linie Anjou in Spanien. Dagegen schützt kein Vertrag und kein Verzicht, wie die Erfahrung an dem pyrenäischen Friedensvertrage, so wie an dem Theilungsvertrage dargethan hat. Und ferner ist es gewis, daß der König von Frankreich, der, ungeachtet des Ryswycker Friedens und seiner Verträge mit Wilhelm III., bei Lebzeiten desselben einen Anderen als König von England anerkannt hat, fortan, sobald er seinen Enkel auf dem Throne von Spanien befestigt sieht, auch dahin arbeiten wird, jenen von ihm ernannten König auf den Thron von Groß-Britannien zu setzen, und daß er, durch die Steigerung seiner Machtfülle vermittelst des Besitzes von Spanien und Indien, damit zum Ziele kommen wird. Es ist leicht vorher zu sehen, welcher Gefahr die Person der Königin in diesem Falle ausgesetzt sein würde, so wie was der Freiheit Groß-Britanniens bevorsteht unter einem Könige, der aufgewachsen ist in den Grundsätzen Frankreichs und im Hasse gegen die besten Engländer, die dem Gesetze gemäß ihm abgeschworen haben.

Es iſt endlich leicht zu ſehen, daß es dann um die Freiheit von ganz Europa und um die proteſtantiſche Religion geſchehen wäre, vermöge der Bande der Verpflichtung, der Verwandtſchaft und der Dankbarkeit zwiſchen den drei Königen der entgegen geſetzten Confeſſion, und einer ſolchen Macht zu Waſſer und zu Lande, unter der Leitung des Königs von Frankreich. Das ſind Conſequenzen, bei denen der Kurfürſt allzu ſehr betheiligt iſt, als daß er ſie mit Gleichgültigkeit anſehen könnte."

Die Denkſchrift war ein ſchwerer Streich auf den Friedensplan des Miniſteriums Oxford-St. John. Wiederholen wir die Sachlage. Es war ihnen gelungen, dem Kaiſer in dieſer Sache zunächſt das Wort abzuſchneiden. Es war ihnen ferner gelungen, die Generalſtaaten durch die Drohungen Straffords dahin einzuſchüchtern, daß ſie in den Friedens-Congreß willigten. Kleinere, aber dennoch bedeutende Mächte, wie der Herzog Victor Amadeus und der König Friedrich I., folgten der ihnen von dem britiſchen Miniſterium vorgehaltenen Ausſicht auf Lohn. Und nun trat ihnen ein Fürſt entgegen, deſſen eigenes directes Intereſſe ſie nicht verletzten, und der darum auch nicht ſeine Stimme erhob, als werde er geſchädigt, ſondern für die Geſammtheit aller Intereſſen der Allianz gegenüber Frankreich. Und dazu war dieſer Fürſt, der in ſolcher Weiſe der Politik des britiſchen Miniſteriums entgegen trat, der nach den Geſetzen des Landes berufene Thronfolger. Die Denkſchrift verſetzte alſo das Miniſterium in eine ſchwierige Lage.

Da das Miniſterium ſich zu dem ſtarken und eigentlichen Motive ſeiner Friedens-Politik, dem mit Frankreich heimlich abgeſchloſſenen Sonder-Vertrage und deſſen Vortheilen für England nicht offen bekennen wollte: ſo zerſchellten an dem gewichtigen Aufbau der Sätze jener Denkſchrift die Sophiſtereien St. Johns. Eine in der Sache befriedigende Antwort zu finden war nicht möglich. Den Geſandten Bothmar zu behandeln wie den kaiſerlichen, den Grafen Gallas, lag kein Anlaß vor, und dadurch wurde auch die Denkſchrift nicht beſeitigt. Den Kurfürſten in Hannover zu bedrohen, wie die Generalſtaaten im Haag, war kein Mittel vorhanden.

Das Miniſterium Oxford-St. John fand einen anderen Ausweg. Es ſpielte die Sache hinüber auf das Gebiet der engliſchen Parteiung. Vernehmen wir, um uns dieſes klar zu machen, zunächſt den Bericht des kaiſerlichen Reſidenten Hoffmann, vom 6. 17. December.

„Die Denkschrift Bothmars, am 10. eingegeben, findet sich bereits im Drucke, bei demselben Drucker, der früher die Vorschläge des Mesnager ausgegeben hat.[1]) Der erste Abdruck genügt der Nachfrage nicht. Die Regierung ist aufs äußerste darüber beleidigt, vorgebend, es sei eine unerhörte Sache, daß ein fremder Minister heute eine Denkschrift einreiche und dann, ohne eine Antwort abzuwarten, morgen sie publicire. Dies sei eine manifeste Appellation vom Hofe an das Volk, mithin eine Verletzung der Souveränetät."

„Bothmar betheuert, fährt Hoffmann fort, daß er an der Publication keinen Antheil, und nur zwei fremden Ministern Abschriften davon mitgetheilt habe. Diese zwei sind der Holländer Buys und ich. Von Buys kann nicht geglaubt werden, daß er die Denkschrift in Druck gegeben, weil er sie eben so sehr misbilligt wie die hiesigen Minister selbst. Da folglich der Verdacht auf mich fallen könnte, so habe ich, um nicht eine Schuld auf mir liegen zu haben, die ich nicht begangen, der Sache nachgeforscht, und habe dann befunden, daß man ganz andere Gedanken davon hegt. Nämlich man sieht die gedruckte englische Uebersetzung als das Original des Aufsatzes an, mißt dasselbe einem oder anderen des vorigen Whig-Ministeriums bei, und sagt, daß Bothmar es nur in das Französische übersetzt und seinen Namen darunter geschrieben habe. Demnach sei es von einem Mitgliede der Whig-Partei dem Buchdrucker zugestellt, und um so mehr damit geeilt worden, damit die Abdrücke noch vor dem Zusammentritte des Parlamentes unter das Volk ausgebreitet werden könnten. Die Denkschrift findet in der That einen solchen Beifall, daß, wenn die Verbündeten insgesammt eine nachdrückliche Vorstellung solcher Art unterzeichnet und eingegeben hätten, solche bei weitem nicht die Wirkung haben würde, als diese, welche im Namen des künftigen Thronfolgers hier eingegeben ist."

„Viele aber, fügt Hoffmann hinzu, sind auch der Meinung, daß dieser Schritt des Kurfürsten von Braunschweig-Lüneburg, im Falle der davon zu hoffende Zweck nicht erreicht wird, seinem hiesigen Interesse sehr nachtheilig sein dürfte, weil er dadurch sein Zusammengehen mit der Whig-Partei öffentlich an den Tag gegeben hat."

---

[1]) Das war der Herausgeber des Whig-Blattes Daily Courant.

Dieſe letzten Worte des in der Sache ſelber noch nicht klar blickenden Hoffmann zeigen offen die Fährte an. Bothmar hatte in ſeiner ihm am 7. November in der Göhrde übergebenen Inſtruction die Denkſchrift, bis auf den letzten Zuſatz, völlig fertig mitgebracht. Er hatte ſie dem britiſchen Miniſterium eingereicht. Er hatte eine Abſchrift dem Holländer Buys, eine andere dem Oeſterreicher Hoffmann mitgetheilt. Weder der Eine noch der Andere hatte ein Intereſſe daran, den Vertrauensbruch zu begehen, daß er die Denkſchrift öffentlich machte. Eben ſo wenig durfte man von Bothmar annehmen, daß er die Thorheit verüben würde, die Waffe ſeiner Denkſchrift durch die Veröffentlichung abzuſtumpfen. Dennoch lag die Denkſchrift nun gedruckt vor. Demnach kann die Veröffentlichung nur von dem vierten Orte ausgegangen ſein, der ſich im Beſitze der Denkſchrift befand, nämlich dem britiſchen Miniſterium ſelber.

Es könnte hier der Einwand erhoben werden, daß es doch nicht im Intereſſe des Miniſteriums lag, eine Denkſchrift zu veröffentlichen, welche die eigene Politik in ſo ſcharfer und ſchlagender Weiſe kritiſirte. Aber es kam auf die Art und Weiſe an. Nicht das franzöſiſche Original wurde gedruckt, ſondern eine engliſche Ueberſetzung, als ſei dieſe das Original, und von einem Buchdrucker herausgegeben, deſſen ſich in der Regel die Whig-Partei bediente. Das britiſche Miniſterium ging darauf aus, der Denkſchrift den Stempel des Whiggismus aufzuprägen. So vielen Beifall auch immer die Denkſchrift dann ſonſt finden mochte: ſie fand ihn nicht an der entſcheidenden Stelle, im Parlamente. Vielmehr war dieſer ſcheinbare Charakter des Whiggismus, den das britiſche Miniſterium durch die Art und Weiſe der Publication der Denkſchrift äußerlich anklebte, das geeignete Mittel, durch die im Parlamente überwiegende Tory-Strömung ſie todt zu machen.

Es iſt dabei Bedacht zu nehmen auf die Neigung der damaligen Engländer, alles was mit England in Beziehung trat, in das Joch des dortigen Parteilebens einzuſpannen, oder für alles was England berührte, einen engliſchen Urſprung zu ſuchen. Bei der Erörterung des Sendſchreibens, welches Leibniz unter dem Namen von Sir Rowland Gwynne an den Grafen Stamford erließ (Band XII, S. 25 u. f.), war im Parlamente auch nicht einmal die Frage aufgetaucht, ob etwa

der Name des Engländers Gwynne nur vorgeschoben sei. Bei dem Handschreiben des Kaisers Joseph I., im August 1710 (Band XIII, S. 471 u. f.), hatte Shrewsbury dem Grafen Gallas angedeutet, daß dasselbe seinen Ursprung in London haben könne, und diese Andeutung nicht zurückgenommen. Es lag also in der englischen Anschauungsweise jener Zeit eine gewisse Neigung, auf Behauptungen solcher Art einzugehen. Die Worte des kaiserlichen Residenten Hoffmann, der damals seit dreißig Jahren in London weilte, zeigen, daß auch er an der Wahrheit des von dem Ministerium arglistig ausgestreueten Gerüchtes damals keinen Zweifel erhob.

Demgemäß haftet auch in der englischen Geschichtschreibung die Neigung, die Publication der Denkschrift Bothmars einer Verabredung zwischen ihm und Marlborough oder auch den Whigs beizumessen.[1]) Man vergißt dabei, daß der Kurfürst von Anfang an den Grundsatz verkündet und festgehalten, sich in englische Angelegenheiten nicht einzumischen, und daß daher der Freiherr von Bothmar, wenn er anders gehandelt, sich der Verantwortung vor dem Kurfürsten ausgesetzt haben würde.

Wir werden zu ersehen haben, wie der Kurfürst einige Wochen später direct zu der Königin selber über das Verhalten seines Gesandten sich aussprach.

Inzwischen freilich war das Täuschespiel des Ministeriums Oxford-St. John bereits gelungen: die von dem Gesandten des Kurfürsten eingereichte Denkschrift galt in England als ein Werk der Whig-Partei.

Die Sendung des Prinzen Eugen.

Bei den Protesten des Kaisers von Mailand aus gegen die französischen Präliminarien hatte er noch keine Kunde von dem Affront, der am selben Tage in London seinem Vertreter, dem Grafen Gallas, widerfuhr. Die Nachricht dessen gelangte an ihn erst auf der Weiterreise in Innsbruck. Dorthin waren ihm entgegen gekommen der Prinz

[1]) Somerville, Queen Anne p. 449, n. 8. — Coxe's Marlborough t. III, p. 269. — Stanhope, Queen Anne p. 499.

Eugen, der Graf Wratislaw aus Wien, der Graf Sinzendorf aus dem Haag. Der Erſtere vertrat in nachdrücklicher Rede die Anſicht, daß man der britiſchen Regierung die Beleidigung des Kaiſers nicht ungeahndet hingehen und ſich durch ſie nicht einſchüchtern laſſen dürfe. Solchen charakterloſen Männern wie dieſen Miniſtern der Königin müſſe man unerſchrocken die Stirn zeigen. Wenn der Graf Gallas England noch nicht verlaſſen, ſo müſſe er dort bleiben; ſei er bereits abgereiſt, ſo dürfe nicht ein anderer Miniſter des Kaiſers dahin geſandt werden.[1])

Dagegen jedoch überwog die Meinung, daß der Kaiſer in London nicht unvertreten bleiben dürfe. Es fragte ſich dann um die geeignete Perſönlichkeit. In der Ungewisheit darüber vergingen mehrere Tage. Dann forderte der Kaiſer, am 27. November, den Prinzen Eugen ſelber auf, den ſchweren Auftrag auf ſich zu nehmen. Der Prinz Eugen erklärte ſich bereit.[2])

Der Gedanke, ob bei dem Kaiſer ſelbſt oder einem der Räthe entſprungen, entſprach dem im Juli wiederholt ertheilten Rathe des Grafen Gallas, eine Perſönlichkeit erſten Ranges nach England zu ſenden. Aber damals waren die Fäden nur erſt eingeſchlagen, das Gewebe noch nicht fertig, ein Zerreißen daher eher möglich.

Dies wußten freilich Carl VI. und ſeine Räthe noch nicht. Nach dem Berichte über ihre Verhandlungen in Innsbruck hatten ſie nicht bloß keine Kunde, daß neben den von Mesnager unterzeichneten Vorſchlägen, welche das britiſche Miniſterium den Bundesgenoſſen übergeben, auch ein fertiger Vertrag zwiſchen England und Frankreich exiſtire, ſondern es kam auch nicht einmal die Frage zur Sprache, ob dies ſein könne. Sie gingen daher von einer unrichtigen Baſis aus, nämlich von der Vorausſetzung, daß es noch möglich ſein werde, die britiſche Regierung wieder umzuſtimmen, ſei es durch das Gewicht der Perſönlichkeit des Prinzen Eugen, ſei es durch die Gründe des Rechtes und der Billigkeit, die er geltend machen werde, ſei es endlich durch die Erbietungen der ſtärkeren Leiſtungen, welche der Kaiſer auf ſich nehmen wolle.

---

[1]) Arneth, Prinz Eugen Bd. II, S. 189.

[2]) A. a. O., S. 191.

Andere indessen, obwohl auch nicht eingeweiht in die Kunde des englisch-französischen Sondervertrages, sahen doch von Anfang an den Auftrag des Prinzen Eugen nach London als einen vergeblichen an. Zu diesen gehörte der Rathspensionär Heinsius und die Geheim-Deputirten der Republik. Sie waren durch die Drohungen des britischen Ministeriums so sehr eingeschüchtert, daß Heinsius dem kaiserlichen Gesandten Goes gegenüber in die Worte ausbrach: die Republik befinde sich in einer Lage wie nicht seit dem Jahre 1672.[1]) Die Erwähnung dieses Jahres als des furchtbarsten Schreckbildes in der Erinnerung der Holländer läßt zugleich den letzten Grund der Furcht erkennen. Auch in der Republik waren Viele der Ansicht, daß das Ziel des britischen Ministeriums die Rückführung des Prätendenten sein werde, und mit dem Gedanken der Herstellung desselben, der dem Könige von Frankreich zu Danke verpflichtet zu sein glaubte, verband sich bei den Holländern unvermeidlich sofort auch derjenige der Erneuerung des Vertrages von Dover, von 1670, mit den Consequenzen. Darum wollten die Holländer, nachdem sie einmal in den Friedens-Congreß gewilligt, alles vermeiden, was bei dem britischen Ministerium Verdacht erregen und Anlaß zu weiteren Gehässigkeiten geben könne. Heinsius sprach dem Grafen Goes offen aus, daß das Kommen des Prinzen Eugen nach dem Haag ihm nicht angenehm sein werde. Man wußte, daß der Prinz Eugen, der am 3. December von Innsbruck aufgebrochen war, den Rhein hinab zu Wasser reise: im anderen Falle würde ihm Heinsius einen Courier mit der Abmahnung entgegen geschickt haben.[2])

In London dagegen befand sich jedenfalls eine gewichtige Persönlichkeit, welche die Herüberkunft des Prinzen Eugen lebhaft ersehnte. Es war Marlborough.

Nachdem Oxford die Versuche Marlboroughs zur Annäherung zurückgewiesen, im August, mußte es für Marlborough klar werden, daß er von dem Ministerium nichts Freundliches mehr zu erwarten habe. Jedoch wechselte er noch Briefe mit der Königin. Er bitte

---

[1]) Wagner, p. 454.

[2]) Kaiser Carl VI. an die Kaiserin Eleonora, vom 16. December, bei Arneth, Prinz Eugen Bd. II, S. 486.

Gott, schrieb er ihr am 23. October, daß ihr die große Segnung zu Theil werden möge, den Frieden zu erreichen und noch viele Jahre sich desselben zu erfreuen. Ihm werde es für seine alten Tage der höchste Trost sein, nach seinen Kräften dazu beigetragen zu haben.[1]) In Wahrheit aber war der Friede, wie er nunmehr beabsichtigt wurde, Marlborough völlig fremd. Einige Tage später meldete er dem Prinzen Eugen, daß er davon nichts wisse als was die gedruckten Zeitungen meldeten.[2])

Dagegen gelangte im Haag an ihn eine andere Kunde. Die vom Unterhause niedergesetzte Commission zur Prüfung der öffentlichen Rechnungen hatte den Armee-Lieferanten Salomon de Medina von Holland nach London kommen lassen und dort auf Eid vernommen. Die Aussagen Medinas erschienen belastend für Marlborough. Auf diese Kunde richtete er vom Haag aus, am 10. November, an die Commissäre ein Schreiben, in welchem er seine Berechtigung darzuthun suchte, Geld von Medina anzunehmen und im öffentlichen Dienste zu verwenden.[3])

Wie immer aber auch diese Dinge ausgehen würden, für Marlborough ergab sich daraus die Gewisheit, daß die Minister darauf ausgingen, ihn zu Falle zu bringen, und daß daher für ihn nichts übrig blieb, als das Zusammen-Gehen mit der Whig-Partei gegen das Ministerium. Wir haben aus den Aeußerungen Godolphins zu Gallas (S. 132) erfahren, welche Hoffnungen jene auf ihn setzten.

Nach seiner Heimkehr sprach Marlborough in seiner ersten Audienz bei der Königin nachdrücklich wider die Friedenspolitik der Minister. Diese dagegen fürchteten ihn nicht mehr, weil sie im Parlamente die Mehrheit für sich hoffen durften. „Marlborough mag sich wenden wie er will, schrieb St. John, am 21. November/2. December, an Strafford: die Neigung der Nation ist für den Frieden. Diejenigen, welche mit den Parlaments-Mitgliedern verkehren, wie diese aus der Heimat hier eintreffen, versichern mich, daß sie herkommen mit dem Entschlusse uns zu stützen, und daß nichts so populär ist als die Festigkeit und Ent-

[1]) Murray vol. V, p. 551.

[2]) A. a. O., p. 561. Vom 3. November.

[3]) Das Schreiben in Lockhart's Papers vol. I, p. 354, so wie in Commons Debates vol. IV, p. 235.

ſchiedenheit, mit welcher wir vorgehen."[1]) Indem alſo Oxford und St. John von dieſem Standpunkte aus hoffen durften, daß ihr Wunſch keinen Feldzug mehr zu haben, in Erfüllung gehen könne, fiel auch für ſie derjenige Grund hinweg, welcher für das Verbleiben Marlboroughs im Amte ſprach. „Sein Schickſal hangt ſchwer über ihm," ſchreibt St. John im ſelben Briefe.

Indem daher Marlborough bei der Lage der Dinge vorausſehen konnte, daß es ſich für ihn bald um ſeine Stellung handeln werde, mußte ihm die Ausſicht auf das Kommen des Prinzen Eugen, an welchem er unter allen Umſtänden eine moraliſche Stütze haben würde, ſehr angenehm ſein. So viel er vermochte, trug er daher bei, den Prinzen Eugen bei dieſer Abſicht zu erhalten.[2])

---

[1]) Bolingbroke's letters vol. I, p. 481.

[2]) Murray vol. V, p. 573.

Achtunddreißigstes Buch.

Das Kriegsjahr 1712 und der Friede von Utrecht 1713.

Session des großbritannischen Parlamentes 1711/12.

Vor dem Beginne des Friedens-Congresses in Utrecht.

Der Beginn der Session des Parlamentes war hinausgeschoben bis dahin, daß die Zustimmung der Generalstaaten zur Beschickung des Friedens-Congresses in Utrecht vorlag. Am 7./18. December trat das Parlament zusammen. Die Königin erschien und ließ ihre Thronrede durch den Lord-Siegelbewahrer Harcourt vorlesen.

„Ich habe Euch zusammen berufen, begann die Rede, sobald die öffentlichen Angelegenheiten es gestatteten, und bin erfreut, nunmehr Euch sagen zu können, daß ungeachtet der Künste derjenigen, welche am Kriege ihre Freude haben, Ort und Zeit für die Eröffnung der Unterhandlung eines allgemeinen Friedens angesetzt sind."

Der in diesem Beginne enthaltene Vorwurf traf eben so wohl wie die Whig-Partei daheim, diejenigen Verbündeten, welche die Friedenspolitik des Ministeriums nicht gut hießen.

Dann fuhr die Rede fort: „Unsere Verbündeten, besonders die Generalstaaten, deren Interesse ich als unzertrennlich von dem unseren betrachte, haben durch ihr bereitwilliges Zutreten ihr völliges Vertrauen in mich dargethan." — Diejenigen Mitglieder der Versammlung, welche die wirkliche Lage der Dinge kannten, vernahmen solche Worte mit stummem Staunen.[1])

[1]) Burnet, History of his own time (London edition 1857) p. 875.

„Auch habe ich, hieß es weiter, keinen Grund zu zweifeln, daß meine eigenen Unterthanen sich von meiner besonderen Sorgfalt für sie überzeugt halten."

„Mein hauptsächliches Streben ist darauf gerichtet, daß die protestantische Religion, so wie die Gesetze und Freiheiten dieser Nationen für Euch dadurch fortdauern, daß die Thronfolge, wie das Parlament sie auf das Haus Hannover festgestellt hat, gesichert bleibt."

Die weitere Rede verbreitete sich über die Aussichten des Friedens, ohne bestimmte Anhaltspunkte für die Bedingungen desselben zu geben, verlangte jedoch auch vom Unterhause die Mittel für den Fall der Fortführung des Krieges.

Nach Vollendung der Rede verließ die Königin das Haus nicht, sondern legte nur den königlichen Ornat ab, um dann in ihrer Loge am Oberhause die Debatten zu vernehmen, die sich dort an ihre Thronrede knüpfen würden. Es war zu erwarten, daß ein lebhafter Kampf bevorstand, und daher ward angenommen, daß die Königin beabsichtige, durch ihre Anwesenheit die Leidenschaften zu mäßigen.[1])

Wir Spätere haben uns hinein zu denken in die Lage der Dinge vom 7./18. December 1711. Das Ministerium hatte sich an Frankreich gebunden durch den geheimen Vertrag vom 27. September/8. October, unterzeichnet von St. John und Dartmouth einerseits, von Mesnager andererseits. Durch diesen Vertrag erkannte die britische Regierung, wenn auch nicht ausdrücklich, so doch indirect vermöge der Annahme von Gibraltar und Port Mahon aus der Hand Ludwigs XIV. im Namen seines Enkels Philipp V. — den letzteren als König von Spanien an. Das britische Ministerium verschwieg diesen Vertrag, hielt dagegen öffentlich an der Fiction, als sei für England der Besitz der Krone von Spanien eine noch offene Frage. Der wirkliche Stand der Dinge ward allgemein vermuthet. Wenn die Vermuthung sich als richtig erwies, so stand diese Thatsache im Widerspruche mit einer Reihe von Thronreden und Parlaments-Adressen der früheren Jahre, welche ausdrücklich die Rückgabe von Spanien und Westindien an das Haus Oesterreich als Friedensbedingung forderten. Spanien also bot den

[1]) Lords Debates vol. II, p. 350.

Angriffspunkt gegen die Friedenspolitik des Ministeriums Oxford-St. John.

Ueber diesen Angriff kann sich der Graf Nottingham mit der Whig-Partei geeinigt haben. Der Graf, ein eifriger Hochkirchenmann, war einer derjenigen Tories, welche im Jahre 1703 mit Marlborough den Plan des Angriffes auf Spanien zu Gunsten des Erzhauses berieten hatten. Er war zugleich einer der Tories, die in den ersten Jahren der Königin Anna unablässig die Bill gegen die gelegentliche Zubequemung der Dissenters an die Hochkirche gefördert hatten. Indem er nun mit der Whig-Partei sich einigte zum Angriffe auf die Politik dieses Ministeriums, ist es möglich und wahrscheinlich, daß er von ihnen im voraus den Verzicht auf ihren Einspruch gegen einen solchen Antrag zu Gunsten der Hochkirche verlangt hat. Denn dafür spricht der Gang der Dinge im Parlamente in den nächsten Tagen.

Sobald der übliche Antrag auf eine Dank-Adresse für die Thronrede der Königin gestellt war, erhob sich Lord Nottingham, um darzuthun, welches Unheil für ganz Europa, besonders aber für England, das Verbleiben von Spanien und Westindien bei dem Hause Bourbon nach sich ziehen würde. Er beantragte daher, daß in die Adresse als Meinung und Rath des Oberhauses eingeschaltet würde: kein Friede könne sicher oder ehrenvoll für Groß-Britannien und Europa sein, wenn derselbe Spanien und Westindien irgend einem Zweige des Hauses Bourbon beließe. Die Minister und ihre Partei, nicht Willens das Geheimnis bloß zu geben, bekämpften den Antrag weniger wegen des Inhaltes, als aus dem formellen Grunde, daß es nicht gestattet sei, der Krone einen unverlangten Rath zu geben. Marlborough dagegen legte sein ganzes Gewicht in die Wage für den Antrag. „Er trat, wie Oxford bemerkt, an die Spitze der Whigs.“ [1]) Er redete um so eifriger, weil er persönlich herausgefordert war. Ein Tory, der Graf Anglesea, bemerkte, daß man bald nach Ramillies sich der Segnungen des Friedens hätte erfreuen können, wenn es nicht im Interesse einiger Personen gelegen wäre, den Krieg in die Länge zu ziehen. Marlborough wies den Angriff zurück mit einem Appell an die in ihrer Loge anwesende Königin.[2])

[1]) Oxford an Strafford, in Bolingbroke's letters vol. II, p. 49.

[2]) Coxe's Marlborough vol. III, p. 272.

Der Kampf um den Antrag Nottinghams währte eine lange Reihe von Stunden. Unter denen, die für denſelben eintraten, befand ſich auch der Herzog von Somerſet, der in den letzten Jahren verſchiedene Wandlungen durchgemacht, und deſſen Frau damals bei der Königin mehrere von den früheren Aemtern der Herzogin von Marlborough inne hatte. Die Abſtimmung ergab endlich zu Gunſten des Antrages 62 Stimmen, gegen denſelben 54.

Der Umgebung der Königin fiel ihr Verhalten beim Weggehen auf. Auf die Frage des Oberkammerherrn Shrewsbury, wer ſie an den Wagen geleiten ſolle, ob er oder der Erbkammerherr Lindſay, antwortete ſie: „Keiner von Beiden", und nahm den Arm des Herzogs von Somerſet. Frau Maſham äußerte darüber zu dem Dr. Swift ihre Beſorgnis, daß die Königin völlig umſchlagen werde.

Im Unterhauſe ward derſelbe Antrag wie im Oberhauſe von Nottingham, von Robert Walpole geſtellt. Dort führte St. John die Sache des Miniſteriums. Als er dieſelbe Behauptung vorbrachte, die in der Thronrede ſtand, daß die Generalſtaaten mit großer Willfährigkeit auf die Sache eingegangen ſeien, rief ein Whig: er lege für eine ſolche Rede Berufung ein an das Gewiſſen St. Johns.[1]) Der Ausgang der Dinge war indeſſen hier ein anderer als im Oberhauſe. Der Antrag ward abgelehnt, mit 232 Stimmen gegen 106.

Allein darum durfte der Beſchluß des Unterhauſes doch noch nicht als eine Gutheißung der Politik der Miniſter angeſehen werden. Vielmehr hatte der Einwand durchgeſchlagen, daß es dem Reſpecte nicht entſpreche, einen in der Thronrede nicht angedeuteten Rath in die Adreſſe aufzunehmen. Die Meinung dagegen, daß Spanien und Weſtindien nicht dem Hauſe Bourbon verbleiben dürften, herrſchte auch noch im Unterhauſe vor. „Nach meiner Anſicht, ſagt ein unbetheiligter Beobachter, hat in beiden Häuſern dieſelbe Geſinnung die Oberhand, obwohl das eine ſich in Betreff Spaniens und Weſtindiens beſtimmter ausgeſprochen hat."[2])

---

[1]) Hoffmanns Bericht vom 18. December.

[2]) Der preußiſche Reſident Bonnet an Clement, bei Fiedler, Bd. II, S. 251: De sorte que je regarde qu'il y a un même esprit dans les deux chambres, quoique l'une se soit plus nettement expliquée que l'autre sur l'article de l'Espagne et des Indes.

Die Berichte Oxfords und St. Johns, vom nächsten Tage, an den Gehülfen ihres Werkes, den Botschafter Strafford im Haag, legen Zeugnis ab von einer heftigen Erregung.[1]) Die Worte Oxfords lassen erkennen, daß ihm das Votum des Oberhauses unerwartet gekommen war. Theils sei daran, meinte er, der Zufall des Entbleibens der schottischen Pairs schuld: dies indessen sei gering im Verhältnisse zu der Thätigkeit des Generals und der fremden Minister, auf die jedoch der Schlag zurückfallen werde. — Mit dem General war Marlborough gemeint, mit den fremden Ministern der Holländer Buys und der Hannoveraner Bothmar. Namentlich dem Letzteren galt der Zorn. „Ich kann nicht unterlassen, Ihnen zu sagen, meldet Oxford, daß Einige von der Faction — nämlich den Whigs — die Denkschrift Bothmars nicht so bald nur nannten, als Persönlichkeiten, die sonst für jene Thronfolge sehr eifrig sind, die schärfsten Vorwürfe gegen jene Schrift erhoben. Das sei, sagten sie, für eine freie Nation nicht zu ertragen." „In der That, fährt Oxford fort, diejenigen, welche jene Denkschrift angerathen, haben der Thronfolge (des Hauses Hannover) eine schreckliche Wunde geschlagen, und wir müssen unser Bestes thun, die Gemüther des Volkes in dieser Beziehung zu beruhigen."

Wir haben beobachtet, daß auf diesen Ministern selber der dringende Verdacht ruht, die von Regierung zu Regierung gerichtete Denkschrift durch den Druck öffentlich gemacht zu haben, mit der Absicht dadurch die Schrift als Parteisache der Whigs erscheinen zu lassen. Die Frage wird bei gegebener Gelegenheit nochmals direct herantreten.

Schärfer noch als Oxford trat in seinem Schreiben an Strafford der Staats-Secretär St. John auf. Er redete von den Cabalen der fremden Minister gegen die Königin, ohne anzugeben, worin diese Cabalen bestanden, besonders von Buys und Bothmar, und von Geldvertheilungen, bei welchen der Letztere sich bethätigt habe. Diese letzte Anklage dürfte nur der Leidenschaftlichkeit St. Johns entstammen. Denn es ist nicht abzusehen, woher und warum der Kurfürst, der für sich selber aus einem Friedensschlusse wie immer direct keinen Vortheil zu erwarten hatte, die Mittel beschaffen sollte, die erforderlich waren, um auf die Abstimmung der Lords des Oberhauses einzuwirken. —

[1]) Beide in Bolingbroke's letters vol. II. p. 48.

St. John gibt dann die Instruction: „Ew. Excellenz wollen, ohne des Geldumstandes zu gedenken, von dem Ausgange (im Oberhause) reden wie von dem Erfolge eines Tricks, der daher auf die Urheber und die Betheiligten zurückschlagen wird.“ Strafford soll sich gegen den Rathspensionär und die anderen Holländer sehr trocken und zurückhaltend benehmen, soll ihnen zu verstehen geben, daß die Königin sich gekränkt fühle, und daß sie bald hören würden, welche Wirkungen ein solches Verfahren auf ein mildes und gütiges Gemüth übe, das durch wiederholte Provocationen zum Zorne gereizt werde.

Bereits war der Prinz Eugen im Haag. In Bezug auf ihn faßt St. John seine Weisungen an Strafford zusammen in die Worte: Strafford soll, so viel ihm möglich, dem Prinzen von der Reise nach England abrathen.

Und dann steigert sich die Rede St. Johns. „Es ist hohe Zeit, schreibt er, solchem fremden Einflusse auf britische Rathschläge Einhalt zu thun. Entweder müssen wir jetzt uns frei machen oder für immer Sclaven sein.“

„Mylord, ich schreibe Ihnen ohne Rückhalt, denn die Gelegenheit erfordert dies, wie nicht minder meine Freundschaft. Es hangt alles an dem Entschlusse der Königin. Besitzt sie Kraft und Festigkeit genug, die eigene Würde zu wahren, so wird sie die Masse der Nation um sich einigen, und der Faction nichts belassen als machtlose Bosheit sich selber damit zu quälen, nicht jedoch der Königin oder ihren Dienern zu schaden. Es ist nicht auszusprechen, wie sehr die Menschen erregt sind über Bothmars Denkschrift und über sein Verhalten. Ich wiederhole: wenn die Königin sich selber treu bleibt, so wird der Erfolg der Whigs im Hause der Lords ihnen zum Verderben gereichen, und der Königin zur Rettung.“

„Ich hoffe, daß die Königin den Willen hat, und glaube es. Mit der nächsten Post werden Ew. Excellenz erfahren, wie die Dinge gegangen sind. Denn die Krisis ist da, und kann nicht mehr hinausgeschoben werden.“

Das Endurtheil über das Verhalten Bothmars, eben so wie vorher dasjenige über den Grafen Gallas, kam doch wohl nicht der Königin oder St. John, sondern den betreffenden Souveränen zu.

Aber die Worte St. Johns, daß die Krisis da sei, sind bedeutungsvoll. Persönlichkeiten wie Swift und Prior gaben bereits die Sache der Minister für verloren. Oxford jedoch ließ durch Gautier, der sich in London befand, den französischen Staats-Secretär Torcy bitten, daß dieser sich auf seine Festigkeit verlassen möge.[1])

Das Unterhaus überreichte zuerst, am 10. 21. December, seine Adresse, welche völlig der Thronrede entsprach. Die Königin antwortete: „Gerade eine solche pflichttreue Adresse habe ich von dem Eifer und der Loyalität eines solchen Hauses der Gemeinen erwartet.“[2]) Am nächsten Tage, dem 11. 22., traten die Mitglieder des Oberhauses mit ihrer Adresse vor die Königin. Sie erwiderte: „Ich nehme Ihren Dank freundlich entgegen. Es würde mir leid thun, wenn Jemand von mir glauben könnte, daß ich nicht das Aeußerste thun würde, um Spanien und Westindien dem Hause Bourbon wieder zu nehmen.“[3])

Diese Antwort der Königin steht in augenscheinlichem Widerspruche mit dem geheimen Vertrage vom 27. September 8. October. Es ist möglich, daß der Zustand der Unentschiedenheit, in welchem sie sich befand, mit dazu beitrug, sie zu einer solchen Antwort zu bewegen, die dem Wunsche der Mehrheit des Oberhauses zu entsprechen schien.

Die Unentschiedenheit jedoch ging bald vorüber. Bereits am nächsten Tage, dem 12./23. December, meldete St. John an Strafford, daß der Entschluß der Königin gefaßt sei. Es werde demnach eine völlige Wandlung eintreten zu Gunsten derjenigen, welche der Königin gehorcht und gedient haben, und zum Schaden derjenigen, welche die Macht der Krone gegen sie gebraucht, und auf welche die Mäßigung der Königin keine andere Wirkung geübt habe als sie noch unversöhnlicher zu machen. „Ich halte es für gewis, fährt er fort, daß die Veränderungen am rechten Ende beginnen werden, nämlich an den Häuptern. Eine solche Gesinnung, wenn bethätigt und festgehalten, wird die Reputation der Königin, welche eine Genossenschaft von Leuten hinab zu drücken suchte, herstellen, wird ihren Maßregeln nach außen

[1]) Stanhope, Queen Anne p. 502.
[2]) Commons Debates vol. IV, p. 229.
[3]) Lords Debates vol. II, p. 351.

den gebührenden Nachdruck geben, und endlich daheim ihre Diener in der Ausführung ihrer Befehle sicher stellen." [1])

So leidenschaftlich diese Worte, so wenig sie dem Thatbestande entsprechen: sie haben ihren geschichtlichen Werth als die principielle Auffassung einer Persönlichkeit, die in erster Linie und fortan noch mehr als zuvor auf das Werden nicht bloß der englischen, sondern der europäischen Dinge einwirkte.

Nach den weiteren Ausführungen St. Johns scheint ein hauptsächliches Mittel des moralischen Druckes, welchen er und Oxford auf die Königin geübt, um sie zum Entschlusse zu bewegen, bestanden zu haben in der Erinnerung an das Schicksal ihres Großvaters Carl I. „Ich muß Ihnen aufrichtig meine Meinung dahin aussprechen, schreibt St. John an Strafford, daß ich diese unsere Verwickelung für die wichtigste halte, in welcher jemals ein Souverän dieses Landes sich befunden seit der Zeit, wo Ihr Vorfahr von der Faction angegriffen wurde, die mit ihm begann, und ihre Tragödie auch mit dem Tode seines Fürsten nicht abschloß. Indem dieser König seinen Diener preis gab, bereitete er damit das eigene Todesurtheil vor. So hat auch unsere Herrin keinen anderen Weg sich selber zu sichern, als denjenigen der Anwendung ihrer Macht zum Schutze ihrer Diener, welche sie erlöst haben aus ihrer Sclaverei daheim, und nun darauf ausgehen sie zu befreien auch von fremdem Drucke. Ich will Sie nicht täuschen, Mylord, und würde es nicht thun, auch nicht in der verzeihlichsten, der wenigst tadelnswerthen Weise, nämlich durch das Verhehlen wirklicher Gefahren und das Erregen falscher Hoffnungen: darum mögen Sie sich darauf verlassen, daß ich Ihnen sage: nach meiner Ueberzeugung ist alles in Sicherheit und der Entschluß der Königin steht fest." [2])

„Die einzige Schwierigkeit, deren Druck auf der Königin lag, war neben einer kleinen natürlichen Langsamkeit, die Gewöhnung ihres Zusammenseins mit der Herzogin von Somerset, und die Besorgnis für eine Stelle so nahe bei ihrer Person nicht Jemanden wieder zu finden, die ihr zusagen würde."

---

[1]) Bolingbroke's letters vol. II, p. 55.

[2]) A. a. O., p. 75. Vom 15./26. December.

Der Ausgleich wurde dahin getroffen, daß die Minister, welche jenen Worten gemäß die Entlassung auch der Herzogin von Somerset verlangt hatten, sich einstweilen in das Verbleiben derselben fügten.

Aber zugleich entwarfen sie den Plan, wie St. John in Aussicht gestellt, ihre Position zu sichern, sowohl daheim wie nach außen, wenn es anders in der letzteren Beziehung dessen bedurfte.

Die Mächte, die hier in Betracht kamen, waren die Republik, der Kurfürst Georg Ludwig, der Kaiser. Oxford und St. John erhoben gegen die Gesandten der zwei ersten heftige Klagen wegen Einmischung in die englischen Angelegenheiten.

In Betreff des Holländers Buys zunächst ist aus ihren Reden nicht zu ersehen, worin er die Befugnisse des Gesandten einer verbündeten Macht überschritten haben könne. Buys legte es darauf an, das Geheimnis auszuforschen, welches in Betreff Spaniens und Westindiens obwaltete. Er verlangte, daß die Republik die Vortheile mit genieße, welche die Minister für Groß-Britannien ausbedungen. Es gelang ihm nicht. St. John dagegen schlug, nach seinen Berichten an Strafford, dem Gesandten Buys gegenüber denselben Ton an, wie Strafford im Haag, mit demselben Erfolge der Einschüchterung.[1]) Wie St. John sich die Sache dachte, ergeben seine Worte an Strafford: „Wir wollen für Holland einen guten Frieden, aber einen höchst vortheilhaften für Groß-Britannien, welches am meisten durch den Krieg gelitten hat.“[2])

Ungleich schwerer war es, dem Gesandten des Kurfürsten Georg Ludwig gegenüber eine solche Rede zu führen, weil der Kurfürst bei dem Frieden nichts für sich verlangte, sondern nur im allgemeinen Interesse der Allianz und besonders des Kaisers seine Stimme erhoben hatte. Aber stärker als gegen Buys, sprach gegen Bothmar der Schein der Einmischung wegen des Druckes der Denkschrift. Die Frage des Verhaltens von Bothmar kam, in Folge der Anklagen St. Johns, zur Erörterung, nicht in officieller Form, sondern in der Correspondenz, in welche sich die Kurfürstin Sophie mit dem Grafen Strafford eingelassen hatte. Der Letztere benutzte die Gedanken, die St. John ihm über die Identität der Whigs mit den einstigen Puritanern ausgesprochen,

---

[1]) Bolingbroke's letters vol. II, p. 28, 58, 76, 80.

[2]) A. a. O., p. 76.

um zu der Kurfürstin in ähnlicher Weise zu reden, wie St. John vor der Königin gethan.

Strafford meldete der Kurfürstin, daß nach seinen Nachrichten aus London der Freiherr von Bothmar mit den Whigs zusammen ginge. „Ich bin sehr erstaunt, antwortete sie, über Ihre Meldung, daß Bothmar sich für die Whigs erklärt haben solle. Aber, da Sie dann selber hinzufügen, daß das Gerücht falsch sein könne, so wird es mir nicht schwer fallen, Sie des letzteren zu überzeugen. Sie werden nämlich aus der Denkschrift, die er im Namen des Kurfürsten eingegeben, erfahren, daß darin von Whigs und Tories gar nicht die Rede ist. Aber weil die Königin meinem Sohne die Ehre erwies, ihn durch den Grafen Rivers um seine Ansicht von den Friedens-Präliminarien zu befragen, so hielt er es für seine Pflicht sie auszusprechen. Er würde es nicht gethan haben, wenn die Königin ihn nicht aufgefordert hätte. Gedruckt ist die Denkschrift weder auf seinen Befehl, noch auf denjenigen Bothmars. Man sagt auch, daß Ihre Majestät mit dem Inhalte nicht unzufrieden gewesen sein soll."

„Sie sprechen ferner aus, fährt die Kurfürstin fort, daß Sie keiner Partei angehören. Wenn aber diejenige Partei, welche den König, meinen Oheim, aufs Schaffot gebracht, noch existirte, wie Sie es sagen, so könnte doch ihr jetzt daran nichts zur Last fallen. Nach meiner Meinung wäre jene Partei längst erloschen; aber freilich haben wir ja in diesen letzten Zeiten gesehen, daß das Parlament that, was ihm beliebte, indem es über die Krone verfügte." [1])

Man wolle mit diesen merkwürdigen Worten der achtzigjährigen Fürstin, zu deren Gunsten das Parlament über die Krone verfügt hatte, vergleichen ihre Aeußerung über den Prätendenten drei Jahre zuvor, in Anlaß seines Versuches auf Schottland. (Band XIII, S. 43.)

Die Antwort des Grafen Strafford an die Kurfürstin erging sich abermals in der Schilderung der Gefahren eines Zusammengehens mit der Whig-Partei. Er versicherte, daß die Königin und ihre Minister völlig geneigt seien für die Sicherung der Succession in dem Hause

[1]) Macpherson's Original papers vol. II, p. 347. Die merkwürdigen Worte dort lauten: Yet we have clearly seen, in these latter times, that the Parliament have done what they pleased, in disposing of the crown.

Hannover, auch ungeachtet der unfreundlichen Behandlung, welche sie durch die Publication der gegen ihre Politik gerichteten Denkschrift erfahren. Die Kurfürstin erwiderte: „Ich will Ihnen keine Gegenrede halten über die Whigs; denn Sie kennen sie besser als ich, und die Spaltungen in England genauer als der Freiherr von Bothmar, der nicht dahin geschickt ist, um sich damit zu befassen. Vielmehr gab ihm der Kurfürst lediglich den Auftrag, der Königin seinen Respect zu vermelden, und sich an ihre Minister zu wenden, denen er die Denkschrift einreichte. Es kann sein, daß diese Minister sie haben drucken lassen; denn auf Befehl des Kurfürsten oder des Herrn von Bothmar ist sie nicht gedruckt." [1])

Es ist zu bemerken, daß im nächsten Jahre im Parlamente gegen die Minister der Vorwurf erhoben wurde: die Königin habe von der Denkschrift nicht eher eine Kunde bekommen, als bis die Herzogin von Somerset sie ihr in dem Blatte Examiner gedruckt vorgelegt habe.

Die dritte Einwirkung von außen, die für die Minister Oxford und St. John in Betracht kam, war diejenige des Kaisers. Im Namen desselben traf der Prinz Eugen in denselben Tagen im Haag ein, als die Häuser des Parlamentes der Königin ihre Adressen eingaben. Wir haben bereits die Weisung St. Johns an Strafford vernommen, daß er auf alle Weise den Prinzen Eugen entmuthigen solle. Der Rath indessen war schwer auszuführen, denn die hochfahrende Art, durch welche Strafford wiederholt die Holländer eingeschüchtert, versagte ihm gegenüber dem Prinzen Eugen. Man beobachtete an ihm eine ganz andere Haltung.[2]) Der Prinz Eugen dagegen machte aus seinem Mistrauen gegen Strafford kein Hehl. Als in einer Beredung mit den holländischen Deputirten, der Strafford beiwohnte, die Operationen des nächsten Feldzuges zur Sprache kommen sollten, gab der Prinz Eugen den ersteren deutlich zu verstehen: er habe zwar Vieles darüber zu sagen, könne dasselbe aber in Anwesenheit Straffords nicht thun, weil er nicht wissen würde, ob er vor einem Engländer oder einem Franzosen spräche.[3])

---

[1]) Macpherson's Original papers vol. II, p. 349.

[2]) Lamberty t. VI, p. 740.

[3]) Arneth, Bd. II, S. 195.

In der Hauptsache selbst äußerte sich der Prinz Eugen in concilianter Weise. Obwohl der Kaiser, sagte er, Grund habe sich zu beschweren, daß England, wider die ausdrücklichen Feststellungen der Verträge, allein mit Frankreich über den Frieden unterhandelt habe, so sei das nicht seine Absicht. Auch den Generalstaaten gegenüber wolle er nicht klagen, daß sie so weit eingegangen seien, ohne Vorwissen des Kaisers sich an einem Friedens-Congresse betheiligen zu wollen. Er beschränke sich lediglich darauf zu bitten, daß man in einer Angelegenheit von solcher Tragweite fortan nicht hastig sein wolle. Er legte dann umständlich dar, welche Mittel der Kaiser für den kommenden Feldzug aufwenden wolle.[1])

Die Kluft zwischen dem Kaiser und den Leitern der Republik war nicht so weit, daß sie nicht überbrückt werden konnte. Die Holländer hatten sich dahin einschüchtern lassen, daß sie auf die Mittheilung der französischen Präliminar-Artikel in einen Congreßort willigten und die Pässe ausstellten. Der Kaiser hatte erklärt, diese Präliminarien nimmer als die Grundlage eines Friedens gelten lassen zu wollen. Aber es lag den Leitern der Republik daran, daß der Kaiser seine Vertreter zum Congresse sende. Die Generalstaaten wandten sich daher an die Königin mit der Bitte, diese Präliminarien als nicht für bindend zu erklären. Der Prinz Eugen seinerseits fragte bei dem Kaiser an, ob eine solche Erklärung genügen würde.[2])

Der eigentliche Auftrag des Prinzen Eugen aber lautete nach England. Die Mühen Straffords gegen diese Absicht waren vergeblich. Am 11./22. December trat Hoffmann zu dem Grafen Oxford und meldete, daß, nachdem von englischer Seite wiederholt der Plan des nächsten Feldzuges in Spanien verlangt sei, der Kaiser nunmehr den Prinzen Eugen selber nach London sende, um die Maßregeln festzustellen. Oxford wich aus. Nach vielen Höflichkeiten für die Person des Prinzen wies er darauf hin, daß in der Bevölkerung eine Gährung herrsche, und deutete an, daß die Whig-Partei sich der Anwesenheit des Prinzen zu noch weiterer Aufreizung bedienen könne. Er rathe dem Prinzen von der Reise ab.[3])

---

[1]) Lamberty t. VI, p. 740.

[2]) A. a. O.

[3]) Hoffmanns Bericht vom 22. December.

Schärfer und bestimmter antwortete St. John, den Hoffmann um die Absendung einer Jacht nebst Convoi für den Prinzen zu bitten hatte. „Wenn der Prinz zu dem Zwecke kommt, erwiderte er, hier einen Feldzugsplan festzustellen, so wird seine Reise vergeblich sein. Die Königin wird darin nicht anders handeln als nach Uebereinkunft mit ihren Verbündeten. Diese Uebereinkunft aber muß jenseit des Wassers getroffen werden, wo der Mangel liegt, über den wir uns mit Recht zu beklagen haben. Unsere Vorbereitungen für den Feldzug gehen vorwärts wie gewöhnlich. Wenn der Krieg, besonders in Spanien, fortgesetzt wird, so muß er in Zukunft in der Wirklichkeit, nicht bloß in Worten, eine gemeinsame Sache sein. Bis dahin also, daß die Königin sieht, was der Kaiser und die Holländer leisten wollen, kann sie sich auf Versprechungen und Verpflichtungen nicht einlassen." — „Ich verstehe, antwortete Hoffmann, daß der Prinz der Königin nicht willkommen sein würde." — St. John wiederholte, daß die Person des Prinzen angenehm sein, die Königin sich jedoch auf die Feststellung eines Entwurfes für den Feldzug mit ihm nicht einlassen würde.[1])

Wir Spätere, denen der geheime Vertrag vom 27. September/8. October 1711 offen liegt, haben stets uns gegenwärtig zu halten, daß schon darum die Sendung des Prinzen Eugen nach England ohne alle Aussicht war. Aber auch der kaiserliche Resident Hoffmann, der um jenen geheimen Vertrag nicht wußte, dagegen nunmehr seit mehr als dreißig Jahren des Landes und der Menschen dort kundig war, meldete dem Kaiser seine Ansicht, daß alle Schritte erfolglos bleiben, die englischen Minister jegliches Erbieten als unzulänglich bezeichnen würden. „Was das Parlament, schließt er, auf welches das Meiste ankommt, nicht zu Wege bringen kann, wird durch keine andere Mittel zu erreichen sein."[2])

Der Auftrag des Kaisers für den Prinzen Eugen dagegen lautete bestimmt und entschieden. Der Letztere ließ daher durch Hoffmann an St. John zurück melden: wenn auch die Königin weder über den Feldzug noch über den Frieden in England unterhandeln lassen wolle, so entbinde ihn das nicht von seinem Auftrage, dessen hauptsächlicher

[1]) Bolingbroke's letters vol. II, p. 56. Vom 12./23. December.
[2]) Hoffmanns Bericht vom 24. December.

Zweck dahin gehe, die guten Beziehungen der Freundschaft zwischen der Königin und dem Kaiser zu erneuern. Die Königin und ihre Minister würden alle denkbare Ursache haben mit seiner Haltung zufrieden zu sein. Er ersuche daher um eine Jacht mit Convoi.[1])

Die Sache ward im Cabinetsrathe der Königin erwogen. Demgemäß erhielt Strafford im Haag den erneuten Auftrag dem Prinzen Eugen zu sagen, daß die Friedenssache in Utrecht, die Feldzugsfrage im Haag zur Berathung stehe. Wolle der Prinz Eugen eine Entschuldigung für das Verhalten des Grafen Gallas vorbringen, so bedürfe es deren nicht; denn der Unwille der Königin betreffe nur dessen Person, und jeder andere Gesandte des Kaisers werde der Königin willkommen sein. Die Freundschaft der Königin mit dem Kaiser bestehe völlig und unversehrt, und bedürfe weder einer Erneuerung noch Bestätigung. Endlich soll Strafford dem Prinzen sagen, daß in der letzten Zeit sein Name wiederholt gebraucht sei, Unordnungen zu erregen, und daß daher die Königin es weder sicher für ihn erachte, noch schicklich für sie, wenn er in einer solchen Zeit sich herüber begeben wolle. Unter anderen Umständen würde Niemand ihr willkommener sein als der Prinz Eugen. — Zugleich erging an die Capitäne der englischen Kriegsschiffe und Jachten die Weisung, Niemanden zur Ueberfahrt an Bord zu nehmen als auf Befehl der Admiralität oder des Botschafters Strafford.[2])

Der Bescheid hat nur den geschichtlichen Werth, die Gesinnung des britischen Cabinets zu zeigen. Bevor derselbe gegeben wurde, hatte der Prinz Eugen von dem Grafen Strafford den erforderlichen Befehl an den Capitän der Jacht verlangt, die den Friedensbevollmächtigten, Bischof von Bristol, nach Holland brachte. Strafford, zugleich Botschafter und Lord der Admiralität, fügte sich, am 25. December 5. Januar, und verfaßte an den Capitän der Jacht ein doppeldeutiges Schreiben, welches empfahl und doch die Verantwortlichkeit auf den Capitän abschob.[3]) Dieser nahm den Prinzen mit Gefolge an Bord. Von dem Aufbruche des Prinzen Eugen aus Innsbruck, am 3. De-

[1]) Bolingbroke's letters vol. II, p. 89. Vom 28. December/8. Januar.
[2]) A. a. O., p. 92.
[3]) Das Schreiben bei Lamberty t. VII, p. 3.

cember, bis zur Einschiffung, im Januar, waren also etwa fünf Wochen vergangen.

Inzwischen hatten in London Oxford und St. John nach dem Plane gehandelt, welchen dieser angekündigt, sobald sie der Willigkeit der Königin wieder sicher waren. Sie nahmen den Anlaß dazu von den weiteren Beschlüssen der beiden Häuser des Parlamentes. Verfolgen wir also zunächst diese.

Nachdem dem Grafen Nottingham im Bunde mit der Whig-Partei der Hauptstreich gelungen war, der Adresse des Oberhauses den Rath beizufügen, daß Spanien und Westindien dem Hause Bourbon nicht belassen werden dürfe, brachte er sofort eine andere Bill ein, die dem Wesen nach übereinstimmte mit der früher im Oberhause abgelehnten Bill gegen die gelegentliche Conformität. Den Worten nach hatte der neue Vorschlag den Zweck, die protestantische Religion zu bewahren, indem er einerseits die gesetzlich festgestellte Kirche von England besser schützte, andererseits den protestantischen Dissenters die Duldung bestätigte. In der Wirklichkeit lief die Bill darauf hinaus, daß für jegliches Amt in Civil oder Militär erforderlich sein sollte die Theilnahme an der Communion der Hochkirche. Mit dem Zwecke der besseren Sicherung derselben verband die Bill auch denjenigen der Befestigung der Thronfolge des Hauses Hannover.[1]) Da die Bill den Tories als solchen zusagte, und bei den mit Nottingham verbündeten Whigs keinen Widerspruch erfuhr, so ging sie rasch durch das Oberhaus und fand dann eben so bereitwillige Annahme im Unterhause. — Das so entstandene Gesetz, von späteren Engländern als unduldsam bezeichnet, blieb etwa sieben Jahre in Kraft.[2])

Dagegen erhob sich im Oberhause ein heftiger Kampf um eine andere Frage. Die Königin hatte den schottischen Herzog von Hamilton zum Herzog von Brandon in England ernannt. Auf Grund dieses Patentes beanspruchte der Herzog Sitz im Oberhause. Die Debatten darüber, denen die Königin in ihrer Loge beiwohnte, währten bis in

[1]) Lords Debates vol. II, p. 352.

[2]) Stanhope, Queen Anne p. 503.

die Nacht. Die endliche Abstimmung über die Frage: ob schottische Pairs, die nach geschehener Union zu Pairs von Groß-Britannien ernannt werden, in der letzteren Qualität das Recht haben im Oberhause zu sitzen — ward mit einer Mehrheit von fünf Stimmen verneint.[1])

Die Minderheit, unter denen sich auch Oxford befand, gab einen nachdrücklichen Protest ein. In der Wirklichkeit kam für den Plan Oxfords der Ausfall dieser Abstimmung sehr gelegen.

Die Mehrheit im Oberhause ging weiter vor sowohl in Betreff der Sicherung der Thronfolge des Hauses Hannover, als zur Erhaltung der großen Allianz. In der ersteren Beziehung beantragte der Herzog von Devonshire, daß die Königin dem Kurprinzen als Herzog von Cambridge den Vorrang vor allen anderen Pairs verleihen möge. In Betreff der Allianz beantragte Nottingham, daß die britischen Friedens-Bevollmächtigten den Auftrag erhalten möchten, vor der Eröffnung des Congresses sich mit den Bevollmächtigten der Verbündeten dahin zu verständigen, daß zwischen ihnen Allen eine feste Einigkeit bestünde. Denn nur so könne der Zweck des Krieges erreicht, und nur durch eine allgemeine Garantie, welche allen Verbündeten die erlangten Vortheile und für Groß-Britannien die protestantische Thronfolge verbürge, der Friede sicher und dauernd gemacht werden. — Der Antrag stand in scharfem Widerspruche mit der geheimen Politik des Ministeriums. Aber es gelang dem letzteren in den Antrag die Worte einzubringen: „Wenn die Königin nicht bereits solche Befehle gegeben." — Auf die Ueberreichung der Adresse erwiederte dann die Königin: sie habe bereits die entsprechenden Instructionen ertheilt.[2])

Das Unterhaus, nachdem es seine Adresse auf die Thronrede eingereicht, beschäftigte sich mit der Berathung und Bewilligung der Mittel für den Feldzug. Auf das Verlangen des Unterhauses erstattete der Schotte Lockhart als Mitglied der Commission, die zur Prüfung der öffentlichen Rechnungen niedergesetzt war, am 21. December, Bericht über die Beträge, welche Marlborough als Commandant in den Niederlanden von dem Brot-Lieferanten Medina bezogen, so wie über die

[1]) Lords Debates vol. II, p. 357.

[2]) A. a. O., p. 359.

$2^1/_2$ Percent Abzug von den Geldern für die im englischen Solde stehenden fremden Truppen. Lockhart berechnete die ersteren Beträge für alle die Kriegsjahre auf nahe an 700.000 Gulden holländisch oder reichlich 63.000 Pfund Sterling. Die anderen Beträge des Abzuges von $2^1/_2$ Percent für alle die Kriegsjahre kamen auf fast 180.000 Pfund Sterling. Das Schreiben vom 10. November, in welchem Marlborough behauptete, zur Annahme dieser Gelder berechtigt gewesen zu sein und sie im öffentlichen Dienste verwandt zu haben, ließ die Commission als genügend nicht gelten.[1])

Nachdem dieser Bericht verlesen war, beschloß das Unterhaus ihn in Betracht zu ziehen, vertagte sich aber dann, am 22. December a. St., auf den 14. Januar. Einstweilen also lag die von der Commission erhobene Anklage auf Marlborough.

„Er ist dadurch, meldet Hoffmann am 25. December 5. Januar, in so weit angeschwärzt, daß man ihm, der nunmehr öffentlich mit den Whigs gegen die Absichten des Hofes votirt, seine Aemter mit einiger scheinbaren Ursache abnehmen kann."[2])

Am 29. December (a. St.) stand der Bericht in den öffentlichen Blättern. Er übte sofort seine Wirkung. Als Marlborough bei Hofe erschien, ward er von Niemandem bemerkt.[3])

Am nächsten Tage begab sich die Königin in den Cabinetsrath, und ließ dort ins Protokoll eintragen: „Auf die Meldung, daß die Commission für die öffentlichen Rechnungen dem Unterhause einen Bericht gegen den Herzog von Marlborough vorgelegt hat, erachtet Ihre Majestät, damit die Angelegenheit einer unparteiischen Untersuchung unterzogen werden könne, es für zweckmäßig, ihn aller seiner Aemter zu entlassen."[4])

Die Königin gab diesen Beschluß durch ein eigenhändiges Schreiben an Marlborough kund. Nach dem Berichte der Herzogin hat er in seiner Indignation dies Papier ins Feuer geworfen: seine Antwort jedoch läßt ersehen, daß die Königin noch eine Anklage über die

---

[1]) Der Bericht ausführlich in Lockhart's Memoirs vol. I, p. 352; so wie in Commons Debates vol. IV, p. 233.

[2]) Hoffmanns Bericht vom 5. Januar.

[3]) Coxe's Marlborough vol. III, p. 279.

[4]) A. a. O., p. 280.

Behandlung, welche sie von ihm erfahren, hinzugefügt hat. Marlborough antwortete, daß diese unbestimmte Anklage ihn viel mehr bekümmere als jenes Andere. Er wies in entschiedener Weise alle Beschuldigungen zurück.[1])

Vom nächsten Tage an ward über die Aemter verfügt, die bisher Marlborough inne gehabt. Sein Regiment zu Fuße erhielt der Herzog von Ormond, der sich dem Ministerium Oxford-St. John angeschlossen, und eben derselbe drei Tage später das Commando der Armee. Das Amt des Feldzeugmeisters der Artillerie erhielt der Graf Rivers. In dieser Weise ging es in den nächsten Tagen fort.[2])

Zugleich mit der Entlassung Marlboroughs hatte Oxford einen anderen noch wuchtigeren Schlag geführt, für welchen die Abstimmung im Oberhause gegen die Pairschaft des Herzogs von Brandon den Vorwand hergab. Der Hof, hieß es, sei im Oberhause zu schwach vertreten. Dasselbe Zeitungsblatt, welches die Entlassung Marlboroughs verkündete, meldete die Ernennung von zwölf neuen Pairs von Groß-Britannien.[3]) So überraschend der Schritt, erhob doch, bei der Einführung dieser neuen Pairs, das Oberhaus keinen Einwand, und hätte auch, wie später oft dargethan ist, einen gesetzlich begründeten Einwand gegen diese weit getriebene Ausübung der Prärogative der Krone nicht erheben können. In späteren Jahren schrieb St. John über diesen Act: „Oxford, im Oberhause hart bedrängt, sah sich gezwungen, mitten in der Session, die Königin zu überreden, die Ernennung von zwölf neuen Pairs vorzunehmen. Dies war eine bis dahin beispiellose und gehässige Maßregel, die nur durch die Nothwendigkeit und durch diese kaum entschuldigt werden konnte."[4]) Aber dieser sogenannte Pairsschub diente der Politik, die Oxford und St. John gemeinsam betrieben, und es ist daher kaum anzunehmen, daß damals selbst St. John einen Einwand gegen denselben erhoben haben sollte.

Unter den neu ernannten Pairs war auch der Gemahl von Abigail Masham. Es wird berichtet, daß die Königin dies nicht gewünscht, sondern nur zögernd eingewilligt habe.[5])

---

[1]) Coxe's Marlborough vol. III, p. 280.

[2]) Lords Debates vol. II, p. 360.

[3]) A. a. O.

[4]) Bolingbroke's works vol. I, p. 13. Letter to Sir William Windham.

[5]) Stanhope, Queen Anne p. 508.

Das Oberhaus hatte sich nicht wie das Unterhaus auf weiterhin vertagt, sondern nur bis zum 2./13. Januar. An diesem Tage erfolgte die Einführung der neuen Pairs. Dann ließ die Königin den Wunsch aussprechen, daß auch das Oberhaus, wie das Unterhaus, sich bis zum 14. Januar a. St. vertagen wolle, wo sie dem Parlamente wichtige Angelegenheiten mittheilen werde. Die Meinungen waren getheilt, so daß man zur Abstimmung schreiten mußte. Bei diesem Anlasse richtete Lord Wharton von der Whig-Partei an die neuen zwölf Pairs die Anfrage, ob sie einzeln ihre Stimmen abgeben würden, oder insgesammt durch ihren Obmann.[1]) Die Abstimmung ergab eine Mehrheit von dreizehn Stimmen für die Vertagung.

„Die Ernennung der zwölf neuen Pairs und die Entlassung Marlboroughs, meldet Hoffmann dem Kaiser, setzen es außer allem Zweifel, daß das Ministerium seinen Vertrag mit Frankreich bereits geschlossen hat. — Die Stimmung hier ist derartig, daß diejenigen, welche die Herüberkunft des Prinzen Eugen am eifrigsten gewünscht haben, nun um seinetwillen lieber sähen, er käme nicht, damit er sich nicht exponire.“[2])

Die Ankündigung des Geschehenen, von St. John an Strafford, am selben Tage, klingt dagegen wie ein Siegesruf. „Ew. Excellenz ersehen daraus, daß wir unsere Stellung genommen und unsere Disposition zum Angriff im Unterhause getroffen haben. Eben dasselbe muß im Oberhause geschehen. Die Helden dort werden, gleich anderen Großprahlern, das Schwert strecken, sobald der Gegner das seinige zieht.“[3])

Der Prinz Eugen in England.

Der Kaiser Carl VI. indessen hatte, durch ein abermaliges Schreiben, vom 9. Januar, aus Frankfurt am Main, den Prinzen Eugen zur Ueberfahrt nach England gedrängt. „Je mehr und mehr es sich äußert, sagt darin der Kaiser, wie wenig Gutes, ja alles Uebele ich und mein Erzhaus von dem englischen Ministerium und Hof zu

---

[1]) Stanhope, Queen Anne p. 509

[2]) Bericht vom 12. Januar.

[3]) Bolingbroke's letters vol. II, p. 131. Vom 1./12. Januar.

erwarten haben, und daß die Sache nicht anders als durch eine herzhafte Resolution hergestellt werden kann, so will es die höchste Noth, daß E. L. ihre Reise nach England eilends fortsetzen."[1])

Die Ueberfahrt des Prinzen Eugen war nicht eine günstige. Am 11. Januar (n. St.) gelangte man endlich in Sicht von Harwich. Dort wollte indessen der Prinz Eugen nicht landen, sondern zog vor die Themse möglichst weit hinauf zu segeln. Man erfuhr nachher, daß von Harwich an bis London alle Orte mit herzu geströmten Menschen erfüllt gewesen seien, alle begierig den Helden zu sehen, dessen Ruhm seit nunmehr vierzehn Jahren die Welt erfüllte. Auch auf der Themse wiederum hatte man Gegenwind, so daß erst am 5./16. Januar Hoffmann in London die sichere Nachricht der Herauffahrt erhielt und dann dem Prinzen entgegen eilte. Er fand dort bereits den Schotten Drummond, den Oxford und St. John zur Begrüßung und Beobachtung entgegen geschickt. Es war die Absicht, am Tower-Wharf zu landen, wo man um sechs Uhr Abends anlangte; allein ungeachtet der Dunkelheit drängte sich dort eine große Menschenmenge, so daß der Prinz gebot weiter zu fahren. Man passirte die London-Brücke und weiter über Whitehall hinauf. Dort wo in unseren Tagen die Waterloo-Brücke ihre mächtigen Bogen spannt, stieg der Prinz Eugen am linken Ufer ans Land und fuhr in dem ersten besten Miethwagen nach dem Hause des Grafen Gallas.[2])

Von dort aus ließ er sofort dem Staats-Secretär St. John und dem Treasurer Oxford seine Ankunft melden. Der Bericht Drummonds über die Sorgfalt, mit welcher der Prinz Eugen jegliches Aufsehen vermieden, wirkte günstig. Noch um Mitternacht ließ St. John melden, daß er am nächsten Morgen seinen Besuch machen werde. Marlborough hatte noch am Abende sich eingefunden. Am anderen Morgen versprach St. John, sofort bei der Königin um eine Audienz anzuhalten. Diese erfolgte noch am selben Abende nach sechs Uhr. Der Höflichkeit kam der Tag zu statten, nämlich Sonntag, wo die Straßen von London menschenleer. St. John führte in seinem Wagen den Prinzen nach St. James. Dort empfing ihn die Königin, an ihrer Seite die zwei

[1]) Oesterreichisch-militärische Zeitschrift, Jahrgang 1808, S. 575.

[2]) Hoffmanns Bericht vom 19. Januar. Auch für das Folgende.

Minister Oxford und St. John. Sie war, wie der Prinz Eugen dem Kaiser meldet, ziemlich verlegen und kaltsinnig. Er überreichte das Handschreiben des Kaisers mit der Bitte es zu lesen.[1]) Es war französisch abgefaßt, und dies sicherlich nicht ohne Absicht, weil es dadurch für den Kaiser leichter war, der Königin den von ihr gewünschten Majestäts-Titel zu geben, den die in lateinischer Sprache verfaßten Schriftstücke aus der Reichskanzlei nur dem römischen Kaiser beilegten. Die Königin ließ ihren Blick leicht darüber gleiten. Schon die im ersten Satze enthaltenen Worte: V. M. aura pu connaître aussi combien que j'ai les affaires de l'Espagne à cœur — mochten ihr genügen. Sie antwortete: die Dinge, von denen der Auftrag des Prinzen rede, müßten in Holland verhandelt werden. Der Prinz erwiederte, daß dies in Betreff des Hauptzweckes seiner Sendung, der Herstellung und Befestigung des guten Einverständnisses zwischen ihr und dem Kaiser, doch wohl nicht angehe. Damit war man an den Punkt gekommen, in Betreff dessen die Königin persönlich nicht in der schroffen Weise antworten konnte, die St. John einige Tage vorher dem Grafen Strafford vorgeschrieben hatte (S. 237). Die Königin wich aus. Es thue ihr leid, sagte sie, daß ihre schwankende Gesundheit ihr nicht verstatte, sich so oft mit dem Prinzen Eugen zu unterreden, wie sie selber wünsche. Sie müsse ihn daher an diese zwei Minister verweisen, die von ihr beauftragt seien, seine Anträge entgegen zu nehmen. Damit endete die Audienz.

Jene Instruction St. Johns für Strafford zeichnet überhaupt die Linie des Verhaltens vor, welches das britische Cabinet auf die Anträge des Prinzen Eugen beobachten wollte. Wenn auch ihm persönlich gegenüber der Anstand höfliche Formen vorschrieb, so ward dadurch das Wesen der Sache nicht geändert.

Auch theilte St. John nicht bloß dem Engländer Strafford den Plan des Verhaltens gegenüber dem Prinzen Eugen mit. Bevor er mit diesem zu einem schriftlichen Austausche der Gedanken gekommen war, am 12./23. Januar, meldete er dem französischen Staats-Secretär Torcy: „Der Prinz Eugen von Savoyen ist seit einigen Tagen hier.

[1]) Abgedruckt in der Oesterreichisch-militärischen Zeitschrift, Jahrgang 1808, S. 558.

Sein Aufenthalt wird nicht lange dauern, und seine Vorstellungen werden nicht die Wirkung haben, die man sich am Hofe des Kaisers davon verheißen hat."[1]) — Die Worte entsprachen der Gesinnung, mit welcher einige Wochen früher dies Ministerium von Frankreich her die Bezeichnung der Verbündeten der Königin als les ennemis communs sich ohne Widerrede hatte gefallen lassen.

Demnach war die Sendung des Prinzen Eugen nach England von vornherein aussichtslos.

Wir vernehmen sogar den Zweifel, ob diese Sendung der Würde des Kaiserhofes entspreche. Der preußische Resident in London, Bonet, äußert sich darüber mit den Worten: Au reste, Monsieur, vous conviendrez que la cour impériale n'a ni fiel ni hauteur, puisqu'après le congé donné au comte de Gallas, elle a envoyé par deçà un ministre du poids du prince Eugène.[2])

Den Vertretern der fremden Mächte in London fiel es besonders auf, daß keiner der Minister der Königin oder Kronbeamten den Prinzen Eugen zur Bewirthung einlud.[3]) Es bot sich sogar dem Hofe die Gelegenheit, ein von dem Gemeinderathe von London dem Prinzen Eugen zu Ehren beabsichtigtes Fest zu vereiteln. Nachdem dort schon der Beschluß des Festes gefaßt war, machte ein Mitglied aufmerksam, daß es schicklich sein würde, vorher bei Hofe über die Genehmhaltung anzufragen. Darauf wurden zwei Mitglieder an den Staats-Secretär Dartmouth abgesendet. Sie brachten die Angelegenheit mündlich vor. Am nächsten Tage erhielten sie von Dartmouth die Antwort: da die Aldermänner ihr Ansuchen bloß mündlich und nicht schriftlich vorgebracht: so lasse die Königin erwiedern, daß sie denselben Respect verlange wie ihre Vorgänger, und daher auf eine mündliche Anfrage solcher Art nicht antworten werde. Damit fiel die Sache.[4])

---

[1]) Bolingbroke's letters vol. II, p. 156.

[2]) Fiedler, Bd. II, S. 266.

[3]) A. a. O., S. 171. Bericht Bonets an Clement, vom 29. Januar: Le p. E. a été journellement régalé depuis son arrivée, mais non par aucun officier de la couronne ou ministre d'état. — Damit fallen also die Anekdoten von den Complimenten im Hause Oxfords.

[4]) Das Schreiben Dartmouths bei Lamberty t. VII, p. 387.

Die Nichtbetheiligten dagegen in der englischen Aristokratie wetteiferten an Höflichkeit für den Prinzen Eugen. Diejenige der niederen Bevölkerung, oder richtiger die Neugier derselben, nachdem die Anwesenheit des Prinzen bekannt geworden war, äußerte sich nicht immer in angenehmer Weise. Nicht bloß umstanden zahlreiche Menschen das Haus, um einmal des berühmten Feldherrn ansichtig zu werden, sondern viele drängten sich ein und erfüllten die Räume, so daß sie die Bewegung beengten.

Am 14./25. Januar reichte der Prinz Eugen über den Zweck seines Kommens den Ministern eine Denkschrift ein. Der erste Punkt derselben betraf den Grafen Gallas. Der Kaiser versprach eine gründliche Untersuchung seines Verhaltens. Nachdem aber, fuhr dann die Denkschrift fort, diese Angelegenheit ein so großes Aufsehen in der Welt erregt, daß es scheinen könne, als bestehe ein Misverständnis zwischen den beiden Höfen, so sei der Kaiser erbötig einen anderen Gesandten zu schicken. Da jedoch, allem Brauche nach, ein Gesandter nur von seinem eigenen Souverän abberufen werden könne und dann in aller Form sich zu verabschieden habe: so wünsche der Kaiser zu wissen, ob die Königin, wenn sie den Grafen Gallas nicht mehr vor sich kommen lassen wollte, ihm gestatten werde, wie das häufig geschehen sei, schriftlich seinen Abschied zu nehmen.

Der zweite Punkt betraf das im Haag erörterte Expediens für den Kaiser, ungeachtet seiner Weigerung über die französischen Präliminarien zu verhandeln, dennoch den Friedens-Congreß zu beschicken.

Der dritte Punkt betraf das Erbieten des Kaisers zu stärkeren Leistungen namentlich für den Krieg in Spanien.[1])

Die Aufgabe der Antwort lag St. John ob. Er kündigte sie dem Grafen Strafford im Haag vorher an mit den Worten: „Meine ausführliche Antwort auf die drei Punkte der Denkschrift des Prinzen Eugen ist so gehalten, daß er finden wird, er hätte besser gethan Ihrem Rathe zu folgen, und daß Sie über England und unsere Königin besser Bescheid wissen als diejenigen, mit denen er zu Rathe gegangen ist.“ [2])

[1]) Die Denkschrift gedruckt bei Lamberty t. VII, p. 370 et suiv. — Dort auch die Antwort so wie die folgenden Schriften.

[2]) Bolingbroke's letters vol. II, p. 164.

Es ist dabei zu bemerken, daß die Antwort, welche der Botschafts-Secretär Watkins einige Tage zuvor von Frankfurt zurück gebracht, dem Staats-Secretär St. John schon gezeigt hatte, daß der Kaiser nicht mit vollem Nachdrucke für den Grafen Gallas eintreten werde, sondern beginne, wie St. John sich ausdrückt, filer doux.[1]) Demnach hatte im Rathe des Kaisers die Ansicht, die derjenigen des Prinzen Eugen in Innsbruck entgegen stand, völlig die Oberhand gewonnen. In dem ersten Punkte der Denkschrift lag für St. John eine gewisse Bestätigung seiner Meinung. Der darin gemachte Vorschlag, dem Grafen Gallas zu gestatten, daß er einen Abschiedsbrief an die Königin richte, war wohl das Geringste, was in völkerrechtlichen Fällen solcher Art verlangt worden ist.

Die von dem Cabinet der Königin genehmigte Antwort St. Johns auf die Denkschrift des Prinzen Eugen sagte in Betreff des ersten Punktes: „Ihre Majestät ist der Ansicht, bisher nichts vernachlässigt zu haben, was sie ihrer eigenen Ehre und der Freundschaft für den Kaiser schuldig ist. Aber nach solchen Provocationen, wie sie von Seiten des Grafen Gallas, und nach solchen Beweisen der Entrüstung, wie sie von Seiten der Königin statt gefunden haben — würde sie glauben die ersteren zu kränken und doch der anderen nicht zu entsprechen, wenn sie, unter irgend einem Vorwande, in ihre Gegenwart eine Persönlichkeit zuließe, die sie nicht mehr als Minister anzuerkennen öffentlich erklärt hat, oder wenn sie geruhete ein Schreiben von ihm anzunehmen."

Die Antwort auf den zweiten Punkt beginnt mit dem Vorwurfe, daß nur aus dem Mistrauen der Verbündeten gegen die Königin Frankreich seinen Vortheil ziehe, nicht aus ihren Maßregeln. Die sieben Präliminar-Punkte seien verbindlich nur für Frankreich.

Die Antwort auf den dritten Punkt bespricht die Erbietungen des Kaisers, mehr zu leisten. In Betreff der eigenen Leistungen sagt sie: „Die Königin wird alles thun, was von ihr abhangt, um die nöthigen Mittel zu erlangen, überall den Krieg aufrecht zu erhalten und besonders in Spanien, im Vereine mit dem Kaiser und den Generalstaaten." Die Antwort suchte dann darzuthun, daß der Mehr-

[1]) Bolingbroke's letters vol. II, p. 133.

betrag, zu welchem der Kaiser sich erbiete, in der Wirklichkeit betrage 1600 Mann. — Nach der Aufstellung des Prinzen Eugen, die er dann erneut geltend machte, betrug sie 14.000 Mann.

Mit welchen Hoffnungen immer der Prinz Eugen nach England gekommen sein mag: diese Antwort auf seine Denkschrift mußte ihm zeigen, daß das Ministerium des guten Willens ermangele. Der landeskundige Resident Hoffmann hatte ihm von Anfang an gesagt, daß er nichts ausrichten werde. „Das Ministerium, sagte Hoffmann, hat die Friedenssache so weit getrieben, daß ihm nur die Alternative bleibt, entweder damit durchzudringen, oder sich der äußersten Gefahr ausgesetzt zu sehen."[1] — Auch nach den eigenen Wahrnehmungen und Beobachtungen blieb dem Prinzen Eugen kein Zweifel darüber, daß das ausweichende Verhalten der Minister sich nur auf einen mit Frankreich bereits abgeschlossenen Vertrag gründen könne. In seinen Berichten an den Kaiser gab er wiederholt dieser Ansicht Ausdruck.

Dem Kaiser Carl VI. dagegen ward es sehr schwer, sich an den Gedanken des völligen Umschwunges der Dinge in England zu gewöhnen. Nachdem ihm Gallas in einer längeren Audienz, am 15. Februar, die Sachlage dort entwickelt, stellte er direct die Bitte, welcher die Minister bisher ausgewichen, seinen Haushalt in London nunmehr völlig auflösen zu dürfen. Der Kaiser antwortete: das hange ab von den weiter zu erwartenden Berichten des Prinzen Eugen, aus denen sich ergeben werde, ob das jetzige Ministerium sich halten könne oder fallen werde. Danach seien die Maßregeln zu treffen. Dann sprach der Kaiser dem Grafen Gallas seine volle Zufriedenheit mit dessen Eifer und geleisteten Diensten aus.[2]

Demnach war der Kaiser sogar noch der Ansicht, daß er in die Lage kommen könne, den Grafen Gallas nach London zurückzusenden.

Diese irrthümliche Auffassung der Dinge in Wien erklärt, warum der Prinz Eugen noch länger in London verblieb, und sich ferner einem sehr wenig befriedigenden Schriftenwechsel mit St. John aussetzen mußte. Die eigenen Worte des letzteren an Strafford haben

[1] Hoffmanns Bericht vom 22. Januar.

[2] Gallas an Primoli, 13. Februar. Diese Correspondenz, die fortan wiederholt angeführt werden wird, befindet sich im Gräflich Clam-Gallas'schen Archive in Prag.

gezeigt, welche Absicht er, mit Zustimmung des Cabinetsrathes der Königin, bei diesen Antworten verfolgte.

Weitere Verhandlungen des Parlamentes.

Inzwischen war die Vertagung des Parlamentes abgelaufen, und am 14./25. Januar traten die Häuser wieder zusammen. Eine Botschaft der Königin lag nicht vor. Nachdem das Unterhaus die Gültigkeit einer Wahl erörtert, erhob sich Robert Walpole und sagte, daß Fragen von höchster Wichtigkeit vorhanden seien, die den Krieg und den Frieden beträfen. Einige Mitglieder wollten ihn unterbrechen; aber er rief ihnen entgegen: es sei der Würde des Parlamentes zuwider, ein Mitglied unterbrechen zu wollen, welches für das Wohl der Nation reden wolle. Dann fuhr er fort: das Haus habe die Mittel für den Krieg bewilligt: daher habe es ein Recht darauf zu wissen, welchen Frieden man machen wolle. Man dürfe nicht jede Mittheilung darüber von einem Tage zum anderen verschieben, und dafür sich berufen wollen auf das Uebelbefinden der Königin. Allen Mitgliedern des Hauses sei bekannt, daß, obwohl die Königin wegen des traurigen Todesfalls ihres Gemahles eine ganze Session hindurch nicht ins Parlament gekommen, die öffentlichen Angelegenheiten darum doch keinen Verzug erlitten hätten. Der Umstand, daß diejenigen, welche die Leitung der Geschäfte in Händen hätten, dem Hause über ihre Unterhandlungen nichts mittheilten, lasse der Vermuthung Raum, daß diese kein Licht leiden könnten. Er sei der Meinung, daß die Krankheit weniger in den Füßen der Königin stecke als in den Köpfen der Minister.[1])

Während dieser Worte traf eine Botschaft der Königin ein. Sie ließ melden, daß ein Gichtanfall sie hindere, zu dem Parlamente zu reden, und daß sie daher eine fernere Vertagung wünsche, bis zum 17./28. Januar. Demnach scheint es, daß die Minister auf die Nachricht von der Eröffnung des Congresses in Utrecht gewartet haben.

Eine solche Nachricht traf noch nicht ein, dagegen am Morgen des 17./28. Januar eine von ganz anderer Art, eine Siegesnachricht aus Spanien. Nachdem die Truppen Philipps V. die Belagerung

[1]) Lamberty t. VII, p. 389.

des festen Platzes Cardona in Catalonien unternommen, waren sie davon zurückgeschlagen, mit dem Verluste der gesammten Artillerie. Die Nachricht rief in London eine starke Erregung hervor, nicht zu Gunsten der Minister; denn es gab sich die Besorgnis kund, daß zu einer Zeit, wo das Glück in Spanien für die Allianz wiederzukehren schien, England sich von derselben lossagen wolle. Am Nachmittage erfolgte eine Botschaft der Königin an das Parlament, und der Anschein sprach dafür, daß diese Botschaft zum Zwecke der Beruhigung durch jene Nachricht von Cardona hervorgerufen war.[1])

„Ihre Majestät, heißt es darin, kann Euch nunmehr verkünden, daß ihre Bevollmächtigten in Utrecht eingetroffen sind und begonnen haben, gemäß ihren Instructionen, die best geeigneten Wege einzuschlagen, um allen ihren Bundesgenossen eine gerechte Satisfaction zu verschaffen, entsprechend den verschiedenen Verträgen, und besonders in Bezug auf Spanien und Westindien. Ihr dürft Euch darauf verlassen, daß Ihre Majestät, vor dem Abschlusse des Friedens, die Bestimmungen desselben Euch kund geben wird. Die Welt wird nunmehr erkennen, wie grundlos die Gerüchte, die von übel gesinnten Personen im Interesse ihrer sehr bösen Absichten verbreitet worden sind, als wenn ein Sonderfriede unterhandelt worden sei, welche Behauptung jegliches Grundes entbehrt."[2]) Die Botschaft schloß mit einer Klage über die Zügellosigkeit der Presse und empfahl dagegen ein Heilmittel aufzufinden.

Diese Botschaft der Königin an das Parlament wurde vielfach betrachtet wie eine indirecte Antwort auf die Denkschrift von Bothmar und auf die Sendung des Prinzen Eugen.[3]) Man dürfte hinzusetzen, daß sie eben so sehr in Bezug auf die Rede von Robert Walpole diese Bezeichnung verdiente. Daß überhaupt die Botschaft mit Geschick abgefaßt war, bewies der sofortige Erfolg. Am Morgen waren alle

---

[1]) Primoli an Gallas, 19. Februar: Toccante il tempo vi è apparenza che la nuova di Cardona liberata con gran vantaggio su gli nemici habbia sconcertate le misure, ispirato un poco più di moderazione ed obbligato a mandare quel messaggio nel dopo pranzo.

[2]) Commons Debates vol. IV, p. 243.

[3]) Primoli an Gallas: è una risposta indiretta al memoriale del Barone di Bothmar etc.

Gemüther in Unruhe und Sorge. Sobald die Nachricht dieser Botschaft, in welcher die Königin versprach, sich von ihren Bundesgenossen nicht zu trennen und die Friedensbedingungen vorher dem Parlamente vorzulegen, in der Stadt bekannt wurde, war Jedermann beruhigt und zufrieden. Der Wechsel war geradezu staunenswerth.[1])

Dem Wortlaute nach ließ sich das in der Botschaft Gesagte alles behaupten. Aber sie sagte nicht alles. Das britische Ministerium wollte allerdings nicht einen Sonderfrieden mit Frankreich; aber es verschwieg, daß es mit Frankreich einen Sondervertrag hatte, durch welchen es, wenn auch nicht ausdrücklich, Spanien und Westindien an Philipp V. aufgab, während die Vortheile dieses Vertrages für Groß-Britannien erst dann in Geltung treten sollten, nachdem es seine Bundesgenossen in die Willigkeit zur Annahme der französischen Friedensbedingungen hinein genöthigt hatte. Die Zahl der Mitwisser des eigentlichen Planes im Parlamente war gering, und die Zahl der friedenssehnsüchtigen Landedelleute im Unterhause war sehr groß.

Das Unterhaus beschloß einstimmig eine Dank-Adresse. Von Seiten der Whig-Partei ward beantragt, daß den Worten, welche den Verbündeten je nach ihren Verträgen Genugthuung verheißen sollten, beigefügt würde: „Besonders in Bezug auf Spanien und Westindien." Die Freunde des Ministeriums redeten dagegen, und es gewann den Anschein, daß eine große Mehrheit den Zusatz verwerfen würde. Unterdessen trat St. John in das Haus ein. Jene Worte waren dieselben, die er der Botschaft der Königin eingefügt hatte, freilich in einem anderen Sinne als den die Gegner damit verbanden. Diese meinten damit die Absicht des Wiedergewinnes von Spanien auszusprechen gemäß den wiederholten Erklärungen seit dem Jahre 1703. Anders St. John. „Die Worte, schreibt er darüber an Strafford, waren mit Vorbedacht gewählt, weil sie nicht mehr aussprechen als der Vertrag der großen Allianz von 1701. Und da dies die Grundlage ist, auf welcher zu stehen wir uns bemühen müssen, so hielt ich es für besser, (im Unterhause) die Worte durchgehen zu lassen." [2])

---

[1]) Primoli an Gallas: Scrivono essere stato sorprendentissimo il cambio improviso.

[2]) Bolingbroke's letters vol. II, p. 161. Vom 18./29. Januar.

Die Dankadressen beider Häuser auf die Botschaft vom 17./28. Januar enthielten daher wie diese selbst die Worte: „Besonders in Bezug auf Spanien und Westindien." Wie mit diesen Worten jede der Parteien einen anderen Sinn verband: so gaben überhaupt weder die Botschaft, noch die Adressen einen klaren Einblick in die wirkliche Lage der Dinge. Dieser Einblick war nur bei den Ministern.

Die Adresse des Unterhauses wiederholt auch die Klage aus der Botschaft der Königin über die Zügellosigkeit der Presse. „Diese, sagt sie, gereicht der Nation zum gerechten Vorwurfe, weil ja nicht bloß falsche und ärgerliche Schriften gegen die Regierung Ew. Majestät gedruckt und veröffentlicht werden, sondern auch die abscheulichsten Blasphemien gegen Gott und die Religion." Das Unterhaus verspricht den äußersten Fleiß aufzuwenden, um dagegen ein Heilmittel aufzufinden.

Der Zusatz des Unterhauses in Betreff der blasphemischen Schriften lenkt etwas von dem Parteigetriebe wieder ab. Denn in politischer Beziehung dürfte die Streitbarkeit auf beiden Seiten nicht eine sehr verschiedene gewesen sein. Und dazu verfügten die Minister über ganz andere Mittel des Förderns und des Hinderns. Einige Monate zuvor berichtet St. John der Königin gelegentlich, daß er den Verfasser eines ärgerlichen Libells eingesetzt habe. „Er ist, fügt er hinzu, der dreizehnte, den ich gegriffen, und der Fünfzehnte, den ich ausfindig gemacht habe."[1] Ein solches Mittel stand den Gegnern nicht zu Gebote. Dagegen meldet der kaiserliche Resident Hoffmann gerade in denselben Tagen der Botschaft der Königin: „Die Menge der Libelle wider Marlborough ist endlos."[2]

Jener Ausdruck St. Johns, daß er es für besser gehalten, die Worte in Betreff Spaniens im Unterhause durchgehen zu lassen, zeigen, wie sicher sich das Ministerium dieses Unterhauses fühlte. In der That gab die Mehrheit Beweise. Die Commission zur Prüfung der Rechnungen hatte in den Lieferungs-Contracten, die der frühere Kriegs-Secretär Robert Walpole abgeschlossen, Vortheile für ihn persönlich gefunden. Auf den Bericht darüber vertheidigte sich Walpole im Unter-

[1] Bolingbroke's letters vol. I, p. 412.

[2] Hoffmanns Bericht vom 22. Januar.

hause. Nach langen heftigen Erörterungen sprach die Mehrheit des Unterhauses ihn des Vertrauensbruches und der Corruption schuldig und erkannte ihm dafür Gefängnis im Tower zu, so lange wie das Haus es für gut finden würde. Am anderen Tage beschloß das Unterhaus, jedoch mit der geringen Mehrheit von 30 Stimmen, die Ausstoßung Robert Walpoles.[1])

Ein späterer englischer Historiker hat hervorgehoben, wie wenig diese Anklage der Mehrheit des Unterhauses damals und später Robert Walpole an seiner Ehre geschadet hat. Damals selbst empfing er im Tower die Besuche höchst angesehener Männer, und später stieg er zu den höchsten Staatsämtern empor.[2])

Nachdem die Mehrheit des Unterhauses über Walpole ein solches Urtheil gefällt, war vorauszusehen, daß Aehnliches auch über Marlborough kommen würde. Das Unterhaus zog den Bericht der Commission für das Rechnungswesen in Betracht. Nach der Vorlesung desselben entwickelte sich ein heftiger Kampf, über acht Stunden lang. Denn für Marlborough traten nicht bloß Whigs ein, sondern auch Tories. Am nachdrücklichsten redete von den letzteren der Kriegszahlmeister Brydges. Daß Marlborough sowohl jene Beträge von den Proviant-Lieferanten, als den Abzug der $2^1/_2$ Percent von dem Solde für die Hülfstruppen angenommen, war eine Thatsache, die nicht in Zweifel gezogen wurde: es handelte sich nur um die Frage, ob Marlborough dies Geld habe annehmen dürfen. Brydges hob besonders hervor, daß der zweckmäßigen Verwendung dieses Geldes zur Erlangung von Kundschaftern die englische Nation es verdanke, daß ihre Armee niemals überfallen worden sei. Brydges wagte die Behauptung, daß das Verfahren gegen Marlborough der britischen Nation zur Schande gereiche. — Einer der Officiere, Sir John Germain, der noch unter dem Fürsten Waldeck in Belgien gedient, sagte aus, daß dieser von den Lieferanten dieselben Vortheile empfangen habe. Die Mehrheit jedoch blieb gegen Marlborough. Sie entschied mit 270 gegen 165 Stimmen, daß die jährliche Annahme verschiedener Summen Geldes von Seiten der Brotlieferanten durch den Herzog von Marlborough

[1]) Commons Debates vol. IV, p. 245.

[2]) Stanhope, Queen Anne p. 515.

illegal und unverantwortlich sei. — Dann ward ein Antrag auf Vertagung gestellt und verworfen. Es kam also die andere Frage zur Abstimmung, ob die 2½ Percent Abzug von den Subsidien öffentliches Geld seien, für die eine Rechnung abgelegt werden müsse. Eine große Mehrheit bejahte. Sie beschloß zugleich, daß das Unterhaus in seiner Gesammtheit der Königin die Resolution kund thun solle. Man vergaß dabei, daß sich bei den Acten ein Rescript befand, ausgestellt von dem Staats-Secretär Hedges im Namen der Königin, am 6. Juli 1702, welches Marlborough ermächtigte, jene 2½ Percent zu nehmen, und davon die außerordentlichen Auslagen zu bestreiten, für die auf andere Weise nicht vorgesorgt werden könne. — Die Königin, nachdem sie von dem Sprecher des Unterhauses den Beschluß vernommen, antwortete: „Ich schätze jegliche Vorstellung von Seiten meiner Commons sehr hoch, und werde das Meinige thun, um Euerer Beschwerde Abhülfe zu schaffen.“[1])

Diese Worte der Königin schienen ein weiteres Verfahren gegen Marlborough in Aussicht zu stellen. Die Freunde Marlboroughs verneinten die Möglichkeit. „Sie sind der Ansicht, meldet Hoffmann, daß man ihm im Rechtswege nicht beikommen kann, daß vielmehr das ganze Verfahren gegen ihn nur den Zweck hat, ihn vor der Nation anzuschwärzen und seine Absetzung zu beschönigen.“[2])

Diese Ansicht wird mittelbar bestätigt durch St. John selber. Er schrieb an Strafford: „Dieser Vorgang im Unterhause wird hoffentlich aller Welt, draußen wie daheim, darthun, daß kein Verdienst, keine hohe Lebensstellung, kein Reichthum denjenigen entschuldigen oder sicher stellen kann, der sich in Widerspruch mit der Königin setzt. Die ganze Debatte war darauf angelegt, augenscheinlich darzuthun, welcher Ursache der Herzog seinen Fall beizumessen hat.“[3])

Auch in der Umgebung der Königin ward mehr und mehr gelichtet. Der Herzog von St. Albans, ein natürlicher Sohn Carls II., hatte mit den Whigs votirt. Er würde seines Hofamtes entlassen. Dem Herzog von Somerset, der bei der ersten Adresse für den Wieder-

[1]) Commons Debates vol. IV, p. 251. — Hoffmanns Bericht vom 5. Februar.

[2]) Hoffmanns Bericht vom 5. Februar.

[3]) Bolingbroke's letters vol. II, p. 167.

gewinn von Spanien und Westindien geredet und gestimmt, wurde das Oberstallmeister-Amt genommen. Einstweilen blieb noch die Herzogin. „Aber, schreibt St. John in jenem selben Briefe, obwohl die Königin sich noch nicht erklärt hat, sehe ich doch die Herzogin bereits als entlassen an. Wir kommen, wie ich glaube, endlich doch auf festen Boden. Sie werden mir zustimmen, daß es dafür hohe Zeit war."[1])

Einige Wochen zuvor hatte St. John das Festhalten der Königin an der Herzogin von Somerset als eine hauptsächliche Schwierigkeit bezeichnet. Jene seine Worte deuten an, daß, auch wenn die Herzogin nicht wirklich entlassen wurde, die Dinge doch dahin gebracht waren, daß jegliche Einrede der Herzogin bei der Königin gegen die Politik des Ministeriums Oxford-St. John verstummte.

Daß die Königin, nach dem kurzen Schwanken in der Zeit des Beginnes des Parlamentes, von da an in alle Schritte dieses Ministeriums willigte, scheint zu einem bedeutenden Theile ihrer Furcht beigemessen werden zu müssen. Die Luft war erfüllt von Gerüchten über Plane der Gewalt gegen die Freiheit oder gar das Leben der Königin. In diesen Gerüchten wurden als die Urheber solcher Plane genannt der Prinz Eugen, Marlborough, der hannöversche Gesandte Bothmar. Der französische Staats-Secretär Torcy hat in seinen Denkwürdigkeiten, die 1757 erschienen sind, viel über schauerliche Plane solcher Art geredet, allerdings mit dem Zusatze: si l'on en croyait des gens peut-être mal informés.[2])

Aber dann bringt er doch vor: der Prinz Eugen habe den Vorschlag gemacht, zu einer Zeit, wo ein befreundeter Officier die Wache des Palastes St. James commandire, die Stadt London an verschiedenen Stellen in Brand zu stecken. Bei der dann entstehenden Verwirrung möge Marlborough einige Bewaffnete um sich sammeln, sich zuerst des Towers und dann der Person der Königin bemächtigen u. s. w., u. s. w.[3])

Für diese Fabeleien hat Torcy einen bestimmten Ursprung nicht angegeben. Allein darauf kommt es an. Torcy hat seine Nachrichten

---

[1]) Bolingbroke letters vol. II, p. 162. Vom 18./29. Januar.

[2]) Mémoires de Torcy t. III, p. 165.

[3]) Coxe bespricht die Sache ausführlich in seinem Werke Marlborough vol. III, p. 291.

aus England gehabt; denn auch Jonathan Swift, dessen Feder sich Oxford häufig bediente, erzählt in seiner Geschichte der letzten vier Jahre der Königin Anna ähnliche haarsträubende Dinge. Aus der reichen Sammlung von Actenstücken, die im Jahre 1775 Macpherson bekannt machte, ergibt sich, daß ein gewisser Plunket nach St. Germain hin berichtete, die Entdeckungen jener Gewaltpläne des Prinzen Eugen dem Grafen Oxford zugebracht zu haben.[1])

Die Persönlichkeit dieses Plunket allein genügt, die Qualität der Nachrichten zu beleuchten. Wie er selber hier sagt, daß er dem Grafen Oxford Nachrichten zubringe, so stand er andererseits im Solde des Grafen Gallas. Dieser gibt, von Wien aus, am 16. März, dem Secretär Primoli den Auftrag: „Sie dürfen dem Plunket das zweite Quartal auszahlen, und ihn für diese Zeit fortfahren lassen.“[2]) Gallas wiederholt die Sache im nächsten Schreiben, vom 23. März.

Dieser Plunket war also ein Doppel- oder gar ein dreifacher Spion; denn er diente den Grafen Oxford und Gallas, so wie St. Germain.

In der Sammlung der Briefe St. Johns, des nachherigen Lords Bolingbroke, 1798 gedruckt, erscheinen zwei angebliche Briefe des Prinzen Eugen, die im Cabinetsrathe der Königin verlesen wurden. Der eine derselben redet von Vorschlägen des Prinzen Eugen zu Gewaltthaten, unter der Zustimmung von Bothmar, und dann von Marlborough und Godolphin, mit dem Zusatze, daß die Vernichtung einiger unwürdiger Subjecte, wie sie zur Zeit das Ruder der Regierung führen, nicht in Vergleich komme mit dem Wohle der gemeinsamen Sache.[3])

---

[1]) Macpherson's Original papers vol. II, p. 310.

[2]) Al P—t si potrebbe rimettere l'altro quartale, e farlo continuare per questo tempo. — Der hier nur angedeutete Name findet sich in der Correspondenz gelegentlich auch vollständig. Vergleiche über Plunkets Beziehung zu Gallas auch Macpherson's Original papers vol. II, p. 282. Coxe, in seinem Werke über Marlborough, vol. III, p. 289, nennt Plunket a miscreant Jesuit spy, und ebenso Lord Stanhope in dem Werke Queen Anne p. 510, vielleicht nur nach dem Vorgange von Coxe. Woher dieser weiß, daß Plunket ein Jesuit gewesen sei, ist bei ihm nicht zu ersehen. Die Correspondenz des Plunket gibt für diese Benennung keinen Anhalt.

[3]) Bolingbroke's letters vol. II, p. 146. Der Herausgeber behauptet die Originale zu besitzen. Aber es ist nicht abzusehen, auf welche Weise Original-Briefe des Prinzen Eugen an den Grafen Sinzendorf in den Besitz St. Johns kommen konnten.

Demnach wurden Gerüchte solcher Art in den höchsten Kreisen vernommen und, wie es scheint, in ernsthafter Weise besprochen. Aber es bleibt dann das Räthsel, warum, wenn das Ministerium Zeugnisse zur Ueberführung in Händen hatte, es nicht gegen den Prinzen Eugen und gegen Bothmar vorging wie früher gegen den Grafen Gallas, und gegen Marlborough verfuhr nach den englischen Gesetzen. Dies geschah nicht. Am 6./17. Februar war der Geburtstag der Königin. „Sie hat, meldet der kaiserliche Resident Hoffmann, den Prinzen von Savoyen in ihr Cabinet rufen lassen, wie sie immer zu thun pflegt, wenn er zu Hofe kommt, und ihm eigenhändig einen mit Diamanten besetzten Degen verehrt.“ [1])

Dagegen traf das Ministerium nach einer anderen Seite hin die jenen Gerüchten entsprechenden Maßregeln. Die Wache im Palaste St. James wurde verdoppelt, und mehrere Thore desselben verschlossen gehalten. In der Nähe von St. James wurden verschiedene Cavallerie-Posten aufgestellt, und Anderes der Art.[2])

Bei solchen Anstalten mußte sich die Königin von Gefahren umringt meinen. Die Consequenz war, daß sie um so williger noch der Führung des einen Mannes folgte, der ihr nach ihrer Meinung ihre Freiheit wieder gegeben und bisher sie über alle Schwierigkeiten hinweg gehoben hatte, des Grafen Oxford.

In einer anderen Richtung jedoch hatte dieser sich bisher verrechnet, nämlich in Bezug auf den Kurfürsten Georg Ludwig. Bei dem Ministerwechsel selbst, im Herbste 1710, hatte er gehofft, durch die Sendung des Grafen Rivers die Zustimmung des Kurfürsten zu erlangen. Es war ihm nicht gelungen. Er hatte dann versucht, im Herbste 1711, durch die abermalige Sendung des Grafen Rivers den Beifall des Kurfürsten zu der britischen Friedenspolitik zu gewinnen. Dieser Versuch war so sehr fehlgeschlagen, daß vielmehr der Kurfürst jene Politik entschieden misbilligte, und daß die Minister die Denkschrift, die der Gesandte Bothmar im Namen des Kurfürsten einreichte, nur dadurch wirkungslos machen konnten, daß sie dieselbe veröffent-

[1]) Hoffmanns Bericht vom 19. Februar.

[2]) Mémoires de Torcy t. III, p. 169.

lichten, um sie den Whigs zuzuschieben und dadurch den Parteieifer ihrer Anhänger gegen dieselbe anzufachen.

Wir haben von Oxford das Wort vernommen, daß diese Denkschrift der Angelegenheit der Succession des Hauses Hannover eine furchtbare Wunde geschlagen habe. (S. 228.) Der Jacobit Lockhart geht so weit zu sagen, daß Oxford damals im Parlamente die Mehrheit gegen diese Succession habe gewinnen können.[1])

Stellung des britischen Ministeriums zum Hause Hannover.

Oxford dagegen beschloß abermals in Hannover einen Versuch zu machen.

Bei der Besorgnis, die so vielfach sich regte, daß das letzte Ziel der Minister Oxford und St. John die Rückführung des Prätendenten sein würde, ging die Whig-Partei darauf aus, immer neue Bollwerke für die Sicherung der Thronfolge des Hauses Hannover zu errichten. Wir haben vernommen, daß unmittelbar vor der ersten Vertagung des Oberhauses der Herzog von Devonshire dort den Antrag stellte: die Königin möge dem Kurprinzen in Hannover als Herzog von Cambridge den Vorrang vor allen Pairs von Groß-Britannien zuerkennen. Der Antrag war ein Schritt in derjenigen Richtung, welche die Whig-Partei, seit ihrer Niederlage vom Herbste 1710, bei jeder Gelegenheit einzuschlagen suchte, nämlich auf die Einladung des Kurprinzen. Der Graf Oxford jedoch, anstatt einen Einspruch zu erheben, legte, beim Wiederzusammentritte des Parlamentes, im Oberhause eine fertige Bill vor, welche der Prinzessin Sophie, verwitweten Kurfürstin, dem Kurfürsten ihrem Sohne und dem Kurprinzen Herzog von Cambridge, nach der Königin den ersten Rang in Groß-Britannien zuerkannte. Diese Bill wurde am selben Tage zweimal im Oberhause verlesen, das dritte Mal am nächsten Morgen. Dann wurde sie von zwei vornehmen Mitgliedern des Oberhauses an das Unterhaus gebracht, und dort dreimal nach einander, ohne Unterbrechung, ver-

[1]) Lockhart papers vol. I, p. 374.

leſen. Denn man war allſeitig einverſtanden, daß die Bill durchgehen ſolle ohne Widerſpruch.[1])

Die Bill alſo wie ſie beſchloſſen wurde, umfaßte das geſammte damalige kurfürſtliche Haus in Hannover. Es dürfte nicht überflüſſig ſein, bei dieſem Anlaſſe die Verſchiedenheit des Namens klar zu ſtellen. In dem officiellen Stile des alten Reiches exiſtirte nicht der Name eines Fürſtenhauſes Hannover. Sämmtliche Linien des welfiſchen Hauſes als Nachkommen des Herzogs Otto Puer, der bei der Ausſöhnung mit dem Kaiſer Friedrich II., auf dem Hoftage zu Mainz 1235, ſeine Allode aufgetragen und als Reichslehen wieder empfangen, führten den herzoglichen Titel von Braunſchweig-Lüneburg. Erſt nach 1636, wo das Haupt der jüngeren Linie, der Herzog Georg, ſich die Stadt Hannover zur Reſidenz erſehen, kam für dieſe Linie oft die Bezeichnung des Fürſtenhauſes Hannover auf, nur freilich nicht in der amtlichen Sprache des Reiches. Die Erhebung zur Kurwürde 1692 galt dem Hauſe Braunſchweig-Lüneburg der jüngeren Linie, die in Hannover ihren Sitz hatte. Die engliſche Succeſſions-Acte von 1701 berief, für den Fall des kinderloſen Abſterbens der damaligen Prinzeſſin Anna, die Prinzeſſin Sophie und ihre Leibeserben. In dieſer erſten Acte ward der Name des Fürſtenhauſes nicht genannt. Wie jedoch auch in Deutſchland das Fürſtenhaus häufig kurzweg nach der Reſidenz benannt wurde, ſo überwog in England durchaus die Benennung Hannover, ſo daß die ſpäteren Parlaments-Acten das Fürſtenhaus, welches ſich ſelber Braunſchweig-Lüneburg nannte und in der amtlichen Sprache des Reiches nur dieſen Namen führen konnte, mit dem Namen des Hauſes Hannover bezeichnen. Dieſe Benennung gewann dann im Laufe des achtzehnten Jahrhunderts völlig das Uebergewicht über die urſprüngliche und reichsrechtliche.

Kehren wir zurück zu dem Plane Oxfords. Er hatte durch ſeine Bill der Königin den Dienſt erwieſen, dem unangenehmen Plane der Whigs auf die Einladung des Kurprinzen die Spitze abzubrechen. Aber ſeine Gedanken dabei gingen weiter. Wie die Parlaments-Acte der Succeſſion, von 1701, wie die ferneren Acten der Naturaliſation und der Regentſchaft, von 1705, ſo ſollte auch dieſe Acte durch einen

[1]) Lords Debates vol. II, p. 363. — Commons Debates vol. IV, p. 247.

eigenen Gesandten nach Hannover überbracht werden. Oxford erwählte dazu seinen Verwandten Thomas Harley. Die Instruction für denselben in Bezug auf den Kurfürsten ist von besonderer Wichtigkeit. Sie lautet wie folgt.[1]

„Nachdem Sie die Briefe der Königin überreicht und die bei solchen Anlässen üblichen Höflichkeiten vollzogen, nehmen Sie die erste Gelegenheit wahr, um mit dem Kurfürsten allein zu reden. Sie haben zu beginnen von dem Punkte aus, wo der Graf Rivers aufgehört hat. Sagen Sie also dem Kurfürsten, daß, obwohl Ihre Majestät durch das Verhalten seines Ministers hier sich provocirt fühlt, ihre Zuneigung für den Kurfürsten und ihre Sorgfalt für die Interessen seiner Familie dennoch bei ihr so sehr überwiegt, daß sie, anstatt die geringste Aeußerung eines Verdrusses laut werden zu lassen, vorgezogen hat, Sie an ihn zu senden, ausgerüstet mit der völligen Kunde ihrer Absichten, um ihm, unter den gegenwärtigen Verhältnissen, das wirkliche Interesse von Groß-Britannien offen zu legen. Geben Sie dem Kurfürsten einen wahren Bericht dessen, was hier vorgegangen ist. Legen Sie ihm die Schwäche derjenigen dar, mit denen sein Minister zu Rathe geht, und unter deren Leitung er handelt. Zeigen Sie ihm, wie viel schwächer noch diese Faction werden muß, wenn erst der Friede abgeschlossen ist, und wenn die natürliche Kraft der Nation, entlastet von der Bürde des Krieges, sich frei entwickeln kann. Ueberzeugen Sie ihn, daß sein Interesse in Betreff der Succession demjenigen einer Partei zum Opfer gebracht wird. Erinnern Sie ihn, daß er bisher nach beiden Seiten hin sich freundlich erwiesen, daß dagegen die jetzigen Maßregeln dahin zielen, ihn zu dem Haupte der einen Partei zu machen im Gegensatze zu der anderen. Stellen Sie ihm den Unterschied zwischen seinem jetzigen und seinem früheren Verhalten vor Augen."

„Wenn diese Vorstellungen den gebührenden Eingang finden, so suchen Sie weiter dem Kurfürsten klar zu machen, daß die Rolle, welche der Freiherr von Bothmar hier gespielt hat, es für ihn unmöglich macht, einen Antheil an dem Vertrauen der Königin zu haben, oder hier in Freundschaft mit Anderen zu leben als mit der Einen Gesellschaft von Leuten."

[1]) Bolingbroke's letters vol. II, p. 182.

Die Instruction spricht also wesentlich dieselben Gedanken aus, welche einige Wochen zuvor der Graf Strafford bei der Kurfürstin Sophie vorgebracht hatte, und mit welchen er dort abgewiesen war. Das Vertrauen in Hannover und namentlich bei der Kurfürstin in die Aufrichtigkeit dessen, was von der Königin Anna kam, war nie sehr fest gewesen, und ward damals durch den Gang der Dinge in England mehr und mehr erschüttert. Sie spricht sich darüber vertraulich aus zu einer ihrer Nichten, der Raugräfin Louise in Frankfurt: „Madame — nämlich die Herzogin von Orleans, Halbschwester der Raugräfin — hat neulich den englischen Hof in St. Germain besucht und alle königlichen Personen lustig und gesund gefunden. Sie haben auch in langer Zeit kein besseres Spiel gehabt. Wenn die Krone von Groß-Britannien zu kaufen ist, wie es scheint, kann Frankreich sie besser bezahlen als wir, die wir es nicht machen werden wie König August.“ [1])

Ueber die Nachricht, daß Harley als Gesandter kommen solle, äußert sich die Kurfürstin nach derselben Seite: „Es wird ein Gesandter von England kommen mit Schriftstücken, die ich mit Gold — durch die damals den Gesandten gegenüber üblichen Geschenke — bezahlen muß, wie vor diesem geschehen. Was es bedeuten soll, weiß ich nicht; denn ich habe schon ein großes Patent vom Könige Wilhelm, damals von Lord Macclesfield überbracht.“ [2]) Einige Tage später schreibt sie: „Vom Hofe in England aus darf man des Volkes wegen nicht anders reden als daß man die Succession auf uns verlangt. Wenn aber Frankreich die Oberhand hat, so wird wohl nichts davon werden. Was mich betrifft, so werde ich es ja doch nicht erleben. Ich bin mit meinem Stande wohl zufrieden, und danke Gott, der mich bisher gesund leben läßt.“

Thomas Harley kam indessen damals nicht in die Lage, jener Instruction gemäß in Hannover zu reden. Sein Auftrag lautete zuerst nach dem Haag und nach Utrecht, dann nach Hannover. Inzwischen jedoch traf eine Kundgebung des Kurfürsten in London ein. Beobachten wir zuerst die Stellung Bothmars zu den Ministern dort.

---

[1]) Gräflich Degenfeld-Schonburgisches Archiv in Eybach. Vom 4. Februar.

[2]) Eben dort, vom 12. Februar.

Diese konnte nach dem Vorgefallenen nicht eine freundliche sein. Die Minister hielten wie an einem unzweifelhaften Factum fest, daß Bothmar im Vereine mit den Whigs seine Denkschrift veröffentlicht habe, während Bothmar bei dem Kurfürsten die britischen Minister anklagte, daß sie durch die von ihnen her bewirkte Veröffentlichung bezweckten, die Denkschrift zu einer Kundgebung des englischen Parteigetriebes hinabzudrücken. Als es kund wurde, daß Harley als Gesandter nach Hannover gehen solle, fragte Bothmar bei St. John um den Auftrag desselben an. St. John verweigerte die Auskunft.[1])

Im Februar trat dazu ein neuer Anlaß der Reibung in Betreff des Barriere-Vertrages von 1709. Dieser Vertrag, durch welchen die damals herrschende Whig-Partei der Republik das Besatzungsrecht in einer Reihe von belgischen Städten zugestanden, um die Garantie der Republik für die Thronfolge des Hauses Hannover zu erlangen, war in den Augen des Ministeriums Oxford-St. John allzu vortheilhaft für die Republik, und nachtheilig für den Handel von England nach Belgien hin ausgefallen. Die Regierung legte ihn, zu Ende Januar, dem Unterhause vor, um ihre Forderungen der Aenderung an die Republik durch das Votum des Unterhauses zu stützen. Bothmar faßte die Sache anders auf. Er richtete an St. John ein Schreiben, in welchem er die Bitte ausspricht, St. John wolle die Sache im Unterhause so leiten, daß die in dem Vertrage festgestellte Garantie der Republik für die Succession keinen Schaden erleide.[2]) Die Bitte verhüllt offenbar nur schwach die Besorgnis, daß die Vorlage an das Unterhaus im Interesse des Prätendenten geschehe. St. John brachte die Sache an die Königin, und antwortete im Namen derselben: die Prüfung alles dessen, was dem Interesse der Nation nachtheilig werden könne, sei ein unanfechtbares Privileg des Unterhauses. „Darum, fährt er fort, werden Sie mir gestatten Ihnen auszusprechen, daß Sie sich nicht leichthin in eine so delicate Angelegenheit mischen dürfen, zumal wo Sie darüber keine bestimmten und besonderen Befehle von dem Kurfürsten haben können." — „Ich muß hinzufügen, sagt weiter

[1]) Hoffmanns Bericht vom 22. Januar.

[2]) Das Schreiben in Bolingbroke's letters vol. I, p. 171. Dort auch die Antwort.

St. John, daß in dem guten Willen der Königin, ihres Parlamentes und des Volkes die beste Garantie für die Sicherheit der protestantischen Thronfolge besteht. Und nach allen Beweisen, welche sowohl die Königin als die beiden Häuser des Parlamentes von ihrer aufrichtigen Gesinnung für das Recht des durchlauchtigsten Hauses gegeben haben, erscheint es ein wenig auffallend, daß die Prüfung des Barriere-Vertrages, der einen wichtigen Zweig unseres Handels so nahe angeht, ein Mistrauen erwecken sollte."

War in dieser Sache der Vortheil der Position auf Seiten St. Johns, so erhielt einige Tage darauf Bothmar eine Verstärkung der seinigen. Der Kurfürst antwortete, am 20. Januar, auf die Aufforderung der Königin, vom 21. November/1. December, den Friedens-Congreß in Utrecht zu beschicken. Das Schreiben lautet wie folgt.[1])

„Durchlauchtigste und mächtigste Königin u. s. w."

„Das Schreiben, mit welchem Ew. königliche Majestät unter dem Datum des 21. November verflossenen Jahres uns beehrt haben, ist uns richtig überliefert. Wir haben daraus ersehen, welchen Anlaß der allerchristlichste König Ew. königlichen Majestät dargeboten hat, einen mit Frankreich abzuschließenden Frieden in Erwägung zu nehmen und zu Beredungen darüber uns mit den anderen Verbündeten einzuladen."

„Ew. königlichen Majestät sagen wir für die Mittheilung, die Sie über eine so gewichtige Sache uns zu machen geruht haben, unseren gebührenden Dank. Und, wie wir in die hochherzige Erklärung Ew. königlichen Majestät, daß Sie nichts vor Augen haben als daß der Krieg durch einen soliden Frieden beendet werde, bei welchem jeder der Verbündeten eine vernünftige Satisfaction erlangen könne, ein besonderes Vertrauen setzen: so sind wir auch der Ueberzeugung, es werde Ew. königlichen Majestät nicht misfallen, wenn wir, in dem Streben die Obliegenheit eines guten Bundesgenossen in aller Beziehung zu erfüllen, vor Ew. königlichen Majestät uns aufrichtig und freimüthig darüber aussprechen, welche Mittel und Vorsichtsmaßregeln uns nothwendig erscheinen, das von Ew. königlichen Majestät vorgesteckte löbliche und ersehnte Ziel zu erreichen."

---

[1]) Abgedruckt bei Lamberty t. VII, p. 393.

„Da jedoch durch brieflichen Verkehr dies nicht ohne große Ausführlichkeit und darum minder bequem geschehen könnte: so haben wir es dem Verhältnisse unserer Verpflichtungen für Ew. königliche Majestät besser entsprechend zu sein erachtet, unserem an Ihrem Hofe weilenden Staatsrathe und außerordentlichen Gesandten, dem Freiherrn von Bothmar, zu schreiben, was er über eine Angelegenheit von solchem Gewichte vor Ew. Majestät und Ihren Ministern vorzubringen habe. Damit dies geschehen könne, ersuchen wir Ew. königliche Majestät angelegentlichst, dasjenige was der Freiherr von Bothmar in unserem Namen vorbringen wird, gnädig anzuhören und demselben vollen Glauben beizumessen."

„Unterdessen werden wir nicht ermangeln, zu den angeregten Friedensberedungen unsere Bevollmächtigten abzusenden, sobald die geheiligte kaiserliche Majestät beschlossen haben wird daran Theil zu nehmen. Denn von dem Kaiser als dem Haupte des Reiches dürfen wir, wie Ew. königliche Majestät gern uns zugestehen werden, in einer so wichtigen Angelegenheit uns nicht trennen."

„Im Uebrigen empfehlen wir Ew. königliche Majestät von ganzer Seele dem göttlichen Schutze."

„Gegeben zu Hannover, am 20. Januar 1712. Georg Ludwig, Kurfürst."

Der Schwerpunkt dieses Schreibens liegt in den hier durch den Druck, nicht im Originale, hervorgehobenen Worten: „in dem Streben die Obliegenheit eines guten Bundesgenossen in aller Beziehung zu erfüllen", so wie daneben in der erneuten Beglaubigung Bothmars. Der Kurfürst berührt nicht die Frage eines Zusammen-Gehens von Bothmar mit der Whig-Partei: eine solche Frage war für ihn gar nicht da.

Bothmar erhielt nicht eine Audienz zur Ueberreichung des Schreibens. Er sandte es daher ein, mit einem Begleitschreiben seinerseits.[1]) „Die Vorstellungen, sagt er darin, mit denen, laut dieser Antwort, Se. kurfürstliche Durchlaucht mich beauftragt haben in Betreff der Mittel und der Vorsichtsmaßregeln, um zu dem ruhmwürdigen Ziele zu gelangen, welches Ew. Majestät sich gesteckt haben, für Sie

[1]) Lamberty t. VII, p. 394.

ſelber und für alle Ihre Verbündeten einen ſicheren, dauernden und vortheilhaften Frieden zu erwirken — dieſe Vorſtellungen ſind dieſelben, welche ich, auf Befehl des Kurfürſten, vor den Miniſtern Ew. Majeſtät gemacht habe, ſowohl mündlich als durch eine Denkſchrift, eingereicht am 28. November/9. December. Ew. Majeſtät wollen mir zu Gnaden halten, daß ich darauf mich beziehe." Dann jedoch fuhr Bothmar in dem Sinne der Denkſchrift fort: „Die große Einſicht Ew. Majeſtät, Ihr Wohlwollen für die Intereſſen Ihrer Verbündeten, Ihr Eifer für das Wohl von Geſammt-Europa, ſind die Gründe der Ueberzeugung für den Kurfürſten, daß Ew. Majeſtät bei dieſer Unterhandlung Nutzen ziehen werden von den großen Vortheilen, mit denen Gott während dieſes ganzen Krieges Ihre Waffen geſegnet hat, um einen Frieden zu erwirken, bei welchem alle Ihre Verbündete ihre Genugthuung in ſolcher Art finden, daß die Einigkeit den Friedensſchluß noch lange überdauern, und ihn erhalten und verbürgen wird. Dies wird die ruhmvolle Regierung Ew. Majeſtät durch die Freiheit und durch das Gedeihen in Folge eines ſolchen Friedens der Nachwelt eben ſo theuer machen, wie ſie heute über das Erdenrund ſtrahlt durch den Glanz der Siege."

Der Eindruck, den dieſe zwei Schreiben auf die Miniſter der Königin machten, ergibt ſich aus einer Meldung darüber von St. John an Strafford. „Sie verwundern ſich, ſchreibt er, mit Recht über Bothmars Thorheit. Aber es thut mir leid Ihnen zu ſagen, daß ſein Herr von denſelben Meinungen ſehr ſtark angehaucht ſcheint. Erſt vor zwei Tagen hat die Königin von ihm als Antwort auf ihr Circular vom 21. November, ein Schreiben erhalten, in welchem er eine Art von Sanction ausſpricht für alle Impertinenz, die ſein Geſandter hier begangen hat und ferner bereit iſt zu begehen." [1])

Wenn aber in dieſer ganzen Angelegenheit von einer Impertinenz die Rede ſein konnte, ſo war es diejenige der Veröffentlichung einer Denkſchrift, die von der einen verbündeten Regierung an die andere gerichtet war. Und dieſer Impertinenz hatte ſich, nach dem nicht direct ausgeſprochenen, aber aus dem Ganzen wohl erkennbarem Urtheile des Kurfürſten, nicht ſein Geſandter Bothmar ſchuldig gemacht.

---

[1]) Bolingbroke's letters vol. II, p. 180. Vom 19. Februar/1. März.

Es war zuerst die Absicht des Grafen Oxford, seinen Verwandten Harley sogleich nach dem Beschlusse des Parlamentes über jene Acte nach Hannover zu senden. Das Handschreiben der Königin an den Kurfürsten, welches er überbringen sollte, war sogar datirt vom 8. Januar a. St., also noch bevor nur das Parlament jene Acte des Vorranges beschlossen hatte. Harleys Aufbruch jedoch verzögerte sich, weil das Ministerium seiner Mitwirkung zur Führung des Unterhauses nicht entbehren konnte.[1]) Und dann traf jenes Handschreiben des Kurfürsten an die Königin ein, welches mit der Instruction Harleys in scharfem Widerspruche stand und daher ihr die Möglichkeit der Ausführung benahm. Er wurde dann zwar nach dem Haag und nach Utrecht geschickt, gelangte aber erst im Laufe des Sommers nach Hannover.

Weitere Verhandlungen des Parlamentes.

Die Mehrheit des Unterhauses arbeitete unterdessen in dem von dem Ministerium gewünschten Sinne, die auswärtige Politik desselben durch seine Beschlüsse zu stützen. Am 4./15. Februar wurden elf Resolutionen gefaßt, des Inhaltes, daß nur England seine vertragsmäßige Pflicht für die große Allianz erfüllt, nicht die anderen Mächte. In Betreff des Kaisers sagte die zweite dieser Resolutionen: „Für die Führung des Krieges in Spanien, um diese Monarchie dem Hause Oesterreich wieder zu gewinnen, haben weder die Kaiser Leopold und Joseph, noch der gegenwärtige Kaiser, jemals bis zum letzt abgelaufenen Jahre, auf eigene Kosten Truppen gestellt, und auch dann nur Ein Regiment Infanterie, bestehend aus 2000 Mann."[2])

Der Beschluß zeigt, daß diesem Unterhause von 1712 der Beginn des Krieges in Spanien völlig unbekannt war. Der Resident Hoffmann meldete darüber heim: „Man hat von Seiten des Hofes dem Unterhause nicht mitgetheilt, daß man allhier damals für gut befunden, freiwillig Se. kaiserliche Majestät von einem Beitrage für den Krieg in Spanien und Portugal zu eximiren."[3])

---

[1]) Bolingbroke's letters vol. II, p. 179.

[2]) Commons Debates vol. IV, p. 253.

[3]) Hoffmanns Bericht vom 19. Februar.

Einige Wochen später wiederholte das Unterhaus diese Beschlüsse in der Form einer Adresse an die Königin bestimmter und genauer, und darum wird sich dann der besser geeignete Anlaß bieten, näher darauf einzugehen, sowohl in Betreff des Kaisers wie der Republik.

Dann zog das Unterhaus den Vertrag mit der Republik, vom October 1709, über die Barriere derselben gegen Frankreich und über die Garantie der Thronfolge in Groß-Britannien, zur Untersuchung. Die Mehrheit kam zu dem Ergebnisse, daß, unter dem Vorwande jener Zwecke, in den Vertrag verschiedene Artikel eingesetzt seien, verderblich für den Handel und das Interesse von Groß-Britannien, und deshalb sehr zur Unehre der Königin. Es liege vor Augen, daß der Lord Townshend für verschiedene Artikel in dem besagten Vertrage nicht die Befehle oder die Ermächtigung gehabt habe. Die Resolution schloß mit den Worten: „Lord Townshend, welcher diesen Vertrag unterhandelte und abschloß, und alle diejenigen, welche anriethen denselben zu ratificiren, sind Feinde der Königin und des Königreiches.“ [1])

Bei solchen Leistungen der Mehrheit des Unterhauses schreibt St. John an Strafford: „Es lag uns daran dahin zu kommen, daß das Unterhaus für das Interesse der Königin und die Maßregeln zum Frieden völlig sicher wäre. Ich glaube nunmehr sagen zu dürfen, daß dies durchaus erreicht ist. Wenn daher die Franzosen einen in sich vernünftigen Entwurf vorlegen, dessen Annahme Ihre Majestät, nach einem erfolgreichen Kriege, mit Ehren rechtfertigen kann: so ist kein Hindernis mehr.“ [2])

Von diesem Ziele war man freilich noch weit entfernt. Es ist dem Ministerium Oxford-St. John in der damaligen Zeit öfter ausgesprochen, daß sie einen näheren Weg hätten haben können, wenn sie, gegen die Cession von Spanien und Westindien an Philipp V., von Ludwig XIV. für England und für dessen Verbündete Carte Blanche verlangt hätten.[3]) Dann hätte England die Entscheidung in Händen gehabt. Nun aber stand dieselbe, wie jene Worte St. Johns darthun, bei Frankreich.

Und dies führt uns zu dem Friedens-Congresse in Utrecht.

---

[1]) Commons Debates vol. IV, p. 256.

[2]) Bolingbroke's letters vol. II, p. 179. Vom 16./27. Februar.

[3]) Hoffmanns Bericht vom 18. October.

Beginn des Friedens-Congresses in Utrecht.

Als Friedensbotschafter von britischer Seite waren ernannt der Lord Geheimsiegelbewahrer Robinson, anglicanischer Bischof von Bristol, und der Graf Strafford. Der Erstere stand voran im Range, der Letztere im Vertrauen der Minister. Die Instruction dieser Gesandten sagte nichts von dem geheimen Vertrage, vom 27. September 8. October, mit Mesnager, stand vielmehr mit demselben im Widerspruch. Denn sie sagte: „Wird es für zweckmäßig erachtet, mit der Verfügung über die spanische Monarchie zu beginnen: so haben Sie darauf zu bestehen, daß die Sicherheit und die vernünftige Satisfaction, welche die Verbündeten erwarten, und welche der König von Frankreich versprochen hat, nicht bestehen kann, wenn Spanien und Westindien irgend einer Linie des Hauses Bourbon überwiesen werden. Und im Falle der Feind — also hier die Franzosen — einwenden würde, wie es die kaiserlichen Minister gethan haben, daß der zweite Artikel der von Mesnager gezeichneten Präliminarien das Verbleiben des Herzogs von Anjou auf dem Throne von Spanien voraus setze: so haben Sie dagegen geltend zu machen, daß diese Artikel bindend sind für Frankreich, nicht jedoch für uns und unsere Bundesgenossen.“[1])

Demgemäß führte Strafford im Haag die Rede, daß England sich aufs äußerste bemühen werde, Spanien und Westindien wieder zu gewinnen. Man hielt ihm entgegen, daß Frankreich das Gegentheil wolle und daß man also nicht zum Frieden gelangen werde. Aber Strafford erwiederte dann, daß England des Friedens bedürfe. Die daraus zu ziehende Folgerung lag nahe.[2]) — Es war ja allerdings leichter in London Worte niederzuschreiben, die mit den Thatsachen unvereinbar waren, als es im Haag sein konnte, gegenüber dem Kreuzfeuer der Fragen solche unaufrichtigen Worte dennoch aufrecht halten zu wollen.

Die britischen Botschafter trafen zuerst in Utrecht ein, dann die Franzosen. Es waren ihrer drei: der Marschall Uxelles, der Abbé Polignac und Mesnager. Die ersteren zwei kennen wir als die früheren

---

[1]) Bolingbroke's letters vol. II, p. 96.

[2]) Lamberty t. VII, p. 5.

Bevollmächtigten von Geertruidenberg, den letzteren als denjenigen, der die Basis zu dieser neuen Verhandlung gelegt hatte. Namentlich jene zwei mochten mit anderen Gefühlen in Utrecht einziehen als zwei Jahre zuvor in Geertruidenberg. Als die Engländer, wie es der Brauch verlangte, den später angekommenen Franzosen den ersten Besuch machten, empfing Uxelles den Bischof von Bristol mit den Worten: Je vous donne la main, et je vous donne la —. Man meinte, daß er das Wort paix mit Absicht verschluckt habe. Als einer der Holländer bei dem ersten Besuche seine Freude aussprach, daß man nun zu Friedenshandlungen komme, warf Mesnager ihm entgegen: „Also die Holländer wollen auch den Frieden?" Jener entgegnete: „Gewis wollen wir den Frieden, aber so, wie er dem rühmlich geführten Kriege entspricht." [1]) Der Wille war gut; aber, bei der Abhängigkeit der britischen Minister von Frankreich, waren nicht mehr die Holländer die Herren der Situation, sondern die Franzosen, und darum erblicken wir bei diesen wieder den vollen Uebermuth der früheren Zeiten unter Ludwig XIV.

Der Monat Januar verfloß fast völlig mit den Vorbereitungen, den gegenseitigen Besuchen und Anderem der Art. Die Conferenzen sollten auf dem Stadthause statt finden, in welches die französischen Gesandten und diejenigen der Verbündeten durch verschiedene Eingänge gelangten. Der Magistrat meinte für alles trefflich vorgesorgt zu haben. Es war nicht der Fall. Die Franzosen bemerkten, daß, während die Verbündeten durch das Hauptportal ein- und ausgehen würden, ihnen eine Nebenthür angewiesen sei. Sie verlangten die Herstellung ihres Einganges zu gleicher Höhe. Sie fanden ferner, daß in dem Conferenz-Saale der Ort des Kamines oder das Vorhandensein eines großen Spiegels gegenüber die Meinung des Vorranges eines der Plätze erregen könne. Sie bemerkten, daß das für sie bestimmte Berathungszimmer minder reich tapezirt sei als dasjenige für die Verbündeten. — Für alles dies beeilte sich der Magistrat von Utrecht schleunige Abhülfe zu schaffen. [2])

Dazu kamen andere unvorhergesehene Schwierigkeiten. Bei den europäischen Friedensschlüssen jener Zeit war es herkömmlich, daß eine

---

[1]) Lamberty t. VII, p. 7. — Die Berichte Primolis an Gallas, vom Januar.

[2]) Schreiben Primolis vom 2. Februar.

neutrale Macht als Vermittlerin eintrat. Von der christlichen Weltanschauung aus gebührte von Rechts wegen dies Amt der Vermittelung zunächst dem päpstlichen Stuhle, und Clemens XI. hatte, wie wir gesehen haben (Band IX, S. 353 u. f.), in den ersten Jahren seines Papates dieses sein Amt geltend zu machen gestrebt. Die Versuche von 1706 an waren gemacht ohne jegliche fremde Vermittelung. Bei diesem letzten hatte man sich von englischer Seite die Sache im voraus so ausgedacht, daß, nachdem England mit Frankreich einig, die Königin die Vermittlerin sein würde. St. John hatte diesen Gedanken als unzweifelhaft wiederholt an Strafford kund gegeben.[1]) Da man jedoch durch das offene Aussprechen eines solchen Gedankens das heimliche Spiel, daß England mit Frankreich im Principe bereits einig sei, bloß gegeben haben würde: so suchte Strafford auf mittelbarem Wege das Ziel zu erreichen. Eine hauptsächliche Aufgabe eines Vermittlers war die Führung eines bindenden Protokolles. Als in den Vorberathungen zu Utrecht die Frage aufgeworfen wurde, wem dies anzuvertrauen, schlug Strafford, in einer Versammlung bei dem savoyischen Gesandten Del Borgo, am 23. Januar, den britischen Botschafts-Secretär Watkins vor. Er fand dafür keine Zustimmung.[2])

Es ist sehr wohl möglich, daß die Tragweite dieser Ablehnung den anderen Gesandten nicht einmal sofort völlig klar war. Und doch war damit einer der hauptsächlichen Gedanken der Friedenspolitik des Ministeriums Oxford-St. John von Anfang an durchkreuzt.

Ungeachtet solcher Hindernisse ging bei den britischen und den französischen Gesandten unausgesetzt die Rede, daß im April alles beendet sein und man heimkehren werde. Andere sahen diese Rede an als ein Druckmittel auf die Kaiserlichen, sich nach Utrecht zu begeben, damit man nicht abschließe, ohne auf sie zu hören. In der Wirklichkeit jedoch gab Torcy von Versailles aus nach St. James die Besorgnis kund, daß bei dem Mangel an Willigkeit der Kaiserlichen sich an dem Congresse zu betheiligen, derselbe ohne Ergebnis zergehen werde. Indem St. John dies dem Grafen Strafford in Utrecht mittheilte, wies er ihn an, sich über das einzuschlagende Verfahren mit den Franzosen dort unter der

[1]) Bolingbroke's letters vol. I, p. 443, 455; vol. II, p. 31.

[2]) Lamberty t. VII, p. 11. — Primolis Bericht vom 2. Februar.

Hand zu verständigen, mit dem Unterschiede jedoch, daß von den drei Gesandten nur Polignac das volle Vertrauen Torcys besitze.[1])

Die erste Conferenz ward angesetzt auf den 29. Januar. Der Bischof von Bristol that dabei sich besonders hervor. Ueber die bischöfliche Kleidung der Hochkirche von England hatte er einen weiten violetten, mit Gold verbrämten Sammtmantel angelegt. Den gewünschten Eindruck der Feierlichkeit schien er indessen dadurch nicht zu erreichen.[2]) Er richtete an die französischen Bevollmächtigten eine Anrede zur Betheuerung der eigenen aufrichtigen Friedensneigung, und zum Ausdrucke der Hoffnung auf die entsprechende Gesinnung bei jenen. Uxelles antwortete in gleicher Weise. Dann schlug er vor, daß entweder die Präliminarien von Mesnager zu Grunde gelegt würden, oder daß die Verbündeten ihre Forderungen darlegen möchten. Strafford erwiederte, daß die Präliminarien nur für Frankreich verbindlich seien. Polignac erkannte dies an, und damit fiel der erstere Punkt der Alternative. Dann aber erhob sich über den zweiten eine ausführliche Discussion, ob es zweckmäßiger sei, daß Frankreich Erbietungen machte, oder die Verbündeten Forderungen erhöben. Namentlich Polignac redete darüber in wohl ausstudirter Weise. Er endete mit dem Vorschlage, daß die Franzosen bereit sein würden, ihre Erbietungen genauer zu bestimmen, wenn nur dann auch die Verbündeten sich über diese Erbietungen im Einzelnen aussprechen würden. Damit endete die erste Conferenz.[3])

Auf den Bericht derselben beschlossen die Häupter der Republik im Haag, auf diesen Vorschlag einzugehen.

Jene Reden und Gegenreden der Franzosen und Engländer in Utrecht, obwohl man auf kaiserlicher Seite sie als vorher verabredet ansah, hoben doch auch dort den hauptsächlichen Einwand gegen die Beschickung des Friedens-Congresses hinweg. Dazu kamen die dringenden Mahnungen der Holländer durch Buys und Goslinga. Der Graf Sinzendorf im Haag beschloß, sich nach Utrecht zu begeben. In der Aussicht auf die Kränkungen, die ihm als dem Vertreter des Kaisers dort bevorstanden, trat er, wie der mit ihm vertraute General Bonneval

[1]) Bolingbroke's letters vol. II, p. 167.

[2]) Lamberty t. VII, p. 12.

[3]) Primolis Berichte vom 2., 4. und 23. Februar.

sich äußert, die Reise an, als ginge sie zum Galgen. Vorher jedoch kamen Sinzendorf und der portugiesische Gesandte Graf Tarouca, der sich nunmehr auch entschloß nach Utrecht zu gehen, überein, jeglichem weiteren Schritte von britischer Seite zu dem Amte eines Vermittlers entgegen zu treten. Der erste Schritt sei geschehen durch die Ansetzung eines Friedens-Congresses, der zweite durch die Bestimmung des Ortes und der Zeit. Der dritte sei nunmehr versucht durch den Vorschlag der Uebernahme der Protokoll-Führung. Das sei um so weniger zu gestatten, da man sich auf die unparteiliche Führung des Protokolles nicht werde verlassen dürfen.[1])

Gemäß dem Vorschlage Polignacs hatten demnach die französischen Bevollmächtigten ihre Erbietungen für den Frieden einzugeben. Sie zauderten damit einige Tage, weil sie ein Document abwarteten, auf welches sie darin Bezug nehmen wollten. Dies Document, datirt zu Madrid am 2. Januar, war eine Verzichts-Urkunde Philipps V. auf die spanischen Niederlande zu Gunsten des Kurfürsten Max Emanuel von Bayern, allerdings mit schweren Bedingungen, unter ihnen derjenigen der Ausscheidung eines souveränen Fürstenthums mit Einkünften zum Betrage von 30.000 Thalern zu Gunsten der Prinzessin Orsini.[2])

Nachdem dies Document bekannt geworden, versammelten sich, am 11. Februar, die Friedensgesandten, unter denen sich nunmehr auch die kaiserlichen, Sinzendorf und Consbruch, befanden, in dem großen Conferenz-Saale zu Utrecht, um die Vorschläge der französischen Bevollmächtigten entgegen zu nehmen. Sie ließen sich sämmtlich um einen großen runden Tisch nieder, und, nach einigen Formalitäten, zog Uxelles ein Schriftstück hervor. Der ihm zunächst sitzende Holländer Buys nahm es in Empfang. Dann erhob er sich, ohne es zu lesen, und schritt auf das Sonderzimmer der Verbündeten zu. Die Anderen folgten ihm, und eben so begaben sich die Franzosen ihrerseits in das ihnen angewiesene Zimmer.

Das von Uxelles unterzeichnete Schriftstück ward dann verlesen. Der Inhalt desselben war von den Präliminarien vom Mai 1709

[1]) Primolis Bericht vom 9. Februar. — Lamberty t. VII, p. 13.

[2]) Die Urkunde bei Lamberty t. VII, p. 14.

sehr verschieden. Damals bat Ludwig XIV. um den Frieden, wie die Verbündeten ihn gewähren würden: jetzt schrieb er die Bedingungen vor, wie er sie wollte.

Er stellte die Anerkennung der Königin von Groß-Britannien und der Thronfolge dort in Aussicht bei der Unterzeichnung des Friedens. Er versprach Dünkirchen zu zerstören gegen ein Aequivalent zu seiner Befriedigung. Als ein solches bestimmte er die Städte Lille und Tournay mit ihrem Zubehör. Er bewilligte eine Barriere in den Niederlanden für die Republik, verlangte aber auch eine solche für Frankreich. Die Frage, welchem der Bewerber Spanien und Westindien gehören solle, ward nicht berührt, sondern statt dessen gesagt, daß der König von Spanien verzichte auf Mailand, Neapel, Sardinien. Niemals jedoch solle eine und dieselbe Person zugleich König von Frankreich und von Spanien sein. Die Grenze gegen das Reich solle bleiben wie bisher. Dagegen sollen die Kurfürsten von Köln und Bayern wieder eingesetzt werden. Der König einerseits, der Herzog Victor Amadeus andererseits sollen einander das Genommene zurückgeben. Eine Reihe von Vorschlägen betrifft den Besitz in Nordamerika zu Gunsten von England, so wie den Handel nach Spanien und Westindien. Für die Republik wird der günstige Tarif von 1664 in Aussicht gestellt, jedoch mit Einschränkungen.

Mit Staunen und Unwillen vernahmen die Gesandten der Verbündeten diese Vorschläge. Namentlich der Vorlesende selber, Buys, konnte seine Ueberraschung nicht bergen. Denn er hatte nach seiner Rückkehr aus England sich oft dahin geäußert, daß Frankreich dennoch annehmbare Vorschläge machen werde. Sinzendorf unterließ nicht, ihm in höflicher Weise zu bemerken, daß er nach den Aussichten, die Buys gemacht, auf solche Vorschläge nicht gefaßt gewesen sei.

Wie immer auch St. James und Versailles vorher sich verständigt haben mochten: diese französischen Vorschläge gingen in mehr als einem Punkte auch über die Instructionen der britischen Gesandten hinaus. Diese machten z. B. ihnen zur Pflicht, die Rückgabe von Straßburg und Breisach an das Reich zu verlangen.

Am nächsten Tage traten die Gesandten der Verbündeten zusammen zu berathen, ob die Antwort eine gemeinsame sein oder ob jeder Verbündete einzeln seine Gegenforderung erheben solle. Man

einigte sich über einen gemeinsamen Tag der Ueberreichung, den 5. März.

Nicht wenige gaben sich der Meinung hin, daß der allgemeine Unwille gegen die französischen Vorschläge der Sache der Allianz zum großen Vortheile gereichen werde. Allein die wesentliche Frage war, ob man im Haag und in London den Muth und die Kraft besitzen werde die Vorschläge zu verwerfen.

Der Unwille allerdings war in der Republik sehr lebhaft. In der wichtigen Stadt Amsterdam war unter den vier Bürgermeistern nicht Einer für den Frieden unter diesen Bedingungen.[1]) Die Rüstungen gingen fort. Geld war vorhanden, weil der letzte Feldzug weniger kostspielig gewesen war als die früheren. Dazu brachten die Lotterien viel ein. Die Stimmung im Lande entsprach derjenigen von Amsterdam. Lieber wolle man den Türken zum Nachbar, hieß es, als den Kurfürsten von Bayern. Andere machten geltend, daß ein solches Auftreten Frankreichs undenkbar sein würde, wenn nicht Frankreich mit England völlig einig, wenn nicht bereits ein Vertrag existire, welcher Frankreich aller Besorgnis von dort her enthebe. Dagegen aber ward der Einwand erhoben, daß die zur Zeit in England danieder liegende Partei der Whigs doch noch stark genug sei einen Vertrag wie den einstigen von Dover zu verhindern.[2])

Bei dieser Stimmung im Haag begab sich Strafford von Utrecht dahin, um beschwichtigend zu wirken. Er äußerte vertraulich seine Meinung, daß Frankreich an solchen extravaganten Forderungen nicht festhalten werde. Es werde mildere Saiten aufziehen. Er habe dagegen den Auftrag mitzutheilen, daß von britischer Seite alle Anstalten getroffen würden rechtzeitig einen nachdrücklichen Feldzug zu eröffnen.[3])

Was immer man von den Worten Straffords halten mochte: es kam zunächst darauf an, wie das britische Parlament die französischen Propositionen von Utrecht aufnehmen würde.

Das britische Ministerium legte die Propositionen dem Parlamente nicht vor. Dennoch wurden sie aus den holländischen Zeitungen

---

[1]) Primolis Berichte vom 16. und 23. Februar.

[2]) Desgleichen.

[3]) Lamberty t. VII, p. 23.

sofort bekannt. „Jedermann, meldet Hoffmann, hat sich über den Inhalt aufs höchste geärgert, und die Werthpapiere sind sofort um 4 Percent gefallen.“[1]) Lord Halifax benutzte die aus den holländischen Blättern geschöpfte Kunde, um die Sache im Oberhause anzuregen. Er nannte die französischen Propositionen scandalös, insolent, unehrenhaft für die Königin und ihre Verbündeten. Derjenige, welcher der Königin den Rath geben würde, auf solche Vorschläge hin zu unterhandeln, sei ein Feind der Königin und des Königreiches. Halifax fand reichliche Unterstützung. Sunderland bemerkte ironisch, daß diese Vorschläge auf Grubstreet als ihren Ursprung deuteten, daß es sich daher nicht verlohne, sich damit zu befassen. Grubstreet galt als die Schmiede der officiösen Presse. Lord Guernsey erwiedert, daß das holländische Blatt, welches die Propositionen enthalte, unter der Autorität der Generalstaaten erschiene, und Lord Wharton richtete an den Grafen Oxford die Frage, ob er auf Ehrenwort die Artikel als unecht bezeichnen könne. Der Strom der Entrüstung rann im Oberhause so stark, daß Oxford mitschwimmen mußte.[2]) Es wurde eine Adresse an die Königin beschlossen, und am nächsten Tage ihr von dem gesammten Oberhause überreicht. Die Ausdrücke der Adresse waren scharf. Sie sprach die gerechte Indignation, die äußerste Empfindlichkeit des Hauses über die französischen Vorschläge aus, und erneuerte die Zusage, mit Gut und Blut die Königin in der Fortführung des Krieges zu unterstützen, um einen sicheren und ehrenvollen Frieden für die Königin und für ihre Verbündeten zu erlangen. — Der Dank der Königin war möglichst kurz.[3])

Der wichtigere Factor des Parlamentes dagegen, das Unterhaus, verhielt sich den französischen Vorschlägen gegenüber völlig schweigend. Daher konnte St. John am selben Tage, wie wir gesehen haben, an Strafford schreiben, daß das Unterhaus, wie er sich ausdrückt, für die Königin und die Maßregeln zum Frieden völlig gesichert sei.

Es handelte sich also um die Antworten der Verbündeten in Utrecht auf die französischen Vorschläge vom 11. Februar.[4]) In der

[1]) Hoffmanns Bericht vom 26. Februar. Aehnlich Lamberty t. VII, p. 396.
[2]) Schreiben Hoffmanns an Primoli, 1. März.
[3]) Lords Debates vol. II, p. 368. Vom 16./27. Februar.
[4]) Das Folgende nach dem Berichte Primolis an Gallas, vom 15. März.

Versammlung der Gesandten dort, am 3. März, ward von dem Portugiesen Tarouca beantragt, daß jeder Antwort die Forderung der gerechten Genugthuung für alle Verbündete gemäß den Allianzen eingefügt werde. Ungeachtet des Widerspruches von Strafford ward dies angenommen.

Am Morgen des 4. März wurden in der Versammlung der Gesandten der Verbündeten die Forderungen der einzelnen Mächte verlesen. Es ergab sich, daß nur Portugal und Savoyen ausdrücklich die Rückgabe von Spanien und Westindien an das Haus Oesterreich verlangten, auf Grund der Verträge. In der erneuerten Zusammenkunft am Abende brachte der Graf Sinzendorf die principielle Frage zur Sprache. Gemäß dem vom Kaiser erhaltenen Befehle, sagte er, müsse er von den Seemächten eine positive Erklärung verlangen, wie sie gesonnen seien in Betreff des hauptsächlichen Objectes des bisherigen Krieges, Spaniens und Westindiens. Darauf zogen die holländischen Gesandten sich zu einer Sonderberathung zurück. Nach ihrer Wiederkehr eröffneten sie, daß sie, gemäß der einmal aufgerichteten Ordnung, nach welcher ein Jeder seine Ansprüche gesondert vorbringen solle, in ihrer Schrift eine solche positive Erklärung über Anderes nicht geben könnten, daß jedoch dessen ungeachtet sie als hauptsächliches Ziel im Auge hätten den Wiedergewinn von Spanien und Westindien. Sinzendorf richtete seine Frage an die Engländer. Diese hielten sich in allgemeinen Reden. Es genügten, sagten sie, die Worte der großen Allianz, welche dem Kaiser eine gerechte Satisfaction verhießen. Sinzendorf richtete an den Grafen Maffei als ersten Vertreter des Herzogs Victor Amadeus die Forderung einzutreten für die Allianz von 1703. Maffei und seine Collegen Del Borgo und Mellarede schwiegen.

Bei diesem Verhalten der Bundesgenossen brach Sinzendorf in die Worte aus: „Der heutige Tag macht der großen Allianz ein Ende.“[1])

Es erhob sich weiter die Frage um den Modus der Ueberreichung. Die Holländer und Andere waren der Ansicht, daß die Schriftstücke

[1]) Dies sagen Bristol und Strafford in ihrem Berichte an St. John, im Rapport du Comité secret p. 274.

in ihrer Gesammtheit durch den Vertreter des Kaisers zu überreichen seien. Die Engländer widerstrebten der gemeinsamen Ueberreichung, wenn diese nicht durch sie geschähe. Es ward das Auskunftsmittel gefunden, daß ein Jeder verfahren möge in der ihm geeignet erscheinenden Weise.

Am anderen Morgen, dem zur Ueberreichung angesetzten Tage, dem 5. März, ließen die Holländer den Engländern die Bitte zugehen, sich vor der angesetzten Zeit nach dem Rathhause zu begeben. Dort richteten die Ersteren an diese das Ersuchen, dem Grafen Sinzendorf eine mehr befriedigende Antwort zu geben. Als die Engländer zauderten, erklärten jene, daß sie für sich es thun würden. Demgemäß wandten sie sich zu den Gesandten der Verbündeten mit der Eröffnung, daß, nachdem ihre gestrigen Worte nicht befriedigend erschienen, sie im Namen der Generalstaaten die Versicherung abgäben, alle Verträge, sowohl in Betreff Spaniens und Westindiens wie überhaupt, getreu erfüllen zu wollen.

Der Bericht der zwei englischen Gesandten an St. John zeigt die Verlegenheit, in die sie durch das Andringen der Holländer sich versetzt sahen. „Wir überlegten, melden sie, die gefährlichen Consequenzen unseres Verfahrens, wo wir die einzigen Minister waren, die Spaniens und Westindiens keine Erwähnung gethan hatten. Darum hielten wir es für zweckmäßig etwas zu sagen, um den Schein zu retten.“ Nach der Rückkehr in das Sonderzimmer der Verbündeten, erklärte daher dort der Bischof von Bristol, daß, da die Königin eine gerechte und vernünftige Satisfaction für alle ihre Verbündeten verlangt, gemäß ihren Allianzen, unter diesen Allianzen auch diejenigen in Betreff Spaniens und Westindiens als solche, welche die Interessen der anderen Verbündeten angehen, mit begriffen seien. — „Wir hoffen, setzen sie dann noch hinzu, daß man diese Erklärung des Bischofs, die nur Rechtes und Vernünftiges enthält, nicht zu einer neuen Verpflichtung ausweiten könne.“[1]) — Mit anderen Worten: sie hofften, daß man ihr Ja als Nein auslegen könne.

St. John begnügte sich mit der Antwort: „Ihre Aufgabe in Utrecht ist in der That höchst schwieriger Art gewesen.“[2])

---

[1]) Rapport du Comité secret p. 275.

[2]) Bolingbroke's letters vol. II, p. 213.

Die Forderung von kaiserlicher Seite war sehr umfassend. Sie verlangte für das Reich alles zurück, was durch die Friedensschlüsse von Münster, Nymegen, Ryswyck an Frankreich gekommen war, so wie die völlige Herstellung des Herzogs von Lothringen und für den Kaiser das gesammte spanische Erbe auf Grund des Testamentes von Philipp IV.

Die Franzosen setzten ihre Antwort hinaus bis auf den 30. März.

Unter den Forderungen, die von britischer Seite den französischen Gesandten in Utrecht überreicht wurden, sind von besonderem Gewichte diejenigen, welche sich auf die Anerkennung der gesetzlich festgestellten Thronfolge beziehen. Diese Angelegenheit verdient daher ein genaueres Eingehen, namentlich in Betreff der damaligen Stellung und der Hoffnung des Prätendenten.

Die Angelegenheit des Prätendenten.

Aus den Aeußerungen der Zeitgenossen blickt vielfach die Meinung hervor, daß das Ziel der Friedenspolitik des britischen Ministeriums die Rückführung des Prätendenten sein müsse. Die spätere Untersuchungs-Commission des britischen Unterhauses, von 1715, war sogar geneigt, von allen Schriftstücken des Friedenshandels, die nicht mehr aufzufinden waren, anzunehmen, daß sie die Sache des Prätendenten betroffen hätten.[1]) Wir haben uns nach sicheren Zeugnissen umzusehen.

Im Beginne des Jahres richtete der Herzog von Hamilton, den wir wiederholt als schottischen Jacobiten kennen gelernt haben, an den Lord Middleton in St. Germain das folgende Schreiben.[2])

„Der Besitz der Krone ist niemals das Object der Wünsche der Königin gewesen, noch auch betrachtet sie dieselbe als ihr Eigenthum. Sie sieht die Krone an wie ein Depositum in ihrer Hand, für welches sie Rechenschaft abzulegen hat. Das Unglück des Prinzen thut ihr schmerzlich leid. Sie beklagt, daß dasselbe über ihn gekommen ist in Folge seiner Erziehung in Grundsätzen, die ihrem Volke widerstreben.

[1]) Rapport du Comité secret p. 32.

[2]) Anlage I.

Was mich betrifft, so thut es mir leid, jacobitische Lords mit Marlborough zusammen gehen zu sehen. Der Anblick ist gehässig und erregt Anstoß bei der Königin. Was haben Sie im Sinne dabei, daß Sie den Ansichten der Königin entgegen arbeiten? Sind Sie denn noch nicht von der Falschheit des Mannes überzeugt? Es ist Zeit für Sie die Augen aufzuthun und aufzuhören sich mit vergeblichen Hoffnungen hinhalten zu lassen. Dieses Land wird niemals einen König aus der Hand Frankreichs annehmen, noch wollen die Engländer sich von einem Römisch-Katholischen regieren lassen. Ich würde mich freuen, den König endlich hergestellt zu sehen; aber ich erkläre mich gegen jede Betheiligung an einem Bürgerkriege. Offen gesprochen, Sie sollten ohne Zeitverlust ihn bewegen, Frankreich zu verlassen, und nicht abwarten, bis ein öffentlicher oder geheimer Artikel in dem Friedensvertrage ihm diesen Zwang auferlegt. Gehen Sie mit ihm in ein protestantisches Land und verheirathen Sie ihn baldmöglichst mit einer Protestantin. Ich wünsche, Sie wären wohlbehalten auf schwedischem Boden."

Mit diesem schwedischen Boden kann das Herzogthum Zweibrücken gemeint sein. Der Gedanke einer Doppelheirath, Carls XII. mit der Schwester des Prätendenten, und des letzteren mit der Schwester Carls XII., wird damals öfters erwähnt, freilich nur als Wunsch. Die erstere Prinzessin starb bald nachher.

Die ersten Gedanken in dem Schreiben Hamiltons stimmen zu der Rede der Lady Masham zu Mesnager. Aber die folgenden sind so sehr verschieden, daß sie eine Gemeinsamkeit der Bestrebungen des Herzogs von Hamilton und der Lady Masham ausschließen. Es geht hier wie immer durch alle jacobitische Bemühungen der eine Grundzug hindurch: es fehlt die Planmäßigkeit, die einheitliche Leitung. Der Eine weiß nichts von der Thätigkeit des Anderen. Und dazu kommt dann noch die absichtliche Täuschung, das Irreführen im Interesse Oxfords.

Dieser hatte zu seiner Anknüpfung mit Berwick im Jahre zuvor den Abbé Gautier verwendet. Der Letztere, obwohl in dieser Friedenssache zuerst vom britischen Ministerium gebraucht, erscheint doch von Anfang an als Unterthan Ludwigs XIV., von diesem Könige seine Belohnung hoffend und darum zunächst für dessen Interesse thätig.

Daneben aber war er als Franzose, in so weit jenes Interesse es zuließ, geneigt für den Prätendenten. Man darf die Richtschnur des Verhaltens, welche Ludwig XIV. bei der Entsendung des Mesnager nach England ausdrücklich aussprach (S. 189), als diejenige ansehen, nach welcher überhaupt alle betheiligten Franzosen handelten. Sie waren darin sehr verschieden von dem Engländer Oxford. Ueber diesen sprach später, nach dem Verlaufe der Dinge, Berwick die Ansicht aus, daß die Erbietungen Oxfords durch Gautier an ihn niemals aufrichtig gemeint gewesen waren, daß sie nur bezweckt hatten, vermittelst der Weisungen von St. Germain aus die Jacobiten im Parlamente der Politik Oxfords dienstbar zu machen.[1]) Aber Gautier als der Bote Oxfords an Berwick führte die ihm ertheilten Aufträge so aus, daß, nach Berwicks eigenem Berichte, zu Anfang und noch für lange ein Zweifel in ihm nicht aufstieg. Die Stellung dieses Gautier nach den verschiedenen Seiten hin legt sich uns dar in einem seiner Briefe aus London an Torcy, etwa gleichzeitig mit jenem des Herzogs von Hamilton an Lord Middleton in St. Germain. „Bei jeder Ankunft der Post aus Holland, meldet Gautier, ermangelt die Königin nicht, nach der Gazette de Paris zu fragen, und liest dann mit Vergnügen die mit London überschriebenen Artikel. Deshalb lassen Ihre Freunde hier Sie ersuchen, dort die Anweisung dahin zu geben, daß in solchen Artikeln nichts sich finde, was der Königin misfallen könnte. Auch wenn Ew. Excellenz nunmehr den König bewegen könnten, ein Schreiben an sie zu richten, würde ein solcher Schritt sie unserem Interesse um so geneigter machen und unsere Angelegenheiten hier sehr befördern. Der Prätendent würde gut thun dieselbe Gelegenheit zu benutzen und ihr die Versicherung zu geben, daß er immer mit Vergnügen dem Rathe oder den Weisungen Folge leisten wird, die in ihrem Namen an ihn gelangen."[2])

Der König wie der Prätendent befolgten den Rath. Der Letztere gelangte dazu erst zwei Monate später, nachdem unterdessen sich in Bezug auf ihn Vieles ereignet hatte.

---

[1]) Mémoires de Berwick t. II, p. 129. Vergleiche die Briefe Berwicks im Appendix zum ersten Bande von Lord Mahon's history of England from the peace of Utrecht etc.

[2]) Das Schreiben in Stanhope, Queen Anne p. 512.

Wir haben gesehen, daß Ludwig XIV. durch Mesnager einen Faden mit Lady Masham hatte anknüpfen lassen. Die zwischen diesen beiden Persönlichkeiten vereinbarte Uebereinkunft ging dahin, die französische Anerkennung der gesetzlich festgestellten Thronfolge in Groß-Britannien in solchen Ausdrücken abzufassen, daß sie dem Könige von Frankreich die Möglichkeit offen ließen, sich von der anscheinenden Verpflichtung dieses Theiles des Friedensvertrages später loszumachen und in Freiheit zu sein, je nach der sich darbietenden Gelegenheit zu handeln. In diesem Sinne sollten beiderseitig die Gesandten in Utrecht instruirt werden.

Nach seiner Ankunft in Utrecht sondirte Mesnager die britischen Gesandten in Betreff solcher Instructionen. Es gelang ihm nicht etwas dieser Art zu entdecken. Dagegen waren die holländischen Gesandten sehr wachsam auf jedes Wort in dieser Richtung. „Sie sahen, sagt Mesnager, diese Angelegenheit wie ihre eigene an.“ Nach der Meinung der Franzosen standen diese Holländer dabei unter dem Einflusse von Persönlichkeiten aus England, welche Bristol und Strafford im Verdachte jacobitischer Gesinnungen hielten.[1]) — Jene Meinung der Franzosen mochte richtig sein; aber eben so sicher war es, daß die Holländer im eigenen Interesse zu handeln glaubten. Denn für sie verband sich mit dem Gedanken der Rückkehr eines Stuart auf den Thron von England derjenige der Erneuerung der Gefahren von 1672.

Nach drei Wochen vergeblichen Tastens berichtete Mesnager, zu Anfang Februar, diesen Stand der Dinge an Lady Masham. Sie erwiederte: „Ihre Nachricht, daß unsere Minister in Utrecht keine Privat-Instructionen haben, setzt mich nicht in Erstaunen, nachdem ich erfahren habe, daß Ihr Hof es für zweckmäßig gehalten hat, hier eine besondere Unterhandlung darüber anzuknüpfen. Wer als Agent von dort dient, habe ich nicht nöthig Ihnen auszusprechen, und wer hier mit ihnen in Verbindung steht, *kann* ich Ihnen nicht sagen. Aber Sie dürfen sicher sein, daß die Sache, die vorher in gutem Zuge war, in eine schwer zu heilende Lage gebracht worden ist. Urtheilen Sie selber, wie schmerzlich dies allen Freunden des Ritters von St. Georg

[1]) Minutes of M. Mesnager p. 294.

ist, in der Erwägung, daß dasjenige was Sie gethan, so ganz anderer Art wäre."[1])

Mesnager sandte das Schreiben, ohne weitere Bemerkung seinerseits, nach Versailles ein.[2])

Inzwischen überreichten, am 11. Februar, die Franzosen in Utrecht ihre Friedensvorschläge. Der erste derselben lautet wie folgt.

Le roi reconnaîtra, en signant la paix, la reine de la Grande Bretagne en cette qualité, aussi bien que la succession à cette couronne suivant l'établissement présent et de la manière qu'il plaira à Sa Majesté Britannique.

Diese Worte, indem sie der britischen Regierung völlig freie Hand belassen, die Formel der Anerkennung zu gestalten, sind augenscheinlich im Sinne der Unterredungen von Mesnager mit Lady Masham abgefaßt.

Am nächsten Tage erhielt Mesnager in Utrecht die Antwort Ludwigs XIV. auf jene Einsendung. Sie enthielt die Klage, daß seine Agenten am Hofe von St. James ihm übel gedient. Mesnager schob diese Klage auf den Hof von St. Germain. „Dort, sagt er, fühlt man sich nur dann behaglich, wenn man Agenten in Thätigkeit setzt, welche die eigene Sache verderben." Es sei nunmehr dem Könige gemeldet, fährt er in seinem Berichte an Lady Masham fort, daß Jemand von London nach Utrecht gehen werde, um mit ihm und den britischen Ministern dort die Maßregeln in Betreff des Ritters von St. Georg festzustellen. Mesnager bittet die Lady Masham, daß die betreffende Persönlichkeit die Instructionen von ihr empfangen möge.[3]) — Die Thatsache, die Oxford nach Versailles oder St. Germain hatte melden lassen, daß er seinen Vetter Harley nach Utrecht senden werde, war richtig. Aber auch nur diese Thatsache. Seine Instructionen waren anderer Art als Mesnager sich dachte. Sie enthielten zu Gunsten des Prätendenten kein Wort, sondern nur die Forderung seiner sofortigen Entfernung aus Frankreich.[4])

[1]) Minutes of M. Mesnager p. 301.
[2]) A. a. O., p. 304.
[3]) A. a. O., p. 307. Vom 12. Februar.
[4]) Diese Instructionen in Bolingbroke's letters vol. II, p. 188.

Auf das Schreiben Mesnagers vom 12. Februar antwortete Lady Masham:[1] „Wäre ich nicht so tief bekümmert um das Mislingen einer Angelegenheit, von der ich so große Hoffnungen hegte, und die, unter Ihrer guten Führung, ich für sicher gestellt hielt — so könnte ich mich über den Hof von St. Germain lustig machen, wenn ich an dessen neue geheime Unterhandlungen hier gedenke. Denn sicherlich sind sie damit in die Hände des Lord Treasurer gefallen. Er hat gern Geheimnisse und besitzt einen gewissen Ruf die Dinge da, wo es keine Intriguen gibt, intricat zu machen, und nicht minder jede Angelegenheit von so delicater Natur zum Mislingen zu bringen. Wenn die Versicherungen, die man in St. Germain erhalten, von ihm herrühren, so zweifele ich nicht, daß er es sich hoch anrechnet sie irre geführt zu haben. Und wenn die Sendung der betreffenden Persönlichkeit von ihm ausgeht, so darf ich Ihnen im voraus versichern, daß sie bei ihrer Ankunft in Utrecht ohne Instruction sein wird. Zugleich mögen Sie überzeugt sein, daß diejenigen Persönlichkeiten, denen alles dies hätte mitgetheilt werden müssen, nicht einmal wissen, daß Ein Wort davon geredet worden ist, und sehr verwundert darüber sind, daß man sich nicht an sie gewendet hat. Freilich darf der Lord Treasurer die Sache jetzt nicht zur Sprache bringen, weil, wie er weiß, er darin kein Vertrauen finden würde. Und dann gibt es hier Einige, die eingedenk irgend eines übelen Streiches, den er ihnen gespielt, nicht ermangeln würden, ihm die Schuld heimzuzahlen, und eine solche geheime Unterhandlung ihm zum völligen Verderben zu wenden."

„Wenn er nicht Ihr Mann ist, so muß es Lord — (Name nicht ausgefüllt) sein. Er hat mehr Rechtschaffenheit; jedoch sehe ich nicht ab, auf welchem Fuße er Ihnen solche Aussichten machen könnte, wie Ihr letztes Schreiben verlangt. Denn nach meiner Ueberzeugung hat er vor der Königin die Sache niemals zur Sprache gebracht. In Wahrheit sind ja diese Dinge von einer so delicaten Natur, daß, wie Sie sich erinnern werden, ich Ihnen bei Ihrer Anwesenheit sagte, nicht zwei unter unseren Ministern wagen sich einander darüber anzuvertrauen, und daß auch nicht Einer auf sich nehmen würde, darüber zu der Königin zu reden. Und ich darf Ihnen versichern, daß, was

[1] Minutes of M. Mesnager p. 310.

immer Ihre Agenten Ihrem Könige gemeldet oder in Aussicht gestellt haben, hier alles dies wie in den Wolken ist, und daß die Königin auch nicht einmal Ein Wort davon vernommen hat. Dies bringt mich auf die Vermuthung, daß das große Geheimnis jener Agenten bei dem Lord Treasurer beruht, bei dem oft Geheimnisse schlafen und sterben."

„Wir wissen gar nichts von einer nach Utrecht zu entsendenden Persönlichkeit, noch können dahin private Instructionen mit irgend welcher Autorität entsendet werden. Und nach diesen Unterlassungen sehe ich voraus, daß die Sache scheitern wird. Auf wen die Schuld fällt, wissen Sie am besten. Aber verlassen Sie sich darauf, daß diese Sache nie zu einem guten Ende gebracht werden kann anders als in der Weise, die wir beide verabredet haben. Diejenigen, welche andere Wege einschlagen, geben mir Grund anzunehmen, daß sie die Sache nicht verstehen und darum fehl gehen müssen."

Obwohl dies Schreiben, datirt aus St. James, vom 2./13. März, nicht alles aufklärt, so enthält es doch sehr bemerkenswerthe Aufschlüsse. In Betreff der Hauptsache zunächst, in welcher Weise eine Herstellung des Prätendenten möglich, befindet sich Lady Masham, welche sie allein durch eine Uebereinkunft mit Frankreich für möglich hält, im Gegensatze zu dem Herzoge von Hamilton, der nach St. Germain hin verkündet hatte, daß England niemals einen König aus der Hand Frankreichs annehmen werde.

In Betreff des Nicht-Gelingens des eigenen Planes bisher wirft Lady Masham die hauptsächliche Schuld auf den Grafen Oxford. Das frühere Bündnis dieser zwei Persönlichkeiten, welches so erheblich zu der Entlassung des Ministeriums Godolphin beigetragen, war also bereits gelockert. Lady Masham als Jacobitin erkannte die Unaufrichtigkeit des Grafen Oxford in dieser Sache. Dennoch ließ sie als Entschuldigung für ihn gelten, daß er sich nicht bloß geben dürfe, weil er sich schweren Gefahren aussetzen würde. Allem Vermuthen nach war dies auch der Standpunkt der Königin. Denn so sehr auch Oxford vor ihr die Angelegenheit des Prätendenten vermeiden mochte, so konnte ihr Wunsch dem Bruder die Thronfolge nach ihr dennoch zuzuwenden, ihm nicht unbekannt sein, und für das Nicht-Eingehen von seiner Seite auf diesen Wunsch gab es nur zwei Gründe: den Hinweis auf die Stimmung der großen Mehrheit der Nation, und die Gefahr für

ihn persönlich. Vor dem Hinweise Oxfords, daß die Sache noch nicht an der Zeit, verstummte jener Wunsch, und vor dem Hinweise auf jene Stimmung der Mehrheit der Nation, welche die hannöversche Thronfolge verlange, fügte sich die Königin in die Thronreden zu Gunsten des Hauses Hannover, die ihrer Gesinnung nicht entsprachen. Dagegen verschwieg Lord Oxford der Lady Masham, daß er die Jacobiten für die Zwecke seiner Politik benutzte. Nicht hatte man sich, wie Lady Masham meinte, von St. Germain aus an den Grafen Oxford gewendet, sondern er zuerst hatte seinen Antrag bei Berwick gemacht, und hatte dabei, was nicht zu unterschätzen ist, seine Stütze an Torcy und an Ludwig XIV., denen zur Zeit Oxford nützlicher war als der Prätendent.

Bevor noch Mesnager jenes Schreiben der Lady Masham erhielt, überreichten, am 5. März, in Utrecht die Friedensbevollmächtigten der Verbündeten ihre besonderen Forderungen. Die erste derselben von Seiten der britischen Regierung lautet wie folgt.[1])

„Der allerchristlichste König wird in den genauesten und stärksten Ausdrücken die Thronfolge in Groß-Britannien anerkennen, so wie sie durch die Parlaments-Acten, welche errichtet sind unter der Regierung des Königs Wilhelm III., ruhmvollen Gedächtnis, und unter derjenigen der jetzt regierenden Königin, festgestellt ist auf die protestantische Linie des Hauses Hannover."

„Ferner wird der allerchristlichste König sowohl für sich als für seine Erben und Nachfolger versprechen, niemals irgend eine Person als König oder Königin von Groß-Britannien anzuerkennen anders als Ihre Majestät die jetzt regierende Königin, und diejenigen, welche ihr nachfolgen werden auf Grund der besagten Parlaments-Acten."

„Der allerchristlichste König wird gleicher Weise sich verpflichten, diejenige Persönlichkeit, welche Anspruch erhebt auf die Krone von Groß-Britannien, sofort zum Verlassen seines Gebietes anzuhalten."

„Der allerchristlichste König wird für sich, seine Erben und Nachfolger versprechen, die genannte Königin von Groß-Britannien, ihre Erben und Nachfolger aus der besagten protestantischen Linie, in dem friedlichen Besitze der Krone von Groß-Britannien und was davon

[1]) Lamberty t. VII, p. 49. — Actes de la paix d'Utrecht t. I, p. 320.

abhangt, niemals zu stören, so wie auch niemals, ob direct, ob indirect, ob zu Wasser, ob zu Lande, an Geld, Waffen, Munition, Schiffen, Matrosen, Soldaten, oder auf andere Weise, irgend einer Persönlichkeit Hülfe zu leisten, die es unternehmen würde, auf irgend welchen Vorwand hin sich der genannten Thronfolge zu widersetzen — noch auch diejenigen zu begünstigen, die sich widersetzen würden, ob direct, ob indirect, ob durch offenen Krieg, oder durch Begünstigung von Aufruhr und Verschwörung, gegen einen solchen Fürsten oder eine solche Fürstin, der oder die auf Grund der besagten Parlaments-Acten den Thron von Groß-Britannien inne haben wird, oder gegen diejenige oder denjenigen, zu deren oder zu dessen Gunsten die Succession an der Krone von Groß-Britannien auf Grund der besagten Parlaments-Acten eröffnet sein wird."

Demnach sehen wir hier den geraden Gegensatz gegen das Ergebnis der Unterredungen des Mesnager mit der Lady Masham. Die Forderungen von britischer Seite sind so gehalten, daß sie dem Könige von Frankreich jegliche Möglichkeit benehmen sollen, irgend etwas zu Gunsten des Prätendenten zu thun, ob bei Lebzeiten der Königin Anna, ob nach ihr.

Beim Anblicke dieser Forderungen ließ Mesnager in einem Schreiben an Lady Masham seinem Unmuthe freien Lauf. „Ich habe von Glück zu sagen, schließt er, daß diese Sache nicht der wesentliche Theil meines Auftrages in England war, sondern eher accidentell. Indem ich Ihnen, gnädige Frau, für die mir in England erwiesene Ehre unendlich verbunden bleibe, muß ich den Ritter von St. Georg seinem unglücklichen Geschicke überlassen." [1])

Die Correspondenz ward damit nicht abgebrochen, sondern setzte sich noch fort. Mesnager schlug eine geheime Erklärung vor, beiderseitig von König und Königin am Tage des Friedensschlusses zu unterzeichnen, daß die Feststellungen desselben in Betreff des Ritters von St. Georg nur für die Lebenszeit der Königin und nicht länger gelten sollten.[2]) — Auf diesen Vorschlag erhielt er, wie er sagt, nur zweifelhafte Antworten. „Dennoch, sagt er dann, wünschte man, daß ich

[1]) Minutes of M. Mesnager p. 313. Vom 7. März.

[2]) Der Entwurf a. a. O., p. 322.

den Artikel, wenn auch nicht unterzeichnet, nach England übersende, damit man ihn bereit halten könne für eine Gelegenheit. Dies durfte ich nicht verweigern, aber ich konnte die Persönlichkeiten in London nicht über die Antwort hinaus bringen, daß man nicht wage der Königin den Artikel vorzulegen."[1])

Erst nachdem jene genau bestimmten Forderungen in Betreff der Anerkennung der Thronfolge von britischer Seite, am 5. März, in Utrecht eingegeben waren, entschloß sich der Ritter von St. Georg, am 28. März, gemäß jenem von Gautier gegebenen Rathe, abermals einen Brief an die Königin zu richten. Das Schreiben lautet wie folgt.[2])

„Bei der gegenwärtigen Lage der Dinge, liebe Schwester, ist es mir unmöglich länger zu schweigen, und Sie nicht an die Ehre und die Erhaltung unserer Familie zu mahnen, und zugleich Sie meiner ewigen Anerkennung und Dankbarkeit zu versichern, wenn Sie für beide die wirksamsten Anstrengungen aufbieten werden. Gestatten Sie mir zu sagen, daß Ihre eigene Gutherzigkeit mich bereits geneigt macht mir dies zu versprechen, und von dieser Ueberzeugung aus werde ich immer bereitwillig sein einzugehen auf dasjenige, was Sie meinem Interesse für best entsprechend erachten werden. Denn dies ist ja doch, nach Allem, unzertrennlich von dem Ihrigen. Ich bin also völlig entschlossen, keine andere Mittel anzuwenden als diejenigen, welche Sie für unser gegenseitiges Glück, so wie für die allgemeine Wohlfahrt unseres Landes als zweckmäßig erachten."

Das Schreiben thut dar, daß, seit dem ersten vom Jahre zuvor (S. 49), eine Kundgebung der Königin an ihren Bruder erfolgt sein muß, welche ihn zu diesem wärmeren Tone bewogen hat. Es ergibt sich zugleich daraus, daß irgend welcher Plan nicht vorlag, ja daß der Prätendent auch nicht einmal einen Vorschlag machte, sondern alles der Initiative der Königin anheim stellte, nach welcher er sich völlig richten wolle. Die Königin konnte aber nur durch ihre Minister handeln. Mittelbar enthält also das Schreiben des Prätendenten zugleich ein Vertrauens-Votum für das damalige Ministerium, dessen Politik die Richtschnur erhielt von dem Treasurer Oxford, wenn auch in der

[1]) Minutes of M. Mesnager p. 325.

[2]) Macpherson's Original papers t. II, p. 295.

Verbindung für die auswärtigen Angelegenheiten St. John in die erste Linie trat.

Es erwächst hier also die Frage, ob auch die Jacobiten in England ein gleiches Vertrauen in Oxford setzten. Beim Beginne seines Ministeriums waren sie der Ansicht: er als ein Mann von großen Gaben, erfüllt von Ehrgeiz und Entschlossenheit, werde immer eingedenk sein, daß vor noch nicht gar langer Zeit die Whig-Partei gewünscht hatte, durch die Aussagen des Secretärs Gregg seinen Kopf unter das Beil zu bringen, und daß dann er durch den Sturz des Ministeriums Godolphin sie noch ungleich mehr erbittert hatte. Daher meinten diese Jacobiten, daß Oxford zu seiner eigenen Sicherheit für die Zukunft darauf ausgehen müsse, den Prätendenten zurückzuführen. Dies um so mehr, da wie es wohl bekannt, der Kurfürst in Hannover völlig im Whig-Interesse sei.[1])

Die Thatsachen haben gezeigt, daß diese letzte jacobitische Meinung irrig war. Aber das Vorurtheil übt dieselbe Kraft aus, wie das richtige Urtheil.

Diese Meinung der Jacobiten von Oxford wurde bereits vom December 1711 an etwas erschüttert. Nach ihrer Erwartung müsse Oxford folgerecht die Whigs aus allen Aemtern entfernen. Nicht dies geschah, sondern es kam vor, daß Oxford erledigte Aemter an Whigs verlieh.[2]) Darüber entstanden in dem October-Club Differenzen, die durch einen besonderen Anlaß zum Ausbruche kamen. St. John ließ sich in den October-Club aufnehmen, mit der unverkennbaren Absicht den Vorsitz zu führen und zu dirigiren. Das war vielen Tories zu stark. Fünfunddreißig Mitglieder traten aus und gründeten eine besondere Gesellschaft, die sie den März-Club nannten. Sie beschlossen, Niemanden aufzunehmen, der ein Amt oder ein Jahrgeld von der Regierung habe, oder verdächtig sei danach zu trachten. Sie regelten ihre beständigen Toaste: die Königin, das Gedeihen der Hochkirche, die Succession des Hauses Hannover, ein guter und sicherer Friede. — Dagegen bezeichneten sie die im October-Club Verbleibenden, wie

[1]) Lockhart Papers vol. I, p. 345.

[2]) A. a. O., p. 365. — Das Folgende aus dem Berichte Hoffmanns vom 15. März.

Lockhart ſich ausdrückt, als Sclaven und Creaturen des Miniſteriums.

Der October-Club fuhr fort, durchaus mit dem Miniſterium zu gehen, aber, wie Lockhart als eines der Mitglieder ſagt, nicht aus Reſpect oder einer guten Meinung von ihnen, ſondern, weil ſie in dem Glauben, daß der Friede durchaus nothwendig ſei, nicht zu irgend welcher Maßregel beitragen wollten, welche die Macht oder den Credit der Miniſter verringerte. Dennoch blieb der Zweifel an Oxford. Lockhart erzählt, daß er ſich bei Mitgliedern beider Häuſer bemüht habe es dahin zu bringen, daß man Oxford auf die Probe ſtelle, was man in Betreff des Königs — des Prätendenten — von ihm zu erwarten habe. Während er dieſe Sache betrieb, erſchien eines Tages bei ihm ein Herr Meinzies, durch den die Correſpondenz mit St. Germain ging, und legte einen Brief des Lords Middleton vor. Der König wünſche, hieß es darin, daß alle ſeine Freunde zuſammen hielten für das Miniſterium und demſelben keinerlei Schwierigkeiten bereiteten. Lockhart erwiderte: er erkenne es für ſeine Pflicht zu gehorchen, aber er thue es mit Leidweſen, weil er das Miniſterium, wenigſtens Oxford, mehr als je zuvor im Verdachte habe. Denn, nach ſeiner Ueberzeugung, gingen dieſe Weiſungen von St. Germain aus nicht hervor aus irgend einer Verſicherung, die der König vom Miniſterium habe — denn der König ſelber habe ihm kürzlich in einem Handſchreiben geſagt, daß er eine ſolche Verſicherung nicht beſitze — ſondern dieſe Weiſungen ſeien von den franzöſiſchen Miniſtern in St. Germain erwirkt worden, und zwar auf Betrieb Oxfords, der dadurch der Ausführung des vermuthlich zu ſeiner Kunde gelangten Planes ihn auf die Probe zu ſtellen, habe zuvor kommen wollen.[1])

Es iſt hier hervorzuheben, daß überhaupt ein Schreiben des Grafen Oxford nach St. Germain niemals kund geworden iſt.[2]) Seine mündlichen Verſicherungen dahin wurden überbracht oder überſchrieben durch den Abbé Gautier.

Oxford als Lord Treaſurer ſtand wie ein Miniſter über den anderen Miniſtern. „Da er, ſagt einmal St. John, der einzige zuver-

[1]) Lockhart Papers vol. I, p. 369.

[2]) Macpherson's Original papers vol. II, p. 529.

läſſige Canal iſt, durch welchen der Wille der Königin zu uns geleitet wird: ſo ergibt ſich eine völlige Stagnation, bis es ihm gefällt ſich zu eröffnen und die Gewäſſer in Fluß zu bringen.“[1]) Dies war noch in der erſten Zeit. Allmählich jedoch wuchs neben ihm St. John, dem in erſter Linie die auswärtigen Angelegenheiten oblagen, ſelbſtändig empor. Es trug dazu der an ſich ſelber geringfügige Umſtand bei, daß keiner der britiſchen Miniſter in ſolchem Maße wie St. John der franzöſiſchen Sprache mächtig war, ob mündlich ob ſchriftlich. Aber St. John fühlte ſich auch an geiſtiger Kraft und Willen dem Haupte des Miniſteriums nicht bloß ebenbürtig, ſondern überlegen. Die Rivalität der Beiden flammte je zuweilen auf; jedoch hielt der Blick auf das gemeinſame Ziel der Friedenspolitik ſie zuſammen. Es iſt daher die Aufgabe hier klar zu ſtellen, wie damals St. John, auf den Lady Maſham in jenem Schreiben an Mesnager (S. 283) zu deuten ſcheint, in der Frage der Thronfolge ſich verhielt.

Er hatte früher, wie wir geſehen haben (S. 56), den Verſuch Gautiers ihn mit St. Germain in Verbindung zu bringen, entſchieden abgelehnt. Er war für die Thronfolge des Hauſes Hannover. Seit der Denkſchrift Bothmars aber und namentlich nach der nachdrücklichen Anerkennung derſelben durch den Kurfürſten, war ſeine Misſtimmung im Wachſen. Wir haben damals die Aeußerungen ſeines Verdruſſes über Bothmar vernommen. Sie wurden dann ſtärker gegen den Kurfürſten ſelbſt. „Das Verhalten des Hofes von Hannover, ſchreibt St. John an Strafford, am 7./18. März,[2]) iſt ein trauriges Thema zur Beſprechung für diejenigen, welche wohl geſinnt ſind für die proteſtantiſche Succeſſion. Bis zu dieſem Winter hat der Kurfürſt ſich ſo benommen, daß Whigs und Tories auf gleiche Weiſe ihn umwarben und gleiche Erwartungen von ihm hegten. Nunmehr hat er ſich zum Haupte einer Partei gemacht, und zwar, was immer auch man ihn glauben machen mag, zur Zeit weitaus der ſchwächſten, und die, ſobald wir nur erſt des Krieges ledig ſind, wahrſcheinlich noch ſchwächer werden wird. Das Intereſſe des Grundeigenthumes wird dann empor wachſen, und das Intereſſe des Capitales, auf welches die Whig-Partei

[1]) Bolingbroke's letters vol. I, p. 226.
[2]) A. a. O., vol. II, p. 210.

hauptsächlich sich stützt, demgemäß fallen. Es ist in dieser Angelegenheit etwas Unberechenbares. Der Kurfürst wird früher oder später einmal die Augen öffnen. Ich flehe zu Gott, daß es bald geschehen möge."

„Die Königin unterläßt sicherlich nichts was in ihrer Macht steht, um den Kurfürsten zu einem richtigen Verständnisse des wirklichen Standes der Dinge in Groß-Britannien und seines eigenen Interesses zu bringen. Lord Rivers ging zuerst dahin und eröffnete, mit dem denkbarsten Vertrauen, alle Absichten der Königin, die Gründe ihres Verfahrens, und, kurz, das ganze Geheimnis ihrer Verwaltung. Die Antwort auf diesen Beweis der Freundschaft war die Sendung eines Ministers hierher, der sich in Gemeinschaft einließ mit den Dienern, welche die Königin in Ungnade zu entlassen für nöthig befand, der ferner ihrer Politik offen Trotz bot, der sogar an die Nation Berufung einlegte gegen ihren Souverän. Dennoch ist unsere gute Herrin noch Willens, auch über diese Kränkungen und Unwürdigkeiten hinweg zu sehen, und noch einmal zu versuchen, ob der Schleier von den Augen des Kurfürsten hinweg zu nehmen ist, und ob er der wahren und uneigennützigen Darlegung, welche, im Namen der Königin, Harley ihm vorbringen soll, sein Ohr leihen will. Ich gestehe Ihnen offen, mit meinem gewöhnlichen Freimuth, daß ich argwöhne, es sei ihnen dort dieselbe Meinung beigebracht, die, wie ich weiß, die Whigs bei ihrer Partei hier ausbreiten, daß das Leben der Königin sehr precär ist, und daß es nicht viele Monate mehr dauern kann. Aber, dem Himmel sei Dank, die Meinung ist eben so wenig begründet wie so viele andere auf jener Seite, und Ihre Majestät hat, wie ich hoffe, zur Zeit ein besser gesichertes Leben als der Kurfürst."

Dies Schreiben St. Johns hat geringeren Werth für die Charakteristik des Kurfürsten, dessen Kundgebungen immer das Bewußtsein ausprägen, sich niemals in englische Angelegenheiten eingemischt zu haben, als für diejenige St. Johns selber. Diese Minister hatten von Anfang an die Hoffnung gehegt den Kurfürsten für sich zu gewinnen. Es ward ihnen schwer dieser Hoffnung zu entsagen, und sie machten immer neue Versuche in dieser Richtung. Auch nach dem wiederholten Scheitern beharrte Oxford darin, oder richtiger in seinem Doppelspiele. In St. John dagegen sehen wir die Besorgnis aufwachsen, daß er für seine Politik einmal zur Rechenschaft gezogen werden könne. Indem

er diese Besorgnis durch Anklagen und Vorwürfe gegen den Successor niederzukämpfen sucht, entwickelt sich daraus bei ihm der Beginn der Wendung. St. John fängt an zu überlegen, ob er sich nicht sicherer dabei stehe, wenn der Prätendent auf den Thron gelange.

In jedem Falle aber war dies nur der Anfang einer inneren Wendung St. Johns. Bis zu einer Anknüpfung seinerseits mit St. Germain verflossen noch Monate. Nach diesem seinem Schreiben darf ferner mit Sicherheit angenommen werden, daß, wie es auch Lady Masham in ihrem letzten Schreiben an Mesnager andeutet (S. 283), er vor der Königin die Sache ihres Bruders bis dahin niemals zur Sprache gebracht hat.

Es taucht hier der Punkt auf, an welchem um zwei Jahre später die Rivalität zwischen Oxford und St. John zur Entscheidung kommen sollte. Bis dahin gelang das Bestreben Oxfords, welches St. John, der spätere Bolingbroke, eine Reihe von Jahren nachher bezeichnet mit den Worten: „Er hatte seine Anknüpfungen in Hannover und hatte sie in Bar. Die Jacobiten dienten ihm und er diente Hannover. Aber sein ganzes Bestreben war darauf gerichtet, in der Angelegenheit der Succession eine allgemeine Unentschiedenheit zu erhalten.“ [1])

Jedenfalls aber wurde für Oxford der nächste Zweck erreicht: die Jacobiten, ob willig ob innerlich widerstrebend, gingen mit dem Ministerium. Und dies führt uns zurück auf den Stand der Friedenssache im Monate März.

Das Ende der Mission des Prinzen Eugen in London.

Der Verdacht, daß zwischen der britischen Regierung und Frankreich bereits ein Vertrag bestehe, durch welchen der Herzog von Anjou als König von Spanien anerkannt werde, blickt aus zahlreichen Kundgebungen hervor: dennoch wußte sich das britische Ministerium des offenen Eingeständnisses zu enthalten. Wir haben gesehen, wie die

[1]) Bolingbroke's works vol. III, p. 137: He was the bubble of one in the end, the pretender was so of the other. Der englische Ausdruck bubble ist im Deutschen schwer wieder zu geben, ist aber in diesem Falle auch sachlich nicht zutreffend.

britischen Bevollmächtigten in Utrecht, um den Schein zu retten, wie sie sagten, noch am 5. März eine Erklärung abgaben, die, so gewunden sie war, dennoch im Widerspruche mit der Wahrheit stand. Es ist merkwürdig, daß der Prinz Eugen in London selber, im guten Glauben handelnd, dennoch dem britischen Ministerium den Anlaß gab, nicht zwar offen sich zu dem Vertrage mit Mesnager zu bekennen, aber thatsächlich dem Kriege in Spanien ein Ende zu machen.

Er bot sowohl mündlich als in einer Denkschrift, vom 7./18. Februar, an, daß der Kaiser 30.000 Mann für den Krieg in Spanien stellen werde. Zum Unterhalte derselben seien vier Millionen Kronthaler erforderlich. Der Kaiser erbiete sich davon eine Million auf sich zu nehmen. Beide Erbietungen waren im Vergleiche zu den Vorjahren ganz außerordentlich; denn bis dahin hatte der Kaiser in Spanien nur etwa reichlich 2000 Mann, und diese auf englische Verpflegung. Die Bewilligungen des Unterhauses für den Krieg in Spanien betrugen bis dahin nominell jährlich anderthalb Millionen Pfund Sterling.

Eine Antwort auf diese Denkschrift des Prinzen Eugen zog sich lange hin. Am 21. Februar/3. März erhielt er die Bestätigung des Erfolges von Cardona, und benutzte sie zur Mahnung um eine Antwort. Man dürfe, meinte er, bei dem Zustande der Armee des Herzogs von Anjou, diesen Erfolg als den Beginn des Umschwunges der Dinge in Spanien ansehen. Aber mit dem Hinweise, daß er nun bereits sechs Wochen dort verweilt, bat er dringend um eine Antwort auf jenes Erbieten, zu welchem der Kaiser durch keinen Vertrag verpflichtet sei. Bereits sei der März herangekommen, die rechte Zeit zum Kriegführen in Spanien.

Zwei Tage später, am 25. Februar/5. März, hatte der Prinz Eugen noch eine weitere Nachfuge zu machen. Zur Ausführung des geheimen Vertrages mit Mesnager hatten die britischen Generale, Portmore in Lissabon, der Herzog von Argyle in Barcelona, den Auftrag erhalten, sich der festen Plätze Gibraltar und Port Mahon völlig zu versichern. Argyle, ohne seine Absicht kund zu geben, ordnete zuvor mit dem Marschall Starhemberg in Barcelona die Angelegenheiten der Truppen in Catalonien. Dann begab er sich an Bord der Flotte. Von dort aus erließ er an den britischen Zahlmeister in Barcelona

die Weisung, bis auf weiteren Befehl an die kaiserlichen Truppen nichts auszuzahlen.

„Dieser Schritt, meldet der Prinz Eugen der Königin, hat den Kaiser um so mehr überrascht und in Bestürzung gesetzt, weil, wenn er nicht sofort zurückgezogen wird, die sämmtlichen kaiserlichen Truppen dort dadurch dem Verderben preis gegeben sind.“ [1])

Am 29. Februar/10. März, also mehr als volle drei Wochen nach der eigentlichen Denkschrift des Prinzen Eugen, erfolgte eine Antwort St. Johns. Die Sache liege dem Unterhause vor, sagte St. John. Doch müsse er im Namen der Königin bemerken, daß die Generalstaaten keine Neigung zeigten, ihren Beitrag in Catalonien zu erhöhen, nachdem doch die Königin schon vor Monaten erklärt habe, daß Jeder gleichen Antheil tragen müsse. „Die Königin hofft, fügt dann St. John hinzu, daß fortan man weder in Holland noch anderswo sich zurückziehen wird vor Ausgaben, zu denen man durch Verträge nicht verpflichtet ist, weil es ja doch vor aller Welt notorisch, daß der Königin dafür, daß sie den größten Theil der ungeheueren Summen für den Krieg seit so vielen Jahren beigesteuert hat, keine andere Verpflichtung oblag als diejenige ihrer Großmuth und ihres Eifers für die gemeinsame Sache.“ — In Betreff des Verfahrens des Herzogs von Argyle in Barcelona müsse man, um mit Grunde zu antworten, dessen Rückkehr und Bericht abwarten. [2])

Die Antwort war also ausweichend und verschiebend, dennoch auf den Abschlag vorbereitend.

Die Sache lag dem Unterhause vor. Das britische Ministerium verlangte von demselben die Bewilligung eines Drittels der Summe von vier Millionen Kronen, welche der Prinz Eugen als für den Krieg in Spanien erforderlich angegeben hatte. Das Unterhaus bewilligte, was verlangt war. „Hätte die Regierung mehr verlangt, meldet Hoffmann, so würde das Unterhaus mehr bewilligt haben.“ [3])

Die Durchführung des Planes den Prinzen Eugen mit den Erbietungen des Kaisers abzuweisen, ward dem britischen Ministerium

---

[1]) Die Schriftstücke bei Lamberty t. VII, p. 379.

[2]) A. a. O., p. 378.

[3]) Hoffmanns Bericht vom 15. März.

erleichtert durch die staunenswerthe Unkenntnis, welche die Mehrheit des Unterhauses über den Ursprung und Beginn des Krieges in Spanien an den Tag legte. Wie schon die Resolutionen vom 4./15. Februar die Ungleichheit der Kriegeslasten zum Nachtheile Englands ausgesprochen hatten: so wurden nun diese Resolutionen in einem ausführlichen Ueberblicke des ganzen Krieges von dem Tory Sir Thomas Hanmer erweitert und begründet, und dieser Ueberblick in der Form einer Adresse am 4./15. März von dem gesammten Unterhause der Königin überreicht.

Um uns die volle Unkenntnis klar zu machen, die in dieser Adresse des Unterhauses uns entgegen tritt, haben wir zuvor uns zu vergegenwärtigen, wie man dazu gekommen war, Spanien für das Haus Oesterreich wieder gewinnen zu wollen.

St. John pflegte sich für seine Politik auf den achten Artikel der großen Allianz vom 7. September 1701 zu berufen, der von einem Wiedergewinne Spaniens für das Haus Oesterreich nichts enthalte. Dies war richtig. Der Kaiser Leopold I. dachte nur an den Wiedergewinn der Länder in Italien für sein Haus. Und dies war auch, dem Wesen nach, die Ansicht des päpstlichen Stuhles. (Man vergleiche Band VIII, S. 504 u. f.) Die Fiction, die Ludwig XIV. nach dem Tode des Papstes Innocenz XII. ausbreiten ließ, daß dieser Papst dem Könige Carl II. den Rath eines Testamentes über die gesammte Monarchie zu Gunsten des Herzogs von Anjou gegeben, war im Jahre 1700 und selbst 1701 noch nicht vorhanden. Wenn es damals oder vorher vom Papste und vom Kaiser abgehangen hätte, die Sache zu entscheiden, so konnte Europa vor dem furchtbaren Kriege bewahrt bleiben. Aber die Seemächte wollten gerade Spanien und Westindien nicht dem Hause Bourbon belassen. An diesem ihrem Wunsche faßte sie Ludwig XIV. gleich nach dem Frieden von Ryswyck, um sie zu den Theilungsverträgen zu verleiten. Beide Verträge, namentlich der letztere, waren von Seiten Ludwigs XIV. Meisterstücke politischer Arglist. Indem er voraussah, daß der Kaiser auf diesen Theilungsvertrag nach dem Wunsche der Seemächte niemals eingehen könne, zerriß er die noch bestehende Allianz zwischen dem Kaiser und den Seemächten, erwarb sich dagegen in Spanien eine starke Partei, welche, beseelt von dem spanischen National-Vorurtheile, daß die Monarchie ein untheilbares Ganzes sei, dem sterbenden Könige die Unterschrift eines Testamentes

abpreßte, kraft deſſen ein Prinz desjenigen Hauſes zum Erben eingeſetzt wurde, welches allein die Macht zu haben ſchien, die Monarchie in ihrer Geſammtheit zu erhalten. Nachdem Ludwig XIV. den Zweck erreicht, zu welchem der Theilungsvertrag ihm als Mittel gedient, ließ er dieſen fallen. Sein Enkel Philipp trat ein in den Beſitz der geſammten ſpaniſchen Monarchie. Das Meiſterſtück Ludwigs XIV. ſchien gelungen.

Dann begann dasjenige Wilhelms III., deſſen Seele erfüllt war von dem Gedanken, daß die Vereinigung der zwei Monarchien Spanien und Frankreich in dem Hauſe Bourbon die Freiheit aller anderen Mächte bedrohe, und daß darum das einzige Mittel der Rettung beſtehe in der allgemeinen Vereinigung der Anderen wider das Haus Bourbon. Sein Streben war, die frühere Allianz neu wieder zu kitten. Die Vorausſetzung für ihn war, daß der Kaiſer Leopold ſein Recht nicht fahren ließ. Indem Wilhelm III. den Kaiſer dazu ermuthigte, konnte dies nur geſchehen in derjenigen Richtung, die der Kaiſer für ſich als die allein mögliche und zweckmäßige anſah, nämlich in Bezug auf die Gebiete, die Carl II. in Italien beſeſſen hatte. Darauf hin einigte ſich Wilhelm III., vom Parlamente zu Bündniſſen ermächtigt, mit dem Kaiſer. Es erfolgte die große Allianz vom 7. September 1701. Sie faßte nur dasjenige Ziel ins Auge, welches damals im günſtigen Falle erreichbar ſchien: für den Kaiſer den Wiedergewinn der Länder in Italien, für die Republik der Niederlande ihre Sicherheit.

Der Kaiſer Leopold hielt an dieſem ſeinem Ziele feſt. In England dagegen wuchs, nach dem Erfolge in der Bucht von Vigo und durch die Anknüpfung mit Portugal, wieder der Gedanke empor, daß um Englands willen Spanien und Weſtindien dem Hauſe Bourbon nicht verbleiben dürfe. England verlangte von dem Kaiſer, daß er das Recht ſeines Hauſes auf Spanien geltend mache; aber England ſtellte dem Kaiſer dies Verlangen nicht etwa aus Opferwilligkeit für ihn und ſein Haus, oder um des Rechtes willen, ſondern weil dies Recht als Mittel diente für den Zweck der engliſchen Politik, dem Hauſe Bourbon Spanien wieder zu nehmen. Der Kaiſer Leopold zauderte. England verlangte weder Truppen, noch Geld: es verlangte nur die Hinſendung des zweiten kaiſerlichen Sohnes, des Erzherzogs Carl, als des Königs von Spanien. Auch da noch zauderte der Kaiſer. Um ihn, der, wie

es notorisch war, in seiner damaligen Bedrängnis nicht vermochte, seinem Sohne Carl auch nur Eine Compagnie Soldaten mitzugeben, für die Sendung nur des Sohnes, ohne Truppen und ohne Geld, willig zu stimmen, und um ihm jeden Zweifel an der Aufrichtigkeit des Willens zu benehmen, schlug damals, 1703, die Königin Anna vor, dem Vertrage der großen Allianz einen Zusatz-Artikel beizufügen (Band X, S. 385 u. f.). Dieser Artikel sollte die Mächte der Allianz verpflichten, nicht einen Frieden mit dem Hause Bourbon einzugehen, so lange ein Mitglied desselben sich im Besitze eines Stückes des spanischen Erbes befinde. Jedoch enthielt dieser Entwurf eines Zusatz-Artikels auch noch eine andere Bestimmung. Entgegen dem Versprechen Wilhelms III., daß alles in Westindien Eroberte dem Kaiser zurückgegeben werden solle, sagte der Zusatz-Artikel, daß etwaige Eroberungen der Seemächte in Westindien ihnen verbleiben würden. Diese Bestimmung widerstrebte dem Kaiser, der nicht die Katholiken in Amerika unter die Herrschaft nicht-katholischer Mächte kommen lassen wollte. Wegen dieser Nicht-Zustimmung des Kaisers Leopold kam daher der Zusatz-Artikel nicht zu Stande. Aber der Kaiser willigte in die Sendung seines Sohnes, mit dem Vollbewußtsein, daß er dadurch der gemeinsamen Sache wider das Haus Bourbon ein Opfer bringe. Er vertraute seinen Sohn der Königin von England an wie einer anderen Mutter. Die Königin Anna eignete sich dies Wort und dies Vertrauen an. Sie gab in eigenhändiger Schrift dem Kaiser das Versprechen, wie wir es vernommen haben (Band X, S. 396). Entsprechend schrieb die Königin (eben dort S. 397) damals an den jungen König Carl, der nichts in die Wage zu legen hatte als seine Person und die Ueberzeugung von seinem Rechte: „Ich habe beschlossen, alle Macht meiner Waffen aufzubieten, um beizutragen zur Aufrechthaltung und zum Glücke Ihrer Regierung."

So freundlich die Worte, war es doch — dies ist zu wiederholen — nicht das Rechtsgefühl, welches die Königin, unter der Führung ihrer damaligen Berather, zu einem solchen Versprechen bewog, sondern die Ueberzeugung, daß dieses Versprechen mit dem politischen Interesse von England zusammen fiel. Und darum vernehmen wir dann, eine Reihe von Jahren hindurch, aus den Thronreden und den Adressen beider Häuser des Parlamentes immerfort den Gedanken

widerhallen, daß kein Friede sicher noch ehrenhaft, nämlich für England, der nicht Spanien und Westindien dem Hause Oesterreich überweise.

Und nun, noch nicht volle acht Jahre nach jenem Versprechen der Königin Anna, welches nur die Person des Königs Carl verlangte, und gegenüber dem Erbieten des damaligen Königs, nunmehrigen Kaisers, welcher fortan in der Stellung der Mannschaft die Hauptlast des Krieges in Spanien übernehmen wollte, gab die Mehrheit des Unterhauses ihre Zustimmung zu einer Adresse, welche in Betreff Spaniens die Königin anredete mit den Worten: „Der Bericht, den wir Ew. Majestät in dieser Beziehung vorzulegen haben, besagt, daß, obwohl das Unternehmen in Spanien begonnen wurde auf die besondere und eindringliche Bitte des kaiserlichen Hofes,[1]) und obwohl für denselben die Wiederbringung der spanischen Monarchie an das Haus Oesterreich eine Sache von höchster Wichtigkeit und Bedeutung sein mußte — dennoch weder der vorige Kaiser, noch der jetzige dort jemals eine Mannschaft auf eigene Rechnung gehabt hat als im letzten Jahre, und dann lediglich Ein Regiment Infanterie, bestehend aus 2000 Mann."

Und in entsprechender Weise brachte die Königin Anna, die acht Jahre zuvor sich dem Vater Leopold und dem Sohne Carl in jenen Ausdrücken verbindlich gemacht, nunmehr unter der Anleitung ihrer Berather Oxford und St. John, es über sich, auf eine solche, mit den Thatsachen nicht zu vereinende Adresse des Unterhauses zu antworten: „Diese Darlegung ist ein weiterer Beweis derjenigen pflichttreuen Ergebenheit für meinen Dienst und der Fürsorge für das allgemeine Interesse, welche dies Haus der Gemeinen immer bewiesen hat."[2])

Demgemäß konnte nun auch St. John dem Prinzen Eugen antworten mit Berufung auf das Votum des Unterhauses. Jedoch erfolgte diese Antwort an den Feldherrn, den die Jahreszeit zu seinen Truppen rief, erst eine Woche nach jener Adresse an die Königin, nämlich am 11./22. März. St. John meldete, daß das Unterhaus

[1]) Commons Debates vol. IV, p. 267. Although this undertaking was entered upon at the particular and earnest request of the Imperial Court etc.

[2]) A. a. O., p. 273.

beschlossen habe, die kaiserlichen Truppen in Spanien noch bis zum 25. des laufenden Monates, a. St., also noch vierzehn Tage, nach dem alten Fuße zu bezahlen. Von da an werde Groß-Britannien nur noch seinen Antheil an der Summe der vier Millionen Thaler, die der Prinz Eugen für erforderlich erachte, nämlich ein Drittel bezahlen. „Die Königin, fährt St. John fort, ersucht den Prinzen Eugen dies dem Kaiser zu berichten, damit er Anstalt treffe, sein Drittel rechtzeitig zu entrichten, und zugleich durch seine Minister im Haag die Republik anhalte, auch ihren Antheil beizubringen. Denn die Königin erklärt, daß, wenn nicht ihre Verbündeten, ein Jeder sein Drittheil, zu dem Kriege in Spanien beitragen, sie auch das vom Unterhause zu dem Zwecke ihr bewilligte Drittheil nicht bezahlen wird." [1])

In seiner Antwort faßt der Prinz Eugen alles dahin zusammen, daß die Freunde wie die Feinde die Antwort St. Johns ansehen werden wie das Preisgeben des Krieges in Spanien. Er fügt hinzu, daß die Truppen des Kaisers in Italien stehen, bereit zur Ueberfahrt, daß jedoch die Commandanten der Flotte die Einschiffung verweigern, bis auf positiven Befehl.

Auch dann noch versuchte St. John durch Worte die Sache anders zu wenden als sie lag. Die Flotte im Mittelmeere, sagt er, habe den Auftrag, die Ueberfahrt der Truppen zu decken. Die anderen Kosten der Ueberfahrt wie der Verpflegung fallen dem Kaiser zur Last; denn die Königin gehe über ihren Antheil an den vier Millionen nicht hinaus. „Wenn der Kaiser und die Generalstaaten, sagt er, nicht je ihr Drittel einzahlen, so wird allerdings der Krieg in Spanien damit preisgegeben sein: nur ist es nicht die Königin, die ihn preisgegeben hat." — „Die Königin hofft, sagt weiter St. John, daß der Prinz Eugen seinen großen Einfluß bei dem Kaiser und den Generalstaaten verwenden werde, um diese zum Entschlusse zu bestimmen. Dieser Entschluß wird unfehlbar Frankreich gefügiger und die Unterhandlung in Utrecht minder schwierig machen. Denn das einzige Mittel zur Beschleunigung des Friedens ist ja, wie der Prinz Eugen wiederholt dargelegt, und wie die Königin davon völlig überzeugt ist, dem

[1]) Lamberty t. VII, p. 381.

Feinde die Bereitschaft zu zeigen, den Krieg von allen Seiten mit Nachdruck zu führen."[1])

Das britische Ministerium erhielt für diese Führung des Unterhauses das volle Lob Ludwigs XIV. „Der König, meldet Torcy, hat die ganze Geschicklichkeit der klugen und einsichtsvollen Führung beobachtet, mittelst welcher das Unterhaus zur Erkenntnis gebracht ist, daß die englische Nation von ihren Verbündeten misbraucht wurde, und daß diese ihren Nutzen zogen von einem Kriege, dessen hauptsächliche Last sie der englischen Nation aufbürdeten, und von welchem diese keinen anderen Nutzen hoffen konnte, als durch schleuniges Eingehen auf einen Frieden unter ehrenvollen und vortheilhaften Bedingungen. Da das Oberhaus sich nur durch die Leidenschaft einer unruhigen Partei fortreißen läßt, die ihr Eigennutz gegen das gegenwärtige Ministerium stachelt, so hält sich der König für versichert, daß diejenigen Persönlichkeiten, die zur Zeit mit solcher Befähigung die Angelegenheiten der Königin von England führen, auch das Mittel finden werden, diese Partei zu beugen, und sie dahin zu bringen, daß sie sich dem wahren Interesse der Nation anbequemen."[2])

Dem Prinzen Eugen hatten die Antworten St. Johns, eben so sehr durch den in Staatsschriften an eine befreundete Macht nicht gewöhnlichen Ton, wie durch den Inhalt, zur Genüge gezeigt, daß für den Zweck seiner Reise, Groß-Britannien bei der Allianz zu erhalten, sehr geringe Aussicht war.

Dennoch ist zu erwähnen, daß von einer anderen Persönlichkeit in den letzten Tagen seines Aufenthaltes in London wieder entgegenkommende Schritte geschahen. Der Treasurer Oxford knüpfte durch den pfälzischen Residenten Steingens an mit dem Adjutanten des Prinzen, Hohendorf. Da Oxford sich auf die Zustimmung der Königin berief, willigte der Prinz in eine Unterredung. Auf den Vorhalt des Prinzen Eugen, daß Frankreich nicht wagen würde in Utrecht so aufzutreten, wie es geschehe, wenn es nicht schon mit England einverstanden und dessen Zustimmung im voraus versichert wäre, betheuerte Oxford,

---

[1]) Lamberty t. VII, p. 386.

[2]) Bolingbroke's letters vol. II, p. 222.

daß dies sich nicht so verhalte, und daß England in keine Verbindlichkeiten gegenüber Frankreich eingegangen sei.[1])

Dieser Beginn charakterisirt für uns Spätere von vorn herein den Schritt Oxfords als unaufrichtig. In Wien jedoch, wo man die geheime Uebereinkunft vom October des Jahres zuvor, welche die Belassung Spaniens bei Philipp V. zum Fundamente hatte, zwar vermuthete, nicht jedoch kannte, wurden die Anträge Oxfords nicht principiell verworfen. Der Kaiser Carl VI. konnte, wie es scheint, noch für längere Zeit sich nicht an den Gedanken gewöhnen, daß die Königin, der er einst mit dem vollen Vertrauen der Jugend entgegen getreten war, von allen früheren Zusagen sich nunmehr so völlig losmachen wolle. Die Correspondenz mit Steingens zog sich mehrere Monate hin.

In der Abschieds-Audienz erhielt der Prinz Eugen ein Handschreiben der Königin für den Kaiser. St. John, dem als der französischen Sprache kundigsten Minister es oblag, diese Handschreiben abzufassen, hatte darin seine Rhetorik aufgeboten, um in einem Schwalle von Worten nichts Greifbares zu sagen.[2])

Gegen Ende März schiffte sich der Prinz Eugen in Greenwich ein, um, so viel an ihm war, mit den Waffen gegen den offenen Feind bessere Erfolge zu erringen, als mit Worten gegen einen unaufrichtigen Freund.

Todesfälle in Frankreich und deren Consequenz für den britisch-französischen Friedenshandel.

St. John hatte im Namen der Königin die Worte des Prinzen Eugen über die Bereitschaft zur nachdrücklichen Fortführung des Krieges sich angeeignet: in der Wirklichkeit stand es damit etwas anders. Denn, während der Prinz Eugen in London verweilte und derartige Antworten erfuhr, bemühete sich das britische Ministerium bei Frankreich in dringlicher Weise um den Frieden. Dies war der eigentliche Zweck, für welchen Harley, der Vetter Oxfords, im Beginne des

---

[1]) Arneth, Prinz Eugen Bd. II, S. 212.

[2]) Das Schreiben ist abgedruckt in der Oesterreichisch-militärischen Zeitschrift. Jahrgang 1808, S. 559.

Monates März, nach Holland entsendet werden sollte. Um das Entgegenwirken des Kaisers und der Republick abzuschneiden, ließ die Königin den Harley mit solchen Instructionen ausstatten, daß, wenn die Franzosen nur einigermaßen entgegen kommen würden, der Friede gesichert schien. „Denn alle Dinge sind hier so wohl vorbereitet, schreibt St. John den Bevollmächtigten, am 23. Februar 5. März, daß, wie immer das nächste französische Erbieten im Congreß aufgenommen werden möge, Groß-Britannien sich dafür erklären wird, vorausgesetzt, daß es so viel enthält, als wir mit Besonnenheit und Ehre vertreten können.“[1]) „Wenn nur die Franzosen, sagt er weiter, in den allgemeinen Puncten so vernünftig sind, wie sie sich in den einzelnen bewiesen haben, so wird die Königin den Entwurf dem Parlamente vorlegen. Wir werden in beiden Häusern mit Einer Debatte abkommen, und das Ergebnis derselben wird unfehlbar sein der Rath für die Königin den Frieden abzuschließen.“

Demnach war St. John über den Standpunkt der Vermittelung in Utrecht bereits hinaus. Sein Plan des directen Abschlusses mit Frankreich erschien ihm so zweckmäßig, daß er selber sich erbot, sich nach Versailles zu begeben, um persönlich dort mit dem französischen Ministerium eine solche Vorlage festzustellen. Dieser Plan jedoch erschien zu kühn. Man zog es vor Gautier wieder zu entsenden.[2])

Dies war der Stand der Dinge im Beginne des Monates März. Inzwischen jedoch traten in Versailles Ereignisse von unabsehbarer Tragweite ein. Die Folge war, daß sowohl Harley als Gautier noch bis zum 5./16. März in London zurückbehalten wurden.

Diese Ereignisse waren drei Todesfälle im königlichen Hause rasch nach einander. Nachdem im April des Jahres zuvor der damalige Dauphin, Sohn Ludwigs XIV., 49 Jahre alt verstorben war, stand dem Throne zunächst sein ältester Sohn, der bisherige Herzog von Bourgogne, fortan Dauphin. Verheirathet mit der Prinzessin Marie Adelaide von Savoyen, hatte er zwei kleine Söhne, den Herzog von Bretagne und den Herzog von Anjou. Auf diese folgten im Anrechte an den Thron die jüngeren Enkel Ludwigs XIV., zunächst der frühere

[1]) Bolingbroke's letters vol. II, p. 191.

[2]) A. a. O., p. 193.

Herzog von Anjou, nunmehrige König Philipp V. von Spanien, dann der Herzog von Berry.

Am 12. Februar starb Marie Adelaide, Dauphine von Frankreich, nach einer Krankheit weniger Tage. Der Verlust traf, nach dem Dauphin, am härtesten den alten König selbst; „denn die Dauphine war all sein Trost und Vergnügen.“ [1])

In späterer Zeit ist die Meinung aufgekommen, daß Marie Adelaide das Vertrauen, dessen sie bei Ludwig XIV. genoß, misbraucht habe, um ihrem Vater, dem Herzog Victor Amadeus, Geheimnisse zu entdecken. Die neuere Forschung hat dargethan, daß im Archive zu Turin für eine solche Anklage jeder Anhaltspunkt fehlt.[2])

Bevor noch die Dauphine begraben war, erkrankte der Dauphin an derselben Krankheit, die man als Rötheln bezeichnete. Es war am Dienstag, dem 16. Februar. Die Krankheit stieg rasch. Am Abende des 17. ließ er in seinem Zimmer einen Altar zurichten. Nach Mitternacht ward dort die Messe gelesen. Der Dauphin empfing die Sacramente. Dann redete er in wilden Fieber-Phantasien von Jagd und Krieg; aber noch am selben Morgen machte der Tod seinen Leiden ein Ende, am Donnerstag, dem 18. Februar. Ein und derselbe Wagen führte die Särge des prinzlichen Paares in die Königsgruft zu St. Denis.

„In dem Dauphin, schrieb Dangeau in sein Tagebuch, ist der tugendhafteste und frömmste Prinz gestorben, den es vielleicht auf der Welt gab.“[3]) In gleicher Weise lauten andere Urtheile. „Ich bin gewiß, meldet die Herzogin von Orleans, daß mehr als hundert Heilige kanonisirt sind, die es weniger verdient haben als unser Dauphin.“

Der Dauphin war das Meisterstück der Erziehungskunst des Erzbischofs Fenelon. Seine Knabenjahre hatten seine Umgebung erzittern lassen vor den Ausbrüchen wilder Leidenschaftlichkeit nach allen

---

[1]) Worte der Herzogin von Orleans an die Kurfürstin Sophie, bei Ranke: Französische Geschichte Bd. VI, S. 291. Ueberhaupt folge ich hier hauptsächlich den Briefen der Herzogin.

[2]) M. Della Rocca: Correspondance inédite de la D. de Bourgogne etc. p. 88.

[3]) Dangeau t. XIV, p. 90.

Richtungen. Unter der Leitung Fenelons erfolgte der Umschlag. Der Jüngling formte sich um in ein Musterbild der Bescheidenheit, der Sittenreinheit, der Herzensgüte.[1])

Eine schöne Hoffnung für Frankreich ward in diesem edelsten Sprossen des Hauses Bourbon begraben. Als geschichtliche Thatsache muß erwähnt werden, daß sich gegen den Herzog von Orleans ein Verdacht des Giftmordes an dem prinzlichen Paare erhob, so laut und rücksichtslos, daß Ludwig XIV. selber seinem Neffen rieth, den Chemiker Humberg, mit welchem der Herzog zu arbeiten pflegte, in die Bastille zu schicken, damit er dort vernommen würde. Der Commandant der Bastille dagegen nahm den Chemiker als Gefangenen nicht an, mit Berufung auf den Gegenbefehl des Königs. Es scheint also, daß Ludwig XIV. von seinem Neffen den Anlaß zu einer solchen Demonstration verlangt habe. Inzwischen war auch das Gutachten der Aerzte erfolgt, welches für die Dauphine als die Todesursache die Rötheln angab, für den Dauphin dieselbe Krankheit, und als weitere Ursache noch die Betrübnis hinzufügte, dagegen den Gedanken an Gift zurückwies.[2])

Der Dauphin war 26 Jahre alt geworden. Es blieben seine zwei Söhne, der Herzog von Bretagne, 5 Jahre alt, nunmehriger Dauphin, und der Herzog von Anjou, 2 Jahre alt. Am 28. Februar erkrankte der neue Dauphin, jedoch leicht. Die Krankheit schien vorüber zu gehen. Am 7. März erkrankten beide Kinder schwer, am Abende des 8. starb der neue Dauphin.

In dem Berichte der Herzogin von Orleans heißt es: „Als der kleine Dauphin schon ganz roth von den Rötheln war und schwitzte, haben die Doctoren ihn zur Ader gelassen, hernach ein Brechmittel gegeben, und in der Operation ist das arme Kind verschieden." — „Sein Brüderchen hatte eben dieselbe Krankheit. Während die neun Doctoren mit dem Aelteren beschäftigt waren, haben sich die Wartefrauen des Jüngeren mit dem Prinzen eingesperrt. Gestern nun, am 9., weil das Kind starkes Fieber hatte, haben die Doctoren ihn auch zur Ader lassen wollen; aber die Gouvernante Madame de Ventadour und deren

[1]) Dangeau t. XIV, p. 90. Die schöne Charakteristik von der Hand St. Simons.
[2]) Briefe der Herzogin von Orleans S. 292 u. f.

Stellvertreterin haben sich stark widersetzt und es durchaus nicht leiden wollen, haben ihn nur hübsch warm gehalten. So ist dieses Kind salvirt worden."[1]) — Es war der spätere Ludwig XV.

Das Gerücht dieser Todesfälle durcheilte Europa. Es setzte hinzu, daß auch Ludwig XIV. gestorben sei. Friedrich I. in Berlin hielt dies für so sicher, daß er an Lord Strafford in Utrecht schrieb: es sei allerdings jetzt die rechte Zeit Frankreich zu demüthigen; aber man dürfe es doch nicht zu sehr thun, damit es im Stande verbleibe, dem Hause Oesterreich das Gleichgewicht zu halten. — Im Uebrigen empfahl Friedrich I. dem Lord Strafford sein Interesse.[2])

Das Leben dieses damals zweijährigen Kindes war die Scheidewand, welche Philipp V. von dem nächsten Anrechte auf die Krone Frankreich trennte, demnach das einzige Bollwerk gegen die Vereinigung der beiden Monarchien auf Eine Person.

Damals als Ludwig XIV. seinen Enkel Philipp von Anjou zur Besitzergreifung der Krone nach Spanien entsendete, im December 1700, hatte er ihm sein Anrecht an die Krone Frankreich durch ein besonderes Patent ausdrücklich gewahrt (Band IX, S. 48). Wir haben aus der früheren Zeit die Ansicht vernommen, daß, bei der schwachen Constitution des älteren Bruders, des Herzogs von Bourgogne, weder auf ein langes Leben, noch auf Nachkommenschaft von ihm gerechnet werde, daß daher Ludwig XIV. hoffe, seinem zweiten Enkel, dem Herzoge von Anjou, sei dasjenige Ziel vorbehalten, welches ihm selber in seinen jugendlichen Mannesjahren vorgeschwebt und dann sich als unerreichbar bewiesen hatte, die Vereinigung der Kronen von Frankreich und Spanien (Band VIII, S. 619).

Bei der Anknüpfung des geheimen Friedenshandels zwischen Frankreich und Groß-Britannien dagegen schien dieser Gedanke aufgegeben. Der zweite Artikel der Präliminarien des Mesnager sagte ausdrücklich, daß zweckmäßige und vernünftige Maßregeln getroffen werden müßten, um zu verhindern, daß jemals die Kronen von Frankreich und Spanien auf Ein Haupt zusammen kämen.

---

[1]) Bericht vom 10. März. S. 294.

[2]) Die Correspondenz im Britisch Museum. Add. MS. Strafford Papers. Vol. 22,210.

In derſelben Weiſe meldete Torcy, am 10. März, an St. John den Tod des kleinen Dauphins. „Die Feinde des Friedens, ſagt er, werden dies zum Vorwande nehmen, um die Gefahr der Vereinigung der zwei Kronen auf Ein Haupt geltend zu machen. Dieſe Vereinigung wäre jedoch eben ſo ſchlimm für Frankreich und für Spanien wie gefährlich für das übrige Europa. Daher beharrt der König beſtändig in dem feſten Entſchluſſe, alle erforderlichen Maßregeln zu treffen, um ſie zu verhindern.“ Torcy gab dieſe Maßregeln nicht an; aber er bat, daß die Königin ſich deſſen verſichert halten möge.[1])

Die Nachricht der Todesfälle bewirkte bei der Königin und dem britiſchen Miniſterium in Betreff der Geſinnungen und des bereits früher feſtgeſtellten Planes für den Frieden keine Aenderung. Es war ihnen um Eile zu thun, damit es nicht mehr zu einem Feldzuge komme. Darum wurde am nächſten Tage nach dem Eingange jenes Schreibens von Torcy, am 5./16. März, Harley nach Utrecht, Gautier nach Verſailles entſendet. Es handelte ſich alſo, dem früheren Plane gemäß, um einen Friedensentwurf, den die Bevollmächtigten der beiden Mächte unter einander feſtſtellen würden, um dann von den Anderen die Annahme zu fordern. St. John hielt ſich des Gelingens für ſicher. „Es hangt nur von Sr. allerchriſtlichſten Majeſtät ab, ſchrieb er an Torcy, den Frieden in einer geringeren Anzahl von Tagen zum Abſchluſſe zu bringen als ſeine Bevollmächtigten bereits in Utrecht verweilt haben.“[2])

Der Gedankengang bei St. John iſt alſo weſentlich derſelbe wie elf Tage zuvor. Die Inſtructionen für Harley nach Utrecht, für Gautier nach Verſailles blieben wie ſie waren, nur daß ſie einen Zuſatz erfuhren, nämlich in Betreff der wichtigen Frage, die durch die Todesfälle der zwei Dauphins in den Vordergrund getreten war. „Auch die Königin, ſagt dieſer Zuſatz, zweifelt nicht, daß der Tod dieſer Prinzen denen, welche die Fortſetzung des Krieges erſtreben, zum Vorwande dienen werde; aber ſie iſt zugleich der Anſicht, daß das ſicherſte Mittel ihre Anſtrengungen zu vereiteln, darin beſtehe, ohne Zeitverluſt die geeigneten Maßregeln zu treffen, um die Vereinigung

[1]) Bolingbroke's letters vol. II, p. 205.

[2]) A. a. O., p. 207. Vom 4./15. März.

der zwei Kronen zu verhindern. Zu diesem Ende glaubt die Königin vorschlagen zu sollen, daß der Prinz, der sich im Besitze der spanischen Krone befindet, auf diejenige von Frankreich für sich und seine Kinder formell verzichte, und daß die Thronfolgen für beide Länder in dem Friedensvertrage selber festgestellt werden."[1])

Das britische Ministerium scheint bei diesem seinem Vorschlage an einen Widerspruch auf französischer Seite kaum gedacht zu haben. Denn ähnlich wie an Torcy, schreibt St. John einige Tage später, am 7./18. März, auch an Strafford in Utrecht. Es stehe nunmehr, sagt er, alles in der Hand Frankreichs. Die Königin sei weit entfernt, aus dem Unglücke des Hauses Bourbon Nutzen ziehen zu wollen. Obwohl die Verbündeten den Feldzug mit Vortheil beginnen können, so wünsche doch die Königin allen Operationen zuvor zu kommen. Ein vernünftiger Friedensplan von französischer Seite werde daher ihre volle und bereitwillige Zustimmung finden, und eben so diejenige der Nation. St. John fürchtet nur die französische Neigung zum Verhandeln, die den Kriegeseifer in der britischen Nation wieder anfachen könne. Eine Besorgnis seinerseits in Betreff jenes Vorschlages, daß Philipp V. auf Frankreich verzichten solle, wird nicht laut.[2])

Und doch traf gerade dieser Vorschlag die französische Königs-Politik ins Herz und ward fortan für mehrere Wochen zur wichtigsten Frage, vor der alle anderen als nebensächlich erschienen.

Auf die durch Gautier überbrachte Denkschrift, vom 4./15. März, antwortete Torcy durch eine besondere Denkschrift vom 23. März.[3]) Die Hauptsache darin ist die Antwort auf die Forderung, daß Philipp V. auf die Krone Frankreich verzichten solle. „Ein solcher Verzicht, antwortete Torcy, wäre gemäß den Grundgesetzen des Königreiches nichtig und ungültig. Denn nach diesen Gesetzen ist der Prinz, welcher der Krone zunächst steht, nothwendig der Erbe derselben. Diese Erbschaft empfängt er weder von dem Könige seinem Vorgänger, noch von dem Volke, sondern kraft des Gesetzes, so daß, wenn ein König zum Sterben kommt, der Nächststehende unmittelbar ihm folgt, ohne um Jemandes

[1]) Bolingbroke's letters vol. II, p. 208.
[2]) A. a. O., p. 213. Vom 7./18. März.
[3]) Abgedruckt a. a. O., p. 222.

Einwilligung sich zu kümmern. Er folgt nicht als Erbe, sondern als der Herr des Königreiches, dessen Eigenthum ihm zusteht, nicht nach Wahl, sondern lediglich nach dem Rechte der Geburt. Er ist für seine Krone weder dem Willen seines Vorgängers verpflichtet, noch einem Edicte, noch einem Beschlusse, noch auch dem Wohlwollen irgend eines Menschen: er ist es lediglich dem Gesetze. Dieses Gesetz wird angesehen als das Werk dessen, der die Monarchien gegründet hat, und man hält in Frankreich fest, daß nur Gott es abschaffen könne. Daher gibt es keinen Verzicht, der es aufzuheben im Stande wäre. Und wenn der König von Spanien um des Friedens willen und aus Gehorsam für seinen Großvater den Verzicht leistete, so würde es ein Irrthum sein, diesen Verzicht zu betrachten als ein ausreichendes Heilmittel gegen die Uebel, welche man vermeiden will. Im Gegentheile würde das die Quelle der größten Uebel sein. Es hieße das Thor eröffnen für innere Kriege in Frankreich, deren Flammen ganz Europa in Brand stecken würden."

In dem Begleitbriefe an St. John sagt Torcy kürzer: „Man darf bei solchen Gelegenheiten nicht auf Sand bauen, und unnützer Weise viele Vorsichtsmaßregeln aufwenden, um Acte zu stützen, die in sich selber nichtig sind."

Aber Torcy erkennt in seinen Worten auch an, daß eine Vereinigung der Kronen nicht statthaft sei. Denn weder dürfe Frankreich eine Provinz von Spanien, noch Spanien eine Provinz von Frankreich werden. Man müsse daher ein Expediens finden. Zu diesem Zwecke schlägt er dasjenige vor, welches, wie er sagt, der König Carl II. in seinem Testamente aufgestellt. Wenn der durch dies Testament berufene Erbe für Spanien, der Herzog von Anjou, sein Anrecht an die Krone Frankreich vorziehe, so trete für Spanien an seine Stelle der jüngere Bruder, der Herzog von Berry. So, meint Torcy, könne es gehalten werden, wenn sich für Philipp V. die Nachfolge in Frankreich eröffne.

So sehnsüchtig das britische Ministerium nach dem Frieden ausschauete, so war doch diese französische Zumuthung, die in der That den alten Plan kaum verhüllte, gar zu stark. In seiner Antwort, vom 23. März/3. April, an Torcy trat St. John fester auf. „Der hauptsächliche Beweggrund für die Königin, sagt er, so weit für den Frieden entgegen zu kommen, war das Vertrauen, daß auch der allerchristlichste

König seinerseits alle erforderlichen Schritte thun werde, um für immer die für ganz Europa so gefährliche Vereinigung der zwei Kronen zu hindern. Man darf Ihrerseits nicht verlangen, daß sie sich dafür mit einer so geringen Sicherheit begnüge, wie der von Ihnen gemachte Vorschlag bietet, oder daß sie gestatte, daß derjenige, der sich im Besitze der Krone Spanien befindet, das Recht haben solle an der Krone Frankreich zu succediren. Wer bürgt uns dafür, daß dieser Prinz, anstatt eine so beispiellose Mäßigung zu beweisen, nicht lieber seine Macht anwendet, um die eine Krone zu behalten, die andere zu erlangen?"

„Seien Sie in Frankreich immerhin überzeugt, daß nur Gott das Grundgesetz Ihrer Thronfolge aufheben kann: gestatten Sie aber dagegen uns in Groß-Britannien der Ansicht zu sein, daß ein Prinz sich durch eine freiwillige Cession seines Rechtes begeben kann, und daß derjenige, zu Gunsten dessen der Verzicht geschieht, den gerechten Anspruch hat auf den Schutz der Mächte, welche den Vertrag verbürgen."

„Kurz die Sache ist von solcher Wichtigkeit sowohl für die Königin als für das gesammte Europa, sowohl für die Mitwelt als für die Nachwelt, daß die Königin nicht einwilligen kann, die Friedenshandlung fortzusetzen, wenn nicht das Expediens, welches sie vorgeschlagen, oder ein anderes gleichwerthiges angenommen wird." [1])

Zugleich erging ein Courier nach Utrecht an die britischen Bevollmächtigten mit dem Befehle, keine weiteren Vorschläge von französischer Seite anzunehmen als bis in dieser Angelegenheit Satisfaction gegeben sei.

Schon vorher indessen stockten dort die Dinge. Der 30. März war der Tag, welchen die französischen Bevollmächtigten zur Antwort auf die besonderen Forderungen der Verbündeten, vom 25. März, angesetzt hatten. Als die sämmtlichen Gesandten sich in dem Conferenzsaale eingefunden, zog der Abbé Polignac ein Blatt hervor und las: „Nachdem man beiderseitig die Forderungen schriftlich übergeben, halten wir dafür nunmehr im Stande zu sein, mit allen Verbündeten, gemäß der in den früheren Friedens-Congressen üblichen Weise in Verhand-

[1]) Bolingbroke's letters vol. II, p. 229. Vom 23. März/3. April.

lung zu treten."[1]) Der Graf Sinzendorf erhob darauf die Frage, ob das die in Aussicht gestellte Antwort sei. Polignac bejahete. Die Gesandten der Verbündeten zogen sich in ihr besonderes Zimmer zurück, und ergingen sich in heftigen Reden über das französische Verfahren, welches sie lächerlich nannten. Nur Strafford trat für dasselbe ein. Nach einigem Hin- und Herreden einigte man sich zu der Antwort: „Wir haben erwartet, daß nachdem wir, Ihrem Wunsche gemäß, unsere besonderen Forderungen schriftlich eingegeben haben, Sie dieselben eben so beantworten würden. Und dies erwarten wir noch."

Am 2. April erneuerten die Verbündeten in einer allgemeinen Conferenz diese Erklärung. Polignac bestritt die Verpflichtung und bezog sich auf das Verfahren in den früheren Friedens-Congressen. Man hielt ihm entgegen, daß damals ein Vermittler da gewesen sei, der nunmehr fehle. Der Marschall Uxelles rief: wie könne man schriftliche Verhandlung fordern, nachdem man das erste Schriftstück nur dazu benutzt habe, die Völker gegen Frankreich zu erregen. Sinzendorf erwiederte: sobald man von französischer Seite nur billige und vernünftige Vorschläge mache, werde sich die Erregung der Völker nicht gegen Frankreich wenden, sondern gegen die Verbündeten.

Die Franzosen willigten nicht ein, und man blieb auf diesem Punkte einander gegenüber stehen. Inzwischen traf der Prinz Eugen auf der Rückkehr von London im Haag ein. Viele der Gesandten eilten dahin. Sie hofften ja überhaupt mehr von einem nachdrücklichen Feldzuge als von den Verhandlungen, bei welchen sie nicht wußten, ob die Engländer ihnen Feind oder Freund. Die allgemeinen Verhandlungen in Utrecht standen still, noch bevor jene Weisung St. Johns an die britischen Bevollmächtigten eintraf, daß, ehe die geheime Beredung mit den Franzosen weiter ginge, Frankreich in Betreff der Trennung der zwei Kronen Frankreich und Spanien sich befriedigend erklären müsse.

So nachdrücklich sich St. John über diesen Punkt zu Torcy ausgesprochen, seine weiteren Kundgebungen prägen seine Sorge aus. Er sucht, direct durch eigene Briefe, indirect durch die Bevollmächtigten Bristol und Strafford, Stützen an den Gesandten derjenigen Mächte,

[1]) Bericht des Primoli vom 1. April. — Vgl. Lamberty t. VII, p. 91.

die, nach alter Erfahrung, dahin neigten, wo der größere Vortheil winkte, Friedrich I. und Victor Amadeus.[1])

In der That war man in Versailles nicht geneigt, den Versuch zu Gunsten Philipps V. aufzugeben. St. John hatte die Forderung des Verzichtes von Philipp V. auf sein Erbrecht an Frankreich nicht kategorisch gestellt, sondern daneben Raum gelassen für etwa ein anderes gleichwerthiges Expediens. In Versailles suchte man ein solches zu finden. Der erste Vorschlag hatte darin bestanden, daß Philipp V. dann, wenn die Krone Frankreich ihm zufalle, seine Wahl zu treffen und auf die eine der zwei Kronen zu verzichten habe. Damit abgewiesen brachte Torcy den modificirten Vorschlag vor, daß Philipp V. oder derjenige seiner Descendenten, dem als Nächstberechtigten die Aussicht auf den Thron von Frankreich sich eröffne, als präsumtiver Thronerbe seine Wahl zu treffen habe, ob Frankreich, ob Spanien.

Die Antwort St. Johns riß auch diesem Vorschlage den Schleier ab, und stellte dies Mal die Frage bestimmt fest. „Es bleibt nur Ein Mittel, erwiederte er, die sofortige Option des Prinzen, der im Besitze von Spanien ist, und die Feststellung der Thronfolgen für beide Länder durch den Friedensvertrag.“[2])

Der Name St. John steht hier als derjenige des Vertreters des britischen Ministeriums gemäß seinem eigenen Anspruche. Denn er schreibt zugleich an Strafford: „Als ich unternahm, im Gegensatze zu allen Verbündeten, im Gegensatze zu einer mächtigen turbulenten Faction daheim, im Gegensatze sogar zu der Anschauungsweise, welche seit zwanzig Jahren in Folge falscher Grundsätze aufgewachsen war — im Gegensatze zu allem diesem einen Frieden herbeizuführen, war es mir klar, daß dies Bestreben den äußersten Nachdruck und feste Entschlossenheit erforderte.“[3])

St. John vergißt hier manches Andere zu nennen, mit welchem sein Streben nicht minder im Gegensatze stand. Kein späterer Engländer ist für die Meinung eingetreten, daß Oxford und St. John

---

[1]) Bolingbroke's letters vol. II, p. 232. An Maffei, an Marschall von Biberstein, an die Bevollmächtigten.

[2]) A. a. O., p. 249. Vom 6./17. April.

[3]) A. a. O., p. 256. Vom 8./19. April.

durch ihre Mittel zum Frieden zu gelangen, die nationale Ehre Englands gefördert haben.

Auf die nunmehr bestimmt gestellte britische Forderung des sofortigen Verzichtes schob Ludwig XIV. seinem Enkel in Madrid die Entscheidung zu. „Die Nothwendigkeit des Friedens, schrieb er, am 18. April, steigt täglich, und, nachdem die Mittel zur Fortführung des Krieges erschöpft sind, werde ich mich endlich gezwungen sehen, auf Bedingungen hin zu unterhandeln, die für uns beide gleich unangenehm sind, wenn nicht Ew. Majestät unverzüglich durch einen raschen Entschluß zuvorkommen. Mein Gesandter Bonac wird Ihnen mittheilen, was ich denke in einer so schwierigen Angelegenheit, bei welcher vernünftige Gründe nicht mehr am Orte sind.“[1])

Der Rath Ludwigs XIV. für Philipp V. war, wie Torcy es benennt, der Hartnäckigkeit der Engländer nachzugeben, und zu erklären, daß er auf die unsichere Aussicht auf die Krone Frankreich verzichten werde.

Torcy meldete dies nach London, am 26. April. Zwar sei es für Philipp V. hart, meint er, schon jetzt den Spaniern kund zu thun, daß er, wenn sich die Thronfolge in Frankreich für ihn eröffne, sie verlassen wolle: aber dieser Uebelstand müsse dem Gemeinwohle weichen. Der König legt also seinem Enkel in Madrid die Nothwendigkeit dar, schon jetzt seinen Entschluß zu fassen. Torcy hofft, daß Philipp V. sich in Güte fügen werde. Wenn aber nicht, so werde Ludwig XIV. alle Mittel anwenden, welche die Königin von Groß-Britannien für geeignet halte, und wenn es sein müsse, auch dasjenige der Gewalt.

„Nach meiner Ueberzeugung, fährt Torcy fort, wird es nicht zu diesem Aeußersten kommen; aber es ist der Wille des Königs, daß ich Ihnen seinen Entschluß für diesen Fall mittheile, damit Sie darin einen neuen Beweis seiner Aufrichtigkeit erblicken, so wie den wahrhaften Wunsch nach dem schnellen Abschlusse eines sicheren und festen Friedens.“

Nach Torcys Meinung war damit diese Sache geebnet. Aber, sagt er dann, die Feinde des Friedens setzen ihre Hoffnungen auf die Ereignisse des Feldzuges, und darum empfehle es sich, daß die Königin,

[1]) Mémoires de Torcy t. III, p. 183.

um solche Plane der Gegner zu durchkreuzen, nunmehr einen Waffenstillstand vorschlage.[1])

Das Schreiben ward von Gautier nach London überbracht. Für den Fall jedoch, daß Torcys schriftliche Versicherungen der Aufrichtigkeit im britischen Cabinet nicht den gewünschten Glauben fanden, war Gautier auch noch mit mündlichen Instructionen ausgerüstet, die aus dem Verlaufe der Dinge wohl erkennbar sind. Der eigentliche Vertrauensmann in England für Frankreich war der Treasurer Oxford, St. John dagegen führte die Feder des britischen Cabinets.

Seine Antwort an Torcy, vom 29. April/10. Mai, prägt nicht den von diesem gewünschten Glauben an die Aufrichtigkeit der französischen Kundgebung aus.[2]) „Sie melden mir, antwortet er, daß die Erklärung über die Option von Stund an erfolgen soll; aber Sie sagen nicht, daß mit der Erklärung auch die Ausführung Schritt halten wird. Eben dies jedoch ist für den definitiven Frieden durchaus nothwendig. Wir müssen die Sache so einrichten, daß niemals der Moment eintreten kann, in welchem derjenige Fürst, der sich im Besitze der Krone von Spanien befindet, die Succession an derjenigen von Frankreich, als für ihn eröffnet betrachten könne."

Das Schreiben St. Johns schlägt daher ein Auskunftsmittel vor. Für den Fall, daß Philipp V. sein Anrecht auf Frankreich bewahren wolle, müsse er Spanien aufgeben. In diesem Falle werde er sofort mit dem Herzoge Victor Amadeus zu tauschen haben, so daß dieser Spanien erhalte, Philipp V. die Erbländer des Herzogs, mit Montferrat, Mantua, Sicilien dazu. Werde Philipp V. dann König von Frankreich, so habe er Sicilien an das Haus Oesterreich abzugeben: die anderen Länder verbleiben als französische Provinzen.

„Allein, fügt dann St. John hinzu, die Umstände gestatten nicht, daß wir länger in der Ungewisheit bleiben, ob wir Krieg oder Frieden haben werden. Das Parlament wird ungeduldig. Die Königin, die demselben die Mittheilung der Friedenshandlung versprochen hat, kann sich nicht entziehen die auf dieses mein Schreiben erfolgende Antwort dort vorzulegen. Die Armeen stehen im Felde und die Ereignisse

[1]) Bolingbroke's letters vol. II, p. 278. Vom 26. April.

[2]) A. a. O., p. 300.

Eines Tages können völlig die Sachlage verändern. Bei aller Geneigtheit für den Frieden und bei aller Abneigung gegen ferneres Blutvergießen, kann die Königin sich nicht für einen Waffenstillstand erklären, bevor sie den Entschluß des allerchristlichsten Königs auf diesen unseren Vorschlag kennt. Der Abbé Gautier hat uns den Plan für den allgemeinen Frieden überbracht. Aber es würde eine vergebliche Mühe sein, andere Punkte zu erörtern, bevor die Hauptfrage entschieden ist. Die Königin besteht daher darauf, daß die Antwort, die Sie mir senden werden, kategorisch und endgültig sei."

Die Fassung dieses Schreibens ist offenbar scharf, fast drohend. In so fern trägt es das persönliche Gepräge St. Johns. Eine andere Frage ist, von welchem Boden aus die Gedanken entstammten, die in so freigebiger Weise über fremdes Eigenthum verfügten, willkürlicher noch als die einstigen Theilungsverträge über die spanische Monarchie. Denn damals handelte es sich nur um Länder, die durch den zu erwartenden Tod Carls II. von Spanien herrenlos wurden: in diesem Falle dagegen sollte über Länder verfügt werden, die sich im rechtmäßigen Besitze Anderer befanden. Es liegt daher die Vermuthung nahe, daß dem Cabinetsrathe, in welchem St. John der Auftrag zu jenem Schreiben ertheilt wurde, eine Verständigung zwischen Oxford und Gautier nach den mündlichen Aufträgen des letzteren vorangegangen war. Daß St. John um dies Geheimnis nicht wußte, geht daraus hervor, daß er, gemäß dem Verlaufe der Berathung im Cabinete, dieselbe Vermuthung aussprach.

„Wenn Vorschläge zu Aenderungen angeregt wurden, schreibt er an Strafford, so konnte ich an dem Verhalten Oxfords deutlich merken, daß er wußte, welcher Vorschlag dem Hofe von Versailles mehr genehm und welcher es minder sein würde. Ich habe den Gautier nach allen Richtungen hin ausgefragt, und glaube aus ihm herausgebracht zu haben, daß man in Frankreich gegen ein Expediens solcher Art sich nicht obstinat verhalten wird."[1])

Es ist von Interesse, solche Aeußerungen dieses britischen Ministers mit dem Thatbestande zu vergleichen. Die Lage der Dinge war, namentlich in militärischer Beziehung, für Frankreich sehr wenig günstig.

[1]) Bolingbroke's letters vol. II, p. 300. Vom 29. April/10. Mai.

„Gautier, meldet St. John, am 29. April/10. Mai, ist von großer Furcht vor einem Treffen erfüllt, und er hat seit seiner Ankunft hier wohl zehnmal den Ausdruck gebraucht: er hoffe, daß unsere Armee nichts unternehmen werde, bis sich ergebe, welchen Entschluß sein Hof auf diesen letzten Vorschlag fassen werde.“[1])

Demnach lagen die Dinge so, daß die Königin von Groß-Britannien, wenn sie ihren Bundesgenossen die gemachten Verträge treu und ehrlich hielt, es auch damals noch in ihrer Macht hatte, für Ludwig XIV. das Gesetz des Friedens vorzuschreiben. Anstatt der Königin einen Rath dieser Art zu geben, machte St. John, einige Tage später, an Gautier die weitere Wahrnehmung, die er in die Worte an Strafford kleidet: „Gautier hat mir eingestanden: er erwarte, daß in Versailles der Vorschlag des Tausches angenommen werde.“[2])

Dagegen brachte diese Wahrnehmung den Staats-Secretär St. John, ungeachtet seiner früheren Vermuthung einer Verständigung zwischen Oxford und Gautier, nicht zu der weiteren Schlußfolge, daß jener Vorschlag des Tausches zwischen Philipp V. und Victor Amadeus seinen Ursprung nicht in St. James, sondern in Versailles haben könne, und daß daher die Feder St. Johns in Bewegung gesetzt worden sei, dem Könige Ludwig XIV. seinen eigenen Vorschlag in britische Form gekleidet zurückzugeben.

Es handelt sich also um die Aufnahme jenes Vorschlages in Versailles.

Zunächst ist zu beachten, wie dort die Umstände lagen. Der kleine Dauphin, von den Rötheln kaum genesen, war abermals erkrankt. „Man ist sehr in Sorge, schrieb Dangeau in sein Tagebuch, am 9. Mai, daß die Gesundheit des Kindes sich gar nicht wieder herstelle.“[3]) Ludwig XIV. selber war nahe daran, sein vierundsiebenzigstes Lebensjahr zu vollenden. Bei dieser Lage der Dinge schrieb er, nach dem Eintreffen jener von Groß-Britannien gestellten Alternative, eigenhändig an seinen Enkel Philipp V. in Madrid den folgenden Brief, der kaum einen Zweifel beläßt, daß der von Oxford im Cabinetsrathe der Königin

[1]) Bolingbroke's letters vol. II, p. 301. Vom 29. April/10. Mai.
[2]) A. a. O., p. 309.
[3]) Dangeau t. XIV, p. 143. Vgl. p. 136, 146, 150.

vertretene Vorschlag des Tausches mit Savoyen in Wahrheit seinen Ursprung in Versailles hatte.

„Ich gestehe Ihnen, sagt darin Ludwig XIV.,[1]) daß ich ungeachtet des ungleichen Verhältnisses der Länder (Spanien und der Gebiete des Herzogs Victor Amadeus) dennoch lebhaft von dem Gedanken ergriffen bin, daß Sie fortfahren würden König zu sein, daß ich immer Sie als meinen Nachfolger betrachten könne, und daß Ihre Stellung Ihnen gestatten würde von Zeit zu Zeit zu mir zu kommen. Denken Sie sich die Freude aus, die ich darüber empfinden würde, mich für die Zukunft auf Sie als meinen Nachfolger verlassen zu können, und gesichert zu sein, daß, wenn der Dauphin am Leben bleibt, ich ihm in Ihrer Person einen Regenten hinterlassen würde, der gewohnt ist zu befehlen, fähig die Ordnung in meinem Königreiche aufrecht zu halten und den Cabalen zu steuern. Wenn dieses Kind zu sterben kommt, wie seine schwache Constitution nur zu sehr besorgen läßt, so würde nach dem Rechte der Geburt die Thronfolge auf Sie verstammen. Ich würde dann den Trost haben, meinen Völkern einen tugendhaften König zu hinterlassen, befähigt sie zu regieren, welcher, indem er mir folgt, noch so beträchtliche Länder wie Savoyen, Piemont und Montferrat mit der Krone vereinigen würde. Diese Aussicht ist mir so lieb, und hauptsächlich die Annehmlichkeit, die ich mir darin vorstelle, mit Ihnen und der Königin einen Theil des Restes meines Lebens zu verbringen, und selber Sie über den Stand meiner Angelegenheiten zu unterrichten, daß ich mir nichts ausdenken kann dem Vergnügen zu vergleichen, welches Sie durch das Eingehen auf diesen neuen Vorschlag mir bereiten würden."

„Wenn die Dankbarkeit und die Neigung für Ihre Unterthanen dringende Beweggründe für Sie sind, bei ihnen zu bleiben, so darf ich auch meinerseits sagen, daß Sie mir dieselben Gefühle schulden, so wie Ihrem Hause und Ihrem Vaterlande eher noch als Spanien. Ich wünsche von Ihnen die Bethätigung derselben. Ich werde es als das größte Glück meines Lebens betrachten, wenn Sie den Entschluß fassen sich mir zu nähern und sich die Rechte zu bewahren, welche Sie, wenn Sie sie jetzt aufgeben, eines Tages vergeblich zurücksehnen werden."

[1]) Mémoires de Torcy t. III, p. 190.

„Indessen bin ich engagirt auf der Grundlage Ihres Verzichtes auf Frankreich gegen die Beibehaltung Spaniens und Westindien zu verhandeln, für den Fall daß Ew. Majestät den Vorschlag des Tausches mit dem Herzog von Savoyen verwerfen. Ich habe es in der Hand, Ihnen die Wahl frei zu lassen; jedoch wird die Nothwendigkeit zum Abschlusse des Friedens zu gelangen, täglich dringender."

Bis die Entscheidung Philipps V. in Versailles und dann in St. James eintreffen konnte, mußte jedenfalls eine Reihe von Tagen verfließen. Bei dem Stande der Dinge aber war jeder Verzug für den heimlichen Friedensplan gefährlich. Weder die Königin Anna, noch Ludwig XIV. waren geneigt, denselben noch von einem Waffengange abhängig zu machen. Am Hofe von Versailles ward schon am 9. Mai die Nachricht verbreitet, daß die Königin in ihrer Capelle das Gebet für das Glück ihrer Waffen habe einstellen lassen.[1]) St. John meldete an Strafford, am 6./17. Mai, daß die Königin auf das Eintreffen der Antwort aus Frankreich ihren Entschluß fassen werde und zu diesem Zwecke Strafford herüber rufe, damit er, gestützt auf die Beschlüsse der beiden Häuser des Parlamentes, nach Utrecht zurückkehren und die Sache dort abkürzen werde. Der dann abzuschließende Vertrag, meint St. John, werde für England zugleich ehrenvoller und vortheilhafter sein als irgend einer zuvor, von dem die Geschichte melde.[2]) — Einem anderen gleichgesinnten Freunde gegenüber gebraucht er die Worte: „Ich sage Ihnen ohne Prahlerei, daß ich lieber mein ganzes Leben in der Verbannung zubringen will, weil ich mitgeholfen habe an diesem Frieden, als zu den höchsten Ehren erhoben sein möchte, wenn ich beigetragen hätte ihn zu hindern."[3])

In gleicher Weise wie den britischen Botschafter Strafford, rief St. John auch den savoyischen, Grafen Maffei, nach England, indem er ihnen die Antwort von Versailles, auf welche hin die Königin handeln wolle, als für das Ende der Woche bevorstehend ankündigte.[4]) An demselben Tage befand sich allerdings die Antwort Torcys, vom 13. Mai, bereits unterweges.

---

[1]) Dangeau t. XIV, p. 143.

[2]) Bolingbroke's letters vol. II, p. 313.

[3]) A. a. O., p. 305.

[4]) A. a. O., p. 312. Vom 6./17. Mai.

In Versailles herrschten ähnliche Erwägungen vor, wie in St. James. Da die Antwort Philipps V. sich noch einige Zeit hinziehen würde, so ließ Ludwig XIV. für ihn durch Torcy erklären, daß Philipp V. auf die eine oder die andere Weise der gestellten Alternative eingehen werde. „Sie haben also, fügt Torcy für St. John hinzu, das was ich auf Befehl des Königs hier schreibe, zu betrachten als die Ihrerseits verlangte endgültige Antwort des Königs, welche daher jeglicher Ungewisheit über den Frieden oder die Fortführung des Krieges ein Ende machen muß." Torcy schloß mit dem Vorschlage eines Waffenstillstandes.[1])

Die Königin ließ erwiedern, am 10./21. Mai, daß sie sich auf die Aufrichtigkeit des Königs völlig verlasse, und daß, sobald die Nachricht des Entschlusses von Madrid eingetroffen, sie alle für das große Werk des Friedens erforderlichen Erklärungen ergehen lassen werde. Am selben Tage handelte die Königin, welche vor dem gemeinsamen Feinde der großen Allianz von Aufrichtigkeit reden ließ, vor den eigenen Bundesgenossen, die in Waffen demselben gegenüber standen, in einer Weise, welche diese Bundesgenossen nicht als aufrichtig anerkannten.

Wir haben daher dem Feldzuge unsere Aufmerksamkeit zuzuwenden und zunächst die Schritte vorher ins Auge zu fassen.

Der Feldzug in den Niederlanden.

Bis zum 10./21. Mai.

In den geheimen Verhandlungen zwischen St. James und Versailles war im Winter zuvor beiderseitig wiederholt der Wunsch ausgesprochen, daß man sich nicht den Wechselfällen eines abermaligen Feldzuges aussetzen möge. Der Botschafter Strafford jedoch erklärte im Haag, daß der Feldzug mit allem Nachdrucke erfolgen werde.[2]) Der Admiral Wishart, der im Auftrage der Königin die Rüstungen zur See im Haag vereinbaren sollte, gebrauchte, am 16. März, die Worte: auf Befehl der Königin habe er vorzustellen, daß es für die

[1]) Bolingbroke's letters vol. II, p. 316.

[2]) Lamberty t. VII, p. 104.

gemeinsame Sache von der äußersten Wichtigkeit sei, die denkbar stärksten Anstrengungen aufzubieten, um den Krieg nach allen Richtungen fortzusetzen, für den Fall, daß die gegenwärtige Unterhandlung nicht zum Ziele führe.[1])

Im März setzten sich die Truppen allseitig in Marsch. Der Prinz Eugen fragte bei den Generalstaaten an, ob es ihr Wunsch sei, daß er zur Armee gehe, auch bevor die zur Verstärkung erwarteten kaiserlichen Truppen einträfen. Er erhielt, am 16. April, die bejahende Antwort. Er möge sich hin begeben und, vermöge seiner Erfahrung und Einsicht, helfen die militärischen Operationen zu leiten, und in Uebereinstimmung mit den Feld-Deputirten und Generalen der Armee handeln.[2]) — Der Oberbefehl hatte also bestimmte Grenzen.

Einige Tage später, am 18. April, ersuchte der Botschafter Strafford um eine Conferenz mit den Deputirten der Generalstaaten. Er überreichte ein Schreiben der Königin, vom 21. März/1. April, als Antwort auf ein solches von Seiten der Generalstaaten, vom 14. März, in welchem sie zum Beginne des Feldzuges auffordern. Die Königin erwiederte, daß alles bereit gestellt sei, um frühzeitig und mit Nachdruck den Feldzug zu beginnen. Der Herzog von Ormond, dem sie das Commando verliehen, werde in den nächsten Tagen eintreffen. — Daran schlossen sich weitere Erörterungen von Seiten Straffords über die Leistungen für den Krieg, und zwar, wie immer, in dem Sinne, daß England, bisher übermäßig belastet, fortan nur noch nach Verhältnis beitragen wolle. Von Seiten der Republik ward erwiedert, daß sie 60.000 Mann in den Niederlanden unterhalte, und daß die bisherige Mehrleistung der Königin in Spanien und Portugal der Richtschnur des Verhältnisses entsprochen habe, wie es durch die Verträge festgestellt worden sei.[3])

Wenige Tage später traf Ormond im Haag ein. Seine Instruction wies ihn an, dem Rathspensionär Heinsius zu versichern, daß die Königin entschlossen sei, den Krieg mit allem möglichen Nachdrucke zu betreiben, bis der Feind dahin gebracht werde, Frieden zu machen

---

[1]) Lamberty t. VII, p. 111. Vom 16. März.
[2]) A. a. O., p. 114.
[3]) A. a. O., p. 117.

auf sichere und ehrenhafte Bedingungen für die Königin und ihre Verbündeten. — Sobald er bei der Armee eingetroffen, habe er sich zum Prinzen Eugen zu begeben, um mit ihm und den anderen Generalen die geeigneten Maßregeln der Bethätigung zu vereinbaren.[1])

Ormond erzählte im Haag in vertraulicher Weise, daß er selber seine Instruction entworfen und der Königin zur Unterzeichnung vorgelegt habe. Er habe dann der Königin ausgesprochen, daß er ein Mann von Ehre sei, dem Dienste ergeben, und ein guter Engländer. Er ersuche daher die Königin nicht zu gestatten, daß, wenn er im Felde, ihm von einem Minister her Befehle zugingen im Widerspruche mit jener Instruction; denn im anderen Falle werde er sofort seine Stelle niederlegen.[2])

Wenige Wochen später meinte man im Haag Grund zu haben, Ormond wegen des Widerspruches seines Handelns mit jenen Worten die Absicht der Täuschung vorzuwerfen.[3]) Das Urtheil dürfte zu scharf sein. Die Charakteristik seines Verhaltens im Jahre 1702, durch den Landgrafen Georg (Band X, S. 192) reicht aus, auch dasjenige von 1712 zu erklären.

In der Besorgnis, daß die Generalstaaten dem Prinzen Eugen unbedingte Vollmacht gegeben, wandte sich auch Ormond, am 28. April, an die Generalstaaten mit der Frage, ob sie es für zweckmäßig hielten, daß er sich zur Armee begebe. Man errieth den Grund der auffallenden Frage von Seiten eines Generals, dessen Truppen bereits im Felde standen, und gab ihm eine Antwort, die im Wesen mit derjenigen an den Prinzen Eugen gleich lautete.[4]) Beide Feldherren standen also neben einander, auf gütliche Vereinbarung angewiesen, zugleich aber auch mit den Feld-Deputirten. Die Frage von Ormond bei Heinsius, ob ein besonderer Feldzugsplan entworfen sei, verneinte dieser mit dem Hinweise, daß alles von der Vereinbarung an Ort und Stelle abhangen werde.[5])

---

[1]) Lamberty t. VII, p. 121.

[2]) A. a. O., p. 122.

[3]) A. a. O.

[4]) A. a. O.

[5]) Ormond an St. John, in Bolingbroke's letters vol. II, p. 270. — Mémoires du duc d'Ormond t. I, p. 192.

Auf dem Wege zur Armee erhielt Ormond ein Schreiben St. Johns, enthaltend die Meldung, daß nach sicherer Kunde die Holländer den Prinzen Eugen nicht ohne Besorgnis betrachteten. Sie bedächten, daß er ein Papist und, dem Interesse nach, ein Deutscher sei. Zu Gunsten des Kaisers werde er allzu eifrig ein Treffen suchen.[1])

In Tournay traf Ormond mit dem Prinzen Eugen zusammen. Nach den Denkwürdigkeiten des Ersteren zeigte sich der Prinz Eugen in diesen ersten Beredungen unentschlossen, während Ormond auf den Beginn des Feldzuges drängte.[2])

Auf französischer Seite hatte abermals der Marschall Villars die Oberanführung. In der Unterredung, die Ludwig XIV. vor der Entsendung mit ihm hatte, prägt sich die volle Besorgnis des Königs vor den Ereignissen des Feldzuges aus. Der Verlust einer einzigen Schlacht würde den Gegnern den Weg auf Paris eröffnen. Niemals, sagte der König, werde er dies zugeben, sondern zuvor noch einmal alles zusammen raffen und an den Ufern der Somme Stand-halten, um den Staat zu retten oder selber unterzugehen. — Villars erkannte an, daß er auf eine sehr ungleiche Defensive beschränkt sein werde; denn, nach seinen Angaben, konnte er den 180 Bataillonen der Gegner höchstens 140 entgegen stellen. Er hoffe jedoch, meldete er dann vom Felde aus dem Könige, die obere Schelde bis an die Quelle vertheidigen zu können.[3])

In dem ersten Drittel des Monates Mai gelangte von St. John eine neue Mahnung an Ormond. Es sei der Wille der Königin, schrieb er, daß alle Truppen in ihrem Solde, ob Engländer, ob nicht, unmittelbar unter Ormonds Befehle stünden, auch wenn es früher anders gehalten sei. Als den Grund dafür gibt St. John an das Verhalten des Prinzen Eugen, gegen den man auf seiner Hut sein müsse. Bestimmter folgt dann der Ausdruck der Meinung der Königin, daß Ormond für einige Zeit sehr vorsichtig sein möge, sich in ein Treffen einzulassen, wenn nicht ein sehr augenscheinlicher und beträchtlicher Vortheil in Aussicht stehe. Indem die Ankunft der kaiserlichen

[1]) Ormond an St. John, in Bolingbroke's letters vol. II, p. 267. — Mémoires du duc d'Ormond t. I, p. 196.

[2]) Mémoires du duc d'Ormond t. I, p. 194.

[3]) Mémoires de Villars t. II, p. 197 et suiv.

Truppen erwartet werde, sei es nur gerecht, daß im Falle eines solchen Ereignisses auch diese ihren Antheil trügen.[1])

Das Schreiben ist datirt zu Whitehall, am 25. April 6. Mai, also nach dem Eintreffen des Schreibens von Torcy, vom 26. April, in welchem dieser die Differenz zwischen ihren Meinungen als geebnet ansehen wollte (S. 312). St. John schloß sein Schreiben an Ormond mit der Meldung, daß die wichtige Frage, wie eine Vereinigung der Monarchien Frankreich und Spanien zu verhindern, noch nicht völlig geregelt sei.

In seiner Antwort bezog sich Ormond auf seine Instruction, die ihn anweise, im Vereine mit den Verbündeten den Krieg mit Nachdruck zu führen. Wenn daher die Gelegenheit sich biete, den Feind mit Vortheil anzugreifen, so könne er sich dem nicht entziehen, und die Feld-Deputirten würden nicht ermangeln ihn dazu aufzufordern. Wenn die Franzosen bisher noch die Sache hinzögen, so hoffe er das Glück zu haben, sie zur Annahme der Bedingungen der Königin zu zwingen.[2])

Daß von London aus Weisungen solcher Art wie die vorerwähnte, an Ormond gelangen würden, hatte der Prinz Eugen nicht bloß für sich vermuthet, sondern auch nach Wien hin offen ausgesprochen. Aber das Verhalten Ormonds schien den Verdacht nicht zu bestätigen. Auf eine Anregung des Prinzen Eugen in dieser Richtung erklärte Ormond, daß er dieselbe Vollmacht besitze wie früher Marlborough, und bereit sei zu Allem was nicht allzu gewagt erscheine. Dies war am 11. Mai.

Demgemäß setzten sich die Armeen an dem vereinbarten Tage in Marsch. Ormond nahm sein Hauptquartier in Marchiennes. Die Heerführer kamen weiter überein die Schelde zu überschreiten, und, wenn möglich, den Marschall Villars anzugreifen.

Schreiben St. Johns vom 10. 21. Mai und die Consequenzen.

Bevor es zur Ausführung dessen kam, erhielt Ormond ein neues Schreiben von St. John, datirt vom 10. 21. Mai. Wir haben vernommen (S. 318), welche Antwort an diesem Tage die Königin nach

[1]) Bolingbroke's letters vol. II, p. 274.

[2]) Mémoires du duc d'Ormond t. I, p. 198.

Versailles abgehen ließ. Es handelte sich zugleich in St. James um den an Ormond zu erlassenden Befehl.

Nach einer späteren Erzählung St. Johns ging von der Königin selber im Cabinetsrathe der Gedanke aus, daß Ormond den Befehl erhalten müsse, sich nicht an einem Treffen zu betheiligen. Der Graf Oxford unterstützte den Vorschlag, jedoch allein. St. John in der ersten Erregung wollte Einwände erheben, als er bemerkte, daß die Königin mit ihrem Fächer ihren Mund berührte. Aus seiner Erfahrung kannte er diese Bewegung als ein Zeichen der Entschlossenheit der Königin, bei der Kundgebung ihres Willens zu beharren. St. John schwieg und fügte sich dem Auftrage, den entsprechenden Befehl an Ormond zu schreiben.[1])

Dies sehr merkwürdige Schreiben, datirt vom 10./21. Mai, beginnt damit, daß St. John jene Antwort Ormonds, vom 7./18. Mai, erhalten habe. Dann fährt es fort wie folgt.[2])

„Den Anlaß diesen Courier zu senden, geben die Nachrichten, welche die Königin gestern Abend vom französischen Hofe erhalten hat."

„Ihre Majestät, Mylord, hat Grund anzunehmen, daß wir in Betreff des wichtigen Artikels der Vereinigung der zwei Königreiche (Frankreich und Spanien) zu einer Uebereinkunft gelangen werden, sobald ein von Versailles nach Madrid entsendeter Courier zurückkehren kann. Deshalb ergeht an Ew. Gnaden der bestimmte Befehl der Königin, daß Sie vermeiden sich auf eine Belagerung einzulassen, oder eine Schlacht zu wagen, bis Sie andere Befehle von Ihrer Majestät her erhalten."

„Zugleich bin ich angewiesen Ew. Gnaden kund zu thun, daß die Königin wünscht, Sie mögen den Empfang dieses Befehles geheim halten, und Ihre Majestät ist der Ansicht, daß es Ihnen nicht an Vorwänden fehlen kann, sich so zu verhalten, wie es den Absichten der Königin entspricht, ohne doch dasjenige einzugestehen, was, wenn öffentlich bekannt, zur Zeit eine übele Wirkung haben dürfte."

---

[1]) Hardwicke's Collection of State papers vol. II, p. 482. — Man vergleiche damit die Aeußerungen in dem Aufsatze: A sketch of the history and state of Europe. Die Stelle findet sich in Bolingbroke's letters on the study and use of history vol. I, p. 137.

[2]) Bolingbroke's letters vol. II, p. 319.

„Die Königin kann nicht mit Ruhe sich dem Gedanken hingeben, daß Menschenblut vergossen wird, wenn sich eine klare Aussicht bietet ihr Ziel auf einem anderen Wege zu erreichen, und ferner will sie sich nicht dem Vorwurfe aussetzen lassen, daß sie durch die Wechselfälle eines Feldzuges eine Unterhandlung hingezogen habe, die im anderen Falle in wenigen Tagen so gut wie abgeschlossen hätte sein können."

„In kurzer Frist werde ich einen abermaligen Courier senden."

Es folgt dann noch die auffallende Nachschrift: „Fast hätte ich vergessen Ew. Gnaden zu melden, daß dem Hofe zu Versailles von diesem Befehle Mittheilung gemacht ist, so daß, wenn der Marschall Villars, auf irgend welchem Privatwege, Ihnen gegenüber davon Notiz nimmt, Ew. Gnaden entsprechend antworten wollen. Wenn dieser Befehl auf der einen oder der anderen Seite geändert wird, so werden wir Ehren gemäß einander zur Mittheilung darüber verpflichtet sein."

Es ist zu bemerken, daß von französischer Seite die Bitte um einen Befehl solcher Art nicht gestellt war, daß die Königin damit entgegen kam.[1])

Lange Jahre später suchte St. John diesen Befehl zu rechtfertigen mit den Worten: „Es lag vor Augen, daß wenn die Königin den Feldzug machte in Gemeinschaft mit ihren Verbündeten, sie nicht mehr Herrin der Unterhandlungen sein konnte, so wie auch fast keine Aussicht hatte, dieselben zu dem von ihr gesteckten Ziele zu führen. Eine übele Wendung der Dinge im Felde für uns würde die Franzosen weniger lenksam gemacht, ein günstiger Erfolg unsere Verbündeten in diese Stimmung gesetzt haben. Von diesem Grundsatze aus suspendirte die Königin die Operationen ihrer Truppen."[2])

Zunächst jedoch kam es auf den Feldherrn an, ob er einem solchen minder ehrenhaften Befehle gehorchen wollte.

Ormond empfing den Befehl zwei Tage vor dem vereinbarten Aufbruche zum Marsche südwärts. Am anderen Tage, dem 25. Mai, schrieb er, nach der damals in England üblichen Weise, zwei Briefe an St. John, den einen, der gezeigt werden konnte, den anderen

[1]) Bolingbroke's letters vol. III, p. 78.

[2]) In Bolingbroke's letters on the use and study of history vol. I, p. 154.

privat.[1]) In jenem sagt er, daß er bei der Heerschau über die englischen Truppen sie in so gutem Stande gefunden, daß fortan man das unbegründete Gerede der Verbündeten über die Langsamkeit der Engländer wohl nicht mehr vernehmen werde. Er fügt hinzu: „Wenn wir die Gelegenheit finden, die Feinde zu einem Treffen zu nöthigen, so werden wir sie nicht vermeiden.“[2])

Ganz anders lautet der Privatbrief. Ormond versichert darin, dem Befehle sich weder in eine Schlacht, noch ein Treffen einzulassen, pünktlich gehorchen, so wie das Geheimnis bewahren zu wollen. Aber der Prinz Eugen und die Feld-Deputirten wollen entweder den Feind angreifen oder die Festung Le Quesnoi belagern. Ormond fürchtet daher keinen Vorwand zu haben, der ihm gestatte, den eigentlichen Befehl zu verheimlichen. Zunächst habe er keinen Vorwand, von der vor der Ankunft des Befehles getroffenen Vereinbarung des Marsches zurückzutreten.

Am selben Tage, an welchem dies falsche Spiel Ormonds gegenüber den Verbündeten begann, am 25. Mai, erhielt auch der Marschall Villars durch einen Courier von Versailles aus die Kunde des an Ormond ergangenen Befehles, mit der Verpflichtung des Geheimnisses.

Villars schickte sofort, unter dem Vorwande einer Auswechselung, an Ormond einen Trompeter mit der Anfrage, ob nur die National-Engländer in Unthätigkeit verbleiben würden, oder die gesammten Truppen im englischen Solde. Der Unterschied war bedeutend; denn die National-Engländer bestanden nur aus 22 Bataillonen und 19 Schwadronen, die ganze Armee unter Ormond dagegen zählte 70 Bataillone und 138 Schwadronen, zum Betrage von 50.000 Mann. — Er erhielt die Anfrage des Marschalls Villars noch am selben Abende, also noch vor dem Aufbruche. Er bestätigte dem Marschall Villars die Richtigkeit des ergangenen Befehles. Der Marsch, den er vorhabe, sagte weiter Ormond, dürfe dem Marschall Villars in Betreff der Truppen, die er, Ormond, anführe, keine Besorgnis einflößen, weil derselbe nur wegen der mangelnden Fourage geschehe. Was die

---

[1]) Der englische Ausdruck: a public and a private letter.

[2]) Rapport du Comité secret p. 62. Auch für das Folgende. Man vergleiche auch die Mémoires du duc d'Ormond t. I, p. 200.

Bewahrung des Geheimnisses anbelange, so werde dies ganz von den Maßregeln des Marschalls Villars abhangen.[1])

Diese Antwort, die den Kern der Anfrage des Marschalls Villars nicht traf, befriedigte denselben nicht. „Ormond, fügt Villars selber hinzu, war augenscheinlich des Standes der Dinge noch nicht sicher.“ — Man darf vielleicht noch den Schritt weiter gehen zu sagen, daß Ormond sich damals seine Aufgabe leichter vorstellte als sie wirklich war.

Am 26. Mai erfolgte der vereinbarte Aufbruch aus dem bisherigen Lager. Die Armee der Verbündeten überschritt auf einer Anzahl von Brücken die Schelde, und schlug dann das Lager in einer langen Ausdehnung, rechts endend an Bouchain, links an Cateau Cambresis. Villars hatte seinen Mittelpunkt in Cambrai.

Am 27. machte der Prinz Eugen den Vorschlag die Generale Fels, Cadogan, Doph zu entsenden, um den am Ursprunge der Schelde stehenden rechten Flügel der Feinde zu recognosciren. Ormond berichtet darüber am nächsten Tage an St. John: „Ich konnte dies nicht abschlagen, ohne einen Anlaß zu geben den Befehl zu vermuthen, den ich verheimlichen soll. Uebrigens wußte ich wohl, daß es darum nicht zu einem Treffen kommen würde, weil die Feinde an der anderen Seite der Schelde sind. Das Detachement, das man ausschickte, bestand aus 40 Schwadronen Cavallerie und allen Grenadieren meiner Armee, welche im Falle eines Angriffes der Feinde jene aufnehmen sollten. Die Cavallerie ging vor bis an den rechten Flügel des Lagers der französischen Armee, und kehrte zurück, ohne diesseit der Schelde einen Franzosen erblickt zu haben.“

„Der Raum zwischen den Quellen der Schelde und der Somme beträgt nur anderthalb Meilen. Es ist eine Ebene, auf welcher die Franzosen bisher keine Verschanzung angelegt haben. Vielleicht daß sie morgen daran arbeiten, nachdem sie unsere Recognoscirung dort wahr genommen haben.“

Dies Wort: Vielleicht verhüllt, wie der Fortgang der Dinge lehrt, den sehnlichen Wunsch Ormonds, daß Villars ihm durch das Verschanzen dort den fehlenden Vorwand darbieten möge. Villars dagegen

[1]) Mémoires du duc d'Ormond t. I, p. 202. — Mémoires de Villars t. II, p. 205.

mochte der Ansicht sein, daß, nach der erhaltenen Versicherung Ormonds ihn nicht angreifen zu wollen, es dessen nicht bedürfe.

Am Morgen des 29. Mai begab sich der Prinz Eugen zu dem Herzog von Ormond, zu welchem er auch die holländischen Feld-Deputirten beschieden hatte. Nach der Erzählung Ormonds hatte er sie sämmtlich zu Mittag eingeladen. Sie wußten damals bereits von dem englischen General Cadogan so viel, daß ein zurückhaltender Befehl aus London eingetroffen war. Der Graf Fels erstattete Bericht über die Recognoscirung des Tages zuvor. Er meldete, daß man leicht und ohne Hindernis bis zum Ursprunge der Schelde gelangen könne. Die Generale Cadogan und Doph bestätigten. Darauf nahm der Prinz Eugen das Wort, um die Vortheile eines Angriffes zu entwickeln und diesen vorzuschlagen. Die Feld-Deputirten, schon vorher unter sich darüber einig, stimmten zu. Nur Ormond saß schweigend. Erst, als Alle in ihn drängten, nun auch seine Meinung zu sagen, begann er zu reden.[1])

„Sie können sich leicht vorstellen, meldet Ormond noch am selben Tage an St. John, in welcher Verlegenheit ich mich befand, den Aufschub einer Unternehmung zu entschuldigen, die nach den Berichten der General-Quartiermeister und mehrerer anderer Generale, welche das Detachement begleitet hatten, sich als sehr zweckmäßig erwies. Die beste Entschuldigung, auf die ich mich besinnen konnte, war die plötzliche Abreise von Lord Strafford nach London. Diese gäbe mir Grund zu vermuthen, sagte ich, daß dort eine Sache von der äußersten Wichtigkeit vorläge. Ich bat nur noch vier bis fünf Tage zu warten, bis ich neue Befehle erhalten würde."[2]) — Der Prinz Eugen und die Feld-Deputirten ließen dies nicht gelten. Sie erinnerten ihn an seine wiederholten Erklärungen, im Haag vor dem Beginne des Feldzuges, und dann während desselben. Der Prinz Eugen hielt ihm namentlich entgegen, daß er keinen Einwand erhoben gegen den Vormarsch ins feindliche Land mitten zwischen die Festungen desselben hinein, und daß er nun plötzlich unthätig verbleiben wolle. Er und

[1]) Die Berichte des Prinzen Eugen bei Arneth, Prinz Eugen Bd. II, S. 493 u. f. und in der Oesterreichisch-militärischen Zeitschrift, Jahrgang 1808, S. 224 u. f.

[2]) Rapport du Comité secret p. 65. — Vergl. Mémoires du duc d'Ormond t. I, p. 203.

die Feld-Deputirten machten weiter geltend, daß der sonst so wachsame Marschall Villars Niemanden ausgeschickt, um die Bewegungen der Verbündeten zu beobachten, und keine Vorsichtsmaßregeln zum Schutze seines Lagers getroffen habe. — In der That sagt Villars selbst, daß er einige Tage zuvor dieselbe Landstrecke besichtigt, welche bei jener Recognition am 28. sich als nicht geschützt erwiesen hatte.[1])

„Wie Ormond, meldet der Prinz Eugen dem Kaiser, ohne dies kein gar großer Mann ist, so wußte er auch nicht was er uns antworten sollte."

Nachdem alle Vorwände niedergeschlagen waren, blieb für Ormond als letzte Zuflucht nur die Erklärung, daß er vor dem Empfange neuer Nachrichten aus England nichts unternehmen könne und sich weigern müsse sich an einer Belagerung oder einem Treffen zu betheiligen. Der Prinz Eugen und die Feld-Deputirten erwiederten, daß sie sich für verpflichtet hielten, von diesem unerwarteten Zwischenfalle ihren Souveränen Kunde zu geben.

Ueber die Aussichten, die man damals von einem Treffen hegen zu dürfen meinte, meldete der Prinz Eugen dem Kaiser: „Ich kann nochmals Ew. kaiserlichen Majestät versichern, daß sich diesen ganzen Krieg hindurch keine bessere Gelegenheit zu einer allem Ansehen nach sehr glücklichen Action ergeben und gezeigt hat, zumal wenn man betrachtet, in welchem guten und schönen Stande sich unsere Armee gegenüber der feindlichen befindet. Denn, nachdem der Feind den Marsch oberhalb des Ursprunges der Schelde unmöglich hätte verhindern können, so wäre er genöthigt gewesen sich endlich auf ein Treffen einzulassen oder sich zurückzuziehen. Damit hätte er uns nicht allein frei gelassen, die Belagerung von Le Quesnoi und Landrecy mit aller Gelegenheit zu unternehmen, sondern auch den Eingang in Frankreich eröffnet, so daß man mit starken Abtheilungen tief ins Land hätte eindringen können."

Dagegen kann eingewendet werden, daß Villars oberhalb des Ursprunges der Schelde deshalb keine Maßregeln zur Vertheidigung getroffen, weil er sich der Nicht-Betheiligung Ormonds an einem Angriffe sicher wußte.

---

[1]) Mémoires de Villars t. II, p. 206.

Es ist von besonderem Interesse zu ersehen, was St. John selber über die Tragweite des durch ihn übermittelten Befehles urtheilte. Indem er einige Monate später einen Vergleich zog zwischen dem zuvorkommenden Verhalten der Königin gegenüber Frankreich und der geringen Willfährigkeit von Seiten dieser Macht, fügt er hinzu: „Ich will nicht aussprechen, daß jener Befehl die französische Armee vor einer Niederlage bewahrt hat; aber in meinem Gewissen bin ich doch dieser Ansicht.“ [1])

Im Haag war man vom Sonntag dem 29. Mai an, gemäß den Nachrichten aus dem Feldlager, auf ein Treffen gefaßt. Jene Nachrichten sagten, daß Ormond aufrichtig handele.[2])

Am Nachmittage des 1. Juni dagegen traf vom Feldlager aus ein Courier mit der Meldung des Verhaltens von Ormond ein. Die Berathung der Deputirten der Generalstaaten darüber dauerte bis tief in die Nacht. Das Ergebnis war eine nachdrückliche schriftliche Vorstellung an Ormond. „Dieselbe enthielt alles, schreibt dieser, was man auch mündlich schon mir gesagt hatte, und verlangte dann die Kundgebung meiner Befehle, sowie eine Erklärung meinerseits, in wie weit man auf die englischen Truppen rechnen könne. Endlich forderten mich darin die Generalstaaten auf kein Hindernis in den Weg zu legen, daß die Truppen im gemeinschaftlichen Solde beider Mächte sich ihren Anordnungen fügen würden.“ — „Um mich aus der Sache zu ziehen, berichtet Ormond weiter, kam ich auf das früher Gesagte zurück, daß ich froh sein würde, bevor ich mich an einer Action betheiligte, neue Befehle aus England zu erhalten, wie ich sie stündlich erwartete. Das sei alles, was ich gemäß meinen Instructionen ihnen antworten könne.“[3])

Dies geschah am 4. Juni. Bereits indessen war ein neuer Zwischenfall eingetreten. Am Donnerstage dem 2. Juni befand sich in Utrecht der britische Bevollmächtigte, Bischof von Bristol, in Conferenz mit den holländischen Deputirten. Diese hatten den Auftrag in

---

[1]) Bolingbroke's letters vol. III, p. 78.

[2]) Primoli an Gallas, 31. Mai aus dem Haag: pretendendosi che l'Ormond agisca di buon proposito.

[3]) Mémoires du duc d'Ormond t. I, p. 205. — Die Vorstellung selbst bei Lamberty t. VII, p. 132.

höflicher, aber nachdrücklicher Weise über das Verhalten Ormonds Beschwerde zu führen. Der Bischof erwiederte: die Thatsache sei ihm unbekannt; aber er setze voraus: die Königin werde nicht ohne Gründe gehandelt haben. Dann fügte er hinzu: nachdem die Generalstaaten den entgegen kommenden Schritten der Königin so wenig entsprochen, halte sie sich für berechtigt, andere Maßregeln zu nehmen und sich als aller Verpflichtungen ledig anzusehen.[1])

Auf den Bericht dieser Rede, die in ihrer Art eben so beunruhigend erschien, wie das Verhalten Ormonds, luden die Deputirten der Generalstaaten die Gesandten der verbündeten Mächte im Haag zu einer Besprechung ein. Die Holländer legten den Stand der Dinge dar, daß sie nur durch ihr treues Festhalten an den Verträgen sich diese Vorwürfe von englischer Seite zugezogen haben könnten. Der Graf Sinzendorf betonte das Festhalten des Kaisers an den Verträgen. Der Hannoveraner Bothmar erklärte ermächtigt zu sein, alle diejenigen Schritte zu thun, die auf die Erhaltung der Einigkeit abzweckten. Er werde daher mit den Generalstaaten zusammen gehen.[2])

Anders stand die Sache mit dem preußischen Gesandten Marschall von Biberstein. Friedrich I. erhob Ansprüche auf Ober-Geldern, welches der englisch-holländische Barriere-Vertrag vom October 1709 der Republik zusprach. Indem England von der letzteren die Revision dieses Vertrages verlangte, stellte es dabei dem Könige Friedrich I. seinen Gewinn in Aussicht. St. John hatte dies eben damals dem Marschall von Biberstein im Haag kund gethan, so wie dem britischen Gesandten Breton in Berlin.[3]) Dem Letzteren schrieb er die Worte: „Ich glaube annehmen zu dürfen, daß Sie bei den preußischen Ministern auf einiges Mistrauen stoßen werden, als wenn die Königin sich in Betreff der Barriere in neue Verpflichtungen mit den Generalstaaten eingelassen hätte, welche den Ansprüchen in Berlin auf Ober-Geldern nachtheilig werden könnten. Sie dürfen dort getrost versichern, daß dies nicht der Fall ist. Die Königin hat alles gethan was in ihrer Macht stand, und vielleicht noch mehr als dies, um ein gutes Ver-

[1]) Die Vorstellung der Generalstaaten an die Königin, vom 5. Juni, bei Lamberty t. VII, p. 136.

[2]) Primolis Bericht vom 10. Juni.

[3]) Das Schreiben in Bolingbroke's letters vol. I, p. 329 und 332.

ſtändnis mit der Republik zu unterhalten. Allein Ihre Majeſtät wird in keinem Falle in Maßregeln eingehen, die den Intereſſen des Königs von Preußen zuwider ſind."

Die Ausſicht auf den Beſitz von Ober-Geldern erklärt das Verhalten der preußiſchen Geſandten Biberſtein und Hymmen in jener Verſammlung. „Innerlich, meldet ein Augenzeuge, lachen die Preußen über dieſe Differenzen, weil ihre Intereſſen ſich mit denjenigen Englands und des Reiches nicht berühren, und weil ſie gute Hoffnung haben, ihr Begehren durchzuſetzen." — Auf jene Frage der Holländer antworteten ſie, daß ſie heim berichten würden, und nicht zweifelten, ihr König werde die den Umſtänden angemeſſenen Entſchlüſſe faſſen.

Der Savoyarde Del Borgo hielt mit großer Gewandtheit eine ausführliche Rede, die damit ſchloß, daß der Herzog zu allem beitragen würde, was die Einigkeit der Seemächte befördern könne. „In klare Sprache überſetzt, ſchreibt einer der Hörer, ging die Rede dahin, daß im Falle die Republik Maßregeln gegen England träfe, der Herzog prüfen werde, auf welcher Seite ſeine Convenienz läge. Das deutet mit anderen Worten an: wenn England zum Frieden gelangen will, ſo thut Savoyen dasſelbe, ſo wie Preußen erſt recht." [1]) — Nicht anders erwartete es St. John.

Nach dieſer Verſammlung kamen die Generalſtaaten zu dem Beſchluſſe eine Vorſtellung an die Königin zu richten und zwar in milden und reſpectvollen Ausdrücken, ſo wie die Zeitlage ſie erfordere, damit die Königin geruhe, die Befehle an den Herzog von Ormond zu ändern. Weiter prüft die Denkſchrift in maßvoller Weiſe die Reden des Biſchofs von Briſtol, und gibt zu verſtehen, daß man den Vorwurf, dem Entgegen-Kommen der Königin nicht entſprochen zu haben, nicht verdiene. — Mit dieſer Vorſtellung ward ein Courier an den Geſandten van Borſelen in London entſendet.

Es fragt ſich alſo, wie in England das Verhalten Ormonds aufgenommen wurde.

---

[1]) Primoli: Ciò è a dire in buon linguaggio che, quando mai lo stato havesse preso misure contro l'Inghilterra, il duca haverebbe esaminate le sue convenienze, che secondo il mio debol parere vuol inferire che, se gl'Inglesi verranno alla pace, li Savoiardi faranno l'istesso, come appunto li Prussiani.

Das britische Parlament über die Friedenssache.

Bei der Armee hatten sich unterdessen die Dinge so gestaltet, daß Ormond die ihm gestellte Aufgabe nicht mehr so leicht ansah wie zuvor. Er schildert, am 4. Juni, dem Staats-Secretär St. John die bei den Verbündeten gegen ihn herrschende Misstimmung, welcher er nicht neue Nahrung geben dürfe. „Es gibt unter ihnen Einige, meldet er, die sich nicht scheuen laut zu sagen, daß man sie verrathen hat. Ich fürchte sogar, daß, wenn der Abschluß des Friedens sich hinzieht, ich nur über die britischen National-Truppen Herr bleiben werde. In dieser Besorgnis werde ich dadurch bestärkt, daß der Kurfürst von Hannover das Friedenswerk nicht gut heißt und seine Truppen mit den Holländern dienen lassen will. Ich zweifele sogar, ob man die Dänen gewinnen könne.“[1])

Aus den Worten Ormonds läßt sich nicht ersehen, ob er Kunde davon hatte, daß sich bei den Holländern geradezu feindselige Gedanken gegen ihn regten. „Welderen und Hop, meldet der in vielen Dingen kundige Primoli, am 7. Juni, aus dem Haag, sind zur Armee gereist. Es scheint, daß man die Absicht hat, die Engländer zu entwaffnen. Wenn man den Kurfürsten in Hannover und Dänemark dafür gewinnen könnte, so ist es sicher, daß man hier die Hand dazu bieten würde. Nur Preußen flößt Furcht ein. Nach meiner Ansicht würde ein solcher Schlag in London eine sehr gute Wirkung thun. Zur Zeit sind sie dort durch die Duplicitäten des Ministeriums so verblendet, daß sie die Intriguen desselben nicht durchschauen, wie die beiliegenden aus London an mich gerichteten Briefe mit Anfragen ausweisen. Dann jedoch würden sie den Verrath erkennen, den jene Minister spinnen sowohl gegen das Gemeinwohl der Allianz als das wahre Interesse von England.“[2])

Der Gedanke war unausführbar. Denn an dem Principe des Kurfürsten Georg Ludwig, sich in englische Angelegenheiten nicht einzumischen, mußte jeder Vorschlag solcher Art sofort erlahmen. Daß

[1]) Mémoires du duc d'Ormond t. I, p. 207.
[2]) Anlage II.

jedoch Gedanken in dieser Richtung erwogen waren, blieb auch St. John nicht unbekannt.[1])

Wenn auch Ormond vielleicht von solchen Gedanken keine Kunde hatte, so war ihm doch das sichtliche Mistrauen wider ihn sehr unbehaglich. Er schloß jene Meldung mit dem Wunsche nach der Erlaubnis zur Heimkehr.

Unterdessen handelte der Prinz Eugen selbständig, ohne Ormond zu fragen. Er überschritt die Selle und traf dann seine Maßregeln so, daß jener leicht erkannte, der Prinz Eugen beabsichtige die Belagerung der Festung Le Quesnoi. Ormond nahm dann seine Stellung zwischen der französischen und der Belagerungs-Armee, und gab zu der letzteren diejenigen Truppen her, die im Solde der beiden Seemächte standen, das Eine wie das Andere zur großen Unzufriedenheit des Marschalls Villars.[2])

Unterdessen gelangte die Nachricht von Ormonds Verhalten im Kriegsrathe vom 29. Mai nach London. Beachten wir zunächst die Stellung der Parteien dort.

Im Oberhause schienen die Whigs, ungeachtet der neuen zwölf Pairs, dennoch das Gleichgewicht zu halten. Dort war nämlich ein Vorschlag zur Ernennung von Commissarien, welche die Rechtsgültigkeit der Schenkungen Wilhelms III. zu prüfen hatten, der Zankapfel der Parteien. Bei der dritten Lesung standen 78 gegen 78 Stimmen, so daß dadurch die Bill verworfen war. Man betrachtete dies als einen moralischen Sieg der Whigs, weil auf Seiten der Tories außer den zwölf neuen Pairs sich auch die sechzehn schottischen befanden, die der Regierung verfügbar waren. Mit den Whigs dagegen ging der Graf Nottingham, und namentlich der Herzog von Argyle, welcher die Minister in sehr scharfer Weise angriff. Nach der Behauptung der Whigs hätte Oxford, wenn ihm diese Bill gelungen wäre, alles durchsetzen können.[3])

Im Unterhause dagegen hatte die Friedensströmung, und demgemäß die Willigkeit für das Ministerium, durchaus die Oberhand.

---

[1]) Bolingbroke's letters vol. II, p. 374: Some have been saucy enough to insinuate to attempt seizing the British troops in Flanders.

[2]) Mémoires de Villars t. II, p. 207.

[3]) Hoffmanns Bericht vom 31. Mai.

Die Verzögerung des Friedens, durfte dort St. John sagen, falle der einheimischen Faction, d. i. den Whigs, zur Last, welche nicht ablassen könnten, bei den Verbündeten Verdacht und Mistrauen zu erregen, und sogar auszustreuen, als gedenke man den Prätendenten einzubringen.[1])

Am selben Tage noch, dem 23. Mai 3. Juni, trafen die ersten Nachrichten bei dem holländischen Gesandten van Borselen ein. Er suchte wiederholt den Staats-Secretär St. John auf, jedoch vergeblich. Erst am dritten Tage, dem 6. Juni, ließ St. John ihn vor. Auf die Beschwerde Borselens über Ormond erwiederte Jener: er sei davon nicht unterrichtet: es sei das eine häkliche Sache, über die er sich nicht äußern könne, bevor sie im Cabinet vorgekommen sei. Doch werde er ihm eine Audienz bei der Königin verschaffen. Als van Borselen sich nach Kensington begab, wo die Königin verweilte, traf er dort den Grafen Oxford. Auch dieser stellte sich als wisse er nichts von einem Befehle an Ormond, von dem er keine Berichte empfangen habe. Er wandte dann sein hergebrachtes Mittel an, sich in einer langen Rede zu ergehen, aus welcher der Angeredete etwas Greifbares nicht entnehmen konnte. Endlich ließ die Königin den Holländer zur Audienz vor. Auf seine Darlegung des Sachverhaltes erwiederte sie kurz: Je ferai en sorte que les Etats soyent satisfaits.[2])

Noch am selben Abende jedoch traf der Bericht Ormonds ein, und es erfolgte darauf eine Cabinets-Sitzung. Das Ergebnis derselben meldete St. John am nächsten Morgen an Ormond mit den Worten: „Ich habe den Auftrag Ew. Gnaden zu sagen, daß die zur Schau getragene Unzufriedenheit und das Geschrei, welches über die Vorgänge zwischen Ihnen, dem Prinzen Eugen und den Feld-Deputirten, sowohl hier als in Holland mit so vielem Eifer erhoben wird, Ihrer Majestät auch nicht die leiseste Unruhe bereiten. Die Befehle der Königin waren begründet auf die gerechtesten und besonnensten Erwägungen. Sie haben denselben mit derjenigen Festigkeit gehorcht wie es sich gebührt, und die Königin erwartet, daß Sie auch ferner darin beharren werden."

---

[1]) Hoffmanns Bericht vom 3. Juni.

[2]) Desgleichen vom 7. Juni.

Es folgt die Genehmigung für die zur Deckung der Belagerung von Le Quesnoy eingenommene Stellung.[1])

Dagegen führten die Minister vor ihren Anhängern ihre Reden mit solchem Geschicke, daß bei den Tories die Meinung galt: die Nachrichten über die an Ormond ertheilten Befehle seien Erfindungen der Whigs.[2])

Bei dieser Lage der Dinge faßte Lord Halifax den Entschluß das Ministerium zum offenen Aussprechen zu drängen. Am Abende des 27. Mai, 7. Juni kündigte er im Oberhause an, daß er Dinge von Wichtigkeit vorzubringen habe, und ersuchte die Mitglieder, am nächsten Tage sich einzufinden. Sein Antrag lautete, die Königin sei durch eine Adresse unterthänigst zu ersuchen, daß sie die dem Herzoge von Ormond ertheilten Befehle dem Hause vorlegen, und ihm die Ordre zugehen lassen wolle, in Gemeinschaft mit den Verbündeten offensiv zu agiren. Halifax begründete den Antrag durch eine pathetische Rede, in welcher er einen nachdrücklichen Vergleich zog zwischen dem bisherigen Gange des Krieges und dem dermaligen Stande.

Es lag zunächst dem Grafen Oxford ob, für die Regierung einzutreten. Er bekannte weder ein Verbot des Schlagens an Ormond ein, noch verneinte er es. Es sei nichts Neues, sagt er, daß ein General Bedenken trage sich in ein Treffen einzulassen; noch weniger dürfe es fremd vorkommen, wenn man ihm zur Zeit eines bevorstehenden Friedens anbefohlen habe, nichts Ungewisses und Gefährliches, was den Frieden erschweren könnte, zu unternehmen. Ormond habe den Entwurf einer Belagerung eingeschickt, und die Verordnung der Königin darüber sei bereits an ihn ergangen. — Mit dem Frieden dagegen, versicherte Oxford, gehe es vorwärts, so daß die Königin binnen vier oder fünf Tagen dem Parlamente den Entwurf vorlegen werde. Die Generalstaaten, behauptete Oxford, seien bereits instruirt. Es sei für England ein sehr vortheilhafter und ruhmwürdiger Friede; alle anderen Verbündeten würden dabei ihre billige Genugthuung finden, und sogar auch diejenigen, welche hier am meisten dagegen gelärmt, würden ihn für einen guten Frieden erkennen.[3])

[1]) Bolingbroke's letters vol. II, p. 341. Vom 27. Mai/7. Juni.

[2]) Hoffmanns Bericht vom 7. Juni.

[3]) Desgleichen vom 10. Juni.

Im Laufe seiner Rede hatte Oxford die Worte gebraucht, daß ein Sonderfriede Englands mit Frankreich thöricht, schurkisch, abscheulich sein würde. Nachdem er geendet, erhob sich Lord Wharton und ersuchte die Versammlung, dieser Worte eingedenk zu sein.[1])

Diejenige Richtung, welche den Plan der Rückführung des Prätendenten als den Inbegriff des Trachtens des Ministeriums ansah, war hauptsächlich vertreten in dem Tory, Grafen Nottingham. Er begriffe nicht, sagte er, wie man dem Feldherrn Befehle zugehen lassen könne, nicht zu schlagen, es wäre denn, daß gewisse Leute besorgten, den Feind zu sehr zu schwächen, und dadurch sich selber außer Stand zu setzen, diejenigen Entwürfe auszuführen, zu denen sie sich zur Zeit noch nicht zu bekennen wagten. — Die Rede gab Anlaß zu einer Carricatur, auf welcher St. John dem Degen Ormonds ein Vorhängeschloß anlegte.[2])

Unter denen, die für den Antrag Halifax eintraten, war auch Marlborough, und zwar so, daß er am Schlusse seiner Rede Berufung einlegte an einen anwesenden Sachverständigen. Der Herzog von Argyle bezog diese Berufung auf sich. Er war bei der Aenderung des Ministeriums im Jahre 1710 zuerst mit der neuen Partei gegangen, hatte jedoch dann allmählich sich abgesondert. Wie er sich zu dem Antrage Halifax stellen würde, wußte man vorher nicht. Er begann seine Rede damit, daß er unvorbereitet wie er sei, nicht das Wort genommen haben würde, wenn er nicht die Andeutung des Vorredners auf sich beziehen müsse. Dann jedoch entsprach Argyle durchaus nicht der Hoffnung oder der Erwartung Marlboroughs. Vielmehr wendete sich die Rede Argyles gegen diesen seinen früheren Chef, und warf ihm vor, daß er Gelegenheit gehabt habe, den Krieg durch nachdrückliches Vorgehen und Eindringen in Frankreich zu beenden, daß er aber damals, ungeachtet seiner, Argyles, eifrigen Bitte, freiwillig auf diese günstige Aussicht verzichtet habe.[3])

Die Rede Argyles als eines Sachverständigen, den Marlborough selber aufgerufen, ist vielleicht die schärfste Kritik, welche der Charakter

[1]) Lords Debates vol. II, p. 372.

[2]) Lamberty t. VII, p. 450.

[3]) Die Rede Argyles am ausführlichsten in den Lockhart's Papers vol. I, p. 386. Lockhart war auf der Tribüne anwesend.

der Kriegführung Marlboroughs jemals öffentlich erfahren. — In Folge derſelben ſtieg auch einem anderen minder Sachverſtändigen, dem Grafen Poulett, der Muth zu einem Urtheile, in welchem Marlborough die Abſicht der Beleidigung fand. Gegen die nachherige Herausforderung Marlboroughs deckte den Grafen Poulett die Intervention der Königin. Marlborough begnügte ſich dann mit der Erklärung, daß er ſeine perſönlichen Empfindungen den Wünſchen der Königin zum Opfer bringe.[1])

Die Bedeutung der Rede Argyles liegt in jener Kritik Marlboroughs. Da er eben ſo wenig wie die anderen Mitglieder eine Kunde von der Correſpondenz St. Johns mit Torcy und mit Ormond hatte, ſo brachte ſeine Rede in Bezug auf die vorliegende Frage nicht etwas Poſitives, ſondern erging ſich in allgemeinen Betrachtungen. Dennoch berichtet Lockhart: „Es iſt nicht auszuſprechen, welche Wirkung dieſe Rede hatte, und wie ſie manche Lords umſtimmte, die vorher geneigt geweſen waren, die Gelegenheit zu benutzen, um Vergeltung an Oxford zu üben.“[2])

Es iſt nicht ohne Gewicht, daß man über die Vorgänge im Kriegsrathe vom 29. Mai nur die holländiſchen Berichte hatte, nicht einen authentiſchen von engliſcher Seite.[3]) Jene konnten angefochten werden. Die Strömung der Meinungen im Oberhauſe rann im Laufe der Debatte ſo ſichtlich zu Gunſten des Miniſteriums, daß Halifax gern ſeinen Antrag zurückgezogen hätte. Aber die Anhänger des Miniſteriums verlangten die Abſtimmung. Der Antrag Halifax ward mit 68 Stimmen gegen 40 verworfen. Die Minderheit gab dagegen einen Proteſt ein, der aus den Thatſachen den Beweis bringt, daß ein hemmender Befehl an Ormond ergangen ſein müſſe, und bündig und nachdrücklich das Unrecht darlegt, in welches ſich England durch ein ſolches Verhalten, welches einen Sondervertrag mit Frankreich vorausſetzen laſſe, gegenüber ſeinen Bundesgenoſſen geſetzt habe.[4])

Günſtiger noch für das Miniſterium geſtalteten ſich die Dinge im Unterhauſe. Dort brachte am ſelben Tage Pulteney einen ähnlichen

[1]) Die Erklärung bei Lamberty t. VII, p. 452.
[2]) Lockhart Papers vol. I, p. 392.
[3]) Hoffmanns Bericht vom 10. Juni.
[4]) Lords Debates vol. II, p. 373.

Antrag ein wie Halifax im Oberhause. Ihm gegenüber führte St. John die Sache des Ministeriums in derselben Weise wie Oxford im Oberhause. Der Antrag Pulteneys ward verworfen mit 203 gegen 73 Stimmen. Man blieb bei der Verneinung nicht stehen, sondern beschloß eine Adresse des vollen Vertrauens in das gnädige Versprechen der Königin, dem Parlamente die Friedensbedingungen vor dem Abschlusse vorzulegen, so wie der Versicherung, die Königin zu unterstützen in diesem Streben nach einem sicheren und ehrenvollen Frieden gegen alle Widersacher, daheim oder auswärts. — Die Adresse ward zwei Tage später von dem gesammten Hause überreicht. Die Königin antwortete: „Meine Herren, ich danke Ihnen herzlich für diese Resolution, die zugleich pflichteifrig für mich ist, ehrenhaft für das Land und sehr gelegen kommt zu dieser Zeit, wo so manche Kunstgriffe aufgewendet werden, um einen guten Frieden zu verhindern oder Groß-Britannien einen nachtheiligen Frieden aufzudringen.“ [1])

Wir sehen hier die Mehrheit des Unterhauses ihr Vertrauen aussprechen für eine Friedenshandlung, in deren Gang sie keinen Einblick hatte. — Drei Jahre später tagte in denselben Räumen ein anderes Unterhaus, dessen Mitglieder Einblick hatten in jene Schriftstücke. Die Mehrheit sprach dann nicht ein Vertrauen aus. An St. John dagegen hatte sich dann bereits das Geschick erfüllt, welches er in den Tagen der Macht und des Glanzes herausgefordert, daß er wegen dieses Friedenshandels seine Zuflucht suchen mußte im Exile.

Damals aber, im Juni 1712, schien er des Erfolges sicher. Er fügte der Meldung seines Triumphes an Ormond die Worte bei: „Die Gesinnung, welche in beiden Häusern obwaltet, ist ein noch besseres Omen als die Mehrheit, mit welcher wir die Oberhand behalten haben.“ [2])

St. John gab zugleich an Torcy Nachricht, daß die Vorstellungen der Holländer gegen den Befehl an Ormond nur den Erfolg gehabt hätten, daß dieser Befehl erneuert worden sei. „Wenn aber, sagt er dann, wider Erwarten der Prinz Eugen und die Feld-Deputirten dabei beharren, Quesnoi belagern zu wollen, so muß dann der Herzog von

[1]) Commons Debates vol. IV, p. 311.

[2]) Bolingbroke's letters vol. II, p. 346.

Ormond den Marschall Villars bitten, nichts gegen sie zu unternehmen und nicht ihn zu zwingen sich für sie an einer Action zu betheiligen."

Ormond mußte selber durch einen Trompeter diese Briefe an Villars übermitteln, und erhielt dann von diesem die Antwort, daß er nicht angreifen würde.[1])

Am selben Tage, an welchem das britische Ministerium in beiden Häusern des Parlamentes einen so wichtigen Erfolg davon trug, dem 28. Mai/8. Juni, traf in Versailles der Courier mit der Antwort Philipps V. ein, daß er, bei der ihm gestellten Alternative, sich entscheide für die Beibehaltung von Spanien und Westindien, mit Verzicht auf die Thronfolge in Frankreich.

Torcy berichtete dies sofort nach London. „Demnach, fügte er hinzu, habe ich nicht mehr zu besorgen, daß, ungeachtet alles Widerstrebens der Feinde des Friedens, die Verhandlungen abgebrochen werden könnten." Bei dieser Lage der Dinge aber und besonders mit Rücksicht auf die Stellung Ormonds, der, dem früheren Befehle nicht gemäß, die Belagerung von Le Quesnoi decke, drängte Torcy auf einen öffentlichen Waffenstillstand.[2])

Die Nachricht der Einwilligung Philipps V. in den Verzicht auf die Thronfolge in Frankreich war für die Königin und ihre Berather entscheidend, sowohl nach innen, als nach außen. In der ersteren Beziehung handelte es sich um die in Aussicht gestellte Vorlage an das Parlament, in der letzteren um die nachdrückliche Fortführung der Unterhandlung mit Frankreich. Wir haben zunächst den Gang der Dinge in erster Beziehung bis zum vorläufigen Abschlusse derselben zu verfolgen.

Am 6./17. Juni begab sich die Königin mit den üblichen Feierlichkeiten in das Oberhaus, und ließ das Unterhaus an die Schranken bescheiden. Im Eingange ihrer Rede betheuerte sie, daß sie, ungeachtet aller Schwierigkeiten und aller Bestrebungen das große und gute Werk zu durchkreuzen, standhaft beharrt habe, zunächst das wahre Interesse ihrer eigenen Königreiche sicher zu stellen, dann aber auch ihren Ver-

---

[1]) Bolingbroke's letters vol. II, p. 351. — Mémoires du duc d'Ormond t. I, p. 213.

[2]) Bolingbroke's letters vol. II, p. 356, 358.

bündeten zu verschaffen, was ihnen nach den Verträgen gebühre. Voran stand für England die Sicherung der Thronfolge. Darüber sagte die Rede: „Da die Sicherung der protestantischen Tronfolge, wie das Gesetz sie für das Haus Hannover festgestellt hat, mir zunächst am Herzen liegt, so ist besondere Sorgfalt getroffen, nicht bloß die Anerkennung derselben in den stärksten Ausdrücken zu verlangen, sondern auch noch eine weitere Sicherheit zu haben, nämlich die Entfernung derjenigen Persönlichkeit, welche beansprucht hat diese Feststellung zu stören, aus dem französischen Gebiete."

Die Thronrede kündigt ferner die Verzichte an, welche geleistet werden sollen, um die Monarchien Frankreich und Spanien für immer getrennt zu erhalten, dann die Maßregeln zum Schutze des Handels, in Amerika durch die Abtretung der Hudsons-Bai und anderer Stücke von Seiten Frankreichs, daheim durch die Schleifung von Dünkirchen, im Mittelmeere durch die Abtretung von Gibraltar und der Insel Minorka mit Port Mahon von Seiten Spaniens. — Die Rede erörtert dann die Interessen der Verbündeten, für welche die Königin Sorge getragen, nicht ohne einen starken Zug des Selbstgefühles, daß alles so wohl geordnet sei.

Die Vorlage enthielt also eine Skizze der Vereinbarung, welche Frankreich und Groß-Britannien, ohne Vorwissen und Zustimmung ihrer Verbündeten, nicht bloß über die eigenen gegenseitigen Interessen, sondern auch über diejenigen der Verbündeten getroffen hatten. Das Verfahren stand also im Widerspruche mit der Grundbestimmung der großen Allianz vom 7. September 1701.

Nachdem die Königin und die Mitglieder des Unterhauses die Räume verlassen, ward im Oberhause eine Dank-Adresse an die Königin beantragt. Lord Wharton bemerkte: man habe allen Grund, der Königin für ihre Sorgfalt um die Thronfolge des Hauses Hannover zu danken; aber es seien in der Rede doch auch andere wichtige Punkte enthalten; man werde daher wohl thun die Rede in Berathung zu ziehen. Dies geschah. Wharton beantragte, daß die im Drucke erschienene Vorstellung der Generalstaaten, vom 5. Juni, verlesen werde. Es ward ihm erwiedert, daß das Haus von Schriftstücken, die ohne Autorität erschienen, keine Notiz zu nehmen habe. Marlborough suchte den Kern der Dinge zu treffen: die seit einem Jahre her verfolgte

Politik Englands, erklärte er, stehe im Widerspruche mit den Verpflichtungen der Königin gegen ihre Verbündeten, besudele den Ruhm ihrer Regierung und werde den englischen Namen bei allen anderen Nationen gehässig machen. Graf Strafford erwiederte: die Verbündeten würden dem Frieden weniger abgeneigt sein, wenn sie nicht durch geheime Correspondenzen mit einigen Mitgliedern dieses erlauchten Hauses gesteift würden. Da die Ausdrücke Straffords den Anforderungen englischer Sprachreinheit nicht völlig genügten, so nahm Lord Cowper von daher den Anlaß zur Erwiederung: der edle Lord habe sich so lange im Auslande aufgehalten, daß er nicht bloß die Sprache seiner Heimat, sondern auch die Gesetze derselben vergessen zu haben scheine. Diese Gesetze machten es nicht zu einem Verbrechen in Correspondenz mit Verbündeten zu stehen, deren Interesse die Königin, beim Beginne dieser Session, als untrennbar von dem ihrigen erklärt habe. Dagegen dürfte es schwer zu rechtfertigen, auch weder mit den eigenen Landesgesetzen, noch den allgemeinen Gesetzen der Ehre zu vereinen sein, wenn etwa einige Personen, ohne Mitwissen der Verbündeten, heimlich sich mit dem gemeinsamen Feinde in Beziehung setzen wollten.[1])

Ungeachtet solcher scharfen Worte rann die Strömung günstig für das Ministerium. Es ward eine Dank-Adresse beantragt, die zunächst die Sorgfalt der Königin für die Thronfolge des Hauses Hannover hervorhob und in Betreff des Friedens sagte, daß man sich auf die Königin völlig verlasse (entirely rely). Die Whig-Partei machte noch den Versuch hinzuzufügen: und daß das Haus darum die Königin bitte, in Gemeinschaft mit ihren Verbündeten die geeigneten Maßregeln zu treffen, auf Grund deren Jene sich mit Ihrer Majestät zu einer gegenseitigen Garantie vereinigen würden. — Ungeachtet der eindringlichen Reden der Lords Nottingham und Cowper für diesen Zusatz ward er mit 81 gegen 36 Stimmen verworfen.

„So klein, wie jetzt, fügt der kaiserliche Resident Hoffmann seinem Berichte hinzu, sind die Whigs noch nie gewesen.“[2])

Das Oberhaus überreichte seine Dank-Adresse. Die Königin antwortete: „Das Vertrauen, welches Sie in mich setzen, wird mich

---

[1]) Lords Debates vol. II, p. 375.

[2]) Bericht vom 21. Juni.

um so besser befähigen, dies große Werk zu Ende zu führen, zum Vortheile meines eigenen Volkes, und für die Sicherheit und das Interesse meiner Verbündeten." Die Minderheit der Lords jedoch gab einen nachdrücklichen Protest ein. Er bezeichnet das Verfahren der Regierung als einen Treubruch gegen die Verbündeten. Er erörtert die hauptsächlichen Punkte des Friedens-Entwurfes in scharfer Weise. Die Thronrede selber wie die zahlreichen Aeußerungen St. Johns thun dar, welches Gewicht man darauf legte, daß der Verzicht Philipps V. auf Frankreich ein Bollwerk sein werde gegen die Vereinigung der zwei Monarchien. „Die Erfahrung, erwiedert der Protest, mag uns hinreichend überzeugen, wie wenig wir uns auf Verzichte des Hauses Bourbon verlassen dürfen. Wenn auch der gegenwärtige Herzog von Anjou (Philipp V.) sich durch seinen eigenen Act gebunden achten würde, wie es sein Großvater nicht gethan hat: so werden doch seine Nachkommen sich in Freiheit meinen zu behaupten, daß kein Act solcher Art sie ihres Geburtsrechtes berauben kann, namentlich wo dies ein Recht ist, welches, nach der französischen Volksmeinung, vermöge der Grundgesetze des Königreiches, unverletzlich feststeht. Wir halten es daher für unsicher, darauf zu bauen, daß dieser hauptsächliche Theil des Vertrages ausgeführt werde, weil es das Interesse Frankreichs sei ihn aufrecht zu halten. Das Gegentheil vielmehr ist richtig. Denn die Bemühungen Frankreichs seit dem pyrenäischen Frieden, die Monarchien Frankreich und Spanien zu vereinigen, legen vor Augen, daß sie diese Vereinigung als ihr höchstes Interesse betrachten und als das wirksamste Mittel, für das Haus Bourbon die Universal-Monarchie zu erlangen."[1])

Die spätere Erfahrung hat diesen Protest bekanntlich nicht bestätigt. Aber man wird nicht sagen dürfen, daß sie darum die Politik Oxford-St. John gerechtfertigt hat. Diese baueten den Frieden auf ein Fundament, welches der französische Minister Torcy ihnen ausdrücklicher noch als jener Protest der Minderheit des Oberhauses, offen als Sand bezeichnete, und welches durch alle Logik der Deductionen St. Johns nicht in Fels verwandelt wurde. Nicht darum, weil die Verzichte des Utrechter Friedens die Probe bestanden haben, blieb für

[1]) Lords Debates vol. II, p. 378.

Europa die Erneuerung des spanischen Erbfolge-Krieges oder ein französischer Erbfolge-Krieg erspart, sondern weil sie die Probe nicht zu bestehen hatten. Beiderseitig hegte man damals geringe Erwartungen von der Lebenskraft des kleinen Dauphins von Frankreich. Und doch war die Erhaltung des schwachen, schwankenden Lebens in diesem Kinde — dem nachherigen Ludwig XV. — die allein sichere Bürgschaft gegen die Erneuerung jenes Krieges, und zugleich, so merkwürdig das klingt, gegen die Erneuerung des eigentlichen Lebensplanes des Urgroßvaters, Ludwigs XIV.

Der Protest der Minderheit der Lords, obwohl ihn die Erfahrung nicht bestätigt hat, war daher begründet im Jahre 1712. Die Mehrheit indessen duldete ihn nicht. 90 Stimmen gegen 54 beschlossen die Ausmerzung des Protestes aus den Protokollen des Oberhauses.[1])

Anders noch als im Oberhause verlief die Sache im Unterhause. Nach der Rückkehr in die Räume derselben öffneten ein oder zwei Mitglieder den Mund zu dem Antrage, die Rede der Königin in Erwägung zu ziehen. Ihnen hallte der allgemeine Ruf nach einer Dank-Adresse entgegen. Dieser Gesinnung gemäß wurde die Adresse abgefaßt. Auf die Ueberreichung dankte die Königin ihrerseits, und wiederum beschloß dann die Mehrheit des Unterhauses einen Dank für den Dank.[2])

Anders urtheilte man in anderen Lebenskreisen. Auf die Nachricht, daß die Königin dem Parlamente den Entwurf des Friedens mittheilen werde, stiegen die Werthpapiere um 4 bis 5 Percent. Nach der erfolgten Mittheilung durch jene Thronrede fielen sie auf den früheren Stand zurück und blieben dort haften.[3])

Die Mehrheit des Unterhauses überbot sich in vermeintlicher Loyalität. Der anglicanische Bischof von St. Asaph ließ damals vier Predigten aus früheren Zeiten drucken, begleitete sie jedoch mit einer Vorrede, die einen Rückblick warf auf die sieben ersten Jahre der Königin Anna im Vergleiche mit der Gegenwart. So maßvoll der Ausdruck, der Inhalt misfiel. Die Mehrheit des Unterhauses bezeichnete die Vorrede als böswillig und factiös, als herabwürdigend für die

---

[1]) Lords Debates vol. II, p. 380.

[2]) Commons Debates vol. IV, p. 318.

[3]) Hoffmanns Bericht vom 21. Juni.

gegenwärtige Regierung, und abzweckend auf die Erregung von Zwietracht und Empörung unter den Unterthanen der Königin. Darum solle die Vorrede zur Mittagszeit auf öffentlichem Platze in Westminster, im Beisein der Sherifs von London und Middlesex, durch den Henker verbrannt werden.[1])

In gleicher Weise ging die Mehrheit des Unterhauses vor gegen die Publication der Vorstellung der Generalstaaten, vom 5. Juni, an die Königin. Die Vorstellung erschien in öffentlichen Blättern gedruckt, bevor eine Antwort darauf gegeben war. Es ist auffallend, daß Publicationen solcher Art in England damals so häufig sich zutrugen. Im October des Jahres zuvor erschienen die Präliminarien des Mesnager gleich nach der Uebergabe an die Gesandten gedruckt. Das britische Ministerium maß dem Grafen Gallas die That bei, während der Gesandte in seinen Berichten an den Kaiser es verneinte. Wenige Wochen später erschien die Denkschrift Bothmars bald nach ihrer Uebergabe gedruckt. Wir haben gesehen, daß damals die Anklage des britischen Ministeriums gegen Bothmar von Hannover aus abgewiesen wurde, und daher auf das Ministerium selber zurück fiel, welches durch diese Publication die Staatsschrift eines verbündeten Fürsten zu einer einheimischen Parteischrift stempelte, und eben dadurch sich der Pflicht der Antwort zu entziehen wußte. Jene Vorstellung der Generalstaaten ward am 6./17. Juni im Unterhause verlesen. Es folgte nicht eine Erwägung des Inhaltes, sondern der Antrag auf eine Adresse, enthaltend den Ausdruck des gerechten Zornes über die Unwürdigkeit des Verfahrens eine solche Schrift zu veröffentlichen, mit der Bitte an die Königin, ihren Unwillen über derartige Unwürdigkeiten dadurch kund zu geben, daß sie fortan auf solche veröffentlichte Schriftstücke nicht antworte.[2])

Es ist merkwürdig, daß im ähnlichen Sinne gerade am Tage zuvor die Königin den Generalstaaten geantwortet hatte. Ueber den Inhalt der holländischen Vorstellung geht auch diese Antwort hinweg mit den Worten: „Wir setzen voraus, daß die Besorgnis, welche Sie wegen der Erklärungen des Herzogs von Ormond und des Bischofs

[1]) Commons Debates vol. IV, p. 322.

[2]) A. a. O., p. 329.

von Briſtol gefaßt hatten, nun vorüber iſt, und wir wiederholen, was wir Ihnen ſo oft erklärt haben, daß, wie bisher ſo auch fortan es Ihre eigene Schuld ſein wird, wenn alle unſere Maßregeln in Betreff des Krieges und des Friedens nicht nach Vereinbarung mit Ihrem Staate getroffen werden."

Die Antwort der Königin ſagt weiter, daß ihr Botſchafter Straſford in wenigen Tagen nach dem Haag zurückkehren werde, verſehen mit allen Inſtructionen in Betreff ihrer Intentionen. Zum Schluſſe drückt die Antwort der Königin ihr großes Erſtaunen aus, daß die Vorſtellung der Generalſtaaten, in Wahrheit eher ein Appell an das Volk als eine Adreſſe an einen Souverän, beinahe eben ſo ſchnell veröffentlicht als der Königin überreicht worden ſei. Im Falle der Wiederholung werde die Ehre die Königin verpflichten, auf ein ſolches Schriftſtück keine Antwort zu geben.[1])

Dieſe Antwort der Königin an die Generalſtaaten, obwohl der Ausdruck der Geſinnung ihres Verfaſſers St. John, ward, indem ſie dem vorausſichtlichen Beſchluſſe des Unterhauſes vorherging, angeſehen als eine Milderung im Verhältniſſe zu dieſem.[2])

Bei dieſer im Unterhauſe überwiegenden Strömung ſtieg bei der Whig-Partei, ungeachtet der Verſicherung der Königin in ihrer Thronrede vom 6./17. Juni, die Beſorgnis für die Thronfolge des Hauſes Hannover.

Die Thatſachen haben uns gezeigt, daß, wenigſtens bis dahin, ein eigentlicher Plan für die Zurückführung des Prätendenten nicht exiſtirte, daß der Graf Oxford, in deſſen Händen die Machtfülle der Regierung lag, die Pläne Anderer in dieſer Richtung nicht bloß nicht förderte, ſondern eher durchkreuzte. Aber dies nimmt nicht hinweg, daß man die Meinung eines ſolchen Planes von ihm hegte. Der Jacobit Lockhart, indem er das Verhalten des Herzogs von Argyle damals beſpricht, ſagt: „Ich konnte nicht anders als annehmen, als daß der Herzog und ſein Bruder, Graf Ilay, von Oxfords letzten Abſichten dieſelbe Meinung hegten wie die übrigen Menſchenkinder, und daß ſie wie alle anderen Parteien und Richtungen in dem Einen Urtheile

[1]) Commons Debates vol. IV, p. 330.

[2]) Theatrum Europaeum Theil XIXb, S. 365.

übereinſtimmten: die Herſtellung des Königs ſei das einzige Spiel, welches Oxford mit Sicherheit für ſich und ſeine Freunde ſpielen könne."[1])

Es iſt von Wichtigkeit, daß Lockhart ſagt: alle Parteien ſtimmten darin überein. Wenn daher auch die Jacobiten mit Oxford unzufrieden waren, daß er ſo wenig that, ihren Erwartungen von ihm gerecht zu werden, ſo kehrten ſie doch immer wieder zu ihm zurück, in der Hoffnung, daß endlich doch einmal Oxford um ſeiner eigenen Sicherheit willen ihren Wünſchen entſprechen müſſe. Umgekehrt erwarben ihm die Betheuerungen in den Thronreden der Königin kein Vertrauen bei den Anderen. Wir haben vernommen, wie der Tory Graf Nottingham im Oberhauſe ſeiner Beſorgnis Ausdruck gab. In jenen Betheuerungen ſelbſt meinte man Zweideutigkeiten finden zu können. Es ward behauptet, daß am Hofe Predigten gehalten würden, nicht bloß erlaubter, ſondern vielleicht befohlener Weiſe, des Inhalts, daß der Prätendent, wenn er zur Hochkirche überträte, der rechte Erbe der Krone ſei.[2])

Die Beſorgnis für die Thronfolge bewog einige Mitglieder der Whig-Partei, im Unterhauſe nochmals einen Verſuch zu machen, der die Gegner zwingen würde, in offener Weiſe Farbe zu bekennen. Am 17./28. Juni brachte Hampden im Unterhauſe den Antrag zu einer Adreſſe an die Königin ein. Man habe der Königin, ſagte er, dankbar zu ſein für ihre Sorge um ihr Volk, für die neuliche Verſicherung in ihrer Thronrede, daß die proteſtantiſche Succeſſion im Hauſe Hannover ihr zunächſt am Herzen läge. Und da man der Ueberzeugung ſein müſſe, daß die Sicherheit der proteſtantiſchen Thronfolge in hohem Maße abhange von dem Ausgange der gegenwärtigen Friedenshandlung: ſo habe man die Königin unterthänigſt zu erſuchen, ſie wolle geruhen ihre Bevollmächtigten beſonders dahin zu inſtruiren, daß in dem Abſchluſſe des Friedensvertrages die verſchiedenen mit der Königin verbündeten Mächte die Bürgſchaft für die geſetzlich feſtgeſtellte Thronfolge in dieſen Königreichen übernähmen. — Die Verſuche, Hampden

[1]) Lockhart Papers vol. I, p. 395: It was certain all sides and parties did conclude that the king's restoration was the only game his Lordship could with safety to himself and his friends pursue.

[2]) Lamberty t. VII, p. 460.

zur Zurückziehung des Antrages zu bewegen, schlugen fehl. Es kam zur Abstimmung, in welcher der Antrag mit 133 Stimmen gegen 38 abgelehnt wurde. Die geringe Anzahl der Stimmenden deutet an, daß die Whig-Partei nicht solidarisch für den Antrag haften wollte. Dann schlug der Versuch um in das Gegentheil dessen, was er erstreben sollte. Die Mehrheit beschloß zu erklären: „Das Unterhaus hat ein so völliges Vertrauen in die wiederholten Erklärungen Ihrer Majestät, ihren Königreichen die gesetzlich festgestellte Thronfolge im Hause Hannover zu sichern, daß es niemals einen Zweifel daran haben kann, ob die Königin die geeigneten Maßregeln für die Sicherung treffen werde. Das Unterhaus will Ihre Majestät stützen gegen einheimische Factionen wie gegen auswärtige Feinde. Das Unterhaus ersucht, Ihre Majestät wolle geruhen, diejenigen im Zaume zu halten, welche darauf ausgehen Mistrauen zwischen Ihrer Majestät und ihren Unterthanen zu erregen, namentlich durch falsche Darstellungen ihrer guten Absichten für die Wohlfahrt ihres Volkes."

Die Adresse wurde der Königin von dem gesammten Unterhause überreicht. Die Königin fügte ihrem Danke die Worte hinzu: „Ihr habt Euch erwiesen als ehrenhafte Vertreter der Monarchie, eifrige Vertheidiger der Verfassung und wahrhafte Freunde der protestantischen Thronfolge. Was ich gesagt und gethan, reicht aus, Jedermann, der im Ernste die Thronfolge des Hauses Hannover will, wie sie durch das Gesetz festgestellt ist, zu überzeugen, daß es nicht einer Mahnung an mich bedarf, etwas zu thun, was zur Sicherung jener Succession beitragen könne."[1])

Die Königin sprach aus, was Oxford ihr einsagte. Ob durch solche Worte das vorangeführte Urtheil Lockharts, welches er als das gemeinsame aller Parteien bezeichnet, erschüttert wurde, darf dahin gestellt bleiben. Die Mehrheit des Unterhauses beschloß abermals einen Dank.

Das Parlament hatte nunmehr das Seinige gethan. Es hatte den Berathern der Königin freie Bahn eröffnet, einen Frieden zu machen nach ihrem Gefallen. Am 21. Juni/2. Juli erschien die Königin in der üblichen feierlichen Weise im Oberhause und ließ das Unterhaus

[1]) Commons Debates vol. IV, p. 332. — Hoffmanns Bericht vom 28. Juni.

an die Schranken bescheiden. Sie wiederholte nochmals ihren Dank für die letzten Adressen des Vertrauens. „Sie werden mir die Kraft verleihen, fuhr sie fort, anzukämpfen gegen jegliche Schwierigkeit, die noch erregt werden könnte, und ich hoffe, daß weder diejenigen, die uns um einen guten Frieden beneiden, noch diejenigen, welche in der Fortsetzung des Krieges ihr Interesse suchen, im Stande sein werden, unsere vereinten Anstrengungen zu vereiteln, die gerichtet sind auf die Ehre und den Vortheil von Groß-Britannien, und die Sicherheit aller unserer Verbündeten.“[1])

Damit ward das Parlament entlassen, um erst nach dem Abschlusse des Friedens von Utrecht wieder zusammen zu treten.

Der britisch-französische Waffenstillstand.

Einigung darüber zwischen London und Versailles.

Wir haben vernommen, daß die Meldung des Staats-Secretärs Torcy über die Bereitwilligkeit Philipps V. zum Verzichte auf die Thronfolge in Frankreich bei der Königin und ihren Berathern entscheidend wirkte, sowohl nach innen als nach außen. Gemäß dieser Entscheidung brachte die Königin die Friedenssache vor das Parlament, gemäß derselben ließ sie zugleich die Verhandlung mit Versailles in der nachdrücklichsten Weise fortsetzen.

Indem in ihrem Namen St. John den Staats-Secretär Torcy von dem ersteren Schritte Nachricht gab, übersandte er zugleich die Bedingungen für einen fortan öffentlichen Waffenstillstand, in denen, wie die Königin hoffe,[2]) der König von Frankreich nichts Anstößiges finden werde. Der höfliche Ton St. Johns gegenüber Frankreich, mit dem man öffentlich noch im Kriege war, sticht auffallend ab von demjenigen, den St. John in officiellen wie Privat-Schriftstücken anschlug gegenüber den Mächten, mit welchen man öffentlich noch im Bunde war.

---

[1]) Commons Debates vol. IV, p. 334.

[2]) Bolingbroke's letters vol. II, p. 366.

Wie in den Worten so in der Sache. Die Verbündeten erfuhren nicht, was St. John im Namen der Königin nach Versailles gelangen ließ. An Torcy dagegen schrieb St. John, daß der Botschafter Lord Strafford nunmehr nach Utrecht zurückkehren werde, mit Instructionen, die ihn und den Bischof von Bristol in Stand setzen, die bisherigen Rücksichten für die Verbündeten nicht mehr zu beobachten. St. John schreibt wörtlich: Ils pourront dorénavant se joindre ouvertement aux plénipotentiaires de Sa Majesté T. C., pour donner la loi à tous ceux qui ne voudront pas se soumettre à des conditions justes et raisonnables. C'est aussi ce qu'ils ne manqueront pas de faire, et c'est par ce moyen que nous pourrons en peu de temps parvenir à la fin de tous nos travaux.[1])

Demnach waren die leitenden Persönlichkeiten im Rathe der Königin über den früheren Standpunkt, von welchem aus sie zwischen ihren Verbündeten und Frankreich vermitteln wollten, bereits hinaus gekommen: sie wollten nun, im Vereine mit Frankreich, ihren Verbündeten das Gebot vorschreiben.

St. John sah dies Verhältnis nicht als eine Unterordnung unter Frankreich an. Indem er dem Bischof von Bristol in Utrecht die Sachlage mittheilt, fügt er hinzu: „Verstatten Sie mir, mit Ihnen mich zu freuen über die gegenwärtige glückliche Lage der Dinge und über die Stellung, welche die Königin in der Welt einnimmt. Von dem Stande der Unterordnung unter ihre Verbündeten ist sie emporgestiegen, ihnen das Gesetz vorzuschreiben und in ihrer eigenen Hand das Schicksal Europas zu halten, welches Frankreich nöthigt, Verpflichtungen gegen sie auf sich zu nehmen und ihr Unterpfänder dafür zu geben, während ihr keine Verpflichtung für Frankreich obliegt."[2])

In dem so angeredeten Bischofe von Bristol, den im Haag und in Utrecht eine von einer anderen Stimmung erfüllte Luft umgab, als diejenige des damaligen Unterhauses von Groß-Britannien, regten sich doch auch andere Gefühle als diejenigen des Triumphes. Die Generalstaaten hatten für den Ausdruck ihres Unwillens über die britische Politik in ihrem Schreiben an die Königin die denkbar höf-

[1]) Bolingbroke's letters vol. II, p. 368.
[2]) A. a. O., p. 378.

lichsten Formen ausgesucht: daheim auf eigenem Boden verfuhren andere Holländer nicht mit dieser Zurückhaltung. Vor dem Hause Straffords im Haag fand man eines Morgens ein Rad aufgerichtet, mit einer für den Botschafter nicht ehrenvollen Inschrift.[1]) Der Bischof meldete nach England, daß er bei der allgemeinen Erregung sich nicht sicher fühle. St. John wies dies hinweg, da ja Bristol durch seinen Charakter als Bischof und Botschafter doppelt geschützt sei. „Außerdem, sagt er dann, habe ich auch Grund zu glauben, daß die Holländer sich umsonst abmühen. Sie schlagen jetzt um sich wie ein Raubthier im Netze. Aber die Stricke sind zu stark zum Zerreißen. Das Widerstreben wird sie endlich abmatten, und wenn sie außer Athem sind, werden sie zahm werden."[2])

„In solchen Ausdrücken, sagt drei Jahre später die Untersuchungs-Commission des Unterhauses, redete ein britischer Minister über die Bundesgenossen der Königin und über die Behandlung, die er ihnen anthat."

Aber auch damals, im Jahre 1712, waren aus dem britischen Parlamente selbst, wenn auch von der Minderheit aus Stimmen an das Ohr St. Johns gedrungen, die mit jenem seinem Dithyrambus über die Stellung der Königin in Europa wenig im Einklange standen. Von außen her hätte Ormond ihm das Urtheil des Prinzen Eugen berichten können, daß derjenige, welcher die Befehle an Ormond verfaßt und übersendet habe, in beständiger Furcht sein müsse, dereinst seinen Kopf auf dem Schaffote zu verlieren.[3]) Ueberhaupt dürfte es sehr zweifelhaft sein, ob damals unter den verbündeten Mächten auch nur Eine in jene Worte St. Johns, die im Grunde nur sein Selbstlob enthielten, eingestimmt habe. Und in Versailles war man wohl kaum der Meinung, daß man geführt wurde, sondern eher, daß man führte.

Zunächst also kommt es auf die Bedingungen an, welche die Königin für einen Waffenstillstand dort stellen ließ, so wie auf das Eingehen in dieselben von Seiten Frankreichs.

---

[1]) Lamberty t. VII, p. 247.

[2]) Rapport du Comité secret p. 98. Vom 20. Juni/1. Juli.

[3]) Arneth, Prinz Eugen Bd. II, S. 234.

Die Königin bewilligte einen Waffenstillstand auf zwei Monate. Sie verlangte dagegen, daß während des Stillstandes der Vertrag des allgemeinen Friedens abgeschlossen werde, wenigstens der Artikel in Betreff des Verzichtes von Philipp V. auf die Thronfolge in Frankreich, daß also die Verzichts-Urkunde ausgestellt, von Ludwig XIV. angenommen, und von den Ständen des Königreiches Frankreich in feierlichster Form bestätigt werde. Als Unterpfand forderte sie die Einräumung der Stadt und der Citadelle Dünkirchen. Die französische Besatzung habe abzuziehen. Mit dem ersten Tage des Waffenstillstandes dagegen werden englische Truppen einrücken und so lange verweilen, bis die Generalstaaten dem Könige von Frankreich für die Demolirung von Dünkirchen ein Aequivalent überweisen, mit welchem er sich zufrieden erklärt. Alsdann solle er die Demolirung vornehmen. — Im Uebrigen wolle die Königin in die Verwaltung der Stadt Dünkirchen in keiner Weise sich einmischen.[1])

St. John that zugleich Torcy kund, daß Ormond im Felde von diesem Stande der Dinge Kunde habe, und, auf die Einsendung der Artikel mit der französischen Unterschrift, sofort den Waffenstillstand proclamiren werde.

Dies Schriftstück St. Johns, abgesandt am 6./17. Juni, traf am 21. in Marly ein. Am nächsten Tage erfolgte die Antwort.

Mit reichem Aufwande von Betheuerungen seines Vertrauens in die Königin, ließ Ludwig XIV. durch Torcy melden, daß er seine Truppen aus Dünkirchen nehmen und vom Tage des Stillstandes an die britischen dort einziehen lassen werde, so jedoch daß die Beamten aller Magazine dort auf ihrem Posten verblieben. — Auf die Forderung der Bestätigung des Verzichtes von Philipp V. durch die gesammten Stände von Frankreich ließ Ludwig XIV. erwiedern, daß den Ständen eine Einmischung in die Angelegenheiten der Thronfolge nicht zustehe, überhaupt nicht das Recht Gesetze zu machen, noch sie abzuschaffen. Wenn der König sie berufen, so geschehe dies ausdrücklich nur, um etwaige Klagen guter und getreuer Unterthanen anzuhören und abzustellen. Die Beispiele der früheren Jahrhunderte bewiesen, daß solche

[1]) Bolingbroke's letters vol. II, p. 366.

Versammlungen durchweg Unruhen nach sich gezogen, und die letzte, diejenige von 1614, habe geendet mit dem Bürgerkriege. Aber die Königin verlange eine Sicherheit. Diese könne auf andere Weise gegeben werden, nämlich durch die Verkündigung und Einregistrirung des Verzichtes von Philipp V. für sich und seine Nachkommen in allen Parlamenten des Königreiches. Edicte und Declarationen in dieser Weise vollzogen haben Gesetzeskraft, und dies entspreche der französischen Anschauung.

Dazu machte Ludwig XIV. noch ein sehr bemerkenswerthes Zugeständnis. Zugleich wolle er, wie Torcy schrieb, in öffentlicher Form aus den Registern der Parlamente das Patent streichen lassen, durch welches er dem Könige von Spanien, bei seinem Aufbruche nach Madrid, das Recht seiner Geburt habe wahren lassen. (Vgl. Band IX, S. 48.)

Man wolle dies Zugeständnis beachten. Torcy sagt eben vorher, daß die Eintragung des Verzichtes von Philipp V. demselben in den Augen der Franzosen die rechte Gesetzeskraft verleihe. Nun aber wollte Ludwig XIV. jenes Patent, welches durch die Eintragung in die Register des Parlamentes ebenfalls Gesetzeskraft erlangt hatte, vermöge seiner königlichen Machtvollkommenheit aus denselben streichen lassen. Wenn der eine durch seine Geburt rechtmäßige König von Frankreich dies vermochte, so vermochte es auch der andere. Wenn also nach dem Tode Ludwigs XIV. der kleine Dauphin nicht mehr am Leben war oder blieb, und wenn demgemäß durch seinen Tod das Geburtsrecht auf Philipp V. verstammte: so konnte er mit demselben Rechte wie vorher Ludwig XIV. die in die Register der Parlamente eingetragenen Edicte und Declarationen streichen lassen. Ludwig XIV. selber also gab, ob wissentlich, ob unwissentlich, ob absichtlich, ob nicht absichtlich, durch jenes Erbieten der Königin Anna und ihren Berathern den Fingerzeig, daß, wie Torcy gleich im Beginne der Sache sich ausgedrückt, ein Vertrauen in einen Verzicht Philipps V. gleich einem Bauen auf Sand, und daß daher jener Protest der Minderheit des Oberhauses vollaus begründet war. Nicht an Verzichten und Versprechungen hing später die Erhaltung des Friedens, wie man damals ihn plante, sondern — es ist zu wiederholen — an dem schwachen Lebensfaden Ludwigs XV.

Es ist nicht ersichtlich, daß die Königin und ihre Berather diese Erwägungen angestellt, noch auch eine Unzufriedenheit über das nicht volle Eingehen Ludwigs XIV. auf die ihm gestellten Bedingungen bewiesen haben. Er seinerseits gab dem Courier ein Handschreiben an die Königin mit, in welchem er freilich den Titel der Majestät vermied, aber ihr sein volles Vertrauen aussprach.[1]) Er hatte ja Grund dazu.

Wie von London aus die Bedingungen für den Waffenstillstand direct an Ormond geschickt waren, so ergingen nun auch die französischen Zugeständnisse darauf durch den Marschall Villars an ihn.

Die Frage der Truppen unter Ormond.

Bevor jedoch dieselben bei Ormond eintrafen, war eine principielle Frage dort in der Stille zur Entscheidung gekommen: nämlich für welche Truppen Ormond den Waffenstillstand mit Frankreich eingehen werde. Die gesammte Macht unter seinem Commando bestand, wie bereits erwähnt, aus 70 Bataillonen und 138 Schwadronen, von denen die National-Engländer 22 Bataillone und 19 Schwadronen ausmachten. Die Armee Ormonds war zusammengesetzt wie folgt.

	Bataillone	Schwadronen
Engländer	22	19
Dänen	9	21
Preußen-Brandenburger	10	36
Sachsen	7	12
Hannoveraner	14	29
Holsteiner	2	8
Braunschweig-Wolfenbüttel	2	—
Wallonen	—	4
Anspacher	2	4
Nassau-Dillenburger	1	—
Oettingen	1	—
Hußaren	—	5
Zusammen	70	138

[1]) Bolingbroke's letters vol. II, p. 393.

Die Nicht-Engländer dieser Armee waren Soldtruppen, theils von den Seemächten einzeln, theils gemeinschaftlich bezahlt. Die Frage, wie diese Truppen sich verhalten würden, tauchte nicht erst am 22. Juni auf, sondern war beiderseitig vorher erwogen. Die englischen Minister wußten, daß für den Fall eines Sonder-Waffenstillstandes zwischen England und Frankreich die Generalstaaten Geld bereit hielten, jene Truppen völlig in ihren Sold zu übernehmen.

Auf diese Meldung erwiederte St. John, am 7./18. Juni, an Thomas Harley: „Es würde mir lieb sein, wenn Sie mir die Gesandten dort benenneten, welche eingewilligt haben, die Truppen ihrer Fürsten aus dem Dienste der Königin zu nehmen. Einen derselben kann ich freilich leicht errathen. Nach meiner Ansicht dürfte in diesem Falle die Königin sich frei erachten von allen Verpflichtungen, sei es denen des Vertrages oder anderer Art. Und ich meine, sie würde sich bei dem Bruche besser stehen als bei fernerer Union mit solchen Alliirten.“ [1])

Indessen redete St. John hier nicht bloß persönlich. Am selben Tage meldete er im ähnlichen Sinne an Ormond: „Ich werde nicht ermangeln, den verschiedenen Ministern hier auszusprechen in welcher Weise die Königin jegliche Nichtwilligkeit ahnden wird, und, nach meiner Ansicht, werden Ew. Gnaden wohl thun, zu den Generalen der fremden Truppen im Solde der Königin dieselbe Sprache zu führen. Unter Anderem werden sie, nach meinem Dafürhalten, die Rückstände, welche den meisten von ihnen geschuldet werden, zweimal bedenken.“ [2])

St. John legt hier den Nachdruck auf die Rückstände. Es fragt sich also, wie dieselben entstanden waren, wo doch der Regel nach gerade die britische Regierung in ihren Zahlungen so pünktlich war.

„Es kommt nun an den Tag, berichtet einige Tage später der kaiserliche Resident Hoffmann, warum, obschon Geld genug im Schatzamte war, man mit der Zahlung aller Rückstände so lange inne gehalten hat.“ [3]) Demnach sollte das Zurückbehalten des bereits verdienten Lohnes für die Soldaten das Druckmittel auf die Generale sein. Die britischen Minister zweifelten nicht, daß ihnen dies gelingen

[1]) Bolingbroke's letters vol. II, p. 375.
[2]) A. a. O., p. 372.
[3]) Hoffmanns Bericht vom 1. Juli.

müsse. Die französische Antwort besagte ausdrücklich, daß sie auf den Waffenstillstand nicht bloß der Engländer rechne, sondern der gesammten von Ormond commandirten Armee.[1])

Ormond suchte daher sich zu vergewissern, daß die Befehlshaber der Soldtruppen ihm folgen würden. Er wandte sich zunächst an den hannöverschen General Bülow, noch am 22. Juni. „Dieser, meldet der Prinz Eugen dem Kaiser, hat ihm gar gut geantwortet.“[2]) Am anderen Tage richtete Ormond an den Fürsten von Anhalt, Befehlshaber der brandenburgisch-preußischen Truppen, die Anfrage, ob er, im Falle des Abmarsches, mitziehen oder bei dem Prinzen Eugen verbleiben werde. Anhalt antwortete, daß seine Befehle ihn anwiesen für das gemeine Beste zu handeln wie bisher. Da daraus die Verneinung klar genug hervor blickte, verlangte Ormond, daß Anhalt durch einen Courier in Berlin anfrage, wie er sich zu verhalten habe. Ormond wandte sich weiter an die anderen Generale der Bundestruppen. Die Antworten derselben lauteten nicht so, daß sie dem Herzoge von Ormond die Hoffnung abschnitten.[3])

Auf die durch Villars erhaltene Meldung, daß Ludwig XIV. in die Bedingungen für einen Waffenstillstand gewilligt, begab sich Ormond, am Morgen des 25. Juni, zu dem Prinzen Eugen, bei welchem sich auch die holländischen Feld-Deputirten einfanden. Ormond machte zuerst den Vorschlag, die Belagerung von Le Quesnoy aufzugeben. Damit, wie zu erwarten, zurückgewiesen, mußte er den Grund angeben, daß er sein früheres Versprechen die Belagerung zu decken, nicht mehr halten könne, sondern daß er, nachdem der König von Frankreich die Bedingungen der Königin für einen Waffenstillstand, namentlich auch die Einräumung von Dünkirchen bewilligt, mit seiner Armee abziehen müsse. Ormond redete vor den Feld-Deputirten, als wenn alle Truppen im Solde der Königin ihm folgen würden. Er hoffe, sagte er, die Republik würde um so lieber dem Waffenstillstande

[1]) Torcy in Bolingbroke's letters vol. II, p. 390.

[2]) Bericht des Prinzen Eugen, in Arneth, Prinz Eugen Bd. II, S. 494.

[3]) Mémoires du duc d'Ormond t. II, p. 6. Ormond berichtet sogar positiv, daß sie ihm auf die erste Anfrage Hoffnung gegeben. Die subjective Meinung Ormonds, selbst wenn sie irrig war, fällt hier ins Gewicht. Denn derselben entsprechend handelt er.

beitreten, da dies das geeignete Mittel sei, die Königin zur Vertretung ihrer Interessen zu bewegen.[1])

Die Feld-Deputirten verlangten fünf Tage Aufschub, bis sie Antwort vom Haag erhalten könnten. Ormond bewilligte nur drei Tage. Jene führten schwere Klage, daß der Abzug Ormonds mit allen seinen Truppen sie der französischen Armee preis geben würde.

Dies letztere ist so augenfällig, daß, obwohl es in den zwischen St. John und Torcy gewechselten Schriftstücken nicht ausdrücklich zur Sprache kommt, man doch beiderseitig es vorhergesehen haben muß. Wenn jene ganze Armee unter Ormond abzog, so waren die Holländer und die Kaiserlichen vor der Uebermacht des Marschalls Villars in großer Gefahr. Es ist daher nicht zu verwundern, wenn in London die Gegner des britischen Ministeriums behaupteten: der böse Plan desselben gehe darauf hinaus, daß, nach dem Abzuge Ormonds, die französische Armee diejenige der Verbündeten niedermachen solle.[2]) Eben dieselbe Ansicht wurde in Deutschland ausgesprochen.[3])

Die Feld-Deputirten sagten zugleich dem Herzog von Ormond, daß, nach ihrer Ueberzeugung, die Generale der Truppen im Solde der Königin ihm nicht folgen würden. Erst dann trat an Ormond mit voller Wucht die Frage heran, ob er das Angefangene auch durchführen könne. Nach der Rückkehr in sein Hauptquartier legte er den Generalen abermals die Frage vor. „Ich fand, sagt er, daß es den Gegnern inzwischen gelungen war, sie zu gewinnen." Sie erwiederten einmüthig, daß sie es nicht für erlaubt hielten, ohne näheren Befehl ihrer Kriegsherren sich von dem verbündeten Heere zu trennen.[4])

Wenige Stunden vorher hatte Ormond dem Marschall Villars gemeldet, wie er seinen Plan ausführen wolle. Noch am selben Tage mußte er einen zweiten Trompeter entsenden, mit der Nachricht, daß die Ausführung mislungen sei.

---

[1]) Mémoires du duc d'Ormond t. II, p. 5.

[2]) Correspondence of the Duchess of Marlborough vol. II, p. 84: I heard also that, by the next post, we should have authentic proofs of the wicked design to have had the confederate army cut off by the French, whilst the duke of Ormond marched away with his part of it.

[3]) Theatrum Europaeum Theil XIX b, S. 382.

[4]) Mémoires du duc d'Ormond t. II, p. 6.

In Versailles erhielt man diese Nachricht schon am 16./27. Juni, in London erst vier Tage später, am 20. Juni/1. Juli.

Wie der Abzug der gesammten Armee unter Ormond ein sehr großer Vortheil für Frankreich gewesen wäre, so diente selbst auch die Weigerung der Generale, die Stellung Frankreichs gegenüber England günstiger zu gestalten. Nach den eigenen Worten von britischer Seite hatte die Einräumung von Dünkirchen zur Voraussetzung den Abzug Ormonds mit seiner gesammten Armee. Diese Bedingung war nicht erfüllt: demnach erklärte Torcy, daß demgemäß auch die Consequenz hinweg falle, die Einräumung von Dünkirchen. Diese Erklärung traf in London ein zugleich mit der Meldung Ormonds von dem Mislingen seines Versuches, am 20. Juni/1. Juli.[1])

Der Nachtheil, moralisch wie materiell, traf die britische Politik. Dennoch entschloß sich die Königin mit ihrem Ministerium zu beharren, also weitere Concessionen an Frankreich zu machen.

Auf Befehl der Königin berief St. John sofort die Gesandten derjenigen Mächte, welche Truppen im englischen Solde hatten. Er eröffnete ihnen, daß die Königin bei dieser Lage der Dinge das Verhalten der Generale ansehen werde wie Erklärungen der betreffenden Kriegsherren für die Königin oder wider sie. Demnach erwarte sie, daß die Generale nicht Einen Augenblick zaudern würden, dem Herzoge von Ormond zu gehorchen: im anderen Falle werde sie nicht mehr zahlen. — Es kam darüber zu scharfen Worten, namentlich zwischen St. John und dem hannöverschen Residenten Kreyenberg. Der Letztere beschwerte sich über das Auftreten St. Johns bei dem Treasurer Oxford. Dieser erwiederte: St. John habe im Namen der Königin geredet, welche Ursache genug habe, ihre Unzufriedenheit mit Hannover noch schärfer auszusprechen.[2])

Verlauf der Angelegenheit des Waffenstillstandes.

St. John meldete diesen Stand der Dinge noch am selben Tage an Torcy. Er fügte weiter den Entschluß der Königin hinzu: im

[1]) Bolingbroke's letters vol. II, p. 400.

[2]) Theatrum Europaeum Theil XIX b, S. 382.

Falle, daß einige der Soldtruppen beharrten, bei der Armee des Prinzen Eugen verbleiben zu wollen, werde Ormond mit den englischen Truppen und denen, die ihm folgen würden, sicherlich der Mehrzahl, abmarschiren. „Dann wird die Königin, sagt St. John, welche bisher gegen ihre Verbündeten Rücksichten beobachtet hat, nunmehr aber durch das Verhalten derselben sich zum Aeußersten getrieben sieht, sich vor Gott und den Menschen als gerechtfertigt ansehen, wenn sie die Friedenshandlung zu Utrecht oder sonstwo fortsetzt, ohne sich darum zu kümmern, ob sie mitgehen oder nicht.“[1])

Aber es war um Dünkirchen zu thun. Demnach geht St. John weiter, im Namen der Königin zu erklären, daß, wenn Ludwig XIV. die Stadt und Festung Dünkirchen einräume, die Königin bereit sei zum Sonderfrieden mit Frankreich, und ihre Verbündeten ihrem Schicksale überlasse. Auf die Meldung an Ormond, daß der König die Stadt Dünkirchen für England eröffne, werde Ormond den Abmarsch antreten, die Königin dagegen werde einige Regimenter von England aus hinüber schicken, um von Dünkirchen Besitz zu nehmen. St. John meldete zugleich, daß zu stärkerem Nachdrucke der Graf Strafford sich ins Hauptquartier begeben werde.[2])

Am 5. Juli traf der Courier mit diesem Schreiben St. Johns in Versailles ein. Die Vorschläge oder Bitten der Königin wurden dort sofort angenommen, und ein Courier mit der Nachricht dieser Lage der Dinge an Villars entsendet. Bis diese Meldung auch in London eintraf, fühlten sich die Minister dort recht unsicher und unbehaglich.

Unterdessen hatten im Felde die Dinge sich nicht sehr verändert. Da die Generale sich auf die Befehle ihrer Kriegsherren berufen hatten, so mußte die Rückkehr der Couriere abgewartet werden. Inzwischen verlangte Ormond nochmals, daß der Prinz Eugen von der Belagerung der Festung Le Quesnoi ablasse, am 30. Juni.[3]) Im Gegentheile, erwiederte jener, um so nachdrücklicher müsse nunmehr die Belagerung betrieben werden. Am 3. Juli sah sich die Besatzung genöthigt zu capituliren.

---

[1]) Bolingbroke's letters vol. II, p. 403.

[2]) Man vergleiche das Schreiben St. Johns a. a. O., p. 417.

[3]) Lamberty t. VII, p. 155.

In Betreff der Entscheidung der Reichsfürsten über ihre Truppen bei der Armee, schaueten Viele, unter ihnen namentlich der Prinz Eugen, mit besonderer Erwartung nach Hannover. Schon zur Zeit des Wechsels des Ministeriums, im Herbste 1710, hatte der Prinz Eugen nach Wien hin vorgeschlagen: man möge den Kurfürsten zu einer Reise nach England auffordern. Seine persönliche Gegenwart dort werde das geeignete Mittel sein, die Königin zu freundlicheren Gesinnungen für die Allianz zurückzubringen. Der Wiener Hof war damals auf den Vorschlag nicht eingegangen.[1]) Man mochte in Wien besser wissen als der Prinz Eugen, daß der Kurfürst Georg Ludwig von Anfang an das Princip bethätigt hatte, sich in die inneren englischen Angelegenheiten in keiner Weise einzumischen.

Die Verwickelung der Dinge in den letzten Junitagen 1712 rief jenen Gedanken bei dem Prinzen Eugen lebhaft wieder hervor. Er suchte durch den Grafen Sinzendorf im Haag in dieser Richtung zu wirken. „Es ist, schreibt er diesem, am 30. Juni, keine Minute zu verlieren, zuvörderst den Kurfürsten von Hannover aufzumuntern, daß er die Sache einmal recht zu Gemüthe nehmen und sich rühren möge. Denn, wenn er nicht vor dem Frieden sein Interesse ausmacht, so ist es gewis, daß die englische Krone ihm verloren sein wird. Hingegen könnte man darauf rechnen, daß, wenn der Kurfürst oder sein Sohn hier wäre, ja noch besser, wenn der Eine oder der Andere nach England hinüber ginge, ein großer Theil der britischen Nation sich zu seiner Partei schlagen würde. Wenn aber Niemand da ist, der sich in Bewegung setzt: so wird es dem englischen Ministerium leicht fallen, nach und nach alles zu gewinnen und auf seine Seite zu bringen."

Demnach nahm auch der Prinz Eugen an, wie wir es nach den Worten des Jacobiten Lockhart (S. 345) als das allgemeine Urtheil in Groß-Britannien vernommen haben, daß folgerechter Weise das damalige Ministerium auf die Herstellung des Prätendenten ausgehen müsse.

Jener Wunsch steigerte sich bei dem Prinzen Eugen namentlich durch den Hinblick auf die Stimmung im englischen Lager. „Es ist dort, meldet er am 7. Juli, sowohl unter den Officieren wie den

[1]) Arneth, Prinz Eugen Bd. II, S. 237.

Soldaten eine solche Verbitterung zu verspüren, daß man Grund hat zu hoffen, es würde, wenn der Herr Kurfürst von Hannover oder sein Herr Sohn jetzt hier käme und etwas Geld mit sich brächte, schier dieses ganze Corps bei ihm verbleiben. Ich habe mit dem Baron Bothmar öfters darüber gesprochen, wie nöthig es sei, daß der genannte Herr Kurfürst eine Resolution fasse. Denn man darf sich doch nicht einbilden, daß ihm die englische Krone ins Maul fliegen werde; wohl aber kann man sich versichern, daß im anderen Falle, wenn er sich nur passiv verhalten und von seiner Seite nicht ein Mehreres thun will, er davon ausgeschlossen sein und noch andere schädliche Dinge hernach folgen werden." [1])

Die Nachricht des Prinzen Eugen über die Stimmung in der englischen Armee wird bestätigt durch diejenigen von hannöverscher Seite. Die Generale Stairs und Scarborough erschienen als die Wortführer der Unzufriedenen bei dem General Bülow. Wenn nur der Kurfürst persönlich miteintreten und sie ermuthigen wolle, sagten sie, so würde ein guter Theil der englischen Truppen zu ihm übergehen.[2])

Der Kurprinz Georg August, damals zwanzigjährig, wäre nicht abgeneigt gewesen auf den Vorschlag des Prinz Eugen einzugehen;[3]) aber der Vorschlag stand im Widerspruche mit dem Principe seines Vaters, des Kurfürsten, sich in englische Angelegenheiten nicht einzumischen. Der Kurfürst gab nicht seine Einwilligung.

Das britische Ministerium suchte dagegen auf den König von Preußen einzuwirken, und zwar durch den Gesandten desselben im Haag, Marschall von Biberstein. St. John schrieb demselben im Namen der Königin, daß diese das Interesse Friedrichs I. vertreten werde wie das eigene und den Frieden zu seiner Zufriedenheit einrichten wolle, wenn er nur dem Fürsten von Anhalt den Befehl gebe, sich von dem Prinzen Eugen und den Holländern zu trennen und mit Ormond zu gehen.[4])

---

[1]) Arneth, Prinz Eugen Bd. II, S. 497.

[2]) Schwencke, Geschichte der hannöverschen Truppen S. 254. Aus den Papieren von Ilten's.

[3]) Die Werke von Leibniz Bd. IX, S. 453. Schreiben der Kurprinzessin Caroline an Leibniz, vom 7. Juni 1714.

[4]) Bolingbroke's letters vol. II, p. 416. Vom 27. Juni/8. Juli.

Den hauptsächlichen Nachdruck erwartete jedoch das britische Ministerium von der Sendung des Botschafters Strafford. Sein ursprünglicher Auftrag, sich direct ins Hauptquartier zu Ormond zu begeben, wurde dann dahin geändert, daß er über den Haag gehen solle, um zuvor dort nachdrücklich zu den Holländern zu reden. Dahin folgte ihm ein Schreiben St. Johns, in welchem er anerkennt, daß, ohne die Einräumung Dünkirchens, der Boden für das Ministerium sehr unsicher sein, daß aber, mit der Einräumung Dünkirchens, das Spiel in ihren Händen, wie er es nennt, ruhmvoll sein werde. Er versteigt sich zu dem Ausdrucke: „Wir haben den Rubikon überschritten und müssen triumphiren oder untergehen.“[1])

Am 6. Juli traf Strafford im Haag ein. Er verlangte, daß die Republik sich in der Sache des Waffenstillstandes an England anschlösse, mit der wiederholten Drohung, daß er auf dem Wege sei, sich zur Armee zu begeben. Der Angelpunkt seiner Sendung beruhte auf der Erwartung des britischen Ministeriums, daß es dem Grafen Strafford dennoch gelingen werde, die deutschen Generale zum Anschlusse an Ormond zu bewegen. Strafford ging so weit bei dem Grafen Sinzendorf im Haag den Vorwurf zu erheben, daß der Prinz Eugen jene Generale vom Dienste der Königin abwendig gemacht habe. Dies führte beiderseits zu heftigen Reden. „Warum, fragte Sinzendorf, wollen Sie dem Feinde alle diese Vortheile lassen? Sie würden ja doch leichter zu einem allgemeinen Frieden gelangen, wenn die Bedingungen weniger schlimm wären, als so, wo Sie mit Gewalt und mit Zuziehung des Feindes Ihren Verbündeten einen Frieden aufdringen wollen. Ich begreife nicht, wie Ihnen das zum Vortheile gereichen kann.“ — Darauf fuhr Strafford, wie Sinzendorf bemerkt, unbedachtsamer Weise heraus: Frankreich könne durch den Verlust einer Schlacht so hinabgebracht werden, daß man sich von daher keines Beistandes mehr zu versehen habe.[2])

Strafford und Bristol, welcher auch nach dem Haag gekommen war, hielten mit den Vertretern der Republik mehrere Tage hindurch eine Reihe von Berathungen. Diese Thatsache allein beweist, daß die

[1]) Bolingbroke's letters vol. II, p. 427. Vom 5./16. Juli.

[2]) Bericht Sinzendorfs bei Arneth, Prinz Eugen Bd. II, S. 495. Vom 9. Juli.

Holländer sich nicht sofort so entschieden zeigten, daß sie jenen Botschaftern jegliche Hoffnung abschnitten. Da diese hatten durchblicken lassen, daß England für den Waffenstillstand die Stadt Dünkirchen erlangen werde, so forderten sie, daß auch der Republik eine Bürgschaft gegeben werde, und namentlich eine Sicherheit für die Erlangung ihrer Barriere. Als Strafford darauf nicht einging, sondern die Drohung seiner Abreise zur Armee wiederholte, verlangten die Holländer von dem preußischen und dem hannöverschen Gesandten die nochmalige Zusicherung des Belassens ihrer Truppen. Der Erstere, Marschall von Biberstein, gab ihnen Einblick in eine Denkschrift, die Friedrich I. durch seinen Residenten Bonet in London hatte einreichen lassen, mit der Beschwerde, daß die Mittheilungen der Königin über den Friedens-Entwurf der Stadt Straßburg nicht gedächten. Die preußischen Truppen hätten Befehl bei denen der Königin zu verbleiben, so lange sie gegen den Feind agiren würden, im anderen Falle sich unter den Prinzen Eugen zu stellen. Diese Antwort setzte voraus, daß fortan der Kaiser und die Generalstaaten den Sold für die Truppen aufbringen würden. Doch werde der König einen Monat vorschießen.

In ähnlicher Weise antwortete Bothmar. Der Kurfürst, erwiederte er, sei bereit, von den 10.000 Mann, die er in den Niederlanden habe, 6000 in eigenen Sold zu übernehmen.

Auf den Wunsch der Holländer stellten beide Gesandte die Antworten schriftlich aus, die dann sofort durch einen holländischen Courier den Generalen überbracht wurden.[1])

Bei dieser Lage der Dinge ward in der Versammlung der Stände von Holland der Beschluß gefaßt, keinen Waffenstillstand anders einzugehen als gemeinsam mit allen Verbündeten. Nach der Erfahrung war zu erwarten, daß dem Vorgange Hollands die anderen souveränen Provinzen folgen würden. Auf die Kunde des Beschlusses versuchten Strafford und Bristol noch einmal durch nachdrückliche Reden die Gemüther zu erschüttern. Der Versuch schlug fehl. Am 10. Juli brach Strafford auf nach dem Feldlager.[2])

---

[1]) Lamberty t. VII, p. 159.

[2]) A. a. O.

Auf die Nachricht des Bevorstehens der Ankunft von Strafford sammelte der Prinz Eugen mit den holländischen Feld-Deputirten auch die Generale der reichsfürstlichen Truppen um sich, um nach dem Eingange der Couriere die endgültige Antwort zu vernehmen. Der Fürst Leopold von Anhalt als Commandant der brandenburgisch-preußischen Truppen nahm zuerst das Wort, und erklärte sich entsprechend der Versicherung des Gesandten im Haag. Zugleich jedoch bewies sein Verhalten, daß der ihm gewordene Befehl seinen Wünschen entsprach, so daß der Prinz Eugen in seinem Berichte an den Kaiser den löblichen Eifer des Fürsten von Anhalt in besonders rühmender Weise hervorhob.[1])

Aehnlich erklärte sich der hannöversche General Bülow. Damit waren die wichtigsten Streitkräfte gesichert. Weniger bestimmt lauteten die erhaltenen Weisungen für den kursächsischen General Wilkens, für den Herzog von Württemberg als Commandanten der Dänen. Nur der holsteinische General Berner erklärte, mit denjenigen Truppen, für welche England zahle, bei Ormond aushalten zu müssen, nämlich 1 Bataillon und 4 Schwadronen.

Strafford war mit Ungeduld erwartet und ward bei der Ankunft mit Freuden begrüßt von Ormond, der, wie er später selber sich ausdrückte, unter Straffords Führung sich dem Labyrinthe zu entwinden hoffte,[2]) in welches die Politik des britischen Ministeriums ihn verstrickt hatte. Aber Strafford mochte bald erkennen, daß für ihn sehr geringe Aussicht war, seine im Haag ausgesprochenen Drohungen bewahrheiten zu können. Der Prinz Eugen war mit den Feld-Deputirten überein gekommen, nicht ihm einen Schritt entgegen zu thun. „Sollte aber Strafford selbst sich zu mir verfügen, meldet er an Sinzendorf, so werde ich nicht ermangeln mit ihm hoch und stark zu sprechen."[3])

Lord Strafford brachte sich nicht in diese Lage. Er hatte sich, bei der Art seines Auftretens, in Utrecht wiederholt, von dem Portugiesen Tarouca und dem Holländer Buys, Antworten zugezogen, wie sie im diplomatischen Verkehre nicht üblich sind.[4]) Die Stimmung bei

[1]) Arneth, Prinz Eugen Bd. II, S. 244, 497.

[2]) Mémoires du duc d'Ormond t. II, p. 23.

[3]) Das Schreiben, vom 11. Juli, bei Arneth, Prinz Eugen Bd. II, S. 497.

[4]) Lamberty t. VII, p. 27, 93. Man vergleiche dazu p. 173.

den Verbündeten gegen ihn persönlich war ihm daher bekannt. Und nun kam dazu, daß er als der Vertreter einer Politik erschien, welcher in der Armee das Lob der Ehrlichkeit und Geradheit nicht entgegen getragen wurde. Strafford gab dem Prinzen Eugen Nachricht von seiner Ankunft, blieb aber im britischen Hauptquartier, und machte auch keine Versuche bei den Generalen der Bundestruppen.

So dauerte es einige Tage. Der Briefwechsel zwischen Ormond und Villars war unterdessen lebhaft; aber die Vorbedingung der Erklärung des Waffenstillstandes für Ormond war die Nachricht der Einräumung von Dünkirchen. Diese Nachricht war noch nicht da, als der Prinz Eugen den Entschluß faßte, die Dinge zur Klarheit zu bringen. Am 15. Juli ließ er dem Herzog von Ormond die Meldung zugehen, daß er in der Frühe des nächsten Tages aufbrechen werde. Zugleich erhielt Ormond von Villars die Nachricht, daß die Schritte des Prinzen Eugen auf die Umschließung der Festung Landrecy abzielten. „Ich habe sichere Nachricht, fuhr Villars fort, daß der Prinz Eugen morgen auf Landrecy marschiren wird. Ihre Armee befindet sich auf dem Wege, den ich einschlagen muß, um nach Landrecy vorzurücken. Das ist eine auffallende Fügung der Dinge, und es scheint mir von der holländischen Armee sehr kühn, daß sie die Allianz der Königin so misachtet, und von den Kaiserlichen sehr undankbar, daß sie sich für die von England empfangene Hülfe so wenig erkenntlich beweisen." Villars schloß damit, Ormond um Nachricht zu bitten, welche Truppen bei ihm verbleiben würden.[1])

Zunächst hatte Ormond sich mit dem Prinzen Eugen aus einander zu setzen. Er antwortete, daß ihn die Meldung überrascht habe, zumal da vorher zwischen ihnen nichts festgestellt sei, und der Prinz Eugen nicht einmal den Zweck seines Marsches angebe. Deshalb könne er, Ormond, sich dem Prinzen nicht anschließen. „Sagen Sie weiter Sr. Hoheit, fügte Ormond hinzu, daß er noch weniger von den Truppen der Königin eine Hülfe erwarten dürfe, zumal bei einer in solcher Weise begonnenen Unternehmung." — „Ich war sehr froh, schrieb Ormond in späterer Zeit, im voraus ihm diesen Hinweis zu

[1]) Mémoires du duc d'Ormond t. II, p. 27. — Rapport du Comité secret p. 78.

geben, damit er sich danach richten, und nicht das etwa ihm zustoßende Unglück mir beimessen könne." — In der Wirklichkeit dürfte diese Freude nur der späteren Reflexion Ormonds entstammen. Damals selber beschränkte sich wohl die Freude darauf, daß der Prinz Eugen formell ihm den Anlaß bot sich in solcher Weise auszusprechen. Er schloß nämlich seine Rückmeldung mit den Worten: wenn der Prinz Eugen marschire, so sei auch er genöthigt aufzubrechen, um, wie er sagte, die Truppen der Königin in Sicherheit zu bringen.[1])

Auf diesen, bei dem Thatbestande, armseligen Vorwand sah sich Ormond reducirt, weil er, in Ermangelung einer positiven Nachricht über die Einräumung von Dünkirchen, den Waffenstillstand noch nicht verkünden durfte.

Dann antwortete er dem Marschall Villars. Ueber die Andeutungen desselben auf ein Zusammen-Wirken ging Ormond hinweg. Er sagte nur, daß er zur Stunde über die bei ihm verbleibenden Truppen keine Auskunft geben könne, sondern erst am nächsten Tage.[2])

Demnach gab Ormond noch die Hoffnung nicht auf, daß einige der Bundestruppen bei ihm bleiben würden. Zu diesem Zwecke suchte Strafford in letzter Stunde auf den hannöverschen General Bülow einzuwirken. Diesem gegenüber behauptete Strafford, wie er selbst berichtet, daß die Königin mit Frankreich weder Frieden, noch Stillstand habe. Demnach würden, wenn der Prinz Eugen aufbräche, die Truppen der Königin einer großen Gefahr ausgesetzt sein. Auf diese Rede, deren Unwahrheit der General Bülow wohl kaum ganz durchschauete, versetzte er: im Falle eines Angriffes auf die Engländer würde er nicht ermangeln zu ihrer Hülfe herbei zu eilen. „Darauf, fährt Strafford fort, erwiederte ich mit Geringschätzung: es würde sich doch wohl absonderlich ausnehmen, wenn ein Kurfürst des Reiches einen ausreichenden Beschützer für Groß-Britannien abgeben könnte."[3])

In der Morgenfrühe des 16. Juli brach der Prinz Eugen mit seiner Armee auf. Es folgten ihm wie die Holländer, so auch die

---

[1]) Mémoires du duc d'Ormond t. II, p. 25. — Rapport du Comité secret p. 78.

[2]) A. a. O.

[3]) A. a. O., p. 80.

Preußen, die Hannoveraner, die Dänen, die Sachsen. Noch im Laufe desselben Tages meldete Ormond an Villars, daß bei ihm verblieben seien 1 Bataillon und 4 Schwadronen Holsteiner und 2 Schwadronen Lüttticher. Nachdem er in dieser Weise sich von dem Prinzen Eugen getrennt, bestehe thatsächlich bereits der Waffenstillstand.[1])

Villars antwortete mit der Bitte an Ormond die Richtung seines Marsches kund zu geben. In Erwartung dessen werde er noch einen Tag in seinem Lager verweilen. Er meldete weiter, daß er fortan Ormond als seinen Freund betrachte, dem, wenn es ihm beliebte, der Marsch durch die Länder des Königs frei stünde, da ja die festen Plätze sich im Besitze der Holländer befänden.[2])

Im Laufe desselben Tages brach auch Ormond auf. Seine Armee bestand aus etwa 12.000 Mann. Es war der Tag, an welchem der Abrede gemäß Dünkirchen eingeräumt werden sollte. Demnach ließ Ormond am Abende, nach dem Aufschlagen des Lagers, vor der Front eines jeden Regimentes den Waffenstillstand mit Frankreich verkündigen.

Er sandte zugleich die Meldung an den Prinzen Eugen, jedoch, auf Strafforde Betrieb, mit einer anderen Begründung. Ormond ließ sagen: der Aufbruch des Prinzen Eugen, ohne Vereinbarung, so wie der Abzug der Hülfstruppen mit ihm, habe die Truppen der Königin derartig exponirt, daß Ormond, um sie in Sicherheit zu setzen, einen Waffenstillstand mit Frankreich habe eingehen müssen.[3])

Zugleich meldete Ormond den Verlauf dieses Tages dem Staats-Secretär St. John. Dieser, der gehofft hatte, daß seine Mahnungen an Marschall von Biberstein im Haag einigen Erfolg haben würden, ließ nun vor demselben seinen Unmuth aus. „Ich besorge, sagt er, daß die Ehre, die der Fürst von Anhalt bei der Belagerung von Landrecy davon tragen wird, die gemeinsame Sache nicht für das Unglück entschädigt, welches sie erleiden wird in Folge des falschen Schrittes dieses Fürsten, durch den er beigetragen hat, der Königin einen so beschimpfenden Affront zuzufügen." — Es folgt dann die Drohung, daß die

[1]) Rapport du Comité secret p. 81.
[2]) Mémoires du duc d'Ormond t. II, p. 28.
[3]) Rapport du Comité secret p. 79.

Königin über die nordischen Angelegenheiten durch den Mund ihres Admirals in der Ostsee sprechen werde.[1])

Stärker noch bricht der Unmuth St. Johns über das Mislingen hervor in einem Privatschreiben, das er am selben Tage an den unterdessen in Hannover endlich eingetroffenen Gesandten Thomas Harley richtete.[2]) „Dieser mein Brief, schreibt er, dient zur Begleitung des officiellen Schriftstückes, um Ihnen zu sagen, daß wir über die Vorgänge in Flandern in Betreff des Interesses der Königin in keiner Weise bekümmert sind, dagegen nicht vermögen zu errathen, was denn die Fürsten, denen die Truppen dort gehören, eigentlich wollen. Ein bettelhafter deutscher General befiehlt den Truppen, die von der Königin eine Reihe von Jahren bis auf diese Zeit bezahlt worden sind, von der Königin zu desertiren, und deren Unterthanen, so viel jene davon wissen konnten, dem Angriffe des Feindes auszusetzen. Dies, ich gestehe ein, ist überraschend, und dürfte nicht viele Fälle des Gleichen haben."

„Ich versichere Ihnen, daß die Sache hier hoch aufgenommen werden wird. Nach meinem Dafürhalten sind die Königin und alle ihre Diener entschlossen, die Insulte, die der britischen Nation von ihren Söldlingen angethan ist, zu ressentiren. Wir werden Geld zu sparen haben, und werden, nach meiner Ansicht, es anwenden, um diejenigen unsere Macht empfinden zu lassen, die durch unsere Güte nicht gewonnen werden konnten."

„Die nordischen Minister beginnen bereits über die Ausrüstung eines starken Geschwaders nach dem baltischen Meere Unruhe zu empfinden. Sie werden bald bemerken, daß die Generalstaaten, welche (nach ihrer Meinung) uns angreifen sollten, nicht eine Flotte ausrüsten können, die nur unserer Canal-Wache die Wage halten könnte."

„Ich sehne mich von Ihnen zu hören. Hat denn der Kurfürst nicht einen einzigen Mann, der etwas von unserem Lande kennt, oder mehr Scharfsinn besitzt als Schütz und Bothmar, die armseligsten Werkzeuge, die jemals Papier beschmutzten?"

---

[1]) Bolingbroke's letters vol. II, p. 429. Vom 12./23. Juli.

[2]) A. a. O., p. 422.

Es ist kaum anzunehmen, daß der Gesandte Harley es für zweckmäßig gehalten habe, die Bramarbas-Rede St. Johns auch sich bei dem Kurfürsten zu eigen zu machen. Dagegen erfordert es die Gerechtigkeit, der Meinung St. Johns über die Politik, die er und Oxford in dieser Angelegenheit durch Ormond und Strafford betrieben, auch diejenige anderer Engländer entgegen zu halten, so wie die Besorgnis, welche sie davon hegten, wenn diese Politik damals gelungen wäre.

Zunächst bemerkte man, bei aller Aussicht auf den Frieden, kein Steigen der Werthpapiere. Auf die Nachricht der Trennung der Armeen fielen die Actien der Bank von England um 6 Percent.[1])

In dem Berichte der Commission, welche drei Jahre später das Unterhaus, in der Mehrheit aus Whigs bestehend, zur Untersuchung dieser Angelegenheit niedersetzte, heißt es darüber wie folgt.[2])

„Wenn der Plan, auf welchen Frankreich sich gefaßt, und zu welchem England sich anheischig machte, nämlich alle fremde Truppen, die im Solde der Königin zu der Armee des Herzogs von Ormond gehörten, dahin zu nöthigen, daß sie die anderen Verbündeten preis gäben — wenn dieser Plan gelungen wäre: so ist es gewiß, daß die gesammte Armee des Prinzen Eugen gezwungen gewesen sein würde, sich jeder Forderung der Franzosen zu unterwerfen, oder ihnen völlig preis gegeben zu sein zur Vernichtung oder Einsperrung, je nach dem Belieben des Marschalls Villars. Für die Armee der Königin würde dagegen der ganze Vortheil darin bestanden haben, daß das Loos der Vernichtung erst zuletzt an sie gekommen wäre. Die Truppen im Solde der Königin konnten sich in Ehre und Gewissen nicht entschließen, ihre Bundesgenossen zu verlassen und an Frankreich zu opfern. Dafür wurden sie in England bestraft durch den Verlust ihres bereits verdienten Soldes. Denn dies war das einzige Mittel, welches die Minister besaßen, um ihren Zorn kund zu geben und sich für dies ihr Misgeschick zu rächen, welches ihre mit Frankreich getroffenen Verabredungen durchkreuzt hatte."

Die Anklage der Commission von 1715 beschränkt sich also nicht auf diejenige der Böswilligkeit gegen die Verbündeten, sondern fügt

---

[1]) Hoffmanns Bericht vom 22. Juli.

[2]) Rapport du Comité secret p. 78.

noch hinzu diejenige des Mangels an Vorausſicht in die Conſequenzen für die engliſchen Truppen.

Es fragt ſich alſo, wie dieſe ſelber an Ort und Stelle die Vorgänge aufnahmen, deren Motive doch nur ein ſehr geringer Bruchtheil von ihnen zu errathen vermochte.

Strafford meldete, daß bei der Trennung der Armeen, am 16., alle Engländer Freude an den Tag legten. Als den Grund fügt er hinzu, daß die Lage, in der ſie ſich befanden, und die Vorwürfe, die man in der großen Armee ihnen machte, ihnen zuwider waren. „Es ſind, fährt er fort, nur zwei oder drei unzufriedene Geſichter, die da ſeufzen und wünſchen möchten, daß die Hannoveraner ſich nicht von uns getrennt hätten. Aber ich kann ihnen antworten, daß es ſo vielleicht um deſto beſſer iſt.“[1])

Die Wahrnehmung alſo, die acht Tage zuvor der Prinz Eugen gemeldet, daß es ſich nur um das Erſcheinen des Kurfürſten oder des Kurprinzen bei der Armee handele, um die Mehrzahl derſelben zu anderen Entſchlüſſen fortzureißen, hat Strafford entweder nicht gemacht oder nicht berichtet.

Dagegen lautet ein Bericht eines engliſchen Hiſtorikers jener Zeit ſehr abweichend von demjenigen Straffords. Nach demſelben haben die Soldaten ſogar in lauter Weiſe ihrem Unmuthe gegen Ormond und ihrem Verdruſſe über die nicht rühmliche Rolle, die ſie den Verbündeten gegenüber zu ſpielen gezwungen waren, Ausdruck gegeben.[2])

Nach hannöverſchem Berichte bildeten beim Abzuge der Hannoveraner engliſche Officiere und Soldaten Spalier.[3])

In Betreff der Verkündigung des Waffenſtillſtandes am Abende breitete Strafford aus, daß dieſelbe von den engliſchen Soldaten mit Jubel aufgenommen worden ſei.[4]) Aber man erhielt im Haag zuverläſſige Nachrichten, die das Gegentheil meldeten. Auch der Prinz Eugen wußte es beſſer. Ormond hatte ihm zur Kundmachung des Waffenſtillſtandes den General Cadogan geſchickt. Dieſer berichtete dem Prinzen Eugen: Ormond habe alles Erdenkliche aufbieten laſſen,

[1]) Rapport du Comité secret p. 79.

[2]) Cunningham vol. II, p. 384. Aber Cunningham war nicht Augenzeuge.

[3]) Schwenke, Geſchichte der hannoverſchen Truppen u. ſ. w. S. 254.

[4]) Lamberty t. VII, p. 172.

um die Soldaten zu bewegen, daß sie bei der Verkündigung des Waffenstillstandes nach der englischen Weise durch dreimaliges Aufschreien ihre Freude kund geben sollten. Die aufgewandte Mühe sei jedoch fruchtlos geblieben: vielmehr habe sich unter den Officieren wie Soldaten eine große Bestürzung kund gegeben, mit der Folge, daß eine große Anzahl desertire.[1])

Wie Ormond später erzählte, hatte er seinen Marsch in der Richtung auf Douay angetreten, ohne sich über ein eigentliches Ziel klar zu sein. Er schwankte zwischen Dünkirchen und Gent. Die erstere Stadt ward inzwischen einem durch die englische Flotte herüber getragenen Corps eingeräumt, Gent hatte eine kleine holländische Besatzung. Daher trug Ormond, wie er erzählt, Bedenken sich dahin zu begeben. Aber die holländischen Commandanten von Bouchain und von Douay weigerten dem Botschafter Strafford und einigen Officieren den Einlaß und die Durchreise. Diese Begegnung, sagt Ormond, habe seinen Entschluß auf Gent bestimmt. Er ließ den Feld-Deputirten melden, daß er bei dem Mistrauen, das man ihm beweise, Gent besetzen werde. Der Prinz Eugen und die Feld-Deputirten schickten ihm den Grafen Nassau, am 19. Juli, mit der Versicherung, daß jene Commandanten ohne Befehl gehandelt, und ließen ihm für seinen Marsch jegliche Begünstigung anbieten. „Ich konnte mich jedoch dadurch, sagt Ormond, nicht überzeugen, daß jene Commandanten gewagt haben sollten, ohne ausdrücklichen Befehl so zu handeln." Er nahm Besitz von Gent und Brügge.[2])

Im Haag war man der Ansicht, daß der Rath sich dieser Städte zu bemächtigen, von Torcy durch Villars an Ormond gelangt sei. Torcy in seinen Denkwürdigkeiten bestätigt, daß Ludwig XIV. den Rath gegeben, also vor der That.[3])

Von wem immer zuerst der Gedanke ausgesprochen sein mag: in der Wirklichkeit war die Sache wohl berechnet ausgeführt, und zwar nach dem Rathe Straffords, und anders als Ormond später erzählte. Am zweiten Tage des Marsches, dem 17. Juli, legte Strafford

---

[1]) Bericht des Prinzen Eugen vom 17. Juli, bei Arneth, Prinz Eugen Bd. II, S. 498.

[2]) Mémoires du duc d'Ormond t. II, p. 30.

[3]) Mémoires de Torcy t. III, p. 232.

in einem Schreiben an St. John den Plan dar. „Nach meiner Ansicht, sagt er, sollte Ormond eine Abtheilung vor eine ihrer (d. h. mit holländischer Besatzung versehenen) Städte rücken lassen, um zu sehen, ob man den Durchzug weigern würde. Eine Weigerung solcher Art würde ihn berechtigen, etwas zu unternehmen, was den Truppen sehr angenehm und bei Ihnen, wie ich glaube, keine Misbilligung finden würde." — „Ormond, fügt dann Strafford hinzu, hat großen Eifer; aber er hat sicherlich in seiner Umgebung auch Schwierigkeiten zu überwinden. Denjenigen dort, welche Befähigung besitzen, darf er sich nicht völlig anvertrauen, und diejenigen, in welche er Vertrauen setzt, sind nicht befähigt ihn mit gutem Rathe zu unterstützen."[1])

Nach der Ausführung, am 21. Juli, meldet dann Strafford, daß er bei jenem Schreiben vom 17. die Besetzung von Gent im Auge gehabt habe.

Wie Strafford richtig vorausgesehen, empfing Ormond für die That der Ueberrumpelung Gents den Dank der Königin, und zwar in den stärksten Ausdrücken. St. John sagt sogar, daß ihm die Worte dafür fehlen. „Auf die Nachricht der Einräumung von Dünkirchen an uns, sagt er, konnte nicht eine mehr erfreuliche folgen als diejenige der Besetzung von Gent. Der erstere Platz setzt uns in den Stand vortheilhaft mit Frankreich zu unterhandeln; der Besitz des anderen wird die Holländer und die Kaiserlichen zwingen, fortan der Königin mehr Rücksichten zu beweisen als bisher."[2])

In ähnlicher Weise ist der Glückwunsch Oxfords an Ormond für diese Leistung, Gent und Brügge besetzt zu haben, ein wahrer Jubelruf. „Das Beispiel der Entschlossenheit, das ein so hoch befähigter, von unerschrockenem Muthe beseelter Mann gegeben, hat Sie zum Objecte des Neides auf der einen Seite gemacht, und auf der anderen Ihnen den Beifall aller erfahrenen und verständigen Leute erworben. Der Marsch Ew. Gnaden nach Gent ist ein Meisterstreich und wird als solcher in Frankreich wie in Holland anerkannt."[3])

Bevor wir die Entwickelung dieser Dinge weiter verfolgen, ist es erforderlich klar zu stellen, wie dazu sich der Wiener Hof verhielt.

---

[1]) Das Schreiben Straffords im Rapport du Comité secret p. 89.

[2]) Lamberty t. VII, p. 216.

[3]) A. a. O., p. 218.

Kaiser Carl VI. zu der britischen Politik.

Wir haben gesehen, daß der Prinz Eugen im März, bevor er von London aufbrach, sich auf eine geheime Unterredung mit Oxford einließ. Der Kaiser hieß den Schritt gut. „Obwohl, antwortete er dem Prinzen Eugen, die Engländer nach meinem Dünken sich schon so weit eingelassen haben, daß ich fürchte, es sei von ihnen nichts zu hoffen, so ist es dennoch gut sie anzuhören.“ [1])

Es fragte sich indessen, ob man das britische Ministerium als solches anhörte. In der Correspondenz St. Johns, durch den die auswärtigen Angelegenheiten gingen, findet sich kein Wort der Andeutung einer Kunde seinerseits von dieser Verhandlung mit Wien. Es ist also lediglich Oxford, der hier in Frage kommt. Dieser aber hatte, um die Sache einzuleiten, begonnen mit einer Behauptung, die der Wahrheit zuwider lief (S. 301). Demnach liegt es nahe zu vermuthen, daß Oxford auch in dieser Angelegenheit, wie es so häufig seine Weise, von Anfang an auf Täuschung ausging.

Dabei kam ihm zu statten die Verkennung der wirklichen Sachlage in Wien. Carl VI. vergaß, daß sein Vater Leopold nicht aus eigenem Antriebe ihn nach Spanien entsendet, um dort das Erbrecht ihres Hauses geltend zu machen, sondern in seiner Deferenz für die politischen Wünsche des Bundesgenossen England. Was immer Carl VI. in Spanien besaß, das hatte er, in Betreff der materiellen Mittel, fast lediglich durch England errungen. Indem nun die politische Macht England die Sache Carls VI. in Spanien preis gab, war es sehr die Frage, ob sie zu behaupten sein würde.

Bei Carl VI. dagegen überwogen die moralischen Gründe. Er wollte das Recht seines Hauses an Spanien nicht aufgeben. Er wollte diejenigen Spanier, die ihm als ihrem rechtmäßigen Könige gehuldigt und für ihn gelitten hatten, namentlich die Catalonier, nicht preis geben. Und von diesem seinem Standpunkte aus hoffte Carl VI. immer wieder aufs neue, daß England zu einer ehrenhafteren Politik zurückkehren könne, und war, ungeachtet aller Abmahnungen der Erfahrung an

[1]) Handschreiben des Kaisers, vom 6. April, bei Arneth, Prinz Eugen Bd. II, S. 490.

diesem Ministerium Oxford-St. John, dennoch, wie er es selber sagte, geneigt sie anzuhören.

Oxford indessen trat nicht selber hervor. Er machte seine Mittheilungen durch den pfälzischen Residenten, Namens Steingens. Im Mai überlieferte dieser einen ausgearbeiteten Vorschlag. Danach solle der Kaiser Mailand und alle Staaten des Herzogs Victor Amadeus erhalten, mit Ausnahme von Savoyen, welches an Frankreich fiele. Die Niederlande würden zwischen dem Kaiser und dem Kurfürsten von Baiern getheilt. Spanien solle dem Herzoge Victor Amadeus, Neapel und Sicilien dem Könige Philipp V. zufallen.[1]) — Steingens empfahl dem Hofe in Düsseldorf, bei dem Kaiser für die Annahme eines Vorschlages zu wirken, der aller Wahrscheinlichkeit nach zwischen Frankreich und England verabredet, von dieser letzteren Macht nachdrücklich werde festgehalten werden.[2])

Der Vergleich dieses Vorschlages mit der Alternative, welche eben damals St. John im Namen der Königin in Versailles gestellt, thut die Unvereinbarkeit dar. Demnach wurde Steingens als betrogenes Werkzeug von Oxford gebraucht, um den Kaiser irre zu führen.

Bevor die Sache nach Wien gelangte, antwortete der Prinz Eugen vom Feldlager aus nach London hin dem Sinne des Kaisers entsprechend. Dieser selber empfand es tief, daß man in solcher Weise über die wichtigsten Interessen seines Hauses ohne ihn verfüge und ihm durch die dritte Hand davon Kunde geben wolle. Dennoch ließ er dann den Adjutanten des Prinzen Eugen, den Baron Hohendorf, der diese Mittheilungen überbracht hatte, wieder nach England gehen.[3])

Das Verhalten Ormonds im Juni benahm namentlich dem Prinzen Eugen jeden Zweifel an der eigentlichen Absicht Oxfords. „Der Widerspruch, schreibt er, in den Berichten Hohendorfs mit den Befehlen an Ormond zeigt sonnenklar, daß man nur darauf ausgeht uns zu betrügen. Während England und Frankreich, allem Anscheine nach, in ihrer Unterhandlung schon völlig einig sind, will Oxford zur

---

[1]) Arneth, Prinz Eugen Bd. II, S. 221.

[2]) A. a. O., S. 492.

[3]) Handschreiben des Kaisers an den Prinzen Eugen, vom 16. Mai, a. a. O.

Verhüllung ihrer übelen Intention und ehrlosen Vorhabens mit uns noch tractiren.“ [1])

Aber die Klarheit des Prinzen Eugen über Oxfords Unehrlichkeit führte den Hof in Wien noch nicht zur Erkenntnis, daß durch das Zurücktreten Englands von der Allianz das frühere Ziel derselben in unerreichbare Ferne gerückt war. Wie die Königin dem britischen Parlamente ihren mit Frankreich vereinbarten Friedensplan vorgelegt, ließ sie die Kunde desselben auch an den Kaiser bringen. Die dazu ersehene Persönlichkeit war nicht mit Geschick, oder, richtiger vielleicht, nicht mit Wohlwollen für den Kaiser Carl VI. ausgewählt. Es war der Lord Peterborough. So viele Ehren auch immer die Partei-Tactik im britischen Oberhause auf diesen Mann gehäuft: er genoß außerhalb Englands nicht desselben Ansehens. Robethon, während seines Aufenthaltes im Jahre zuvor als hannöverscher Gesandter im Haag, bezeichnet ihn in einem Berichte nach Hannover mit den Worten: Le roi des menteurs et des fous.[2]) Am wenigsten aber dem Kaiser Carl VI. konnte als Botschafter eine Persönlichkeit genehm sein, über die er in den Jahren 1705 und 1706 nach Wien und nach London hin so sehr schwere Klagen geführt hatte.

Der Kaiser befand sich in Preßburg zum Zwecke der Krönung als König von Ungarn. Dort erschien vor ihm Lord Peterborough und hielt ihm in langer Rede vor, was Alles die Königin für das Haus Oesterreich gethan, und wie durch die Hülfe der Königin der Kaiser mehr besitze als jemals einer seiner Vorfahren. Die Königin hoffe, es werde unter den Verbündeten Niemand, am wenigsten aber der Kaiser, ihr die Ehre misgönnen, daß Europa durch ihren Eifer und ihre unermüdete Sorgfalt einen solchen Frieden erlange, bei welchem die gesammten Verbündeten ihre Sicherheit und billige Satisfaction finden könnten.[3])

Die anmaßende Rede aus unwillkommenem Munde reizte den Kaiser zum Zorne. Er trat einen Schritt vor, faßte den Peterborough beim Knopfe des Rockes und sagte: lieber wolle er alles in der

---

[1]) Arneth, Prinz Eugen Bd. II, S. 495. Vom 24. Juni.

[2]) Robethon-Papiere im Archive der Stadt Hannover, von 1711.

[3]) Die Rede im Theatrum Europaeum Theil XIXb, S. 180. — Lamberty t. VII, p. 512.

Welt aufsetzen und verlieren als sich auf solche unziemliche Weise Gesetze vorschreiben lassen.

Nach dieser Audienz war es dem Lord Peterborough in Oesterreich nicht mehr behaglich, zumal da er behauptete, daß man ihn nicht seinem Charakter entsprechend behandele. Wenn dies geschehe, meinten Andere, so sei das nach dem was der Graf Gallas in London erfahren, nicht auffallend. Als Peterborough erkannte, daß der Kaiser auf die Beständigkeit hoffe, die Victor Amadeus ihm versichern ließ, brach er nach Turin auf, um dort entgegen zu wirken.[1])

In denselben Tagen ließ die Kaiserin Elisabeth in Barcelona die Krönung ihres Gemahls zum Könige von Ungarn festlich begehen, am 23., 24. und 25. Juni. Zwei Tage später verkündeten die Signale von der hohen Feste Montjuich das Herannahen einer Flotte. Sie trug 7000 Mann kaiserlicher Truppen, zum Beweise, daß der Kaiser seinem Festhalten an Spanien durch die That Nachdruck geben wollte. Anders jedoch lautete die Meinung St. Johns von diesen Truppen. „Sie sind, schreibt er, eben so viele Geiseln."[2])

Auch im Haag ließ der Kaiser in entsprechender Weise vorgehen. Dort reichte, am 28. Juni, der Graf Sinzendorf den Generalstaaten den Entwurf einer neuen Allianz ein, deren Ziel sein würde der Wiedergewinn der gesammten spanischen Monarchie für das Haus Oesterreich.[3]) Der Kaiser trug sich damals mit dem Gedanken, zwar die Kaiserin zurückzurufen, aber zugleich eine seiner Schwestern als Statthalterin nach Barcelona zu senden, und ihr zu diesem Zwecke den Grafen Gallas als Oberst-Hofmeister beizugeben.[4])

Bei der kundbaren Neigung des Kaisers Carl VI. festzuhalten an Spanien war es schwer, diesen principiellen Punkt zur Sprache zu bringen und dagegen zu reden. Dennoch geschah dies endlich, am 15. Juli, in einer Conferenz zu Preßburg. Der Kaiser legte die Frage vor, und der schon kranke Graf Wratislaw unternahm es darauf zu antworten. Er selbst schreibt darüber dem Grafen Sinzendorf wie folgt.[5])

---

[1]) Lamberty t. VII, p. 512.

[2]) Bolingbroke's letters vol. III, p. 114.

[3]) Die Denkschrift bei Lamberty t. VII, p. 152.

[4]) Gallas an Primoli, 13. Juli.

[5]) Oesterreichisch-militärische Zeitschrift, Jahrgang 1808, S. 586.

„Niemand wagte es auf die einzelnen Umstände einzugehen als ich allein. Die Anderen votirten theils mit zitternden Lippen, theils in so verworrenen Worten, daß es eben so viel war, als wenn sie nichts gesagt hätten. Man wollte die Sache der Beurtheilung der Uebrigen anheim stellen, noch fernere Nachrichten oder den Verlauf der Dinge abwarten, um sich mit größerer Bestimmtheit entschließen zu können. Ich aber, nachdem ich mich Gott empfohlen hatte, stellte dem Kaiser die Unmöglichkeit vor, den Krieg noch fortzusetzen, weil alle Mittel dazu mangelten. Ich erklärte ihm, daß seine Erbländer die gegenwärtige Last nicht mehr, viel weniger denn eine noch größere zu tragen vermöchten. Dieselbe Unmöglichkeit walte auch bei den Holländern ob, welche nur so lange noch einigermaßen Stand hielten, bis sie für sich selber bessere Bedingungen erhalten würden. Von dem Herzoge von Savoyen sei nichts Anderes zu erwarten als die Befolgung des gleichen Beispieles. Ja ich ging noch weiter und bewies, daß die Fortsetzung des Krieges für uns mehr Uebeles als Gutes mit sich bringen, und daß man zuletzt gezwungen sein würde, den Frieden unter noch viel ungünstigeren Bedingungen abzuschließen."

Die Rede war also durchaus gegen die Neigungen und Wünsche des Kaisers. „Am folgenden Tage, fährt Wratislaw fort, sprach ich noch lange Zeit mit dem Kaiser über denselben Gegenstand. Obwohl die Pille bitter ist, sehe ich doch, daß die Einsicht über die Neigung den Sieg davon tragen, und daß der Kaiser die angemessenen Entschlüsse fassen wird, wenn er nur den Cataloniern gegenüber den Ehrenpunkt rein zu bewahren vermag, und nicht zu einer formellen Entsagung angehalten werden soll."

In der That sind dies die beiden Punkte, an denen Carl VI. fortan ausdauernd festhält: er will die Catalonier nicht verlassen, und er will das eigene Recht nicht verneinen.

Wenige Tage später kam Carl VI. zur vollen Klarheit über die geheimen Verhandlungen durch Hohendorf und Steingens, in London mit Oxford. Er fügte dem Conferenz-Protokolle seiner Minister, vom 18. Juli, die Worte hinzu: „Es scheint, daß Hohendorf vom Treasurer betrogen, Steingens gar nichts nutz."[1])

---

[1]) Arneth, Prinz Eugen Bd. II, S. 501.

Jene gewichtigen Worte Wratislaws über die Aussichten des Kaisers für den Krieg und über die Bundesgenossen wurden gesprochen zu einer Zeit, wo der moralische Erfolg bei der Armee in Flandern gegenüber Ormond, die große Allianz, mit Ausnahme Englands, zu befestigen schien. Es kam darauf an, wie sie sich bewähren würde, wenn das Unglück an die Thore pochte.

Fortsetzung des Feldzuges und der britisch-französischen Friedenshandlung.

Der Unfall von Denain, 24. Juli.

Am 17. Juli befand sich die Armee der Verbündeten um Landrecy. Ludwig XIV. hätte zur Sicherung der Festung ein allgemeines Treffen gewünscht; aber die Berichte des Marschalls Villars über die Beschaffenheit des Terrains lauteten ungünstig.[1]) Dagegen machte der Marschall Montesquiou den Vorschlag, eine Unternehmung gegen das verschanzte Lager von Denain an der Schelde zu richten, welches den Verbündeten diente als der Stützpunkt für ihre Verbindung mit den großen Magazinen von Marchiennes. Villars ging darauf ein. Die Vorbereitungen wurden im tiefsten Geheimnis getroffen, so sehr, daß auch den französischen General-Officieren der eigentliche Zweck verborgen blieb, dagegen nach allen Seiten die Meinung aufrecht erhalten wurde, Villars sinne auf einen Angriff gegen die Armee vor Landrecy.

Die eigenen Berichte des Prinzen Eugen an den Kaiser thun dar, daß er bis in die Morgenfrühe des 24. Juli nicht durchschaute, wohin die Absicht des Marschalls Villars gerichtet sei. Dann erhielt er die Meldung, daß dieser in der Nacht zwischen Bouchain und Denain Brücken über die Schelde geschlagen, und am rechten Ufer derselben auf Denain marschire. Dort lag Albemarle mit etwa 11.000 Mann. Der Marsch der französischen Armee war so geschickt ausgeführt, daß jene schwächere Macht noch dazu fast völlig überrascht wurde. Sie erlag der Ueberzahl vor den Augen des Prinzen Eugen, der persönlich

[1]) Pelet t. XI, p. 70.

am linken Ufer der Schelde herbei geeilt war. Es gelang ihm die Cavallerie zu retten; aber dann brach die einzige Brücke, die man über die Schelde besaß. 24 Bataillone wurden fast völlig vernichtet oder gefangen. Es blieb nicht bei dem einen Unglücke: der Verlust der großen Magazine von Marchiennes war unabwendbar, und demnach die Aufhebung der Belagerung von Landrecy.

Gegen Albemarle als den Commandanten, selber gefangen, wurden schwere Anklagen erhoben. Der Prinz Eugen trat durch ein Schreiben an den Rathspensionär Heinsius offen für ihn ein: er habe geleistet, was in einer solchen Gelegenheit ein umsichtiger, wachsamer General habe leisten können.[1])

Ungleich wichtiger noch als die materielle Einbuße von Denain und Marchiennes stellte sich nach und nach die moralische Einwirkung heraus. Diese begann sofort. Bereits am 27. Juli führt der Prinz Eugen vertraulich Klage, daß die holländischen Feld-Deputirten sich in einer Weise geltend machen, wie ihre Vorgänger nie gethan.[2])

Das Institut der holländischen Feld-Deputirten hat in der späteren Geschichtschreibung, namentlich der englischen, geringe Anerkennung gefunden, und man ist dort sehr geneigt, wie es auch die Zeitgenossen waren, namentlich Marlborough als durch kriegsunkundige Feld-Deputirte beständig gehindert und gelähmt anzusehen. Die Berichte des Feld-Deputirten Goslinga haben wiederholt Gelegenheit gegeben zu zeigen, daß er die Dinge etwas anders auffaßte. Jedenfalls scheint es gewagt anzunehmen, daß die Staatsmänner der Republik ein so gewichtiges Amt kriegsunkundigen Personen anvertraut haben sollten. Auch klagt der Prinz Eugen in jenem vertraulichen Schreiben und später nicht über die Unkunde der Feld-Deputirten, sondern über die Gesinnung, welche sie beseele, über ihre Scheu vor jedem Wagnisse. Und darin waren sie unzweifelhaft der getreue Spiegel ihrer Landsleute, der gesammten Republik, die durch den Unfall von Denain schwer betroffen war.

Anders in Frankreich. Seit langer Zeit bot sich wieder für Ludwig XIV. ein Anlaß, das Tedeum singen zu lassen. Aber er

[1]) Das Schreiben bei Lamberty t. VII, p. 182.

[2]) Arneth, Prinz Eugen, Bd. II, S. 498. Vom 27. Juli.

dachte weiter die Sache auszunutzen zum Zwecke des activen Hereinziehens von England zu seinen Gunsten.

Verhandlungen zwischen London und Versailles bis zum Waffenstillstande.

In London war unterdessen ein anderer Plan aufgetaucht. Wir haben diesen Erörterungen der Zeit nach zu folgen.

Am 19. Juli wies Torcy in einem Schreiben an St. John darauf hin, daß nunmehr durch die Einräumung von Dünkirchen die hauptsächliche Bedingung der Königin erfüllt sei. Sie habe durch St. John in dem Schreiben vom 20. Juni/1. Juli erklären lassen, daß sie sich dann vor Gott und den Menschen gerechtfertigt halte, ihren besonderen Frieden mit Frankreich abzuschließen. Es handele sich, sagte Torcy, nunmehr um die Erfüllung dieses Versprechens.[1])

Die Antwort St. Johns, vom 12./23. Juli, wich dieser Forderung aus. Sie entsprach den französischen Wünschen in Betreff des Waffenstillstandes auch zu Wasser, erhob aber dann eine neue bisher nicht angeregte Forderung mit folgenden Worten.[2])

„Von allen Verbündeten Ihrer Majestät liegt ihr das Interesse keines Anderen so sehr am Herzen als dasjenige des Herzogs von Savoyen. Sie hofft daher, daß, im Vereine mit ihr, der allerchristlichste König nichts unterlassen werde, was den Herzog bewegen könne, in die gemeinsamen Maßregeln miteinzutreten, und ihn, wenn dies geschehen, gegen alle Insulten von kaiserlicher Seite sicher zu stellen."

Zu diesem Zwecke der Begünstigung des Herzogs Victor Amadeus verlangt St. John für ihn das Besatzungsrecht in Monaco mit anderen kleinen Vortheilen dort, ferner an der Westgrenze einige Dörfer am rechten Ufer der Rhone, die Stadt Briançon und das Fort Barreau. Dazu kam dann aber noch eine besondere wichtige Forderung, die St. John einleitet wie folgt.

„Es liegt weder im Interesse Groß-Britanniens noch Frankreichs, daß das Königreich Sicilien dem Hause Oesterreich zu Theil werde.

---

[1]) Bolingbroke's letters, vol. II, p. 429.

[2]) A. a. O., p. 439.

Es ist kaum anzunehmen, daß der Gesandte Harley es für zweckmäßig gehalten habe, die Bramarbas-Rede St. Johns auch sich bei dem Kurfürsten zu eigen zu machen. Dagegen erfordert es die Gerechtigkeit, der Meinung St. Johns über die Politik, die er und Oxford in dieser Angelegenheit durch Ormond und Strafford betrieben, auch diejenige anderer Engländer entgegen zu halten, so wie die Besorgnis, welche sie davon hegten, wenn diese Politik damals gelungen wäre.

Zunächst bemerkte man, bei aller Aussicht auf den Frieden, kein Steigen der Werthpapiere. Auf die Nachricht der Trennung der Armeen fielen die Actien der Bank von England um 6 Percent.[1])

In dem Berichte der Commission, welche drei Jahre später das Unterhaus, in der Mehrheit aus Whigs bestehend, zur Untersuchung dieser Angelegenheit niedersetzte, heißt es darüber wie folgt.[2])

„Wenn der Plan, auf welchen Frankreich sich gefaßt, und zu welchem England sich anheischig machte, nämlich alle fremde Truppen, die im Solde der Königin zu der Armee des Herzogs von Ormond gehörten, dahin zu nöthigen, daß sie die anderen Verbündeten preis gäben — wenn dieser Plan gelungen wäre: so ist es gewiß, daß die gesammte Armee des Prinzen Eugen gezwungen gewesen sein würde, sich jeder Forderung der Franzosen zu unterwerfen, oder ihnen völlig preis gegeben zu sein zur Vernichtung oder Einsperrung, je nach dem Belieben des Marschalls Villars. Für die Armee der Königin würde dagegen der ganze Vortheil darin bestanden haben, daß das Loos der Vernichtung erst zuletzt an sie gekommen wäre. Die Truppen im Solde der Königin konnten sich in Ehre und Gewissen nicht entschließen, ihre Bundesgenossen zu verlassen und an Frankreich zu opfern. Dafür wurden sie in England bestraft durch den Verlust ihres bereits verdienten Soldes. Denn dies war das einzige Mittel, welches die Minister besaßen, um ihren Zorn kund zu geben und sich für dies ihr Misgeschick zu rächen, welches ihre mit Frankreich getroffenen Verabredungen durchkreuzt hatte."

Die Anklage der Commission von 1715 beschränkt sich also nicht auf diejenige der Böswilligkeit gegen die Verbündeten, sondern fügt

---

[1]) Hoffmanns Bericht vom 22. Juli.

[2]) Rapport du Comité secret p. 78.

noch hinzu diejenige des Mangels an Vorausſicht in die Conſequenzen für die engliſchen Truppen.

Es fragt ſich alſo, wie dieſe ſelber an Ort und Stelle die Vorgänge aufnahmen, deren Motive doch nur ein ſehr geringer Bruchtheil von ihnen zu errathen vermochte.

Strafford meldete, daß bei der Trennung der Armeen, am 16., alle Engländer Freude an den Tag legten. Als den Grund fügt er hinzu, daß die Lage, in der ſie ſich befanden, und die Vorwürfe, die man in der großen Armee ihnen machte, ihnen zuwider waren. „Es ſind, fährt er fort, nur zwei oder drei unzufriedene Geſichter, die da ſeufzen und wünſchen möchten, daß die Hannoveraner ſich nicht von uns getrennt hätten. Aber ich kann ihnen antworten, daß es ſo vielleicht um deſto beſſer iſt.“[1])

Die Wahrnehmung alſo, die acht Tage zuvor der Prinz Eugen gemeldet, daß es ſich nur um das Erſcheinen des Kurfürſten oder des Kurprinzen bei der Armee handele, um die Mehrzahl derſelben zu anderen Entſchlüſſen fortzureißen, hat Strafford entweder nicht gemacht oder nicht berichtet.

Dagegen lautet ein Bericht eines engliſchen Hiſtorikers jener Zeit ſehr abweichend von demjenigen Straffords. Nach demſelben haben die Soldaten ſogar in lauter Weiſe ihrem Unmuthe gegen Ormond und ihrem Verdruſſe über die nicht rühmliche Rolle, die ſie den Verbündeten gegenüber zu ſpielen gezwungen waren, Ausdruck gegeben.[2])

Nach hannöverſchem Berichte bildeten beim Abzuge der Hannoveraner engliſche Officiere und Soldaten Spalier.[3])

In Betreff der Verkündigung des Waffenſtillſtandes am Abende breitete Strafford aus, daß dieſelbe von den engliſchen Soldaten mit Jubel aufgenommen worden ſei.[4]) Aber man erhielt im Haag zuverläſſige Nachrichten, die das Gegentheil meldeten. Auch der Prinz Eugen wußte es beſſer. Ormond hatte ihm zur Kundmachung des Waffenſtillſtandes den General Cadogan geſchickt. Dieſer berichtete dem Prinzen Eugen: Ormond habe alles Erdenkliche aufbieten laſſen,

[1]) Rapport du Comité secret p. 79.

[2]) Cunningham vol. II, p. 384. Aber Cunningham war nicht Augenzeuge.

[3]) Schwenke, Geſchichte der hannoverſchen Truppen u. ſ. w. S. 254.

[4]) Lamberty t. VII, p. 172.

um die Soldaten zu bewegen, daß sie bei der Verkündigung des Waffenstillstandes nach der englischen Weise durch dreimaliges Aufschreien ihre Freude kund geben sollten. Die aufgewandte Mühe sei jedoch fruchtlos geblieben: vielmehr habe sich unter den Officieren wie Soldaten eine große Bestürzung kund gegeben, mit der Folge, daß eine große Anzahl desertire.[1])

Wie Ormond später erzählte, hatte er seinen Marsch in der Richtung auf Douay angetreten, ohne sich über ein eigentliches Ziel klar zu sein. Er schwankte zwischen Dünkirchen und Gent. Die erstere Stadt ward inzwischen einem durch die englische Flotte herüber getragenen Corps eingeräumt, Gent hatte eine kleine holländische Besatzung. Daher trug Ormond, wie er erzählt, Bedenken sich dahin zu begeben. Aber die holländischen Commandanten von Bouchain und von Douay weigerten dem Botschafter Strafford und einigen Officieren den Einlaß und die Durchreise. Diese Begegnung, sagt Ormond, habe seinen Entschluß auf Gent bestimmt. Er ließ den Feld-Deputirten melden, daß er bei dem Mistrauen, das man ihm beweise, Gent besetzen werde. Der Prinz Eugen und die Feld-Deputirten schickten ihm den Grafen Nassau, am 19. Juli, mit der Versicherung, daß jene Commandanten ohne Befehl gehandelt, und ließen ihm für seinen Marsch jegliche Begünstigung anbieten. „Ich konnte mich jedoch dadurch, sagt Ormond, nicht überzeugen, daß jene Commandanten gewagt haben sollten, ohne ausdrücklichen Befehl so zu handeln.“ Er nahm Besitz von Gent und Brügge.[2])

Im Haag war man der Ansicht, daß der Rath sich dieser Städte zu bemächtigen, von Torcy durch Villars an Ormond gelangt sei. Torcy in seinen Denkwürdigkeiten bestätigt, daß Ludwig XIV. den Rath gegeben, also vor der That.[3])

Von wem immer zuerst der Gedanke ausgesprochen sein mag: in der Wirklichkeit war die Sache wohl berechnet ausgeführt, und zwar nach dem Rathe Straffords, und anders als Ormond später erzählte. Am zweiten Tage des Marsches, dem 17. Juli, legte Strafford

[1]) Bericht des Prinzen Eugen vom 17. Juli, bei Arneth, Prinz Eugen Bd. II, S. 498.

[2]) Mémoires du duc d'Ormond t. II, p. 30.

[3]) Mémoires de Torcy t. III, p. 232.

in einem Schreiben an St. John den Plan dar. „Nach meiner Ansicht, sagt er, sollte Ormond eine Abtheilung vor eine ihrer (d. h. mit holländischer Besatzung versehenen) Städte rücken lassen, um zu sehen, ob man den Durchzug weigern würde. Eine Weigerung solcher Art würde ihn berechtigen, etwas zu unternehmen, was den Truppen sehr angenehm und bei Ihnen, wie ich glaube, keine Misbilligung finden würde." — „Ormond, fügt dann Strafford hinzu, hat großen Eifer; aber er hat sicherlich in seiner Umgebung auch Schwierigkeiten zu überwinden. Denjenigen dort, welche Befähigung besitzen, darf er sich nicht völlig anvertrauen, und diejenigen, in welche er Vertrauen setzt, sind nicht befähigt ihn mit gutem Rathe zu unterstützen."[1])

Nach der Ausführung, am 21. Juli, meldet dann Strafford, daß er bei jenem Schreiben vom 17. die Besetzung von Gent im Auge gehabt habe.

Wie Strafford richtig vorausgesehen, empfing Ormond für die That der Ueberrumpelung Gents den Dank der Königin, und zwar in den stärksten Ausdrücken. St. John sagt sogar, daß ihm die Worte dafür fehlen. „Auf die Nachricht der Einräumung von Dünkirchen an uns, sagt er, konnte nicht eine mehr erfreuliche folgen als diejenige der Besetzung von Gent. Der erstere Platz setzt uns in den Stand vortheilhaft mit Frankreich zu unterhandeln; der Besitz des anderen wird die Holländer und die Kaiserlichen zwingen, fortan der Königin mehr Rücksichten zu beweisen als bisher."[2])

In ähnlicher Weise ist der Glückwunsch Oxfords an Ormond für diese Leistung, Gent und Brügge besetzt zu haben, ein wahrer Jubelruf. „Das Beispiel der Entschlossenheit, das ein so hoch befähigter, von unerschrockenem Muthe beseelter Mann gegeben, hat Sie zum Objecte des Neides auf der einen Seite gemacht, und auf der anderen Ihnen den Beifall aller erfahrenen und verständigen Leute erworben. Der Marsch Ew. Gnaden nach Gent ist ein Meisterstreich und wird als solcher in Frankreich wie in Holland anerkannt."[3])

Bevor wir die Entwickelung dieser Dinge weiter verfolgen, ist es erforderlich klar zu stellen, wie dazu sich der Wiener Hof verhielt.

---

[1]) Das Schreiben Straffords im Rapport du Comité secret p. 89.

[2]) Lamberty t. VII, p. 216.

[3]) A. a. O., p. 218.

Kaiser Carl VI. zu der britischen Politik.

Wir haben gesehen, daß der Prinz Eugen im März, bevor er von London aufbrach, sich auf eine geheime Unterredung mit Oxford einließ. Der Kaiser hieß den Schritt gut. „Obwohl, antwortete er dem Prinzen Eugen, die Engländer nach meinem Dünken sich schon so weit eingelassen haben, daß ich fürchte, es sei von ihnen nichts zu hoffen, so ist es dennoch gut sie anzuhören.“ [1])

Es fragte sich indessen, ob man das britische Ministerium als solches anhörte. In der Correspondenz St. Johns, durch den die auswärtigen Angelegenheiten gingen, findet sich kein Wort der Andeutung einer Kunde seinerseits von dieser Verhandlung mit Wien. Es ist also lediglich Oxford, der hier in Frage kommt. Dieser aber hatte, um die Sache einzuleiten, begonnen mit einer Behauptung, die der Wahrheit zuwider lief (S. 301). Demnach liegt es nahe zu vermuthen, daß Oxford auch in dieser Angelegenheit, wie es so häufig seine Weise, von Anfang an auf Täuschung ausging.

Dabei kam ihm zu statten die Verkennung der wirklichen Sachlage in Wien. Carl VI. vergaß, daß sein Vater Leopold nicht aus eigenem Antriebe ihn nach Spanien entsendet, um dort das Erbrecht ihres Hauses geltend zu machen, sondern in seiner Deferenz für die politischen Wünsche des Bundesgenossen England. Was immer Carl VI. in Spanien besaß, das hatte er, in Betreff der materiellen Mittel, fast lediglich durch England errungen. Indem nun die politische Macht England die Sache Carls VI. in Spanien preis gab, war es sehr die Frage, ob sie zu behaupten sein würde.

Bei Carl VI. dagegen überwogen die moralischen Gründe. Er wollte das Recht seines Hauses an Spanien nicht aufgeben. Er wollte diejenigen Spanier, die ihm als ihrem rechtmäßigen Könige gehuldigt und für ihn gelitten hatten, namentlich die Catalonier, nicht preis geben. Und von diesem seinem Standpunkte aus hoffte Carl VI. immer wieder aufs neue, daß England zu einer ehrenhafteren Politik zurückkehren könne, und war, ungeachtet aller Abmahnungen der Erfahrung an

[1]) Handschreiben des Kaisers, vom 6. April, bei Arneth, Prinz Eugen Bd. II, S. 490.

dieſem Miniſterium Oxford-St. John, dennoch, wie er es ſelber ſagte, geneigt ſie anzuhören.

Oxford indeſſen trat nicht ſelber hervor. Er machte ſeine Mittheilungen durch den pfälziſchen Reſidenten, Namens Steingens. Im Mai überlieferte dieſer einen ausgearbeiteten Vorſchlag. Danach ſolle der Kaiſer Mailand und alle Staaten des Herzogs Victor Amadeus erhalten, mit Ausnahme von Savoyen, welches an Frankreich fiele. Die Niederlande würden zwiſchen dem Kaiſer und dem Kurfürſten von Baiern getheilt. Spanien ſolle dem Herzoge Victor Amadeus, Neapel und Sicilien dem Könige Philipp V. zufallen.[1]) — Steingens empfahl dem Hofe in Düſſeldorf, bei dem Kaiſer für die Annahme eines Vorſchlages zu wirken, der aller Wahrſcheinlichkeit nach zwiſchen Frankreich und England verabredet, von dieſer letzteren Macht nachdrücklich werde feſtgehalten werden.[2])

Der Vergleich dieſes Vorſchlages mit der Alternative, welche eben damals St. John im Namen der Königin in Verſailles geſtellt, thut die Unvereinbarkeit dar. Demnach wurde Steingens als betrogenes Werkzeug von Oxford gebraucht, um den Kaiſer irre zu führen.

Bevor die Sache nach Wien gelangte, antwortete der Prinz Eugen vom Feldlager aus nach London hin dem Sinne des Kaiſers entſprechend. Dieſer ſelber empfand es tief, daß man in ſolcher Weiſe über die wichtigſten Intereſſen ſeines Hauſes ohne ihn verfüge und ihm durch die dritte Hand davon Kunde geben wolle. Dennoch ließ er dann den Adjutanten des Prinzen Eugen, den Baron Hohendorf, der dieſe Mittheilungen überbracht hatte, wieder nach England gehen.[3])

Das Verhalten Ormonds im Juni benahm namentlich dem Prinzen Eugen jeden Zweifel an der eigentlichen Abſicht Oxfords. „Der Widerſpruch, ſchreibt er, in den Berichten Hohendorfs mit den Befehlen an Ormond zeigt ſonnenklar, daß man nur darauf ausgeht uns zu betrügen. Während England und Frankreich, allem Anſcheine nach, in ihrer Unterhandlung ſchon völlig einig ſind, will Oxford zur

---

[1]) Arneth, Prinz Eugen Bd. II, S. 221.

[2]) A. a. O., S. 492.

[3]) Handſchreiben des Kaiſers an den Prinzen Eugen, vom 16. Mai, a. a. O.

Verhüllung ihrer übelen Intention und ehrlosen Vorhabens mit uns noch tractiren."[1])

Aber die Klarheit des Prinzen Eugen über Oxfords Unehrlichkeit führte den Hof in Wien noch nicht zur Erkenntnis, daß durch das Zurücktreten Englands von der Allianz das frühere Ziel derselben in unerreichbare Ferne gerückt war. Wie die Königin dem britischen Parlamente ihren mit Frankreich vereinbarten Friedensplan vorgelegt, ließ sie die Kunde desselben auch an den Kaiser bringen. Die dazu ersehene Persönlichkeit war nicht mit Geschick, oder, richtiger vielleicht, nicht mit Wohlwollen für den Kaiser Carl VI. ausgewählt. Es war der Lord Peterborough. So viele Ehren auch immer die Partei-Tactik im britischen Oberhause auf diesen Mann gehäuft: er genoß außerhalb Englands nicht desselben Ansehens. Robethon, während seines Aufenthaltes im Jahre zuvor als hannöverscher Gesandter im Haag, bezeichnet ihn in einem Berichte nach Hannover mit den Worten: Le roi des menteurs et des fous.[2]) Am wenigsten aber dem Kaiser Carl VI. konnte als Botschafter eine Persönlichkeit genehm sein, über die er in den Jahren 1705 und 1706 nach Wien und nach London hin so sehr schwere Klagen geführt hatte.

Der Kaiser befand sich in Preßburg zum Zwecke der Krönung als König von Ungarn. Dort erschien vor ihm Lord Peterborough und hielt ihm in langer Rede vor, was Alles die Königin für das Haus Oesterreich gethan, und wie durch die Hülfe der Königin der Kaiser mehr besitze als jemals einer seiner Vorfahren. Die Königin hoffe, es werde unter den Verbündeten Niemand, am wenigsten aber der Kaiser, ihr die Ehre misgönnen, daß Europa durch ihren Eifer und ihre unermüdete Sorgfalt einen solchen Frieden erlange, bei welchem die gesammten Verbündeten ihre Sicherheit und billige Satisfaction finden könnten.[3])

Die anmaßende Rede aus unwillkommenem Munde reizte den Kaiser zum Zorne. Er trat einen Schritt vor, faßte den Peterborough beim Knopfe des Rockes und sagte: lieber wolle er alles in der

---

[1]) Arneth, Prinz Eugen Bd. II, S. 495. Vom 24. Juni.

[2]) Robethon-Papiere im Archive der Stadt Hannover, von 1711.

[3]) Die Rede im Theatrum Europaeum Theil XIX b, S. 180. — Lamberty t. VII, p. 512.

Welt aufsetzen und verlieren als sich auf solche unziemliche Weise Gesetze vorschreiben lassen.

Nach dieser Audienz war es dem Lord Peterborough in Oesterreich nicht mehr behaglich, zumal da er behauptete, daß man ihn nicht seinem Charakter entsprechend behandele. Wenn dies geschehe, meinten Andere, so sei das nach dem was der Graf Gallas in London erfahren, nicht auffallend. Als Peterborough erkannte, daß der Kaiser auf die Beständigkeit hoffe, die Victor Amadeus ihm versichern ließ, brach er nach Turin auf, um dort entgegen zu wirken.[1])

In denselben Tagen ließ die Kaiserin Elisabeth in Barcelona die Krönung ihres Gemahls zum Könige von Ungarn festlich begehen, am 23., 24. und 25. Juni. Zwei Tage später verkündeten die Signale von der hohen Feste Montjuich das Herannahen einer Flotte. Sie trug 7000 Mann kaiserlicher Truppen, zum Beweise, daß der Kaiser seinem Festhalten an Spanien durch die That Nachdruck geben wollte. Anders jedoch lautete die Meinung St. Johns von diesen Truppen. „Sie sind, schreibt er, eben so viele Geiseln."[2])

Auch im Haag ließ der Kaiser in entsprechender Weise vorgehen. Dort reichte, am 28. Juni, der Graf Sinzendorf den Generalstaaten den Entwurf einer neuen Allianz ein, deren Ziel sein würde der Wiedergewinn der gesammten spanischen Monarchie für das Haus Oesterreich.[3]) Der Kaiser trug sich damals mit dem Gedanken, zwar die Kaiserin zurückzurufen, aber zugleich eine seiner Schwestern als Statthalterin nach Barcelona zu senden, und ihr zu diesem Zwecke den Grafen Gallas als Oberst-Hofmeister beizugeben.[4])

Bei der kundbaren Neigung des Kaisers Carl VI. festzuhalten an Spanien war es schwer, diesen principiellen Punkt zur Sprache zu bringen und dagegen zu reden. Dennoch geschah dies endlich, am 15. Juli, in einer Conferenz zu Preßburg. Der Kaiser legte die Frage vor, und der schon kranke Graf Wratislaw unternahm es darauf zu antworten. Er selbst schreibt darüber dem Grafen Sinzendorf wie folgt.[5])

---

[1]) Lamberty t. VII, p. 512.

[2]) Bolingbroke's letters vol. III, p. 114.

[3]) Die Denkschrift bei Lamberty t. VII, p. 152.

[4]) Gallas an Primoli, 13. Juli.

[5]) Oesterreichisch-militärische Zeitschrift, Jahrgang 1808, S. 586.

„Niemand wagte es auf die einzelnen Umstände einzugehen als ich allein. Die Anderen votirten theils mit zitternden Lippen, theils in so verworrenen Worten, daß es eben so viel war, als wenn sie nichts gesagt hätten. Man wollte die Sache der Beurtheilung der Uebrigen anheim stellen, noch fernere Nachrichten oder den Verlauf der Dinge abwarten, um sich mit größerer Bestimmtheit entschließen zu können. Ich aber, nachdem ich mich Gott empfohlen hatte, stellte dem Kaiser die Unmöglichkeit vor, den Krieg noch fortzusetzen, weil alle Mittel dazu mangelten. Ich erklärte ihm, daß seine Erbländer die gegenwärtige Last nicht mehr, viel weniger denn eine noch größere zu tragen vermöchten. Dieselbe Unmöglichkeit walte auch bei den Holländern ob, welche nur so lange noch einigermaßen Stand hielten, bis sie für sich selber bessere Bedingungen erhalten würden. Von dem Herzoge von Savoyen sei nichts Anderes zu erwarten als die Befolgung des gleichen Beispieles. Ja ich ging noch weiter und bewies, daß die Fortsetzung des Krieges für uns mehr Uebeles als Gutes mit sich bringen, und daß man zuletzt gezwungen sein würde, den Frieden unter noch viel ungünstigeren Bedingungen abzuschließen."

Die Rede war also durchaus gegen die Neigungen und Wünsche des Kaisers. „Am folgenden Tage, fährt Wratislaw fort, sprach ich noch lange Zeit mit dem Kaiser über denselben Gegenstand. Obwohl die Pille bitter ist, sehe ich doch, daß die Einsicht über die Neigung den Sieg davon tragen, und daß der Kaiser die angemessenen Entschlüsse fassen wird, wenn er nur den Cataloniern gegenüber den Ehrenpunkt rein zu bewahren vermag, und nicht zu einer formellen Entsagung angehalten werden soll."

In der That sind dies die beiden Punkte, an denen Carl VI. fortan ausdauernd festhält: er will die Catalonier nicht verlassen, und er will das eigene Recht nicht verneinen.

Wenige Tage später kam Carl VI. zur vollen Klarheit über die geheimen Verhandlungen durch Hohendorf und Steingens, in London mit Oxford. Er fügte dem Conferenz-Protokolle seiner Minister, vom 18. Juli, die Worte hinzu: „Es scheint, daß Hohendorf vom Treasurer betrogen, Steingens gar nichts nutz."[1])

[1]) Arneth, Prinz Eugen Bd. II, S. 501.

Jene gewichtigen Worte Wratislaws über die Aussichten des Kaisers für den Krieg und über die Bundesgenossen wurden gesprochen zu einer Zeit, wo der moralische Erfolg bei der Armee in Flandern gegenüber Ormond, die große Allianz, mit Ausnahme Englands, zu befestigen schien. Es kam darauf an, wie sie sich bewähren würde, wenn das Unglück an die Thore pochte.

Fortsetzung des Feldzuges und der britisch-französischen Friedenshandlung.

Der Unfall von Denain, 24. Juli.

Am 17. Juli befand sich die Armee der Verbündeten um Landrecy. Ludwig XIV. hätte zur Sicherung der Festung ein allgemeines Treffen gewünscht; aber die Berichte des Marschalls Villars über die Beschaffenheit des Terrains lauteten ungünstig.[1]) Dagegen machte der Marschall Montesquiou den Vorschlag, eine Unternehmung gegen das verschanzte Lager von Denain an der Schelde zu richten, welches den Verbündeten diente als der Stützpunkt für ihre Verbindung mit den großen Magazinen von Marchiennes. Villars ging darauf ein. Die Vorbereitungen wurden im tiefsten Geheimnis getroffen, so sehr, daß auch den französischen General-Officieren der eigentliche Zweck verborgen blieb, dagegen nach allen Seiten die Meinung aufrecht erhalten wurde, Villars sinne auf einen Angriff gegen die Armee vor Landrecy.

Die eigenen Berichte des Prinzen Eugen an den Kaiser thun dar, daß er bis in die Morgenfrühe des 24. Juli nicht durchschaute, wohin die Absicht des Marschalls Villars gerichtet sei. Dann erhielt er die Meldung, daß dieser in der Nacht zwischen Bouchain und Denain Brücken über die Schelde geschlagen, und am rechten Ufer derselben auf Denain marschire. Dort lag Albemarle mit etwa 11.000 Mann. Der Marsch der französischen Armee war so geschickt ausgeführt, daß jene schwächere Macht noch dazu fast völlig überrascht wurde. Sie erlag der Ueberzahl vor den Augen des Prinzen Eugen, der persönlich

[1]) Pelet t. XI, p. 70.

am linken Ufer der Schelde herbei geeilt war. Es gelang ihm die Cavallerie zu retten; aber dann brach die einzige Brücke, die man über die Schelde besaß. 24 Bataillone wurden fast völlig vernichtet oder gefangen. Es blieb nicht bei dem einen Unglücke: der Verlust der großen Magazine von Marchiennes war unabwendbar, und demnach die Aufhebung der Belagerung von Landrecy.

Gegen Albemarle als den Commandanten, selber gefangen, wurden schwere Anklagen erhoben. Der Prinz Eugen trat durch ein Schreiben an den Rathspensionär Heinsius offen für ihn ein: er habe geleistet, was in einer solchen Gelegenheit ein umsichtiger, wachsamer General habe leisten können.[1])

Ungleich wichtiger noch als die materielle Einbuße von Denain und Marchiennes stellte sich nach und nach die moralische Einwirkung heraus. Diese begann sofort. Bereits am 27. Juli führt der Prinz Eugen vertraulich Klage, daß die holländischen Feld-Deputirten sich in einer Weise geltend machen, wie ihre Vorgänger nie gethan.[2])

Das Institut der holländischen Feld-Deputirten hat in der späteren Geschichtschreibung, namentlich der englischen, geringe Anerkennung gefunden, und man ist dort sehr geneigt, wie es auch die Zeitgenossen waren, namentlich Marlborough als durch kriegsunkundige Feld-Deputirte beständig gehindert und gelähmt anzusehen. Die Berichte des Feld-Deputirten Goslinga haben wiederholt Gelegenheit gegeben zu zeigen, daß er die Dinge etwas anders auffaßte. Jedenfalls scheint es gewagt anzunehmen, daß die Staatsmänner der Republik ein so gewichtiges Amt kriegsunkundigen Personen anvertraut haben sollten. Auch klagt der Prinz Eugen in jenem vertraulichen Schreiben und später nicht über die Unkunde der Feld-Deputirten, sondern über die Gesinnung, welche sie beseele, über ihre Scheu vor jedem Wagnisse. Und darin waren sie unzweifelhaft der getreue Spiegel ihrer Landsleute, der gesammten Republik, die durch den Unfall von Denain schwer betroffen war.

Anders in Frankreich. Seit langer Zeit bot sich wieder für Ludwig XIV. ein Anlaß, das Tedeum singen zu lassen. Aber er

[1]) Das Schreiben bei Lamberty t. VII, p. 182.

[2]) Arneth, Prinz Eugen, Bd. II, S. 498. Vom 27. Juli.

dachte weiter die Sache auszunutzen zum Zwecke des activen Hereinziehens von England zu seinen Gunsten.

Verhandlungen zwischen London und Versailles bis zum Waffenstillstande.

In London war unterdessen ein anderer Plan aufgetaucht. Wir haben diesen Erörterungen der Zeit nach zu folgen.

Am 19. Juli wies Torcy in einem Schreiben an St. John darauf hin, daß nunmehr durch die Einräumung von Dünkirchen die hauptsächliche Bedingung der Königin erfüllt sei. Sie habe durch St. John in dem Schreiben vom 20. Juni/1. Juli erklären lassen, daß sie sich dann vor Gott und den Menschen gerechtfertigt halte, ihren besonderen Frieden mit Frankreich abzuschließen. Es handele sich, sagte Torcy, nunmehr um die Erfüllung dieses Versprechens.[1])

Die Antwort St. Johns, vom 12./23. Juli, wich dieser Forderung aus. Sie entsprach den französischen Wünschen in Betreff des Waffenstillstandes auch zu Wasser, erhob aber dann eine neue bisher nicht angeregte Forderung mit folgenden Worten.[2])

„Von allen Verbündeten Ihrer Majestät liegt ihr das Interesse keines Anderen so sehr am Herzen als dasjenige des Herzogs von Savoyen. Sie hofft daher, daß, im Vereine mit ihr, der allerchristlichste König nichts unterlassen werde, was den Herzog bewegen könne, in die gemeinsamen Maßregeln miteinzutreten, und ihn, wenn dies geschehen, gegen alle Insulten von kaiserlicher Seite sicher zu stellen."

Zu diesem Zwecke der Begünstigung des Herzogs Victor Amadeus verlangt St. John für ihn das Besatzungsrecht in Monaco mit anderen kleinen Vortheilen dort, ferner an der Westgrenze einige Dörfer am rechten Ufer der Rhone, die Stadt Briançon und das Fort Barreau. Dazu kam dann aber noch eine besondere wichtige Forderung, die St. John einleitet wie folgt.

„Es liegt weder im Interesse Groß-Britanniens noch Frankreichs, daß das Königreich Sicilien dem Hause Oesterreich zu Theil werde.

---

[1]) Bolingbroke's letters, vol. II, p. 429.

[2]) A. a. O., p. 439.

Der Herzog von Savoyen vielmehr ist der Fürst, auf dessen Haupt die Königin diese Krone zu setzen wünscht. Von diesem Wunsche kann sie nicht abstehen. Sie macht dem Herzoge den Vorschlag als eine Bedingung des Waffenstillstandes in Italien, und thut ihm zugleich zu wissen, daß dies ein Artikel, über welchen ich auf ihren Befehl Ihnen geschrieben habe. Der Courier nach Turin geht über Frankreich, so daß der König die Vorschläge, die er dem Herzoge zu machen hat, zugleich mit denjenigen der Königin übermitteln kann."[1])

Die Fassung der Worte selber zeigt, daß nicht etwa von dem Herzoge Victor Amadeus die Initiative ausgegangen war, sondern daß ihm hier, wie der sprichwörtliche Ausdruck lautet, in Wahrheit eine Krone an den Kopf geworfen werden sollte. Aber warum und wozu? — Einerseits ergibt die Thatsache der Nicht-Antwort auf die französische Forderung des Sonderfriedens, daß das britische Ministerium sich dieser Forderung entziehen und darum in eine andere Bahn lenken wollte. Andererseits war eine solche Begünstigung des Herzogs Victor Amadeus eine indirecte Antwort der Königin und ihrer Berather auf die Anrede des Kaisers Carl VI. an den Lord Peterborough in Preßburg. Weil der Kaiser Carl VI., um sich nicht dem von England und Frankreich ihm dictirten Frieden zu fügen, auf die fernere Bundesgenossenschaft des Herzogs Victor Amadeus hoffte, so sollte dieser Bundesgenosse ihm entrissen werden. Da voraussichtlich der Kaiser Carl VI. dem Herzoge viel bieten würde, so sollte er im voraus überboten werden. Das war der Plan dieser britischen Minister, deren Haß gegen den Kaiser sich in dem Maße steigerte, wie sie ihm Unrecht gethan. Der Plan wird aus ihren eigenen Aeußerungen klarer hervortreten.

Das Schreiben St. Johns, vom 12./23. Juli, konnte am 26. Juli in Versailles sein; denn der Regel nach gebrauchte ein Courier von London nach Versailles nicht drei Tage. Aber der Vorschlag, Sicilien dem Herzoge Victor Amadeus zu geben, berührte in Versailles sehr unangenehm, weil Ludwig XIV. dasselbe Land dem Kurfürsten Max Emanuel versprochen hatte. Inzwischen jedoch hatte sich die Lage der Dinge in Flandern verändert durch den französischen Erfolg von

[1]) Bolingbroke's letters, vol. II, p. 440.

Denain, am 24., dessen Kunde man jedenfalls schon am 25. in Versailles hatte. Auf Grund dieser Siegesnachricht ließ Ludwig XIV. durch Torcy ein Schreiben an St. John abfassen, welches des Vorschlages von Sicilien nicht erwähnt, dagegen die Königin nach einer anderen Richtung zu engagiren trachtet.

„Der König rechnet darauf," schreibt Torcy an St. John, am 26., „daß die von seinen Truppen errungenen Vortheile für die Königin um so erfreulicher sein werden, weil es neue Motive sind, die Hartnäckigkeit der Feinde des Friedens zu überwinden. Nach den letzten Briefen aus Holland ist die Animosität derselben im Steigen. Ich hoffe, daß Ihre britische Majestät sie vollends zur Vernunft bringen wird, dadurch, daß sie nunmehr sogleich mit dem Könige die geeigneten Maßregeln vereinbart, um ein bereits so weit vorgerücktes Werk zu Ende zu führen. Sie hat dazu die Mittel in der Hand, wenn sie sich nur der von ihren Truppen besetzten Plätze bedienen will, namentlich der Stadt Gent. Denn wer dieser Stadt Meister ist, kann bei der gegenwärtigen Sachlage alle Plane der feindlichen Generale vereiteln, und den Holländern das Gesetz vorschreiben." [1]) — Der Vorschlag eines thätlichen Eingreifens zu Ungunsten der Republik setzt augenscheinlich den Sonderfrieden zwischen England und Frankreich voraus, und ist darum nur eine Erneuerung dieses Vorschlages in anderer Form.

Der französische Plan der Ablenkung hatte geringe Aussicht auf Erfolg. Bevor noch das Schreiben Torcys, vom 26., in London eintraf, erneuerte St. John, am 17./28., von Whitehall aus den Vorschlag, vom 12./23., Sicilien dem Herzog Victor Amadeus zu geben. Er wiederholt dieselben Gründe und fügt noch einen anderen hinzu: „Die Königin," sagt er, „lebt der Ueberzeugung, daß der allerchristlichste König den Entschluß fassen wird, sich ohne Zeitverlust eines Fürsten zu versichern, dessen Erklärung für uns ein Meisterstreich sein wird, und um so mehr zur gelegenen Zeit kommt, weil das Verhalten des Königs von Preußen durchaus nicht denjenigen Erwartungen entsprochen hat, welche die Königin Grund hatte, von ihm zu hegen." [2])

---

[1]) Bolingbroke's letters, vol. II, p. 443.

[2]) A. a. O., p. 448.

Demnach hatten die Berather der Königin Anna bis zuletzt fest gehalten an der Hoffnung, daß Anhalt mit den brandenburgisch-preußischen Truppen sich zu Ormond fügen würde. Nachdem diese Hoffnung vereitelt war, sollte nun Victor Amadeus den Keil abgeben, der das Gefüge der Allianz zersprengte. Das Angebot einer Königskrone an das Haus Carignan hat also seinen Ursprung von jener Weigerung Anhalts, für welche der Prinz Eugen, die Generalstaaten, der Kaiser ihm ihre ehrende Anerkennung darbrachten.

St. John ging aber dann zu Gunsten des Herzogs Victor Amadeus noch einen Schritt weiter. Es bestehe die Uebereinkunft, sagte er, daß für den Fall des Absterbens der Linie Philipps V. in Spanien der Friedensvertrag den nächst berechtigten Erben nennen solle. Als diesen schlage die Königin den Herzog Victor Amadeus und seine Linie vor, und verlange, daß dies in der bündigsten Form festgestellt werde. Sobald Ludwig XIV. dem Herzog Victor Amadeus dieses Versprechen gegeben, sei nicht zu bezweifeln, daß der Herzog dem Beispiele von Groß-Britannien folge, und dann könne zwischen der Königin, den Königen von Frankreich und Spanien und dem Herzoge Victor Amadeus binnen kürzester Frist der Friede abgeschlossen werden.[1])

Erst nach der Vollendung dieses Schreibens, am 17. 28., kam das zwei Tage zuvor von Versailles aus abgesandte Schreiben Torcys dem britischen Staats-Secretär zu. Im Rathe der Königin ward die Andeutung Torcys auf ein gemeinschaftliches Handeln in Flandern zurückgewiesen. „Ich habe Befehl, Ihnen zu versichern, antwortete St. John, daß die Königin nichts unterlassen wird, was sie mit Gerechtigkeit und Ehre thun kann, um jene Feinde des Friedens zur Vernunft zu bringen.“ „Das geeignetste Mittel zu diesem Zwecke, fährt er dann fort, ist eben dasjenige, von welchem der vorstehende Brief handelt, nämlich den Herzog von Savoyen dahin zu verpflichten, zugleich mit der Königin seinen Frieden mit Frankreich und mit Spanien zu schließen.“[2])

Am selben Tage faßte St. John das Schreiben ab, welches den Lord Peterborough in Kenntnis setzen sollte. Es blickt aus demselben

[1]) Bolingbroke's letters, vol. II, p. 451.

[2]) A. a. O., p. 453.

abermals klar hervor, daß nicht der Herzog Victor Amadeus, oder auch nicht Peterborough der Urheber des Gedankens war, Sicilien an Victor Amadeus zu geben. Der Ursprung liegt in Whitehall, und bei dem Selbstbewußtsein, mit welchem St. John den Gedanken vertritt, liegt die Vermuthung nahe, daß er selber der Urheber ist. Seine Worte sind charakteristisch.[1])

„Seit Jahren, sagt er, ist unsere Politik so geführt, daß England erschien wie eine Provinz der Allianz. Es ist daher hohe Zeit, daß wir uns selber bethätigen, und das Gesetz vorschreiben, anstatt daß wir unterwürfig es hinnehmen."

„Zu diesem Zwecke kann nichts so sehr beitragen als die Erhebung des Hauses Savoyen, und das Zurückdrängen der Macht des Hauses Oesterreich in Italien. Mehr als je zuvor ist Groß-Britannien zur Zeit im Stande dies zu thun, einerseits durch den Besitz von Gibraltar und Port Mahon, andererseits durch den Gebrauch, den wir von Sicilien machen werden. Wenn diese Insel dem Kaiser überlassen wäre, wie unsere weisen Minister einstmals beabsichtigten, so würde sie gedient haben, unsere Macht im Mittelmeere matt zu setzen, und die Holländer würden damit einverstanden gewesen sein. Dagegen wird der Herzog von Savoyen sich auf die Seemacht der Königin stützen müssen, von deren Großmuth er die Krone empfängt, und demgemäß darf, nach meiner Ansicht, Groß-Britannien darauf rechnen, hinfort in jenen Meeren dieselbe Bedeutung zu haben, welche sie jemals in ihrem eigenen Canale besaß."

„Ich glaube hinzufügen zu dürfen, daß sich damit für uns die Aussicht aufthut, den Schauplatz künftiger Kriege zu verändern, und sie in größere Entfernung von unserer Insel zu verlegen, in einen Theil der Welt, wo wir nicht anders eingreifen können als vermittelst unserer Flotte, anstatt uns wieder auf das verderbliche System einzulassen, kostspielige Armeen auf dem Continente zu unterhalten."

Wir sehen, wie die Welt sich malt im Kopfe St. Johns. Ob das Bild richtig oder verschoben, ist für uns Spätere weniger wichtig als die Thatsache, daß diese Anschauungen praktische Consequenzen für die Gestaltung der Karte Europas nach sich zogen.

---

[1]) Bolingbroke's letters, vol. II, p. 457.

Groß-Britannien engagirte sich für diese Politik so völlig, daß zugleich die Königin ein Handschreiben an Victor Amadeus in diesem Sinne erließ.[1])

Auf das erneute Andringen von Whitehall aus konnte man sich in Fontainebleau, wo damals sich der französische Hof aufhielt, der Erörterung der Forderung von Sicilien für Victor Amadeus nicht entziehen. Das betreffende Schreiben Torcys trägt das Datum des 28. Juli, desselben Tages, an welchem von Whitehall aus die zweite Aufforderung erging. Es enthält zunächst die Zustimmung des Königs zu allen anderen britischen Vorschlägen, in Betreff des Waffenstillstandes, des Verzichtes von Philipp V., antwortet aber dann auf alle Forderungen zu Gunsten des Herzogs Victor Amadeus abschlagend. Der König könne nicht das Recht des Fürsten von Monaco vergeben, ferner nicht durch die Einräumung von Briançon und Barreau an Victor Amadeus ihm freien Eingang in das Dauphiné eröffnen, endlich nicht für die Abtretung von Sicilien an ihn stimmen, weil der König dies Königreich dem Kurfürsten Max Emanuel von Bayern versprochen habe. Daher müsse der Kurfürst von Bayern, außer der Rückgabe seines Kurfürstenthums, entweder die Niederlande erhalten, wie der König Philipp V. sie ihm cedirt habe, oder als Aequivalent dafür die Insel Sicilien. Im Falle die Königin sich für das Erstere entscheide, wies Torcy darauf hin, daß, außer den anderen Mitteln der Durchführung, der Herzog von Ormond mit einer stattlichen Armee in Flandern stehe.[2])

Das Schreiben traf in London ein am Abende des 20./31. Juli. Die Königin, meldet St. John, habe es vernommen mit Ueberraschung und Bedauern. Die abermalige Absicht, die Königin in Krieg mit den bisherigen Verbündeten zu verwickeln, lag gar zu klar vor Augen. Deshalb wies die Antwort St. Johns zunächst darauf hin, daß nach dem zwischen England und Frankreich vorher vereinbarten Friedensplane die Niederlande an das Haus Oesterreich fallen sollten. Dann schnitt er jene Zumuthung ab mit den Worten: „Endlich entspricht es

[1]) Das Handschreiben nicht bei Bolingbroke. Aber in der Antwort vom 11. September nennt Victor Amadeus das Datum des 17. Juli. Diese Antwort im British Museum. Add. MS. — Original letters to Queen Anne.

[2]) Bolingbroke's letters, vol. II, p. 468.

weder der Ehre noch den Interessen der Königin, wider ihre Verbündeten, so undankbar diese sich auch bewiesen haben, einen Krieg anzufangen zu Gunsten eines Fürsten, dessen Geschick sie freilich beklagt hat, für den sie jedoch genug gethan zu haben glaubt durch das Versprechen, darauf zu bestehen, daß ihm im Friedensvertrage ein Theil der Länder zurückgegeben werde, die er mit den Waffen in der Hand eingebüßt hat." [1])

„Das Interesse des Einzelnen, sagt weiter St. John, muß dem allgemeinen europäischen Interesse nachstehen." Und dann folgt ein merkwürdiges Eingeständnis. „Sie werden ohne Zweifel, schreibt St. John an Torcy, das Gewicht dieses Satzes würdigen, da es ja Ihnen nicht unbekannt sein kann, daß dem Beginne wie der Fortsetzung dieser Friedenshandlung zu Grunde liegt die Voraussetzung, daß die Königin von mehreren Bedingungen abzustehen hatte, welche zu stellen, streng genommen, sie ihren Verbündeten verpflichtet war."

Dies Eingeständnis, durch welches St. John den ganzen Friedenshandel von britischer Seite charakterisirt, machte er nur der officiell noch feindlichen Macht gegenüber. Zu den Verbündeten, welche gerade das, was er dem Feinde hier bekennt, ihm zum Vorwurfe machten, war seine Rede eine andere.

St. John erklärte endlich, daß die Königin von den in seinem Schreiben vom 17./28. gemachten Vorschlägen in keiner Weise zurück treten wolle und, nach allem, was sie gethan, sich für berechtigt halte, auf Seiten des Königs Bereitwilligkeit dafür zu erwarten. Bis dieselbe sich durch die That beweise, würden alle bereits eingeleiteten Schritte zum Frieden eingestellt bleiben.

Die Antwort Torcys, vom 4. August, lenkte in mehrfacher Beziehung ein. Ludwig XIV. war bereit nachzugeben, daß, im Falle des Aussterbens von Philipp V. und seiner Linie in Spanien, Victor Amadeus und seine Linie dort folge. Auch solle Philipp V. Sicilien an Victor Amadeus abtreten.

Dagegen verlangte Ludwig XIV. zwei Gegenbedingungen. Abtretungen solcher Art können nur durch einen Friedensvertrag geschehen. Wenn daher der allgemeine Friede sich hinziehe, so müsse ein

[1]) Bolingbroke's letters, vol. II, p. 476.

Sonderfriede zwiſchen Frankreich, England, Spanien und Savoyen geſchloſſen werden.[1]) Ferner verlangte Ludwig XIV. die Mitwirkung der Königin für die Herſtellung des Kurfürſten Max Emanuel in ſeine Erbländer, ſo wie für die Belaſſung der Gebiete, die er in den Niederlanden noch beſitze, oder für den Fall, daß die Königin ſich deſſen weigere, die Ueberweiſung von Sardinien mit dem Königstitel an ihn. — Die anderen Forderungen zu Gunſten des Herzogs Victor Amadeus lehnte Ludwig XIV. ab.

Auf dieſes Schreiben Torcys erfolgte als Antwort St. Johns die Meldung des Befehles der Königin an ihn, ſich ſofort nach Paris zu begeben.[2]) Er ſollte dort in perſönlicher Verhandlung die Hinderniſſe zu beſeitigen ſuchen, welche ſich dem allgemeinen Waffenſtillſtande zwiſchen Frankreich und Groß-Britannien noch entgegenſtellten.

Er führte damals einen anderen Namen als bisher. Gleich nach dem Schluſſe des Parlaments hatte die Königin ihn, unter dem Titel Viscount Bolingbroke, zum Pair von England ernannt.

Den ferner Stehenden mußte dies als eine bedeutende Beförderung erſcheinen. Auch nahm der neue Lord Glückwünſche entgegen. Zu den näher Stehenden jedoch ſprach er ſich anders aus, namentlich zu dem Grafen Strafford.[3]) „Ich will Ihnen offen ſagen, ſchreibt er dieſem, wie ich es keinem Anderen gegenüber thue, daß meine Beförderung eine Kränkung für mich war. Im Unterhauſe, darf ich ſagen, war ich der Führer, und hätte es bleiben müſſen, ob im Dienſte des Hofes oder nicht. Wollte man daher durch meine Entfernung von dort meinem Ehrgeize ſchmeicheln, ſo gab es dafür nur das Mittel, mir den Titel zu verleihen, welcher ſeit langer Zeit in meiner Familie, vor etwa einem Jahre, durch den Tod des letzten Sproſſen der älteren Linie an die Krone zurückgefallen iſt. Mich zum Pair zu machen, war nicht ein großes Compliment für mich, nachdem eine ſo große Anzahl zur Verſtärkung der Stimmenzahl im Oberhauſe ernannt war, und, nachdem die Königin während der letzten Seſſion meiner im Unterhauſe bedurft hatte, konnte ſie nicht weniger thun als mich zum

[1]) Bolingbroke's letters, vol. II, p. 498.

[2]) A. a. O., p. 505.

[3]) A. a. O., p. 484. Der hier nicht ausgeſprochene Titel, den Bolingbroke für ſich erwartete, iſt derjenige eines Earl.

Viscount zu ernennen, oder ich hätte denn verschiedenen Anderen nachstehen müssen, denen ich mich überlegen fühle. In so weit also ist um meinetwillen so viel wie nichts geschehen, und nicht mir eine besondere Gunst erwiesen. Dennoch hätte es, wenn Ihre Majestät darin weiter gehen sollte, eines besonderen Druckes bedurft, welchen ich nie in Anwendung bringen werde. Ich gestehe Ihnen, daß ich niemals in meinem Leben eine solche Indignation gefühlt habe, und die einzige Erwägung, welche mich vom Aeußersten zurückhielt, war eben diejenige, welche einen Anderen bewogen haben sollte, mich besser zu behandeln. Ich wußte, daß jeder Anschein eines Bruches zwischen mir und dem Lord Treasurer unseren gemeinsamen Feinden Muth einflößen würde, und daß, wenn ich bei der jetzigen Lage der Dinge ablehnte weiter zu dienen, die Angelegenheiten daheim, wenigstens für einige Zeit, nur lahm vorangehen würden. Der Freundschaft also und dem öffentlichen Wohl, wenn man mir einen so eitlen Ausdruck verzeihen will, habe ich meine persönliche Empfindlichkeit zum Opfer gebracht, und verbleibe im Dienste, ausgestattet mit einem so geringen Antheile der Gunst der Königin, wie immer sie mir gewähren konnte."

Der Unmuth Bolingbrokes darüber legte sich auch in späteren Jahren nicht. In einer Schrift, die den Zweck hatte als Selbstvertheidigung vor die Oeffentlichkeit zu kommen, erzählt er, daß die ganze Last der Friedenshandlung auf ihm gelegen, und fügt dann hinzu, daß nach Maßgabe der Dinge, seine Beförderung im Juli 1712 eine Strafe gewesen sei.[1])

Es blieb nicht bei solchen vertraulichen Aeußerungen Bolingbrokes. Eine Anklageschrift, welche Oxford um zwei Jahre später gegen ihn an die Königin richtete,[2]) läßt ersehen, daß nach der Ernennung Bolingbrokes zwischen ihm und Oxford heftige Erörterungen statt gefunden haben, und zwar in Gegenwart der Lady Masham. Die Nennung dieser Persönlichkeit scheint anzudeuten, daß Oxford sie auf seiner Seite glaubte. Oxford sagt, daß, um Bolingbroke zu begütigen, er der Königin die Sendung nach Frankreich vorgeschlagen habe, die wegen der Sache an sich selber nicht nothwendig gewesen sei.

[1]) Bolingbroke's works vol. I, p. 12. In der letter to Sir William Wyndham.

[2]) Lamberty t. VII, p. 474.

So kleinlich die Angelegenheit an sich, so ist sie dennoch von schwerer Bedeutung durch ihre Consequenzen. Sie ist das Wetterleuchten des Bruches zwischen den zwei Persönlichkeiten, die bis dahin mit geeinter Hand das Staatsschiff Englands lenkten. Es war noch nicht, wie Bolingbroke sagt, seine Absicht sich von Oxford zu trennen, und doch liegt in dem feindseligen Tone jener an Strafford gerichteten Aeußerungen, wie in der Sache selber zur Genüge angedeutet, daß es früher oder später zwischen ihnen beiden zum Kampfe der Entscheidung über die Frage kommen müsse, welcher von ihnen den anderen vom Ruder hinweg drängen würde.

Noch vor dem Aufbruche Bolingbrokes nach Frankreich kam in einer sehr wichtigen Frage dieser Reise die Differenz der beiden-Staatsmänner zum Ausdrucke. Diese Frage, in den Denkwürdigkeiten des Franzosen Torcy nur gestreift, ist, meines Wissens, bisher niemals eingehend erörtert worden.

In dem Schreiben vom 4. August hatte Torcy als Gegenforderung des Königs für die Bedingungen der Königin aufgestellt den Abschluß eines Sonderfriedens zwischen Frankreich, England, Spanien und Savoyen. Nach der Ansicht Torcys hätten dann die anderen kleineren Mächte, selbst auch die Republik, von England völlig preisgegeben, sofort folgen müssen. Bolingbroke vertrat im Rathe der Königin diese französische Forderung. Und in der That darf man sagen, daß die früheren Erörterungen Bolingbrokes, namentlich in dem Schreiben vom 20. Juni/1. Juli (vgl. S. 358), erheblich beigetragen hatten, diesem französischen Wunsche eine Aussicht auf Erfolg zu eröffnen. Daß er auch damals für einen Sonderfrieden war, hat er lange Jahre später bestätigt mit den Worten, daß ein solches Verfahren offener, würdiger, vortheilhafter gewesen sein würde.[1]) — Dagegen fand die französische Forderung eines Sonderfriedens Widerspruch an Oxford, und zwar, wie Torcy meint, aus Furcht desselben vor dem Kurfürsten von Hannover, der, auf den Thron gelangt, dafür Vergeltung üben würde.[2])

Die einzige positive Nachricht über dieses Vorkommnis gibt, wie erwähnt, Torcy in seinen Denkwürdigkeiten. Aber diese Nachricht erhält

[1]) Letters on the use and study of history t. I, p. 157.

[2]) Mémoires de Torcy t. III, p. 241.

ihre Bestätigung durch den Vergleich der Schriftstücke. Das Schreiben Torcys vom 4. August stellt die Forderung des Sonderfriedens. Die Instruction Bolingbrokes,[1]) der zur Antwort hingesandt wurde, gedenkt der Forderung des Sonderfriedens mit keinem Worte, sondern beauftragt ihn über einen längeren Waffenstillstand zu verhandeln. Demnach muß im Cabinetsrathe der Königin die Forderung des Sonderfriedens so völlig verworfen sein, daß Bolingbroke, nach seiner Instruction, auch ein Zurückkommen darauf officiell nicht gestatten durfte.

Andererseits aber liegt nahe, daß Torcy über diese Angelegenheit des Sonderfriedens, welche von Versailles aus wiederholt zur Sprache gebracht war, auch mündlich angefragt, und daß der letztere in confidentieller Weise darauf geantwortet hat. Oxford selber dürfte im Conseil nicht bloß seine Furcht vor dem Kurfürsten als Thronfolger als Motiv geltend gemacht haben. Er hatte sich im Oberhause mit so starken Ausdrücken gegen einen Sonderfrieden ausgesprochen, und seine Gegner hatten ihn darüber so scharf beim Worte genommen (S. 336), daß es ihm moralisch unmöglich war, davon wieder los zu kommen.

Aber legen wir mit Torcy und demgemäß auch mit Bolingbroke das hauptsächliche Gewicht für den Widerspruch Oxfords gegen einen Sonderfrieden auf seine Furcht vor dem Thronfolger: so folgt daraus, daß Bolingbroke diese Furcht nicht theilte. Es erhebt sich also die Frage: warum nicht? — Die Beantwortung dieser Frage findet jedoch zweckmäßiger ihren Ort in der weiter unten folgenden Besprechung des Verhaltens der Minister gegenüber dem Hause Hannover. Zunächst haben wir Bolingbroke in der Ausführung seines Auftrages nach Frankreich zu folgen.

---

[1]) Die Instruction in Bolingbroke's letters vol. III, p. 2. — Es ist darauf hinzuweisen, daß die Commission des Unterhauses von 1715 über diese Instruction völlig irre gegangen ist. Sie sagt im Rapport du Comité secret, p. 102 (der französischen Uebersetzung): Il paraît par ces instructions que M. Bolingbroke était autorisé à conclure une paix séparée entre l'Angleterre, la France, l'Espagne et la Savoye. — Dies steht nicht in der Instruction. Indem aber R. Walpole in diesen Irrthum verfiel und doch dabei nicht einging auf die so nahe liegende Frage, warum denn dieser Sonderfriede nicht abgeschlossen wurde, versperrte er sich selber und den Hörern seines Berichtes, das heißt dem damaligen Unterhause, den Einblick in das wirkliche Verhältnis der Frage des Sonderfriedens.

Von der Landung in Calais an bis Paris ward Lord Bolingbroke auf seiner Durchfahrt in den größeren Städten gefeiert bis zur Ermüdung. Entsprechend war der Empfang in Paris, wo der Staats-Secretär Torcy und dessen Angehörige ihn als ihren Gast empfingen. Bei dem Erscheinen Bolingbrokes im Theater erhob sich das Publikum zur Begrüßung, und er hinterließ bei seiner Abreise einen Beutel voll Geld für die Darsteller des „Cid", als hätten sie für ihn gespielt.[1])

In Betreff der Verhandlungen zwischen Torcy und Bolingbroke ist damals gesagt worden, daß die Reise des letzteren das Reich um Straßburg gebracht habe. Und zwar stützte man sich dafür auf eine Aeußerung Oxfords. Es ward gesagt, daß Bolingbroke die Argentina nicht um Silber verhandelt habe, sondern um Gold.[2]) — Aus den Berichten Bolingbrokes jedoch ist nicht zu ersehen, daß in den Verhandlungen mit Torcy auch nur der Name Straßburg genannt worden sei. In Wahrheit hatte die britische Politik schon früher Straßburg aufgegeben. Die Instruction für die britischen Friedensbotschafter, datirt vom 23. December 1711, enthielt die Forderung der Rückgabe von Straßburg an das Reich. In Anlaß des allgemeinen Friedens-Entwurfes, den im April der Abbé Gautier nach London überbrachte, wird in den Antworten von britischer Seite die Rückgabe Straßburgs abermals verlangt, von französischer Seite jedoch abgelehnt.[3]) Darauf ließ die Politik des britischen Ministeriums die Forderung fallen. Die Thronrede der Königin, vom 6./17. Juni, eröffnete dem Parlamente, daß Frankreich den Rhein zur Grenze setzen, daß es Breisach, Kehl und Landau abtreten, und alle festen Plätze am rechten Ufer oder auf den Inseln des Stromes schleifen wolle. Der Name Straßburg wird darin nicht mehr genannt. — Strafford ließ sich sogar dem dänischen Minister im Haag gegenüber verlauten, daß jene erste Forderung Straßburgs von britischer Seite nicht ernstlich gemeint gewesen sei.[4]) — Aus dem Ganzen folgt, daß, wenn Oxford jenes Wort gegen Bolingbroke gesprochen, dies aus der späteren Feindschaft entstammen muß.

---

[1]) Bolingbroke's letters vol. III, p. 55.

[2]) Lamberty t. VII, p. 519.

[3]) Bolingbroke's letters vol. II, p. 295.

[4]) Lamberty t. VII, p. 246.

Es ist weiter dem Lord Bolingbroke zum Vorwurfe gemacht, daß er den Auftrag gehabt, bei der Demolirung von Dünkirchen darauf zu bestehen, daß Frankreich auf der Strecke zwischen Dünkirchen und Brest nicht einen anderen Kriegshafen bauen dürfe. In Fontainebleau habe man für eine Million den Lord Bolingbroke bewogen, diese Clausel fallen zu lassen. Und zwar sei dies geschehen in der Absicht, den Canal von Mardyk zu bauen.[1]) — Allein die Instruction für Bolingbroke enthält nicht eine bestimmte Clausel solcher Art, sondern lediglich die allgemeine Vorschrift, in Betreff der Interessen von Groß-Britannien sich solcher Ausdrücke zu befleißen, die keinen Zweifel zulassen, und jene in der vortheilhaftesten Weise geltend machen.

Weniger auf solche einzelne Punkte kommt es an, als das gesammte Verhalten zu charakterisiren.

Die Instruction Bolingbrokes enthielt den Satz: „Wir wollen nicht eine Stipulation auf uns nehmen, die uns zur Durchführung derselben zu einem Kriege verpflichten könnte, besonders mit unseren alten Verbündeten. Frankreich hat genügenden Vortheil davon, daß das Verhalten unserer Verbündeten es für uns vernünftig, gerecht und sogar nothwendig gemacht hat, uns aus dem gegenwärtigen Kriege zurückzuziehen."

Indem Bolingbroke beobachtete, daß Torcy, wie auch bei früheren Gelegenheiten geschehen, Aeußerungen machte, die darauf hinzielten, England zu Gunsten Frankreichs mit den bisherigen Bundesgenossen in Thätlichkeiten zu verwickeln, hielt er, wie er meldet, es für geeignet, jenen Gedanken seiner Instruction in den stärksten Ausdrücken geltend zu machen. „Ich nehme Gelegenheit, fügt er seinem Berichte hinzu, dies den französischen Ministern oft zu wiederholen." [2])

Darüber sagt die Anklageschrift des Unterhauses von 1715: „Während den Verbündeten gegenüber die Königin durch die in der feierlichsten Weise eingegangenen Allianz-Verträge verpflichtet war, eine gerechte Satisfaction zu verschaffen, meinten unsere Minister ihrer Pflicht genügt zu haben, indem sie sich weigerten, die Verbündeten zu

---

[1]) Lamberty t. VII, p. 519.

[2]) Bolingbroke's letters vol. III, p. 16.

zwingen, sich den Bedingungen zu fügen, welche Frankreich ihnen auferlegen würde."

Zugleich aber hebt jene Anklageschrift hervor, daß die britischen Minister diese Bedingungen nicht einmal kannten. Die Instruction Bolingbrokes enthielt den merkwürdigen Satz: „Sie werden gleicher Weise Ihr Bestes thun, in Betreff der einzelnen Theile des allgemeinen Friedensplanes auszuforschen, worin das wirkliche Ultimatum Frankreichs bestehen mag." Es handelte sich dann um die hauptsächlich streitige Frage der Entschädigung oder Begünstigung einerseits des Kurfürsten Max Emanuel, andererseits des Herzogs Victor Amadeus. Beiderseitig gab man etwas nach. Torcy gestand Sicilien für Victor Amadeus zu, und Bolingbroke ließ die Forderungen des Herzogs auf eine Gebietserweiterung an der französischen Grenze fallen. Torcy und Bolingbroke vereinbarten die Rückgabe von Bayern ohne die Oberpfalz und die ältere Kurwürde an Max Emanuel, und Bolingbroke erhob keinen Widerspruch, wenn es gelinge ihm Sardinien statt der Niederlande zu verschaffen.

Das Eintreten für das Interesse des Herzogs Victor Amadeus erscheint wie eine Ausnahme von der Regel, daß dies britische Ministerium die Verbündeten der Königin an Frankreich preis gab. Aber wir haben gesehen, in welcher Weise die Forderung von Sicilien für ihn in St. James plötzlich aufgewachsen war, nicht weil er selber es wünschte, sondern weil das Ministerium es dem britischen Interesse für entsprechend hielt, nämlich um den Kaiser außer Stand zu setzen, sich nach der Auflösung der Allianz gegen Frankreich zu behaupten. Dabei wußte man nicht, ob Victor Amadeus das Dargebotene annehmen würde, selbst damals noch nicht, als Bolingbroke diese Verhandlung in Paris betrieb. Es existirt ein Dankschreiben des Herzogs an die Königin, datirt zu Turin am 11. September, als Antwort auf ihr Handschreiben vom 17./28. Juli.[1]) Er spricht darin in unterwürfigen Ausdrücken seine unendliche Dankbarkeit aus, und preist den Ruhm, der einer so großen Königin vorbehalten sei, andere Fürsten aufrecht zu erhalten und zu erhöhen; aber der Name Sicilien und

[1]) Das Schreiben im British Museum. Add. Ms. — Original letters to Queen Anne.

überhaupt etwas Positives wird in dem Briefe nicht genannt. Die allgemeinen Redensarten reichen daher nicht hin, eine Annahme des Geschenkes schon damals zu beweisen.

Vielmehr pflegte Victor Amadeus sehr genau zu überlegen, nicht was dem Interesse der britischen oder französischen, sondern seiner eigenen Politik entsprach. Die Vertragsbrüche seines Lebens waren zahlreich, aber immer mit Gewinn. Von dem Standpunkte des Interesses seiner Politik redete er zu Lord Peterborough, am 24. September, also vierzehn Tage nach dem Datum jenes Dankschreibens an die Königin: seine Begier nach dem leeren Königstitel sei nicht so groß, daß er dafür seine reellen Interessen preis geben oder aufs Spiel setzen wolle. Er finde es ferner sehr auffallend, wenn man einem Fürsten, den man Jahre lang immer geschlagen, endlich doch den Preis überlassen wolle, um welchen man gekämpft, und welchen das Parlament so oft als den gerechten und hauptsächlichen Beweggrund des Krieges bezeichnet habe, nämlich die spanische Monarchie.[1]) — In einem späteren Briefe bemerkte Lord Peterborough, daß er nicht vermöge die Erregung zu beschreiben, in welche der Herzog Victor Amadeus gerathe, sobald man mit ihm von dem Angebote der Krone Sicilien rede. Um ihn zu beruhigen, reichte ihm Peterborough eine Denkschrift ein, in welcher er darzulegen suchte, daß Victor Amadeus durch eine Weigerung sich mit der Königin und dem britischen Ministerium überwerfen werde. Peterborough suchte zugleich diese Minister gegen den Vorwurf zu rechtfertigen, daß sie allzu sehr dem französischen Interesse ergeben seien. England oder Frankreich, oder auch beide Mächte gemeinsam würden dem Herzog eine Flotte senden, ausreichend nicht bloß zur Besitznahme, sondern auch nachher zur Bürgschaft des Besitzes. — Es verging indessen noch längere Zeit, bis Victor Amadeus sich mit dem Gedanken eines in dieser Art geschenkten Königreiches vertraut machen konnte.

Daß er früher oder später auf die Schenkung eines Königreiches, welches er weder beanspruchte noch auch selbst für vortheilhaft hielt, dennoch eingehen würde, setzte also Bolingbroke in seinen Beredungen mit Torcy voraus.

---

[1]) Rapport du Comité secret, p. 86. — Lamberty t. VII, p. 512.

Demgemäß ward dann dort zwischen Torcy und Bolingbroke ein für Groß-Britannien und Frankreich allgemeiner Waffenstillstand zu Wasser und zu Lande auf vier Monate geschlossen. Nach dem Berichte Bolingbrokes hofften er und Torcy, daß binnen dieser Zeit die Holländer beitreten würden.

Nach dem Abschlusse dieser Conferenzen führte Torcy seinen Gast nach Fontainebleau, wo der König verweilte. Bolingbroke erhielt Wohnung angewiesen im Schlosse selbst, und ward am nächsten Morgen zur Audienz geführt. Sie scheint zu beiderseitiger Zufriedenheit verlaufen zu sein. Lange Jahre später schrieb Bolingbroke aus dieser seiner persönlichen Bekanntschaft mit Ludwig XIV. die Bemerkung nieder, die in ihrem Wortlaute hier folgt: If he was not the greatest king, he was the best actor of majesty at least that ever filled a throne.[1])

Vor der Abreise Bolingbrokes ließ Ludwig XIV. ihm durch Torcy einen prächtigen Diamanten überreichen, den der frühere Dauphin am Hute getragen.[2])

Verhalten der Republik der Niederlande.

Auf den Holländern lag seit dem Tage von Denain der Schrecken. Indem der Prinz Eugen die Belagerung von Landrecy aufgeben mußte, welches man als den Weg nach Paris bezeichnete, wurde die Kriegführung eine andere als bisher. Die Offensive ging über an Villars. Er unternahm, im Anfange August, die Belagerung von Douay. Es geschah, wie er meldet, nicht ohne Widerstreben seiner Generale, welche die Durchführung als zu schwierig ansahen.[3])

Diese Besorgnis stieg, als der Prinz Eugen nach Chateaulieu unweit Douay anrückte, um zu versuchen, es zu einem Treffen zu bringen. Aber er führte ein starkes Hindernis seiner Absicht mit sich in der Gesinnung vieler Häupter seiner eigenen Armee. Am 17. August meldet er dem Kaiser: „Ich habe zwar diese Tage mit der Recognos-

---

[1]) Letters on the use and study of history vol. II, p. 262.

[2]) Dangeau t. XIV, p. 212.

[3]) Mémoires de Villars t. II, p. 225.

cirung des Terrains zugebracht, um zu sehen, wo etwa dem Feinde beizukommen sein möchte; allein der Muth der Feld-Deputirten und der holländischen Generalität ist derartig gefallen, daß sie sich in ihrem Kopfe schon mit dem Verluste von Douay vertraut machen und darum sich desto weniger darum bekümmern. Namentlich die Deputirten sind widerwillig etwas zu thun, und schützen lauter Unmöglichkeiten vor."[1]) Stärker noch äußert sich der Prinz Eugen in Privatbriefen über einzelne Persönlichkeiten. „Es ist unglaublich schwer sich zurück zu halten, daß man sich mit solchen Leuten nicht überwirft."

Am 8. September mußte Hompesch in Douay capituliren. Noch bevor dies geschah, hatte Villars das Auge auf Le Quesnoy gerichtet, also nur erst zwei Monate, nachdem die Verbündeten dasselbe gewonnen. Während er dasselbe belagerte, im September, schaute er weiter aus nach Bouchain. Der allgemeine Widerspruch seiner Generale, wie er erzählte, bewirkte nur, daß er den Angriff auf Bouchain noch verschob. Am 4. October ergab sich Le Quesnoy. Bouchain hielt sich nur neun Tage. Der Marschall Villars behauptet, binnen zwei Monaten und fünf Tagen in den genommenen fünf Plätzen 53 Bataillone kriegsgefangen gemacht zu haben.[2])

„Und dennoch, meldet eben damals der Prinz Eugen an Sinzendorf, ist es ganz gewis, daß, wenn wir nur mit Festigkeit auftreten, wir diese nunmehr so hochmüthigen Franzosen und ihre neuen Freunde zum Zittern bringen werden. Denn man darf den übelen Ausgang dieses Feldzuges nicht dem Unglücke von Denain beimessen, sondern dem Geiste der Furcht und der Unentschlossenheit, der in der Republik herrscht und der sich ihren Feld-Deputirten und Generalen mitgetheilt hat. Ohne diesen würden, nach meiner Ansicht, jene Plätze nicht verloren gegangen sein. Wir haben uns daher vor dem Ende dieses Feldzuges zu entschließen, ob wir Krieg oder Frieden wollen. Wenn nicht, so werden uns die Gegner schrittweise dahin drängen, wohin sie wollen, und werden, außerdem daß sie uns einen unwürdigen Frieden vorschreiben, sich noch rühmen können, uns bei der Nase geführt zu haben."[3])

---

[1]) Arneth, Prinz Eugen, Bd. II, S. 500.
[2]) Mémoires de Villars t. II, p. 244.
[3]) Arneth, Prinz Eugen, Bd. II, S. 500.

Indeſſen bereits im Laufe des Monates Auguſt eröffneten die holländiſchen Bevollmächtigten in Utrecht den britiſchen, daß ſie bereit ſein würden zu einem Frieden auf der Grundlage der Thronrede vom 6./17. Juni, wenn die Königin von dieſer Grundlage aus für ſie eintreten wolle. Die Kunde deſſen war bereits am 23. Auguſt in London.[1]) Strafford und Briſtol erwiderten: wenn die Königin den Verbündeten nichts über die Vorſchläge in der Thronrede hinaus verſchaffen, oder gar auch dieſe nicht alle feſthalten könne: ſo ſei das nur die eigene Schuld der Verbündeten, weil ſie ſelber Schwierigkeiten erregt und dadurch die Sache ungewis gemacht hätten. — Bolingbroke ertheilte ihnen dafür das volle Lob, daß ſie der Königin aus dem Herzen geſprochen.[2]) — So hochfahrend die Worte, ſo enthielten ſie doch mittelbar wieder die Anerkennung, daß der Wille Frankreichs entſcheide.

Fortan ſuchte alſo die Republik nur noch für ſich ſelber gut abzukommen, und zwar war ihr hauptſächlicher Zweck die möglichſt ſtarke Barriere gegenüber Frankreich. Aber von dieſem Puncte aus begann die Differenz. Jene Thronrede beſagte, daß die Generalſtaaten ihre Barriere gemäß dem Vertrage vom 29. October 1709 erhalten würden, ausgenommen höchſtens zwei oder drei Plätze. Die franzöſiſchen Bevollmächtigten erhoben nun die Forderung, daß die Stadt Lille für ſie gelte als das ausbedungene Aequivalent für Dünkirchen, daß demnach außer Lille noch drei andere Plätze von jener Forderung der Barriere entfallen müßten, namentlich Tournay. Eben Tournay aber ſah die Republik an als ein weſentliches Glied in der Kette ihrer Barriere. Die britiſchen Bevollmächtigten in Utrecht waren der Anſicht, daß die Forderung der Holländer jener Erklärung der Königin entſpreche. Bolingbroke geſtand dies zu, und dennoch konnte die Commiſſion des Unterhauſes, drei Jahre ſpäter, aus ſeinen Briefen an Torcy den Beweis führen, daß er Rathſchläge gegeben, wie Tournay an Frankreich zu bringen ſei.[3])

Es iſt indeſſen ſehr wohl möglich und wahrſcheinlich, daß Bolingbroke durch das Hinziehen der Differenz über Tournay nur für

[1]) Hoffmanns Bericht vom 23. Auguſt.
[2]) Rapport du Comité secret p. 102, 104.
[3]) A. a. O., p. 115.

einen anderen und wichtigeren Plan arbeitete. Vor seiner Sendung nach Frankreich war er im Cabinetsrathe darin unterlegen, daß seine Instruction nur auf einen Stillstand lautete, nicht auf einen Sonderfrieden. Dieser Instruction entsprechend hatte er mit Torcy officiell verhandeln und demgemäß auch berichten müssen. Dieser sein Bericht enthielt ausdrücklich, daß Torcy den längeren Waffenstillstand von vier Monaten vorgeschlagen, um den Holländern die Hoffnung abzuschneiden, die Waffen der Königin wieder in Thätigkeit zu bringen. Der Verlauf der Dinge dagegen zeigt, daß das wirkliche Motiv Torcys für diesen Vorschlag war, während dieser Zeit England dennoch zu einem Sonderfrieden zu bewegen.

Jene gleichzeitige Erklärung der holländischen Bevollmächtigten, daß die Republik willig sei, auf der Grundlage der Vorschläge in der Thronrede der Königin vom 6./17. Juni zu verhandeln, kam daher der französischen Politik sehr ungelegen.[1]) Aber es bot sich ihr zunächst ein Anlaß, die Verhandlungen in Utrecht, die nach jener Erklärung der Bereitwilligkeit der Republik wieder aufgenommen werden konnten, noch zu verzögern. Der Anlaß war wie folgt.

Beim Eintreffen der Nachricht von Denain hatten die Diener des französischen Botschafters Mesnager denen des holländischen, Grafen Rechteren, höhnende Geberden gemacht. Als die Beschwerden Rechterens darüber bei Mesnager erfolglos blieben, gebot der Erstere seinen Dienern, sich selber Genugthuung zu nehmen. Es geschah durch thätliche Mishandlung. Darüber wurde von den Bevollmächtigten hin und her geredet, und Ludwig XIV. forderte Satisfaction.

In späterer Zeit urtheilte Torcy selber über die Sache wie folgt.[2])

„Man muß zugeben, daß unter allen anderen Verhältnissen ein Streit unter Lakaien nicht die ernsthafte Aufmerksamkeit der Friedensbotschafter verdient hätte, noch weniger diejenige des Königs, und daß man dem Grafen Rechteren die Nachsicht hätte gewähren können, wie seine Collegen vorschlugen, ihn für betrunken zu halten. Allein damals war es nothwendig, nicht bloß den Hochmuth der Holländer zu beugen, sondern auch die Friedens-Conferenzen in Utrecht bis dahin aufzuhalten,

---

[1]) Hoffmanns Bericht vom 23. August.

[2]) Mémoires de Torcy t. III, p. 253.

daß alle Angelegenheiten mit der Königin von Groß-Britannien vereinbart wären."

Ludwig XIV. schrieb die Bedingungen der zu leistenden Satisfaction vor. Er verlangte öffentliche Misbilligung Rechterens durch die anderen holländischen Botschafter, und Abberufung Rechterens durch die Generalstaaten. — Tritt uns darin die Neubelebung des Vereines von Hochmuth und Kleinlichkeit der früheren Jahre Ludwigs XIV. entgegen: so ist dabei festzuhalten, daß die Forderungen nur Mittel zum Zwecke waren. Ueber diesen spricht sich Torcy gleich damals zu seinem neuen Freunde Bolingbroke aus mit den Worten: „Nach meiner Ansicht wird es ihnen (den Generalstaaten) Mühe kosten, in eine solche Satisfaction, so gerecht sie auch ist, einzuwilligen; aber das wird Stoff zum Verhandeln geben, während man anderswo besser handeln wird."[1]) — Demnach setzt Torcy bei Bolingbroke verwandte Gesinnungen voraus.

Die Pariser Zeitung, die nur dasjenige zur Kunde brachte, was dem Hofe dort gefiel, gab den Gedanken des Torcy Ausdruck mit den Worten: es sei zu wünschen, daß England sich mit Frankreich verbünde, um die bisherigen Alliirten zum Frieden zu zwingen, und daß dann der Prätendent der Königin von Groß-Britannien in der Souveränetät zugesellt werde. Eines der Londoner Blätter, die fliegende Post (the flying post), gab den Aufsatz wieder mit einer scharfen Kritik. Bolingbroke, dessen Empfindlichkeit für die Anzüglichkeiten in der Tagespresse nach gleichem Maße zu bemessen sein dürfte mit der Dreistigkeit der eigenen Feder, ließ den Verfasser Ridpath nach Newgate einbringen.[2])

Torcy jedoch redete in denselben Tagen in dem Streben nach einem Sonderfrieden mit England zu Bolingbroke wie zu einem Gesinnungsgenossen, stärker als zuvor. Ein Privat-Schreiben Bolingbrokes, vom 10./21. September, schnitt jedenfalls die Hoffnung auf einen Sonderfrieden nicht ab.[3]) In der Antwort, vom 27., behandelt Torcy das wie eine positive Zusage, und redet weiter in diesem Sinne.

---

[1]) Bolingbroke's letters vol. III, p. 41. Vom 29. August.

[2]) Hoffmanns Bericht vom 20. September.

[3]) Bolingbroke's letters vol. III, p. 47. Der Herausgeber hat dort Très-Chrétienne und Britannique verwechselt.

„Aus demſelben Grunde, ſagt er, dringt der König nicht auf die Erneuerung der Conferenzen in Utrecht und fordert eine etwas ſtarke Satisfaction von dem Trunkenbold Rechteren. Es ſcheint mir, daß indirect dies auch das geeignete Mittel iſt, die Holländer in ihrer Hartnäckigkeit zu ſteifen, und ſie zu hindern, daß ſie, vor dem Abſchluſſe eines Sonderfriedens, ſich in die Maßregeln fügen, welche der König und die Königin vereinbart haben. Demgemäß wird dann auch Ihre Nation mehr und mehr erregt werden wider die Halsſtarrigkeit einer hochmüthigen Republik, welche in Betreff der Miniſter, die innerhalb ihres Gebietes den Frieden unterhandeln, nicht einmal mehr das Völkerrecht beobachtet, und in dieſer Weiſe kommen wir täglich dem Ziele näher, das wir uns vorgeſetzt haben.“[1])

Auch in der diplomatiſchen Welt in London war man der Anſicht, daß Bolingbroke auf einen Sonderfrieden mit Frankreich ausgehe. Man erzählte ſich von heftigen Reden im Cabinetsrathe der Königin. Eines Tages, ſagte man, habe Bolingbroke die Acte eines Sonderfriedens mit Frankreich vorgelegt, und ſie empfohlen mit dem Hinweiſe, daß der Handel und die Schifffahrt, für welche der Waffenſtillſtand zur Sicherheit nicht genüge, dann ſofort ſich frei entfalten würden. Auf die Frage der Anderen, auf weſſen Befehl er auf einen ſolchen Entwurf ſich eingelaſſen und ihn unterzeichnet, habe er die Königin genannt. Dieſe, ſelber anweſend, habe bejaht, und zu zwei verſchiedenen Malen die Feder in die Hand genommen, um ihrerſeits zu unterzeichnen. Darüber aber habe ſich in dem Cabinetsrathe, der, in Abweſenheit Ormonds, aus ſieben Perſonen beſtand, ein großer Zwieſpalt erhoben. Namentlich habe der Lord-Canzler erklärt, daß er, bevor das Parlament ſich über einen Friedensvertrag erklärt, der die Alliirten ausſchlöſſe, niemals auf ſich nehmen würde, demſelben das große Siegel beizuſetzen. — Nach vielem Hin- und Wiederreden habe ſich die Königin endlich genöthigt geſehen, die Sitzung aufzuheben.[2])

Inzwiſchen trafen vom Haag aus beſtimmtere Nachrichten ein. Wir haben alſo dahin unſere Blicke zu wenden.

---

[1]) Bolingbroke's letters vol. III, p. 86. Vom 27. September.

[2]) Hoffmanns Bericht vom 18. October. Den Tag dieſer Sitzung gibt er nicht an. Frühere Andeutungen in den Berichten Hoffmanns über dieſe ſtürmiſche Sitzung laſſen auf den 28. September, 9. October ſchließen.

Der Monat September verfloß, ohne daß man in Utrecht in der Friedenssache einen Schritt weiter kam. Der Graf Sinzendorf sammelte unterdessen, am 15., im Haag die dortigen Vertreter der Reichsfürsten um sich, und beredete mit ihnen die Ausführung des Reichstagsbeschlusses von 1702, nach welchem eine Reichs-Armee von 120.000 Mann aufgestellt werden solle. Die Ansätze der Leistungen der Einzelnen nahmen sich auf dem Papiere gar pomphaft aus;[1] aber die Generalstaaten wußten aus zehnjähriger Erfahrung, was davon Schein und was Wirklichkeit war, wenn nicht sie selber zahlten. Der mächtigste dieser Reichsfürsten, der König-Kurfürst von Preußen-Brandenburg, hatte jährlich mehr als 20.000 Mann gestellt, aber auch nicht einen einzigen davon auf seine Kosten. Im Vertrauen auf solche Bundesgenossen den Krieg fortzusetzen, mochte den Generalstaaten bedenklich erscheinen. Bolingbroke gebraucht über die Verbündeten die höhnenden Worte: „Wenn die Holländer nicht mehr mitthun, so kann der Rest der Bundesgenossen kaum noch einen Schein des Krieges aufrecht halten."[2]

Dagegen überreichten die französischen Bevollmächtigten in Utrecht den britischen, am 26. September, ein Schriftstück, erfüllt von ähnlicher Gesinnung wie dasjenige Torcys an Bolingbroke in denselben Tagen. Das Schriftstück macht der Republik den Vorwurf, daß ihre Weigerung sich der Königin von England anzuschließen, dem Könige die Kosten dieses Feldzuges aufgenöthigt habe. Die Bevollmächtigten sollen daher den Frieden mit der Republik nicht anders zeichnen als gegen die Rückgabe von Tournay. Zugleich erklärt das Schriftstück den Willen des Königs, den Abschluß des Sonderfriedens zwischen Frankreich, England, Spanien, Portugal und Savoyen nachdrücklich zu betreiben, den Holländern dagegen anheimzustellen, was sie für sich als zweckmäßig ansehen.[3]

Es ist ein merkwürdiger Irrthum der französischen Politik, daß sie durch ein solches Vorgehen ihren Zweck in England und Holland zu erreichen meinte.

---

[1] Lamberty t. VII, p. 257.
[2] Bolingbroke's letters vol. III, p. 123.
[3] Lamberty t. VII, p. 250.

In Folge dessen einigten sich die holländischen Friedens-Bevollmächtigten Buys, Van der Dussen, Renswoude, Goslinga, Rechteren, am 4. October, zu der klagenden Vorstellung bei den Generalstaaten, daß Frankreich den Fortgang der Friedenshandlung hemme. Sie heben hervor, daß sie nur die nothwendige Sicherheit für ihre Barriere und ihren Handel erstreben, ferner eine vernünftige Satisfaction für die Verbündeten, Freundschaft und Einigkeit zwischen ihrer Republik und der Königin. Denn die Gefahren der Einen seien auch die Gefahren der Anderen. Sie sind bereit Lille an Frankreich zurückzugeben, verlangen jedoch als durchaus nothwendig für ihre Barriere die Städte Tournay und Condé. — Die Generalstaaten eigneten sich diese Vorstellung an, mit der Hoffnung, daß die Königin, in der Anerkennung der Neigung der Republik für den Frieden, und des Vertrauens in sie selber, ihnen beistehen werde, auf dieser Grundlage zum Frieden zu gelangen.[1])

Wie der Rathspensionär Heinsius diese Vorstellung mit dringender Mahnung dem Treasurer Oxford überschickte, so reichte der Gesandte Van Borselen sie dem Staats-Secretär Bolingbroke ein. Der Letztere legte sich die Sache zurecht wie folgt. „Das Ziel dieser Leute (der Generalstaaten) scheint zu sein, entweder ihre Eintracht mit der Königin herzustellen, und durch deren Vermittelung mit Frankreich und Spanien zum Frieden zu gelangen, oder, im anderen Falle, durch die öffentliche Darlegung ihres Verhaltens, daß sie, in Rücksicht auf die Königin, von ihren ersten Forderungen zurückgewichen sind, und wie sie sich in sehr demüthigen Ausdrücken unterworfen haben, das Mitleid der Menschheit für sie, und einige Indignation gegen uns zu erregen, als wenn wir zu parteiisch für Frankreich wären.“[2])

Die Hauptsache war, daß die französische Politik durch das hochfahrende Auftreten gegen die Republik das Gegentheil dessen bewirkt hatte was sie erreichen wollte. Frankreich wollte den Sonderfrieden mit England. Dieses Trachten war, ungeachtet daß Bolingbroke, mit Zustimmung der Königin, entgegen kam, fehl geschlagen an der Scheu der anderen Minister vor der Verantwortlichkeit zu einer Zeit, wo

[1]) Lamberty t. VII, p. 258.

[2]) Bolingbroke's letters vol. III, p. 121. Vom 29. September/10. October.

noch die Republik in ihrer Abgeneigtheit verharrte. Nun hatte aber das hochfahrende Auftreten von französischer Seite in der Republik die Erkenntnis gereift, daß, wie immer die britische Regierung sich benommen, dennoch es besser sei, mit England zusammen zu gehen, als sich der Gefahr auszusetzen, die aus einem Sonderfrieden zwischen England und Frankreich für die Republik erwachsen würde. Die Erklärung der Bereitwilligkeit der Republik in diesem Sinne machte jedem Gedanken eines Sonderfriedens, auch bei Bolingbroke, ein Ende.

Er zeichnete dem Matthew Prior, den er als seinen Stellvertreter in Paris belassen, die Linie des ferneren Verhaltens vor. „Wenn die Holländer sich unterwerfen, so dürfen wir nicht in der ablehnenden Haltung gegen sie verharren, noch auch uns völlig weigern, für ihr Interesse einzutreten. Der König mag immerhin wünschen, Tournay zu behalten; aber, wenn durch seinen Verzicht auf Tournay der Friede Europas hergestellt werden kann, so würde die Weigerung seinen früheren Betheuerungen nicht entsprechen."

Es war also mit Bolingbroke eine erhebliche Aenderung vorgegangen. Den Grund dessen gibt er im Fortgange seines Schreibens an Prior noch bestimmter an. „Wenn es bekannt wird, wie das ja kein Geheimnis bleiben kann, daß Holland, für die Zusicherung von Tournay, bereit ist, zugleich mit der Königin den Frieden zu zeichnen: so dürfen wir nicht auf uns nehmen, es zurück zu lassen. Denn ich muß Ihnen sagen, daß in solchem Falle einige unserer besten Freunde unter den Tories in den Tadel gegen uns miteinstimmen würden."[1])

Auch andere Anzeichen gaben sich kund, welche das Ministerium warnten, auf der Hut zu sein. „Man hat dasselbe im Verdachte, meldet der kaiserliche Resident Hoffmann, daß es, um sich zu erhalten und aller Verantwortung zu entziehen, die Absicht habe, dem Prätendenten die Thronfolge zu verschaffen. Dieser Verdacht macht die Gemüther dem Grafen Oxford täglich mehr abgeneigt, und stellt Verwirrung in Aussicht."[2])

Es drängt sich daher hier die Frage heran, wie bis zum Herbste dieses Jahres die Frage der Thronfolge sich gestaltet hatte.

[1]) Bolingbroke's letters vol. III, p. 124.

[2]) Hoffmanns Bericht vom 14. October.

Die Frage der Thronfolge.

Der Ritter von St. Georg.

Die Meinung, die im October der kaiserliche Resident Hoffmann von London aus als die dort zunehmende meldet, daß das Ministerium, um sich der Verantwortlichkeit für die Friedenshandlung mit Frankreich zu entziehen, den Prätendenten zurück führen werde, haben wir früher schon von Lockhart als den hauptsächlichen Grund kennen gelernt, welcher die Jacobiten bewog, mit dem Ministerium Oxford zu gehen (S. 288). Dieselbe Ansicht gab sich auch außerhalb Englands kund. Der Bischof von Bristol meldete aus Utrecht, daß ihm dort der kaiserliche Gesandte Consbruch ausgesprochen: es sei seine persönliche Ueberzeugung, daß das letzte Ziel der britischen Minister sein müsse, den Prätendenten einzubringen. Einer der holländischen Minister sagte demselben Bischof geradezu, daß die Besorgnis vor einem solchen Plane ein hauptsächliches Motiv für die Haltung der Republik gegenüber England sei.[1]) Eben derselben Meinung waren aber auch die zunächst betheiligten Personen, der Prätendent selber und Berwick, weil sie dafür das durch Gautier mündlich ihnen überlieferte Wort des Grafen Oxford hatten.

Die öffentlichen Acte des britischen Ministeriums waren allerdings mit dieser Meinung wenig vereinbar. Während der französische Friedensbevollmächtigte Mesnager in Utrecht sich der Hoffnung hingab, daß, gemäß seinen Verabredungen mit Lady Masham, die britischen Forderungen auf die Anerkennung der Thronfolge so abgefaßt sein würden, daß sie für eine Clausel Raum ließen, waren sie in Wirklichkeit, wie wir gesehen (S. 285), so scharf, so bestimmt, so ausschließend gehalten, daß Mesnager persönlich jede Hoffnung für den Prätendenten aufgab. Die britischen Bevollmächtigten forderten ferner die Entfernung des Prätendenten aus Frankreich. Ludwig XIV., der reichlich ein Jahr zuvor das großmüthige Erbieten des Papstes Clemens XI. für den Prätendenten abgelehnt, unter dem Hinweise, daß er im Friedensvertrage Günstiges ausbedingen werde, erhob keinen Widerspruch gegen die Forderung der Entfernung.

[1]) Rapport du Comité secret p. 171. Vom 7. Juni.

Wir haben gesehen, daß dann der Prätendent, im Vertrauen auf die günstige Gesinnung seiner Schwester für ihn, ihr seine Sache völlig anheimstellte (S. 287). Nach der Erzählung Berwicks haben die Jacobiten damals beständig in Oxford gedrängt, von der Lage der Dinge Gebrauch zu machen. Sie stellten ihm vor, daß niemals ein Unterhaus so günstig gesinnt gewesen sei, daß er daher nur den Widerruf der Parlaments-Acten zu Gunsten der Thronfolge des Hauses Hannover zu beantragen habe, und daß dann unzweifelhaft der Antrag in diesem Sinne durchgehen werde. Seine Antwort habe dann gelautet, daß man mit mehr Vorsicht zu Werke gehen müsse, daß er die Sache ernstlich erwäge, und daß man gutes Muthes sein möge.[1])

Anstatt daß ein solcher Antrag, wie Berwick wünschte, an das Parlament gekommen wäre, betonte, wie wir vernommen haben (S. 345), die letzte Thronrede der Königin, vom 6./17. Juni, nachdrücklicher als jemals zuvor, daß ihr die Succession des Hauses Hannover zunächst am Herzen liege.

In denselben Tagen berichtet der Herzog von Buckingham an Middleton in St. Germain über eine Unterredung mit der Königin. Auf die Worte Buckinghams zu Gunsten des Ritters von St. Georg habe sie ihm entgegnet: „Sie sehen, er thut nichts, um mich zu verpflichten," nämlich er tritt nicht zur Hochkirche über. Buckingham, eine derjenigen Persönlichkeiten, die wie Oxford und Marlborough, nach Hannover und nach St. Germain in gleicher Weise mit ihren Betheuerungen freigebig waren, erzählt dann weiter, wie er zu Ungunsten des Kurfürsten und zu Gunsten des Prätendenten geredet, Richtiges und Unrichtiges, und fügt wiederholt seine dringende Mahnung bei: der Prinz möge dem Wunsche seiner Schwester darin entgegen kommen. Wenn er zur anglicanischen Kirche übertrete, so werde alles leicht sein. Buckingham findet dann noch den besonderen Ausweg: wenigstens möge der Prinz seiner Schwester zu erkennen geben, daß er es thun würde, wenn er nicht fürchten müsse, daß die Welt ungünstig darüber urtheilen werde.[2])

---

[1]) Mémoires de Berwick t. II, p. 129.

[2]) Macpherson's Original papers t. II, p. 330.

Es ist nicht unwichtig daran zu erinnern, daß Persönlichkeiten von unzweifelhaft aufrichtiger jacobitischer Gesinnung wie Lockhart, überhaupt die Schotten, welche in den Jahren 1707 und 1708 bereit waren, sich für den Prätendenten zu erheben, eine Zumuthung solcher Art an ihn nicht stellten.

Allerdings war es damals schon und blieb Volksmeinung, daß Jacob II. um der katholischen Religion willen die Krone verloren. Diese Meinung hatte feste Anhaltspunkte an den Parlaments-Beschlüssen, sowohl in den einleitenden Worten zu demjenigen des Convent-Parlamentes von 1689, welcher die Krone für vacant erklärte, als namentlich der Successions-Acte von 1701, welche die Katholiken als nicht-successionsfähig ausschloß. Aber darum entsprach jene Volksmeinung noch nicht dem geschichtlichen Thatbestande. Vielmehr enthält die weitere Begründung jenes Beschlusses des Convent-Parlamentes von 1689 die Berichtigung in sich. Das Convent-Parlament hatte nicht etwa, wie man sich später oft, und zwar recht ungenau, ausgedrückt hat, den König Jacob II. abgesetzt oder vertrieben. Das Convent-Parlament fand vielmehr die vollendete Thatsache vor, daß, ohne alles Zuthun seinerseits, Jacob II. seine Krone verlassen hatte und nach Frankreich geflüchtet war. Die Worte der Kurfürstin Sophie im Jahre 1700, daß Jacob II. seine Krone unbesonnener Weise verloren,[1]) dürften die richtigste Bezeichnung enthalten. Aber diese Unbesonnenheit hatte furchtbare Consequenzen, für Jacob II. und sein Haus. Auf Grund dieser Thatsache, daß der König nicht mehr da war, daß er seine Krone freiwillig verlassen, erklärte das Convent-Parlament die Krone für vacant. Indem aber dies Parlament den nach Frankreich flüchtigen König nicht zur Rückkehr auffordern konnte noch wollte, blieb ihm zu dem Zwecke eine geregelte Regierung wieder zu erlangen, keine andere Möglichkeit, als dem thatsächlichen Inhaber der Regierungsgewalt dieselbe kraft des Rechtes des Parlamentes aufzutragen. (Vergl. Band IV, S. 347 u. f.) Die Flucht Jacobs II. war also das entscheidende Moment. Durch dieselbe vernichtete er, so viel an ihm war,

[1]) Le pauvre prince de Galles est trop jeune pour profiter de l'exemple du roi de France et serait apparemment si aisé de recouvrer ce que le roi son père a inconsidéremment perdu. Vergleiche das ganze Schreiben in Bd. VIII, S. 567 u. f.

die bestehende Rechtsordnung, in welcher er der Schlußstein des Gewölbes war, und die dann sofort sich neu bildende Rechtsordnung konnte nicht anders, sondern mußte vielmehr ihn und sein Haus ausschließen, nicht wegen der Religion, auch nicht wegen der vorgeblichen Zweifel an der Geburt seines Sohnes, sondern weil er selber feindlich gegen sie stand und weil sein Sohn auf französischem Boden in dieselbe Feindschaft hinein wuchs.

Weil aber von Anfang jene Tradition erwachsen war, welche die Verschiedenheit der Religion nicht bloß, der Wirklichkeit gemäß, als einen mitwirkenden, sondern als den entscheidenden Factor ansah: so liegt es nahe, daß damals Aufforderungen solcher Art, wie Buckingham sie stellte, häufig nach St. Germain gelangten, mit der Begründung, daß der Uebertritt des Prätendenten zur Hochkirche von England seinen Freunden dort einen Anlaß darbieten würde, sich für ihn zu erklären.[1])

Der Prätendent hatte wiederholt verheißen, daß er die Hochkirche von England in ihrer Verfassung und in ihren Rechten schützen würde. Auf jene Zumuthungen ließ er von St. Germain aus erwiedern: „Wenn Plessington (der Prätendent) bei der jetzigen Lage der Dinge auf einen solchen Vorschlag eingehen würde: so würde er nur seinen Credit verringern, auch sogar bei denen, welche ihm die Zumuthung stellen. Denn, wenn sie jetzt seinem Worte (die Hochkirche zu schützen) nicht trauen, wo sie doch nichts erblicken als Festigkeit, Rechtschaffenheit, Ehre und Aufrichtigkeit: so würden sie doch sicherlich viel weniger Grund dazu haben, wenn sie sehen würden, daß er sich so leichthin lossagt von einem armen Freunde, mit welchem er aufgewachsen ist. Denn dann würden sie ihn entweder für sehr schwach oder sehr unaufrichtig halten, und in dem einen wie dem anderen Falle würden sie Grund haben nicht bloß zum Mistrauen, sondern auch zur Verachtung.“[2])

Wenn aber auch die französische Politik gemäß dem Grundsatze, den Ludwig XIV. zu Mesnager ausgesprochen, daß die eigene Sache um des Prätendenten willen nicht leiden dürfe, nicht für ihn eintrat, vielmehr, wie Lockhart meint, auf St. Germain drückte, damit die

---

[1]) Macpherson's Original papers vol. II, p. 355.

[2]) A. a. O., p. 341.

Jacobiten im britischen Parlamente, ungeachtet ihres Mistrauens gegen Oxford, dennoch ihn stützen sollten: so blieb doch darum in Versailles die Bereitwilligkeit für den Prätendenten einzutreten, wenn es ohne eigenen Nachtheil, oder gar mit eigenem Vortheil geschehen konnte. Eine solche Aussicht bot sich dar, wenn es gelang, Groß-Britannien zum Sonderfrieden mit Frankreich zu bewegen. Wir haben darüber das Wort Torcys vernommen, daß Bolingbroke geneigt gewesen wäre, Oxford aus Furcht vor dem Zorne des Kurfürsten dagegen stimmte, und daß man darum, bei der Sendung Bolingbrokes nach Paris, sich auf den Waffenstillstand beschränkte (S. 389). „Dieser, fährt dann Torcy fort, zog viele Verlegenheiten nach sich, die man durch einen definitiven Frieden zwischen Frankreich und England vermieden hätte. Die Königin von Groß-Britannien, deren Schwächezustand im Wachsen war, hätte dann die Muße gehabt, vor ihrem Tode für die Ruhe ihres Königreiches zu sorgen, eben so wohl wie für die Sicherheit ihrer Minister, die ihr treu gedient hatten.“ [1])

Die unscheinbaren Worte schließen eine Fülle anderer nicht ausgesprochenen Gedanken in sich. Aus dem Sonderfrieden zwischen England und Frankreich hätte sich eine Allianz entwickelt, so wie dann die Rückkehr des Prätendenten mit allen Consequenzen.

Nach den Urtheilen der Vertreter der fremden Mächte über die Königin Anna, wie wir sie vernommen haben (S. 399), würde sie persönlich dem Sonderfrieden und demnach auch den voraussichtlichen Consequenzen desselben nicht abgeneigt gewesen sein, wenn ihr nicht von ihrem Cabinetsrathe aus, mit Ausnahme Bolingbrokes, ein so entschiedener Widerspruch entgegen getreten wäre.

Officiell also blieb es bei der britischen Forderung der Entfernung des Prätendenten aus Frankreich. Aber die Frage war, wohin? — Auf die erneuerte Mahnung Bolingbrokes, vom 24. Mai: antwortete Torcy: „Sie dürfen der Königin versichern, daß der Ritter von St. Georg auf den ersten Befehl zum Aufbruche bereit ist, wenn er nur weiß, wohin er gehen soll und wo er in Sicherheit sein kann. Ich gestehe ein, daß ich keinen Fürsten weiß, der bereitwillig wäre ihn

[1]) Mémoires de Torcy t. III, p. 241.

aufzunehmen, aus Furcht der Königin oder anderen Mächten zu mis-fallen." Torcy bat um Nachricht durch Gautier.[1])

Die Commission des Unterhauses, vom Jahre 1715, hat in dieser Correspondenz besondere Momente des Verdachtes anderer Absichten zu finden geglaubt. Aus demjenigen was davon übrig geblieben, erscheint der Verdacht nicht begründet.

Bei der Anwesenheit Bolingbrokes in Paris, im August, wird als künftiger Aufenthalt des Prätendenten Bar-le-Duc in Lothringen genannt. Bolingbroke meldet, noch von Paris aus, an Dartmouth, daß der Prätendent erster Tage reisen wolle, und daß Frankreich den Herzog von Lothringen auffordere, bei dem Kaiser um Pässe für ihn dahin anzusuchen.[2])

Da, nach jenen Worten Torcys, Niemand den Prätendenten aufzunehmen wagte, aus Furcht der Königin zu missfallen, so folgerte daraus die Commission des Unterhauses von 1715, und, wie es scheint, mit Recht, daß die Königin selber Lothringen vorgeschrieben habe.[3]) Der Name war, wie wir gesehen haben (S. 192), zuerst gefallen in den Unterredungen zwischen Mesnager und Lady Masham. Jedenfalls ward, auf jene Meldung Bolingbrokes, ein Einspruch gegen die Absicht der Uebersiedelung des Prätendenten nach Lothringen nicht erhoben.

Indessen noch das ganze Jahr hindurch verblieb der Prätendent in St. Germain.

Wichtige Personal-Veränderungen in England.

Im Laufe des Herbstes erfolgten verschiedene Personal-Veränderungen, jede in ihrer Art für die Angelegenheit der Thronfolge von Bedeutung.

Die eine derselben war, daß, im Anfange November, Marlborough England verließ. Gemäß der Nachricht, die Bolingbroke darüber nach Versailles geben ließ, hatte er die Königin um Erlaubnis ersucht, nach Italien reisen zu dürfen, und nach längerer Erörterung

[1]) Rapport du Comité secret p. 173.
[2]) A. a. O.
[3]) A. a. O., p. 175.

im Cabinet sei sie ihm gewährt, und in dem ertheilten Passe der Weg ihm vorgeschrieben. Bolingbroke fügt hinzu: man dürfe in Versailles über die Reise Marlboroughs außer Sorge sein, da es nicht mehr in seiner Macht stehe zu schaden.[1])

Die Meinung in London darüber war, daß Marlborough, weil er sich auf Schritt und Tritt überwacht fühle, freiwillig fort gewollt habe. Die Minister seien darüber sehr erfreut. Nur sei es ihm untersagt worden, sich nach Wien, Holland oder Hannover zu begeben. Die Whig-Partei sei über den Entschluß getheilter Ansicht. Einige loben ihn; die Anderen sagen: wer die Partie verläßt, verliert sie.[2])

Es ist die Frage, ob diese Meinungen das Richtige trafen.

Es war Marlborough in einer staunenswerthen Weise gelungen, das Vertrauen in St. Germain nicht zu verlieren und dasjenige in Hannover sich völlig zu erhalten. Nach seiner Entlassung ließ Middleton, im März, ihm sagen: der König und die Königin-Mutter seien überzeugt, es werde ihn nun tief schmerzen, daß er nicht ihren Rath befolgt, seine Schuld gut zu machen, so lange er die Mittel in Händen gehabt. Sie beklagen sein Unglück; aber der König setze Vertrauen in ihn und erwarte Hülfe von ihm. Denn, wenn auch seine Macht geschwunden, so könne doch seine Klugheit und Erfahrung von großem Nutzen sein.[3]) — Ein anderes Mal bricht dieser Middleton in die Worte aus: „Die Mächtigen dieser Erde sollten sich an Marlborough ein Beispiel nehmen, daß sie ihre Zeit auszunutzen haben, so lange sie es vermögen; denn der Stern auch der Glücklichsten ist wandelbar.“[4])

Wir werden dagegen ersehen, daß die Kurfürstin Sophie und der Kurfürst Georg Ludwig, in ihrer Meinung von Marlboroughs Ergebenheit für sie, daran dachten, für den Todesfall der Königin Anna das Commando aller britischen Streitkräfte in die Hände Marlboroughs zu legen. Wir werden Marlborough selber von Antwerpen aus, wo er nach verschiedenen Reisen hierhin und dorthin seinen festen Aufenthalt nahm, in der Angelegenheit der Succession sehr thätig erblicken.

---

[1]) Stanhope, Queen Anne p. 539.

[2]) Hoffmanns Bericht vom 28. October/8. November.

[3]) Macpherson's Original papers vol. II, p. 297.

[4]) A. a. O., p. 336.

aufzunehmen, aus Furcht der Königin oder anderen Mächten zu misfallen." Torcy bat um Nachricht durch Gautier.[1])

Die Commission des Unterhauses, vom Jahre 1715, hat in dieser Correspondenz besondere Momente des Verdachtes anderer Absichten zu finden geglaubt. Aus demjenigen was davon übrig geblieben, erscheint der Verdacht nicht begründet.

Bei der Anwesenheit Bolingbrokes in Paris, im August, wird als künftiger Aufenthalt des Prätendenten Bar-le-Duc in Lothringen genannt. Bolingbroke meldet, noch von Paris aus, an Dartmouth, daß der Prätendent erster Tage reisen wolle, und daß Frankreich den Herzog von Lothringen auffordere, bei dem Kaiser um Pässe für ihn dahin anzusuchen.[2])

Da, nach jenen Worten Torcys, Niemand den Prätendenten aufzunehmen wagte, aus Furcht der Königin zu misfallen, so folgerte daraus die Commission des Unterhauses von 1715, und, wie es scheint, mit Recht, daß die Königin selber Lothringen vorgeschrieben habe.[3]) Der Name war, wie wir gesehen haben (S. 192), zuerst gefallen in den Unterredungen zwischen Mesnager und Lady Masham. Jedenfalls ward, auf jene Meldung Bolingbrokes, ein Einspruch gegen die Absicht der Uebersiedelung des Prätendenten nach Lothringen nicht erhoben.

Indessen noch das ganze Jahr hindurch verblieb der Prätendent in St. Germain.

Wichtige Personal-Veränderungen in England.

Im Laufe des Herbstes erfolgten verschiedene Personal-Veränderungen, jede in ihrer Art für die Angelegenheit der Thronfolge von Bedeutung.

Die eine derselben war, daß, im Anfange November, Marlborough England verließ. Gemäß der Nachricht, die Bolingbroke darüber nach Versailles geben ließ, hatte er die Königin um Erlaubnis ersucht, nach Italien reisen zu dürfen, und nach längerer Erörterung

[1]) Rapport du Comité secret p. 173.
[2]) A. a. O.
[3]) A. a. O., p. 175.

im Cabinet sei sie ihm gewährt, und in dem ertheilten Passe der Weg ihm vorgeschrieben. Bolingbroke fügt hinzu: man dürfe in Versailles über die Reise Marlboroughs außer Sorge sein, da es nicht mehr in seiner Macht stehe zu schaden.[1])

Die Meinung in London darüber war, daß Marlborough, weil er sich auf Schritt und Tritt überwacht fühle, freiwillig fort gewollt habe. Die Minister seien darüber sehr erfreut. Nur sei es ihm untersagt worden, sich nach Wien, Holland oder Hannover zu begeben. Die Whig-Partei sei über den Entschluß getheilter Ansicht. Einige loben ihn; die Anderen sagen: wer die Partie verläßt, verliert sie.[2])

Es ist die Frage, ob diese Meinungen das Richtige trafen.

Es war Marlborough in einer staunenswerthen Weise gelungen, das Vertrauen in St. Germain nicht zu verlieren und dasjenige in Hannover sich völlig zu erhalten. Nach seiner Entlassung ließ Middleton, im März, ihm sagen: der König und die Königin-Mutter seien überzeugt, es werde ihn nun tief schmerzen, daß er nicht ihren Rath befolgt, seine Schuld gut zu machen, so lange er die Mittel in Händen gehabt. Sie beklagen sein Unglück; aber der König setze Vertrauen in ihn und erwarte Hülfe von ihm. Denn, wenn auch seine Macht geschwunden, so könne doch seine Klugheit und Erfahrung von großem Nutzen sein.[3]) — Ein anderes Mal bricht dieser Middleton in die Worte aus: „Die Mächtigen dieser Erde sollten sich an Marlborough ein Beispiel nehmen, daß sie ihre Zeit auszunutzen haben, so lange sie es vermögen; denn der Stern auch der Glücklichsten ist wandelbar.“[4])

Wir werden dagegen ersehen, daß die Kurfürstin Sophie und der Kurfürst Georg Ludwig, in ihrer Meinung von Marlboroughs Ergebenheit für sie, daran dachten, für den Todesfall der Königin Anna das Commando aller britischen Streitkräfte in die Hände Marlboroughs zu legen. Wir werden Marlborough selber von Antwerpen aus, wo er nach verschiedenen Reisen hierhin und dorthin seinen festen Aufenthalt nahm, in der Angelegenheit der Succession sehr thätig erblicken.

---

[1]) Stanhope, Queen Anne p. 539.

[2]) Hoffmanns Bericht vom 28. October/8. November.

[3]) Macpherson's Original papers vol. II, p. 297.

[4]) A. a. O., p. 336.

Dies deutet darauf hin, daß seine Uebersiedelung nach dem Festlande nicht etwa die Bethätigung des so oft betonten Bedürfnisses nach Ruhe und Einkehr in sich selber war. Es erregt ferner den Zweifel, ob der Entschluß, bei dem Herannahen der Krisis London zu verlassen, ein so ganz freiwilliger war, wie es damals viele, unter ihnen auch Bolingbroke glaubten.

Und in der That existirt eine darüber ganz anders lautende Nachricht, die von Erasmus Lewis, dem Secretär Oxfords, herstammt. Im Laufe der Friedenshandlung erhielt Torcy von Ludwig XIV. die Erlaubnis, dem Treasurer Oxford die Schriftstücke einhändigen zu lassen, welche sich bezogen auf das Friedenserbieten Marlboroughs im Herbste 1708, um den Preis von zwei Millionen Kronen. (Vergleiche Band XIII, S. 182 u. f.) Ludwig XIV. gestattete, daß Oxford sich dieser Schriftstücke bediene, um Marlborough des Landes zu verweisen, bestand jedoch darauf, daß es ihm nicht ans Leben gehen dürfe. So geschah es. Oxford lud Marlborough zu einer geheimen Besprechung im Hause seines Verwandten in St. James Street. Oxford betrat das Haus durch das Hauptthor, Marlborough vom Parke aus durch den Garten. Dort ward die Sache festgestellt.[1]) Weil damals kein Pair des Königreiches ohne Erlaubnis des Souveräns das Land verlassen durfte, so reichte Marlborough die Bitte darum bei der Königin ein. Oxford scheint das Geheimnis für sich behalten zu haben; denn nur so ist es erklärlich, daß, wie man erzählte, Bolingbroke im Cabinetsrathe den Antrag Oxfords auf einen Paß für Marlborough bestritt.[2])

Von besonderer Bedeutung für die Angelegenheit der Thronfolge, jedoch in entgegen gesetzter Richtung, waren ferner damals zwei andere Persönlichkeiten, beide Schotten, die Herzoge Hamilton und Argyle.

Nachdem der Waffenstillstand mit Frankreich abgeschlossen, während dessen die verschiedenen Verzichte der Mitglieder des Hauses Bourbon ratificirt werden sollten, ernannte die Königin als ihren Botschafter nach Frankreich, der als Zeuge diesen Ratificationen beiwohnen sollte,

---

[1]) Macpherson's Original papers vol. II, p. 285.

[2]) Stanhope, Queen Anne p. 539.

den Herzog von Hamilton. Daß er einer der Wenigen war, welchen gegenüber die Königin aus ihrer wahren Gesinnung in Betreff ihres Bruders kein Hehl machte, haben wir gesehen bei der Audienz des Jacobiten Lockhart (Band XIII, S. 497). Aus dieser Ernennung ging daher der jacobitischen Partei eine besondere Hoffnung auf. Umgekehrt sah die Whig-Partei in dieser Ernennung einen sicheren Beweis für die Absicht den Prätendenten einzubringen, so sehr, daß in ihr die Rede ging: Hamilton werde ihn mit sich zurückführen.[1])

In der jacobitischen Partei begann sogar durch diese Ernennung das Vertrauen in Oxford wieder empor zu steigen. Dazu kam, daß man vernahm: Oxford habe einigen Häuptern der Clans der schottischen Hochlande Pensionen verliehen, mit der Vollmacht sich bereit zu halten, wenn etwa der Dienst der Königin es erfordere. Jedermann wußte, daß diese Clans im Jahre 1689 unter Lord Dundee bei Killikrankie für Jacob II. gefochten hatten. Es kam endlich dem Grafen Oxford bei den Jacobiten zu statten, daß, wenn auch die Entfernung des Prätendenten aus Frankreich verlangt war, dennoch von britischer Seite gegen den Vorschlag seiner Residenz in Lothringen kein Einwand erhoben wurde.[2])

Die Mittheilungen, die Hamilton seinem Gesinnungsgenossen Lockhart über seinen Auftrag machte, lassen nicht einen bestimmten Plan zu Gunsten des Prätendenten erkennen. Hamilton sagte jedoch, daß nach den Andeutungen, die Lord Oxford ihm gegeben, und nach mehreren Unterredungen mit der Königin, er niemals einer Unternehmung mit solcher Freude entgegengesehen habe als derjenigen dieser Reise.[3])

Es bildete sich später die Tradition aus, Hamilton habe Ludwig XIV. bewegen sollen, die irischen Regimenter in seinem Dienste heimlich zu Gunsten des Prätendenten nach Schottland zu senden. Dort würde dann der Prätendent, mit Zustimmung der Königin, als präsumtiver Thronerbe gelebt haben. So, hieß es, hätten sich die Jacobiten selber darüber ausgesprochen.[4])

---

[1]) Lockhart's Papers vol. I, p. 377.

[2]) A. a. O.

[3]) A. a. O., p. 408.

[4]) Coxe: Essay on the succession. Handschrift im Britisch Museum. Add. Ms. Coxe's collection vol. 9129.

Dagegen ist zu bemerken, daß, da Hamilton auch selbst dem treu ergebenen Lockhart sich über den eigentlichen Plan nicht bestimmt geäußert, wohl kaum irgend ein anderer Jacobit denselben kennen konnte.

Wie immer dem sei, es kam nicht dazu. Der Herzog hatte eine Differenz mit einem Lord Mohun von der Whig-Partei. Sie kamen überein, ihre Sache durch einen Zweikampf im Hyde Park auszufechten. Beide fielen; aber der Secundant des Herzogs, ein Oberst auch des Namens Hamilton, sagte aus, daß Macartney, der Secundant Mohuns, nach dem Falle des letzteren den Herzog meuchlings erstochen und dann durch die Flucht sich gerettet habe.[1])

Daß Hamilton durch Mord gefallen sei, war auch die Ansicht des Hofes. Einige Monate später ließ die Königin an den Kurfürsten Georg Ludwig das Ersuchen richten, im Falle der General Macartney, der den Herzog von Hamilton ermordet, sich in Hannover sehen ließe, ihn zu verhaften und nach England auszuliefern. Der Kurfürst ließ erwiedern, daß er über Macartney keine Nachricht habe, auch es nicht für wahrscheinlich halte, daß er dort sich einfinde. — Der Gesandte in London erhielt den Auftrag, den Freunden Macartneys anzudeuten, daß dieser Mann sich durchaus nicht nach Hannover begeben möge, weil in Folge dessen dem Kurfürsten eine schwere Verwickelung mit der Königin erwachsen würde.[2])

Wie immer es mit der Frage des Mordes sei, die Sache ward allgemein so aufgefaßt, daß zwei Vorkämpfer der verschiedenen Richtungen für die Thronfolge gefallen seien. Ungleich gewichtiger aber war der Verlust, den die jacobitische Richtung erlitten. Der kaiserliche Resident Hoffmann, von der Ansicht aus, daß das britische Ministerium selber jacobitisch sei, meldet heim: „In Betreff des Prinzen von Wales wird das Ministerium kein so taugliches Subject wieder finden, wie der Herzog von Hamilton gewesen ist.“[3])

In ähnlicher Weise äußerte sich Oxford selber zu einem Freunde Lockharts. Der Tod des Herzogs, sagte er, durchkreuze alle Entwürfe; denn Groß-Britannien biete nicht eine andere Persönlichkeit dar,

---

[1]) Lockhart's Papers vol. I, p. 403. Lockhart sucht ausführlich nachzuweisen, daß diese Aussage richtig sein muß.

[2]) Macpherson's Original papers vol. II, p. 474.

[3]) Hoffmanns Bericht vom 29. November.

die in gleicher Weise wie der Herzog von Hamilton fähig sein würde, den ihm anvertrauten Auftrag auszuführen. Auch aus diesen Worten zog Lockhart den Schluß, daß ein Auftrag von so außerordentlicher Wichtigkeit und der ein solches Geschick erforderte, nichts Anderes gewesen sein könne als die Herstellung des Prätendenten. Er spricht den Zweifel aus, ob von da an Oxford jemals von Herzen wieder auf den Gedanken zurück gekommen sei.[1])

In denselben Tagen fragten einige Schotten in St. Germain um Anweisungen für ihr Verhalten an. Der Prätendent ließ durch Nairne erwiedern: er vermöge nicht Anweisungen solcher Art zu geben, vielmehr sei es der Rath seiner besten Freunde zur Zeit stille zu sitzen, aus Besorgnis durch irgend welches Vorgehen die guten Absichten, die einige Personen haben könnten, zu durchkreuzen. Alles hange ab von Harley (Lord Oxford), bei dessen Verschlossenheit Niemand recht wisse, worauf zu rechnen und wie zu handeln. Das Klügste sei daher abzuwarten und zu sehen, welchen Gang die Dinge nehmen würden.[2])

Ein eigentlicher Plan war also auf jacobitischer Seite nicht vorhanden.

Der andere Schotte, dessen Persönlichkeit von da an in den Vordergrund tritt, ist der Herzog von Argyle.

Beim Wechsel des Ministeriums im Herbste 1710 war Argyle ein thätiges Mitglied der neuen Partei, wenn auch nicht in erster Linie. Ein hauptsächliches Motiv für ihn scheint dabei gewesen zu sein die Abneigung gegen den Herzog von Marlborough. Wir haben damals seine scharfen Worte in Betreff desselben vernommen (Band XIII, S. 364). In Anlaß des Antrages von Halifax im Oberhause, im Juli, gegen die Weigerung Ormonds, sich auf ein Treffen einzulassen, war, nach dem Zeugnisse Lockharts, die Rede Argyles der Todesstreich für jenen Antrag.[3]) Argyle leistete also der Friedenspolitik der Königin und

---

[1]) Lockhart's Papers vol. I, p. 410 cf. p. 377.

[2]) Macpherson's Original papers vol. II, p. 340. Vom 10. December.

[3]) Lockhart's Papers vol. I, p. 393.

des Ministeriums einen sehr wesentlichen Dienst. In Bezug auf ihn sind die bereits angeführten Worte Lockharts als Jugendfreundes von Argyle von besonderem Interesse. „Da ich nicht anders denken konnte, berichtet Lockhart, als daß er und sein Bruder, Graf Islay, dieselbe Meinung und Vorstellung von Lord Oxfords Endzielen hatten, wie alle übrigen Menschenkinder, nämlich daß man allerseits darin einig war, das einzige Spiel, welches Lord Oxford mit Sicherheit für sich und seine Freunde spielen könne, sei die Zurückführung des Königs — so lebte ich der Ueberzeugung, daß auch der Herzog dies glaubte und erwartete. Wie er also beitrug das Interesse derjenigen zu fördern, welche die Sache zu vollbringen hatten, so ist es folgerecht anzunehmen, daß auch er dazu mitwirken wollte."[1])

Die Ausdrucksweise Lockharts hier ist von besonderer Wichtigkeit, weil sich in ihr die Vorsicht ausprägt, mit welcher die Jacobiten auch unter einander vermieden, ihrem Endzwecke in Worten Ausdruck zu geben.

Lockhart schildert dann die allmählich bei Argyle eintretende Aenderung mit folgenden Worten:

„Im Fortgange der Zeit jedoch, als er bemerkte, daß Oxford sich ihm gegenüber sehr zurückgezogen verhielt, daß jener seine Plane in Allem und Jedem ihm verhehlte, stieg in ihm das Mistrauen empor, daß die Sache ohne ihn und seine Betheiligung ausgeführt werden solle, daß er demnach auch an der Ehre keinen Antheil haben und folglich auch des Dankes für die Mithelfer verlustig gehen würde. Dagegen erwuchs in ihm die Besorgnis, daß er und seine Familie verlassen und dem Misfallen preis gegeben sein würden, welches, wie ihm wohl bewußt, sein Haus um die königliche Familie verdient hatte. Und indem er zugleich beobachtete, daß der Graf Mar der Günstling des Ministeriums war, und daß dieser Lord bei vielen Anlässen sich befliß, ihm entgegen zu treten und die Macht und das Interesse seines Hauses zu verringern, so wie daß verschiedene schottische Tories, die sich allzu zahm in die völlige Abhängigkeit von dem Ministerium fügten, dergleichen Bemühungen im Unterhause wider ihn unterstützten — so steigerten sich dadurch die Besorgnisse und das Mistrauen des Herzogs,

[1]) Lockhart's Papers vol. I, p. 395.

bis zuletzt in ihm die Ueberzeugung reifte, daß man auf nichts Geringeres ausgehe als auf sein völliges Verderben, indem man ihn und sein Haus der Abneigung der loyalen Partei wider dasselbe zum Opfer bringen wolle. Aus dieser Meinung erwuchs bei ihm im Fortgange der Zeit der Entschluß, völlig mit dem Ministerium zu brechen und sich dem Kurfürsten zur Verfügung zu stellen. Sobald die Whig-Partei bemerkte, daß das Verhältnis des Herzogs zu dem Ministerium sich lockerte, waren sie im eigenen Interesse eifrig, bei jeder Gelegenheit nachzuhelfen. Sie schienen alles Frühere vergessen zu haben. Sie deuteten an, daß, bei der Gelangung des Kurfürsten zur Krone, der Herzog die für das Commando der Armee geeignete Persönlichkeit sein würde, nachdem ja Marlborough in einer so feigen Weise das Königreich desertirt und seine Freunde in der Noth stecken gelassen habe.[1])"

Nach der Ansicht Lockharts vom jacobitischen Standpunkte aus trugen also die Hauptschuld an der Wandlung Argyles der Graf Mar und dessen Anhänger. „Sie verdienen, sagt er, den schwersten Tadel, weil sie in unvernünftiger Weise einen Mann provocirten, der so sehr befähigt war dem Könige zu dienen, sowohl durch seinen persönlichen Muth und seine Erfahrung im Felde, als durch seine Geltung bei den Officieren der Armee und bei den schottischen Presbyterianern, so wie durch seine hohe Stellung und sein Ansehen in der Welt — und weil sie durch diese Provocation ihn dahin brachten, sich in der Nothwendigkeit zu glauben, sich denen beizugesellen, welche dem Interesse des Königs feindselig gegenüber standen."

Indem der Jacobit Lockhart, der immer mit dem Herzoge von Argyle im freundlichen Verhältnisse blieb, die Wandlung bei ihm beobachtete, suchten er und einige seiner Freunde entgegen zu wirken. Sie eröffneten sich dem Herrn Meinzies, der wiederholt als Vermittler zwischen St. Germain und den Jacobiten in England gedient hatte. Ihr Vorschlag ging dahin, daß der König (Jacob III.) ein freundliches Schreiben an den Herzog von Argyle richten, ihn darin zum Beistande für seine Sache auffordern und dafür ihm die königliche Gnade zusichern möge. Dies würde, nach ihrer Ansicht, einen guten Erfolg haben. Meinzies ging nach St. Germain und kehrte wieder

[1]) Lockhart's Papers vol. I, p. 396.

mit der Meldung: er habe dem Lord Middleton den Vorschlag mitgetheilt, und darauf die Antwort erhalten, daß seine Lordschaft es mit der Würde und Ehre eines Souveräns nicht für vereinbar halte, einem pflichtvergessenen Unterthan gegenüber den ersten Schritt zu thun.[1])

Lockhart fügt sein Urtheil hinzu mit den Worten: „Ob der Vorschlag dem Könige selber mitgetheilt ist, kann ich nicht sagen, bin jedoch geneigt zu glauben, daß es nicht geschehen ist. Denn ich kann nicht umhin von dem Verstande Sr. Majestät eine bessere Meinung zu haben, als daß er den Vorschlag so auffassen und eine solche Antwort darauf gegeben haben sollte."

Lockhart und seine Freunde gaben darum ihre Bemühungen nicht auf. In Argyle dagegen wurden die Erinnerungen an seine nächsten Vorfahren immer lebendiger. Die Jacobiten meinten, daß das Geschick zweier von ihnen in ihrer Auflehnung gegen das Haus Stuart für ihn eine Mahnung zur Loyalität für dasselbe sein müsse. Das Gegentheil war der Fall. Man vernahm von Argyle die Worte: das Haus Stuart schulde dem seinigen zwei Köpfe, und weder könne, noch wolle er einem Mitgliede jenes Hauses dienen, außer der Königin.[2])

Die Stellung der Königin und ihrer Minister zum Hause Hannover.

Wir haben vernommen, daß Thomas Harley bereits im Beginne des Jahres den Auftrag erhielt, die neue Parlaments-Acte über den Rang des kurfürstlichen Hauses in Groß-Britannien nach Hannover zu bringen, und zugleich die Instruction, den Kurfürsten Georg Ludwig über seine Politik zu belehren (S. 260). Bevor es zu dieser Reise kam, zeigte das durch Bothmar, im Februar, überreichte neue Handschreiben des Kurfürsten an die Königin, daß die Aussicht auf einen Erfolg des zweiten Auftrages sehr gering war. Demnach hatte es auch mit der Ueberkunft Harleys nach Hannover keine Eile. Aber der Auf-

[1]) Lockhart's Papers vol. I, p. 397.

[2]) Correspondence of the Duchess of Marlborough vol. II, p. 82. Vom 29. September.

trag blieb ihm. Auch selbst nach den Ereignissen im Juni zeichnete die Königin, am 17./28., ein neues Handschreiben an den Kurfürsten, in welchem sich die Worte finden: Je compte que vous verrez, avec satisfaction, combien les véritables intérêts de votre famille m'ont été à cœur, et je ne doute nullement que vous en soyez agréablement surpris de voir que les offres de la France approchent de si près à une satisfaction juste et raisonnable pour tous mes alliés.[1]) Weiter beklagt das Schreiben die Hemmnisse, die sich der Unterhandlung in den Weg gestellt. Harley sei aber mehr als ein Anderer befähigt, dem Kurfürsten die Politik der Königin im rechten Lichte darzustellen. Das Schreiben schließt mit den Worten: C'est aussi sur les représentations qu'il vous fera que vous pouvez former votre opinion, et prendre sûrement vos mesures. Soyez persuadé que je veillerai toujours à vos intérêts et à ceux de votre maison, que je les regarderai comme les miens propres, et que pour les soutenir et avancer d'autant mieux, je tâcherai toujours de vivre avec vous dans la plus étroite amitié.

Daß weder der Kurfürst Georg Ludwig, noch die Kurfürstin Sophie festes Vertrauen in die Worte der Königin setzen konnten, liegt nahe. Dennoch durfte es fraglich sein, ob sie in ihrem Mistrauen so weit gingen, wie es anderswo vielfach geschah. Denn es lagen ihnen nicht bloß die schriftlichen Versicherungen der Königin vor, sondern auch diejenigen des Treasurers Oxford und Anderer. Es ist hier an den sehr bemerkenswerthen Unterschied zu erinnern, daß Oxford mit den Persönlichkeiten des Hauses Stuart nur mündlich durch Gautier angeknüpft hatte, daß er dagegen in Hannover vom Beginne seines Ministeriums an seine Ergebenheit schriftlich betheuerte.[2])

Diese Betheuerungen fanden in Hannover Glauben bei der alten Kurfürstin Sophie und dem Kurprinzen Georg August, weniger bei dem Kurfürsten und dem vortragenden Rathe für die englischen Angelegenheiten, dem scharf blickenden Robethon. Jedenfalls aber befand man sich in Hannover über das Endziel Oxfords eben so im Dunkeln wie in St. Germain und in London, wie er auch vielleicht selber dar-

[1]) In den Robethon-Papieren des historischen Vereines zu Hannover.

[2]) Macpherson's Original papers vol. II, p. 356.

über ſich nicht klar war. Gerade in Beziehung auf die Sendung des Thomas Harley nach Hannover ward unter den Jacobiten die Anſicht ausgeſprochen, daß Oxford trachte die Wage in der Hand zu behalten und nach dem Tode der Königin über die Krone zu verfügen, nach welcher Seite hin es ihm beliebe.[1])

Außer Oxford betheuerte von den damals gewichtigſten Perſönlichkeiten Englands auch der Friedens-Botſchafter Strafford in Hannover ſeine Ergebenheit. Den wiederholten Anlaß dazu bot ihm die Privat-Correſpondenz, welche die Kurfürſtin Sophie mit ihm unterhielt. Für die Aufrichtigkeit der Betheuerung Straffords ſpricht die Thatſache, daß er einer derjenigen Edelleute war, die von Wilhelm III. Dotationen erhalten hatten, und daher, im Falle der Rückkehr des Prätendenten, in Gefahr geriethen, dieſelbe zu verlieren.[2]) Der Beſitz von Geld und Gut lagen aber dieſem Lord ſo ſehr am Herzen, daß er als Friedens-Botſchafter ein Angebot des Franz Rakoczy von 50.000 Thalern für den Fall der Erlangung Siebenbürgens für dieſen, nicht zurückwies.[3]) Strafford machte jedoch ſeine Betheuerungen bei der Kurfürſtin nicht bloß für ſich, ſondern redete zugleich in ähnlicher Weiſe für das ganze Miniſterium. Dies deutet nicht auf einen Auftrag in dieſem Sinne, ſondern eher darauf, daß, wie überhaupt kein Plan des Miniſteriums in dieſer Sache vorlag, ſo auch die Beſprechung vermieden wurde. Von der Anknüpfung Oxfords in St. Germain hat ſicherlich weder Strafford, noch in der erſten Zeit auch Bolingbroke etwas gewußt. Aber auch der Letztere drückte ſich Strafford gegenüber bis tief in das Jahr 1712 ſo aus, daß Strafford daraus auf eine Abſicht gegen die Thronfolge des Hauſes Hannover nicht ſchließen konnte.

Während der drei Monate der Anweſenheit des Thomas Harley in Hannover, vom Juli bis September, wurden indeſſen die Ausdrücke Bolingbrokes noch ſchärfer als früher.

Die Inſtruction Harleys enthielt, wie wir geſehen, namentlich den Auftrag, dem Kurfürſten die Ehrenhaftigkeit und Zweckmäßigkeit der Politik des britiſchen Miniſteriums einleuchtend zu machen. Zur

---

[1]) Lockhart's Papers vol. I, p. 374.

[2]) Macpherson's Original papers vol. II, p. 352.

[3]) Fiedler, Bd. II, S. 252, 273.

Löſung dieſer undankbaren Aufgabe hielt ſich Harley faſt nur an den Kurfürſten perſönlich, verkehrte wenig mit den Miniſtern. Er hatte nicht viel zu berichten. „Er iſt, meldet Bolingbroke an Strafford, mit ſeinen Briefen ſehr ſparſam; aber auch in demjenigen was er ſchreibt, bemerke ich nicht einen erheblichen Fortſchritt in ſeiner Aufgabe, dem blindeſten Hofe in Europa den Staar zu ſtechen.“ „Die Königin, ſchreibt er an einer anderen Stelle des Briefes, befindet ſich wohl: Gott möge das noch lange ſo dauern laſſen; denn ich für meinen Theil ſehe nach ihr nichts als Confuſion voraus.“ [1]) Etwas beſtimmter drückt er am ſelben Tage ſich aus in Antwort auf eine Meldung Harleys ſelber: „Die Königin hat mit Vergnügen vernommen, daß das kurfürſtliche Haus ihr die Gerechtigkeit erweiſt, in gebührender Weiſe ihre Sorgfalt für das Intereſſe desſelben anzuerkennen. Mit Betrübnis, nicht freilich mit Ueberraſchung, vernehme ich dagegen, daß die Antworten des Kurfürſten, wenn er geruht ſolche zu geben, in Betreff des Friedens eben ſo lauten wie diejenigen, mit welchen ſein Geſandter Bothmar hier mich zu beehren pflegte. Hoffen wir, daß er nicht lange der Ueberzeugung widerſtrebt, welche die Wahrheit, die Sie nicht ermangeln ihm vorzuſtellen, mit ſich bringt. Sei dem indeſſen wie es wolle, Ihre Majeſtät wird feſt halten.“ — „Ich kann jedoch nicht umhin, ſchließt er, mich dahin auszuſprechen, daß wir mit dem Hofe von Hannover entweder beſſer oder ſchlechter ſtehen müſſen als es jetzt der Fall iſt.“ [2])

Dies war vor der Reiſe Bolingbrokes nach Paris, zu einer Zeit alſo, wo die Möglichkeit eines Sonderfriedens zwiſchen Frankreich und Groß-Britannien noch nicht abgeſchnitten war. Wir haben uns hier wieder jene Worte Torcys gegenwärtig zu halten, daß Oxford den Sonderfrieden nicht wollte, um ſich nicht dem Zorne des Nachfolgers auszuſetzen (S. 388). Bolingbroke hatte alſo dies Bedenken nicht, und eben ſo wenig dasjenige vor den weiteren Conſequenzen.

Nachdem dieſer Plan des Sonderfriedens fehl geſchlagen, vollzog ſich auch ſo in Bolingbroke die Wandlung, die in jenem Schreiben vom 23. Juli/3. Auguſt angedeutet liegt. Es mochte dazu beitragen

---

[1]) Bolingbroke's letters vol. II, p. 487. Vom 23. Juli/3. Auguſt.

[2]) A. a. O., p. 491.

die Rückkehr Harleys aus Hannover und seine Berichte über die Erfolglosigkeit, dem Kurfürsten eine günstige Meinung über die britische Friedens-Politik beizubringen. Am 12. October meldet Gautier an Torcy, daß Bolingbroke ernstlich wünsche, mit dem Prätendenten in Beziehung zu treten, und zu diesem Zwecke die Namen derjenigen Whigs zu wissen verlange, welche vor etwa achtzehn Monaten dem Prätendenten ihre Dienste unter der Bedingung angeboten, daß er sich völlig ihnen anvertrauen solle.[1])

Nach der Meldung Berwicks gab der Prätendent auf diese Frage an Torcy eine Antwort, welche bewies, daß man Vertrauen in ihn setzen dürfe. — Im Uebrigen liegt über ein solches Angebot von Mitgliedern der Whig-Partei sonst keine bekannte Nachricht vor. Der Verlauf der Thatsachen ergibt, daß es keine Consequenz gehabt haben kann.

Die weiteren Worte Gautiers, durch den einst auch Oxford mit Torcy und mit St. Germain angeknüpft, lassen nicht ersehen, daß Gautier dem Einen von den Schritten des Anderen eine Mittheilung gemacht habe. Bolingbroke hatte verlangt, daß nicht einmal sein Agent Prior in Paris, mit dem er sonst auf dem vertraulichsten Fuße stand, eine Kunde seines Schrittes erhalte. Demnach standen Oxford und Bolingbroke, Jeder für sich und ohne von einander darüber zu wissen, in Verbindung mit St. Germain, und zwar durch Gautier und Torcy. Ein solches Verhältnis konnte nur der französischen Politik zu gute kommen.

Kehren wir indessen zurück nach Hannover.

Kurz vor seinem Aufbruche von dort, im August, erhielt Thomas Harley noch einen besonderen Auftrag.

Der Krieg der drei Verbündeten, des Czaren Peter, des Königs August II., des Königs Friedrich IV. von Dänemark, gegen die Länder Carls XII. im Reiche dauerte fort. Die Erfolge in Pommern waren nicht groß. Einen Angriff auf Stettin wagte man nicht, und Stralsund ward von den Schweden mit Ausdauer vertheidigt. Aber im Sommer bemächtigten sich die Dänen des Herzogthumes Bremen. Es war dem britischen Ministerium daran gelegen, daß die schwedische

[1]) Stanhope, Queen Anne p. 536. — Vgl. desselben Verfassers: History of England etc. vol. I, Appendix, p. 387.

Macht erhalten blieb. An Harley in Hannover gelangte daher der Auftrag, den Kurfürsten aufzufordern, daß er mit der Königin sich zur Herstellung des Friedens dort vereinige. Wenn dies zu Gunsten Schwedens geschah, so war die voraussichtliche Folge, daß der Kurfürst in den Krieg mit verwickelt wurde.

Es ist möglich und wahrscheinlich, daß sich damit noch eine andere Absicht des britischen Ministeriums verband. Wir haben die Aeußerungen des Prinzen Eugen vernommen, daß das Erscheinen des Kurfürsten oder auch des Kurprinzen bei der Armee in den Niederlanden den Plan des britischen Ministeriums durchkreuzen könne (S. 359). Wir finden verwandte Aeußerungen auch in Holland. Besser als sich von Frankreich und England mishandeln zu lassen, meinten Einige, werde es sein, wieder einen Statthalter zu ernennen, nämlich den Kurfürsten von Hannover. Wenn er seine Macht mit derjenigen der Republik vereinige und man ihm eine Flotte zur Verfügung stelle, so werde er nach England hinüber gehen und im Vereine mit seinen Anhängern dort die Dinge wenden.[1]) Diejenigen, die in solcher Weise redeten, dachten also an eine Wiederholung des Jahres 1688. Daß der Kurfürst bei seinem Principe sich in die englischen Angelegenheiten nicht einzumischen, sich auf einen Plan dieser Art nicht einlassen würde, durften die britischen Minister annehmen; allein, wo eine derartige Stimmung in der Republik sich regte und demgemäß auch vielleicht in England einen Wiederhall fand, erschien es doch sicherer noch, den Kurfürsten anderweitig zu verwickeln.

Wie immer dem sein mochte, der Kurfürst ließ sich auf den Plan des britischen Ministeriums nicht ein. Auf den Antrag Harleys gab er zur Antwort: er werde es sich immer zur Ehre und zur Freude rechnen, die Absichten der Königin zu unterstützen und seine Bemühungen zur Herstellung des Friedens mit den ihrigen zu vereinen, vorausgesetzt daß dieser Friede allgemein sei, und daß alle bei dem nordischen Kriege betheiligten Parteien in gleicher Weise seine guten Dienste annähmen.[2])

---

[1]) Fiedler, Bd. II, S. 412.

[2]) Aus der Instruction des Gesandten Grote. In den Robethon-Papieren im Archive des historischen Vereines für Niedersachsen in Hannover.

Gegen Ende September schied Thomas Harley von Hannover, ausgestattet mit der schriftlichen Erklärung, daß der Kurfürst sich in der Friedenssache von Kaiser und Reich, so wie den anderen Verbündeten nicht trennen könne.[1]) Auf die Bothmar'sche Denkschrift, auf welche das britische Ministerium nicht geantwortet, kam der Kurfürst nicht zurück. Wie also die Misbilligung der Friedens-Politik des britischen Ministeriums nicht direct ausgesprochen wurde, so auch nicht das Mistrauen in Betreff der Angelegenheit der Succession. Die Briefe, welche Harley mitnahm, waren in den verbindlichsten Ausdrücken gehalten. Unter denselben ist besonders derjenige an Shrewsbury hervorzuheben, weil der Kurfürst ihn zum Anlasse nahm, nochmals sein Princip in Betreff der Succession auszusprechen. Der Brief lautet wie folgt.[2])

„Herr Harley hat mir Ihren Brief vom 4. März übergeben, und mit vielem Vergnügen habe ich daraus die Fortdauer Ihrer Geneigtheit für die Interessen meines Hauses ersehen. Ich bitte Sie zu glauben, Mylord, daß ich dies sehr wohl aufnehme, und insbesondere den guten Rath, den Sie mir geben in Bezug auf das Verhalten gegenüber den zwei Parteien, welche die Nation theilen. Die Mäßigung, welche Sie mit der Versicherung, daß beide Parteien gleich eifrig für meine Interessen sind, in Betreff des Verhaltens gegen beide mir empfehlen, ist eben das was ich immer mit der äußersten Sorgfalt zu beobachten gestrebt habe. Daher habe ich an ihren Differenzen niemals den geringsten Antheil nehmen wollen und mich mit völligem Vertrauen auf die Besonnenheit der Königin verlassen, so wie auf die Güte, von der sie mir so viele Beweise gegeben. Es gereicht mir zur großen Befriedigung, daß mein bisheriges Verhalten die Zustimmung eines so erleuchteten und so wohl gesinnten Ministers, wie Sie es sind, gefunden hat. Seien Sie überzeugt von der Hochschätzung, welche ich für Ihre Person empfinde, so wie von der Aufrichtigkeit, mit welcher, Mylord, ich Ihnen zugethan bin."

Der Kurfürst beschloß dann, die Höflichkeit, die in der Sendung Harleys lag, vollaus dadurch zu erwiedern, daß auch er abermals

---

[1]) Man vergleiche über den Aufenthalt Harleys in Hannover meine Ausgabe der Werke von Leibniz, Bd. IX, S. 355 u. f.

[2]) In den Robethon-Papieren.

einen Gesandten hinüber schickte, nämlich einen seiner Minister, den Freiherrn Thomas von Grote. Daran knüpften sich andere politische Zwecke.

Harley hatte jene neuen Parlaments-Acten über den Rang des kurfürstlichen Hauses in Groß-Britannien überbracht. Aber der eigentliche Zweck Oxfords dabei war, ähnlich wie bei den früheren Sendungen des Grafen Rivers, von 1710 und 1711, in Hannover irgend welche Aeußerung zu erlangen, die mit einem Scheine der Wahrheit sich in England als ein Ausdruck der Zustimmung zu der Politik des Ministeriums verwerthen ließe. Der Kurfürst beschloß durch die Sendung seines Ministers Grote sowohl jenem Plane Oxfords entgegen zu wirken, als auch eine reelle Bürgschaft für die Succession zu verlangen.

Es mochte dazu beitragen, daß gegenüber den Gerüchten über die jacobitische Gesinnung des britischen Ministeriums auch von der anderen Seite Kundgebungen stattfanden. Der kaiserliche Resident Hoffmann in London meldet: „Am verwichenen Freitag (dem 3./14. October) ist, wider die Gewohnheit, der Geburtstag der Kurfürstin von Braunschweig von Vielen allhier mit Freudenfeuern und Illumination gefeiert worden.“ [1])

Der Gedankengang in Hannover in Betreff einer reellen Bürgschaft war wie folgt.[2])

Grote soll durch eine Denkschrift in den höflichsten Ausdrücken verlangen, daß durch eine Parlaments-Acte für die Kurfürstin Sophie als die präsumtive Thronerbin ein Jahrgeld festgestellt werde. Er soll dies mündlich weiter ausführen. Der richtige Zeitpunkt dafür scheine gekommen, weil die englische Nation erwarte, daß durch den Abschluß des Friedens die Succession auf festen und unerschütterlichen Fuß gesetzt werde. Das Einkommen, welches man für die nächste Thronerbin verlange, erscheine als eine natürliche Folge der Parlaments-Acten, welche die Thronfolge auf die protestantische Linie beschränken, insbesondere der letzten durch den Gesandten Harley überbrachten Acte, welche der Kurfürstin und ihrer Descendenz den Rang und die Prärogativen der ersten Prinzen vom königlichen Blute zuerkenne. Bisher,

---

[1]) Hoffmanns Bericht vom 18. October.

[2]) Instruction für Grote, vom 10. November, in den Robethon-Papieren.

wo Groß-Britannien mit der Last eines so schweren Krieges beladen, habe man einen Anspruch solcher Art nicht erheben wollen; aber nun, nachdem diese Ausgaben aufgehört, sei man es der eigenen Ehre schuldig, darüber nicht länger zu schweigen. Auch sei ja nicht zu zweifeln, daß die Minister der Königin mit Freuden die Gelegenheit ergreifen würden, um reelle und wirksame Beweise ihres Eifers für die Thronfolge des Hauses Hannover zu geben, weil sie dadurch den Verleumdungen ihrer Gegner, die ihnen Absichten zu Gunsten des Prätendenten beimäßen, völlig den Mund schließen würden. Sie würden ferner dadurch die Besorgnis zerstreuen, die in Folge dessen in den Gemüthern der Nation um sich gegriffen, und zugleich dem Thronerben einen Dienst erweisen, den er mit vieler Dankbarkeit empfangen werde. Obwohl jedoch es sich auf mancherlei Weise kund gebe, daß die britische Nation eine solche Feststellung verlange, so wünsche doch das kurfürstliche Haus, daß die Sache nur von der Güte der Königin und der Zuneigung der Minister ausgehe, um ihnen allein dafür Dank schuldig zu sein.

Der Gesandte Harley hatte bei seiner Anwesenheit in Hannover wiederholt die Rechtmäßigkeit der Forderung eines Jahrgeldes für die Kurfürstin Sophie als nächste Thronerbin anerkannt. Demgemäß erwartete man von ihm die Vertretung derselben bei dem Lord Treasurer als der hauptsächlichsten Persönlichkeit.

Dies war der Gedankengang namentlich der Kurfürstin Sophie, die sich das Vertrauen in Oxford nicht nehmen ließ. Die Verschiedenheit der Urtheile in Hannover über diesen Minister tritt dann scharf hervor in den zwei Instructionen, mit welchen der Gesandte Grote ausgerüstet ward, der einen gezeichnet von der Kurfürstin Sophie, der anderen von ihrem Sohne, dem regierenden Kurfürsten. Der Concipient war in beiden Fällen der Rath Robethon. Eine wesentliche Verschiedenheit in Betreff des Zweckes fand daher nicht statt, nur in Betreff des Urtheiles über die in Frage kommenden Personen. Die Worte, welche Robethon auf Befehl der Kurfürstin niederschrieb, beweisen abermals, daß sie den Versicherungen der Ergebenheit Oxfords vollen Glauben beimaß. Anders mußte Robethon sich ausdrücken im Auftrage des Kurfürsten und nach seiner eigenen Kenntnis der Persönlichkeit. „Der Gesandte, heißt es dort, wird eingedenk sein, daß

er in keiner Weise sich auf die schönen Versprechungen verlassen darf, die der Treasurer Oxford in Betreff der Succession ihm machen wird. Der Charakter dieses Mannes ist ihm zur Genüge bekannt." Und weiter heißt es: „Der Gesandte soll darüber wachen, daß dem Treasurer nicht der listige Anschlag gelinge, in England auszubreiten, als habe Harley in Hannover die Zustimmung des Kurfürsten zu der Politik des britischen Ministeriums erlangt. Der Gesandte soll sich hüten vor den Spionen Oxfords." — „Der Freiherr von Grote wird eingedenk sein, heißt es weiter, daß der Groß-Schatzmeister eine Menge Leute im Solde hat, denen er befiehlt übel von ihm zu reden zu dem Zwecke, daß sie sich dadurch in das Vertrauen derjenigen einschleichen, die er irre führen will."

Die Instruction der Kurfürstin weist den Gesandten an, dem Staats-Secretär Bolingbroke mit möglichster Höflichkeit entgegen zu kommen; diejenige des Kurfürsten nennt kaum den Namen. Der Grund dafür ergibt sich aus dem Folgenden. Die Instructionen waren dem Freiherrn von Grote ertheilt auf dem Jagdschlosse in der Göhrde. Vor seinem Aufbruche von Hannover aus schrieb er dahin zurück die merkwürdige Anfrage, wie er es vermeiden könne, so lange Bolingbroke als Staats-Secretär im Amte sei, ihm einige Aufmerksamkeit zu beweisen. Er erhielt die Antwort: es liege kein Anlaß dazu vor, wenn Bolingbroke den Posten nicht mehr habe. — Die Worte lassen nur die eine Erklärung zu, daß Harley im Namen seines Verwandten Oxford die baldige Entlassung Bolingbrokes in Aussicht gestellt hat. Es war zu voreilig.

Geringer war die Differenz der Instructionen in Betreff des Verhaltens des Gesandten gegenüber den Parteien. Diejenige der Kurfürstin Sophie beginnt mit den Worten: „Wenn es jemals für den Gesandten unseres Hauses in London erforderlich gewesen ist, den Parteien in England gegenüber eine völlige Unparteilichkeit zu bewahren, so darf man sagen, daß bei der gegenwärtigen Sachlage der Gesandte sorgfältig vermeiden muß, mit den Whigs allzu öffentlich zu verkehren; denn dies würde die Königin und ihre Minister den Interessen des kurfürstlichen Hauses mehr und mehr entfremden. Es steht nicht unserem Hause zu, sich in die Parteiungen jenes Landes einzulassen: das beste Verfahren vielmehr ist, höflich gegen Alle zu sein, Allen

ohne Unterschied kund zu geben, wie hoch man die Nation und die Thronfolge schätze, und ihnen zu versichern, daß die hauptsächliche Sorgfalt der kurfürstlichen Personen, bei Lebzeiten der Königin, darauf gerichtet sein wird, sich die Ehre ihrer Zuneigung zu bewahren, und nichts zu thun, was dieselbe trüben könnte."

Dann jedoch erkennt die Instruction die Nothwendigkeit für den Gesandten an, bei Persönlichkeiten wie Marlborough und den Whigs Halifax, Townshend, Sunderland u. A. Rath einzuholen.

Etwas anders lautet die Instruction von Seiten des Kurfürsten. „Es steht fest, sagt sie, daß wir auf die Häupter der Whigs zählen und sie als treue Freunde betrachten dürfen. Es ist daher durchaus erforderlich, sie zu schonen, und obwohl der Freiherr von Grote den Verkehr mit ihnen nicht so augenfällig machen darf, daß die Minister der Königin darin einen gerechten Grund zum Verdachte und zur Klage haben würden, so muß er doch auch in gleicher Weise vermeiden sich so zu verhalten, daß in unseren wahren Freunden die Meinung aufsteigen könne, man vernachlässige oder verachte sie und wolle sich den Tories in die Arme werfen."

Als das geeignete Auskunftsmittel sieht der Kurfürst an, daß Grote sich zu den Persönlichkeiten selber darüber offen ausspricht. Als die erste derselben wird mit besonderem Lobe der Befähigung, der Anhänglichkeit, der Besonnenheit und Mäßigung genannt Lord Halifax, dann Marlborough, der aber eben damals England verließ, ferner Townshend, Sunderland, Somers. Es folgen weiter der Herzog von Bolton, die Grafen Manchester, Stamford, Orford, Wharton, Stairs, Scarborough, weiter der Herzog von St. Albans. Eine besondere Aufmerksamkeit verdiene der Herzog von Somerset wegen seiner hohen Stellung und sehr eifrigen Gesinnung, so wie die Herzogin als erste Staatsdame der Königin. Mit gleichem Nachdrucke wird hervorgehoben der Herzog von Devonshire als beständiger Freund des kurfürstlichen Hauses, und ferner der frühere Lord Kanzler Cowper.

Klingen diese Namen stark whiggistisch, so bezeichnet doch die Instruction sie nicht als solche, und eben so wenig als Tories die dann genannten und als zuverlässig bezeichneten Persönlichkeiten, den Grafen Nottingham und seinen Schwiegersohn, den Herzog von Roxborough. Es folgen weiter die Namen des Herzogs von Argyle und

seines Bruders, des Grafen Jay, ferner der Generale Stanhope und Cadogan. Die Instruction der Kurfürstin nennt auch den Herzog von Buckingham, nicht diejenige des Kurfürsten. Buckingham stand in andauernder Beziehung mit St. Germain,[1]) außer ihm von den vorgenannten Personen nur noch Marlborough, der indessen seit Jahren nicht mehr direct dahin geschrieben zu haben scheint.

Ein besonderer Auftrag des Kurfürsten für den Gesandten war, die Zahlung der Soldrückstände zu fordern, welche bis zum Tage der Trennung des Generals Bülow mit seinen Truppen von Ormond aufgelaufen waren. Sie betrugen 60.000 Pfund Sterling. Da das britische Ministerium die Zahlungen vorher mit Absicht inne gehalten, um durch die Höhe der Rückstände das Druckmittel stärker zu machen, so durfte man sich auf die Bereitwilligkeit zur Nachzahlung einstweilen nur geringe Hoffnung machen.

In den letzten Tagen des Jahres traf der Freiherr von Grote in London ein.

Stand der europäischen Angelegenheiten in den letzten Monaten des Jahres.

Das beharrliche Verweilen Carls XII. in Bender war eine hauptsächliche Ursache, daß die Factoren der Bewegung im Osten Europas auf den Westen nur noch geringen Einfluß übten. Das Verhalten der Türken zu dem Czaren Peter I. war abwechselnd vom Frieden zum Krieg, und wiederum vom Krieg zum Frieden; aber seitdem sich Peter I. ihnen gegenüber darein gefügt, die Friedensbedingung vom Pruth zu erfüllen, die ihm die Abtretung Asows auferlegte, konnte er sich völlig dem Ausbaue seiner Macht an der Ostsee auf Kosten der schwedischen zuwenden. Er führte im Bunde mit August II. von Sachsen-Polen und Friedrich IV. von Dänemark den Krieg gegen den schwedischen Besitz in Pommern, seinerseits weniger um diesen Krieg zur Entscheidung zu bringen, als um Schweden dadurch zu divertiren und dabei dort, wo er allein den Krieg gegen dasselbe führte, am bottnischen Meerbusen, sich die Erfolge zu erleichtern.

[1]) Macpherson's Original papers vol. II, p. 327, 340. Aus diesem Jahre.

In diesen Krieg um den schwedischen Besitz dort wurden die angrenzenden Länder des Reiches, namentlich Mecklenburg, leidend hinein gezogen. Die Abmahnungen des Kaisers, dem keine Waffenmacht dort zu Gebote stand, wurden von den kriegenden Parteien überhört.

Ein hauptsächlicher Factor der Unruhe im östlichen Europa für eine Reihe von Jahren hindurch, Franz Rakoczy, mußte damals sich darein ergeben, völlig vom Schauplatze zu verschwinden. Er war nicht mit leeren Händen aus Ungarn geschieden. Seine Mittel verstatteten ihm, von Danzig aus, wo er verweilte, nicht bloß Agenten zu verwenden, in Paris den Propst Brenner, im Haag und in Utrecht den oft genannten Clement, in Berlin den Hofprediger Jablonski, sondern auch einigen Botschaftern in Utrecht namhafte Summen anzubieten, wenn sie ihm zum Besitze von Siebenbürgen verhelfen würden. Brenner hatte Aufträge solcher Art bei Franzosen, Clement bei Engländern und Holländern.[1]) Das Angebot bei dem Grafen Strafford und dem anglicanischen Bischofe von Bristol betrug je 50.000 Thaler. Der Erstere hielt bei der Uebergabe des Schreibens von Rakoczy nur das Bedenken entgegen, daß man derartige Dinge besser nicht zu Papiere bringe.[2]) So rastlos indessen die Thätigkeit Rakoczys und seiner Agenten, und so viele Gegner des Kaisers ihm geneigt waren: Niemand nahm es auf sich, seine Sache vor den europäischen Mächten zu vertreten. Im Spätherbste schiffte er sich nach Frankreich ein. Er suchte zuvor in England zu landen, in Hull, erhielt aber dorthin auf seine Anmeldung als Graf Saaros von Bolingbroke die kurze Antwort zurück, daß ein Fahrzeug nach Frankreich für ihn bereit liege.[3])

In Versailles dagegen ward Franz Rakoczy gnädig aufgenommen. Und hier bot sich ihm in der Audienz bei Ludwig XIV. die Gelegenheit, noch einmal umfassend alles zu berichten, was er nach seiner Ansicht für die Politik des Königs geleistet. Darum haben diese Worte als Rückblick auf die europäische Geschichte der letzten Jahre vom Standpunkte Rakoczys aus ihre Bedeutung. „Der Ueberlegenheit der Feinde gegenüber, sagte Rakoczy zu Ludwig XIV., hat die ungarische Nation die Frucht ihrer Mühen eingebüßt. Dagegen schmeicheln

[1]) Fiedler, Bd. II, S. 268.
[2]) A. a. O., S. 252.
[3]) Bolingbroke's letters vol. III, p. 207.

mir die Feinde Ew. Majestät in angenehmer Weise, indem sie mir vorwerfen, daß durch den Abgang der Truppen, die mir folgten, ferner durch den Abgang derjenigen, die ich durch die meinigen in Schach hielt und hinderte ihnen zu dienen, ferner durch den Abgang der Lebensmittel, die ich ihnen entzog, des Geldes, welches ich ihnen nahm, endlich durch die beständigen Einbrüche der Meinigen in die kaiserlichen Erblande — daß durch alles dies ich viel beigetragen habe, ihre Plane gegen Frankreich und Spanien zu durchkreuzen."[1]) Stärker noch sagt er einige Jahre später dem Cardinal Dubois: „Allerdings hat Frankreich in dem letzten Kriege eine große Truppenmacht unterhalten; allein was wäre aus Frankreich geworden, wenn der Kaiser Leopold die 30.000 Mann, welche gegen mich standen, und die gleiche Zahl Ungarn dazu, nach Spanien hätte entsenden können, damals als er seinen zweiten Sohn, den jetzigen Kaiser, dem er wegen des ungarischen Krieges weder Geld noch Truppen mitgeben konnte, machtlos und arm dem guten Willen der Engländer überlieferte! Die gegenseitigen Vorwürfe der Königin von England und des Kaisers vor dem Utrechter Frieden haben augenscheinlich dargethan, welchen Conjuncturen der König von Spanien seine Krone verdankt und Frankreich das Glück einen seiner Söhne auf jenem Throne zu wissen."[2])

Franz Rakoczy hatte also von seinen Leistungen für die Politik Ludwigs XIV. nicht eine geringe Meinung. Die Kehrseite derselben war der unendliche Jammer, den er durch seine Rebellion über eine Reihe von Ländern, namentlich aber über sein eigenes Vaterland gebracht hatte. Ludwig XIV. würdigte die Verdienste Franz Rakoczys um ihn durch einen fürstlichen Unterhalt. Er ließ die Summe von 600.000 Livres für ihn in die Register des Stadthauses von Paris eintragen, und verlieh ihm dazu 6000 Livres monatlich. Philipp V. gab ihm eine Jahresrente von 30.000 Livres, so daß er, nach der Berechnung von St. Simon, ein Einkommen von etwa 100.000 Livres besaß. Man sah ihn beständig bei Hofe, decorirt mit dem goldenen Vließe, welches Philipp V. ihm geschenkt.[3])

---

[1]) Fiedler, Bd. II, S. 496.

[2]) A. a. O., S. 504.

[3]) Mémoires de St. Simon t. VI, p. 366. — Journal de Dangeau t. XIV, p. 375. Der Letztere erwähnt nicht das spanische Jahrgeld.

Nachdem das britiſche Miniſterium ſich mit Ludwig XIV. über die zu leiſtenden Verzichte Philipps V. und der franzöſiſchen Prinzen in der Hauptſache geeinigt, wurde wie der Herzog von Hamilton nach Frankreich, ſo Lord Lexington als Botſchafter nach Spanien ernannt, um dem Acte der Verzichtleiſtung als Zeuge beizuwohnen. Eine wichtige Frage bei der Ueberlaſſung Spaniens an Philipp V. war die, was mit denjenigen Spaniern geſchehen ſolle, die ſich für Carl III. erklärt hatten, alſo namentlich mit den Cataloniern. Die Commiſſion des britiſchen Unterhauſes im Jahre 1715 ſprach die Anſicht aus, daß auch damals noch, im Herbſte 1712, Philipp V. der Königin Anna die Forderung die Privilegien der Catalonier zu beſtätigen, nicht hätte abſchlagen können.[1]) Die Inſtruction, vom 1. September, für den Lord Lexington ging nicht ſo weit, dieſe Forderung zu ſtellen. „Sie werden, ſagt ſie, dem Könige oder deſſen Miniſtern darlegen, daß es nicht weniger ſeinem Intereſſe als unſerer Ehre entſpricht, daß er eine allgemeine und ausnahmsloſe Amneſtie für alle diejenigen Spanier gewähre, welche dem Hauſe Oeſterreich angehangen, insbeſondere den Cataloniern, in Betreff ihrer Perſonen, Güter, Würden und Privilegien."

Die Inſtruction blieb alſo zurück hinter der Erwartung, zu welcher die Catalonier, die ſich auf Grund der Zuſicherungen der Königin von England im Jahre 1705 erhoben, berechtigt waren. Lord Lexington aber faßte den ihm ertheilten Auftrag in die Worte: „Die Königin von Groß-Britannien bittet Se. Majeſtät, eine allgemeine, ausnahmsloſe Amneſtie für alle Spanier zu bewilligen, die ſich dem Hauſe Oeſterreich angeſchloſſen, beſonders den Cataloniern; denn die Königin iſt überzeugt, daß dies eben ſo wohl ihrer eigenen Ehre entſpricht, als dem Intereſſe Sr. Katholiſchen Majeſtät."

Demnach blieb abermals die Bitte des Lords Lexington, im October, hinter ſeiner Inſtruction zurück.

Unterdeſſen bemühete ſich auch Carl VI. zu Gunſten ſeiner Catalonier.

Die Stände dieſes Landes hatten ihm, auf die Kunde des Stillſtandes zwiſchen Groß-Britannien und Frankreich, ihren Dank und ihre Freude ausgeſprochen, daß der Kaiſer beharren wolle, ſo wie ihren

[1]) Rapport du Comité secret p. 146.

Wunsch, daß er zu ihnen zurückkehre. Wenn aber das Geschick es anders verfügt habe, so bitten sie den Kaiser sich ihrer anzunehmen, daß Catalonien mit den angrenzenden Ländern sich unabhängig behaupten könne.[1])

So sehr indessen der Kaiser sich sträubte sich in einen Frieden zu fügen, den Frankreich vermittelst des britischen Ministeriums vorschrieb, so trat doch eine Reihe von Erwägungen an ihn heran, die das Beharren im Kriege bedenklich erscheinen ließen. Wir haben darüber die Rede des schon fast sterbenden Grafen Wratislaw vernommen (S. 376). Seitdem hatte sich noch Manches zum Nachtheile verändert. Die Differenz zwischen der Republik der Niederlande und Frankreich drehte sich fast nur noch um Tournay. Noch bis in den October hinein meinte Carl VI., Victor Amadeus beibehalten zu können, und war bereit zu neuen Concessionen an ihn.[2]) Aber die Erfahrung langer Jahre lehrte, daß über das Thun und Lassen des Herzogs Victor Amadeus nur die Aussicht auf den größeren Vortheil entschied.

Vor allen Dingen aber mußte der Kaiser die Frage erwägen, ob er in Spanien seinen Anspruch werde behaupten können. Er hatte vor, für die Rückkehr der Kaiserin eine seiner Schwestern als Statthalterin nach Barcelona zu senden. Er hatte im Laufe des Sommers eine bedeutende Anzahl Truppen hingeschickt. Aber die Catalonier, die ihn nach Wien begleitet hatten und zum Beharren riethen, erwogen nicht genug, daß nicht Carl VI. den Krieg in Spanien begonnen hatte, sondern England durch ihn. Wenn England den Krieg dort fallen ließ, so war Spanien für Carl VI., der auch nicht Ein Kriegsschiff besaß, unerreichbar.

Im October entschloß sich Carl VI. den Versuch zu machen, der Friedenshandlung beizutreten. In seinem Namen eröffnete der Resident Hoffmann in London den Ministern Oxford und Bolingbroke, daß der Kaiser bereit sei, von der Forderung Spaniens und Westindiens abzustehen, daß er sich begnügen wolle mit Catalonien, Valencia, Arragonien und Rousillon, theils um einen Fuß in Spanien zu behalten, theils wegen der Anhänglichkeit der drei ersten Länder an ihn. Dazu

---

[1]) Die Schrift bei Lamberty t. VIII, p. 401.

[2]) A. a. O., t. VII, p. 284.

verlange er Sicilien. Oxford und Bolingbroke, Jeder für sich, lehnten kurz ab. Der Letztere fügte hinzu: der Kaiser habe allerdings mehrere tausend Mann Truppen nach Catalonien geschafft: diese würden nun als Geiseln dienen.[1])

Die Aeußerungen dieser Art werfen ein Licht zurück auf das Verhalten des britischen Ministeriums im Jahre 1711. Während die heimliche Unterhandlung mit Frankreich, deren erste Bedingung sein mußte die Belassung Spaniens für Philipp V., schon längst im Gange war, hatte der britische Admiral vor Barcelona den Befehl, nicht den damaligen König Carl III. und die Königin mit ihm zur Rückkehr an Bord zu nehmen, sondern nur den König allein. An demselben Tage, wo Mesnager mit St. John und Dartmouth in London die geheime Uebereinkunft abschloß, welche die Anerkennung Philipps V., wenn auch nicht ausdrücklich aussprach, so doch in sich schloß, landete Carl III. ohne seine Frau in Vado. Er glaubte sie zurückgelassen zu haben als die Bürgschaft seiner Wiederkehr: in der Wirklichkeit hatte das britische Ministerium die Königin in Barcelona als Geisel zurückbehalten, um von dem Gemahle den Verzicht auf Spanien zu erzwingen.

Mündlich abgewiesen, reichte Hoffmann eine Denkschrift an die Königin ein. Die Forderungen darin waren sehr ermäßigt.[2]) Der Kaiser verlangte in Spanien nichts mehr für sich, sondern die Errichtung Cataloniens zur Republik, unter dem Schutze aller verbündeten Mächte, besonders Groß-Britanniens. „Allzu sehr, heißt es darin, ist der Kaiser bei Catalonien mit Ehre und Gewissen betheiligt, als daß er zugeben dürfte, daß nach so vielen Beweisen der Treue und der Beständigkeit, welche dieses Fürstenthum ihm gegeben, es der Rache des Feindes ausgesetzt bleibe. Dies brave Volk hat nur auf die Versicherungen von Seiten Ew. Majestät es nie verlassen zu wollen, die Waffen ergriffen, und verdient daher, daß Ew. Majestät für seine Erhaltung und für seine Freiheit eine besondere Sorgfalt tragen. Denn wenn es unter dem Joche des Hauses Bourbon verbliebe, so hat es auf Freiheit nicht zu rechnen."

---

[1]) Hoffmanns Bericht vom 25. October. Man vergleiche Bolingbroke's letters vol. III, p. 114.

[2]) Abgedruckt bei Lamberty t. VII, p. 355. Vom 22. October/2. November.

Für sich verlangt der Kaiser Sicilien und Sardinien, die Küste von Toscana und die Gewährleistung seines Besitzes in Italien, für das Reich eine bessere Barriere gegen Frankreich, insbesondere die Rückgabe von Straßburg. Ferner verlangt der Kaiser Befriedigung für Lothringen, und erklärt sich in Betreff der Niederlande bereit, den Intentionen der Königin zu entsprechen, wenn nur auch seine Rechte gewahrt bleiben.

Die Antwort auf diese Denkschrift hatte der Resident von Bolingbroke zu erwarten. Er zeichnet eben damals das Verhalten dieses Ministers im Amte gegenüber den Vertretern der fremden Mächte. „Der Donnerstag ist der Tag, an welchem sich sämmtliche Gesandte bei ihm einzufinden pflegen. Er hat sechs Donnerstage nach einander vorbeigehen lassen, ohne sich zu zeigen. Noch mehr befremdet es, daß er uns jedes Mal drei bis vier Stunden in seiner Kanzlei warten läßt, bevor er Jemanden schickt, um uns kund zu thun, daß er nicht erscheint. Dieser Procedur muß sich der venetianische Botschafter eben so wohl fügen, wie der geringste von uns.“[1])

Die Antwort auf jene Denkschrift erfolgte nach drei Wochen, am 10./21. November, in aller Beziehung ablehnend, und in Ausdrücken, die man nicht bloß in Wien als insolent bezeichnete.[2]) Die Forderungen des Kaisers, sagte Bolingbroke, seien in Utrecht zu verhandeln. Eine Republik Catalonien sei unpraktisch. „Die Königin ist der Ansicht, sagt er weiter, daß die Catalonier ihre Sicherheit viel besser bei der allgemeinen Amnestie finden werden, die mit der Zurückstellung ihrer Ehren und Güter ihnen verheißen ist. Das ist ein Verfahren eines Königs würdig, gleich vortheilhaft für Fürst und Volk, und welches nicht ermangelt haben würde, die besten Wirkungen hervorzubringen, wenn man in Spanien seit einigen Jahren es beobachtet hätte.“

Nach diesen Worten Bolingbrokes sollte man annehmen, daß Philipp V. auf jene Bitte Lexingtons eine zusagende Antwort gegeben. Dies war nicht der Fall. Die Antwort, die er gegeben, lautete ausweichend, bedingungsweise, so daß sie ihn zu nichts verband, ward sogar

[1]) Bericht vom 15. November.

[2]) Lamberty t. VII, p. 357.

ſpäter, von dem Unterſuchungs-Comité des Unterhauſes, im Jahre 1715, als eine indirecte Weigerung bezeichnet.[1])

Jedenfalls hatte das britiſche Miniſterium von Anfang an jedes Mittel aus der Hand gegeben, etwas Nachdrückliches für die Catalonier zu thun. Aber nicht bloß dies hatte der Kaiſer aus der Denkſchrift Bolingbrokes zu entnehmen, ſondern noch eine neue Forderung an ihn ſelber. Die Denkſchrift nämlich ſchloß mit den folgenden Worten: „Da der Waffenſtillſtand zwiſchen Groß-Britannien, Frankreich und Spanien bereits beſteht, derjenige Portugals zum Abſchluſſe reif iſt, endlich die holländiſche Flotte im Mittelmeere den Befehl zur Heimkehr hat: ſo hält die Königin als treue Verbündete und zugethane Freundin ſich für verpflichtet, Se. kaiſerliche Majeſtät an die Lage zu erinnern, in welcher ſich die Kaiſerin und die Truppen in Catalonien befinden, und daher vorzuſchlagen, noch zeitig die für die Sicherheit der Einen wie der Anderen erforderlichen Maßregeln zu ergreifen. Sie hat dieſen Vorſchlag durch ihre Bevollmächtigten in Utrecht bereits gemacht, und da nicht erkennbar, daß Se. kaiſerliche Majeſtät bisher auf die dem Uebel angemeſſenen Heilmittel bedacht iſt, ſo kann die Königin nicht umhin, ſich dieſer Gelegenheit zu bedienen, um ihr Erbieten zu erneuern, daß ſie bereit iſt, für den Rückzug ſowohl der Kaiſerin als der kaiſerlichen Truppen aus Catalonien beizutragen, und bis dahin daß dieſer Rückzug bewerkſtelligt werden kann, den Verbleib derſelben dort ſicher zu ſtellen. In dieſem Falle zweifelt die Königin nicht, daß der Kaiſer in eine Neutralität für Italien willige. Denn dieſe erſcheint nothwendig, die Beſorgniſſe einiger Fürſten und Staaten dort zu beſchwichtigen.“ Das hieß mit anderen Worten: um die Kaiſerin und die Truppen aus Catalonien zu retten, ſolle der Kaiſer indirect auf Sicilien zu Gunſten des Herzogs Victor Amadeus verzichten.

Mit welchen Gefühlen immer gegen die britiſche Politik dies geſchehen mochte, ſo konnte doch auf die Dauer in Wien die Unvermeidlichkeit eines ſolchen Entſchluſſes nicht verkannt werden.

Im Laufe des Monates October ſtand Ludwig XIV. von Tournay ab; aber, wie das britiſche Miniſterium feſt hielt an der Forderung von Sicilien für den Herzog Victor Amadeus, ſo Lud-

[1]) Rapport du Comité secret p. 148.

wig XIV. an derjenigen von Sardinien für Max Emanuel von Bayern. Er entsandte zu diesem Zwecke den Engländer Prior von Paris aus mit einem Handschreiben an die Königin. Er redete sie an als Madame ma sœur, und sie antwortete ihm als Monsieur mon frère; aber der Titel der Majestät ward in beiden Briefen vermieden.[1])

Das Abstehen der Franzosen von Tournay setzte das britische Ministerium in den Stand, auf die Vorstellung der Generalstaaten vom October (S. 401) in so weit eingehend zu antworten, und eben dadurch zugleich den Druck auf sie zu verstärken. Bolingbroke kündigte dies bei Torcy an, am 11./22. November, mit den Worten: „Wenn, nach Tournay, die Holländer abermals neue Forderungen erheben, so wird die Königin ohne sie mit Frankreich und Spanien abschließen."[2]) Nicht die Republik jedoch erhob eine neue Forderung, sondern das britische Ministerium an die Republik, nämlich diejenige der Aenderung des Barriere- und Successions-Vertrages vom 29. October 1709. Indem Bolingbroke den Entwurf eines neuen Vertrages an Strafford und Bristol übersendet, fügt er hinzu: „Ich habe dabei ganz besonders die Absicht, Euere Lordschaften in den Stand zu setzen, den Holländern zu sagen, daß zwischen uns und ihnen keine Einigung bestehen kann, wenn sie nicht einwilligen, den ganzen Barriere-Vertrag, dieses ärgerliche Beweisstück, daß wir damals von einer Faction verkauft waren, bei Seite zu legen, und ferner durch die Actenstücke Sie in den Stand zu setzen, dem Rathspensionär und den anderen Ministern vorzuhalten, daß sie die Gutmüthigkeit und Willfährigkeit des Lords Townshend damals in solchem Maße sich zu nutze gemacht haben."[3])

Bei dem Allen hatten die Holländer verhältnismäßig die günstige Position, daß der Barriere-Vertrag vom 29. October 1709 die Unterschrift der Königin trug.

Zu Anfang December erschien Strafford im Haag, um die Antwort von britischer Seite auf jene Vorstellung der Generalstaaten vom October kund zu thun.[4]) Am 8. December eröffnete er, daß, wenn die Republik verspreche, keine weitere Forderung zu erheben, die Königin

[1]) Beide abgedruckt im Rapport du Comité secret p. 406.

[2]) Bolingbroke's letters vol. III, p. 176.

[3]) A. a. O., p. 172.

[4]) Lamberty t. VII, p. 316 et suiv.

das französische Abstehen von Tournay zur Bedingung des Friedens machen wolle. Er vertrat ferner die französischen Forderungen zu Gunsten des Kurfürsten Max Emanuel. Er legte dann den Entwurf eines neuen Barriere-Vertrages vor. Neben der Streichung mehrerer Städte war eine der wichtigsten Veränderungen der Wegfall des geheimen Artikels, welcher in dem Vertrage von 1709 Ober-Geldern den Generalstaaten zusicherte. Wie das britische Ministerium den Herzog Victor Amadeus durch die Schenkung von Sicilien gewinnen wollte, so den König Friedrich I. durch diejenige von Ober-Geldern.[1]) Strafford hob mit Nachdruck hervor, daß diese seine Rede das Ultimatum der Königin an die Republik sei.

Hinter diese Erklärung barg sich die Drohung des Sonderfriedens der Königin mit Frankreich, wie Bolingbroke denselben für Torcy offen in Aussicht stellte. Ob dennoch Oxford und die anderen britischen Minister ein solches Wagnis auf sich genommen haben würden, ist, weil es nicht geschehen, eine müssige Frage. Aber die Thatsache ist zu constatiren, daß bei den Holländern die Furcht vor einem solchen Sonderfrieden zwischen Frankreich und England vorhanden und eben darum auch ein gewichtiger politischer Factor war. Die Freundschaft der officiellen Persönlichkeiten in London war gar zu auffallend. Im Anblick dessen was damals dort bei der Ankunft des spanischen Botschafters Monte Leone vorging, meldet ein Augenzeuge: „Ich erlebe hier nunmehr wieder eine ähnliche Zeit wie ich sie in den letzten Jahren Carls II. angesehen habe. Auch damals galt das Interesse Frankreichs vor allem anderen, und die Gesandten desselben traten auf wie Dictatoren, während diejenigen des Hauses Oesterreich mit Verachtung angesehen wurden. Und doch war noch der Unterschied, daß damals ein Parlament nach dem anderen dem Willen des Hofes entgegen trat, während in dem jetzigen die Mehrheit, zum Theile aus Sehnsucht nach dem Frieden, zum Theile aber auch aus Eigennutz, in jegliches Verlangen des Hofes einzugehen fähig ist.“[2])

Vergegenwärtigen wir uns dabei, daß nach den Aeußerungen, die wir von jacobitischer Seite, wie von anderen vernommen, man sich

---

[1]) Lamberty t. VII, p. 328. Cf. t. VIII, p. 43.

[2]) Hoffmanns Bericht vom 25. December.

ſo vielfach der Meinung zuneigte: das letzte Ziel dieſes britiſchen Miniſteriums werde die Rückführung des Prätendenten ſein. Eine Vorſtufe dazu wäre ein britiſch-franzöſiſcher Sonderfriede geweſen. Für die Republik aber verband ſich mit dem Gedanken der Rückkehr des Sohnes von Jakob II. auf den Thron von England die Furcht vor der Erneuerung der Schrecken des Jahres 1672. Aus dieſer Furcht entwickelte ſich daher die Willigkeit lieber in Manches ſich zu fügen, als dem britiſchen Miniſterium einen Anlaß zu geben, der zum Vorwande eines Sonderfriedens mit Frankreich dienen könne.

Die Generalſtaaten konnten über den Entwurf des neuen Barriere- und Succeſſions-Vertrages für ſich nicht beſchließen, ſondern entſendeten ihn an die Stände der einzelnen ſouveränen Provinzen.

Der Vertrag ſicherte der Republik zu, in einer langen Reihe von Städten in Belgien Beſatzungen auf Koſten dieſes Landes zu halten, nämlich in Furnes, Knock, Ypern, Menin, Tournay (Stadt und Citadelle), Mons, Charleroi, Namur (Stadt und Citadelle), in der Citadelle von Gent, ferner in La Perle, Philipp, Damme, St. Donaat. Dagegen legte er der Republik auf, für die in Groß-Britannien durch die Parlaments-Acten von 1701 und 1706 feſtgeſtellte Thronfolge zu Gunſten der Kurfürſtin Sophie und ihrer Erben nach dem Tode der Königin einzutreten.

Es iſt bemerkenswerth, daß in der Republik wie in Hannover gegen die Wortfaſſung an mehreren Stellen des Vertrages ein beſonderer Einwand erhoben wurde. Im zweiten Artikel hatte die Republik zu verſprechen, daß ſie nach dem Tode der Königin *ihren Erben*, und, in Ermangelung derſelben, der Prinzeſſin Sophie und ihren Erben für die Thronfolge beiſtehen würde. Wen konnte man ſich unter den Worten der Erben der Königin vorſtellen? Sie war kinderlos, Witwe, faſt fünfzigjährig, und hatte als nahen Verwandten nur ihren Bruder, den Prätendenten. Bothmar im Haag erhielt von Hannover aus den Auftrag, dahin zu wirken, daß die Worte *ihren Erben* verändert würden in *ihren Leibes-Erben*. Denſelben Vorſchlag der Aenderung an allen betreffenden Stellen machten die einzelnen ſouveränen Provinzen der Republik.[1])

[1]) Anlage III.

Ungeachtet solcher Einwendungen richteten die Generalstaaten, am 29. December, an die Königin die Erklärung ihrer Bereitwilligkeit, sich ihr in den Maßregeln für den Frieden anzuschließen und gemeinschaftlich mit ihr den Frieden, so wie einen neuen Vertrag in Betreff der Barriere und der Succession in Groß-Britannien zu zeichnen.[1])

Die Antwort der Königin nahm die Bereitwilligkeit der Generalstaaten gnädig an, jedoch im Stile Bolingbrokes. „Die Erklärung dieser Bereitwilligkeit, sagt sie, wird einigermaßen die gemeinsame Sache für das Unglück entschädigen, welches aus der Desertion der Alliirten bereits erwachsen ist, und sie schützen gegen diejenigen, welche in Zukunft davon zu befürchten waren."[2])

Aber zugleich benahm das Schreiben der Königin die Aussicht auf eine Aenderung in der Wortfassung jenes Vertrages. Der Gesandte Van Borselen berichtete sogar, daß die britischen Minister sich über die Aenderungsvorschläge misfällig geäußert hätten. Auf jenes Verlangen, daß die Worte ihrer Erben als Leibes-Erben genauer bestimmt würden, hatten sie erwiedert: dies sehe aus, als habe man sie im Verdachte, nicht für das Haus Hannover gesinnt zu sein. Die Weigerung konnte den Verdacht im Haag und in Hannover, daß jene unbestimmt gefaßten Stellen des Vertrages je nach den Umständen auch zu Gunsten des Prätendenten ausgelegt werden könnten, nur bestärken. Aber die holländischen Bevollmächtigten in Utrecht ergaben sich darein, den Vertrag so zu unterzeichnen, wie er von britischer Seite ihnen vorgelegt war, am 30. Januar 1713.[3])

Der Vorwurf, daß die Verbündeten sich von England getrennt, wie er in jener Antwort der Königin an die Generalstaaten sich kund gab, war dem britischen Ministerium sehr geläufig. Die Bevollmächtigten der vier oberen Kreise des Reiches, des schwäbischen, fränkischen, oberrheinischen und kurrheinischen, richteten, im December, an die britischen Bevollmächtigten eine dringende Vorstellung, daß die Kreise den von der Königin unterzeichneten, mit dem großen Siegel von England versehenen Vertrag von Nördlingen getreu erfüllt

---

[1]) Das Schreiben bei Lamberty t. VII, p. 330.

[2]) A. a. O., t. VIII, p. 29. Vom 7. Januar 1713.

[3]) A. a. O., p. 34.

hätten, und darum nun auch demselben gemäß von der Königin verlangten, beim Friedensschlusse für sie einzutreten. „Es handelt sich, rufen sie aus, um den Ruhm Ihrer Majestät die öffentlich und feierlich gegebenen Versicherungen zu erfüllen. Es handelt sich um die Besonnenheit und Gerechtigkeit der Minister, das gegebene Königswort heilig zu halten, und dem großen Siegel des Königreiches die Ehre der Unverletzlichkeit zu bewahren, damit nicht die Archive das traurige Gedächtnis des Gegentheiles der Nachwelt überliefern.“ [1])

Die britische Antwort lautete: das Reich würde Straßburg als Barriere haben erlangen können, wenn man sich nicht von der Königin getrennt hätte. Nunmehr sei es zu spät.[2]) — Aber bei den Ereignissen in den Niederlanden, im Juni und Juli, waren jene vier Kreise eben so wenig betheiligt gewesen, wie etwa die Catalonier.

Die Holländer waren in Allem zur Nachgiebigkeit bereit. Wir haben gesehen, wie die französische Politik die Differenz zwischen Rechteren und Mesnager über das Verhalten ihrer Dienerschaften benutzt hatte, um durch die Forderung einer schwer zu leistenden Genugthuung die Verhandlungen in Utrecht lahm zu legen. Die Sache kam zur Vermittelung an die Königin.[3]) Demgemäß mußten die holländischen Bevollmächtigten sich in die französische Forderung der Genugthuung fügen. Am 30. Januar erschienen drei von ihnen, die das Loos dazu bestimmt, in der Wohnung des Marschalls Uxelles, der zu diesem Zwecke viele Gäste geladen hatte. Die Holländer gaben die verlangten Erklärungen ab, deren Wesen darin bestand, daß sie keinem der Betheiligten zu wahrer Ehre gereichten.[4])

Obwohl auch der Waffenstillstand um vier Monate verlängert war, blieb man sich in der Republik bei allem dem doch wohl bewußt, daß man des Friedens noch keineswegs sicher war. Die Vorbereitungen für den Feldzug wurden getroffen. Die Generalstaaten ersuchten den Prinzen Eugen, das Commando wieder übernehmen zu wollen. Der

---

[1]) Lamberty t. VIII, p. 3.
[2]) A. a. O., p. 4.
[3]) Bolingbroke's letters vol. III, p. 96.
[4]) Lamberty t. VIII, p. 33.

Kaiser nahm die Bitte freundlich auf, und gab die Zusage, daß er der baldigen Abreise des Prinzen Eugen kein Hindernis in den Weg legen werde.[1])

Der Utrechter Friede.

Im Beginne des Jahres 1713 erschien dem britischen Ministerium der Friede in naher Aussicht zu stehen. Die Ankunft des spanischen Gesandten Monteleone in London und seine Instructionen ließen hoffen, daß zwischen England und Spanien bald alles geregelt sein werde. Zwischen England und Frankreich bestanden, nach Bolingbrokes Ansicht, nur noch zwei Punkte unerledigt. „Die Holländer, fügt er hinzu, werden sich fügen, und der allerdurchlauchtigste Kaiser muß sich fügen.“[2]) Bolingbroke erwartet damals den Abschluß in wenigen Tagen.

Der eine der nicht erledigten Punkte betraf den Handel der Engländer nach Frankreich auf dem Fuße der meist begünstigten Nation; der andere den Besitz in Nordamerika.

Am 7./18. Januar erging von Versailles nach London eine Denkschrift, in welcher Torcy verneinte, den für holländische Waaren im Jahre 1664 bewilligten Zolltarif für britische Waaren gewähren zu können, wegen der Nicht-Gegenleistung der Engländer, und in welchem er ferner bei der Abtretung von Newfoundland in Nordamerika das Recht des Fischfanges an der Küste für die Franzosen vorbehielt. In einem Begleitschreiben an Bolingbroke bezeichnete er diese Forderungen als Ultimatum, und ersuchte ihn, endlich dem Streite ein Ende zu machen.[3])

Die Versammlung des Parlamentes stand damals bevor. Es hatte zusammentreten sollen auf den 13./24. Januar, war aber wieder vertagt auf den 3./14. Februar.

Es ist sehr wahrscheinlich, daß die französischen Ansprüche auf einmal höher getrieben wurden in der Erwartung, daß das britische Ministerium, dem daran liegen mußte, mit der Friedensurkunde vor das Parlament zu treten, alles nachgeben werde.

---

[1]) Lamberty t. VIII, p. 5.

[2]) Bolingbroke's letters vol. II, p. 276.

[3]) A. a. O., p. 325.

Die dafür in Versailles vorausgesetzte Willigkeit war jedoch bei dem britischen Ministerium nicht vorhanden. Vielmehr rief jenes Ultimatum in demselben lebhafte Besorgnisse hervor. Die Commission des Unterhauses von 1715 zeichnete diesen Stand der Dinge mit den folgenden Worten: „Das Ministerium hatte den geheimen Vertrag vom 27. September/8. October 1711 von der Basis aus geschlossen, daß zuerst die Interessen von Groß-Britannien geregelt werden sollten. So lange sie sich mit dieser Hoffnung schmeichelten, machte alles Andere ihnen geringe Sorge. Sie handelten, fünfzehn Monate hindurch, als Emissäre Frankreichs. Und nun, am Ende dieser Zeit, erblickten sie sich in Gefahr, von dieser Krone in dem wesentlichsten Punkte ihres Vertrages mit ihr getäuscht zu sehen."[1])

Ueber diese Lage der Dinge gibt Bolingbroke in einem Schreiben an Prior in Paris seinem Unmuthe und seiner Besorgnis freien Ausdruck. „Wir hier, schreibt er, können das Verfahren der Franzosen uns gegenüber weder für offen noch für klug halten. Sie scheinen uns zum Abschlusse zu drängen, um über die Anderen nach ihrem Belieben zu walten, und zur selben Zeit chicaniren sie in wesentlichen Fragen unseres Handels, und suchen über Punkte hinweg zu kommen, die längst festgestellt sind."[2]) „Bereits, meint er, haben die Whigs Kunde, daß Frankreich uns etwas verweigert, und fassen demnach Muth." Dann tritt das Bewußtsein der eigenen Gefahr stärker hervor. „Allerdings, sagt er weiter, stehen wir am Rande eines Abgrundes, aber die Franzosen nicht minder. Sagen Sie in meinem Namen dem Herrn Torcy: er könne es dahin bringen, daß Robert (Oxford) und Harry (Bolingbroke) gehängt werden; dann aber würden die Dinge hier bald zurück und in einen solchen Wirrwarr laufen, daß er wünschen möchte, uns wieder ins Dasein zu rufen. Oder, um ernsthaft zu reden: wenn nicht die Königin erklären kann, daß ihre Beziehungen mit Frankreich geregelt sind, und wenn nicht der französische Hof unsere Verbündeten auch ferner ins Unrecht setzt, wie sie es zur Zeit unzweifelhaft zur Genüge sind: so sehe ich unentwirrbare Schwierigkeiten voraus."[3])

---

[1]) Rapport du Comité secret p. 125.

[2]) Bolingbroke's letters vol. III, p. 302. Vom 19./30. Januar.

[3]) A. a. O., p. 304.

Zugleich erging ein anderer ausführlicher und officieller Bericht Bolingbrokes an den Herzog von Shrewsbury, der, nach Hamiltons Tode zum Botschafter und Zeugen für die Verzichtleistungen der Prinzen des Hauses Bourbon in Frankreich auf Spanien ernannt, einige Tage vorher in Paris eingetroffen war. Im Namen der Königin ermächtigt Bolingbroke den Botschafter, das Verhalten der französischen Minister in Betreff des Handelsvertrages als Verletzung des gegebenen Wortes zu benennen.[1]) Nach einer ausführlichen Darlegung des Sachverhaltes stellt dann Bolingbroke seine Forderung: die Artikel 9 und 10 des Handelsvertrages müssen gestrichen und dafür ein anderer Artikel, den er übersende, eingesetzt werden.[2]) Wenn dies geschehe, so wolle die Königin einwilligen, daß der König, bei der Cession von Newfoundland, seinen Unterthanen für eine Strecke an der Küste das Recht des Fischfanges vorbehalte. Im anderen Falle jedoch nicht.

Es ist von Interesse über diese Forderung und die gleichzeitige Cession von Seiten des britischen Ministeriums schon hier das Urtheil der Commission des Unterhauses von 1715 zu vernehmen. „Um sich der Verwickelung zu entwinden, in die das britische Ministerium im Januar 1713 gerathen war, cedirte es alle in Nordamerika streitigen Punkte, so wie die Fischerei an Newfoundland, und zwar dies lediglich in Betracht des neunten Artikels des Handelsvertrages, welcher Artikel dann vom Parlamente mit gerechter Indignation verworfen wurde."[3])

Dennoch erhielt Shrewsbury, im Januar 1713, den Auftrag mit starkem Nachdrucke auf die Annahme dieses Artikels in Versailles zu dringen. Daß er dabei auf Widerstand gestoßen sei, ist kaum anzunehmen. Er selbst erklärt wiederholt, daß er von diesen Handelsangelegenheiten wenig verstehe.

Als Motiv des Dringens galt für Bolingbroke namentlich das Zusammentreten des Parlamentes, welchem die Königin etwas Fertiges verkünden müsse. Aber der leidende Zustand der Königin machte eine abermalige Vertagung nothwendig.

---

[1]) Bolingbroke's letters vol. III, p. 310.

[2]) Der ganze Vertrag bei Lamberty t. VIII, p. 79 et suiv. Der neunte Artikel, sehr ausführlich, p. 83.

[3]) Rapport du Comité secret p. 125.

Das britische Ministerium erklärte sich mit der Annahme jenes Artikels für befriedigt; dennoch gedieh darum die Sache noch nicht weiter. Nachdem der Verkehr der Franzosen mit den Holländern in Utrecht wieder in Gang gesetzt war, zogen die Ersteren durch Hader über Nebenpunkte die Sache hin. „Wenn diese Herren, rief Bolingbroke aus, in demselben Maße, wie wir die Verbündeten zum Nachgeben bewegen, ihre Ansprüche steigern: so kommen wir nie zu Ende.“[1]) Auch Shrewsbury mahnte von Paris aus heim, daß durch das Hinziehen die Stellung Englands immer schwächer werde. „Bereits, meldet er, am 22. Februar, schickt sich der Prinz Eugen an zum Aufbruche nach dem Haag, in voller Hoffnung auf die Fortführung des Krieges. Wir dagegen haben weder unseren Frieden gesichert, noch Vorbereitungen für den Krieg getroffen.“[2])

Die Lage der Dinge war günstig für das britische Ministerium mit Nachdruck aufzutreten. Die Generalstaaten hatten kurz zuvor, auf Straffords Rath, der Königin ein Schreiben eingeschickt, welches, wie Bolingbroke sagt, die klarsten Zeugnisse ihrer Unterwürfigkeit und ihres Vertrauens in die Königin aussprach.[3]) Demnach war darauf zu rechnen, daß die Generalstaaten mitgehen würden.

Am 17./28. Februar entsandte das britische Ministerium an Shrewsbury ein Ultimatum, welches er mündlich und schriftlich geltend zu machen habe. Es betraf die noch obschwebenden Differenzen mit Portugal, dem Kurfürsten Max Emanuel, den Generalstaaten, und stellte bestimmte Vorschläge zur Beilegung derselben. Wenn Frankreich nicht in diese Vorschläge willige, so soll Shrewsbury noch einmal die volle Aussicht auf den Krieg eröffnen. Wenn dagegen Frankreich eingehe, so werde die Königin, auch wenn jene Verbündeten ablehnen, mit Frankreich abschließen.[4]) Dieselbe Mahnung richtete Bolingbroke direct an Torcy.[5])

Bereits am 8. März erging von Versailles nach London, und an die Bevollmächtigten in Utrecht die Meldung, daß Lud-

---

[1]) Bolingbroke's letters vol. III, p. 383. Vom 4./15. Februar.
[2]) A. a. O., p. 415.
[3]) A. a. O., p. 453.
[4]) A. a. O., p. 417.
[5]) A. a. O., p. 447.

wig XIV. in Allem sich mit der Königin von Groß-Britannien geeinigt habe.

Anders dagegen lautete das Urtheil der britischen Bevollmächtigten in Utrecht, Strafford und Bristol, über das Verhalten der Franzosen. Am 3. Februar hatten sie gemeldet: „Die Holländer sind misgestimmt über die ablehnende Haltung der Franzosen, und wir haben unseren guten Antheil daran; denn wir sehen mit Verdruß, daß ihnen, entgegen der Erklärung der Königin (in der Thronrede vom 6./17. Juni), mehrere Dinge abgeschlagen werden. Aber alles was man sagen kann, dient zu nichts.“[1]) — Die Bevollmächtigten wiederholten diese Beschwerden auch nach jener Meldung vom 8. März.[2]) Aber auf Grund derselben drängten nun die Franzosen in die Engländer zum Abschlusse. „Wir sind verwundert, melden Strafford und Bristol an Bolingbroke, über die Hast, mit welcher die Franzosen in uns dringen, allein mit ihnen abzuschließen, zu einer Zeit, wo mehrere der Verbündeten nahe daran sind mit uns zu gehen. Dazu auch haben wir, bei unserer Rückkehr, die Consequenzen eines solchen Verfahrens zu fürchten.“[3])

Die Vollmacht lautete nämlich auf den Abschluß eines allgemeinen Friedens. Dem Einwande wurde abgeholfen durch eine neue Vollmacht. Zugleich ward abermals in die Bevollmächtigten gedrängt. Bolingbroke schrieb darüber an Shrewsbury in Paris. „Nicht bloß diejenigen Gründe, welche Sie geltend gemacht haben, sprechen für den Abschluß, sondern auch die Stimmung daheim verlangt ihn. Während die Wuth derjenigen, welche ihn verhindern möchten (also der Whig-Partei) durchaus nicht sich legt, ermüdet die Geduld derjenigen, welche ihn ersehnen, und gegen uns schwillt der Vorwurf heran, daß wir weder Krieg noch Frieden machen.“[4])

Daß diese letztere Stimmung die herrschende, bestätigt von seinem Standpunkte aus der kaiserliche Resident Hoffmann. „Die französische Politik, meldet er, ohne sich viel um diesen Hof zu kümmern, thut oder läßt, was sie für gut befindet, und das britische Ministerium, nachdem es sich nun einmal so weit hingegeben, darf sich darüber nicht

[1]) Rapport du Comité secret p. 134.
[2]) A. a. O., p. 136.
[3]) A. a. O., p. 137.
[4]) Bolingbroke's letters vol. IV, p. 18. Vom 29. März/9. April.

beklagen. Andererseits aber verbleibt diese ganze Nation für den Frieden, er sei wie er wolle, so sehr eingenommen, daß, wenigstens für jetzt, eine Veränderung nicht zu hoffen steht.“ [1])

Die Königin war so mismuthig über das Zögern ihrer Bevollmächtigten, daß sie einmal die Absicht aussprach, ihnen eigenhändig zu schreiben. Statt dessen übernahm es Oxford in sehr dringender Weise.[2])

Bei dem Kaiser Carl VI. war endlich die Ueberzeugung durchgedrungen, daß er, bei allem guten Willen für diejenigen Spanier, die seine Sache vertreten hatten, den in Betreff Spaniens verbündeten Mächten, Frankreich und Groß-Britannien, machtlos gegenüber stehe. Das Wort Bolingbrokes, daß die Kaiserin Elisabeth und die kaiserlichen Truppen in Catalonien als Geisel dienten, erwies sich, nicht zur Ehre des britischen Ministeriums, aber zum Zeugnisse seiner Arglist, als wahr. Um die Kaiserin und die Truppen frei zu machen, mußte sich Carl VI. zu Concessionen entschließen, deren hauptsächlichste die Neutralität in Italien war, zu Gunsten des nunmehr offen bundbrüchigen Herzogs Victor Amadeus. Aber Carl VI. forderte vor dem Aufbruche der Seinen aus Catalonien die Bestätigung der Privilegien dieses Landes und der Inseln. Die französischen Bevollmächtigten widerstrebten. Diejenigen der Königin von Groß-Britannien gaben wiederholt die Erklärung ab, daß die Königin überall wo es erforderlich, ihre wirksamsten Bemühungen aufbieten werde, damit die Catalonier und die Bewohner der Inseln ihrer Privilegien sich erfreuen könnten. Nachdem auch die französischen Bevollmächtigten erklärt, daß ihr König dazu beitragen werde, gaben sich die kaiserlichen Bevollmächtigten in Utrecht damit zufrieden, mit dem Verlangen, daß dieser Hergang der Dinge in dem Vertrage selber berichtet werde. So geschah es. Am 14. März wurden in Utrecht die zwei Verträge über die Räumung Cataloniens durch die Kaiserlichen, und über die Neutralität in Italien unterschrieben und besiegelt.[3])

Aber man wußte in London, daß der König Philipp V. lange vorher erklärt hatte: er werde den Cataloniern nichts bewilligen als

---

[1]) Hoffmanns Bericht vom 28. Februar.

[2]) Bolingbroke's letters vol. IV, p. 18. Das Schreiben, vom 20/31. März, im Rapport du Comité secret, p. 138, so wie Lamberty t. VIII, p. 63.

[3]) Die Verträge bei Lamberty t. VIII, p. 49.

eine allgemeine Amnestie.[1]) Gerade zwei Monate vor jenem Vertrage, am 14. Januar, hatte der Staats-Secretär Dartmouth auf jene Erklärung geantwortet, daß die Ehre der Königin für die Catalonier die Privilegien verlange, wie sie waren beim Tode Carls II., und daß sie sich im Gewissen verpflichtet fühle davon nicht zu lassen. Auf diesen Vorhalt durch Lord Lexington entgegnete Philipp V.: „Wir wissen, daß Euch der Friede eben so nöthig ist wie uns, und daß Ihr für eine Bagatelle ihn nicht brechen werdet.“[2]) — Das also war die Frucht der nachdrücklichen Bemühungen der Königin.

Der Kaiser Carl VI. war überhaupt willig, dem Kriege ein Ende zu machen. Kurze Zeit vor dem Abschlusse traf bei dem Grafen Sinzendorf ein Courier ein, mit der Ermächtigung des Kaisers, einem Frieden auf der Grundlage der Rede Straffords vom 8. December beizutreten. Aber es kam den französischen Bevollmächtigten ein Wort zu Ohren, welches dem kurmainzischen Gesandten, Grafen Stadion, im Unmuthe über den Gang der Dinge entfahren war: man werde gezwungen sein, den Frieden anzunehmen, wie die Franzosen ihn vorschrieben. Darauf hin steigerten diese ihre Forderungen, namentlich zu Gunsten des Kurfürsten Max Emanuel von Bayern. Sie legten einen Entwurf zum Frieden mit Kaiser und Reich vor.[3])

Der Graf Sinzendorf und die Gesandten der Reichsfürsten traten darüber zusammen. Der französische Entwurf nannte den Kaiser nicht, sondern das Haus Oesterreich, forderte für die wittelsbachischen Brüder Herstellung und Entschädigung, und stellte erst dann die Anerkennung des Kaisers in Aussicht. Sinzendorf legte den Gesandten dar, daß der Kaiser Interessen seines Hauses zum Opfer gebracht, um für das Reich einen besseren Frieden zu erlangen, daß jedoch in dieser Weise, wo Frankreich sich die souveräne Verfügung über das Oberhaupt und die Glieder des Reiches anmaße, und dadurch die ganze Verfassung desselben umstürze, ein Friede nicht zu erlangen sei.[4]) In ähnlicher Weise redete der kurmainzische Gesandte Graf Stadion. Er bat, daß alle mächtigen Glieder des Reiches als Patrioten handeln und mit

[1]) Rapport du Comité secret, p. 428.
[2]) A. a. O., p. 150.
[3]) Lamberty t. VIII, p. 68.
[4]) A. a. O., p. 163.

Nachdruck für die schwächeren eintreten möchten. Ihm schloß sich an der Gesandte Bothmar für den Kurfürsten von Braunschweig-Lüneburg. In Bezug auf diesen Fürsten im Vergleiche mit den wittelsbachischen Brüdern war die französische Anmaßung in ähnlicher Weise auffällig wie bei dem Kaiser. Ludwig XIV. verlangte für die Wittelsbacher, welche das Reich in Acht und Aberacht erklärt, die völlige Herstellung, und erst nach derselben wollte er den vom Reichstage anerkannten Kurfürsten auch seinerseits anerkennen.

Sinzendorf und andere Gesandte deutscher Reichsfürsten hofften noch bis zuletzt, daß auch die Republik, weil Frankreich ihre Forderungen in Betreff der Barriere und der Herstellung des Zolltarifes von 1664 nicht bewilligt, nicht mitgehen würde. Aber die Partei des Friedens überwog vor Allem in der mächtigen Stadt Amsterdam.

Die Unterzeichnung des Friedens war bereits angesetzt auf den 12. April. Dann jedoch erwogen die britischen Bevollmächtigten, daß nach dem alten Stile, der noch für England galt, dies dort der 1. April sein, und demnach daran leicht der für alles Außerordentliche, welches an diesem Tage geschieht, übliche Spott haften würde. Sie setzten durch, daß die Unterzeichnung am Tage zuvor geschah, dem 31. März/11. April.[1])

Wie der Beginn der Friedenshandlung in das Dunkel des Geheimnisses gehüllt gewesen war, so der Verlauf. Das Rathhaus von Utrecht war für die Versammlungen hergerichtet; aber es diente dafür nur die ersten Male. Wie die eigentlichen Fäden vorher zwischen Versailles und St. James angesponnen waren, so auch blieben sie es, und die Verhandlungen wurden geführt hauptsächlich in Privatbriefen Bolingbrokes und Torcys. Was in Utrecht ferner noch geschah, das fand statt in den Wohnungen, namentlich der englischen Bevollmächtigten. So auch die Unterzeichnung. Die Engländer und die Savoyarden zeichneten bei dem Bischof von Bristol, die Portugiesen, die Preußen, die Holländer bei dem Grafen Strafford.[2])

Es war zu allen Zeiten üblich, einen Friedensschluß, als ein erfreuliches Ereignis im Völkerleben, sofort der Welt zu verkünden. Es

[1]) Lamberty t. VIII, p. 71.
[2]) A. a. O., p. 252.

geſchah dies Mal nicht. Am 30. April vernehmen wir die Rüge, daß den Völkern die Kunde der Friedens-Artikel noch vorenthalten werde.[1]) In der Wirklichkeit verzögerte ſich die Kundmachung bis tief in den Monat Mai. Vielleicht gab man ſich der Hoffnung hin, daß Kaiſer und Reich dennoch beitreten würden. Das franzöſiſche Erbieten ließ dafür die Friſt offen bis zum 1. Juni. Sie ward nicht benutzt.

Es iſt nicht erforderlich auf die ſcharfe Kritik, die der Friede von kaiſerlicher Seite erfuhr, hier weiter einzugehen.[2]) Dieſe Kritik liegt in den Thatſachen. Dagegen wird der Verlauf der Dinge die Kritik von Engländern vorführen, die im Beginne durch den Klang des Friedenswortes ſich hatten täuſchen laſſen.

Nicht mit dem Frieden ſtimmten überein vor Anderen zwei Perſönlichkeiten, eine jede von ihrem Standpuncte aus, der Ritter von St. Georg und der Kurfürſt Georg Ludwig in Hannover. Wir haben dem Verhalten derſelben bis zum Abſchluſſe des Friedens nachzugehen.

Verhalten des Hauſes Hannover zu der britiſchen Regierung in den erſten drei Monaten des Jahres 1713.

Noch vor dem Abſchluſſe des Jahres 1712 war der Geſandte Grote in London angekommen. Von Anfang an erblickte er für die Aufträge, die er auszurichten hatte, geringe Ausſicht. Oxford und Bolingbroke vermieden es mit ihm zuſammen zu ſein.

Um ſo ſtärker wuchs bei dem Kurfürſten, ſeinem Miniſter Bernſtorf und Robethon das Mistrauen gegen den erſteren auf. „Nach dieſem ſeinem Verhalten, ſchrieb Robethon, iſt er zu beurtheilen. Sie können nicht mistrauiſch genug gegen ihn ſein, müſſen dagegen ſorgfältig Acht geben, daß wir nicht von ihm betrogen werden. Wir dürfen uns darauf verlaſſen, daß Oxford mit Frankreich und der Königin ſich allzu tief eingelaſſen als daß er noch zurück könnte, und ſelbſt, wenn er es wollte, ſo würde es für ihn unmöglich ſein auch die

[1]) In der Schrift Dumonts, abgedruckt bei Lamberty t. VIII, p. 241 et suiv.

[2]) Außer der vorgenannten Schrift namentlich diejenige von Leibniz: La paix d'Utrecht inexcusable, abgedruckt in der Ausgabe ſeiner Werke durch Foucher de Careil t. IV, p. 1 et suiv.

Königin zurückzubringen. Alles was er erreichen könnte, wäre dasselbe Geschick, das Marlborough und Godolphin widerfahren ist.“ [1])

In diesen Worten liegt klar vor Augen, wie in Hannover da, wo man sich offen aussprach, die Königin Anna angesehen wurde. Aber die Thatsachen haben ergeben und werden ferner ergeben, daß man darin zu weit ging. Weder hatte die Königin einen ausgesprochenen Willen, noch Frankreich einen festen Plan.

Indessen auch Grote faßte aus den Mittheilungen, die er in London erfuhr, dieselbe Meinung. Seine Berichte darüber machten Eindruck auch auf die Kurfürstin Sophie und den Kurprinzen. „Ich für meinen Theil, meldet Robethon an Grote, habe vorgezogen, den beiden fürstlichen Personen, auf welche die Reden von Sir Thomas Harley im vorigen Sommer nicht ohne Wirkung geblieben waren, nicht meine Ansicht dahin auszusprechen, daß Oxford unwiderruflich mit dem Prätendenten und dem Könige von Frankreich verkettet ist; denn sie würden nicht ermangelt haben, mir Parteilichkeit zu Gunsten der Whigs vorzuwerfen. Daher habe ich vorgezogen zu warten, bis E. E. durch Ihre Beobachtungen an Ort und Stelle diese unzweifelhafte Wahrheit bestätigen würden.“ [2])

Indessen hatte doch auch Grote in dieser Beziehung keine positive Thatsache zu berichten, sondern nur Vermuthungen und Meinungen, die allerdings sich gründeten auf die negative Thatsache, daß er in keiner Angelegenheit ein Entgegen-Kommen fand. Er hatte in Betreff des Barriere- und Successions-Vertrages dieselben Anstände zu erheben, wie die Holländer, daß anstatt der Worte der Erben der Königin gesetzt werden müsse der Leibeserben (S. 437 u. f.). Die britischen Minister nahmen auf diese Vorstellung eben so geringe Rücksicht wie auf diejenige der Holländer. Grote verlangte die bis zum Tage der Trennung der Truppen von Ormond aufgelaufenen Soldrückstände. Die britischen Minister gaben auf diese Denkschrift keine Antwort. Er erklärte, daß die Entfernung des Prätendenten nach Lothringen nicht genüge, daß der Aufenthalt dort von demjenigen in Frankreich kaum verschieden sei. Die britischen Minister gingen darauf nicht ein. Grote

[1]) Macpherson Original Papers vol. II, p. 468. Vom 27. Januar.

[2]) A. a. O., p. 472.

verlangte in einer anderen Denkschrift ein Jahrgeld für die Kurfürstin als die präsumtive Thronerbin. Gerade diese Forderung war in den Augen des Kurfürsten der Prüfstein, an welchem es sich entscheiden müsse, ob die Königin und ihre Minister die Thronfolge des Hauses Hannover aufrichtig wollten. Auch auf diese Denkschrift erfolgte keine Antwort.

Dagegen übergab Oxford, am 9./20. Februar, dem Gesandten Grote ein Schriftstück, welches mit den Worten beginnt: Je pose pour fondement que d'assurer la succession à la maison de Hanovre, c'est notre intérêt et même notre propre sûreté. Nach diesen gewichtigen Eingangsworten empfiehlt die Schrift Freundschaft mit der Königin und Unparteilichkeit. Von der Hand Robethons ist die Aufschrift beigefügt: Papier délivré etc., lequel ne veut rien dire.[1])

Es ist dagegen zu halten, daß Oxford bis zuletzt mit dem Hause Hannover auf gutem Fuße zu stehen meinte. Demnach mag er nicht erwogen haben, daß, wo auf bestimmt gestellte Forderungen mit allgemeinen Redensarten geantwortet wird, der Verdacht der Unaufrichtigkeit emporsteigt, auch wenn er früher nicht vorhanden war.

Ließen es die Minister der Königin an Entgegen-Kommen für den Gesandten ermangeln, so waren dafür Mitglieder der Whig-Partei um so eifriger, voran unter ihnen Lord Sunderland, so sehr, daß es dem Gesandten bedenklich wurde. Bei der Whig-Partei war derselbe Gedanke lebendig, der bereits einige Monate zuvor sich in Holland geregt hatte: der Kurfürst möge mit bewaffneter Macht herüber kommen, wie der Oranier im Jahre 1688. Sie redeten darüber nicht bloß zu dem Gesandten Grote, sondern auch zu dem General Schulenburg, der damals sich in London befand. Bernstorf und Robethon erwogen unter sich diese Eröffnung. Sie ließen erwiedern, daß ein solcher Plan die Willigkeit der Republik voraussetze, ihre Flotte herzuleihen, wo man doch dort nur das Bemühen erkenne, mit der Königin und dem britischen Ministerium freundschaftlich zu stehen und zusammen mit England zum Frieden zu gelangen. Zur Zeit sei daher der Gedanke unausführbar. Man möge sowohl den Generalstaaten als England selber die Frist lassen, zur Erkenntnis zu gelangen, was dieser Friedensschluß

[1]) Robethon-Papiere.

für sie bedeute. Dazu sei es beinahe sicher, daß der Kurfürst niemals einen solchen Entschluß fassen werde. Im Falle des Todes der Königin dagegen dürfe man sich auf ihn verlassen.[1])

Der Kurfürst war so sehr abgeneigt, sich vor der Zeit in englische Angelegenheiten einzumischen, daß die Minister nur mit Mühe ihn bewegen konnten, für zwei Persönlichkeiten, die in der Sache der Succession für das Haus Hannover eintraten, etwas Geld zu bewilligen. Der Eine war der Redacteur der „Flying Post", Ridpath, der 50 Pfund Sterling erhielt. Der Andere war Lord Fitz Walter, dem sein Mangel an Mitteln nicht gestattete, seinen Sitz im Oberhause einzunehmen. Er erhielt 600 Pfund Sterling.[2]) Jegliche Ausgabe dagegen zum Zwecke der Einwirkung auf die im Laufe des Jahres bevorstehenden Wahlen zum Parlamente lehnte der Kurfürst ab.

Mit besonderer Zufriedenheit ward am Hofe in Hannover die Meldung vernommen, daß unter den Persönlichkeiten, welche den Gesandten aufsuchten, sich auch der Herzog von Argyle und sein Bruder, Lord Islay, befanden. Der Gesandte ward angewiesen, dem Ersteren die besondere Werthschätzung des Kurfürsten auszusprechen. Die Minister gingen darin noch weiter. Die Brüder erschienen als die geeigneten Persönlichkeiten, die Sache eines Jahrgeldes für die Kurfürstin im Parlamente anzuregen. Im Falle des Gelingens seien ihnen aus diesen Mitteln verhältnismäßige Pensionen in Aussicht zu stellen. Der Kurfürst war damit einverstanden, verlangte aber dann, daß seine Mutter, die Kurfürstin, auf die es zunächst ankomme, das Rescript unterzeichnen solle. Die Minister erhoben den Einwand, daß es dann schwer sein werde, das Geheimnis zu bewahren. Demnach blieb es dabei.[3])

Es kam wiederholt vor, daß die Offenheit, mit welcher die zweiundachtzigjährige Kurfürstin die Angelegenheiten der Succession besprach, den Ministern Bedenken erregte. Die im Jahre 1706 ausgestellte Urkunde, durch welche die Thronerbin, auf Grund der Regentschafts-Bill vom October 1705, eine Reihe von Lords durch eigenhändige

[1]) Macpherson's Original papers vol. II, p. 473.

[2]) A. a. O., p. 471.

[3]) Die Minute des Rescriptes, vom 27. Januar, in den Robethon-Papieren, trägt die Signirung, nicht die Unterschrift, der vier Minister, dagegen nicht des Kurfürsten, noch der Kurfürstin. Es ist also fraglich, ob es abgegangen.

Schrift benannte, die, beim Tode der Königin, zusammen mit den sieben ersten Großwürdenträgern der Krone, die Regentschaft zu übernehmen hatten — diese Urkunde erschien wegen der eingetretenen Todesfälle und anderer Veränderungen nicht mehr zutreffend. Es war eine neue Urkunde ausgefertigt und dem Gesandten Grote mitgegeben, mit der Beschränkung jedoch, daß er die Ueberreichung nicht zu beeilen, sondern eine geeignete Gelegenheit abzuwarten habe. Man vernahm nun in Hannover, daß die Kurfürstin sich bei voller Tafel geäußert: es thue ihr leid, so viele Whig-Namen in jene Urkunde eingeschrieben zu haben.[1])

Die Nachrichten, die über den Gesundheitszustand der Königin Anna einliefen, lauteten so wenig günstig, daß am 10. März die Minister in Hannover eine Reihe von Fragen über die für den Todesfall der Königin zu treffenden Maßregeln aufstellten. Der Gesandte Grote solle auf diese Fragen die Antwort der Freunde der Succession einholen, namentlich der Lords Sunderland, Somers, Halifax, Townshend. Dieselben Fragen ergingen an Marlborough in Antwerpen. Dieser rieth: im eintretenden Falle möge der Kurfürst, ausgestattet mit der Vollmacht der Kurfürstin als ihr General-Stellvertreter, sich sofort nach England begeben. Er rieth ferner an, einen Spion in Bar-le-Duc zu halten, den er sich zu stellen erbot, wenn der Kurfürst fünfzig Pistolen monatlich dafür auslegen wolle.[2]) — An dem Angebote solcher Persönlichkeiten war kein Mangel. Der Gesandte Bothmar im Haag schlug zu jenem Zwecke drei Personen vor, zu etwas höherem Betrage.

Der schriftliche Verkehr beweist ein volles Vertrauen des Kurfürsten in Marlborough. Der Erstere ließ diesem nochmals ein Certificat zugehen, daß der Abzug der $2^1/_2$ Percent von den englischen Geldern für die Truppen mit Vorwissen und Zustimmung des Kurfürsten geschehen sei. Dies war eine Rechtfertigung gegen die Anklage des Unterhauses im December 1711, die mit gedient hatte zum Vorwande für die Entlassung Marlboroughs. Ferner ernannte ihn die Kurfürstin Sophie durch ein Diplom vom 14. März, für den Fall des

[1]) Macpherson's Original papers vol. II, p. 469.
[2]) A. a. O., p. 478.

Todes der Königin, zum Commandanten aller britischen Streitkräfte in und außer dem Königreiche. Das Diplom, unterschrieben von der Kurfürstin, und gegengezeichnet von den vier Ministern des Kurfürsten, in französischer Sprache ausgestellt, beginnt mit den Worten: Sophie par la grâce de Dieu Electrice et Duchesse Douairière de Hanovre, petite-fille du Roy Jacques premier, à tous ceux qu'il appartiendra.[1])

Es war dabei den Ministern in Hannover eben so wenig wie der Kurfürstin bekannt, daß nach englischem Rechte alle eventuellen Ernennungen ungültig waren. Einige Tage später erhielten sie darüber von England her den ganz bestimmten Aufschluß.[2])

Daß Marlborough, der sich damals in Aachen befand, als Engländer sofort die Nicht-Gültigkeit des ihm zugestellten Diplomes erkannt habe, ist kaum zu bezweifeln. Aber dasselbe war wie die anderen Schriftstücke, die er zugleich aus Hannover erhielt, ein Beweis des Vertrauens. Er antwortete mit lebhaften Ausdrücken des Dankes. „Ich wünsche, schließt er, am 11. April, Ew. kurfürstliche Hoheit mehr durch Handlungen als durch Worte überzeugen zu können, wie tief ich diese abermaligen und gewichtigen Beweise Ihres Vertrauens empfinde, und bitte Sie überzeugt zu sein, daß ich immer bereit sein werde, mein Vermögen und mein Leben für Ihren Dienst aufzusetzen.“ [3])

Die Antworten auf jene Fragen vom 10. März wurden in London von den Persönlichkeiten, an die sie gerichtet, in Gemeinschaft mit dem Lord Oberrichter Parker erwogen. Diese waren, wie Marlborough, der Ansicht, daß die Kurfürstin Sophie das Diplom der Ernennung ihres Sohnes, des Kurfürsten, oder, wie sie hinzusetzten, des Kurprinzen, zum Bewahrer des Königreiches und Statthalter (custos regni et locum tenens) für den eintretenden Fall bereit halten möge. Sie theilten dagegen nicht die Ansicht des Kurfürsten, daß die Forderung

[1]) In den Robethon-Papieren.

[2]) Macpherson's Original papers vol. II, p. 487: It is to be observed, once for all, that any dormant instrument for any of the purposes aforesaid, sealed during her Majesty's life, will be of no force by the laws of Great Britain.

[3]) A. a. O., p. 488.

eines Jahrgeldes für die Kurfürstin Sophie der geeignete Prüfstein für die Aufrichtigkeit der Minister sein werde. Weil jedoch der Kurfürst sich weigere, durch Geld auf die demnächstigen Parlaments-Wahlen einzuwirken: so haben die Anhänger der Succession seines Hauses sich über einen anderen Vorschlag geeinigt, der ihnen von größerer Consequenz und durchaus nothwendig erscheine, nämlich der Sendung des Kurprinzen nach England. Früher sei die Rede gewesen von einem Votum des Parlamentes zu diesem Zwecke. Ein solches sei, nach einstimmiger Meinung der Freunde, in diesem Parlamente und unter diesem Ministerium nicht zu erlangen. Aber der Kurprinz als Pair des Königreiches, als Prinz von Geblüt und als solcher durch Parlaments-Acte anerkannt, habe sein eigenes Recht, dem Niemand wagen werde sich zu widersetzen. Die Einwilligung des Kurfürsten in dieses Verlangen werde den Freunden der Succession eine solche Stütze verleihen, daß die Forderung eines Jahrgeldes unnöthig werde.[1])

Derselbe Vorschlag war bis dahin oft und vielfach von Einzelnen geäußert: hier trat er hervor als die Kundgebung der Gesinnung der Freunde der Thronfolge des Hauses Hannover, Whigs und Tories. Von da an, vom Beginne April, also noch vor der Versammlung des Parlamentes, tritt dies Verlangen der Herüberkunft des Kurprinzen für die Anhänger der Succession in den Vordergrund.

Aber das Verlangen verstieß einerseits gegen das Princip des Kurfürsten, sich bei Lebzeiten der Königin in die englischen Angelegenheiten nicht einzumischen, andererseits gegen seine der Königin gegebene Zusage, daß ohne ihre und des Parlamentes Vorwissen und Zustimmung kein Mitglied seines Hauses den Boden Englands betreten werde.

Es war dem Gesandten Grote nicht mehr vergönnt, jene Rathschläge der Freunde der Succession nach Hannover zu befördern. Im März erkrankt, starb er in London in den ersten Tagen des Monats April.

Inzwischen ward in Utrecht der Friede geschlossen.

Als Reichsfürst konnte Georg Ludwig nicht in einen Friedensschluß willigen, der die Rechte des Kaisers und des Reiches schwer verletzte. In Betreff des Anspruches auf die Krone von Groß-Britannien

[1]) Macpherson's Original papers vol. II, p. 480.

gab der Wortlaut des Friedensschlusses keinen Anlaß zur Beschwerde. Der vierte Artikel desselben wahrte in den nachdrücklichsten Worten, deren die menschliche Sprache fähig ist, wie das Recht des kurfürstlichen Hauses auf dieselbe, so auch die Anerkennung dieses Rechtes durch den Träger der Krone Frankreich und dessen Nachfolger.

In Hannover dagegen ging man von der Ansicht aus, die wir aus jener Zeit auch anderswoher bereits so vielfach vernommen haben, daß die treibende Ursache bereits des Ministerwechsels von 1710 gewesen sei der Wunsch der Königin Anna, ihren Bruder zurückzuführen. Der Eifer für den Friedensschluß habe gedient zu dem Zwecke den Weg für ihn zu pflastern.[1])

Der Hergang der Dinge hat gezeigt, daß diese Meinung den Thatsachen nicht entsprach, daß namentlich die Bemühung aus dem Kriege zu kommen, nicht dem Wechsel des Ministeriums voranging, sondern erst nachher sich aus demselben entwickelte. Da aber die unrichtige Meinung auf das Urtheil mit gleicher Kraft bestimmend wirkt wie die richtige, so ist danach zu bemessen, welcher Werth in Hannover jenem vierten Artikel des Friedensschlusses in Utrecht beigelegt wurde.

Der Prätendent zu dem Utrechter Frieden.

Anders als der Kurfürst Georg Ludwig und doch von seinem Standpunkte aus noch schärfer ablehnend verhielt sich zu dem Utrechter Frieden der Ritter von St. Georg. Er hatte den Abschluß desselben nicht abgewartet, sondern bereits ein Jahr zuvor, am 25. April 1712, von St. Germain aus Protest eingelegt gegen eine Friedenshandlung, in welcher auf sein Recht gar keine Rücksicht genommen werden solle. Im Fortgange des Protestes wiederholt sich dieser Gedanke mit dem Zusatze: von den verbündeten Fürsten.[2])

Es fragt sich, ob dieser Act völkerrechtlich eine Bedeutung haben konnte. Blicken wir, um uns dies klar zu machen, zurück auf die Hauptmomente des Niederganges des Hauses Stuart.

---

[1]) Macpherson's Original papers vol. II, p. 472.

[2]) Cum autem intelligamus nullam juris nostri a Foederatis Principibus haberi rationem. Bei Lamberty t. VIII, p. 171.

Jacob II. verlor seine Krone durch seine Flucht nach Frankreich, mit seinem Sohne. In Folge dieser Flucht schloß die neue Rechtsordnung Englands, die unter einem neuen Könige aufwuchs, den König Jacob II. aus, und gedachte des Sohnes nicht. Die zwei Großmächte, der Kaiser und die Republik der Niederlande, erkannten die neue Rechtsordnung in Wilhelm III. an, und nahmen ihn auf in ihre Allianz vom 12. Mai 1689 gegen Ludwig XIV. Dieser König, um für sich zum Frieden mit England zu gelangen, opferte dafür, im Ryswycker Frieden, seine Anerkennung des Rechtes Jacobs II., zu dessen Flucht und dadurch zur Desertion vom eigenen Rechte er beigetragen hatte.

Jacob II. starb und Ludwig XIV. erkannte, entgegen dem Ryswycker Frieden, den Sohn Jacobs II. als Jacob III. an. Seine Berechnung dabei war, bei dem zu erwartenden Ende des Oraniers England in sich zu spalten. Die Berechnung erwies sich nicht als richtig. Die Engländer nannten den Act, der den Franzosen als eine Bethätigung der Großmuth erschien, einen Friedensbruch. Der vorher abgeschlossene Vertrag der großen Allianz vom 7. September 1701 verpflichtete England nur als Hülfsmacht für den Kaiser in den Streit um das spanische Erbe einzutreten. Die französische Anerkennung eines Königs Jacob III. dagegen bewog die Macht England, dem Vertrage der großen Allianz einen Zusatz-Artikel beizufügen, nach welchem die Mächte der Allianz insgesammt für England von dem Könige von Frankreich Genugthuung forderten für die Beleidigung, einen Anderen als König anerkannt zu haben als Wilhelm III. (Band IX, S. 458). Auf Grund dieses Zusatz-Artikels, den der Kaiser und die Republik der Niederlande ratificirten, trat England nicht bloß als Hülfsmacht in den Krieg mit ein, sondern als Principal-Macht. Auf Grund dieses Artikels war daher der ungeheure Krieg, der von dem spanischen Erbe her den Namen führt, eben so wohl ein Krieg zur Befestigung der englischen Succession, und daher eben so wie gegen das Haus Bourbon, auch gegen das Haus Stuart. Indem dieses beharrte das eigene Geschick an dasjenige des vermeintlichen Beschützers zu binden, traf jeder Schlag, der auf die Macht desselben fiel, auch das Recht dessen mit, der, selber machtlos, eben nichts besaß als dieses Recht, und der dennoch, trotz der Erfahrungen des Friedens-

ſchluſſes von 1697 und der Friedensverſuche von 1706, nicht zu der Erkenntnis kam, daß für dieſen Beſchützer, um aus dem Kriege zu kommen, das nächſt bereit liegende Opfer immer das von ihm anerkannte Recht ſeines Schützlinges ſein werde.

Es blieb freilich dabei die Abſicht Ludwigs XIV., wie wir es aus ſeiner Inſtruction an Mesnager vernommen haben (S. 189), ſich des Prätendenten in ſo weit anzunehmen, als es ohne eigenen Nachtheil geſchehen konnte.

Aber auf dem Friedens-Congreſſe in Utrecht erſchienen die franzöſiſchen Bevollmächtigten, am 11. Februar 1712, mit dem Angebote, die Thronfolge-Ordnung in England in derjenigen Weiſe anzuerkennen, die der Königin genehm ſein würde.

Keine andere der kriegführenden Mächte hatte jemals einen König Jacob III. anerkannt, als nur das Haus Bourbon. Darum hätte der Proteſt Jacobs III., vom 25. April 1712, richtiger als an die verbündeten Fürſten, zunächſt ſich an Ludwig XIV. gewendet.

Von britiſcher Seite ward die Forderung der Entfernung des Prätendenten aus Frankreich geſtellt, mit der Hindeutung auf Lothringen. Der Herzog Leopold war willig ihn aufzunehmen, wenn der Kaiſer es geſtatte. Von Wien aus erfolgte darauf, nach einigem Zögern, im Beginne des Jahres 1713, ein Sicherheitspaß, in welchem, um nach keiner Seite hin Anſtoß zu geben, jede Titulatur vermieden war. Der Prätendent ward darin bezeichnet als Vorzeiger dieſes.[1]) So lange indeſſen wie es irgend möglich war, klammerte ſich der Prätendent an den franzöſiſchen Boden.

Im Laufe des Herbſtes und des Winters trafen in Paris nach einander zwei Briten ein, denen der Hof eine ausgeſuchte Höflichkeit beweiſen ließ. Der eine war der Ritter Thomas Hanmer, ein hervorragendes Mitglied der Tory-Partei. Ein Biograph desſelben hat aus ſeinem Verhalten den Schluß gezogen, daß er auf das Zureden ſeines Freundes Ormond, deſſen jacobitiſche Geſinnung ihm bekannt ſein mußte, ſich nach Paris begeben habe, um ſelber zu erkunden, weſſen ſich die Hochkirche von dem Prätendenten zu verſehen haben würde.[2])

---

[1]) Macpherson's Original papers vol. II, p. 375: Exhibitor praesentium.

[2]) Bunbury, The correspondence of Sir Thomas Hanmer p. 28.

Sowohl Torcy als Berwick machten Versuche den hochangesehenen Mann, den man schon damals als den künftigen Sprecher des Unterhauses bezeichnete, für die jacobitische Sache zu gewinnen. Er verhielt sich jedoch zu den Andeutungen in dieser Richtung so zurückhaltend oder ablehnend, daß man bald von jeglichem Versuche abstand.[1])

Noch größer war in Versailles die Aufmerksamkeit für den Herzog von Argyle, der am 3. Januar, auf der Rückkehr von Port Mahon, dort eintraf. Ludwig XIV. erwies ihm die Ehre, ihn allein zu sich in sein Cabinet zu bescheiden. „Es ist unglaublich, fügt der Berichterstatter hinzu, mit welcher Zuvorkommenheit der Hof ihn behandelt, wie man das hier zur Zeit auch dem Geringsten gegenüber thut, der aus England kommt, vorausgesetzt, daß er ein Protestant oder Mitglied des Parlamentes ist. Den Herzog von Argyle begleiten immer, wohin er geht, zwei Marschälle von Frankreich, Villeroy und Tallard, so wie ein Hauptmann der Leibwache, der Herzog von Noailles, dazu eine Schaar Hofleute, als wollten sie ihn auf den Schultern tragen."[2]) Der Aufenthalt Argyles indessen war sehr kurz, und von einer Berührung mit dem Hofe von St. Germain ist nicht die Rede.

Das britische Ministerium war mit dem längeren Verweilen des Prätendenten auf französischem Boden nicht zufrieden. Am 31. Januar 1713 schrieb Gautier, der wie er im Anfage die Fäden angeknüpft, so andauernd der Vermittler derjenigen Geheimnisse geblieben war, die nur mündlich überbracht werden sollten, von London aus an Torcy: „Es ist durchaus erforderlich, daß der Ritter von St. Georg sich anschickt, so bald wie möglich das Gebiet des Königs zu verlassen. Sowohl von Lord Oxford, als von Lord Bolingbroke habe ich den Befehl, Ihnen kund zu thun, daß die Königin es nicht auf sich nehmen kann, den Frieden zu unterzeichnen, so lange er in Frankreich verweilt. Lord Bolingbroke sagte mir heute, daß der Ritter, wenn der Kaiser in Betreff eines Passes für ihn nach Lothringen noch ferner Anstände macht, unverweilt sich nach der Schweiz begeben möge."[3]) Der Paß war unterdessen bereits eingetroffen.

[1]) Bunbury, The correspondence of Sir Thomas Hanmer p. 28.
[2]) Macpherson's Original papers vol. II, p. 368.
[3]) Stanhope, Queen Anne p. 540.

Aber Gautier erhob noch einen anderen Vorwurf. „Sagen Sie dem Ritter, meldet er, daß ungeachtet der schönen Versprechungen, die er mir gemacht, von ihm oder doch wenigstens in seinem Namen Tag auf Tag Priester hierher gesendet werden, die seine Sache verderben und ihm Haß erwecken bei Allen denen, mit welchen sie in Beziehung treten. Er sollte sehr vorsichtig sein, und sich von hier her lieber Protestanten um seine Person berufen. Es ist zu früh, bereits jetzt an seine Sache zu denken. Er möge warten, und zur rechten Zeit dann wird er Kunde erhalten. Sie dürfen sicher sein, daß jede zu seinen Gunsten getroffene Maßregel, unserer Uebereinkunft gemäß, durch Ihre Hände gehen wird." [1])

Das Schreiben ist für das Verhalten Oxfords in der Sache des Prätendenten von hohem Interesse.

Zunächst ist es wichtig, hervorzuheben, daß wir hier nicht die Worte eines britischen Jacobiten vernehmen, sondern daß Gautier als der Agent der Politik von Versailles an den französischen Minister schreibt, und zwar im Auftrage des Grafen Oxford. Dieser hatte durch Gautier zum Beginne wie mit Torcy, so auch mit Berwick angeknüpft, und zwar in Betreff der jacobitischen Sache für sich allein. Auch liegt keine Andeutung vor, daß er in dies Geheimnis seiner besonderen Beziehungen jemals einen anderen Engländer mit herein gezogen hat. Oxford allein hatte die Sache in seiner Hand, und seine Beziehungen mit St. Germain gingen nicht direct, sondern durch die Vermittelung von Gautier und Torcy. Wie immer diese zwei Persönlichkeiten über das Verhalten Oxfords in der Sache des Prätendenten denken mochten, ob sie Vertrauen in ihn setzten, ob nicht: es lag nicht in ihrem Interesse oder demjenigen der französischen Politik, diese Beziehungen, welche beigetragen hatten, die jacobitische Partei im Parlamente der Friedenspolitik dienstbar zu machen, zu verändern oder abzubrechen, sondern vielmehr sie zu erhalten. Eben darum auch gaben sie einem etwa aufsteigenden Zweifel an der Aufrichtigkeit Oxfords in der Sache des Prätendenten keinen Ausdruck.

In der Wirklichkeit läßt nun hier Oxford durch Gautier und dann Torcy dem Prätendenten verkünden, daß für seine Sache noch

---

[1]) Stanhope, Queen Anne p. 540.

nichts geschehen sei, und weiter, daß er sich für den rechten Zeitpunkt völlig auf Oxford zu verlassen habe.

In merkwürdiger Weise wird diese Mahnung begleitet mit dem Vorwurfe der fast täglichen Sendung von Priestern nach England. Die Thorheit, welche dieser Vorwurf dem Hofe von St. Germain beimißt, ist so auffallend, daß sie schon dadurch Zweifel erregt. Der Vorwurf wird um so mehr auffallend durch den Vergleich mit den Nachrichten, die man in denselben Tagen in Hannover lebhaft erwog, daß nämlich der Prätendent die Absicht haben solle, zur englischen Hochkirche überzutreten.[1]) — Es liegt daher die Vermuthung nahe, daß jener Vorwurf unter die Erfindungen Oxfords zu verweisen ist.

Noch einmal ließ Torcy durch Gautier über den Ort des Rückzugs für den Prätendenten anfragen, ob Bar-le-Duc oder Bern. Die Antwort lautete: „Es liegt nicht viel daran, an welchem Orte der Ritter von St. Germain den Winter verbringt, wenn er nur Frankreich verläßt und sich nicht an einen Ort begibt, wo Marlborough mit ihm zusammen treffen könnte."[2])

Auch in dieser Antwort ist Oxford zu erkennen. Wie er im Stande war, Enthüllungen über Marlborough zu geben, so hätte auch Marlborough sie geben können über ihn.

Bevor diese letzte Mahnung eintraf, war der Ritter von St. Georg nach Lothringen hin aufgebrochen. Auf dem Wege dahin richtete er von Chalons an der Marne aus, am 20. Februar, ein Abschiedsschreiben an Ludwig XIV. Das Schreiben ist der Ausdruck der wärmsten Dankbarkeit und des Vertrauens so wie des Versprechens der Treue.[3])

Am nächsten Tage traf er in Bar-le-Duc ein. Wenn nicht früher, so vernahm er dort in seiner Umgebung eine warnende Stimme gegen Oxford. „Ich sagte ihm, meldet Nairne, daß Viele der Ansicht seien, Oxford betreibe im Grunde das Interesse Hannovers. Die Königin Anna selber, wenn sie ermuthigt würde, von Herzen und

---

[1]) Macpherson's Original papers vol. II, p. 464. — Ferner die Robethon-Papiere.

[2]) Stanhope, Queen Anne p. 541.

[3]) Macpherson's Original papers vol. II, p. 385.

bald die Sache zu unternehmen, vermöge sie hinauszuführen. Der Aufschub und die dunkelen Wege seien verdächtig."[1])

Von anderen Seiten kam die Mahnung ein an den schlechten Gesundheitszustand der Königin Anna. Sie leide an Zufällen, von denen einer sie plötzlich hinweg nehmen könne. Wenn Frankreich nichts unternehmen wolle, so stehe Schottland offen, wo die Unzufriedenheit mit der Union allgemein und steigend sei. Die Krone sei zu erringen wie durch einen Wettlauf: wer zuerst kommt, gewinnt.[2])

Allen Entwürfen solcher Art stand die durch Torcy und Gautier vermittelte Uebereinkunft des Prätendenten und Berwicks mit Oxford entgegen. Sie lautete dahin, daß zuerst der Friede abgeschlossen sein müsse und die Königin im friedlichen Besitze der Krone für ihre Lebenszeit nicht gestört werden dürfe. Bis dahin war dieser Pact dem Grafen Oxford, dem die Jacobiten im Parlamente Heeresfolge geleistet, zu gute gekommen, oder richtiger noch der französischen Politik, die durch dies Ministerium Oxford-Bolingbroke einen Frieden erlangt, wie es sich ihn in den Jahren zuvor nicht träumen lassen durfte. Diese Politik hoffte auch ferner noch auf Oxford, und übermittelte daher, wie wir vernommen haben, dem Prätendenten die Mahnung Oxfords zur Geduld.

Der Prätendent und sein erster Berather Middleton wiesen die Zweifel an der Aufrichtigkeit Oxfords zurück. Auf eine Darlegung zu dessen Gunsten erwiederte Middleton zustimmend. „Der König, schrieb er am 9. März, hat mit vieler Befriedigung Ihre Darlegung vernommen, in welcher Sie bei Ihrer früheren Ansicht beharren, daß es Harleys (Oxfords) wirkliches Interesse und daher auch seine Intention ist, daß das Gesetz für die Thronfolge Hannovers aufgehoben werde. Es ist sicher, daß, wenn der Tod der Prinzessin Anna einträte, bevor diese Revision statt gefunden, dann Harley in verhältnismäßig gleicher Gefahr der Verfolgung sein würde wie der König. Darum ist vernünftiger Weise zu hoffen, daß er alle seine Bemühungen aufbieten wird, die Sache zu einer baldigen Entscheidung zu bringen; denn der Verzug ist dem Einen so gefährlich wie dem Anderen."[3])

[1]) Macpherson's Original papers vol. II, p. 386.

[2]) A. a. O.

[3]) A. a. O., p. 394. Vom 9. März.

Dann ward der Friede von Utrecht geschlossen. So viel immer er für andere Mitglieder der großen Allianz zu wünschen übrig ließ: diejenige Genugthuung, welche jener Zusatz-Artikel der großen Allianz in Betreff der Anerkennung eines Königs Jacob III. von Ludwig XIV. forderte, ward in dem vierten Artikel des Friedensschlusses von Utrecht vollständig geleistet. Nicht zuerst der Prätendent hatte, beim Tode seines Vaters Jacob II., sich den Titel als König Jacob III. beigelegt, sondern Ludwig XIV. hatte ihn als solchen anerkannt, ihm alle Hülfe versprochen und darauf hin hatte er diesen Titel angenommen. Nun besagte der vierte Artikel des Friedensschlusses: „Nachdem derjenige, welcher bei Lebzeiten des Königs Jacob II. sich als Prinzen von Wales benannte, und nach dessen Tode den Titel eines Königs von Groß-Britannien angenommen, kürzlich freiwillig sich aus dem Königreiche Frankreich wegbegeben hat, um anderswo seinen Aufenthalt zu finden, verspricht der allerchristlichste König, daß er, so wie seine Erben und Nachfolger alle Sorgfalt aufwenden werden, damit nicht Jener zu irgend einer Zeit und unter irgend welchem Vorwande nach Frankreich zurückkehre."

Demnach hatte das Staatsrecht von Groß-Britannien nunmehr durch den Friedensschluß von Utrecht abermals auch die völkerrechtliche Anerkennung erhalten. Der Prätendent dagegen hatte durch seine Anhänger im Parlamente selber beigetragen, daß dieser Friede abgeschlossen wurde. Und dennoch hoffte dann wieder der Ritter von St. Georg, daß diejenigen, die öffentlich vor aller Welt sein Recht verneint, einerseits die Königin von Groß-Britannien und ihre Minister, andererseits der König von Frankreich, im Geheimen dasselbe wieder aufbauen würden.

Neununddreißigstes Buch.

Vom Frieden von Utrecht, 11. April 1713, bis zur Krönung Georgs I., 20./31. October 1714.

Das britische Parlament vom 9./20. April bis zur Auflösung im August.

Verhalten der Jacobiten.

Die Besorgnisse in England vor geheimen Planen des Ministeriums zu Gunsten des Prätendenten gingen sehr weit. Am 27. Januar meldet der kaiserliche Resident Hoffmann aus London: „Es mangelt hier nicht an Personen, die sogar glauben wollen, daß man die Türken zum Losbruche gegen Ew. kaiserliche Majestät und das Reich aufreizen werde, um im Falle eines solchen Kriegesbrandes auch die Republik Holland außer Stand zu setzen, gegen die Herüberkunft des Prätendenten aufzutreten." — Einige Wochen später verlautete das Gerücht der Ausrüstung eines Geschwaders. „Die Whigs fürchten über alle Maßen, meldet Hoffmann am 14. März, daß diese Ausrüstung bezweckt, den Prätendenten herüber zu führen."

So haltlos diese Gerüchte waren, so haben sie geschichtlich den Werth, diese — man darf sagen — krankhafte Stimmung der Besorgnis zu zeichnen. In wie weit Besorgnisse solcher Art überhaupt gerechtfertigt waren, oder wie es um die Hoffnungen und Wünsche der Jacobiten damals stand, erfahren wir genauer aus ihren eigenen Berichten, namentlich des Schotten Lockhart.

Mit dem Abschlusse des Friedens, meldet Lockhart, schien für die jacobitische Partei die Zeit gekommen sich zu versichern, wessen sie sich von Lord Oxford zu versehen.[1]) Denn die bevorstehende Session war,

[1]) Das Folgende nach den Lockhart Papers vol. I, p. 412.

gemäß der Acte über die dreijährige Dauer eines Parlamentes, die letzte desselben. Daher traten die Häupter des October-Clubs vor Oxford mit der Erklärung, daß sie nunmehr die Erfüllung des so oft Versprochenen erwarteten, wie dies ja zugleich auch nothwendig erschiene für die Sicherheit der Königin, für seine eigene, so wie für die ihrige. Er seinerseits sprach ihnen für ihr Verhalten großes Lob aus, mit dem Wunsche jedoch, daß sie noch ein wenig sich gedulden möchten. „Freilich, sagte er, ist der Friede abgeschlossen, aber die Artikel sind dem Parlamente noch nicht vorgelegt, und die Genehmigung derselben dort ist eben so wichtig wie irgend ein Schritt, der bisher gethan." Er sprach weiter seinen Wunsch aus, daß in der bevorstehenden Session alles leicht von statten gehen möge. Er verhieß, daß er sofort nach der Auflösung dieses Parlamentes und vor den Neuwahlen gründliche Arbeit machen und die Dinge in England auf solchen Fuß stellen werde, daß alle Tories in Groß-Britannien mit seinem Verhalten zufrieden sein sollten.

Diese Rede Oxfords befriedigte jene Häupter nicht. Auch würden sie sich dabei nicht beruhigt haben, wenn nicht eine andere Aussicht ihnen aufgegangen wäre. Sie hatten bereits bemerkt, daß Bolingbroke begann das Verhalten Oxfords offen zu tadeln. Sie meinten einen großen Treffer zu machen, wenn sie jenen dahin bringen könnten, ihre Führung zu übernehmen. Da er sich durch sein freies Auftreten bereits einen großen Anhang unter ihnen erworben, so war er bereitwillig genug dazu und suchte daher täglich sich bei ihnen mehr populär zu machen. Denn sein Ziel war erster Staatsminister zu werden. Als jene Mitglieder des October-Clubs ihm ihr Mistrauen gegen Oxford und ihre Unzufriedenheit mit ihm offen aussprachen, stimmte Bolingbroke ihnen durchaus bei und versicherte ihnen: er werde das Aeußerste aufbieten, um Oxford zu mehr entschiedenen Maßregeln zu bringen. Da jedoch Oxford bei der Königin viel gelte, so müsse die Sache mit großer Vorsicht und Höflichkeit geführt werden. Daher ersuchte Bolingbroke diese Häupter, nicht dem Ministerium entgegen zu sein; denn dann könne es geschehen, daß die Dinge nicht zu ihrer Befriedigung ausliefen.

Indem nach diesen Aeußerungen die Mitglieder des October-Clubs vorausahen, daß, nach aller Wahrscheinlichkeit, die Lords Oxford

und Bolingbroke nicht lange mehr zusammen halten würden, beschlossen sie dem Letzteren anzuhangen, ihn zu stützen und in dieser Angelegenheit, die den Anlaß zu der Frageſtellung geboten, seiner Anweisung zu folgen. „Und in der That, fügt Lockhart diesem seinem Berichte hinzu, ich bin fest überzeugt, daß Bolingbroke damals und bis zum Tode der Königin die Herstellung Jacobs III. erstrebte.“ Indem aber überhaupt die jacobitischen Tories von der Besorgnis erfüllt waren, daß, im Falle ihrer Opposition wider die Minister, diese oder doch wenigstens Lord Oxford, sich bewogen finden könnten, sich den Whigs in die Arme zu werfen, hielten sie es für klüger, ganz mit Bolingbroke zu gehen und abzuwarten, welche Wirkungen seine Maßregeln haben würden. Dies war der Grund, weshalb in dieser dritten Session, die im April begann, der October-Club denselben Weg wandelte wie zuvor, alles bewilligend was das Ministerium verlangte. Denn, obwohl es kein großes Geheimnis mehr war, daß Oxford und Bolingbroke einander wegzudrängen suchten, und die Tories des October-Clubs sehr unzufrieden mit dem Ersteren und völlig dem Zweiten ergeben waren, so trat doch die Differenz nicht offen hervor, namentlich nicht in politischen Angelegenheiten. So konnte es geschehen, daß die Dinge für das Ministerium glatt verliefen.“

So der Bericht Lockharts über den Stand der Dinge vor dem Zusammen-Treten des Parlaments.

Die entsprechende Gesinnung bei der Mehrheit des Unterhauses gab sich in auffallender Weise kund durch die Gunst für den Dr. Sacheverell. Am 23. März/3. April liefen die drei Jahre ab, während deren er, nach dem Spruche des Oberhauses auf die Anklage des Unterhauses von 1710, sich der Kanzel enthalten mußte. Dann nahm er sich zum Texte seiner ersten Predigt die Worte der Schrift: „Vater, vergib ihnen; sie wissen nicht was sie thun.“ Die neue Tactlosigkeit des aufgeblasenen Mannes schadete ihm nicht. Die im Unterhause herrschende Mehrheit ersah ihn sich zum Festprediger für den Gedenktag der Herstellung des Königthumes, und die Königin verlieh ihm eine reiche Pfründe.[1])

Allein es war dann doch die große Frage, ob die im Unterhause vorwaltende Stimmung auch derjenigen der großen Mehrheit der Nation entsprach.

---

[1]) Lord Mahon, History of England etc. vol. I, p. 41.

Beginn des Parlamentes.

Nachdem das Parlament zu wiederholten Malen vertagt war, im Monat März allein fünfmal, trat es endlich am 9./20. April zusammen. Die Thronrede der Königin kündigte den Abschluß des allgemeinen Friedens an, und fügte bei, daß die Auswechselung der Ratificationen binnen wenigen Tagen erfolgen würde. Dann fuhr sie fort: „Was ich für die Sicherung der protestantischen Thronfolge gethan habe, so wie die vollkommene Freundschaft, die zwischen mir und dem Hause Hannover besteht, mag alle demselben Wohlgesinnten, welche zugleich die Ruhe und Sicherheit des Vaterlandes wünschen, überzeugen, wie vergeblich alle Versuche sind uns zu zertrennen, und daß diejenigen, die sich ein Verdienst daraus machen unsere Interessen als verschieden darzustellen, niemals ihren Zweck erreichen werden."

Bei der Anregung der Dank-Adresse im Oberhause wurde geltend gemacht, daß der Friede nicht allgemein sei und daß man um die Mittheilung der Artikel bitten müsse. Das letztere Verlangen ward auch im Unterhause angeregt. In beiden Häusern war die Mehrheit dagegen. Die Adressen beider Häuser begrüßten dagegen mit lebhaften Ausdrücken des Dankes die Worte der Königin über die Thronfolge. „Ew. Majestät, sagte diejenige des Unterhauses, können keinen höheren Beweis Ihrer Fürsorge für die Nachwelt geben als durch den Eifer, welchen Sie auszusprechen geruhen für die protestantische Succession in dem Hause Hannover, von welcher das künftige Glück dieses Königreiches so sehr abhangt. Wir hoffen und vertrauen, daß nichts im Stande sein wird, die Freundschaft zwischen Ew. Majestät und jener erlauchten Familie zu stören, da ja die bösen Absichten derjenigen, welche darauf ausgehen diese Interessen zu trennen, allzu plump angelegt sind, als daß sie je gelingen könnten."[1])

Bei solchen Reden einerseits der Königin, andererseits des Parlamentes hätte die Thronfolge des Hauses Hannover als fest begründet erscheinen müssen. In der Wirklichkeit dagegen hatten, nach vertraulichen Berichten aus London, die Minister viele Mühe gehabt die Königin zu bewegen, in ihrer Thronrede das Haus Hannover auch nur

[1]) Commons Debates vol. IV, p. 337.

zu nennen. Nur auf die eindringlichen Vorstellungen, daß dies durchaus erforderlich sei, um die Gemüther zu beschwichtigen und bei den im Laufe des Jahres bevorstehenden Wahlen die Oberhand zu behalten, hatte die Königin nachgegeben.[1])

Die Häupter der Whig-Partei dagegen traten bei Lord Halifax zusammen, um eben auf Grund dieser Thronrede und der Adressen ihrer Bitte bei dem Kurfürsten, den Kurprinzen herüber zu senden, neues Gewicht zu verleihen.[2]) Im Namen derselben schrieb der Holländer L'Hermitage, der, obwohl nicht officieller Minister-Resident der Republik, dennoch im Ansehen eines solchen stand, nach Hannover. „Gerade jene unaufrichtigen Betheuerungen, ließen die Whigs sagen, geben für den Kurprinzen den natürlichsten Vorwand in Person herzukommen, jene Betheuerungen als aufrichtig gemeint zu betonen und dafür Dank zu sagen. Denn die Verstellung der Königin und des Treasurers mit derselben Münze zu bezahlen, ist nicht anders als gerecht. Der Kurfürst kann ja doch nicht anders als die unwürdige Weise, in der man ihn behandelt, schwer empfinden. Vom Throne herab wird geredet als thue man nichts als in Uebereinstimmung mit ihm, wo man in der Wirklichkeit auf die Denkschriften seines kürzlich hier verstorbenen Gesandten nicht einmal eine Antwort gegeben und in Utrecht das Interesse des Kurfürsten gegenüber demjenigen des Kurfürsten von Bayern völlig preis gegeben hat."

„Auf jeden Fall bietet sich hier die schönste Gelegenheit von der Welt, den Lord Oxford in seinen eigenen Schlingen zu fangen. Sie scheint providentiell gegeben zu sein. Um Gottes willen möge man sie nicht vernachlässigen; denn hernach auf sie zurückkommen zu wollen, dürfte zu spät sein."

„Die Freunde der Thronfolge halten es nicht für zweckmäßig, im Parlamente ein Jahrgeld für die Kurfürstin zu beantragen, noch auch dort zuerst die Herüberkunft eines Mitgliedes des kurfürstlichen Hauses anzuregen. Durch dies letztere würden sie ein Recht in Frage stellen, welches das kurfürstliche Haus besitzt, und der Mehrheit im

---

[1]) Bothmar an Robethon, 16. Mai, bei Macpherson's Original papers vol. II, p. 494.

[2]) A. a. O., p. 489.

Parlamente einen Anlaß geben, irgend welchen ungeeigneten Beschluß zu fassen, der die Herüberkunft erschweren würde." „Es bedarf für den Kurprinzen weder einer Einladung des Parlamentes, welche bei der Zusammensetzung des jetzigen nicht zu erwarten steht, noch auch einer Erlaubnis der Königin, welche sie, wenn verlangt, sicherlich nicht gewähren wird. Der Kurprinz, weil hier naturalisirt, zum Herzog von Cambridge und Mitglied des Oberhauses ernannt, endlich vermöge seines Ranges als Prinz von Geblüt, hat durchaus das Recht hierher zu kommen nach seinem Belieben. Nach den Gesetzen kann die Königin selber ihm weder untersagen ins Königreich zu kommen, noch auch seinen Sitz im Oberhause einzunehmen. Auch können die Königin und ihre Minister, nach den öffentlichen und feierlichen Erklärungen der Thronrede und der Adressen des Parlamentes, davon nicht zurück, sondern werden genöthigt sein, den Prinzen wohl aufzunehmen. Zugleich wird, wo die Gesundheit der Königin täglich mehr zusammen bricht, Jedermann sich ihm als der aufgehenden Sonne zuwenden."

„Die Freunde der Thronfolge wünschen, daß der Kurfürst den Prinzen sofort herüber senden möge, damit er noch während der gegenwärtigen Session, die nur noch zwei Monate dauern wird, hier erscheine und seinen Sitz im Oberhause nehme, nicht um dort mit den Whigs und gegen den Hof zu stimmen, sondern um Besitz zu ergreifen von demjenigen was ihm gebührt, und die Nation von der Falschheit der in Umlauf gesetzten Gerüchte zu überzeugen, daß der Kurfürst in Betreff der Krone von England gleichgültig sei. Denn andererseits stimmen die Freunde überein, daß der Prinz der Königin den Hof zu machen, den Ministern Aufmerksamkeit zu beweisen, Jedermann ohne Unterschied der Partei freundlich zu behandeln habe, und sich vom Besuche des Oberhauses enthalten möge, wenn dort Partei-Fragen zur Erörterung kommen, weil er bei solchen Gelegenheiten in die Lage gerathen könnte, entweder gegen den Hof zu stimmen, oder gegen die Freunde der Succession."

„Daß die Nation für das kurfürstliche Haus und gegen den Prätendenten ist, liegt nunmehr augenscheinlich vor, weil ja der Hof selber der Ansicht ist, die Wahlen für das nächste Parlament nicht anders durchsetzen zu können als durch die Erklärungen der Königin zu Gunsten des Hauses Hannover. Eben so suchen sich die Mitglieder

des Unterhauses, um der Wiederwahl sicher zu sein, in ihren Adressen hinter dieselbe Maske eines vorgeblichen Eifers für die protestantische Thronfolge zu verstecken. Dieses Beispiel wird Nachahmung finden in allen Adressen, welche, in Anlaß des Friedens, von allen Gegenden des Königreiches einkommen werden."

„Der Lord Treasurer läßt aller Orten im Lande umher verkünden, daß der Kurfürst sich in völliger Uebereinstimmung mit der Königin befinde, und es gut aufnehmen werde, wenn die vom Hofe empfohlenen Persönlichkeiten ins Parlament gewählt werden. Dieser Kunstgriff gelingt ihm an manchen Orten. Da er außerdem Geld zu verwenden hat und bei solchen Anlässen sehr freigebig damit ist, so werden die Whigs entmuthigt, als Bewerber um die Wahlen aufzutreten, aus Furcht des Mislingens. Demgemäß erwächst die Gefahr eines den Ministern eben so ergebenen Parlamentes wie das bisherige. Tritt dies ein, so vermögen die Minister, weil dann für drei Jahre lang unbedingt die Meister, leicht ihre verderblichen Plane auszuführen und den Prätendenten einzubringen."

„Dagegen wird die Anwesenheit des Kurprinzen im Königreiche ausreichen, diesen Plan der Minister zu nichte zu machen. Sie wird die Whigs ermuthigen sich um die Wahlen zu bewerben, und sie werden gern alle Kosten derselben auf sich nehmen, ohne von dem Kurprinzen etwas zu verlangen. Seine bloße Anwesenheit wird auf die Wahlen einen mächtigen Einfluß haben und für die Wohlgesinnten Viele gewinnen, welche zur Zeit dem Hofe nur darum folgen, weil sie an dem Successor keine Stütze haben, und in der irrigen Meinung befangen sind, daß der Kurfürst sich um England nicht kümmere. Alle diese Besorgnisse werden schwinden. Jedermann wird dem Prinzen anhänglich sein wollen, und dadurch werden wir ein gutes Parlament erhalten. Hernach mag dann der Kurprinz darin entscheiden, wie er für gut findet, sowohl in der Angelegenheit der Thronfolge als in denjenigen Europas."

„Die Sendung des Kurprinzen ist demnach ein sicheres Heilmittel sowohl gegen die gegenwärtigen Uebelstände, als die hernach zu besorgen sind. Es ist leicht, bietet sich selber dar, erfordert weder Kosten, noch bringt es eine Gefahr. Dies ist so einleuchtend, daß ich Ihnen nicht verhehlen darf, daß, wenn unsere Freunde, die so eindringlich es

verlangen, sich darin getäuscht sehen, sie sich für verlassen halten und auf keine andere Hülfe hoffen werden. Das wird sie entmuthigen und dahin bringen, daß sie für ihre Sicherheit ihre eigenen Maßregeln suchen."

„Alles hangt davon ab, daß der Kurprinz baldigst kommt und in unerkannter Weise. Dann wird Alles sich leicht machen."

Die Whig-Partei in England erneuerte diesen Rath, im Mai und Juni, mit jeder neuen Post. Auch Marlborough von Antwerpen aus mahnte in diesem Sinne. Der Gesandte Bothmar im Haag gab nach Hannover den gleichen Rath. Er rieth, daß der Kurprinz, um nicht den Weg über Holland zu nehmen, sich auf einer dänischen Fregatte in der Elbe einschiffen möge.[1])

Bevor von Hannover aus auf diese Wünsche eine Antwort erfolgte, bewies der Ausgang einer Angelegenheit im britischen Parlamente, daß das Ministerium sich nicht unbedingt auf die Mehrheit verlassen konnte.

Am 8./19. Mai erging eine Botschaft der Königin an das Unterhaus, lautend: „Anna Königin. Da es die unzweifelhafte Prärogative der Krone ist, Krieg und Frieden zu machen, so habe ich die Verträge über Frieden und Handel mit Frankreich, welche auf meinen Befehl gezeichnet waren, ratificirt" u. s. w. Diese Verträge wurden nun dem Hause vorgelegt.

So weit man diese Verträge auch schon vorher kannte, hatte namentlich der neunte Artikel des Handelsvertrages, den das britische Ministerium von Frankreich herausgedrückt zu haben meinte, schwere Bedenken des englischen Handelsstandes wach gerufen. Viele waren der Ansicht, daß dieser Artikel, welcher den Franzosen die Rechte der meist begünstigten Nation zuspreche, gegen die Verträge mit Portugal verstoße, und daß England darüber in Gefahr kommen würde, den sehr einträglichen Handel mit diesem Lande einzubüßen. Die Whig-Partei nutzte diese unzufriedene Stimmung aus. Bei der ersten Abstimmung, am 14./25. Mai, behielt das Ministerium noch die Oberhand. In den nächsten Tagen jedoch liefen viele Petitionen verschiedener Berufs-Classen, namentlich des Handelsstandes, gegen jenen Artikel ein.

---

[1]) Macpherson's Original papers, vol. II, p. 494. Vom 9. Mai.

Wiederholt wurden auch Experten mündlich vernommen. Am 18. 29. Juni fiel die Entscheidung. Für dieselbe erschien namentlich die Rede des Tory Sir Thomas Hanmer als gewichtig. Er erklärte offen, daß er früher für das in Kraft Treten der zwei Artikel 8 und 9 des Handelsvertrages gestimmt habe, daß jedoch die Darlegungen der Kauf- und Geschäftsleute verschiedener Richtungen ihn eines Besseren belehrt hätten. Das Interesse des Vaterlandes so wie die eigene Ueberzeugung seien die allein entscheidenden Grundsätze für ihn, und darum stimme er gegen das in Kraft Treten der zwei Artikel. Es ergab sich eine Mehrheit der Verneinenden mit 194 gegen 185.[1])

Das Ministerium hatte also eine Niederlage erlitten. Nach der Meinung oder vielmehr nach der Anklage Bolingbrokes hatte Oxford dieselbe verschuldet, indem zwei Tage zuvor das Gerücht ausging, daß Oxford auf den Punkt kein Gewicht lege. Er für seine Person also suchte sich der Niederlage zu entziehen. Der Verdruß Bolingbrokes gegen ihn war im Steigen, so sehr, daß er den Erguß seines Unwillens an Prior mit den Worten endet: Quos perdere vult Juppiter, prius dementat.[2])

Eine andere verwickelte Frage im Parlamente betraf Schottland. Die Unions-Acte von 1706 stellte fest, daß, so lange der Krieg währe, Schottland nicht zu der schweren Steuer der englischen Malz-Taxe herangezogen werden solle. Aber der Krieg war nun zu Ende und demgemäß brachte das Ministerium eine Bill ein, welche die Malz-Taxe über ganz Groß-Britannien ausdehnte. Die Schotten im Parlamente sträubten sich dagegen, so viel sie vermochten; aber die Bill ging mit großer Mehrheit durch.

Die allgemeine Misstimmung in Schottland darüber gedachte der Jacobit Lockhart auszunutzen. Er selber gibt seinen Plan dabei an mit den folgenden Worten: „Da es bei meiner Betheiligung an öffentlichen Angelegenheiten mein hauptsächliches, ja mein einziges Absehen war, dem Könige (Jacob III.) nach Kräften zu dienen, so hatte ich zunächst immer dies im Auge und wünschte sehnlichst eine Gelegenheit herbei, in welcher die schottische Nation die Ehre haben könne,

---

[1]) Commons Debates vol. V, p. 40.

[2]) Bolingbroke's letters vol. IV, p. 184.

möglichst einstimmig für ihn einzutreten."[1]) In der Anerkennung, daß die Loyalität nicht vermögen würde, das positiv einigende Band zu sein, trachtete Lockhart die allgemeine Abneigung der Schotten gegen die Union zu dem negativ einigenden Bande zu machen. Und dafür ergab die Einführung der Malz-Taxe eine geeignete Gelegenheit. Es handelte sich darum, die Aufhebung der Union zu beantragen.

Lockhart erzählt in ausführlicher Weise die Schritte, die er zu diesem Zwecke that, unbekümmert um die Misbilligung Oxfords, so wie auch der Königin. Er gewann für den Gedanken des Antrags auf die Aufhebung der Union die Schotten im Unterhause, und eben so dann im Oberhause. „Sie gingen ein, sagt ein Berichterstatter, wie jeder Schotte thun mußte, der sich nicht der Gefahr aussetzen wollte, bei der Rückkehr in die Heimat gesteinigt zu werden."[2]) Man erblickte den Herzog von Argyle in dieser Sache wetteifernd mit dem Grafen Mar.

Aber es handelte sich darum, für den zu stellenden Antrag vorher eine Mehrheit zu gewinnen. Das Ministerium und die Tories weigerten sich. Dagegen einigten sich die Lords Nottingham, Townshend, Halifax mit den Schotten, daß, wenn diese ein anderes Mittel vorschlagen könnten, die Succession des Hauses Hannover in Schottland zu sichern, sie für die Aufhebung der Union stimmen würden.[3]) Von Seiten jener Lords war dies schlau berechnet; denn wenn mit ihrer Hülfe der Antrag durchging, so machten sich dadurch die Schotten bis dahin, daß die Sache entschieden war, also jedenfalls bis zum Ende der Session, von der Whig-Partei abhängig.

Der Antrag ward im Oberhause gestellt von Lord Findlater, und begründet durch die Nachtheile, welche die Schotten durch die Union erlitten haben wollten. Die ministeriellen Lords redeten dagegen, die Whigs, unter Voraussetzung jener Bedingung, dafür. Der Herzog von Argyle ging darüber noch hinaus, sehr wenig zur Befriedigung Lockharts. Argyle erkannte an, daß er für das Zustande-Kommen der Union nachdrücklich mitgewirkt. Er habe dies gethan in

---

[1]) Lockhart Papers vol. I, p. 418.

[2]) Kreyenbergs Bericht vom 12. Juni, in den Robethon-Papieren.

[3]) Desgleichen vom 13. Juni.

der Hoffnung dadurch die protestantische Thronfolge um so mehr zu festigen. Aber für diesen Zweck ließen sich andere Mittel finden. Die Union, sagt er dann, gereiche der Thronfolge des Hauses Hannover so wenig zur Sicherheit, daß vielmehr die Abneigung gegen dieselbe dem Prätendenten bei dem letzten Versuche einer Invasion, im März 1708, eine Menge Anhänger zugeführt habe, die sonst an ihn nicht gedacht haben würden. Dies werde sich bei ähnlichen Gelegenheiten wiederholen.[1])

Nach langen Erörterungen ergab die Abstimmung der Anwesenden je 54 für und wider. Die Vollmachten für den Antrag betrugen 13, diejenigen wider ihn 17. Demnach war die Sache erledigt und kam im Unterhause nicht einmal vor.

Stand der Frage der Thronfolge.

Wir sehen, wie bei allen Angelegenheiten des britischen Parlamentes, sei es offen, sei es versteckt, als der wichtigste Factor die Frage der Thronfolge eintritt. Es ist darum hier der Ort, den damaligen Stand derselben nach der Auffassung des hannöverschen Residenten Kreyenberg darzulegen. Nach dem Tode des Freiherrn von Grote hatte der Kurfürst einen anderen Gesandten noch nicht wieder ernannt. Kreyenberg also führte die Geschäfte. Bei seinem Berichte an Robethon ist jedoch mit in Anschlag zu bringen, daß er Oxford für einen wirklichen Jacobiten hielt. Er berichtet am 16./27. Juni wie folgt.[2])

„Die Angelegenheit der Schotten scheint nunmehr völlig beigelegt; aber Gott weiß, welche Folgen sie noch in Schottland nach sich zieht. Der Marquis Montrose und der Herzog von Argyle so wie auch Andere sind der Ansicht, daß sie nicht schlimm sein können, daß sie vielmehr bei den nächsten Wahlen den Jacobiten zum Nachtheile gereichen werden. Ich zweifele jedoch daran, weil voraussichtlich Lord Oxford das Geld nicht sparen wird. Uebrigens scheint es mir, daß die schottischen Lords im Parlamente, nachdem sie einmal ein böses

[1]) Lockhart Papers vol. I, p. 435. Vgl. Lords Debates vol. II, p. 394.
[2]) Der Bericht in den Robethon-Papieren.

Gesicht gemacht, fortan wieder wie bisher mit dem Ministerium stimmen werden. Ich nehme davon nur den Herzog von Argyle aus, seinen Bruder Lord Islay, und vielleicht Lord Blantyre. Freilich predigt der Herzog von Argyle den Anderen unablässig, daß man in Schottland ihrem ernstlichen Willen, dem Lande Erleichterung zu verschaffen, nicht glauben wird, wenn sie nicht auch in anderen Angelegenheiten gegen den Hof stimmen, bis sie ihn zur Abhülfe zwingen; aber dies bringt keine Frucht; denn ihre Pensionen und die Hoffnung auf die Ueberkunft des Prinzen von Wales liegen ihnen mehr am Herzen."

„Ich halte es nicht für erforderlich, meinerseits noch wieder die Reise des Kurprinzen hierher oder eine Geldsumme für die Wahlen anzuregen. Ich glaube die Nothwendigkeit und die voraussichtlich gute Wirkung zur Genüge dargelegt zu haben. Das Eine oder das Andere würde unzweifelhaft durchschlagen; allein, wenn weder das Eine noch das Andere geschieht, so weiß ich in Wahrheit nicht, was aus unserer Succession hier werden soll. Ich gehe weiter und stelle es Ihrem Urtheile anheim, ob in solchem Falle Se. kurfürstliche Hoheit daheim in seinem Kurfürstenthume sicher sein, und ob nicht der König von Frankreich und der Prinz von Wales auf dem Throne von England trachten werden, den Kurfürsten auf einen solchen Stand hinab zu bringen, daß sie von ihm nichts mehr zu fürchten haben. Sie kennen aus eigener Erfahrung England zu wohl um daran zu zweifeln, daß die Krone demjenigen zufallen wird, der zuerst kommt, und daß ein Widerstand hier ohne fremde Hülfe nicht möglich ist. Aber die Frage ist, woher diese Hülfe kommen solle. Denn hier sind Viele der Ansicht, daß Holland, nachdem es einmal so wie zur Zeit herunter gebracht ist, nicht wagen wird sich zu rühren. Und was Dänemark betrifft, den guten Willen dort vorausgesetzt, so kann man von dort her nicht eine schnelle Hülfe erwarten. Nur mit der Zeit könnte Dänemark nützlich werden, das heißt wenn der Krieg sich hinzöge. Indessen ich will das nicht ausführen, sondern kehre auf England zurück."

„Es gibt hier eine sehr große Zahl Leute, die zur Zeit von den besten Absichten beseelt sind. Wäre aber der Prätendent einmal hier, so würden sie, nach meiner Ansicht, nicht bloß sich ruhig unterwerfen, sondern auch reden etwa wie folgt: Wie! Soll ich mich und meine Familie zu Grunde richten, daß ich einen Bürgerkrieg anzetteln

helfe, deſſen Ausgang ungewis iſt? — Nein, lieber unterwerfe ich mich. Vielleicht iſt auch die Regierung des Prinzen nicht ſo ſchlimm, wie man behauptet. Er verſpricht ja, daß er unſere Religion und unſere Freiheit ſchützen will u. ſ. w. — Wenn der Prinz ſich proteſtantiſch erklärte, ſo würde man ſolche Reden noch nachdrücklicher vernehmen."

„Sie können mir darauf antworten, daß Leute, die ſo reden, nicht verdienen gerettet zu werden, oder daß man ſich für ſie bemühe. Allein man darf nicht verlangen, daß die Menge aus Catonen beſtehe. Auch iſt dies niemals und bei keiner Nation ſo geweſen. Es gibt eine gewiſſe Anzahl Leute, obwohl klein, die feſthalten werden; aber man darf ſich nicht darauf verlaſſen, daß ihr Beiſpiel die Maſſe der Nation mit fortzieht. Dieſe iſt furchtſam und bereitwillig ſich zu ergeben."

„Darum halte ich an der Hoffnung feſt, daß Se. kurfürſtliche Hoheit gemäß der Ihr eigenen Großmuth an England denken wird, bevor es zu ſpät iſt, und es nicht zu Grunde gehen laſſen will, obwohl die bis jetzt vorgeſchlagenen Mittel und Wege die Genehmigung dort nicht gefunden haben."

„In Betreff der Forderung des Geldes für die Wahlen habe ich, ſo viel es mir möglich, die Koſten entgegen gehalten, die der Kurfürſt für den Reichskrieg zu tragen hat. Ihnen gegenüber jedoch muß ich auch ſagen, daß dasjenige, was jetzt mit einer Summe von hunderttauſend Pfund Sterling zu erreichen iſt, ſpäter vielleicht mehr erfordern wird. Und jene Summe wäre einmal für immer."

„In Betreff des anderen Vorſchlages, nämlich der Sendung des Kurprinzen, geſtehe ich ein, daß ich den bekannten Freunden gegenüber nicht alle Hoffnung abſchneide, damit ſie nicht den Muth verlieren. Aber der lange Verzug einer Antwort darauf deutet ihnen ſchon an, daß nichts daraus werden wird, und daß meine Reden nur den Zweck der Begütigung haben. Dazu ſcheint auch ja die ſchöne Gelegenheit, welche ſich aus den Worten der Thronrede über die vollkommene Freundſchaft der Königin mit Hannover ergab, bereits verloren."

„Demnach bitten die Freunde, daß der Kurfürſt, indem er keinen von ihren zwei Vorſchlägen genehmigt, ſelber einen anderen, ihm geeignet erſcheinenden machen wolle. Denn ſie für ſich wiſſen keinen anderen, weder um dem Unheil vorzubeugen, noch auch das mehr und

mehr um sich greifende Gerede zum Schweigen zu bringen. In Wahrheit vernimmt man von Leuten, welche das Geheimnis jener zwei Vorschläge nicht kennen, daß entweder der Kurfürst ein Einverständnis mit Lord Oxford haben müsse, und darum die Succession nicht als in Gefahr ansehen könne, oder daß er geringen Werth auf diese Succession lege, sich eher gleichgültig dagegen verhalte. Der Einwand, daß doch der verstorbene Herr von Grote wie ich hier, und daß der Herr von Bothmar im Haag immer in anderer Weise geredet haben, verfängt nicht. Man erwiedert, daß wir sämmtlich nicht in das Geheimnis eingeweiht sind, daß auch selbst der Minister Bernstorf es nicht ist. Derartiges Gerede verbreitet sich so sehr, daß Worte dagegen nichts mehr vermögen. Auch sind es nicht geringe Leute, die in dieser Weise raisonniren, sondern Personen von Einsicht, von Verständnis, von gutem Willen. Auch selbst unter denen, welche das Geheimnis der zwei Vorschläge kennen, sind Einige nicht frei von Mistrauen, wenn sie es auch mir nicht kund geben. Ich rede nicht bloß von Whigs, sondern auch von Tories, unter denen es, nach meiner sicheren Kunde, eine große Zahl ehrenhafter Persönlichkeiten gibt, die sich von Stund an gegen Lord Oxford erklären würden, wenn sie wahrnähmen, daß Se. kurfürstliche Hoheit auftritt. Aber, wenn man in sie dringt sich auszusprechen, so halten sie das vorhin dargelegte Raisonnement entgegen."

Der Resident malt dann seine Besorgnisse vor den Folgen aus, die eintreten könnten, wenn die für die Succession Eifrigen in England auf alle Hülfe von Seiten des Kurfürsten verzichten müßten. Daß solche Besorgnisse vorhanden waren, ist demgemäß eine geschichtliche Thatsache, die darum auch Wirkungen ausübte. Ein Eingehen auf Besorgnisse, die sich nicht verwirklicht haben, würde dagegen über den Rahmen des Geschehenen hinausführen.

Endlich brachte Kreyenberg noch einen besonderen Wunsch der Bethätigung des Kurfürsten in England vor.

„Jedesmal, schreibt er, wo ich eine Geldfrage anregen muß, darf ich Ihnen versichern, daß ich es ungern thue. Aber ich kann es nicht immer unterlassen. Ein solcher Fall kommt mir jetzt vor in Betreff des Lords Willoughby von Parham. Dieser Lord, neulich durch den Tod seines Bruders zur Pairschaft gekommen, ist ein rechtschaffener

Mann, aber mittellos. Lord Oxford hat im Namen der Königin ihm ein Jahrgeld angeboten, wie es sein Bruder erhielt; aber er hat dem Boten geantwortet, daß er lieber Hungers sterben würde als durch sein Votum zum Verderben seines Vaterlandes beizutragen. Den Freunden unserer Sache, die ihn aufgefordert haben, sich hierher zu begeben, hat er erwiedert, daß er dazu bereit sei, auch seinen Sitz im Oberhause einzunehmen, wenn sie ihm die Reisekosten stehen würden. Dazu haben sie sich erboten, und demgemäß wird er erwartet. Unsere hauptsächlichen Freunde haben auch die Absicht, ein Jahrgeld für ihn zusammen zu legen. Aber dies stößt auf Schwierigkeiten, zumal da diese Arten von Ausgaben immer auf ein halbes Dutzend Personen fallen, die nicht reich genug sind für alles aufzukommen. Daher hat man mich viel gebeten zu seinen Gunsten zu schreiben, damit der Kurfürst sich herbeilassen möge, ihm ein kleines Jahrgeld zu bewilligen. Dafür könnte er auf dem Lande leben und seine Vollmacht hier belassen. Man hofft, daß 400 Pfund Sterling nicht als zu hoch dort angesehen werden, und der gute Mann würde damit sehr zufrieden sein. Ich habe dem Andringen darüber zu schreiben nachgeben müssen; aber ich sage im voraus, daß Lord Willoughby sich als rechtschaffener Mann bewähren wird, möge man ihm etwas geben oder nicht. Auch geschieht dies Schreiben ohne seine Bitte und sogar ohne sein Vorwissen."

„Ich füge noch hinzu, daß Lord Bolingbroke sich in sehr heftigen Ausdrücken gegen die Herren Bernstorf und Bothmar zu ergehen pflegt, und manchmal auch mir die Ehre erweist, in gleicher Weise von mir zu reden."

Auf diese dringenden Vorstellungen ließ der Kurfürst Georg Ludwig, im Beginne des Monats Juli, an Kreyenberg und L'Hermitage eine Antwort ergehen.[1]) „Se. kurfürstliche Hoheit, schreibt Robethon, hat durch den verstorbenen Herrn von Grote unseren Freunden in England sagen lassen, daß er sie niemals verlassen, und, auf den Tod der Königin, alles thun wird, was die Nation von ihm erwarten kann. Nachdem er nun, nach dem Tode Grotes, durch den Residenten Kreyenberg diese Versprechungen in den stärksten Ausdrücken hat erneuern lassen, würde es ihn in Staunen versetzen, wenn ein Zweifel laut

[1]) Macpherson's Original papers vol. II, p. 497.

würde an solchen Zusicherungen von Seiten eines Fürsten, von dem man weiß, daß er sein Wort gewissenhaft zu halten pflegt."

Der Nachdruck dieser Antwort liegt in den Worten: auf den Tod der Königin. Sie schnitten jegliche Einmischung des Kurfürsten in die englischen Angelegenheiten vorher ab. Daß dennoch der Kurfürst indirect auch für England sich bethätigte, sucht der Fortgang des Schreibens darzulegen.

„Der Kurfürst erweist den Wohlgesinnten in England den größten Dienst, welchen die europäischen Angelegenheiten im Allgemeinen und seine besondere Stellung ihm gestatten, nämlich dadurch, daß er treu zu Kaiser und Reich gegen Frankreich steht und zu diesem Zwecke 17.000 Mann seiner Truppen verwendet. Dieser Krieg gegen Kaiser und Reich setzt den König von Frankreich außer Stande, den Prätendenten mit einer Armee nach England zu senden, und es ist nicht anzunehmen, daß ohne eine französische Armee der Prätendent es wagen wird, weil er ja durch die Gesetze geächtet ist und die Nation wider sich hat. Thäte er es dennoch, so muß man ja fragen, ob die Freunde der Succession, welche so vermögend, so einflußreich sind, und auf die Nation und die Gesetze sich stützen können, den Muth verlieren und sofort sich unterwerfen würden, wo es sich handelt um ihre Religion, ihre Gesetze, ihr Eigenthum, ihre Freiheit, zumal da sie auf schleunige Hülfe von Seiten des Kurfürsten sich verlassen dürfen. Die Nation muß sich selber bethätigen; denn der Kurfürst kann sie nicht retten wider ihren Willen."

„Die Truppen am Rheine erfordern einen solchen Aufwand, daß der Kurfürst das für die Wahlen verlangte Geld nicht hergeben kann. Dazu würde es ihm unfehlbar mislingen, weil ja doch der Hof immer den schwereren Beutel haben würde. Und ferner könnte eine solche Maßregel niemals so geheim gehalten werden, daß sie nicht dem Ministerium zu großem Anstoße gereichen würde."

„Gegen die Sendung des Kurprinzen nach England streitet eine Reihe von Gründen. Zuerst mangelt, weil eine geheime Ueberkunft nicht möglich, die Gewisheit einer sicheren Fahrt. Die Minister haben es in ihrer Macht ihm Hindernisse in den Weg zu legen, oder nach der Ankunft Kränkungen zu bereiten. Ferner ist der Kurfürst seit zwei Jahren mit irrthümlichen Nachrichten über den Zustand der Königin

ſo oft getäuſcht worden, daß er nicht anders als annehmen kann, ihr Tod ſtehe noch lange nicht in Ausſicht. Auf eine ſo unbeſtimmte Erwartung hin darf er nicht ſeinen einzigen Sohn und die Hoffnung ſeines Hauſes wagen."

Die Gründe für die Nicht-Sendung des Kurprinzen erſchienen dem Holländer L'Hermitage ſo wenig befriedigend, daß er es vorzog ſie gar nicht geltend zu machen, ſondern erneuerte Vorſtellungen dagegen nach Hannover richtete. Lord Halifax, meldete er, ermäßige die Forderung für die Wahlen in England auf die Hälfte, nämlich auf 50.000 Pfund Sterling, und der Herzog von Argyle glaube für Schottland mit 20.000 Pfund Sterling ausreichen zu können. Ungleich mehr wünſchenswerth aber ſei die Ueberkunft, wenn nicht des Kurfürſten, ſo doch des Kurprinzen. Halifax wolle dafür einſtehen, daß in dieſem Falle das Miniſterium geſtürzt werde. Dringender noch ſchrieb Lord Sunderland an Bothmar im Haag. Wenn nicht der Kurfürſt oder doch der Kurprinz komme, ſo würden alle Freunde der Succeſſion ſich für verlaſſen halten.[1])

Die Frucht dieſes Andringens in Hannover war, daß der Kurfürſt den Gedanken erwog, ſich in London wieder durch einen Geſandten vertreten zu laſſen.

Fortſetzung der Parlaments-Verhandlungen.

Wie richtig dagegen der Einwand, daß der Kurfürſt, auch wenn er ſonſt gewollt hätte, an Mitteln für die Wahlen mit der Königin und ihren Miniſtern nicht wetteifern könne, ergab ſich in denſelben Tagen. Am 25. Juni/6. Juli ließ die Königin an das Unterhaus die Botſchaft gelangen, daß ſie ſich in Folge außerordentlicher Ausgaben in Schulden befinde.[2]) Sie verlangte eine halbe Million Pfund Sterling. Bei dem jederzeit wohl geregelten Hofhalte der Königin mußte eine ſolche Forderung auffallen. Der Reſident Hoffmann berichtete darüber an den Kaiſer: „Dieſe Schulden rühren eigentlich daher, daß ein großer Theil der Einkünfte der Königin zur Gewinnung von Par-

[1]) Macpherson's Original papers vol. II, p. 499. Im Juli und Auguſt.
[2]) Commons Debates vol. V, p. 44.

laments-Mitgliedern dient, wie denn auch die nunmehr begehrte Summe meistentheils zu demselben Zwecke angewandt werden wird. Denn daran ist dem Ministerium alles gelegen, ja man dürfte sagen, daß es dessen einziges Geschäft ausmacht." [1])

Dagegen vernahm die Whig-Partei mit Freuden die rege Betheiligung des Kurfürsten an dem Reichskriege wider Frankreich; denn, wie er, waren auch sie der Meinung, daß jedenfalls diese Diversion es dem Könige von Frankreich allzu schwer mache, mit Waffenmacht etwas für den Prätendenten zu thun.

Die officielle Friedensfeier fand statt am 7./18. Juli. Die Absicht der Königin sich an derselben in der St. Paulskirche zu betheiligen, ward vereitelt durch ihren Gesundheitszustand. Ihrem Wunsche gemäß begaben sich die Mitglieder des Parlamentes zur St. Paulskirche, als wenn die Königin dort anwesend wäre; sie selber dagegen hielt die Feier ab in der Capelle von St. James. Die sämmtlichen Vertreter der fremden Mächte waren dazu geladen. Es erschienen nicht die Residenten des Kaisers und des Kurfürsten, Hoffmann und Kreyenberg. Auch die gesammte Whig-Partei hätte lieber nicht Antheil genommen. Um jedoch nicht den Vorwurf aufkommen zu lassen, daß die Whig-Partei sich in allen Dingen dem Hofe widersetze, betheiligten sich die Lords Halifax und Somers.[2])

Während das Parlament sich zum Schlusse neigte, gelang es noch einmal den Anhängern der gesetzlich festgestellten Succession, einen erheblichen moralischen Erfolg davon zu tragen.

Am 29. Juni/10. Juli erhob sich im Oberhause Lord Wharton mit dem Antrage, die Königin durch eine Adresse zu ersuchen, daß sie bei dem Herzoge von Lothringen und bei allen mit ihr in Frieden und Freundschaft stehenden Mächten ihren Einfluß aufbieten wolle, damit sie dem Prätendenten der Krone von Groß-Britannien keine Aufnahme verstatteten. Der Antrag überraschte die Gegner so sehr, daß erst nach langem Schweigen einige Einwände laut wurden. Auch diese hielten nicht Stand. Eine Adresse in diesem Sinne ward einstimmig beschlossen.[3])

---

[1]) Hoffmanns Bericht vom 7. Juli.

[2]) Desgleichen vom 18. Juli.

[3]) Lords Debates vol. II, p. 400.

Die Antwort der Königin lautete dahin, daß sie ihre Bemühungen, damit jene Persönlichkeit weiter entfernt werde, wiederholen wolle. Dies letzte so ungeschickt wie unaufrichtig gewählte Wort gab den Anlaß eine zweite Adresse zu beantragen. Diese sprach das Erstaunen des Hauses aus, daß die ersten Bemühungen nicht volle Wirkung gehabt, wo doch der König von Frankreich dem Wunsche sofort nachgegeben hätte. Die Adresse versprach, daß das Oberhaus der Königin zur Seite stehen werde in Allem was erforderlich sei, ein Verlangen durchzusetzen, welches, indem es sich gründe auf das Völkerrecht, nothwendig sei für die Ehre und die Sicherheit der Königin, wie für die Ruhe und den Frieden ihres Volkes.

Das Oberhaus beschloß, daß der Königin diese neue Adresse überreicht werden solle durch die Lords mit weißen Stäben. Es geschah, und es erfolgte der Bericht, daß die Königin die Adresse gnädig aufgenommen habe.

Zwei Tage nach jenem Antrage im Oberhause stellte der General Stanhope im Unterhause einen ähnlichen. Nur ein einziger Jacobit, Whitlocke, machte einen Einwurf. Er erinnere sich, sagte er, daß dem Protector Cromwell eine ähnliche Adresse eingereicht sei zu dem Zwecke, daß Carl Stuart aus Frankreich hinausgewiesen werde. Dessen ungeachtet sei kurze Zeit hernach Carl Stuart auf den Thron seines Vaters zurückgekehrt. — Die anderen Jacobiten schwiegen. Dies ist um so mehr auffallend, da wir von Lockhart die Ansicht vernommen haben, daß es nur von dem Lord Oxford abgehangen, von der Mehrheit des damaligen Unterhauses einen Beschluß zu Gunsten des Prätendenten zu erwirken. Das Schweigen der anderen Jacobiten auf den Antrag Stanhopes ward damals gedeutet als hervorgehend aus der Rücksicht auf die demnächstigen Neuwahlen.[1]) Demgemäß liegt darin von Seiten der Jacobiten die schweigende Anerkennung, daß sie in der Gesammtheit der Nation eine geringe Minderzahl ausmachten.

Der Antrag Stanhopes ward ohne Widerspruch zum Beschlusse erhoben. Die Adresse, die dann von dem Sprecher und dem ganzen Hause überreicht wurde, sprach in beredten Worten der Königin den Dank des Hauses aus für alle die Schritte, die sie für die eigene

[1]) Commons Debates vol. V, p. 47.

Sicherheit und diejenige ihres Volkes gegen den Prätendenten und für die Thronfolge des Hauses Hannover gethan, und bat, die Königin wolle baldigst und nachdrücklichst auf den Herzog von Lothringen wirken, damit auch von dort diejenige Persönlichkeit entfernt werde, welche, wie die Adresse sagt, „zum Trotze gegen das ganz unzweifelhafte Recht Ew. Majestät auf die Krone, und gegen die Feststellung desselben auf das durchlauchtige Haus Hannover, den Titel eines Königs dieser Reiche angenommen hat. Und wir bitten ferner Ew. Majestät versichern zu dürfen, daß die Commons von Groß-Britannien, bei jedem Anlasse, mit dem Aufgebote aller Kraft Euere Majestät stützen wollen bei denjenigen Schritten, die für nöthig erachtet werden, jene Bemühungen wirksam zu machen und Ew. Majestät den ruhigen und friedlichen Besitz des Thrones zu sichern."

Die Königin faßte ihren Dank für die Adresse in die möglichst kurzen Worte, daß sie ihre Weisungen im Sinne der Adresse geben wolle. Das Unterhaus beschloß auch dafür wieder einstimmig seinen Dank.

Die Zeit dieses Parlamentes war um. Am 16./27. Juli erschien die Königin in demselben, und richtete eine warme Dankesrede namentlich an das Unterhaus für dessen bewiesene Anhänglichkeit, Treue und Pflichteifer. Zu beiden Häusern gewendet beklagte sie die unglücklichen Spaltungen in der Nation, und schloß mit den Worten: „Ich hoffe für den inneren Frieden dieser Nationen und für das Gemeinwohl, daß ich im nächsten Winter mein Parlament antreffen werde erfüllt von dem Willen nach denselben Grundsätzen zu handeln, mit derselben Besonnenheit und mit derselben Kraft, die mich in den Stand setzen wird, nach außen die Freiheit Europas aufrecht, und nach innen den Geist der Faction im Zaume zu halten."[1])

Man hatte sich längst daran gewöhnt, daß dies Ministerium die Whigs mit dem Namen der Faction belegte. Daß die Königin denselben in einer Thronrede anwandte, geschah zum ersten Male und schien mit der Mahnung zum inneren Frieden wenig im Einklange zu stehen.[2])

---

[1]) Commons Debates vol. V, p. 57.

[2]) Hoffmanns Bericht vom 16./27. Juli.

Dann verkündigte der Lord-Canzler die Vertagung des Parlamentes auf den 28. August. Bevor der Termin ablief, erfolgte die Auflösung.

Sofort begann dann der seit langem vorbereitete Wahlkampf, nicht zu Gunsten der Whig-Partei. Bis zur Mitte September waren etwa 200 Wahlen vollzogen, unter ihnen nur 60 zu Gunsten der Whigs. Wenn es, wie vorauszusehen, nach diesem Verhältnisse fortging, so würden die Whigs im nächsten Unterhause nur etwa ein Viertel der Mitglieder ausmachen.

Demnach ergibt sich ein auffallender Contrast zwischen diesem Ausfalle der Wahlen und der Stimmung der Nation im Allgemeinen. Daß diese in ihrer großen Mehrheit für die Thronfolge des Hauses Hannover war, liegt in den Thatsachen des Auftretens beider Häuser des Parlamentes in ihren Adressen und der Antworten der Königin zu Tage. Und dennoch sehen wir dann von derselben Nation aus eine Mehrheit von Vertretern in das Unterhaus entsendet, dienstwillig für eine Regierung, die vielfach im Verdachte stand, nicht für die gesetzlich festgestellte Thronfolge, sondern für den Prätendenten zu arbeiten. Wir sehen die Hoffnungen der Whig-Partei, welche sich als die eigentliche Stütze der Thronfolge des Hauses Hannover ansah, in beständigem Sinken.

Es fragt sich also um das Verhalten einerseits des Prätendenten in Bar-le-Duc, andererseits des Kurfürsten in Hannover.

Die Sache des Prätendenten.

Bei der Anknüpfung durch Gautier mit Berwick und dann dem Prätendenten selber in St. Germain, im Beginne des Jahres 1712, hatte Oxford ausbedungen, daß zuvor der Friede hergestellt und die Königin Anna bei Lebzeiten im Besitze nicht gestört werden dürfe. Berwick und der Prätendent waren darauf eingegangen, und hatten demgemäß ihre Partei im Parlamente dem Ministerium für den Frieden, oder mittelbar dem Könige von Frankreich dienstbar gemacht. Nachdem nunmehr der Friede abgeschlossen, ließ Berwick durch Gautier an Oxford schreiben, daß er sich über die Maßregeln aussprechen möge,

welche er für den Fall getroffen, daß die Königin vor der Herstellung ihres Bruders sterbe.[1]) Gautier antwortete, im Mai, daß Oxford völlig geneigt, daß auch Bolingbroke darin mit ihm einig sei, die Königin zu bewegen ihrem Bruder ihre Schuld abzutragen. Eine bestimmte Kunde, in welcher Weise dies geschehen solle, habe er nicht; die Forderung derselben erscheine ihm jedoch so vernünftig und begründet, daß er bei seiner Ankunft in England, wohin er zu gehen sich anschicke, bei Oxford und Bolingbroke auf eine Erklärung dringen werde.

Es vergingen zwei Monate, und Berwick hatte keine weitere Nachricht. Er setzte den Herzog von Ormond, mit welchem er, ohne Wissen Oxfords, in Briefwechsel stand, zu gleichem Zwecke in Thätigkeit. Er wußte ferner um die Schritte der Jacobiten in England bei Oxford, aber zugleich auch, daß Oxford und Bolingbroke nicht auf freundlichem Fuße standen. Den Zweifel, der darüber bei ihm aufstieg, kämpfte er nieder durch die Erwägung, daß ihr gemeinsames Interesse sie wieder zusammen führen müsse.

Wir sehen also Berwick mangelhaft unterrichtet. Oxford und Bolingbroke hatten, ein Jeder für sich, mit Gautier angeknüpft; aber es liegt kein Zeugnis vor, daß sie jemals in dieser Angelegenheit zusammen gegangen wären. Vielmehr sehen wir hier gerade die Verschiedenheit oder den Gegensatz. Bolingbroke wäre bereit gewesen zu handeln, wenn er gekonnt hätte. Aber einerseits die Machtfülle der Krone war in den Händen des Treasurers Oxford, andererseits war damals noch das Vertrauen der Königin überwiegend für ihn.

Von Seiten Oxfords erfolgte nach Bar-le-Duc hin keine positive Aeußerung. Dagegen ließ er, zum Verdrusse Berwicks, durch den anglicanischen Geistlichen Lesley dort die Frage des Uebertrittes zur Hochkirche anregen. Die Antwort des Prätendenten lautete derartig, daß er und Berwick hofften, man werde darauf nicht zurückkommen.

---

[1]) Dies Ganze nach Aeußerungen Berwicks, theils in seinen Mémoires t. II, p. 128 et suiv., theils in den Briefen in Lord Mahon's History of England etc. vol. I, p. 388.

„Auf diese Weise, erzählte später Berwick, hielt Oxford uns hin, und es war schwer ein Mittel dagegen zu finden. Denn ein Bruch mit ihm hätte alles vereitelt, weil er die Macht in Händen hatte und die Königin völlig leitete. Wir mußten uns also den Schein geben, Vertrauen in ihn zu setzen, unterließen aber dabei nicht unter der Hand mit dem Herzoge von Ormond und vielen Anderen zu arbeiten, um, wenn Oxford uns entginge, mit ihrer Hülfe zum Ziele zu kommen."

Als Gautier auch nach seiner Rückkehr aus England im Sommer nichts Positives mitbrachte, entschloß sich Berwick, im August, selber einen Vorschlag zu machen, der ihm, wenn auch auf den ersten Blick etwas gewagt, dann doch, wie er sagt, leicht, sicher und sogar als der einzig mögliche erschien. Es ist dabei zu bemerken, daß auch einige Jacobiten in England diese Meinungen Berwicks theilten.[1])

„Meine Meinung war, sagt er, daß der König Jacob sich heimlich und allein nach England zu seiner Schwester begeben solle. Dann würde sie sofort am ersten Tage des neuen Parlamentes vor dasselbe treten, dort das unbestreitbare Recht ihres Bruders darlegen, und ihren Entschluß aussprechen, ihm zurückzugeben, was nach göttlichen und menschlichen Gesetzen ihm gebühre. Zugleich aber würde sie versichern, daß sie mit ihm die Maßregeln verabredet, um zu verhindern, daß in irgend einer Weise die Hochkirche dadurch in Gefahr gerathe. Sie seien unter einander überein gekommen, daß sie, die Königin, auf Lebenszeit die Krone friedlich behalten, ihn dagegen behandeln würde wie ihren Sohn, und daß sie diejenigen Acte, welche das Parlament für die Sicherheit der Religion und der Freiheit für nothwendig erachte, genehmigen würde. — Nach dieser Erklärung solle die Königin sofort ihren Bruder selber dem Parlamente vorführen und aussprechen: ‚Meine Herren, sehen Sie hier ihn selber, der Ihnen verspricht unverletzlich alles zu halten, was ich versprochen habe, und dies zu beschwören. Daher verlange ich, daß Sie sofort die wider ihn errichteten Acten widerrufen, ihn von Stund an als meinen Erben und Ihren künftigen König anerkennen, damit er Ihnen Dank wisse dafür, daß Sie sich

[1]) Macpherson's Original papers vol. II, p. 504.

mit mir geeinigt haben, das zu vollbringen, was Ihr Gewissen, Ihre Pflicht, Ihre Ehre Ihnen schon längst hätte auferlegen sollen.'"

„Dieser unvorhergesehene Schritt, meint Berwick später, würde die Factiösen so sehr überrascht, die Wohlgesinnten so entzückt haben, daß sicherlich nicht der geringste Widerspruch laut geworden wäre. Es ist gar nicht daran zu zweifeln, daß im selben Augenblicke alles nach den Befehlen der Königin gegangen wäre. Denn Jedermann würde der Ueberzeugung gewesen sein, daß die Königin auch die Maßregeln getroffen, ihren Willen durchzusetzen. Somit hätte von der einen Seite die Furcht vor einer Züchtigung, auf der anderen die Hoffnung auf einen Nutzen von dieser Veränderung, die Mitglieder des Parlamentes bewogen, in einem Augenblicke die natürliche Ordnung, gemäß den Grundgesetzen des Staates, herzustellen."

Das Schicksal dieses Vorschlages gibt dann Berwick selber an mit den Worten: „Wohl eingeweiht in die Einzelnheiten dieses Vorschlages, reiste Gautier von meinem Hause in der Picardie nach England ab; allein obwohl er mir regelmäßig schrieb, konnte ich doch in Betreff jenes Vorschlages niemals eine Antwort von ihm erlangen."

Es ist aber auch nicht anzunehmen, daß Gautier aus eigener Macht es auf sich genommen habe darüber zu schweigen, sondern nur auf Oxfords Befehl. Auch ist es nicht erforderlich, Oxford darin eines bösen Willens zu beschuldigen; denn der Vorschlag der jacobitischen Brüder hatte in sich selber schwere Bedenken. Wir haben uns zu erinnern an die Rede Marlboroughs zu Robethon, daß die Königin sich hüten würde, den Prätendenten für ihren Bruder zu erklären und ihm irgend welches Recht auf die Krone zuzusprechen. Denn in demselben Momente, wo dies geschah, wuchs sein Recht hinaus über das ihrige, erklärte sie sich mittelbar zur Usurpatorin, konnte sie also nicht die Krone auf Lebenszeit behalten wollen, weil sie nicht mehr ihr gehörte. Der Vorschlag Berwicks stellte also an die Willigkeit der Königin eine Forderung, deren Consequenzen für sie selber gefährlich werden konnten. Die Willigkeit der Königin Anna, das von ihr selber an ihrem Vater und an ihrem Bruder verübte Unrecht von 1688 wieder gut zu machen, kann, ungeachtet aller Parlaments-Acten, die sie sanctionirt, und ungeachtet aller Betheuerungen, die sie nach Hannover hin gemacht, nicht in Zweifel gezogen werden. Aber diese Willigkeit hatte ihre Grenze. Wir

haben ihr Wort vernommen, daß sie bei Lebzeiten nicht irgend welchen Successor im Lande dulden wolle (Band XIII, S. 173). Die weite Fassung dieser Worte ist augenscheinlich nicht bloß gegen das Haus Hannover, sondern auch gegen ihren Bruder gerichtet. Die Willigkeit der Königin Anna für diesen hatte die Grenze, daß sie zwar wünschte ihm die Krone zu hinterlassen, selber aber sie behalten wollte bis an ihr Ende. Ihr Vertrauen auf Oxford stützte sich gerade darauf, daß er es vermocht habe ihr die Krone zu bewahren, welche, wie er sagte und wie sie glaubte, die Whigs ihr hatten nehmen wollen, und daß er es vermögen werde, auch ferner sie ihr zu bewahren.[1])

Es ist daher sehr wohl möglich, daß Oxford den durch Gautier überbrachten Vorschlag Berwicks oder richtiger doch wohl beider Halbbrüder der Königin ihr mitgetheilt hat, in der sicheren Voraussicht, daß sie ablehnen und er an dieser Ablehnung im geeigneten Falle seinen Stützpunkt haben werde. Wenn dies der Fall, so wirkte bei dem Charakter der Königin der Vorschlag Berwicks eher zu Ungunsten des Prätendenten als zu seinen Gunsten.

Ueberhaupt aber liegt die Frage nahe, wie es möglich war, daß die Königin, die von der Lady Masham wissen mußte, wie Oxford sich zu dem Plane des Franzosen Mesnager verhalten, die ferner in den von Oxford für sie verfaßten Thronreden wider die eigene Neigung ihre Freundschaft mit dem Hause Hannover rühmte, dennoch in der Sache ihres Bruders dem Lord Oxford ihr Vertrauen bewahrte.

Es ist zunächst möglich und sehr wahrscheinlich, daß Oxford bei der Königin als die Bedingung eines Eintretens für den Prätendenten geltend machte die Forderung seines Uebertrittes zu der Hochkirche. Diese Forderung entsprach so sehr dem eigenen Wunsche und dem Charakter der Königin, daß sie dieselbe nicht anders als gerechtfertigt finden mochte.

Dann aber geschah auch etwas Positives im Sinne der Königin. Längere Zeit hindurch ward an einem großen wissenschaftlichen Werke gearbeitet, welches endlich im October erschien, unter dem Titel: „Nachweis des Erbrechtes der Krone von England.“[2]) Unter einer Fülle

[1]) Macpherson's Original papers vol. II, p. 503. Bericht des Gesandten Schütz, vom 22. September.

[2]) The hereditary right of the crown of England asserted.

historischen Materiales zieht sich durch dieses Werk ein besonderer Gedanke als der eigentlich leitende, am klarsten ausgesprochen bei der Nachfolge Eduards des Bekenners, in den Worten:[1] „Es kann der Fall eintreten, daß ein Souverän weder die Macht noch die Gelegenheit hat, dem legitimen Erben der Krone Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, und daß er dadurch genöthigt ist, die Bürde einer Krone zu tragen, deren er gern sich entlastet sehen würde, wenn er es in vernünftiger Weise zu thun vermöchte. Wenn zum Beispiel der wahre Erbe abwesend ist, vielleicht in einem entfernten Königreiche, und in der Macht des Herrschers dort, von dessen Willen seine Rückkehr abhangt: so rufe ich den strengsten Richter der Handlungen eines Fürsten an zu entscheiden, ob die Ausübung der königlichen Gewalt durch den Inhaber des Thrones für Usurpation geachtet werden kann. Nicht die Thatsache an sich, daß Jemand einen Thron annimmt und inne hat, der nicht zunächst ihm gebührt, macht ihn zum Usurpator, sondern der Wille so zu handeln. Derjenige, welcher das Recht eines Anderen für sich nimmt, in der Absicht dem rechtmäßigen Eigenthümer den Besitz vorzuenthalten, und niemals wieder zurückzustellen, ist sicherlich der größten Ungerechtigkeit der Welt schuldig. Derjenige aber, der die Krone annimmt nur in der Absicht sie für den rechtmäßigen Eigenthümer zu bewahren, und durch diese Bewahrung die Absichten der Feinde zu durchkreuzen, erweist durch diesen Dienst dem rechtmäßigen Eigenthümer sicherlich einen Act außerordentlicher Freundschaft."

Kürzer berichtet über den Inhalt wie über den Zweck des Buches der kaiserliche Resident Hoffmann mit folgenden Worten: „Das eigentliche Thema des Buches ist, daß derjenige, welcher eines Anderen Erbrecht besitzt mit der Intention durch sein Besitzen dasselbe dem rechten Erben zu bewahren, nicht für einen Usurpator gehalten werden dürfe." Dann setzt er in Ziffern hinzu: „Dieser Gedanke ist die eigentliche Regel und der Grundsatz, nach welchem die Königin von England sich zu halten gedenken soll."[2]

Von denen, die in solcher Weise redeten, hatte wahrscheinlich auch nicht Einer einen Einblick gehabt in die einstige Correspondenz der

[1] p. 28 des Werkes.

[2] Hoffmanns Bericht vom 27. October.

Prinzessin Anna mit ihrem Vater Jacob II. in St. Germain, siebzehn Jahre zuvor. (Vgl. Band VIII, S. 235 u. f.) Und doch, wie merkwürdig stimmt der Gedankengang, welcher der Königin Anna im Jahre 1713 zugeschrieben wurde, mit demjenigen, den sie im Jahre 1696 selber ausgesprochen! Aber die Königin Anna vergaß im Jahre 1713, daß ihr Vater Jacob II. ihr auch im Jahre 1696 seine Zustimmung zu jenem Gedankengange nicht gegeben, vielmehr sie ausdrücklich darauf hingewiesen, daß nichts schwerer zurückzustellen sei als eine Krone. Sie vergaß ferner, daß sie im Jahre 1702 die Krone genommen, damals nicht in der Absicht sie zurückzugeben, sondern um sie zu behaupten wider den Bruder, der, in gleicher Weise übel berathen wie der Vater, die Krone zurückzugewinnen meinte mit der Hülfe des Feindes seines Geburtslandes.

Ueberhaupt aber handelte es sich ja in dieser Sache nicht bloß um die Differenz der Mitglieder des Königshauses. England hatte den langen schweren Krieg geführt nicht allein um das spanische Erbe, sondern in ausdrücklich ausgesprochener Weise, vermöge des Zusatz-Artikels zur großen Allianz (Band IX, S. 458), um von dem Könige von Frankreich die Anerkennung der Thronfolge-Ordnung zu erzwingen. Weil das bethörte Königshaus Stuart nicht ablassen konnte oder wollte, seine Sache an diejenige des Königs von Frankreich zu binden: so war die lange Kette der Siege von Höchstädt bis Malplaquet nicht bloß über die Macht Ludwigs XIV. errungen, sondern zugleich über die Ansprüche des Hauses Stuart an den Thron von England, zur Sicherung der Königin Anna auf diesem Throne, zugleich aber auch zur Befestigung der Gesetze, welche die Thronfolge nach ihr dem Hause Hannover zusprachen. Waren auch durch den Friedensschluß von Utrecht manche Früchte jener Siege wieder an Frankreich preisgegeben, so war doch jene Frucht, die Befestigung der gesetzlichen Thronfolge durch die Anerkennung von Seiten Frankreichs, vollaus zum Ausdrucke gekommen.

Jenes Werk über das Erbrecht der Krone stand mithin im Gegensatze zu der inhaltsreichen Geschichte von England seit einer langen Reihe von Jahren. Die allgemeine Meinung in London maß es dem Grafen Oxford als Urheber zu, und glaubte zu wissen, daß dessen reich ausgestattete Bibliothek gewichtiges Material geliefert hatte, nament-

lich in Betreff der Verfügungen Heinrichs VIII.[1]) Das Werk war indessen nicht bloß zur Gewissensberuhigung der Königin abgefaßt, sondern hatte, nach der Meinung der Whig-Partei, auch einen weiteren politischen Zweck. Sie sagten, daß das Ministerium sich bei dem neuen Parlamente desselben bedienen wolle, um, wie es bei Heinrich VIII. geschehen, die Thronfolge der Verfügung der Königin anheim zu stellen, und zwar unter dem Scheine, daß dies keineswegs gegen das Haus Hannover gerichtet sein solle, sondern nur zu dem Zwecke, damit der Successor einigermaßen von der Königin abhange, sich gegen sie nicht übernehme, ihrem Interesse nicht entgegentrete, sondern sich demselben unterordne.[2])

Immerhin mochte dies der Plan sein: die Ausführung war fraglich.

Jedenfalls aber wußte Oxford durch diese und andere Mittel zu erreichen, daß, dem aufstrebenden Bolingbroke gegenüber, der mit gering verhehlter Ungeduld die Machtmittel der Krone nur in Oxfords Händen sah, die Königin diesen nach wie vor für unentbehrlich hielt. Und ähnlich hatte er in Bar-le-Duc den Erfolg, daß, so oft sich auch dort ein Zweifel an ihm regte, dennoch die neu gewählten jacobitischen Mitglieder des Parlamentes wieder an seine Führung gewiesen wurden.[3])

Derselbe Lord Oxford versicherte dagegen den Freunden der Thronfolge des Hauses Hannover, daß der Kurfürst sein gesammtes Verhalten billige. In dieser Weise äußerte er sich sogar zu Lord Halifax. Daher sagte man: wenn Oxford einer Persönlichkeit gegenüber, die allgemein als in Hannover hoch angesehen gilt, derartige Reden führt, wie dann erst zu Anderen, die in Hannover unbekannt sind?[4])

Dennoch meinte Oxford dabei sicher seines Weges zu gehen. Als ihn Jemand wohlwollend warnte auf seiner Hut zu sein, antwortete er: „Ich habe niemals einem Menschen getraut. Ich bin entschlossen auch für die Zukunft niemals Jemandem zu trauen. Demgemäß hat mich Niemand je betrogen, noch wird man mich betrügen.“[5])

---

[1]) So Marlborough in Macpherson's Original papers vol. II, p. 516.

[2]) Hoffmanns Bericht vom 27. October.

[3]) Macpherson's Original papers vol. II, p. 434, 444.

[4]) A. a. O., p. 509.

[5]) A. a. O., p. 503.

Verhalten des Kurfürsten Georg Ludwig.

Gegenüber dem unablässigen Andringen, namentlich von der Whig-Partei aus, auf die Uebersendung des Kurprinzen nach England, entschloß sich der Kurfürst, zu Ende August, sich dort wieder durch einen Gesandten vertreten zu lassen. Er ernannte zu diesem Zwecke den Freiherrn von Schütz, den Sohn des früheren Gesandten zur Zeit Wilhelms III. und in den ersten Jahren der Königin Anna. Der neue Gesandte war ein Neffe des Ministers Bernstorf. Durch den langjährigen Aufenthalt in England mit seinem Vater war er vertraut mit der englischen Sprache, den Sitten und Anschauungen.

Die Instructionen, die Schütz sowohl von der Kurfürstin Sophie wie von dem Kurfürsten erhielt, zum großen Theile gleichlautend mit denjenigen des früheren Gesandten Grote, führten durchweg den Gedanken aus, daß der Kurfürst, vor dem Tode der Königin, sich in englische Angelegenheiten nicht einmischen werde, verlangten dagegen ein Hinwirken auf die weitere Entfernung des Prätendenten und eine Dotation nach englischer Weise für die Kurfürstin als nächste Thronerbin. Dagegen ward der Gesandte ausführlicher noch als zuvor mit Gründen gegen die Forderung der Ueberkunft eines Mitgliedes des kurfürstlichen Hauses nach England ausgestattet. Das Ganze entspricht unzweifelhaft der Gesinnung des Kurfürsten; jedoch ist auch die Subjectivität des Verfassers, des französischen Refugié Robethon, darin nicht zu verkennen.

„Die Freunde der Thronfolge, heißt es in der Instruction,[1]) sind bereits darüber klar, daß bei Lebzeiten der Königin es dem Kurfürsten selber unmöglich ist, nach England hinüber zu gehen. Denn ein Souverän darf sein eigenes Land nicht ohne dringende Nothwendigkeit verlassen, und die Anwesenheit des Kurfürsten daheim ist um so mehr geboten, weil noch der Reichskrieg gegen Frankreich und der nordische Krieg in seiner unmittelbaren Nähe fortwährt. Auch begreifen die Freunde, welchen Verdacht und Verdruß bei der Königin eine solche Reise erregen würde. Wenn man nicht bis zum Aeußersten der Königin gegenüber gehen will, so ist eine solche Reise weder gerecht,

[1]) In den Robethon-Papieren. Sämmtliche Instructionen vom 28. August.

noch zweckmäßig, würde vielmehr, weil ja doch auch die Königin noch nichts gegen die Thronfolge gethan und die Neigung ihrer Unterthanen für sich hat, eher Nachtheil als Vortheil bringen."

„Es handelt sich also um den anderen Vorschlag, denjenigen der Sendung des Kurprinzen. Wenn dieser Vorschlag angeregt wird, so hat der Freiherr von Schütz darauf in folgender Weise zu antworten."

„Die Regel der Klugheit macht es dem Kurfürsten zur Pflicht die Königin und ihre Minister so lange zu schonen wie es möglich ist, d. h. so lange sie nicht irgend welchen directen Angriff gegen die Thronfolge gemacht haben. Jeder auffallende Schritt, den der Kurfürst unternähme, bevor die Königin und die Minister sich vor der Nation ins Unrecht gesetzt haben, würde voreilig sein und das kurfürstliche Haus, anstatt für dasselbe mehr Boden zu gewinnen, den bereits gewonnenen verlieren lassen. Es steht zur Zeit mit unzweifelhafter Gewisheit fest, daß der Königin nichts so sehr zuwider ist als ein Mitglied des kurfürstlichen Hauses dort zu sehen. Demnach könnte der Kurprinz nur wider den Willen der Königin dahin gehen. Dies würde den Kurfürsten unvermeidlich mit der Königin überwerfen, und ihn in die Gefahr bringen, als im Unrechte angesehen zu werden, weil diejenigen Tories, die für die Thronfolge gesinnt sind, die Sendung des Kurprinzen betrachten würden wie die Ausführung eines Planes, den Whigs ein Haupt zu geben und sie, zum Nachtheile der Tories, wieder in die Aemter einzusetzen. Das kurfürstliche Haus würde also die Zuneigung der gemäßigten Tories verlieren. Dieser Verlust wäre aber sehr empfindlich. Denn so lange die Tories im Ansehen und die Königin für sie ist, darf man nicht erwarten, daß die Whigs im Parlamente die Mehrheit haben werden. Daher bedarf das kurfürstliche Haus aller seiner Freunde, welcher Partei immer sie angehören, und als der sicherste Weg die Thronfolge aufrecht zu halten, erscheint die Einigung der gemäßigten Tories mit der Whig-Partei, und die Trennung jener von den jacobitischen Tories. Die Verwerfung des Handelsvertrages mit Frankreich hat bereits gezeigt, daß die Tories, welche aus Patriotismus handeln, bereit sind, sich in solchen Angelegenheiten, die sie als nachtheilig für Groß-Britannien ansehen, von dem Ministerium zu trennen. Wenn aber dies schon für ein einfaches Handels-Interesse geschieht, so darf man es mit festerem Grunde da

erwarten, wo es sich darum handelt, die gesetzlich festgestellte Thronfolge aufrecht zu halten, und wann die gemäßigten Tories erkennen, daß es das Bestreben der Minister ist sie umzustürzen. Das Interesse des kurfürstlichen Hauses erfordert daher, mit den so gesinnten Tories behutsam umzugehen. Der Gesandte des Kurfürsten muß ihnen überzeugend darzuthun suchen, daß man in Hannover nicht weiß, was Whig, was Tory ist, und daß man dort für England nur zwei Parteien kennt, nämlich diejenige des kurfürstlichen Hauses, und diejenige des Prätendenten, so daß der Kurfürst als seine Freunde diejenigen ansieht, welche für die Succession sind, ohne sich um ihre sonstige Parteistellung zu bekümmern."

„Ferner, wenn das nächste Parlament dem Hofe eben so ergeben ist wie das vorige — was ja aller Wahrscheinlichkeit nach der Fall sein wird — so wäre es, falls der Kurprinz wider den Willen der Königin käme, für das Ministerium eine leichte Sache, ihn wieder hinaus zu nöthigen. In diesem Falle hätte man durch die Reise des Prinzen mehr verloren als gewonnen, und nur die Sache des Prätendenten gefördert. Die Erfahrung hat gezeigt, wie geschickt das jetzige Ministerium ist, denen die ihm missfallen, Verbrechen und angebliche Verschwörungen anzudichten, und Mittel auszufinden, die in solchen Dingen auf den Glauben des Volkes wirken. Auch wäre es ja nicht das erste Mal, daß das Parlament die dem Throne zunächst stehenden Prinzen gezwungen hätte aus dem Königreiche zu weichen. Die Freunde des kurfürstlichen Hauses sind selber der Meinung, daß ein im Parlamente gemachter Vorschlag den Kurprinzen einzuladen, dem Hofe Anlaß geben würde, einer solchen Reise Hindernisse in den Weg zu wälzen. Und sicherlich würde es auch dem Hofe nicht schwerer werden Mittel zu finden, die den Kurprinzen zum Verlassen des Königreiches nöthigen würden, als ihm von vorn herein den Eintritt zu verwehren."

„Die Ueberfahrt des Kurprinzen würde, wenn sie heimlich und ohne Vorwissen der Königin geschähe, schweren Gefahren unterworfen sein, und sein Aufenthalt in London würde ihn einer Volksbewegung und den Attentaten von Papisten und Jacobiten bloß stellen. Es liegt daraus vor Augen, welches Wagnis der Kurfürst durch die Sendung auf sich nähme, wo er nur diesen einzigen Erben hat, und dieser selbst wieder nur Einen Sohn, der noch in der zartesten Kindheit sich befindet."

„Man würde endlich die proteſtantiſche Thronfolge geradezu aufs Spiel ſetzen, wenn man einen ſolchen Schritt thäte, ohne vorher auch die geeigneten Maßregeln getroffen zu haben, ihn zu behaupten. Solche Maßregeln können in zuverläſſiger und wirkſamer Weiſe nur im Vereine mit den Generalſtaaten getroffen werden. Nun iſt es aber ſicher, daß, bei der gegenwärtigen Stimmung der Gemüther in Holland, es unmöglich ſein würde, bei Lebzeiten der Königin, und ſo lange ſie ſich nicht offen für den Prätendenten erklärt, die Republik zu derartigen Maßregeln zu bewegen. Dagegen iſt es unzweifelhaft, daß die Republik zur Hülfe eintreten würde, wenn etwa der Prätendent nach dem Tode der Königin etwas gegen die proteſtantiſche Thronfolge unternähme, oder auch ſelbſt, wenn dies bei ihren Lebzeiten geſchähe, vorausgeſetzt nur, daß in dieſem Falle die wohlgeſinnte Partei in England das Beiſpiel gäbe und dem Feinde widerſtände, wie das Geſetz es zur Pflicht macht. Denn wenn man ſich beugt, ſich unterwirft, ſo darf man nicht darauf rechnen, daß Holland die Sache auf ſich nimmt. Die gegenwärtige Lage iſt von derjenigen zur Zeit des Königs Wilhelm (d. h. 1688) ſehr verſchieden. Vermöge ſeiner Stellung als Statthalter in Holland beſaß dieſer Prinz den Credit und die erforderliche Autorität, die Republik zu bewegen, ihn mit Macht zu unterſtützen. Andererſeits geſtatteten damals die Geſetze den Engländern nicht, ſich zu Gunſten des genannten Prinzen und wider den damals regierenden König Jacob II. zu erheben.[1]) Dagegen haben zur Zeit die wohlgeſinnten Engländer die Geſetze für ſich, ſind durch dieſelben autoriſirt, ſich dem Prätendenten mit aller Macht zu widerſetzen, und den proteſtantiſchen Succeſſor aufrecht zu halten, der ſeinerſeits bei den Holländern ſich nicht in der günſtigen Lage befindet, wie damals der König Wilhelm. Deshalb iſt es zunächſt an den wohlgeſinnten Engländern feſtzuhalten, und dann auf Hülfe von dem Kurfürſten und von Holland her zu rechnen.“

Es war nicht die Abſicht des Kurfürſten, daß ſein Geſandter die Gedanken dieſer Inſtruction offen verkünden, ſondern nur, daß er auf

[1]) Les loix ne permettoient pas alors aux Anglois de se soulever en faveur du dit Prince, contre le Roi Jacques II, qui étoit actuellement sur le trône.

Befragen denselben gemäß Rede stehen solle. Den Wortlaut selber durfte er nur wenigen sehr zuverlässigen Freunden mittheilen.

Ueberhaupt machte ihm die Instruction große Vorsicht zur Pflicht. Auf der Durchreise durch Holland solle er sagen, daß er sich wegen seiner Familien-Angelegenheiten nach England begebe, um dadurch zu vermeiden, daß der Botschafter Strafford im Haag Schritte gegen ihn thue. Nach seiner Ankunft in London solle er, so lange die Königin in Windsor verweile, nicht öffentlich auftreten, und seine Beglaubigung dem Staats-Secretär erst dann überreichen, wenn die Rückkehr der Königin in Aussicht stehe. — Die Instruction der Kurfürstin prägt schärfer noch als diejenige des Kurfürsten, die Besorgnis aus parteilich zu erscheinen. „Der Gesandte, sagt sie, soll bei jeder Gelegenheit die völligste Unparteilichkeit beweisen. Er muß es vermeiden mit den Whigs allzu sehr einen öffentlichen Verkehr zu unterhalten. Er muß Allen ohne Unterschied die Werthschätzung aussprechen, die wir von der Nation und der Thronfolge dort hegen, und ihnen versichern, daß die hauptsächliche Sorgfalt der kurfürstlichen Hoheiten bei Lebzeiten der Königin darauf gerichtet sein wird, die Ehre ihrer Freundschaft vollaus zu würdigen."

Im September traf Schütz in London ein, und hielt sich dann für längere Zeit noch unbekannt. Dies hinderte ihn jedoch nicht Unterredungen zu pflegen hier und da, und Nachrichten einzuziehen. Es würde zu weit führen die Meinungen der Einzelnen zu berichten, zumal da durchweg diesen Meinungen sich Irrthümer über Thatsachen beimischten, namentlich in Betreff des Treasurers Oxford. Lord Halifax z. B., der mit Recht als eine der bedeutendsten Persönlichkeiten galt, sagte, daß nach seiner Ansicht sowohl die Königin wie das Ministerium gegen die hannöversche Thronfolge seien. Dagegen lebe er der Ueberzeugung, daß die Königin, weit entfernt dem Prätendenten die Krone abtreten zu wollen, keineswegs zur Zeit geneigt sei, ihn herüber kommen zu lassen.[1]) — Demnach war auch für das Auge des Lords Halifax der Treasurer Oxford undurchdringlich.

Im Allgemeinen war jedoch der Eindruck, den der Gesandte Schütz aus den ihm gemachten Mittheilungen empfing, derjenige, daß

[1]) Macpherson's Original papers vol. II, p. 509. Vom 24. October.

die Aussicht auf die Thronfolge des Hauses Hannover immer unsicherer werde. „Wenn die Dinge in dieser Weise fortgehen, sagte ihm der General Stanhope, so wird der Kurfürst nicht zur Krone gelangen, er komme denn mit einer Armee.“[1]) Aber auch Stanhope war dabei der Ansicht, daß der Treasurer ganz für den Prätendenten sei.

Der andere Gesammt-Eindruck, den die Berichte des Herrn von Schütz wieder spiegeln, ist derjenige der Klage über das Verhalten des Kurfürsten, der keinen Schritt thue, um sich Stimmen im Parlamente zu sichern. Es seien im Oberhause sechs oder sieben arme Lords, die lieber von dem Kurfürsten je eintausend Pfund für ihren Unterhalt nehmen würden, als, wie es geschehe, von der Regierung.[2]) Schütz war nicht ermächtigt, derartige Gelder zu bewilligen.

Einen anderen Vorwurf kannte Schütz selber nicht einmal, weil derselbe seine eigene Person betraf. Als er endlich, im November, von Hannover her die Erlaubnis erhielt, als Gesandter aufzutreten, vernahm man von einigen Häuptern der Whigs die Rede, daß die schwierige Lage der Dinge dort den geschicktesten Minister des Kurfürsten erfordert hätte, nicht jedoch einen jungen und unerfahrenen Mann.[3])

Wie ungewis und schwankend die Dinge auch dem erfahrensten Engländer erschienen, liegt in auffallender Weise in dem Verhalten Marlboroughs vor, der damals in Antwerpen sich befand. Dort erschien bei ihm am 13. October der Jacobit Tunstal und berichtete dann über ihn an Middleton in Bar-le-Duc. Lieber werde Marlborough sich die Hand abhauen, meinte Tunstal von ihm vernommen zu haben, als daß er zum Nachtheile des Dienstes des Königs handeln würde. Wenn er nur auch seines eigenen Anspruches sicher wäre, so würde er bereitwillig allen seinen Einfluß, öffentlich wie privat, für die Sache des Königs aufbieten.[4])

Sechs Wochen später, am 30. November, richtete derselbe Marlborough an Robethon in Hannover ein dringendes Schreiben über die Lage der Dinge in England. Obwohl, sagte er darin, die gesammte

[1]) Macpherson's Original papers vol. II, p. 506. Vom 3. October.
[2]) A. a. O., p. 506, 510.
[3]) Hoffmanns Bericht vom 21. November.
[4]) Macpherson's Original papers vol. II, p. 441.

Führung des Miniſteriums, nach innen wie nach außen, über die Abſicht den Prätendenten einzubringen, keinen Zweifel belaſſe: ſo wolle er doch zum Beweiſe einige beſondere Umſtände anführen. Zuerſt nämlich werde die Verbindung des Hofes von St. James mit Frankreich, trotzdem daß dieſe Macht ſich der Ausführung der Friedens-Artikel zu entziehen wiſſe, immer feſter und enger. Ungeachtet der Parlaments-Adreſſen für die Entfernung des Prätendenten aus Lothringen thue das Miniſterium dort keinen Schritt, entwickele dafür aber eine große Geſchäftigkeit bei allen denjenigen Höfen, die vorausſichtlich auch ſo den Prätendenten nicht aufnehmen würden. Ferner verleihe man alle Aemter in Civil und Militär an notoriſche Jacobiten. — Dieſe Anklage war, wie die entgegen geſetzte von Lockhart ausweiſt, in dieſem Maße nicht begründet. Es folgten andere, in ähnlicher Weiſe ſtark aufgetragen, beſonders in Betreff der Wahlen, und mit Nachdruck diejenige über das, wie er ſagt, perniciöſe Werk für das Erbrecht der Krone, ferner die Anweſenheit des iriſchen Jacobiten Patrick Lawleß in London, als Geſandten für Philipp V. Marlborough ſchloß, daß es gegen alles dies kein ſo wirkſames Heilmittel gebe als die ſchleunige Ueberſendung des Kurprinzen nach England. Das ſei der einſtimmige Wunſch der Freunde der Succeſſion in England, über welchen der Kurfürſt entſcheiden möge. Marlborough bat endlich, nur dem Kurfürſten und dem Miniſter Bernſtorf von dieſem Briefe Kunde zu geben, und dann ihn zu verbrennen.[1])

Es findet hier der Unterſchied ſtatt, daß Marlborough nach Barle-Duc hin mündliche Verſicherungen abgibt, nach Hannover ſie ſelber ſchreibt. Aber er ſchickte auch noch im März des nächſten Jahres an den Marſchall Berwick ein Schreiben, welches dieſer mit der Bezeichnung: leere Worte, dem Prätendenten übergab. In Hannover dagegen fand Marlborough vollen Glauben, nicht jedoch ſo, daß der Kurfürſt in dem Entſchluſſe der Nicht-Sendung des Kurprinzen durch ihn umgeſtimmt wäre.

Wiederholt aber iſt in dem Vorſtehenden wie von Marlborough ſo von Anderen mit Beſorgnis auf Frankreich hingewieſen, auf die Einwirkung, die es für den herannahenden Fall der Eröffnung der

[1]) Macpherson's Original papers vol. II, p. 515.

Succession in England üben könne oder werde. Es ist daher hier zunächst erforderlich, die europäische Lage der Dinge beim Ende des Jahres 1713 zu überblicken.

Die europäische Lage der Dinge gegen Ende des Jahres 1713.

Während Carl XII. in der Türkei dem Gedanken nicht entsagen konnte, daß es ihm endlich dennoch gelingen müsse, die türkische Macht wider den Czaren Peter I. in die Waffen zu bringen, leuchtete ihm, zu Ende des Jahres 1712, für seine Besitzungen auf dem Boden des Reiches noch einmal ein Hoffnungsstrahl. Nachdem damals Schweden mit der Anspannung aller mehr und mehr erschlaffenden Kräfte es vermocht hatte, eine bedeutende Verstärkung nach Pommern hinüber zu bringen, gelang es dem General Steinbock, am 20. December 1712, bei Gadebusch die Dänen und Sachsen zu schlagen. Die Ehre dieses Sieges ward wenige Tage später befleckt durch die Einäscherung der wehrlosen Stadt Altona. Dies sei, behauptete Steinbock, für ihn das einzige Mittel gewesen, die zu Gunsten seiner Feinde, der Dänen, in Altona aufgehäuften Lebensmittel zu zerstören, und zugleich an den Dänen Vergeltung zu üben für den grausamen Brand von Stade.[1])

Die Siegeshoffnung indessen dauerte kurz. Die vereinigten Gegner drängten Steinbock in Holstein hinauf. Nach vergeblichen Versuchen sich an der Eider zu halten, warf er sich in Tönningen. Auch dies ward von den Gegnern umzingelt und belagert. Am 16. Mai mußte sich Steinbock mit der ihm noch übrigen Mannschaft kriegsgefangen ergeben. Es ging mit der schwedischen Machtstellung zu Ende.

Die schwedischen Minister wandten sich mit schmerzlicher Klage und mit Berufung auf den Travendahler Frieden an England. Ihr Königreich, sagten sie, sei aufs äußerste gebracht. Erdrückt durch die schwere Steuerlast, verarmt durch den Verfall des Handels, entvölkert sowohl durch die häufigen Aushebungen von Mannschaften wie auch die Pest, könne es die wenigen Plätze in Deutschland nicht mehr

[1]) Das Schreiben Steinbocks bei Lamberty t. VIII, p. 292. Dort auch die entsprechenden Antworten.

behaupten, nur vielleicht noch 8000 Mann aufbringen, um Finnland zu halten, und eine Flotte, um Schonen zu bewahren.[1])

Die verschiedenen Darlegungen Bolingbrokes geben zu erkennen, daß er geneigt gewesen wäre, zu Gunsten Schwedens einzuschreiten, wenn die Generalstaaten mitgethan hätten. Diese wichen aus, theils aus Mistrauen in die Ehrlichkeit der britischen Minister, theils aus Furcht vor Repressalien gegen ihren Handel in der Ostsee.[2]) Der Kaiser lud die betheiligten Mächte zu einem Friedens-Congresse in Braunschweig. Aber es erschienen dort nur Gesandte der Reichsfürsten. Unterdessen ging der Siegeslauf, namentlich der Russen, unaufhaltsam weiter. Sie nahmen Stettin, überließen dies jedoch dem König von Preußen in Sequester. Der Czar Peter hielt seinen Einzug in Abo in Finnland. Zugleich faßten die auf dem Congresse in Braunschweig vertretenen Reichsfürsten Beschlüsse eine Armee zur Sicherung des Reichsbodens aufzustellen, in der Wirklichkeit Beschlüsse gegen Schweden. Es war der Rückschlag der einstigen Eroberungen der Schweden auf deutschem Boden. Die von Gustav II. Adolf begründete Großmacht Schweden zerging, und mit den Spolien derselben bereicherte sich vor allen Anderen die czarische Macht. Die Thatsachen haben uns gezeigt, welchen Antheil der Schuld der unberathene Eigensinn Carls XII. daran trug. Auf den Westen übte zunächst diese Verschiebung der Machtverhältnisse im Osten nicht eine unmittelbare Wirkung.

Die Königin von Groß-Britannien hatte zum Abschlusse des Friedens in Utrecht gedrängt, um ihrem harrenden Parlamente die Thatsache eines allgemeinen Friedens ankündigen zu können. Die Behauptung entsprach nicht der Wahrheit. Eine Reihe von Verträgen stand noch aus, und kam erst im Verlaufe desselben Jahres, oder auch erst im nächsten zu Stande. Die Waffen jedoch wurden nur weiter geführt zwischen Kaiser und Reich einerseits und andererseits dem Könige von Frankreich, und zwar, nachdem für Italien der Waffenstillstand vereinbart war, nur am Rheine. Dahin also marschirten die kaiserlichen Truppen, die bisher in den Niederlanden oder in Italien gefochten, dahin auch die Truppen derjenigen Reichsfürsten, welche ihr

[1]) Bolingbroke's letters vol. IV, p. 121.

[2]) Lamberty t. VIII, p. 307 et suiv.

Contingent stellten. Der Reichstag in Regensburg hatte im Jahre 1702, bei der Erklärung des Reichskrieges wider Frankreich, die Aufstellung einer Armee von 120.000 Mann beschlossen und die Contingente den Reichsständen auferlegt. Er bewilligte für den Feldzug des Jahres 1713 den Betrag von vier Millionen Thalern. Wenn alles dies gestellt wurde oder einging, so war die Macht des Reiches der französischen nicht bloß gewachsen, sondern überlegen.

In welcher Weise aber dies geschah, zeigen uns die Berichte des Reichsfeldherrn, des Prinzen Eugen.

Am lässigsten in der Erfüllung seiner Reichspflicht hatte sich von Beginn an der Kurfürst-König Friedrich von Brandenburg-Preußen gezeigt, der, während er in den Niederlanden und in Italien reichlich 20.000 Mann im Solde der Seemächte hatte, weder die dem Kaiser durch den besonderen Vertrag über die Krone schuldigen 8000 Mann stellte, noch auch, seit dem Jahre 1706, sein Reichs-Contingent. Der Sohn Friedrich Wilhelm I. stellte 6000 Mann. Ueber die Art und Weise aber, in welcher es geschah, meldet der Prinz Eugen, aus dem Hauptquartiere Mühlberg in Baden, am 9. Juni, nach Wien: „Wenn die verwilligten 6000 Mann Preußen nur in dem kölnischen Lande stehen bleiben und die Verpflegung für Mann und Pferd, wie sie es wirklich thun, von dem Lande erpressen und sich verabreichen lassen wollen: so geschieht dadurch dem Reiche keine Hülfe, sondern nur eine Ueberlast. Es wird alles umsonst sein, so lange sie nicht lediglich meiner Disposition unterstehen, und auf meinen Befehl allenthalben hin, wo es der Armee und des römischen Reiches Dienst erfordert, gezogen werden können. Dies zumal wo der Feind schon angefangen hat sich in Bewegung zu setzen, auch dort nichts zu besorgen steht. Es wäre daher weit besser, diese Truppen nach Hause zurück zu senden, als, ohne einen Dienst für die gemeinsame Sache, das Reich von ihnen auffressen zu lassen.“ [1])

Indessen die Vorwürfe des Reichsfeldherrn trafen nicht bloß diesen einen Fürsten. Bei jenen vom Reiche bewilligten vier Millionen Thalern war beschlossen worden, daß statt der Einzahlung derselben in die Reichscasse auch die Stellung von Truppen in Anrechnung gebracht

[1]) Arneth, Prinz Eugen Bd. II, S. 504.

werden könne. Darüber schreibt der Prinz Eugen dem Kaiser, acht Tage nach jener Beschwerde: „Ich bitte dringend, daß man mit allen diesen Kur- und Fürsten, von denen man Truppen zu übernehmen glaubt, oder mit denen man darüber unterhandelt, diese Sache auf die eine oder die andere Weise auszumachen trachte. Denn ich sehe ihre Intention und was zuletzt endlich davon erfolgen wird, mehr als zu viel voraus. Es wird dahin ausfallen, daß sie ihre Truppen, um sie von dem eigenen Lande fern zu halten, und auf dem Boden anderer Fürsten und Reichsstände zu ernähren, den ganzen Sommer über spazieren führen, und das Reich, ohne einen Dienst dafür zu thun, auffressen lassen werden. Denn es ist gewis, daß, wenn der Feind gegen den Niederrhein oder zwischen demselben und der Maas erscheinen sollte, sie sich dem feindlichen Beginnen nicht widersetzen, sondern sich zurückziehen würden, um anderswo in Ruhe subsistiren zu können. Es würde ihnen dann nicht der Vorwand mangeln, daß man bisher mit ihren Principalen nichts abgeschlossen, und daß demnach sie auch nicht den Befehl hätten Dienste zu leisten. Daraus würde der Nachtheil entstehen, daß keine zum Widerstande genügende Reichsarmee vorhanden, und demnach bei solcher Gefahr das römische Reich lieber zu einem Frieden, wie immer er sein möge, sich verstehen würde, als von Feind und Freund gänzlich ruinirt zu werden. Endlich würden durch solche Art Reichstruppen die vier Millionen Thaler aufgezehrt, ohne daß ein Kreuzer davon zur Casse gelangte, und doch würden jene dann nach dem Feldzuge nicht ermangeln, derartige Ansprüche zu erheben, als wenn sie wirklich gedient hätten. Es wäre daher weit besser, wenn man mit den betreffenden Reichsfürsten nicht zum Schlusse gelangen könnte, ihnen frei zu bedeuten, daß sie mit ihren Truppen die fremden Gebiete zu verlassen und sich in die eigenen Länder zurückzuziehen hätten.“ [1])

Das Uebergewicht der Zahl war von Anfang an und blieb auf französischer Seite. Dort rechnete man die deutschen Truppen, wenn sie erst alle beisammen wären, auf 114 Bataillone und 234 Schwadronen.[2]) Nach derselben Berechnung betrug die französische Macht

[1]) Arneth, Prinz Eugen Bd. II, S. 504.

[2]) Pelet t. XI, p. 611.

gegen 180 Bataillone und 320 Schwadronen. Durchweg war je ein französisches Bataillon oder eine Schwadron an Zahl schwächer als ein deutsches; aber die Uebermacht und daher die Offensive war auf Seiten der Franzosen. Das Commando derselben führte der Marschall Villars.

Von England aus schaute man je nach der Parteistellung mit Hoffnung oder mit Furcht auf den Krieg am Rheine. Mit Hoffnung die Whig-Partei, weil von dort aus ein Umschlag möglich schien. Der Furcht des Ministeriums gab eines Tages Bolingbroke zu dem Residenten Hoffmann Ausdruck in einer Weise, welche die wirkliche Gesinnung zu verhüllen suchte. „Hält man sich, fragte er lächelnd, in Wien noch immer für versichert, daß der Tod der Königin bald erfolgen, und daß dann England, so bald das Haus Hannover auf dem Throne sitzt, den Krieg erneuern werde?“ — Hoffmann verneinte die Frage. Es entspreche nicht, sagte er, dem Charakter des Kaisers, den Tod der Königin zu wünschen, und man wisse in Wien zur Genüge, daß die Neigung der englischen Nation überwiegend für den Frieden sei.[1]) In der That hatte Bolingbroke selber einige Wochen zuvor diese Friedensneigung der englischen Nation in starker Weise ausgesprochen. „Heute, sagte er zu Hoffmann, proclamiren wir unseren Frieden, und werden fortan Kaufleute und Landbauer sein, das Sammeln der Lorbeerkränze dagegen den Deutschen allein überlassen. Man möge sich versichert halten, daß diese Nation sich nicht so bald wieder in ein auswärtiges Interesse einmischen, noch weniger darum in einen Krieg einlassen wird.“[2])

Und doch mischte das britische Ministerium sich ein, nicht durch Handeln, sondern durch Unterlassen, und zwar zu Gunsten Frankreichs. Wir haben vernommen, daß der Kaiser in dem sehnlichen Wunsche in Catalonien festen Fuß zu behalten, im Jahre zuvor eine erhebliche Anzahl Truppen dahin gesendet hatte. Diese waren, wie Bolingbroke damals bemerkte, für England wie Geiseln. Vor dem Utrechter Frieden ward dann der Räumungsvertrag abgeschlossen, durch welchen England sich verpflichtete, die Kaiserin Elisabeth wie jene Truppen nach Italien hinüberzubringen. In Betreff der Kaiserin ward der Vertrag sofort

[1]) Hoffmanns Bericht vom 4. August.

[2]) Desgleichen vom 16. Mai.

ausgeführt, so daß noch im März die Kaiserin in Barcelona an Bord stieg. Anders war es mit der Flotte für die Mannschaft. Es gab Hindernisse, Verzögerungen verschiedener Art. Erst im September lagen die englischen Schiffe bei Barcelona zur Aufnahme bereit. Für eine Betheiligung dieser 7000 Mann an dem Feldzuge am Oberrheine war es daher längst zu spät.[1])

Der Marschall Villars ersah sich die Festung Landau zum Objecte des Angriffes. Dies Schicksal wiederfuhr der Stadt zum vierten Male in diesem Kriege. Villars übertrug die Belagerung der Stadt, in der sich der Herzog Alexander von Württemberg mit 8000 Mann befand, dem Marschall Bezons, und nahm mit der Hauptmacht eine so vortheilhafte Stellung ein, daß der Prinz Eugen dem Kaiser die Unmöglichkeit meldete, ihn darin anzugreifen und etwas für den Entsatz Landaus zu thun.[2]) Am 20. August mußte der Herzog Alexander, durch Pulvermangel bedrängt, sich mit der Besatzung kriegsgefangen ergeben.

Bereits vorher hatte der Marschall Villars auf die Stadt Freiburg als nächstes Object das Auge geworfen, und seinerseits der Prinz Eugen, in der Vorausſicht dessen, eine Reihe von Anstalten zur Abwehr getroffen. Einen anderen Vorschlag machte ein Verräther auf kaiserlicher Seite, dies Mal von französischer Seite als Baron Elein benannt. Es ist dasselbe Individuum, welches, sechs Jahre zuvor, durch seinen Verrath der Linien von Bühl und Stollhofen so namenloses Elend über das südwestliche Deutschland gebracht hatte. (Vgl. Band XII, S. 492 u. f.) Es ergibt sich also, daß dieser Mann damals nicht bloß nicht entdeckt, sondern auch in seiner Stellung verblieben war und sein Gewerbe fort betrieb.[3]) Er hatte vom französischen Hofe 12000 Livres erhalten, und wandte davon 300 Pistolen an, um sich einen ausführlichen Bericht, vom 25. August, des Prinzen Eugen an den Kaiser zu verschaffen. Auf Grund dessen und auf seine

---

[1]) Wagner p. 521.

[2]) Arneth, Prinz Eugen Bd. II, S. 506.

[3]) Pelet t. XI, p. 338 et suiv. — Seine Denkschrift eben dort p. 628. Ich muß hier wiederholen, daß, obwohl dieser Elein ein höherer kaiserlicher Officier gewesen sein muß, dennoch in den beiderseitigen Ordres de batailles nicht ein ähnlicher Name zu entdecken ist.

eigene Kenntnis der Sachlage machte er den Vorschlag, daß die französische Armee nur zum Scheine Freiburg bedrohen, dann aber, wo die ganze Aufmerksamkeit und alle Anstalten des Prinzen Eugen auf die Sicherung von Freiburg gerichtet seien, rasch sich gegen die schwach besetzten Linien von Ettlingen wenden und nach deren voraussichtlich leichter Ueberwältigung die mit Kriegsvorrath nicht genügend versehene Festung Philippsburg nehmen solle. — Es ist merkwürdig, daß in dem von einem Franzosen über den Vorschlag aufgenommenen Berichte sich wiederholt Ausdrücke finden, wie: le dit baron engage sa parole d'honneur.

Daß die Consequenzen des Vorschlages dieses Individuums Elein gefährlicher gewesen wären als diejenigen der Unternehmung gegen Freiburg, liegt in den Worten des Prinzen Eugen, der von jenem Verrathe keine Kunde hatte, an den Kaiser, vom 22. September: „Meine Stellung in den Ettlinger Linien ist das rechte Thor in das römische Reich, und von um so größerer Wichtigkeit, da durch sie auch Philippsburg vor einer Belagerung bewahrt wird.“[1])

Ludwig XIV., dem jene Denkschrift vorlag, hätte den Angriff auf die Linien von Ettlingen gewünscht;[2]) aber die Vorbereitungen zur Belagerung von Freiburg waren bereits so weit gediehen, daß die Macht des Marschalls Villars für beide Zwecke nicht ausreichte. Andererseits mußte auch der Prinz Eugen die Belagerung von Freiburg ruhig geschehen lassen, weil ihm ein Angriff auf das verschanzte Lager der Feinde, bei der Schwierigkeit der Bodenbeschaffenheit, keinen Erfolg verhieß. Die Besatzung, unter dem Commando von Harsch, vertheidigte sich ausdauernd, bis der Prinz Eugen die Ermächtigung zur Capitulation einsandte. Diese erfolgte am 17. November.

Der Prinz Eugen hatte es nicht auf das Aeußerste ankommen lassen wollen, weil beiderseits der Wunsch und die Annäherung zum Frieden vorhanden war, vermittelt durch den Kurfürsten von der Pfalz. Die Kriegshäupter selbst, der Prinz Eugen, und Villars, erhielten von Wien und von Versailles her die Vollmachten zur Beredung und zum Abschlusse des Friedens. Sie ersahen sich zum Orte ihrer Zusammen-

[1]) Arneth, Prinz Eugen Bd. II, S. 304.
[2]) Pelet t. XI, p. 359.

kunft das Schloß zu Rastadt. Dort nahm, vom 26. November an, der Prinz Eugen den rechten Flügel des Schlosses zur Wohnung, der Marschall Villars den linken. Das Zusammenleben der Beiden dort war ein so freundliches, daß sie täglich abwechselnd der Eine bei dem Andern speisten, und die zwischen ihnen liegenden Räume des Schlosses gesellschaftlich gemeinsam benutzten. Auch lassen die beiderseitigen Berichte keinen Zweifel, daß es ihnen persönlich ernstlich um den Frieden zu thun war.[1]) Dagegen führt Villars selber Klage, daß der Staats-Secretär Torcy hemmend wirke, weil Villars nicht zum Berichte an ihn, sondern den Kriegsminister Voisin angewiesen war.

Es gab eine Reihe von Punkten, bei denen ein Ausgleich kaum möglich schien. Villars verlangte Landau für Frankreich zu behalten, und für die Rückgabe von Freiburg ein Aequivalent. Der Prinz Eugen verweigerte. Villars bestand nicht mehr, wie in Utrecht geschehen war, auf Sardinien mit dem Königstitel für Max Emanuel; aber er verlangte die volle Herstellung der Wittelsbachischen Brüder Joseph Clemens und Max Emanuel. Diejenige des Ersteren wollte der Prinz Eugen gewähren: diejenige des Anderen sei dem Kaiser nach den Rechten des Reiches unmöglich. Villars verlangte, gemäß der Schenkung Philipps V., für die Fürstin Orsini, die Ausscheidung eines souveränen Fürstenthumes in den Niederlanden mit 30.000 Thalern Einkünfte. In Utrecht war von dem britischen Ministerium diese unwürdige Forderung bewilligt. Der Prinz Eugen wies sie zurück. Villars verlangte für Franz Rakoczy die Rückgabe seiner Güter in Ungarn. Der Prinz Eugen schlug ab. Der Kaiser dagegen forderte die Zusicherung der Privilegien der Catalonier. Villars wich aus.

„Unsere Unterredungen, erzählte später Villars, wenn auch immer mit dem gebührenden Respecte für die beiderseitigen Souveräne, und dem Ernste der Sache entsprechend, waren doch so lebhaft, daß, wenn Jemand uns gehört hätte, er leicht auf die Meinung hätte kommen können, wir würden nicht zwei Tage zusammen bleiben."[2])

---

[1]) Die Berichte des Prinzen Eugen sind ausführlich benutzt von Wagner, Historia Josephi p. 523 sqq., und von Arneth, Prinz Eugen Bd. II, S. 313 u. f. Villars hat eine lebhafte Darstellung gegeben in seinen Mémoires t. II, p. 297 et suiv.

[2]) Mémoires de Villars t. II, p. 299.

Der Prinz Eugen erkannte bald, daß der Marschall für sich persönlich die höchste Ehre darin sah, den Frieden zum Abschlusse zu bringen. Darum gebrauchte er als das stärkste Druckmittel auf Villars wiederholt die Drohung, daß er abreisen wolle.

Aber auch der Prinz Eugen gab nach Wien hin eindringlichen Rath für den Frieden. Er berief sich dafür auf die Meinung des Kurfürsten von Mainz und anderer Reichsfürsten. Der Eifer des Reiches für den Krieg sei nicht so groß, daß man jemals hoffen dürfe auf eine der französischen Macht gewachsene Armee, viel weniger denn auf eine überlegene. Der nordische Krieg werde täglich bedrohlicher, namentlich da das Gerücht die baldige Rückkehr des ruhelosen Schwedenkönigs melde. In solchem Falle sei von den Kurfürsten von Sachsen und Hannover, die beide nach den schwedischen Spolien ausschaueten, keine Reichshülfe zu erwarten. Von dem Preußen-Brandenburger drohten sogar Gefahren. Heinsius hatte nach Wien gemeldet, daß Frankreich in Berlin das Land Jülich und Berg als Lockspeise vorhalte. — Aus allen diesen Gründen sei die Hülfe der Hälfte des Reiches durchaus zweifelhaft. Die Böswilligkeit des britischen Ministeriums sei unheilbar, und darum müsse man mit allem Eifer die Friedenshandlung beschleunigen, damit nicht England bei irgend einem Ereignisse mit eintrete und Partei nehme. Andererseits sei Italien nicht sicher vor dem neuen Könige von Sicilien. Der Türke betreibe, nach allen Nachrichten, starke Rüstungen, und Niemand wisse, wohin sie ausbrechen würden. — Aus allen diesen Gründen rieth der Prinz Eugen, von der stärksten Forderung, derjenigen der Rückgabe von Landau, abzustehen.[1])

Der Kaiser gab darin nach. Jedoch weigerte er sich entschieden, für die Rückgabe von Freiburg einen Landstrich der Pfalz mit Germersheim abzutreten. In Bezug darauf ist mit Recht hervorgehoben worden, daß der Kaiser nicht die eigenen Bedingungen günstiger gestalten wollte auf Kosten des Reiches.[2])

Nach wochenlangen Beredungen und einer Reihe gegenseitiger Concessionen, obwohl dieselben noch keinem Theile genügten, kamen

---

[1]) Wagner p. 533.

[2]) Arneth, Prinz Eugen Bd. II, S. 331.

doch der Prinz Eugen und Villars überein, im Januar 1714, den Entwurf eines Vertrages aufzusetzen. Villars sandte ihn nach Versailles ein. Allein dort ward er nicht genehmigt. Vielmehr ward er, mit Tadel für Villars begleitet, nach Rastadt zurückgesandt, in so völlig veränderter Form, daß der Prinz Eugen ihn für unannehmbar erklärte. Er erging sich in schweren Anklagen gegen den französischen Hof, dessen Trachten nur darauf ziele, den Kaiser mit den Reichsfürsten zu entzweien. „Meine Vorwürfe wären noch heftiger gewesen, meldet er, wenn nicht der Marschall mir in Allem Beifall gegeben und sich mit noch größerer Erbitterung als ich selbst über seinen Hof beschwert hätte.“ [1]) — Deshalb setzte auch der Marschall der Erklärung des Prinzen Eugen, nunmehr abreisen zu wollen, keinen Widerstand entgegen, bat ihn jedoch, vorher die äußersten Bedingungen abzufassen, unter denen er den Frieden unterzeichnen könne, und dann in der Nähe zu verweilen, damit, wenn auf dieses Ultimatum eine Antwort aus Versailles eintreffe, er erreichbar sei. Der Prinz Eugen sagte zu, und brach dann, am 6. Februar, nach Stuttgart auf.

Inzwischen schrieb der Marschall Villars in nachdrücklicher Weise an die Minister Voisin und Torcy. Er erklärte die Bedingungen für vortheilhaft und ruhmvoll für den König. Denn, außer der Herstellung seiner Verbündeten im Reiche, erlange er durch den Frieden auf diese Bedingungen hin dennoch, was der Cardinal Richelieu, der Prinz Condé, der Marschall Turenne erstrebt, die innere Entzweiung Deutschlands als des einzigen Feindes, der für Frankreich zu Lande schweren Nachtheil bereiten könne. Und dann wies er mit Nachdruck auf England hin. „Mit der Königin Anna geht es zu Ende: ihr Tod kann die Whig-Partei dort in ihre frühere Macht herstellen.“ [2])

Die Mahnung, die damals durch die Nachrichten über den Zustand der Königin Anna wiederholt in eindringlicher Weise wach gerufen war, verfehlte in Versailles nicht ihre Wirkung. Der General Contades, den Villars zur nachdrücklichen Vorstellung dahin entsendet, brachte die Genehmigung des Königs zu dem Ultimatum des Prinzen Eugen zurück. Am 27. Februar trafen der Marschall Villars, der inzwischen

---

[1]) Arneth, Prinz Eugen, Bd. II, S. 336 und 512.

[2]) Mémoires de Villars t. II, p. 321.

sich nach Straßburg begeben, und der Prinz Eugen zur Vollendung ihres Friedenswerkes in Rastadt wieder zusammen.

Bevor wir zu dem Stand der Dinge in England gelangen, der den Marschall Villars zu jener Mahnung bewog, ist das Verhalten der französischen Politik zu dem Prätendenten nach dem Abschlusse des Utrechter Friedens ins Auge zu fassen. Wir haben von dem Kurfürsten in Hannover nach England hin die Rede vernommen, daß er wenn nicht direct, so indirect für die Sache der Thronfolge in England eintrete, indem er durch die nachdrückliche Theilnahme am Reichskriege es für Frankreich unmöglich mache, dazu noch Truppen zu Gunsten des Prätendenten verfügbar zu halten. Aehnlich urtheilten die Whigs in England, indem sie den Entschluß des Kaisers zur Fortsetzung des Krieges wider Frankreich mit Freuden begrüßten. Daß aber Ludwig XIV. noch bei Lebzeiten der Königin Anna etwas dieser Art gegen England unternehmen würde, erwartete sicherlich auch nicht einmal die Whig-Partei. Die Königin Anna mit ihrem Ministerium Oxford-Bolingbroke hatte für die Politik Ludwigs XIV. Dienste geleistet, welche selbst diejenigen Carls II. übertrafen. Die Besorgnis konnte sich nur beziehen auf den Todesfall der Königin. Dagegen muß hervorgehoben werden, daß in den Ausführungen des Marschalls Berwick, weder in seinen damaligen Briefen an den Prätendenten, noch in seinen später niedergeschriebenen Denkwürdigkeiten, von einer Aussicht auf die Hülfe Frankreichs für jenen auch nur mit einem Worte die Rede ist. Einer der jacobitischen Agenten berichtet sogar, nach einer Unterredung mit Torcy, am 13. September: er könne versichern, daß dieser von den Angelegenheiten des Prätendenten oder dem Stande der Dinge in England gar keine Kenntnis habe.[1]) Demnach muß Berwick gewußt haben, daß der Friede von Utrecht für Ludwig XIV. der Markstein war, über den hinaus er sich in die englischen Angelegenheiten nicht einmischen wollte. Vielmehr fürchtete man in Versailles, wie jene Mahnung des Marschalls Villars uns gezeigt, den Tod der Königin Anna, weil in Folge dessen England sich wieder am Kriege betheiligen könne, und daher diente dort die Nachricht ihres Krankheitsanfalles zur Willigkeit für den Frieden.

---

[1]) Macpherson's Original papers vol. II, p. 433.

Dies lag weder in London, noch im Haag, noch in Hannover offen vor. Vielmehr konnte man an allen drei Orten nicht lassen von der Besorgnis, daß im gegebenen Falle eine französische Armee für den Prätendenten bereit stehen werde. Diese Besorgnis, wenn auch immer unbegründet, ist daher dennoch als ein wichtiger Factor des Verhaltens an allen drei Orten zu betrachten.

Krankheitsanfall der Königin Anna, im Januar 1714, und die nächsten Consequenzen.

Jene Besorgnis tritt uns namentlich entgegen in der Whig-Partei in London und in dem dortigen hannöverschen Gesandten Schütz. Der Partei hatte zu Anfang die Jugend und Unerfahrenheit dieses Gesandten nicht zugesagt. Sie mochten sich doch damit bald ausgesöhnt haben, weil Schütz, unter dem Eindrucke der ihm überlegenen Persönlichkeiten, nach Hannover hin ihre Ansichten völlig wieder gab. Er hatte den Häuptern der Whigs die Gründe kund gethan, welche der Kurfürst gegen das Verlangen der Uebersendung seines Sohnes geltend machte. Sie reichten ihm eine Gegenschrift ein, welche alle jene Bedenken als nicht zutreffend zu widerlegen suchte. Schütz übermittelte sie nach Hannover.[1]) Er legte dann zum Schlusse des Jahres in einem ausführlichen Berichte an Robethon den Stand der Dinge nach der Auffassung der Whig-Partei dar.[2]) Es sei nicht eine besondere Meinung einzelner Personen, meldete er, sondern die allgemeine der best befähigten, der reichsten, der wohlgesinnten Mitglieder einer Partei, die ihr eigenes Interesse als untrennbar von demjenigen des Hauses Hannover ansehe, daß ohne ein schleuniges Heilmittel, nämlich die Ueberkunft des Kurprinzen, die Angelegenheit der Succession für immer verloren sei. Derselben Ansicht seien aber auch die für die Succession wohlgesinnten Mitglieder der Tory-Partei. Schütz gibt dann eine Uebersicht der Thatsachen des wenig entgegen kommenden Verhaltens der Minister gegen Hannover, von der Sendung des Grafen Rivers an, im

---

[1]) Diese Schrift ist abgedruckt in der Zeitschrift des historischen Vereines für Niedersachsen. Jahrgang 1883. S. 44 u. f.

[2]) Eben dort der Bericht von Schütz, vom 29. December/9. Januar.

Auguſt 1710. Mit Nachdruck wiederholt er, daß es der formelle Plan des Miniſteriums ſei, den Prätendenten einzubringen. Und zwar ſei der zwingende Grund die Nothwendigkeit ſich ſelber ſicher zu ſtellen, weil ſie ſich in den Augen des Kurfürſten allzu ſchuldig fühlten, als daß ſie Vergebung hoffen dürften. Aber auch, wenn einſtweilen noch die Miniſter die Sache aufſchöben, ſo würden ſie die Maske abnehmen, ſobald der Friede zwiſchen dem Kaiſer und Frankreich geſchloſſen ſei. Sie würden es zuerſt in Güte verſuchen, und dabei die Unthätigkeit des Hauſes Hannover geltend machen, indem ſie dieſelbe bezeichneten als Geringſchätzung der britiſchen Krone. Schon jetzt geſchehe dies zu dem Zwecke, die Freunde des Hauſes Hannover zu bewegen, ſich davon loszuſagen.

Wenn aber das Miniſterium auf dem Wege der Güte allzu viele Schwierigkeiten finde, ſo werde Frankreich bereit ſein, mit Macht einzutreten, und zugleich 80.000 bis 100.000 Mann an die holländiſche Grenze legen, um die Republik niederzuhalten. Was werde Hannover in ſolchem Falle vermögen? Wenn man dort meine, daß die Einreichung von Denkſchriften ein genügendes Heilmittel ſei, ſo zeige ja doch die Erfahrung, was man mit ihnen ausrichte.

Zum Schluſſe wird die Rede von Schütz im Auftrage der Whigs lebhafter. „Erwägen Sie auch, meldet Schütz an Robethon, den Stand der Dinge, in welchem ſich unſere Freunde hier befinden, welche Ermuthigung ſie von uns erhalten, mit welchem Grunde wir uns ſchmeicheln dürfen, ſie uns zu bewahren. Wir machen ihnen keine Mittheilungen. Wir verbergen uns vor ihnen. Diejenigen, die im Namen des Kurfürſten hierher geſandt werden, haben die Weiſung, nicht zu oft und zu öffentlich mit ihnen zu verkehren. Wir verwerfen alle Mittel und Schritte, die ſie, für das Gedeihen unſerer Angelegenheiten uns vorzuſchlagen, im Gewiſſen ſich verpflichtet fühlen. Sie haben allen Grund zu zweifeln, daß wir ſie für unſere Freunde anerkennen, obwohl ſie immer als ſolche aufgetreten ſind, und obwohl ſie durch ihr gegenwärtiges Verhalten wirklich in Gefahr ſtehen, Vermögen und Leben zu verlieren. Sie wiſſen weder, ob ſie ſich ſelber retten können, noch ob uns die von ihnen erwieſenen Dienſte angenehm ſind, während man von der anderen Seite ihnen täglich lockende Ausſichten bietet, wenn ſie nur dafür unſer Intereſſe preis geben."

„Im Uebrigen bezwecken unsere Freunde und insbesondere Lord Halifax durch solche Reden nicht Vorwürfe oder Groll kund zu geben, sondern sie halten sich im Gewissen zum offenen Aussprechen verpflichtet, weil sie sich nun einmal Sr. kurfürstlichen Hoheit gewidmet haben. Lord Halifax betheuert, daß wenn der Kurfürst nicht in diesen Plan eingehen will, er darum nicht sich mit ihm entzweien oder seine Sache aufgeben wird, vielmehr bereit ist, zu jeder Zeit auch den größten Gefahren sich auszusetzen, wenn er nur die Befehle des Kurfürsten kennt. Aber er sagt auch, daß er den Kurfürsten täuschen würde, wenn er ihm nicht ausspräche, daß alle diejenigen, die sich als Freunde des Kurfürsten bekennen, in gleicher Weise reden, und wenn er nicht hinwiese auf die große Gefahr, daß die Zahl der Wohlgesinnten sich täglich vermindert, wenn die Dinge auf dem gegenwärtigen Fuße bleiben."

So die Auffassung der Whigs, wie auf ihren Wunsch der Gesandte Schütz sie nach Hannover wieder gab.

In denselben Tagen erfolgte ein heftiger Krankheitsanfall der Königin in Windsor. Was es damit sei, erfuhr man in den ersten Tagen nicht; denn — so berichtet der kaiserliche Resident Hoffmann — „alle derartigen Zufälle der Königin werden geheim gehalten und geringer gemacht als sie sind. Das Haus Hannover hat am Hofe keinen einzigen Freund, der dem Gesandten desselben einige Mittheilung machte."[1])

Es gelang jedoch dem hannöverschen Gesandten Bothmar im Haag, durch seine Verbindungen in England einen vertraulichen Brief Bolingbrokes aus Windsor an einen Freund in London zu erlangen. Der Brief, der sich nicht auf die Krankheit der Königin beschränkt, lautet wie folgt.[2])

„Windsor, den 6. Januar. Ich habe Ihren Boten hier zurück behalten, bis ich Ihnen über den Zustand der Königin genaue Angaben machen könnte, auf Grund des Berichtes der Aerzte an den Cabinetsrath. Sie sagen also, daß die Krankheit der Königin ein Tertian- oder Wechselfieber ist — denn diese zwei Namen sind anwend-

---

[1]) Hoffmanns Bericht vom 9. Januar.

[2]) Anlage I.

bar — ferner daß der erste Anfall sehr heftig gewesen ist, der zweite jedoch minder scharf, und die begleitenden Symptome weniger gefährlich. Ferner sagen sie, daß der Körper erfüllt ist von einer gichtischen Flüssigkeit, mit welcher sich eine hysterische Affection verbindet."

„Mein lieber Freund, ich kann mich nicht enthalten Ihnen auszusprechen, daß die Nacht vom Donnerstage die traurigste war, die ich in meinem Leben verbracht, und ich schwebe noch immer in der größten Besorgnis, oder vielleicht sehe ich mehr voraus als ich sollte. Ich hoffe, daß diese wiederholten Zufälle ihre Wirkung auf Lord Oxford üben und ihn bewegen werden, nunmehr ohne Zeitverlust die erforderlichen Maßregeln zu treffen, die ihn und seine Freunde in den Stand setzen können, für den unheilvollen Fall des Todes der Königin wenigstens Bedingungen für sich und für das Land aufzustellen."

„Meine Rückkehr nach London hangt ab von dem Befinden der Königin, daher kann ich etwas Bestimmtes darüber nicht sagen; aber ich versichere Ihnen, daß ich kommen werde, sobald es mir möglich; denn ich bin in Betreff der Verzögerungen unserer hauptsächlichen Angelegenheit in großer Unruhe. Ihnen gegenüber, dem ich mich ohne Rückhalt eröffnen darf, sage ich, daß, wenn ich zehn tausend Pfund Sterling von der Königin erhalten kann, dieser Betrag meine kleinen Angelegenheiten in einen guten Stand setzen würde. Kann ich mehr erhalten, desto besser; aber, wenn dieser Betrag mir entgeht und der Königin ein Unglück widerfährt, so würde ich mich schämen, mich in Schulden zu befinden, wo alle Andern, die zum Frieden beigetragen, in so ausgiebiger Weise ihr Vermögen vermehrt haben. Leben Sie wohl, lieber Freund."

Dies Schreiben Bolingbrokes, vermuthlich an den Abbé Gautier gerichtet, zeigt vor allen Dingen, daß nicht, wie Schütz im Auftrage der Whig-Partei nach Hannover hin berichtet hatte, ein fertiger Plan für die Einbringung des Prätendenten vorlag, sondern daß in dieser Richtung alles sich auf Velleitäten beschränkte. Beachtenswerth ist ferner die schwere Klage Bolingbrokes, daß Oxford bisher nichts gethan, um, für den Todesfall der Königin, sich selber und seine Freunde sicher zu stellen.

Dem kaiserlichen Residenten Hoffmann hat ein anderes Schreiben Bolingbrokes aus jenen Tagen vorgelegen. Er theilt nicht den Wort-

laut desselben mit, berichtet aber darüber wie folgt. „Es erhellt daraus, daß von dem Ministerium die Maßregeln für den Prinzen von Wales noch nicht vereinbart sind, und daß, wenn der Tod der Königin jetzt erfolgen sollte, es kein anderes Mittel hat als sich durch die Flucht zu retten. Bolingbroke schreibt aber auch, daß er einen Gegenvorschlag zu machen habe und der Hoffnung lebe, daß dieser Lärm die Anderen sämmtlich zum Eingehen bewegen, oder daß sie sich wenigstens dadurch in den Stand setzen werden, sich durch Capitulation zu retten. — Ich unterstehe mich, Ew. k. Majestät ferner zu versichern, daß, im Falle dieser Tod bald erfolgt, diese Nation sogleich wieder in ihr wahres Interesse eintreten wird."[1]) — „Damit habe ich aber nicht sagen wollen, fügt er im nächsten Berichte hinzu, daß man sich sofort wieder in den Krieg einlassen werde, es wäre denn, daß Frankreich den Prinzen von Wales mit Gewalt auf den Thron setzen und dadurch den Krieg erneuern wollte."[2])

An diesem Tage, dem 5./16. Januar, war die Gefahr bereits geringer. „Die Königin, meldet Hoffmann, hat in beiden Händen das Podagra, und dies gilt für ein gutes Zeichen."

Der Zustand der Gefahr war indessen noch nicht vorüber. Am 8./19. Januar ging das Gerücht, daß bei der Constitution der Königin ein Schlaganfall zu besorgen stehe. In den nächsten Tagen trat diese Besorgnis zurück.[3])

Unterdessen durcheilte die Nachricht von der schweren Erkrankung der Königin, vielfach sich wandelnd in das Gerücht des bereits erfolgten Todes, das gesammte Europa. Wir haben gesehen, wie der Marschall Villars von Rastatt aus nach Versailles sie benutzte zum Drucke für den Frieden.

Im Haag hatten bis dahin die Häupter der Republik über die Angelegenheit der Successsion Schweigen beobachtet. In Anlaß der Krankheit der Königin jedoch eröffnete der Rathspensionär Heinsius dem hannöverschen Gesandten Bothmar: die Häupter der Republik seien durchweg der Meinung, daß bei der Lage der Dinge in England die

[1]) Bericht vom 12. Januar.
[2]) Bericht vom 16. Januar.
[3]) Bericht vom 19. Januar.

Absendung des Kurprinzen dahin nicht bloß nützlich, sondern fast unumgänglich sei, zu dem Zwecke, die freilich noch verborgenen, aber leicht zu errathenden Anschläge des Ministeriums und der Jacobiten zu durchkreuzen.[1]) Aehnlich berichtete von Antwerpen aus Marlborough über den Stand der Dinge in der Republik.[2])

In Hannover haben wir die Personen des kurfürstlichen Hauses zu unterscheiden, die in Betreff der englischen Succession nicht übereinstimmend dachten: die alte Kurfürstin Sophie, den Kurfürsten Georg Ludwig und seinen jüngsten Bruder Ernst August, den Kurprinzen Georg August und dessen Gemahlin Caroline, geborene Prinzessin von Anspach. Die letztere, damals dreißigjährig, war vielleicht die eifrigste von allen für die Succession.

Das Verhalten der Kurfürstin zu der Aussicht auf die englische Thronfolge liegt in vielen ihrer Aeußerungen in diesem Werke zu Tage. Niemals hatte sie, wie später die unbegründete Sage in England erzählt hat, sich nach derselben begierig gezeigt. Sie hatte im October 1713 das dreiundachtzigste Lebensjahr vollendet. Aber wie sie noch ihre körperliche Gesundheit besaß, so auch die volle Frische des Geistes, mit welcher sie zahlreiche Correspondenzen unterhielt, durchweg eigenhändig schreibend. Eine hauptsächliche derselben fand statt mit Leibniz, damals in Wien, der vom Beginne des Auftauchens der Thronfolge in England an einer der eifrigsten Vertreter derselben bei der Kurfürstin gewesen war. In ihren längeren Briefen an ihn pflegte sie die Angelegenheit der Thronfolge nur in wenigen Worten zu streifen. Am 8. December 1713 meldet sie: ein Lord habe gesagt: wenn man den Prätendenten überall verbannen wolle, so möge man ihn nach Hannover senden. Am 4. Januar, vor der Krankheit der Königin: „Ich werde Ihnen durchaus nicht von den englischen Angelegenheiten reden. Wäre ich erst dreißig Jahre alt — also wie die Kurprinzessin — so wäre ich dabei sehr betheiligt. Jetzt dagegen denke ich nur daran meine Seele in Ruhe zu halten, damit ich das Leben bewahre, so lange es geht.“[3])

---

[1]) Bericht des Herrn von Heems, vom 16. Januar. K. k. Archiv. Hollandica.

[2]) Macpherson's Original papers vol. II, p. 543.

[3]) Die Werke von Leibniz, Band IX, S. 416 und 421.

Auf die Nachricht der schweren Krankheit der Königin sprach Leibniz die Hoffnung aus, die Kurfürstin, ungeachtet ihrer entgegen gesetzten Ansicht, noch als Königin zu erblicken. Sie antwortete, am 1. März: „Mein Tod würde allerdings schöner sein, wenn, nach Ihren Wünschen, meine Gebeine in Westminster bestattet würden; aber ich sage offen, daß meine Seele, die bisher noch den Leib beherrscht, zur Zeit sich noch nicht so traurigen Gedanken hingibt, und daß die Reden über die Succession mich verdrießen. Man schreibt so viele Bücher für und wider, daß ich mir nicht die Mühe gebe hineinzublicken. Hätte ich damals als man dem Herzoge von Ormond den Befehl zusandte nicht zu schlagen, den Thron inne gehabt: so wären jetzt die Angelegenheiten des Kaisers im besseren Stande, und man würde ihn bitten, Europa den Frieden zu geben. Aber ich bin ganz Ihrer Ansicht, daß man geduldig abwarten muß, was Gott uns sendet.“ [1])

Mit besonderem Eifer dagegen hielt das kurprinzliche Paar die Aussicht auf die Thronfolge in England im Auge. Der Kurprinz wäre schon zwei Jahre zuvor bereit gewesen, auf den Vorschlag des Prinzen Eugen sich zu bethätigen (S. 359). Um so mehr also mußte er nun, wo von so vielen Seiten die Aufforderung an ihn herantrat, geneigt sein, durch die Ueberfahrt nach England, durch sein Auftreten dort die Sache seines Hauses zur Entscheidung zu bringen. Aber immer stand ihm entgegen die Nicht-Zustimmung des Vaters.

Wir haben die Gründe vernommen, die der Kurfürst durch seinen Gesandten Schütz darüber den Freunden der Succession in England entwickeln ließ. Wir haben ferner vernommen, daß die Häupter der Whig-Partei durch eine Gegenschrift diese Gründe zu entkräften suchten. Aber den einen Grund konnten sie nicht entkräften, daß im Falle der Ueberkunft des Kurprinzen die Whigs ihn umdrängen, ihn wie ihr Haupt ansehen würden. Der Schein der Parteinahme war in solchem Falle schwer abzuwehren. Der Kurfürst hätte dadurch der Königin und dem Ministerium den Anlaß oder doch den Schein zu dem Vorwurfe geboten, daß er seinem wiederholt gegebenen Versprechen, sich in englische Angelegenheiten nicht einzumischen, zuwider gehandelt habe.

[1]) Die Werke von Leibniz, Band IX, S. 430.

Es ist möglich, daß der Kurprinz durch seine Haltung in England jeglichem Vorwurfe solcher Art den Boden entzogen haben würde. Aber der Vater wenigstens trauete seinem Sohne eine solche feste Haltung nicht zu. Er zog den zweiunddreißigjährigen Prinzen nicht in den Rath, aus Besorgnis, wie der ihn beobachtende General Schulenburg sagt, seines Mangels an Discretion vor den Frauen. Es ist damit die Kurprinzessin Caroline gemeint, die an geistiger Befähigung der alten Kurfürstin ebenbürtig da stand. Demnach ergibt sich aber auch, daß das Verhältnis von Vater und Sohn gelockert wurde.

Der General Schulenburg, nach einer Beobachtung mehrerer Monate, entwirft damals von dem Kurprinzen die folgende Charakteristik: „Er brennt vor Begierde die Krone zu erlangen. Er ist geistig befähigt, lebhaft, besitzt ein wunderbares Gedächtnis; aber dabei ist er unbeständig, argwöhnisch, liebt und haßt ohne Grund, kurz ein sonderbar gemischter Charakter.“ [1])

Als die Nachricht der schweren Erkrankung der Königin in Hannover eintraf und damit sich die Aussicht erhob, daß die Ueberkunft der Thronerbin nach England erforderlich werden könnte, erklärte die Kurfürstin Sophie, daß sie niemals ohne ihren Sohn, den Kurfürsten, hinüber gehen werde. Der General Schulenburg fügte der Meldung dessen an Leibniz die Worte hinzu: Celui-ci dans le fond de son cœur ne voudrait pas voir arriver le cas — sapienti pauca.[2]) — Einige Wochen später schreibt er demselben: A Hanovre on est trop indolent sur l'affaire (d'Angleterre), et je me trompe, si l'Electeur n'est pas bien aise d'en être quit avec honneur.[3]) Noch stärker drückt Schulenburg sich einige Monate später aus, in den Tagen der Katastrophe in England, mit den Worten: Il est sûr que l'Electeur est très-indifférent de ce qui arrivera de l'affaire en question, et j'oserais avancer que, si elle venait aujourd'hui à sa maturité, il serait au désespoir d'être obligé par honneur de quitter son séjour.[4])

---

[1]) Schulenburg an Steingens, 10. August, in: Leben und Denkwürdigkeiten des Grafen Schulenburg, Band I, S. 542.

[2]) Schreiben vom 11. Februar, in den Leibniz-Papieren der k. Bibliothek zu Hannover.

[3]) Eben dort. Schreiben vom 31. März.

[4]) In dem vorerwähnten Schreiben an Steingens.

Schulenburg stützt sich für sein Urtheil hier nicht auf eine bestimmte Kundgebung des Kurfürsten, sondern sagt selber, daß er eine Behauptung wagt. Als Grundlage dieser Behauptung dient das thatsächliche Verhältnis, daß der Kurfürst um der englischen Thronfolge willen keine Schritte that. Schulenburg und Leibniz, der darüber mit jenem die Gedanken austauschte, so wie viele andere Zeitgenossen, gingen in ähnlichen Urtheilen von der Voraussetzung aus, als sei es selbstverständlich, daß der Kurfürst nach der englischen Krone streben, danach greifen müsse.

Aber der Kurfürst hatte durch eine lange Reihe von Jahren bewiesen, daß er nicht von diesem Gesichtspunkte ausging. Er war ein selbständiger Reichsfürst, einer der mächtigsten. Seit sieben Jahrhunderten war das welfische Haus, dem er entstammte, verwachsen und verwoben mit dieser niedersächsischen Heimat. Die Tradition des Ahnherrn Heinrichs des Löwen, dem einst das gesammte Volk der Niedersachsen vom Rheine bis zur Peene als dem Stammesherzoge folgte, war Jahrhunderte lang verdunkelt gewesen. Der Vater Ernst August hatte, nach Maßgabe der damaligen Verhältnisse, sie wieder ins Leben gerufen, hatte vom Kaiser die neunte Kurwürde erlangt, oder, in seinem Sinne zu reden, wieder gewonnen, was einst seinem Ahn mit Unrecht und Gewalt genommen war, und hatte zugleich mit dem Kaiserhause seinen Bund geschlossen zu treuem Zusammen-Halten. Dies politische Vermächtnis von Ernst August machte Georg Ludwig aus voller Ueberzeugung sich zu eigen. Er trat persönlich ein in den Dienst für Kaiser und Reich. Auf diesem seinem Wege des Wiederaufbaues der einstigen Macht und Größe seines Hauses und desjenigen Theiles der Niedersachsen, die ihm folgten, trat ihm entgegen das Angebot der englischen Königskrone. Er so wenig wie seine Mutter, durch welche ein Anspruch an dieselbe auf ihn verstammte, hatten um dies Erbieten einen Schritt gethan. Sie nahmen das Dargebotene an.

Aber es ist die Frage, ob der Glanz dieser in Aussicht gestellten Krone den ruhigen und friedlichen Besitz dessen was in der Heimat ihnen eigen war, so sehr überstrahlte. Die Veränderlichkeit der englischen Nation war damals in Europa wie sprichwörtlich. Die Kurfürstin Sophie hatte im langen Leben allen diesen Wechsel mit angesehen: sie war gleich ihrer Schwester, der Aebtissin von Maubuisson,

wie diese einmal bemerkt, eine lebende Chronik aller jener Wandlungen. Immerhin war der Glanz der Krone lockend; aber es fehlte die Gewähr des Bestandes.

Dazu forderte die Annahme dieser Krone ein schweres Opfer, den Verzicht auf die Heimat. Georg Ludwig hat später als König Georg I. die Aenderung eines Satzes der Successions-Urkunde verlangt und durchgesetzt; aber bei seiner Annahme derselben, im Jahre 1701, befand sich dieser Satz darin mit den Worten: „Keine Person, die in Zukunft zum Besitze dieser Krone gelangen wird, soll, ohne Zustimmung des Parlamentes, das Königreich verlassen dürfen." Es haftete daran unvertilglich die Besorgnis, daß England den Besitz des demnächstigen Herrscherhauses außerhalb der Inseln Groß-Britannien und Irland mit Mistrauen betrachten würde.

Die Kurfürstin Sophie und ihr Sohn, der Kurfürst Georg Ludwig, hatten angenommen, was, ohne ein Zuthun, ein Bemühen, eine Bitte ihrerseits, von den berufenen Vertretern eines Königreiches, zwei Souveränen nach einander in Gemeinschaft mit den Abgeordneten der Nation, ihnen entgegen getragen war, nicht um des Hauses Hannover willen, sondern um Englands willen. England bedurfte des Hauses Hannover, um sicher zu sein gegen einen Bürgerkrieg, nicht aber bedurfte das Haus Hannover Englands. Die Annahme des Dargebotenen war eine Pflicht der Ehre und des Gewissens, nicht jedoch das Trachten und Streben über dasjenige hinaus, was von der Nation in ihrer Gesammtheit freiwillig entgegen getragen wurde und dadurch ein Recht begründete. Von diesem Grundsatze aus hielten die Kurfürstin Sophie und der Kurfürst Georg Ludwig fest an der Richtschnur, aus sich nicht einen Schritt in England zu thun, sondern nur dasjenige anzunehmen, was von der Königin und dem Parlamente gemeinsam ihnen dargeboten wurde. Sie erkannten sich nicht das Recht zu, in England zu handeln wider den Willen, noch auch nur ohne Vorwissen der Königin. An diesem Principe scheiterten die Bemühungen, ob von England her, ob von Holland, ob aus nächster Nähe, den Kurfürsten zur Uebersendung seines Sohnes nach England zu bewegen.

Weitere Entwickelung der Dinge in England.

Die Aufforderungen von England aus wurden freilich immer dringender. Am 19. Januar meldete Schütz, daß Freunde der Succession, sowohl Tories als Whigs, bei ihm erschienen seien, um zu betheuern, daß nichts Anderes die Succession retten könne als die Uebersendung des Kurprinzen. Den neuen Anlaß zu diesem Drängen gab das Gerücht der Ausrüstung eines französischen Geschwaders in Brest.[1])

Es ist merkwürdig zu sehen, wie in England die Freunde der Succession sich in Besorgnisse hinein redeten. Man fürchtete nicht bloß die französische Flottenrüstung. Es hieß ferner, daß auch Truppenbewegungen in Nord-Frankreich statt fänden. Man fürchtete sogar auch, daß die britische Flotte für den Dienst des Prätendenten verwendet werden solle. Es hieß, daß der Admiral Wishart, der das Commando der Flotte erhalten, lauter schottische See-Officiere ausleſe.[2])

In der Wirklichkeit war doch das alles ganz anders. Das Schreiben Bolingbrokes aus Windsor hat durch den Ausdruck der Hoffnung, daß Oxford nun endlich Schritte thun würde, sich selber und seine Freunde sicher zu stellen, uns gezeigt, daß einerseits die gesammte Macht der Krone noch in Oxfords Händen lag, so wie andererseits, daß er bis dahin noch keine Schritte in der von Bolingbroke gewünschten Richtung gethan. Was Bolingbroke hoffte, suchte auf die Nachricht der Krankheit der Königin auch Berwick bei Oxford zu erreichen. Er gab dem Herzoge von Ormond den Auftrag, nun endlich Oxford zu einem Entschlusse zu drängen. Es gelang nicht. Das Ergebnis einer langen Unterredung war, daß Berwick nach Bar-le-Duc berichtet: „Oxford ist so geheimnisvoll und unfaßbar, daß man oft in Versuchung geräth, ihn im Grunde für einen Schurken zu halten. Aber dagegen steht, daß die Whig-Partei, der Kurfürst in Hannover, Marlborough sich niemals mit ihm aussöhnen werden.“[3])

Während also die Whig-Partei das Ministerium im schwersten Verdachte von Attentaten zu Gunsten der Jacobiten hielt, erwuchs auf

[1]) Macpherson's Original papers vol. II, p. 546.

[2]) Hoffmanns Bericht vom 30. Januar.

[3]) Lord Mahon's History of England vol. I, p. 389. Vom 4. Februar.

jacobitischer Seite gegen das Haupt des Ministeriums der nicht minder schwere Verdacht, von ihm betrogen zu werden. Berwicks Besorgnis ward allerdings gedämpft durch die Erwägung, daß es Oxford nicht gelingen werde, mit dem Kurfürsten in Hannover auf guten Fuß zu kommen. Wie aber, wenn Oxford das dennoch glaubte und in dieser Richtung sich bemühete?

Vom Beginne des Jahres an machte Oxford wiederholte Versuche, sich dem hannöverschen Gesandten Schütz zu nähern — Versuche, die der Letztere nicht sehr hoch angeschlagen zu haben scheint.[1] Aber Oxford kam wieder. Er theilte dem Gesandten im tiefsten Geheimnisse mit, daß es ihm gelungen sei, die Königin für die Sicherung der Thronfolge des Hauses Hannover zu einem neuen Versprechen zu bewegen. Sie wolle eine Acte sanctioniren, welche die Kurfürstin Sophie ermächtigen würde, die sämmtlichen Mitglieder der Regentschaft zu ernennen, ohne an die sieben Personen gebunden zu sein, welche, gemäß der Regentschafts-Bill von 1705, vermöge ihres Amtes Mitglieder seien. Schütz schöpfte den Verdacht, daß Oxford nach der Gelegenheit trachte, die Successions-Acte überhaupt zu ändern. Lord Halifax bestätigte diesen Verdacht, mit dem Rathe, daß der Kurfürst sich auf keine Aenderung einlassen, sondern sich mit der gegenwärtigen Fassung der Acte befriedigt erklären möge.[2]

Vom 12./23. Januar an verlautete in London das Gerücht, daß Thomas Harley, einer der Secretäre vom Schatzamte und naher Verwandter des Treasurers, wieder wie im Jahre zuvor, in außerordentlicher Mission nach Hannover gehen solle. Ueber den eigentlichen Zweck dieser Sendung verlautete nichts;[3] jedoch lag es in der Natur der Dinge, daß die Thatsache selber als eine freundliche für Hannover angesehen wurde. Eben darum, meinte man, werde Oxford um so mehr das Mistrauen der Jacobiten wider ihn wach rufen. Dies war in der That der Fall, mit Consequenzen, wie man sie bei der ersten Kunde der Sache noch nicht ahnte. Das Handschreiben der Königin, welches Harley zu überbringen hatte, war bereits am 8./19. Januar

---

[1] Macpherson's Original papers vol. II, p. 542.

[2] A. a. O., p. 545.

[3] Hoffmanns Bericht vom 23. Januar.

gezeichnet. Bis zur Abreise Harleys jedoch verfloß noch eine Reihe von Tagen, und seine Ankunft in Hannover erfolgte sogar erst im April. Dann also wird die Sache uns wieder vor Augen treten.

Die Königin schien, im Januar, sich wieder zu erholen, und es war bereits davon die Rede, daß sie in einem besonders für ihren Zustand gebauten Wagen das Schloß Windsor verlassen und sich in die Stadt begeben werde. Da erfolgte, am 23. Januar/3. Februar, ein neuer Krankheitsanfall, den man als Kolik bezeichnete. Bolingbroke, der sich in Windsor befand, schrieb darüber an Gautier, am 26. Januar/6. Februar: „Mein lieber Freund. Im tiefsten Vertrauen eröffne ich Ihnen, daß es mit der Königin so schlimm steht, daß auf ihre Herstellung nicht zu rechnen ist. Wir sind freilich genöthigt das Gegentheil zu versichern, um das Nothwendige zu ordnen." Es folgten in dem Briefe unaufgelöste Ziffern.[1])

Wenn auch die hier ausgesprochene Meinung Bolingbrokes allzu dunkel gefärbt war, so ist doch anzunehmen, daß er derselben gemäß zu handeln suchte.

Das Bemühen den eigentlichen Zustand der Königin geheim zu halten, ging so weit, daß einige fremde Gesandte, welche, am 4. Februar, sich zum Zwecke der Erlangung einer Audienz, nach Windsor hinaus begeben hatten, dort an Ort und Stelle von einem neuen Krankheitsanfalle der Königin nichts erfuhren, sondern erst nach ihrer Rückkehr in die Stadt die Kunde erhielten.[2])

Indessen die Maßregeln der Minister für die Geheimhaltung konnten diesen Zweck nicht dauernd erreichen. Bei der Frage des Lebens oder des Todes der Königin war ganz Europa betheiligt, zunächst und vor Allen die Engländer selbst. Darum stieg dort bei diesem erneuten Krankheitsanfalle die Sorge und die Unruhe um die Zukunft. Die Gerüchte, die schon seit einiger Zeit im Umlaufe, wurden stärker. Sie überboten sich. Der Prätendent, hieß es, habe seinen Aufenthalt zu Bar-le-Duc in Lothringen plötzlich verlassen, und Niemand wisse, wohin er sich begeben. Das französische Geschwader in Brest

[1]) Das Schreiben, von Bothmar auf demselben Wege erlangt, wie das frühere, S. 511, Note 2. Nach dem Berichte von Schütz in Macpherson's Original papers vol. II, p. 550 war der Expreß von Windsor aus an Gautier.

[2]) Hoffmanns Bericht vom 6. Februar.

wurde wieder genannt. Um Boulogne zögen sich französische Truppen zusammen. Die Capitäne des Geschwaders der zwölf britischen Schiffe, welches unter dem Admiral Wishart absegeln sollte, wurden nun sämmtlich als Jacobiten bezeichnet, ausdrücklich zu dem Zwecke ausgewählt, den Prätendenten her zu geleiten. In Folge dieser Gerüchte ward die Bank von England ähnlich angelaufen, wie im März 1708. Die Actien derselben sanken in zwei Tagen um vier bis fünf Percent.[1])

Deshalb entsendete die Bank vier ihrer Directoren an den Treasurer Oxford. Sie führten alle jene Gerüchte an, ferner den übelen Zustand der Königin, das lange Hinausschieben der Versammlung des Parlamentes. Das alles habe eine solche Besorgnis erweckt, daß Jedermann an die Bank renne und baares Geld verlange. Wenn nicht der Hof etwas zur Beruhigung thue, so schwebe der öffentliche Credit in Gefahr zusammen zu brechen.

In seiner Antwort stellte sich Oxford, als habe er von allem dem zuvor nichts gewußt, und behandelte alle diese Gerüchte wie lächerlich. Es fänden überhaupt keine Rüstungen statt, weder in England, noch in Frankreich. Der Prätendent begebe sich in die Schweiz, weil weder Venedig noch Rom ihm den Aufenthalt gestatteten. Die Königin sende Thomas Harley nach Hannover, welcher dem Kurfürsten die Fortdauer ihrer Sorgfalt für die Wahrung der Successión darlegen werde. Eine andere Persönlichkeit hohen Ranges werde dahin folgen, deren Name allein Jedem, der noch zweifele, alle Furcht und Sorge um die Succession benehmen werde.[2]) — Als die hier angedeutete Persönlichkeit ward in den nächsten Tagen der Herzog von Kent genannt.

In der That aber gingen die Besorgnisse um den Zustand der Königin über die Wirklichkeit hinaus. Am 1./12. Februar richtete Bolingbroke in ihrem Auftrage ein Schreiben an den Lord Mayor von London.[3]) Dasselbe enthielt einige Worte der Beruhigung über ihren Gesundheitszustand, und versicherte, daß das Parlament an dem bestimmten Tage, dem 16. 27. Februar, zusammen treten werde. —

---

[1]) Hoffmanns Bericht vom 9. Februar.

[2]) Desgleichen, vom 13. Februar.

[3]) Lamberty t. VIII, p. 640.

Das Schreiben hatte die Wirkung, daß sich das Rennen an die Bank verminderte. Die Whig-Partei dagegen trauete so wenig, daß sie zwei Officiere nach Frankreich hin entsendete, um über das Gerücht eines Lagers bei Boulogne Gewisheit einzuziehen.[1])

Die Königin erholte sich wieder. Am 6./17. Februar, ihrem Geburtstage, war sie im Stande, die Glückwünsche in der Art in Empfang zu nehmen, daß sie, auf ihrem Thronsessel sitzend, die Gratulanten paarweise vorüber defiliren ließ. Sie verneigte sich, jedoch ohne zu reden. „Ich muß sagen, meldet Hoffmann, daß ich keine Aenderung an ihr wahrgenommen, außer daß die Augen nicht so lebhaft blicken wie zuvor.“[2])

In der Stadt London fand von der sogenannten hannöverschen Gesellschaft eine Feier statt, ähnlich wie jährlich im November das Erinnerungsfest an die Königin Elisabeth, in welchem ein hauptsächliches damaliges National-Vorurtheil der Engländer zum Ausdrucke gelangte. An der Spitze eines Zuges von etwa fünfhundert Fackelträgern, von unzähligem Volke umschwärmt, fuhr ein Wagen mit drei großen Figuren, die den Papst, den Prätendenten, den Teufel darstellen sollten. Der Zug ging durch die hauptsächlichsten Straßen der Stadt. Der Ausschuß (trainbands) stand in Waffen, machte jedoch keinen Versuch des Einschreitens. Der Umzug vollzog sich friedlich, und vor dem Versammlungshause jener Gesellschaft wurden dann die drei Figuren mit großer Solennität dem Feuer übergeben. „Durch dergleichen Spectacula, sagt der Berichterstatter, sucht die Whig-Partei bei diesen gefährlichen Zeitläufen die Gemüther des Volkes gegen den Prinzen von Wales in Erregung zu erhalten, und findet, daß dies eine gute Wirkung hat.“[3])

Es bestätigte sich, daß dem Herzoge von Kent die Andeutung gemacht war, dem Thomas Harley nach Hannover zu folgen. Er hatte jedoch erwiedert, daß er die Sendung nicht anders auf sich nehmen werde als mit dem Auftrage, den Kurprinzen einzuladen und herüber zu führen. Der Auftrag blieb aus. Dagegen ging von dem Mini-

---

[1]) Hoffmanns Bericht vom 15. Februar.

[2]) Desgleichen vom 20. Februar.

[3]) Desgleichen.

sterium das Gerücht aus: die Königin werde in ihrer Thronrede aussprechen, daß sie bereit sei, alles zu thun, was zur Beruhigung ihrer Unterthanen gereichen könne. Alsdann werde der Staats-Secretär Bromley im Unterhause eine Adresse vorschlagen, enthaltend die Bitte um die Einladung des Kurprinzen. — „Dies Gerücht, bemerkt dazu Hoffmann, findet keinen Glauben." Das Mittel solcher Gerüchte für Oxford war verbraucht.

Dagegen war es Bolingbroke noch nicht gelungen, die Geltung Oxfords bei der Königin zu erschüttern. Noch in der Woche vor dem Zusammentritte des Parlamentes vollzog die Königin für Oxford eine Schenkung von 5000 Pfund Sterling als besondere Belohnung für seine guten Dienste.[1]) Es tritt also bei diesem guten Verhältnisse Oxfords zu der Königin, abermals an uns die Frage heran, wie er bei derselben sich die Sache des Prätendenten zurecht legte.

Frage des Religionswechsels des Prätendenten.

Aus dem Briefe Berwicks, vom 4. Februar, an den Prätendenten haben wir vernommen, daß sein Glaube an Oxford bereits ins Wanken gekommen war. In denselben Tagen dictirte Oxford, der, wie früher bereits hervorgehoben ist, sich niemals eigenhändig mit dem Prätendenten oder dessen Umgebung eingelassen, dem Priester Gautier für denselben ein Schreiben, in welchem er versichert, daß der Religionswechsel oder die Fiction desselben absolute Bedingung sei, und daß die Königin, so lange der Prätendent in der römisch-katholischen Religion beharre, nichts für ihn thun werde.[2]) — Dieselbe Forderung trat in vielfacher Weise von England aus an den Prätendenten heran.

Berwick war über diese Forderung sehr unmuthig, und wies namentlich darauf hin, daß bei der ersten Anknüpfung, die von Oxford her durch Gautier und Torcy an ihn gekommen, davon mit keinem Worte die Rede gewesen war. „Wahrlich, meinte er, das sieht schlimm aus, wenn nach einer Verhandlung von zwei Jahren eine unmögliche Forderung erhoben wird. Dennoch müssen wir mit ihnen aushalten,

[1]) Macpherson's Original papers vol. II, p. 562.

[2]) Lord Mahon, History of England vol. I, p. 56, 390.

weil es kein anderes Mittel gibt."[1]) Aber er war zugleich der Ansicht, daß auf diese Forderung keine Antwort gegeben werden dürfe.

Darin jedoch stimmte mit ihm der Prätendent nicht überein. Er hatte schon früher den hochkirchlichen Geistlichen Lesley, der in England den Eid auf die Verfassung verweigert, für die anglicanischen Mitglieder seiner Umgebung nach Bar-le-Duc berufen. Dieser antwortete im Sinne des Prätendenten auf jene Forderungen an die jacobitischen Freunde im Parlamente. Aber Jacob begnügte sich damit nicht. Er entschloß sich, wenn auch widerstrebend, eigenhändig auf jene von Gautier eingesandte Forderung zu antworten. Dies Schreiben des Prätendenten lautet wie folgt.[2])

„Ich hätte wünschen mögen, in dieser Zeit nicht genöthigt worden zu sein, mich auf ein so delicates Thema wie dasjenige der Religion einzulassen; aber Ihre zwei letzten Briefe lauten darüber so dringend und so positiv, daß es ein unverzeihlicher Mangel an Offenheit sein würde, wenn ich darauf nicht mit der gleichen Aufrichtigkeit antworten wollte."

„Ich beginne daher damit, Ihnen die letzte Unterredung, die wir über diese Sache hatten, ins Gedächtnis zu rufen. Ich habe dazu nichts hinzuzufügen, als daß es mir weder an Berathung noch Erwägung fehlt, unveränderlich bei meinem festen Entschlusse zu beharren, daß ich niemals meine Religion verleugnen, daß ich eher alles verlassen als gegen Ehre und Gewissen handeln werde, koste es auch was es wolle. Das ist meine Ueberzeugung. Hätte ich eine andere, oder handelte ich im Widerspruche mit dieser, welche ich habe: wo wäre dann noch ein Mann von Ehre, der mir trauen würde? — Und wie könnten jemals meine Unterthanen sich auf mich verlassen, oder glücklich unter mir leben, wenn ich mich einer so notorischen Heuchelei bedient hätte, um zu ihnen zu gelangen? Ich bin überzeugt, daß sie vermöge ihres ehrenhaften Charakters sowohl das Verbrechen selbst als den der sich dessen schuldig gemacht, verabscheuen würden. Und wenn sie sich nur die Zeit lassen wollten ernstlich zu erwägen, so würden sie, nach

[1]) Lord Mahon, History of England vol. I, p. 389.

[2]) Macpherson's Original papers vol. II, p. 525. Vom 13. März. Gautier ist dort nicht genannt; aber schon die Bezugnahme auf die stattgehabten Unterredungen läßt keine andere Adresse zu.

meiner Ueberzeugung, nicht meine Religion als das einzige Hindernis meiner Herstellung ansehen, da sie ja vielmehr die sicherste Bürgschaft für ihre Freiheiten, ihr Eigenthum, ihre Religion ist, weil sie mir die Macht benimmt einen Angriff darauf zu machen, auch wenn ich es wollte. Dies Wollen liegt aber meinen Gedanken so fern, daß ich vielmehr willig und bereit bin, in Betreff dieser Punkte alle Sicherheit zu gewähren, die vernünftiger Weise von mir verlangt werden kann. Denn alle meine Wünsche gehen nur dahin, meine Unterthanen zu einem glücklichen, blühenden Volke zu machen."

„Ich kann kein anderes Interesse haben als das ihrige. Dagegen gibt es viele andere minder als ich berechtigte Erben der Krone, welche einerseits mächtig, andererseits Fremdlinge, Neigungen haben können, wie sie ihrer Macht entsprechen, und vielleicht für England niemals eine Ruhe gönnen, bis sie es in vollem Ernste unterjocht haben."

„Wollen denn meine Unterthanen immer so verblendet sein, dasjenige als unleidlich anzusehen, worin in der That ihre größte Sicherheit besteht? Wollen sie nicht die wirklichen und gerechten Ursachen zur Furcht und Sorge für sich erkennen und trachten denselben zuvorzukommen?"

„Meine gegenwärtige Aufrichtigkeit, zu einer Zeit, wo sie mir so theuer zu stehen kommen kann, sollte ihnen eine hinreichende Bürgschaft sein für die gewissenhafte Beobachtung alles dessen was ich ihnen verspreche. Denn ich kann mit Wahrheit sagen, daß ich alle Verstellung und alles Doppelspiel verabscheue, und sogar auch jetzt liebe ich meine Unterthanen zu sehr, als daß ich nicht wünschen sollte, sowohl um ihret- als um meinetwillen, daß sie wenigstens ihre Augen öffnen möchten, ihr wahres Interesse zu erkennen und rechtzeitige Fürsorge für ihren künftigen Frieden zu treffen."

„Ich weiß, daß mein Großvater und auch mein Vater von der Hochkirche von England in Bezug auf die Monarchie immer eine gute Meinung hatten. Auch beweist ja die Erfahrung, daß jedes Mal, wo ein Streich die Krone traf, die Hochkirche ihn mitfühlte, und, wenn auch einige ihrer hauptsächlichsten Vertreter es an ihrer Pflicht haben fehlen lassen, so dürfen wir doch die Grundsätze einer Kirche nicht messen wollen nach den Handlungen einiger Privatpersonen."

So ehrenwerth die Gesinnungen, die der Prätendent hier kund gab, so stand doch zwischen ihm und der Krone von England als Hindernis nicht bloß die Religion, sondern die ganze lange Kette des Geschehenen, die sich an die nicht von ihm verschuldete thörichte Flucht seines Elternpaares mit ihm nach Frankreich knüpfte. Was die Religion betraf, so hatte sich ja allerdings eben zuvor, in Anlaß des Geburtsfestes der Königin, das englische National-Vorurtheil wider die katholische Kirche in einer Weise ausgeprägt, die auf Gerechtigkeit für den Angehörigen derselben geringe Hoffnung gab. Aber dieselben Whigs, die vor dem englischen Volke die Abneigung gegen den Prätendenten in der populären Form der Confessionalität zum Ausdrucke brachten, waren, politisch betrachtet, in England die eigentlichen Freunde des römisch-katholischen Kaisers. Wie einst Wilhelm III. vor allen Dingen dahin getrachtet hatte, für die durch ihn in England bewirkte Umwälzung die Sanction des Kaisers Leopold zu gewinnen: so beschäftigte sich eben damals die Whig-Partei mit dem Plane, von dem Kaiser Carl VI. einen Garantie-Vertrag für die Thronfolge des Hauses Hannover zu erlangen. Bei dem Namen Papstthum richteten sich die Augen der damaligen Engländer nicht zuerst auf den Kaiser oder irgend welchen anderen Fürsten katholischer Religion, sondern auf den König von Frankreich. Die Worte Popery and France, oder Popery and French interest, oder Popery and arbitrary power verschmolzen für die damaligen Engländer in Einen untrennbaren Begriff. So unrichtig das ist, der Irrthum war ein allgemein nationales Vorurtheil. Von diesem Boden aus war jene Demonstration mindestens eben so sehr politisch wie confessionell. Aber setzen wir auch, der Prätendent habe die Absicht gehabt, dem elterlichen Erbe der Verblendung des Vertrauens in den König von Frankreich zu entsagen — was doch nach seinem Abschiedsbriefe vom Jahre zuvor, aus Chalons-sur-Marne (S. 460), kaum anzunehmen ist — so sagt doch davon, also von der eigentlichen Ursache des Falles seines Vaters, jenes Schreiben an den Priester Gautier kein Wort. Daher kann das Schreiben nicht auf viele Engländer zu seinen Gunsten gewirkt haben.

In jedem Falle aber that der Königin Anna die Antwort kund, daß sie mit dieser Forderung des Religionswechsels oder gar der Simulation desselben bei ihrem Bruder nicht durchdringen werde. Und eben

dasselbe galt für Oxford und für Bolingbroke. Danach hatten sie ihre weiteren Schritte zu bemessen. Diejenigen des Lords Oxford führten, wie wir gesehen, schon vorher nach Hannover, ohne daß er darum das Doppelspiel nach der anderen Seite hin aufgab, so lange es noch vorhielt. Bolingbroke hätte die seinigen gar gern unverweilt nach Bar-le-Duc gelenkt; aber die Machtfülle der Krone lag noch in den Händen des Treasurers Oxford.

Die Session des Parlamentes.

Stellung der Parteien.

Das Parlament trat zusammen am 16./27. Februar. Aber der leidende Zustand der Königin hatte ihr bis dahin die Fahrt nach der Stadt noch nicht gestattet. Deshalb beschränkte sich die Thätigkeit des Unterhauses am ersten Tage auf die zwei Acte der Wahl des Sprechers und dann der Vertagung bis zum März. Die Wahl fiel, nach dem Willen des Ministeriums, auf Sir Thomas Hanmer, den Führer derjenigen Tories, die man als hannöversche bezeichnete.

Oxford hatte einige Tage zuvor dem französischen Agenten Gautier die Absicht dieser Wahl mitgetheilt, mit der Begründung, daß er dadurch Hanmer hindern wolle, sich gegen den Hof zu bethätigen.[1]) Gautier scheint die Zweckmäßigkeit dieses Mittels etwas in Zweifel gezogen zu haben. Lebhafter erregt waren die eigentlichen Jacobiten, die mit nicht geringen Hoffnungen nach London gekommen waren. „Die Tory-Partei, berichtet Lockhart, hatte im Unterhause nicht eine so starke Mehrheit wie früher; aber sie waren unter einander fester geeinigt, unter ihr viele eifrige junge Männer, die nur wünschten, zur That geführt zu werden. Sie waren willig und fähig das ihrige zu thun, wenn nicht der Hof sie mit Verzögerungen hingehalten hätte, bis die goldene Gelegenheit verloren war."[2])

Als hauptsächliche Misgriffe solcher Art von Seiten des Ministeriums bezeichnet Lockhart wie die Wahl des Ritters Hanmer zum

[1]) Correspondence of Sir Thomas Hanmer vol. II, p. 42.

[2]) Lockhart Papers vol. I, p. 439.

Sprecher, so die Ernennung des bisherigen Bischofs von Chester, Sir William Dawes, zum Erzbischofe von York. „Der einzige Grund, sagt er, den die Minister dafür angeben konnten, war die Hoffnung, die beiden zu gewinnen. Aber das Gegentheil trat ein. Denn indem diese Persönlichkeiten erkannten, daß nicht Gunst für sie, sondern Furcht vor ihnen der Grund ihrer Beförderung war, lohnten sie dieselbe nicht mit Dank. Hätten dagegen die Minister einen Mann von festen Grundsätzen und offenem Charakter zum Sprecher aufgestellt, so würde der Erfolg nicht ausgeblieben sein." — „Für mich jedoch glaube ich, daß der wahre und hauptsächliche Grund, aus welchem das Ministerium in die Wahl des Ritters Hanmer einging, der Zwiespalt zwischen Oxford und Bolingbroke war. Weil sie sich über eine geeignete Persönlichkeit nicht einigen konnten, so ergriffen sie den Ausweg, einen Mann vorzuschlagen, der Jedem von ihnen gleich abgeneigt war."

Die Jacobiten des Parlamentes traten unter einander zusammen, zu berathen, was bei dieser Sachlage zu thun. Sie erwogen den Zustand der Königin, daß die Tage derselben gezählt seien. Sie kamen daher zu dem Beschlusse, daß keine Zeit verloren werden dürfe, wenigstens die Dinge auf den Fuß zu stellen, daß, im Falle des Todes der Königin, der Weg zur Rückkehr für den König gebahnt sei. Sie erachteten es für zweckmäßig sich direct an Lord Bolingbroke zu wenden und ihm zu eröffnen, daß es nunmehr mit ihrer Geduld zu Ende und daß darum sofort etwas Zweckdienliches geschehen müsse. Im anderen Falle dürfe er nicht erwarten, daß sie gesonnen seien, noch länger eine Regierung zu stützen, die mehr Schaden thue durch Aufschieben und Verzögern als geschehen würde durch offenen Widerstand. Besonders gereiche es zur Beschwerde, daß die erledigten Stellen in der Armee besetzt würden mit Personen von gefährlichen Grundsätzen. Darum sei es vor allen Dingen nothwendig, daß baldmöglichst die Armee gesäubert und nur solche Officiere angestellt würden, deren Ergebenheit für Krone und Kirche notorisch sei.[1])

Lockhart und Packington erhielten von der Versammlung den Auftrag, zu Bolingbroke in dieser Weise zu reden. Es geschah zu wiederholten Malen, einzeln und zusammen. Bolingbroke erwiederte:

[1]) Lockhart Papers vol. I, p. 441.

auch er erkenne an, daß viele kostbare Zeit verloren und manche gute Gelegenheiten versäumt seien. Er für seinen Theil jedoch sei daran nicht schuldig: vielmehr falle aller Vorwurf auf Lord Oxford. Die Privat-Absichten dieses Herrn könne er nicht errathen; aber er glaube die Königin nunmehr schon ziemlich überzeugt zu haben, daß dieselben ihren Wünschen nicht entsprächen, und auf ihren eigenen und ihrer Familie Untergang hinaus laufen würden. Er hoffe, jener Lord werde es nicht mehr lange in seiner Macht haben die Dinge aufzuhalten, wie er bisher gethan. Einstweilen aber sei es erforderlich, die Dinge mit der größten Vorsicht und Besonnenheit zu leiten, bis die Königin, die nicht so leicht dahin gebracht werden könne, die gute Meinung von dem Treasurer und das Vertrauen, das sie früher in ihn gesetzt, ganz bei Seite zu legen, sich von der Wahrheit dessen was er und Andere wider jenen vorgebracht, sich zum vollen überzeugt habe. Dann werde sie die Verwaltung in die Hände solcher Personen legen, die den Willen und die Fähigkeit vereinigten dasjenige durchzuführen, was dem Interesse der Krone und der Kirche entspreche, damit nicht inzwischen Lord Oxford überspringe und, im Vereine mit den Whigs, neue große Ungelegenheiten bereite. Deshalb bat Lord Bolingbroke, man wolle doch noch ein wenig länger sich gedulden, mit der Versicherung, daß sie bald keine Ursache mehr zur Klage haben sollten.

Die zwei Abgesandten erklärten sich durch das Vernommene in keiner Weise befriedigt. Sie sagten ihm offen, daß, obwohl sie die Königin nicht verlassen, sondern immer bemüht sein würden, ihre Regierung aufrecht zu halten, sie doch für das Weitere derartige Maßregeln erwägen und treffen würden, die sie für zweckmäßig erachteten. Wenn Lord Bolingbroke und andere Diener der Königin nicht dazu mitwirken wollten, so bleibe ihnen dafür die Verantwortlichkeit vor Gott und ihrem Vaterlande.

Dies war die Antwort der zwei Abgesandten. Als sie jedoch den anderen Mitgliedern ihrer Vereinigung den Hergang berichteten, mit der Hoffnung dort Zustimmung zu finden, ergab es sich, daß so viele auch für die Sache wohl gesinnte Personen von Bolingbroke gewonnen waren, daß sie sich genöthigt sahen, die Ausführung verschiedener, nach ihrer Ansicht wohl überlegten Entwürfe hinauszuschieben.

Das neue Unterhaus erwies sich als verschiedentlich getheilt. Zuerst war da die Hofpartei, die sich wieder in die Anhänger je Oxfords oder Bolingbrokes schied. Der Regel nach hielten sie zusammen; aber es war beiderseitig bekannt genug, daß die Häupter darauf ausgingen einander zu unterwühlen, und daß es zwischen ihnen bald zum offenen Bruche kommen werde. Ferner war da die Whig-Partei, die rechten blauen Whigs, wie man sie nannte, entschlossen jede Maßregel des Hofes zu durchkreuzen. Die dritte Partei bestand aus den misvergnügten Tories. Diese, indem sie sich betrachteten als treue Mitglieder der Hochkirche, suchten das Interesse derselben hoch zu halten, gingen jedoch mit den Whigs zusammen in der Opposition gegen das Ministerium, und entwickelten ganz besonders einen außerordentlichen Eifer für die Thronfolge des Hauses Hannover. Sie wurden daher hannöversche Tories genannt, unter der Führung des Sprechers, Sir Thomas Hanmer. Die anderen Tories, die man im Gegensatze gegen jene als jacobitische Tories bezeichnen konnte, gingen mit dem Ministerium. Dieses besaß daher die Mehrheit.

So war der Stand der Dinge beim Beginne des Parlamentes nach jacobitischer Darlegung.

Beim Herannahen desselben wurden die Berichte der Vertreter des Hauses Hannover in London nicht günstiger. Der Resident Kreyenberg, indem er einen Rückblick warf auf die unwahren Gerüchte, die Oxford wiederholt ausgestreut, warnte nach Hannover hin namentlich davor, in das scheinbare Entgegen-Kommen dieses Mannes irgend welches Vertrauen zu setzen. Er behauptete, daß man in die geringeren Aemter, deren Besetzung nicht veröffentlicht werde, täglich Jacobiten einschiebe, daß dagegen aus den größeren demnächst der Lord Stair und der Herzog von Argyle entfernt werden sollten. Als besonders gefährlich erschien ihm der Plan Oxfords, die Regentschafts-Acte einer Revision zu unterziehen. Das Ergebnis derselben würde einer Aufhebung gleich sein, und damit das stärkste Bollwerk der Succession durchbrochen werden.[1])

Er bemühe sich vergeblich, sagte er weiter, an irgend welche Aufrichtigkeit des Treasurers zu glauben. Dieser suche nur hinzuhalten,

[1]) Macpherson's Original papers vol. II, p. 565.

um das weitere Sinken des öffentlichen Credites zu hindern, um ferner diejenigen Tories, welche für die gesetzliche Thronfolge, abzuhalten sich mit den Whigs zu vereinigen, damit nicht diese im Beginne des Parlamentes zum Vorgehen ermuthigt würden. Ueberhaupt sei dem Treasurer alles darum zu thun, Zeit zu gewinnen.

Der schwerste Stein des Anstoßes für die Anhänger der Succession des Hauses Hannover in England blieb die Nicht-Willfährigkeit des Kurfürsten, seinen Sohn herüber zu senden. Aber der Kurfürst hatte allzu oft sich dahin kund gegeben, daß er einen solchen Schritt nur mit Vorwissen und Genehmigung der Königin thun werde. Es kam also darauf an, für die Herüberkunft des Kurprinzen eine solche Form zu finden, die beiderseits als gesetzlich anerkannt werden müßte.

Der Graf Nottingham, eins derjenigen Mitglieder der Tory-Partei, die mit besonderem Eifer für die Succession des Hauses Hannover eintraten, machte bei dem Gesandten Schütz einen Vorschlag in dieser Richtung.[1]) Er ging dabei von der Voraussetzung aus, daß das Ministerium der Königin völlig für den Prätendenten sei, und suchte dies durch den Verlauf der Dinge seit zwei Jahren zu beweisen. Er war weiter der Ansicht, daß das Ministerium selber überzeugt sei, für die Ausführung des Planes nicht den Tod der Königin abwarten zu dürfen, sondern handeln zu müssen bei ihren Lebzeiten. Dies könne versucht werden entweder mit französischer Hülfe, oder durch die Aufhebung der Regentschafts-Bill. Gegen alle Versuche solcher Art sei das einzige Heilmittel die Ueberkunft des Kurprinzen.

„Euere Freunde, fuhr Nottingham zu dem Gesandten Schütz fort, werden nicht fallen, ohne zuvor das Aeußerste aufgeboten zu haben, um dem Hause Hannover die Krone zu verschaffen. Da sie nun sehen, daß alle Vorstellungen bei Euch vergeblich sind, daß Ihr Euch nicht herbeilassen wollt, ihnen Glauben zu schenken, und vielleicht gar meint, daß die Freunde Euerer Succession nur ihrem Privat-Interesse nachtrachten: so wollen sie von dem Lord-Canzler das Writ (Einladungsschreiben) fordern, welches den Kurprinzen berechtigt als erster Pair seinen Sitz im Oberhause einzunehmen. Dies wäre gleich einer Ein-

[1]) Macpherson's Original papers vol. II, p. 563. Vom 16./27. Februar.

ladung von Seiten der Königin, und Niemand würde wagen sich dem zu widersetzen."[1])

Diejenigen, welche Schütz darüber befragte, riethen zu. „Sie verlangen von mir, meldet er, darauf direct eine positive Antwort." „Unsere Freunde hier, fährt dann sein Schreiben an Robethon fort, können uns nur Vorstellungen machen. Wenn wir dann Alles und Jedes außer Acht lassen, so bleibt ihnen wenigstens die Genugthuung Alles aufgeboten zu haben, was von ihnen abhing, und sie werden sich dann darein ergeben müssen, das Unglück zu tragen, welches über sie nur darum hereinbricht, weil wir selber für unser Interesse nicht eintreten. Dies nämlich thun wir, wenn wir uns weigern, dem Rathe derjenigen zu folgen, welche ihr eigenes Interesse für untrennbar erachten von dem unserigen."

An demselben Tage jedoch, wo Schütz dies berichtete, dem 16. 27. Februar, war ein Versuch in jener Richtung bereits gemacht. Der frühere Lord-Canzler Cowper, welcher wußte, daß das Writ für den Herzog von Cambridge, ausgefertigt wie diejenigen für alle anderen Pairs, sich bei dem Lord-Canzler Harcourt befand, bewog einen der Beamten desselben, ihm die Frage vorzulegen, ob das Writ für den Kurprinzen dem kurfürstlichen Gesandten zugestellt werden solle. Der Chef antwortete auf diese Frage mit nachdrücklichem Vorwurfe für die unberufene Einmischung, und verbot, das Writ aus der Canzlei verabfolgen zu lassen, selbst wenn es verlangt würde. Jener Plan war also vom Beginne an als mislungen zu betrachten.

Auch die Whig-Partei ihrerseits berieth lange über das Verhalten in dem bevorstehenden Parlamente. Sie einigten sich endlich dahin, in keiner Sache die Initiative zu ergreifen. Als Grund dafür gaben sie an, daß sie den in Betreff der Succession gleichgesinnten Tories wie dem Grafen Anglesea, dem Ritter Hanmer und Anderen derselben Richtung durch die That beweisen wollten, daß sie bisher nicht aus einem Geiste der Faction gehandelt, und nicht für sich den Ruhm erzwingen wollten, die Succession gesichert zu haben, sondern bereitwillig alle Ehre und alles Verdienst darum den Tories überlassen

[1]) Macpherson's Original papers vol. II, p. 567. Kreyenbergs Bericht vom 16./27. Februar.

würden, mit dem Versprechen ihrerseits jene zu unterstützen, wann und wie es von ihnen verlangt würde.[1])

Dem Residenten Kreyenberg jedoch gestanden sie offen ein, daß alle ihre Bemühungen fruchtlos sein würden, wenn nicht auch der Kurfürst einen entscheidenden Schritt thäte, und bis sie nicht sicher wären, daß er nicht ihr Auftreten mehr eigennützigen Motiven, als dem Streben für das Gemeinwohl beimäße. Sie würden zunächst den Erfolg der Mission Harleys nach Hannover abwarten.[2])

Man vernahm dagegen, daß die Minister unter einander sich der Sendung Harleys als eines Meisterstreiches rühmten. Er werde der Kurfürstin und dem Kurfürsten darthun, daß die Ueberkunft irgend eines Mitgliedes der kurfürstlichen Familie der Königin höchlichst mißfallen, daß die Königin dagegen in aller anderen Beziehung für die Wünsche in Hannover willfährig sein werde.

Damals jedoch, in den Tagen der Eröffnung des Parlamentes, war Harley, der wieder wie das erste Mal, lange in Holland verweilte, noch nicht in Hannover eingetroffen, und es konnte daher von einem Erfolge noch nicht die Rede sein.

Schütz dagegen benutzte solche Reden, wie sie ihm über die Minister kund gethan wurden, zu einem abermaligen Dringen auf die Ueberkunft des Kurprinzen. „Ich habe bereits berichtet, meldet er, am 23. Februar/6. März, an Robethon, daß von zehn, die zur Zeit für uns sind, neun sich eher den Umständen anbequemen und demjenigen anhangen werden, der zuerst zur Stelle ist, und dann unzweifelhaft das beste Spiel und alle Aussichten des Erfolges für sich hat, als daß sie sich durch Widerstand dem Unheil eines Bürgerkrieges aussetzen wollen. Denn sie meinen, die Regierung des Prätendenten, den sie als einen schwachen Prinzen ansehen, werde nicht ein so großes Uebel sein wie ein Bürgerkrieg. Wir dagegen dürfen uns nicht der Einbildung hingeben, diejenigen, die sich unsere Freunde nennen, für Helden zu halten, welche die Liebe zu ihrer Religion und die Ergebenheit für uns bewegen wird, sich willig den größten Gefahren auszusetzen, um das Recht einer Familie zu vertheidigen, welche, weit von ihnen ent-

[1]) Macpherson's Original papers vol. II, p. 571.
[2]) A. a. O., p. 572.

fernt, für die Succession an der Krone dieser Königreiche immer eine große Gleichgültigkeit bewiesen hat."[1])

Der Besorgnis des Gesandten Schütz liegt der Gedanke zu Grunde, daß eine Berufung des Prätendenten bei Lebzeiten der Königin möglich sei. Dieser Gedanke setzte jedoch erst noch andere Thatsachen voraus. Wie die Whigs sich dem kaiserlichen Residenten Hoffmann aussprachen, befürchteten sie, daß die Gegner mit dem wiederholt erwähnten Vorschlage einer Revision der Regentschafts-Acte von 1705 beginnen würden. Diese Revision würde die völlige Zernichtung derselben zur Folge haben. Alsdann werde man den weiteren Schritt thun, daß das Parlament, nach dem Muster desjenigen zur Zeit Heinrichs VIII., die Angelegenheit der Succession der letztwilligen Verfügung der Königin anheim stellen werde.[2]) Dieser Plan war vorbereitet durch die im Herbste zuvor mit einigem Aufsehen publicirte Schrift: the hereditary right of the crown of England asserted. Es fragte sich also, ob er zur Reife gedeihen könne.

Der Königin selber lag jedoch damals die Besorgnis näher, was für sie von Hannover zu erwarten war. Sie begab sich von Windsor nach Hamptoncourt, und von dort nach London. Doch verschob sie ihre Thronrede noch um einige Tage. In der Zwischenzeit wurden verschiedene Personen des Parlamentes zu ihr geladen. Sie sagte ihnen, daß sie vernommen, es werde von Einigen der Vorschlag einer Einladung für ein Mitglied des kurfürstlichen Hauses beabsichtigt. Sie erwarte aber, daß die ihr Ergebenen sich widersetzen würden. — Dem Herzoge von Kent, der ausweichend geantwortet, sandte sie dann noch den Grafen Oxford zu, welcher darauf bestand, daß eine Einladung solcher Art der Königin ihren Sarg vor die Augen stellen hieße.[3])

Das Parlament im März.

Am 2./13. März erschien die Königin im Parlamente. Ihre Thronrede begann mit einem Lobe auf den errungenen Frieden, namentlich auf die Befreiung von dem verzehrenden Landkriege, wies auf das

[1]) Macpherson's Original papers vol. II, p. 573.

[2]) Hoffmanns Bericht vom 2. März.

[3]) Desgleichen vom 13. März. — Macpherson's Original papers vol. II, p. 574.

wahre Interesse Englands hin, welches nur durch den Handel aufblühe und dafür den nachdrücklichen Schutz einer Seemacht verlange. Sie sprach dann den Wunsch aus, daß scharf eingeschritten werden möge gegen die seditiöse Presse, durch welche arglistige Personen den Credit schädigen, zum Nachtheile der Unschuldigen.

„Es gibt Einige, fuhr sie fort, die zu der Höhe der Bosheit gelangt sind, andeuten zu wollen, daß die protestantische Thronfolge im Hause Hannover unter meiner Regierung in Gefahr stehe."

„Diejenigen, welche in dieser Weise darauf ausgehen, die Gemüther der Menschen mit eingebildeten Gefahren zu erfüllen, trachten nur danach den gegenwärtigen Frieden zu stören und wirkliches Unheil über uns zu bringen."

„Nach Allem was ich gethan, unsere Religion und Euere Freiheiten zu sichern und beide unversehrt auf die Nachwelt zu bringen, kann ich jenes Verfahren nicht ohne eine gewisse Erregung erwähnen, und darf mich der Hoffnung hingeben, Ihr Alle werdet darin mit mir überein stimmen, daß Versuche meine Autorität zu schwächen, oder mich im Besitze der Krone zu stören, niemals geeignete Mittel sein können, die protestantische Thronfolge zu stärken."

Die Rede schloß mit einer Mahnung zum inneren Frieden.

Die angeführten Worte wurden allgemein, und namentlich von der Whig-Partei angesehen als eine Erklärung der Königin im voraus gegen jeglichen Versuch, eine Ueberkunft des Kurprinzen im Parlamente anzuregen.[1])

Die Adressen beider Häuser waren, wie üblich, der Widerhall der Thronrede. Diejenige des Unterhauses jedoch überbot sie. Sie schloß mit den Worten: „Wie Ew. Majestät Commons jederzeit die protestantische Succession im Hause Hannover behaupten und stützen werden, so können sie nicht umhin, ihr Erstaunen auszusprechen über irgend welche böswillige Insinuation, daß diese Succession unter der glückseligen Regierung Ew. Majestät in Gefahr stehe. Denn in Betracht, daß sie sicher gestellt ist durch die stärksten Verpflichtungen, weltlich wie kirchlich, durch Parlaments-Acten, durch Eide und Verträge, können wir bei diesen Sicherheiten uns nur für völlig beruhigt erklären,

[1]) Hoffmanns Bericht vom 16. März.

und müssen solche Insinuationen ansehen als in sich selber grundlos, und als eine Beleidigung Ew. Majestät und Ihrer Regierung. Und Ew. Majestät mögen sich darauf verlassen, daß Ihre loyalen Commons niemals durch irgend welche Vorwände sich dazu bewegen lassen werden, Versuche zu fördern, die bezwecken könnten die Autorität Ew. Majestät zu schwächen, und Sie in dem ruhigen Besitze der Krone zu stören, wie ja dies lediglich von der Wuth einer misvergnügten Faction und dem Geiste der Rebellion ausgehen könnte."[1])

Die Königin erwiederte in längeren Worten als sie sonst zu thun pflegte, ihren herzlichen Dank, und empfing darauf, wie üblich, wiederum den Dank des Hauses.

Der Beginn also erschien günstig für die Regierung. Und doch drängt sich dabei die Frage auf, ob die Stellung, welche sie durch diesen Beginn zu der Frage der Succession eingenommen, die richtige war, und ob auf diesem Wege der Erfolg dauernd ihr verbleiben konnte. Die Königin hatte in der Thronrede gesagt: es sei eine Manifestation des Uebelwollens gegen sie zu behaupten, daß die Thronfolge des Hauses Hannover unter ihr in Gefahr stehe. Und eben dasselbe hatte dann die Mehrheit des Parlamentes eifrig wiederholt. Ja die Mehrheit im Unterhause war so weit gegangen, in der Adresse an die Königin, für die Sicherheit der Succession sich zu berufen auf die geschworenen Eide, auf die völkerrechtlichen Verträge. Die Königin und die Mehrheit des Unterhauses hatten sich geeinigt zur Drohung gegen diejenigen, welche die Succession als nicht genügend gesichert ansahen, und welche darum eine noch bessere Sicherung wünschten.

Wir sehen demnach ein auffallendes Widerspiel. Diejenige Richtung, welche die hannöversche Succession will, ist der Meinung, daß sie nicht genügend gesichert ist. Unter denen dagegen, welche behaupten, daß sie genügend gesichert ist, befinden sich Viele, welche sie nicht wollen. Als das gemeinsame Band Aller erscheint also in Worten die Ueberzeugung oder Voraussetzung, daß in der Sicherheit der hannöverschen Succession das politische Lebensbedürfnis der englischen Nation bestehe. Das war der Eindruck, den die Thronrede der Königin und die darauf antwortenden Adressen auf die englische Nation machen mußten. Und weiter war

[1]) Commons Debates vol. V, p. 61.

dies die Basis, welche die Jacobiten selber den Anhängern der Succession dargeboten hatten. Von dieser Basis aus konnten die letzteren ihre Angriffe auf das Ministerium erneuern, mit dem moralischen Vortheile, daß die Aufrichtigkeit nicht auf Seiten der Gegner war.

Eben darum hatten die Betheuerungen der Thronrede und der Adressen den umgekehrten Erfolg. Je stärker sie vor den Ohren der britischen Nation lauteten oder lauten sollten, desto höher stieg die Besorgnis der Whig-Partei. Es gingen Gerüchte um, daß der Prätendent noch bei Lebzeiten der Königin herüber berufen werden solle. Auch selbst unparteiliche Personen wiesen solche Gerüchte nicht zurück, sondern meinten, es habe dazu allen Anschein.[1]) Ein Mitglied der Tory-Partei, Lord Dudley, erwiederte dem ihm befreundeten Lord Cowper von der Whig-Partei auf dessen Frage, was von solchen Gerüchten zu halten sei: er könne beschwören, daß ihm von einem formellen Plane, den Prätendenten einzubringen, nichts bekannt sei, und er glaube auch nicht, daß Jemand einen solchen Plan habe. „Aber ich bekenne offen, fügt er dann hinzu, daß wenn es dahin käme, die Mehrzahl von uns Tories sich willig fügen wird, während Ihr Whigs vielleicht thöricht genug sein werdet, das Vaterland einem Bürgerkriege auszusetzen und es in Asche legen zu lassen einerseits von Franzosen, andererseits von Deutschen.“[2])

Die Besorgnisse von der einen Seite gingen eben so sehr über das Maß hinaus wie von der anderen.

Besonders bekümmert zeigte sich von der Whig-Partei Lord Halifax. Er eröffnete dem Gesandten Schütz, daß er im Parlamente von der Succession nicht mehr reden, sondern wie er auf alle Vortheile verzichte, die von dort her ihm zuwachsen könnten, auch die Thätigkeit dafür den für Hannover geneigten Tories überlasse. „Nach meiner Meinung, sagte er, dürfen Sie, wenn nicht die Königin oder der Prätendent bald stirbt, die Succession als verloren ansehen. Ein Vorwurf darüber kann nicht auf mich fallen; denn hätte Ihr Hof auch nur noch in der letzten Stunde meinen und aller Euerer Freunde Rath befolgt, so würde er jene Stelle in der Thronrede verhindert haben,

---

[1]) Hoffmanns Bericht vom 23. März.

[2]) Macpherson's Original papers vol. II, p. 576.

durch welche, wie die Minister sich rühmen, sie der Ueberkunft irgend eines Mitgliedes des kurfürstlichen Hauses das Thor geschlossen haben."[1])

In denselben Tagen aber erneuerte der Kurfürst diese abschlägige Antwort. In seinem Auftrage schrieb Bothmar im Haag an den General Cadogan, daß der Kurfürst, bei seiner Kenntnis der Abneigung der Königin, ein Mitglied seines Hauses in England zu sehen, immer gezaudert habe seinen Sohn zu senden. Dennoch würde er sich vielleicht endlich entschlossen haben, dem Andringen der Freunde zu willfahren, wenn ihm nicht die Kunde zugekommen wäre, daß Harley — damals noch nicht in Hannover eingetroffen — von der Königin beauftragt sei ihm zu eröffnen, daß die Sendung des Kurprinzen ihr höchst misfallen und daß sie sich seiner Ueberkunft widersetzen werde. Es falle in die Augen, daß die Thronrede der Königin sich darauf beziehe. Darum hoffe der Kurfürst, seine Freunde in England werden erwägen, daß diese Umstände die Ueberkunft unausführbar machen, es wäre denn daß er zum offenen Bruche mit der Königin kommen wolle. Ob aber dies rathsam, ob es der Succession zum Vortheile oder Nachtheile gereichen, ob der Stand der Dinge in England wie im übrigen Europa ein solches Wagnis rechtfertigen würde — stelle der Kurfürst dem Urtheile seiner Freunde anheim.

Nachdem also dieser Vorschlag, fährt Bothmar fort, sich als unausführbar erwiesen, sei es um so nothwendiger, daß der Prätendent weiter entfernt werde. Er berichtet die Schritte, welche der Kurfürst bereits bisher zu diesem Zwecke bei der Königin gethan, und meldet, daß er durch Schütz und durch Harley sie erneuern werde. Desgleichen will er durch diese der Königin und ihren Ministern kund geben, daß er mit der Regentschafts-Bill von 1705 völlig befriedigt sei und eine Aenderung nicht wünsche. Der Kurfürst ist bereit, weitere Vorschläge der Freunde entgegen zu nehmen. Er hofft, daß die Abneigung der Königin nicht so weit gehe, wider die Ueberkunft des Successors ein Gesetz errichten zu lassen. Denn dieses würde ihn, in gewisser Weise, mit dem Prätendenten auf Eine Stufe stellen.

Bothmar versichert den Freunden der Succession in England, daß in der Republik sich der gute Wille rege, im Falle des Todes

[1]) Macpherson's Original papers vol. II, p. 577. Vom 21. März.

der Königin die Verpflichtungen für die Succession zu erfüllen, so wie den festen Entschluß des Kurfürsten für diesen Fall. Der Friede, den der Kaiser mit Frankreich abzuschließen im Begriffe stehe, verändere ein wenig die Lage der Dinge, aber für Monate noch verbleibe der Kaiser in Waffen, und inzwischen werde man sich bemühen, die Differenz des Kaisers mit den Generalstaaten über die Barriere zum Austrage zu bringen.[1])

Alles dies war zur Mittheilung an die Freunde bestimmt. In einem besonderen Schreiben jedoch meldete Bothmar, daß der Kurfürst in die erneuerten Bitten um Jahrgelder für einige arme Lords, damit sie ihre Sitze im Oberhause einnehmen könnten, sich nicht einlassen wolle. Bothmar für sich, im Vereine mit Robethon, gab den Rath, daß die Freunde der Succession diese Beträge vorschießen möchten, in der sicheren Voraussicht, nach der Verwirklichung der Succession, Entschädigung dafür zu erhalten.[2])

Wenige Tage später, am 17./28. März, zog das Oberhaus den Stand der Nation in Erwägung. In der Wirklichkeit redeten die Grafen Wharton, Nottingham, Sunderland, die Lords Halifax und Cowper von der Gefahr für die Thronfolge des Hauses Hannover, die daraus erwachse, daß der Prätendent noch immer in Lothringen sich aufhalte. Sie verlangten die Vorlage der Acten über die Schritte, welche in Folge der früheren Parlaments-Beschlüsse in dieser Richtung geschehen seien.[3])

Graf Oxford erklärte dann, daß er für die künftige Sicherheit der protestantischen Succession eine Bill einreichen werde, welche die Einbringung von irgend welchen fremden Truppen zum Hochverrathe mache. Graf Nottingham schöpfte Verdacht, welchem er Ausdruck gab mit den Worten, daß eine solche Bill gegen die Garantie der protestantischen Succession gewendet, und somit dienen könne zur Schwächung der glücklichen Feststellung, zu deren Stärkung sie angeblich bestimmt sei. Bolingbroke kam seinem Collegen zu Hülfe mit den Worten: er zweifele nicht, daß der edele Lord, der die Sache angeregt, nur solche

[1]) Macpherson's Original papers vol. II, p. 578. Schreiben Bothmars an Cadogan, vom 20. März.

[2]) A. a. O., p. 580.

[3]) Lords Debates vol. II, p. 408.

fremde Truppen gemeint habe, die von dem Prätendenten oder deſſen Anhängern eingebracht würden. Nachdem Oxford dies bejaht, ward erwiedert, daß ja in dieſem Falle der Antrag völlig überflüſſig; denn ſolche Truppen ſeien durch die Sache ſelbſt entweder, wenn fremde, offene Feinde, oder, wenn einheimiſche, Rebellen und Verräther.[1])

In ähnlicher Weiſe trat im Unterhauſe bei jeder etwa auftauchenden Frage der Kampf um die Thronfolge in den Vordergrund. In Folge der Aufforderung der Thronrede gegen die Preſſe einzuſchreiten, wurden dort zwei Flugſchriften unter dem Titel: the Englishman und the crisis einer Anklage unterzogen. Eine der ſchwerſten Stellen jener erſten Schrift war: „Es iſt die Pflicht eines jeden Engländers, der die Königin, ſeine Religion, die Geſetze und die Freiheiten liebt, zur Vertheidigung derſelben herzhaft aufzutreten, und die Feinde des Vaterlandes, wo immer er ſie findet, zu entlarven und zu faſſen. Was hat in einer ſo gerechten Sache derjenige zu fürchten, der unter dem Schutze der Geſetze des Landes agirt, wo ja die Gegner ihrerſeits den Strick bereits am Halſe haben!“ — Niemand zweifelte, daß mit dieſen letzten Worten die Miniſter gemeint ſeien.[2])

Der Verfaſſer, Steele, ſelber Mitglied des Unterhauſes, vertheidigte ſich in dreiſtündiger Rede. Dann traten mehrere Whigs für ihn ein, namentlich Robert Walpole. „Seine Rede, meldet Hoffmann, iſt gehalten worden zu des ganzen Hauſes Bewunderung. Der Eindruck iſt um ſo gewichtiger, weil Niemand von der Regierung dagegen geſprochen, obwohl der Staats-Secretär Bromley anweſend war.“ Die Verhandlung zog ſich hin von Mittag bis elf Uhr Abends. Bei der Abſtimmung jedoch wurden die zwei Schriften Steeles mit 245 gegen 152 Stimmen für ſeditiöſe Libelle und auf die Königin zielend erklärt, und dem Verfaſſer das Recht aberkannt, ferner im Unterhauſe zu ſitzen.[3])

Dann vertagten ſich beide Häuſer wegen der Oſterzeit um einige Tage.

Der Gang der Dinge im Parlamente bis dahin war nicht zur Zufriedenheit Bolingbrokes. In einem Briefe an Strafford, vom

---

[1]) Lords Debates vol. II, p. 409.

[2]) Hoffmanns Bericht vom 30. März.

[3]) Desgleichen vom 30. März und 3. April.

23. März/3. April, leiht er seinem Verdrusse Worte, die zugleich auf die Absicht einer Aenderung deuten. Er hält das Leben der Königin, an welchem er einige Monate zuvor zweifelte, noch für längere Zeit gesichert. Dann ergießt er seinen Unmuth gegen Hannover, welches sich, wie er behauptet, zur Sicherung der Succession um Allianzen mit Dänemark und Preußen bemühe. „Unsere Gesetze, unsere Eide, die gerechte Sorgfalt für unsere Religion und Freiheit werden die Nation fest und beständig erhalten in ihrer Zuneigung für einen protestantischen Fürsten, in ihrem Gegensatze gegen einen papistischen. Aber wenn eine vorgebliche Gefahr für die Succession dazu dienen soll, fremde Truppen bei uns einzubringen, so dürfte sich das Object der Furcht bei Zeiten wandeln. Britannien darf unter keiner Bedingung zum Schauplatze der Verwirrung gemacht werden. Unsere Krone ist gegeben worden; aber unser Land soll nicht erobert werden, und das sind die schlimmsten Feinde des Hauses Hannover, welche darauf ausgehen dasselbe zu überreden, daß das Letztere nothwendig oder ausführbar sei.“ [1])

Da dem Eifer dieser Worte von Hannover her nichts Thatsächliches zu Grunde lag, so blickt aus ihm der Wunsch Bolingbrokes hervor, in irgend einer Weise zum Bruche mit Hannover zu gelangen.

Allein noch stand in England Oxford über ihm.

„In beiden Häusern, fährt er fort, sind die Gemüther so wohl disponirt, wie ich je gesehen; aber es thut mir auch leid Ihnen sagen zu müssen, daß diese Disposition nicht ausgenutzt wird. Die Whigs verfolgen ihren Plan in guter Ordnung und Uebereinstimmung. Die Tories stehen gaffend da und erwarten, daß der Hof ihre Führung übernehme. Der Hof dagegen erscheint wie in einer Lethargie. Daraus kann, wie Sie sehen, nichts kommen als was zugleich die größte Absurdität und das größte Unglück sein würde.“

„Die Minderheit, und diese nicht einmal populär, muß so die Oberhand gewinnen über die Mehrheit, welche getragen wird von dem Gemeingefühle der Nation. Alles was gethan werden kann, geschieht, um unseren Freund, den Lord Treasurer, zu einer Aenderung seiner

[1]) Bolingbroke's letters vol. IV, p. 493. Vom 22. März 3. April.

Maßregeln zu bewegen, ihn dahin zu bringen, daß er das Vertrauen mit den Tories erneuert, sie ermuthigt, und alle Räder der Regierung in regelmäßige Bewegung setzt. Ich bin sanguinisch genug zu hoffen, daß wir durchdringen werden. In der That, es wäre ein Jammer, wenn wir durch unsere Führung verlören, was mit Gewalt Niemand aus unseren Händen reißen kann."

Es liegt keine Andeutung vor, daß Strafford, an den dies Schreiben gerichtet war, von den Anknüpfungen mit dem Prätendenten, weder Oxfords, noch Bolingbrokes, eine Kunde hatte. Das Schreiben des letzteren hatte also nur den Zweck ihn vorzubereiten, daß der Kampf um die Führung in England bevorstehe.

Bolingbroke verfolgt demnach zunächst zwei Ziele: das eine Oxford zu stürzen, das andere mit Hannover zum Bruche zu gelangen. Es fragt sich, wie zu diesem letzteren Plane sich die Sendung Harleys nach Hannover verhielt.

Die Sendung des Thomas Harley nach Hannover.

Der Graf Oxford hatte von Anfang an in England die Sendung seines Verwandten Thomas Harley nach Hannover als einen Act der Freundlichkeit für das kurfürstliche Haus dargestellt. Daß die Sendung sein Werk war, zu dem Zwecke für sich das Wohlwollen des kurfürstlichen Hauses wieder zu gewinnen, oder in seinem Sinne, der es nie verloren zu haben meinte, neu zu befestigen, ergibt sich wie aus der Wahl der Persönlichkeit, so ganz besonders aus dem Schreiben, welches Oxford seinem Verwandten Harley für die Kurfürstin Sophie mitgab. Dasselbe lautet wie folgt.[1])

„Madame. Das Wohlwollen Ew. kurfürstlichen Hoheit für Herrn Harley hat Ihre Majestät ermuthigt, ihn abermals zu Ew. kurfürstlichen Hoheit zu entsenden, mit den nachdrücklichsten Versicherungen des Entschlusses Ihrer Majestät, die Thronfolge Ew. kurfürstlichen Hoheit aufrecht zu halten und alles aufzubieten, was die darüber Besorgten zu beruhigen vermag."

[1]) Anlage II.

„Ew. kurfürstliche Hoheit werden bei Ihrem großen Scharfsinne leicht diejenigen Persönlichkeiten erkennen, welche Geschrei erheben, weil sie nicht die von ihnen gewünschte Macht besitzen, und werden wissen, daß in einem seit zwanzig Jahren von einer Partei zerklüfteten Lande falsche Vorstellungen unvermeidlich sind. Aber mit Befriedigung darf ich Ihnen versichern, daß die Allgemeinheit der Nation wetteifert für Ihre Thronfolge, und, wie Ihre durchlauchtige Familie berufen ist, die gesammte Nation zu regieren, so sind Sie zu einsichtig, einer Partei zugethan sein zu wollen."

„Die Einstimmigkeit der Königin mit den Herzenswünschen ihres Volkes hat sie bewogen, sich wiederholt zu Gunsten Ihres durchlauchtigsten Hauses zu erklären, mit großem Eindrucke auf die Gemüther des Volkes, und ich nehme mir die Freiheit Ew. kurfürstlichen Hoheit zu versichern, daß, nach der Erfahrung und Beobachtung vieler Jahre, ich überzeugt bin von dem festen und standhaften Entschlusse der Königin, die Thronfolge in Ihrem Hause zu bestätigen und zu sichern. Und wie ich in meinem Eifer für dieselbe niemals geschwankt habe, so werde ich sorgfältig jegliche Gelegenheit ergreifen, das Interesse Ew. kurfürstlicher Hoheit zu befördern und besonders die für diesen guten Zweck so nothwendige Freundschaft mit der Königin zu pflegen. Ich weiß, daß Ihre Majestät dies aufrichtig wünscht, und zweifele nicht, daß auch Ihre durchlauchtigste Familie es ihrem Interesse für entsprechend hält, wenn es der ganzen Welt bekannt ist, daß eine gute Harmonie besteht. Dies wird ein wirksames Mittel sein, das Gelangen zum Throne leicht und den Besitz desselben sicher zu machen. Mein sehnlichster Wunsch ist, zu einem so guten Zwecke dienen und Ew. kurfürstliche Hoheit von der Verehrung überzeugen zu können, mit welcher ich die Ehre habe zu sein u. s. w. Oxford und Mortimer."

Das Handschreiben der Königin an den Kurfürsten, welches Harley zu überbringen hatte, von ihr bereits am 8./19. Januar unterzeichnet, betheuerte in starken Ausdrücken die Zuneigung der Königin für das kurfürstliche Haus. Mit Bedauern, sagt es, sehe die Königin die Spaltungen daheim. Sie möchte wünschen, daß diejenigen, welche sich Freunde der kurfürstlichen Familie nenneten, es in der That wären. Wenn der Kurfürst die Ansicht hege, daß zu seiner Beruhigung und Sicherheit noch etwas erforderlich sei, so möge er sich offen

darüber aussprechen. Dann werde die Königin, der nichts so sehr am Herzen liege als in voller Eintracht mit dem Kurfürsten zu leben, gern dazu bereit sein.[1])

Die Instruction für Harley war von Bolingbroke verfaßt, gemäß einer besonderen Beredung mit der Königin. In dem Berichte über die Ausführung an die Königin sagt Bolingbroke, daß die Maßregel den Kurfürsten zu der einen oder anderen Erklärung bringen werde.[2]) Die unbestimmten Worte deuten nicht auf einen Beifall Bolingbrokes für die Sendung an sich, sondern auf die Absicht, die etwa zu erwartende Erklärung des Kurfürsten zu verwerthen.

Bestimmter spricht Bolingbroke sich darüber zu Strafford aus, am 13./24. Februar. „Die schwere Bürde, schreibt er, die bisher auf uns gelastet, war die vorgebliche Unsicherheit der Succession. Nach meiner Ansicht hat nun die Königin eine wirksame Maßregel getroffen, diese Last von uns zu nehmen. Herr Harley, der bald die Reise nach Hannover antreten wird, hat den Befehl, zunächst die Versicherungen zu erneuern, welche die Königin so oft gegeben, daß sie fest entschlossen ist, die Thronfolge des Hauses Hannover aufrecht zu erhalten. Zugleich aber soll er dann der Prinzessin Sophie und dem Kurfürsten bemerken, daß, da die Neigung der Königin dieselbe ist wie früher, da ferner die geleisteten Eide, welche uns Alle in der feierlichsten Weise binden, bestehen wie zuvor, unter diesen Umständen es sehr ungerecht und sehr unangenehm für die Königin sein würde, wenn das Haus Hannover selber, oder Jemand in dessen Dienste, die geringste Ermuthigung oder Unterstützung darbieten würde für das Geschrei einer Faction, die nichts weniger im Sinne hat, als den wirklichen Vortheil jener Familie, die vielmehr lediglich darauf ausgeht, die früher von ihr misbrauchte und darum verlorene Macht, auch auf Kosten des allgemeinen Friedens, wieder zu gewinnen. Harley soll ferner vorstellen, daß es die Absicht der Königin ist, die Frage über die Sicherheit der Succession in kurzer Frist zur Entscheidung zu bringen. Deshalb soll er der Kurfürstin und dem Kurfürsten die Frage vorlegen, ob sie noch eine weitere Maß-

[1]) Das Schreiben bei Lamberty t. VIII, p. 640. Das Datum ergibt sich aus der späteren Antwort des Kurfürsten.

[2]) Bolingbroke's letters vol. IV, p. 456.

regel der Sicherheit vorzuschlagen haben. Im Falle der Verneinung wird er ihnen sagen, daß demnach die Königin sie als mit den bisher bestehenden völlig befriedigt ansehen muß. Im Falle der Bejahung wird er ihnen versprechen, der Königin einen getreuen Bericht abzustatten, und wird hinzufügen, im voraus ihnen versichern zu dürfen, daß, wenn die zu machenden Vorschläge vereinbar sind mit der Ehre und der Sicherheit der Königin, so wie mit den gesetzlichen Bestimmungen, auf welchen die Krone beruht, die Königin in alle solche Vorschläge nicht bloß einwilligen, sondern sie befördern wird. Die Königin wird sich niemals in den Sinn kommen lassen zu denken, daß von dort Vorschläge ausgehen können, die nicht vereinbar wären mit ihrer Ehre, ihrer Sicherheit oder den Gesetzen. Aber Harley soll erklären, daß, wenn Vorschläge im Widerspruche mit diesen drei Punkten, an irgend einem anderen Orte, oder von irgend welchen anderen Personen gemacht werden, die Königin denselben niemals nachgeben, und daß alle ihre getreuen Diener sich mit dem Aufgebote aller Kraft entgegen stellen werden. Bevor Harley den Hof von Hannover wieder verläßt, soll er darauf eine klare Antwort erwarten." — „Ich mache, fügt dann Bolingbroke hinzu, weder über diese Instruction, noch über die natürliche Wirkung derselben, daheim oder auswärts, keinerlei Bemerkung."

Die nächst liegende Bemerkung dürfte diejenige sein, daß die Sendung, die, im Sinne Oxfords, vor der Welt erscheinen sollte wie eine Bethätigung des Wohlwollens, durch eine solche Instruction, im Sinne Bolingbrokes, sich wandelte in eine Provocation.

Die an verschiedenen Orten Europas in Umlauf gesetzten Gerüchte, vermuthlich auf Oxford als Ursprung zurückzuführen, meldeten noch im März, daß Harley ein werthvolles Geschenk der Königin nach Hannover überbringen und daß der Herzog von Kent ihm bald folgen werde, um den Kurprinzen nach England einzuladen.[1]) Indem der Graf Schönborn als kaiserlicher Gesandter in Hannover dies meldet, fügt er hinzu: „Man wird sich hier auf solche Dinge nur mit großer Vorsicht einlassen. Denn die Einsichtigsten hier sind der Meinung,

[1]) Bericht des kaiserlichen Gesandten Grafen Schönborn aus Hannover, vom 4. März. Man vergleiche die Werke von Leibniz, Bd. IX, S. 437.

daß alle schöne Redensarten nur darauf abzielen, den hiesigen Hof hinzuhalten, während man im Ernste dort arbeitet, im Einverständnisse mit Frankreich den Prätendenten herüber zu bringen. Die Krankheit der Königin wird für derartig gehalten, daß sie davon nicht wieder aufkommen könne."[1])

Harley jedoch hielt sich wie bei seiner ersten Sendung, längere Zeit in Holland auf und gelangte erst im Anfange April nach Hannover. Noch vor seiner Ankunft gab die Kurfürstin an Leibniz, der, seit längerer Zeit abwesend von Hannover, sich in Wien befand, davon Kunde mit den Worten: „Eine Unterhaltung mit Ihnen würde mir lieber sein als diejenige mit dem Gesandten Harley; denn ich vernehme, daß er nichts Anderes zu melden haben wird als Complimente."[1])

Dennoch hatte Harley einen besonderen Auftrag gerade an die Kurfürstin. „Er hat mir, schreibt sie später, von der Königin ein Jahrgeld angeboten. Ich habe dies sehr höflich abgelehnt, und gesagt, daß ich als präsumtive Thronerbin allerdings ein Jahrgeld wünsche, aber nach gemeinsamem Beschlusse der Königin und des Parlamentes, und zwar dies gemäß dem Vorbilde der Königin, welche, wie man dies ja in der Geschichte lesen kann (Band V, S. 70 u. f.), bei dem ähnlichen Angebote Wilhelms III. eben so verfuhr."[2])

Harley verweilte in Hannover bis in den Monat Mai. Inzwischen jedoch zog seine Sendung dahin und die Gerüchte, mit welchen Oxford dieselbe umgeben, an einer anderen Stelle eine Wirkung nach sich, an die der Urheber nicht gedacht hatte. Wir haben dieselbe mit den Worten Berwicks zu vernehmen, mit welchem Oxford zwei Jahre zuvor durch Gautier und Torcy zu Gunsten des Prätendenten angeknüpft hatte.[3])

Oxford und Bolingbroke.

„Als wir, schreibt Berwick, die Zeit verrinnen sahen, ohne daß von Seiten Oxfords uns ein Plan vorgelegt wurde, und dazu die Kunde erhielten, daß die Gesundheit der Königin täglich abnahm,

---

[1]) Die Werke von Leibniz Bd. IX, S. 433.

[2]) A. a. O., S. 447.

[3]) Mémoires de Berwick t. II, p. 131.

befestigte sich in mir der Argwohn, daß der Treasurer uns betrog, um so mehr, da ich erfuhr, daß er an den Kurfürsten in Hannover geschrieben und kürzlich seinen Vetter Harley dahin abgesendet hatte. Ich eröffnete mich darüber dem Staats-Secretär Torcy, durch welchen meine gesammte Correspondenz mit Gautier und Oxford ging. Er stimmte mir bei, daß das Verhalten des Treasurers sehr auffallend sei. Wir kamen also überein ihm zu schreiben, um ihm vorzuhalten, daß die Königin Anna stündlich wegfallen könne, und daß es daher durchaus nothwendig sei, daß er uns Kenntnis gebe von den Maßregeln, die er in diesem Falle für die Interessen des Königs Jacob getroffen, wie auch von den Schritten, welche dieser Prinz zu thun habe. Die Antwort lautete dahin, daß, im Falle des Todes der Königin, die Angelegenheiten des Königs Jacob und seiner Partei unwiederbringlich verloren wären. Da wir keine andere Antwort als diese erlangen konnten, so lag darin der klare Beweis seiner Schurkerei. Denn, wenn er wirklich die Absichten gehabt hätte, die er im Anfange uns ausgesprochen, so hätte er nicht so lange Zeit verfließen lassen können, ohne an die Mittel zur Ausführung zu denken. Er hätte nicht, um seiner selbst und seiner Partei Erhaltung willen, vernachlässigen dürfen, sich gegen den Zorn der Whig-Partei sicher zu stellen, wo er wußte, daß, wenn einmal wieder die Macht in ihrer Hand, sie ihm das Vorgefallene nie verzeihen würden. Diese Unthätigkeit bei ihm war nicht die Folge eines Mangels an Verstand oder Muth; denn Niemand besaß diese Eigenschaften mehr als er. Darum war es moralisch gewis, daß alles Entgegen-Kommen, das er uns bis dahin bewiesen, keinen anderen Beweggrund gehabt hatte als sein eigenes Interesse, nämlich um die Jacobiten mit den Tories zu vereinigen, dadurch sich im Parlamente stark zu machen und den Frieden durchzusetzen. Sobald er damit zum Ziele gekommen, dachte er nur noch daran, sich mit dem Hofe von Hannover gut zu stellen. Den König Jacob dagegen hielt er hin von einer Zeit zur anderen mit irgend einem neuen Vorschlage der Religions-Aenderung, oder wenigstens des Scheines derselben. Der Hof von Frankreich faßte damals eben so wohl wie wir die Ueberzeugung, daß Oxford uns prellte. Aber da der Hof, durch das Mittel Oxfords, sein hauptsächliches Ziel erreicht hatte, so wußte er sich darüber leicht zu trösten."

Bevor wir die weiteren Entschlüsse Berwicks bei diesem Stande der Sache vernehmen, haben wir aus dieser wichtigen Darlegung, die das Verhalten Oxfords summarisch beleuchtet, die letzten Sätze noch besonders ins Auge zu fassen.

Oxford hatte also die Jacobiten als die Werkzeuge für seinen persönlichen Zweck gebraucht, den Frieden zu machen, ohne welchen er sich als Minister nicht hätte behaupten können. Der Prätendent hatte seine Anhänger in England, ungeachtet ihres Verdachtes und Argwohnes gegen Oxford, und demgemäß ihres Sträubens, immer wieder aufs neue angewiesen, mit Oxford zu gehen. Er vertrauete einem Manne, für dessen Vertrauenswürdigkeit er keine andere Bürgschaft hatte, als dessen Worte aus dem Munde eines Dritten. Demgemäß ward er betrogen.

Aber der Prätendent hatte sich in dies Vertrauen auf Oxford doch nur auf die Empfehlung der französischen Politik eingelassen. Die Fäden der Anknüpfung Oxfords mit St. Germain waren von Anfang an bis zu Ende durch die Hände Gautiers und Torcys gegangen. Wie Oxford persönlich seinen Vortheil davon gezogen, so in höherem und umfassendem Grade die Politik der Macht Frankreich. Es lag daher nicht im Interesse dieser Politik, daß vor der Erreichung des Zieles derselben, also vor dem Abschlusse des Friedens, dem Prätendenten eine Ahnung aufstieg, daß Oxford ihn prellen werde. Es lag vielmehr im Interesse der französischen Politik, daß der Prätendent möglichst lange in dem guten Glauben an die Ehrlichkeit Oxfords beharrte, und demgemäß auch, so lange er beharrte, seine Anhänger in England dem Grafen Oxford dienstbar machte, und, mittelbar durch ihn, der französischen Politik. In diesem Sinne also hatte die französische Politik auf den Prätendenten gewirkt. Mit anderen Worten: sie hatte abermals, wie immer, die Thorheit und Verblendung des unglücklichen Hauses Stuart ausgebeutet für ihre Zwecke.

Aber nun lag die Wahrheit zu Tage, daß Oxford den Prätendenten und die Jacobiten getäuscht, sie für sein Interesse ausgenutzt. Torcy erkannte es an. Der französische Hof war desgleichen davon überzeugt. Aber wie Berwick sagt, er hatte sein Geschäft gemacht und wußte daher sich leicht darüber zu trösten.

Die Tragweite dieser Worte ist, daß die französische Politik, nachdem der Prätendent und die Jacobiten mitgearbeitet, ihr einen

Frieden zu verschaffen, auf welchen sie bis in das Jahr 1710 hinein sich keine Hoffnung machen durfte, nicht Willens war, nun auch ihrerseits etwas für den Prätendenten und die Jacobiten zu thun. Diese hatten gedient wozu sie der französischen Politik gut waren: das Weitere war ihre Sache.

Und damit gelangen wir an den Punkt, einen schon wiederholt gestreiften Irrthum völlig klar zu stellen, der damals, bis tief in das Jahr 1714 hinein, an vielen Orten in Europa mächtig war, nicht bloß in England, sondern auch im Haag, in Hannover, in Wien. Es war die Meinung, daß die französische Politik mit Waffenmacht zu Gunsten des Prätendenten auftreten werde. Das war nicht die Absicht Ludwigs XIV. Wie er überhaupt niemals ernstlich des Willens gewesen war sich durch eine Sendung von Truppen auf dem Boden Englands zu verwickeln, es wäre denn daß eine jacobitische Erhebung dort voranging — so sicherlich nicht damals nach dem eben erlangten Frieden. Er unterzeichnete damals im zweiundsiebenzigsten Jahre seiner Regierung.[1]) Er bedurfte für die ihm noch übrigen Tage der Ruhe. Er wußte sich, wie Berwick sagt, über den Gang der Sache des Prätendenten leicht zu trösten. Während namentlich die Whigs in England träumten von der Gefahr einer Landung von französischen Truppen, erkannte Berwick klar, daß Frankreich ihm dazu auch nicht Einen Mann stellen würde, sondern daß, was immer zu erreichen, nur durch englische Kräfte auf englischem Boden erreicht werden könne. In dieser Richtung also waren die Kräfte anzuspannen. Darum fährt er in jenem seinem summarischen Berichte fort wie folgt.[2])

„Was mich betrifft, so drängte ich lebhaft in den Herzog von Ormond und einige Andere. Ich mahnte sie, sich los zu reißen aus ihrem Hinbrüten, auf ihrer Hut zu sein gegen das Unglück, welches, im Falle des Todes der Königin, ihnen zustoßen würde. Ich wies sie darauf hin, daß ihr persönliches Interesse zusammen falle mit demjenigen des Königs Jacob, daß es einen Mittelweg für sie nicht mehr gebe, daß ihnen nur die Wahl bleibe, entweder zu Grunde gerichtet zu werden, sie und ihre Partei, oder den König herzustellen. Indem

[1]) Dangeau t. XIV, p. 402.

[2]) Mémoires de Berwick t. II, p. 132.

sie sich durch unsere unablässigen Mahnungen überzeugen ließen, rafften sie sich auf und suchten, vermittelst des Zuredens der Lady Masham, die Königin zu dem Entschlusse der Entlassung des Groß-Schatzmeisters Oxford zu bringen, weil, so lange dieser sich im Amte befand, es nicht möglich war, die Sache durchzuführen."

In dieser ganzen, lange nachher niedergeschriebenen Darlegung findet sich keine andere Zeitangabe als die, daß der Treasurer gerade damals seinen Vetter Harley nach Hannover entsendet. Die Bemühungen Berwicks und der anderen Jacobiten um die Entlassung Oxfords beginnen also im Monate März. Die Wirkungen sind sehr bald erkennbar.

Während noch die Vertagung des Parlamentes dauerte, vernahm man, daß es in der Umgebung der Königin zu einem harten Kampfe gekommen war. Schütz berichtet darüber nach Hannover, am 26. März/6. April: „Es war heute nahe daran, daß ich Ihnen die wichtige Meldung zu machen hatte, daß Oxford, von den anderen Ministern verlassen und selbst von der Königin in gewisser Weise übel angesehen, ohne den weißen Stab sei. Er bat die Königin um die Erlaubnis sein Amt nieder zu legen, während er zur selben Zeit Gelegenheit fand, durch einen Anderen ihr sagen zu lassen, daß bei seiner Entlassung die gesammte Tory-Partei sich auflösen und sie, die Königin, wieder in die Hände der Whigs gerathen würde. Diese Aussicht erschien der Königin so schrecklich, daß sie alle Mittel aufbot, eine Aussöhnung zu bewirken, wie es ihr denn auch gelungen ist."[1])

Dieser Bericht bezeichnet die mitwirkenden Personen nicht näher. Nach demjenigen des kaiserlichen Residenten standen gegen Oxford für Bolingbroke die Lady Masham und der Kanzler Harcourt. „Es soll eine Aussöhnung erfolgt sein — schließt er — taliter qualiter."[2])

Auch der hannöversche Resident Kreyenberg gibt an, daß die Lady Masham, welche, wie er meint, Bolingbroke für sich gewonnen, bei der Königin gegen Oxford eingetreten sei.[3])

Das eigentliche Object der Differenz wird nicht mit Bestimmtheit angegeben. Nach der Ansicht Kreyenbergs betraf dieselbe die Maß-

[1]) Macpherson's Original papers vol. II, p. 585.
[2]) Bericht vom 10. April.
[3]) Macpherson's Original papers, vol. II, p. 586.

regeln für die Einbringung des Prätendenten. Bolingbroke sei darin eifrig und überstürzend, Oxford langsam und hinzögernd.[1])

Bei der ungemeinen Vorsicht, mit welcher auch notorische Jacobiten vermieden, sich in Ausdrücken bloß zu geben, welche die Anwendung der Hochverrathsgesetze wider sie zur Folge haben konnten, ist es indessen sehr zu bezweifeln, daß die hauptsächlichen Differenz-Punkte direct zur Sprache gekommen seien.[2])

Oxford selber scheint von dem feindseligen Einwirken Berwicks nichts gewußt zu haben. Er beharrte dabei, auch noch ferner seine Betheuerungen nach jener Seite zu senden. Am 6. Mai meldet Berwick aus St. Germain dem Prätendenten in Bar-le-Duc: „Obwohl Gautier früher geschrieben hat, daß Oxford und Bolingbroke sich auf nichts einlassen würden, als unter der Bedingung des Uebertrittes zur Hochkirche, so meldet er doch jetzt die Versicherung beider Herren, daß sie nach der Königin Anna keinem Anderen dienen wollen als dem Könige.“[3])

Sehen wir hinweg über die Doppelzüngigkeit Oxfords, die für alle Fälle sich sicher zu stellen sucht, so tritt uns nicht bloß eine Verschiedenheit Oxfords und Bolingbrokes entgegen, die, wie Viele meinten, darin bestand, daß Bolingbroke rasch und überstürzend zu

---

[1]) Macpherson Original Papers vol. II, p. 586.

[2]) Es existirt freilich eine Ueberlieferung als von Bolingbroke selber herstammend, in den Marchmont Papers vol. II, p. 192, Note, daß dies einmal doch geschehen sei. Nach derselben hat Bolingbroke lange Jahre später dem Grafen Marchmont erzählt, daß kurze Zeit vor dem Tode der Königin die Minister sich in einem Zustande des Schwankens befanden, ob sie die Thronfolge des Hauses Hannover befördern sollten, oder die Rückkehr des Prätendenten, und daß sie in Betreff dieser Frage den Grafen Oxford nicht zu einer Entscheidung bringen konnten. Nachdem sie verschiedene Male im Stillen darüber bei ihm angeklopft, habe der Herzog von Shrewsbury von den Anderen den Auftrag erhalten, ihn zur Kundgebung eines Entschlusses zu bewegen, mit der Versicherung, daß dieser Entschluß auch für sie maßgebend sein würde. Der Herzog habe in einer Cabinets-Sitzung den Auftrag ausgeführt, so eindringlich, daß ihm darüber die Thränen in die Augen traten, habe jedoch nicht vermocht, den Grafen Oxford zu einer bestimmten Erklärung zu bewegen. Von diesem Augenblicke an sei der Beschluß gefaßt ihn zu entfernen. — Gegen diese Tradition ist einzuwenden, daß der Herzog von Shrewsbury noch bis in Juni in Irland weilte, daß dagegen der Sieg Bolingbrokes bei der Königin über Oxford schon im Mai sich entschied, wenn auch die formelle Entlassung sich noch zwei Monate hinzog.

[3]) Lord Mahon, History of England etc. vol. I, p. 390.

Gunsten des Prätendenten handeln wollte, Oxford durch Zaudern und Bedächtigkeit zurückhielt, sondern ein wirklicher Gegensatz, wie er klarer und bestimmter in jener Darstellung Berwicks ausgesprochen vorliegt. Oxford suchte sich mit Hannover gut zu stellen, und im Rathe der Königin so lange zu laviren, bis ihr voraussichtlich nicht mehr ferner Tod die Dinge in dem Stande belassen würde, wie sie damals waren. Dann hoffte er für diese seine Führung nicht bloß des Schutzes, sondern auch des Dankes von Hannover sicher zu sein. Bolingbroke dagegen trachtete, auf welche Weise immer, nach einem Bruche mit Hannover, um durch diesen Bruch die immer schwankende Königin zum festen Entschlusse für ihren Bruder zu bewegen, und dadurch wie seine Sicherheit so auch seinen Lohn zu finden. Auch er konnte keinen Glauben an eine lange Lebensdauer der Königin haben; aber, wie aus späteren Aeußerungen hervorgeht, hoffte er doch, daß sie noch bis zum Herbste gelangen würde. Sie war damals wieder so weit hergestellt, daß sie, am 10. April, vermöge ihres Titels als Königin von Frankreich die herkömmliche Berührung von Trotteln (Cretins) vornahm.[1])

Oxford suchte seine Gesinnung nach Hannover hin, außer den gelegentlichen directen Betheuerungen, noch in anderer Weise kund zu geben. Der General Schulenburg, der sich häufig in Hannover aufhielt, hatte, bei einer früheren Anwesenheit in London, mit dem pfälzischen Residenten Steingens eine nähere Bekanntschaft angeknüpft, die dann durch eine gelegentliche Correspondenz unterhalten wurde. Steingens hatte schon 1712 dem Grafen Oxford für die geheime Correspondenz nach Wien hin gedient. Er berichtete auch nunmehr an Schulenburg über den Stand der Dinge in England, wie es den Meinungen Oxfords entsprach, in der Voraussicht, daß Schulenburg von den Briefen einen weiteren Gebrauch machen würde. Dies geschah. Schulenburg schickte die Briefe einerseits an Leibniz in Wien, der die Berichte von Steingens einer mistrauischen und scharfen Kritik unterzog, andererseits lieferte er die beiderseitigen Schriftstücke dem Kurfürsten Georg Ludwig ein. Daß diese Correspondenz, in welcher Oxford-Steingens darzuthun sucht, daß die Thronfolge des Hauses Hannover nicht in Gefahr, auf die Haltung des Kurfürsten einen Einfluß geübt

[1]) Hoffmanns Bericht vom 10. April.

habe, iſt kaum anzunehmen, weil die Erörterung den Thatſachen allzu ſpät nachfolgte. Die eigentliche Bedeutung liegt nur darin, daß Oxford ſeinen Freund Steingens für ſich plaidiren ließ.[1])

Einen anderen Weg zu demſelben Ziele fand Oxford durch eines der Häupter der Republik der Niederlande, den Freiherrn von Waſſenaer-Duyvenwoorde. Oxford benutzte den Anlaß einer Antwort an denſelben, um, wie er ſelber ſich ausdrückte, in der feierlichſten Weiſe zu verſichern, daß er völlig und unabänderlich dem Intereſſe des Kurfürſten ergeben ſei. „Dies betheuere ich, fährt er fort, nicht bloß aus dem Bewußtſein der von mir geleiſteten Eide, ſondern auch aus tiefem Reſpecte für die großen Tugenden des Kurfürſten. Ich darf ohne Eitelkeit ſagen, daß ich bei der Feſtſtellung der Succeſſions-Acte den wirkſamſten Antheil hatte.[2]) Ich habe immer dieſelbe Geſinnung bewahrt, und den wiederholten Erklärungen der Königin zu ihren Gunſten iſt es zu danken, daß die Nation im Ganzen für das durchlauchtige Haus geſinnt iſt.“[3])

Er fügt dann die Unwahrheit hinzu: „Ich bin ſicher, daß auch Lady Maſham, die Vertraute der Königin, völlig für die Succeſſion iſt. Es iſt mir ferner gewis, daß auch die Königin ſo denkt, und Sie dürfen in meinem Namen dem Kurfürſten verſichern, daß ich bereit bin, ihm alle Beweiſe meiner Anhänglichkeit zu geben.“ Er warnt dagegen vor der Ueberkunft eines Mitgliedes der Familie, weil der Gegenſatz zweier Höfe verderblich wirken würde.

Der Zweck des Schreibens liegt vor Augen. Oxford will jeden Schritt von Seiten des Hauſes Hannover zurückhalten, damit, bei dem bald zu erwartenden Tode der Königin, alles ſich von ſelber fügen und dann er als erſter Miniſter den Lohn der Führung beanſpruchen könne.

Den Freunden der Thronfolge des Hauſes Hannover lag dies Verhältnis von Oxford und Bolingbroke nicht offen. Vielmehr maßen ſie beiden Männern dasſelbe Streben bei. Jenem Berichte über den Zwieſpalt und den noch einmal wieder erfolgten Ausgleich fügt der

[1]) Die Correſpondenz iſt abgedruckt in: Werke von Leibniz Bd. IX, S. 466. Appendice.

[2]) Als Sprecher des Unterhauſes, vergleiche Bd. IX, S. 274.

[3]) Macpherson's Original papers vol. II, p. 593. Vom 14./25. April.

Gesandte Schütz seine Meinung hinzu: „Für uns würde nichts vortheilhafter sein, als wenn dieser Ausgleich nicht von Dauer wäre.“[1]) Die Sache lag doch wohl umgekehrt. So lange Oxford im Amte verblieb, war er der erste Minister und lähmte dadurch die Schwingen Phaethons, wie Bolingbroke von den fremden Gesandten oft genannt wurde.[2]) Die Vorbedingung eines nachdrücklichen Handelns war, wie Berwick angegeben, die Entlassung Oxfords.

Fortsetzung der Parlaments-Session, im April.

Ein eigentlicher Plan der Rückführung des Prätendenten konnte also bis dahin nicht vorliegen. Und dennoch sehen wir die Besorgnis um die gesetzlich festgestellte Thronfolge im Wachsen.

Bolingbroke hatte schon seit Wochen die Klage ausgesprochen, daß die Faction, wie er es benannte, unter den Truppen um sich greife,[3]) und es verlautete wiederholt, daß einige General-Officiere, wie der Herzog von Argyle und Lord Stair, ihre Stellen verlieren würden. Es geschah in der Form, daß die Königin ihnen andeuten ließ: es sei ihr Wunsch, daß sie ihre Stellen an bestimmte Personen verkauften. Der Herzog von Argyle hatte eine Compagnie der Leibwache. Er wurde genöthigt, sie für 10.000 Pfund Sterling, von denen die Königin ein Drittel zahlte, dem Grafen Dundonald abzutreten, der für einen Jacobiten galt.[4]) Der Herzog war zugleich Gouverneur von Edinburgh und von Port Mahon. Er mußte auf beide Posten verzichten. Der Graf Stair mußte sein Regiment für 6000 Pfund Sterling an den Lord Portmore abtreten. Es folgte eine Reihe von minder bedeutenden Aenderungen. Der Treasurer Oxford ging umher und versicherte, daß er in diesen Aenderungen keine Hand habe, und daß sie ohne sein Vorwissen geschehen seien, oder auch, wie er zu Anderen sich ausdrückte, wider seine Zustimmung.[5])

---

[1]) Macpherson's Original papers vol. II, p. 585.

[2]) Hoffmanns Bericht vom 12. September.

[3]) Bolingbroke's letters vol. IV, p. 489. Vom 9./20. März.

[4]) Macpherson's Original papers vol. II, p. 588. — Lockhart Papers vol. I, p. 459.

[5]) A. a. O.

Zugleich jedoch erfolgte ein sehr gewichtiger Gegenzug, indem mehrere Häupter der hannöversch gesinnten Tories den Whigs näher traten. Es waren namentlich der Herzog von Argyle, Lord Anglesea, der Ritter Hanmer, Sprecher des Unterhauses, Graf Nottingham und Andere. Nach wiederholten Zusammenkünften einigten sie sich, am 2./13. April, zu dem Vorsatze, mit den Whigs in Freundschaft zu leben und gemeinsam mit ihnen festzustellen, was zu thun sei die hannöversche Thronfolge zu sichern und sich dem Prätendenten zu widersetzen. Sie verabredeten ferner, nicht den Grafen Oxford zu stützen, sondern gemeinsam auf seine Entfernung zu arbeiten, dann aber nicht zu gestatten, daß das Schatzamt in der Hand eines einzigen Mannes sei, sondern einer Commission übergeben werde. — Es ist nicht unwichtig dabei an die frühere Klage Bolingbrokes zu erinnern, daß die ganze Machtfülle der Krone in der Hand des Treasurers ruhe.

Diese Tories versprachen endlich, mit den Whigs bei der Königin die Bitte zu wiederholen, daß sie den Herzog von Lothringen in Güte oder durch Zwang dahin vermöge, dem Prätendenten den Aufenthalt in seinem Lande nicht ferner zu verstatten.

Die Consequenzen dieser Coalition traten in den nächsten Tagen augenfällig hervor. In den Berathungen des Oberhauses über den Zustand der Nation, am 5. 16. April, brachte die Hofpartei, entsprechend der Thronrede der Königin, die Behauptung, daß die Succession unter der gegenwärtigen Regierung gesichert sei, selber zur Sprache. Es erfolgten darauf heftige Angriffe gegen die Minister. Namentlich zeichnete der Graf Anglesea, ein Mitglied jener Coalition, das Werden des Utrechter Friedens in scharfen Worten. „Ich bekenne, sagte er, so unglücklich gewesen zu sein, im Geheimen Rathe zu dem Waffenstillstande meine Zustimmung gegeben zu haben. Allein ich habe mich dazu bewegen lassen nur durch die vielfache und hochbetheuerte Versicherung, daß nicht bloß England einen besseren Frieden als seit zweihundert Jahren erlangen, sondern daß auch alle Verbündete vortheilhaftere Bedingungen erhalten würden, als sie selbst dächten. Von allem dem hat sich das Gegentheil als wahr erwiesen. Wir haben den Kaiser verlassen. Wir haben Portugal preis gegeben. Wir wissen noch bis heute nicht, worin für uns der Friede besteht. Das aber wissen wir, daß wir ohne alle Freunde und Verbündete sind, daß wir nur mit

Frankreich und dem Herzoge von Savoyen gut stehen. Wir wissen endlich, daß wir in Betreff der Succession völlig abhangen von Frankreich, daß ein König, den unsere Königin aus dem Staube wieder aufgerichtet hat, jetzt die Macht besitzt, über die Succession unserer Krone zu verfügen nach seinem Wohlgefallen."[1])

Die Fassung der gestellten Frage war: ob die Succession in Gefahr stehe unter Ihrer Majestät Regierung. Die Gegner des Ministeriums verlangten die Streichung der hervorgehobenen Worte. Sie verlangten dies, wie sie sagten, aus Respect; denn die Königin sei dabei nicht betheiligt, und, welches Unrecht immer geschehen sei, falle nur den Ministern zur Last. Der Kampf um diese Worte wogte viele Stunden lang hin und her. Bei der Abstimmung erfanden sich 76 Stimmen für jene Worte, und 63 dagegen, so daß das Ministerium mit dreizehn Stimmen die Oberhand behielt. Aber die Gegner rechneten von der Mehrheit moralisch ab die vor zwei Jahren zwölf neu ernannten Pairs, so wie die sechszehn schottischen Pairs. „Diese sechszehn alle, keinen ausgenommen, haben für den Hof votirt, und werden ihrer Armuth nach allezeit für ihn votiren."[2]) Dagegen ward als besonders wichtig hervorgehoben, daß der neue Erzbischof von York, Dawes, gegen das Ministerium gestimmt, und fast die ganze Bank der Bischöfe nach sich gezogen hatte.[3])

Nach der Abstimmung verließen viele Lords das Haus in der Meinung, daß an dem Tage weiter nichts geschehen werde.[4]) Diesen Umstand benutzte die Whig-Partei zu neuen tief einschneidenden Anträgen. Die Königin, sagte der erste derselben, sei durch eine Adresse zu ersuchen, eine Proclamation ausgehen zu lassen, durch welche sie demjenigen, der den Prätendenten, im Falle seiner Landung auf britischem oder irischem Boden, lebendig oder todt einliefere, eine angemessene Belohnung in Aussicht stelle. Ferner möge die Adresse vor-

[1]) Hoffmanns Bericht vom 16. April. — Lord Mahon, History of England etc. vol. I, p. 44 gibt drohende Worte von Anglesea gegen den Treasurer persönlich an. Ich finde dafür keine Quelle.

[2]) Hoffmanns Bericht vom 16. April.

[3]) Lords Debates vol. II, p. 413.

[4]) Dies sagt ausdrücklich Lockhart vol. I, p. 471. Und in der That macht nur dies die folgenden Beschlüsse erklärlich.

stellen, wie empfindlich das Oberhaus es aufnehme, daß die Absicht der Königin, den Prätendenten aus Lothringen fortzuschaffen, bisher keinen Erfolg gehabt, und darum die Bitte aussprechen, daß die Königin dieses Andringen erneuern wolle. Endlich sei die Königin zu bitten, in Gemeinschaft mit den Generalstaaten sich bei dem Kaiser zu bemühen, daß er der Garantie der Succession des Hauses Hannover in England beitrete.

Die im Oberhause noch anwesenden Mitglieder der Hofpartei wagten gegen diese Anträge keinen Widerspruch zu erheben. Man vernahm von ihnen nur die Rufe nach Vertagung des Beschlusses. Die andere Seite dagegen hielt fest und verlangte Abstimmung. Diese erfolgte zu Gunsten der drei Anträge.

Der Beschluß war für das Ministerium ein schwerer Schlag; aber er war gefaßt, und es blieb nur das Mittel, vor der Abfassung der Adresse ihn zu mildern. Dies geschah in den nächsten Tagen. Es erhoben sich viele Stimmen gegen die Worte: todt oder lebendig, als nicht bloß dem englischen Rechte, sondern auch der christlichen Religion zuwider. Die Worte fielen weg. Wichtiger noch war eine andere Aenderung. Der Zeitpunkt, sagte man, wann eine solche Proclamation zu erlassen, müsse dem Ermessen der Königin anheim gestellt werden. Um diese Aenderung durchzusetzen, hatte die Königin vorher den Erzbischof von York und den Grafen Anglesea zu sich rufen lassen. Sie folgten dem Wunsche. Demgemäß entschied eine große Mehrheit in diesem Sinne.[1])

Die in dieser Weise abgeschwächte Adresse ward, am 12./23. April, der Königin überreicht. Sie antwortete: „Es würde eine wirkliche Befestigung der Thronfolge des Hauses Hannover sein, und meiner Regierung zur Stütze gereichen, wenn den grundlosen Befürchtungen und argwöhnischen Reden, die man so geflissentlich ausstreut, endlich ein Ziel gesetzt würde. Ich sehe zur Zeit für eine solche Proclamation gar keinen Anlaß. Sollte ich sie einmal für nöthig erachten, so werde ich meine Befehle geben. Die anderen Einzelnheiten der Adresse werde ich in geeigneter Weise ausführen.“[2])

---

[1]) Hoffmanns Bericht vom 20. April.

[2]) Lords Debates vol. II, p. 417.

Der zuerst für die Whigs günstige Verlauf schien sich damit völlig gewendet zu haben. Man nahm an, daß die Königin niemals eine solche Proclamation erlassen werde. Das Verhalten der Minister im Oberhause legte an den Tag, daß eine Differenz nicht mehr bestand, daß sie gemeinsam handelten. „Aus Allem geht hervor, sagten die Whigs, daß der Hof den Prätendenten einbringen will.“[1])

Am selben Tage noch, dem 12./23. April, trat ein Ereignis ein, welches die ganze Sachlage zu wandeln schien.

Die Forderung des Writ und ihre Consequenzen.

Während die Angelegenheit der englischen Succession sich von Tag zu Tag mehr in den Vordergrund des europäischen Interesses drängte, verlautete die überraschende Kunde: der kurfürstlich-braunschweigische Gesandte in London, Freiherr von Schütz, habe von dem Lord-Canzler das Einberufungsschreiben, das sogenannte Writ, für den Kurprinzen, Herzog von Cambridge, verlangt, damit derselbe als erster Pair von England seinen Sitz im Oberhause einnehme.

Diese Forderung mit ihren Consequenzen wird von da an für Wochen hindurch der Knotenpunkt der Successionsfrage. Daher erscheint es, zur Klarstellung des Ganzen, von besonderem Interesse, die successive Entwicklung der Sache, wie sie damals vor den Betheiligten sich abspann, von ihnen selbst wie von anderen Zeugen zu hören. Nicht bloß diese Zeugen stehen zu Anfang unter der Einwirkung thatsächlicher Irrthümer, sondern die Gesammtheit, und deshalb ist diese Einwirkung und die aus derselben sich ergebende Stimmung der Gemüther ein geschichtliches Moment, welches nicht außer Acht gelassen werden darf.

Das Writ oder Einberufungsschreiben für den Herzog von Cambridge seinen Sitz im Oberhause einzunehmen, und wie der englische Ausdruck lautete: to serve the Queen in Parliament — lag ausgefertigt bei dem Lord-Canzler Harcourt. Wir haben seiner Zeit vernommen, daß Lord Cowper, der frühere Kanzler, Mitglied der Whig-Partei, den Versuch gemacht es dahin zu bringen, daß Harcourt es

[1]) Hoffmanns Bericht vom 20. April.

dem hannöverschen Gesandten Schütz einhändige, und daß Harcourt abgeschlagen hatte.

Fortan ließ der Gedanke an dies Writ dem Gesandten Schütz keine Ruhe. Das Writ lag da, ausgestellt in aller Form, mit dem großen Siegel versehen, sorgfältiger ausgestattet als diejenigen der anderen Pairs, ganz wie es für die Prinzen von königlichem Blute üblich war. Warum also, fragte Schütz bei sich, wird es nicht überreicht?[1])

„Sie begreifen leicht, schrieb er, gleich beim Beginne des Parlamentes, darüber an Bothmar im Haag — in welcher Verlegenheit ich mich gegenüber diesem Writ befinde. Viele derjenigen, die wissen, daß der Canzler es mir nicht zugestellt, sind erstaunt darüber, daß ich es nicht verlange. Aber wie kann ich das, wo ich nicht Befehl dazu habe? Ich gestehe freilich, daß dies allein mich nicht abhalten würde, wenn ich nur hoffen dürfte, daß, sobald ich es erhalten und dann durch einen Courier nach Hannover geschickt, der Kurprinz sich sofort hierher auf den Weg machen würde. Es sind also zwei Bedenken, die mir im Wege stehen: die Besorgnis, daß der Canzler mir die Auslieferung weigert, und dann diejenige, daß der Kurprinz, auch wenn er das Writ hat, dennoch nicht kommt."[2])

Wir sehen, daß bei dem Gesandten der Gedanke, ob er in London noch Jemanden anders zu fragen habe als den Kanzler, etwa die Königin selber, oder den Treasurer, oder einen der Staats-Secretäre für die auswärtigen Angelegenheiten — von Anfang an gar nicht aufkommt.

Für längere Zeit war in London von dem Writ nicht weiter die Rede. Aber in Hannover riefen die Berichte von Schütz die Frage hervor: zu welchem Zwecke war das Writ ausgefertigt, wenn es nicht auch behändigt werden sollte? Die Kurfürstin Sophie gab diesem Gedanken Ausdruck in einem Briefe an Schütz, mit den Worten: On est fort étonné ici qu'on n'a point envoyé un writ à mon petit-fils le prince électoral pour pouvoir entrer au parlement comme

[1]) Macpherson's Original papers vol. II, p. 573.
[2]) A. a. O., p. 574.

duc de Cambridge, comme cela lui était dû par le patent que la reine lui a donné.[1])

Bei der Stimmung, in welcher sich Schütz von Anfang an gegenüber dem Writ befunden, war er aus sich geneigt, diese Worte der Kurfürstin als einen Befehl aufzufassen. „Die Freunde der Succession, meldet er an Bothmar, waren alle erfreut über den von der Kurfürstin mir ertheilten Befehl, das Writ für den Kurprinzen zu verlangen. Bevor ich einen Schritt in der Sache that, befragte ich die folgenden Personen um Rath: Devonshire, Somerset, Nottingham, Argyle, Orford, Somers, Cowper, Halifax, Wharton, Townshend. Sie waren alle derselben Meinung."[2])

„Auf den Rath dieser Freunde, meldet Schütz weiter, habe ich gehandelt wie folgt. Ich begab mich gestern, am 12./23. April, zum Lord-Canzler und sprach, im Namen der Kurfürstin, ihm ihren Dank aus, daß er sich ihr Interesse so sehr angelegen sein ließe. Er antwortete nach Wunsch und betheuerte, daß er glücklich sein würde, Ihrer königlichen Hoheit bei jeder Gelegenheit Beweise seines tiefen Respectes und seiner Anhänglichkeit zu geben. Ich fuhr dann fort, daß ich von der Kurfürstin den Befehl hätte, für den Kurprinzen als Herzog von Cambridge das Writ zu verlangen. Er veränderte die Farbe, blickte nieder und sagte dann, daß er mit der Königin darüber reden würde; denn ohne die Befehle derselben dürfe er mir es nicht geben. Nach einigem Schweigen fuhr er fort: er erinnere sich nicht, daß, so lange er im Dienste, ihm ein Writ abverlangt, noch daß ein solches über See geschickt sei. Ich erwiederte, daß er es, durch die Auslieferung an mich, nicht aus dem Königreiche sende, und bat ihn, mir vor Abend seine Antwort zu geben, damit ich mit der heutigen Post der Kurfürstin über die Ausführung ihres Befehles berichten könne. Darauf entgegnete er kurz, daß er sich zur Königin begeben werde, um mit ihr zu reden. Ich höre, daß ein Conseil noch gestern Abend berufen ist, und gedauert hat bis nach Mitternacht. Ich erwarte das Ergebnis."

---

[1]) Abgedruckt in der Zeitschrift des historischen Vereines für Niedersachsen. Jahrgang 1883. S. 47.

[2]) Macpherson's Original papers vol. II, p. 592. Bericht vom 13./24. April.

„Beim Abschiede sagte mir der Lord-Canzler, noch an der Thüre seines Zimmers: er hoffe, daß ich dies nicht für eine Verweigerung seinerseits ansehen würde, da er zuvor den Willen der Königin wissen müsse.“[1])

Erst am Abende desselben Tages traf Schütz auch den Grafen Anglesea bei dem Ritter Hanmer. Auf die Mittheilung des Geschehenen erwiederte jener, daß dies sehr zweckmäßig und hier die letzte Gelegenheit vorliege, die Succession zu retten: denn er halte es für sicher, daß, wenn man nicht schleunige Hülfsmittel anwende, in sechs Monaten es zu spät sein werde. Deshalb beschwören er wie alle andere Freunde den Kurfürsten, den Kurprinzen sofort zu senden, auch wenn das Writ verweigert werden sollte. Denn nur die Gegenwart des Prinzen könne noch alles herstellen; dagegen sei sicherlich alles verloren, wenn man, nachdem ein solcher Schritt gethan, nicht weiter gehe.[2])

Der Ritter Hanmer war derselben Ansicht, und versprach eben so wohl wie Lord Anglesea, bei allen seinen Freunden im Unterhause seinen Einfluß aufzubieten, um sie zu einer Erklärung zu bringen. Er sprach seine volle Ueberzeugung aus, daß der Hof nicht vermöge sie zu hindern.[3])

Noch am selben Tage dieses Berichtes, dem 13./24. April, erhielt der Gesandte Schütz die Antwort des Lord-Canzlers. Die Königin habe erwiedert, daß ihr weder von dem Gesandten her, noch in irgend einer anderen Weise von Hannover aus eine Mittheilung über diese Forderung des Writ gemacht sei. Daher könne sie nicht glauben, daß Schütz im Auftrage von Hannover her handele. Auf diese Antwort habe sie sich beschränkt. — Dann setzte der Lord-Canzler hinzu: das Writ für den Herzog von Cambridge sei, wie sich von selbst verstehe, zugleich mit denen für die anderen Pairs ausgefertigt und liege zu jeder Stunde zur Aushändigung an Schütz bereit.[4])

Die Nachricht, daß der kurfürstliche Gesandte, auf Befehl seines Hofes, von dem Lord-Canzler das Writ verlangt, durcheilte sofort die politischen Kreise von London. Der kaiserliche Resident Hoffmann

---

[1]) Macpherson's Original papers vol. II, p. 591.

[2]) A. a. O., p. 592.

[3]) A. a. O.

[4]) A. a. O., p. 591.

ſchildert in ſeinem Berichte die Freude der Whig-Partei über dies Ereignis. „Das Haus Hannover, ſagen ſie, hat einen Schritt vorwärts gethan, von welchem es, wenn es ſich nicht freiwillig ſeines Anſpruches an die Krone begeben will, ſich nicht zurückziehen kann. — Daß Schütz nicht den Auftrag gehabt habe, ſich an die Königin zu wenden, ſondern direct an den Lord-Canzler, gelte für einen Beweis, daß der hannöverſche Hof entſchloſſen ſei, auf jeden Fall den Kurprinzen herüber zu ſenden, möge auch das Writ ausgeliefert werden, oder nicht.“[1])

Das Urtheil der Whigs entſprach, wie man ſieht, ihren Wünſchen.

Dann jedoch erfuhr Hoffmann jene Antwort des Lord-Canzlers. Er ſetzte ſeinem Berichte hinzu: „Das Cabinet der Königin bezweifelt, daß Schütz zu ſeinem Vorgehen einen Befehl von ſeinem Hofe beſeſſen, vermuthet dagegen, daß er gehandelt habe auf Einrathen und Antrieb einiger Whigs. Das Cabinet hat ſofort nach der Sitzung einen Courier mit Aufträgen an den Geſandten Harley in Hannover abgefertigt. Lord Paget ſoll als Geſandter folgen. Der Hof iſt entſchloſſen, die Ueberkunft des Kurprinzen zu verhindern.“[2])

Auf die Antwort des Lord-Canzlers begab ſich Schütz am nächſten Tage, dem 15./26. April, zu ihm, um das Writ in Empfang zu nehmen. In der Kanzlei war Niemand anweſend. Er begab ſich zu dem Treaſurer. Dieſer empfing ihn mit den Worten, daß er die Königin noch nie ſo leidenſchaftlich erregt geſehen, wie durch dies Uebergehen ihrer Perſon.[3]) Schütz berief ſich auf ſeinen Befehl, der ihn an den Canzler gewieſen. Oxford, mit ſeinen üblichen Betheuerungen der Ergebenheit, redete weiter, Wahres und Falſches. Wenn nicht dieſer Zwiſchenfall gekommen, ſagte er, ſo ſei es ſogar der Wunſch der Königin geweſen, den Kurprinzen für den nächſten Sommer einzuladen. „Lord Oxford vergaß dabei, bemerkt Schütz, daß er wenige Minuten zuvor geſagt: die Königin habe allzu große Furcht, Jemanden von der kurfürſtlichen Familie dort zu ſehen, und, wenn man nur das nicht verlange, ſo werde ſie alles Andere gern bewilligen.“ — Die Bemerkung von Schütz war ohne Zweifel richtig. Allein es war

[1]) Bericht vom 24. April.

[2]) Desgleichen vom 27. April.

[3]) Unter den verſchiedenen Berichten von Schütz iſt derjenige an Robethon der genaueſte, in Macpherson's Original papers vol. II, p. 599.

sicherlich weniger die Absicht Oxfords, selber die Wahrheit zu sagen, als durch seine Reden und Fragen an Schütz den wirklichen Sachverhalt klar zu stellen. Der überaus falsche Schritt, sagte Oxford zuletzt, sei ohne allen Zweifel auf das Einrathen hitziger Leute gethan.[1])

Die Unsicherheit der Haltung des Gesandten Schütz auf diese hingeworfene Vermuthung bestärkte Lord Oxford in der Ansicht, daß er das Richtige getroffen. Er deutete dem Gesandten, nach seiner Art, in halb verständlichen Worten an, daß es besser für ihn sein würde sich bei Hofe nicht sehen zu lassen.

Diejenigen dagegen, die angerathen, kargten nicht mit ihrem Lobe. Sie gaben durch Schütz nach Hannover hin eindringlich den Rath, daß nun auch die Ausführung baldigst folgen möge. Voran trat Lord Townshend, in einem Briefe an Robethon, vom 15./26. April.[2]) Er bezieht sich darin auf die frühere Antwort des Kurfürsten, daß der gemeinsamen Sache gedient werde durch seine Waffen gegen Frankreich. „Das war für uns, sagt Townshend, ein geringer Trost. Denn wir hätten verloren sein können, bevor es nur möglich war, uns Hülfe zu bringen. Nun aber muß ich meinen Glückwunsch darbringen für den Befehl das Writ zu verlangen. Ich kann versichern, daß Jedermann, Freund und Feind, diesen Befehl betrachtet als den ersten Schritt, der danach aussieht, daß es dem Hofe von Hannover mit der Succession Ernst sei." Townshend schildert die Bestürzung der Minister über den Schritt, die Freude des Volkes. Er hebt hervor, daß jene kein Mittel unversucht lassen werden, um den Hof von Hannover dahin zu bringen, daß er, wie Townshend sich ausdrückt, sich selber verrathe. Aber er spricht auch zugleich die Erwartung aus, daß man sich in Hannover, bei der Ertheilung eines solchen Befehles, der Consequenzen desselben zum vollen bewußt gewesen sei, und daß man handeln werde entsprechend diesem Bewußtsein.

Daß die Forderung des Writ der erste Schritt von Seiten Hannovers für die Succession sei, war auch die Ansicht von Schütz selber. „Unsere Gegner, sagt er, haben überall das Gerücht verbreitet

---

[1]) Schütz berichtet nicht diese Worte, sondern der kaiserliche Resident Hoffmann, mit der folgenden Bemerkung, im Berichte vom 27. April.

[2]) Macpherson's Original papers vol. II, p. 597.

und an vielen Orten damit Glauben gefunden, daß wir in Betreff der Succession ganz gleichgültig seien. Wenn nun, nach dieser Forderung des Writ, der Kurprinz nicht sofort sich hierher begibt, so wird dies Gerücht als durchaus wahr angesehen werden." [1])

Mochte auch dieser oder jener, der den Sachverhalt genauer kannte, bei sich einen Zweifel hegen, ob wirklich der Hof von Hannover den Gesandten Schütz zu seinem Vorgehen ermächtigt habe: in den ersten Tagen nachher wäre ein solcher Zweifel kaum angehört worden. In London ertönten wiederholt Glocken zur Kundgebung der allgemeinen Freude: man trank einander zu auf die glückliche Reise des Herzogs von Cambridge. Die Actien der Bank von England stiegen um vier bis fünf Percent.[2]) Die Stimmung der Mehrheit der Bevölkerung war eine freudig gehobene. Die Erwartung der Ueberkunft des Kurprinzen war so zuversichtlich, daß Jemand den Lord Paget bei dem Glückwunsche zu seiner Ernennung nach Hannover zugleich die Frage vorlegte, ob er sich getraue das Haus Hannover zum Verzichte auf die Krone von England zu bewegen.[3])

Unter dem Eindrucke dieser Stimmung berieth das Unterhaus, am 15./26. April, über den Zustand der Nation. Die Berathung ergab auch hier, wie früher im Oberhause, die Frageſtellung: ob die protestantische Succession des Hauses Hannover Gefahr laufe unter der Regierung der Königin. Bromley suchte das Gegentheil darzuthun, fand jedoch einen scharfen und überlegenen Gegner an Walpole. Er betonte, daß allerdings die Succession in Gefahr stehe, nicht wegen der Königin, sondern wegen der zweifelhaften Führung anderer Personen, und verlangte daher, daß die Königin nicht genannt werde. Unter den Rednern wider das Ministerium trat voran der Sprecher, Ritter Hanmer. Eine lange Reihe von Tories stimmte mit den Whigs. Die Zählung ergab 256 Stimmen zu Gunsten der Regierung, 208 gegen dieselbe. Das Ergebnis war sehr bemerkenswerth; denn bis dahin hatte die Mehrheit, auf welche im Unterhause die Minister sich verlassen konnten, immer über hundert, bis zu zweihundert Stimmen betragen.[4])

---

[1]) Macpherson's Original papers vol. II, p. 595.

[2]) Lords Debates vol. II, p. 419.

[3]) Macpherson's Original papers vol. II, p. 596.

[4]) Hoffmanns Bericht vom 27. April. — Commons Debates vol. V, p. 125.

Vernehmen wir, nach dieser Abstimmung, über die Sachlage die Ansicht eines nicht betheiligten Beobachters.

„Es ist nicht zu bezweifeln, meldet der kaiserliche Resident Hoffmann, daß, wenn der Kurprinz sich auf die Reise nach England begibt, sich alles für ihn erklären wird. Sollte aber der Kurfürst sich irre machen lassen, so geben die Whigs selber die Sache für verloren. Viele sprechen dabei die Ansicht aus, daß der Befehl an Schütz zur Forderung des Writ nicht hätte erlassen werden sollen ohne den gleichzeitigen Aufbruch des Kurprinzen zur Reise nach England. Denn dann wäre mit dem einmaligen Verdrusse alles abgemacht, und die Sache dadurch sehr erleichtert."

Der Beschluß des Cabinets der Königin war dahin ausgefallen, daß nach den englischen Gesetzen das verlangte Writ dem Herzoge von Cambridge nicht zu verweigern sei. Am 17./28. April nahm der Freiherr von Schütz dasselbe bei dem Lord-Canzler in Empfang. Dieser verlangte einen Schein der Bestätigung mit der Angabe, auf wessen Befehl der Gesandte gehandelt. Schütz stellte den Schein dahin aus, daß er das Writ gefordert habe auf Befehl der Kurfürstin-Witwe.[1])

Mit diesem Scheine hatte also der Lord-Canzler das negative Zugeständnis in Händen, daß der Kurfürst Georg Ludwig nicht betheiligt sei. Auf Grund dieses schweigenden Zugeständnisses von Schütz ging der Hof gegen ihn persönlich vor.

Bereits zuvor hatte wie Oxford, dann auch Bromley ihm den Wink gegeben, sich lieber am Hofe nicht zu zeigen. Am folgenden Morgen, dem 18./29. April, erschien, wie zwei Jahre zuvor bei dem kaiserlichen Gesandten Gallas, der Ceremonienmeister des Hofes, Namens Cotterell, in der Wohnung des Gesandten Schütz, und verlas vor ihm ein Schreiben des Staats-Secretärs Bromley. Dasselbe lautete dahin, daß das Verfahren des Gesandten, ohne Vorwissen und mit Umgehung der Königin, das Writ für den Herzog von Cambridge, einen Prinzen vom königlichen Blute, zu verlangen, die Königin beleidigt habe, und daß sie deshalb dem Gesandten den Hof verbieten lasse. Die Königin

[1]) Schütz in seinen Berichten erwähnt dies nicht. Ich entnehme es denjenigen Hoffmanns.

werde ferner ihrem Gesandten Harley in Hannover beauftragen, von dem Kurfürsten die Abberufung des Gesandten Schütz zu verlangen.

Bereits begann auch die Auffassung des Hofes zu wirken und sich weiter zu verbreiten. Man vernahm, daß der Gesandte bei den Mittheilungen Oxfords über den sehr übelen Eindruck, den sein Vorgehen bei Hofe gemacht, sich verwirrt gezeigt habe. Es ward daraus gefolgert, daß der Befehl für ihn doch wohl nicht so klar und bestimmt gelautet haben könne. Es sei eher anzunehmen, daß Schütz sich mehr nach dem Rathe einiger Häupter der Whig-Partei gerichtet als nach dem ihm gewordenen Befehle. Der Kurfürst sei zu vorsichtig, als daß man ihm zutrauen dürfe: er werde ohne Vorwissen und ohne Genehmigung der Königin seinen Sohn herüber schicken. — Bereits erhoben sich Stimmen, welche das Uebergehen der Königin als einen politischen Fehler bezeichneten. Denn es sei dadurch dem Hofe der Vorwand dargeboten zu erwiedern, daß gegen die Sache an sich nichts einzuwenden gewesen wäre, wenn man sie vorgebracht hätte mit Beobachtung der Form, daß aber nun, wo sie angeregt sei mit Verletzung der Form, der Hof gezwungen sein würde sich zu widersetzen.[1])

Der Hof der Königin führte seine wohl berechneten Schläge nur gegen die Person des Gesandten Schütz. Neben demselben stand der hannöversche Resident Kreyenberg. Ganz eben so wie es früher in der Sache des Grafen Gallas geschehen war, machte der Staats-Secretär Bromley auch dies Mal dem Residenten amtlich das Vorgefallene kund, mit dem Bemerken, daß das gute Verständnis der Höfe darunter nicht leiden, und daß sowohl der Resident, wie auch irgend ein anderer Minister des Kurfürsten der Königin genehm sein werde.

Dem Herrn von Schütz indessen war es auf englischem Boden nicht mehr wohl zu Muthe. In der Nacht auf den 2. Mai reiste er in der Stille ab, um sich in Harwich einzuschiffen. Das Geheimnis, in welches er seine Abreise hüllte, schien die Vermuthung zu bestätigen, daß er reise auf dringendes Anrathen der Coalition, die seit dem 2./13. April zwischen Whigs und Tories zu Gunsten der Thronfolge bestand, damit er durch ihre Briefe und persönlich den Kurfürsten zur

[1]) Hoffmanns Bericht vom 1. Mai.

unverzüglichen Ueberſendung des Kurprinzen bewegen ſolle. Die Vermuthung entſprach der Wahrheit.[1])

Der Schritt der Abreiſe des Geſandten mit ſolchen Briefen deutet an, daß bei den Häuptern jener Coalition doch ein leiſer Zweifel ſich zu regen begann, ob der Kurfürſt ſich auf die Sache einlaſſen werde. Aber auch nur dieſe Thatſache bezeugte den Zweifel. Nach den Reden, die man vernahm, war es wie ausgemacht, daß in den nächſten Tagen der Herzog von Cambridge landen werde.

Bereits begann auch der Treaſurer, Lord Oxford, ſeine Segel ſo zu ſtellen, daß ſie dem Winde, der dann wehen würde, entſprechen konnten. Eins der hauptſächlichen damaligen Zeitungsblätter von London war der Examiner, dreimal wöchentlich. Es herrſchte darüber die Meinung, daß es keinen wichtigen Artikel bringe, den nicht Lord Oxford zuvor geleſen und gebilligt. Der Examiner vom 23. April/4. Mai verkündete, daß die Tory-Partei, weit entfernt, dem Kommen des Herzogs von Cambridge zuwider zu ſein, mit Freuden ihn begrüßen, und ſich ihren Antheil an dieſem Kommen zuſprechen würde. Lord Townſhend meldete dies nach Hannover. „Sie ſehen, ſchreibt er, Lord Oxford geht darauf aus, die Protection des Kronprinzen zu erlangen. Das Kommen desſelben wird ein Werk der Verſöhnung der Parteien ſein. Das Parlament wird ihm 40.000 Pfund Sterling bewilligen.“[2])

Die ſchleunige Abreiſe von Schütz hatte ihn gehindert, die Grüße der Kurfürſtin Sophie an mehrere Lords der Tory-Partei auszurichten, die ſich in der letzteren Zeit an ſie gewendet, die Lords Abingdon und Angleſea, und den Erzbiſchof von York. An der Feſtigkeit des Letzteren hegte das Perſonal der Geſandtſchaft einigen Zweifel. Dieſer war nicht begründet. Gerade damals, am 23. April/4. Mai, richtete der Erzbiſchof an die Kurfürſtin ein Ergebenheitsſchreiben mit den wärmſten Betheuerungen für die feſtgeſtellte Succeſſion, und, wie üblich, gegen France and popery.[3])

Am 29. April/10. Mai traf der alte Erb-Kämmerer, Marquis von Lindſay, Mitglied der Tory-Partei, in London ein. Er hatte ſeinen Landſitz nur zu dem Zwecke verlaſſen, um, bei der bevorſtehenden

[1]) Hoffmanns Bericht vom 4. Mai.

[2]) Macpherson's Original papers vol. II, p. 604. Vom 4. Mai.

[3]) A. a. O., p. 605.

Ankunft des Herzogs von Cambridge, seines Amtes zu warten, und kraft dessen denselben ins Haus der Lords einzuführen.[1])

Auch der Herzog von Marlborough, der damals noch in Antwerpen weilte, drängte in Briefen nach Hannover für die Sendung des Kurprinzen. Er schrieb, am 5. Mai, an Robethon: „Dieses Mittel der Sendung des Kurprinzen wird die Succession sichern ohne Gefahr, ohne Kosten, ohne Krieg. Und es ist ferner sehr wahrscheinlich, daß Frankreich, wenn es einsehen muß, daß man so ihm zuvorgekommen ist, verzichten wird auf seinen Plan den Prätendenten zu unterstützen. Aber nach meiner Ansicht thut Eile Noth. Es wäre gut, wenn der Prinz aufbräche, bevor der nach Hannover als Gesandter bestimmte Lord Paget dorthin kommt."[2])

Von Wien aus meldete Leibniz an die Kurfürstin Sophie, daß der Prinz Eugen mit Eifer für die Sendung des Kurprinzen stimme.[3])

Alle Briefe und Berichte jener Tage spiegeln die Spannung und Erwartung wieder, mit welcher man von heute auf morgen den Entschlüssen in Hannover entgegen sah. Denn, obwohl der Hof in London sehr bald durchschaut hatte, daß der Kurfürst direct in der Sache nicht betheiligt war: so schwebte er doch in Unruhe und Sorge, ob der Kurfürst nicht die Stimmung in England sich zu nutze machen werde. Dem Parlamente ward officiell keine Mittheilung gemacht, damit, wie angenommen wurde, nicht daraus der Anlaß zu einer Adresse erwachse. Andererseits ward von Seiten des Parlamentes Schweigen beobachtet, aus Respect, wie es hieß, vor der Königin.[4]) Der Beschluß, den Lord Paget nach Hannover zu senden, war von dem Cabinet der Königin im ersten Eifer gefaßt. Es überwog dann der Gedanke, daß es richtiger sei zuvor den Bericht des Thomas Harley aus Hannover über die dort gefaßten Beschlüsse abzuwarten.[5])

Am 3./14. Mai waren volle drei Wochen verflossen, seitdem der Gesandte Schütz die Forderung des Writ gestellt, und in London noch keine Nachricht darüber aus Hannover. Am Abend dieses Tages lief

[1]) Hoffmanns Bericht vom 10. Mai.
[2]) Macpherson's Original papers vol. II, p. 605.
[3]) Die Werke von Leibniz Bd. IX, S. 450.
[4]) Hoffmanns Bericht vom 11. Mai.
[5]) Desgleichen vom 15. Mai.

eine Post ein. Sie überbrachte von Harley die Abschrift eines Handschreibens, welches der Kurfürst ihm für die Königin übergeben, so wie eine Denkschrift im Namen der Kurfürstin Sophie und des Kurfürsten, beide Schriftstücke in Antwort auf dasjenige der Königin vom 8./19. Januar. Beide Schriftstücke trugen das Datum des 7. Mai (n. St.). Das Handschreiben lautet wie folgt.[1])

„Madame. Das Schreiben vom 8./19. Januar, dessen Ueberbringung Ew. Majestät dem Herrn Harley anvertraut, habe ich mit vollster Dankbarkeit empfangen. Nichts konnte verbindlicher für mich sein als die darin enthaltenen Versicherungen der fortgesetzten Sorgfalt, welche Ew. Majestät der Befestigung der protestantischen Thronfolge widmen. Denn diese ist ja das einzige Mittel zur Sicherung dessen, was am meisten auf der Welt Ihnen am Herzen liegt, der Religion und des inneren Friedens Ihrer Königreiche."

„Ich glaube solchen großen Beweisen Ihrer Güte nicht besser entsprechen zu können, als durch die Uebergabe einer Denkschrift an den Herrn Harley, aus welchem Ew. Majestät ersehen werden, was mir bei der gegenwärtigen Weltlage als nothwendig erscheint, um Ihre königliche Person, Ihre Königreiche und die gesetzliche Succession in Sicherheit zu stellen. Da für eine Königin, welche so ausgezeichnet da steht durch ihre Frömmigkeit und die Liebe zu ihren Unterthanen, kein anderes Interesse in gleicher Weise die Sorgfalt in Anspruch nimmt, so darf ich nicht zweifeln, daß Ew. Majestät dieser Schrift eben so viele Aufmerksamkeit widmen werden, wie ich Vertrauen habe in Ihre Einsicht und Güte. Ich verbleibe wie immer mit großem Respecte Ew. Majestät ergebenster und gehorsamster Diener

Georg Ludwig, Kurfürst."

In diesem Handschreiben war also der Forderung des Writ so wie des Gesandten Schütz mit keinem Worte gedacht.

Die begleitende Denkschrift lautet wie folgt.[2])

„Ihre kurfürstlichen Hoheiten haben mit tiefster Dankbarkeit den neuen Beweis der Güte empfangen, welchen die Königin ihnen gegeben

---

[1]) Anlage III.

[2]) Anlage IV.

durch den Auftrag an Herrn Harley, zu erfragen, welche Wünsche sie hätten für die weitere Befestigung der protestantischen Thronfolge in ihrem Hause, so wie durch die hinzugefügten verbindlichen Zusicherungen, daß Ihre britannische Majestät die Wünsche Ihrer kurfürstlichen Hoheiten in dieser Beziehung mit Vergnügen gewähren würden."

„Im Vertrauen darauf nehmen Ihre kurfürstlichen Hoheiten die Freiheit, Ihrer Majestät die Nothwendigkeit vorzustellen, daß der Prätendent verpflichtet werde, sich nach Italien zurückzuziehen, so wie auf die Gefahr hinzuweisen, die aus seinem längeren Aufenthalte in Lothringen erwachsen könnte, sowohl für die Königreiche Ihrer Majestät als für Ihre königliche Person und die protestantische Succession."

„Man kann Ihrer Majestät nicht mehr verpflichtet sein als es in Betreff der bisher schon von ihr so wohlwollend gemachten Schritte für die Entfernung des Prätendenten Ihre kurfürstliche Hoheiten sind. Und wie das gegenwärtige Parlament eben so wohl wie das frühere die Ueberzeugung ausgesprochen, daß die Sicherheit der Nation und diejenige der Succession daran hafte, und wie dies auch die Meinung Ihrer kurfürstlichen Hoheiten ist: so bitten sie Ihre Majestät, die wirksamsten Maßregeln zur Erreichung eines so heilsamen Zieles zu ergreifen, dies um so mehr, da die Anhänger des Prätendenten mit der äußersten Zuversicht verkünden, daß er sich von Stund an zu einer Landung im Norden von Groß-Britannien vorbereite, während jene Gegend weder durch eine Flotte noch durch Truppen geschützt ist. Dies wird bestätigt durch verschiedene Nachrichten von Personen, die sich in jüngster Zeit in Bar-le-Duc aufgehalten und dort Antheil an dem Vertrauen des Prätendenten gehabt haben, und welche versichern, daß er sich zur Ausführung seines Unternehmens sehr bald auf den Weg begeben wird und dabei auf eine mächtige fremde Hülfe rechnet."

„Da also der Stand der Dinge ein gefährlicher ist, so hoffen Ihre kurfürstlichen Hoheiten, Ihre Majestät werde ihnen beistimmen, daß es für die Sicherheit ihrer königlichen Person, für diejenige ihrer Königreiche und der protestantischen Succession nothwendig ist, in Groß-Britannien ein Mitglied des kurfürstlichen Hauses zu etabliren, welches über so wichtige Interessen wachen und durch seine Treue und unerschütterliche Anhänglichkeit an die königliche Person Ihrer Majestät beweisen würde, wie sehr Ihre kurfürstlichen Hoheiten von Respect und

Dankbarkeit für sie erfüllt sind. Die Zeit scheint gekommen, wo die Sicherheit der gemeinsamen Interessen nur noch im gegenseitigen Vertrauen gefunden werden kann, so wie in Maßregeln, die in voller Uebereinstimmung getroffen werden, und wo Ihre kurfürstlichen Hoheiten, wie sie die Sicherheit ihrer Anrechte auf die Succession nur von der Fortdauer der Güte Ihrer Majestät erwarten, ihrerseits, so viel es in ihrem Vermögen steht, bereitwillig sind beizutragen, um die Plane derjenigen zu vereiteln, welche darauf ausgehen, die Ruhe und das Glück der ruhmvollen Regierung Ihrer Majestät zu stören."

„Ihre kurfürstlichen Hoheiten nehmen sich ferner die Freiheit, die Vorstellungen zu erneuern, welche sie seit nahe zwei Jahren bei Ihrer Majestät und Ihren Ministern gemacht haben, daß für Ihre kurfürstliche Hoheit die Kurfürstin durch eine Parlaments-Acte ein Jahrgeld festgestellt werde, wie es für den nächsten Erben der Krone das Herkommen mit sich bringt. Ihre kurfürstlichen Hoheiten haben, so lange die Nation mit den Kriegesausgaben belastet war, in dieser Beziehung keinen Anspruch geltend machen wollen; aber nachdem diese Ausgaben aufgehört haben, und nunmehr in Folge des Friedens alles auf einen festen und soliden Fuß gestellt werden muß, geben sie sich der Hoffnung hin, daß, noch während der gegenwärtigen Session des Parlamentes, Ihre Majestät die Güte haben wird, ihnen eine Sache zu verschaffen, die an sich gerecht, zugleich eine so natürliche Folge alles dessen ist, was die Königin bisher zu ihren Gunsten gethan hat."

„Ihre kurfürstlichen Hoheiten hoffen ferner, daß Ihre Majestät geneigt sein wird, den protestantischen Prinzen des kurfürstlichen Hauses, die noch keine englischen Titel besitzen, solche zu gewähren, wie sie den Prinzen vom Geblüte von Groß-Britannien zustehen."

„Geschehen zu Hannover, 7. Mai 1714."

(Siegel des Kurfürsten.) (Siegel der Kurfürstin.)

Auch diese Denkschrift erwähnte also mit keinem Worte einer Forderung des Writ, machte vielmehr die Frage der Ueberkunft irgend eines Mitgliedes des kurfürstlichen Hauses durchaus von dem Willen der Königin abhängig.

Die Kunde dieser zwei Schriftstücke war am 7./18. Mai in London,[1]) nicht jedoch diejenige eines Entschlusses des Kurfürsten in der Angelegenheit des Writ. Man wußte aber auch, daß bereits vor der Aushändigung der zwei Schriftstücke an Harley die Couriere mit der Meldung über das Writ in Hannover eingetroffen waren.[2]) Demnach hatte der Kurfürst sich nicht veranlaßt gesehen, aus sich selber sich darüber auszusprechen.

Am Tage nach dem Empfange jener zwei Schriftstücke aber meldete sich der Gesandte Harley in Hannover zur Audienz, um, gemäß seinem Auftrage, über die Forderung des Writ bei dem Lord-Canzler ohne Vorwissen der Königin Beschwerde zu führen. Er erhielt von dem Kurfürsten die Antwort, daß die Forderung des Writ nicht auf seinen Befehl, und ohne sein Vorwissen geschehen sei, und daß er sich nimmer in den Sinn kommen lassen werde, ohne Wissen und Wollen der Königin seinen Sohn nach England zu senden.[3]) — Wie ernstlich das gemeint war, zeigt uns Späteren der am selben Tage ausgefertigte Verweis für den in Hannover noch nicht eingetroffenen Gesandten Schütz, mit den Worten: „Uns gereicht Solches und daß Ihr bei dieser Gelegenheit Unserer Frau Mutter Namen gebraucht, zu besonderem Misfallen und Befremdung.“[4])

Bevor jene Meldung Harleys über die Nicht-Betheiligung des Kurfürsten an der Forderung des Writ in London eintraf, schrieb der General Cadogan an Bothmar im Haag: „Ich halte es für meine Pflicht, mit den stärksten Ausdrücken, die mir zu Gebote stehen, Ihnen vorzustellen, daß, im Falle der Nicht-Sendung des Kurprinzen, die Succession unvermeidlich verloren ist.“

„Die Gründe für die Herüberkunft wachsen täglich an Zahl und Gewicht. Alle Tories, mit Ausnahme derer, welche unbedingt den Ministern ergeben sind, wünschen sie nicht minder eifrig als die Whigs. Wir haben Grund zur Besorgnis, daß, im Falle des Verzichtes auf den Entschluß, den Prinzen zu senden, unsere neuen Freunde, Lord

[1]) Im Berichte vom 18. Mai theilt Hoffmann sie im Auszuge mit.

[2]) Derselbe Bericht.

[3]) Desgleichen vom 22. Mai.

[4]) In der Zeitschrift des historischen Vereines für Niedersachsen. Jahrgang 1883. S. 51.

Angleſea, der Erzbiſchof von York, der Sprecher des Unterhauſes, mit ihrem ganzen Anhange uns verlaſſen werden. Denn ſie betrachten die Herüberkunft als das einzige Mittel, und deuten an, daß, wenn dieſelbe nicht erfolgt, ſie andere Entſchlüſſe faſſen werden.“ [1])

Cadogan fügt hinzu: „Die Jacobiten vermögen nicht ihre Beſorgnis vor dieſer Herüberkunft zu verhehlen, welche ſie als den Todesſtreich für ihre Wünſche anſehen.“

Gegenüber dieſer Anſicht Cadogans ſind jedoch auch die Meinungen von jacobitiſcher Seite zu hören.

Sofort auf die Forderung des Writ deutet Bolingbroke dem Lord Strafford im Haag, der nicht im jacobitiſchen Einverſtändniſſe war, den Plan ſeines Verhaltens an mit den Worten: „Bei einem ſolchen Verfahren handelt es ſich nicht mehr um den Streit zwiſchen dem Hauſe Hannover und dem Prätendenten, ſondern die Königin ſelber wird zur Partei. Das ſind keine Freunde der proteſtantiſchen Succeſſion, welche Rathſchläge angeben, die die Königin zwingen, Partei zu werden. Ob der Herzog von Cambridge kommen wird, nachdem nun das Writ überliefert iſt, oder ob es nur in der Hoffnung auf eine abſchlägige Antwort verlangt wurde, weiß ich nicht: aber ſicherlich iſt eine Herüberkunft mit einem Angeſichte des Trotzes gegen die Königin, und mit der Hülfe einer Partei, ein durchaus unnöthiger Weiſe verzweifelter Entſchluß und der unklugſte, der jemals gefaßt worden iſt. Die Maſſe der Nation wird feſthalten an ihren Eidſchwüren; aber ſie wird, unter denſelben, in erſter Linie hochhalten denjenigen der Huldigung für die Königin.“ [2])

Der Jacobit Lockhart berichtet über die Zeit der Ungewisheit des Entſchluſſes in Hannover wie folgt.[3])

„Einige wohlgeſinnte Leute waren über dies Project der Ueberkunft des Kurprinzen ſehr beunruhigt; Andere dagegen waren darüber erfreut und es that ihnen leid, daß es nicht ausgeführt wurde. Denn da es für ſicher galt, daß die Königin dieſe Ueberkunft nicht leiden, und demnach der Prinz und ſeine Freunde wahrſcheinlich zu Maßregeln

---

[1]) Macpherson's Original papers vol. II, p. 615.

[2]) Bolingbroke's letters vol. IV, p. 512. Vom 23. April/4. Mai.

[3]) Lockhart Papers vol. I, p. 465.

der Gewalt greifen würden, so würde der offene Bruch zwischen der Königin und jener Familie die Folge gewesen sein. Und da man nicht zu besorgen hatte, daß die Macht der Königin nicht ausreichen würde, die Gegner zu überwältigen, so war es gleicher Weise mehr als wahrscheinlich, daß sie sich offen für ihren Bruder erklärt, ihn zu Hülfe gerufen und dadurch seine Herstellung beschleunigt und gesichert haben würde."

Der pfälzische Resident Steingens meldet dem General Schulenburg: „Ich kann Ihnen versichern, daß, ungeachtet aller schönen Versprechungen der Whig-Partei, das Parlament für den Unterhalt des Prinzen, wenn er wider den Willen der Königin gekommen wäre, niemals auch nur Einen Pfennig bewilligt hätte, und kann Ihnen ferner sagen, aus dem Munde gewichtiger Personen vernommen zu haben, daß, wenn der Prinz in dieser Weise gekommen wäre, der Prätendent ihm nur auf dem Fuße hätte zu folgen brauchen, um für sich alle diejenige Willigkeit zu finden, welche der Verdruß und der Zorn eines insultirten Hofes und seiner Partei einflößen können."[1])

Die Meinungen beiderseits hatten die Probe der That nicht zu bestehen.

Die Nachrichten, die von Harley in Hannover her am 19. Mai in London eingetroffen, lauteten positiv in Betreff der Nicht-Betheiligung des Kurfürsten an der Forderung des Writ. Nur in Betreff der Kurfürstin Sophie, auf deren Befehl Schütz sich berufen, konnte noch einiger Zweifel bleiben. Wir werden später sehen, wie auch dieser sich löste.

Die Minister hielten, wie zu erwarten, diese Nachrichten nicht geheim. Die Whigs und mit ihnen diejenigen Tories, welche die Herüberkunft des Kurprinzen mit Sicherheit erwartet hatten, waren sehr überrascht und betroffen. Es ward ihnen schwer zu glauben, daß der Kurfürst, der doch gewußt habe, daß Schütz unterwegs sei, vor der Ankunft desselben sich so entschieden geäußert haben solle. Eben darum ließen sie noch nicht alle Hoffnung fahren. Wenn erst Schütz angelangt, wenn er dem Kurfürsten vorgetragen, was er schriftlich

[1]) Die Werke von Leibniz Bd. IX, S. 477. Vom 25. Mai/5. Juni.

und mündlich zu überbringen habe: so werde dennoch der Kurfürst sich anders entscheiden.[1])

„Wenn aber dies nicht geschehe, äußerten sich die Whigs, so seien auch sie nicht gesonnen, sich länger bloß zu stellen und zu opfern für einen Hof, der bis dahin in nichts sie unterstützt habe, und der sogar den einzigen Schritt, den er endlich in der Successions-Sache gethan, zu behaupten sich nicht getraue."[2])

Die Worte sind von besonderer Wichtigkeit gegenüber der damals und später oft wiederholten Behauptung Bolingbrokes, die nicht ohne Einfluß auf die englische Geschichtschreibung geblieben ist, daß der Kurfürst unter dem Einflusse der Whigs gehandelt, oder gar, wie er einmal sich ausdrückt, sich zum Parteihaupte derselben gemacht habe.[3])

Nach jenen Aeußerungen scheinen in London Viele noch gemeint zu haben, daß der Schritt, den Schütz am 23. April gethan, dem Hofe von Hannover zuzuschreiben sei. Anderen lag der Hergang bereits offener vor. Ein unbetheiligter Zeuge, der kaiserliche Resident Hoffmann, sagt weiter, am 22. Mai: „Für Viele ist die Erklärung des Kurfürsten ganz zweifellos. Denn man weiß jetzt, daß Schütz zu der Forderung des Writ vom Kurfürsten keinen Befehl gehabt, sondern lediglich von der Kurfürstin-Witwe; oder vielmehr, es wird eigentlich geglaubt, Schütz habe nur den Auftrag gehabt, den Lord-Canzler zu fragen, warum er, bei der Eröffnung dieses neuen Parlamentes, den Herzog von Cambridge nicht eben so wohl aufgefordert habe zu erscheinen, wie alle anderen Pairs des Reiches. Schütz hat diesen Befehl einigen der vornehmsten Whigs gezeigt. Diese haben ihm gerathen, keine Umwege zu machen, sondern das Writ direct zu begehren, in der Zuversicht, daß, wenn einmal dieser Schritt gethan, der Kurfürst, möchte es geschehen sein mit oder ohne sein Wissen, sich nicht entübrigen können würde, ihn zu behaupten."[4])

Inzwischen verlautete in London die Nachricht, daß Schütz in Hannover eingetroffen sei. Die Spannung stieg aufs neue. Hinter

---

[1]) Hoffmanns Bericht vom 22. Mai.

[2]) So wörtlich Hoffmann im Berichte vom 22. Mai.

[3]) Vergl. Bolingbroke's letters vol. II, p. 210. — Works vol. I, p. 26; vol. III, p. 135.

[4]) Hoffmanns Bericht vom 22. Mai.

die anscheinende Sicherheit des Hofes von St. James barg sich abermals die Sorge und die Furcht. Lord Paget reiste nicht ab. Er sprach offen aus, daß er keine Mission auf sich nehmen wolle, die dem Hause Hannover missfällig oder dem Interesse der Succession zuwider sei.[1]) Die Coalitions-Partei vom 2./13. April hielt an ihrer Hoffnung fest. Der nächste Posttag war der 13./24. Mai. Er brachte Briefe aus Hannover für den Staats-Secretär Bromley. Sie meldeten, daß Schütz nach seiner Ankunft in Hannover nicht vorgelassen sei, daß der Kurfürst seinem eigenmächtigen Gesandten die erbetene Audienz abgeschlagen habe. Bromley beeilte sich diese Nachricht zu verkünden. Sie erregte diejenigen, die an dem Rathe für Schütz Theil genommen, in sehr lebhafter Weise. „Wenn der Kurfürst, rief der Herzog von Argyle aus, in solcher Weise uns stecken läßt, wenn er sich weigert eine Gelegenheit zu erfassen, die so günstig ist, so leicht, unseren Gesetzen so sehr entsprechend, wenn er nach Allem, was wir für ihn gethan, so uns opfert, uns der Wuth unserer Feinde preis gibt: so haben wir keine andere Zuflucht mehr als den Sprung auf die entgegengesetzte Seite: nämlich den Prätendenten einzuladen, herüber zu kommen auf erträgliche Bedingungen und ohne eine französische Armee."[2])

Aehnlich sprachen Andere sich aus. Indessen zwischen den Aeußerungen leidenschaftlicher Erregung und dem Vollzuge des Sprunges behauptet, der Regel nach, die Ueberlegung ihr Recht. Viele auch vermochten noch nicht den Glauben zu fassen. Sie bezeichneten die Nachrichten Bromleys als Fiction.[3]) Erst die nächste Post, am 28. Mai, welche die Briefe aus Hannover vom 22. Mai einliefern werde, könne eine Entscheidung bringen. Falle dieselbe nicht günstig aus, dann allerdings sei alles verloren.[4])

Die ersehnte Post traf ein am 28. Mai. Sie brachte aus Hannover keine neue Nachricht. Mithin gewannen diejenigen Bromleys an Wahrscheinlichkeit.

Dagegen brachte diese Post vom 28. Mai ein Schreiben aus dem Haag, von Lord Strafford, an die Königin.

---

[1]) Hoffmanns Bericht vom 25. Mai.

[2]) Macpherson's Original papers vol. II, p. 618.

[3]) A. a. O.

[4]) Hoffmanns Bericht vom 29. Mai.

Auf die Kunde der Forderung des Writ hatte sich nämlich Strafford, mit welchem die alte Kurfürstin eine dauernde Correspondenz unterhielt, an sie selber mit der Bitte gewendet, das Verfahren von Schütz nicht gut zu heißen.[1]) Es geschah am 4. Mai. Er legte der Kurfürstin so ausführlich und aufrichtig seine Ansicht dar, ohne jeglichen Vorwurf für sie, daß sie sich entschloß, diesen ihr persönlich anhänglichen Tory über die Sachlage aufzuklären. Der von dem Herrn von Schütz geschehene Schritt, erwiederte die Kurfürstin, thue ihr um so mehr leid, weil sie unschuldiger Weise dazu Ursache gegeben habe. Sie habe ihm nämlich, ohne alle weitere Absicht, nur den Auftrag ertheilt, den Lord-Canzler zu fragen, warum er nicht auch dem Kurprinzen das Writ eben so zugestellt wie den anderen Pairs. Sie habe dabei nicht im geringsten voraussehen können, daß Schütz von diesem ihrem Befehle einen solchen Gebrauch machen und dadurch der Königin zu einem so großen Misfallen Anlaß geben werde. Denn weder ihr, noch dem Kurfürsten, sei es jemals in den Sinn gekommen, den Kurprinzen ohne die Genehmigung der Königin hinüber senden zu wollen.[2])

Auch dieser Brief ward in London nicht geheim gehalten. Der kaiserliche Resident Hoffmann schließt seine Meldung darüber mit den Worten: „Welches auch ist, wie sich die Sache in der That befindet."

Jeder vorher etwa noch mögliche Zweifel an der Loyalität der Kurfürstin Sophie, an ihrer Nicht-Einmischung in britische Angelegenheiten, ohne Vorwissen der Königin, war durch diesen Brief gelöst. Ihre Uebereinstimmung mit dem Kurfürsten war dargethan. Die Angelegenheit des Writ war erledigt.

Nachdem nunmehr der Verlauf der ganzen Angelegenheit offen vorlag, meldet der kaiserliche Resident Hoffmann, am 8. Juni: „Es ist nicht zu beschreiben, wie sehr die Whigs, besonders diejenigen, welche in der Schützischen Sache die Hand gehabt, über den Kurfürsten von Braunschweig-Lüneburg darum misvergnügt sind, daß er nicht einmal die Rücksicht für sie gehabt, den Freiherrn von Schütz vor sich kommen zu lassen, um von ihm zu vernehmen, was er in ihrem Namen vorzubringen habe. Sie verwundern sich auch nicht wenig, daß der

---

[1]) Das Schreiben bei Macpherson's Original papers vol. II, p. 600.

[2]) Hoffmanns Bericht vom 1. Juni.

Kurfürſt, nachdem er ſich auf die Sendung des Kurprinzen nicht hat einlaſſen wollen, ſich nicht wenigſtens daraus bei der Königin ein Verdienſt gemacht hat, welcher ja doch dieſe Zurückhaltung höchſt wohlgefällig hätte ſein müſſen. Der Kurfürſt habe alſo, ſagen ſie, durch ſein andauerndes Schweigen weder den Hof, noch die Whigs ſich verpflichtet."

In der Wirklichkeit hatte aber doch der Kurfürſt nur ſein ſo oft ausgeſprochenes, und dennoch von ſo wenigen Zeitgenoſſen in England gewürdigtes Princip bethätigt, ſich in engliſche Angelegenheiten überhaupt gar nicht, weder nach rechts, noch nach links, einmiſchen zu wollen.

Dagegen haben wir vernommen, daß er auf die Fragen, welche die Königin ihm durch ihren Geſandten Harley geſtellt, ſeine Antworten gegeben hatte.

Die drei Briefe der Königin und der Tod der Kurfürſtin.

Die Angelegenheit des Writ war durch die Behandlung, die der Kurfürſt ſeinem Geſandten Schütz hatte widerfahren laſſen, ſo wie durch die Worte der Kurfürſtin Sophie an Strafford ſo gut wie erledigt; aber vor der Königin Anna lag das Handſchreiben des Kurfürſten, in Antwort auf dasjenige der Königin vom 8./19. Januar, ſo wie die im Namen beider kurfürſtlichen Hoheiten ausgeſtellte Denkſchrift. Die Schriftſtücke waren ſpäteſtens am 7./18. Mai zur Kenntnis der Königin gekommen; denn von dieſem Tage iſt der Auszug datirt, den der kaiſerliche Reſident Hoffmann ſich von der Denkſchrift gemacht und nach Wien eingeſendet hatte.

Es fragt ſich zunächſt, mit welchem ihrer Miniſter die Königin darüber zu Rathe ging.

Im April hatte die Furcht der Königin vor den Whigs den Treaſurer Oxford bei ihr noch aufrecht gehalten. Zu der jacobitiſchen Einwirkung auf ſie, wie wir ſie von Berwick vernommen haben, kam dann die Stellung ihrer Miniſter zu der Angelegenheit des Writ. In der erſten Zeit, wo man den eigentlichen Sachverhalt nicht kannte, ward erzählt, daß Oxford bei der Königin wieder völlig in Gnaden ſtehe, weil er ſie zu überreden gewußt, daß das heftige Auftreten

Bolingbrokes den Kurfürsten zu der Forderung bewogen habe.[1]) Dies hielt nicht vor. Reichlich vierzehn Tage später berichtet Cadogan an Bothmar: „Die Differenzen zwischen Oxford und Bolingbroke sind heftiger als je zuvor. Ihre gemeinsamen Freunde versöhnen sie für einen oder zwei Tage; aber dann bricht der Zank aufs neue aus. Die beiderseitigen Anhänger geben vor, daß je ihr Haupt das Vertrauen und die Gunst der Königin besitzt; aber es ist unmöglich etwas Positives darüber zu sagen; denn in der letzten Zeit hat sich dies Spiel am Hofe so oft gedreht wie der Wind. Thatsache ist, daß diese zwei Minister offen dahin trachten einander zu stürzen, und da unter den Anhängern derselbe Zwiespalt herrscht wie unter den Häuptern, so ist es ganz gewis, daß, wenn der Kurprinz kommt, sie alle beide bald fallen werden. Ich darf hinzufügen, daß im Grunde der Treasurer dies Kommen nicht sehr übel nehmen würde, obwohl er das Gegentheil sagen muß, aus Furcht der Königin zu misfallen. Denn diese kann von der Ueberkunft des Prinzen nicht reden hören, ohne in leidenschaftliche Erregung zu gerathen, und dies desto mehr, je klarer sie wahrnimmt, daß die Nation dieselbe lebhaft wünscht."

„Was ich Ihnen hier von den wirklichen Gesinnungen des Treasurers schreibe, rührt von seinem Bruder her, der sich dem General Erle darüber ausgesprochen, von welchem ich es habe. Zugleich hat der Treasurer, seitdem sein Credit bei Hofe sinkt, mit den Whigs angesponnen. Sie haben ihm geantwortet, daß, wenn er für die Ueberkunft des Kurprinzen, überhaupt für die hannöversche Succession arbeiten wolle, sie nicht bloß das Vergangene vergessen, sondern auch sich bemühen werden, ihn im Amte und Stellung zu erhalten."[2])

Bei der Abneigung der Königin gegen das Haus Hannover mußte derjenige der zwei Rivale, der auf diese Stimmung rechnete und sie anzufachen trachtete, die Oberhand behalten über denjenigen, welcher, direct und indirect, sich bemühete, in Hannover als guter Freund angesehen zu werden. Gegen Ende des Monates Mai (a. St.) war es offenkundig, daß Einer von den Zweien weichen müsse. „Zwischen

---

[1]) Kreyenbergs Bericht vom 8. Mai, in Macpherson's Original papers vol. II, p. 612. — Hoffmanns Bericht vom selben Tage.

[2]) Macpherson's Original papers vol. II, p. 620.

Oxford und Bolingbroke, meldet Hoffmann, ist es dahin gekommen, daß der Eine oder der Andere entlassen werden muß. Trifft es den Ersten, so kann es wegen der Geldangelegenheiten nicht vor dem Ende des Parlamentes geschehen; mit dem Anderen wäre es eher möglich, wenn gleich auch nicht ohne Schwierigkeit. Die Whigs wünschen, daß zuerst Bolingbroke fallen möge, weil er geradezu für Frankreich und den Prinzen von Wales gesinnt sei, dessen man Oxford nicht im Verdachte hat."[1])

Bereits zwei Tage zuvor waren die Dinge weiter gekommen, als die draußen Stehenden erkannten. Und zwar hatten sie sich weiter entwickelt an jener Denkschrift des Kurfürsten und der Kurfürstin vom 7. Mai.

Der Kurfürst hatte den Verstoß seines Gesandten in der Forderung des Writ gegen die der Königin gebührende Rücksicht misbilligt, in Betreff der Form ihn öffentlich desavouirt; aber die Denkschrift vom 7. Mai enthielt in den höflichsten und rücksichtsvollsten Ausdrücken nicht bloß Eine Forderung, sondern eine Reihe derselben. Das kurfürstliche Haus verlangte, daß der Prätendent in Lothringen nicht bleiben dürfe. Aber diesen Aufenthalt hatte er gewählt auf den eigenen Wink der Königin. Die Kurfürstin als präsumtive Thronerbin verlangte eine Dotation. Aber die Königin hatte auf die erste Denkschrift, welche zu diesem Zwecke reichlich ein Jahr zuvor der Gesandte Grote eingereicht, nicht einmal eine schriftliche Antwort ertheilen lassen. Sie hatte auszuweichen gesucht durch das mündliche Angebot ihres Gesandten Harley, aus ihren Mitteln der Kurfürstin ein Jahrgeld zu zahlen. Das Angebot war abgelehnt mit dem Hinweise auf das eigene Verhalten der Königin als Prinzessin.

Dazu kam dann noch die dritte Forderung, die unangenehmste von allen, diejenige der Residenz eines Mitgliedes des kurfürstlichen Hauses in England.

Die Forderungen dieser Denkschrift traten an die Königin heran offen und gerade, und doch dabei in den höflichsten Ausdrücken. Sie gingen nicht aus von einer Initiative des Hauses Hannover, sondern waren hervorgerufen durch die Frage und das Erbieten der Königin,

---

[1]) Hoffmanns Bericht vom 1. Juni.

vom 8./19. Januar. Wir haben gesehen, wie Bolingbroke sich diese Fragen ausgedacht, in der unverkennbaren Absicht, darüber zum Bruche mit Hannover zu gelangen. Die Antworten boten zum Bruche keinen Anlaß. Sie stellten dagegen die Königin vor die Entscheidung, verlangten von ihr, anstatt der bisherigen Worte, Realitäten, die über die Aufrichtigkeit ihres Willens in der Angelegenheit der Succession keinen Zweifel mehr belassen würden.

Die Denkschrift des Hauses Hannover vom 7. Mai lag der Königin Anna im Wege wie ein schwerer Stein des Anstoßes. Es war für sie sehr wünschenswerth, demselben ausweichen zu können.

Ihr Berather Bolingbroke meinte dafür einen Weg zu finden. Der Gesandte Thomas Harley hatte in Hannover das Handschreiben und die Denkschrift in Empfang genommen. Er hatte eine Abschrift eingeschickt, die vor dem 7./18. Mai in London eingetroffen war. Er war dann mit seinem ganzen Gefolge von Hannover aus zur Rückkehr aufgebrochen, nicht zur Zufriedenheit Bolingbrokes, der ausdrücklich an Strafford meldet, daß er die Gründe dieser Eile nicht kenne.[1]) Aber Harley war bis Ende Mai noch nicht in London angekommen, hatte also der Königin das kurfürstliche Handschreiben und die Denkschrift vom 7. Mai im Originale noch nicht übergeben. Bis dieses geschah, war die Regierung der Königin Anna formell nicht verpflichtet, eine Kunde dieser Denkschrift zu haben.

Bolingbroke legte also der Königin den Plan vor, drei Handschreiben nach Hannover zu richten, an die Kurfürstin, an den Kurfürsten, an den Kurprinzen, die sämmtlich, ohne jener Denkschrift zu gedenken, im geraden Gegensatze mit derselben stehen sollten.

Es ist besonders merkwürdig wie Bolingbroke, während er diesen Plan entwarf, sich nach einer anderen Seite äußerte. Am 17./28. Mai war das Schreiben Straffords eingegangen, welchem er dasjenige der Kurfürstin Sophie an ihn beigelegt, mit dem Ausdrucke des Leidwesens der alten Fürstin, daß sie unabsichtlich den Anlaß gegeben, die Königin zu kränken. Bolingbroke antwortete auf das Schreiben Straffords sofort mit den Worten: „Es ist mir herzlich lieb, von Ew. Lordschaft zu vernehmen, daß zur Zeit nicht mehr daran gedacht wird, den

[1]) Bolingbroke's letters vol. IV, p. 534.

Herzog von Cambridge herüber zu ſenden, und ich bin darüber froh, weil ich der proteſtantiſchen Succeſſion wohl will. Parteien mögen ihre Rechnung finden in einem Zwieſpalte zwiſchen der Königin und dem Hauſe Hannover; aber ſicherlich iſt es das offenbare Intereſſe dieſes Hauſes, mit der Königin gut zu ſtehen, und, nach ihrem Tode, den Thron zu beſteigen unter der Mitwirkung der geſammten Nation, und nicht durch eine beſondere Geſellſchaft dazu befördert zu werden."[1]) Bolingbroke fügt weiter eine Reihe Betheuerungen gegen den Verdacht einer jacobitiſchen Geſinnung bei ihm hinzu.

Nachdem Bolingbroke ſich in dieſer Art zu dem Lord Strafford ausgeſprochen, deſſen perſönliche Beziehungen nach Hannover hin ihm bekannt waren, legte er, am nächſten Tage, der Königin die drei Briefe an die Mitglieder des kurfürſtlichen Hauſes vor. Sie unterzeichnete. Derjenige an den Kurprinzen, Herzog von Cambridge, lautet wie folgt.

„Mein Vetter. Nachdem ein Unglücksfall in der Familie des Lords Paget ihn gehindert, ſeine Abreiſe ſo ſehr zu beſchleunigen, wie er gewünſcht hätte, kann ich nicht länger zaudern Ihnen meine Meinung kund zu thun über das von Ihnen entworfene Project, ſich in meine Staaten zu begeben. Da mir zuerſt ein ſolcher Plan hätte mitgetheilt werden müſſen, ſo ſchmeichele ich mir, daß Sie ihn nicht ausführen werden, ohne meine Meinung zu vernehmen. Wie immer dem ſei, ich weiß was ich meiner Würde ſchuldig bin, ſo wie der Zuneigung, die ich für das kurfürſtliche Haus hege, dem Sie entſtammen, und endlich meinem Wunſche, daß dasſelbe die Succeſſion nach mir erlange. Dieſe Verpflichtung legt mir auf Ihnen zu ſagen, daß für die Ruhe meiner Unterthanen und dem Rechte der Succeſſion in Ihrer Familie nichts nachtheiliger und folglich bei der gegenwärtigen Lage der Dinge nichts mir weniger angenehm ſein kann als ein ſolches Vorgehen. Ich bin mit vieler Zuneigung" u. ſ. w.

Das Schreiben an den Kurfürſten lautet wie folgt.[2])

---

[1]) Bolingbroke's letters vol. IV, p. 530. Vom 18./29. Mai.

[2]) Dies Schreiben, welches damals nicht wie die zwei anderen, zur öffentlichen Kunde gelangte, findet ſich in engliſcher Ueberſetzung bei Macpherson's Original papers vol. II, p. 621.

„Herr Bruder. Da das Gerücht sich mehrt, daß mein Vetter, der Kurprinz, beschlossen hat hierher zu kommen, um, bei meinen Lebzeiten, in meinem Königreiche sich niederzulassen, so halte ich es nicht für rathsam einen Augenblick zu verlieren, um Ihnen über eine Sache von dieser Wichtigkeit zu schreiben und meine Ansichten mitzutheilen."

„Ich gestehe Ihnen also ganz offen nicht fassen zu können, daß ein Fürst von einer solchen Einsicht und solchem Scharfblicke wie Ew. kurfürstliche Hoheit, jemals zu einem derartigen Versuche mitzuwirken vermöchte. Ich halte Sie für zu gerecht um zu gestatten, daß in mein Souveränetäts-Recht ein Eingriff geschieht, den Sie in Betreff Ihres eigenen nicht zulassen würden. Ich bin fest überzeugt, daß Sie nicht die geringste Schmälerung Ihrer Autorität dulden würden: ich meinerseits bin in dieser Beziehung nicht weniger feinfühlend, und, wie unheilvoll auch die Consequenzen sein mögen, ich bin entschlossen, einem Projecte, welches meiner königlichen Autorität zuwider, entgegen zu treten."

„Ew. kurfürstliche Hoheit sind zu gerecht, um mir das Zeugnis zu versagen, daß ich, bei allen Gelegenheiten, Beweise meines Wunsches gegeben habe, daß Ihr Haus an meinen Kronen succediren möge. Ich empfehle jederzeit meinem Volke diese Succession als den sichersten Pfeiler der Religion und der Gesetze des Königreiches. Ich wende alle meine Sorgfalt dahin, daß nichts vermögen soll, diese Eindrücke aus den Herzen meiner Unterthanen auszutilgen. Allein eine Verringerung der Würde und der Prärogative der souveränen Persönlichkeit, die zur Zeit die Krone trägt, kann nicht geschehen, ohne zugleich einen gefährlichen Abbruch an den Rechten der Nachfolger nach sich zu ziehen. Deshalb zweifele ich nicht, daß Sie, mit Ihrer erprobten Weisheit, dem Versuche eines solchen Schrittes zuvorkommen, und mir eine Gelegenheit geben werden, die Versicherungen der aufrichtigsten Freundschaft zu erneuern, mit welcher ich bin" u. s. w.

Das dritte Schreiben war gerichtet an die Kurfürstin Sophie. Wegen der Consequenzen, die gerade dies Schreiben hatte, ist es besser, jede Alterirung, die es durch eine Uebersetzung erfahren könnte, zu vermeiden und es im Originale hier folgen zu lassen.[1])

---

[1]) Aus dem British Museum. Add. Ms. Nr. 4903.

La reine Anne à l'Electrice Sophie.

St. James, le 19 May 1714 (St. V.).

Madame ma Sœur et Tante.

Depuis que le droit à la succession de mes royaumes a été declaré appartenir à vous et à votre famille, il s'est tousjours trouvé des personnes mal-intentionnées qui, par des veues particulieres pour leur propre interest, sont entrées dans des mesures pour attirer dans mes Etats, même pendant ma vie, un Prince de votre sang. Je n'ay pû m'imaginer jusqu'à present que ce projet eût été si loin, et qu'il eût pû faire la moindre impression sur votre esprit: mais comme j'ay appris depuis peu par les bruits publics qui se repandent avec tant de promptitude, que Votre Altesse Electorale est aussi de cet avis, il est important pour la succession de votre famille que je vous dise qu'une telle conduite pourroit certainement avoir des suites prejudiciables à cette succession même, qui ne peut être en seureté qu'autant que le Souverain qui porte actuellement la Couronne, en defendra les droits. Il y a icy (et c'est ce qui cause tout notre chagrin) une multitude d'esprits turbulents; je vous laisse à penser quel trouble ils seroient capables d'exciter, s'ils avoient quelque pretexte de machiner une revolte: ainsi je me flatte que vous ne consentirez à rien qui pût troubler mon repos ou celuy de mes sujets.

Faites-moy connoistre avec la même sincerité que j'en ay agi à votre égard, ce que vous croyez que l'on doit faire pour asseurer encore d'avantage cette succession: j'y concourray avec zele, pourveu que cela ne soit point au prejudice de ma dignité que j'ay resolu de maintenir. Je suis avec beaucoup d'affection etc.

Außer den drei Schreiben der Königin überbrachte der Courier noch ein viertes, von dem Grafen Oxford an den Kurfürsten, erfüllt von seinen üblichen Versicherungen. „Jedermann weiß, sagt er darin, daß ich Ihrer Succession unabänderlich ergeben bin. Nichts kommt für mich damit in Vergleich; weil ich weiß, daß ich durch den Eifer für den Dienst Ihres durchlauchtigen Hauses mir das Wohlgefallen

der Königin erwerbe. Deshalb glaube ich bei Ew. königlichen Hoheit Glauben zu finden, indem ich Ihnen unterthänig meine aufrichtige Meinung ausspreche, daß die Königin von ganzem Herzen für Ihre Succession gesinnt ist.“ [1])

Was immer man über solche Versicherungen Oxfords urtheilen mochte: aus dem ganzen Schreiben ging hervor, daß er den Inhalt derjenigen der Königin nicht kennen konnte, und daß daher nicht mehr er der erste Berather der Königin war, sondern Bolingbroke.

Der Courier mit diesen Briefen traf in Hannover ein am 5. Juni (n. St.). Der nächste Eindruck, den sie machten, so wie überhaupt der Stand der Sache dort, ergibt sich aus einem Schreiben der Kurprinzessin Caroline an Leibniz in Wien, welcher von da aus seine Wünsche für die Uebersendung des Kurprinzen nach England ausgesprochen hatte. Der Brief, vom 7. Juni, lautet wie folgt.[2])

„Von allen den Vortheilen, welche den Kurprinzen erwarteten, ist der einzige, der mir zu Theil geworden, der Brief, den Sie an mich gerichtet haben. Der Kurprinz ist Ihnen sehr dafür verpflichtet, daß Sie an seiner Sache so lebhaften Antheil genommen. Es wäre zu wünschen gewesen, daß alle Welt darüber eben so gedacht hätte. Daß es nicht geschehen, liegt nicht an dem Kurprinzen, noch an anderen rechtschaffenen Leuten hier. Er hat Himmel und Erde in Bewegung gesetzt, und ich selber habe darüber sehr nachdrücklich mit dem Kurfürsten gesprochen. Wir sind in der Krisis gewesen bis vorgestern, wo ein Courier drei Handschreiben der Königin überbracht hat, für die Kurfürstin, den Kurfürsten, den Kurprinzen. Diese Briefe, abgefaßt mit einer Heftigkeit wie sie des Lords Bolingbroke würdig ist, belassen dem Kurprinzen fast keine Hoffnung mehr, seinen Sitz im Oberhause, seinem Rechte gemäß, einzunehmen.“

„Ich weiß nicht was die Welt über das bisher von uns beobachtete Verhalten urtheilen wird. Ich beklage nicht so sehr den Verlust, den vielleicht dieses unser Verhalten uns zuzieht, als daß wir in gewisser Weise das Interesse unserer Religion, die Freiheit Europas, und so viele brave und ehrliche Leute in England preis gegeben haben. Mein

---

[1]) British Museum. Add. Mss. Birch papers vol. 4107.

[2]) Die Werke von Leibniz, Bd. IX, S. 452.

einziger Troſt beſteht darin, daß ich den Kurprinzen alles habe aufbieten ſehen, um dieſe Erlaubnis zu erlangen. Die Kurfürſtin iſt ihm beigetreten, und ſie wollen jetzt die von der Königin erhaltenen Briefe nach England ſchicken."

„Der Kurprinz hat mir aufgetragen, Sie zu bitten, dem Prinzen Eugen von Savoyen ſeine Empfehlungen auszurichten und ihn inſtändigſt zu erſuchen, nicht dem Kurprinzen in dieſer Sache etwas zur Laſt zu legen. Er erinnert ſich ſehr wohl, was der Prinz Eugen vor zwei Jahren ihm gerathen (S. 360). Und wenn es von ihm abgehangen, ſo hätte er von Anfang an den Rath eines ſo hoch von ihm verehrten Mannes ausgeführt. Aber es iſt alles vergeblich geweſen."

„Ich für mich halte mich an die Ueberzeugung, daß die Vorſehung alles zu unſerem Beſten lenkt, und Ihre Einleitung zur Theodizee iſt eine wahre Stütze für mich. Kurz, niemals iſt mir ein Kummer ſo ſcharf und ſo unerträglich erſchienen wie dieſer. Ich fürchte für die Geſundheit des Kurprinzen und vielleicht für ſein Leben. Hoffentlich kommen Sie nun bald wieder zu uns" u. ſ. w.

Nicht für des Kurprinzen Leben war zu fürchten, ſondern für dasjenige eines anderen Mitgliedes der Familie.

Die Kurfürſtin Sophie, geboren am 13. October 1630, damals alſo im vierundachtzigſten Lebensjahre, erfreute ſich, ungeachtet dieſes Alters, der Regel nach einer guten Geſundheit, welche ſie zu erhalten beſtrebt war durch Seelenruhe und körperliche Bewegung in den ausgedehnten Gärten von Herrenhauſen. Für ihre Geiſtesfriſche zeugte die ausgedehnte Correſpondenz, der Regel nach eigenhändig. Der Leſer dieſes Werkes wird ſich verſchiedener Aeußerungen von ihr erinnern, die nicht Zeugnis ablegen für ein Trachten nach der engliſchen Krone. So namentlich noch im März 1708 (Band XIII, S. 43 u. f.). In dem Zuſammen-Leben jedoch mit der Frau ihres Enkels, der ihr an geiſtiger Befähigung ebenbürtigen Kurprinzeſſin Caroline, welche die Ausſicht auf die engliſche Krone mit lebhafter Neigung erfaßte, ſcheint auch die Kurfürſtin weniger für ſich ſelber als für ihre Descendenz ſich derſelben mehr zugewendet zu haben. Es lag ihr am Herzen zur Klarheit darüber zu kommen, was am Ende die Königin Anna wolle, ohne jedoch derſelben zu nahe zu treten. Zur Antwort nun auf den guten Willen,

den sie in jenem Briefe an den Grafen Strafford bethätigt, erhielt sie das von Bolingbroke abgefaßte Schreiben.

Der Ton desselben kränkte sie tief. Sie brach zu ihrer Staatsdame, der Gräfin von Bückeburg, in die Worte aus: „Die Sache wird mich krank machen. Ich werde sie nicht überwinden.“ — „Aber, sagte sie dann, ich will diesen gnädigen Brief der Welt kund machen, damit Jedermann sehen kann, daß es nicht meine Schuld ist, wenn meine Kinder um diese Kronen kommen.“[1]) — In der That verstattete sie dem Irländer Molineux, der im Auftrage Marlboroughs nach Hannover gekommen war, Abschriften zu nehmen, sowohl von dem Briefe der Königin an sie als von demjenigen an den Kurprinzen, und an Marlborough einzuschicken.[2])

Das Unwohlsein, von dem die Kurfürstin befallen war, schien indessen vorüber zu gehen, so daß sie sich am 8. Juni, dem dritten Tage nach dem Empfange jenes Schreibens, im Stande fühlte, am Abende ihren gewohnten Spaziergang im Garten von Herrenhausen zu unternehmen. Sie schritt einher, zwischen der Kurprinzessin und der Gräfin von Bückeburg, lebhaft mit ihnen sich unterhaltend. Auf einmal wurde ihr Gang schwankend. Auf die besorgte Frage der Frauen erwiederte sie, die Hand auf den Magen legend: „Hier! Hier!“ — Zugleich begann es zu regnen. Jene schlugen vor, sich in einen der kleinen gemalten Pavillons dort zurückzuziehen; aber kaum hatte die Kurfürstin zehn Schritte gemacht, um den nächsten derselben zu erreichen, als sie ausrief: „Ich befinde mich sehr schlecht: reicht mir die Hand.“ Es waren ihre letzten Worte. Im selben Augenblicke sank sie zusammen, und sofort trat der Tod ein.[3])

„Niemals, schließt Molineux seinen Bericht an Marlborough, ist eine Fürstin so tief betrauert gestorben, und ich beklage unendlich die Dienerschaft, die lange um sie geweilt hat, wo ich, der ich nur Einen

---

[1]) Die Werke von Leibniz Bd. IX, S. 459.

[2]) Coxe's Marlborough vol. III, p. 360. Das Schreiben von Molineux.

[3]) Aus dem Schreiben der Gräfin Bückeburg. Die Werke von Leibniz Bd. IX, S. 460. Die darauf geprägte Medaille gibt genau den Ort an. Eine Besprechung des Ortes bei Malortie: Beiträge zur Geschichte des B. L. Hauses und Hofes, Heft I, S. 47.

Monat lang die Ehre gehabt, von ihr gekannt zu werden, mich bei diesem Berichte der Thränen kaum enthalten kann."[1])

Die Worte dieses Irländers entsprechen der Wahrheit. Es mag wenigen Menschen beschieden sein, ein solches Vollmaß der Liebe und Anhänglichkeit bei Anderen sich zu erwerben und zu bewahren, wie die Kurfürstin Sophie, die man auch in England nur als the good old Electress benannte. Eine Zeugin dessen ist vor Allen ihre Nichte, die Herzogin Elisabeth Charlotte von Orleans, die in ihrer Jugend mehrere Jahre unter der Obhut der Tante verbracht hatte. Selber bereits Großmutter, schreibt die Herzogin, im Jahre 1705: „Nichts in der Welt ist mir lieber als ma tante: meine Kinder und Kindeskinder kommen da nicht bei."[2]) Diese Gesinnung der Anhänglichkeit an die Kurfürstin durchweht alle die zahlreichen Correspondenzen der Herzogin. Sie stand darin nicht allein. Derselben Gesinnung waren ihre Halbschwestern, die Raugräfinnen zu Pfalz, von denen die eine, Louise, eine Reihe von Jahren Oberst-Hofmeisterin der Kurfürstin gewesen war. An diese daher, die zufällig wenige Tage vor dem Unglücke nach Frankfurt am Main verreist war, richteten sich von Hohen und Niederen zahlreiche Trauerbriefe tief empfundener Klage.[3])

Verhalten des Kurfürsten.

Sogleich nach dem Tode der Großmutter ließ der Kurprinz seinen Vater ersuchen, ihm allein in seinem Zimmer seinen Schmerz aussprechen zu dürfen. Es geschah und es erfolgte die Aussöhnung zwischen Vater und Sohn.[4]) Einige Wochen später meldet eine der Damen des Hofes an die Raugräfin: „Der gesammte Hof lebt in der schönsten Einigkeit, und es ist eine wahre Freude Vater und Sohn beisammen zu sehen."[5])

---

[1]) Coxe's Marlborough vol. III, p. 361.

[2]) Bibliothek des literarischen Vereines in Stuttgart, Bd. LXXXVIII, S. 407.

[3]) Im Gräflich Degenfeld-Schonburgischen Archive.

[4]) Schreiben der Frau von Bennigsen, vom 20. Juni, an die Raugräfin, im vorgenannten Archive. — Aehnlich Schulenburg an Leibniz, Werke Bd. IX, S. 484. — Robethon an Polwarth in Marchmont papers vol. II, p. 401 und 405.

[5]) Frau von Bennigsen an die Raugräfin, 26. Juli.

Die Aussöhnung zwischen Vater und Sohn in Hannover mußte zur nächsten Folge haben, daß, da das kurprinzliche Paar für die Succession in Groß-Britannien den lebhaftesten Eifer bethätigte, fortan auch der Kurfürst nachdrücklicher als bisher für dieselbe eintrat. Dazu kam das eigene verletzte Ehrgefühl. Wir haben einige Monate früher von dem ihn beobachtenden General Schulenburg das Wort vernommen, daß der Kurfürst, wenn es mit Ehren geschehen könnte, die Aussicht auf die englische Succession aufgeben würde. Dies ist die Meinung Schulenburgs, für die doch eine directe Aeußerung des Kurfürsten nicht vorliegt. Aber angenommen auch daß die Meinung richtig sei, so machten die drei Briefe der Königin dem Kurfürsten einen Verzicht mit Ehren unmöglich, legten vielmehr ihm die Ehrenpflicht auf, nun erst recht mit Nachdruck zu beharren.

Denn die drei Briefe dürften für den Wunsch des Bruches, der aus jeder Anklage und jeder Drohung derselben athmet, wohl kaum als eine geschickte Leistung anzusehen sein. Weil der Verfasser die Sache selber, gegen die er ankämpfen will, die Denkschrift vom 7. Mai, oder ihren Inhalt nicht nennt, sondern völlig verschweigt, bleibt ihm als einziges Fundament seiner Anklagen das armselige des bruit public. Eine solche Anklage forderte als Antwort den Hinweis auf die Denkschrift heraus, und die nachdrückliche Bitte, daß man diese lesen und darauf einen Bescheid ertheilen möge. Die Briefe drohen mit Gefahren für die Succession. Aus diesen Drohungen blickt der Wunsch des Verfassers der Briefe hervor, sie zu verwirklichen. Aber die Drohungen enthalten zugleich doch auch wieder die Anerkennung der Succession. Und darum verstrickte sich die Königin, indem sie die Briefe unterzeichnete, immer aufs neue in die Unwahrheit der Betheuerung, daß sie dieselbe wolle. Die Briefe selbst also boten die Handhabe, die Königin beim Worte zu nehmen.

Es ward damit keine Zeit verloren. Bereits am 31. Mai/11. Juni zeichnete der Kurfürst eine vorläufige Antwort, mit der Meldung, daß der Tod seiner Mutter, den er in gebührender Form durch einen eigenen Gesandten kund thun werde, ihn nöthige, die eigentliche Antwort um einige Tage zu verschieben. Die Ernennung dieses Gesandten erfolgte schon am nächsten Tage in der Person des Freiherrn von Bothmar, der zwei Jahre zuvor die gewichtige Denkschrift gegen die

damalige geheime Unterhandlung mit Frankreich in London überreicht, damals Gesandter im Haag.[1]) Die eigentliche Antwort erfolgte am 4./15. Juni, und lautet wie folgt.[2])

„Madame. Ich habe das Schreiben empfangen, mit welchem Ew. Majestät, am 30. des vorigen Monates, mich beehrt haben, und dessen Inhalt mir eben so viele Ueberraschung wie Betrübnis verursacht hat. Ich hatte gehofft, Ew. Majestät die überzeugendsten Beweise meines Respectes für Ihre königliche Person und meiner Erkenntlichkeit für Ihre Güte gegeben zu haben. Es kann Ew. Majestät nicht unbekannt sein, daß ich mich stets mit dem äußersten Vertrauen auf die Weisheit Ihrer Regierung verlassen habe, ohne den geringsten Antheil an dem Parteigetriebe zu nehmen, viel weniger denn dasselbe zu ermuthigen, und daß ich immer gewünscht habe, daß Ihre Autorität und Ihre königlichen Prärogativen im vollen Glanze verblieben, da ja nach Ew. Majestät Niemand daran ein höheres Interesse haben kann als ich und mein Haus. Es ist mir so wesentlich, die Ehre Ihrer gnädigen Gesinnung zu cultiviren, daß es natürlich ist zu denken, die Anwesenheit eines Prinzen meines Hauses in Ihren Königreichen könne niemals einen anderen Zweck haben, als das gute Einverständnis zwischen den zwei Höfen zu befestigen, und Ew. Majestät alle möglichen Dienste zu leisten. Wenn Ew. Majestät sich die Mühe geben wollen, die Augen auf die Denkschrift zu werfen, welche ich dem Herrn Harley habe übergeben lassen, so werden Sie daraus erkennen, mit welcher Aufrichtigkeit ich mit Ew. Majestät alles dasjenige zu vereinbaren wünsche, was für die Befestigung der gesetzlichen Succession noch für nothwendig erachtet werden könnte."

„Ich ersuche Ew. Majestät, diesen so wichtigen Interessen diejenige Aufmerksamkeit zu beweisen, welche sie verdienen, und überzeugt zu sein, daß niemals etwas im Stande sein wird, den Respect zu alteriren, mit welchem ich bin Ew. Majestät unterthänigster und gehorsamster Diener Georg Ludwig, Kurfürst."

---

[1]) Bothmar an Robethon in Macpherson's Original papers vol. II, p. 625.

[2]) Beide Briefe in englischer Uebersetzung, die dem französischen Originale entspricht, in Macpherson's Original papers vol. II, p. 623.

Das Schreiben des Kurprinzen lautet wie folgt.[1])

„Madame. Aus dem Schreiben vom 30. vorigen Monates, mit welchem Ew. Majestät mich beehrt, habe ich mit tiefem Schmerze ersehen, daß man getrachtet hat mich bei Ihnen in Verdacht zu bringen und mich darzustellen als wäre ich fähig, Verwirrung zu erregen und Parteiungen in Ihren Königreichen zu ermuthigen. Da dies Absichten sein würden, an die auch nur zu denken ich mir nicht verzeihen könnte, so möchte ich sehnlichst wünschen, in der Lage zu sein, Ew. Majestät das Gegentheil darzuthun und näher von Ihnen gekannt zu werden. Nach meiner Ueberzeugung würde mein Verhalten Ew. Majestät bald bewegen, mir Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, und mir die Ehre Ihrer gnädigen Gesinnung zu gewähren, welche ich immer mit dem lebendigsten Eifer erstreben würde. Der ich mit allem Respecte verharre, Madame, Ew. Majestät unterthänigster und gehorsamster Diener Georg August."

Die zwei Schreiben wiesen also nicht bloß die Anklagen und Drohungen jener drei Briefe der Königin zurück, sondern wiederholten gerade das was diese drei hatten vermeiden wollen. Alle Höflichkeit des kurfürstlichen Schreibens umhüllte nur die eine Forderung der Antwort auf seine Denkschrift. Diese redete nur im Allgemeinen von der Ueberkunft eines Prinzen des Hauses, der ja auch der jüngere Bruder des Kurfürsten, Herzog Ernst August, hätte sein können. Das Schreiben des Kurprinzen sprach direct und daher im geraden Gegensatze mit demjenigen der Königin, den Wunsch aus selber zu kommen.

Am selben Tage unterzeichnete der Kurfürst als nunmehriger präsumtiver Thronerbe die drei gleich lautenden Documente, durch welche er, gemäß der Regentschafts-Bill vom October 1705, neben den sieben Groß-Würdenträgern, die beim Tode der Königin Anna im Amte sein würden, eine Anzahl anderer Lords zu Mitgliedern der Regentschaft bis zu seiner persönlichen Ueberkunft ernannte. Endlich zeichnete er am selben Tage zwei Vollmachten für seinen Gesandten Bothmar, für den Fall des Todes der Königin während der Anwesenheit desselben in England, die eine, wenn alles ruhig verliefe, die andere, wenn der Prätendent die Succession streitig machte. Bei der

[1]) Macpherson's Original papers vol. II, p. 625.

Unterzeichnung dieſer Vollmachten mochte der Kurfürſt noch nicht wiſſen, daß ſie, weil eventuell ausgeſtellt, nach dem engliſchen Geſetze keine Gültigkeit hatten.

Zunächſt haben wir den Verlauf der Dinge in London weiter zu beobachten.

Weiterer Verlauf der Dinge in London, im Juni.

Bereits im Laufe des Monates Mai wurden Vermuthungen laut, daß im Cabinet der Königin Beſchlüſſe gefaßt würden, von denen der in Stellung und Rang erſte Miniſter, der Treaſurer Oxford, vorher keine Kunde habe. Am 12. 23. Mai regte Sir William Wyndham, ein Freund Bolingbrokes, Kanzler der Schatzkammer, im Unterhauſe eine Bill an gegen das Wachsthum des Schisma und für die beſſere Sicherheit der Kirche von England. Auf die Zuſtimmung der Mehrheit ward die Bill eingebracht am 21. Mai/1. Juni. Der Zweck derſelben war, nicht bloß den bereits beſtehenden Geſetzen für die Beſchränkung des politiſchen Einfluſſes der Diſſenters mehr Nachdruck zu verleihen, ſondern auch ihre Grundſätze auszutilgen, indem die Bill die Diſſenters unfähig machte, irgendwie ſich am Unterrichte der Jugend zu betheiligen. Es ſolle fortan in Groß-Britannien Niemand eine öffentliche oder Privatſchule halten, oder überhaupt unterrichten, der nicht zuvor die Erklärung unterzeichnet, ſich zur Hochkirche zu halten, und auf Grund derſelben von dem Biſchof der Diöceſe die Erlaubnis erhalten habe. Das Zuwider-Handeln ſolle mit Gefängnis beſtraft werden.

Man ſah den Entwurf an als die gemeinſame Arbeit von Bolingbroke und Atterbury, dem jacobitiſch geſinnten Biſchofe von Rocheſter, in der Abſicht die Hochkirchlichen feſt zu einigen, andererſeits der Königin, welcher für die Hochkirche niemals zu viel geſchah, einen Gefallen zu thun. Die Aufrichtigkeit des Eifers für die Hochkirche bei Bolingbroke, dem ſpäteren Lehrmeiſter Voltaires, läßt allerdings einigem Zweifel Raum. Der Jacobit Lockhart gibt die Abſicht Bolingbrokes beſtimmter an mit den Worten: „Er wollte eine That vollbringen, die ihm die Hochkirchlichen gewann und zugleich den Grafen Oxford

in die Nothwendigkeit brachte, sich nach der einen oder der anderen Seite zu erklären."[1])

Da Oxford einer presbyterianischen Familie entstammte und mehrere seiner nahen Verwandten noch derselben Richtung angehörten, so schien es schwer denkbar, daß er einem solchen Gesetze zustimmen werde. Auf der anderen Seite aber stand die Klippe des Misfallens der Königin.

Die Reden gegen diese Bill im Unterhause von Seiten der Whig-Partei waren sehr nachdrücklich, namentlich vor der dritten Lesung. Sie bringe, sagte man, über die protestantischen Brüder eine eben so scharfe Verfolgung, wie die ersten Christen sie von den heidnischen Kaisern erlitten, namentlich von Julian Apostata.[2]) Aber Bolingbroke durfte nicht bloß auf seinen Anhang rechnen, sondern auch diejenigen Tories, welche in der Angelegenheit der Succession mit der Whig-Partei gingen, wollten in dem Eifer für die Hochkirche Niemandem nachstehen.[3]) Nach langen Erörterungen stimmten 237 für die Bill und 126 dagegen. Sir William Wyndham brachte demgemäß die Bill an das Oberhaus, 1./12. Juni.[4])

Die Kunde, daß Oxford zu den drei Handschreiben der Königin nach Hannover, vom 19./30. Mai, nicht zugezogen sei, mochte noch für einige Tage nur im engeren Kreise bleiben; aber bereits an jenem 1./12. Juni verlautete eine neue Thatsache, welche andeutete, nach welcher Seite die Wage des Vertrauens der Königin sich neige. Es hieß, daß nicht Lord Paget als Gesandter nach Hannover gehen werde, sondern Lord Clarendon, ein Vetter der Königin, Enkel des einst berühmten Lord-Canzlers. Als den Grund der Veränderung nahm man an jene Aeußerung Pagets, daß er einen in Hannover misfälligen Auftrag nicht auf sich nehmen werde. „Von einem solchen Scrupel, meldet der kaiserliche Resident Hoffmann, ist Lord Clarendon frei, vielmehr zu Allem fähig."[5]) Bothmar im Haag, der bereits am 16. Juni die Kunde dieser Ernennung hatte, warnte nach Hannover

[1]) Lockhart Papers vol. I, p. 462.
[2]) Commons Debates vol. V, p. 135.
[3]) Lockhart Papers vol. I, p. 462.
[4]) Commons Debates vol. V, p. 137.
[5]) Hoffmanns Bericht vom 12. Juni.

hin vor dem Lord Clarendon mit den Worten: „Er ist ein selbstsüchtiger und aufgeblasener Thor, und so sehr ein Thor, daß er als Gouverneur der Königin in Nordamerika es für erforderlich hielt, um Ihre Majestät zu repräsentiren, sich in Frauenkleider zu stecken, und dies wirklich ausführte.“[1]) — Von London her berichtete der kaiserliche Resident, daß, weil Lord Paget mit Oxford befreundet, der Wechsel geschehen sein müsse ohne Vorwissen des Letzteren, welcher demnach mehr und mehr zurücktrete.[2]) Noch stärker spricht dies Bothmar aus auf Grund der Berichte von Kreyenberg in London. Dieser schreibt am 1./12. Juni: „Ich erfahre so eben, daß Bolingbroke bei der Königin durchaus die Oberhand erlangt hat, und daß Oxford in wenigen Tagen springen wird. Daß Oxford sich bedrängt fühlt, wird bestätigt dadurch, daß er vor einigen Tagen um eine Unterredung mit Walpole nachgesucht hat. Diese ist ihm bewilligt, jedoch ohne Ergebnis, weil er sich auf allgemeine Redensarten beschränkt hat. Morgen soll er auch mit Cadogan reden.“[3])

Dem Versuche Oxfords, mit der Whig-Partei Fühlung zu gewinnen, entsprach andererseits seine Bereitwilligkeit, jegliche Empfehlung von Bothmar anzunehmen und diesem eine aufrichtige Freundschaft anzubieten. „Dies ist mir ein Beweis, schreibt Bothmar, daß er sich im Sinken fühlt.“

So richtig dieser letzte Gedanke sein mochte, so sehr sträubte sich doch auch Oxford vor dem Untergehen. Allerdings suchte er Fühlung mit den Whigs: nicht jedoch wollte er es mit der Königin verderben. Es war allmählich bekannt geworden, daß die Schisma-Bill ohne sein Vorwissen von der Regierung ins Unterhaus eingebracht sei. Es war also die Frage, wie er, presbyterianischen Ursprunges, im Oberhause sich derselben gegenüber verhalten werde. Am 5./16. Juni ward dort die Bill verlesen, und Lord Bolingbroke beantragte sofort die zweite Lesung, mit hohem Lobe für die Bill, welche die Sicherheit der Kirche von England bezwecke als der festesten Stütze der Monarchie. Eine Reihe von Rednern jedoch erhob sich zu scharfem Tadel gegen den

[1]) Macpherson's Original papers vol. II, p. 626.

[2]) Hoffmanns Bericht vom 12. Juni.

[3]) British Museum. Add. Mss. Birch Collection vol. 4107.

Zwang dieſer Bill. Nottingham vertheidigte vor Allem das natürliche Recht der Eltern auf die Erziehung ihrer Kinder an ſeinem eigenen Beiſpiele. „Ich habe viele Kinder, ſagte er, und weiß nicht, ob der allmächtige Gott mir die Gnade verleihen wird, ihnen eine Erziehung zu geben wie ich ſie wünſche. Darum geſtehe ich ein, daß mich ein Zittern überkommt, wenn ich daran denke, daß ein gewiſſer Theologe, der kaum noch für einen Chriſten gilt und nunmehr auf dem beſten Wege iſt ein Bisthum zu erlangen, eines Tages berechtigt ſein ſoll, Vollmachten für die Lehrer der Jugend auszuſtellen.“[1]) — Die Rede zielte auf den Freund der Miniſter Oxford und Bolingbroke, Dr. Jonathan Swift, deſſen Mährchen von einer Tonne (tale of a tub) Grund gab für jene Anklage.

Es folgten andere ſcharfe Reden. Aber man war beſonders geſpannt auf dasjenige, was Oxford vorbringen würde. Er erhob ſich zu ſagen: er habe die Sache noch nicht recht erwogen. Wenn er es gethan, ſo werde er votiren, wie er es dem Wohle des Landes entſprechend erachte. Und darum ſtimme er für die zweite Leſung.[2])

Damit hatte indeſſen Oxford die Klippe des Misfallens der Königin noch nicht völlig umſchifft. Am nächſten Tage ward von Diſſenters die Bitte eingereicht, daß man ſie über die Schisma-Bill hören möge. Einige Freunde von Oxford, auch aus dem Cabinet der Königin, wagten für die Bewilligung zu ſprechen. Oxford ſelber zog vor ſich hinweg zu begeben, bevor es zur Abſtimmung kam, und vermied es dadurch, ſich nach der einen oder der anderen Seite zu erklären. Dies beſtärkte Viele in der Meinung, daß die Bill im Grunde gegen ihn gerichtet ſei.[3])

Jene Bitte der Diſſenters ward mit 72 gegen 66 Stimmen abgelehnt, die ganze Schisma-Bill endlich, vielfach amendirt, mit 77 gegen 72 Stimmen im Oberhauſe angenommen. In der neuen Geſtalt ging ſie wieder zurück an das Unterhaus und ward auch dort mit 168 gegen 98 Stimmen angenommen. Die Königin betrachtete ſie ſo ſehr als eine werthvolle Errungenſchaft für die Hochkirche, daß ſie einige

[1]) Lords Debates vol. II, p. 422.
[2]) A. a. O., p. 426.
[3]) A. a. O.

Tage später einem der anglicanischen Bischöfe den Vorwurf machte: er habe im Oberhause die Bill verdorben. Er hatte nämlich beantragt, einige Schärfen und Härten derselben zu mildern.[1])

Diese Bill jedoch, welche von späteren Engländern als ein recht häßliches Product der Gesetzgebung bezeichnet worden ist, überlebte nicht die Königin Anna. Der Termin, an welchem sie in Kraft treten sollte, war eben der Todestag der Königin Anna. Der Nachfolger suspendirte die Ausführung, und einige Zeit später ward sie aufgehoben.[2])

Jedenfalls hatte in dieser Angelegenheit der Graf Oxford der Königin keinen Anlaß zum Misfallen gegeben. Einige Tage später, am 8./19. Juni, reichte er einen, wie er es nennt, kurzen Bericht der öffentlichen Angelegenheiten ein, nämlich der Zeit seines Ministeriums, vom August 1710 an, in Wahrheit eine Selbstvertheidigung und Anklage gegen Bolingbroke, in welcher Lady Masham wiederholt als Zeugin angerufen wird.[3]) Die damals zunächstliegende Frage des Verhaltens gegenüber der Succession, kommt in diesem Schriftstücke nicht zur Sprache. Es ist einerseits so allgemein und dann doch wieder so persönlich gehalten, daß es auch nur eine vorübergehende Wirkung zu Gunsten Oxfords kaum gehabt haben dürfte.

Unterdessen trafen nach einander die Nachrichten von Hannover ein, zuerst am 4./15. Juni diejenige des Todes der Kurfürstin Sophie. Man vernahm, daß noch am selben Abend die Königin Befehl gegeben, in das öffentliche Gebet für das königliche Haus in ihrer Schloß-Capelle statt des Namens der Kurfürstin Sophie denjenigen des Kurfürsten Georg einzusetzen.[4]) Den zweiten Taufnamen beizufügen, entsprach nicht dem englischen Brauche.

Am selben Tage ward im Unterhause die Angelegenheit der Rückstände für die hannöverschen Truppen im Jahre 1712 berathen. Sie betrugen, bis zum Tage der Trennung von Ormond, 65.000 Pfund Sterling. Man hatte die Bewilligung erwartet. Es erfolgten dagegen von den Jacobiten sehr heftige Reden, die jedoch von dem Irrthume

[1]) Hoffmanns Bericht vom 13. Juli.

[2]) Lord Mahon's History of England vol. I, p. 87.

[3]) Abgedruckt in Commons Debates vol. V, p. 155.

[4]) Hoffmanns Bericht vom 15. Juni.

ausgegangen zu sein scheinen, als stelle der Kurfürst eine Forderung hinaus über den Tag der Trennung Bülows von Ormond. Von diesem Standpunkte aus erging sich namentlich der Jacobit Whitlocke in heftigen Invectiven gegen den Kurfürsten, und sprach die Hoffnung aus, daß er niemals zur Krone gelange. Von den Whigs dafür in die Enge getrieben, half er sich mit der Ausrede, daß die Königin jünger sei als der Kurfürst und darum hoffentlich ihn überleben werde; denn im Vergleiche mit der Königin schätze er alle deutschen Fürsten nicht eines Hellers werth.[1])

Der Ausgang der heftigen Debatte war, daß eine wenn auch geringe Mehrheit die Bewilligung ablehnte. Dieser Ausgang ward betrachtet wie eine Erklärung gegen die Succession des Hauses Hannover. „In der That, sagt der Jacobit Lockhart darüber, wenn Bolingbroke den Sieg weiter verfolgt hätte, so war damals nichts zu schwer auszuführen. Viele Tories, die sich auf dem Lande befanden, eilten zur Stadt, und bedauerten, daß sie nicht gegenwärtig gewesen, ihr Zeugnis mit abzugeben, und es wurde beobachtet, daß viele, die früher auch nur bei der Nennung des Königs ein Zittern überkam, fortan frei und offen auf sein Wohl tranken. Und Einige, die früher mit den Whigs stimmten, begannen nun sich zu wenden und jene Sache als verloren anzusehen, so daß die Tories, indem sie sich täglich stärker fühlten, erwarteten und wünschten, es möge ein Antrag auf die Herstellung des Königs eingebracht werden. Im Unterhause wäre sicherlich eine große Mehrheit beigefallen, und daß dann auch das Oberhaus dem Beispiele zugestimmt hätte, leidet keinen Zweifel. Aber Lord Bolingbroke verlangte ein wenig mehr Geduld, indem er denjenigen, mit welchen er offener verkehrte, zu verstehen gab, daß, bevor man so weit vorgehen könne, noch Verschiedenes zu thun sei. Die Armee müsse gereinigt, Lord Oxford beseitigt, die Zügel der Regierung in sichere Hände gelegt werden. Da es durchaus erforderlich war, ihn wohlgesinnt zu erhalten, so fügte man sich seinen Weisungen und ward auch über einen kleinen Aufschub nicht unwillig. Denn man folgerte, daß er bereits zu weit gegangen, um hinter sich sehen oder still stehen zu können, und man bemerkte, daß es weder an der Macht,

[1]) Lockhart Papers vol. I, p. 469.

noch der Neigung fehlte, dasjenige auszuführen, was für den künftigen Frieden dieser Königreiche so erwünscht und so nothwendig war, nämlich die Herstellung des Königs."[1])

Dieser Auffassung Lockharts steht ein anderer Bericht nahe, dessen Ursprung auf den Jacobiten Patterson zurückzuführen ist. Er lautet wie folgt.[2])

„Eine erhebliche Anzahl von Personen speisten in einem Gasthofe zusammen, zu dem ausdrücklichen Zwecke, nachher einen Tag für die Einbringung eines Antrages festzustellen. Ritter Wyndham führte den Vorsitz. Die Gesellschaft erschien wie Eines Sinnes, und Ritter Patterson hob in seiner späteren Erzählung hervor, daß man ohne allen Zweifel einen baldigen Tag bestimmt haben würde, wäre nicht ein Schreiben Bolingbrokes eingelaufen, gerichtet an den Vorsitzenden der Versammlung. Darin sprach er, mit vielen Ausdrücken der Hochschätzung, sein Bedauern aus, der Versammlung nicht beiwohnen zu können. Er hoffe, sagte er ferner, sie alle würden überzeugt sein, daß, in Betreff des wichtigen Zweckes der Zusammenkunft, seine Ansichten mit den ihrigen übereinstimmten; jedoch ersuche er sie, die Sache nicht zu überstürzen, sondern für eine kurze Zeit hinauszuschieben, bis die Friedenssache endgültig geregelt sein werde. Dann könnten mit Unterstützung der Regierung und ohne irgend welche Gefahr des Einspruches von einem der Häuser des Parlamentes, die geeigneten Maßregeln getroffen werden. — Auf das Vorlesen dieses Briefes sprach der Vorsitzende seine Geneigtheit aus, diesem Vorschlage zu willfahren. Ritter Patterson redete offen dagegen, und flüsterte dem Vorsitzenden zu: ‚Hören Sie doch nicht auf Lord Bolingbroke. Er ist ein Schurke und geht nur darauf aus, uns zu täuschen.' Die Mehrheit der Anwesenden war für Patterson; aber Wyndham hielt an seiner Ansicht fest und fand so viele Zustimmung, daß die Anderen, obwohl in der Versammlung die Mehrheit, doch ohne jene Parteigenossen im Unterhause nicht die Mehrheit ausgemacht hätten. Bei so getheilten Ansichten ging die Versammlung aus einander, ohne zu einem Beschlusse gekommen zu sein."

---

[1]) Lockhart Papers vol. I, p. 470.

[2]) Anlage V.

Dieſen Nachrichten von jacobitiſcher Seite ſteht gegenüber, daß bei den Whigs jener Beſchluß des Unterhauſes für die Nichtzahlung der Rückſtände an den Kurfürſten nicht ſo hoch aufgenommen wurde. „Die Whigs, meldet Hoffmann, haben ſich darüber ziemlich indifferent gezeigt, weil ſie die Nicht-Sendung des Kurprinzen nicht verſchmerzen können.“ [1])

Dieſe Misſtimmung der Whigs wich jedoch vor den weiteren Nachrichten über den Tod der Kurfürſtin, als deſſen nächſten Anlaß man in London wie in Hannover den Verdruß über die drei Briefe der Königin vermuthete. In den erſten Tagen kannte man den Wortlaut derſelben noch nicht; aber man wußte, daß ſie ſcharf waren und namentlich gegen einen Verſuch der Ueberkunft des Kurprinzen drohend lauteten.[2])

Am 9./20. Juni begab ſich die Königin nach Kenſington. Ihr Zuſtand, hieß es, ſei derartig, daß es nicht lange mehr dauern könne. Die Gerüchte meldeten unabläſſige Werbungen in Irland für den Prätendenten. Der Zwieſpalt zwiſchen Oxford und Bolingbroke ward täglich offenkundiger. Es war die allgemeine Meinung, daß ſie zuſammen nicht ferner bleiben könnten. Der Whig-Partei war es damals gleich, welcher von beiden fallen werde, wenn es nur bald geſchehe, in der Hoffnung, daß im Miniſterio keine Aenderung eintreten könne, die nicht eine größere nach ſich ziehen würde.[3])

Auf der Königin und Bolingbroke laſtete eine andere Sorge. Man konnte nicht wohl einen Geſandten nach Hannover ſchicken, ohne nunmehr auch, wie es das kurfürſtliche Handſchreiben vom 15. Juni verlangte, auf die Denkſchrift vom 7. Mai zu antworten. Dazu wußte man bald, daß der Geſandte, den der Kurfürſt in dem erſten Schreiben vom 11. Juni angekündigt, derſelbe Baron Bothmar ſein werde, dem die Königin und ihre Miniſter wegen ſeiner Sendung zu Ende 1711 nicht ein freundliches Andenken bewahrten. Oxford nahm dies zum Anlaſſe, ſich ein Verdienſt um die Königin zu erwerben. Er ſtellte dem Reſidenten Kreyenberg vor, daß es nicht wohl gethan

---

[1]) Hoffmanns Bericht vom 15. Juni.
[2]) Desgleichen vom 22. Juni.
[3]) Desgleichen vom 19., 21., 26. Juni.

ſei, einen Mann zu ſenden, deſſen gegen den Frieden eingegebene Denkſchrift noch in allzu friſchem Gedächtniſſe ſtehe. Er ſelber zwar, ſagte Oxford, habe Alles längſt vergeſſen, und werde freundlich und vertraulich mit Bothmar umgehen, beſorge aber, daß Andere nicht in gleicher Weiſe handeln würden. — Kreyenberg verſprach zu berichten.[1])

Es iſt ſehr wohl möglich, daß Oxford, eben ſo wie er von der Königin die Ueberkunft Bothmars abwehren wollte, ſich mit der Hoffnung ſchmeichelte, den Kurfürſten vor einem Misgriffe zu bewahren. Er vergaß dabei, daß jene Denkſchrift nicht das Werk Bothmars perſönlich war, ſondern daß der Kurfürſt wiederholt und ausdrücklich dieſe Denkſchrift anerkannt hatte.

Bothmar ſelber hatte auf ſeine Ernennung das Bedenken geäußert, ob er bei der Lage der Dinge in England die geeignete Perſönlichkeit ſei. Aber der Kurfürſt hatte nicht vorher ſich Jemanden vorſchlagen laſſen, ſondern aus eigener Initiative Bothmar ernannt. Auch erfolgte auf ſein Bedenken keine Aenderung. Demnach iſt eher anzunehmen, daß gerade wegen ſeines Verhaltens in England im Winter 1711/12 die Wahl auf ihn gefallen war.

Das Princip des Kurfürſten tritt alſo in ſeinem Verfahren mit ſeinen zwei Geſandten, Schütz und Bothmar, in ausgeprägter Weiſe hervor. Den Erſteren, der ſeine Inſtruction überſchritten und, mit Uebergehung der Königin, ſich in engliſche Angelegenheiten eingemiſcht hatte, desavouirte er, ungeachtet alles Bittens und Grollens der Whigs und der hannöverſchen Tories. Den Anderen, Bothmar, ſandte er abermals als ſeinen Vertreter, weil dieſer bei der früheren Sendung ſich bewährt hatte, ungeachtet alles Misfallens, welches darüber in Kenſington ſich regen mochte.

Es ward ſogar die Beſorgnis laut, daß der Hof in Kenſington ſich die Sendung von Bothmar verbitten würde.[2]) Dies geſchah nicht.

Faſt zur ſelben Zeit machten dieſe Geſandten ſich auf die Reiſe, Clarendon von London nach Hannover, Bothmar vom Haag nach London.

---

[1]) Hoffmanns Bericht vom 29. Juni.

[2]) Desgleichen.

Das Handschreiben der Königin an den Kurfürsten, datirt zu Kensington am 19./30. Juni, lautete wie folgt.[1])

„Bruder und Vetter. Die Erfahrung, die ich an der Befähigung des Grafen Clarendon gemacht, hat mich bewogen, ihn als meinen außerordentlichen Gesandten an Ihren Hof zu senden, und ich habe ihm den Auftrag gegeben, Ihnen die Gedanken meines Herzens auszusprechen, in Betreff Ihrer Interessen und derjenigen Ihres kurfürstlichen Hauses. Ich bin überzeugt, daß Sie bald das Verdienst seiner Lordschaft erkennen und ihn in aller Beziehung befähigt finden werden, die Freundschaft zu erhalten, welche, wie ich hoffe, immer zwischen uns bestehen soll. Demgemäß habe ich nichts weiter zu sagen als Sie zu bitten, ihm Ihre Gesinnungen zu eröffnen, und die Versicherungen anzunehmen, welche er von meiner Seite geben wird, in Betreff der Aufrichtigkeit, mit welcher ich bin, Bruder und Vetter, Ihre wohlgesinnte Schwester und Cousine, Anna R."

Das Schreiben ist nicht bloß höflicher als dasjenige um einen Monat zuvor, sondern freundlich, so daß die Vermuthung nahe liegt, die Königin habe es nicht durch Bolingbroke abfassen lassen, sondern durch den anderen Staats-Secretär, Bromley. Hannover gehörte zu Bromleys Geschäftskreis, so daß auch die Berichte Clarendons an ihn gerichtet wurden.[2])

Graf Clarendon war jedoch auch ausgestattet mit einer Antwort auf die kurfürstliche Denkschrift vom 7. Mai. Diese Antwort, das Gepräge Bolingbrokes tragend, lautet wie folgt.[3])

„Die Königin, auf die Erwägung der Denkschrift Ihrer kurfürstlichen Hoheiten, hält für angemessen, darauf die folgende Antwort zu geben."

„Herr Harley hatte den Auftrag, Ihren kurfürstlichen Hoheiten zu eröffnen, daß Ihre Majestät jede weitere Sicherheit, welche sie für die Succession ihres kurfürstlichen Hauses zur britischen Krone wünschten, nicht bloß bewilligen, sondern auch befördern werde, wenn nur der Wunsch vereinbar sei mit ihrer Ehre, ihrer Sicherheit, und den Gesetzen, auf welche die Succession sich gründet."

---

[1]) Macpherson's Original papers vol. II, p. 627.

[2]) Diese Berichte in Coxe's Memoirs of Sir Robert Walpole vol. II, p. 41.

[3]) A. a. O., p. 45.

„Ihre Majestät hat ihre Bemühungen aufgeboten, den Prätendenten aus Lothringen zu entfernen, und hat, seit den letzten Parlaments-Adressen, sie wiederholt, und selber an den Herzog von Lothringen geschrieben, um in den stärksten Ausdrücken ihn zu drängen. Dies hat Ihre Majestät gethan, um die Entfernung des Prätendenten zu erwirken; aber man darf sich nicht einbilden, daß es in ihrer Macht stehe vorzuschreiben, wohin er gehen, oder wer ihn aufnehmen soll. Seine Entfernung aus Frankreich ist mehr als was der Ryswicker Friede verlangte."

„Eine Correspondenz mit dem Prätendenten ist vor dem Gesetze Hochverrath, und es ist das Interesse und die Sorge Ihrer Majestät, daß dieses Gesetz streng beobachtet werde. Ueber die leeren Hoffnungen, die in Bar-le-Duc gehegt werden, so wie über die Berichte von dort hat man sich nicht zu verwundern."

„Ihre Majestät glaubt sich, sowohl durch die Verträge als durch das Pflichtgefühl und die Zuneigung ihrer Unterthanen, in voller Sicherheit gegen jeden erdenklichen Versuch. Außer diesen Bürgschaften hat Ihre Majestät eine geordnete Miliz, und so viele andere Streitkräfte, wie ihr Parlament, dessen Erwägung sie diese Sache heimgestellt, für die Sicherheit des Königreiches erforderlich gehalten hat. Und es kann nicht unbekannt sein, daß eine stehende Armee in Friedenszeit, ohne Bewilligung des Parlamentes, dem Grundgesetze dieses Königreiches zuwider ist. Ihre Majestät ist endlich so wenig ohne Schutz durch eine Flotte, daß sie zur Zeit mehr Schiffe zur See und seefertig hat als irgend eine Macht in Europa."

„Ihre Majestät sieht es als sehr unnöthig an, daß ein Mitglied des kurfürstlichen Hauses in Groß-Britannien residirt, um für die Sicherheit ihrer königlichen Person, ihrer Königreiche und der protestantischen Succession — wie es in der Denkschrift heißt — Sorge zu tragen. Diese Sorge hat Gott und haben die Gesetze Ihrer Majestät allein zugewiesen, und die Zulassung irgend einer Person in einen Antheil dieser Sorge neben Ihrer Majestät würde eben so gefährlich für die öffentliche Ruhe sein, wie sie unvereinbar ist mit der Verfassung der Monarchie. Nach den häufigen Versicherungen, die Ihre Majestät in Betreff ihres Entschlusses gegeben, die gesetzlich festgestellte Thronfolge aufrecht zu halten, darf nicht ein Zweifel Raum

finden, ob Ihre Majestät dafür alles thun werde, was in ihren Kräften steht. Die gemeinsamen Interessen Ihrer Majestät und des Kurfürsten werden sicherlich am besten gewahrt durch gegenseitiges Vertrauen und übereinstimmendes Handeln. Dies hat Ihre Majestät immer gewünscht und wird es bei allen Gelegenheiten befördern."

„Wenn Ihre Majestät den Gebrauch erwägt, den man versucht hat von den bereits verliehenen Titeln zu machen, so findet sie darin geringe Ermuthigung, noch mehr zu verleihen. Die Bewilligung von Ehrentiteln an Personen ausländischer Geburt erregte unter der vorigen Regierung bei der Nation ein solches Misvergnügen, daß in der Parlaments-Acte, welche die Succession auf das kurfürstliche Haus begründet, Fürsorge getroffen ist, daß, nach dem In-Kraft-Treten der Beschränkungen jener Acte, fortan keine Person, die außerhalb der Königreiche England, Schottland, Irland oder den dazu gehörigen Besitzungen geboren ist, auch wenn sie naturalisirt oder ansässig wäre — ausgenommen sie wäre von englischen Eltern geboren — fähig sein soll im geheimen Rathe zu sitzen, oder ein Mitglied eines der beiden Häuser des Parlamentes zu sein, oder ein Amt oder einen Vertrauensposten zu besitzen, oder eine Schenkung an Land von der Krone unmittelbar oder mittelbar zu erhalten."

„Auf diese Einzelnheiten hat Ihre Majestät in ihrer Antwort auf die Denkschrift eingehen zu müssen geglaubt, und sie hofft, es werde zwischen ihr und dem Kurfürsten ein so gutes Einverständnis herrschen, daß, wie sie fortfahren wird, für die Behauptung der Succession alles zu thun was sie vermag, so auch an Ihre Majestät kein Verlangen gerichtet werden wird, als ein solches, welches geeignet ist gewährt zu werden."

„Gegeben an unserem Hofe in Kensington, dem 19. Juni 1714, im dreizehnten Jahre unserer Regierung."

Diese Antwort, vom 19./30. Juni, gelangte zur Kunde des Kurfürsten Georg Ludwig erst nach der ersten Audienz des Grafen Clarendon, die am 27. Juli/7. August stattfand,[1]) und übte daher auf die Weiter-Entwickelung des Verhältnisses der Höfe von Herrenhausen

[1]) Clarendons Bericht vom 7. August, in Coxe's Memoirs of Sir Robert Walpole vol. II, p. 41.

und Kenſington keine Wirkung. Sie hat daher nur den geſchichtlichen Werth, zu conſtatiren, bis zu welcher Kraft der Einfluß Bolingbrokes auf die Königin bereits gediehen war. Denn die Antwort, deren Ton kaum höflicher iſt als derjenige der drei Briefe einen Monat zuvor, enthält kurzweg den Abſchlag aller derjenigen Forderungen, welche die kurfürſtliche Denkſchrift vom 7. Mai im Intereſſe der Sicherung der Thronfolge als nothwendig aufgeſtellt hatte.

Die Proclamation gegen den Prätendenten.

Bolingbroke war indeſſen noch nicht Herr der Situation.

Bevor der neue hannöverſche Geſandte Bothmar aus dem Haag aufbrach, übergab er dem dortigen Reſidenten Klinggraef ein Schreiben des Kurfürſten an die Generalſtaaten, einzureichen auf die Nachricht des Todes der Königin Anna, in welchem der Kurfürſt ſie aufforderte, ihre Pflicht gemäß dem Barriere-Vertrage zu erfüllen.[1]) Bothmar und Clarendon kreuzten einander auf der Themſe. Jener, von Vielen in London mit Ungeduld erwartet, weil er in Betreff der Regentſchaft anſtatt der Ernennungs-Documente der Kurfürſtin Sophie, die durch ihren Tod ungültig geworden waren, neue Documente des Kurfürſten mitbringen mußte, traf ein am 24. Juni/5. Juli. Er fand die Lage der Dinge etwas verändert vor.

Am 22. Juni/3. Juli begann der kaiſerliche Reſident Hoffmann ſeinen Bericht an den Kaiſer mit den Worten: „Allhier wird von nichts Anderem geredet als von der Frage, welcher der zwei Miniſter, Oxford oder Bolingbroke, bei der Königin die Oberhand behalten und den anderen hinausdrängen werde.“ Bei der Fortſetzung des Berichtes kam ihm dann eine andere wichtige Nachricht zu, die er in die Worte kleidet: „Es iſt eine königliche Proclamation erlaſſen, welche auf den Kopf des Prätendenten 5000 Pfund Sterling ausſetzt.“[2])

Die Proclamation war die That Oxfords. Indem er bei der Königin den Boden unter ſich wanken fühlte, ſuchte er nach Stützen

---

[1]) Macpherson's Original papers vol. II, p. 632.

[2]) Hoffmanns Bericht vom 3. Juli.

im Parlamente und in der Meinung der Nation.[1]) Als das geeignete Mittel erschien ihm eine auffallende Erklärung zu Gunsten des Hauses Hannover, ausgehend von dem Cabinet der Königin. Die Aussicht dafür lag nicht ungünstig. Bereits im Anfange der Session hatte das Oberhaus in einer Adresse an die Königin den Wunsch ausgesprochen, daß auf den Kopf des Prätendenten, im Falle seiner Landung, ein Preis ausgesetzt werden möge (S. 557 u. f.). Die Minister hatten damals dem Antrage die Spitze abgebrochen durch den Einwand: die Bestimmung des Zeitpunktes, wann dies geschehen solle, müsse der Königin vorbehalten bleiben. Lord Oxford erklärte nun im Conseil vom 21. Juni/2. Juli: dieser Zeitpunkt sei gekommen; denn jegliche Post bringe neue Kunde von den Werbungen des Prätendenten. Gerade am selben Tage war die Nachricht eingelaufen, daß in Irland drei Officiere solcher Werbungen überführt, des Hochverrathes schuldig erklärt und gehängt seien.

Das Cabinet bestand aus zehn Mitgliedern: Oxford, Shrewsbury, Dartmouth, Poulett und dem Bischofe von London; ferner Bolingbroke, Buckingham, Ormond, Harcourt, Bromley. Der Antrag kam fast allen unerwartet. Nur Shrewsbury war mit Oxford im Einverständnisse.[2]) Dieser schlug einen Preis von 100.000 Pfund Sterling vor.

Bolingbroke wagte nicht gegen den Antrag zu reden. Er entschuldigte sich nachher bei den Jacobiten damit, daß er durch einen Widerspruch sich bloß gegeben haben würde.[3]) Es ist möglich, daß Shrewsbury aus dem Vorgange die Erfahrung mitnahm, daß Bolingbroke sich überraschen lasse. Dieser versuchte dagegen, den Antrag illusorisch zu machen durch den Ansatz einer Summe, die nach dem Verhältnisse jener anderen wie ein Spott erschien. Aber er hatte dafür einen Präcedenzfall. Er bezog sich auf das Beispiel der Procla-

---

[1]) Nach den Berichten Hoffmanns.

[2]) Macpherson's Original papers vol. II, p. 631. Der Secretär Gödeke an Robethon, 6. Juli. Eben so Bolingbroke zu den Jacobiten, in Lockhart Papers vol. I, p. 472.

[3]) Die angeregte Stelle bei Lockhart. — Vergleiche auch Bolingbrokes Aeußerung in dem Berichte Ibervilles an Torcy, in Lord Mahon's History of England vol. I, p. 88.

mation des Königs Jacob II., von 1685, gegen den Herzog von Monmouth. Dieselbe setze 5000 Pfund aus. Er beantragte dieselbe Summe. Dagegen waren die Worte jener Proclamation: lebendig oder todt — schon in Anlaß der früheren Adresse des Oberhauses verneint. In der Voraussicht, daß der Vorschlag der ersten Summe sich herstellen ließ, gab Oxford nach. Die Proclamation, welche gemäß dem Beschlusse des Cabinets die Königin am nächsten Tage, dem 22. Juni/3. Juli, ausgehen ließ, lautete auf Gefangennahme, im Falle der Landung, mit dem Preise von 5000 Pfund Sterling.

Der Beschluß des Cabinets für eine solche Proclamation hatte eine merkwürdige Wirkung zunächst auf die Königin selbst. Drei Tage zuvor hatte sie jene Antwort Bolingbrokes auf die hannöversche Denkschrift gutgeheißen, die in Inhalt und Form nicht als ein Meisterstück der Höflichkeit gelten kann. Nun aber, am Tage des Erlasses der Proclamation, erhielt der andere Staats-Secretär, Bromley, von der Königin den Auftrag, dem Grafen Clarendon zur Instruction ein Schreiben nachzusenden, welches einen ungleich freundlicheren Ton anschlägt.[1]) Es beginnt mit den Worten: „Da die Königin nichts so sehr erstrebt als daß Sie im Stande sein mögen, eine feste und völlige Freundschaft zwischen Ihrer Majestät und dem Hause Hannover zu vermitteln, so habe ich den Auftrag Ew. Lordschaft zu eröffnen, daß, wenn Sie zu dem Kurfürsten über diese gute Neigung Ihrer Majestät reden, Sie ihm zu verstehen geben mögen, daß sie darin auf die entsprechende Erwiederung hofft."

Die Königin will alles thun, sagt weiter das Schreiben, was zur Sicherung der Thronfolge des Hauses Hannover beitragen kann, wenn es nur vereinbar ist mit dem ruhigen Besitze der Krone für ihre Lebenszeit. Der Kurfürst möge sich darüber frei aussprechen, und besonders möge er, wenn er einen Verdacht habe, die Gründe desselben angeben. Er möge sich darauf verlassen, daß die Königin in ihrem Dienste Niemanden dulden werde, der andere Absichten habe.

Es folgt dann eine Besprechung der Angelegenheit des Kurprinzen, welche zeigt, daß ungeachtet aller Drohung die Furcht vor dessen Ueberkunft noch nicht beschwichtigt war. Sie lautet wie folgt.

---

[1]) Macpherson's Original papers vol. II, p. 628.

„Bei Ihrer Ankunft in Hannover werden Ew. Lordschaft in Erfahrung bringen, welchen Entschluß jener Hof über eine Herüberkunft des Kurprinzen gefaßt hat. Denn die Forderung des Writ für ihn hat ja die Erwartung erregt, daß sie bald beabsichtigt werde. Ew. Lordschaft werden heraus finden, ob ein solcher Entschluß entweder gefaßt, oder suspendirt ist, oder daß der Entschluß gefaßt ist, ihn nicht kommen zu lassen ohne Ihrer Majestät Bewilligung und Einladung."

Im ersteren Falle soll der Gesandte nochmals die Kränkung hervorheben, die darin für die Königin liege, ferner das Unzeitige und selbst die Gefahr.

„Wenn aber der Entschluß gefaßt ist, daß der Herzog von Cambridge nicht ohne die Erlaubnis und die Einladung der Königin kommen soll, so werden Ew. Lordschaft dem Kurfürsten zu erkennen geben, daß diese Deferenz und dieser Respect die Königin so sehr verpflichten wird, daß er davon alle gute Wirkung hoffen kann."

Nun hatte aber der Kurfürst nicht bloß Einmal, sondern seit Jahren unablässig verkündet, daß er in englischen Angelegenheiten nicht handeln werde ohne Vorwissen und Genehmigung der Königin. Es war landkundig, daß er eben zuvor darum seinen Gesandten Schütz desavouirt hatte. Der Auftrag an Clarendon also beweist, daß an dem Mistrauen der Königin bisher nicht bloß Worte, sondern auch die Thatsachen abgeprallt waren.

Clarendon führte seinen Auftrag aus, und, obwohl bei der Ankunft seines Berichtes darüber das Auge der Königin bereits erloschen war, so ist es doch, zur Klarstellung der geschichtlichen Wahrheit, zweckmäßig, den Verlauf der Sache des Writ mit den eigenen Worten des Kurfürsten zu vernehmen. Auf die Erwähnung derselben erwiederte er dem Gesandten:[1]) J'espère que la reine n'a pas cru que cela s'est fait par mon ordre. Je vous assure que cela a été fait à mon insu. La défunte Electrice avoit écrit à Schutz, sans que je l'aye su, pour s'informer pourquoi le prince électoral n'avoit

[1]) Coxe, Memoirs of Robert Walpole vol. II, p. 42. Clarendon selber hat seinem Berichte in englischer Sprache die Worte des Kurfürsten französisch eingefügt. Deshalb belasse ich sie so.

pas eu son writ, puisqu'elle croyoit qu'on les envoyoit à tous ceux qui étoient pairs, et lui, au lieu de cela, alla demander le writ, même sans l'ordre de l'Electrice. Je ne feray rien qui puisse, en aucune façon, choquer la reine, à qui nous avons tant d'obligations.

Kehren wir zurück zu dem Verlaufe der Dinge in England, zu der Wirkung der Proclamation auf das Parlament.

Wie war die Regierung durch den Erlaß dieser Proclamation so weit abgewichen von der Linie des Verfahrens, welche sie im Beginne dieser Session des Parlamentes inne gehalten hatte! Damals hatte die Königin in der Thronrede mit lebhaftem Ausdrucke erklärt, daß die hannöversche Succession unter ihrer Regierung nicht in Gefahr stehe. Aus den Antworts-Adressen beider Häuser hallte dieselbe Erklärung zurück, und zwar in noch stärkerem Tone. Und noch einmal später hatte sich in beiden Häusern die Mehrheit, wenn auch bereits etwas zerbröckelt und geschmolzen, dennoch gehorsam und gefügig gefunden zu derselben Erklärung.

Und nun erließ dieselbe Regierung, ohne daß von außen her eine gewichtige neue Thatsache herangetreten war, überhaupt ohne dringende Nöthigung, eine Proclamation, welche indirect gerade dasjenige anerkannte, was man früher so geflissentlich verneint hatte, eine Proclamation, welche gerade durch diese Anerkennung die Gemüther sehr tief erregen mußte. Die Proclamation gab den Anhängern der hannöverschen Succession, ob Whigs, ob Tories, die nicht mehr zu bestreitende Vollmacht, die Gefahren für die gesetzlich festgestellte Succession mit allem Nachdrucke geltend zu machen.

Am nächsten Tage beantragte im Oberhause der Graf Nottingham, an die Königin eine Dank-Adresse für diese Proclamation zu richten. Mehrere Reden in gleichem Sinne folgten. Der Graf Wharton rief aus: „Unglückliche Fürstin, wie sehr ist ihre Stellung verändert! Wird die Nachwelt glauben, daß eine so große Königin, welche die übergreifende Macht Frankreichs reducirt, Spanien einen König gegeben, eine Königin, deren Minister sogar es vermögen, den Kaiser und die Generalstaaten zum Zittern zu bringen, daß diese Königin nicht die Macht besitze, bei einem so geringen, so unbedeutenden Fürsten wie dem Herzoge von Lothringen die Erfüllung ihres gerechten Wunsches

durchzusetzen, daß er den Prätendenten ihrer Krone aus seinem Lande entferne?“[1])

Gegen den Antrag des Grafen Nottingham ward kein Widerspruch laut. In die Adresse ward die Bitte und der Rath an die Königin aufgenommen, nicht bloß die früheren Allianzen mit europäischen Mächten zu erneuern, sondern auch sie einzuladen, besonders den Kaiser und den König von Preußen, in die Garantie der Thronfolge des Hauses Hannover miteinzutreten und, zum Zwecke der Entfernung des Prätendenten, auf den Herzog von Lothringen einen Druck auszuüben.

Auf die Ueberreichung der Adresse am nächsten Tage sprach die Königin ihren Dank aus, daß das Oberhaus ihre Bemühungen für die protestantische Thronfolge anerkennt, und fügte die Versicherung hinzu, daß sie fortfahren werde alles zu thun, was sie für nothwendig erachte, die Religion und die Freiheit ihres Volkes zu bewahren und den leeren Hoffnungen des Prätendenten ein Ende zu machen.

Im Unterhause beantragte desgleichen der Ritter Freeman, ein angesehenes Mitglied der Tory-Partei, eine Dank-Adresse für die Proclamation. Auch dort erhob sich kein Widerspruch. Aber man ging weiter. Der Graf Hertford, Sohn des Herzogs von Somerset, beantragte, daß das Unterhaus der Königin als fernere Belohnung für die Gefangennahme des Prätendenten, im Falle der Landung, die Summe von 100.000 Pfund Sterling zur Verfügung stellen möge. Der Staats-Secretär Bromley wandte ein, daß ein solches Hinausgehen über den Ansatz in der Proclamation der Königin wider den Respect verstoße. Man ging darüber hinweg. Unter den Rednern für die Adresse trat voran Harley, ein Bruder des Grafen Oxford. Zuletzt ward die Adresse einstimmig angenommen, und am 28. Juni/9. Juli von dem Sprecher mit dem gesammten Hause der Königin in Kensington überreicht. Sie sprach mit ihrem Danke die Hoffnung aus, daß das Mit-Eintreten der Commons den gewünschten Erfolg haben werde, die Besorgnisse zu zerstreuen und die Gemüther zu beruhigen.[2])

Es blieb nicht unbekannt, daß Oxford die im Unterhause beschlossene Summe zuerst im Cabinetsrathe vorgeschlagen hatte.[3])

---

[1]) Lords Debates vol. II, p. 430.

[2]) Commons Debates vol. V, p. 150. — Hoffmanns Bericht vom 6. Juli.

[3]) Desgleichen.

Die Sache war damit noch nicht zu Ende. Bei der Berathung der Dank-Adresse im Oberhause hatte Bolingbroke, der nicht von Anfang an zugegen gewesen war, mit dem Ausdrucke des Erstaunens über ein solches Vorgehen geäußert: es gebe einen wirksameren Weg, die Succession des Hauses Hannover zu sichern. Auf die Anforderung sich näher zu erklären, entgegnete er: es müsse eine Bill eingebracht werden, welche jegliche Anwerbung für den Prätendenten für Hochverrath erkläre. Lord Halifax nahm ihn beim Worte. Obwohl, sagte er, nach den bereits bestehenden Gesetzen eine solche Bill überflüssig sein würde, so ließe sich doch vielleicht durch Zusätze etwas Gutes daraus machen. Demgemäß ward der Entwurf eingebracht. Das gesammte Haus constituirte sich als Comité, um unter Bolingbrokes Vorsitz über die Bill zu berathen.[1])

Es dürfte fraglich sein, ob dabei irgend einem derjenigen Mitglieder des Oberhauses, die für die Sicherheit der Thronfolge des Hauses Hannover fürchteten, es zweifelhaft gewesen sei, auf welche Persönlichkeit in England zuerst sich der Verdacht der Thätigkeit für den Prätendenten zu richten hatte.

In diesem Comité gingen diejenigen Mitglieder, welche sich zumeist am Reden betheiligten, die Lords Halifax, Townshend, Cowper, Somers, Wharton, hauptsächlich darauf aus, die Gefahr vor Frankreich darzulegen. Der Prätendent, meinten sie, sei an sich unbedeutend und nur in so weit zu fürchten, als er seinen Schutz und seine Stütze an dem Könige von Frankreich finde, dessen Interesse und beharrlicher Plan es sei, ihn in Groß-Britannien einzusetzen.[2])

Die Worte enthalten den eigentlichen und wirklichen Grund der Abneigung gegen den Prätendenten. In der populären Rede ward die Religion vorangestellt; aber wir Spätere haben dabei uns immer gegenwärtig zu halten, daß für das damalige England die Worte: Popery and France sich in einen untrennbaren Begriff verschmolzen.

Wir Spätere wissen ferner, bereits aus den Worten Ludwigs XIV. an Mesnager bei dessen Sendung nach England im Jahre 1711, daß dieser König nicht den Willen hatte für den Prätendenten etwas zu

---

[1]) Lords Debates vol. II, p. 432.

[2]) A. a. O.

thun, wobei sein eigenes Interesse Schaden leiden könne (S. 189 u. f.). Wir haben ferner von Berwick vernommen, daß die französische Politik die Erkenntnis, von Oxford in der Sache des Prätendenten getäuscht worden zu sein, leicht darum verschmerzte, weil es mit Oxford und vermittelst der hoffenden Jacobiten seine Geschäfte gemacht hatte.

Dennoch hatte die französische Politik eben damals, im Juni, wieder einen Schritt gethan, der in London die Besorgnisse neu erregte. Zur Begründung jener Bitte und jenes Rathes in der Dank-Adresse des Oberhauses an die Königin, daß sie außer dem Kaiser auch den König von Preußen zur Garantie der Succession auffordern möge, war im Oberhause geltend gemacht, daß ein sehr großer Potentat dem preußischen Hofe vorgeschlagen habe, sich in der englischen Successionssache neutral zu verhalten.[1])

Ueber diesen Vorschlag und den Stand der Dinge überhaupt berichtet am selben Tage der kaiserliche Resident Hoffmann wie folgt.

„Der Vorschlag ist in der That von Frankreich an Preußen geschehen und ein genugsames Zeichen, daß man in Vorbereitung steht, den Prinzen von Wales herüber zu senden. So viel sich aber in hiesigen Sachen vorher sehen läßt, so dürfte das für Frankreich eine sehr gefährliche Unternehmung sein, die es in einen neuen Krieg mit England verwickeln würde. Denn unter den vermögenden Personen, die etwas zu verlieren haben, sind sicherlich wenige, weder von der einen Partei, noch von der anderen, dem Prinzen von Wales zugethan. Die wohlhabenden Katholiken wünschen sein Kommen nicht, aus Furcht, in dem dann unvermeidlichen innerlichen Kriege zuerst geopfert zu werden. Die Whigs und mit ihnen die wohlgesinnten Tories haben zwar den liederlichen Frieden nicht verhindern können, weil die Masse der Nation, ein Torrens also, dem man nicht widerstehen kann, ihn verlangte. Allem Ansehen jedoch, wie sich die Sachen bereits dazu anlassen, werden sie die Succession des Hauses Hannover behaupten."

Demnach war es nicht bloß bei jenen Engländern, sondern auch vielfach sonst die allgemeine Meinung, daß der König von Frankreich irgend etwas zu Gunsten des Prätendenten unternehmen werde. Die geeignete Persönlichkeit zur Führung eines solchen Unternehmens war

[1]) Hoffmanns Bericht vom 6. Juli.

in vieler Beziehung der französische Marschall Herzog von Berwick. Jedenfalls lag es nahe, daß der Prätendent, im Falle einer Unternehmung, sich diesen seinen Halbbruder zum Anführer erbitten werde. Aber in dieser selben Zeit, wo täglich an allen Höfen Europas die Frage sich erhob, wie es um die Königin Anna stehe, und was geschehen werde nach ihrem Tode, entsendete Ludwig XIV. den Marschall Berwick nach Spanien, damit er das Commando gegen Barcelona übernehme. Am 22. Juni brach Berwick von St. Germain auf.[1])

Diese Thatsache scheint auf die Besorgnisse in England sehr wenig beschwichtigend eingewirkt zu haben. Vielmehr erzählte man, daß die Werbungen für den Prätendenten lebhaft fortgesetzt würden, daß er bereits Heerschau abgehalten habe, und daß es auf eine Landung in Schottland oder Irland abgesehen sei. Bereits, meinte man, lägen in verschiedenen Häfen von Frankreich Transportschiffe in privater Weise bereit.[2])

Es ist bei der Weise der damaligen französischen Politik, sich der Gerüchte zu bedienen, immerhin möglich, daß von dort aus mit Vorbedacht den Engländern der Anlaß zu ihren Besorgnissen gegeben wurde.

So war der Stand der Dinge beim Eintreffen des hannöverschen Gesandten Bothmar. Noch am selben Abend empfing er viele Besuche. Am 29. Juni/10. Juli hatte er seine Audienz bei der Königin in Kensington. „Sie antwortete mir, meldet er, in sehr gnädiger Weise. Ich finde sie blässer als früher; im Uebrigen sieht sie wohl aus und scheint sich gesund zu fühlen. Jedoch kann sie weder stehen noch gehen.“[3])

Die durch die Proclamation gegen den Prätendenten erregte Stimmung hielt an. Am 1./12. Juli überreichte der Gemeinderath von London der Königin eine ähnliche Dank-Adresse, wie diejenigen der beiden Häuser des Parlamentes. Es hieß, daß andere Städte dem Beispiele folgen würden.[4])

---

[1]) Mémoires de Berwick t. II, p. 108.

[2]) Macpherson's Original papers vol. II, p. 630. Gödekes Bericht an Robethon, vom 22. Juni/3. Juli.

[3]) A. a. O., p. 632.

[4]) Hoffmanns Bericht vom 13. Juli.

Dennoch darf man fragen, ob die hauptſächlichen Perſonen ſelber den durch dieſe Proclamation geführten Streich als ſo bedeutend anſahen. Bolingbroke nahm die erſte Gelegenheit wahr, dem franzöſiſchen Geſandten Iberville zu verſichern, daß in der Sache dies keinen Unterſchied machen werde.[1]) Aehnlich aber äußerte ſich auch Oxford ſelber in jener Correſpondenz, die er durch den pfälziſchen Reſidenten Steingens mit Schulenburg und Leibniz unterhalten ließ. „Wenn Sie Gewicht darauf legen, ſchreibt Steingens, daß das Parlament auf die Gefangennahme des Prätendenten einen Preis ausgeſetzt hat: ſo geſtatten Sie mir zu erwiedern, daß daſſelbe Parlament, welches im November einen Preis auf den Kopf Carls II. ſetzte, im März, wenn ich nicht irre, ihn als König zurückrief.“[2]) Es kommt hier weniger auf die Richtigkeit dieſer Daten an als auf den in dieſer Anführung liegenden Hinweis, daß Oxford ſelber nicht allzu viel auf dieſe Proclamation bauete.

Stand der Dinge bis zur Vertagung des Parlamentes.

Jedenfalls hatte Oxford, deſſen Urheberſchaft an der Proclamation nicht unbekannt blieb, bei den Freunden der Succeſſion des Hauſes Hannover dadurch einen Schritt vorwärts gemacht. Am 29. Juni/10. Juli zeichnet der kaiſerliche Reſident Hoffmann die Lage der Dinge wie folgt.[3])

„Zwiſchen dem Grafen Oxford und Lord Bolingbroke ſind die Sachen heute — ich ſage heute; denn der morgige Tag kann ein Anderes bringen — in dem Stande, daß Bolingbroke der Königin angehört, in dem ganzen Miniſterio aber Niemanden für ſich hat als den Lord-Canzler Harcourt. Die anderen Miniſter halten zu Oxford, wie auch die Whig-Partei und viele von den Tories. Durch dieſen Anhang behauptet er ſich noch bei der Königin gegen Bolingbroke. Dies kann aber nicht länger dauern als bis zur Vertagung des Parlamentes. Demnach muß Oxford entweder vor derſelben vermittelſt des Parlamentes ſeinen Nebenbuhler ſtürzen, oder nach dem Parlamente,

---

[1]) Lord Mahon, History of England vol. I, p. 88.
[2]) Die Werke von Leibniz, Band IX, S. 500.
[3]) Hoffmanns Bericht vom 10. Juli.

wenn die Königin wieder allein Meister ist, seiner Entlassung gewärtig sein."

Es lag daher in Bolingbrokes Interesse, daß die Vertagung beschleunigt wurde.

Aber die Jacobiten selber waren darin ihm hinderlich. Sie grollten ihm wegen der Proclamation, für welche sie seine Entschuldigung nicht gelten ließen. Einige gingen so weit zu sagen, daß er in der Angelegenheit der Rückstände von 1712 für die hannöverschen Truppen dem Kurfürsten nur seine Macht habe zeigen wollen: dann jedoch habe er Frieden und Vertrag mit ihm gemacht. Aber der Unmuth gegen ihn war Allen gemein, so sehr, daß sie einmal den Gedanken erwogen, ihm, wie sie es nannten, mit seiner eigenen Münze heimzuzahlen, und eine Adresse für eine Einladung des Kurfürsten einzubringen. Dann erschraken sie selber über dies Wagnis und ließen den Plan fallen. Aber etwa vierzig oder fünfzig von ihnen kamen überein, ihren Verdruß gegen das Ministerium dadurch kund zu geben, daß sie gegen die Geldbewilligungen stimmten, also im Vereine mit den Whigs die Geschäfte verzögerten.[1])

Nachdem dies Verhalten acht bis zehn Tage gedauert, ließ Bolingbroke den Jacobiten Lockhart, der zu jener Partei gehörte, eines Morgens zu sich bitten. Er fragte nach dem Grunde eines so unverantwortlichen Verhaltens. Lockhart entgegnete: wenn Bolingbroke und dessen Freunde für ihre letzten Schritte einen haltbaren Grund angäben, so sei auch er zu Gleichem bereit. Bolingbroke erwiederte: was geschehen, sei unvermeidlich gewesen. Oxford sei der Urheber. Aber mit diesem Manne sei es nun zu Ende. Er werde beseitigt werden, jedoch nicht eher als nach der Vertagung des Parlamentes. Denn im anderen Falle würde er zu den Whigs übergehen und Lärmen anrichten. Auch andere Ungelegenheiten könnten dazu kommen. Nach der Vertagung sei die Königin frei zu handeln nach ihrem Ermessen. Wenn dies geschehen, könne das Parlament in kurzer Zeit wieder zusammen treten und gut heißen und ratificiren, was inzwischen die Königin gethan. Dies um so mehr, da nach geschehener Sache und gewonnenem Spiele gar Manche herüber kommen würden.[2])

---

[1]) Lockhart Papers vol. I, p. 472.

[2]) A. a. O., p. 476.

„Bolingbroke, fügt Lockhart hinzu, nannte nicht die Herstellung des Königs; aber er drückte sich in einer solchen Weise aus, daß ich es nicht anders verstehen konnte. Er ersuchte mich, die anderen Mitglieder unserer Vereinigung aufzufordern, die Geschäfte zu erledigen, damit das Parlament vertagt werden könne."

Lockhart gab noch nicht nach. Zu oft, sagte er, seien sie durch schöne Versprechungen hingehalten: es fehle ihnen der Glaube. Bolingbroke entgegnete: „Bedenken Sie was Sie thun. In keinem Falle haben Sie Nutzen davon. Dagegen ist es durchaus nothwendig, daß die Session endet. Daß dann alles zu Ihrer Befriedigung gehen wird, darauf verpfände ich Ihnen mein Ehrenwort. Wenn ich darin mangelhaft erfunden werde, so beanspruche ich nicht, jemals wieder Vertrauen zu finden, und unterwerfe mich der schärfsten Rüge. Ist es denn nicht besser, noch einmal mein Wort anzunehmen als zu hindern?"

Lockhart erwiederte: er könne für die Anderen nicht bürgen und wolle sie nicht verlassen. „Dieselbe Antwort, sagte Bolingbroke, hat mir der Ritter Packington gegeben. Aber ich bitte Sie beide: versammeln Sie Ihre Parteigenossen, legen Sie ihnen meine Vorschläge vor und beschließen Sie dann."

So geschah es. Die Jacobiten traten zusammen und erwogen, daß aus ihrer Opposition gegen das Ministerium geringer Nutzen, dagegen große Gefahr erwachsen könne. Der Beschluß, wieder mit dem Ministerium zu gehen und die Geschäfte so schnell wie möglich zu erledigen, ward gefaßt. „Wir gingen, erzählt Lockhart, direct von dort ins Unterhaus, und votirten gerade das Gegentheil dessen was bisher." Die Whigs waren überrascht diesen Umschlag zu sehen, dessen Grund sie nicht kannten, höchstens vermutheten; aber es lag vor Augen, daß er auf ihre Kosten geschah.

Bolingbroke hatte gesagt, daß Oxford erst nach der Vertagung des Parlamentes entlassen werden solle. Demnach lag es im Interesse Bolingbrokes, daß Oxford über diesen gefaßten Entschluß vor der Vertagung nicht zur Klarheit kam.

Im Unterhause verlief fortan alles glatt, nicht jedoch im Oberhause. Dort hatte Oxford noch einen scharfen Pfeil im Köcher.

Das Oberhaus zog am 2./13. Juli den Handelsvertrag mit Spanien in Berathung. Der Graf Nottingham legte dar, daß nach der Unterzeichnung des Vertrages in Utrecht zu drei Artikeln desselben in Madrid Erläuterungen hinzugesetzt seien, und daß diese Erläuterungen den englischen Kaufleuten unmöglich machten, einen Handel nach Spanien ohne Verlust zu betreiben. Bolingbroke bestritt das. Ungeachtet seines Widerspruches lud die Mehrheit, zu welcher sich auch Oxford gesellte, eine Reihe der vornehmsten Kaufleute Londons zum Zeugnisse vor. Ihre Aussagen stimmten zu der Darlegung Nottinghams. Fortan schwieg Oxford. Nach langen Erörterungen beschloß das Oberhaus, durch eine Adresse die Königin um die Vorlegung aller betreffenden Papiere zu ersuchen, sowie um die Namen derjenigen Personen, welche die Ratification des Vertrages mit jenen Erläuterungen angerathen.[1])

Am 5./16. Juli brachten die Lords mit weißen Stäben die Antwort der Königin. Der Inhalt war, daß, nachdem der Königin dargelegt worden, daß die Erläuterungen zu dem Handelsvertrage mit Spanien dem Handel ihrer Unterthanen nicht nachtheilig, so habe sie eingewilligt dieselbe mit dem Vertrage zu ratificiren. — Die Königin ließ keine Namen nennen. Aber gerade um diese war es den Lords zu thun, und darum wurden scharfe Reden gegen die ungenügende Antwort laut. Man kam zu dem Beschlusse, in einer neuen Vorstellung die unüberwindlichen Schwierigkeiten darzulegen, welche jene Erläuterungen dem englischen Handel bereiteten. Es gelang jedoch der Hofpartei, den Beschluß das Ansuchen um die Nennung der Namen zu erneuern, abzuwehren. Ein jeder vermuthete diese Namen, nämlich Lord Bolingbroke und den ersten Commissär in Handelssachen, Arthur Moore. Für diese Vermuthung konnte nur Ein Mitglied des Oberhauses die feste Grundlage der Gewisheit geben, der Graf Oxford. Dann verblieb, aller Wahrscheinlichkeit nach, ihm der Sieg über Bolingbroke. Aber der Graf Oxford schwieg.

Das Verhalten dieses Mannes in der Sache zeichnet am Abende dieses Tages der kaiserliche Resident mit den folgenden Worten.[2])

---

[1]) Lords Debates vol. II, p. 433.

[2]) Hoffmanns Bericht vom 17. Juli.

„Als der Handelsvertrag mit Spanien im Oberhause vorgenommen wurde, erwartete man, der Graf Oxford würde sich öffentlich gegen Lord Bolingbroke erklären und darthun, daß dieser aus eigener Macht und ohne Vorwissen des Cabinetsrathes die drei besonderen Erläuterungs-Artikel in den Vertrag mit aufgenommen und zur Ratification vorgelegt hat. Dies nämlich hatte der Graf Oxford selber den Whigs an die Hand gegeben. Es lag also eine für Bolingbroke ganz unverantwortliche Sache vor, vermittelst deren Oxford ihn stürzen konnte. Anstatt sich jedoch zu erklären, wie er den Whigs vorher versichert, hat er wenig oder nichts dazu gesagt, mithin den Whigs und sich selber die Gelegenheit zum directen Angriffe auf Bolingbroke entzogen. Entweder also hat er, aus Furcht vor Gegenbeschuldigungen, dazu nicht das Herz gehabt, oder er will, in der Hoffnung sich zu erhalten, noch immer mit dem Hofe auf gutem Fuße bleiben, wo er doch seit Monaten nicht mehr als Minister fungirt. Er hat aber die Königin das Dissimuliren, dem sie ohnehin ergeben, allzu viel gelehrt, um nicht selbst die Wirkung davon zu fühlen. Wie denn Niemand mehr daran zweifelt, daß er nicht erster Tage entlassen, Bolingbroke an seine Stelle gesetzt, und eine völlige Veränderung im Ministerio vorgenommen werden wird." — „Aber dem Grafen Oxford ist es fast nicht möglich, in etwas, es sei was es wolle, den geraden Weg zu gehen, namentlich im Verkehre mit Personen, die ihn kennen und die wissen, wie wenig auf sein Wort zu geben ist."

Wesentlich übereinstimmend mit dieser Charakteristik des Verhaltens von Oxford lautet diejenige, die Bothmar nach Hannover einschickte. Nur hob Bothmar noch stärker die Furcht Oxfords hervor, daß der Sturz Bolingbrokes, den er herbeiführen konnte, ihn selber mit verwickelt haben würde.[1])

Die Antwort der Königin auf die erneute Vorstellung bestand in der allgemeinen Versicherung, daß sie sich den Handel ihrer Unterthanen, besonders denjenigen nach Spanien sehr angelegen sein lasse. Aber das Oberhaus setzte seine Berathungen fort. Es ersuchte das Unterhaus, diejenigen Mitglieder, welche als Commissäre für Handel und Colonien fungirten, herauf zu senden. Das Unterhaus willfahrte.

[1]) Macpherson's Original papers vol. II, p. 634.

Die Fragen an Arthur Moore zogen sich enger. Die Aussagen von Zeugen wurden belastend für ihn. Die Untersuchung erstreckte sich weiter auf den Assiento-Vertrag. Es stieg der starke Verdacht empor, daß der Antheil, den die Königin sich daran vorbehalten, dem Lord Bolingbroke, der Lady Masham und Arthur Moore zu gute komme. Nach langen Erörterungen ward eine von Lord Anglesea beantragte Adresse angenommen, die mit den Worten schloß, daß die Königin geruhen wolle, die auf sie entfallenden Vortheile solcher Art für das öffentliche Wohl zu verwenden.[1])

Die Antwort der Königin lautete ausweichend. Sie habe immer, sagte sie, auf den Rath des Hauses einen großen Werth gelegt. Was die gewünschten Einzelnheiten betreffe, so werde sie darüber so verfügen, wie sie es ihrem Dienste für best angemessen erachte.

Die Antwort, am 9./20. Juli, befriedigte nicht, namentlich nicht den Lord Anglesea, der die Adresse gemacht hatte. Es erhoben sich Klagen über das Schweigen der Königin in Betreff der Namen derjenigen, welche die Ratification des spanischen Handelsvertrages mit den Erläuterungen angerathen. Die Reden wurden heftiger. Es ward später allgemein die Ansicht ausgesprochen, daß bei Fortsetzung dieser Debatten das Oberhaus dahin gekommen sein würde, Tadel über Arthur Moore zu verhängen, und ihn dann der Anklage zu überweisen. Ja Viele meinten, die Lords würden ihren Unwillen über das Verhalten Moores und Bolingbrokes in Betreff des Handelsvertrages mit Spanien so weit getrieben haben, sie beide in den Tower zu senden.[2])

Allein der heftige Redekampf nahm ein Ende durch das Erscheinen der Königin im Ornate. Sie ließ das Unterhaus an die Schranken bescheiden, und sanctionirte eine lange Reihe von Bills. Dann verlas sie ihre Thronrede, in welcher sie nach dem Danke für die erfolgten Bewilligungen die Wiederberufung im Beginne des Winters in Aussicht stellte. Sie schloß mit den Worten: „Mein hauptsächliches Bemühen ist, Euch und Eueren Nachkommen unsere heilige Religion

---

[1]) Lords Debates vol. II, p. 437.

[2]) A. a. O. — Bothmars Bericht in Macpherson's Original papers vol. II, p. 635.

und die Freiheit meiner Unterthanen zu bewahren, und die gegenwärtige und die künftige Ruhe meiner Königreiche zu sichern. Aber ich muß Euch offen sagen, daß diese wünschenswerthen Ziele niemals erreicht werden können, wenn nicht auch Ihr Eurerseits dieselbe Neigung beweist, wenn nicht aller grundlose Argwohn, welcher Spaltungen unter Euch hervorruft und nährt, zum Schweigen gebracht wird, und wenn Ihr nicht für meine gerechten Prärogativen und für die Ehre meiner Regierung dieselbe Rücksicht beweist, die ich immer für die Rechte meines Volkes bewiesen habe."[1])

Alsdann vertagte der Lord-Canzler im Namen der Königin das Parlament auf den 10. August.

Waren schon die Lords des Oberhauses erregt gewesen, durch die Antwort der Königin auf ihre letzte Adresse, so stieg der Unmuth bei ihnen wie bei vielen Mitgliedern des Unterhauses durch diesen Schluß der Thronrede. „Das Eine wie das Andere, meldet der kaiserliche Resident Hoffmann, wird dem Lord Bolingbroke zugeschrieben, als dessen Uebermuth und Violenz nichts zu vergleichen ist."[2])

„Es wird versichert, meldet darüber Bothmar, daß Bolingbroke in der nächsten Session heftig angegriffen werden soll. Allein, da er selber dies besorgt, so ist zu fürchten, daß er vorher den Prätendenten herüber bringt, um sich selber zu sichern und den großen Plan auszuführen, von welchem er die Vollendung des Glückes erwartet, die sein Ehrgeiz ihm verheißt."[3])

Vernehmen wir über diese Lage der Dinge auch die Ansicht des Jacobiten Lockhart.

„Etwa eine Stunde nach der Vertagung, erzählt er, traf ich den General Stanhope, verdrossenen Angesichtes in Westminster Hall auf- und abwandelnd. Ich fragte ihn, was es mit ihm sei; denn er scheine mir sich unbehaglich zu fühlen, wo doch Jedermann sich freue, nun hinaus aufs Land gehen zu können. Er antwortete, daß jeder gute Brite Ursache habe unmuthig zu sein. Ich erwiederte, daß ich mich auch für einen wahren Briten hielte und dennoch sehr guten Muthes

---

[1]) Commons Debates vol. V, p. 154.

[2]) Bericht vom 20. Juli.

[3]) Macpherson's Original papers vol. II, p. 636.

sei. ‚Wie, sagte er, dann haben Sie, wie es scheint, die Rede der Königin nicht erwogen.‘ — ‚Freilich habe ich das, versetzte ich, und habe mich darüber gefreut; denn ich meine, sie redete als Herrscherin.‘ — ‚Das ist wahr, sagte er, denn nach ihren Worten zu schließen, sehe ich fortan unsere Freiheiten wie verloren an.‘ — ‚Ich wünsche, sagte ich, von ganzer Seele, daß dem so wäre.‘ — ‚Was? fragte er, erklären Sie sich offen für den Prätendenten?‘ — ‚Den Prätendenten? — versetzte ich — ich dachte nicht einmal an ihn; aber da Ihr Engländer uns Schotten zu Sclaven gemacht habt, so würde es mich freuen, Euch auf denselben Stand herab gebracht zu sehen. Dann wären wir beiderseits auf gleichem Fuße, und das, wissen Sie ja, ist auch in anderen Fällen erforderlich, die Union vollständig zu machen.‘ — ‚Nun, nun, fuhr er heraus, es ist kein Scherz, Ihr werdet Eueren Prätendenten bekommen, und werdet es, dafür bürge ich Euch, bald bereuen.‘ — Nach diesen Worten eilte er in heftiger Erregung fort.“[1])

„In Wahrheit, fügt Lockhart hinzu, war er nicht der Einzige, der so dachte. Vielmehr sahen Alle, Whigs und Tories, die Herstellung des Königs als von der Königin und ihren Räthen beschlossen an, und schauten voll Erwartung dem Fortgange eines so wichtigen Unternehmens und dem Ende einer solchen Krisis entgegen.“

Entlassung des Treasurers Oxford und Tod der Königin Anna.

Entlassung Oxfords.

Noch vor der Vertagung des Parlamentes hatte sich etwas ereignet, was mehr noch als früher die Forderung des Writ ohne Vorwissen der Königin, auf eine unfreundliche Gesinnung des Hofes von Hannover gegen sie zu deuten schien. Am 6./17. Juli erschien der Staats-Secretär Bromley bei dem Gesandten Bothmar, um Beschwerde zu führen, daß die Handschreiben der Königin, vom 19./30. Mai, an die Kurfürstin-Witwe und an den Kurprinzen, in London gedruckt zum Verkaufe ausgeboten würden. Bothmar entgegnete, daß er davon keine Kenntnis habe. Er berichtete weiter nach Hannover, daß die-

[1]) Lockhart Papers vol. I, p. 479.

jenigen, welche die Ueberkunft des Kurprinzen wünschten, die Publication übel aufnähmen, weil daraus die Bevölkerung ersähe, wie sehr die Königin diesem Wunsche abgeneigt sei.[1])

Bromley meldete ferner die Sache an den Gesandten Clarendon in Hannover. „Da Abschriften von diesen Briefen nur von Hannover her erlangt sein können, fuhr er fort, so ist es der Befehl Ihrer Majestät, daß Sie dem Kurfürsten dies bemerklich machen, und zu erkennen geben, daß die Königin unangenehm berührt ist durch eine Behandlung, welche sie nicht verdient zu haben glaubt."[2])

Die Königin verlangt also nicht zuerst eine Untersuchung, wie etwas so Auffallendes habe geschehen können, sondern mißt, ohne weiter zu fragen, dem Kurfürsten selber die Urheberschaft einer Handlung zu, die mit seinen Versicherungen durchaus nicht im Einklange stand. Aber es lag doch wenigstens die Frage nahe, warum, wenn die Sache von dem Kurfürsten ausging, und demnach ein feindseliger Act war, nicht alle drei Briefe vom 19./30. Mai veröffentlicht waren, und namentlich derjenige an den Kurfürsten selber, als der, nach Verhältnis, schroffste von allen?

Die Thatsache, daß nur jene zwei Briefe veröffentlicht waren, führt auf die Spur der Stelle, von welcher aus die Veröffentlichung erfolgte. Wir haben (S. 588) vernommen, daß bei der Ankunft jener drei Briefe in Hannover Molineux, der Agent Marlboroughs, dort anwesend war, daß die Kurfürstin Sophie aus dem erhaltenen Briefe vor ihm so wenig ein Geheimnis machte, daß sie ihn für Marlborough eine Abschrift nehmen ließ, und daß sie eben so verfuhr mit dem Briefe an den Kurprinzen.[3]) Sie beide trugen kein Bedenken, daß die Briefe zur Kunde der Freunde in England kamen. Aber die Aeußerungen solcher Art fielen in der ersten Aufregung. Die andere dort erwähnte Aeußerung der Kurfürstin, vom Tage des Empfanges des Briefes, dem 6. Juni, lautet noch bestimmter, nämlich: „Ich werde diesen gnädigen Brief drucken lassen, um aller Welt zu zeigen, daß es

---

[1]) Macpherson's Original papers vol. II, p. 633. — Bothmars Bericht vom 6./17. Juli.

[2]) A. a. O., p. 639.

[3]) Daß nur von diesen zwei Briefen die Rede, ergibt positiv das Schreiben der Kurprinzessin Caroline an Leibniz, in Werke von Leibniz Bd. IX, S. 453.

nicht meine Schuld gewesen ist, wenn meine Kinder um die britische Krone kommen."[1]) Für den Fall des Bruches also in Anlaß der drei Briefe der Königin Anna sollte die Publication, im Sinne der Kurfürstin, eine Vertheidigung sein.

Aber der Kurfürst Georg Ludwig wollte nicht einen Bruch. Vielmehr erließ er an die Königin die zwei Handschreiben vom 13. und vom 15. Juni, deren conciliante Haltung die Wiederholung einer Provocation, wie sie in dem Handschreiben der Königin vom 19./30. Mai lag, moralisch unmöglich machte. Noch minder vereinbar war dann aber mit den Briefen des Kurfürsten vom 13. und vom 15. Juni eine Betheiligung oder auch nur eine Mitwissenschaft von seiner Seite um die Publication jener zwei Briefe der Königin. Denn dieser Act, an sich feindselig gegen die Königin, konnte der Sache der Succession in aller Beziehung nur schaden.

Da weder der Königin, noch dem Kurfürsten die Publication der Briefe genehm sein konnte, so bleibt nur übrig den Urheber an der dritten Stelle zu ersuchen, die erweislich Abschriften von den zwei publicirten Briefen besaß, nämlich bei Marlborough.

Molineux kehrte im Juli nach England zurück.[2]) Am 26. Juni/7. Juli schiffte er sich in Ostende mit günstigem Winde dahin ein. Am 6./17. Juli, also zehn Tage später, sprach Bromley bei Bothmar die Beschwerde aus, daß die Briefe gedruckt seien.[3])

Aber es erwächst dann die Frage: welches Motiv konnte Marlborough dabei haben?

Zunächst haben wir uns zu erinnern, daß sein Verhalten in Betreff der Succession immer doppelt gewesen war. Während er in Hannover für höchst vertrauenswürdig angesehen wurde, richtete er noch im März 1714 nach St. Germain Betheuerungen, welche allerdings Berwick dort als leere Worte ansah.[4])

Er weilte nun in Antwerpen, nicht jedoch, wie Viele meinten, im freiwilligen Exile. Wir haben gesehen, daß Ludwig XIV. durch Oxford, vermittelst der Vorlegung der Briefe Marlboroughs vom

---

[1]) Die Werke von Leibniz, Bd. IX, S. 459.

[2]) Macpherson's Original papers vol. II, p. 632.

[3]) A. a. O., p. 633.

[4]) Lord Mahon, History of England vol. I, p. 389.

Herbste 1708, ihn hatte hinausdrängen lassen (S. 410). Oxford war noch weiter gegangen. Indem er durch die Sendung seines Vetters Thomas Harley nach Hannover, im Frühlinge dieses Jahres, sich dort herzustellen suchte, hatte er ihm Original-Briefe Marlboroughs an den Prätendenten mitgegeben.[1]) Da dennoch das Verhalten des Kurfürsten gegen Marlborough sich nicht änderte, so ist anzunehmen, daß der Kurfürst die Briefe nicht für echt gehalten habe. Oxford mochte nicht wissen, daß von allen in England hervorragenden Persönlichkeiten vielleicht Niemand in Hannover ein geringeres Vertrauen besaß als gerade er.

Am 18. Juni schrieb Marlborough an Robethon in Hannover, daß seine besten Freunde in England ihm ihre Meinung ausgesprochen, seine Anwesenheit in England werde dem Dienste (also doch wohl des Kurfürsten) nützlicher sein als sein Verweilen außer Landes, und daß er deshalb beabsichtige, nach der Vertagung des Parlamentes dahin zurückzukehren.[2]) Zu diesen besten Freunden rechnete Marlborough jedenfalls nicht den Grafen Oxford; denn zugleich klagte er diesen an, er behaupte, für die Thronfolge des Hauses Hannover zu sein, während er doch in der ganzen Zeit seiner Macht keinen anderen Schritt gethan als direct dagegen.

Aber Marlborough berief sich für seine Rückkehr auf den Rath seiner besten Freunde in England. Demnach müßte man auf die Whig-Partei schließen. Aber Marlboroughs eigener Schwiegersohn, Lord Sunderland, und Lord Halifax, äußerten sich zu Bothmar, daß sie die Absicht Marlboroughs, bei dieser Krisis zurückzukehren, nicht begriffen.[3]) Sie vermutheten, der Treasurer Oxford könne ihn bewogen haben. — Dieselbe Meinung sprach Bolingbroke nach dem Haag hin zu Strafford aus.[4])

Allein die Anklagen, die eben damals Marlborough und Oxford wider einander vor dem Kurfürsten in Hannover erhoben, machen ein Zusammengehen der Beiden höchst unwahrscheinlich. Auch war es nicht die Absicht Marlboroughs, während der Krisis zwischen Oxford

[1]) Macpherson's Original papers vol. II, p. 638.
[2]) A. a. O., p. 627.
[3]) A. a. O., p. 636.
[4]) Bolingbroke's letters vol. IV, p. 567.

und Bolingbroke nach England zu gehen, sondern zuvor die Entscheidung derselben abzuwarten. Oxford hatte ihn zum Exile gezwungen. Der Fall dieses Ministers stellte ihm die Sicherheit der Rückkehr in Aussicht.

Eben darum liegt es nahe zu vermuthen, daß Marlborough, ungeachtet jener Meldung Bolingbrokes an Strafford, im Einverständnisse mit dem ersteren handelte. Diese Vermuthung wird zur Gewisheit durch eine Nachricht des Jacobiten Lockhart. „Marlborough, sagt er, begab sich nach Ostende, damit er auf Bolingbrokes Mahnung bereit sei zur Ueberfahrt, um im Vereine mit ihm gegen Oxford zu stehen." — „In diesem Falle, fügt Lockhart hinzu, ist es wahrscheinlich, daß alle Plane des Lords Bolingbroke zu Gunsten des Königs vereitelt und andere Ziele erstrebt wären. Ich habe auch von ziemlich guter Autorität — ob jedoch ganz zuverlässig, kann ich nicht sagen — vernommen, daß Bolingbroke sich auch bemühete, Marlborough für den König zu gewinnen und darin Fortschritte machte, daß jedoch der König, der zu gute Gründe hatte, ihm nicht zu trauen, als ein Pfand seiner Treue ein Anlehen von 100.000 Pfund Sterling forderte. Auf die Weigerung Marlboroughs gedieh die Sache nicht zum Abschlusse."[1])

Andererseits aber erfolgte auch so wenig ein Abbrechen zwischen dem Prätendenten und Marlborough, daß der Erstere noch ein Jahr später sich Berwick gegenüber erbot, eigenhändig an Marlborough zu schreiben und ihn aufzufordern, sich in England offen für ihn zu erklären.[2])

In wie weit, im Juli 1714, Marlborough und Bolingbroke zusammen gehen wollten, ist weniger wichtig, als daß, aller Wahrscheinlichkeit nach, die Absicht des Zusammen-Gehens vorhanden war. Zu dieser Absicht stimmte die Publication jener Briefe, welche, den Umständen nach, die Königin als einen feindseligen Act des Kurfürsten gegen sie betrachtete.

Auch nach der Vertagung des Parlamentes beharrte Oxford persönlich in der Meinung sich halten zu können. Andererseits war seine Aufmerksamkeit für die Vertreter des Kurfürsten augenfällig. Bolingbroke dagegen hielt eine solche Aufmerksamkeit für nicht vereinbar

[1]) Lockhart Papers vol. I, p. 460.

[2]) Lord Mahon, History of England vol. I, p. 401.

mit dem Dienste der Königin. „Das allein schon, meint Bothmar, deutet seine Absicht an, auch wenn man sonst davon gar keine Kunde hätte. Man darf mit Gewisheit voraussetzen, daß er, sobald die Leitung der Geschäfte völlig in seine Hände gelangt, rasch vorgehen wird.“ Noch am Tage der Entlassung des Parlamentes, 9./20. Juli, verlautete über die Grundzüge des demnächstigen Ministeriums, daß Bolingbroke Staats-Secretär bleiben, das Schatzamt dagegen in Commission gegeben werden solle.[1])

Es waren damals reichlich zwei Jahre verflossen seit jenen Juli-Tagen 1712, wo, nach Bolingbrokes Ansicht, die Königin Anna sich auf dem Gipfel ihrer Macht befand, wo, wie er meinte, Europa sich beugte vor ihr (S. 349). Anders sah er die Dinge an im Juli 1714. Es ist von Interesse zu vernehmen, wie er am 14. 25. Juli sich darüber aussprach zu Lord Strafford im Haag, der nicht ein Vertrauter seiner jacobitischen Entwürfe war.[2])

„Mein lieber Lord. In Folge der glorreichen Leitung, an welcher ja, wie es scheint, Niemand etwas auszusetzen haben darf, sind die Angelegenheiten der Königin in einem beklagenswerthen Zustande: Verachtung von außen, Verwirrung daheim. Wir, die wir weitaus die Mehrheit der Nation auf unserer Seite haben, lassen uns insultiren von der Minderheit. Wir, die wir das Verdienst beanspruchen, einen guten und populären Frieden gemacht zu haben, lassen uns Vorwürfe gefallen von denen, auf welchen die Schuld lastet, Versuche gemacht zu haben für die Fortsetzung eines zerrüttenden Krieges. Seit langem schon habe ich erwogen, daß dies alles nicht sein könnte, wenn nicht unser Führer im geheimen einverstanden wäre mit unserem Feinde, und ich glaube, daß es in England weder einen Whig noch einen Tory gibt, der darin nicht mit mir übereinstimmte.“

„Was die Königin thun wird sich diesem Wirrsal zu entwinden, aus welchem sie allein sich selber retten kann, weiß ich nicht. Das dagegen weiß ich, daß es keine Gefahr noch Mühe gibt, die ich für ihren Dienst nicht willig auf mich nähme, nur freilich Eine nicht, nämlich nicht die Gefahr ihres ferneren Vertrauens, für ein fünftes

---

[1]) Bericht Bothmars in Macpherson's Original papers vol. II, p. 634.

[2]) Letters and Correspondence vol. IV, p. 567.

Jahr, auf diejenige Führung, welche nun vier Jahre lang sie irre geführt hat."

„Leben Sie wohl, lieber Lord, und freuen Sie sich, daß Sie fern sind von diesen Scenen der Thorheit und der Schurkerei. Wenige Tage noch, und es wird viel entschieden sein. Sobald ich gewis bin, sollen auch Sie es sein."

Bolingbroke schrieb dies am 14./25. Juli. Die Königin hatte die Absicht gehabt, gleich nach der Vertagung des Parlamentes sich von Kensington nach Windsor zu begeben. Vorher jedoch sollte die Angelegenheit der Entlassung des Treasurers Oxford erledigt werden. Diese zog sich hin, einerseits, weil Oxford sich an jede Hoffnung und an jeden Schein einer Hoffnung zu klammern suchte, andererseits weil, wie es scheint, die Königin darüber nicht zum Entschlusse kommen konnte. Dem Treasurer blickte freilich die feindliche Gesinnung wider ihn aus jedem Worte und jeder Miene der Umgebung entgegen. Lady Masham, einst die Genossin seiner Minirarbeit wider Marlborough und Godolphin, fuhr ihn in ihrem eigenen Hause an mit den Worten: „Sie haben der Königin niemals einen Dienst erwiesen und sind nicht fähig ihr einen zu erweisen." — Oxford nahm die Worte schweigend hin, am Morgen des 15./26. Juli. Am selben Abende speiste er zusammen mit Bolingbroke bei Lady Masham. Vor seinen Freunden dagegen erging er sich in Reden von ten thousand bitches and kitchen wenches.[1])

Der Dechant Swift, mit Oxford und mit Bolingbroke befreundet, machte einen Versuch des Ausgleiches, nicht nach dem Wunsche der Wenigen, welche, durch Dankbarkeit an Oxford gebunden, wie sein erster Secretär Erasmus Lewis, Schmach und Schande von ihm abzuwehren suchten.[2])

„Niemals, schrieb Lewis nachher an Swift, bin ich in meinen Ansichten so weit von den Ihrigen abgewichen als in Betreff des Vorschlages, zwischen Oxford und seinen ehemaligen Freunden einen Aus-

[1]) So Erasmus Lewis, erster Secretär Oxfords, an den Dechanten Swift. British Museum. Add. Mss. Wotton papers vol. 4291.

[2]) Die vorgenannte Correspondenz. In derselben heißt Oxford the Dragon, Bolingbroke Mercurialis. Der Gefährte von M. ist der Lord-Canzler Harcourt. Der Prälat ist der Bischof von London, früher von Bristol.

gleich herzustellen. Immerhin kann ich Ihnen so weit beipflichten, mit Ihnen zu sagen, daß er durch seine Kleinlichkeiten zu seiner Ungnade mehr beigetragen als sie, oder als sie es auch nur in der Macht hatten zu thun. Aber als sie damals, wo er sich erbot, ihnen auf ihre eigenen Bedingungen zu dienen, sich weigerten irgend welchen Ausgleich zuzulassen, hätte ich lieber ihn als Leichnam gesehen denn als zahmen Diener derjenigen, die alle Schmähworte der Bosheit auf ihn gewälzt hatten. Wahrlich der Türke bringt nicht solche Ungeheuer hervor, wie Bolingbroke und seinen Gefährten und den Prälaten, welcher letztere jetzt offen behauptet, er sei Oxford zu nichts verpflichtet."

Noch am 20./31. Juli versicherte John Drummond von London aus den kaiserlichen Gesandten Heems im Haag, daß Oxford wieder fest stehe, daß die Königin ihn nicht fahren lassen werde. „Drummond, fügt Heems seiner Meldung hinzu, ist eine Creatur von Oxford: demnach muß doch wohl dieser sich noch mit der Hoffnung schmeicheln."

Er beharrte in dieser Hoffnung bis zum 23. Juli/3. August. An diesem Tage ließ Bolingbroke bei ihm die Formulare der königlichen Patente abfordern, durch welche das Schatzamt in Commission gegeben werden sollte. Die Forderung schnitt jede Hoffnung ab. Doch zog sich die Sache noch einige Tage hin wegen der zu ernennenden Commissäre. Der Unwille der Königin gegen Oxford scheint während dieser vier letzten Tage nur noch gestiegen zu sein. Am 23. Juli/3. August hieß es, daß er mit dem Titel eines Herzogs von Newcastle und bedeutender Pension ausscheiden solle: am 27. Juli/7. August war nicht mehr von Titel und von Pension die Rede, sondern nur von der völligen Ungnade der Königin.[1])

Diese gab sich sichtlich kund. An demselben Tage schrieb Erasmus Lewis an Swift: „Nicht die Entlassung erregt meinen Zorn, sondern die Art und Weise, in welcher sie geschieht. Die Königin hat allen Lords (des Cabinets) ihre Gründe für die Entlassung Oxfords angegeben mit den Worten: er vernachlässige alle Geschäfte; er rede selten verständlich; wenn er sich über etwas ausspreche, so könne sie sich auf die Wahrheit des Gesagten nicht verlassen; er komme niemals

[1]) Hoffmanns Bericht vom 7. August.

zu der von ihr angesetzten Stunde; endlich benehme er sich vor ihr nicht mit guter Art, ungebührlich und ohne Respect."[1])

Es gibt eine Tradition, daß dann noch, am letzten Abende, vor der Königin eine heftige Erörterung der zwei Minister statt gehabt und sich hingezogen habe bis zwei Uhr Morgens.[2]) Es ist kaum denkbar, daß, nach jenen Eröffnungen der Königin an die Lords, sie eine solche Debatte noch zugelassen habe. Der Verlauf der Dinge am 27. Juli/7. August war vielmehr wie folgt.[3])

Am Morgen des 27. Juli/7. August schrieb die Königin an Oxford den Befehl sein Amt niederzulegen. Er eilte nach Kensington, erhielt aber auf die Anmeldung die Antwort, daß die Königin ihn nicht sprechen könne. Zwei Stunden später jedoch ließ sie ihn vor. Die Audienz dauerte eine Viertelstunde. Dann begab er sich ins Schatzamt und traf verschiedene Anordnungen. Um acht Uhr Abends trat er zum letzten Male vor die Königin, um ihr das Abzeichen der hohen Staatsämter, den weißen Stab, zu überreichen. Diese letzte Audienz dauerte eine halbe Stunde.

Auch Oxford berichtete über diesen letzten Tag seines Amtes an Swift. Am nächsten Morgen, schreibt er, werde er ein Privatmann sein, und bitte seiner auch fortan zu gedenken. Auf dem Wege nach Kensington, meldet er dann, habe er einige Verse Drydens imitirt und sende sie. Diese Imitation lautet:

To serve with love
And shed your blood,
Approved is above;
But here below
Th'examples show
T'is fatal to be good.[4])

Das Urtheil Anderer lautete anders. „Er ist dergestalt gefallen, meldet der kaiserliche Resident Hoffmann, daß man nicht weiß, ob mehr verachtet oder mehr verhaßt."[5])

[1]) Erasmus Lewis to Dean Swift, July 27th.

[2]) Lord Mahon's History of England vol. I, p. 91. Er führt dafür kein positives Zeugnis an, und weder Hoffmann, noch die Lady Masham in einem Briefe an Swift, vom 29., wo die Königin bereits krank, erwähnen es.

[3]) Lamberty t. VIII, p. 657.

[4]) Aus der wiederholt genannten Sammlung im British Museum.

[5]) Hoffmanns Bericht vom 10. August.

Tod der Königin.

Aber war nun darum die Königin definitiv entschlossen für den Prätendenten?

Am selben Tage meldete der Staats-Secretär Bromley an Clarendon in Hannover: „Ich habe den Befehl Ew. Lordschaft zu melden, daß die Königin den Lord Treasurer entlassen hat. Sie werden dem Kurfürsten dies kund thun, und zugleich ihn wissen lassen, daß diese innere Angelegenheit in Betreff der öffentlichen keine Folge haben wird.“ [1])

Noch auf einem anderen Wege ließ die Königin dasselbe aussprechen. Sie scheint Kunde gehabt zu haben von der Correspondenz zwischen dem pfälzischen Residenten Steingens und dem General Schulenburg, so wie daß diese Briefe an den Kurfürsten gelangten. Am 27. Juli/ 7. August erschien bei Steingens eine Vertrauensperson der Königin, mit dem Auftrage: Steingens möge dem Kurfürsten die Versicherung geben, daß diese neuen Maßregeln seinem Interesse keinen Nachtheil bringen würden, und daß er des Respectes und der beständigen Freundschaft der Königin sich versichert halten möge.[2])

Die Uebereinstimmung des Auftrages an Steingens mit demjenigen durch Bromley an Clarendon beweist, daß es der Königin daran gelegen war, eine solche Kundgebung nach Hannover gelangen zu lassen.

Nach solchen Aeußerungen muß es dahingestellt bleiben, ob die Königin jemals zu einem festen Entschlusse gekommen ist.

Anders dagegen stand es mit Bolingbroke. Er versicherte am selben Tage, dem 27. Juli 7. August, dem französischen Priester Gautier, daß er in seinen Gesinnungen für den Prätendenten beharre, wenn nur auch dieser die Maßregeln treffe, welche die rechtschaffenen Leute im Lande von ihm erwarteten.[3])

Zu diesem Zwecke nahm Bolingbroke die Neubildung des Ministeriums in Aussicht. Er selbst wollte Staats-Secretär bleiben, mit der alleinigen Leitung der auswärtigen Angelegenheiten. Aber er wollte

---

[1]) Macpherson's Original papers vol. II, p. 639.

[2]) Die Werke von Leibniz Bd. IX, S. 502.

[3]) Lord Mahon's History of England vol. I, p. 91.

nicht wieder einen Treasurer mit der umfassenden Machtfülle dieses Amtes, sondern eine Commission für das Schatzamt, an deren Spitze der ihm ganz ergebene Jacobit Sir William Wyndham stehen würde. Harcourt, dessen Anhänglichkeit er erprobt, sollte Lord-Canzler bleiben, das Geheimsiegel an Atterbury, Bischof von Rochester, kommen. Bromley sollte zweiter Staats-Secretär bleiben, der Graf Mar als dritter für Schottland eintreten. Der Herzog von Ormond sollte Höchst-Commandirender bleiben, der Herzog von Buckingham Präsident des geheimen Rathes.

Auch für denjenigen, der von Bolingbrokes Beziehungen zu dem Prätendenten nichts wußte, verbürgte schon die Kenntnis dieser Namen den jacobitischen Charakter des neu zu schaffenden Cabinets.

Dagegen erschien es auffallend, daß Bolingbroke, am Tage nach dem Sturze Oxfords, einige hervorragende Whigs zu sich einlud.[1]) Man nannte Stanhope, Walpole, Craggs, Pulteney. Wollte er sie versöhnen oder täuschen? Sie stellten ihm die Forderung, daß der Prätendent aus Lothringen entfernt werde. Er erwiederte, daß die Königin dies nicht gewähren könne.

Es stand damals, am 28. Juli/8. August, noch in der Hand Bolingbrokes, sein neues Ministerium zu bilden, auch noch am 29. Juli/9. August, bis zum Abende. Dann nicht mehr.

An diesem Tage schrieb Lady Masham an den Dechanten Swift, welcher, da er vor dem Sturze Oxfords London verlassen, um sich nach seiner Dechanei in Dublin zu begeben, mit allen Persönlichkeiten der früheren Partei Oxford-Bolingbroke befreundet geblieben zu sein scheint, über die letzten Vorgänge. Sie unterbricht ihr Schreiben wiederholt durch die Selbstmahnung, daß sie nun zur Königin eilen müsse, die sich nicht wohl befinde. Drei Wochen lang habe Oxford die Königin geärgert und gequält, und sie habe ihn nicht los werden können als am Dienstage zuvor. Ihm hauptsächlich lege sie, Lady Masham, das Unwohlsein der Königin zur Last.[2])

Es war mehr als ein Unwohlsein.

---

[1]) Lord Mahon's History of England vol. I, p. 91. Die Thatsache auch in den Briefen von Erasmus Lewis, mit dem Ausrufe: What, if the Dragon had done so?

[2]) In der wiederholt genannten Sammlung im British Museum.

Der innere Sturm dieser letzten Zeit hatte die wankende Kraft der Königin Anna erschöpft. In der Nacht fand sie keinen Schlaf. Am Abend des 29. Juli/9. August, an welchem Lady Masham jene Worte schrieb, kam über die Königin Anna eine Lethargie, am Morgen darauf Krämpfe, dann ein Schlaganfall. Es ging mit ihr zu Ende.

Am Morgen des 30. Juli/10. August durcheilte diese Nachricht die Stadt London. Die Mitglieder des Cabinets begaben sich nach Kensington. Sie traten zusammen, um zehn Uhr Morgens. Während sie bestürzt, unvorbereitet die Lage der Dinge besprachen und selbst der schnellkräftige Bolingbroke noch keinen Entschluß gefunden, wurden zwei Mitglieder des geheimen Rathes gemeldet, die Herzöge Argyle und Somerset. Sie eröffneten der erstaunten Versammlung, daß sie, obwohl nicht aufgefordert, bei der kritischen Lage der Dinge ihre Dienste anböten. Der Herzog von Shrewsbury erhob sich und sprach ihnen Dank aus für diese Bereitwilligkeit. Der Herzog von Argyle fuhr fort, daß man zunächst den Bericht der Aerzte zu vernehmen habe. Auf die Meldung derselben, daß bei der Königin lichte Augenblicke eingetreten seien, schlug Argyle vor, daß bei der Gefahr, in der man sich befinde, die sofortige Besetzung des Schatzamtes dringend nothwendig, und der Königin für diesen Posten der Herzog von Shrewsbury zu empfehlen sei. Der Vorschlag war der Todesstreich für die Entwürfe Bolingbrokes. Dieser selbst, völlig überrascht, wußte sich nicht zu einem Widerspruche zu fassen. Der Vorschlag Argyles ward angenommen.

Eine Deputation, geführt von Shrewsbury, begab sich an das Bett der todeskranken Königin. Shrewsbury berichtete die einmüthige Meinung des Cabinets. Die Königin gab ihre Zustimmung kund. Der weiße Stab ward ihr aufs Bett gelegt. Bevor Shrewsbury ihn nahm, richtete er an die Königin die Frage, ob sie ihn erkenne. Sie nannte hörbar seinen Namen.[1])

Mit dem Ergreifen des weißen Stabes war der Herzog von Shrewsbury Groß-Schatzmeister und als solcher erster Minister.

Vernehmen wir über diese Lage der Dinge die Stimme eines Engländers, der mitten darin stand, der wenige Tage vorher noch sehr mismuthig, nun voll Hoffnung und in einer Erregung, die selbst in

[1]) Die Berichte Hoffmanns vom 10. und 11. August.

den Schriftzügen wohl erkennbar ist, aber doch mit voller Klarheit seine Anschauung derselben wieder zu geben sucht, und zwar in einem Berichte an den Kaiser Carl VI. Es war der General Stanhope, dem Kaiser wohl bekannt und werth als Diener und Waffengefährte in den Feldzügen auf der spanischen Halbinsel. Das Schreiben vom 30. Juli/ 10. August lautet wie folgt.[1])

„Sire. Ich glaube zur Stunde Ew. Kaiserlichen und Katholischen Majestät mit Gewisheit melden zu können, daß die Königin im Todeskampfe liegt. Nach einem zweitägigen Unwohlsein hat sie diesen Morgen einen Schlaganfall erlitten, der zwei Stunden gedauert, während deren sie bewußtlos war. Gegen elf Uhr hat sie sich ein wenig erholt, und das versammelte Conseil hat diese lichten Augenblicke benutzt, um von der Königin die Genehmigung der Ernennung des Herzogs von Shrewsbury zum Treasurer zu erlangen, anstatt der fünf Commissäre des Schatzamtes, von denen man gesprochen, die dem Lord Bolingbroke als erstem Minister untergeben sein sollten. Das Conseil sitzt andauernd beisammen und ertheilt alle erforderlichen Befehle, um die öffentliche Ruhe zu erhalten und die Besitzergreifung des Kurfürsten zu sichern. Heute Nachmittag um drei Uhr haben die vier Aerzte dem Conseil eröffnet, daß die von ihnen angewandten Arzeneien, zwei sehr starke Brechmittel, durchaus keine Wirkung thun, und daß daher, nach den Regeln ihrer Wissenschaft, die Königin nicht mehr zwölf Stunden leben kann."

„Dieser plötzliche und unvorhergesehene Zufall ist wie ein Donnerschlag für die jacobitische Partei, die für die Ausführung ihrer Entwürfe bis jetzt durchaus nicht die erforderlichen Maßregeln getroffen hat. Daher darf ich Ew. Kaiserlichen und Katholischen Majestät versichern, daß, wenn die Aussage der Aerzte sich als richtig bewährt, der Kurfürst als König proclamirt werden, und eben so friedlich wie irgend einer seiner Vorgänger vom Königreiche Besitz ergreifen wird. Allerdings, wenn die Krankheit sich in die Länge zöge, und wäre es auch nur um einige Wochen, würden wir sehr in Verlegenheit kommen; aber alle diejenigen, welche die Königin gesehen und mit den Aerzten gesprochen haben, stimmen darin überein, daß es bis morgen zu Ende sein wird."

[1]) Bei den Berichten Hoffmanns im k. k. Archive.

„Ich habe es für meine Pflicht gehalten, Ew. Kaiserlichen und Katholischen Majestät mitzutheilen, was ich bei einer so delicaten Conjunctur habe in Erfahrung bringen können. Ich hoffe ferner nicht etwas Neues zu sagen, indem ich die Versicherung gebe, daß alle rechtschaffenen Leute hier über die Perfidie des vorigen Ministeriums gegen Ew. Kaiserliche und Katholische Majestät eben so sehr aufgebracht sind, wie es irgend ein Oesterreicher oder Spanier sein kann, und daß sie, wann die Gelegenheit sich bietet, mit aller Kraft bemüht sein werden, diese Schande der Nation wieder gut zu machen. Eben so schmeichele ich mir, Sire, mich darin nicht geirrt zu haben, daß ich den Wohlgesinnten bei jedem Anlasse ausgesprochen, Ew. Kaiserliche und Katholische Majestät würden immer Ihr eigenes Interesse darin finden, für die Freiheit Englands einzutreten, die Rechte des Hauses Braunschweig zu stützen, und uns, wenn es dessen bedarf, gegen den gemeinsamen Feind zu vertheidigen. Möge Gott verleihen, daß das gute Einverständnis, welches so viele ruhmvolle Erfolge hervorgebracht, sich aufs neue für immer knüpfe! In Erwartung dessen bitte ich unterthänigst Ew. Majestät zu glauben, daß ich bin und ewig sein werde, Sire, Ew. Kaiserlichen und Katholischen Majestät unterthänigster Diener."

Dies Schreiben wie andere dieser Art ging ab mit dem ersten Courier, den der Gesandte Bothmar Abends um 10 Uhr über den Haag nach Hannover entsandte.[1])

Unter dem Vorsitze des Herzogs von Shrewsbury traf unterdessen das Cabinet und die geheimen Räthe, welche sich zugesellt hatten, rasche Maßregeln zur Sicherheit nach außen und nach innen. Alle Häfen wurden geschlossen. An die Admiralität erging die Aufforderung, sofort zwanzig Kriegsschiffe fertig zu stellen. Die Sorge für die Sicherheit der Stadt London überließ man dem Lord-Mayor. Während die fremden Gesandten die Berichte verfaßten, um ihren Souveränen von dem Stande der Dinge Kunde zu geben, wirbelten die Trommeln durch die Straßen der Stadt London, um die Bürgermiliz in die Waffen zu rufen.

[1]) Für das Folgende hauptsächlich die ausführlichen Berichte Hoffmanns vom 10., 11., 12. August.

Es war am 30. Juli/10. Auguſt. In den lichten Augenblicken der Königin vernahm man von ihr noch die Worte: My poor brother![1]) Für die Unkundigen konnte an dieſem Tage die Dauer des Zuſtandes der Königin noch fraglich ſein. Sie war es nicht mehr am Morgen des 31. Juli/11. Auguſt. Die Symptome des herannahenden Todes wurden unverkennbar. Das Cabinet berief ſämmtliche geheime Räthe, ſowohl des beſtehenden als des vorigen Miniſteriums, wie ſie erreichbar waren, nach Kenſington. Eben dahin lud die Verſammlung die beiden Vertreter des Kurfürſten, den Geſandten Bothmar und den Reſidenten Kreyenberg, welche das verſiegelte Inſtrument der Ernennung der Regentſchaft bei ſich trugen. Um ein Uhr Nachmittags gaben die Aerzte der Königin nur noch vier Stunden.

Man entſandte einen Courier nach dem Haag an Lord Strafford mit dem Befehle, die Republik an den Garantie-Vertrag zu mahnen, und ſie zu erſuchen zu handeln, weil der Fall des Bündniſſes vor Augen. Zugleich erging nach den Niederlanden der Befehl zur Rückkehr der Mehrzahl der dort ſtehenden engliſchen Truppen, denn in den drei vereinigten Königreichen befanden ſich nur 4000 Mann. Alsdann ward, ohne Beiſein der zwei Hannoveraner, ein Schreiben an den Kurfürſten berathen. Dasſelbe erforderte längere Zeit, und einer der Räthe ſagte dem Geſandten Bothmar vertraulich ins Ohr, daß der Titel Schwierigkeiten bereitet habe. Bothmar glaubte daraus zu entnehmen, daß man den Eintritt des Todes habe abwarten wollen. Die Vermuthung war nicht richtig. Die ſchwierige Frage war geweſen, ob man dem Kurfürſten als nicht unmittelbar vom königlichen Blute ſtammend, den Titel der königlichen Hoheit geben dürfe oder nicht. Nach längerer Erörterung war die Entſcheidung bejahend ausgefallen.

Das Schreiben, unterzeichnet von etwa vierzig Geheimräthen, meldete dem Kurfürſten, daß alles geordnet ſei, und enthielt weiter die dringende Bitte an ihn, bei der zu erwartenden Todesnachricht ſofort aufzubrechen. Craggs von der Whig-Partei erbot ſich als Courier damit nach Hannover zu gehen. Beim Aufbruche, um elf Uhr Abends

---

[1]) Lamberty t. VIII, p. 658, nach dem mündlichen Berichte des Couriers Gödeke.

„Ich habe es für meine Pflicht gehalten, Ew. Kaiserlichen und Katholischen Majestät mitzutheilen, was ich bei einer so delicaten Conjunctur habe in Erfahrung bringen können. Ich hoffe ferner nicht etwas Neues zu sagen, indem ich die Versicherung gebe, daß alle rechtschaffenen Leute hier über die Perfidie des vorigen Ministeriums gegen Ew. Kaiserliche und Katholische Majestät eben so sehr aufgebracht sind, wie es irgend ein Oesterreicher oder Spanier sein kann, und daß sie, wann die Gelegenheit sich bietet, mit aller Kraft bemüht sein werden, diese Schande der Nation wieder gut zu machen. Eben so schmeichele ich mir, Sire, mich darin nicht geirrt zu haben, daß ich den Wohlgesinnten bei jedem Anlasse ausgesprochen, Ew. Kaiserliche und Katholische Majestät würden immer Ihr eigenes Interesse darin finden, für die Freiheit Englands einzutreten, die Rechte des Hauses Braunschweig zu stützen, und uns, wenn es dessen bedarf, gegen den gemeinsamen Feind zu vertheidigen. Möge Gott verleihen, daß das gute Einverständnis, welches so viele ruhmvolle Erfolge hervorgebracht, sich aufs neue für immer knüpfe! In Erwartung dessen bitte ich unterthänigst Ew. Majestät zu glauben, daß ich bin und ewig sein werde, Sire, Ew. Kaiserlichen und Katholischen Majestät unterthänigster Diener."

Dies Schreiben wie andere dieser Art ging ab mit dem ersten Courier, den der Gesandte Bothmar Abends um 10 Uhr über den Haag nach Hannover entsandte.[1])

Unter dem Vorsitze des Herzogs von Shrewsbury traf unterdessen das Cabinet und die geheimen Räthe, welche sich zugesellt hatten, rasche Maßregeln zur Sicherheit nach außen und nach innen. Alle Häfen wurden geschlossen. An die Admiralität erging die Aufforderung, sofort zwanzig Kriegsschiffe fertig zu stellen. Die Sorge für die Sicherheit der Stadt London überließ man dem Lord-Mayor. Während die fremden Gesandten die Berichte verfaßten, um ihren Souveränen von dem Stande der Dinge Kunde zu geben, wirbelten die Trommeln durch die Straßen der Stadt London, um die Bürgermiliz in die Waffen zu rufen.

---

[1]) Für das Folgende hauptsächlich die ausführlichen Berichte Hoffmanns vom 10., 11., 12. August.

Es war am 30. Juli 10. Auguſt. In den lichten Augenblicken der Königin vernahm man von ihr noch die Worte: My poor brother![1]) Für die Unkundigen konnte an dieſem Tage die Dauer des Zuſtandes der Königin noch fraglich ſein. Sie war es nicht mehr am Morgen des 31. Juli/11. Auguſt. Die Symptome des herannahenden Todes wurden unverkennbar. Das Cabinet berief ſämmtliche geheime Räthe, ſowohl des beſtehenden als des vorigen Miniſteriums, wie ſie erreichbar waren, nach Kenſington. Eben dahin lud die Verſammlung die beiden Vertreter des Kurfürſten, den Geſandten Bothmar und den Reſidenten Kreyenberg, welche das verſiegelte Inſtrument der Ernennung der Regentſchaft bei ſich trugen. Um ein Uhr Nachmittags gaben die Aerzte der Königin nur noch vier Stunden.

Man entſandte einen Courier nach dem Haag an Lord Strafford mit dem Befehle, die Republik an den Garantie-Vertrag zu mahnen, und ſie zu erſuchen zu handeln, weil der Fall des Bündniſſes vor Augen. Zugleich erging nach den Niederlanden der Befehl zur Rückkehr der Mehrzahl der dort ſtehenden engliſchen Truppen, denn in den drei vereinigten Königreichen befanden ſich nur 4000 Mann. Alsdann ward, ohne Beiſein der zwei Hannoveraner, ein Schreiben an den Kurfürſten berathen. Dasſelbe erforderte längere Zeit, und einer der Räthe ſagte dem Geſandten Bothmar vertraulich ins Ohr, daß der Titel Schwierigkeiten bereitet habe. Bothmar glaubte daraus zu entnehmen, daß man den Eintritt des Todes habe abwarten wollen. Die Vermuthung war nicht richtig. Die ſchwierige Frage war geweſen, ob man dem Kurfürſten als nicht unmittelbar vom königlichen Blute ſtammend, den Titel der königlichen Hoheit geben dürfe oder nicht. Nach längerer Erörterung war die Entſcheidung bejahend ausgefallen.

Das Schreiben, unterzeichnet von etwa vierzig Geheimräthen, meldete dem Kurfürſten, daß alles geordnet ſei, und enthielt weiter die dringende Bitte an ihn, bei der zu erwartenden Todesnachricht ſofort aufzubrechen. Craggs von der Whig-Partei erbot ſich als Courier damit nach Hannover zu gehen. Beim Aufbruche, um elf Uhr Abends

---

[1]) Lamberty t. VIII, p. 658, nach dem mündlichen Berichte des Couriers Gödeke.

am 31. Juli 11. August nahm er die Meldung mit, daß die Königin höchstens noch zwei Stunden zu leben haben werde.

Der Tod der Königin jedoch verzog sich bis zum nächsten Morgen, Sonntag dem 1. 12. August, kurz nach sieben Uhr.

König Georg I.

Die ersten fünf Tage der Regentschaft für den König Georg I.

Auf die Todesnachricht trat der große geheime Rath, nach der Abrede des Abends zuvor, wieder in Kensington zusammen, begab sich dann aber bald von dort nach St. James. Dorthin lud der Präsident, Herzog von Buckingham, auch die Vertreter des Kurfürsten, nunmehrigen Königs Georgs I., und wies ihnen ihren Platz an oben an der rechten Seite des Tisches, in einiger Entfernung von demselben.[1])

Die erste Berathung betraf die Anstalten zur Proclamirung des Königs. Weil diese Berathung einige Stunden in Anspruch nahm, so wurden inzwischen die versiegelten Instrumente eröffnet, in welche der Kurfürst, gemäß dem Regentschafts-Gesetze von 1705, die Namen der Regenten eingeschrieben. Nach demselben Gesetze war dies Instrument dreifach ausgestellt, das eine Exemplar in Verwahrung des Erzbischofs von Canterbury, das andere in derjenigen des Lord-Canzlers, das dritte bei dem hannöverschen Residenten Kreyenberg. Nur die letzteren zwei waren anfangs zur Stelle; doch schleppte sich bald auch, alt und krank wie er war, der Erzbischof Tennison von Canterbury herbei. Die Instrumente wurden gleichlautend befunden. Die sieben Personen, die wegen ihres Amtes der Regentschaft angehörten, waren der Erzbischof von Canterbury, der Canzler, der Treasurer, der Präsident des geheimen Rathes, der Geheimsiegel-Bewahrer, der Groß-Admiral, der Oberrichter der Queens Bench. Nach dem Gesetze konnte von dem Regierungs-Nachfolger die dreifache Zahl anderer Persönlichkeiten ernannt werden. Es erfanden sich von dem Kurfürsten aufgezeichnet die Namen: der Erzbischof von York, die Herzöge von Somerset,

[1]) Bothmars Bericht vom 1./12. August.

Shrewsbury, Bolton, Devonshire, Kent, Argyle, Montrose, Roxborough; die Grafen von Pembroke, Anglesea, Carlisle, Nottingham, Abington, Scarborough, Orford; der Viscount Townshend; die Barone Halifax und Cowper, also neunzehn Namen, oder, da sich Shrewsbury schon wegen seines Amtes unter den Regenten befand, achtzehn. Von diesen gehörten vier der Tory-Partei an, nämlich der Erzbischof von York, die Grafen Anglesea, Abington, Nottingham. Jedoch ward der Letzte von Vielen geradezu als Whig angesehen.

Auffallend erschien Manchen die Nicht-Nennung von Marlborough, Sunderland, Wharton, Somers. Diejenige Marlboroughs erklärt sich dadurch, daß der Kurfürst die Liste am 15. Juni aufgestellt, und daß das Schreiben, durch welches Marlborough nach Hannover hin die Absicht seiner Rückkehr nach England kund gab, in Antwerpen erst am 18. Juni datirt war. Die drei anderen waren Mitglieder der früheren Whig-Junta. Es ist möglich, daß der Kurfürst nicht alle Mitglieder dieser Junta hatte ernennen wollen, sondern nur zwei derselben, als welche er die Lords Cowper und Halifax ersah. Sein späteres Verhalten gegen den bereits kränklichen Lord Somers, so wie gegen die Lords Sunderland und Wharton, deutet nicht auf eine Misstimmung gegen sie.

Der Gesandte Bothmar war, wie seine Vorgänger, für den Fall des Todes der Königin, mit einer Vollmacht ausgerüstet, die genau genommen, ihn über die Regentschaft gestellt hätte. Diese Vollmacht war bereits ausgefertigt im August 1710, damals für den Freiherrn von Schütz, den Vater, unterschrieben von der Kurfürstin Sophie. Die Minute trägt dann noch zweimal dieselbe Unterschrift, vom 7. November 1712, für den Gesandten Grote, vom 28. August 1713, für den jüngeren Schütz, endlich diejenige des Kurfürsten, vom 15. Juni 1714, für den Herrn von Bothmar. Diesem Gesandten indessen war es zur Kunde gekommen, daß eine solche eventuelle Vollmacht nach englischem Rechte nicht gültig war. In seinem Berichte über die Verhandlungen vom 1./12. August ist von der Vollmacht nicht die Rede.[1])

Zuerst leisteten dann die Mitglieder des geheimen Rathes den Eid, darauf die Regenten, endlich die Inhaber von hohen Staats-

[1]) Die Minute der Vollmacht in den Robethon-Papieren.

ämtern. Nachdem dies geschehen, begaben sich die sämmtlichen Lords hinab bis vor das Thor des Palastes St. James. Dort vernahmen sie stehend und unbedeckten Hauptes die erste Proclamirung des Königs, um halb zwei Uhr Nachmittags. Die Herolde ritten darauf voran, und es folgte ein langer Wagenzug, voran derjenige des Lord-Canzlers, dann derjenige des Präsidenten des geheimen Raths, Herzogs von Buckingham, der den Gesandten Bothmar zu sich einlud. Die zweite Proclamation geschah in Charing Croß, die dritte in Temple Bar. Dort stieß der Lord Mayor von London zu dem Zuge und fuhr fortan dem Canzler voran. Die vierte Proclamation erfolgte vor der Bow Church, die fünfte und letzte vor der Börse.

Die Proclamirung geschah so friedlich und ruhig, wie Stanhope vorher gesehen, und dem Kaiser gemeldet. Der Jubel des Volkes jedoch übertraf die Erwartungen. Dagegen wurden wider die Lords Oxford und Bolingbroke, die sich in dem feierlichen Zuge mitbefanden, derartige Aeußerungen des Unwillens laut, daß sie es für gerathen hielten, vorher durch Nebenstraßen heim zu gelangen.[1])

Am selben Tage ergingen die Befehle den König Georg I. zu proclamiren, durch ganz Groß-Britannien. Es geschah überall ohne Widerspruch, auch in Edinburgh.

Die Zufriedenheit der besitzenden Classen gab sich kund in dem Steigen der Actien der Bank, am ersten Tage um drei Percent.

Gemäß der Successions-Acte trat am selben Tage noch, dem 1./12. August, das Parlament zusammen, nämlich diejenigen Mitglieder, die sich in London befanden. Aber dem Unterhause fehlte der Sprecher, Sir Thomas Hanmer, der sich auf dem Lande befand. Die Geschäfte der ersten Tage bestanden daher in den Eidesleistungen.[2])

Noch am Sonntage, dem 1./12. August, hatte Bothmar seinen Secretär Gödeke als Courier mit der Todesnachricht nach Hannover abgeschickt. Am nächsten Tage entsandten die Regenten den jungen Grafen Dorset von der Whig-Partei, um dem neuen Könige in aller Form ihre Glückwünsche darzubringen und die Bitte um baldige Ueberkunft zu erneuern. Der Admiral Berkeley erhielt das Commando des

[1]) Hoffmanns Bericht vom 14. August.

[2]) Commons Debates vol. VI, p. 1.

Geschwaders von 20 Schiffen, welches den König von Holland herüberfahren sollte. Die Regentschaft und Bothmar begaben sich dann nach Kensington, um das Cabinet der Königin zu eröffnen. Es fand sich ein nicht vollzogener Entwurf eines Testamentes vor, und dann ein versiegeltes Päckchen, auf welches die Königin eigenhändig geschrieben, daß es nach ihrem Tode uneröffnet zu verbrennen sei. Nach kurzer Berathung ward im Kamine ein Feuer angelegt. Als die Briefe, nach Verzehrung der Hülle, auseinander fielen, meinte Bothmar in den zierlichen Schriftzügen die Hand des Prätendenten zu erkennen.[1]) Jedenfalls war es die allgemeine Meinung, daß das Päckchen die von dem Vater Jacob II. und dem Prätendenten empfangenen Briefe der Königin enthalten habe.[2])

Es ist von Wichtigkeit, diese Thatsache der Erfüllung des Willens der Königin Anna hervorzuheben, weil Bolingbroke lange Jahre später wiederholt das Gegentheil behauptet hat.[3]) Die eine dieser Stellen, in dem Aufsatze über den Stand der Parteien bei der Thronbesteigung Georgs I., ist in aller Beziehung von besonderem Interesse. Bolingbroke schreibt wie folgt.

„Welche Anekdoten immer man Ihnen erzählt haben mag — denn Sie sind zu jung die Vorgänge der Zeiten gesehen zu haben, deren ich gedenken will — welche Voreingenommenheit immer Sie davon haben mögen: betrachten Sie als unzweifelhafte Wahrheiten diese Thatsachen, nämlich, daß während der letzten vier Jahre der Königin Anna kein Plan im Gange war, die Thronfolge des Hauses Hannover zu beseitigen, und die Krone dem Prätendenten auf das Haupt zu setzen, noch daß sich zu diesem Zwecke eine Partei gebildet hatte, zur Zeit des Todes jener Fürstin, deren Gedächtnis ich verehre, während die Irreverenz, mit welcher wir es behandelt gesehen haben, mich mit gerechter Indignation erfüllt. Wenn ein solcher Plan im Gange gewesen wäre, so gab es während jener Zeit Momente genug, wo die Ausführung nicht schwierig, oder so gefährlich gewesen wäre,

[1]) Sein Bericht in dem Aufsatze von Schaumann: Geschichte der Erwerbung der Krone von England u. s. w. S. 94.

[2]) Hoffmanns Bericht vom 17. August.

[3]) Bolingbroke's works vol. I, p. 32, in der letter to Sir William Wyndham, und vol. III, p. 129, in dem Aufsatze of the state of parties etc.

Männer von mäßiger Entschlossenheit zurückzuschrecken. Auch hätte ein solcher Plan, auch wenn er nicht zur Ausführung gelangte, dennoch nicht so lange hingezogen werden können, ohne einige Spuren zu hinterlassen, die bei den scharfen Untersuchungen nachher hätten zum Vorscheine kommen müssen. Denn es wurden ja die Papiere so mancher Diener der Königin ergriffen, wie selbst auch ihre eigenen, und sogar diejenigen welche sie eingesiegelt hatte, damit man sie nach ihrem Tode verbrennen solle, wurden einer sehr ungebührlichen Durchsicht ausgesetzt. Aber, sehen wir ab von aller Erörterung der Unwahrscheinlichkeit, so verneine ich die Thatsache absolut, und ich habe um so besseren Anspruch, Glauben zu erwarten, weil sie nicht wahr sein konnte ohne meine Kenntnis, oder wenigstens Verdacht derselben, und weil sogar diejenigen, welche daran glaubten — denn nicht Alle, die behaupteten, glaubten auch — keinen Beweis vorzubringen hatten, noch bis auf diese Stunde etwas Anderes haben als leeren Verdacht, nicht eine Autorität, auf die man bauen kann, sondern das Geschrei der Partei."

Es war Bolingbrokes Interesse die Thatsache zu verneinen. Aber damit räumte er sie nicht hinweg. Nicht bloß die Whig-Partei hatte Verdacht gegen ihn, sondern auch die Unparteiischen. In Anlaß des völligen Sturzes von Bolingbroke, einige Wochen später, meldet der kaiserliche Resident Hoffmann: „Damit ist dieser gefährliche Mann beseitigt, dem man hier mit großem Rechte den Namen Phaethon gegeben. Denn Niemand zweifelt daran, daß, wenn die Königin noch zwei bis drei Monate gelebt — wie er sich denn ganz gewis eingebildet, daß sie noch den Winter erreichen werde — er nicht den Prinzen von Wales eingebracht, mithin die hiesigen Gesetze, Freiheiten und alles über den Haufen geworfen haben würde."[1])

Dies ist eine Meinung über Bolingbroke. Weniger jedoch auf fremde Meinungen kommt es an als auf sein eigenes Zeugnis. An demselben Tage, dem 2./13. August, an welchem, dem Willen der Königin gemäß, die Regenten in Kensington ihre Correspondenz dem Feuer übergaben, berichtete der französische Gesandte in London, Iberville, an Ludwig XIV.: Mylord Bolingbroke est pénétré de douleur .... Il m'a assuré que les mesures étoient si bien prises,

[1]) Hoffmanns Bericht vom 11. September.

qu' en six semaines de temps on auroit mis les choses en tel état qu'il n'y auroit eu rien à craindre de ce qui vient d'arriver.[1])

In der späteren Zeit, nachdem alles ruhig verlaufen war, mochten die weniger Kundigen allerdings ein Erstaunen aussprechen über das Aufbieten so bedeutender Streitkräfte zu Wasser und zu Lande, sowohl in England wie in der Republik, gegen einen Prätendenten, der tief landeinwärts in Bar-le-Duc weilte. Aber die Reden im Oberhause, vom 26. Juni/7. Juli, haben dargethan, daß nicht so sehr gegen den Prätendenten als solchen die Besorgnis sich richtete, sondern gegen ihn als den Schützling Frankreichs. Es war überhaupt, wie jede Kundgebung jener Tage beweist, in Europa die allgemeine Meinung, daß Ludwig XIV. im geeigneten Falle zu Gunsten des Prätendenten eintreten würde. Diese Meinung indessen war, wie wiederholt schon angedeutet, nicht richtig. Ein erster Fingerzeig dessen lag in der Entsendung des Marschalls Berwick nach Spanien, zu einer Zeit wo täglich in Europa die Frage erörtert wurde, wie lange noch das Leben der Königin dauern könne. Auf die Nachricht ihrer schweren Erkrankung und vor derjenigen ihres Todes schrieb Prior aus Paris an Bolingbroke: „Dieser Hof, und der König besonders, scheinen bei dieser traurigen Lage der Dinge sehr bekümmert zu sein. Die sorgfältigste Nachforschung ergibt mir nicht, daß etwas für den Prätendenten im Werke ist.“[2]) Demnach ist anzunehmen, daß Ludwig XIV., auch bevor er die Nachrichten über den Verlauf der Dinge in England nach dem Tode der Königin erhielt, entschlossen war, dort nicht einzugreifen. Diese Ansicht wird bestätigt durch das Verhalten seines Gesandten Iberville in London. Am Tage nach dem Tode der Königin erschien er bei dem hannöverschen Gesandten Bothmar, um ihm zur Accession des Königs Georg I. Glück zu wünschen. Die Ausdrücke klangen freilich etwas gezwungen. Zu Anderen redete Iberville, daß er sich dessen nicht habe entübrigen können, nachdem sein König in dem Friedensvertrage mit Groß-Britannien die Succession des Hauses Hannover anerkannt habe.[3])

---

[1]) Lord Mahon's, History of England vol. I, p. 97.

[2]) Macpherson's Original papers vol. II, p. 644.

[3]) Hoffmanns Bericht vom 14. August.

Die Stimmung der Regentſchaft in Bezug auf die auswärtigen Angelegenheiten war, wie ſchon jenes Schreiben Stanhopes (S. 633) vermuthen läßt, ſo günſtig für den Kaiſer, daß der Reſident Hoffmann an ſie die Bitte richtete, etwas für die Catalonier und namentlich für das bedrängte Barcelona zu thun. Man erkannte an, daß es ſich dort um die Ehre Englands handele. Aber die Regentſchaft hielt ſich zum Eingreifen nicht befugt, ſondern wies die Sache an den König.[1]) Die Verſuche der Verwendung kamen bereits zu ſpät.

Dagegen ergab ſich im auswärtigen Amte der Entwurf einer Allianz wider den Kaiſer, betrieben von dem Herzoge Victor Amadeus. Auf die Anfrage der Regenten antwortete Bolingbroke, daß der Zweck nur defenſiv geweſen ſei, um den Ruheſtand in Italien zu verbürgen. Allein, da die Spitze einer ſolchen Allianz ſich jedenfalls wider den Kaiſer richten würde, ſo erhielt Prior in Paris den Befehl, in der Angelegenheit keinen weiteren Schritt zu thun.[2])

Auch in Betreff Portugals richtete ſogleich die Regentſchaft an den König die Vorſtellung, daß es erforderlich ſei, von Spanien eine kategoriſche Erklärung zu verlangen, damit endlich der Friede zwiſchen Spanien und Portugal abgeſchloſſen werden könne. In der Vorausſicht der Beiſtimmung des Königs erließen die Regenten ſofort dieſe Zuſicherung nach Portugal.[3])

Nachdem unterdeſſen die Parlaments-Mitglieder ſich angeſammelt, begaben ſich, am 5./16. Auguſt, die Regenten in das Oberhaus und ließen, nach der üblichen Weiſe, das Unterhaus an die Schranken beſcheiden. Der Lord-Canzler Harcourt führte im Namen der Regentſchaft das Wort. Nach einem kurzen Ueberblicke des Geſchehenen richtete er an das Unterhaus die Mahnung, daß, nachdem durch den Tod der Königin mehrere Zweige des öffentlichen Einkommens erledigt ſeien, das Unterhaus diejenigen Anordnungen treffen möge, die der Ehre und der Würde der Krone entſprächen. — An beide Häuſer ſich wendend, mahnte er dann zur vollkommenen Einigkeit.[4])

---

[1]) Hoffmanns Bericht vom 6./17. Auguſt.

[2]) Desgleichen vom 10./21. Auguſt.

[3]) Lamberty t. VIII, p. 782. Vom 8./18. Auguſt.

[4]) Commons Debates vol. VI, p. 2.

Das Unterhaus beschloß einstimmig eine Adresse an den König, und genehmigte eben so einstimmig am nächsten Tage den von Bromley vorgelegten Entwurf derselben. Die Adresse enthielt die Versicherung, daß das Unterhaus bis aufs äußerste das unzweifelhafte Recht des Königs auf die kaiserliche Krone von Groß-Britannien gegen den Prätendenten und wer immer es sei, vertheidigen wolle. Es folgte die erneuerte Bitte um die baldige Ueberkunft, und dann das Versprechen, den öffentlichen Credit der Nation aufrecht zu halten und alle früheren Bewilligungen des Parlamentes gut zu machen.

Die Bezeichnung der kaiserlichen Krone von Groß-Britannien erfordert hier eine Bemerkung. Sie ist nicht etwa, wie man später oft angenommen hat, eine Consequenz der Union von England und Schottland, sondern ward auch früher, bei wichtigen Anlässen, z. B. in der Successions-Acte von 1701, für die Krone von England allein angewandt. Die Bezeichnung hat den Zweck, die Unabhängigkeit der Krone von England von jeder anderen weltlichen Macht auszusprechen, auch von dem römischen Kaiserthume, mit welchem sich in den früheren Zeiten der Anspruch auf das Imperium mundi verband. Damals war dem römischen Kaiser deutscher Nation nur noch das Ehrenrecht des ersten Ranges verblieben.[1])

In Folge des Eindruckes der Adresse des Unterhauses stiegen an dem einen Tage die Werthpapiere um sieben Percent, so daß die Steigerung in den fünf Tagen seit dem Tode der Königin bereits elf Percent betrug. „Daraus, fügt der kaiserliche Resident Hoffmann seinem Berichte hinzu, ist mehr als aus allem Anderen abzunehmen, wie sehr sich die hiesigen Dinge auf einmal geändert haben, wie dann der Königin, auch sogar unter dem gemeinen Volke selbst, fast nicht mehr

---

[1]) Chamberlayne: the present state of Great Britain 1710, p. 46: He (the king of England) holdeth not his Kingdom in Vassalage, nor receiveth his Investiture or Installation from another: allows no Superiority to any, but God only. Not to the Emperor, for Omnem potestatem habet Rex Angliae in Regno suo quam Imperator vendicat in Imperio; and therefore the Crown of England hath been declared in Parliament, long ago, to be an Imperial Crown.

He acknowledges only Precedence to the Emperor, Eo quod Antiquitate Imperium omnia Regna superare creditur.

anders gedacht wird, als mit der Reflexion, daß es ein Glück für die Nation gewesen, wenn sie vor drei Jahren gestorben wäre."[1])

Indem somit nach dem Tode der Königin die Erinnerungen an die ruhmreiche Zeit vor 1711 wieder wach wurden, kam diese Stimmung derjenigen Persönlichkeit zu gute, die zu diesem Kriegesruhme hauptsächlich beigetragen hatte, dem Herzoge von Marlborough. Aber weshalb kam Marlborough? Diese Frage tritt hier abermals heran. Ein Schriftsteller jener Zeit behauptet, jedoch ohne nähere Angabe, daß er von Bolingbroke gerufen sei.[2]) Thatsache ist, daß er in Ostende mit der Ueberfahrt gewartet, bis der Kampf zwischen Oxford und Bolingbroke zu Gunsten des letzteren entschieden war. Am Todestage der Königin landete er in Dover. Von da an gestaltete sich seine Fahrt durch das Land zu einer Art von Triumphzuge. „Er hielt seinen Einzug in die Stadt, meldet Bothmar, unter dem Zurufe des Volkes, als hätte er abermals eine Schlacht von Höchstädt gewonnen. Für den Fall daß der Prätendent einen Versuch macht, wird er von großem Nutzen sein. Es ist ihm nicht angenehm, daß er nicht ein Mitglied der Regentschaft ist, und daß, außer dem Könige, überhaupt Jemand in diesem Lande höher steht als er."[3])

König Georg I. in Hannover.

Wegen eines Besuches des Königs Friedrich Wilhelm I. in Hannover hatte sich die erste Audienz des Grafen Clarendon bei dem Kurfürsten verzögert bis zum 27. Juli/7. August, dem Tage, wo in Kensington Oxford entlassen wurde. Demnach ist die Sendung Clarendons für die weitere Entwickelung der Dinge in London bedeutungslos, und es kommt nur darauf an, die Thatsachen in Hannover festzustellen. Also erst am 7. August überreichte Clarendon die von Bolingbroke verfaßte Antwort, vom 19./30. Juni (S. 602), auf die kurfürstliche Denkschrift vom 7. Mai (S. 570). Der Kurfürst gab

[1]) Hoffmanns Bericht vom 17. August.

[2]) Rapin Thoyras vol. IV, p. 345.

[3]) Bericht vom 6./17. August in Macpherson's Original papers vol. II, p. 640.

ihm wiederholt die Versicherung, daß er alles thun werde, mit der Königin in guten Beziehungen zu bleiben, daß er von Niemandem sonst in England abhange und nicht abhangen wolle. Clarendon meldet, daß der Kurfürst bis dahin den früheren Gesandten Schütz nicht vorgelassen habe. Er beobachtete, daß die Hannoveraner mit großer Werthschätzung von dem Kurfürsten redeten, und eben so von dessen Bruder, dem Herzoge Ernst August. Er fand einen scharfen Gegensatz zwischen den Ministern Görz, dem Präsidenten der Finanzen, den er als sehr brav bezeichnet, und Bernstorf, der sich völlig von dem Rath Robethon leiten lasse. Ueber diesen letzteren lautet Clarendons Urtheil sehr ungünstig, jedoch ohne Anführung einer Thatsache. Die anderen Minister Platen, Elz, Bussche mengen sich nur in so weit in die auswärtigen Geschäfte, als der Kurfürst sie befragt.[1])

Auch das gleichzeitige Urtheil des Generals Schulenburg lautet über Robethon sehr ungünstig, ebenfalls ohne Angabe einer Thatsache. Es ist dabei zu bemerken, daß Schulenburg eben so wie sein Correspondent Steingens in London, sich bemüheten in der Angelegenheit der Successión eine Mitwirkung zu erlangen.[2])

Eben dieser Eifer Schulenburgs mag einigen Einfluß geübt haben auf sein schon früher (S. 516) berührtes Urtheil über den Kurfürsten. Während schon die Königin Anna in Kensington im Todeskampfe lag, am 10. August, schrieb Schulenburg, dessen unkundig, an Steingens in London: „In Betreff der hauptsächlichen Persönlichkeit ist es sicher, daß über den Ausgang der fraglichen Angelegenheit er sich sehr indifferent verhält, und ich glaube behaupten zu dürfen, daß, wenn sie heute zur Reife gelangte, er sich sehr unglücklich fühlen würde, seinen Aufenthalt, in welchem er sich mit Kleinigkeiten ergötzt, Ehren halber verlassen zu müssen, um eine so hochragende Stellung einzunehmen. Er ist begabt mit allen für einen vollendeten Edelmann erforderlichen Eigenschaften, aber in keiner Weise mit denen eines Souveräns.“[3])

Am 4./15. August erstattete Graf Clarendon von Hannover aus abermals Bericht an den Staats-Secretär Bromley. Von irgend

[1]) Coxe: Memoirs of Sir Robert Walpole vol. II, p. 43.

[2]) Schulenburgs Denkwürdigkeiten Bd. I, S. 542 u. f.

[3]) A. a. O.

welcher Kunde der Veränderung der Dinge in England zeigt sich in diesem Berichte noch keine Spur.[1])

Vom Morgen des 5./16. August an trafen die Couriere aus London in Hannover ein. Zuerst Robert Gardner, der am Abende des 10. August von London aufgebrochen war, einige Stunden später Craggs, angesehenes Mitglied der Whig-Partei, der am Abende des 11. abgereist war. Er überbrachte das Schreiben des geheimen Rathes über die getroffenen Maßregeln. Am Morgen des 6./17. kam der Secretär Gödeke an mit der entscheidenden Nachricht, vom 1./12. August, sowohl des Todes der Königin als der Proclamirung des Königs Georg I. Die Ankunft des von der Regentschaft entsandten Grafen Dorset verzog sich bis zum Abend des 8./19. August.[2]) Er war der erste vornehme Engländer, der nach englischer Weise seinen König Georg I. knieend begrüßte.[3])

Georg I. nahm die Krone an, die so ihm dargeboten wurde, in dem Vollbewußtsein, daß er für ein Trachten nach derselben niemals einen Schritt gethan. Er so wenig, wie sein Vater, oder seine Mutter, hatten im geringsten zum Sturze des Hauses Stuart beigetragen. Vielmehr hatte die unter ihnen zunächst betheiligte Persönlichkeit, die Kurfürstin Sophie, die Mutter Georgs I., zu wiederholten Malen ihre Stimme zu Gunsten ihrer Verwandten in St. Germain erhoben, des Vaters wie des Sohnes. Sie hatte dies gethan im Jahre 1688, im Jahre 1700, und in ihren Wünschen noch sogar im Jahre 1708. War dem Hause Stuart ein Unrecht geschehen, so trugen weder Sophie, noch Georg daran eine Mitschuld.

Und auch ferner hatten sie sich an englischen Angelegenheiten nicht betheiligt. Sie hatten von Anfang an den Grundsatz aufgestellt,

[1]) Coxe: Sir Robert Walpole vol. II, p. 43.

[2]) Tägliche Berichte von Hannover aus an den Grafen Schönborn in Braunschweig, im k. k. Archive.

[3]) Der Bericht in Herrn v. Malorties Beiträgen zur Geschichte u. s. w., Heft I, S. 56, scheint mir nicht haltbar. Der hannöversche Gesandtschafts-Secretär Gödeke, der die entscheidende Nachricht brachte, hat wohl nicht zuerst den Grafen Clarendon aufgesucht. Dieser, in dem Berichte vom 17. August, bei Macpherson's Original papers vol. II, p. 646, sagt nichts dergleichen. Vielleicht hat die Tradition Clarendon und Dorset verwechselt. Aber der letztere, der ausdrücklich an den König gesandt war, traf erst am Abende des 19. ein. — Von einer Deputation des Parlamentes nach Hannover findet sich nichts in den Verhandlungen desselben.

anzunehmen, was vom Souverän und Parlamente gemeinsam ihnen dargeboten wurde, jedoch keine Partei dort zu kennen, in keiner Weise sich in die inneren Angelegenheiten Englands einzumischen. Ungeachtet aller Bitten, Vorschläge, Mahnungen, Vorwürfe hatten sie an diesem Grundsatze unverbrüchlich festgehalten. Die Sache der Thronfolge war von Anfang an bis zur Eröffnung derselben eine lediglich englische Angelegenheit geblieben.

Georg I. nahm die Krone an, obwohl, nach Allem, mit Sicherheit gesagt werden kann, daß die Annahme seinen Neigungen und Wünschen nicht entsprach. Es handelte sich dabei nicht bloß um Neigungen und Wünsche persönlicher Art. Freilich dürfen auch diese nicht gering angeschlagen werden. Die Annahme legte dem vierundfünfzigjährigen Fürsten, der geehrt und geliebt von seinen Unterthanen, hoch angesehen unter den Mitfürsten im Reiche, fest und sicher daheim auf eigenem Boden saß, die Verpflichtung auf, hinüber zu siedeln in ein fremdes Land, die Regierung einer Nation zu übernehmen, deren Sitten und Gesetze er nicht kannte, deren Sprache er nicht redete, höchstens mangelhaft verstand, einer Nation endlich, die, wie damals seit siebenzig Jahren die Dinge lagen, als die veränderlichste, unbeständigste in Europa galt. Wichtiger indessen war die politische Seite der Sache. Der Vater Ernst August hatte mit Kraft und Ausdauer das Bestreben verfolgt, die Geltung seines Hauses und des sächsischen Volksstammes, den es in höherem Maße als irgend ein anderes Fürstenhaus vertrat, und mit dem es seit sechs Jahrhunderten in Freud und Leid verwachsen war, im Reiche herzustellen. Georg I. hatte das Erbe auch dieses politischen Strebens seines Vaters übernommen und mit Erfolg. Nun aber trat diese englische Thronfolge an ihn heran. Sicherlich hat Georg I. sich von Anfang an kein Hehl darüber gemacht, daß fortan England mehr als Hannover seine Thätigkeit in Anspruch nehmen, und daß er in seinem Streben für dies sein Heimatland jenseit des Meeres auf Hindernisse stoßen würde. Dies um so mehr, da die Successions-Urkunde von 1701, also der Vertrag selber, durch welchen er die Krone übernahm, die Bestimmung enthielt: fortan solle keine Persönlichkeit, die zum Besitze der Krone gelange, den Boden der drei Länder England, Schottland, Irland verlassen dürfen ohne Einwilligung des Parlamentes.

Die verschiedenen Stimmungen in Hannover prägen sich aus in einem vertraulichen Schreiben des Herzogs Ernst August, den die Mutter, die Kurfürstin Sophie, als den Schatten seines Bruders, des Kurfürsten, zu bezeichnen pflegte. „Die neue Würde, schreibt er, verursacht hier unterschiedliche Gesichter. Einige weinen, Andere sind außer sich vor Freude. Ich kann nicht sagen, daß ich zu den Letzteren gehöre.“[1])

Der Kurfürst bedurfte nicht Englands, aber England bedurfte seiner. Die britische Nation setzte auf ihn das Vertrauen und die Hoffnung, durch ihn bewahrt zu bleiben vor dem Bürgerkriege, durch ihn den inneren Frieden, ihre Rechte, ihre Freiheiten gesichert zu sehen. Der Ruf dahin war, wie die Dinge lagen, einstimmig: es war der Ruf einer gesammten Nation. Es mochten Zweifel sich regen, ob die glatte Oberfläche dieser Einstimmigkeit nicht doch auch Elemente des Sturmes in sich berge; es mochten Bedenken laut werden, ob nicht die Abwesenheit im fremden Lande der Heimat zum Nachtheile gereiche: die Annahme der Krone, die eine Nation in ihrer Gesammtheit durch ihre berufenen Vertreter entgegen trug, war eine Ehrenpflicht.

Und endlich war die Annahme eine Ehrenpflicht gegenüber dem übrigen Europa. Es war nun ein halbes Jahrhundert, daß die Herrschsucht Ludwigs XIV. immer erneuten Krieg über die Völker gebracht hatte. Was seine Person betraf, so war, wie es sich dann bald herausstellte, der Krater nunmehr ausgebrannt: er selber hatte nur noch den Wunsch des Friedens für seine letzten Tage. Aber die Erinnerung an alle Noth und allen Jammer, den die Politik dieses Einen Mannes über Europa gebracht, war frisch und lebendig. Und aus derselben erwuchs die Furcht vor der Erneuerung des Krieges, wenn es Ludwig XIV. gelänge, den Sohn Jacobs II., den er im Jahre 1701 als König von England proclamirt hatte, auf den Thron von England zurückzuführen. Denn ein Jacob III. auf dem Throne von England erschien für Europa gleichbedeutend mit der französischen Vasallenschaft dieses Königreiches. Dies hatte vor Allem die Republik der Niederlande zu fürchten. Denn wenn auch die Engländer geneigt waren zu

[1]) An die Raugräfin Louise, 25. August 1714. Im Degenfeld-Schonburgischen Archive in Eybach.

vergessen, daß die Waffen der Republik unter der Führung des Oraniers zuerst und hauptsächlich die Umwälzung von 1688 herbei geführt, so war doch mit großer Wahrscheinlichkeit vorauszusehen, daß ein König Jacob III. des wirklichen Sachverhaltes von 1688 gegenüber der Republik genauer eingedenk sein würde.

Der Gesandte Bothmar hatte dem hannöverschen Residenten Klinggräf im Haag das eventuelle Schreiben des Kurfürsten an die Generalstaaten für den Fall des Todes der Königin Anna hinterlassen. Auf das Eintreffen der Nachricht im Haag, am 15. August, reichte Klinggräf es ein. Es enthielt die Aufforderung an die Generalstaaten, den Vertrag der Garantie für die Succession zu erfüllen. Noch am selben Tage erfolgte die Antwort an Klinggräf. Zugleich entsandten die Generalstaaten an den neuen König einen Courier mit einem Schreiben, in welchem sie erklären: „Die Erwägung, wie sehr bei der Thronfolge in England die Erhaltung unserer Religion, die Sicherheit unserer Republik, und die Freiheit von ganz Europa betheiligt sind, hat uns den festen Entschluß fassen lassen, unseren Verpflichtungen zu genügen und alles was wir in den Verträgen, besonders in demjenigen der Garantie, versprochen haben, zu erfüllen, und wir sind um so mehr dazu angefeuert durch die festen Versicherungen, die Ew. Majestät von Ihrer freundlichen Gesinnung für uns gegeben haben." Endlich bitten sie den König, seine demnächstige Reise nach England über das Territorium der Republik zu nehmen.[1])

Eine entsprechende Antwort erhielt der Botschafter Strafford auf seinen Vortrag, obwohl er dabei eingestehen mußte, von der Regentschaft keine Kunde erhalten zu haben. In den nächsten Tagen nahm man mit Erstaunen die Veränderung wahr, die in dem Verhalten dieses bisher so hochfahrenden Mannes vorging. „Er ist geschmeidig geworden wie ein Handschuh" — berichtet einer der hannöverschen Secretäre im Haag. Die Holländer erklärten dies dahin, daß nun seine wahre Natur zu Tage trete, daß er früher sich anders benommen habe nach den Weisungen des Ministeriums Oxford-Bolingbroke.[2])

[1]) Die Schriftstücke bei Lamberty t. VIII, p. 665 et suiv.

[2]) Lamberty t. VIII, p. 671. — Macpherson's Original papers vol. II, p. 647.

Wie in England, so wurden auch in den Niederlanden die Vorbereitungen darauf hin getroffen, als werde Ludwig XIV. dem Prätendenten eine Waffenmacht zur Verfügung stellen. Wie jedoch Iberville in London schon am Tage nach dem Tode der Königin dem Gesandten Bothmar ausgesprochen, daß Ludwig XIV. dem Utrechter Frieden gemäß den neuen König anerkennen werde, so übersandte Strafford aus dem Haag, am 23. August, nach Hannover eine von Prior in Paris erhaltene Erklärung dieser Bereitwilligkeit sowohl von Seiten Ludwigs XIV. als Philipps V.[1])

Es fragte sich also um das Verhalten des Prätendenten.

Der Prätendent.

Auf die Nachricht von dem Schlaganfalle der Königin verließ er in der Stille Bar-le-Duc, um sich nach Paris zu begeben. Als er bis Chantilly gelangt war, trat ihm ein Abgesandter Ludwigs XIV. entgegen, mit dem Ausdrucke der Ueberraschung, daß er Bar-le-Duc verlassen, und mit der Aufforderung dahin zurückzukehren, weil nach dem Frieden von Utrecht der König nichts für ihn thun könne. Der Prätendent ließ erwiedern, daß er nach England hinüber wolle mit nur zwei oder drei Begleitern, um zu versuchen, den Thron seiner Ahnen wieder zu gewinnen. Es erfolgte von Versailles aus die Antwort, daß nach den Seehäfen das Verbot seiner Einschiffung ergangen sei, daß ihm daher nur die Rückkehr übrig bleibe, und daß der König Gehorsam fordere.[2])

So ward es sofort nach allen Seiten verkündet, und die Geflissentlichkeit, mit welcher dies geschah, läßt eine besondere französische Absicht dabei vermuthen. Bolingbroke erzählt, später von dem Prätendenten vernommen zu haben, es sei alles nach Vereinbarung geschehen, damit, wo die Hoffnung für die Sache des Prätendenten verloren schien, die Meinung von seinem Charakter erhalten bliebe.[3]) — Dies kann doch nur heißen, daß die französische Politik dem Präten-

[1]) Macpherson's Original papers vol. II, p. 646.

[2]) Lamberty t. VIII, p. 672.

[3]) Bolingbroke's works vol. I, p. 28.

denten diejenige Hülfe, die sie ihm für den Augenblick versagte, für die Zukunft in Aussicht stellte. Wenn dies sich so verhält, so war der Prätendent, indem er nicht zu der Erkenntnis kommen konnte, daß eins der wesentlichen Hindernisse gegen seine Herstellung gerade die Verbindung mit Frankreich war, und daß England niemals einen König aus der Hand Frankreichs annehmen würde, abermals der Geprellte.

Es blieb ihm zur Zeit als einziges Mittel übrig eine Protestation. Er erließ dieselbe zu Plombieres, am 29. August.

Der Protest berührt zuerst mit wenigen Worten die Revolution von 1688, den, wie sie sagt, Umsturz der englischen Monarchie. Aber es fehlt dabei die Erwähnung der für den Sturz des Hauses Stuart entscheidenden Thatsache, der freiwilligen Flucht Jacobs II., so wie der Königin mit dem Kinde, nach Frankreich.

Ueberhaupt scheint bei der Abfassung dieser Protestation dem Sohne Jacobs II. noch nicht die Erkenntnis aufgegangen zu sein, daß der Fehler und das Unglück ihrer beider, des Sohnes wie des Vaters, bestanden hatte in ihrer Dienstbarkeit für die Politik Ludwigs XIV., und daß darum seit nunmehr sechsundzwanzig Jahren die Sache der Dynastie Stuart in den Augen der Mehrzahl der Engländer gleichbedeutend erschien mit demjenigen, was sie unter France and popery sich vorstellten. Der Prätendent berief sich auf die vielfachen Versicherungen, die er gegeben, daß im Falle seiner Herstellung die Gesetze des Landes die Richtschnur seines Handelns sein würden; aber er wurde sich nicht klar darüber, warum diese Versicherungen keinen Glauben fanden.

„Alles dies Entgegen-Kommen von unserer Seite, sagt weiter die Protestation, hat nichts gefruchtet. Die guten Absichten der Prinzessin unserer Schwester zu unseren Gunsten, die uns bekannt waren, und darum uns für die letzten Jahre zur Unthätigkeit bewogen, haben nicht ausgeführt werden können, weil der Tod sie überraschte. Und so ist es gekommen, daß man, anstatt die günstige Gelegenheit zur Herstellung des Rechtes zu benutzen, wider das unvertilgliche Erbrecht der Krone einen fremden Fürsten zum Könige proclamirt hat."

Die Behauptung während der letzten Jahre unthätig geblieben zu sein, war doch nur in Bezug auf einen Angriff von außen richtig. Dagegen waren die Jacobiten im Parlamente, und zwar nach dem

Willen des Prätendenten, thätig genug gewesen, für sich und ihre Sache, wie sie meinten, in der Wirklichkeit für Oxford einerseits und andererseits für die französische Politik, welche beide sie gebrauchte, wozu sie ihnen gut waren, und dann sie preis gaben.

Die Protestation des Prätendenten legte das letzte Verhalten Ludwigs XIV. gegen ihn dar mit den Worten: „Auf die erste Nachricht, die wir von dem Stande der Dinge in England erhielten, brachen wir von unserer gewöhnlichen Residenz auf, um uns an irgend einen Ort in unseren Königreichen zu begeben, in der Absicht uns an die Spitze derjenigen unserer getreuen Unterthanen zu stellen, die geneigt sein würden, unsere Rechte zu behaupten und sich mit uns der fremden Invasion zu widersetzen; aber, indem wir quer durch Frankreich reisten, um uns einzuschiffen, wurde, mit Berufung auf die Verpflichtungen, die man in dem letzten Friedensvertrage eingegangen, uns nicht bloß jegliche Hülfe verweigert, sondern auch sogar unserer Durchfahrt Widerstand entgegen gesetzt, so daß wir genöthigt wurden, nach Lothringen zurückzukehren."

Die Protestation schließt mit der Betheuerung des Prätendenten, sein Recht nicht lassen zu wollen als mit dem Leben.

Fortgang der Dinge in England.

Unterdessen nahmen die Dinge in England weiter ihren friedlichen Verlauf. Im Unterhause handelte es sich zunächst darum die Bewilligung der Mittel für den königlichen Haushalt, die mit dem Tode der Königin Anna erloschen war, auch für Georg I. durchzusetzen. Der Betrag war 650.000 Pfund Sterling. Von jacobitischer Seite wurde, nicht in wohlwollender Absicht, der Versuch gemacht, für den König den Betrag auf eine Million zu erhöhen.[1]) Man ging darüber hinweg. Dagegen brachte Horace Walpole die Forderung der Rückstände für die hannöverschen Truppen von 1712 wieder ein, zum Betrage von 65.000 Pfund Sterling, die einige Wochen zuvor abgelehnt war. Einige Mitglieder, die damals dagegen gestimmt, erklärten,

[1]) Commons Debates vol. VI, p. 4. — Lord Mahon, History of England vol. I, p. 102.

daß sie zuvor über die Sachlage irrthümlich unterrichtet gewesen seien, und deshalb nach besserer Kenntnis nun dafür stimmen würden. — Es ward dann von jacobitischer Seite der Versuch gemacht, die 100.000 Pfund Sterling zu streichen, die als Preis auf die Gefangennahme des Prätendenten gesetzt waren. Dagegen schlug die Erwiederung durch, daß, wenn der Prätendent keinen Landungsversuch unternehme, dieser Betrag der Nation nicht zur Last fallen, im anderen Falle aber wohl angewendet sein werde.[1])

Bei der obwaltenden Stimmung der Gemüther handelte es sich bei diesen Bills fast nur um die Beobachtung der Formen.

Inzwischen kehrte der von der Versammlung des geheimen Rathes noch vor dem Tode der Königin entsendete Craggs von Hannover zurück, am 13./24. August. Er brachte ein Dankschreiben des Königs an den geheimen Rath zurück, so wie auch bereits ein solches an die Regentschaft. Der König gab darin kund, daß er mit seinem Sohne, dem Kurprinzen, gegen das Ende des Monates aufbrechen, die Kurprinzessin später folgen werde. Beide Schreiben wurden dem Parlamente mitgetheilt.[2]) Es bedurfte dabei keiner Uebersetzung. Denn, so wenig auch die Mitglieder des kurfürstlichen Hauses der englischen Sprache kundig waren, der Rath Robethon, als langjähriger Secretär Wilhelms III., sprach und schrieb sie mit voller Gewandtheit.

Der Gesandte Bothmar eröffnete der Regentschaft einen besonderen Wunsch des Königs. Gemäß der englischen Rangordnung hatte fortan der Kurprinz als ältester Sohn des Königs den Titel des Herzogs von Cornwall. Derjenige des Prinzen von Wales erforderte die ausdrückliche Ernennung auf englischem Boden. Bothmar ersuchte die Regentschaft, die Dinge so vorzubereiten, daß der König sofort bei seinem Betreten des englischen Landes die Ernennung vollziehen könne.[3])

Ein anderer Wunsch des Königs klang der Regentschaft minder erfreulich. Georg I., dem Gepränge abhold, ließ andeuten, daß es ihm lieb sein würde, ohne Ceremonien in London einzuziehen. Die Regentschaft dagegen erwiederte, daß es nicht bloß nützlich, sondern sogar

---

[1]) Commons Debates vol. VI, p. 5.

[2]) Hoffmanns Bericht vom 24. August.

[3]) Derselbe Bericht.

nöthig sein werde, der Hauptstadt das Schauspiel eines feierlichen Einzuges zu geben. Sie schlug daher vor, daß der König Georg dem Beispiele Wilhelms III. nach dem Frieden von Ryswyck folgen möge. Wilhelm III. sei in Greenwich ausgestiegen und über Nacht geblieben. Dort seien am nächsten Tage die Pairs des Königreiches vor ihm erschienen, um dann ihm beim feierlichen Einzuge in London das Geleite zu geben.[1])

Craggs brachte ferner eine Ernennung mit, welche die Meinung, als habe der König den Namen Marlboroughs wegen des unaufrichtigen Verhaltens vor dem Feldzuge von 1708 nicht in die Regentschafts-Liste eingesetzt, als irrig darthat. Daß der Kurfürst ihm jenes Verhalten nicht nachtrug, hatte Marlborough zur Genüge bereits erfahren im August 1710. Nun aber, wo es bekannt war, daß Marlborough sich wieder in England befand, brachte Craggs ihm das Diplom der Ernennung zum General-Capitän der Streitkräfte in Groß-Britannien und Irland. Das Diplom, in englischer Sprache, ist auch deshalb merkwürdig, weil es, aller Wahrscheinlichkeit nach, das erste ist, welches Georg I. als König unterzeichnet hat. Denn es trägt das Datum des 6./17. August, desselben Tages, an welchem der Courier Gödeke mit der Todesnachricht in Hannover angekommen war.[2]) Desgleichen überreichte Bothmar im Namen des Königs dem Grafen Orford das Diplom der Ernennung zum Groß-Admiral. Orford jedoch entgegnete: er wünsche, daß diese Ernennung zunächst geheim bleibe. Auch Marlborough war in Betreff der seinigen der Ansicht, daß man bis auf die Ankunft des Königs die Dinge lieber im bisherigen Stande belassen solle.[3]) — Es scheint also, daß sie die Ernennung unter einem fremdländischen Siegel nicht als gültig für England betrachtet haben.

Unterdessen erledigte das Unterhaus in aller Form die Geld-Bills, und sandte sie hinauf an das Oberhaus, welches wiederum sie

[1]) Hoffmanns Bericht vom 28. August.

[2]) Die Minute, aber mit der vollen Unterschrift George R., ohne Gegenzeichnung, in den Robethon-Papieren in Hannover. Das Siegel zur Linken ist das kurfürstliche mit der Umschrift: Georgius Ludovicus D. G. dux Br. et Lun. S. R. I. Archithesaurarius et Elector.

[3]) Bothmars Bericht in der Zeitschrift des historischen Vereines für Niedersachsen. Jahrgang 1883. S. 58.

zurückgab ohne jegliche Aenderung. Am 21. August/1. September begaben sich die Regenten in das Oberhaus, und ließen, nach üblicher Weise, das Unterhaus vorladen. Der Sprecher desselben begleitete die Uebergabe der Bill für den königlichen Haushalt mit einer Rede, in welcher er hervorhob, daß das Unterhaus für diese Bewilligung jegliche Beschleunigung aufgewandt, welche die Formen des Verfahrens gestatten, damit der König bei seiner Ankunft in den Besitz eintrete wie durch ein nicht unterbrochenes Erbrecht. — Die Regenten sanctionirten die vorgelegten Bills.[1])

Dann sprach im Namen der Regentschaft der Lord-Canzler dem Parlamente Dank aus für die überzeugenden Beweise des bewiesenen Pflichteifers, insbesondere dem Unterhause für die Bewilligungen. „Seien Sie versichert, sagte er, daß die Einstimmigkeit, die Freudigkeit, die Schleunigkeit, welche Sie bei diesen Bewilligungen an den Tag gelegt, sie Sr. Majestät noch um so angenehmer machen." Er ersuchte dann beide Häuser, sich selber bis auf die nächste Woche zu vertagen.

Dies geschah in der Erwartung der Antworten des Königs auf die Adressen beider Häuser des Parlamentes. Sie trafen ein am 25. August/5. September. Diejenige an das Oberhaus schloß mit den Worten: „Ich werde es mir zur beständigen Sorgfalt machen, Euere Religion, Gesetze und Freiheiten unverletzlich zu bewahren, und die Ehre und das Gedeihen meiner Königreiche zu befördern." Diejenige an das Unterhaus, wesentlich desselben Inhaltes, fügte eine besondere Anerkennung hinzu für das Bemühen, den öffentlichen Credit aufrecht zu halten.[2])

Alsdann erfolgte die Vertagung im Namen des Königs, dies Mal als Vorbote der Auflösung.

Wie dasselbe Parlament, in welchem wiederholt die Jacobiten gehofft hatten, die Mehrheit erringen zu können, seit dem Tode der Königin wie völlig verwandelt erschien, so gab sich auch auf andere Weise vielfach kund, daß ein anderer Luftstrom über das Land zog

[1]) Commons Debates vol. VI, p. 6.

[2]) Die Antworten in Lords Debates vol. III, p. 2, und Commons Debates vol. VI, p. 8.

als zuvor. Der Erste, der dies in unangenehmer Weise erfuhr, war der von dem Ministerium Oxford-Bolingbroke mit besonderer Gunst behandelte Lord Peterborough. Auf der Rückkehr von seinem Gesandtschaftsposten in Turin vernahm er in Frankreich die Nachricht des Todes der Königin, erbat und erhielt eine Audienz bei Ludwig XIV., und in derselben mündlich die friedlichen Zusicherungen des Königs in Bezug auf England. Mit diesen eilte Peterborough heim, traf schon am 7./18. August in London ein, und bat bei den Regenten zum Zwecke der Berichterstattung um eine Audienz. „Die Regenten, meldet der kaiserliche Resident Hoffmann, haben ihn als zeitraubend nicht vorgelassen.“[1])

Ungleich schwerer traf die Wendung der Dinge den Staats-Secretär Bolingbroke.

Der Abgesandte Craggs, der vor dem Eintritte des Todes der Königin von London aufbrach, brachte über das Verhalten Bolingbrokes nach Hannover eine Meldung Bothmars mit den Worten: Mylord Bolingbroke fait des merveilles pour nous.

Nach dem Tode der Königin verblieben, gemäß der Successions-Acte, einstweilen alle Angestellte in ihren Aemtern, bis der Successor etwas Anderes verfügen würde. Dazu richtete Bolingbroke, der am 2./13. August dem Franzosen Iberville jene Klage ausgesprochen (S. 640), bereits am 3./14. August, an den König Georg I. ein Schreiben, um, wie er darin sagt, seine Freude auszusprechen, ein Unterthan eines so großen Fürsten geworden zu sein, so wie das Erbieten, ihm eben so treu und gewissenhaft zu dienen, wie bisher der Königin Anna.[2])

Dagegen verschärfte der Unmuth über den Wechsel der Dinge seinen Haß gegen Oxford. Eine Reihe heftiger Anklagen wider diesen in einem Briefe an Swift, vom 11./22. August, endet mit den Worten: But enough of this! I cannot load him as knave, without fixing fool upon myself, for having trusted him so long. Bolingbroke beschließt den Brief mit den Worten: Love me and love me better, because after a greater blow than most men ever felt, I keep up my spirits, am neither dejected at what has passed, nor

[1]) Hoffmanns Bericht vom 21. August.

[2]) Bolingbroke's letters and correspondence vol. IV, p. 581.

apprehensive of what is to come. Mea virtute me involvo.[1])

Die Worte deuten an, daß Bolingbroke sich nicht mehr ganz sicher fühlte. In der That stellten die Regenten in denselben Tagen durch Bothmar an den König das Ersuchen, daß Bolingbroke, gegen den man großen Verdacht habe, vor der Ankunft des Königs entlassen werden möge. Der König willfahrte, wie verlangt war. Als Bothmar, am 31. August/11. September, den Regenten den Bescheid des Königs überreichte, ward ihm erwiedert, daß man besondere Sorgfalt tragen werde, dem eingerissenen Misbrauch zu steuern, daß ein Staats-Secretär die öffentlichen Papiere wie seine Privatsachen behandele.[2])

Zur Ausführung ward zunächst an die Postbehörde Befehl gegeben, alle für Bolingbroke einlaufenden Briefe direct an die Regentschaft abzuliefern. Aus dieser wurden Shrewsbury, Somerset, Cowper deputirt, den Auftrag der Entlassung zu vollziehen. Diese geschah in einer sehr ungewöhnlichen Weise. Als der Staats-Secretär Bolingbroke sich, wie er zu thun pflegte, im Vorzimmer der Regentschaft einfand, nicht ahnend, was ihm bevorstehe, traten die drei Bevollmächtigten zu ihm, um ihm den Befehl des Königs kund zu thun. „Worüber, meldet der kaiserliche Resident Hoffmann, sich dieser übermüthige Minister dergestalt consternirt und dabei so submiß und deject bezeigt, daß einer von den besagten drei Regenten sich nachher vernehmen lassen: er habe sich zwingen müssen, sich alle frühere Insolenz dieses Mannes, besonders in den Schreiben nach Hannover hin, frisch ins Gedächtnis zu rufen, um kein Mitleid mit ihm zu haben." Die drei Bevollmächtigten fuhren dann sofort mit ihm zu seiner Canzlei im Cockpit, nahmen dort die königlichen Siegel in Empfang, und verschlossen und versiegelten die Canzlei, damit, wie der Auftrag lautete, die Briefschaften dort in sicherer Verwahrung bleiben sollten.

Bolingbroke selber schrieb über diese Entlassung an den Bischof Atterbury: „daß ich entlassen wurde, war mir weder eine Sache der

---

[1]) British Museum. Add. Ms. Wotton papers Nr. 4291.

[2]) Bothmars Tagebuch in der Zeitschrift des historischen Vereines für Niedersachsen. Jahrgang 1883. S. 62, ferner Hoffmanns Berichte vom 11. und 14. September.

Ueberraschung, noch der Betrübnis. Aber die Art und Weise der Entlassung erschreckte mich für wenigstens zwei Minuten."[1])

„Die dem bisherigen Staats-Secretär Bolingbroke widerfahrene Behandlung, meldet der kaiserliche Resident Hoffmann, ist eine so schimpfliche, wie sie noch keinem hiesigen Staats-Secretär geschehen ist. Er hat aber Zeit gehabt, das Gefährliche wegzuschaffen."

Wie das Verfahren gegen Bolingbroke schon die Absicht der Anklage von Seiten der Whig-Partei gegen ihn andeutet, so erweisen sich dann auch die letzten Worte als richtig. In dem Anklage-Material, welches im nächsten Jahre dem Comité des Unterhauses wider Bolingbroke zur Verfügung stand, finden sich erhebliche Lücken. Eben so ist die Correspondenz Bolingbrokes aus den letzten vier Jahren der Königin Anna, wie man sie später, im Jahre 1798, veröffentlicht hat, in Betreff des Jahres 1714 auffallend arm, sowohl in Betreff der Quantität als der Qualität. In einem der dort erhaltenen Briefe, vom 13./24. August, an Strafford gerichtet, sagt bereits Bolingbroke: „Sykophanten und Parasiten mögen reden von Planen zu Gunsten des Prätendenten: aber sicherlich hat es niemals einen so friedlichen Uebergang von einer Regierung zur anderen gegeben."[2]) Es tritt uns also hier bereits das System der Vertheidigung entgegen, das er später immer festgehalten hat, jeglichen Plan für die Herstellung des Prätendenten vor dem Tode der Königin Anna zu verneinen. Und wenigstens aus seinen eigenen erhaltenen Papieren ließ sich der Beweis des Gegentheils nicht führen.

Auch fühlte Bolingbroke sich dessen sicher. Noch am selben Tage sandte er an Bothmar ein Schreiben an den König ein, und bat um die Feststellung einer Stunde zur Unterredung. Am nächsten Tage begab Bothmar selber sich zu ihm. Bolingbroke erklärte, daß er sich in die Entlassung gehorsam füge; aber die Versiegelung sei eine Ungerechtigkeit, die aus einem besonderen Mistrauen herrühre. Dies Mistrauen könne nur zwei Punkte betreffen: entweder die Sache des Prätendenten oder die Friedenshandlung. „Wegen des ersteren, berichtet Bothmar, sagte er, daß sicherlich nichts Unziemliches auf ihn

[1]) Memoirs and Correspondence of Atterbury vol. I, p. 279.
[2]) Bolingbroke's letters and correspondence vol. IV, p. 583.

werde gebracht werden können, weil er niemals irgend einen Gedanken gehabt, die Absichten des Prätendenten zu befördern, viel weniger denn etwas dazu gethan habe. Er begehre nicht, daß ich ihm darüber auf sein Wort trauen solle, sondern es werde sich in der That so befinden, wenn man alles untersuchen wolle." [1])

Eine im Vergleiche mit der früheren Rede zu Iberville (S. 640) so kühne Verneinung war doch nur möglich, wenn Bolingbroke sich sicher wußte, daß kein Schriftstück übrig geblieben war, welches in dieser Sache Zeugnis gegen ihn ablegen konnte.

Was die Friedenshandlung betreffe, fuhr Bolingbroke fort, so habe er aus sich selber nichts gethan, sondern nur die Direction Anderer befolgt und dasjenige ausgerichtet, was im Rathe beschlossen worden. Er werde nun sich auf das Land hinaus begeben, und dort des Königs ferneren Willen erwarten. Bothmar lobte diesen Entschluß.

Diese Reden Bolingbrokes hatten in Bothmar den Eindruck hinterlassen, daß jener das ihm kund gegebene Misfallen des Königs nicht einem Berichte der Regentschaft beimaß, sondern den Urheber suchte in dem Grafen Oxford. Diese Vermuthung wurde in den nächsten Tagen zur Gewisheit. „Bolingbroke, meldet Bothmar einige Tage später dem Könige, hat um so leichter auf diesen Gedanken gerathen können, weil der Graf Oxford selber umhergeht zu verkünden, daß er durch seinen Credit bei Ew. Majestät den Bolingbroke gefällt habe. Er trachtet auch, einige der Regenten an sich zu ziehen und ihnen weis zu machen, er werde bei Ew. Majestät eine besondere Disposition über die hiesigen Aemter haben." In einem anderen Schreiben, vom selben Datum, an Robethon macht Bothmar sogar die Aemter und die Personen namhaft, über die Oxford in solcher Weise im voraus verfüge. „Das Beste an der ganzen Sache ist, schließt er, daß weder Whig noch Tory auf diesen doppelzüngigen Grafen noch irgend ein Vertrauen setzt." [2])

Es erscheint auffallend, wie es dahin kommen konnte, daß ein Mann, dem Niemand eine ungewöhnliche Befähigung, namentlich aber List und Verschlagenheit absprach, durch seine Illusionen sich dem

[1]) Bericht Bothmars vom 1./12. September.

[2]) British Museum. Add. Ms. Birch papers, vol. 4107.

Spotte aussetzte. Allein gehen wir auf den Kern der Sache, so muß anerkannt werden, daß der Graf Oxford für die Succession des Hauses Hannover eine große Bedeutung gehabt hatte. Er war, gemäß dem Willen des Königs Wilhelm III., Sprecher des Unterhauses gewesen, welches die Successions-Acte beschlossen hatte (Band IX, S. 154). Er selbst spricht sich in einem Schreiben, vom 14./25. April 1714, an Duyvenwoorde im Haag, das, wie er wußte, nach Hannover gelangen würde (vergl. S. 554), über seine Thätigkeit in der Angelegenheit aus mit den Worten: „Ich darf ohne Eitelkeit sagen, daß ich bei der Feststellung der Successions-Acte die wirksamste Hand hatte. Seitdem habe ich immer dieselbe Gesinnung bewahrt, und den Erklärungen, welche die Königin so häufig zu Gunsten des Hauses Hannover gemacht hat, ist es beizumessen, daß die Nation im Großen und Ganzen für die Succession gesinnt ist.“[1])

Jedenfalls ist daran so viel wahr, daß die Thronreden der Königin unter Oxfords Führung die Succession stärker betonten als die früheren zur Zeit Godolphins. Ob sie, bei dem Verhalten der britischen Regierung gegenüber Frankreich, darum mehr Glauben fanden, ist freilich eine andere Frage.

Dagegen verschweigt Oxford in jenem Briefe ein anderes sehr wichtiges Verhältnis, nämlich seine Anknüpfung mit St. Germain seit dem Beginne des Jahres 1712. Es liegt hinaus über den Bereich der Geschichtschreibung, erörtern zu wollen, was hätte erfolgen können, wenn Oxford diese Anknüpfung ehrlich gemeint hätte. Dagegen ist es eine geschichtliche Thatsache, daß er sie nicht ehrlich gemeint, und daß er durch diese Unehrlichkeit das Haus Stuart einerseits, die Jacobiten in England andererseits über zwei Jahre hingehalten hat, bis Berwick sich entschloß seinen Einfluß bei der Königin Anna für die Entlassung von Oxford geltend zu machen. In so weit also war die Haltung Oxfords negativ der Thronfolge des Hauses Hannover zu gute gekommen.

Wie Oxford über dies sein unehrliches Spiel mit der jacobitischen Richtung nach Hannover hin nicht redete, so liegt auch kein Anzeichen vor, daß man dasselbe dort durchschauete. Er sandte dagegen seine

[1]) Macpherson's Original papers vol. II, p. 593.

Betheuerungen ein, denen, von der ersten Sendung des Grafen Rivers an, wenigstens der Kurfürst selber niemals einen Glauben beigemessen zu haben scheint. Darüber aber kam Oxford nie zur Klarheit. Indem er für sich mit Sicherheit sagen konnte, daß er auch da wo er die Jacobiten belog und betrog, indirect zu Gunsten der Thronfolge des Hauses Hannover gearbeitet hatte, mochte er um so eher sich in die Illusion hinein leben und darin beharren, daß er in Hannover Glauben finde. Dazu trug bei, daß es auch ihm nicht unbekannt geblieben sein kann, daß der Briefwechsel, den er in der letzten Zeit durch Steingens mit Schulenburg-Leibniz unterhalten hatte, auch vor die Augen des Kurfürsten gekommen war.

Angenommen aber auch selbst, es wäre in den letzten Monaten dem Grafen Oxford gelungen, bei dem Kurfürsten seinen Credit einigermaßen herzustellen: so richtete er ihn, durch jenes sein Auftreten in der Sache Bolingbrokes, völlig wieder zu Grunde. An moralischer Qualität dürfte zwischen den zwei Individuen kaum ein großer Unterschied zu machen sein.

Der Verlauf der Dinge in England war so friedlich und still, daß er der Regentschaft bald keinen Anlaß mehr zu Geschäften bot. Sie versammelte sich täglich nur noch der Form wegen, hoffend auf die baldige Ankunft des Königs.[1])

Um so lebhafter war die Correspondenz nach Hannover hin, nämlich die dorthin gerichteten Bitten um Verleihung von Aemtern. Von besonderer Wichtigkeit ist darüber, so wie überhaupt in Betreff der Principien der Regierung Georgs I., die Ansicht des Grafen Nottingham, welcher, der Tory-Partei angehörig, in der Angelegenheit der Thronfolge mit den Whigs gegangen war. Er begab sich zu Bothmar, mit der Bitte dem Könige seine Ansicht kund zu thun.[2])

Es sei gut, sagte Nottingham, wenn man den König keiner Parteilichkeit zwischen Whigs und Tories beschuldigen könne. Er selber rechne sich zwar auch zu den letzteren, erkenne aber an, daß der König nur ein Whig-Ministerium berufen könne, wenn gleich ein oder anderer dem König genehmer Tory mit darunter gemengt sein würde. Er

[1]) Hoffmanns Bericht vom 18. September.

[2]) Bothmars Bericht vom 10./21. September. In der Zeitschrift des historischen Vereines für Niedersachsen. Jahrgang 1883. S. 66 u. f.

glaube auch, die Tories selber würden dem Könige dies nicht verdenken, sondern anerkennen, daß unter der vorigen Regierung sich sehr wenige von ihnen so verhalten, daß sie von dem Könige eine Belohnung mit Fug erwarten könnten. Die Whigs dagegen hätten jederzeit das Interesse des Königs vertreten, auch in Betreff der europäischen Angelegenheiten die Ansichten des Kurfürsten befolgt, und besäßen unter sich sehr geschickte Persönlichkeiten, die dem Dienste des Königs nützlich und nöthig sein würden.

Ferner hielt Nottingham eine Untersuchung für nothwendig, wie das vorige Ministerium die öffentlichen Angelegenheit geführt, damit die Nation mit Klarheit ersehen könne, daß man nicht ohne Ursache sich über dasselbe beschwert habe.

Nottingham faßte seine Ansicht zusammen in die Worte: „Wie die Minister und die weltliche Regierung whiggistisch, so muß die Kirche toryistisch sein und bleiben. Dann wird der König die Liebe und Verehrung, welche die Nation ihm entgegen trägt, stärken und vermehren."

In späterer Zeit ist von Historikern, welche die Lage der Dinge im Jahre 1714 nicht aus unmittelbarer Anschauung kannten, oft die Frage erörtert worden, ob der König Georg I. vom Beginne seiner Regierung an die richtigen Principien verfolgt habe. Gewichtiger als alle derartige spätere Erörterungen ist ein solcher Rath eines Staatsmannes, der in sich die vierfache Qualität zum Urtheile verband, ein warmer Patriot zu sein, mitten in den Dingen zu stehen, die Befähigung zur klaren Erkenntnis zu besitzen, und nicht sich dem Eifer für die eigene Partei hinzugeben.

Reise und Einzug des Königs.

Vom 18./29. August an lag die britische Flotte unter dem Admiral Berkeley, die dem neuen Könige das Geleit bis in die Themse geben sollte, in der Mündung der Maas. Der Aufbruch des Königs von Herrenhausen verzögerte sich bis zum 31. August/11. September.

Es wird erzählt, daß der König beim Einsteigen in den Wagen wieder zurückgetreten sei, um sein geliebtes Herrenhausen noch einmal zu überblicken. Jedenfalls ist anzunehmen, daß er mit der Absicht

ſchied, bei Gelegenheit die Aufhebung derjenigen Clauſel in der Succeſſions-Acte zu verlangen, welche den Beſuch der Heimat von der Einwilligung des Parlamentes abhängig machte.[1])

Der König hatte in ſeinem Gefolge die Miniſter Bernſtorf und Görz, den Ober-Kammerherrn Grafen Platen, den Ober-Hofmarſchall von Hardenberg, den Vice-Oberſtallmeiſter Freiherrn von Kielmansegg, den Ober-Kammerherrn von Reden, den Ober-Jägermeiſter von Oeynhauſen, den Oberſchenk Freiherrn von Görz, die Kammerherren von Bernſtorf und von Schulenburg, den Kriegsrath von Hattorf, ferner vier Kammerjunker, dann die Räthe der geheimen Canzlei, Reiche und Robethon, ſo wie ein zahlreiches Dienſtperſonal. Der frühere Geſandte Schütz befand ſich nicht im Gefolge.

Der Kurprinz, der erſt auf engliſchem Boden zum Prinzen von Wales ernannt werden konnte, hatte zum Gefolge den Stallmeiſter von Campe und zwei Kammerjunker, mit dem Dienſtperſonale.

Das erſte Nachtlager war in Diepenau, das zweite in Ippenburg, das dritte in Twickel. Dort auf der Grenze der Republik, harrten des Königs Deputirte der Generalſtaaten, um ihn zu geleiten. Die nächſte Nacht, vom 14./15., verbrachte der König zu Voorſt, einem Gute des Grafen Albemarle. Bis dahin hatte man noch keine nennenswerthe Stadt berührt. Die erſte war Amersfoort. Wie die Stadt im Feſtkleide den König empfing, ſo drängte die wohlgeſetzte Anrede des Bürgermeiſters die Hoffnungen und Wünſche der Niederländer kurz zuſammen. Von da an berührte der Zug bald eine Stadt nach der anderen, alle im feſtlichen Schmucke. In Woerden, wo der König zum fünften Male übernachtete, begrüßten ihn die Deputirten der Stände von Holland. Am nächſten Tage, dem 5./16. September, erreichte man den Haag, wo der Alte-Hof zur Aufnahme des Königs vorbereitet war.

Dort entwickelte ſich wieder, wie einſt in den Tagen Wilhelms III., der volle Glanz des Königthumes. Die Geſandten der fremden Mächte, die vornehmſten Perſönlichkeiten der Republik, viele Engländer, die

[1]) Für das Folgende verſchiedene Berichte: Reiſejournal u. ſ. w. abgedruckt in der Zeitſchrift des hiſtoriſchen Vereines für Niederſachſen. Jahrgang 1883. S. 69. — Umſtändliche Relation der Reiſe u. ſ. w. Hamburg 1714. — Der Bericht bei Lamberty t. VIII, p. 672 et suiv.

entgegen gekommen waren, drängten sich zur Audienz. Der König verweilte im Haag elf Tage. Am Morgen des 16./27. September ward der Wind so günstig gemeldet, daß man ihn benutzen zu müssen glaubte. Der König Georg fuhr des Morgens vom Alten-Hof ab denselben Weg, den Wilhelm III. so oft zurück gelegt, besah unterwegs das Schloß Honslardyk, und betrat dann am Oranie-Polder vom Wagen aus das Boot, das ihn an die Jacht Peregrine führen sollte. Die zum Geleite bestimmten Kriegsschiffe, elf englische, acht holländische, lagen tiefer hinab, an der Mündung der Maas. Unter dem Donner sämmtlicher Geschütze der Flotte wurden die Anker gelichtet und die Segel beigesetzt.

Die Fahrt war eine der glücklichsten. Die aufgehende Sonne des nächsten Morgens beleuchtete zur Rechten die Küste von Suffolk. Längs derselben und dann an derjenigen von Essex her, suchte man die Mündung der Themse zu gewinnen. Am Nachmittage tauchte zur Linken dem Auge die Küste von Kent auf, und bald sendeten die Kanonen von Sheerneß ihr Willkommen entgegen. Darüber brach die Dunkelheit herein. Die königliche Jacht warf die Anker, und die gesammte Flotte folgte dem Beispiele.

Am nächsten Morgen, dem 18./29. September, deckte ein dichter Nebel den Strom, so daß man erst um neun Uhr die Anker lichtete. Die Kriegsschiffe, die bis dahin das Geleite gegeben, wendeten, mit dreimaligem Abschiedsgruße ihrer Geschütze, zurück in das Meer. Die Jachten fuhren, bei schwachem Winde, langsam stromaufwärts, zumal als die Ebbe entgegen trieb. Am Nachmittage verließ der König die Jacht und stieg in ein mit sechszehn Matrosen bemanntes Boot. Der Ruderschlag derselben brachte ihn am Abend zwischen sechs und sieben Uhr an Greenwich.

Am Ufer begrüßte den König zuerst der Erzbischof von Canterbury, dann, nachdem der König die Stufen einer Treppe zum Quai hinauf gestiegen, der Lord-Canzler im Namen der Regentschaft. Zugleich hoben sich Raketen empor, als Signal für die Besatzung des Tower, und im selben Augenblicke verkündeten die Kanonen desselben der Hauptstadt die Landung des Königs.

Das Gedränge in Greenwich war so groß, zumal da Jedermann den König knieend begrüßen wollte, daß er nur mit Mühe die wenigen

hundert Schritte vom Ufer bis zum Palaste zurücklegte und dann nur durch ein Nebenthor hinein gelangte. Die Stadt war erfüllt von den Vornehmsten des Königreiches, die alle wünschten zum Handkusse zugelassen zu werden. Unter diesen war auch der Graf Oxford. Ueber den Empfang desselben berichtet der kaiserliche Resident Hoffmann an den Kaiser wie folgt.[1])

„Ich darf nicht verschweigen, daß als der Graf Oxford zu Greenwich endlich vor den König gekommen ist, der vorstellende Kammerherr Graf Dorset dem Könige gesagt hat: Voilà le comte Oxford dont V. M. aura entendu parler. — Worauf der König ihm die Hand zu küssen gegeben, ihn mit einiger Verachtung angesehen, und, ohne ihm ein Wort zu sagen, sich auf die Seite gekehrt hat."

Der nächste Tag, der 19./30. September, war ein Sonntag. Deshalb ward der Einzug in London angesetzt auf den Montag. Auch die Vollziehung des Patentes der Ernennung des Kurprinzen zum Prinzen von Wales ward verschoben. Ein mitwirkender Grund dafür war, daß der Vollzug dieses Patentes dem zeitigen Lord-Canzler 5000 Pfund Sterling einbrachte, welcher Betrag nicht dem bisherigen, Lord Harcourt, sondern dem neu zu ernennenden Lord Cowper zugewendet werden sollte.[2])

Eine Verordnung des Lord-Marschall-Amtes ließ zur Theilnahme am Festzuge nur Sechsspänner zu, die sich vor zehn Uhr Morgens im Parke von Greenwich einzustellen hatten. Es fanden sich deren über zweihundert. Die Herolde wurden durch das Einordnen der Wagen so in Anspruch genommen, daß der erste Wagen um elf Uhr Morgens sich in Bewegung setzte, derjenige des Königs um ein Uhr Nachmittags. Die Menschenmenge, die von Greenwich an bis zum Palaste St. James grüßend und jubelnd sich drängte, ward auf eine und eine halbe Million geschätzt. Demnach bewegte der Zug sich sehr langsam. Noch bevor der königliche Wagen die Mitte der Stadt erreichte, brach die Nacht ein. Da man dies nicht vorhergesehen, war für das damals erforderliche Beleuchtungsmittel der Fackeln nicht vorgesorgt. Aber es brannten Freudenfeuer in den Straßen und die ganze Stadt war

[1]) Bericht vom 5. October.

[2]) Derselbe Bericht.

illuminirt. Nach sieben Uhr Abends gelangte der König in den Palast St. James.[1])

Am nächsten Tage empfing der König die Gesandten der fremden Mächte, die, nach dem Rathe Bothmars, die Bewillkommnung in Greenwich den Engländern allein überlassen hatten.

In den nächsten Tagen erfolgten Belohnungen für diejenigen, welche für die Sache der Succession hervorragend thätig gewesen waren. Die Sache ward dem Könige erleichtert dadurch, daß Shrewsbury zwei seiner hohen Aemter niederlegte: dasjenige des Treasurers und dasjenige der Statthalterschaft von Irland. Das Schatzamt ward in Commission gegeben mit dem Lord Halifax an der Spitze, der zugleich zum Viscount ernannt wurde. Shrewsbury war der letzte Treasurer; denn keiner der George hat fortan einen solchen wieder ernannt. Sunderland erhielt die Statthalterschaft in Irland. Cowper wurde wieder zum Lord-Canzler, Townshend und Stanhope zu Staats-Secretären ernannt. Die Herzöge von Somerset und Devonshire erhielten hohe Stellen im königlichen Haushalt, derjenige von Argyle das Commando in Schottland. Nottingham wurde Präsident des großen geheimen Rathes.

Die Zusammensetzung des engeren Cabinetsrathes entsprach jenem Rathe Nottinghams, den wir vernommen haben. Außer diesem selber und Marlborough, zählte das Cabinet die Namen: Sunderland, Somers, dessen Schwäche die Uebernahme eines activen Amtes nicht gestattete, Halifax, die beiden Staats-Secretäre Townshend und Stanhope, und den Lord-Canzler Cowper.

Der kaiserliche Resident Hoffmann, der nunmehr seit dreiunddreißig Jahren als unparteiischer Zeuge die Vorgänge in England beobachtet hatte, fügt seinem Berichte über diese Ernennungen seine Ansicht mit den Worten hinzu: „Der König darf der anderen Partei nicht trauen.“[2])

Es war damals alles noch Freude und Jubel. Kein Miston wurde laut. Und doch vernehmen wir von diesem kundigen Beobachter, bereits am 1./12. October, die Worte: „Obwohl noch nirgends eine

[1]) Bericht vom 5. October.

[2]) Derselbe Bericht.

Unruhe sich kund gibt, so dürfte doch, bei einer so getheilten Nation, die zu einigen und zu befriedigen unmöglich ist, der König seine besten und ruhigsten Tage jenseit des Meeres zugebracht haben."[1])

Die Krönung.

Am 4./15. October verkündeten die Herolde unter Pauken- und Trompetenschall in den Straßen von London, daß am 20./31. October die Krönung in Westminster statt finden werde, und riefen zugleich die Namen der Mitglieder der Commission aus, welche diese Feier zu berathen hatte. Die Krönung ward bis dahin verschoben, weil zuvor die Ankunft der Kurprinzessin, nunmehr, nachdem das Patent der Ernennung des Prinzen vollzogen, Prinzessin von Wales, abzuwarten war. Sie brach am 3./14. October von Hannover auf, und landete am 11./22. zu Margate in Kent. Der Gemahl eilte ihr bis Rochester entgegen, und führte sie zwei Tage später in London ein. Bereits am nächsten Tage gab sie Audienzen. „Ihre Höflichkeit und Leutseligkeit, meldet der kaiserliche Resident Hoffmann, gefällt dieser Nation über alle Maßen."[2])

Am Morgen des 20./31. October begab sich der König Georg nach Westminster Hall. Von dort aus entwickelte sich gegen zehn Uhr Morgens der Krönungszug nach der Westminster-Abtei, mit der Entfaltung alles erdenklichen Pompes, in den Hauptzügen gleich mit der Krönung Jacobs II., im April 1685 (vergleiche Band III, S. 40)[3]). Den wesentlichsten Unterschied am 20./31. October mochte die Krönungs-Predigt darbieten, die der Bischof von Oxford, Dr. Wilhelm Talbot, über den 118. Psalm, Vers 24 und 25 abhielt. Der zweite Theil derselben wandte sich direct gegen den Prätendenten. Man sei Gott viele Dankopfer schuldig, sagte der Bischof, daß das Absterben der Königin zu einer Zeit erfolgt sei, wo die auswärtigen Freunde des Prätendenten wegen der noch nicht völlig hergestellten Ruhe nicht im Stande gewesen wären, durch die Anhänger desselben im König-

[1]) Hoffmanns Bericht vom 12. October.

[2]) Desgleichen vom 26. October.

[3]) Die Krönung ausführlich in Lünigs Theatrum Ceremoniale, S. 1378 u. f.

reiche einen Aufstand zu erwecken. Der Bischof malte dann die Gefahren für England aus, wenn ihm ein König aufgedrungen wäre, der, wie er sagte, zu den Gebräuchen der französischen Tyrannei und den Grundsätzen des papistischen Aberglaubens, noch die Rachgier für das seinem vermeintlichen Vater widerfahrene Unrecht zugesellt hätte.

Die Maßlosigkeit dieses Redners scheint anzudeuten, daß er ungeachtet des Pompes der Krönung sich doch vor den Jacobiten noch nicht so ganz sicher fühlte.

„Es ist leicht zu erachten, schrieb eine der anwesenden Peeresses, Lady Cowper, die Frau des Lord-Canzlers, in ihr Tagebuch, daß dieser Tag für die Jacobiten nicht ein wirklicher Freudentag war. Dennoch waren sie Alle da, so heiter blickend wie sie es unter den Umständen konnten, aber sehr mürrisch gegen Jeden, der sie ansprach. Lady Dorchester — einst die Maitresse Jacobs II. — stand nahe bei mir, und als der Erzbischof von Canterbury, dem Herkommen gemäß, an die Versammelten die Frage der Zustimmung richtete, wandte sie sich zu mir und sagte: ‚Meint denn der alte Narr, daß, wo man so viele Schwerter gezogen erblickt, Jemand auf seine Frage mit Nein antworten werde?‘“ [1])

Einer der thatkräftigsten, man möchte sagen, leidenschaftlichsten Jacobiten nahm sogar fungirend an der Krönung Theil. Es war Franz Atterbury, anglicanischer Bischof von Rochester, und vermöge dessen zugleich Dechant von Westminster.

Es dauerte bis zwei Uhr Nachmittags, daß nach dem Vollzuge der anderen Ceremonien dem Könige die Krone St. Eduards aufgesetzt wurde. Im selben Augenblicke fuhren in der Kirche alle Hände der Pairs und Peeresses von England empor, um auch sich selber die bis dahin niedergehaltenen Krönlein aufzusetzen. Zugleich stieg von dem Dache der Westminster-Abtei eine Fahne als Signal empor, und sofort verkündeten die Kanonen des Tower über die Stadt den Vollzug der feierlichen Handlung.

Es folgte der Act der Huldigung. Zuerst der Prinz von Wales stieg die Stufen des Thrones hinan, berührte mit der Hand die Krone

[1]) Diary of Lady Cowper p. 5.

des Königs, zum Zeichen, daß er sie vertheidigen wolle, und küßte den König auf die linke Wange. Es folgten die sämmtlichen anwesenden geistlichen und weltlichen Lords. Unter diesen erblickte man einen, den man kaum vermuthete. Es war Bolingbroke.

Der Empfang, der dem Lord Oxford in Greenwich widerfahren war, hatte für Bolingbroke gezeigt, daß Oxford ihm beim Könige nicht hatte schaden können. Bolingbroke versuchte dann vor den König zu gelangen, jedoch ohne Erfolg. Nun gab die Krönung ihm das Recht der Huldigung. Der König, ein Angesicht erblickend, das ihm bisher unbekannt, fragte einen Anderen nach dem Namen. Bolingbroke, der hinabsteigend dies vernahm, wendete sich um und verbeugte sich dreimal bis zum Boden.[1])

Es ist zur Charakteristik einer Persönlichkeit, die so tief in die Geschichte Englands und des gesammten Europa eingegriffen, wie Bolingbroke, nicht unwichtig zu bemerken, daß er lange Jahre später in einer Schrift, die rhetorisch als meisterhaft bezeichnet werden darf, die Demüthigung, die Oxford in Greenwich erfahren, betrachtend erörtert, und wenige Seiten später von sich selber erzählt, daß er von seiner Entlassung im September an bis zum Februar des nächsten Jahres auf dem Lande geweilt habe,[2]) seine Betheiligung an der Huldigung also verschweigt.

Die Thatsache des Erscheinens von Bolingbroke zur Huldigung, so wie sein Verhalten dabei thun dar, daß es nicht an ihm lag, wenn er nicht in den Dienst Georgs I. eintrat.

Nach der Huldigung wurde das Abendmahl nach anglicanischem Ritus genommen. Es war der Schluß der Handlung.

Der König begab sich in die St. Eduards-Capelle, legte dort die Krone des heil. Eduard ab, und empfing dafür eine andere prächtige Staatskrone. Alsdann wurde der Rückweg in derselben Ordnung angetreten wie zuvor, nur mit dem Unterschiede, daß alle Krönlein, die bei dem Hinwege in den Händen getragen waren, nun die Häupter bedeckten.

---

[1]) Diary of Lady Cowper p. 5.

[2]) Bolingbroke's works vol. I, p. 24 and 38. Letter to Sir William Wyndham. Man scheint in England in späteren Zeiten oft vergessen zu haben, daß diese Schrift Bolingbrokes zu seiner Selbstvertheidigung abgefaßt ist.

Es folgte in Westminster-Hall das große Festmahl, und während desselben das Einreiten des königlichen Vorfechters in den Saal, und die laute Herausforderung desjenigen, der das Recht des Königs an der Krone bezweifele. Im Saale und in England erfolgte keine Antwort; aber draußen ward sie vorbereitet.

Denn, wenn auch, wie oft hervorgehoben ist, die Thronfolge des Königs Georg I. so friedlich und ruhig in Kraft getreten war, wie diejenige eines Sohnes auf den Vater, so hatten doch darum nicht alle die zahlreichen Anhänger des flüchtigen Königshauses ihre Gesinnung geändert. Wir haben vernommen, daß wiederholt die jacobitische Partei im Unterhause sich mit der Hoffnung geschmeichelt hatte, die Mehrheit gewinnen zu können. Die Probe ist nicht gemacht; aber jedenfalls beweist die Existenz einer solchen Hoffnung so viel, daß ein erheblicher Bruchtheil der Nation jacobitisch gesinnt war. Es ist gesagt worden, daß Uebergriffe der Whig-Regierung die jacobitische Gesinnung angefacht haben. Bolingbroke hat später geredet von einem inquisitorischen Verhalten zuerst der Regentschaft, dann des neuen Ministeriums unter dem Könige.[1]) Zum Beweise dessen führt er an das Ergreifen und Durchforschen der Papiere. Dies dürfte sich namentlich auf ihn selber beziehen. Aber er nennt dann auch die Papiere der Königin, was mit der Wahrheit nicht besteht (vgl. S. 639). Weitere Thatsachen, die ein inquisitorisches Verhalten oder Uebergriffe darthun könnten, gibt Bolingbroke nicht an.

Anders lautet das Urtheil eines unparteiischen Beobachters. „Während die Whigs sich um die Aemter raufen, meldet Hoffmann, und darüber schon in zwei, ja drei Parteien unter einander zertrennt sind, arbeiten die Tories auf dem Lande, um ihr Interesse bei den künftigen Parlaments-Wahlen durchzusetzen, damit sie im Unterhause die Mehrheit erlangen. Dies würde, wenn es ihnen gelingt, dem Hofe wie der Whig-Partei nicht wenig zu thun geben, namentlich, wenn der König nicht geneigt sein sollte, sich für die Wahlen der Geldmittel zu bedienen, was er, nach der Aussage seiner deutschen Minister, niemals thun wird, damit es nicht heiße, daß er seine Regierung mit

[1]) Bolingbroke's works vol. I, p. 32. Jener Brief an Sir William Wyndham.

Corruption beginne. Dies ist zwar in sich selber sehr billig und gerecht, dürfte jedoch bei einer so interessirten und durch die frühere Erkaufung der Stimmen so sehr verwöhnten Nation sehr wenig austragen." [1])

Die lang erwartete Auflösung des Parlamentes erfolgte erst im Beginne 1715. Die Neuwahlen ergaben für das Unterhaus eine Mehrheit der Whigs, und bekräftigten dadurch die Thronfolge des Hauses Hannover.

---

[1]) Hoffmanns Bericht vom 6. November.

Actenſtücke und kritiſche Bemerkungen.

Siebenunddreißigſtes Buch.

Anlage I. Zu S. 26.

Archiv der Stadt Hannover. Robethon-Papiere. Bericht des Geſandten Robethon an den Miniſter Bernſtorff in Hannover, aus dem Haag, den 21. März 1711.

M. le Duc m'ayant mené dans son carosse à Scheveling m'a entretenu pendant deux heures sur les affaires d'Angleterre. Il a commencé par dire qu'il avoit honte de sa propre nation, et des noires calomnies par lesquelles une partie dechiroit l'autre, mais que ce qui luy faisoit le plus de peine, estoit le danger réel dans lequel se trouvoit sa pauvre patrie. Que Dieu luy estoit tesmoin qu'il aimoit la Reyne et sa Patrie avec tendresse, et que c'estoit principalement par ce motif qu'il s'estoit donné tant de mouvement pour conserver son poste. Que rien ne luy auroit esté plus facile que de brouiller tout en Angleterre. „Car les Whigs, dit-il, croyoient qu'estant degousté je quitterois mes employs et ferois avec eux cause commune contre la cour, et les Tories se flattoient que, pour me maintenir, je me joindrois absolument à eux et me declarerois contre les Whigs. Mais je n'ay fait ni l'un ni l'autre. Un troisième party qui auroit esté plus de mon goust qu'aucun autre, c'estoit de me retirer à la campagne, et de ne me mesler absolument de rien. Les affaires auroient peut-estre pris un tel train (le commandement estant en d'autres mains) que tout auroit tourné à ma gloire, et qu'on m'auroit regretté. C'estoit là sans doute le plus seur moyen de me vanger de mes ennemis. Mais le public et ma patrie en auroient

souffert, et j'ay cru leur devoir le sacrifice de servir plustost avec desagrement, et de m'exposer à des evenements malheureux, quoy que je sache combien le nouveau ministere sera prompt me les imputer. Une autre raison tres forte qui m'y a determiné c'est l'interest de la succession, croyant pouvoir luy estre utile, en demeurant dans mon poste et en empêchant qu'il ne tombe en de mauvaises mains." — „Mais, adjouta-t-il, ne vous flattez point. Ce party du Prince de Galles est tres fort. Personne n'ose parler ouvertement pour luy, ce seroit un crime de Lèse-Majesté. Mais nous qui connoissons le terrain, connoissons aussi les intentions, et les motifs qui causent les divers maneges que nous voyons presentement en Angleterre."

„Le Party des Octobriens est superieur dans la chambre basse. Ce sont des gentilshommes de la campagne qu'on nomme ainsy à cause de leur chaleur, et parce que la biere forte se brasse au mois d'octobre. Ces gens l'ont emporté en plusieurs divisions contre les Whigs et le party de la cour joints ensemble. De ces Octobriens la pluspart sont Jacobites. Les autres buttent à vivre comme leurs ancestres, lorsque l'Angleterre ne prenoit aucune part aux affaires du dehors. Tous ensemble sont las des taxes et desirent une prompte paix. Les Ministres de la Reyne sont dans la mesme disposition, M. de Shrewsbury entre autres. L'idée de M. Rochester est que l'Angleterre devroit demeurer neutre pendant cette guerre-cy et voir faire les autres. Vous avez connu ce president du conseil, et combien il aimoit à primer et à gouverner. Mais il est bien changé. Il est devenu vieux et infirme, et timide. Il ne prime point dans le conseil de cabinet, et n'y parle jamais d'un ton decisif. Harley ne le fait pas non plus. Il ne parle jamais que des affaires de la Tresorerie ou de celles du Parlement, et il le fait avec une timidité extrême. Chacun croit de s'advanturer trop et de donner prise à d'autres. De sorte que personne ne prenant la direction, tout va au hazard. Mylord Shrewsbury est encore plus timide que les deux autres. Le duc de Buckingham est assez hardy, mais il n'a ni assez de capacité pour conduire la barque, ni assez de reputation pour se faire suivre par les autres. Le duc de Queensbury est peu de-chose. Le seul secretaire d'Estat St. Jean s'applique aux affaires et ayant de l'esprit, il s'y rendra capable. On fera bien à Hannover de le menager. Il parle à S. M. dans le conseil plus hardiment qu'aucun autre. Harley et sa parente Mme Masham ne sont point Jacobites. Si cet homme avoit le choix, il prefereroit la succession protestante

Ueberraschung, noch der Betrübnis. Aber die Art und Weise der Entlassung erschreckte mich für wenigstens zwei Minuten."[1])

„Die dem bisherigen Staats-Secretär Bolingbroke widerfahrene Behandlung, meldet der kaiserliche Resident Hoffmann, ist eine so schimpfliche, wie sie noch keinem hiesigen Staats-Secretär geschehen ist. Er hat aber Zeit gehabt, das Gefährliche wegzuschaffen."

Wie das Verfahren gegen Bolingbroke schon die Absicht der Anklage von Seiten der Whig-Partei gegen ihn andeutet, so erweisen sich dann auch die letzten Worte als richtig. In dem Anklage-Material, welches im nächsten Jahre dem Comité des Unterhauses wider Bolingbroke zur Verfügung stand, finden sich erhebliche Lücken. Eben so ist die Correspondenz Bolingbrokes aus den letzten vier Jahren der Königin Anna, wie man sie später, im Jahre 1798, veröffentlicht hat, in Betreff des Jahres 1714 auffallend arm, sowohl in Betreff der Quantität als der Qualität. In einem der dort erhaltenen Briefe, vom 13./24. August, an Strafford gerichtet, sagt bereits Bolingbroke: „Sykophanten und Parasiten mögen reden von Planen zu Gunsten des Prätendenten: aber sicherlich hat es niemals einen so friedlichen Uebergang von einer Regierung zur anderen gegeben."[2]) Es tritt uns also hier bereits das System der Vertheidigung entgegen, das er später immer festgehalten hat, jeglichen Plan für die Herstellung des Prätendenten vor dem Tode der Königin Anna zu verneinen. Und wenigstens aus seinen eigenen erhaltenen Papieren ließ sich der Beweis des Gegentheils nicht führen.

Auch fühlte Bolingbroke sich dessen sicher. Noch am selben Tage sandte er an Bothmar ein Schreiben an den König ein, und bat um die Feststellung einer Stunde zur Unterredung. Am nächsten Tage begab Bothmar selber sich zu ihm. Bolingbroke erklärte, daß er sich in die Entlassung gehorsam füge; aber die Versiegelung sei eine Ungerechtigkeit, die aus einem besonderen Mistrauen herrühre. Dies Mistrauen könne nur zwei Punkte betreffen: entweder die Sache des Prätendenten oder die Friedenshandlung. „Wegen des ersteren, berichtet Bothmar, sagte er, daß sicherlich nichts Unziemliches auf ihn

[1]) Memoirs and Correspondence of Atterbury vol. I, p. 279.
[2]) Bolingbroke's letters and correspondence vol. IV, p. 583.

werde gebracht werden können, weil er niemals irgend einen Gedanken gehabt, die Absichten des Prätendenten zu befördern, viel weniger denn etwas dazu gethan habe. Er begehre nicht, daß ich ihm darüber auf sein Wort trauen solle, sondern es werde sich in der That so befinden, wenn man alles untersuchen wolle."[1])

Eine im Vergleiche mit der früheren Rede zu Iberville (S. 640) so kühne Verneinung war doch nur möglich, wenn Bolingbroke sich sicher wußte, daß kein Schriftstück übrig geblieben war, welches in dieser Sache Zeugnis gegen ihn ablegen konnte.

Was die Friedenshandlung betreffe, fuhr Bolingbroke fort, so habe er aus sich selber nichts gethan, sondern nur die Direction Anderer befolgt und dasjenige ausgerichtet, was im Rathe beschlossen worden. Er werde nun sich auf das Land hinaus begeben, und dort des Königs ferneren Willen erwarten. Bothmar lobte diesen Entschluß.

Diese Reden Bolingbrokes hatten in Bothmar den Eindruck hinterlassen, daß jener das ihm kund gegebene Misfallen des Königs nicht einem Berichte der Regentschaft beimaß, sondern den Urheber suchte in dem Grafen Oxford. Diese Vermuthung wurde in den nächsten Tagen zur Gewisheit. „Bolingbroke, meldet Bothmar einige Tage später dem Könige, hat um so leichter auf diesen Gedanken gerathen können, weil der Graf Oxford selber umhergeht zu verkünden, daß er durch seinen Credit bei Ew. Majestät den Bolingbroke gefällt habe. Er trachtet auch, einige der Regenten an sich zu ziehen und ihnen weis zu machen, er werde bei Ew. Majestät eine besondere Disposition über die hiesigen Aemter haben." In einem anderen Schreiben, vom selben Datum, an Robethon macht Bothmar sogar die Aemter und die Personen namhaft, über die Oxford in solcher Weise im voraus verfüge. „Das Beste an der ganzen Sache ist, schließt er, daß weder Whig noch Tory auf diesen doppelzüngigen Grafen noch irgend ein Vertrauen setzt."[2])

Es erscheint auffallend, wie es dahin kommen konnte, daß ein Mann, dem Niemand eine ungewöhnliche Befähigung, namentlich aber List und Verschlagenheit absprach, durch seine Illusionen sich dem

[1]) Bericht Bothmars vom 1./12. September.

[2]) British Museum. Add. Ms. Birch papers, vol. 4107.

Spotte aussetzte. Allein gehen wir auf den Kern der Sache, so muß anerkannt werden, daß der Graf Oxford für die Succession des Hauses Hannover eine große Bedeutung gehabt hatte. Er war, gemäß dem Willen des Königs Wilhelm III., Sprecher des Unterhauses gewesen, welches die Successions-Acte beschlossen hatte (Band IX, S. 154). Er selbst spricht sich in einem Schreiben, vom 14./25. April 1714, an Duyvenwoorde im Haag, das, wie er wußte, nach Hannover gelangen würde (vergl. S. 554), über seine Thätigkeit in der Angelegenheit aus mit den Worten: „Ich darf ohne Eitelkeit sagen, daß ich bei der Feststellung der Successions-Acte die wirksamste Hand hatte. Seitdem habe ich immer dieselbe Gesinnung bewahrt, und den Erklärungen, welche die Königin so häufig zu Gunsten des Hauses Hannover gemacht hat, ist es beizumessen, daß die Nation im Großen und Ganzen für die Succession gesinnt ist.“[1])

Jedenfalls ist daran so viel wahr, daß die Thronreden der Königin unter Oxfords Führung die Succession stärker betonten als die früheren zur Zeit Godolphins. Ob sie, bei dem Verhalten der britischen Regierung gegenüber Frankreich, darum mehr Glauben fanden, ist freilich eine andere Frage.

Dagegen verschweigt Oxford in jenem Briefe ein anderes sehr wichtiges Verhältnis, nämlich seine Anknüpfung mit St. Germain seit dem Beginne des Jahres 1712. Es liegt hinaus über den Bereich der Geschichtschreibung, erörtern zu wollen, was hätte erfolgen können, wenn Oxford diese Anknüpfung ehrlich gemeint hätte. Dagegen ist es eine geschichtliche Thatsache, daß er sie nicht ehrlich gemeint, und daß er durch diese Unehrlichkeit das Haus Stuart einerseits, die Jacobiten in England andererseits über zwei Jahre hingehalten hat, bis Berwick sich entschloß seinen Einfluß bei der Königin Anna für die Entlassung von Oxford geltend zu machen. In so weit also war die Haltung Oxfords negativ der Thronfolge des Hauses Hannover zu gute gekommen.

Wie Oxford über dies sein unehrliches Spiel mit der jacobitischen Richtung nach Hannover hin nicht redete, so liegt auch kein Anzeichen vor, daß man dasselbe dort durchschauete. Er sandte dagegen seine

[1]) Macpherson's Original papers vol. II, p. 593.

Betheuerungen ein, denen, von der ersten Sendung des Grafen Rivers an, wenigstens der Kurfürst selber niemals einen Glauben beigemessen zu haben scheint. Darüber aber kam Oxford nie zur Klarheit. Indem er für sich mit Sicherheit sagen konnte, daß er auch da wo er die Jacobiten belog und betrog, indirect zu Gunsten der Thronfolge des Hauses Hannover gearbeitet hatte, mochte er um so eher sich in die Illusion hinein leben und darin beharren, daß er in Hannover Glauben finde. Dazu trug bei, daß es auch ihm nicht unbekannt geblieben sein kann, daß der Briefwechsel, den er in der letzten Zeit durch Steingens mit Schulenburg-Leibniz unterhalten hatte, auch vor die Augen des Kurfürsten gekommen war.

Angenommen aber auch selbst, es wäre in den letzten Monaten dem Grafen Oxford gelungen, bei dem Kurfürsten seinen Credit einigermaßen herzustellen: so richtete er ihn, durch jenes sein Auftreten in der Sache Bolingbrokes, völlig wieder zu Grunde. An moralischer Qualität dürfte zwischen den zwei Individuen kaum ein großer Unterschied zu machen sein.

Der Verlauf der Dinge in England war so friedlich und still, daß er der Regentschaft bald keinen Anlaß mehr zu Geschäften bot. Sie versammelte sich täglich nur noch der Form wegen, hoffend auf die baldige Ankunft des Königs.[1])

Um so lebhafter war die Correspondenz nach Hannover hin, nämlich die dorthin gerichteten Bitten um Verleihung von Aemtern. Von besonderer Wichtigkeit ist darüber, so wie überhaupt in Betreff der Principien der Regierung Georgs I., die Ansicht des Grafen Nottingham, welcher, der Tory-Partei angehörig, in der Angelegenheit der Thronfolge mit den Whigs gegangen war. Er begab sich zu Bothmar, mit der Bitte dem Könige seine Ansicht kund zu thun.[2])

Es sei gut, sagte Nottingham, wenn man den König keiner Parteilichkeit zwischen Whigs und Tories beschuldigen könne. Er selber rechne sich zwar auch zu den letzteren, erkenne aber an, daß der König nur ein Whig-Ministerium berufen könne, wenn gleich ein oder anderer dem König genehmer Tory mit darunter gemengt sein würde. Er

[1]) Hoffmanns Bericht vom 18. September.

[2]) Bothmars Bericht vom 10./21. September. In der Zeitschrift des historischen Vereines für Niedersachsen. Jahrgang 1883. S. 66 u. f.

glaube auch, die Tories selber würden dem Könige dies nicht verdenken, sondern anerkennen, daß unter der vorigen Regierung sich sehr wenige von ihnen so verhalten, daß sie von dem Könige eine Belohnung mit Fug erwarten könnten. Die Whigs dagegen hätten jederzeit das Interesse des Königs vertreten, auch in Betreff der europäischen Angelegenheiten die Ansichten des Kurfürsten befolgt, und besäßen unter sich sehr geschickte Persönlichkeiten, die dem Dienste des Königs nützlich und nöthig sein würden.

Ferner hielt Nottingham eine Untersuchung für nothwendig, wie das vorige Ministerium die öffentlichen Angelegenheit geführt, damit die Nation mit Klarheit ersehen könne, daß man nicht ohne Ursache sich über dasselbe beschwert habe.

Nottingham faßte seine Ansicht zusammen in die Worte: „Wie die Minister und die weltliche Regierung whiggistisch, so muß die Kirche toryistisch sein und bleiben. Dann wird der König die Liebe und Verehrung, welche die Nation ihm entgegen trägt, stärken und vermehren."

In späterer Zeit ist von Historikern, welche die Lage der Dinge im Jahre 1714 nicht aus unmittelbarer Anschauung kannten, oft die Frage erörtert worden, ob der König Georg I. vom Beginne seiner Regierung an die richtigen Principien verfolgt habe. Gewichtiger als alle derartige spätere Erörterungen ist ein solcher Rath eines Staatsmannes, der in sich die vierfache Qualität zum Urtheile verband, ein warmer Patriot zu sein, mitten in den Dingen zu stehen, die Befähigung zur klaren Erkenntnis zu besitzen, und nicht sich dem Eifer für die eigene Partei hinzugeben.

Reise und Einzug des Königs.

Vom 18./29. August an lag die britische Flotte unter dem Admiral Berkeley, die dem neuen Könige das Geleit bis in die Themse geben sollte, in der Mündung der Maas. Der Aufbruch des Königs von Herrenhausen verzögerte sich bis zum 31. August/11. September.

Es wird erzählt, daß der König beim Einsteigen in den Wagen wieder zurückgetreten sei, um sein geliebtes Herrenhausen noch einmal zu überblicken. Jedenfalls ist anzunehmen, daß er mit der Absicht

schied, bei Gelegenheit die Aufhebung derjenigen Clausel in der Successions-Acte zu verlangen, welche den Besuch der Heimat von der Einwilligung des Parlamentes abhängig machte.[1])

Der König hatte in seinem Gefolge die Minister Bernstorf und Görz, den Ober-Kammerherrn Grafen Platen, den Ober-Hofmarschall von Hardenberg, den Vice-Oberstallmeister Freiherrn von Kielmansegg, den Ober-Kammerherrn von Reden, den Ober-Jägermeister von Oeynhausen, den Oberschenk Freiherrn von Görz, die Kammerherren von Bernstorf und von Schulenburg, den Kriegsrath von Hattorf, ferner vier Kammerjunker, dann die Räthe der geheimen Canzlei, Reiche und Robethon, so wie ein zahlreiches Dienstpersonal. Der frühere Gesandte Schütz befand sich nicht im Gefolge.

Der Kurprinz, der erst auf englischem Boden zum Prinzen von Wales ernannt werden konnte, hatte zum Gefolge den Stallmeister von Campe und zwei Kammerjunker, mit dem Dienstpersonale.

Das erste Nachtlager war in Diepenau, das zweite in Ippenburg, das dritte in Twickel. Dort auf der Grenze der Republik, harrten des Königs Deputirte der Generalstaaten, um ihn zu geleiten. Die nächste Nacht, vom 14./15., verbrachte der König zu Voorst, einem Gute des Grafen Albemarle. Bis dahin hatte man noch keine nennenswerthe Stadt berührt. Die erste war Amersfoort. Wie die Stadt im Festkleide den König empfing, so drängte die wohlgesetzte Anrede des Bürgermeisters die Hoffnungen und Wünsche der Niederländer kurz zusammen. Von da an berührte der Zug bald eine Stadt nach der anderen, alle im festlichen Schmucke. In Woerden, wo der König zum fünften Male übernachtete, begrüßten ihn die Deputirten der Stände von Holland. Am nächsten Tage, dem 5./16. September, erreichte man den Haag, wo der Alte-Hof zur Aufnahme des Königs vorbereitet war.

Dort entwickelte sich wieder, wie einst in den Tagen Wilhelms III., der volle Glanz des Königthumes. Die Gesandten der fremden Mächte, die vornehmsten Persönlichkeiten der Republik, viele Engländer, die

[1]) Für das Folgende verschiedene Berichte: Reisejournal u. s. w. abgedruckt in der Zeitschrift des historischen Vereines für Niedersachsen. Jahrgang 1883. S. 69. — Umständliche Relation der Reise u. s. w. Hamburg 1714. — Der Bericht bei Lamberty t. VIII, p. 672 et suiv.

entgegen gekommen waren, drängten sich zur Audienz. Der König verweilte im Haag elf Tage. Am Morgen des 16./27. September ward der Wind so günstig gemeldet, daß man ihn benutzen zu müssen glaubte. Der König Georg fuhr des Morgens vom Alten-Hof ab denselben Weg, den Wilhelm III. so oft zurück gelegt, besah unterwegs das Schloß Honslardyk, und betrat dann am Oranie-Polder vom Wagen aus das Boot, das ihn an die Jacht Peregrine führen sollte. Die zum Geleite bestimmten Kriegsschiffe, elf englische, acht holländische, lagen tiefer hinab, an der Mündung der Maas. Unter dem Donner sämmtlicher Geschütze der Flotte wurden die Anker gelichtet und die Segel beigesetzt.

Die Fahrt war eine der glücklichsten. Die aufgehende Sonne des nächsten Morgens beleuchtete zur Rechten die Küste von Suffolk. Längs derselben und dann an derjenigen von Essex her, suchte man die Mündung der Themse zu gewinnen. Am Nachmittage tauchte zur Linken dem Auge die Küste von Kent auf, und bald sendeten die Kanonen von Sheerneß ihr Willkommen entgegen. Darüber brach die Dunkelheit herein. Die königliche Jacht warf die Anker, und die gesammte Flotte folgte dem Beispiele.

Am nächsten Morgen, dem 18./29. September, deckte ein dichter Nebel den Strom, so daß man erst um neun Uhr die Anker lichtete. Die Kriegsschiffe, die bis dahin das Geleite gegeben, wendeten, mit dreimaligem Abschiedsgruße ihrer Geschütze, zurück in das Meer. Die Jachten fuhren, bei schwachem Winde, langsam stromaufwärts, zumal als die Ebbe entgegen trieb. Am Nachmittage verließ der König die Jacht und stieg in ein mit sechszehn Matrosen bemanntes Boot. Der Ruderschlag derselben brachte ihn am Abend zwischen sechs und sieben Uhr an Greenwich.

Am Ufer begrüßte den König zuerst der Erzbischof von Canterbury, dann, nachdem der König die Stufen einer Treppe zum Quai hinauf gestiegen, der Lord-Canzler im Namen der Regentschaft. Zugleich hoben sich Raketen empor, als Signal für die Besatzung des Tower, und im selben Augenblicke verkündeten die Kanonen desselben der Hauptstadt die Landung des Königs.

Das Gedränge in Greenwich war so groß, zumal da Jedermann den König knieend begrüßen wollte, daß er nur mit Mühe die wenigen

hundert Schritte vom Ufer bis zum Palaste zurücklegte und dann nur durch ein Nebenthor hinein gelangte. Die Stadt war erfüllt von den Vornehmsten des Königreiches, die alle wünschten zum Handkusse zugelassen zu werden. Unter diesen war auch der Graf Oxford. Ueber den Empfang desselben berichtet der kaiserliche Resident Hoffmann an den Kaiser wie folgt.[1])

„Ich darf nicht verschweigen, daß als der Graf Oxford zu Greenwich endlich vor den König gekommen ist, der vorstellende Kammerherr Graf Dorset dem Könige gesagt hat: Voilà le comte Oxford dont V. M. aura entendu parler. — Worauf der König ihm die Hand zu küssen gegeben, ihn mit einiger Verachtung angesehen, und, ohne ihm ein Wort zu sagen, sich auf die Seite gekehrt hat."

Der nächste Tag, der 19./30. September, war ein Sonntag. Deshalb ward der Einzug in London angesetzt auf den Montag. Auch die Vollziehung des Patentes der Ernennung des Kurprinzen zum Prinzen von Wales ward verschoben. Ein mitwirkender Grund dafür war, daß der Vollzug dieses Patentes dem zeitigen Lord-Canzler 5000 Pfund Sterling einbrachte, welcher Betrag nicht dem bisherigen, Lord Harcourt, sondern dem neu zu ernennenden Lord Cowper zugewendet werden sollte.[2])

Eine Verordnung des Lord-Marschall-Amtes ließ zur Theilnahme am Festzuge nur Sechsspänner zu, die sich vor zehn Uhr Morgens im Parke von Greenwich einzustellen hatten. Es fanden sich deren über zweihundert. Die Herolde wurden durch das Einordnen der Wagen so in Anspruch genommen, daß der erste Wagen um elf Uhr Morgens sich in Bewegung setzte, derjenige des Königs um ein Uhr Nachmittags. Die Menschenmenge, die von Greenwich an bis zum Palaste St. James grüßend und jubelnd sich drängte, ward auf eine und eine halbe Million geschätzt. Demnach bewegte der Zug sich sehr langsam. Noch bevor der königliche Wagen die Mitte der Stadt erreichte, brach die Nacht ein. Da man dies nicht vorhergesehen, war für das damals erforderliche Beleuchtungsmittel der Fackeln nicht vorgesorgt. Aber es brannten Freudenfeuer in den Straßen und die ganze Stadt war

[1]) Bericht vom 5. October.

[2]) Derselbe Bericht.

illuminirt. Nach sieben Uhr Abends gelangte der König in den Palast St. James.[1])

Am nächsten Tage empfing der König die Gesandten der fremden Mächte, die, nach dem Rathe Bothmars, die Bewillkommnung in Greenwich den Engländern allein überlassen hatten.

In den nächsten Tagen erfolgten Belohnungen für diejenigen, welche für die Sache der Succession hervorragend thätig gewesen waren. Die Sache ward dem Könige erleichtert dadurch, daß Shrewsbury zwei seiner hohen Aemter niederlegte: dasjenige des Treasurers und dasjenige der Statthalterschaft von Irland. Das Schatzamt ward in Commission gegeben mit dem Lord Halifax an der Spitze, der zugleich zum Viscount ernannt wurde. Shrewsbury war der letzte Treasurer; denn keiner der George hat fortan einen solchen wieder ernannt. Sunderland erhielt die Statthalterschaft in Irland. Cowper wurde wieder zum Lord-Canzler, Townshend und Stanhope zu Staats-Secretären ernannt. Die Herzöge von Somerset und Devonshire erhielten hohe Stellen im königlichen Haushalt, derjenige von Argyle das Commando in Schottland. Nottingham wurde Präsident des großen geheimen Rathes.

Die Zusammensetzung des engeren Cabinetsrathes entsprach jenem Rathe Nottinghams, den wir vernommen haben. Außer diesem selber und Marlborough, zählte das Cabinet die Namen: Sunderland, Somers, dessen Schwäche die Uebernahme eines activen Amtes nicht gestattete, Halifax, die beiden Staats-Secretäre Townshend und Stanhope, und den Lord-Canzler Cowper.

Der kaiserliche Resident Hoffmann, der nunmehr seit dreiunddreißig Jahren als unparteiischer Zeuge die Vorgänge in England beobachtet hatte, fügt seinem Berichte über diese Ernennungen seine Ansicht mit den Worten hinzu: „Der König darf der anderen Partei nicht trauen."[2])

Es war damals alles noch Freude und Jubel. Kein Miston wurde laut. Und doch vernehmen wir von diesem kundigen Beobachter, bereits am 1./12. October, die Worte: „Obwohl noch nirgends eine

[1]) Bericht vom 5. October.

[2]) Derselbe Bericht.

Unruhe sich kund gibt, so dürfte doch, bei einer so getheilten Nation, die zu einigen und zu befriedigen unmöglich ist, der König seine besten und ruhigsten Tage jenseit des Meeres zugebracht haben."[1])

Die Krönung.

Am 4./15. October verkündeten die Herolde unter Pauken- und Trompetenschall in den Straßen von London, daß am 20./31. October die Krönung in Westminster statt finden werde, und riefen zugleich die Namen der Mitglieder der Commission aus, welche diese Feier zu berathen hatte. Die Krönung ward bis dahin verschoben, weil zuvor die Ankunft der Kurprinzessin, nunmehr, nachdem das Patent der Ernennung des Prinzen vollzogen, Prinzessin von Wales, abzuwarten war. Sie brach am 3./14. October von Hannover auf, und landete am 11./22. zu Margate in Kent. Der Gemahl eilte ihr bis Rochester entgegen, und führte sie zwei Tage später in London ein. Bereits am nächsten Tage gab sie Audienzen. „Ihre Höflichkeit und Leutseligkeit, meldet der kaiserliche Resident Hoffmann, gefällt dieser Nation über alle Maßen."[2])

Am Morgen des 20./31. October begab sich der König Georg nach Westminster Hall. Von dort aus entwickelte sich gegen zehn Uhr Morgens der Krönungszug nach der Westminster-Abtei, mit der Entfaltung alles erdenklichen Pompes, in den Hauptzügen gleich mit der Krönung Jacobs II., im April 1685 (vergleiche Band III, S. 40)[3]). Den wesentlichsten Unterschied am 20./31. October mochte die Krönungs-Predigt darbieten, die der Bischof von Oxford, Dr. Wilhelm Talbot, über den 118. Psalm, Vers 24 und 25 abhielt. Der zweite Theil derselben wandte sich direct gegen den Prätendenten. Man sei Gott viele Dankopfer schuldig, sagte der Bischof, daß das Absterben der Königin zu einer Zeit erfolgt sei, wo die auswärtigen Freunde des Prätendenten wegen der noch nicht völlig hergestellten Ruhe nicht im Stande gewesen wären, durch die Anhänger desselben im König-

[1]) Hoffmanns Bericht vom 12. October.

[2]) Desgleichen vom 26. October.

[3]) Die Krönung ausführlich in Lünigs Theatrum Ceremoniale, S. 1378 u. f.

reiche einen Aufstand zu erwecken. Der Bischof malte dann die Gefahren für England aus, wenn ihm ein König aufgedrungen wäre, der, wie er sagte, zu den Gebräuchen der französischen Tyrannei und den Grundsätzen des papistischen Aberglaubens, noch die Rachgier für das seinem vermeintlichen Vater widerfahrene Unrecht zugesellt hätte.

Die Maßlosigkeit dieses Redners scheint anzudeuten, daß er ungeachtet des Pompes der Krönung sich doch vor den Jacobiten noch nicht so ganz sicher fühlte.

„Es ist leicht zu erachten, schrieb eine der anwesenden Peeressen, Lady Cowper, die Frau des Lord-Canzlers, in ihr Tagebuch, daß dieser Tag für die Jacobiten nicht ein wirklicher Freudentag war. Dennoch waren sie Alle da, so heiter blickend wie sie es unter den Umständen konnten, aber sehr mürrisch gegen Jeden, der sie ansprach. Lady Dorchester — einst die Maitresse Jacobs II. — stand nahe bei mir, und als der Erzbischof von Canterbury, dem Herkommen gemäß, an die Versammelten die Frage der Zustimmung richtete, wandte sie sich zu mir und sagte: ‚Meint denn der alte Narr, daß, wo man so viele Schwerter gezogen erblickt, Jemand auf seine Frage mit Nein antworten werde?‘“ [1])

Einer der thatkräftigsten, man möchte sagen, leidenschaftlichsten Jacobiten nahm sogar fungirend an der Krönung Theil. Es war Franz Atterbury, anglicanischer Bischof von Rochester, und vermöge dessen zugleich Dechant von Westminster.

Es dauerte bis zwei Uhr Nachmittags, daß nach dem Vollzuge der anderen Ceremonien dem Könige die Krone St. Eduards aufgesetzt wurde. Im selben Augenblicke fuhren in der Kirche alle Hände der Pairs und Peeressen von England empor, um auch sich selber die bis dahin niedergehaltenen Krönlein aufzusetzen. Zugleich stieg von dem Dache der Westminster-Abtei eine Fahne als Signal empor, und sofort verkündeten die Kanonen des Tower über die Stadt den Vollzug der feierlichen Handlung.

Es folgte der Act der Huldigung. Zuerst der Prinz von Wales stieg die Stufen des Thrones hinan, berührte mit der Hand die Krone

[1]) Diary of Lady Cowper p. 5.

des Königs, zum Zeichen, daß er sie vertheidigen wolle, und küßte den König auf die linke Wange. Es folgten die sämmtlichen anwesenden geistlichen und weltlichen Lords. Unter diesen erblickte man einen, den man kaum vermuthete. Es war Bolingbroke.

Der Empfang, der dem Lord Oxford in Greenwich widerfahren war, hatte für Bolingbroke gezeigt, daß Oxford ihm beim Könige nicht hatte schaden können. Bolingbroke versuchte dann vor den König zu gelangen, jedoch ohne Erfolg. Nun gab die Krönung ihm das Recht der Huldigung. Der König, ein Angesicht erblickend, das ihm bisher unbekannt, fragte einen Anderen nach dem Namen. Bolingbroke, der hinabsteigend dies vernahm, wendete sich um und verbeugte sich dreimal bis zum Boden.[1])

Es ist zur Charakteristik einer Persönlichkeit, die so tief in die Geschichte Englands und des gesammten Europa eingegriffen, wie Bolingbroke, nicht unwichtig zu bemerken, daß er lange Jahre später in einer Schrift, die rhetorisch als meisterhaft bezeichnet werden darf, die Demüthigung, die Oxford in Greenwich erfahren, betrachtend erörtert, und wenige Seiten später von sich selber erzählt, daß er von seiner Entlassung im September an bis zum Februar des nächsten Jahres auf dem Lande geweilt habe,[2]) seine Betheiligung an der Huldigung also verschweigt.

Die Thatsache des Erscheinens von Bolingbroke zur Huldigung, so wie sein Verhalten dabei thun dar, daß es nicht an ihm lag, wenn er nicht in den Dienst Georgs I. eintrat.

Nach der Huldigung wurde das Abendmahl nach anglicanischem Ritus genommen. Es war der Schluß der Handlung.

Der König begab sich in die St. Eduards-Capelle, legte dort die Krone des heil. Eduard ab, und empfing dafür eine andere prächtige Staatskrone. Alsdann wurde der Rückweg in derselben Ordnung angetreten wie zuvor, nur mit dem Unterschiede, daß alle Krönlein, die bei dem Hinwege in den Händen getragen waren, nun die Häupter bedeckten.

---

[1]) Diary of Lady Cowper p. 5.

[2]) Bolingbroke's works vol. I, p. 24 and 38. Letter to Sir William Wyndham. Man scheint in England in späteren Zeiten oft vergessen zu haben, daß diese Schrift Bolingbrokes zu seiner Selbstvertheidigung abgefaßt ist.

Es folgte in Westminster-Hall das große Festmahl, und während desselben das Einreiten des königlichen Vorfechters in den Saal, und die laute Herausforderung desjenigen, der das Recht des Königs an der Krone bezweifele. Im Saale und in England erfolgte keine Antwort; aber draußen ward sie vorbereitet.

Denn, wenn auch, wie oft hervorgehoben ist, die Thronfolge des Königs Georg I. so friedlich und ruhig in Kraft getreten war, wie diejenige eines Sohnes auf den Vater, so hatten doch darum nicht alle die zahlreichen Anhänger des flüchtigen Königshauses ihre Gesinnung geändert. Wir haben vernommen, daß wiederholt die jacobitische Partei im Unterhause sich mit der Hoffnung geschmeichelt hatte, die Mehrheit gewinnen zu können. Die Probe ist nicht gemacht; aber jedenfalls beweist die Existenz einer solchen Hoffnung so viel, daß ein erheblicher Bruchtheil der Nation jacobitisch gesinnt war. Es ist gesagt worden, daß Uebergriffe der Whig-Regierung die jacobitische Gesinnung angefacht haben. Bolingbroke hat später geredet von einem inquisitorischen Verhalten zuerst der Regentschaft, dann des neuen Ministeriums unter dem Könige.[1]) Zum Beweise dessen führt er an das Ergreifen und Durchforschen der Papiere. Dies dürfte sich namentlich auf ihn selber beziehen. Aber er nennt dann auch die Papiere der Königin, was mit der Wahrheit nicht besteht (vgl. S. 639). Weitere Thatsachen, die ein inquisitorisches Verhalten oder Uebergriffe darthun könnten, gibt Bolingbroke nicht an.

Anders lautet das Urtheil eines unparteiischen Beobachters. „Während die Whigs sich um die Aemter raufen, meldet Hoffmann, und darüber schon in zwei, ja drei Parteien unter einander zertrennt sind, arbeiten die Tories auf dem Lande, um ihr Interesse bei den künftigen Parlaments-Wahlen durchzusetzen, damit sie im Unterhause die Mehrheit erlangen. Dies würde, wenn es ihnen gelingt, dem Hofe wie der Whig-Partei nicht wenig zu thun geben, namentlich, wenn der König nicht geneigt sein sollte, sich für die Wahlen der Geldmittel zu bedienen, was er, nach der Aussage seiner deutschen Minister, niemals thun wird, damit es nicht heiße, daß er seine Regierung mit

[1]) Bolingbroke's works vol. I, p. 32. Jener Brief an Sir William Wyndham.

Corruption beginne. Dies ist zwar in sich selber sehr billig und gerecht, dürfte jedoch bei einer so interessirten und durch die frühere Erkaufung der Stimmen so sehr verwöhnten Nation sehr wenig austragen." [1])

Die lang erwartete Auflösung des Parlamentes erfolgte erst im Beginne 1715. Die Neuwahlen ergaben für das Unterhaus eine Mehrheit der Whigs, und bekräftigten dadurch die Thronfolge des Hauses Hannover.

---

[1]) Hoffmanns Bericht vom 6. November.

Actenſtücke und kritiſche Bemerkungen.

Siebenunddreißigſtes Buch.

Anlage I. Zu S. 26.

Archiv der Stadt Hannover. Robethon-Papiere. Bericht des Geſandten Robethon an den Miniſter Bernſtorff in Hannover, aus dem Haag, den 21. März 1711.

M. le Duc m'ayant mené dans son carosse à Scheveling m'a entretenu pendant deux heures sur les affaires d'Angleterre. Il a commencé par dire qu'il avoit honte de sa propre nation, et des noires calomnies par lesquelles une partie dechiroit l'autre, mais que ce qui luy faisoit le plus de peine, estoit le danger réel dans lequel se trouvoit sa pauvre patrie. Que Dieu luy estoit tesmoin qu'il aimoit la Reyne et sa Patrie avec tendresse, et que c'estoit principalement par ce motif qu'il s'estoit donné tant de mouvement pour conserver son poste. Que rien ne luy auroit esté plus facile que de brouiller tout en Angleterre. „Car les Whigs, dit-il, croyoient qu'estant degousté je quitterois mes employs et ferois avec eux cause commune contre la cour, et les Tories se flattoient que, pour me maintenir, je me joindrois absolument à eux et me declarerois contre les Whigs. Mais je n'ay fait ni l'un ni l'autre. Un troisième party qui auroit esté plus de mon goust qu'aucun autre, c'estoit de me retirer à la campagne, et de ne me mesler absolument de rien. Les affaires auroient peut-estre pris un tel train (le commandement estant en d'autres mains) que tout auroit tourné à ma gloire, et qu'on m'auroit regretté. C'estoit là sans doute le plus seur moyen de me vanger de mes ennemis. Mais le public et ma patrie en auroient

souffert, et j'ay cru leur devoir le sacrifice de servir plustost avec desagrement, et de m'exposer à des evenements malheureux, quoy que je sache combien le nouveau ministere sera prompt me les imputer. Une autre raison tres forte qui m'y a determiné c'est l'interest de la succession, croyant pouvoir luy estre utile, en demeurant dans mon poste et en empêchant qu'il ne tombe en de mauvaises mains." — „Mais, adjouta-t-il, ne vous flattez point. Ce party du Prince de Galles est tres fort. Personne n'ose parler ouvertement pour luy, ce seroit un crime de Lèse-Majesté. Mais nous qui connoissons le terrain, connoissons aussi les intentions, et les motifs qui causent les divers maneges que nous voyons presentement en Angleterre."

„Le Party des Octobriens est superieur dans la chambre basse. Ce sont des gentilshommes de la campagne qu'on nomme ainsy à cause de leur chaleur, et parce que la biere forte se brasse au mois d'octobre. Ces gens l'ont emporté en plusieurs divisions contre les Whigs et le party de la cour joints ensemble. De ces Octobriens la pluspart sont Jacobites. Les autres buttent à vivre comme leurs ancestres, lorsque l'Angleterre ne prenoit aucune part aux affaires du dehors. Tous ensemble sont las des taxes et desirent une prompte paix. Les Ministres de la Reyne sont dans la mesme disposition, M. de Shrewsbury entre autres. L'idée de M. Rochester est que l'Angleterre devroit demeurer neutre pendant cette guerre-cy et voir faire les autres. Vous avez connu ce president du conseil, et combien il aimoit à primer et à gouverner. Mais il est bien changé. Il est devenu vieux et infirme, et timide. Il ne prime point dans le conseil de cabinet, et n'y parle jamais d'un ton decisif. Harley ne le fait pas non plus. Il ne parle jamais que des affaires de la Tresorerie ou de celles du Parlement, et il le fait avec une timidité extrême. Chacun croit de s'advanturer trop et de donner prise à d'autres. De sorte que personne ne prenant la direction, tout va au hazard. Mylord Shrewsbury est encore plus timide que les deux autres. Le duc de Buckingham est assez hardy, mais il n'a ni assez de capacité pour conduire la barque, ni assez de reputation pour se faire suivre par les autres. Le duc de Queensbury est peu de chose. Le seul secretaire d'Estat St. Jean s'applique aux affaires et ayant de l'esprit, il s'y rendra capable. On fera bien à Hannover de le menager. Il parle à S. M. dans le conseil plus hardiment qu'aucun autre. Harley et sa parente Mme Masham ne sont point Jacobites. Si cet homme avoit le choix, il prefereroit la succession protestante

au Prince de Galles, et si en se joignant aux Whigs, il pouvoit former un party plus fort que celuy des Tories, il le feroit dès demain. Mais le party de ces derniers (ou des Octobriens) est si fort dans la chambre basse, qu'il est à craindre que Harley, qui sacrifiera toujours tout à son ambition et à son interest particulier, ne soit obligé pour se maintenir, de se devouer à eux, et d'entrer dans tous leurs projets, et alors les affaires du Prince de Galles pourroient aller si viste qu'il n'y auroit plus de remede."

„Ce n'est pas, adjouta M^d^ Duc, que je croye que la Reyne soit pour ce Prince. Son interest est de regner tranquillement et d'affermir apres elle la succession Protestante, et je suis tres persuadé que c'est aussy son intention. Car de faire un accord avec le Prince de Galles pour qu'il regne apres Elle, ce seroit risquer sa propre liberté et mesme sa vie, en se livrant à l'impatience du Party qui vont assurer le trosne à ce Prince. Mais la Reyne est une femme, on peut la tromper. On peut la mener où elle ne croit pas aller. Je ne puis vous exprimer à quel point sa favorite et M. Harley la gouvernent. Ils la peuvent mettre haut et puis la mettre bas à leur plaisir. La pauvre Reyne a encore eu cet hyver de tems en tems des ouvertures de coeur pour moy, qui m'ont fait voir jusques à quel poinct ces gens-là se sont emparez de son esprit. En un mot le tems viendra et peut-estre plustost qu'on ne croit, qu'il faudra que S. A. E. paroisse, et témoigne ouvertement qu'elle a la succession à cœur."

„Nous regardons Msgr. l'Electeur comme un honneste Prince, incapable de tromper l'attente que nous avons de luy. Il a accepté nostre succession, et en suivant les conseils de ses amis, lorsque le tems en sera venu, il sera toujours le Maistre de sauver l'Angleterre et peutestre l'Europe entiere. Jamais ses amis ne l'abandonneront, à moins qu'il ne les abandonne le premier."

Dans cet endroit Mylord fit les protestations les plus fortes de son attachement pour S. A. E. et pour la succession, disant, les larmes aux yeux, qu'il ne voyoit point d'autre salut que celuy là pour son pauvre Païs. Il desaprouve et rejette bien loin les conseils donnés par Mr. Sunderland tant pour prendre au service de S. A. E. les trois generaux cassés, que pour donner des pensions à quelques pauvres seigneurs. „Tout cela, dit-il, sont de miserables palliatifs. Il faut un remede qui aille à la source du mal, et qui soit appliqué, quand le veritable tems en sera venu."

L'ayant pressé de se declarer là dessus, il m'a dit qu'il n'en estoit pas encore tems, et qu'il falloit faire la guerre à l'œil, et se tenir en estat de se regler sur les conjonctures qui pourroient se presenter, outre que ce qui paroistroit propre presentement, pourroit ne l'estre plus dans quelque tems dans des circonstances differentes; que le meilleur estoit de continuer de la part de S. A. E. à menager la Reyne au possible, et à vivre avec S. M. et avec Son Ministere dans une parfaite intelligence.

M^d^ Townshend m'avoit tenu les mesmes discours. Son sentiment est que les Whigs doivent tout faire pour gagner Harley, et se servir de son credit et de celuy de la favorite, pour faire casser le Parlement. Il est persuadé que pourvû que la Reyne voulust, dans de nouvelles elections, s'interesser pour les Whigs, comme elle a fait cette fois pour les Tories, les Whigs auroient certainement la superiorité. M^d^ Duc est d'un sentiment opposé. Il dit que ce Parlement cy n'ayant rien fait d'atroce et de capable d'ouvrir les yeux au peuple estant seduit par les Prestres, on courroit risque que le nouveau Parlement seroit encore pire que celuy-cy, quelques efforts que la Reyne pust faire en faveur des Whigs. D'ailleurs M^d^ Duc croit que Harley trouvant son jeu plus seur avec les Tories, puisqu'ils ont la majorité, aimera mieux s'accommoder avec eux que de se les rendre irreconciliables, en faisant casser le Parlement, puisque, si dans le prochain ils estoient les plus forts, il seroit perdu.

Au fonds Mylord Duc est entierement d'accord avec Mylord Townshend que le gouvernement ne peut pas subsister longtems comme il est, et qu'il faut que l'un des deux partis, c'est à dire celuy de Rochester ou celuy de Harley, prenne entierement le dessus, et la direction des affaires. Le premier party a la majorité dans les deux chambres, l'autre a le penchant et l'inclination de la Reyne. „D'ailleurs, dit M^d^ Duc, la nation ne peut pas estre longtems gouvernée par un principe Tory; car ce principe allant teste levée au despotisme, il n'est pas possible que la nation ne s'aperçoive bientost du precipice où on la conduit, quoy que ce ne sera peutestre pas assez tost pour nous garantir d'une mauvaise paix avec la France, et comme le Party qui gouverne à present, comprend assez que son autorité ne peut estre de longue durée qu'en mettant le prince de Galles sur le trosne, il est fort à craindre que ces gens là n'y travaillent pendant qu'ils ont le pouvoir en main, et beaucoup plustost qu'on ne pense."

M^d Duc m'a dit qu'il auroit dit tout cela à Mr. de Bothmar, s'il n'avoit apprehendé qu'on ouvrist les lettres de ce Ministre, mais que cette crainte cessant à mon égard, et mon retour à Hannover estant prochain, il avoit voulu m'ouvrir entierement son cœur, priant que personne au monde que S. A. E. et Mr. de Bernstorf ne fussent instruits de tout ce detail. Il s'estendit aussy extremement sur la maniere genereuse dont S. A. E. en avoit usé à son égard pour luy assurer le commandement, et sur la reconnoissance qu'il en conserveroit jusqu'au tombeau, adjoutant à cet égard une ou deux choses qu'il m'a fait jurer de ne point ecrire, mais d'en faire rapport de bouche à S. A. E., puisqu'il n'y avoit rien de pressé, et que le secret n'en pouvoit estre trop menagé.

A l'égard de l'invitation, M^d Duc m'a dit qu'il ne falloit pas croire que la Reyne ni le Parlement y procedassent, et qu'il pouvoit m'assurer que S. M. se feroit une extreme peine de voir en Angleterre quelqu'un de la famille electorale. Il croit qu'il seroit bon que Mgr. le prince Electoral fist la campagne pour se faire de plus en plus connoistre aux officiers de l'armée angloise; mais il ne decide pas si positivement que M^d Townshend qu'il seroit necessaire que ce Prince passast l'hyver prochain en Angleterre, pour faire sa cour à la Reyne.

M^d Townshend m'en a parlé deux ou trois fois. Il croit que ce voyage, quand mesme il ne seroit que de quelques mois, convaincroit la nation que S. A. E. a la succession à cœur, et qu'elle scaura bien maintenir ses droits, lorsque la succession sera ouverte. Il juge une telle demarche necessaire pour guerir la defiance qu'on tache d'inspirer aux Anglois à cet égard, comme si S. A. E. n'avoit pour cette succession que de la froideur et de l'indifference. Il ne voit, dit-il, que ce moyen pour separer les Tories qui sont pour la succession d'avec ceux qui sont Jacobites, en sorte qu'il ne resteroit plus que deux partis dans le Royaume, scavoir celuy de la Maison d'Hannover et celuy du Prince de Galles, auquel cas ce dernier seroit fort foible, n'estant fort que par l'adresse qu'ont les chefs du Party de faire marcher à leur suite plusieurs Tories qui ne sont aucunement Jacobites.

M^d Townshend m'a assuré que, si les Whigs songeoient à faire casser le Parlement en gagnant Harley et à rentrer dans les employs, c'estoit uniquement par amour pour la succession, puisque sans cela leur interest particulier seroit de laisser les Tories dans

les charges pendant quelques années, afin qu'ils portassent le blasme des mauvais succez qui sont à apprehender, de la perte du credit qui est infaillible, et de la mauvaise paix qui est apparente; mais que les Whigs considerent qu'en mesme tems la succession Protestante seroit abysmée et leur patrie perdue sans ressource: cela seul les encourageoit à passer par dessus toute autre consideration, pour sauver leur liberté et leur Religion d'un naufrage evident. Il m'a dit que ce qui a si fort animé les Tories à revoquer l'acte de naturalisation des Protestants estrangers, c'est que par cet acte les Whigs avoient tacitement annullé une des limitations attachées à la succession, par laquelle la naturalisation estoit defendue sous le regne de la Maison de Hannover, afin d'exclure des charges les Allemands que S. A. E. pourroit amener un jour avec Elle. C'est aussi en haine contre la succession que les Tories ont introduit en Angleterre la loy d'Ecosse, par laquelle on ne confisque pas les biens des criminels de Lèse-Majesté, mais on les laisse aux enfants du coupable. A la verité cela ne doit commencer à avoir lieu que trois ans apres la mort de la Reyne. Mais cela ne s'est fait que pour encourager les revoltes contre le successeur Protestant. Car les Anglois estant remuants et méprisant la mort, ne sont retenus dans ces occasions que par la crainte de laisser leurs familles dans le mépris et dans la misere, et en les delivrant de cette crainte, on lache la bride à la rebellion.

Anlage II. Zu S. 94.

Archiv der Stadt Hannover. Robethon-Papiere. Bericht Robethons an den Kurfürſten Georg Ludwig, vom 5. Mai 1711.

. . . Mylord Raby me dit que la Reine s'estoit conformée à tous égards aux resolutions des E. G., et que S. M. lui avoit envoyé des lettres pour tous les Electeurs, tendantes à les exhorter à proceder promptement et unanimement à l'election du roy d'Espagne. Il avoit été d'accord avec les Hollandois et les Imperialistes à tous égards, excepté sur l'article du prompt retour de S. M. C., sur lequel il avoit representé que, si ce prince partoit avec trop de precipitation, il perdroit tout-à-fait son credit en Espagne, et même aupres des Catalans, qui prendroient un tel départ pour une fuite et le regarderoient du même œil que les Polonois avoient regardé celuy de Henry de Valois. Que le roy devoit rester encore deux mois pour

asseurer les esprits, et afin que tout le monde demeurât persuadé que S. M. C., bien loin de vouloir abandonner ses veues sur l'Espagne, étoit dans là disposition de faire les derniers efforts pour se mettre en possession de toute la Monarchie.

Mylord Raby ajouta que le Pensionnaire avoit esté du mesme sentiment, mais que la plus grande partie des deputez ayant paru persuadés de la necessité du prompt retour du roy d'Espagne, et les ministres imperiaux y ayant insisté avec la derniere vehemence, il avoit esté resolu de remettre le tout à la prudence de S. M. C., et d'ordonner sans aucun delay aux admiraux d'obeir à ses ordres, en quoy la Reine s'etoit aussi conformée à la resolution des E. G., croyant tres necessaire de marquer dans cette grande affaire un parfait concert avec eux.

Mylord me dit ensuite que le Ministere de Vienne avoit esté si consterné de la mort de S. M. I. qu'il avoit aussitôt depêché un exprez au roy d'Espagne pour le prier de venir en toute diligence et pour luy representer que, s'il n'y avoit pas de flotte, il devoit passer la mer sur une frégate plustost que de differer. Mylord regarde ce conseil comme tres pernicieux pour l'intérêt des puissances maritimes, lequel consistant uniquement à empescher que le Duc d'Anjou ne garde l'Espagne et les Indes, rien n'y pourroit estre plus prejudiciable que de faire remarquer aux Espagnols et à la France que le prince, en faveur duquel les dites puissances ont fait jusqu'à present de si grands efforts, et auquel elles destinent la Monarchie entiere, témoignast de l'indifference pour y parvenir, et un empressement excessif à abandonner ceux qui tiennent son party en Espagne et à tourner toutes ses pensées vers la dignité Imp. et les pays hereditaires.

M^{d} Raby voudroit donc qu'on ne changeast pendant tout le reste de la guerre ni de methode ni d'object, que le Roy C. se montrast plus attentif que jamais au dessein de se rendre possesseur de toute la Monarchie sans aucun demembrement, et qu'il fist connoistre qu'estant devenu Maître de tout, et agissant pour soy-mesme, il soutiendra à l'avenir les affaires en Espagne avec une toute autre vigueur que le feu Empereur ne l'a fait. Surtout M^{d} Raby paroist tres persuadé, aussi bien que le C. Pensionnaire, que rien ne pourroit estre plus pernicieux que d'agiter à present la question, s'il est à propos que la dignité Imp. et la Monarchie d'Esp. soyent reunies dans la mesme personne. Car, dit-il, à quoy bon raisonner sur les

inconvénients qu'il pourroit y avoir que l'Empereur possedast cette Monarchie, lorsqu'elle est actuellement entre les mains du duc d'Anjou? Ne faut-il pas plustost borner tous ses soins à la luy arracher, et ne sera-t-il pas assez temps, lorsque les Alliées en seront les maistres, de deliberer en faveur de qui ils en doivent disposer? Il suffit donc pour le present de rester dans le chemin qu'on a pris, de caresser au possible le Roy de Portugal et de tenir le duc de Savoye en bonne humeur par de belles expérances, sans se déclarer sur un cas qui n'existe point et qui n'existera peut-être jamais.

D'ailleurs, ajouta M^d^ Raby, y auroit-il de la justice à obliger le Roy d'Espagne, qui peut avoir plusieurs enfants, à renoncer à une Monarchie qui doit naturellement devenir le partage de quelqu'un d'eux? Auquel cas elle seroit séparée de la dignité imp. comme par le passé. Et pour ce qui est de priver ce Prince malgré luy de ses droits sur cette Monarchie, ne seroit-ce pas le rendre mécontent et par consequent inutile aux alliés pour le reste de la guerre? Que si même il se portoit volontairement à renoncer à l'Espagne, comme il ne le feroit qu'à condition de garder les Estats d'Italie et les Pays-Bas, quel effect pourroit produire cette demarche sinon de faire tomber sur les seules puissances maritimes tout le fardeau de la guerre d'Espagne, apres avoir plus que jamais aliené la nation par le susdit demembrement.

C'est donc un tres grand malheur, adjouta M^d^ Raby, que M^d^ Peterborough soit parti de Vienne pour Turin dans la resolution d'inspirer au duc de Savoye des vues sur la M. d'Espagne? Il est trop zelé pour les interests de ce Duc, et je voy par ses lettres que non seulement il luy inspirera ce dessein, mais aussi qu'il le flattera de l'approbation de la Reine. Il en a écrit à nos ministres en Angleterre. Nous en avons quelques-uns qui sont fort portez pour le Duc de Savoye; mais j'espère que la Reine continuera à faire plus d'attention à mes lettres qu'à celles de ce comte. Que si dans la suite et mesme des le temps de la conclusion de la paix on juge à propos de separer l'Espagne de la dignité d'Empereur et de marier pour cet effect le Prince de Piedmont à une des deux archiduchesses, je voudrois, dit Mylord, que ce fût à la cadette, afin qu'en cas que le Roy Cath. n'ait point d'enfants, l'archiduchesse aisnée pust avoir pour partage les pays hereditaires et qu'ils ne fussent pas incorporez à la monarchie d'Espagne.

J'allai le même jour, le 2 de ce mois, chez le comte de Sinzendorf. Il me parut fort satisfait des resolutions venues d'Angleterre et de la declaration du Roy de Prusse en faveur du Roy d'Espagne, et tombant de luy mesme sur les discours qui se tiennent icy et à Londres touchant cette affaire, il me dit que S. M. C. par la juste reconnoissance qu'Elle devoit aux Puissances maritimes, continueroit à pousser la guerre en Espagne, quoyque ce Royaume là luy seroit plustost à charge qu'à profit, adjoutant que c'estoit uniquement pour l'interest des dites puissances et de leur commerce qu'il falloit faire tous ses efforts pour deposseder le duc d'Anjou, qu'avec le temps, si S. M. C. demeuroit sans enfants, Elle pourroit se resoudre à disposer de l'Espagne en faveur d'une Archiduchesse; mais que cela se devoit entendre de l'Espagne et des Indes seulement, puisque tres certainement le roy C. ne renonceroit jamais, dans quelque cas que ce pust estre, ni aux Etats d'Italie ni aux P. B., qu'au reste S. M. ne permettroit pas que le Duc de Savoye s'establist en Espagne, ayant de fortes raisons pour se defier de ce Prince et pour apprehender qu'il ne se servist d'un tel accroissement de puissance contre ceux qui le luy auroient procuré, et qu'il ne prist des liaisons avec la France, adjoutant qu'on en estoit si persuadé à la cour de Portugal que l'ambassadeur de cette cour qui est icy, avoit asseuré les M. imperiaux que le roy son m., plustost que de souffrir que le duc de Savoye parvînt à la couronne d'E., s'accommoderoit avec le duc d'Anjou, ce duc luy estant moins redoutable et moins suspect que l'autre.

Anlage III. Zu S. 119.

Gräflich Clam Gallas'ſches Archiv in Prag. Bericht des Grafen Gallas, vom 31. Juli 1711, an Carl III. Dieſer Bericht, der einzige, den der Graf Gallas der Poſt übergeben, wurde dort von dem engliſchen Miniſterium gegriffen, und der Chiffre-Schlüſſel dazu von dem ſpaniſchen Secretär San Clemente ausgeliefert. Der Inhalt diente dann zum Vorwande der Schritte der Königin gegen den Geſandten und zu ihrer Anklage bei Carl III., daß er ſie beleidigt habe. Der Bericht iſt ſehr ausführlich. Es folgen hier nur die wichtigſten Stellen, namentlich diejenigen, welche für jene Anklage dienten.

. . . Io gli (al conte Sinzendorf) soggiunsi colla mia degli 24, che, benchè io non havessi potuto ricavare maggior certezza degl' accen-

nati avvisi, non volevo con tutto ciò assicurarlo di fidarsi in alcuna forma alla risposta datami da' ministri della Regina. Perche veruno m' haveva detto che non trattavano colla Francia, ne che trattarebbero, ma solamente che la Regina nulla farebbe senza communicarlo e di concerto colli suoi Alleati. E per esempii del modo di trattare di questa gente gli dissi che sul principio della passata rivoluzione del governo la Regina fece assicurare gli suoi Alleati di nulla voler fare che potesse pregiudicare al ben Publico, et alla causa commune, e che ciò non ostante contro tutta sorte di promessa e di dichiarazione haveva cassato tutt' il Ministerio, rovinato il credito con grandissimo rischio di non rimetterlo, abbandonata per cosi dire la Spagna, in mezzo de' più felici successi di tutta questa guerra, e lasciatala dopo per più d' un' anno senza soccorso di denaro, ed a quest' ora nell' incertezza che non si sappia cosa si deva sperare per liberarsi dalle grandi strettezze che costà si provano.

In oltre essersi stabilita una compagnia per il commercio del mare del Sud senza essersene prima consultato alcuno degl' Alleati, ne senza curarsi dell' influenza buona o cattiva, che ciò può havere nell' Alleanza, e quel che è peggio, ch' il Ministero et il partito dominante sanno d' essere sospettati d' havere delle pratiche colla Francia e di non curarsi che la Spagna coll' Indie restino al Duca d' Angiò, e pure che nulla pensino a disingannare la M. V. ed a contribuire alla di lei quiete, nel mentre che noi siamo obbligati di credere non haver la Regina causato alcun pregiudizio alla Alleanza, e che la buona amicizia, l' unione, il zelo, e la fermezza di lei sono sempre nella loro prima sussistenza, senza verun' alterazione.

Gli dissi che per questo e per tant' altre moltissime circostanze impossibili ad esser scritte, e che aggravano assai il caso presente, colle quali lo haverei potuto trattenere personalmente assai a lungo, già che dovevo replicargli un' altra volta, continuarei nell' istesso proposito, che bisognava continuar adesso ad operare senz' aspettare la venuta di V. M., o il prossimo inverno, per che vedendo io questa gente in continua agitazione, e sapendo da un altro canto, che prima della prossima sessione del Parlamento deve il Ministero prendere il suo partito sia per la pace sia per la continuazione della guerra, se dalla parte degl' altri Alleati si fosse restato immobile, questa corte potrebbe stabilire il suo proprio piano senza dubbio pessimo e svantaggioso per tutti, ed in ogni forma inalterabile dopo il suo stabilimento, come l' esperienza pur troppo fa vedere chiaramente, e

doversi considerare, che verificandosi le loro prattiche secrete per la pace, la maggior applicazione sarà allora d' imprimere nell' animo del popolo svantaggiosissime idee degl' Alleati, et all' incontro che dovendosi formare un piano per la guerra senza la concorrenza di quelli, difficilissimo sarebbe di farlo giusto, particolarmente in riguardo alle cose di Spagna, se non gli diceva in tempo ciò ch' il servizio di V. M. richiedeva, anzi non potessi sperare alcuna cosa in questo particolare della guerra in Spagna, se non si decideva prima la questione principale in riguardo della continuazione della guerra in generale.

Di modo che tutta la dilazione che poteva soffrire l'esecuzione del suggeritogli da me nella mia precedente si restringeva solamente ad aspettare delle nuove lettere di costà, per ch' il pretesto del Memoriale fosse tanto più naturale, che si sarebbe potuto dire essere tali gli ordini venuti coll' ultime poste per parte della M. V., la qual occasione di lettere non poteva tardare, mentre il Ministro di Savoya sapeva già esservene in Torino giunte in data degli 20 del passato.

Anlage IV. Zu S. 184.

K. k. Archiv. Anglica 1711. Beilage zu dem Handſchreiben der Königin von Groß-Britannien an Kaiſer Carl VI., vom 7. November.

Articles à la charge de M. le comte de Gallas.

1. D'avoir planté un espion auprès de Mylord Peterborough, qui a communiqué ses lettres et conté tout ce qui se passoit dans la famille, aux ministres de S. M. I.

2. D'avoir dressé le projet d'un mémoire à présenter à la Reine pour la duper, en luy promettant des trouppes d'Hongrie et d'ailleurs, pour porter S. M. qu'elle continueroit la guerre, et d'avoir en mesme temps proposé des expedients pour éluder l'accomplissement de ce qu'il avoit promis, comme par exemple l'apprehension de la guerre en Hongrie, et de celle entre les Moscovites et les Turcs, mais en cas que ces pretextes là ne subsistoient plus, on pourroit detacher un regiment ou deux des trouppes, que la Reine et l'Etat avoient tesmoigné tant d'envie d'employer pour la cause commune, et s'excuser sur le reste, faute d'argent; que de cette maniere on pourroit engager la Reine a payer une grande partie de ce corps, et peutestre le tout. M. le comte de Gallas a communiqué ce projet

a M. le comte de Sinzendorf, pour en avoir son consentement, ce qu'il a refusé d'une maniere qui luy fait beaucoup d'honneur.

3. D'avoir dans ses depesches a S. M. I. alors Roy d'Espagne reproché la Reine du manque de sa parole au sujet du changement du Ministere. Il a marqué aussi dans les mesmes depesches que la Reine avoit entierement destruit le credit de la nation, et qu'Elle avoit abandonné le Roy, lorsque par une suite de succez il y avoit la plus grande apparence que S. M. viendroit a bout de s'établir sur le throsne d'Espagne.

4. Il fait passer les Ministres d'a present pour des ignorants et des mal-intentionnez, ennemis plustost qu'amis de la cause commune, de la personne du Roy et de la guerre commencée principalement en sa faveur.

Anlage V. Zu S. 188.

K. k. Archiv. Anglica 1711. Bericht des Grafen Gallas vom 10. Juli. Ich habe den Bericht bereits berührt in Band IV, S. 496, kann jedoch um der vollen Wahrheit willen nicht umhin, ihn hier ganz zu geben.

Der Königin Geſundheit, wie ſolches unter der Hand vernehme, ſoll auf einem ſo ſchlechten Fuße ſtehen, daß ſolches Einen und den Anderen den Frieden verlangen macht. Man will, daß derſelben Geblüt, weilen der König ihr Herr Vater Seel. mit dem veneriſchen Uebel behaftet ware, nie das beſte geweſen ſeye, und daß das Podagra, anſtatt in denen Extremitäten zu verbleiben, ſich hin und her in den Leib ausgegoſſen und ſolchen mit allerhand übelen Humoren anfüllend, ſich ſchon zum öffteren in dem Magen habe verſpüren laſſen, wie nicht weniger, daß dieſelbe einen Nabelbruch habe, ſo dieſelbe verhindert, immerzu einige Bewegung zu machen, ſo derſelben Conſtitution ſehr nothwendig wäre, und daß alles dies zuſammen genommen derſelben gar kein langes Leben verſpreche, und verurſache, daß man ihrer Perſon halben in continuirlicher Apprehenſion ſtehen muß. Man verdecket zwar ſolches ſo viel als möglich iſt; allein die Rede geht immer weiter, und iſt ſchon in ſo vieler Leute Mund, daß mich verwundert, daß ſolches nicht ſchon mehr und gleichſam völlig kund ſei.

Anlage VI. Zu S. 188.

Archiv der Stadt Hannover. Robethon-Papiere 1711. Bericht an den Kurfürſten, aus dem Haag, vom 25. Juli.

La reine est dans le temps où ses ordinaires cessent. Elle est quelquefois trois mois sans les avoir, après quoy elle a des pertes de sang qu'on a toutes les peines du monde à arrêter. Cela est cause que le fameux accoucheur Chamberlaine est presque toujours à la cour. On craint que S. M. ne tombe en hydropisie, et M. de Bothmar trouve qu'elle a enflé dans le temps qu'il a passé à Londres. D'ailleurs il semble que la nature n'a plus la force de pousser la goutte aux extrêmités, et que l'humeur de la goutte restant au dedans, cause ces fréquentes coliques et fièvres, dont S. M. a été depuis peu tourmentée. Elle croit y remédier en buvant beaucoup de vin pur et même d'eau de vie, et elle achève d'esteindre par là la chaleur naturelle. Outre qu'elle mange avec excez. On dit même qu'elle a une rupture au nombril, qui coule sans cesse. Usée d'ailleurs qu'elle est par tant de couches, on ne peut pas s'en promettre une longue vie.

Anlage VII. Zu S. 189.

Der vollſtändige Titel der fraglichen Schrift lautet: Minutes of the Negotiations of Mr. Mesnager at the Court of England, towards the close of the last reign. — Wherein some of the most secret transactions of that time, relating to the Interest of the Pretender, and a clandestine separate Peace, are detected and laid open. — Written by Himself. — Done out of French. — London 1717.

Frühere engliſche Hiſtoriker wie Macpherſon und Somerville haben gegen die Echtheit dieſer Schrift kein Bedenken erhoben, obwohl für Somerville, bei ſeinem Beſtreben, jegliche Gefahr für die Thronfolge des Hauſes Hannover in England zu verneinen, ein Bedenken ſolcher Art willkommen geweſen wäre.

Lord Stanhope in ſeinen beiden größeren Werken erwähnt das Buch nicht. Coxe in dem Werke über Marlborough, ſo viel ich erſehe, nennt es einmal, in vol. III, p. 252, ohne einen Zweifel zu bekunden.

Ein ſolcher Zweifel iſt jedoch erhoben von Hallam, in einer Note zu Ch. XVI ſeiner Constitutional History.

Da ich mich wiederholt auf die Schrift von Mesnager beziehe, so halte ich, bei dem Ansehen, welches das Werk von Hallam genießt, es für erforderlich, seine Bedenken gegen jene Schrift anzuführen und kritisch zu besprechen.

Die Bedenken Hallams lauten wie folgt.

1. It is printed in England without a word of preface to explain how such important secrets came to be divulged, or by what means the book came before the world;

2. the correct information as to English customs and persons frequently betrays a native pen;

3. the truth it contains, as to Jacobite intrigues, might have transpired from other sources, and in the main was pretty well suspected, as the Report of the Secret Committee on the Impeachment in 1715 shows;

4. so that, upon the whole, I cannot but reckon it a forgery in order to injure the Tory leaders.

Ad 1. It is printed in England etc. Diese Thatsache ist richtig. Allein es fehlt darum nicht ganz der Nachweis oder doch eine Angabe dieser Art. Auf dem Titel stehen die Worte: written by himself, und dann done out of French. Das englische Buch also gibt sich aus für eine Uebersetzung einer von Mesnager selbst verfaßten Schrift. Diese Schrift beginnt dann mit den Worten: Purposing here to write for private remembrance, memorials of some particular secret negotiations, which I have been employed in by the king's command for some years passed, I design not to form it as an History of my life, which was led in a more private capacity, or to put it into such shape as to appear publickly in the Word.

Man dürfte sagen, daß ja in diesen Worten die von Hallam vermißte Vorrede vorhanden und zugleich die Motivirung enthalten sei, warum die Schrift nicht erscheine in der für solche Fälle gewöhnlichen Form.

Hallam hat bei seinem allgemein ausgesprochenen Zweifel diese Eingangsworte nicht berücksichtigt.

Es kommt also die Frage der äußeren Möglichkeit in Betracht. Der duc de St. Simon berichtet Band VII, S. 63 seiner Memoiren mehrere Todesfälle aus dem Monate Juni 1714, unter ihnen diejenigen der Kurfürstin Sophie und des Mesnager. Ueber den letzteren sagt er:

Mesnager troisième plénipotentiaire à Geertruydenberg (?) et à Utrecht dont on a suffisamment parlé alors pour le faire connaître, mourut d'apoplexie à Paris, fort riche, sans avoir été marié. Ce fut

dommage pour sa probité, sa modestie, sa capacité dans le commerce et son intelligence dans les affaires. Il n'était point vieux.

Daß das Buch vor dem Eintritte des Succeſſionsfalles, vor dem Tode der Königin Anna, geſchrieben iſt, beweiſt der ganze Inhalt. Der Verfaſſer ſpricht beſtändig über die noch lebende Königin. Ja man kann ſogar die Zeit der Abfaſſung annähernd beſtimmen. Der Verfaſſer vergleicht, S. 184 u. f., den Einfluß, deſſen zur Zeit ſeiner Anweſenheit in England, 1711, Oxford ſich erfreuete, mit dem nunmehr ſinkenden. Die letztere Beſchreibung paßt genau auf die erſten Monate des Jahres 1714.

Die Schrift war, wie der Verfaſſer in den erſten Zeilen geſagt hat, nicht für die Oeffentlichkeit beſtimmt. Aber Mesnager ſtarb im Juni 1714, ohne Familie. Mithin wurde das was ihm angehört hatte, hierhin und dorthin zerſtreut. Auch ſeine Papiere. Iſt es undenkbar, iſt es nicht vielmehr wahrſcheinlich, daß irgend ein entfernter Erbe, der keine Pietät hatte für den Willen des Erblaſſers, dies beſonders auf die engliſche Geſchichte ſich beziehende Manuſcript einem Engländer käuflich überlaſſen, oder vielleicht auch nur eine Abſchrift verſtattet hat? — Auch dieſe konnte dann vielleicht noch erſt durch mehrere engliſche Hände gehen, bis ſie im Jahre 1717 ins Engliſche überſetzt und gedruckt erſchien. Und dennoch iſt ſelbſt auch dieſe Publication nicht ganz rückſichtslos; denn die betreffenden engliſchen Namen ſind nicht ausgedruckt.

Dies ſind Vermuthungen über die Schickſale der Schrift von Mesnager, nachdem er geſtorben war, bis zur Publication derſelben. Der Gang der Dinge kann auch ein anderer geweſen ſein. In jedem Falle aber entſprach die ſofortige Publication, nach den Eingangsworten der Schrift, nicht den Intentionen des Verfaſſers. Eben darum auch iſt es ſehr erklärlich, daß der Herausgeber, der ſich dieſes moraliſchen Unrechtes gegen Mesnager bewußt war, weder den eigenen Namen nannte, noch die Art und Weiſe angab, wie die Schrift in ſeinen Beſitz gelangt war.

Und damit dürfte dies erſte Bedenken von Hallam erledigt ſein.

Das zweite Bedenken Hallams lautet wie folgt:

2. The correct information as to English customs and manners frequently betrays a native pen.

Nach dieſem Urtheile Hallams wäre alſo der Verfaſſer der Schrift ein Engländer. Aber nach Hallam iſt die Schrift zum Nachtheile der Tories abgefaßt: der Verfaſſer kann alſo nicht ein Tory ſein. Iſt er alſo ein Whig? — Es dürfte doch die Frage ſein, ob die Schrift glimpflicher mit den Whigs als mit den Tories verfährt. Sie berichtet den Sturz des Whig-Miniſteriums im Jahre 1710 mit einer Freude, die

jede Sympathie für dasselbe ausschließt. Der Verfasser kann endlich auch kein englischer Jacobit sein, wegen seiner scharfen Urtheile über St. Germain S. 314 u. f.

Ja man darf mit Wahrheit sagen, daß die Urtheile, welche die Schrift über England enthält, S. 93 bis 95, es moralisch unmöglich machen, daß sie von einem Engländer abgefaßt sein kann.

Dagegen wiederholt der Verfasser unabläßig selber, daß er ein Franzose sei, schwärmerischer Anhänger seines Königs, den er, wie überhaupt alle Franzosen damaliger Zeit, nie anders nennt als kurz: le roi, daher also in der englischen Uebersetzung: the king. Das Buch ist nicht bloß, wie der Titel sagt, ursprünglich in französischer Sprache geschrieben, sondern es ist auch durchaus französisch gedacht, nicht ohne die für die damalige Zeit charakteristische Ruhmredigkeit des Franzosen.

Ferner gibt der Verfasser sich überall als Katholiken zu erkennen. Man vergleiche S. 41 und 43. Wenn aber die Schrift in politischer Tendenz abgefaßt wäre: so konnte dies in dem damaligen England doch wohl nicht ungeschickter angefangen werden als in der Maske eines Franzosen und Katholiken.

Wozu also eine solche Annahme? Der Verfasser der Schrift war wirklich Franzose und Katholik. Der Nachdruck liegt auf dem ersteren Worte.

Dagegen hält nun Hallam als einzigen Grund der Vermuthung einer englischen Autorschaft: the correct information as to English customs and manners. Aber Mesnager war jedenfalls, im Jahre 1711, viele Monate in London. Er war ein, nach dem Urtheile aller Zeitgenossen, sehr befähigter Mann, den Ludwig XIV. selbst sich aus dem Kaufmannsstande zum Diplomaten heran gezogen hatte. In London verkehrte er mit den Staatsmännern, mit der ersten Gesellschaft: wäre es da nicht eher zu verwundern, wenn seine Informationen über englische Zustände nicht correct gewesen wären?

3. The truth it contains, as to Jacobite intrigues, might have transpired from other sources, and in the main was pretty well suspectad, as the Report of the Secret Committee on the Impeachment in 1715 shows.

Auch dieser Satz ist wieder zu allgemein und unbestimmt. Hallam bringt nicht den Beweis einer Unrichtigkeit, und dennoch wird die Wahrheit, die in dem Buche enthalten sei, hier so stark limitirt, daß die Schrift etwa wie ein historischer Roman erscheint. Der Nachweis einer einzigen Unrichtigkeit würde stärker für Hallams Ansicht plaidiren, als diese allgemeine Behauptung.

Die Schrift Mesnagers iſt abgefaßt im Jahre 1714. Der Report erſchien 1715.

Endlich faßt Hallam ſeine Einwürfe in dem vierten Punkte zuſammen in folgende Worte:

4. so that, upon the whole, I cannot but reckon it a forgery in order to injure the tory leaders.

Mit dem Zuſammenbrechen der drei erſten Einwände fällt auch dieſer letzte. Irgend ein Beweis einer forgery iſt nicht erbracht, und eben ſo wenig der Zweck dargethan: to injure the tory leaders. Denn, wie ſchon vorher erwähnt, Mesnager iſt ſehr weit davon entfernt über die Whigs günſtiger zu urtheilen als über die Tories. Er als Franzoſe nennt die Whigs, und damals mit vollem Rechte (p. 45): our mortal enemies.

Dagegen iſt es mir nicht zweifelhaft, daß der engliſche Ueberſetzer ſich nicht begnügt hat, die Schrift möglichſt objectiv zu überſetzen, ſondern auch hier und da von dem Seinigen etwas eingefügt hat, z. B. S. 51 die Charakteriſtik der Haltung Oxfords im Jahre 1715; S. 53 diejenige der Lady Maſham. — Ferner hat Mesnager nicht die letzte Hand angelegt. Die Schrift iſt an mehreren Stellen unfertig geblieben, namentlich in Betreff der Chronologie.

Daher iſt bei Benutzung der Schrift eine ſcharfe Kritik erforderlich. Ich beziehe mich auf dieſelbe nur da, wo, wie hier in den Unterredungen Mesnagers mit Frau Maſham, ein in ſich geſchloſſenes Ganzes vorliegt.

Anlage VIII. Zu S. 210.

Robethon-Papiere im Archive des hiſtoriſchen Vereines für Niederſachſen zu Hannover.

Memoire instructif pour le Baron de Bothmar. Au Göhrde, le 7 Novembre 1711.

Quoy que la reponse que S. A. E. a fait donner par écrit au comte de Rivers, de laquelle le B. de Bothmar trouvera la copie cy-jointe, pourroit suffire pour luy faire connoistre les intentions de S. A. E. et la maniere dont il doit parler en Angleterre, cependant comme il y a quelques articles sur lesquels S. A. E. souhaite que son Ministre s'explique d'une maniere plus forte qu'on n'a pû le faire dans la dite reponse, on a jugé à propos de les indiquer icy.

1° Il sera bon qu'il represente fortement aux Ministres de la Reyne qu'il est tres juste que S. M. convienne avec Ses alliez du

lieu où la paix se traittera, et en particulier avec S. M. I. et les Estats Generaux, puisqu'il seroit d'une tres pernicieuse consequence de permettre que la France leur prescrivist des loix à cet égard, comme elle paroist le vouloir faire, et que si cela luy reussissoit des ce 1er pas, elle prendroit des airs de hauteur et de fierté pendant tout le cours de la negotiation.

2° Les alliez ont besoin non seulement de declarations positives, mais encore de seuretez réelles, ayant affaire à un Ennemy dont les chicanes et la mauvaise foy sont assez connues. C'est à quoy les Preliminaires precedents avoient pourvû, en obligeant la France à restituer prealablement des places de seureté. Icy il n'y a ni seuretez réelles, ni aucunes declarations claires et precises. Tout se reduit à des generalitez vagues qui au fonds ne veulent rien dire, et sur lesquelles on pourroit negotier dix ans de suite. On laisse à juger quel est le moyen le plus seur pour mettre une prompte fin à la guerre, ou d'exiger prealablement de la France de telles conditions qu'il n'y ait plus rien à faire dans l'assemblée generale que de leur donner la forme de traitté, ou d'ouvrir cette assemblée sur 6 ou 7 articles captieux et obscurs, qui laissent un champ libre à la negotiation, et qui donnent si beau jeu à la France pour mettre en usage ses intrigues et ses chicanes ordinaires.

3° Il n'y a qu'une parfaite union entre les alliez pendant qu'on traittera la paix generale, et il n'y a que la garantie mutuelle qu'ils se donneront de ce qu'il y aura esté conclu, qui puisse les mettre en seureté pour l'advenir. Sans cela toute l'Europe tombera dans la confusion, et tost ou tard dans l'esclavage, surtout si on laissait l'Espagne et les Indes à un Prince de la Maison de Bourbon. Ce seroit une grande erreur de croire que mesme apres la paix conclue, et surtout apres une telle paix, la Grande Bretagne pust estre en seureté, et se maintenir dans un état tranquille et fleurissant, à moins que de demeurer avec la Hollande, et avec les autres alliez dans une union, qui les mist tous ensemble à couvert des entreprises de la France. Toutes leurs forces unies ont à peine suffi pour s'en garantir, d'où on peut juger de ce qui arriveroit, si cette couronne venoit à bout de mettre la division parmy eux, et ce qu'elle seroit capable d'executer apres avois respiré pendant quelques années. On ne doute donc pas que S. M. B. ne se propose d'agir dans toute cette affaire conjointement et de concert avec ses alliez, conformement aux assurances qu'elle leur en donne. Mais pour bannir toute

sorte de defiance, il seroit bon qu'il n'y eust aucune negotiation secrete qui pust donner lieu de soupçonner que la Grande Bretagne pourroit faire son traitté separement.

4° Il seroit inutile de s'estendre sur les suites pernicieuses qu'on auroit sujet d'apprehender si on laissait l'Espagne et les Indes au duc d'Anjou. Le Ministre de S. A. E. les connoist parfaitement, et il ne manquera pas de les faire remarquer à ceux de la Reyne. S. M. Elle-mesme s'en est expliquée ouvertement dans sa harangue à l'entrée de la derniere session, recommandant la guerre d'Espagne comme celle qui interessoit le plus la nation Britannique. En un mot c'est vouloir tout perdre de gayeté de cœur, et forger des fers à l'Europe que d'abandonner l'Espagne et les Indes, et c'est en particulier sacrifier le principal interest de la Grande Bretagne, laquelle ne sera aucunement dedommagée par le commerce dans la mer du sud, dont on la flatte, lequel, s'il n'est pas tout-à-fait chimerique, sera au moins precaire, et ne durera qu'autant que l'Espagne et la France voudront bien le permettre.

5° Il sera bon de desabuser ceux qui s'imaginent que la Barriere aux Pays-Bas ne regarde que la seureté de la Hollande, et de leur faire comprendre qu'elle regarde tout autant celle de la Grande Bretagne, laquelle ne se trouveroit pas moins en danger que la Hollande, si la France devenoit maîtresse des Pays-Bas. C'est une verité qui a esté reconnue de tout temps par les bons Anglois, et mesme sous le regne de Charles II, lequel, malgré ses liaisons avec cette couronne, ne voulut pas permettre qu'elle en fist la conqueste, de sorte que la Barriere qui ferme à ce dangereux ennemy l'entrée aux Pays-Bas est un interest commun aux deux Puissances Maritimes.

6° Tous les alliez concourront avec plaisir à conclure la paix, pourvû qu'elle leur procure leur seureté, n'y en ayant point qui ne soit las des depenses et des incommoditez de la guerre, et qui veuille la continuer, lorsqu'elle cessera d'estre necessaire. De plus il n'y en a point parmy eux, qui ne se fasse un plaisir de contribuer de tout son pouvoir à obtenir à la Grande Bretagne les conditions et les advantages qu'elle peut pretendre de la France. S. A. E. en particulier se fera un devoir d'y apporter tous ses soins, rien n'estant plus juste apres tant de grandes choses que S. M. B. a faites pour la cause commune depuis le commencement de son glorieux regne. Et cette voye paroist plus seure pour parvenir à ce but que si la

Grande Bretagne y travailloit sans la concurrence de ses alliez par une negotiation separée.

7° S. A. E. peut repondre que la cour Imperiale n'a jamais formé le dessein qu'on luy impute, de vouloir entamer avec la France une negotiation secrete au prejudice des interests de la Grande Bretagne; mais pour oster à cet égard tout sujet d'ombrage, tant de la part de l'Empereur que de la part de la Hollande, on pourra prendre avec ces deux Puissances de nouveaux engagements, et on peut s'assurer qu'elles ne feront aucune difficulté de promettre à la Reyne de la maniere la plus forte et la plus solennelle de n'entrer jamais avec l'ennemy dans aucune negotiation particuliere, et de ne recevoir jamais aucune ouverture ni proposition de sa part sans la participation de S. M., et sans prendre de concert avec Elle des resolutions et des mesures communes. On allegue que la cour Imperiale renoncera sans peine à l'Espagne et aux Indes, pourvû qu'on luy donne les Estats d'Italie et les Pays-Bas. Mais c'est sur quoy il est juste d'entendre le nouvel Empereur qu'on scait avoir fort à cœur les affaires d'Espagne, et qui a lieu d'estre surpris d'apprendre à son arrivée dans l'Empire que sans aucune communication prealable avec luy, on presse de la part de la Reyne l'ouverture de l'assemblée de la paix, et que S. M. B. fasse demander aux Estats Generaux des passeports pour les plenipotentiaires de France, acceptant pour fondement du traitté 6 ou 7 articles preliminaires vagues et captieux, dans lesquels les interests de S. M. I. sont entierement negligez.

8° Quelque chose qui arrive, et soit qu'on ouvre des à present l'assemblée de la paix, soit qu'on la renvoye (comme il le faut esperer) à un autre tems, c'est à dire jusqu'à ce que la France ait fait des declarations plus satisfactoires, le Ministre de S. A. E. representera à ceux de la Reyne, de quelle absolue necessité il est de ne se point relacher par rapport aux preparatifs pour la campagne prochaine, n'y ayant aucune esperance d'obtenir de bonnes conditions de paix qu'en se mettant en estat de poursuivre vigoureusement la guerre, et de commencer la campagne de bonne heure avec des forces considerables. On ne doit pas douter que l'Empereur ne fasse de beaucoup plus grands efforts que cy-devant, et que la Hollande ne fournisse ce à quoy elle est obligée par les traitez. Mais il est surtout essentiel de se garantir du piege d'une cessation d'armes, qu'il est tres-apparent que la France proposera aussitost

que l'assemblée de la paix sera ouverte, et qui, laissant les Puissances maritimes dans la necessité de faire les mesmes efforts et les mesmes depenses pour la guerre, et d'entretenir les mesmes flottes et les mesmes armées, leur osteroit les moyens de s'en servir, et arresteroit les progrez de leurs armes victorieuses. Il y a lieu d'esperer qu'en demeurant unis on reduira bientost la France (avec la benediction de Dieu) à accorder des conditions de paix raisonnables, l'extreme epuisement où est cette couronne, et le besoin qu'elle a de la paix estant certain et confirmé de tous costez.

9° Le Ministre de S. A. E. n'oubliera pas de remercier la Reyne de l'envoy du comte de Rivers, des confidences qu'elle a bien voulu faire à S. A. E. par ce comte au sujet de la paix, et du soin que S. M. a eu la bonté de prendre des interests de la Maison Electorale dans le 1er article des Preliminaires. Fait au Göhrde, le 7 Novembre 1711.

L. S.

P. S. le Ministre de S. A. E. ne manquera pas sans doute de faire remarquer que la Barriere de la France est forcée, et qu'en prenant encore une place, on sera au cœur du Royaume et on aura telles conditions de paix qu'on voudra. Il pourra aussy adjouter que la France, ayant esté rebutée par les Estats Generaux, lorsqu'elle a voulu les engager à un traitté separé, si elle l'estoit aussi à present par l'Angleterre, elle seroit obligée de s'adresser à tous les alliez conjointement, et de leur dire de bonne foy ce qu'elle veut faire pour la paix, et elle se porteroit d'autant plustost à leur accorder de bonnes conditions qu'elle s'apperçoit que les brouilleries du Nord ne luy procureront pas la diversion dont elle s'estoit flattée.

Achtunddreißigſtes Buch.

Anlage I. Zu S. 278.

British Museum. Add. Manuscripts. Coxe's Collection. Vol. 9129. Essay on the succession. Darin dieſer Brief des Herzogs von Hamilton an Lord Middleton, vom 11. Januar 1712.

The possession of the crown has never been the object of the Queen's wishes, nor does she consider it as her property. She looks

upon it as a deposit placed in her hands, for which she thinks herself accountable. The Prince's misfortunes affect her sensibly; she laments that they have been brought upon him by imbibing tenets repugnant to her people. For my part I am hurt to see Jacobite Lords siding with Marlborough. The sight is odious and gives offence to the Queen. What can you mean by opposing her views? Are you not satisfied about the man's fallacy? It is time you should open your eyes and cease to flatter yourselves or suffer yourselves to be amused with vain hopes. The country will never receive a king from France; nor will the English suffer themselves to be governed by a roman catholick. I would rejoice to see the prince one day restored; but I declare against having any concern in civil wars. To be plain, you should lose no time in taking him away from France, and not wait till you be compelled by a publick or private article in the treaty. Go with him to a protestant country, and marry him as soon as possible to a protestant. I wish you were safe in Sweden.

Anlage II. Zu S. 332.

Gräflich Clam-Gallas'ſches Archiv in Prag. Schreiben des Secretärs Primoli, vom 4. Juni 1712, aus dem Haag, an den früheren Geſandten Grafen Gallas.

I due Deputati, Velderen et Hop, sono partiti per l'armata. Pare che si habbia voglia di (das Folgende in Ziffern) disarmare gli Inglesi. Se potesse riuscire per l'Elettore e Danimarca, si sarebbe sicuro, che vi darebbero mano. Solo Prussia è quello che fa paura. Io credo che un colpo di questa natura farebbe un buonissimo effetto presso gl' Inglesi, chè acciecati dalle doppie insinuazioni del ministero, colle quali non ravisano la verità degl' intrighi di quelli, come l' annesse lettere di Londra fanno vedere, venendo mi dimandate qualche lume delle cose della pace — scorgerebbero allora il tradimento ordito da quelli alla publica sicurezza e tranquillità egualmente che al vero interesse dell' Inghilterra.

Anlage III. Zu S. 437.

Aus den Robethon-Papieren des hiſtoriſchen Vereines für Niederſachſen zu Hannover.

Aus dem zweiten Artikel des Barriere- und Succeſſions-Vertrages.

Britiſcher Text.

Si autem contingeret, ut potestas aliqua extranea, vel status, seu persona, personaeve quaecumque, sub specie qualibetcumque, directe bello aperto, vel conspiratione, seu perfidia sese opponere velint juri Successionis haeredum Majestatis Suae Regiae post obitum ipsius, vel deficientibus hujusmodi haeredibus, juri Successionis Exc^mae Principis Sophiae, aut haeredum ejus quorumcumque, ad quos dicta Successio tunc spectaverit, secundum leges et statuta Magnae Britanniae, D. Ordines Generales Foederatarum Belgii Provinciarum promittunt ac spondent, sese omni prorsus tempore, vivente Ser^ma Regina antea memorata, ipsi opitulaturos ad pugnandum pro jure Successionis ad Coronam Regiam Magnae Britanniae, prout per leges et statuta ejusdem Regni stabilita determinataque est, et post obitum antedictae Ser^mae Reginae sese opem laturos haeredibus Ejus, iisve deficientibus Principi Sophiae supra memoratae, aut talibus ejus haeredibus ad quos ut praefatum est, Successio ad Coronam Regiam M. Br. post obitum Ser^mae nunc regnantis legitime spectaverit, ut veniant in ejusdem possessionem, eandemque conservent.

Von Hannover aus vorgeſchlagener Text. Die weſentlichen Zuſätze curſiv.

Si autem contingeret, ut potestas aliqua extranea vel status, seu persona, personaeve quaecumque, sub specie qualibetcumque, directe vel indirecte, bello aperto vel conspiratione, seu perfidia, sese post obitum Regiae Suae Majestatis opponere vellent juri Successionis haeredum *ex ipsa procreatorum*, vel, deficientibus ejusmodi haeredibus *ex ipsa procreatis*, juri Successionis praedictae Exc^mae Principis Sophiae aut haeredum ejus Protestantium, ad quos dicta Successio tunc spectaverit, secundum leges et statuta Magnae Britanniae, D. Ordines Generales Foederatarum Belgii Provinciarum promittunt ac spondent, sese omni prorsus tempore, vivente Ser^ma Regina antememorata, ipsi opitulaturos ad propugnandum pro jure Successionis ad Coronam Regiam Magnae Britanniae, prout per leges et statuta ejusdem Regni stabilita determinataque est, et post obitum antedictae Ser^mae Reginae sese operam laturos haeredibus Ejus *ex ipsa procreatis*, iisve deficientibus Principi Sophiae supramemoratae aut talibus ipsius haeredibus, ad quos, ut praefatum est, Successio ad Coronam Regiam M. Br. post obitum Ser^mae Reginae nunc regnantis legitime spectaverit, ut veniant in ejusdem possessionem, eandemque conservent.

In den Bemerkungen von Seiten der Generalſtaaten zu dem britiſchen Entwurfe des Vertrages heißt es: Là où il est parlé des héritiers de Sa Majesté, il devroit y avoir: *procreez par Elle.*

Neununddreißigſtes Buch.

Anlage I. Zu S. 511.

K. k. Archiv. Hollandica 1714. Beilage zum Berichte des Freiherrn von Heems, vom 16. Januar. Copie d'une lettre de Mylord Bolingbroke à un de ses intimes amis à Londres, en date: Windsor, le 6 janvier 1714. Traduite de l'anglais.

Monsieur. J'ai fait rester votre homme ici, jusqu'à ce que je pourrois vous rendre un compte exact de l'état de la santé de la Reine, selon le rapport fait par les medecins aux seigneurs du conseil. Ils disent donc que la maladie de Sa M^té^ est une fievre tierce ou fievre intermittente, car on donne à son mal ces deux noms; que le premier accès a été tres violent, mais que le second a été moins rude, et les symptomes qui l'ont accompagné, pas si dangereux que ceux du premier; qu'une humeur gouteuse voltigeoit par tout son corps avec une complication de quelque chose qu'on appelle hysterical.

Mon cher ami, je ne puis m'empêcher de vous dire que la nuit de Jeudi étoit la plus triste que j'aye passée de ma vie, et je suis toujours dans de grandes apprehensions, ou peutêtre je prevois plus que je ne devrois. J'espere que ces accidents reiterez auront leur effet sur M. Oxford, et le porteront sans perte de temps à prendre les mesures necessaires, pour le mettre lui-même et ses amis dans un état et sur un fondement à pouvoir faire des conditions au moins pour eux et leur pays, lorsque le fatal coup arrivera de la mort de la Reine.

Mon retour à Londres depend de la santé de S. M^té^; ainsi je ne puis rien marquer de positif là-dessus; mais je vous assûre que je viendrai aussitôt que je pourrai; car je suis dans de grandes inquietudes à cause des delais dans notre principale affaire. Quant à vous, pour qui j'ai nulle reserve, je vous dirai: si je puis obtenir dix mille Livres Sterl. de la Reine, cette somme mettra mes petites affaires en bon état. Si je puis avoir d'avantage, il sera mieux;

mais si cela me manque et qu'un accident arrive à S. M^té^, je serois honteux de me trouver avec des dettes, *lorsque tous les autres qui ont contribué à la paix, ont si largement augmenté leurs biens et fortunes*. Adieu mon cher ami. Je suis à vous de toute mon ame.

Bolingbroke.

Anlage II. Zu S. 543.

British Museum. Add. MS. Birch Collection. Vol. 4107.

Lord Oxford to the Princess Sophia.

(Without date.)

Madam. Y. R. H's goodness to Mr. Harley has encouraged H. M. to employ him again to Y. R. H., with H. M's utmost assurances of her resolution to support your succession, and to do every thing which may quiet those who are in earnest for it.

Y. R. H's great sagacity will easily distinguish those who clamour because they have not all the power they desire, and that in a country torn by faction, which has been twenty years gathering strength, misrepresentations are unavoidable. But it is with pleasure, I can assure You that the generality of the Nation concur in Your succession, and as Your Serene family are to reign over the whole Nation, so You are too wise to be affected to a party.

The Queen's interest in the hearts of her people has made her repeated declarations in favour of Your Illustrious House make great impressions on the people's minds, and I take leave to assure Y. R. H., from many years' experience and observation, that I am certain that this is a steady and fixed resolution in the Queen to confirm and secure Your succession. And as I have never varied in my zeal for it, so I shall make it my study to watch every occasion to promote the interest of Y. R. H., and particularly to cultivate that friendship with the Queen, which is so necessary for this good end, which I know H. M. sincerely desires, and I doubt not Y. S. F. will think it to be for your interest, the world should publickly know there is this good harmony. This will be a very effectual way to make the accession to the throne easy, and the possession of it safe. My utmost wishes are to be serviceable to so good an end, and to convince Y. R. H. of the great veneration wherewith I am, Madam, of Y. R. H. etc.

Oxford and Mortimer.

Anlage III. Zu S. 570.

Aus den Robethon-Papieren im Archive des hiſtoriſchen Vereines für Niederſachſen, zu Hannover.

L'Electeur George Louis à la Reine Anne.

Hanover, le 26 Avril/7 Mai 1714.

Madame. J'ai reçu avèc une parfaite reconnoissance la lettre du 9me Janvier, dont Votre Majesté avoit chargé le Sieur Harley. Rien ne sauroit être plus obligeant que les asseurances dont elle est remplie des soins que Votre Majesté veut bien continuer d'apporter à l'affermissement de la Succession Protestante, qu'elle dit être l'unique moyen d'assurer la Religion et le repos de ses Royaumes, et n'avoir rien au monde plus au cœur. J'ai crû ne pouvoir mieux repondre à de si grands témoignages de bonté, qu'en faisant remettre au Sieur Harley un Memoire qui fera voir Votre Majesté ce qui me paroist necessaire dans la presente conjoncture pour mettre en sûreté votre Personne Royale, Vos Royaumes, et la Succession établie par les Lois. Comme il n'y a pas d'interests plus dignes que ceux là de l'attention d'une Reyne si distinguée par sa pieté et par son amour pour ses Peuples, je ne doute pas que Votre Majesté n'y apporte autant d'attention que j'ai de confiance en ses lumieres et en ses bontés, étant toujours avec beaucoup de respect

De Votre Majesté le tres humble et tres obéissent serviteur

George Louis Electeur.

Anlage IV, wie Anlage III.

Mémoire delivré à Monsieur Harley le 7me May 1714. N. S. à Hanover.

Leurs Altesses Electorales ont receu avec une extreme reconnoissance la nouvelle marque de la bonté que la Reine Leur a donnée, en ordonnant au Sieur Harley de Leur demander ce qu'Elles souhaitoient qu'on fît pour le plus grand affermissement de la Succession Protestante établie dans Leur maison, de même que les asseurances obligeantes qu'il y a ajoutées, que Sa Majesté Britannique se feroit un plaisir d'accorder à LL. AA. EE. ce qu'Elles desireroient à cet égard.

C'est dans cette confiance que LL. AA. EE. prennent la liberté de representer à Sa M^té^ la necessité qu'il y a d'obliger le Pretendant à se retirer en Italie, et le danger qui pourroit resulter de son plus long sejour en Lorraine, tant aux Royaume de Sa M^té^ qu'à la Personne Royale et à la Succession Protestante.

On ne peut pas être plus obligé à Sa M^té^ que le sont LL. AA. EE. des instances qu'Elle a déja eu la bonté de faire pour l'éloignement du Pretendant. Et comme le presént Parlement aussi bien que le precedent a tesmoigné être persuadé que la seureté de la Nation et de la Succession y est attachée, ce qui est aussi l'opinion de LL. AA. EE., Elles supplient S. M^té^ de prendre les mesures les plus efficaces pour parvenir à un but si salutaire, et cela d'autant plus que les partisans du Pretendant publient avec la derniere asseurance qu'il se prepare à faire incessamment sa descente dans le Nord de la Grande Bretagne, pendant qu'elle se trouve degarnie de flotte et de trouppes, ce qui est confirmé par divers avis venus de personnes qui ont eté depuis peu à Bar-le-Duc, qui ont eu part à la confiance du Pretendant, et qui asseurent qu'il se mettra bientôt en chemin pour l'execution de son entreprise, et qu'il compte sur un puissant secours étranger.

Les affaires se trouvant dans une situation si dangereuse, LL. AA. EE. esperent que S. M^té^ conviendra avec Elles qu'il seroit necessaire pour la seureté de sa Personne Royale et pour celle de ses Royaumes et de la Succession Protestante, d'établir dans la Grande Bretagne quelqu'un de la Maison Electorale qui pût veiller à de si grands interests et témoigner à Sa M^té^ par une fidelité et par un attachement inviolable à Sa Personne, combien LL. AA. EE. sont remplies pour Elle de respect et de reconnoissance. Le tems paroist être venu où la seureté des interests communs ne peut plus se trouver que dans une confiance reciproque et dans des mesures prises avec un parfait concert, et où LL. AA. EE. de même qu'Elles n'attendent que de la continuation des bontés de Sa M^té^ la seureté de Leurs Droits à la Succession, sont prestes à contribuer de leur costé, autant qu'il est en leur pouvoir, à renverser les desseins de ceux qui voudroient troubler la tranquillité et le bonheur de Son glorieux Regne.

LL. AA. EE. prennent aussi la liberté de renouveller les instances qu'Elles ont faites depuis prés de deux ans auprés de S. M^té^ et Ses Ministres pour demander qu'on fixe à S. A. E. Madame l'Elec-

trice par Acte de Parlement l'Etablissement et pension dont le plus proche heritier de la Couronne a accoutumé de jouir. LL. AA. EE. n'ont voulu former aucune prétention à cet égard, pendant que la Nation a été chargée des depenses de la guerre, mais ces depenses ayant cessé et tout devant être mis par la Paix sur un pied fixe et solide, Elles esperent que, même pendant la presente Session du Parlement, Sa M^té^ aura la bonté de Leur procurer une chose si juste et qui est une suite si naturelle de tout ce qu'Elle a déja fait en Leur faveur.

LL. AA. EE. esperent aussi que Sa M^té^ voudra bien accorder des Titres affectés aux Princes du Sang de la Grande Bretagne à ceux des Princes Protestants de la Maison Electorale, qui n'en sont pas encore revestus.

Fait à Hanover le 4me May 1714.

Le Sceau de M^sgr^ L'Electeur. — Le Sceau de Madame L'Electrice.

Anlage V. Zu S. 599.

British Museum. Add. Manuscripts. Coxe's Collection vol. 9129. Essay on the succession.

These persons dined together at a tavern, for the express purpose of fixing a day for the introduction of a motion. Sir William Wyndham was in the chair. The company appeared unanimous in their sentiments, and Sir Hugh Patterson particularly said that he had no doubt but an early day would have been fixed, if a letter had not been received from Lord Bolingbroke, addressed to the chairman of the meeting. Bolingbroke, with many expressions of respect, testified his regret that he could not be present there. He hoped they were all convinced that his sentiments coincided with theirs, respecting the great object of the meeting, entreated them not to be precipitate in the business, but to defer it a short time, till the peace should be finally settled, after which the measure might be brought forward with the support of government, and without any danger of being defeated in either House of Parliament. When the letter was read, the chairman expressed his opinion in favour of a compliance with the proposal. Sir Hugh Patterson opposed it publickly, and also whispered to Sir William: „Do not

listen to Lord Bolingbroke. He is a villain and will only deceive us." The greater part of the compagny were of Sir Hugh's opinion; but Sir William was strenuous in his own, and so many persons coincided with him, that the remainder, though a majority of the meeting, would not have been a majority in the House of Commons, when deprived of their associates. The sentiments of the company being thus divided, the meeting broke up without coming to any resolution.[1])

---

[1]) Note of Mr. Coxe.

This anecdote was communicated to me by Thomas Bowdler Esq[re], whose aunt married a younger brother of Sir Hugh Patterson of Bonnorsham, in whose company I passed a good deal of time, while I was at the university of Edinburgh during the years 1772, 3, 4, 5. Sir Hugh was at that time between 85 and 90 years of age, but his faculties were not impaired, and though I have heard him repeat this story to many different persons at different times, yet he never varied in the smallest circumstances.

Alphabetisches Namen- und Sachregister.

A.

Abington, Lord, 568, 637.
Albani 108.
Albans, Herzog von St., 254, 426.
Albemarle 159, 164, 377.
Allianz, die große. Rückblick auf das Werden derselben 295 u. f.
Almanza, die Schlacht von, 36 u. f.
Althann, General Graf, 123, 166.
Altona 498.
Amersfoort 663.
Amsterdam 274, 447.
Anglesea, Graf, 226, 533, 556, 562, 568, 574, 619, 637.
Anhalt, Fürst von, preußischer General, 148, 150, 159, 355, 360, 363, 366, 382.
Anjou, Herzog von, wird Dauphin 304. Wichtigkeit seines Lebens 305. Schwäche desselben 315, 343, 352.
Anna, Königin von Groß-Britannien und Irland. Sie hat, bei dem Minister-Wechsel von 1710, noch nicht die Absicht des Friedensschlusses 3 u. f. Ihre Thronrede betont den Krieg, besonders in Spanien 8. Ihre kleinen Feindseligkeiten gegen Marlborough 20, 22, 23 u. f., so wie 28 u. f. Sie beläßt ihm das Commando der Armee 30.

Sie äußert sich über die Nachrichten aus Spanien 32; gibt, mit ihrem Cabinet, Spanien auf 34; hört den Debatten im Oberhause zu 36 u. f.; empfängt ein Schreiben des Prätendenten 49 u. f. Frage ob sie geantwortet hat 52. Sie wird von Marlborough beurtheilt 53 u. f.; hat zur Vertrauten lediglich die Frau Masham 54; dankt für die Adresse des Parlamentes für Harley 60; ernennt Harley zum Grafen Oxford und Mortimer und zum Treasurer 62 u. f.; erhält vom Unterhause die Mittel zum Baue von 50 Kirchen 64.

Sie läßt die Todesnachricht von Joseph I. ans Parlament bringen 92; geht, im April 1711, auf die französischen Vorschläge ein 101; ruft Lord Raby nach London 109; nimmt keine fremde Information an 111; gibt Versprechen für Victor Amadeus 145; unterzeichnet die Vollmacht für die Friedenshandlung mit Frankreich ohne Gegenzeichnung 172; empfängt Mesnager in Audienz 174;

läßt dem Grafen Gallas den Hof verbieten 181; sendet ein Handschreiben darüber an den Kaiser Carl VI. 183.

Ihr Krankheitszustand gibt Anlaß zu Vermuthungen über die Thronfolge 188. Sie ertheilt der Frau Masham die Erlaubnis mit Mesnager zu reden 191; durchschaut nicht Oxford 195; erläßt Circularschreiben an die verbündeten Mächte 201; nimmt die Pathenschaft einer Prinzessin in Hannover an 206.

Ihre Thronrede, 7./18. December 1711, 224. Sie hört den Debatten im Oberhause zu und wird schwankend 226 u. f.; antwortet auf die Adressen 230; faßt ihren Entschluß zu Gunsten der Minister 230 u. f.; entläßt Marlborough seiner Aemter 240; ernennt zwölf neue Pairs 241; empfängt, mit Oxford und St. John zur Seite, den Prinzen Eugen in Audienz 244; bewilligt nicht dem Gemeinderathe den Prinzen Eugen zu bewirthen 245.

Sie erläßt, auf die Nachricht des Erfolges von Cardona, eine Botschaft an das Parlament 250; handelt in vielen Dingen aus Furcht 255; empfängt eine Adresse des Oberhauses 275; wird charakterisirt vom Herzog von Hamilton 278 u. f. Ihre Stellung zu dem Prätendenten 287.

Ueberblick ihres Verhaltens in der Frage der spanischen Erbfolge 295 u. f. Sie läßt durch St. John für Philipp V. eine Alternative stellen 315; will nicht mehr einen Feldzug 317; erläßt durch St. John Mahnungen an Ormond 321; ist Urheberin des Befehles vom 10./21. Mai 323. Ihr Verhalten nach der Ausführung 334. Ihre Thronrede für den Frieden 6./17. Juni 339 u. f. Ihre Antwort an die Generalstaaten 344. Ihre Antwort an das Unterhaus zu Gunsten der Succession des Hauses Hannover 347.

Ihre Bedingung für den Waffenstillstand mit Frankreich 351. Sie macht an Frankreich weitere Concessionen 357; verlangt Sicilien für Victor Amadeus 379 u. f., so wie 384; ist einem Sonderfrieden mit Frankreich nicht abgeneigt 399; hat selber Lothringen zum Aufenthalte für den Prätendenten bestimmt 408; verlangt in Hannover die Auslieferung von Macartney 412.

Ihr Handschreiben an den Kurfürsten Georg Ludwig 417. Sie läßt den Generalstaaten einen neuen Barriere- und Successions-Vertrag vorlegen 437 u. f.; entscheidet für die von Ludwig XIV. geforderte Satisfaction für Mesnager 439; fordert und erhält durch Shrewsbury in Versailles Nachgiebigkeit 443; ist mismuthig über die Verzögerung des Friedens 445.

Ihr Gesundheitszustand 452 und 461. Sie betont in der Thronrede, im April 1713, die Succession 466; sendet den Handelsvertrag mit Frankreich an das Unterhaus 470 u. f.; verlangt vom Unterhause eine halbe Million 479; läßt eine Friedensfeier halten 480; dankt für die Adressen für die weitere Entfernung des Prätendenten 481 u. f. Ihre Thronrede scharf gegen die Whigs 482.

Sie geht nicht ein auf den Vorschlag Berwicks 486 u. f.; bewahrt noch dem Grafen Oxford ihr Vertrauen 487. Ihr eigentlicher Gedanke über die Thronfolge in dem Werke: The hereditary right of the crown of England asserted 488.

Ihr Krankheitsanfall im Januar 1714 S. 509 u. f., und abermals 521. Ihr Geburtstag 523. Sie bleibt noch dem Treasurer Oxford geneigt 524; ist entschieden gegen die Ueberkunft des Kurprinzen 535. Ihre Thronrede vom

2./13. März 1714 S. 536. Handschreiben an den Kurfürsten Georg Ludwig 544. Oxford vom März an bei ihr im Sinken 551.

Sie antwortet auf die Adresse des Oberhauses für eine Proclamation gegen den Prätendenten 558; läßt dem kurfürstlichen Gesandten Schütz den Hof verbieten 561 u. f. In Verlegenheit gesetzt durch die kurfürstliche Denkschrift, unterzeichnet sie drei von Bolingbroke verfaßte Schreiben nach Hannover 581 u. f.

Sie ist eifrig für die Schisma-Bill 596; läßt den Namen des Kurfürsten ins Kirchengebet einsetzen 597. Ihr Handschreiben, vom 19./30. Juni, an den Kurfürsten 602. Sie läßt noch ein anderes folgen 607. Ihr Mistrauen gegen Hannover 608. Sie dankt für die Adressen auf die Proclamation gegen den Prätendenten 610; will dem Oberhause die Namen in Betreff des Handelsvertrages mit Spanien nicht nennen 617 u. f.; vertagt das Parlament 619 u. f.

Sie mißt dem Kurfürsten die Publication ihrer Briefe bei 622. Angabe ihrer Gründe für die Entlassung Oxfords 628. Ihre letzte Kundgebung nach Hannover 630. Sie wird vom Schlage gerührt 631; ernennt Shrewsbury zum Treasurer 632; stirbt 635 u. f. Ihre Correspondenz nach ihrem Willen verbrannt 639.

Argyle, Herzog von, 20 u. f., 107, 113, 123, 126, 293. Er tritt im Oberhause gegen den Antrag Halifax auf 336 u. f.; von Lockhart anfangs für einen Jacobiten gehalten, von demselben charakterisirt 414 u. f.; in Hannover mit Vertrauen genannt 426 und 451. Aufmerksamkeit für ihn in Versailles 458. Er redet im Oberhause gegen die Union 472; wird genöthigt seine Stellen in der Armee aufzugeben 555, tritt der Coalition von Whigs und Tories für die Succession bei 556. Seine Betheiligung an der Angelegenheit des Writ 561 und 577. Sein entscheidendes Auftreten im Cabinetsrath 632. — 637, 666.

Asaph, Bischof von, 343.

Asow 140 u. f., 427.

Assiento-Vertrag 172, 619.

Atterbury, Bischof von Rochester, 63, 593, 628, 631, 657.

Audiffret 44.

August II., Kurfürst von Sachsen und König von Polen, 65. Er sucht, in Gemeinschaft mit Peter I. und Franz Rakoczy mit Ludwig XIV. anzuknüpfen 134 u. f.; protestirt gegen den Termin der Kaiserwahl 138; rückt in Pommern ein 141. Sein Verhalten in Betreff seiner Truppen in den Niederlanden 147. — 164, 420, 427.

B.

Bank von England 3, 10, 178, 343, 368, 522, 565, 638, 642.

Barcelona 87, 95, 124 u. f., 166, 293, 503, 613.

Barriere- und Successions-Vertrag 196, 262, 267, 330, 396 u. f., 435, 437, 449, 635.

Begue, Le, 45.

Bender 140 u. f.

Bercseny, Graf, 68, 75, 79.

Berkeley, Admiral, 638, 662.
Berner, General, 363.
Bernstorf, Graf, Minister in Hannover, 61, 448, 450, 491, 645, 663.
Berwick, Marschall, 43. Sein Bericht über die Sendung Gautiers an ihn 47 u. f. Er wird getäuscht durch Harley (Oxford) 57 u. f., so wie 279 u. f. und 420 und 458. Sein Verhalten in der Sache des Prätendenten nach dem Utrechter Frieden 483 u. f. Sein besonderer Plan 485 u. f. Er erwartet keine Hülfe von Ludwig XIV. 508. Er dringt abermals in Oxford 519; ist unmuthig über die Forderung des Religionswechsels 524; kommt zur Erkenntnis von Oxford betrogen zu sein 547 u. f.; dringt in Ormond und Andere, Oxford zu stürzen 550; wird, im Juni 1714, von Ludwig XIV. nach Spanien geschickt 613.
Biberstein, Marschall von, 330 u. f., 360.
Bolingbroke, Viscount, vorher St. John. — Diese Ernennung der Beginn des Bruches zwischen ihm und Oxford 386; Frage des Sonderfriedens mit Frankreich 388 u. f., so wie 398 u. f. Seine Sendung nach Paris 390 u. f. Anklage gegen ihn in Betreff von Tournay 396. Er muß, nach der Erklärung der Generalstaaten, von dem Plane des Sonderfriedens ablassen 402. Ueber die Entfernung Marlboroughs aus England 408. Ueber die Thätigkeit des Thomas Harley in Hannover 419.

Er sucht, ohne Wissen Oxfords, mit dem Prätendenten in Beziehung zu treten 420. Seine und Oxfords Politik gegenüber dem Kaiser Carl VI. 432 u. f. Er fordert von den Generalstaaten die Aenderung des Barriere-Vertrages 435. Seine abweisende Antwort an die vier oberen Reichskreise 439.

Er antwortet, im Januar 1713, nachdrücklich auf das französische Ultimatum 441; stellt seinerseits, durch Shrewsbury, eine andere Forderung 442 u. f.; drückt auf den Prätendenten, Frankreich zu verlassen 458. Er tritt den Jacobiten näher 464; erleidet im Unterhause eine Niederlage in Betreff des französischen Handelsvertrages 471; kann für den Prätendenten nicht handeln ohne Oxford 484.

Sein Urtheil über den Reichskrieg von 1713 gegen Frankreich 502. Er hält die kaiserlichen Truppen in Spanien zurück 502.

Sein Schreiben an Gautier, Januar 1714, bei der Krankheit der Königin 511 und abermals 521; an den Lord-Mayor von London 522. Differenz mit Oxford 528. Unterredung mit Lockhart und Packington 529 u. f. Er deutet dem Grafen Strafford seine Absicht gegen Hannover und gegen Oxford an 541 u. f. Sein Plan bei der Instruction für Thomas Harley 545 u. f.

Er erlangt das Uebergewicht über Oxford 551. Eigentlicher Gegensatz der Beiden 552. Er ist entschlossen für den Fall der Ueberkunft des Kurprinzen 574. Wachsen der Rivalität zwischen ihm und Oxford 579 u. f. Die drei von ihm verfaßten Handschreiben der Königin nach Hannover 582 u. f.

Er tritt für die Schisma-Bill ein 593; von den Jacobiten gedrängt, weist sie zur Geduld 598 u. f. Die von ihm verfaßte Antwort auf die Denkschrift des Kurfürsten vom 7. Mai 602 u. f. Er bekämpft nicht den Antrag einer Proclamation gegen den Prätendenten 606; sucht im Oberhause den Schein einer Begünstigung desselben von sich abzuwehren 611; hat bei der Königin das Uebergewicht über Oxford 614; sucht abermals die Jacobiten zu

beschwichtigen 615; ist wegen des Handelsvertrages mit Spanien Angriffen im Oberhause ausgesetzt 617 und 619 u. f. Besorgnisse vor ihm 620.

Er hat ein Einverständnis mit Marlborough 625; schreibt an Strafford über die Lage der Dinge 626; deutet für Oxford die Entlassung an 628. Sein Plan S. 630 wird zertrümmert S. 632. Seine irrigen Behauptungen über die letzte Zeit der Königin Anna 639 u. f.

Er richtet ein Schreiben an den König 656. Sein Haß gegen Oxford 656. Er wird in ungewöhnlicher Weise entlassen 657; vertheidigt sich bei Bothmar 658 u. f.; findet sich zur Huldigung ein 669.

Bolton, Herzog von, 637.

Borgo, Marquis del, 144.

Borselen, van, 331, 401.

Bothmar, Freiherr von, Gesandter abwechselnd im Haag und in London, 12, 90, 188, 209 u. f.

Er reicht den britischen Ministern eine Denkschrift ein, gleichlautend mit seiner Instruction 210 u. f.; fügt in Betreff des Prätendenten einen Zusatz hinzu 215. Verlauf der Dinge in Betreff dieser Denkschrift 216 u. f., so wie 228 u. f. Verleumderische Gerüchte gegen ihn, den Prinzen Eugen und Marlborough 255 u. f. Er wird dem britischen Ministerium gegenüber vom Kurfürsten nachdrücklich aufrecht gehalten 262 u. f. — 290, 330, 360, 362, 447.

Er meldet nach England, daß der Kurfürst den Kurprinzen nicht senden werde 539; wird zum Gesandten nach England ernannt 590 und 592 und 599; meldet das Sinken Oxfords 595; trifft in London ein 605; hat Audienz bei der Königin 613; berichtet die Publication von zwei der Briefe der Königin 621 u. f.; hält Bolingbroke im Verdachte eines jacobitischen Planes 626; meldet nach Hannover die Todesnachricht der Königin 634. Eine eventuelle Vollmacht für ihn nicht gültig 637. Seine weitere Thätigkeit 644 und 649 und 653 und 654 u. f.

Bouchain 158, 163, 395.

Bourgogne, Herzog und Herzogin von, 302 u. f.

Bourlie, de la, s. Guiscard.

Braunschweig, Friedenscongreß zu, 499.

Bremen, Herzogthum, 420 u. f.

Brenner, Agent des Franz Rakoczy, 78, 85, 143, 428.

Briançon 37.

Brihuega 31.

Bristol, Bischof von, s. Robinson.

Bromley, Sprecher des Unterhauses, dann Staats-Secretär, 8, 62, 524, 541, 565, 566, 577, 607, 621, 630, 631.

Brügge 370 u. f.

Bruininx, Hamel, holländischer Gesandter in Wien, 87, 93.

Brydges 253.

Bückeburg, Gräfin von, 588.

Buckingham, Herzog von, 10, 92, 116, 126, 206, 404, 427, 636.

Bülow, Freiherr von, hannöverscher General in den Niederlanden, 355, 360, 363, 365, 427.

Buys 103, 110, 196. Er geht als Gesandter nach England 197, 200, 217, 228, 232. Friedensbotschafter in Utrecht 271, 272 u. f., 363, 401.

C.

Cadogan, General, 158, 326, 369, 427, 539, 573, 580.
Canada, Expedition nach, 109.
Cardona, Graf, 166.
Cardona, Stadt, 250.
Carl III., König von Spanien. Sein Verhalten bei der Todesnachricht von Joseph I. S. 87 u. f. Er lehnt französische Erbietungen ab 91 und 95 und 108; will Spanien nicht aufgeben 106; ahnt nicht die Arglist der britischen Minister 107. Die Frage seiner Heimkehr 121 u. f. und 166.
Er wird zum römischen Kaiser erwählt als Kaiser Carl VI. 166.
Seine Rede zu dem Engländer Chetwynd 180. Er will festhalten an den Präliminarien von 1709 S. 200. Ein Handschreiben von ihm an die Königin Anna nicht übergeben 202. Er tritt nicht mit Nachdruck für seinen Gesandten Gallas ein 220 und 247; sendet den Prinzen Eugen nach England 220; dringt in ihn zur Ueberfahrt 242; beharrt noch länger in diesen Meinungen 248; kann, in der Verkennung der Sachlage, von Spanien nicht lassen 372.
Er empfängt in Preßburg den Gesandten Peterborough in Audienz 374; schickt Truppen nach Spanien und erstrebt eine neue Allianz 375; nimmt die Gegenrede Wratislaws entgegen 376; will die Catalonier nicht verlassen 376 und 430; sieht sich genöthigt, der Friedenshandlung beizutreten 431.
Seine Forderung in London abgelehnt 432. Er muß in den Verzicht auf Sicilien und in die Neutralität für Italien willigen 434 und Catalonien räumen 445; kann sich in die gesteigerten Forderungen Frankreichs nicht fügen 446 u. f.; führt den Reichskrieg gegen Frankreich fort 499 u. f.; kann die nach Spanien geschickten Truppen nicht rechtzeitig wieder haben 502; läßt durch den Prinzen Eugen mit Villars in Rastadt den Frieden unterhandeln 504; will nicht eigenen Vortheil auf Kosten des Reiches 506.
Carl XII., König von Schweden, 32, 64 u. f., 137, 140 u. f., 427, 498.
Carlisle, Graf, 637.
Caroline, Kurprinzessin in Hannover, 206. Sie ist eifrig für die Succession 514; berichtet an Leibniz über die drei Handschreiben der Königin 586. Ihre Ankunft in London 667.
Catalonien 94, 111, 113, 122, 124, 126, 250, 372, 376, 430 u. f., 432, 445 u. f., 502.
Chetwynd berichtet über seine Audienz bei Carl VI. S. 180.
Clarendon, Graf, Gesandter nach Hannover, 594, 601, 604, 622, 630, 644 u. f.
Clemens XI., Papst, 190, 270.
Clement, Agent des Franz Rakoczy, 69 u. f., 72 u. f., 74, 142, 428.
Clemente, Secretär des Grafen Gallas, 176, 184, 185.
Comines, Philipp von, 42.
Comité des Unterhauses von 1715 über das Verfahren der britischen Minister bei der Friedenssache 169 u. f., 190 u. f., 276 u. f., 325 u. f., 350 u. f., 364 u. f., 368 u. f., 389 u. f., 393 u. f., 403, 408 u. f., 430, 434, 441 u. f., 658.
Concert, das Haager, 66, 137, 141.
Consbruch, kaiserlicher Friedensbotschafter in Utrecht, 272, 403.

Convocation von Canterbury 64.
Corunna 104.
Cotterell 181, 566.
Cowper, Lady, 668.
Cowper, Lord, 341, 426, 533, 538, 540, 561, 611, 637, 657, 666.
Craggs 33, 631, 635, 646, 653, 556.
Craſſau, General, 65 u. f., 137 u. f.
Cuſani, Feldmarſchall, 81.

D.

Daily Courant, Zeitungsblatt der Whig-Partei, 7, 178, 217.
Dartmouth, Staats-Secretär, 112, 115, 172, 177, 179, 245, 446.
Dauphin. Die Todesfälle der drei Dauphins 302 u. f. Vergl. Anjou.
Dawes, Sir William, Erzbiſchof von York, 529, 568, 574, 636.
Denain, Unfall von, 377 u. f.
Desalleurs 65.
Devonſhire, Herzog von, 239, 426, 561, 637.
Dieren 149.
Dolgorucki 79.
Doph, General, 326 u. f.
Dorcheſter, Gräfin, 668.
Dorſet, Graf, 638, 646.
Douay 395.
Drummond 22, 33, 39, 146, 164, 167, 243, 628.
Dudley 538.
Dünkirchen 171, 174, 340, 351 u. f., 357, 364, 366, 370, 379, 391, 396.
Dundonald, Graf, 555.

E.

Ebergeny, Feldmarſchall-Lieutenant, 82.
Edinburgh 204.
Elein 503 u. f.
Eleonora, Kaiſerin-Witwe, 81, 87, 88, 108.
Eliſabeth, Gemahlin Carls III., S. 122 u. f., 128, 129, 375, 432, 502.
Engelbert S. J. 86.
Ernſt Auguſt, Herzog zu Braunſchweig und Lüneburg, Bruder des Kurfürſten Georg Ludwig, 592, 645, 648.
Eſtaing, d', General, 155, 157.
Eſterhazy 79, 81.
Ettlingen, die Linien von, 504.
Eugen, Prinz von Savoyen. Er empfängt einen türkiſchen Aga 67. Seine Anſicht über den Friedenshandel in Ungarn 70 und 74. — 88, 110, 119.
Er dringt auf die Rückkehr des Königs Carl aus Spanien 123; beurtheilt die Häupter im öſtlichen Europa 137; trifft bei der Armee in den Niederlanden ein 150, und zieht ab an den Rhein 153.

Er erhält vom Kaiser Carl VI. den Auftrag nach London zu gehen 220. Seine Unterredungen im Haag 234. Er läßt sich durch die Einwendungen der britischen Minister von der Reise nach London nicht abhalten 235 u. f.; landet in London 243. Seine Audienz bei der Königin 244. Die Sendung von Vielen als aussichtslos angesehen 245. Seine Denkschrift 246. Er muß, nach der Meinung Carls VI., auch noch nach der Antwort verbleiben 248. Verleumderische Gerüchte gegen ihn, Marlborough und Bothmar 255 u. f. Weiterer Verlauf seiner Mission in London 292 u. f., so wie 298 u. f. Er läßt sich mit Oxford ein 300; verläßt London 301.

Sein Commando in den Niederlanden, 1712, nicht unbeschränkt 319 u. f. Sein Verhalten gegenüber Ormond 322 und 327 u. f. Er belagert Le Quesnoi 333 u. f. Die Frage des Verbleibens der verbündeten Truppen bei ihm 355 u. f. Er nimmt Le Quesnoi 358; hofft, daß der Kurfürst Georg Ludwig activ gegen die britischen Minister auftrete 359; erhält von den Generalen befriedigende Antworten 363; bringt Ormond in die Nothwendigkeit sich zu erklären 364; zieht mit den verbündeten Truppen gegen Landrecy 366.

Er bietet dem Ormond für dessen Marsch jegliche Begünstigung an 370; durchschaut die Falschheit Oxfords 373; ist Zeuge des Unfalls von Denain 377; klagt über die Feld-Deputirten der Republik 378 und 394 u. f.

Er ist im Januar 1713 zum Feldzuge bereit 440 und 443. Sein Urtheil über die Leistungen der Reichsfürsten 500. Sein Feldzug 503 u. f. Er verhandelt mit Villars in Rastadt den Frieden 505 u. f.; gibt nach Wien seinen Rath für den Frieden 506. — 569, 587.

F.

Feld-Deputirte der Republik der Niederlande 319, 320, 325, 327, 355, 363, 370, 378, 394 u. f.

Feldzug von 1712 in den Niederlanden 318 u. f.

Fels, General, 326 u. f.

Fenelon, Erzbischof von Cambrai, 303.

Findlater, Lord, 472.

Forgacs 79.

Frankfurt am Main 165 u. f.

Freiburg i. B. 503 u. f.

Friedenshandlung, geheime, zwischen London und Versailles 39 u. f., 99 u. f., 130 u. f.; in London 167 u. f.

Friedensschluß zu Utrecht 447 u. f.

Friedrich I., König von Preußen und Kurfürst von Brandenburg. Er stellt für Franz Rakoczy eine Protections-Urkunde aus 72 u. f. Verhalten in Betreff der Kaiserwahl 89 u. f. Er geht auf das französische Angebot des Kaiserthumes nicht ein 138; ist unzufrieden mit Franz Rakoczy 142.

Sein Verhalten in Betreff seiner Truppen in den Niederlanden 147. Er begibt sich selber nach Holland 149; drückt bei den Generalstaaten seinen Willen durch 151 u. f.; ist willig für das Ministerium Oxford-Bolingbroke 203;

sucht durch den Grafen Strafford sein Interesse zu wahren 305. Sein Verhalten nach dem Befehle der Königin an Ormond 330 und 362 und 381.
Friedrich IV., König von Dänemark, 134, 141, 147, 420, 427.
Friedrich Wilhelm I., König von Preußen, 500.

G.

Gadebusch 498.
Gallas, Graf, Gesandter des Hauses Habsburg in London. Er dringt auf Hülfe für Carl III. S. 4 u. f.; schildert St. John 15; über Marlborough 25; ist besorgt wegen der Nachrichten aus Spanien 32. Seine Wahrnehmungen am Hofe in London bei der Todesnachricht Josephs I. S. 92.

Er forscht der geheimen britisch-französischen Friedenshandlung nach 111 u. f. Erwägungen für und wider 114 u. f. Charakteristik der Minister 115 u. f. Er schlägt Mittel dagegen vor, namentlich eine Denkschrift 118 u. f.; findet dafür bei dem Prinzen Eugen und Sinzendorf keine Zustimmung 119; gibt darum den Plan nicht auf 120.

Sein Bericht vom 31. Juli 1711 von dem Ministerium der Post entnommen 121. Er gibt seine Denkschrift ein 124; erhält Antwort von St. John 126; dringt abermals 129; kann keine feste Antwort erlangen 131; findet keine Unterstützung 132 und 176; wird überwacht von Spionen Oxfords 176.

Er fragt an wegen der Vorschläge des Mesnager 177; hat Audienz in Windsor 178; erhält, auf eine Anfrage, eine hochfahrende Antwort 179. Auf seine Bitte um eine Abschieds-Audienz erfolgt ein Verbot des Hofes 181. Handschreiben der Königin und Anklagepunkte gegen ihn an den Kaiser 183 u. f. Sein Zweifel über die Thronfolge 188.

Er stimmt gegen die Uebergabe eines Handschreibens von Carl VI. an die Königin 202. Der ihm in England widerfahrene Affront vor dem Kaiser Carl VI. S. 220.
Galway, General Graf, 36 u. f.
Gautier, Priester, Friedensunterhändler zwischen London und Versailles 40 u. f. Er dient zugleich für Oxford zur Anknüpfung mit Berwick 47 u. f.; 99, 114, 198, 279 u. f. — Sein Verhalten in der Sache des Prätendenten nach dem Frieden von Utrecht 483 u. f.; 512, 524.
Generalstaaten der Republik der Niederlande. Sie bitten die Königin um die Uebersendung Marlboroughs 30; werden vom britischen Ministerium getäuscht 39 u. f.; beurtheilt von Marlborough 44.

Sie wollen, nach Josephs I. Tode, den König Carl als Kaiser 89 und 93; müssen dem Andringen Friedrichs I. in Betreff der oranischen Erbschaft nachgeben 147 u. f.; lehnen, nach Bouchain, weitere Unternehmungen ab 164; erkennen die Vorschläge des Mesnager nicht an als geeignet für eine Unterhandlung 197 und 200; geben darin nach, bestimmen Utrecht und bewilligen die Pässe 201.

Sie geben, 1712, den Oberbefehl in gleicher Weise an den Prinzen Eugen und an Ormond 319 u. f.; erheben nachdrückliche Vorstellungen bei Ormond 329; laden die Gesandten der Verbündeten zur Besprechung 330;

richten Vorstellungen an die Königin 331; erhalten Antwort 344; halten Geld bereit für die Uebernahme aller verbündeten Truppen 354.

Sie erklären sich, im August, bereit sich England zu fügen 396; haben geringes Vertrauen auf die Leistungen der Reichsfürsten 400; durchkreuzen, durch ihre Erklärung an England, im October 1712, den französischen Plan des Sonderfriedens 401; werden fortdauernd beeinflußt durch die Besorgnis vor demselben 436; fügen sich in den neuen Barriere- und Successions-Vertrag 438; sprechen abermals der Königin ihre Bereitwilligkeit aus 443.

Ihr Verhalten zu der Frage der Thronfolge in England erörtert 494. Sie wünschen, Anfang 1714, die Sendung des Kurprinzen nach England 514; werden bei der Todeskrankheit der Königin an den Garantie-Vertrag gemahnt 635; erklären dem Könige Georg I. ihre Bereitwilligkeit 649; lassen ihn an der Grenze ihres Landes empfangen 663, und durch ihre Flotte nach England geleiten 664.

Gent 370 u. f.

Georg, Ritter St., f. Prätendent.

Georg August, Kurprinz von Braunschweig-Lüneburg und Herzog von Cambridge, 15, 206, 239, 258, 359 u. f., 417, 449.

Die Frage seiner Ueberkunft nach England 454 u. f., so wie 467 u. f. und 474 u. f. und 477 u. f. und 492 u. f. und 497 und 509 und 514 u. f.

Die Angelegenheit der Forderung des Writ für ihn 533, so wie 559 u. f. Handschreiben der Königin an ihn 583. Aussöhnung mit dem Vater 589. Sein Handschreiben an die Königin 592. Sein Gefolge nach England 663. Zum Prinzen von Wales ernannt 667; huldigt 668.

Georg Ludwig, Kurfürst von Braunschweig-Lüneburg, 1, 12, 20, 23, 29.

Sein Verhalten auf das britische Circularschreiben für den Frieden 203 u. f. Er ersucht die Königin um die Rücksendung einiger seiner Regimenter 205; sendet Handschreiben an die Königin, Oxford, Buckingham, und eine kurze Denkschrift, nicht im Sinne der britischen Friedenspolitik 208; entsendet Bothmar mit Instruction nach London 209 u. f.; hält durch ein Handschreiben an die Königin seinen Gesandten mit Nachdruck aufrecht 263; wird beurtheilt von St. John 290 u. f., so wie 419.

Seine Haltung während des Feldzuges von 1712 S. 332 u. f. Er will nicht sich gegen die Regierung der Königin bethätigen 359 u. f.; will nicht General Macartney in Hannover 412; hat nicht ein festes Vertrauen in die Königin 417; will nicht, wie das britische Ministerium wünscht, sich in den nordischen Krieg mengen 421.

Er spricht nochmals, in einem Schreiben an Shrewsbury, sein Princip aus 422; sendet den Freiherrn Grote nach London 423. Instruction für denselben in Betreff Oxfords und Bolingbrokes 424 u. f. und in Betreff der Parteien 425. Er läßt durch Bothmar in Utrecht nachdrücklich reden 447.

Wachsthum seines Mistrauens gegen Oxford 448. Er beharrt bei seinem Principe sich in britische Angelegenheiten nicht zu mischen 450 u. f.; ist geneigt für den Herzog von Argyle und dessen Bruder Jay 451; hat Vertrauen in Marlborough 452.

Der Vorschlag der Uebersendung des Kurprinzen nach England erörtert 454 u. f.

Er willigt nicht in den Friedensschluß von Utrecht 454 u. f. Er wird von den Whigs gedrängt den Kurprinzen zu senden 467 u. f., so wie 475 u. f.; lehnt in motivirter Weise ab 477 u. f. und 492 und 515.

Er ernennt den Freiherrn Schütz, Sohn des früheren Gesandten, nach London, mit Instruction 491 u. f. Er kann nicht handeln wie 1688 der Oranier 494. Verhältnis zu seinem Sohne, dem Kurprinzen, und zu der Aussicht auf die englische Succession 516 u. f. Er erneuert, nach der Thronrede der Königin, den Abschlag seinen Sohn zu senden 539; weigert sich Geld für arme Lords herzugeben 540; hat Einsicht in die Correspondenz zwischen Steingens und Schulenburg 553.

Handschreiben an die Königin und Denkschrift vom 7. Mai 1714 S. 570 u. f. Er misbilligt das Vorgehen des Gesandten Schütz 573; läßt nicht sich beeinflussen von den Whigs 575 u. f. Sein Verhalten auf die drei Handschreiben der Königin 589 u. f. Sein Handschreiben an die Königin 591. Er bethätigt sein Princip in dem Verfahren mit den zwei Gesandten Schütz und Bothmar 601. Seine Antwort an Clarendon 608. Er ist bei der Publication von zweien jener Briefe der Königin nicht betheiligt 622 u. f.

Er wird in London als König Georg I. proclamirt 638. Er empfängt Clarendon 645; wird beurtheilt von Schulenburg 645. Rückblick auf sein Verhalten zu der Wandlung der Dinge in England 646 u. f.

Er kündigt der Regentschaft die Zeit seines Aufbruches an 653. Besondere Ernennungen für Marlborough und Orford 654. Er antwortet auf die Adresse beider Häuser des Parlamentes 655; erhält von dem Tory Nottingham den Rath sich auf die Whigs zu stützen 661. Abfahrt und Reise 662; im Haag 663; in Greenwich 664. Sein Einzug in London 666. Eine Reihe von Ernennungen 666. Die Krönung 667 u. f. Er will nicht auf die Wahlen einwirken 670.

Germain, St., 45 u. f., 189 u. f., 278 u. f., 409, 415, 420, 458, 623. Vergl. Prätendent.

Germain, Sir John, 253.

Gibraltar 104, 171, 293 u. f., 340.

Godolphin, Graf, 1, 9 u. f., 26, 34, 63, 132.

Goes, Graf, 221.

Gordon, Herzogin von, 204 u. f.

Goslinga, Feld-Deputirter, 153. Sein Verhältnis zu Marlborough 154 u. f., so wie 158 u. f. Sein Urtheil über den 6. August 1711 S. 160. Unterredung mit Marlborough 162 u. f., vergl. 378.

Friedensbotschafter in Utrecht 271, 401.

Greenwich 654.

Grote, Freiherr von, Gesandter in London, 423. Seine Instruction 423 u. f. und 448. Er findet bei den britischen Ministern geringes Entgegen-Kommen 449 u. f.; stirbt 454. — 476 u. f.

Grumbkow, General, 147 u. f.

Guiscard 58 u. f.

H.

Halifax, Lord, 15, 275, 335, 426, 430, 467, 472, 479 u. f., 495, 511, 520, 538, 540, 561, 611, 624, 637, 666.

Hamilton, Herzog von, 238, 278 u. f. Seine Ernennung zum Botschafter nach Frankreich und sein Ende 410 u. f.

Hampden 346.

Hanmer, Sir Thomas, 13, 295, 457 u. f., 471, 528, 533, 556, 562, 574, 638.

Hannover, Haus, s. Succession und die Namen Sophie, Georg Ludwig, Georg August, Caroline.

Harcourt, Lord-Canzler, 63, 224, 538, 551, 559, 561, 628, 642.

Harcourt, Marschall, 164.

Harley, Sir Robert, Kanzler der Schatzkammer. Er legt der Königin die Stellung Englands nach außen dar 5; benutzt die periodische Presse 7; bethenert in Hannover seine Ergebenheit 10; tritt im Unterhause für diese Succession ein 14; will die Whigs nicht aufs äußerste erbittern 19. Sein Verhalten gegenüber Marlborough 24. Er berichtet dem Kurfürsten Georg Ludwig die Entlassung der Lady Marlborough 29.

Umschlag der britischen Politik in Betreff Spaniens 35. Seine Arglist in der Ausnutzung der Jacobiten 47 u. f. Er handelt dabei ohne Mitwissen der Königin 55 u. f.

Er wird durch Guiscard verwundet 58; steigt im Ansehen empor 62; wird zum Grafen Oxford und zum Treasurer ernannt 63. Siehe weiter unter Oxford.

Harley, Thomas, 260, 266, 282, 306, 367, 418 u. f., 420, 422, 520, 543, 570, 573, 582.

Heems, Freiherr von, 201, 628.

Heinsius, Rathspensionär von Holland, urtheilt über die Königin Anna 60; will den Frieden im Reiche erhalten 60 und 137; wünscht Carl III. als Kaiser 89 und 93 u. f.; antwortet auf die Eröffnungen des Lords Raby 102; sucht vergeblich Sonderunterhandlung mit Frankreich 103; billigt nicht den Plan einer Denkschrift des Grafen Gallas 120. Ueber die Forderungen Friedrichs I. an die oranische Erbschaft 148 u. f. — 155, 161, 167.

Er weicht den drohenden Reden Strafforts 301; wünscht nicht die Reise des Prinzen Eugen nach London 221. Sein Verhalten gegenüber Ormond 320. Er dringt in Oxford für die Vorstellung der Generalstaaten 401. — 506.

Hermitage, L', 132, 467, 477, 479.

Herrenhausen 588, 604, 662.

Hervart 11 u. f., 119.

Hill, Brigadier, 109, 112.

Hoffmann, kaiserlicher Resident in London. Unterredung mit Oxford 175. Er übergibt nicht ein Handschreiben des Kaisers Carl VI. an die Königin 202; berichtet über die Denkschrift Bothmars 216 u. f.; verhandelt in Betreff der Reise des Prinzen Eugen 235 u. f.; hegt davon keine Hoffnung 236 und 242 und 248. — 432, 480, 488.

Er meldet zu Anfang 1714, daß die Minister keinen Plan für die Herstellung des Prätendenten haben 512. Ueber die Angelegenheit des Writ 562 u. f.

und 576 und 578. Ueber die Stimmung in England für oder gegen den Prätendenten 612; über die Entlassung Oxfords 629; über den Sturz Bolingbrokes 640 und 657; über Oxford in Greenwich 665; über die neue Regierung 666 und 670.
Hohendorf, Adjutant des Prinzen Eugen, 300, 373, 376.
Holland, Stände von, 362, 663.
Honeywood 22 u. f.
Honslardyk 150 u. f., 664.
Hymmen 89, 331.

J.

Iberville 640, 641, 650, 659.
Ilay, Graf, 345, 414, 427.
Ilgen, Minister Friedrichs I., S. 72.
Jablonski, Hofprediger in Berlin, 69 u. f., 73, 428.
Jacob II. Ueberblick der im Jahre 1688 u. f. entscheidenden Thatsachen 405 u. f., so wie 456 u. f.
Jacobiten 19, 46 u. f., 60, 63, 114, 186, 204, 288 u. f., 292, 346, 403, 411, 413, 418, 461, 463, 481, 484, 490, 492, 497, 520, 528 u. f., 538, 574, 597, 615 u. f., 652, 668.
James, St., 636 u. f., 638, 666.
Jennings, Admiral, 123 u. f., 129.
Jersey, Graf und Gräfin, 40.
John, Harry St., Staats-Secretär. Ueber das Verhalten Englands nach außen 3. Er benutzt die periodische Presse 7; sucht mit Robethon in Hannover anzuknüpfen 11. Seine Gesinnung gegen Oesterreich 15. Scharf gegen Marlborough 22, so wie 24 u. f. und 30.

Er deutet den Umschwung der britischen Politik in Bezug auf Spanien an 31 u. f.; erhebt irrige Anklagen gegen Wien 34; bringt die Nachrichten aus Spanien an das Unterhaus 35; sucht die Generalstaaten über den Beginn des Friedenshandels zu täuschen 39 u. f.; lehnt ein Schreiben aus St. Germain ab 56. Sein Eifer damals für Harley 59. Verhalten zu der Friedenshandlung in Ungarn 76.

Er weiß, daß Carl III. die französischen Vorschläge abgelehnt 91. Seine Darstellungen aus späterer Zeit trüben die Kunde des Sachverhältnisses 98. Er sendet, im April 1711, die französischen Vorschläge nach dem Haag 101, und antwortet zugleich an Torcy 102; fürchtet einen Sonderfrieden Carls III. mit Ludwig XIV. und verlangt Häfen in Spanien 104; beruft, auf Befehl der Königin, Raby nach London 109; kann dies nicht völlig verhehlen 112; sucht den Wiener Hof zu täuschen durch die Forderung von Mannschaft für Victor Amadeus 113.

Er wird von Gallas beurtheilt 115; antwortet auf die Denkschrift von Gallas 126 u. f. und abermals 129; weicht den Fragen des Grafen Gallas aus 131; meldet die gute Gesinnung der Königin für Victor Amadeus 145; hält Marlborough in Unkenntnis des Friedenshandels 156; sucht Heinsius über Mesnager irre zu führen 167; über die geheime Abmachung mit Mesnager 168 u. f.

Er äußert sich drohend über die Anfrage des Grafen Gallas 177 u. f.; antwortet demselben hochfahrend 179; sendet ihm das Verbot des Hofes 181; stellt Anklagepunkte gegen Gallas zusammen 184; instruirt Strafford und Watkins darüber 184 u. f.; leugnet den geheimen Vertrag mit Frankreich ab 198; wird durch Torcy weiter gedrängt und treibt Strafford vorwärts 199; erwartet die Zustimmung des Kurfürsten Georg Ludwig für die britische Friedens-Politik 207; äußert sich scharf gegen Marlborough 222 u. f.; führt im Unterhause die Sache des Ministerii 227.

Er läßt in seiner Instruction für Strafford das Schwanken der Königin durchblicken 228 u. f.; meldet den günstigen Verlauf der Krisis 230; widerstrebt dem Kommen des Prinzen Eugen 236 u. f.; urtheilt über den Pairschub 241; sieht die Sache als gewonnen an 242; führt den Prinzen Eugen zur Königin 243; antwortet auf dessen Denkschrift 246 u. f.; läßt eine scheinbar gefährliche Adresse im Unterhause durchgehen 251; übt einen scharfen Druck aus auf die gegnerische Presse 252. Ueber den Spruch gegen Marlborough im Unterhause 254.

Er schreibt scharf an Bothmar 262; äußert sich unmuthig über den Kurfürsten Georg Ludwig 265; sieht das Unterhaus als völlig sicher für den Frieden an 275. Seine Stellung zu Oxford 289. Seine wachsende Mißstimmung gegen Hannover 290 u. f. und Beginn seiner Wendung 292. Sein Schriftenwechsel mit dem Prinzen Eugen 293 u. f., so wie 298 u. f.

Er hofft damals auf einen schnellen Frieden 301. Seine Correspondenz mit Torcy über die Vereinigung der Kronen von Frankreich und Spanien 306 u. f., so wie 311 u. f. Er meldet an Torcy eine Alternative für Philipp V. 313 u. f.; ruft Strafford und Maffei nach London 317; erläßt Abmahnungen an Ormond 321; schreibt den wichtigen Befehl vom 10./21. Mai 322 u. f.

Sein Lob für Ormond 334. Sein Erfolg im Unterhause 338. Er meldet an Torcy die Bedingungen des Waffenstillstandes 348. Seine Worte über das fruchtlose Bemühen der Holländer 350. Sein Plan in Betreff der Soldtruppen in den Niederlanden 354 und 357. Er macht in Versailles Hoffnung auf den Sonderfrieden 358; bemüht sich, daß Anhalt mit Ormond gehe 360; ist entschlossen Alles zu wagen 361. Sein Unmuth über die Trennung der Armeen gegen Anhalt 366, und, stärker noch, gegen Hannover 367. Die Anklage des Unterhauses von 1715 gegen ihn 368.

Er lobt Ormond für die Besetzung von Gent und Brügge 371; sieht die Kaiserin Elisabeth und die Truppen Carls VI. in Catalonien als Geiseln an 375; verlangt in Versailles Sicilien für Victor Amadeus 379 u. f. und abermals 381, so wie das Recht der eventuellen Nachfolge in Spanien 382; setzt Peterborough davon in Kenntnis 383; charakterisirt vor Torcy den britischen Friedenshandel 384 u. f.; erhält Befehl zur Reise nach Frankreich 386, und wird zum Viscount Bolingbroke ernannt. (Siehe fortan den Namen Bolingbroke.)

Joseph I., römischer Kaiser. Er geht auf die Friedenshandlung mit den aufständischen Ungarn ein 74 u. f. Sein Tod 81 und 85 u. f. und 144.

Joseph Clemens, Kurfürst von Köln, 138, 139.

Juntilla 1.

K.

Kaiserwahl 164 u. f.
Kanitz, sächsischer General, 136.
Karolyi, Graf, unterhandelt den Frieden mit Graf Palffy 68 u. f., 70 u. f., 74, 78 u. f., 80 u. f.
Kaschau 81 u. f.
Kensington 627 u. f.
Kent, Herzog von, 522, 523, 535, 546, 637.
Klinggräf 649.
Kreyenberg, hannöverscher Resident in London, 204 u. f., 357. — Sein Bericht über den Stand der Successionsfrage 473 u. f. — 480, 531, 534, 551, 567, 595, 599, 636.
Krone, kaiserliche, von England, 643.

L.

Landau 503.
Landrecy 364, 366, 377, 394.
Lechmere 13, 18.
Leibniz 514, 553, 586, 614.
Leopold I., Kaiser. Ueberblick seines Verhaltens in der Frage der spanischen Erbfolge 295 u. f.
Leopold, Herzog von Lothringen, 45, 457, 480.
Lesley, anglicanischer Geistlicher, 525.
Lewis, Erasmus, 627 u. f.
Lexington, englischer Gesandter in Spanien, 430, 433, 445.
Lille 273.
Lindenheim, Locher von, 74 u. f., 81.
Lindsay, Marquis of, 568.
Lingen 148 u. f.
Lockhart, schottischer Jacobit, 19, 46. — Er berichtet im Unterhause über die Geldbezüge Marlboroughs 239. Er hat nicht rechtes Vertrauen in Oxford 258, so wie 288 u. f. Ueber die Wirkung einer Rede Argyles im Oberhause 337. Seine Ansicht über Argyle, so wie über Oxford 345 u. f. und über den letzteren auch 359 und 403. Er stellt an den Prätendenten nicht die Forderung des Religionswechsels 411; charakterisirt Argyle 413 u. f.; fordert vergeblich Klarheit von Oxford und neigt sich Bolingbroke zu 463 u. f.

Sein Plan zur Lösung der Union 471 u. f. Tadel gegen die Misgriffe der Minister 528. Er dringt in Bolingbroke zur Eile 529 u. f.

Ueber die Frage der Ueberkunft des Kurprinzen 574. Er sieht, im Juni, die Lage der Dinge als günstig für den Prätendenten an 598; hält, im Namen der Jacobiten, dem Bolingbroke das Zaudern vor 615. Günstige Ansicht bei der Vertagung des Parlamentes 620.
Ludwig XIV. Ueber die Nachrichten von Brihuega und Villaviciosa 31. Er sucht die Allianz vermittelst Englands zu sprengen 41 u. f.; weist den Versuch des Herzogs

von Lothringen zur Friedensvermittelung ab 45; bemüht sich, daß die Kaiserwürde alternire 90; sucht England von den Generalstaaten zu trennen 99 u. f.; bewilligt für England Gibraltar 104; hätte lieber mit Carl III. abgeschlossen 105 und 108.

Er sendet Mesnager nach London 130 u. f. Anknüpfung mit Peter I. und August II. 133 u. f. Er entsendet Truppen aus den Niederlanden an den Rhein 153; will nicht ein Treffen 154; gibt dazu die bedingte Erlaubnis 157; bewilligt die acht besonderen englischen Forderungen, jedoch in seiner Fassung 169 u. f.

Er beauftragt Mesnager zu Gunsten des Prätendenten zu reden, ohne Nachtheil der eigenen Sache 189 u. f.; sendet nach London seinen Friedensentwurf 200; macht einige Concessionen für Victor Amadeus 202; sendet seine Friedensbedingungen 272 u. f. Ueberblick seines Verhaltens in der Frage der spanischen Erbfolge 295 u. f. Sein Lob für das britische Ministerium 300.

Rasche Folge der Todesfälle im Hause Bourbon 302 u. f. Sein Plan für Philipp V. S. 305 u. f. Er räth demselben sich auf die Forderung Englands zu entscheiden 312 u. f.; wünscht, daß Philipp V. auf Spanien verzichte 315 u. f.

Er hat Bedenken noch einen Feldzug zu machen 315 und 317 und 321. Seine Antwort auf die britischen Bedingungen für einen Waffenstillstand 351; trachtet nach einem Sonderfrieden mit England 378 u. f.; bewilligt erst nicht Sicilien für Victor Amadeus 384; lenkt dann ein 385; verlangt aber einen Sonderfrieden 386; empfängt Bolingbroke in Audienz 394.

Er fordert Satisfaction für Mesnager 398; macht Versuch für einen Sonderfrieden 400; erhebt keinen Widerspruch gegen die Forderung, den Prätendenten zu entfernen 403; läßt Marlborough aus England hinausdrücken 410; würdigt das Verdienst des Franz Rakoczy um ihn 429; steigert in Utrecht seine Forderungen an Kaiser und Reich 446.

Ueberblick seines Verhaltens gegenüber dem Hause Stuart 456 u. f. Er gibt dem Marschall Villars Vollmacht zum Frieden in Rastadt 507; ist nicht geneigt für den Prätendenten etwas zu thun 508, so wie 549 u. f. und 611 und 641 und 650.

M.

Macartney, General, 22 u. f., 412.
Maffei, Graf, 36 u. f., 144.
Mahon, Port, 104, 171, 293, 340.
Maintenon, Frau von, 188.
Malztaxe 471.
Max, Graf, 414 u. f., 631.
Marchiennes 377 u. f.
Marie, Witwe des Königs Jacob II. S. 189 u. f.
Marlborough, Herzog von. Ueber Rochester und Harley 2. Seine Stellung im Beginne 1711 S. 20 u. f. Verhalten zu der Königin 23. Er spricht sich zu Gallas und Robethon über seine Stellung aus 25 u. f. Seine Audienz im Interesse seiner Frau 28.

Ueber den früheren Plan gegen Toulon 37 u. f. Seine Meinung, im März 1711, über die Politik der Generalstaaten 44; über die Macht der Jacobiten 46; über die Königin in Betreff des Prätendenten 53 u. f.

Er bemüht sich um die Beibehaltung der Truppen Friedrichs I. 147 u. f.; sieht ungern den Prinzen Eugen nach dem Rheine abziehen 153 u. f. Sein Verhältnis zu dem Feld-Deputirten Goslinga 154 u. f. Er sucht mit Oxford anzuknüpfen 155 u. f.; geht dabei von einer irrigen Basis aus 156. Sein Verhalten am 6. August 1711 S. 158. Unmuthig über die ungünstigen Urtheile darüber, sucht er sich zu rechtfertigen 161. Seine Unterredung darüber mit Goslinga 162 u. f.

Er sendet Betheuerungen an den Prätendenten 187; handelt darin nicht mit Vorwissen der Königin 188; wünscht, Ende 1711, dringend die Ueberkunft des Prinzen Eugen 221; wird belastet durch die Aussage des Armee-Lieferanten Medina 222; tritt im Oberhause für den Antrag Nottingham ein 226; erleidet im Unterhause ein ungünstiges Votum 240. Von der Königin seiner Aemter entlassen, weist er alle Beschuldigungen zurück 240 u. f.; wird von der Mehrheit des Unterhauses eines illegalen Verfahrens schuldig gesprochen 254. Verleumderische Gerüchte gegen ihn, den Prinzen Eugen und Bothmar 255 u. f.

Er tritt für den Antrag Halifax ein 336. Seine Stellung zu den Höfen von St. Germain und Hannover 409, 496. Er wird von Oxford aus England gedrängt 410; gibt Rathschläge nach Hannover 452; stimmt für die Ueberkunft des Kurprinzen 569; läßt durch Molineux zwei der Briefe der Königin in London veröffentlichen 622 u. f.; will nach England zurückkehren, im Einverständnisse mit Bolingbroke 624; ist nicht ein Mitglied der Regentschaft 637; wird bei der Heimkehr gefeiert 644.

Marlborough, Herzogin von, 21 u. f., 24 u. f.

März-Club 288.

Masham, Frau, 2, 29, 46, 54. — Ihre Unterredungen mit Mesnager 191. Sie drängt ihre Auffassung der Dinge zusammen 193. Sie durchschaut nicht Oxford 195. — 227, 241, 279 u. f. — Ihre weitere Correspondenz mit Mesnager 281 u. f. Vergl. 403 und 408.

Ihr Verhalten zu Oxford und Bolingbroke 387. Sie redet bei der Königin gegen Oxford 551. — 619, 627, 631.

Max Emanuel, Kurfürst von Bayern, 138, 139, 153, 164, 273 u. f., 380 384, 386, 392, 435, 446.

Mecklenburg 428.

Medina 222, 239.

Meinershagen 89.

Meinzies 289, 415.

Meredith, General, 22 u. f.

Mesnager, Bevollmächtigter Ludwigs XIV., verhandelt in London die Bedingungen des Friedens 131 u. f. und 167 u. f. Er erhält von Ludwig XIV. den Auftrag für den Prätendenten thätig zu sein 188. Verhandlung mit Middleton 189. Er geht wieder nach London 190; erlangt Unterredung mit Frau Masham 191 u. f.

Friedensbotschafter in Utrecht 268, 279. Seine Correspondenz mit Lady Maisham über die Sache des Prätendenten 281, vergl. 403 und 408 Seine Differenz mit Rechteren 397 u. f.

Middleton, Lord, Minister in St. Germain, 189 u. f., 278 u. f., 289, 409, 416, 461.
Mohun, Lord, 412.
Moles, Duca di, 166.
Molineux 588, 622.
Monaco 379 u. f., 384.
Monte Leone 436.
Montesquiou, Marschall, 377.
Montrose, Herzog von, 637.
Moore, Sir Arthur, 617 u. f.
Mörs 148 u. f.
Munlacs 74 u. f., 83.

N.

Nairne, Staats-Secretär des Prätendenten, 413, 460.
Nassau s. Wilhelm Friso.
Neutralitäts-Armee 66, 137, 142.
Newfoundland 440.
Nottingham, Graf, 226 u. f., 238, 333, 336, 341, 346, 426, 472, 532, 540, 556, 596, 609, 611, 637, 661.

O.

Ober-Geldern 330, 436.
Oberhaus des britischen Parlamentes 13, 36 u. f., 226 u. f., 230, 238, 241 u. f., 252, 275, 300, 333, 335, 340, 466, 472, 476, 480, 532, 540, 556 u. f., 595, 609, 611, 617, 642, 654.
October-Club 20, 47, 288 u. f., 464.
Oranische Erbschaftssache 147 u. f.
Orford, Graf, 561, 637.
Orleans, Herzog von, 304.
Orleans, Herzogin von, 303 u. f., 589.
Ormond, Herzog von, 30, 241, 319 u. f. — Sein Verhalten auf den Befehl vom 10./21. Mai 324 u. f. Er erhält durch St. John das Lob der Königin 334. Die Frage des Verbleibens der nicht-englischen Truppen unter ihm 353 und 355 u. f. und 365. Sein Verfahren nach der Trennung jener Truppen von ihm 369 u. f. Er erhält das Lob der Königin 371. — 457, 519, 631.
Orsini, Prinzessin, 272, 505.
Oxford und Mortimer, Graf, Treasurer. Siehe zuvor Robert Harley. Er unterläßt jede Geldsendung nach Spanien 111; beurtheilt von Gallas 115 und 116 u. f. Er sucht Gallas zu täuschen 126; weicht dessen Fragen aus 131; trachtet durch Gerüchte die Engländer irre zu führen 132; geht auf Marlboroughs Erbieten der Freundschaft scheinbar ein 156; hält ihn hin 157 und bricht dann ab 162.

Er verneint, daß Spanien und Indien an Philipp V. hingegeben 175; läßt Gallas durch Spione beobachten 176.

Seine Arglist gegenüber dem Prätendenten 186 und 279. Seine Verschwiegenheit in dieser Sache 191 und 195. Er wird durch Torcy für Frank-

reich weiter gedrängt 199. Er betheuert in Hannover die gute Gesinnung der Königin 205. Ueber die Denkschrift Bothmars 228. Er widerstrebt dem Kommen des Prinzen Eugen 235 u. f.; läßt die Königin zwölf neue Pairs ernennen 241; erregt bei der Königin Furcht vor unbekannten Gefahren 257.

Sein Verhalten gegenüber dem Hause Hannover 257 u. f. Seine Instruction für seinen Vetter Thomas Harley nach Hannover 260. Er muß der Strömung im Oberhause gegen die französischen Bedingungen nachgeben 275; wird in der Sache des Prätendenten beurtheilt von Lady Masham 282 u. f. Meinung der Jacobiten über ihn 288 u. f.

Er sucht geheim mit dem Prinzen Eugen anzuknüpfen 300 u. f.; ist, durch den Vermittler Gautier, der eigentliche Vertrauensmann für Versailles 313 u. f. Sein Verhalten nach dem Befehle vom 10./21. Mai an Ormond 334 u. f. Er steht allgemein in dem Rufe den Prätendenten einbringen zu wollen 345 u. f. Er lobt Ormond für die Besetzung von Gent und Brügge 371; sucht den Kaiser Carl VI. andauernd irre zu führen 372.

Die Ernennung St. Johns zum Viscount der Beginn des Bruches zwischen ihnen 386 u. f. Die Frage des Sonderfriedens mit Frankreich 388 u. f. Er drängt Marlborough aus England 410; gewinnt durch die Ernennung Hamiltons zum Botschafter bei den Jacobiten wieder Vertrauen 411 u. f.; verkehrt mit St. Germain nur mündlich durch Boten, mit Hannover schriftlich 417; weiß nichts von einer Anknüpfung Bolingbrokes mit St. Germain 420 und 484; wird in Hannover verschieden beurtheilt 424 u. f. Wachsthum des Mistrauens dort gegen ihn 448 u. f. Sein Verhalten gegenüber dem Gesandten Grote 449 u. f.

Er läßt durch Gautier Vorwürfe gegen den Prätendenten erheben 458 u. f.; sucht die Jacobiten zu vertrösten 464; stellt Bolingbroke bloß 471; wird beurtheilt von Kreyenberg 476; vereitelt den Vorschlag Berwicks 486; läßt ein Werk über das Erbrecht der Krone verfassen 487 u. f.; hält sich für sicher nach allen Seiten 490; ist undurchdringlich 495 und 512 und 519.

Seine Bemühungen um Gunst in Hannover 520 und 531. Er redet beschwichtigend zu den Bank-Directoren 522. Differenz mit Bolingbroke 528. Er ist den Whigs höchst verdächtig 540; schreibt, durch Harley, an die Kurfürstin Sophie 543; wird von Berwick durchschaut 548; hat die Jacobiten in der Umgebung der Königin zu Feinden 551. Eigentlicher Gegensatz zwischen ihm und Bolingbroke 552. Er plaidirt für sich nach Hannover hin auf verschiedenen Wegen 553.

Er durchschaut die Angelegenheit des Writ 563; stellt die Segel nach dem Winde 568. Wachsen der Rivalität zwischen ihm und Bolingbroke 579. Er betheuert abermals seine Ergebenheit nach Hannover 585. Seine Verlegenheit gegenüber der Schisma-Bill 594 und 595 u. f. Er sucht sich bei der Königin zu halten 597; trachtet Bothmar als Gesandten abzuwehren 600; bewirkt eine Proclamation gegen den Prätendenten 606; wagt nicht in Betreff des Handelsvertrages Bolingbroke namentlich anzugreifen 617 u. f.; sucht Marlborough bei dem Kurfürsten anzuklagen 624; beharrt noch in der Meinung sich halten zu können 625; wird entlassen 628 u. f.

Er rühmt sich seiner Geltung bei dem Könige Georg I. 659. Seine Bedeutung für die Succession 660. Er findet bei Georg I. nicht den gehofften Empfang 665.

P.

Packington, Jacobit, 529, 616.
Paget, Lord, 563, 569, 583, 594.
Palffy, Graf Johann, vermittelt den Frieden mit den Aufständischen in Ungarn 68 u. f., 70 u. f., 81 u. f.
Palmes, englischer Gesandter in Wien, 68 u. f., 74, 115.
Parker, Lord, Oberrichter, 453 u. f.
Parlament, britisches, 8, 60, 64, 93, 118, 218, 224, 249, 274 u. f., 339, 347, 466 u. f., 528, 638, 642, 654. S. auch Oberhaus und Unterhaus.
Patterson, Jacobit, 599.
Pelet, General, über 6. August 1711, S. 160.
Pembroke, Graf, 637.
Peter I., Czar von Rußland, 32, 64 u. f., 77 u. f., 84, 133 u. f., 139 u. f., 420, 427, 499.
Peterborough, Graf, 7, 15, 16. Sein Redekampf mit Galway im Oberhause über Toulon und Almanza 36 u. f. Gesandter in Wien 75 und 87 u. f., 93, 107, 144. — 169, 176, 179. Seine Audienz beim Kaiser Carl VI. in Preßburg 374. Ueber Victor Amadeus 393. — 656.
Petkum 103 u. f., 111.
Philipp V., König von Spanien, 104, 110 u. f., 171, 225, 272, 305 u. f., 315 u. f., 339, 429, 430, 433, 445.
Plunket 256.
Polignac, Friedensbotschafter in Utrecht, 268 u. f., 309 u. f.
Poniatowski 140 u. f.
Portmore, Lord, 555.
Post Boy, Zeitung der Minister Oxford und St. John, 7, 182.
Poulett, Graf, 337.
Prätendent 45 u. f. Er empfängt durch Gautier das Erbieten Harleys 48; schreibt an die Königin Anna 49 u. f.; wird getäuscht von Harley 57 u. f. und 186 und 279. Er ist bei der Armee des Villars 187. Medaille auf ihn in Edinburgh 204. Erörterung seiner Sache in der Denkschrift Bothmars 215. Seine Angelegenheit in Utrecht 278 u. f. Sein zweites Schreiben an die Königin 287 u. f. Meinungen über Oxfords Absichten zu seinen Gunsten 346 und 402 u. f.

Seine Erklärungen über die Zumuthungen des Uebertrittes zur Hochkirche 406 und 524 u. f. Bedeutung der französischen Absicht eines Sonderfriedens für seine Sache 406. Die Frage seines künftigen Aufenthaltes 417. Er weist die Jacobiten im Parlamente abermals an Oxford 413; lehnt die Erbietungen Bolingbrokes nicht ab 420.

Frage der völkerrechtlichen Bedeutung seines Protestes gegen den Utrechter Frieden 453 u. f. Er muß sich nach Lothringen begeben 458. Sein Abschiedsschreiben an Ludwig XIV. S. 460. Er hält fest an dem Glauben an Oxford 461. Antrag auf seine Entfernung aus Lothringen 480 u. f.

Er und Berwick sind über Oxford und Bolingbroke mangelhaft unterrichtet 484. Zu Anfang 1714 kein fester Plan in England zu seinen Gunsten 512 u. f. Gerüchte über ihn 519 und 521.

Ueberblick der Ausnutzung seiner Sache durch die französische Politik 549. Beschluß einer Proclamation gegen ihn 558. Die Proclamation gegen ihn 605 u. f., so wie 613 u. f. Er wird wegen vermeintlicher französischer Hülfe für ihn in England gefürchtet 611 und 641.

Er wird, nach dem Tode der Königin, auf der Reise durch Frankreich nach Lothringen zurückgewiesen 650; erläßt für sein Recht die Protestation von Plombieres 651.

Primoli, Secretär des Grafen Gallas, 202, 256.
Prior, Matthew, 7, 110, 130 u. f, 230, 402, 420, 441.
Pruth, Feldzug am, 139 u. f.
Pulteney 337.

Q.

Quesnoi, Le, 325 u. f., 328, 335, 355, 395.

R.

Raby, Lord, 7, 31, 69 u. f., 89 u. f., 94 u. f., 101 u. f., 109, 110, 167. Fortan Strafford.

Rakoczy, Franz. Er hofft auf den Czaren Peter 69; tritt mit Palffy zusammen 70. Seine persönliche Stellung zu der Friedenshandlung 71. Er erhält eine Protections-Urkunde von Friedrich I. S. 72; sucht desgleichen Protection bei August II. S. 73; verfaßt ein Schreiben an den Kaiser Joseph I. S. 74. Sein Bericht über seinen Austritt nach Polen 77 u. f. Er hält Berathung in Stry 79. Sein Verhalten kritisirt von Betes 80 u. f. Charakter seines Aufstandes 83. Er schließt sich dem Frieden von Szathmar nicht an 84.

Er gewinnt den Czaren Peter wieder für sich und spinnt mit ihm und August II. weit aussehende Plane 133 u. f. Vereitelung derselben 139 u. f. Seine letzten Versuche 142 u. f. und 428. Er betont in Versailles seine Leistungen 428 u. f.

Rastadt 505 u. f.
Raugräfin zu Pfalz 589.
Rechteren, Graf, 397 u. f., 401.
Regensburg, Reichstag zu, 500.
Regentschaft constituirt 636 u. f., 642, 653, 655 u. f., 657, 661.
Regentschafts-Acte 520, 531, 532, 535, 539, 592, 636.
Reichskreise, die vier oberen, 438.
Ridpath 398.
Rivers, Graf, 3, 10, 14, 175, 203, 206, 209, 241, 257.
Robethon, vortragender Rath in Hannover für die Angelegenheit der englischen Successsion, 11 u. f., 26, 53, 61, 90, 97, 148, 417, 424, 428, 448 u. f., 450, 477, 491 u. f., 645, 653.
Robinson, anglicanischer Bischof von Bristol, Friedensbevollmächtigter in Utrecht, 206, 237, 268, 271, 276 u. f., 330 u. f., 349, 362, 396, 444, 447.
Rochester, Graf, 1, 6, 10, 46, 58, 62.
Roxborough, Herzog von, 426, 637.

S.

Sacheverell 46 u. f., 465.
Sardinien 386, 435.
Scarborough, Graf, 21, 360, 426, 637.
Schelde 321 u. f.
Schisma-Bill 596 u. f.
Schönborn, Graf, 88, 546.
Schulenburg, General, 450, 516, 590, 614, 645.
Schütz, Freiherr von, der ältere, Gesandter in London, 188.
Schütz, Freiherr von, der jüngere, Gesandter in London. Seine Instruction 491 u. f. Vorschrift für sein Verhalten auf der Reise und nach der Ankunft in London 495 u. f.

Er berichtet über den Stand der Dinge im Beginne 1714 S. 509 und 519 u. f.; meldet den Plan Nottinghams das Writ für den Kurprinzen zu verlangen 532; dringt abermals auf die Sendung des Kurprinzen 534; über die Gegenstellung von Oxford und Bolingbroke 551 und 555; legt eine Anfrage der Kurfürstin über das Writ als Befehl aus 560; verlangt das Writ 560 u. f.; erhält es und dann das Verbot sich am Hofe zu zeigen 566; reist ab nach Hannover 567; wird desavouirt 573 und 578 und 601.

Seilern, Graf, 88.
Shrewsbury, Herzog von, 1, 10, 27, 92, 168, 205, 227, 422, 442, 606.

Zum Treasurer ernannt 632 leitet er als solcher die Maßregeln für den Tod der Königin 634 u. f. — 657.

Sicilien, von der Königin Anna für Victor Amadeus bestimmt 379 und 382 u. f., 384, 392.
Sinzendorf, Graf, kaiserlicher Gesandter im Haag, 67, 97 u. f., 119, 121, 161, 220.

Friedensbotschafter in Utrecht 271, 273, 276, 310, 330, 359, 375, 395, 400, 446.

Slingeland 155, 161.
Somers, Lord, 426, 561, 611, 637, 666.
Somerset, Herzog von, 1, 29, 227, 231, 254, 426, 561, 636, 657.
Sophie, Kurfürstin-Witwe von Braunschweig-Lüneburg. Sie führt bei der britischen Regierung Beschwerde über eine Medaille in Edinburgh 204 u. f.; hat Correspondenz mit dem Grafen Strafford 206 u. f.; lehnt jede Parteinahme in England ab 209. Merkwürdige Worte über die Parteien in England und das Parlament 233. Sie mißt den Druck der Bothmar'schen Denkschrift den Ministern bei 234; setzt geringes Vertrauen in die Königin 261 und 417; glaubt jedoch eher den Versicherungen Oxfords 417 und 449; bleibend in Correspondenz mit Strafford 418.

Kundgebung der Gesinnung für sie in London 423. Ihre Instruction für Grote in Betreff Oxfords und Bolingbrokes 424, und in Betreff der Parteien 425. Ihre Offenheit den Ministern in Hannover bedenklich 451. Ihre Ernennung für Marlborough 453.

Ihr Verhalten zu der Aussicht auf die englische Krone, zu Anfang 1714, S. 514. Sie lehnt ein von der Königin allein ihr angebotenes Jahrgeld ab 547;

richtet an Schütz eine Anfrage über das Writ für den Kurprinzen 560. Ihr Schreiben darüber an Strafford 578. Das Handschreiben der Königin und dessen Wirkung auf sie 585 u. f. Ihr Tod 588.
Spanheim, Ezechiel von, 6.
Stade 498.
Stadion, Graf, 446.
Stair, Graf, 156, 360, 426, 555.
Stamford, Lord, 426.
Stanhope, General, 2, 15, 31, 426, 481, 496, 620. Er meldet dem Kaiser die Todeskrankheit der Königin 633.
Stanislaus von Polen 65.
Starhemberg, Feldmarschall, 31, 122, 126, 166, 293.
Steele 541.
Steinbock, schwedischer General, 408.
Steingens, pfälzischer Resident in London, 300, 373, 376, 553, 575, 614, 630, 645.
Strafford, Graf, vorher Raby. Er hat den Auftrag, die Republik zum Eingehen auf die französischen Vorschläge zu bewegen 175 und 196. Er redet im Haag drohend 200 u. f.; ist in Privat-Correspondenz mit der Kurfürstin Sophie 206; beschuldigt Bothmar des Zusammengehens mit den Whigs und wird damit von der Kurfürstin zurückgewiesen 233; ist nicht hochfahrend gegenüber dem Prinzen Eugen 234; kann denselben nicht von der Reise nach London abhalten 237.
Als Friedensbotschafter in Utrecht redet er, gemäß seiner Instruction, über Spanien und Westindien der Wahrheit zuwider 268; sucht, im Auftrage St. Johns, in Utrecht die Friedensvermittelung zu erlangen 270; redet beschwichtigend im Haag 274. Sein Verhalten in Utrecht am 4. und 5. März 1712 S. 276 u. f.
Von St. John nach England berufen 317. Seine Thätigkeit für den Feldzug 318 u. f. Im Oberhause für den Frieden 341. Seine Reden im Haag 361 u. f. Sein Bericht über die Vorgänge bei der Trennung der Armeen 369, und nachher 370 u. f. Hochfahrend in Utrecht 396.
Er betheuert der Kurfürstin Sophie die Aufrichtigkeit der Minister 418; antwortet, 8. December, auf die Vorstellung der Generalstaaten vom October 435 u. f.; misbilligt das Verhalten der Franzosen in Utrecht 444. Unterzeichnung des Friedens in seinem Hause 447.
Er erhält von Bolingbroke die Andeutung seines Kampfes gegen Oxford 542; sendet der Königin ein Schreiben der Kurfürstin Sophie an ihn ein 577; tritt im Haag im Sinne der Regentschaft auf 635 und 649.
Stralsund 142.
Straßburg 273, 362, 390, 433, 439.
Stuart, das Haus. Ueberblick über den Niedergang desselben 455 u. f., so wie 489. Ausbeutung desselben durch die französische Politik 549.
Succession des Hauses Hannover in England 6, 9 u. f., 13 u. f., 18, 27, 46 u. f., 188, 193 u. f., 195, 205 u. f., 215, 225, 228, 238 u. f., 258, 260, 282 u. f., 285 u. f., 288, 290, 330 u. f., 346, 359, 417 u. f., 422, 437, 451, 456 u. f., 466, 472, 483, 487 u. f., 493 u. f., 514 u. f., 532, 536, 542, 545, 556, 558, 598, 607, 611, 646 u. f., 660.

Sunderland, Graf, 426, 450, 540, 624, 637, 666.
Swift, Dr. Jonathan, 7, 46, 227, 230, 596, 628 u. f., 631, 656.
Szathmar, Friede von, 68, 81 u. f.

T.

Talbot, Bischof von Oxford, 667.
Tarouca, Graf, portugiesischer Friedensbotschafter in Utrecht, 272, 276, 363.
Tenniſon, Erzbischof von Canterbury, 636, 668.
Torcy, französischer Staats-Secretär. Er empfängt durch Gautier die englische Friedenswerbung 40 u. f.; empfiehlt Gautier bei Berwick 48; macht, im April 1711, nach London hin Vorschläge 99; nimmt mit Befriedigung die Spaltung zwischen England und der Republik wahr 104; dringt in das britische Ministerium die Zeit zu benutzen 105; urtheilt ungünstig über Rakoczy 142.

Er drängt das britische Ministerium in die Dienstbarkeit für Frankreich 198 u. f.; berichtet die verleumderischen Gerüchte gegen den Prinzen Eugen, Marlborough und Bothmar 255 u. f.; lobt die britischen Minister 300. Seine Correspondenz mit St. John über die Gefahr der Vereinigung der Kronen von Spanien und Frankreich 306 u. f., so wie 311 u. f.; dringt, nachdem Philipp V. sich für Spanien entschieden, in London auf Waffenstillstand 339; antwortet auf die Bedingungen desselben 351; trachtet England zu einem Sonderfrieden zu bewegen 379 u. f. Seine Correspondenz darüber mit St. John 381 u. f. Persönlicher Verkehr mit diesem als Lord Bolingbroke 390 u. f.

Ueber die Differenz zwischen Mesnager und Rechteren 397. Er trachtet abermals nach dem Sonderfrieden 397 u. f. Ueber den künftigen Aufenthalt für den Prätendenten 407 u. f. und 458 u. f. Er stellt, im Januar 1713, ein Ultimatum an England 440.

Sein Verhalten gegenüber den Unterhandlungen in Rastadt 507 u. f. Er nutzt das Haus Stuart für die französische Politik aus 549.
Tönningen 498.
Tories 1 u. f., 8 u. f., 13, 17, 19, 26, 114, 132, 178, 188, 238, 290, 333, 426, 464, 472, 476, 492, 528, 533, 565, 594, 614, 621, 661 u. f.
Toulon, das Unternehmen von 1707 gegen, 37 u. f.
Tournay 273, 396, 400, 401, 402, 434 u. f.
Townshend, Lord, 31, 267, 428, 472, 568, 611, 637, 666.
Trautson, Fürst, 88.
Tunstal 496.
Türkei 32, 64 u. f., 139 u. f.

U.

Ungvar 83.
Union von England und Schottland 13, 471 u. f., 621.
Unterhaus des Parlamentes von Groß-Britannien 13, 18, 35, 61, 64, 227, 230, 239, 249, 251, 252, 262, 266, 275, 294 u. f., 333, 337, 343, 345 u. f., 465 u. f., 470, 531, 536, 565, 594, 597, 616, 618, 642, 652, 654.

Urbich, czarischer Gesandter in Wien, 79.
Utrecht, Friedenscongreß in, 201, 268, 273, 278, 281, 309, 396, 440 u. f., 447, 454 u. f.
Uxelles, Marschall, Friedensbotschafter in Utrecht, 268, 310, 439.

V.

Vetes, Agent des Franz Rakoczy, 69 u. f., 80 u. f., 82, 84, 143.
Victor Amadeus, Herzog von Savoyen, 6, 17, 37 u. f., 43, 113, 127.
Er wird in Frankreich mit seinen Anträgen abgewiesen 144. Differenz mit Kaiser Joseph I. über seine Forderungen 144 u. f. Er erhält Versprechungen von England 145. Sein Feldzug bedeutungslos 146.
Er geht auf den britischen Friedenshandel ein 202. Britische Forderungen in Versailles zu seinen Gunsten 379 u. f. und 392. Verhalten von Victor Amadeus zu dem Angebote von Sicilien 392. — 431, 642.
Villars, Marschall. Er befürwortet nach Versailles hin einen Sonderfrieden mit Carl III. 105 u. f. Er hat nicht die Erlaubnis zum Schlagen 153 u. f.; erhält sie bedingt 157. Sein Verhalten am 6. August 1711 verschieden beurtheilt 158 u. f. Er zeigt der englischen Armee den Prätendenten 187.
Er hat 1712 wieder das Commando 321. Seine Correspondenz mit Ormond 324 u. f., so wie 355 u. f. und 364 u. f. und 366.
Er erlangt, 24. Juli, den Erfolg von Denain 377; tritt mit Erfolg in die Offensive 394 u. f. — Feldzug von 1713 S. 503 u. f. Er verhandelt mit dem Prinzen Eugen zu Rastadt 505; räth nach Versailles hin nachdrücklich zum Frieden 507.
Voisin, französischer Minister, 507.
Brybergen, holländischer Gesandter in London, 176.

W.

Walpole, Robert, 24, 227, 249, 252 u. f., 541, 652.
Wassenaar-Duyvenwoorde 554, 660.
Watkins, Botschafts-Secretär, 184, 247, 270.
Wharton, Lord, 242, 336, 340, 341, 426, 480, 540, 561, 609, 611, 657.
Whigs 1 u. f., 8 u. f., 13, 18, 26, 60, 114, 118, 132, 178, 188, 217, 224, 226, 238, 242, 251, 258, 290, 333, 341, 346, 411, 425, 441, 450, 465, 467, 476, 480, 482, 490, 492, 502, 508, 510, 519, 522, 533, 536, 538, 557, 563, 565, 575 u. f., 578, 594, 600, 614, 618, 621.
Whitlocke, Jacobit, 481, 598.
Whitworth, Lord, 113, 128.
Wilhelm III. Ueberblick seines Verhaltens in der Frage der spanischen Erbfolge 148 u. f.
Wilhelm Friso, Prinz von Nassau, in Betreff der oranischen Erbschaftssache 148 u. f.
Willoughby, Lord, 476.
Wilkens, sächsischer General, 363.
Wishart, Admiral, 519, 522.

Wolgow, czarischer Secretär 135.
Wratislaw, Graf, über den Tod des Kaisers Joseph I. S. 86; bittet Carl III. um die Rückkehr 87; dringt damit nicht durch 106 u. f.; ist in Beziehung mit St. John 113; dringt auf die Rückkehr Carls III. S. 122 und 126. Seine eindringliche Rede bei Carl VI. gegen die Fortführung des Krieges 376.
Writ (Einberufungsschreiben zum Oberhause) 532 u. f., 559 u. f., 561.
Württemberg, Herzog von, dänischer General, 363.
Wyndham, Sir William, 596, 599, 630.

Druck von Adolf Holzhausen in Wien
k. k. Hof- und Universitäts-Buchdrucker.

MAY 2 0 1937

DUE OCT 1939

DUE OCT 23 '42

MAY 1 '54 H

JAN 17 '58 H

DEC 17 '59 H

Widener Library
3 2044 090 366 832